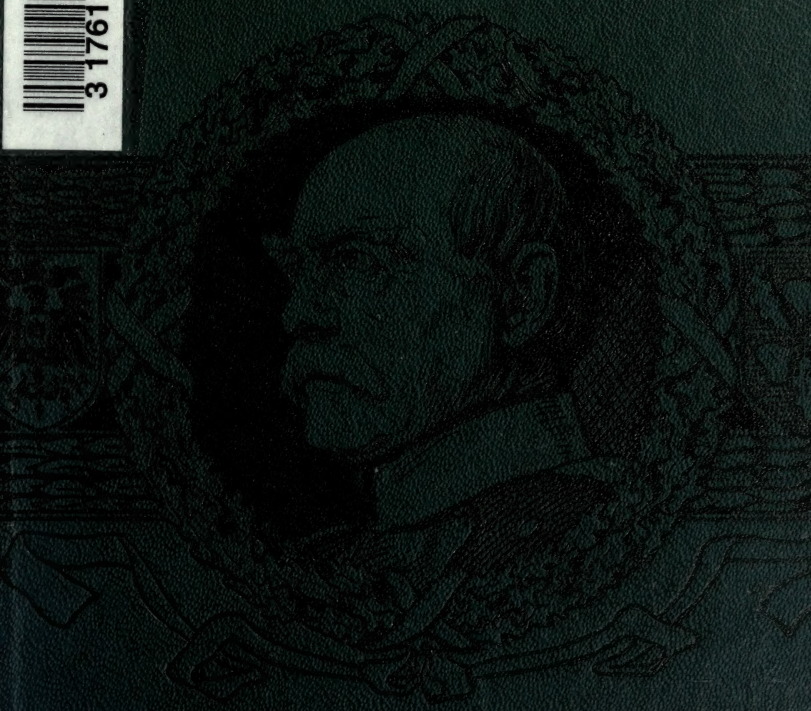
Fürst Bismarck's gesammelte Reden.



3 1761 05643264 4

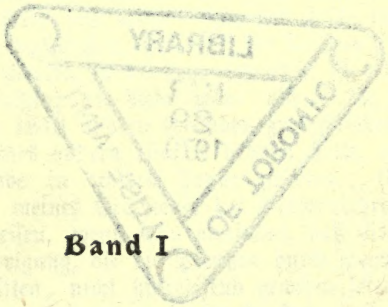
Fürſt Bismarck's

geſammelte Reden.

Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO
by

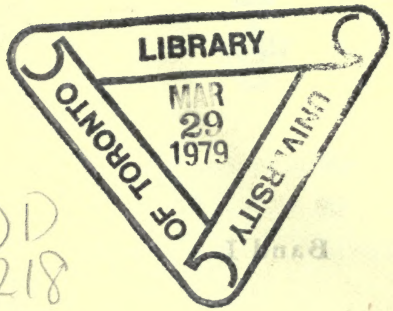
Professor H. Milne

Fürſt Bismarck's geſammelte Reden



Band I

Berlin W. 9
Globus Verlag
G. m. b. H.



DD
218
.3
F8
1894

Über die Volksbewegung von 1813.

Rede gehalten am 17. Mai 1847.

(Nach dem Abg. v. Saucken):

„Es wird mir ſchwer, nach einer Rede, die von ſo edler Begeiſterung diktiert war, das Wort zu ergreifen, um eine einfache Berichtigung anzubringen. Auf die übrigen Teile der Rede einzugehen, halte ich erſt an der Zeit, wenn von politiſchen Fragen die Rede ſein wird. Für jetzt fühle ich mich gedrungen, dem zu widerſprechen, was auf der Tribüne ſowohl, als außerhalb dieſes Saales, ſo oft laut geworden iſt, als von Anſprüchen auf Verfaſſung die Rede war: als ob die Bewegung des Volkes von 1813 andern Gründen zugeſchrieben werden müßte, und es eines andern Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unſerm Lande geboten. (Lautes Murren.) Es heißt, meines Erachtens, der Nationalehre einen ſchlechten Dienſt erweiſen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend geweſen ſeien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu laſſen.“ (Großer Lärm. Mehrere Abgeordnete bitten um's Wort.)

Weitere Äußerung (nach dem Abg. Siebig): „Ich kann allerdings nicht in Abrede ſtellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es that mir ſtets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt geweſen, an dieſer Bewegung Teil zu nehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich ſoeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtſchaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; ſoeben bin ich aber belehrt worden, daß ſie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht ſehr dankbar für dieſe Aufklärung.“ (Einige Stimmen: Bravo!)

Über den monarchiſchen Rechtsboden in Preußen.

Rede gehalten am 1. Juni 1847.

„Ich will mich nicht bemühen, die verſchiedenen Rechtsboden, auf denen ſich Jeder von uns zu befinden glaubt, in bezug auf ihre Solidität zu unterſuchen; ich glaube aber: aus der Debatte und aus allem, was ich von der Verhandlung über die uns vorliegende Frage gehört habe, hat ſich herausgeſtellt, daß eine verſchiedene Auffaſſung und Deutung der älteren ſtändiſchen Geſetzgebung möglich und faktiſch vorhanden war, nicht bloß unter Laien, ſondern auch unter gewiegten Juriſten, und daß ſehr fraglich iſt, was ein Gerichthof, wenn einem ſolchen dieſe Frage vorläge, entſcheiden würde; unter ſolchen Umſtänden geben allgemeine Rechtsregeln das Auskunftsmittel der Deklaration. Dieſe Deklaration iſt uns implizite geworden durch das Patent vom 3. Februar d. J.; dadurch hat der König dahin deklariert, daß die allgemeinen Verſprechen der früheren Geſetze keine anderen geweſen ſeien, als diejenigen, welche das jetzige Geſetz erfüllt. Es zeigt ſich, daß dieſe Deklaration von einem Teile der Verſammlung für unrichtig gehalten wird; das iſt aber ein Schickſal, welches ſie mit jeder Deklaration teilt. Jede Deklaration wird von demjenigen Teile, deſſen Meinung ſie nicht beſtätigt, für unrichtig gehalten werden, oder es müßte die frühere Überzeugung nicht eine aufrichtige geweſen ſein. Es fragt ſich nur, wer das Recht hat, eine authentiſche, rechtsverbindliche Deklaration zu geben. Meines Erachtens nur der König, und dieſe Überzeugung liegt auch, wie ich glaube, im Rechtsbewußtſein unſeres Volkes. Denn wenn geſtern ein Herr Abgeordneter aus Königsberg die Anſicht ausgeſprochen hat, es habe ſich ein dumpfes Mißvergnügen in der Volksſtimmung gezeigt bei der Bekanntmachung des Patents vom 3. Februar, ſo muß ich dagegen erwidern, daß ich die Majorität des preußiſchen Volkes nicht repräſentiert finde in den Verſammlungen auf dem Böttchershöfchen. (Murren.) Ich kann in unartikulierten Lauten keine Widerlegung deſſen finden, was ich angeführt, — ebenſowenig in den Federkielen der Zeitungskorreſpondenten, auch nicht einmal in einer Fraktion der Bevölkerung größerer Provinzialſtädte. Es iſt ſchwer, die Volksmeinung zu erkennen; ich glaube, ſie an einigen Orten der mittleren Provinzen erkannt zu haben, und dieſe iſt noch die alte preußiſche Volksmeinung, der ein Königswort mehr gilt, als alles Deuten und

Drehen an dem Buchstaben der Gesetze. Es ist gestern eine Parallele gezogen worden zwischen der Art, wie das englische Volk im Jahre 1688, nach der Vertreibung Jacob's II., seine Rechte zu wahren gewußt, und der Art, wie das preußische Volk jetzt seine Rechte zur Anerkennung bringen könne. Parallelen mit dem Auslande haben immer etwas Mißliches; es ist uns hier schon Rußland als Muster der religiösen Duldung aufgestellt, es sind uns die französischen und dänischen Finanzen als Vorbilder einer geordneten Verwaltung empfohlen worden. Um zurückzukommen auf das Jahr 1688 in England, so muß ich die hohe Versammlung, und namentlich einen geehrten Abgeordneten der schlesischen Landgemeinden, um Nachsicht bitten, wenn ich hier wieder über ein Faktum spreche, was ich nicht selbst erlebt habe. Damals befand sich das englische Volk in einer andern Lage, als heutzutage das preußische; es war durch ein Jahrhundert von Revolution und Bürgerkrieg in die Lage gekommen, eine Krone vergeben zu können und Bedingungen daran zu knüpfen, die Wilhelm von Oranien annahm. Dagegen waren die preußischen Monarchen nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitze einer faktisch unbeschränkten Krone, von deren Rechten sie freiwillig einen Teil dem Volke verliehen haben: ein Beispiel, welches in der Geschichte selten ist.

Ich will den Rechtspunkt verlassen und die Frage berühren, ob es nützlich oder wünschenswert sei, eine Veränderung in der Gesetzgebung, wie sie heute besteht, zu begehren oder zu beantragen. Ich schließe mich selbst der Überzeugung, die ich bei der Majorität der Versammlung voraussetze, an, daß die Periodizität zu einer wahren Lebensfähigkeit dieser Versammlung notwendig ist; eine andere Frage ist aber, ob wir dies jetzt auch im Wege der Petition begehren wollen. Nachdem die Patente vom 3. Februar einmal emaniert worden sind, glaube ich nicht, daß es dem Könige willkommen sein kann, und daß es in unserer Stellung als Stände liegen kann, schon jetzt mit einer Petition auf Abänderung derselben hervorzutreten. Lassen wir wenigstens das Gras dieses Sommers darüber wachsen. Der König hat wiederholt gesagt, er wünsche nicht gedrängt und getrieben zu werden· ich frage aber die Versammlung, was thun wir anders, als daß wir ihn drängen und treiben, wenn wir jetzt schon dem Throne mit Bitten um Abänderung der Gesetzgebung nahen? Dem Gewicht dieser Betrachtung bitte

ich die hohe Verſammlung, noch einen anderen Grund hinzuzufügen. Es iſt gewiß bekannt, wieviele trübe Vorherſagungen ſeitens der Gegner unſerer Verfaſſung daran geknüpft worden ſind, daß das Gouvernement ſich durch unſere Stände in eine Poſition gedrängt ſehen werde, die es freiwillig einzunehmen nicht für gut befunden haben würde. Wenn ich aber auch nicht annehme, daß das Gouvernement ſich drängen laſſen werde, ſo glaube ich doch, daß es im Intereſſe desſelben liegt, auch den allergeringſten Schein der Unfreiwilligkeit einer Konzeſſion zu vermeiden, und daß es in unſer aller Intereſſe liege, den Feinden Preußens nicht die Freude zu gönnen, daß wir durch eine Petition, ein Votum, das wir als Vertreter von 16 Millionen Unterthanen einreichen, einen Schein von Unfreiwilligkeit auf eine ſolche Konzeſſion werfen. Die nächſte Wiederkehr der Verſammlung iſt geſichert, und die Krone hat dadurch die ſchöne Stellung, daß ſie 4 Jahre oder auch während eines kürzeren Zeitraums in der Lage iſt, vollkommen freiwillig und ungebeten die Initiative in dem ergreifen zu können, was jetzt gewünſcht wird. Nun frage ich, ob dem Auslande gegenüber der Bau unſerer Verfaſſung nicht feſter daſteht, ob das Gefühl der Befriedigung auf allen Seiten im Inlande nicht ein höheres ſein wird, wenn uns ein ſolcher Fortbau der Verfaſſung durch die Initiative der Krone gegeben, als wenn er von uns begehrt wird. Geſtern hat ein Abgeordneter aus Preußen, wenn ich nicht irre, aus dem Neuſtädter Kreiſe, eine Äußerung gethan, die ich nur ſo auslegen konnte, als liege es in unſerem Intereſſe, die Blume des Vertrauens, als ein Unkraut, welches uns hindert, den kahlen Rechtsboden in ſeiner ganzen Nacktheit zu ſehen, auszureißen und bei Seite zu werfen. Ich ſage mit Stolz, daß ich mich einer ſolchen Anſicht nicht anſchließen kann. Wenn ich 10 Jahre rückwärts blicke und das, was im Jahre 1837 geſprochen und geſchrieben wurde, mit dem vergleiche, was jetzt hier von den Stufen des Thrones dem ganzen Volke zugerufen wird, ſo glaube ich, haben wir vielen Grund zum Vertrauen in die Abſichten Sr. Majeſtät.

Über Preußen als christlicher Staat.

Rede gehalten am 15. Januar 1847.

„Wenn ich heute diese Stelle betrete, so geschieht es mit größerer Befangenheit als sonst. Ich muß öffentlich bekennen, daß ich einer Richtung angehöre, die der geehrte Abgeordnete von Krefeld gestern als finster und mittelalterlich bezeichnete, derjenigen Richtung, welche es nochmals wagt, der freieren Entwicklung des Christentums, wie sie der Abgeordnete von Krefeld für die einzig wahre hält, entgegen zu treten. Ich kann ferner nicht läugnen, daß ich jenem großen Haufen angehöre, welcher, wie der geehrte Abgeordnete aus Posen bemerkte, dem intelligenteren Teile der Nation gegenübersteht und diesem intelligenteren Teile in, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, ziemlich geringschätzender Art entgegengesetzt wurde, dem großen Haufen, welcher noch an Vorurteilen klebt, die er mit der Muttermilch eingesogen hat, dem Haufen, welchem ein Christentum, das über dem Staate steht, zu hoch ist.

Ich gehe zur Sache selbst über. Die meisten Redner haben über das vorliegende Gesetz sich weniger ausgesprochen, als über Emancipation im allgemeinen. Ich folge diesem Wege. Ich bin kein Feind der Juden, und wenn sie meine Feinde sein sollten, so vergebe ich ihnen. Ich liebe sie sogar unter Umständen. Ich gönne ihnen auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden. Über den Begriff eines christlichen Staates haben wir von dem Herrn Minister des Schatzes und von einem anderen Herrn auf der Ministerbank Worte gehört, die ich fast ganz unterschreibe; dagegen haben wir auch gestern gehört, daß der christliche Staat eine müßige Fiktion, eine Erfindung neuerer Staatsphilosophen sei. Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei, wie das ci-devant heilige römische Reich, so alt, wie sämmtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte; „Von Gottes Gnaden", welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Szepter, was ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen

wollen. Als Gottes Wille kann ich aber nur erkennen, was in den christlichen Evangelien offenbart worden ist, und ich glaube, in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu realisieren, zu verwirklichen. Daß dies unserem Staate nicht in allen Beziehungen gelingt, das hat gestern der geehrte Abgeordnete aus der Grafschaft Mark in einer mehr scharfsinnigen, als meinem religiösen Gefühle wohlthuenden Parallele zwischen den Wahrheiten des Evangeliums und den Paragraphen des Landrechts dargethan. Wenn indeß auch die Lösung nicht immer gelingt, so glaube ich doch, die Realisierung der christlichen Lehre sei der Zweck des Staates; daß wir aber mit Hülfe der Juden diesem Zwecke näher kommen sollten als bisher, kann ich nicht glauben. Erkennt man die religiöse Grundlage des Staates überhaupt an, so, glaube ich, kann diese Grundlage bei uns nur das Christentum sein. Entziehen wir diese religiöse Grundlage dem Staate, so behalten wir als Staat nichts als ein zufälliges Aggregat von Rechten, eine Art Bollwerk gegen den Krieg aller gegen alle, welchen die ältere Philosophie aufgestellt hat. Seine Gesetzgebung wird sich dann nicht mehr aus dem Urquell der ewigen Wahrheit regenerieren, sondern aus den vagen und wandelbaren Begriffen von Humanität, wie sie sich gerade in den Köpfen derjenigen, welche an der Spitze stehen, gestalten. Wie man in solchen Staaten den Ideen, z. B. der Kommunisten über die Immoralität des Eigentums, über den hohen sittlichen Wert des Diebstahls, als eines Versuchs, die angeborenen Rechte der Menschen herzustellen, das Recht, sich geltend zu machen, bestreiten will, wenn sie die Kraft dazu in sich fühlen, ist mir nicht klar; denn auch diese Ideen werden von ihren Trägern für human gehalten und zwar als die rechte Blüte der Humanität angesehen. Deshalb, meine Herren, schmälern wir dem Volke nicht sein Christentum, indem wir ihm zeigen, daß es für seine Gesetzgeber nicht erforderlich sei; nehmen wir ihm nicht den Glauben, daß unsere Gesetzgebung aus der Quelle des Christentums schöpfe, und daß der Staat die Realisierung des Christentums bezwecke; wenn er auch diesen Zweck nicht immer erreicht. — — — —“

Über die Stellung der Royaliſten zur neuen Lage.

Rede gehalten am 2. April 1848.

„Ich bin einer der wenigen, welche gegen die Adreſſe ſtimmen werden, und ich habe um das Wort nur deshalb gebeten, um dieſe Abſtimmung zu motivieren und Ihnen zu erklären, daß ich die Adreſſe, inſoweit ſie ein Programm der Zukunft iſt, ohne Weiteres acceptiere, aber aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann, — nicht freiwillig, ſondern durch den Drang der Umſtände getrieben, thue ich es; denn ich habe meine Anſicht ſeit den 6 Monaten nicht gewechſelt; ich will glauben, daß dieſes Miniſterium das einzige iſt, welches uns auch aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und geſetzmäßigen Zuſtand zuführen kann, und aus dieſem Grunde werde ich demſelben meine geringe Unterſtützung überall widmen, wo es nur möglich iſt. Was mich aber veranlaßt, gegen die Adreſſe zu ſtimmen, ſind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geſchehen iſt; die Vergangenheit iſt begraben und ich bedauere es ſchmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menſchliche Macht im ſtande iſt, ſie wieder zu erwecken, nachdem die Krone ſelbſt die Erde auf ihren Sarg geworfen hat. Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umſtände gezwungen, acceptiere, ſo will ich doch nicht aus meiner Wirkſamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge ſcheiden, daß ich für dies danken und mich freuen ſoll über das, was ich mindeſtens für einen irrtümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeſchlagen iſt, ein einiges deutſches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur geſetzmäßig geordneten Zuſtand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen ſein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung meinen Dank ausſprechen kann, jetzt aber iſt es mir nicht möglich.“

Wahlrede in Rathenow.

Rede gehalten im Februar 1849.

— — „Jeder, der es aufrichtig mit dem Vaterlande meint, der muß jetzt die Regierung auf dem von ihr eingeſchlagenen Weg unterſtützen, um die Revolution, die uns alle bedroht, zu bekämpfen. Sie würden vielleicht beſſer thun, wenn Sie Einen aus Ihrer Mitte wählten, etwa einen von den Herren Fabrikanten

oder Kaufleuten, der Ihre Verhältniſſe kennt und das Intereſſe ſeiner Vaterſtadt beſſer vertreten würde, als ich es vermag. Wenn Sie einen ſolchen finden, der zugleich unabhängig und unparteiiſch genug iſt, um die Sache des Landes über jedes andere Intereſſe zu ſtellen, und dem ſeine Privatverhältniſſe erlauben, ihr in dieſem Augenblicke ſeine ganze Thätigkeit zu widmen, dann trete ich zurück." —

— — „Wenn Sie aber in der Kammer einen Vertreter wünſchen, der feſt entſchloſſen iſt, die Sache des Vaterlands zu ſeiner eigenen zu machen, ihr mit redlichem Willen aus vollem Herzen und ganzen Kräften zu dienen, und deſſen nächſtes Streben darauf gerichtet ſein wird, die alten Bande des Vertrauens zwiſchen der Krone und dem Volke wieder feſter zu knüpfen, damit Geſetz und Ordnung walte, der Wohlſtand und das gemeinſame Intereſſe aller friedlichen Bürger gefördert werde, dann richten Sie ihr Auge auf mich. Das ſind meine Anſichten; wenn Sie mit mir einverſtanden ſind, bitte ich um Ihre Stimme." — —

Gegen die Aufhebung des Belagerungszuſtandes in Berlin.

Rede gehalten am 21. März 1849.

„In dem Augenblick, wo die Abgeordneten des ganzen Landes verſammelt ſind, um über die Grundlagen unſerer politiſchen und ſozialen Zuſtände zu beraten, ſcheint es mir gar nicht von Erheblichkeit, ob die Berliner die „Zeitungshalle" und die „ewige Lampe" leſen oder ihre Klubs halten. Dieſe lokalen Bedürfniſſe einiger Berliner treten ganz in den Hintergrund gegen das allgemeine Bedürfnis des Landes, daß dieſe Verſammlung gegen jede Störung geſichert ſei und jedes Mitglied ſeine und ſeiner Wähler Meinung unumwunden ausſprechen könne, ohne Inſulten von ſeiten Andersdenkender auf der Straße ausgeſetzt zu ſein. Eine Beeinträchtigung der Freiheit unſerer Beratungen kann ich nun in dem Belagerungszuſtande nicht finden, es ſei denn, daß man die Freiheit einzelner Fraktionen darunter verſtehe, ihre Anſichten durch tumultuariſche Demonſtrationen auf der Straße zu unterſtützen ꝛc. Die ungezügelte Preßfreiheit und das Verſammlungsrecht ohne Kontrole ſind antizipierte Bruchſtücke eines zukünftigen Rechtszuſtandes, Bruch-

ſtücke, welche, wo ihnen die Ergänzung durch Repreſſivgeſetze fehlt, jede Regierung zu einem fortwährenden Kriegsfuß gegen den Aufruhr nötigen. Wir haben im vorigen Sommer geſehen, wenn das Feuer der Berliner Straßenpolitik durch den Wind der Plakatenpreſſe und der Klubs angefacht wurde, ſo gab es Auftritte, die zu den ſchmachvollſten in der preußiſchen Geſchichte gehören und gegen welche die Geſetze ſich machtlos erwieſen. Ich berufe mich auf das Zeugnis der Herren von Kirchmann und Temme, welche damals als Königliche Prokuratoren, wenn ich mich nicht irre, ſelbſt zugaben, daß die beſtehenden Geſetze nicht ausreichen, den Unordnungen, über welche bei ihnen geklagt wurde, zu ſteuern! Ich kann in Betrachtung dieſer Zuſtände dem Miniſterium nur meinen Dank ausſprechen, daß es durch exzeptionelle Maßregeln unſere Freiheit geſchützt hat, und dieſen Dank teilen unter anderen mehrere Tauſend Berliner, die Unterzeichner dieſer Petition um Nichtaufhebung des Belagerungszuſtandes, welche ich mir erlaube, auf den Tiſch des Hauſes niederzulegen. Sie werden daraus erſehen, daß es eine unrichtige Angabe iſt: „Das Volk von Berlin will die Aufhebung des Belagerungszuſtandes.“

Meine Herren! Der beſitzende Teil des Berliner Volkes, der am meiſten und am ſchnellſten unter Störungen von Verkehr und Kredit leidet, iſt in dieſer Kammer, wie ich behaupte, gar nicht repräſentiert. Das haben die Berliner Wahlen zur erſten Kammer unwiderleglich bewieſen ꝛc. Es iſt kein Ausdruck im letzten Jahre mehr gemißbraucht worden, als das Wort Volk. Jeder hat das darunter verſtanden, was gerade in ſeinen Kram paßte; gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm gelungen war, für ſeine Anſicht zu gewinnen. Das wahre preußiſche Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leichtgläubigkeit gegen diejenigen, die ſich ſeine Freunde nennen. Aber in der Abſtimmung über die Adreſſe, die uns vorliegt, wird das Volk Material genug erhalten, ſich darüber aufzuklären, wer zwiſchen ihm und ſeinem Frieden, wer zwiſchen ihm und ſeinem Rechte ſteht.“

Gegen Bewilligung einer Amneſtie.

Rede gehalten am 22. März 1849.

„Die Gründe, welche mich bei dieſer Frage leiten, ſind folgende: Die Begnadigung oder die Amneſtie, oder welchen anderen Euphemismus Sie anwenden wollen, iſt ein Recht der Krone, deſſen Weſen gerade in freier und freiwilliger Ausübung beſteht, wenn es überhaupt ein Recht bleiben ſoll. Forderte die Majorität dieſer Verſammlung in dieſem Augenblick die Amneſtie von der Krone, ſo würde es wenig mehr als die Erfüllung einer vorläufigen Bedingung ſein, wenn die Krone darauf einginge. Der zweite Grund, welcher mich beſtimmt, mich gegen die Amneſtie auszuſprechen, iſt der, daß durch die wiederholten Amneſtien das Rechtsbewußtſein im Volke auf das Tiefſte erſchüttert wird. In welchem Grade dies ſelbſt bei den gebildetſten Ständen bereits der Fall ſei, haben die Reden zweier Abgeordneten vor mir hinreichend bewieſen, indem der eine die Vorgänge nach dem 18. März v. J. ſo ins Auge faßte, als ſei die Obrigkeit von dem, was er Volk nennt, amneſtiert worden, während es mir ſcheint, daß der König die Rebellen amneſtiert habe. (Aufregung auf der Linken.) (Rebellen!) Ja, meine Herren, Rebellen! Es wird dadurch im Volke die Meinung verbreitet, als ob das ganze Staatsrecht auf der Barrikade beruhe, als ob ein Jeder, dem ein Geſetz mißfällt, oder der es für ungerecht hält, das Recht habe, dies Geſetz als nicht vorhanden zu betrachten, — als ob ein Jeder, dem es gelingt, eine hinreichende Anzahl von Individuen, bewaffnet oder unbewaffnet, zu ſammeln, hinreichend eine ſchwache Regierung einzuſchüchtern und ihr zu imponieren, oder, wenn ſie ſich nicht einſchüchtern läßt, ſie durch Barrikaden über den Haufen zu werfen, vollkommen im Rechte wäre. Mein dritter Grund, weswegen ich gegen die Amneſtie bin, iſt ein bei den Beratungen in den Abteilungen bereits genannter, nämlich die Menſchlichkeit. Der Prinzipienſtreit, welcher in dieſem Jahre Europa in ſeinen Grundveſten erſchüttert hat, iſt ein ſolcher, der ſich nicht vermitteln läßt. Die Prinzipien beruhen auf entgegengeſetzten Grundlagen, die ſich von Hauſe aus einander ausſchließen. Das eine zieht ſeine Rechtsquelle angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Fauſtrecht der Barrikaden. Das andere gründet ſich auf eine von Gott eingeſetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden und ſucht ſeine Entwicklung in der organiſchen Anknüpfung an den verfaſſungsmäßig

beſtehenden Rechtszuſtand. Dem einen dieſer Prinzipe ſind Aufrührer jeder Art heldenmütige Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht, dem anderen ſind ſie Rebellen, die unter Umſtänden allerdings durch die Amneſtie gegen den Arm der weltlichen Gerechtigkeit geſchützt werden können. Über dieſe Prinzipien wird nicht durch die parlamentariſche Debatte, nicht durch Majoritäten von elf Stimmen eine Entſcheidung erfolgen können; über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eiſernen Würfel der Entſcheidung darüber werfen. (Beifall auf der Linken.) Es freut mich, meine Herren, daß Sie die Wahrheit meiner Worte anerkennen, und uns wenigſtens wird dabei die Überzeugung bleiben, daß wir in einem Kampfe geſtritten haben, deſſen Preis von dem irdiſchen Erfolge unabhängig iſt. (Beifall.) Der Soldat faßt es nicht, daß er einen und denſelben Aufrührer mehrmals gefangen nehmen ſoll und vorausſehen muß, daß derſelbe ſich ihm immer von neuem gegenüberſtellen wird; ich fürchte alſo, er wird weniger Gefangene machen und die weinerliche Sentimentalität unſeres Jahrhunderts, welche in jedem fanatiſchen Rebellen, in jedem gedungenen Barrikaden-Kämpfer einen Märtyrer findet, wird mehr Blutvergießen herbeiführen, als eine ſtrenge und entſchloſſene Gerechtigkeit, wenn ſie von Anfang an geübt worden wäre, hätte thun können."

Zur Ablehnung der Deutſchen Kaiſerkrone.

Rede gehalten am 10. April 1849.

„Die Erklärung, welche wir ſoeben von dem Herrn Miniſter-Präſidenten erhalten haben, beſtärkt mich um ſo mehr in der Abſicht, für den Antrag auf Tagesordnung zu ſtimmen. Es iſt das viertemal ſeit unſerer zweimonatlichen Sitzungszeit, daß uns zugemutet wird, unſere Anſichten und Gefühle über eine Frage auszudrücken, welche verfaſſungsmäßig unſerer unmittelbaren Entſcheidung und Beſchlußnahme für jetzt nicht unterliegt. Wir haben das erſtemal in der Antwort auf die Thronrede über die deutſche Frage Gelegenheit gehabt, unſere Meinung zu ſagen. Nachher haben uns zwei Anträge des Abgeordneten von Vincke Veranlaſſung gegeben, nicht nur die Abſicht der Verſammlung im ganzen, ſondern auch die einer jeden einzelnen Fraktion in Anweſenheit des Miniſteriums Sr. Majeſtät des

Königs auszusprechen. Seitdem ist meines Erachtens nichts vorgefallen, was den Stand der Dinge für uns änderte. Denn die rechtlosen Beschlüsse, mit welchen die National-Versammlung in Frankfurt ihren Oktroyierungs-Gelüsten Nachdruck zu geben versuchte, kann ich für uns als vorhanden nicht anerkennen. Eben so wenig kann ich zugeben, daß die Erklärungen von 28 Regierungen, welche zusammen 6½ Millionen oder, wie ich nachher nachweisen will, 4 bis 5 Millionen Unterthanen haben .... (Stimmen von der Linken: „Unterthanen?") Ja, Unterthanen .... dieser Regierungen, deren Minister eilig bemüht sind, ihre märzerrungenen Stellungen mittelst der konstituierten Anarchie, welche von Frankfurt aus dargeboten wird, unter Dach und Fach zu bringen, — daß, wie gesagt, diese Erklärungen nicht hinreichend schwer in's Gewicht fallen, unsere Ansichten da zu ändern, wo es sich um die Zukunft Preußens handelt. Ich kann aus dem Titel 5, der von den Rechten der Kammer handelt, nicht die Überzeugung entnehmen, daß es unser Beruf sei, das Land durch Adressen, Erklärung von Ansichten und Gefühlen zu regieren, daß es unser Beruf sei, in Fällen, wo die Regierung Sr. Majestät des Königs von den der Krone reservierten Rechten einen Gebrauch macht, der einem Teile dieser Versammlung mißfällt, daß es da unser Beruf sei, auf die Regierung ein anhaltendes Feuer von Adressen, von Mißtrauensvoten zu eröffnen, bis das Ministerium die Flagge streicht. Wenn das Ministerium sich einem solchen Verfahren fügen wollte, dann würde es dadurch anerkennen, daß die Exekutivgewalt direkt auf die zweite Kammer übergegangen sei. Es würde anerkennen, daß die Minister nicht Beamte des Königs, sondern Beamte der zweiten Kammer seien, und daß dem König einstweilen die äußeren Zeichen der Macht lediglich verblieben. Es mag dies von Vielen für konstitutionell gehalten werden; ich halte das nur für konstitutionell, was verfassungsmäßig ist. In Preußen ist nur das konstitutionell, was aus der preußischen Verfassung hervorgeht. Mag in Belgien oder Frankreich, in Anhalt-Dessau oder da, wo der morgenrötliche Glanz der mecklenburgischen Freiheit strahlt, konstitutionell sein, was da will; hier ist nur das konstitutionell, was auf der preußischen Verfassung beruht.

Die preußische Verfassung vom 5. Dezember rechne ich nicht unter die vorzüglichsten, von denen die Geschichte Nachricht giebt; ihr Hauptvorzug ist, daß sie da ist. Sie läßt der Regierung kaum den notdürftigen Bestand derjenigen Rechte,

ohne welche sich überhaupt nicht regieren läßt. Auch sie erkennt das Prinzip an, daß der Einfluß einer jeden Volksklasse in demselben Maße steigen müsse, in welchem ihre politische Bildung und Urteilsfähigkeit abnimmt, und giebt damit ein sicheres Bollwerk gegen die Aristokratie der Intelligenz. Indeß, die Frankfurter Verfassung hat noch tiefer aus dem Brunnen der Weisheit jener Theoretiker geschöpft, welche seit dem contrat social nichts gelernt und viel vergessen haben, — jener Theoretiker, deren Phantome uns in sechs Monaten des vorigen Sommers mehr an Blut, Geld und Thränen gekostet haben, als ein dreiunddreißigjähriger Absolutismus.

Die Frankfurter Verfassung bringt uns unter ihren Geschenken zuerst das Prinzip der Volkssouveränetät, sie trägt den Stempel derselben offen auf der Stirn, sie erkennt es an in der ganzen Art, wie die Frankfurter Versammlung und diese Verfassung — ich würde mich, wenn ich zur Linken gehörte, des Ausdrucks „oktroyiert" bedienen — sie sanktioniert das Prinzip der Volkssouveränetät am schlagendsten in dem Suspensiv-Veto des Königs, was der geehrte Vorredner Camphausen ausführlicher entwickelt hat, als ich es im stande und geneigt bin, zu thun. Die Frankfurter Verfassung veranlaßt den König, seine bisher freie Krone als Lehn von der Frankfurter Versammlung anzunehmen, und wenn diese Volksvertreter es dreimal beschließen, so hat der König und jeder andere Fürst, der Unterthan des engeren Bundesvolkes geworden ist, aufgehört, zu regieren.

Sie bringt uns zweitens die direkten Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht. Wenn die Wahlbezirke bleiben sollen, wie sie sind, so werden ungefähr auf einen Wahlbezirk, der zwei Abgeordnete wählen soll, 26 000 Urwähler im Durchschnitt kommen. Ich frage, ob irgend einer der rechten Seite sich im stande glaubt, 26 000 Wähler, die zerstreut in den verschiedenen Hütten und Bauernhöfen wohnen, parteimäßig zu organisieren. Den Herren der linken Seite wird es vielleicht leichter sein. Gern räume ich ein, sie organisieren mit mehr Geschicklichkeit.

Außerdem ist es leichter, sich darüber zu einigen, was man nicht will, als über das, was man bewahren oder an Stelle des jetzt Vorhandenen will, namentlich sehr leicht ist es, wenn man entschlossen ist, von allem Bestehenden gar nichts zu lassen.

Manche werden ihren Trost darin finden, daß die konservative Partei einen Anhaltspunkt am Staatenhause haben werde. Da finde ich nun aber, daß wir Preußen schlecht weg-

gekommen sind. Preußen soll zum Staatenhause 40 Abgeordnete nach Frankfurt schicken, also 1 auf 400000; die Baiern sind schon mehr wert, da kommt auf 200000 einer; Weimar auf 120000, Hessen-Homburg auf 26000, und Lichtenstein, was so viel Einwohner hat, als Schöneberg — hier vor dem Halleschen Thore — würde im Staatenhause denselben Einfluß ausüben, als die Mehrzahl der preußischen Regierungs-Bezirke mit 400000 und mehr Einwohnern.

Das dritte Übel, welches uns die Frankfurter Verfassung bringt, ist die jährliche Bewilligung des Budgets. Durch diesen Paragraphen ist es in die Hände derjenigen Majorität, die aus dem Lottospiel dieser Wahlen hervorgehen wird, und welche nicht die mindeste Garantie bietet, daß sie urteilsfähig oder auch nur von gutem Willen sein wird, — in die Hände dieser Majorität ist es gelegt, die Staats-Maschine in jedem Augenblick zum Stillstehen zu bringen, indem sie das Budget nicht wieder bewilligt, und so als Konvent die ganze Königliche und jede andere Macht im Staate neutralisiert, und das scheint mir im hohen Grade gefährlich.

Die Frankfurter Verfassung verlangt ferner von ihrem zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland schaffe, so wie es früher den deutschen Bund gebildet hat. Es wird also der König, wenn er Kaiser würde, genötigt sein, nach Österreich u. s. w. Kaiserlich Deutsche Kommissare zu schicken, um dort das Zoll- und Münzwesen u. s. w. zu regulieren, die dortigen Armeen in Eid und Pflicht zu nehmen und zu verbieten, eine österreichische Armee anderswo zu halten als in Fiume oder längs der dalmatischen Küste — denn Triest würde ein Reichshafen sein. Es wäre möglich, daß Österreich oder ein Staat wie Baiern sich dem nicht unterwerfen möchte; dann würde der Kaiser genötigt sein, die dortigen Fürsten als Rebellen zu behandeln, und etwa an die „Thatkraft" der Baiern gegen das Haus Wittelsbach, oder an die Thatkraft der Hannoveraner gegen das Haus der Welfen zu appellieren.

Das ist es wohl, wohin uns die Herren von der Umsturzpartei haben wollen. (Große Heiterkeit auf der Linken.) Ich habe niemand mit diesen Worten bezeichnet, der hier im Saale anwesend ist. Es giebt außerhalb genug. (Heiterkeit.) Die Herren von der äußersten Linken in Frankfurt, deren Stimmen man durch ein Markten und Feilschen mit Prinzipien, was ich nimmer billigen kann, in der Kaiserfrage erkauft hat, verlangen

dies. Es wird nicht lange dauern, so werden die Radikalen vor den neuen Kaiser hintreten mit dem Reichswappen und ihn fragen: glaubst Du, dieser Adler sei Dir geschenkt?

Hat uns die Unterwürfigkeit gegen Frankfurt doch schon zu der wunderlichen Erscheinung geführt, daß Königl. Preuß. Truppen die Revolution in Schleswig gegen den rechtmäßigen Landesherrn verteidigen, daß unsere östlichen Provinzen, in einem Streit um des Kaisers Bart, in einer echten Querelle allemande, zum zweitenmal durch die Blokade ruiniert werden, während die Herren in Frankfurt gemütlich von den Thaten unserer Krieger in den Zeitungen lesen, wie weit hinten in Dänemark die Völker aufeinander schlagen.

Ich halte es daher für unserer Aufgabe entschieden widerstrebend, wenn wir die deutsche Frage dadurch noch mehr verwirren, daß wir in dem Augenblick, wo Europa anfängt, sich von dem Taumel der Revolution zu erholen, den frankfurter Souveränetäts-Gelüsten, die gerade um ein Jahr zu spät kommen, die Stütze unserer Zustimmung leihen. Ich glaube, daß gerade dann, wenn wir ihnen unsere Unterstützung verweigern, Preußen um so eher im stande sein wird, die deutsche Einheit auf dem von der Regierung betretenen Wege herbeizuführen. Die Gefahren, welche uns dabei entgegenstehen könnten, fürchte ich nicht, weil das Recht auf unserer Seite ist, und sollten sie auch die gebräuchliche Ausdehnung eines Heckerschen Putsches um das zehnfache übersteigen. Im schlimmsten Falle will ich aber, ehe ich sehe, daß mein König zum Vasallen der politischen Glaubensgenossen der Herren Simon und Schaffrath herabsteigt, lieber, daß Preußen Preußen bleibt. Es wird als solches stets in der Lage sein, Deutschland Gesetze zu geben, nicht, sie von anderen zu empfangen. Meine Herren! Ich habe als Abgeordneter die Ehre, die Kur- und Hauptstadt Brandenburg zu vertreten, welche dieser Provinz, der Grundlage und Wiege der preußischen Monarchie, den Namen gegeben hat, und fühle deshalb mich um so stärker verpflichtet, mich der Diskussion eines Antrags zu widersetzen, welcher darauf hinausgeht, das Staatsgebäude, welches Jahrhunderte des Ruhmes und der Vaterlandsliebe errichtet haben, welches von Grund auf mit dem Blute unserer Väter gekittet ist, zu untergraben und einstürzen zu lassen. Die frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe

kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde."

Über Preußen und die deutschen Kleinstaaten.

Rede gehalten am 6. September 1849.

„Ich will mir weder erlauben, die Geduld der hohen Kammer zu einer staatsrechtlichen Vorlesung in Anspruch zu nehmen, noch de rebus omnibus et quibusdam aliis sprechen. Ich will mich zur Sache halten; ich will mich auch weder an die gemütliche Seite der Frage, noch an Ihre deutschen Herzen wenden, sondern lediglich an den schlichten Preußen-Verstand. Dem ersten Teil des Gutachtens der Kommission schließe ich mich an; wenn auch nicht in derselben Fassung, sondern in der des verlesenen, von mir mit unterzeichneten Amendements, und zwar deshalb, weil ich in dem Umstande, daß ich mit dem Verfassungs-Entwurfe, welcher dem Dreikönigs-Vertrage zum Grunde liegt, nicht vollkommen einverstanden bin, keinen Grund finden kann, einem Ministerium meine Unterstützung zu entziehen, in welchem ich die Repräsentanten gesellschaftlicher und staatlicher Civilisation, gegenüber der Demokratie, anerkenne und ehre. Jedoch kann ich dabei den Wunsch nicht unterdrücken, daß es das letztemal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben werden, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und der Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des anderen fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt, von zwar lärmender aber wenig furchtbarer Natur. Ich verkenne nicht, daß der Inhalt der Verfassung bedingt war durch frühere Verheißungen, deren Heiligkeit mir eben so hoch steht, als irgend Jemandem. Ich verkenne nicht, daß die Verfassung gegeben ist in einem Augenblicke, wo die politische Lage Deutschlands eine andere war als heute, und daß die Verfassung vielleicht eine andere geworden wäre, wenn man damals die Lösung der politischen Wirren in derselben Klarheit, wie jetzt, hätte voraussehen können. Aber gerade der Umstand, daß die Verfassung unter ungünstigen Auspizien gegeben wurde, veranlaßt mich umsomehr, sie nur

unter der Bedingung anzuerkennen, daß eine Revision und die Zustimmung der preußischen Kammer vorbehalten bleibe. Es versteht sich daher von selbst, daß ich gegen den letzten Teil des Kommissions-Entwurfs stimme. Der Antrag sagt mit anderen Worten soviel, daß wir, die preußischen Kammern, die Zukunft unseres Vaterlandes unwiderbringlich an den Beschluß einer Reichs-Versammlung binden sollen, deren Zusammensetzung wir noch nicht kennen; und an die Entscheidung eines zukünftigen Ministeriums, das wir auch noch nicht kennen; denn wer bürgt uns dafür, daß das Ministerium, das jetzt zu unser aller Freude an der Spitze der Verwaltung steht, zu dem vielleicht sehr entfernten Zeitpunkt, wo diese Frage zur Entscheidung kommen wird, noch diese Stelle behauptet. Wer bürgt uns dafür, daß es bis dahin nicht Männern von derselben Richtung Platz mache, wie jene, welche vor noch nicht langer Zeit unserem Könige die abgelehnte Krone von Frankfurt antrugen. Ich halte den Antrag ferner für vorzeitig, weil ich die Existenz des sogenannten Dreikönigs-Bundes noch nicht so weit gesichert erachte, um sein Bestehen unseren Beschlüssen zu grunde zu legen. Ich erinnere an die Vorbehalte von Sachsen und Hannover, sie sind bekannt; Vorbehalte so wesentlicher Natur, daß sie den Rücktritt dieser Mächte unbestreitbar rechtfertigen, sobald es nicht gelingt, alle Staaten Deutschlands außer Österreich zu dem Zutritte zu vermögen. Für den Beitritt von Bayern und Württemberg ist bisher nur geringe Aussicht, und ich glaube nicht, daß durch die jüngsten parlamentarischen Verhandlungen in der Sache diese Aussichten erhöht worden sind.

Die Nachteile für Preußen, welche der Entwurf selbst in sich trägt, hat der Abgeordnete Camphausen in seiner Rede in der ersten Kammer, von der ich voraussetzen kann, daß sie Ihnen allen bekannt sein wird, in so schlagender Weise auseinandergesetzt, daß ich dem nichts hinzuzufügen brauche. Nach seinen eigenen Worten verliert der König von Preußen seine Initiative, sein Veto in der Gesetzgebung, er kann wider seinen Willen genötigt werden, Gesetzen beizustimmen, die er mißbilligt; Preußen verzichtet auf die freie Disposition über sein Heer und seine Finanzen und verpflichtet sich, seine sämtlichen Aktiva aller Art einzuwerfen in den Konkurs der übrigen deutschen Staaten ohne Gewärtigung eines Äquivalents. Das preußische Ministerium würde herabsinken zu einer Provinzial-Behörde, unter der Leitung eines Reichs-Ministeriums, welches wiederum abhängig ist von

einem Parlamente, in deſſen Oberhauſe von Rechts wegen und im Unterhauſe mit Hülfe der einheimiſchen Demokratie die preußiſchen Intereſſen in der Minorität ſein würden, die ehrenvollſten und wichtigſten Rechte der preußiſchen Kammer würden auf das Reichs-Parlament übergehen, und was bietet man uns als Entſchädigung für ſolche Verluſte, bei denen ich nicht weiß, wie jemand, der dafür ſtimmt, ſein Votum preußiſchen Wählern gegenüber rechtfertigen will? Man bietet uns die mit einer mageren Exekutive bekleidete Reichs-Vorſtandſchaft, welche von Sachſen und Hannover, vielleicht auch von den übrigen Staaten des engeren Bundes, deren Beitritts-Erklärungen nicht beiliegen, als eine offene Frage betrachtet wird, ein Vorbehalt, aus dem zu entnehmen iſt, daß die preußiſche Vorſtandſchaft von der Seite ſtarke Angriffe bei der Reviſion erfahren wird. Sollten wir aus dieſem Angriffe ſiegreich hervorgehen, ſo habe ich ſchon angedeutet, in welcher Art die Prärogativen dieſer Vorſtandſchaft abſorbiert werden von der Berechtigung des deutſchen Bundes. Nun iſt zwar von der anderen Seite behauptet worden, daß der Mächtigere, wenn er mit dem Mindermächtigen in einen Bund tritt, ſtets im ſtande ſein würde, ſeine Macht, auch wenn die Form der Repräſentation es ihm nicht vergönnt, geltend zu machen.

Dies deutet einerſeits auf die Geſellſchaft mit dem Löwen hin, mir fällt augenblicklich der juriſtiſche Name nicht ein . . . (Stimme vom Platze: Societas leonina.) Societas leonina, ich danke Ihnen, (Heiterkeit) die anderen Staaten noch mehr wünſchen laſſen könnte, dieſem Bündniſſe fern zu bleiben. Andererſeits hat die jüngſte Geſchichte gelehrt, daß in dieſer wunderlichen Zeit der Starke ſchwach iſt durch ſeine Bedenklichkeit, der Schwache ſtark durch ſeine Dreiſtigkeit. Ich kann nach dieſer Seite hin kein Äquivalent für unſere Opfer finden, ich muß es deshalb lediglich ſuchen in dem ſchönen Bewußtſein, eine uneigennützige, edelmütige Politik befolgt, den Bedürfniſſen einer nationalen Wiedergeburt entſprochen, die hiſtoriſche Aufgabe Preußens gelöſt, den bewegenden Prinzipien des vorigen Jahres Rechnung getragen zu haben, und wie ſolche Ausdrücke mehr lauten, die mehr ſchön als ſcharf bezeichnet ſind. Ich bin der Anſicht, daß die bewegenden „Prinzipien“ des vorigen Jahres viel mehr ſozialer als nationaler Natur waren; die nationale Bewegung wäre auf wenige, aber allerdings hervorragende Männer in engeren Kreiſen beſchränkt geblieben, wenn nicht dadurch der

Boden unter unseren Füßen erschüttert würde, daß das soziale Element in die Bewegung hineingezogen, daß durch falsche Vorspiegelungen die Begehrlichkeit des Besitzlosen nach fremdem Gut, der Neid des minder Begüterten gegen den Reichen aufgestachelt würde, und diese Leidenschaften nur um so leichter Boden gewannen, je mehr durch eine langjährige, von oben genährte Freigeisterei die sittlichen Elemente des Widerstandes in den Herzen der Menschen vernichtet waren. Ich glaube nicht, daß diese Übelstände durch demokratische Konzessionen oder durch deutsche Einheitsprojekte werden gehoben werden, die Krankheit sitzt tiefer; das aber bestreite ich, daß in dem preußischen Volk das Bedürfnis nach nationaler Wiedergeburt nach dem Muster der Frankfurter Theorien irgend vorhanden gewesen sei. Es ist hier heute mehrfach die Politik Friedrichs des Großen erwähnt und diese sogar indentifiziert worden mit dem Antrage der Kommission. Das ist eine Gleichstellung, an die ich nicht glaube; Friedrich II. hätte das Gutachten nicht gemacht; ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigentümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben würde, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich um eine Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich, anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Falle in Gemeinschaft mit Österreich, im anderen Fall durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt.

Der vorliegende Verfassungsentwurf aber vernichtet das spezifische Preußentum; damit aber vernichtet er den besten Pfeiler deutscher Macht. Wer hat denn das, was in Deutsch-

land zu halten war, gehalten? Es war wahrlich nicht die Frankfurter Versammlung. Vielmehr muß ich auch hier dem Königlichen Kommissar entgegentreten, wo er sagt, die Frankfurter Versammlung habe vieles von uns abgewehrt. Es ist mir nicht das mindeste derart bekannt, ich weiß nur, daß das 38. preußische Regiment am 18. September das von uns abgewehrt hat, was das Frankfurter Parlament mitsamt dem Vorparlament über uns heraufbeschworen hatte. Was uns gehalten hat, war gerade das spezifische Preußentum. Es war der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Schatz, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht. Es war die Anhänglichkeit der preußischen Bevölkerung an die angestammte Dynastie, es waren die alten preußischen Tugenden von Ehre, Treue, Gehorsam und die Tapferkeit, welche die Armee, von deren Knochenbau, dem Offizier-Korps, ausgehend, bis zu den jüngsten Rekruten, durchziehen. Diese Armee hegt keine dreifarbigen Begeisterungen, in ihr werden Sie ebenso wenig, als in dem übrigen preußischen Volke, das Bedürfnis einer nationalen Wiedergeburt finden. Sie ist zufrieden mit dem Namen Preußen und stolz auf den Namen Preußen. Diese Scharen, sie folgen dem schwarzweißen Banner, nicht dem dreifarbigen, unter dem schwarzweißen sterben sie mit Freuden für ihr Vaterland. Das dreifarbige haben sie seit dem 18. März als Feldzeichen ihrer Gegner kennen gelernt. Unter ihnen sind die Töne des Preußenliedes, des Dessauer- und des Hohenfriedberger-Marsches wohl gekannt und geliebt, aber ich habe noch keinen preußischen Soldaten singen hören: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Das Volk, aus dem diese Armee hervorgegangen ist, dessen wahrster Repräsentant diese Armee ist, nach dem schönen und richtigen Ausspruch des Präsidenten der ersten Kammer, hat kein Bedürfnis, sein preußisches Königtum verschwimmen zu sehen in der fauligen Gährung süddeutscher Zuchtlosigkeit. Seine Treue haftet nicht an einem papiernen Reichs-Vorstand, nicht an einem Sechstel-Fürstenrat, sie haftet an dem lebendigen und freien Könige von Preußen, dem Erben seiner Väter. Dieses Volk, meine Herren, was es will, das wollen wir auch mit ihm. Alle Redner, welche ich gehört habe, wollen es, nur auf verschiedenem Wege. Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittige von der Memel bis zum Donners-

berge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenscheere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns erinnern, daß sie erst in Gotha zu einem friedlichen Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußentum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und hoffe ich zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird, wie ein dürres Herbstblatt." (Lebhaftes Bravo!)

Über die Krone und das Steuerbewilligungsrecht.

Rede gehalten am 24. September 1849.

„Der Artikel 108 enthält den natürlichen Grundsatz, daß jedes Gesetz so lange besteht, bis es durch ein neues aufgehoben ist. Es würde diese Bedeutung auch dann noch behalten, wenn man, nach Antrag des Kommissions-Gutachtens, den Kopf, der sich auf die Steuern speziell bezieht, streichen wollte. Es würde feststehen bleiben, daß die Gesetze, welche die Einnahmen des Staates und, was ich besonders hervorhebe, seine Ausgaben regeln, daß die Etats, welche einen integrierenden Teil der Gesetz-Sammlung bilden, fortbestehen, bis sie durch ein neues Gesetz, mit Übereinstimmung der drei Gewalten, welche bei der Gesetzgebung mitwirken, aufgehoben werden. Der Kommissions-Antrag wünscht dies dahin abzuändern, daß jeder der beiden Kammern eine Waffe in die Hand gegeben werde, die, mit Konsequenz und Entschlossenheit gehandhabt, sie in den Stand setzte, jeden Widerstand der anderen Faktoren der Gesetzgebung, der ihr entgegengesetzt werden möchte, zu brechen. Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Schwerpunkt der Gewalt, die ganze Staatsgewalt selbst, von der Krone auf die Kammern und deren Majoritäten übergehen würde, und daß der Krone nicht viel mehr übrig bleiben würde, als sich der Vollziehung der Kammerbeschlüsse zu befleißigen.

Als Hauptmotiv zur Rechtfertigung dieser außerordentlichen

Umwälzung unſeres Staatsrechtes, die leicht von nachhaltigerer Wirkung ſein könnte, als die ſogenannte März-Revolution, iſt von ſeiten des Kommiſſions-Entwurfs in den Vordergrund geſtellt worden, daß die Konſequenz eines aufrichtig konſtitutionellen Syſtems dieſes fordert. Meine Herren! Das Wort „konſtitutionell“ iſt eines der Stichwörter, die in neueſter Zeit das Vorrecht haben, an die Stelle jeden Grundes ſich einzuſtellen.

„Wo Gründe fehlen, ſtellt zur rechten Zeit das Wort ſich ein.“

Wo es ſich um ſo durchgreifende Anordnungen handelt, ſollte man doch wohl fragen, ob ſie gerecht oder ungerecht, vernünftig oder unvernünftig, für Preußen nützlich oder ſchädlich ſind? Danach fragt aber niemand; man fragt nur, ob ſie für konſtitutionell gelten. Aber über die Bedeutung dieſes Wortes werden Sie ſelten zwei Menſchen einig finden, jeder beſchuldigt ſeinen Gegner des falſchen Konſtitutionalismus, und eine authentiſche Interpretation fehlt. Die Meiſten ſcheinen anzunehmen, daß Beſtimmungen, welche in England, Frankreich, Belgien Gültigkeit haben oder gehabt haben, konſtitutionell ſeien, und aus dieſem Grunde, welches auch die Folgen davon ſeien, in Preußen eingeführt werden müſſen. „In jenen Ländern wohnt den Kammern das Recht der Steuerverweigerung bei, es iſt alſo konſtitutionell, und wir müſſen es auch alſo haben.“ Das iſt die Schlußfolge, welche ich aus dem Kommiſſionsentwurf und aus dem Vortrage der Redner, welche vor mir geſprochen haben, habe entnehmen können. Die Gründe kommen im ganzen alle auf dasſelbe heraus, daß z. B. der geehrte Abgeordnete von Beckerath — ich glaube, dieſer war es — dieſen Paragraph als den weſentlichſten einer konſtitutionellen Verfaſſung darſtellt, auf dem die ganze Verfaſſung beruhe. Es ſteht damit in einigem Widerſpruch, daß der geehrte Abgeordnete nachher ſagt, er halte die Ausübung dieſes Rechts für Hochverrat, auch wenn es als rechtmäßig anerkannt ſei. Denn ich kann nicht glauben, daß er annimmt, daß die ganze Verfaſſung auf Hochverrat baſiert ſei. Er fand ferner, daß, wenn die Verfaſſung dieſen Paragraph nicht fallen ließe, ſie den Namen einer Konſtitution nicht verdiene. Ich will ihn nur darauf aufmerkſam machen, daß das Wort Konſtitution bloß der franzöſiſche Ausdruck für „Verfaſſung“ iſt, und es wird nur darauf ankommen, ob wir franzöſiſch oder deutſch über die Sache ſprechen wollen. Dieſer Redner hat dann angeführt, daß, wenn die Steuerverweigerung den Kammern nicht beigelegt werde, er befürchte, daß die Kammern gefährlich nach

Machterweiterung ſtreben würden; ich ſage ihm dagegen, unſere Kammer iſt ſchon im Begriff, dies zu thun, und zwar in dieſem Augenblick. Herr von Beckerath hat dann geſagt, daß er wegen Abweſenheit des Steuerverweigerungsrechts in Preußen bisher mit Beſchämung auf andere Nationen geblickt habe. Ich ſtimme mit ihm darin nicht überein, ich habe mich nie geſchämt, ein Preuße zu ſein, und beſonders wenn ich aus fremden Ländern heimgekehrt bin, ſo habe ich mich immer recht ſtolz und wohl gefühlt, daß ich ein Preuße war. Ich wollte mir nur noch erlauben, auf einen Hauptunterſchied unſerer preußiſchen Verfaſſung mit der uns zum Muſter vorgeführten belgiſchen und franzöſiſchen aufmerkſam zu machen. Bei uns iſt verfaſſungsmäßig ſeit Jahrhunderten ein ſelbſtändiges Königtum, ein Königtum, welches zwar im Laufe der Zeit und namentlich der letzten Jahre einen beträchtlichen Teil ſeiner Rechte auf die Volksvertretung übertragen hat, aber freiwillig und nicht etwa deshalb, weil, wie Herr von Beckerath ſagt, ihm die Widerſtandsfähigkeit fehlte. Preußen war vollkommen fähig, dem Stoß aus Frankreich Widerſtand zu leiſten, wenn die Regierung des Königs dieſe Widerſtandsfähigkeit hätte benutzen wollen, es war ſtark genug, trotzdem, daß ſeit Jahren von gewiſſen Seiten an der Autorität der Krone gerüttelt iſt, indem man den Grundſatz aufgeſtellt hat, daß Geſetze, die aus der für die Geſetzgebung vorgeſchriebenen Quelle floſſen, unverbindlich ſeien für die, welche von ihrer Rechtmäßigkeit nicht überzeugt wären. Trotzdem glaube ich, daß die Widerſtandsfähigkeit des preußiſchen Königtums hinreichend groß geweſen wäre, um dieſem Stoße zu widerſtehen. Aber eben dieſes Königtum unterſcheidet ſich dadurch von den konſtitutionellen Dynaſtieen in England, Frankreich und Belgien, daß dort die Krone, wie ein gemeinſames Volksſprüchwort ſagt: gleich einem geſchenkten Gaul u. ſ. w. aus den blutigen Händen der Revolution überreicht iſt unter denjenigen Bedingungen, wie nun die Revolution für gut fand, jenen Dynaſtieen aufzulegen. Die unbedingten Nachahmer jenes überrheiniſchen Konſtitutionalismus ſind bisher in Deutſchland nicht beſonders glücklich in ihren Verſuchen geweſen. Die Zerrüttung eines jeden deutſchen Staates hielt ziemlich gleichen Schritt mit der Nachgiebigkeit, welche ſeine Regierung gegen Anforderungen in dieſer Beziehung bewies. In Sachſen und Baden hat man vielleicht am aufrichtigſten dem franzöſiſchen Konſtitutionalismus gehuldigt, und gerade da war die Haltloſigkeit die größte; und nur dasjenige, was uns von

den altpreußischen Institutionen als Erbschaft aus jener berüchtigten Zeit der 33jährigen Knechtschaft übriggeblieben war, hat uns in den Stand gesetzt, das Bestehen der staatlichen Gesellschaft in jenen Ländern aufrecht zu erhalten. Was Frankreich selbst, das Vaterland aller dieser Theorien, anbetrifft, so sollte man glauben, daß sein Beispiel eben kein besonders verführerisches sei, und daß die Franzosen sich jetzt kaum zu den glücklichsten Völkern der Erde rechnen möchten mit der Art von Glück, welches durch konstitutionelle Doktrinen bei ihnen begründet worden ist; ich sehe gerade in den jetzigen Zuständen von Frankreich keine Aufforderung, uns das Nessusgewand der französischen Staatslehren auf unseren gesunden Körper zu ziehen.

Belgien hat den Stürmen des vorigen Jahres widerstanden, und deshalb betrachtet man seine Verfassung als ein Universalmittel gegen jedes politische Übel. Meine Herren! Rußland hat jenen Stürmen auch widerstanden. Ich sehe also nicht ein, warum Sie mit demselben Rechte sich nicht in Lobpreisungen der russischen Verfassung ergehen wollen. Übrigens ist die belgische Verfassung erst 18 Jahre alt, ein sehr empfehlendes Alter für Damen, aber nicht für Konstitutionen, und ich glaube, Sie alle legen kein erhebliches Gewicht auf die Lebenserfahrungen eines Mädchens von 18 Jahren, selbst dann, wenn es einmal so glücklich oder klug gewesen wäre, die Bewerbungen eines mauvais sujet abzulehnen. England regiert sich, obgleich dem Unterhause das Recht, die Steuern zu verweigern, beiwohnt,.... die Berufungen auf England sind unser Unglück; geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung, aber auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen: Sie können uns nach englischer Weise regieren.

Aber aus dieser Möglichkeit würde ich noch immer keine Verpflichtung für die preußische Krone entnehmen, sich in die machtlose Stellung drängen zu lassen, welche die englische Krone einnimmt, die mehr als ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes erscheint, während ich in der unsrigen den tragenden Mittelpfeiler desselben erkenne. Dann vergessen wir nicht, daß England, nachdem es sich die Grundzüge zur Konstitution im Jahre 1688 gegeben hat, mehr als 100 Jahre unter der Vor-

mundschaft einer allmächtigen, nur aus wenigen Familien bestehenden Aristokratie gestanden hat. Das Land hat sich in dem Zeitraume an die neuen Formen gewöhnen können, und erst am Ende des vorigen Jahrhunderts ist ein reges parlamentarisches Leben in England entstanden; die englische Reform aber, in der die Macht der Aristokratie zum Teil ganz, zum Teil scheinbar gebrochen ist, ist jünger als die belgische Verfassung, und es steht noch zu erwarten, ob sich die Reform-Konstitution ebenso durch Jahrhunderte bewähren wird, wie die frühere Herrschaft der englischen Aristokratie. Es wird häufig auf unseren politischen Bildungsprozeß das Sprüchwort angewandt: Wenn wir schwimmen lernen wollen, müssen wir ins Wasser gehen; das mag wahr sein, aber ich sehe nicht ein, warum jemand, der schwimmen lernen will, gerade da hineinspringen soll, wo das Wasser am tiefsten ist, weil sich dort etwa ein bewährter Schwimmer mit Sicherheit bewegt. Uns fehlt der ganze Stand, der in England die Politik macht, der Stand der wohlhabenden und deshalb konservativen, von materiellen Interessen unabhängigen Gentlemen, deren ganze Erziehung dahin gerichtet ist, daß sie englische Staatsmänner werden, und deren ganzer Lebenszweck ist, an dem Gemeinwesen von England sich zu beteiligen; die Gebildeten bei uns sind mit weniger Ausnahme so an den Materialismus des Privatlebens, an ihre Häuslichkeit gebunden, daß es den meisten schwer erträglich sein wird, sich an den parlamentarischen Geschäften auf die Dauer zu beteiligen, wenn dieselben in der anhaltenden Weise betrieben werden sollen, wie dies in den letzten drei Jahren der Fall gewesen. Ich fürchte deshalb, daß wir Gefahr laufen, einen großen Teil der Stellen hier in Zukunft eingenommen zu sehen von solchen, die zu Hause nichts zu verlassen haben und mit dem Zwecke hierher kommen, in irgend einer Beziehung ihre Lage zu verbessern. Es ist vorher darauf hingewiesen worden, daß das Wahlgesetz ein besseres werden müsse, als es jetzt ist, und zwar von einer Seite, wo ich das Zugeständnis freudig acceptiere. Indessen geben Sie uns das beste Wahlgesetz, so habe ich doch noch keine sichere Garantie, daß wir den hohen Grad der Intelligenz und uneigennützigen Vaterlandsliebe, der sich in der Majorität der jetzigen Kammer vereinigt, in einer anderen Kammer wiederfinden werden. Ich kann in der Lotterie der Wahlen, mit Hinblick auf den politischen Zustand des Vaterlandes, keine Bürgschaften sehen, die mich berechtigen, die uneingeschränkte Disposition

über Land und Leute in Preußen in die Hände derjenigen Versammlungen zu legen, welche aus diesem Hazardspiel hervorgehen mögen. Wir verlangen, wenn jemand über eine Bagatelle zu Gericht sitzen oder in dem Getriebe der Verwaltung mitarbeiten soll, einen hohen Grad von Bildung, strenge Examina. Sollen wir dagegen die Entscheidung über die höchsten Fragen der Politik und der Gesetzgebung in letzter Instanz in die Hände von Majoritäten legen, deren Zusammensetzung mehr durch den Zufall als durch die Brauchbarkeit ihrer Mitglieder bedingt ist? Es liegt uns allen die Erinnerung nahe, wie in einer der wichtigsten Fragen der inneren Politik die Entscheidung an dem seidenen Faden hing, ob ein Mitglied der Nationalversammlung sein Votum während der Abstimmung zum drittenmale ändern würde oder nicht, und aus der vorigen Kammer ist Ihnen erinnerlich, wie bedeutende Abstimmungen durch den Zufall entschieden wurden, daß ein Kranker aus dem Bette geholt werden konnte, um sein Votum abzugeben. Von solchen Misèren, meine Herren, darf Preußens Geschick nicht in letzter Instanz abhängig sein. Die Grundlage unserer Verfassung bildet die Gleichberechtigung der Krone, der ersten und der zweiten Kammer in der Gesetzgebung. Ändern Sie diese Gleichberechtigung zum Nachteil der Krone, entziehen Sie die Gesetzgebung über Steuern, über deren Einnahme und Ausgabe, dieser allgemeinen Regel, so vernichten Sie die Selbständigkeit der Krone zu gunsten von Majoritäten, deren Geltung auf der gewagten Voraussetzung beruht, daß ein jeder einzelne der zukünftigen preußischen Abgeordneten in der Lage sein werde, sich über alle Fragen der Politik und Gesetzgebung ein unabhängiges und unbefangenes Urteil zu bilden.

Das Kommissions-Gutachten hofft, daß kein Mißbrauch mit diesem Steuerverweigerungsrecht getrieben werde. Ich teile diese Hoffnung auf keine Weise. Ich kann mir im Gegenteil eine Zusammensetzung der Kammern denken, wo ich den leichtsinnigsten Mißbrauch mit Gewißheit voraussehe. Es hat sich der geehrte Vorredner auch deshalb auf das Beispiel von fremden Staaten berufen, und auch andere haben gesagt, es sei dort von dieser Berechtigung selten oder niemals Gebrauch gemacht worden. Das hat seinen natürlichen Grund darin, weil jedes Ministerium, ohne es auf die Extremität ankommen zu lassen, vorher abtritt, denn das Bewußtsein, daß eine Kammer dieses letzte Zwangsmittel in Händen hat, ist hinreichend, die Vertreter der

Krone in Unterwürfigkeit gegen die Gebote der Kammer zu halten. Ich begreife nicht, wie diejenigen, die dieses System auch bei uns einführen wollen, trotzdem so häufig von einem starken Königtum sprechen können, und welchen Begriff sie damit verbinden. Es heißt ferner, daß, wenn die Kammern dazu geneigt wären, mit ihren Rechten Mißbrauch zu treiben, dieses eben sowohl bei Bewilligung der Ausgaben als bei den Einnahmen möglich sein würde. Ich erlaube mir darauf zu erwidern, daß die Möglichkeit Eines Mißbrauches nicht dazu berechtigt, einen zweiten zu erleichtern. Außerdem ist dieser Fall nach meiner Auffassung vom §. 98 der Verfassung vollständig vorgesehen. Nach §. 98 beruhen die Ausgaben ebenfalls auf Gesetzen, und wir haben gesetzliche Bestimmungen der Etats über die Ausgaben, und diese Gesetze können ebenso gut, wie andere, nur durch neue Gesetze geändert werden. Ich würde lebhaft wünschen, daß es dabei bleibt, indem ich befürchte, daß das preußische Volk in Zukunft ebenso gut des Schutzes einer kräftigen Krone gegen die Kammer bedürfen wird, als umgekehrt.

Der verehrte Abgeordnete für Rosenberg hat vorher erwähnt, es komme bei der Abstimmung über diesen Paragraphen darauf an, ob wir eine Verfassung haben wollen oder nicht. Es scheint ihm also die Verfassung vom 5. Dezember, sobald der § 108 beibehalten würde, gar keine Verfassung mehr zu sein, was zu der Annahme berechtigen würde, daß wir bisher ohne Verfassung leben. Ich glaube, der verehrte Abgeordnete wird bei Ziehung dieser Konsequenz selbst einsehen, daß seine Behauptung etwas zu weit ging. Er hat dann die Ansicht geäußert, daß, wenn dieser Paragraph beibehalten werden solle, man lieber dem Könige das Recht zugestehen möge, die Steuern nach dem Bedürfnis selbst aufzuerlegen. So weit in reaktionärer Richtung geht außer ihm wohl keiner in dieser Kammer. Wir alle wollen nur, daß bestehende Steuern nicht ohne Bewilligung der Krone abgeschafft werden; aber ebensowohl, daß Änderungen in der Besteuerung nicht ohne Bewilligung der Kammern eintreten dürfen. Eine Äußerung des Herrn Abgeordneten für Rosenberg hat mich um seinetwillen geschmerzt. Er sagt, er könne den ganzen Bestand des Staates nur auf verfassungsmäßig gesicherte Rechte basieren, nicht aber auf Pietät gegen ein gekröntes Haupt. Ich glaube, wenn auch der § 108 beibehalten würde, in der ganzen Verfassung vom 5 Dezember und den übrigen Gesetzen

des vorigen Jahres bleiben noch papierne Bestimmungen genug, um dem Herrn Abgeordneten zu gestatten, sich von dem ihm unsicher und schlüpfrig scheinenden Boden der Pietät fern zu halten."

Über die Handwerkerfrage.

Rede gehalten am 18. Oktober 1849.

Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihnen eine lange Rede halten werde, wenn ich die Versammlung bitte, gerade der Beratung dieses Gesetzes eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, wenn ich Sie bitte, gerade dies Gesetz mit ganz besonderer Gründlichkeit zu behandeln. Namentlich die Herren, welche fester als ich an die Wahrheit des Sprüchworts glauben, daß vox populi jedesmal vox Dei sei, möchte ich bitten, in dieser Angelegenheit sich nicht gegen ihren eigenen Götzen aufzulehnen, und zu bedenken, daß das Volk dieser Debatte mit gespannterer Aufmerksamkeit folgt, als allen spitzfindigen Streitigkeiten über Theorieen des Konstitutionalismus und allem Markten und Feilschen über dieses oder jenes Recht der Krone, und daß es einen üblen Eindruck machen würde, wenn wir dieses Gesetz in einer Sitzung in Bausch und Bogen abmachten, während wir über doktrinäre Paragraphen der Verfassung oft zwei bis drei Sitzungen hindurch stundenlange gelehrte Reden halten.

Wenn ich mich gegen das Gesetz habe einschreiben lassen, so war es weniger meine Absicht, das Gesetz anzugreifen, als einige der Anträge des Abgeordneten Fröhner zu verteidigen; und ich befinde mich in dem Falle, denselben Weg einzuschlagen, den mein Vorgänger, obgleich er für das Gesetz sprach, eingeschlagen hat. Wenn die Anträge des Abgeordneten Fröhner fallen sollten, so würde ich das Gesetz noch immer als einen kleinen, aber dankenswerten Schritt der Umkehr zu gesunden Verhältnissen betrachten. Ich hätte geglaubt, der Erwähnung überhoben zu sein, daß eine Not der Handwerker und ein Bedürfnis der Abhilfe überhaupt vorhanden sei; ich würde dies für allgemein anerkannt gehalten haben, wenn nicht der geehrte Abgeordnete aus dem Siegkreise (der Abgeordnete Wülffing) widersprochen hätte. Es ist möglich, daß in jenen glücklicheren westlichen Provinzen diese Not nicht so groß ist. Die Wohl-

habenheit ist dort größer, die Steuern sind dort im Verhältnis zum Vermögen geringer.

Wir werden Gelegenheit haben, das näher nachzuweisen, was Sie jetzt in Verwunderung setzt. Die Verkehrsverhältnisse sind dort leichter und lebhafter als bei uns. Wenn indes der Abgeordnete aus dem Siegkreise seine Behauptung dadurch unterstützt, daß der Handwerker das doppelte von dem verdiene, was der ländliche Tagelöhner verdient: so ist das eine Anschauung, die vom grünen Tische herrührt, aber nicht aus dem praktischen Leben.

Der Handwerker in Berlin kann nicht leben, wenn er nicht das Drei- oder Vierfache von dem hat, was der Tagelöhner in der Provinz verdient. Der Letztere erhält hier zu Lande einen Tagelohn von 6 bis 8 guten Groschen. Ein Berliner Holzhauer dagegen verdient, wenn er mit seiner Frau einen Vormittag arbeitet und beispielsweise eine Klafter Holz kleinmacht und einträgt, anderthalb bis zwei Thaler, und braucht dies, um bei schwerer Arbeit zu bestehen. Ein Berliner Schneider für ein Kleidermagazin verdient mit seiner Familie zwanzig Silbergroschen, wenn es gut geht, und dabei werden Sie mir zugeben, daß der Handwerker, in Betracht der Auslagen zu seiner Ausbildung und des Betriebskapitals, das in seinem Handwerkszeuge und in seiner Werkstatt steckt, ein höheres Tagelohn zu erwarten hat, als der Arbeiter; sonst mag er sich, wie man zu sagen pflegt, das Lehrgeld wiedergeben lassen.

Die Gründe, welche der Verarmung des Handwerkerstandes unterliegen, sind zum Teil der Natur, daß sie außerhalb des Bereichs der Gesetzgebung sich befinden; sei es, daß sie auf veränderten Konsumtions- und Verkehrsverhältnissen beruhen, sei es, daß sie ihren Ursprung aus den Errungenschaften der vorjährigen Revolution herleiten, ich will dies unberührt lassen. Jedenfalls beruhen sie zum Teil auf dem Druck, den das Kapital auf die Arbeit ausübt, und auf der Überproduktion, die eine Folge der Gewerbefreiheit gewesen ist. In dieser Beziehung sucht das Gesetz Abhilfe zu schaffen, indem es durch Bestimmung eines gewissen Lebensalters und durch Prüfungen den Zudrang zu den Gewerben erschwert und die leichtsinnige Selbständigkeit junger Leute auf einen späteren Termin hinausschiebt. Ich erwarte von diesen Prüfungen ebenfalls nicht, daß dadurch verborgene Talente an das Licht gezogen werden, indessen scheint mir auch keine Gefahr darin zu liegen, welche gegen die Vor-

teile einer Verminderung der Konkurrenz in die Wagschale fiele, die den einmal etablierten Handwerker nötigt, seinen eigenen Anteil an dem Preis seiner Produkte auf das Minimum, ja unter das Minimum zu reduzieren, welches nötig ist, um einen Menschen vor dem langsamen Verhungern zu schützen. Ich hege auch nicht die Furcht, daß durch eine Prüfung einer Vervollkommnung der Mühlen in den Weg getreten werde, denn wenn es auch das Gesetz den Mechanikern unter Umständen erschwert, Müller zu werden, so hindert sie es doch nicht, auf dem Felde der Mühlenbaukunst ihre Fertigkeit auszuüben. Ferner muß ich den geehrten Abgeordneten (den Abgeordneten Wülffing), welcher sagte, daß man bei den Berliner Bürgern, im Verhältnis zu ihrem Vermögen, sehr elegante Möbel fände, auf einen faktischen Irrtum aufmerksam machen, wenn er daraus den Schluß zieht, daß die Möbelmagazine zu einem schwunghaften Vertrieb der gewerblichen Produkte dienen. Abgesehen von der Vorliebe der Berliner für oberflächliche und unsolide Eleganz, möchte ich daraus eher schließen, daß diese Möbel durch die Magazine bis zu einem solchen Preise herabgedrückt sind, daß sie selbst dem Unvermögenden erschwingbar erscheinen. Bei der speziellen Diskussion über den §. 23 werde ich mir vorbehalten, den Beweis zu versuchen, daß nur durch den Innungszwang die Handwerker vor einer übertriebenen Konkurrenz geschützt werden können, daß nur durch diesen Zwang die Mehrzahl der Meister gegen die Unterdrückung durch einzelne mit großen Betriebskapitalen versehene Patentmeister geschützt werden könne, welche die Arbeitsteilung bis zu dem Grade ausbeuten, daß der einzelne Geselle, der eine zeitlang bei ihnen gearbeitet hat, dann unfähig wird, sein Handwerk selbständig zu betreiben, indem die anhaltende und ausschließliche Beschäftigung bei Anfertigung einzelner Teile und Teilchen der Gegenstände seines Gewerbes ihn zur Maschine herabsinken läßt. Ich bedaure, daß uns der Herr Minister des Handels (v. d. Heydt) in seinem Ausspruche die Hoffnung genommen hat zu einer Änderung des Gesetzes nach der konservativen Seite hin; ich bedaure, daß gerade hier, wo die Meinung des Volkes der konservativen Richtung günstig ist, es das Ministerium für gut findet, sich dieser Richtung entgegen zu stellen, während ich auf anderen Gebieten eine Festigkeit der Art ihm gern gewünscht hätte. Einstweilen kann ich indessen nicht ohne Andeutung darüber hinweg gehen, daß, wenn man sich nicht fürchtet, die Freiheit des Einzelnen in anderen Beziehungen

zu beschränken, wenn man kein Bedenken trägt, den Schutzzöllnern durch die Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen, warum man Bedenken tragen will, die Existenz des Handwerkerstandes durch gesetzlichen Zwang zu schützen. Der Aktionär von Eisenbahnen verlangt eine Garantie seiner Zinsen, der Fabrikant, der Bergwerksbesitzer, der Schiffsrheder, der Weinbauer u. s. w. verlangen, in ihrer Industrie durch Zollgesetze auf Kosten ihrer Abnehmer geschützt zu werden, warum wollen Sie nicht der zahlreicheren und genügsameren Klasse, dem Handwerkerstande, diesen Vorzug auch einräumen? Die Fabriken bereichern den Einzelnen, erziehen uns aber die Masse von Proletariern, von schlecht genährten, durch die Unsicherheit ihrer Existenz dem Staate gefährlichen Arbeitern, während der Handwerkerstand den Kern des Mittelstandes bildet, eines Gliedes, dessen Bestehen für ein gesundes Staatsleben so notwendig ist, daher die geforderten Opfer nicht in Betracht kommen, dessen Erhaltung mir vollkommen eben so wichtig erscheint, wie die Schöpfung eines freien Bauernstandes zu Anfang dieses Jahrhunderts, der zu Liebe man sich nicht scheute, tiefe Eingriffe in Recht und Eigentum zu machen. Es ist wahr, die Gewerbefreiheit mag manche Bequemlichkeit für das Publikum darbieten, sie liefert wohlfeile Waaren, aber an dieser Wohlfeilheit klebt vergiftend das Elend und der Jammer des Handwerkers, der seinem Ruin entgegengeht, und ich glaube, es möchten uns unsere wohlfeilen Röcke aus dem Kleiderladen zuletzt unbehaglich auf dem Leibe sitzen, wenn ihre Verfertiger daran verzweifeln müssen, sich auf ehrliche Weise zu ernähren.

Es mag sein, daß der Zunftzwang, wenn er von den Handwerkern richtig benutzt wird, dahin führt, daß wir in vielen Fällen bessere, im ganzen aber teuerere Arbeit zu bezahlen haben werden; indessen wenn es recht ist, daß wir das wohlfeile englische Eisen teuerer bezahlen, um den schlesischen Bergmann zu erhalten, wenn es recht ist, daß wir den Rotwein von Bordeaux, das naturgemäße Getränk des Norddeutschen, teuerer bezahlen, um den saueren Reben von der Ahr und der Nahe aufzuhelfen, so scheint es ebenso billig, daß wir zum Schutz der Handwerker, eines der unentbehrlichsten Glieder im Staatsorganismus, Maßregeln ergreifen, selbst dann, wenn diese Maßregeln für den Einzelnen drückend, beschränkend oder mit Kosten verbunden sein sollten. Ich stimme im Wesentlichen dem Antrage des geehrten Abgeordneten für Berlin bei, indessen nicht in allen seinen Teilen, so z. B. muß ich mir meine Meinung über die Hand-

werker-Beſchäftigung beim Militär und in den Strafanſtalten als teilweis abweichend vorbehalten. Dagegen möchte ich es mit ihm als einen großen Gewinn anſehen, wenn dem Unweſen der Lizitationen und Submiſſionen einigermaßen geſteuert würde, einen Gewinn nicht allein für den Handwerker, ſondern auch für den Staat, denn hier liegt meines Wiſſens der einzige wunde Fleck der ſonſt ſo hochſtehenden Integrität der preußiſchen Beamtenwelt. Mancher Meiſter würde uns wunderbare Geſchichten erzählen können, die uns an ſkandalöſe Prozeſſe unter dem Régime Ludwig Philipps erinnern würden, wenn er zu ſprechen wagte und ſagen wollte, wohin ein Teil des Gewinnes geht. Ich ſpreche aus Erfahrung; Beiſpiele kann ich der Natur der Sache nach ohne gerichtlichen Beweis nicht nennen.

Wenn ich indeß mit den Wünſchen des Herrn Abgeordneten für Berlin einverſtanden bin, ſo bin ich doch mit ihm zuſammengehend in der Argumentation, namentlich möchte ich es für einen kühnen Schluß halten, wenn er ſagt, wir wären deshalb ſo lange die Beute der auflöſenden Geſetzgebung aus der Stein-Hardenbergſchen Zeit geweſen, und das Gewerbe habe darunter deshalb ſo lange gelitten, weil man ſich davor gefürchtet habe, die Freiheit in materieller Beziehung zu beſchränken, um ſie um ſo ſicherer in politiſcher Beziehung zu unterdrücken. Mir liegt ein Grund der Zögerung der Geſetzgebung viel näher, es iſt das, was man den Geheimrats-Liberalismus nennt, der manchem hohen Staats-Beamten früherer Zeit den Namen eines Königlich preußiſchen Hof-Jakobiners zugezogen hat. Es liegt dies in der Neigung eines großen Teils der preußiſchen Büreaukratie für Nivellierung und Zentraliſierung. Der mittelalterliche Beigeſchmack, der kräftigen und geſchloſſenen Innungs-Korporationen anklebt, iſt faſt eben ſo unangenehm, wie die verwegenen Neuerungs-Gelüſte der roten Demokratie.

Über den Innungszwang.

Rede gehalten am 19. Oktober 1849.

Ich muß zuerſt Ihre Nachſicht in Anſpruch nehmen, indem ich nicht geglaubt habe, daß die Debatte mit einer ſolchen Schnelligkeit bis zu dieſem Punkte vorſchreiten werde, und mich daher nicht mit der Gründlichkeit vorbereitet habe, welche die Achtung vor der hohen Verſammlung erfordert haben würde.

Ich habe aus den Argumenten der Mehrzahl der verehrten Vorredner, sowie aus dem Gesetz selbst entnehmen können, daß der Nutzen der Zunftbildung im allgemeinen hinreichend erkannt ist. Die Meinungsverschiedenheit besteht nur darin, daß die einen glauben, den Vorteil zu erreichen, wenn der Beitritt zu einer Innung einem jeden Gewerbetreibenden freigestellt würde, während ich mit den anderen der Ansicht bin, daß die Vorteile gänzlich illusorisch werden, wenn der Beitritt zur Innung nicht zur Zwangspflicht gemacht wird. Geschieht dies letztere nicht, so wird die erste Bedingung, welche nötig ist, um eine auf Handwerkerehre gegründete, kräftige Korporation hervorzubringen, die Sicherung ihrer Dauer fehlen.

Die Vorteile, welche eine Zunft dem Einzelnen bietet, beruhen auf der Möglichkeit von Ausgaben, und zwar darauf, daß diese Ausgaben nachhaltig gesichert sind; nur dadurch ist es möglich, daß die Korporationen der Innungen dem Einzelnen, welcher der Verarmung ausgesetzt sein könnte, durch Kredit, durch wohlfeilere Beschaffung der Rohstoffe und dergleichen unter die Arme greifen können. Ist die Dauer der Zunft dadurch in Frage gestellt, daß jeder, der sich reich genug fühlt, um sich nicht an die Zunft anlehnen zu wollen, sich als Patentmeister etablieren kann, oder wenn ein jeder, der irgend etwas gelegentlich, etwa bei einem Zweckessen, übel nimmt, austreten kann, so ist es auch möglich, daß eines guten Tages eine Zunft plötzlich, ehe jemand es erwarten konnte, aufhört. Einrichtungen also, welche die Sicherheit der Dauer einer solchen Innung voraussetzen, können nicht getroffen werden. Ich will nur auf einige Vorteile, welche die Zünfte dem Einzelnen gewähren, näher eingehen und darzuthun versuchen, daß diese Vorteile wegfallen, wenn der Innungszwang nicht eintritt. Das erste, was man sich von den Zünften verspricht, ist eine gründlichere Ausbildung des Handwerkers in seinem Fache, als sich leider in vielen Fällen bisher vorgefunden hat. Ich finde einen Hauptgrund dieses Mangels an gediegener Ausbildung in der Befugnis, eine unbeschränkte Anzahl von Lehrlingen zu halten. Nur durch einen Beschluß der Zunft ist es möglich, sofern nicht das Gesetz dasselbe im allgemeinen bestimmt, daß die Zahl der Lehrlinge beschränkt wird. Ich führe hier nur als Beispiel das Gewerk der Klempner in Berlin an, welches etwa aus 300 besteht, von denen nur etwa 260 der Innung beigetreten sind, welches den Beschluß gefaßt hat, daß niemand mehr Lehrlinge halten darf,

als er Gesellen hält, und wenn er mehr als einen Gesellen hält, so muß er auch weniger Lehrlinge als Gesellen halten.

Viele Meister halten aber jetzt einen Gesellen und drei Lehrlinge und benutzen diese letzteren zu häuslichen Arbeiten, als Dienstmädchen u. s. w.; so kommt es, daß Lehrlinge bis kurz vor dem Antritt der Wanderschaft fast nichts von der Werkstatt gesehen haben, daß sie als unfähige und untüchtige Gesellen in das Leben treten, von keinem Meister gebraucht werden können, und erst im Gesellenstande, wo sie geldwerte Arbeiten liefern sollen, die Lehrlingszeit durchmachen müssen. Dem kann nur begegnet werden, wenn von seiten der Innung die Zahl der zu haltenden Lehrlinge bestimmt wird, und wenn jeder Meister verpflichtet ist, sich dem Beschlusse der Innung an seinem Orte in dieser Beziehung zu fügen. Steht es einem Patentmeister frei, sich fortwährend die wohlfeilere Arbeit durch die Lehrlinge ungemessen zu verschaffen, so wird dies andere, welche neidisch darauf sind, zum Austritt aus der Innung bewegen, indem jetzt jedermann nur zu sehr geneigt ist, einen in die Augen springenden augenblicklichen Vorteil auf Kosten einer gesicherten Zukunft für das Ganze und somit auch für den Einzelnen zu erkaufen.

Ein zweiter Übelstand, welchen ich auch nur durch den Zunftzwang beseitigen zu können glaube, ist die maßlose Konkurrenz. Es heißt heute überall, die Menge muß es bringen, und es kommt daher wesentlich darauf an, wer am besten hungern kann, der hungert seinen Konkurrenten bankerott; wer die unsolidesten Waren liefert, der macht seinen Nebenbuhler tot. Auch dem kann meines Erachtens nur dadurch begegnet werden, daß die Innung in den Stand gesetzt werde, die Qualität für die Gegenstände, die fabriziert werden, allgemein zu bestimmen und einen dieser Qualität entsprechenden Preis zu verabreden, der so normiert sein wird, daß der Handwerker dabei bestehen und nötigenfalls zurücklegen kann. Es springt in die Augen, daß auch solche Beschlüsse illusorisch sein werden, wenn einzelne Patentmeister sich ihnen nicht zu unterwerfen brauchen.

Einen dritten Grund für den Ruin der Handwerker finde ich in dem Kampfe gegen die Überlegenheit eines großen Betriebskapitals. Dieser Überlegenheit des Kapitals kann nur durch die Assoziation der Innung begegnet werden, indem die Assoziation in den Stand gesetzt ist, diejenigen Vorteile, welche einem großen Kapitale sich darbieten, zu verschaffen; z. B. die

großen und massenhaften Einkäufe von Rohprodukten und andere Ersparnisse, welche ich wohl nicht näher anzuführen brauche. Es liegt aber, wie ich am Eingange meiner Rede bemerkt habe, auf der Hand, daß die Assoziationen, welche sich mit Unterstützung der Einzelnen auf diese Weise beteiligen wollen, nur dann wirksam sein werden, wenn sie ihre Dauer gesichert sehen, wenn sie im stande sind, Lokale zu akquirieren, Schulden zu machen, Geschäfte auf Zeit abzuschließen, ohne annehmen zu müssen, daß die ganze Innung plötzlich unvermutet in ihr Nichts verschwindet. Ich sehe auch nur in dem Innungszwange die Mittel, einer übertriebenen Arbeitsteilung entgegenzutreten, einer Arbeitsteilung, die so weit geht, daß, — ich will nur das Schneiderhandwerk anführen — einzelne Gesellen sich nicht mit dem Anfertigen von Röcken, von Beinkleidern oder Westen allein beschäftigen, sondern daß einzelne Gesellen den ganzen Tag nichts weiter thun, als Knopflöcher ausnähen oder Knöpfe ansetzen. Es ist ganz klar, daß ein solcher Geselle verkümmert und zum Knecht des reichen Meisters wird, der ihn beschäftigt; denn wollte er austreten, so würde er sich selbständig nicht ernähren können, da er nur in diesem Teile seines Handwerks geübt ist, und wo würde er gleich wieder einen anderen Meister finden, der gerade einen Gesellen braucht, der nur Knöpfe ansetzen kann. Ich sehe keine andere Möglichkeit, Diesem anders zu begegnen, als durch den Innungszwang, wenn die Innung berechtigt ist, Beschlüsse zu fassen über die Zahl der Gesellen, die ein jeder Meister halten darf, und über den Wechsel derselben. Dies alles sind anscheinend harte Beschränkungen, und wir haben vorher von einem Kollegen (dem Abgeordneten Bauer), den ich übrigens nicht ganz von der Spezies des Liberalismus, welcher er sich nicht angehörig fühlte, ausnehmen kann, vernommen, daß der Zwang eines jeden Rechtsstaates unwürdig sei. Ich möchte diesem verehrten Kollegen für den Kreis Saatzig, welcher behauptete, daß Wohlthaten nicht obtrudiert werden können, erwidern, daß er hinreichend Gelegenheit gehabt hat, sich in seiner eigenen, der Generalkommission angehörigen Amtsthätigkeit überzeugen zu können, daß Wohlthaten allerdings aufgedrungen werden und oft zum Gedeihen und zum Wohle des preußischen Staates obtrudiert worden sind, ganz besonders in Gestalt der Gemeinheitsteilungen und dergleichen. Der verehrte Kollege fürchtet ferner, daß sich durch den Zunftzwang der verrufene Kastengeist wieder ausbilden würde. Ein Kastengeist findet nur

da statt, wo eine Kaste besteht, welche jeden anderen ihrer Natur nach ausschließt, oder ihm den Eintritt verwehren kann, wie sich z. B. alten stiftsmäßigen Adel niemand geben konnte, der nicht darin geboren war.

Ich will aber nicht so weit gehen, daß ein Widerspruch gegen den Eintritt eines Meisters stattfinden soll, der sich qualifiziert hat und unbescholten ist, sondern ich verlange nur den Zwang zu seinem Beitritt. Ich muß darauf zurückkommen, was ich gestern erwähnte, daß ich den Zunftzwang mit dem Schutzzolle identifiziere, und zugleich erklären, daß die Gründe, welche der Abgeordnete für Krefeld (der Abgeordnete von Beckerath) dagegen angeführt hat, mich nicht überzeugen konnten, daß ich in dieser Vergleichung Unrecht hatte. Der Herr Abgeordnete für Krefeld sieht in dem Schutzzolle den Schutz der Fabriken gegen das Ausland, ich hingegen sehe darin den Schutz gegen die Freiheit der Inländer, da zu kaufen, wo es ihnen am wohlfeilsten und bequemsten scheint, also einen Schutz des Inlandes gegen das Inland. Der Schutzzoll und Zunftzwang legen einem Teil der Bevölkerung zum Vorteil des anderen Opfer auf, nämlich die Verpflichtung, die Waren teurer zu bezahlen als sonst, um den andern Teil der Bevölkerung in Brod zu erhalten und zu schützen. Der Schutzzoll hat dabei noch den Nachteil im Vergleich, daß er im Wesentlichen nur einzelne Fabrikbesitzer bereichert. Das ist aber auch sein einziges Resultat, denn ich habe nie gesehen, daß die Fabrikarbeiter, so glücklich und glänzend uns auch der verehrte Abgeordnete aus Westfalen (der Abgeordnete Harkort) das Loos derselben geschildert hat, große Kapitalien zurückgelegt oder sich bereichert hätten. Ich habe dagegen sehr wohl erlebt, daß ländliche Tagelöhner aus den mir gründlich bekannten Rittergütern der östlichen Provinzen, nachdem sie ihre kräftigsten Jahre durcharbeiteten, imstande waren, sich eine Kolonistenstelle oder einen kleinen Bauernhof zu kaufen. Auf den Rittergütern der östlichen Provinzen kenne ich keine Armen, aber ich wünschte wohl, ich könnte dasselbe von den westlichen Fabrikbezirken sagen.

Ich erwähnte also, der Schutzzoll diene dazu, die Fabrikanten zu bereichern. Der Zunftzwang hingegen soll dazu dienen, von dem ganzen großen Gewerbestand Elend und Anarchie abzuhalten, und ich wünschte, daß wir diese Kategorien von Elend und Anarchie zum Auslande rechnen könnten,

gegen welches uns der verehrte Abgeordnete für Krefeld so gern schützen will.

Ich kann mich nicht überzeugen, daß wir eines Schutzes gegen die Auswüchse übertriebener inländischer Konkurrenz nicht mit demselben Rechte bedürfen, wie eines Schutzes gegen das Ausland. Es ist mir ein überraschender Widerspruch gewesen, daß gerade in den Provinzen, wo die Schutzzöllner heimisch sind, sich die meisten und lebhaftesten Stimmen gegen die Gewerbefreiheit erheben. Ich kann dies unmöglich dem Grunde zuschreiben, daß die Fabrikherren einen ähnlichen Schutz, wie sie auf Kosten der Abnehmer genießen, nicht auch dem Handwerker gönnen sollten. Der Zwang, dessen Ausübung ich verlange, könnte vorzugsweise drückend sein für den Handwerkerstand selbst, aber Sie alle haben sich aus den Petitionen und aus dem praktischen Leben überzeugen können, daß die Majorität der Handwerker in ähnlichem Verhältnis, wie ich dies über die Zunftbildung der Klempner Berlins anführte, von etwa 5 zu 1 diesen Zunftzwang eingeführt wünscht, und Sie, die Sie eine so große Achtung vor Majoritäten haben, die Sie unser ganzes Staatsleben nach Majoritäten lenken wollen, warum wollen Sie dieser Majorität der Handwerker keine Beachtung schenken, die jedenfalls kompetentere Richter in ihren eigenen Angelegenheiten sind, als unsere Majoritäten oft in Staatsangelegenheiten.

Dem übrigen Publikum wird dann ein weiterer Zwang nicht auferlegt, als eben eine mit Verbesserung verbundene Verteuerung mancher Bedürfnisse des Lebens, wenn etwa Innungen sich entschließen, bestimmte Preise für bestimmte Qualitäten festzusetzen. Und ich glaube, wir alle sind bereit, wenn ein so wichtiger, zu unserem staatlichen Bestehen notwendiger Stand, wie der Handwerkerstand ist, vor dem Verderben geschützt werden kann, ein Opfer zu bringen, namentlich wenn das Opfer in nichts weiter besteht, als in Geld; und gerade die Schutzzöllner, die von unserm Gelde leben, welches der Fiskus uns abfordert, damit sie es in die Tasche stecken können, sollten doch recht bereit sein, den Handwerkern gleiche Vorteile inbezug auf ihre eigenen Taschen einzuräumen. Ich glaube, daß die politischen Vorteile, die wir durch Schöpfung der Innungen erreichen, die mir im Vordergrunde stehen, die ich aber, weil ich glaube, damit noch weniger Anklang bei Ihnen zu finden, in meiner Rede unerörtert lasse, allein schon höher an-

zuſchlagen ſind, als die paar Groſchen, die uns dabei verloren gehen.

Weiteres habe ich zur Sache nicht zu bemerken, da ich ſchon geſtern darüber geſprochen habe. Ich würde Ihnen das Amendement des Abgeordneten Fröhner und dann die demſelben zunächſt ſtehenden empfehlen.

Über die Zivilehe und das chriſtliche Volksbewußtſein.

Rede gehalten am 15. November 1849.

„Schon die große Anzahl der Petitionen, die gegen Art. 16 eingegangen ſind, zeigen uns, daß wir zu einem Artikel gelangt ſind, der unmittelbar und ſchärfer in das praktiſche Leben einſchneidet, als die meiſten Vorlagen, welche uns in den letzten Tagen beſchäftigt haben, von denen ein Teil ſo allgemeiner Natur war, daß er von einer Seite her als Phraſe bezeichnet worden iſt, und zwar von einer Seite her, die ich denn doch darauf aufmerkſam machen möchte, daß gerade die Phraſe den ſchönſten Schmuck einer konſtitutionellen Verfaſſung abgiebt, dem Schleier vor dem Bilde von Sais vergleichbar; zerreißen Sie ihn ganz, ſo werden Sie den Augen gar mancher, die in die tieferen Geheimniſſe des Konſtitutionalismus noch nicht eingeweiht ſind, zeigen, daß das Idol, welches wir in dieſen Räumen verehren, nicht ganz das war, welches ſie hinter dem Schleier zu finden hofften. Auch den Artikel 11, in welchem Sie die vollſtändigſte Freiheit des religiöſen Bekenntniſſes gewährleiſtet haben, machen Sie, meines Erachtens, zur Phraſe, wenn Sie von den Bekennern der chriſtlichen und in specie der evangeliſchen Kirche verlangen, daß ſie ſich erſt den Erforderniſſen Ihrer konſtitutionellen Glaubens-Artikel unterwerfen ſollen, ehe Sie ihnen geſtatten, den Segen der Kirche, durch den allein die Gültigkeit der Ehe bei uns bedingt wird, zu empfangen. Sie haben den chriſtlichen Religionsgeſellſchaften dieſelbe konſtitutionelle Berechtigung auf Grund des allgemeinen Vereinigungsrechtes verliehen, wie den demokratiſchen Klubs, und das iſt viel heutzutage. Sie ſchmälern dieſe Gleichheit aber zum Nachteil der Religionsgeſellſchaften, wenn Sie die Erlaubnis zu der feierlichen Handlung, welche bisher den Bund der Ehe bei uns einſegnet und die Gültigkeit desſelben bedingt, abhängig machen von dem gerichtlichen Akt

eines Dorfschreibers, in dessen Hände die Braut in Zukunft ihr Treugelöbnis niederzulegen hat. Sie gestatten freilich denjenigen, die sich persönlich dazu gedrungen fühlen, sich nachträglich auch kirchlich trauen zu lassen; Sie gestatten der Kirche, die Schleppenträgerin der subalternen Büreaukratie zu werden; Sie gestatten dem Pfarrer, das verheiratete Paar vor dem Altare erscheinen zu lassen, und den verheirateten Mann zu fragen, ob er seine ihm gesetzlich bereits angetraute Frau zur Frau nehmen will oder nicht, eine Frage, die er mit „nein" gesetzlich nicht mehr beantworten kann. Ich glaube, daß sich nicht alle Geistliche im Lande dazu hergeben würden, die bisher heilig gehaltene Zeremonie der kirchlichen Trauung auf diese Weise zur leeren Förmlichkeit herabzuwürdigen. Wollen Sie aber dieser Zeremonie den Charakter leerer Förmlichkeit nehmen, so müssen Sie im Namen der Religionsfreiheit die evangelische Kirche nötigen, ihr bisheriges Trauungsritual zu ändern. Die Zivilehe ist in einer wesentlich anderen Lage in denjenigen Ländern, wo, wie z. B. in Holland oder Schottland, sie sich durch Gewohnheit im Besitz befindet, oder in denen, wo, wie in dem napoleonischen Frankreich und in dem Zubehör desselben, welches uns hier als Muster aufgestellt worden ist, die Zivilehe infolge einer Gesetzgebung eingeführt worden ist, welche in religiöser Beziehung tabula rasa eine völlige Leere und Zerfahrenheit vorfand, also auch kein entgegenstehendes Gefühl dabei verletzen konnte. Anders ist es bei uns. Bei uns tritt die Zivilehe der kirchlichen Trauung feindselig und gewissermaßen erobernd in dem Bewußtsein des Volkes gegenüber. Indem Sie die Zivilehe einführen, ordnen Sie an, daß der kirchliche Segen, der bisher die Gültigkeit der Ehe allein vollständig bewirkte, als unnützes Zubehör bei Seite geschoben werden soll; Sie verordnen, daß der Pfarrer dem Schreiber, der Altar dem Polizeibüreau Platz machen soll. Wie tief Sie damit in die religiöse Anschauung, in die Gefühle des Volkes eingreifen, das bestätigen Ihnen die Petitionen, nicht nur ihrer Anzahl nach, sondern auch ihrer Ausdrucksweise nach. Es sind mir heute noch einige achtzig Petitionen inbezug auf diesen Gegenstand zugegangen aus dem Kreise Grüneberg, aus dem Warthebruch, aus Pasewalk und aus dem Sternberger Kreise. Die Ausdrucksweise in diesen Petitionen ist eine von der Ausdrucksweise der Petitionen, die gegen sonstige Artikel der Verfassung gerichtet waren, sehr abweichende. Die Worte des Befremdens, der tiefsten Entrüstung, der Erbitterung sind das

wesentliche Ingredienz dieser Petitionen, welche ich mir erlaube auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignorieren. Ich glaube im Gegenteil, daß, wenn die Gesetzgebung das Volk lehren und leiten will, es ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Volksleben sich in allen Verhältnissen fest auf den Stab des Glaubens an die Segnungen der Religion stütze, nicht aber diesen Stab da, wo er vorhanden ist, als ein unnützes Zubehör von Obrigkeitswegen verwerfe, und so die Achtung vor der Kirche und den religiösen Einrichtungen da, wo sie tiefe Wurzeln in dem Volksleben geschlagen hat, untergrabe, und dies in einer Zeit, die uns mit blutiger Schrift gelehrt hat, daß da, wo es den Freigeistern, die sich gebildet nennen, gelungen ist, ihre Gleichgültigkeit gegen jedes positive Bekenntnis den großen Massen insoweit mitzuteilen, daß bei ihnen von dem Christentum als schaler Bodensatz nur eine zweideutige Moral-Philosophie übrig geblieben ist, daß da nur das blanke Bajonett zwischen den verbrecherischen Leidenschaften und dem friedlichen Bürger steht, daß da der Krieg aller gegen alle keine Fiktion ist.

Haben Sie dem Menschen den geoffenbarten Unterschied zwischen gut und böse, den Glauben daran genommen, so können Sie ihm zwar beweisen, daß Raub und Mord durch die Gesetze, welche die Besitzenden zum Schutze ihres Eigentums und ihrer Person gemacht haben, mit schweren Strafen bedroht werden, aber Sie werden ihm nimmermehr beweisen, daß irgend eine Handlung an und für sich gut oder böse sei. Ich habe in dieser Zeit manchen Lichtfreund zu der schnöden Erkenntnis kommen sehen, daß ein gewisser Grad von positivem Christentum dem gemeinem Manne nötig sei, wenn er nicht der menschlichen Gesellschaft gefährlich werden soll. So lange diese unklaren Bekenner der Humanitäts-Religion nicht zu der Überzeugung gelangt sind, daß ihnen selbst dieser „gewisse Grad" am allernötigsten sei, so lange kann ich mich nicht des traurigen Gedankens erwehren, daß es uns noch lange nicht schlecht genug gegangen ist. — —

Als ein wirkliches Bedürfnis kann ich die Zivilehe nur bei den Reformjuden anerkennen. Für einen wahren Juden wird die Ehe mit einer Christin ebensogut eine sittliche Unmöglichkeit sein, wie umgekehrt; wollen aber diejenigen Juden, welche nicht mehr Juden sind, sondern sich fälschlicherweise Juden nennen,

mit denjenigen Christinnen, welche sich fälschlich Christinnen nennen, ziviliter sich zusammenthun lassen, so mag man ihnen diese Ausnahme gestatten. Aber wunderbar finde ich es doch, wegen dieser wenigen Renegaten einer Bevölkerung von Millionen, die dem Glauben ihrer Väter treu geblieben sind, einen solchen unerhörten Zwang auflegen zu wollen. Ich kann in der That einen Grund dafür, daß auch selbst viele unter uns dieser Knechtung im Namen der Freiheit das Wort reden, kaum anderswo finden, als wiederum in der viel gerügten Nachbeterei fremder Zustände. In den konstitutionellen Musterstaaten, in Frankreich und in Belgien, besteht die Zivilehe beiläufig neben der Verfassung; da könnte sich vielleicht mancher unter uns wieder schämen, ein Preuße zu sein, so lange wir nicht auch die Zivilehe haben, denn das Ausländische hat immer einen gewiß vornehmen Anstrich für uns. Es scheint einmal zur Vollständigkeit des Systems zu gehören, dessen höchste politische Weisheit sich darin dokumentiert, daß die Entscheidung unserer Lebensfragen davon abhängig gemacht wird, ob von 153 Menschen, die aus den Zufällen der Wahl hervorgegangen sind, einer an einem bestimmten Tage an Rheumatismus leidet oder einen Termin abhalten muß. Es scheint zur Vervollständigung dieses Systems auch die Zivilehe zu gehören, sie mag nun die Gefühle des Volkes verletzen oder nicht. Man wäre versucht, diesem Systeme eine heitere Seite abzugewinnen, wenn es nicht gerade unser Vaterland wäre, welches diesen Experimenten französischer Charlatanerien unterbreitet wird. Man hat uns im Laufe der Diskussion von dieser Stelle gesagt, daß Europa uns für ein Volk von Denkern halte. Meine Herren! Das war früher. Die Volksvertretungen der letzten zwei Jahre haben uns um diesen Ruf gebracht, sie haben dem enttäuschten Europa nur Übersetzer französischer Makulatur, aber keine Selbstdenker gezeigt. Es kann sein, daß, wenn auch die Zivilehe sich Ihrer Majorität erfreut, dies dahin führen wird, daß das Volk aufgeklärt wird über den Schwindel, dessen Beute es ist; daß ihm die Augen aufgehen, wenn ihm eines seiner uralten christlichen Grundrechte nach dem anderen genommen wird; das Recht von christlichen Obrigkeiten regiert zu werden, das Recht, seinen Kindern in Schulen, deren Besuch und Unterhaltung Zwangspflicht für christliche Eltern ist, eine christliche Erziehung gesichert zu wissen, das Recht, sich auf die Weise christlich zu verehelichen,

welche ſein Glaube von jedem fordert, ohne von konſtitutionellen Zeremonien abhängig zu ſein.

Fahren wir auf dieſem Wege ſo fort, machen wir den Art. 11, die Gewährleiſtung eines jeglichen Kultus, inſoweit zur Wahrheit, daß wir auch den Kultus derjenigen demokratiſchen Schwärmer, die in den jüngſten Verſammlungen ihren Märtyrer, Robert Blum, auf gleiche Linie mit dem Heilande der Welt ſtellen, durch Gendarmen gegen Störungen ſchützen laſſen, ſo hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenſchiff der Zeit an dem Felſen der chriſtlichen Kirche ſcheitert, denn noch ſteht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke feſter, als der Glaube an die ſeligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfaſſung.

Über Preußen und die Unionsverfaſſung.

Rede gehalten am 15. April 1850.

Nach dem Abg. Camphauſen: Ich habe mit meinen Freunden dieſen Antrag aus zwei verſchiedenen Motiven geglaubt ſtellen zu müſſen. Wenn es doch einmal geſchehen ſoll, daß wir auf den Leib der deutſchen Einheit den fadenſcheinigen Rock einer franzöſiſchen Konſtitution ziehen, ſo wird das an und für ſich Schwerfällige des Mechanismus einer ſolchen Konſtitution noch erſchwert durch den Zuwachs eines neuen, nach Majorität entſcheidenden und unauflöslichen geſetzgebenden Körpers in Geſtalt eines Fürſtenrats, namentlich, wenn man bedenkt, daß neben den drei, durch Majorität entſcheidenden Körpern der Union, ich weiß nicht genau, ob 40 oder 50 Kammern, mit vielleicht mehreren tauſend Abgeordneten in Deutſchland in Wirkſamkeit bleiben würden ꝛc.

Gelingt es uns nicht, ſolche Änderungen durchzuſetzen, ſo werden ſich die, welche Preußen hier vertreten und namentlich die preußiſchen Stammlande, wenn ſie nach Hauſe kommen, in der Lage befinden, ihren Wählern ſagen zu müſſen: Wir haben eingewilligt, daß unſer König in ſeinem eigenen Lande Preußen mediatiſiert werde; wir haben eingewilligt, daß ſein Wille dem Willen derjenigen Kammern untergeordnet werde, welche vermöge des bei unſern Nachbarn geltenden aufrichtigen Konſtitutionalismus über die Stimmen im Staatenhauſe und Fürſtenrate zu

disponieren haben werden. Sie werden ihren Landsleuten sagen müssen, daß im Fürstenrate nach der augenblicklichen Lage der Stimmen das Großherzogtum Baden, das heißt dessen Kammern, genau soviel zu sagen haben, wie der König von Preußen, und daß dieser Fürstenrat über Preußen so gut regiert, als über die übrigen verbündeten Länder ꝛc.

Sie werden Ihren Landsleuten ferner sagen müssen, daß unsere Nachbarn in Zukunft über uns regieren werden, daß in dem Fürstenrat eine Million Badener so schwer wiegen, wie sechszehn Millionen Preußen; daß im Staatenhause vier Preußen nötig sind, um den Einfluß eines Badeners resp. Nassauers aufzuwiegen; Sie werden ihnen sagen müssen, daß unter 21 Millionen der Bevölkerung dieses Bundesstaats 5 Millionen politische Privilegierte und 16 Millionen politisch minder Berechtigte sein werden (Bravo auf der Rechten), und daß diese 16 Millionen die Preußen sind, und das zu einer Zeit, wo das preußische Volk von der Ansicht beherrscht ist, daß die Anstrengungen, die es gemacht hat, um sich selbst aus dem Elende der Revolution aufzuraffen, und seinen Nachbarn eine teils materielle, teils moralische Stütze zu gewähren, einen besonderen Anspruch auf politische Berechtigung gewähren in einem Augenblick, wo die preußische Armee es noch nicht vergessen hat, für welche Handlungen ihr diejenigen in der preußischen Kammer ihren Dank votierten, die nicht ganz ein Jahr früher auf Ausführung des Steinschen Antrags bestanden hatten. Meine Herren! Es ist mir ein schmerzliches Gefühl gewesen, hier Preußen zu sehen und nicht nur nominelle Preußen, — die dieser Verfassung anhängen, die diese Verfassung mit Wärme verteidigt haben, es ist mir — und so würde es Tausenden und aber Tausenden meiner Landsleute gewesen sein — ein demütigendes Gefühl gewesen, mir gegenüber die Vertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtskreise ehre, die aber nicht meine Landesherren sind, mit obrigkeitlicher Gewalt bekleidet zu sehen, ein Gefühl, dessen Bitterkeit bei Eröffnung dieser Versammlung dadurch nicht gemindert wurde, daß ich die Sitze, auf denen wir tagen, mit Farben geschmückt sah, die nie die Farben des deutschen Reiches gewesen sind, wohl aber seit zwei Jahren die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden! Farben, die in meinem Vaterlande neben dem Demokraten nur der Soldat in trauerndem Gehorsam trägt. Wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie

wollen, nicht mehr Konzeſſionen machen, als bis jetzt in dieſer Verfaſſung geſchehen iſt, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derſelben, und wenn Sie ſich bemühen, dieſe Verfaſſung dieſem preußiſchen Geiſte aufzuzwängen, ſo werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mit ſamt ſeiner ſchwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand ſetzt. (Lauter Beifall auf der Rechten.) Einen Troſt gegen dieſe Eventualitäten finde ich indeſſen in dem feſten Glauben, es wird nicht lange Zeit vergehen, ſo werden die Parteien zu dieſer Verfaſſung ſtehen, wie in einer Lafontaineſchen Fabel zwei Ärzte zu dem Patienten, deſſen Leiche ſie verlaſſen: — Der eine ſagt: „er iſt tot; ich habe es gleich geſagt"; der andere: „hätte er meinen Rat befolgt, ſo würde er noch leben."

— — „Ich habe ein Mißverſtändnis zu berichtigen. Ich ſprach vom preußiſchen Geiſte, als ich den Vergleich mit dem abwerfenden Pferde machte, von dieſem Geiſte, den der Herr Abgeordnete ſchon in früheren Jahren, und namentlich im November 1848 vergebens verſucht hat, zu bannen; von dieſem Geiſte, vor dem biegen müſſen oder brechen die Geiſter derer, welche glaubten, in dem erſten Schaumſpritzen der März-Wellen ein Element zu ſehen, in dem ſie zu ſchwimmen vorzugsweiſe befähigt wären, indem ſie ſagen zu können glaubten: „Sei ruhig, freundlich' Element" — und die, als ſie ſich daran verbrannt hatten, Schutz ſuchten unter den Flügeln desſelben Adlers, den der Abgeordnete für Baden hier einen toten Vogel genannt hat.

Über das freie Vereinsrecht.

Rede gehalten am 17. April 1850.

Die Diskuſſion über die Grundrechte hat außer unſerem Parlament die meiſten deutſchen Länder, die uns in den letzten Jahren vorhergegangen ſind, ſo vielfach beſchäftigt, daß ich glaube, daß ein jeder ſeinen Standpunkt gewonnen hat. — Indeß gegen das unumſchränkte Vereinsrecht will ich doch Proteſt einlegen, ich habe in dieſer Beziehung ſpezielle Verpflichtungen übernommen. Wenn ich alle dieſe Grundrechte als Eroberungen der Revolution auf Koſten des allgemeinen Grundrechtes des friedlichen Bürgers, des Rechtes auf ungeſtörten Schutz durch

die Obrigkeit, betrachte, ſo ſehe ich gerade in dem Vereinsweſen die gefährlichſte Waffe der Geiſter, die verneinen, gegen jede obrigkeitliche Autorität. Warum ſoll die Obrigkeit ſie nicht zerbrechen, ſobald ſie die Macht dazu fühlt? Darf eine Regierung beiſpielsweiſe ein Verfahren dulden, wie dasjenige, welches angewandt wird, um die ländliche Bevölkerung und namentlich die Schichten, welche politiſch urteilslos ſind, für die Zwecke der Demokratie zu gewinnen? Ich glaube, daß dies ein Recht iſt, das Vereinsrecht, deſſen Mißbrauch entſchieden den Gebrauch übertrifft; es wird oft geſagt, man ſolle nicht das Kind mit dem Bade ausſchütten: was nicht gemißbraucht werden könne, ſei auch nicht zu gebrauchen, und dergleichen Redensarten mehr; dieſes Recht aber wird ſoviel gemißbraucht, daß es ganz unbrauchbar iſt, und ich kann mich gegen die üblen Folgen dieſes Rechts nicht mit jenem moraliſchen Vertrauen waffnen, welches von jener Seite gegen alle Fehler der Verfaſſung geltend gemacht wird, mit dem unbegrenzten Vertrauen auf den Edelmut der Menſchen, welches ich ſo oft an dem verehrten Abg. für Krefeld zu bewundern Gelegenheit gehabt habe. Ich glaube, daß beſonders das Vereinsrecht imſtande iſt, dieſes Vertrauen auf das bitterſte zu täuſchen. Ich hoffe, daß die Anträge, die in Beſchränkung der Vereine am weiteſten gehen, Ihre Zuſtimmung finden werden. Ich hoffe das umſomehr, als ich hier ſo viele Staatsmänner ſehe, die ſeit dem März 1848 Gelegenheit gehabt haben, zu probieren, wie es ſich ſchrankenloſen Vereinen gegenüber regiert, die gerade in der Wirkſamkeit der Vereine die einzige Entſchuldigung dafür finden, daß ſie nicht glaubten wagen zu dürfen, die Anarchie zu bewältigen, gleich ihren Nachfolgern. Ich gebe mich jener Hoffnung hin, da wir nach einer Erfahrung von zwei Jahren ſo manchen unter uns haben dürften, der vor der Revolution ſein Licht ſo hell leuchten und ſo ſcharf auf die Mißbräuche des Staatsgebäudes, in welchem er eben wohnte, fallen ließ, daß dasſelbe ſchließlich in Brand geriet, und der ſich überzeugt haben dürfte, daß die Tendenz der Geſetzgebung, welche lediglich den Schutz der Verſchwörer gegen die Obrigkeit im Auge hat, auf die Dauer nicht haltbar iſt; ſo wie die Männer des konſtitutionellen Rütli von Heppenheim ſich überzeugt haben werden, daß die Flamme, welche ſie liebten und für wohlthätig wärmend hielten, ſie ſelbſt verbrannt haben würde, wenn nicht das kalte Eiſen der Reaktion löſchend dazwiſchen ging. Ich möchte Sie alſo bitten, meine Herren, alles

zu thun, was nach den vorliegenden Anträgen, von denen ich bedauere, daß sie nicht noch weiter gehen, in Ihrer Macht steht, damit dieser Blasebalg der Demokratie nicht in den Händen verbleibe, um die Kohlen unter der Asche anzublasen.

Über die deutsche Frage.

Rede gehalten am 3. Dezember 1850.

„Wenn die vorliegende Adresse den Zweck hat, in ihrem Total-Eindruck die Stimmung des Volkes durch das Organ seiner Vertreter wiederzugeben, so glaube ich, daß nicht ein einziger der vorliegenden Entwürfe, einschließlich der Amendements, diesen Zweck erreicht. Das preußische Volk hat sich, wie uns allen bekannt ist, auf den Ruf seines Königs einmütig erhoben; es hat sich im vertrauensvollen Gehorsam erhoben, es hat sich erhoben, um gleich seinen Vätern die Schlachten der Könige von Preußen zu schlagen, ehe es wußte, und, meine Herren, merken Sie das wohl, ehe es wußte, was in diesen Schlachten erkämpft werden sollte; das wußte vielleicht niemand, der zur Landwehr abging; es hat sich erhoben in treuer Anhänglichkeit an seinen König. Ich hatte gehofft, daß ich dieses Gefühl der Einmütigkeit und des Vertrauens wiederfinden würde in den Kreisen der Landesvertreter, in den engeren Kreisen, in denen die Zügel der Regierung auslaufen. Ein kurzer Aufenthalt in Berlin, ein flüchtiger Blick in das hiesige Treiben hat mir gezeigt, daß ich mich geirrt habe. Der Adreß-Entwurf nennt diese Zeit eine große; ich habe hier nichts großes gefunden als persönliche Ehrfurcht, nichts großes als Mißtrauen, nichts großes als Parteihaß. Das sind drei Größen, die in meinem Urteil diese Zeit zu einer kleinlichen stempeln und dem Vaterlandsfreunde einen trüben Blick in unsere Zukunft gewähren. Der Mangel an Einigkeit in den Kreisen, die ich andeutete, wird in dem Adreß-Entwurf locker verdeckt durch große Worte, bei denen sich jeder das seine denkt. Von dem Vertrauen, was das Land beseelt, von dem hingebenden Vertrauen, gegründet auf die Anhänglichkeit an Se. Majestät den König, gegründet auf die Erfahrung, daß das Land mit dem Ministerium, welches ihm zwei Jahre lang vorsteht, gut gefahren ist, habe ich in der Adresse und in ihren Amendements nichts gespürt. Ich hätte dies um so

nötiger gefunden, als es mir Bedürfnis schien, daß der Eindruck, den die einmütige Erhebung des Landes in Europa gemacht hat, gehoben und gekräftigt werde durch die Einheit derer, die nicht der Wehrkraft angehören, in dem Augenblick, wo uns unsere Nachbarn in Waffen gegenüberstehen, wo wir in Waffen nach unseren Grenzen eilen, in einem Augenblick, wo ein Geist des Vertrauens selbst in solchen herrscht, denen er sonst nicht angebracht schien; in einem Augenblick, wo jede Frage der Adresse, welche die auswärtige Politik berührt, Krieg oder Frieden in ihrem Schoße birgt; und, meine Herren, welchen Krieg? Keinen Feldzug einzelner Regimenter nach Schleswig oder Baden, keine militärische Promenade durch unruhige Provinzen, sondern einen Krieg im großen Maßstabe gegen zwei unter den drei großen Kontinentalmächten, während die dritte beutelustig an unserer Grenze rüstet und sehr wohl weiß, daß im Dom zu Köln das Kleinod zu finden ist, welches geeignet wäre, die französische Revolution zu schließen und die dortigen Machthaber zu befestigen, nämlich die französische Kaiserkrone. Ein Krieg, meine Herren, der uns nötigen wird, bei seinem Beginnen einen Teil der entlegeneren preußischen Provinzen preiszugeben, in dem ein großer Teil des preußischen Landes sich sofort von feindlichen Heeren überschwemmt sehen, der die Schrecken des Krieges in vollem Umfange unsere Provinzen empfinden lassen wird. Dennoch würde ich vor diesem Kriege nicht zurückschrecken, ja, ich würde dazu raten, wenn jemand imstande wäre, mir die Notwendigkeit desselben nachzuweisen oder mir ein würdiges Ziel zu zeigen, welches durch ihn erreicht werden soll und ohne den Krieg nicht zu erreichen ist. Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eignen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg oder Ruhm erwirbt, oder nicht. Es ist nichts leichter als das,

aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Überzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns beschäftigen, nach einem Jahre anders an, wenn Sie sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfeldern und Brandstätten, Elend und Jammer von 100,000 Leichen und 100 Millionen Schulden erblicken werden. Werden Sie dann den Mut haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschossenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: Ihr habt viel gelitten, aber freut Euch mit uns, die Unions-Verfassung ist gerettet. Freut Euch mit uns, Hassenpflug ist nicht mehr Minister, unser Bayrhofer regiert in Hessen. Haben Sie den Mut, das den Leuten dann zu sagen, dann beginnen Sie diesen Krieg.

Meine Herren! Es hat mir überraschend sein müssen, gerade den Mund derjenigen heute von Soldatenehre, von militärischen Sympathien überfließen zu sehen, welche während des Gefechts am 18. März mit ihren Sympathien, mit ihrem Rate nicht die Stelle trafen, wo das preußische Militär seine Ehre suchte, welche in der Adreßdebatte des zweiten Vereinigten Landtages und in der Adresse selbst für das wunde Soldatenherz keinen besseren Balsam hatten, als die kühle Phrase: „Auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen", auf beiden Seiten, auf Seiten der preußischen Armee und auch auf Seiten des Teiles des sogenannten Volkes, der ihr gegenüberstand. Mögen Sie es versuchen, es wird Ihnen nicht gelingen, das preußische Heer, welches am 19. März, den Zorn des gereizten Siegers im Herzen, die geladene Waffe in der Hand, lediglich dem Befehle seines Kriegsherrn gehorchend, unter dem Hohn seiner Gegner die Rolle des Besiegten übernahm, zu einem Parlamentsheer zu machen; es wird stets das Heer des Königs bleiben und seine Ehre im Gehorsam suchen. Die preußische Armee hat, Gott sei Dank, nicht notwendig, ihre Tapferkeit zu beweisen und wie junge Renommisten auf der Universität Händel zu suchen, um zu zeigen, daß sie sich schlägt. Es wird nicht von uns verlangt, daß wir Hessen räumen sollen, wenn es aber verlangt würde, so würde ich dadurch auch die Ehre der preußischen Armee nicht verletzt halten; sie würde sich dadurch jedenfalls nicht stärker verletzt fühlen, als die Armee irgend einer Großmacht in Europa, die doch auch auf Ehre Anspruch macht. Im Jahre 1840, ich erinnere Sie daran, als das Kriegsgeschrei ertönte, hat es das

französische Heer wohl mit seiner Ehre verträglich gehalten, daß die eingerufenen Reserven wieder nach Hause geschickt wurden, sobald die Regierung sich überzeugt hatte, daß ihre Pläne in Europa stärkeren Widerstand finden würden, als mit dem zu erreichenden Vorteil im Verhältnis stand. Ich erinnere daran, daß im vorigen Jahre die siegreiche österreichische Armee zweimal vor Turin Halt machte, man möchte sagen auf Befehl, jedenfalls infolge der Drohung einer Kriegserklärung Frankreichs, und niemand deshalb gewagt hat, Schande auf den österreichischen Soldaten zu werfen. Ich erinnere Sie daran, daß Rußland im vorigen Jahre auf traktatmäßige Forderungen, auf Auslieferung der polnischen und ungarischen Flüchtlinge verzichtete, nicht weil es sich von der Unrechtmäßigkeit seiner Forderung überzeugte, sondern weil ihm von England und Frankreich mit Krieg gedroht wurde. Ich erinnere Sie an die englische Flotte, die damals stolz durch die Dardanellen segelte und, sobald England eine russische Kriegsdrohung erhielt, sofort unter dem Jubel russischer Matrosen durch die Dardanellen zurückfuhr, ohne daß ein englischer Seemann durch Gehorsam gegen die Befehle des Kabinetts seine Ehre für verletzt hielt. Ich habe das feste Vertrauen, und ich glaube, die Mehrzahl der Preußen hat es mit mir, daß das Ministerium, welches im November 1848 die Ehre des Vaterlandes gewahrt hat, daß der General, auf den die ganze Armee mit Achtung sieht, und der an der Spitze des Kriegsministeriums steht, daß Sie und ihre Kollegen auch wissen, was preußische Ehre ist, und wie sie zu wahren sei.

Die preußische Ehre besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammercelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Österreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands gemeinschaftlich ausgeführt werde.

Man kann sehr darüber streiten, was in diesen Fällen, namentlich in Hessen und in Holstein, politisch und vernünftig sei. Darüber aber, glaube ich, ist die Mehrzahl von uns einig,

daß es wünschenswert sei, daß in Hessen der Rabulisterei in einem Streite, wo ich für beide Teile nicht einen Schuß Pulver verbrennen mag, ein Ende gemacht werde, und daß der unglückliche Krieg in Schleswig-Holstein, in den uns die unbesonnene und leichtfertige Politik des Jahres 1843 verflochten hat, ebenfalls beseitigt werde. Ich selbst wünsche dringend und bestehe auf Wahrung der wirklichen Rechte der Schleswig-Holsteiner, eines Stammes, der mir durch kriegerische Tapferkeit die Achtung abgewonnen hat, die ich seinem Bestreben jederzeit versagen mußte, seine vermeintlichen oder wahren Rechte gegen den Landesherrn mit revolutionärer Waffengewalt durchzuführen. Ich sage, man kann über die Rechtszustände in Hessen und Holstein vieles urteilen, aber der Meinung des Vorredners für Aachen kann ich mich nicht anschließen, daß der Zustand in Hessen der gesetzlichste sei, der in irgend einem Lande bestehe könne.

Unsere materiellen Interessen, die Integrität unserer Grenzen, die Sicherheit unserer heimischen Verfassung ist bisher von niemandem angefochten; Eroberungen wollen wir nicht machen. Die Thronrede selbst weist die Möglichkeit von Eroberungen ab. Die Adresse spricht ihren Dank dafür aus. Diese Frage bleibt also jetzt außer Spiel. Die Hauptfrage, die Krieg und Frieden birgt, die Gestaltung Deutschlands, die Regelung der Verhältnisse zwischen Preußen und Österreich und der Verhältnisse von Preußen und Österreich zu den kleineren Staaten, soll in wenigen Tagen der Gegenstand der freien Konferenzen werden, kann also jetzt nicht Gegenstand eines Krieges sein.

Wenn ich dem Ministerium gegenüber einen Wunsch aussprechen wollte, so wäre es der, daß wir nicht eher entwaffnen, als bis die freien Konferenzen ein positives Resultat gegeben haben; dann bleibt es noch immer Zeit, einen Krieg zu führen, wenn wir ihn wirklich mit Ehren nicht vermeiden können oder nicht vermeiden wollen. Daß aber diese Kammer, sei es nun als ein diplomatisches Konseil, oder als ein Hof-Kriegsrat von 350 Personen, in diese Verhandlungen eingreife, das, glaube ich, wäre die einzige Möglichkeit, den glücklichen Erfolg dieser Verhandlungen, den ich nach meinem Wissen voraussehe, zu verhindern, einen Erfolg, der dasjenige, was wir jahrelang auf verkehrtem Weg erstrebt haben, ohne Schwertstreich in unseren Schoß fallen lassen würde.

Wir haben heute erlebt, daß dem Ministerium lebhafte Vorwürfe gemacht sind, daß es nicht ausgiebiger mit seinen

Mitteilungen über die ſchwebenden Fragen geweſen iſt; wir haben hier eine militäriſche Kritik erlebt, die ſo in das Detail ging, daß man wohl erwarten kann, daß nächſtens die Aufſtellung unſerer Feldwachen von dieſer Tribüne herab dirigiert werden wird. Es iſt als die mindeſte Forderung hingeſtellt worden, daß den Kammern während der diplomatiſchen Verhandlungen wenigſtens ein Maximum mitgeteilt werde, über welches die Regierung beim Abſchluß mit fremden Mächten nicht hinaus will. Ich begreife nicht, wie jemand, der diplomatiſche Verhandlungen kennt und kennen muß, eine ſolche Forderung an das Miniſterium ſtellen kann; wenn hiernach nicht verſtanden wird, daß ſolchen Forderungen in keiner Weiſe nachgegeben werden kann, ſo will ich die Sache in einem einfachen und gemeinverſtändlichen Vergleich darſtellen. Jeder, der einmal einen Pferdehandel gemacht hat, wird ſich während desſelben hüten, einem Dritten, und vielleicht einem ſehr geſchwätzigen Dritten, mitzuteilen, welches Maximum des Preiſes er nicht überſchreiten, oder unter welches Minimum er nicht gehen wolle, denn ſein Minimum würde ſofort das Maximum und ſein Maximum das Minimum des Anderen ſein; ich glaube, dieſer Vergleich macht die Sache ganz anſchaulich.

Ich ſehe mich in dieſer Weiſe nach allen Seiten um, wo der casus belli liegen kann, welches die Bedingungen ſein könnten, die wir den beſiegten Feinden ſtellen wollen, wenn wir ſiegreich an den Thoren von Wien und Petersburg ſtehen werden. Ich dächte, wir alle, und namentlich diejenige Partei, deren Ratſchläge Preußen bis zum November 1848 das Unglück hatte zu befolgen, ſollten gelernt haben, was es heißt, „mit Feuer ſpielen", und daß derjenige, der einen Brand entzündet hat, nicht imſtande iſt, ihm da, wo das Feuer, ſeinem Wunſche nach, Halt machen ſoll, mit der Formel irgend eines abgenutzten Paragraphen ein „bis hierher und nicht weiter" zu gebieten. — —

Der Träger der Union, der Schöpfer dieſer Verfaſſung vom 26. Mai, Herr von Radowitz, iſt aus dem Miniſterium getreten, meiner Auffaſſung nach deshalb, weil das Miniſterium das frühere, als verkehrt erkannte Syſtem, das Syſtem Radowitz, hatte fallen laſſen. Ich will den nicht Anweſenden hier nicht angreifen, ich würde es aber gern geſehen haben, wenn Herr von Radowitz mir jetzt wie vor einem Jahre gegenüberſäße. Ich bin überzeugt, er hat das Beſte von Preußen gewollt und

hat ſich nur in den Mitteln vergriffen. Ich habe vor Jahr und Tag von dieſer ſelben Stelle aus meine Überzeugung ausgeſprochen, daß die Union an ſich nicht lebensfähig ſei, daß ſie mir ſtets erſchien als ein zwitterhaftes Produkt furchtſamer Herrſchaft und zahmer Revolution. Ich habe bis jetzt noch nichts herausgefunden, was dieſe tief im Volke lebende Überzeugung widerlegt hätte, und der Adreß-Entwurf enthält keinen koloſſaleren Irrtum, als in dem Paſſus über die Befriedigung, mit welcher das Volk die Unionsbeſtrebungen aufgenommen habe. Aus dem Fallenlaſſen dieſes Unions-Prinzipes iſt heute von dieſer Stelle aus dem Miniſterium der Vorwurf der Inkonſequenz mit bitteren Worten gemacht worden. Ich möchte daran erinnern, daß ſich ſelbſt Privatleute in dem Falle befinden können, inkonſequent zu werden und, was ſie früher für Unrecht hieten, ſpäter nach den Umſtänden für Recht halten zu müſſen. Ich mache niemandem damit einen Vorwurf, ich halte es für männlich und offen, ſeinen Irrtum anzuerkennen, aber nicht das halte ich für männlich, dem einen Vorwurf darüber zu machen, der von ſeinem Irrtum zurückgekommen iſt. Ich will nur darauf noch hinweiſen, daß es viel leichter iſt, Privatverhältniſſe konſequent in ſeiner Hand zu behalten, als diejenigen, welche unter veränderten Umſtänden die Schickſale eines Landes von 16 Millionen berühren und regeln. Ich will auf die Idee der Gültigkeit oder Ungültigkeit der Unionsverfaſſung hier nicht zurückkommen, wir haben das in Erfurt hinreichend beſprochen, ich habe wie damals die Überzeugung, daß ſie rechtsgültig bei uns, Gott ſei Dank, nicht beſteht, und wenn ſie beſtände, ſo wäre ſie nichts anderes, als eine Mediatiſierung Preußens, nicht unter die Fürſten, ſondern unter die Kammern der kleinen Staaten, und ein Krieg, für die Union von Preußen geführt, könnte mich nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein ſiegreiches Gefecht mit einer Schildwache beſtand, um ſich in dem Schilderhauſe hängen zu können, ein Recht, welches er ſich und jedem freien Briten vindizierte. Sollten wir trotzdem dahin getrieben werden, für die Idee der Union Krieg zu führen, meine Herren, es würde nicht lange dauern, daß den Unionsmännern von kräftigen Fäuſten die letzten Fetzen des Unionsmantels heruntergeriſſen würden, und es würde nichts bleiben, als das rote Unterfutter dieſes ſehr leichten Kleidungsſtückes. Am wenigſten kann ich glauben, daß die Staatsmänner, die im Sommer 1848 der Freundſchaftsbezeugungen einer Hand voll Berliner Proletarier

ſich nicht erwehren konnten, ſtark genug ſein würden, wenn einmal der Brand entzündet iſt, im Kampfe mit der Übermacht die dargebotene Hand der polniſchen, italieniſchen, ungariſchen und deutſchen Demokraten zurückzuweiſen. Es würde dann dahin kommen, daß ein Staatsmann Recht behielte, der zur Zeit der aufgelöſten Kammer an dieſer Stelle ſaß, und der am 31. Oktober in der bekannten vernagelten Sitzung den Antrag ſtellte, ſofort der ungariſchen Revolution zu Hülfe zu eilen, im Namen Deutſchlands, gegen den Erben einer langen Reihe deutſcher Kaiſer. —

Es iſt eine ſeltſame Beſcheidenheit, daß man ſich nicht entſchließen kann, Öſterreich für eine deutſche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon ſuchen, als daß Öſterreich das Glück hat, fremde Volksſtämme zu beherrſchen, welche in alter Zeit durch deutſche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht ſchließen, daß, weil Slovaken und Ruthenen unter der Herrſchaft Öſterreichs ſtehen, dieſe die Repräſentanten des Staates und die Deutſchen eine bloße beiläufige Zugabe des ſlaviſchen Öſterreich ſeien; ſondern ich erkenne in Öſterreich den Repräſentanten und Erben einer alten deutſchen Macht, die oft und glorreich das deutſche Schwert geführt hat. —

Ich habe bereits vor einem Jahre auf dieſer Stelle dagegen gewarnt, daß man Preußen nicht in die Rolle drängen ſolle, die Turin in Italien geſpielt hat. Die Pflicht der Ratgeber der Krone iſt die, Preußen vor dem Rate derer zu ſchützen, welche es wiederholt an den Rand des Verderbens gebracht haben. Es iſt ihre Pflicht, die Krone vor Bundesgenoſſen zu ſichern, welche gefährlicher ſind, als der Feind ſelbſt; das preußiſche Banner davor zu ſchützen, daß es nicht, wider Preußens Willen, der Sammelplatz werde für diejenigen, die Europa ausgeſtoßen hat, die ich nicht ſchärfer bezeichnen will, weil niemand von ihnen anweſend iſt. Gelingt es dem Miniſterium nicht, dieſen Krieg der Propaganda, dieſen Prinzipienkrieg von uns fern zu halten, dann, meine Herren, bleibt dem Preußen nichts übrig, als dem Befehle, der ihn in die Reihe der Krieger ruft, zu folgen, wenn auch mit bitterem Schmerze und zu ſchmachvollem Untergange, ſelbſt im Siege. Aber es möge jeder, der dieſen Krieg hindern konnte und es nicht that, bedenken, daß das Blut, welches in ſolchem Kriege vergoſſen wird, in ſeinem Schuldbuche ſteht; möge ihn der Fluch jedes ehrlichen Soldaten treffen,

der für eine Sache ſtirbt, die er im Herzen verdammt und verachtet, und möge dieſer Fluch ſchwer auf ſeiner Seele laſten am Tage des Gerichts.

Aber, meine Herren, einen ſolchen Prinzipien-Krieg — ich habe nicht gehört, daß irgend jemand nach ihm verlangt — ich geſtehe, ich habe dies Wort ſeit lange zum erſtenmal in dieſer Kammer gehört. Sollte niemand im Lande einen ſolchen Prinzipien-Krieg verlangen, als die Majorität der Kammer, ſo iſt dies meiner Meinung nach kein Grund zum Kriege mit Öſterreich, ſondern zum Kriege mit dieſer Kammer. Dann wäre es Pflicht der Räte der Krone, ſich zu erinnern, daß eine Kammer leichter mobil zu machen iſt, als eine Armee und in einer Neuwahl das Volk zu fragen, ob es die Anſichten ſeiner Vertreter durch Wiederwahl gutheiße. (Lärm.) Oder ob es durch ſeine Wahl zeigen will, daß es mit feſtem Vertrauen an dem Miniſterium hängt, zu deſſen Unterſtützung — daran erinnern Sie ſich, meine Herren — wir faſt alle vor einem Jahre hierher geſchickt wurden.

Verabſchiedung des Landtages.

Rede gehalten am 13. Oktober 1862.

„Die Regierung Sr. Majeſtät des Königs hat zu beklagen, daß die Beratungen über den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1862 zu einer geſetzlichen Feſtſtellung desſelben nicht geführt haben. Sie glaubt ſeit dem Beginn der Seſſion ihre Bereitwilligkeit bethätigt zu haben, auf alle Anträge der Landesvertretung, welche ſie ohne Benachteiligung weſentlicher Staats-Intereſſen für ausführbar halten durfte, einzugehen. — —

Dagegen hat die Regierung Sr. Majeſtät des Königs den Beſchlüſſen des Hauſes der Abgeordneten, nach welchen die größtenteils bereits verwendeten Koſten der Reorganiſation des Heeres und andere unentbehrliche Ausgaben für das laufende Jahr abgeſetzt werden ſollten, nicht beitreten können. Sie würde ſich einer ſchweren Pflichtverletzung ſchuldig machen, wenn ſie die auf Grund der früheren Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeres-Verfaſſung unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtſtellung Preußens, dem Beſchluſſe des Hauſes gemäß, rückgängig machen wollte.

Nachdem der Gesetzentwurf über den Staatshaushalt für das Jahr 1862 in der von dem Abgeordneten beschlossenen Feststellung wegen seiner Unzulänglichkeit von dem Herrenhause verworfen worden, findet sich die Regierung Sr. Majestät des Königs in der Notwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustande erwächst; sie ist aber der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen, und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt notwendig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seinerzeit die nachträgliche Genehmigung erhalten werden.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs ist von der Überzeugung durchdrungen, daß eine gedeihliche Entwicklung unserer Verfassungs-Verhältnisse nur dann erfolgen kann, wenn jede der gesetzlichen Gewalten ihre Befugnisse mit derjenigen Selbstbeschränkung ausübt, welche durch die Achtung der gegenüberstehenden Rechte und durch das verfassungsmäßige Erfordernis der freien Übereinstimmung der Krone und eines jeden der beiden Häuser des Landtages geboten ist. Die Regierung Sr. Majestät zweifelt nicht, daß die Entwicklung unseres Verfassungslebens an der Hand der Erfahrung auf diesem Wege fortschreiten und daß auf dem Grunde der gemeinsamen Hingebung für die Macht und Würde der Krone und für das Wohl des Vaterlandes auch die jetzt hervorgetretenen Gegensätze ihre Ausgleichung finden werden."

Adreßdebatte im Abgeordnetenhause.

Rede über das Budgetrecht und den Verfassungskonflikt am 27.—29. Januar 1863.

Der von Ihrer Kommission Ihnen vorgelegte Entwurf hat das unbestreitbare Verdienst, Klarheit in unsere gegenseitigen Beziehungen zu bringen. Es ist noch kein volles Jahr her, wenn ich nicht irre, war es bei den letzten Wahlen, da wurde die Behauptung, daß in Preußen das Parlament mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes streite, mit Entschiedenheit

zurückgewiesen; nachdem Sie die Adresse, wie sie vorliegt, werden angenommen haben, wird diese Zurückweisung nicht mehr möglich sein.

In dieser Adresse werden dem Hause der Abgeordneten Rechte vindicirt, welche das Haus entweder gar nicht, oder doch nicht allein besitzt. Wenn Sie, meine Herren, das Recht hätten, durch Ihren alleinigen Beschluß das Budget in seiner Hauptsumme und in seinen Einzelheiten endgiltig festzustellen, wenn Sie das Recht hätten, von Sr. Majestät dem Könige die Entlassung derjenigen Minister, welche Ihr Vertrauen nicht haben, zu fordern, wenn Sie das Recht hätten, durch Ihre Beschlüsse über den Staatshaushalts-Etat den Bestand und die Organisation der Armee festzustellen, wenn Sie das Recht hätten, wie Sie es verfassungsmäßig nicht haben, in der Adresse aber beanspruchen, die Beziehungen der Exekutivgewalt, der Staatsregierung zu ihren Beamten maßgebend zu kontrolieren, dann wären Sie in der That im Besitze der vollen Regierungsgewalt in diesem Lande. Auf der Basis dieser Ansprüche beruht Ihre Adresse, wenn sie überhaupt eine Basis hat. Ich glaube daher, die praktische Bedeutung derselben mit kurzen Worten dahin bezeichnen zu können: „Durch diese Adresse werden dem Königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert, um sie der Majorität dieses Hauses zu übertragen."

Sie kleiden diese Forderung in die Form ein, daß Sie die Verfassung für verletzt erklären, insoweit die Krone und das Herrenhaus sich Ihrem Willen nicht fügen; Sie richten den Vorwurf der Verfassungsverletzung gegen das Ministerium, nicht gegen die Krone, deren Treue gegen die Verfassung Sie ganz außer allen Zweifel stellen. Gegen diese Scheidung habe ich mich schon in den Ausschuß-Sitzungen verwahrt. Sie wissen so gut wie jedermann in Preußen, daß das Ministerium im Namen und auf Befehl Sr. Majestät des Königs in Preußen handelt und namentlich diejenigen Regierungs-Akte, in welchen Sie eine Verfassungsverletzung erblicken wollen, in diesem Sinne vollzogen hat. Sie wissen, daß ein preußisches Ministerium in dieser Beziehung anders dasteht, als ein englisches. Ein englisches Ministerium, mag es sich nennen wie es will, ist ein parlamentarisches, ein Ministerium der Majorität des Parlaments; wir aber sind Minister Sr. Majestät des Königs. Ich weise die Trennung der Minister von der Krone, wie sie in der

Adreſſe angenommen wird, keineswegs zurück, um die Autorität der Krone zu einem Schilde zu machen, durch welchen das Miniſterium ſich deckt. Wir bedürfen dieſer Deckung nicht, wir ſtehen feſt auf dem Boden unſeres guten Rechtes. Ich weiſe dieſe Trennung nur deshalb zurück, weil durch ſie die Thatſache verdeckt wird, daß Sie ſich im Kampfe mit der Krone um die Herrſchaft dieſes Landes befinden, und nicht im Kampfe mit dem Miniſterium.

Sie finden die Verfaſſungsverletzung in specie bei Art. 99. Art. 99 lautet, wenn ich mich der Worte erinnere: Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müſſen für jedes Jahr im voraus veranſchlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Wenn darauf folgte, letzterer wird jährlich durch das Haus der Abgeordneten feſtgeſtellt, dann hätten Sie in Ihren Beſchwerden in der Adreſſe vollkommen Recht, dann wäre die Verfaſſung verletzt. Es folgt aber im Text des Art. 99: Letzterer, der Staatshaushalts-Etat, wird jährlich durch ein Geſetz feſtgeſtellt. Wie nun ein Geſetz zu ſtande kommt, ſagt Art. 62 mit unwiderleglicher Klarheit. Er ſagt, daß zum Zuſtandekommen eines jeden Geſetzes, alſo auch des Budgetgeſetzes, die Übereinſtimmung der Krone und der beiden Kammern erforderlich iſt. Daß das Herrenhaus berechtigt iſt, ein von der zweiten Kammer beſchloſſenes und ihm nicht konvenierendes Budget zu verwerfen, iſt außerdem noch in dem Artikel hervorgehoben.

Jedes dieſer drei konkurrierenden Rechte iſt in der Theorie unbegrenzt und das eine ſo ſtark wie das andere. Wenn eine Vereinbarung zwiſchen den drei Gewalten nicht ſtattfindet, ſo fehlt es in der Verfaſſung an jeglicher Beſtimmung darüber, welche von ihnen nachgeben müſſen. In früheren Diskuſſionen iſt man freilich über dieſe Schwierigkeit mit Leichtigkeit hinweggegangen; es wurde nach Analogie von andern Ländern, deren Verfaſſung und Geſetze aber in Preußen nicht publiziert ſind und keine Gültigkeit haben, angenommen, die Schwierigkeit ſei einfach dadurch zu erledigen, daß die beiden andern Faktoren ſich dem Abgeordnetenhauſe fügen, daß, wenn zwiſchen der Krone und dem Abgeordnetenhauſe eine Verſtändigung über das Budget nicht zu erreichen iſt, die Krone ſich dem Abgeordnetenhauſe nicht nur ſelbſt unterwirft und die Miniſter, die das Vertrauen des Abgeordnetenhauſes nicht haben, entläßt, ſondern auch das Herrenhaus, wenn es mit den Abgeordneten nicht übereinſtimmt, durch maſſenhafte Ernennungen zwingt, ſich auf das Niveau des Ab-

geordnetenhauses zu setzen. Auf diese Weise würde allerdings die souveräne Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses hergestellt werden; aber eine solche Alleinherrschaft ist nicht verfassungsmäßiges Recht in Preußen.

Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budget-Gesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die andere zum Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen sei.

Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, werden zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann.

Sie werden sagen, daß nach dieser Theorie die Krone in der Lage wäre, wegen jeder unbedeutenden Meinungsverschiedenheit das Zustandekommen des Budgets zu verhindern. In der Theorie ist dies allerdings unbestreitbar, ebenso wie es in der Theorie unbestreitbar ist, daß die Abgeordneten das ganze Budget verweigern, um dadurch die Entlassung der Armee oder die Auflösung aller Regierungskollegien herbeizuführen; in der Praxis geschieht das nicht. Ein solcher Mißbrauch des unbestreitbaren theoretischen Rechts der Krone ist in diesen 14 Jahren nicht vorgekommen.

Durch wessen Schuld in dem jetzigen Fall das Zustandekommen des Kompromisses unterblieben ist, darüber werden wir uns schwerlich verständigen. Ich erinnere mich indessen daran, daß nach der Auflösung des Ihnen vorhergehenden Abgeordnetenhauses die Krone Ihnen freiwillig mit erheblichen Konzessionen entgegengekommen ist; es wurde das Budget um mehrere Millionen reduziert, es wurde der Steuerzuschlag von 25 Prozent freiwillig fallen gelassen. Es wurde auf Ihren Wunsch inbetreff der Spezialisierung der Etats Rücksicht genommen, deren Durchführung für die Regierung nicht ohne Schwierigkeit ist. Ihre Antwort auf diese Versuche der Verständigung bestand darin, daß Sie im September den Beschluß faßten, bei dem ich nicht anstehe, Ihnen

den Vorwurf des Mißbrauchs der Gewalt, den Sie in dem Tenor der Adreſſe auf uns geworfen haben, vollſtändig zurückzugeben. Sie benutzten Ihr Zuſtimmungsrecht bei der Feſtſtellung des Budgets dahin, einen Beſchluß zu faſſen, deſſen Ausführung völlig unmöglich war, wenn man Preußen nicht wehrlos machen wollte, wenn man nicht die bisher aufgewendeten Koſten für die Reorganiſation als weggeworfen betrachten wollte, ich weiß nicht, wie viele Millionen, um im nächſten Jahre mit demſelben wieder von neuem anzufangen. Sie verlangten von Sr. Majeſtät dem Könige, falls Sie überhaupt die Ausführung Ihres Beſchluſſes verlangten — und daß Sie einen Beſchluß gefaßt hätten, deſſen Ausführung Sie nicht wollten, kann ich von einer Verſammlung, wie dieſe, nicht vorausſetzen — Sie verlangten alſo die Entlaſſung der Hälfte der Infanterie, eines Drittels der Kavallerie, 119 Bataillone — ich weiß nicht, wie viele Regimenter. In ſeiner Geſamtheit war der Beſchluß deshalb nicht ausführbar, weil er ſich auf die Vergangenheit zurückbezog. Wie geſagt, ich will auf Rekriminationen inbetreff der Vergangenheit nicht weiter eingehen, als es die Geſchichtserzählung erfordert. Auf dieſen radikalen Beſchluß, durch den Sie in die Sackgaſſe geraten ſind, aus welcher Sie jetzt einen Ihren Wünſchen entſprechenden Ausweg ſchwerlich finden werden, auf dieſen radikalen Beſchluß kam Ihnen die Regierung mit dem Anerbieten der Verſtändigung entgegen, indem ſie ſich bereit erklärte, auf die Modalitäten des von dem Freiherrn von Vincke geſtellten Amendements einzugehen. Hätte dieſer Schritt bei Ihnen das erwartete Entgegenkommen gefunden! — (Unruhe links.) Ich erinnere mich, daß Sie dieſelben Zeichen des Mißfallens, die ich heute mehrere Male vernommen habe, gaben in dem Momente, wo ich die Motive des von Vincke'ſchen Amendements ablehnte; über Motive ſtimmt man aber doch nicht ab. Ich habe vielen beſchließenden Verſammlungen beigewohnt, habe aber nie gehört, daß man über Motive abſtimmt. Man ſtimmt über Anträge ab; die Gründe der Annahme, ob wir aus Verſöhnlichkeit, und Sie aus doktrinären Gründen beiſtimmen, ſind gleichgültig. Das Abgeordnetenhaus hätte meines Erachtens dieſe Brücke annehmen ſollen. Sie hätte dazu geführt, den Streit wegen des Budgets von 1862 im vorigen Jahre noch erledigen zu können und das Budget von 1863, deſſen Wiedervorlage von dem Abgeordneten von Vincke in ſeinem Amendement in Ausſicht genommen war, im vorigen Jahr wieder in Angriff zu nehmen.

Es wäre dadurch eines der schwersten Gravamina erledigt worden, allein Sie antworteten auf unseren Verständigungsversuch mit einer Resolution, die uns alle Hoffnung, zur Verständigung zu gelangen, abschnitt.

Wir schlossen die Sitzung in der Hoffnung, daß Sie in versöhnlicherer Stimmung wiederkehren würden, als Sie uns verlassen. Sie erwarten Nachgiebigkeit von der Krone, wir erwarten sie von Ihnen. Die Reihe, Konzessionen zu machen, ist nach der Überzeugung der Regierung an Ihnen, und ohne daß Sie solche machen, werden wir aus dem Konflikt schwerlich herauskommen. Das Herrenhaus verwarf, und nach der Ansicht der Königlichen Regierung mit vollem Rechte, als unzulänglich für das Bedürfnis des Staates, das von Ihnen votierte Budgetgesetz. Der Fall, daß kein Budget zustande kam, lag thatsächlich vor; seine Möglichkeit wurde bestritten. Die Thatsache widerlegte die Behauptung der Unmöglichkeit, der Fall, der hier eingetreten ist, kann sich unbedenklich wiederholen. Wenn die Bestimmung der Verfassung über die Gleichberechtigung der Krone und des Herrenhauses bei Zustimmung zu jedem Gesetze, also auch zu dem Budgetgesetze — wenn diese Bestimmung nicht ganz illusorisch sein soll, so kann sich der Fall wiederholen.

Daß hier eine Lücke in der Verfassung ist, ist gar keine neue Erfindung. Ich habe selbst damals den Verhandlungen wegen der Revision der Verfassung beigewohnt, und wir haben uns mehrere Tage in sehr eingehender Weise mit dieser Möglichkeit beschäftigt, die jetzt nach 14 Jahren zum ersten Male zur Wirklichkeit geworden ist. Daß es eine Unmöglichkeit sei, ist damals niemanden eingefallen, man hat sich nur über die Vorkehrungsmaßregeln, die für einen solchen Fall getroffen werden sollten, nicht einigen können.

Ich muß nach dem Gesagten die Behauptungen, daß wir verfassungswidrig gehandelt haben, ja daß wir die Verfassung verletzt hätten, auf das Bestimmteste und mit voller Überzeugung zurückweisen, und ich wiederhole, was ich in der Kommission sagte: Wir, meine Herrn, nehmen unsern Eid und das Gelöbnis auf die Verfassung ebenso ernsthaft wie Sie den Ihrigen. Lernen wir doch Überzeugungstreue an den Gegnern achten und seien wir nicht so freigebig mit dem Vorwurfe des Verfassungsbruches, mit dem Vorwurfe des Eidbruches, welchen jener involviert.

Über das, was Rechtens sei, wenn kein Budget zustande kommt, sind Theorien aufgestellt, auf deren Würdigung ich mich hier nicht einlassen will. Die Einen sagen, es bestehe eo ipso das vorjährige Budget fort, wenn kein neues zustande kommt, die Andern sagen, vermöge des horror vacui, der dem Gesetze innewohnt, fülle sich die Lücke überall, wo das neue Recht nicht deckt, nach altem Rechte wieder aus, in derselben Art, wie man auf die Joachimica zurückgeht, wo das Landrecht nicht ausreicht, oder auf coutumes und alte Königliche Ordonnanzen, wo der Code nicht zutrifft, so daß also bei uns die Machtvollkommenheit des absoluten Regimentes wieder einzutreten habe, wo das Staatshaushaltsgesetz fehlt. Ich will diese Theorie nicht weiter verfolgen; es reicht für mich die Notwendigkeit hin, daß der Staat existiere; und daß er nicht in pessimistischen Anschauungen es darauf ankommen läßt, was daraus wird, wenn man die Kassen schließt. Es ist die Notwendigkeit allein maßgebend, dieser Notwendigkeit haben wir Rechnung getragen, und Sie selbst werden nicht verlangen, daß wir die Zinsen und die Beamtengehälter hätten sistieren sollen.

Daß der damit eingetretene Zustand verfassungswidrig sei, bestreite ich nach wie vor auf das Allerbestimmteste. Ich muß auch glauben, daß diese Ansicht von keinem der Tausende von Beamten, welche die Verfassung beschworen haben, geteilt wird. Keiner der Beamten hat der Regierung seine Mitwirkung verweigert, keiner hat erklärt, sein Gehalt vom 1. Januar nicht empfangen zu wollen. Ich will daraus gar keinen Vorwurf machen, ich ziehe nur den Schluß daraus, daß die Überzeugung, wir hätten verfassungswidrig gehandelt, nicht so unumstößlich dasteht; sonst hätte unter den Tausenden von Beamten doch Einer Gewissensregungen empfunden und seine Mitwirkung unter dieser Regierung verweigert. Außerdem ist der Zustand, in welchem wir uns befinden, keinesfalls verfassungswidriger, als der Zustand, der 14 Jahre lang jedesmal in den ersten vier oder sechs Monaten obwaltete, in denen wir ohne Budget waren.

Sie sagen, die jetzige Situation sei verschärft dadurch, daß gewisse Teile des Budgets von Ihnen ausdrücklich abgelehnt wären. Verzeihen Sie mir die Bemerkung, daß Ihre Beschlüsse an sich, so lange sie allein stehen, gar keine Rechtskraft haben; Sie können durch Ihre alleinigen Beschlüsse uns weder zu irgend einer Ausgabe autorisieren, noch eine gesetzliche Grenze

ziehen, bis zu welcher, für den Fall, daß kein Budgetgesetz besteht, die Staatsbedürfnisse befriedigt werden könnten. Es ist immer notwendig, daß die Zustimmung des Herrenhauses und die Sanktion der Krone hinzutreten, um eine gesetzliche Bestimmung aus Ihrem Votum zu machen. So lange dies nicht der Fall ist, besteht eben das Gesetz nicht, und die Regierung ist durch Ihr Votum allein zu nichts ermächtigt. Auf die gegenseitigen Vorwürfe und Rekriminationen will ich mich nicht einlassen, aber ich glaube, Sie werden aus meinen Worten unsere feste Überzeugung gewinnen, daß wir uns nicht im Widerspruch mit der Verfassung befinden, und daraus den festen Entschluß der Regierung entnehmen, dem Andrängen der Erweiterung Ihrer Machtbefugnis über das Maß hinaus, welches die Verfassung bewilligt, fest und energisch, so lange wir das Vertrauen Sr. Majestät besitzen, entgegen zu treten.

Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt, soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber die Rechte der Krone mit Ausdauer wahrnehmen. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserm Königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königtums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.

Über die polnische Frage.

Rede gehalten am 16. Februar 1863.

„Die Königliche Regierung beantwortet die Interpellation durch einfache Verneinung der ersten und Bejahung der zweiten gestellten Frage. Sie billigt den Erlaß vom 1. d. M. nach Inhalt und Form; sie benutzt aber die Gelegenheit, um sich über ihre Stellung zu dem in Polen ausgebrochenen Aufstand

öffentlich zu erklären. Der letztere hat in erheblichen Teilen des Königreichs, und besonders in solchen, welche längs der preußischen Grenze belegen sind, eine Entwicklung erlangt, deren Bedeutung über die Landesgrenzen hinausreicht. Der unbestrittene Zweck der Bewegung ist die Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches in einer dem früheren Bestande desselben sich nach Möglichkeit annähernden Ausdehnung. Auch wenn dieser Zweck die Begehrlichkeit nach preußischen Landesteilen nicht notwendig in sich schlösse, so wäre die Königliche Regierung doch ebenso berechtigt wie verpflichtet, zu erwägen, inwieweit der Versuch zum Umsturz der verfassungsmäßigen Verhältnisse des Nachbarstaats auf die diesseitigen Staats-Interessen zurückwirke, und was demnach zur Wahrung der letzteren geschehen muß, und wenn eine solche Erwägung zweifellos zu der Überzeugung führt, daß die Verwirklichung der von der polnischen Insurrektion erstrebten Zwecke nicht den Territorialbestand, so doch jedenfalls die Interessen und die Sicherheit des preußischen Staats in hohem Grade gefährden würde, so steht doch auch die Pflicht der Regierung fest, jener Bewegung entgegenzutreten, ohne abzuwarten, daß sie vielleicht erstarke und dann mit größeren Opfern ihr Andringen abgewehrt werden müßte.

Die Königliche Regierung muß darauf gefaßt sein, daß der polnische Aufstand, obwohl vielleicht für jetzt nur gegen die dortige Regierung gerichtet, auch, ohne schließlich die Oberhand zu erhalten, doch während seiner Dauer die diesseitigen Staats-Interessen in eine Mitleidenschaft ziehen würde, deren Nachteile um so fühlbarer werden müssen, je länger der Ausnahmezustand des Nachbarlandes fortbesteht.

Es liegen uns über die Bestrebungen, auch auf preußischem Gebiete den Aufstand so weit vorzubereiten, daß er im günstigen Augenblicke ins Leben gerufen werden könnte, amtliche Anzeigen vor.

Allerdings hält sich die Königliche Regierung der Treue und des gesetzlichen Sinnes der großen Mehrzahl auch unter den polnischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs für versichert. Aber auch im Königreiche Polen hat der Aufstand von der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung nur in seltenen Fällen eine freiwillige Unterstützung gefunden. Um den Kern fremder Emissäre und zurückgekehrter Emigranten hat sich, unter Mitwirkung eines Teils der Geistlichkeit, der kleine Adel mit

seinem zahlreichen Gefolge von Dienern und Arbeitern geschart, und diese Elemente waren stark genug, um ausgedehnte Landstriche einer Anarchie preiszugeben, in welcher Leben und Eigentum der Bevölkerung jener Landesteile preisgestellt sind und ruhige Bewohner durch Drohungen gezwungen waren, der Insurrektion zu dienen.

Wenn auch ähnliche Zustände in diesem Umfange bei uns nicht leicht herbeigeführt werden können, so liegt doch der Regierung die Pflicht ob, die Königlichen Unterthanen gegen die Gefahren, welchen sie durch Gewalt oder Verführung ausgesetzt werden können, rechtzeitig zu schützen.

Dieser Pflicht in dem nötigen Umfange nachzukommen, ist die Königliche Regierung bestrebt und zugleich entschlossen, überall, wo sie die öffentliche Sicherheit dennoch gefährdet sieht, behufs Sicherstellung derselben sofort zu einer durchgreifenden Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel zu schreiten."

Über die polnische Frage.

Rede gehalten am 26. Februar 1863.

„Ich gestatte mir zunächst einen kurzen Rückblick auf die Behandlung, welche die polnische Frage in diesem Hause gefunden hat. Es war nichts Überraschendes, daß die Herren Abgeordneten polnischer Nationalität, welche unter Ihnen sitzen, diesen äußeren Anlaß benutzten, um den antipreußischen Tendenzen, welche von ihnen in diesem Hause wiederholt vertreten sind, einen neuen Ausdruck zu geben.

Befremdlicher war es, daß die Interpellation der polnischen Fraktion von deutschen Abgeordneten mit unterzeichnet war. Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und National-Bestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eignen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt.

Auf die Interpellation der Herren Kantack und v. Chlapowski und ihrer deutschen Genossen folgte diejenige der Herren Abgeordneten Schulze und v. Carlowitz. Durch dieselbe wurde die Königliche Regierung aufgefordert, über eine schwierige und brennende europäische Frage die schwebenden Verhandlungen des auswärtigen Amtes von dieser Stelle her der europäischen

Öffentlichkeit preiszugeben. Die Königliche Regierung fand es durch die Staats-Interessen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellationen abzulehnen. In jedem andern mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augenblick an Abstand genommen haben, und ich knüpfte daran den Wunsch: „Geben Sie uns ein englisches Unterhaus und dann fordern Sie englische Institutionen.“ (Ruf: Oberhaus!)

Das Oberhaus ist weniger wichtig. (Große Heiterkeit.)

Ein Unterhaus wie das englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen.

Das Partei-Interesse ist mit dem Staats-Interesse nicht zusammengefallen; es forderte die Diskussion. In dieser Diskussion traten nun die deutschen Redner schon unverhüllter mit ihrer Sympathie für die polnische Sache hervor. Der Abgeordnete Waldeck, bei Besprechung derjenigen Vorkehrungsmaßregeln, welche von Sr. Majestät hinsichtlich der Grenzen getroffen worden sind, verglich die Einstellung der preußischen Reserven mit dem Verkauf der hessischen Landeskinder nach Nord-Amerika. Der Abgeordnete v. Unruh deutete unter Ihrem Beifall, Ihrem lebhaften Beifall an, daß, wenn aus den Vorkehrungen, welche die Regierung zur Sicherung unserer Grenzen und unserer Interessen getroffen hat, auswärtige Verwicklungen entstehen sollten, Sie die Mittel zur Landesverteidigung dem Könige verweigern würden. Heißt das nicht dem Auslande zurufen: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen .....“ (Unterbrechung und Widerspruch.)

Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern .... (Unterbrechung; Ruf: Zur Ordnung!)

Vize-Präsident Behrend: Zunächst habe Ich Sie um Ruhe zu bitten; ehe ich irgend einen Schritt unternehmen kann, wird doch das Haus wohl anhören, was ich zu sagen habe. Der Herr Minister-Präsident hat erklärt, er freue sich über den Ausdruck der Entrüstung, den das Haus kundgegeben habe. Ob der Herr Minister-Präsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Äußerung halte ich nicht für gerechtfertigt. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich will hier die Frage, in wie weit ein Ordnungsruf für das Staatsministerium überhaupt zu rechtfertigen ist, nicht erörtern. Aber sollte dieselbe wieder in Anregung kommen, so behalte ich mir vor, die Sache

zu erörtern. — Diese Drohung, Preußen wehrlos zu machen, sprach derselbe Abgeordnete v. Unruh aus, dessen Namen mit der Steuerverweigerung von 1848 .... (Unterbrechung.)

Vize-Präsident Behrend: Nun muß ich doch den Herrn Minister-Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß diese letzte Anführung mit der gegenwärtigen Frage in keiner Verbindung steht. Welche Stellung der Abgeordnete v. Unruh in früherer Zeit in den parlamentarischen Verhandlungen eingenommen hat, steht mit der gegenwärtigen Frage nicht im lockersten Zusammenhang. Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich erlaube mir, dem Herrn Präsidenten zu bemerken, daß ich ihm das Recht zur disziplinarischen Unterbrechung meiner Äußerungen nicht einräumen kann. Ich habe nicht die Ehre, Mitglied dieser Versammlung zu sein; ich habe Ihre Geschäftsordnung nicht gemacht, ich habe Ihren Herrn Präsidenten nicht mitgewählt; ich unterliege nicht dem disziplinarischen Einfluß der Kammer. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat an diesen Schranken ihre Grenzen. Ich habe zum Vorgesetzten nur S. Majestät den König, und ich wüßte nicht, welche Gesetzes- oder Verfassungsbestimmung mich der Disziplin des Herrn Präsidenten dieses Hauses unterstellte .... (Unterbrechung.)

Vize-Präsident Behrend: Ich bitte um Ruhe, und dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort zu lassen.

Minister-Präsident v. Bismarck (fortfahrend): Ich nehme nicht das Wort nach Ihrer Geschäftsordnung, sondern kraft der von Sr. Majestät mir verliehenen Autorität. Auf Grund des Paragraphen der Verfassung, welcher vorschreibt, daß die Minister zu jeder Zeit, wenn sie es verlangen, das Wort erhalten und gehört werden müssen. (Unterbrechung.)

Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen ....

Vize-Präsident Behrend: Ich muß den Herrn Minister-Präsidenten trotz dieser seiner letzten Äußerung dennoch unterbrechen. Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort nicht entzogen, und nach der Verfassung nicht entziehen können; der Präsident dieses Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, so weit diese vier Wände reichen; sie endet nicht am Ministertische. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo!)

Diese Disziplinargewalt wo es nötig ist auszuüben, bin ich bereit, und werde es stets thun; sie gestattet, den Herrn Minister-Präsidenten zu unterbrechen, wenn auch nicht ihm das Wort zu entziehen

Minister-Präsident v. Bismarck: Ich muß diese Ansicht als eine irrtümliche bezeichnen, welche von der Königlichen Staats-Regierung nicht geteilt wird.

Also ich sagte:

Derſelbe Abgeordnete von Unruh, welcher im Jahre 1848 ſeinen Namen unauslöſchlich mit der Steuerverweigerung verknüpft hat... (Stürmiſche Bewegung in der Verſammlung: „das iſt unwürdig — vertagen!“ Andauernder Ruf der Glocke des Präſidenten.)

Vize-Präſident Behrend: Meine Herren, ich werde, wenn dieſe Störungen der Ordnung nicht aufhören, mich veranlaßt ſehen, die Sitzung dieſes Hauſes zu vertagen. Ich habe dieſe Gewalt auf Grund des § 61 der Geſchäftsordnung, und ich werde trotz des Widerſpruchs des Herrn Miniſters von dieſer Beſtimmung der Geſchäfts-Ordnung Gebrauch machen, wenn der Herr Miniſter-Präſident Äußerungen, über die ich geſagt habe, daß ſie in die Diskuſſion nicht gehören, wiederholt. Ich werde abwarten, ob der Herr Miniſter-Präſident die Äußerungen, die er gethan hat, noch einmal thut; ſollte dies geſchehen, ſo werde ich die Sitzung vertagen.

Miniſter-Präſident v. Bismarck: Ich kann den Herrn Präſidenten nicht an der Vertagung hindern. Ich habe kein Bedürfnis, meine Herren, eine zweimalige Äußerung zu wiederholen und glaube, Sie haben mich verſtanden. (Große Bewegung, Ruf nach Vertagung und Widerſpruch dagegen.)

Vize-Präſident Behrend: Ich bitte um Ruhe, meine Herren. Ich bitte den Herrn Miniſter-Präſidenten, fortzufahren.

Miniſter-Präſident v. Bismarck: Dieſe Drohung, Preußen, dem Auslande gegenüber, wehrlos zu ſtellen, iſt zum Glück eine ohnmächtige, aber es drängt ſich dabei die Bemerkung auf, daß die Tendenzen, die Worte, die Namen von 1848 wieder in dem Vordergrund der Bühne erſcheinen. Die europäiſche Revolution iſt ſolidariſch in allen Ländern; es iſt natürlich, daß eine Bewegung in Polen, welche nach vorliegenden Beweiſen unter Mazzinis Mitwirkung vorbereitet iſt, und welche nach bekannten Thatſachen unter Mieroslawskis Mitwirkung ausgeführt wird, daß dieſelbe von den revolutionären Elementen aller Länder ihre Unterſtützung findet. Unter dieſen Umſtänden, meine Herren, ſchlägt man Ihnen vor, durch Annahme des heutigen Antrages Ihre Sympathie für die polniſche Inſurrektion zu bekunden; ich habe keinen Beruf, die Abſicht der Herren Antragſteller zu kritiſieren. Die thatſächliche Wirkung der Annahme des Antrages wird aber zweifellos in der ganzen Welt diejenige ſein, daß die Annehmer deſſelben bis zu einem gewiſſen Grade Partei ergreifen für die polniſche Inſurrektion. Sie empfehlen der Regierung, wenn Sie anders die Reſolution im Lichte einer Empfehlung auffaſſen wollen, die Begünſtigung keiner der beiden Parteien. Daß die Regierung die Inſurgenten nicht begünſtigen

würde, konnte das Abgeordnetenhaus von vornherein voraussehen; es bleibt also nur übrig, daß Sie die Insurrektion vor der Benachteiligung, die sie durch das Verhalten der Regierung erleiden könnte, schützen wollen.

Sie sagen, das Interesse Preußens fordere es; ich halte diese Ansicht für unrichtig, für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß die Nachbarschaft des Kaisers Alexander für Preußen eine erfreulichere ist, wie die Mieroslawskis und eines propagandistischen Polens; ich halte es für unrichtig in dem Maße, wie es zweifellos ist, daß unser gesamter Handelsstand wie unser gesamtes Staatsinteresse dabei wesentlich impliziert ist, daß der polnische Aufstand eine möglichst kurze Dauer habe und bald einem geordneten, rechtmäßigen Zustande Platz mache. Die Sympathieen nach menschlichen Gefühlen können sein, wo sie wollen, die preußischen Interessen aber, meine Herren, nach den politischen Notwendigkeiten, nach der geschichtlichen Entwicklung, die Preußen gehabt, können nicht in dem Lager der Insurgenten gesucht werden.

Ich hatte gehofft, daß der Berichterstatter den Antrag näher politisch motivieren würde. Ich war in der Hoffnung bestärkt, als ich in dem Berichte las, daß von der Existenz oder Nichtexistenz einer Konvention völlig abstrahiert werden sollte. Nichtsdestoweniger fand ich beim Weiterlesen, daß die Konvention, diese Seeschlange der europäischen Presse, das Hauptmaterial zur Unterstützung des Berichts liefert. Durch einen künstlichen Indizienbeweis, gestützt auf Zeitungslügen und Telegramme über ausländische parlamentarische Verhandlungen wird die Behauptung unterstützt, daß ein 500 Quadratmeilen enthaltender Gürtel dem Greuel der russischen Kriegführung preisgegeben wäre. Auf diesem „Gürtel" beruht im wesentlichen die Argumentation, und ich setze voraus, daß der sonst im Argumentieren so sehr bewanderte Herr Berichterstatter weitere Gründe nicht hat auffinden können, sonst würde er sie dem Berichte einverleibt haben. Fällt dieser Gürtel hinweg, so steht uns der Antrag in seiner Nacktheit als unmotivierte Behauptung in dem Berichte gegenüber. Nun, meine Herren, diese ganze Gürtel-Idee ist ein Phantasiegebilde, ist eine vollständig müßige Erfindung.

Die Verabredungen, welche wir zum Schutze unserer nachbarlichen Interessen getroffen haben, sichern Preußen vollständig gegen jede Gefahr eines solchen Gürtelkriegs. Nach diesen Verabredungen, vor- wie nachher, bleibt jedes Überschreiten der

Grenze, sei es durch russische, sei es durch preußische Truppen von unserer Einwilligung vollkommen abhängig.

Eine solche Überschreitung hat bisher nicht stattgefunden, und wird mutmaßlich nicht stattfinden, weil die Insurrektion einen minder glücklichen Verlauf genommen hat, als von manchen Seiten vielleicht gehofft, von manchen befürchtet worden ist. Einstweilen jedoch haben diese Verabredungen und unsere sonstigen Anstalten die glückliche Folge gehabt, daß das Leben und das Eigentum der Bewohner unserer Grenzdistrikte geschützt worden ist, und namentlich auch, daß die polnische Insurrektion ihre ursprünglich unmittelbar an der preußischen Grenze errichteten Standlager weiter in das Land hinein verlegt hat.

Für diese Erfolge sind wir in gewissem Maße den Übertreibungen Dank schuldig, die von dieser Stelle (nach der Tribüne deutend) und von der Presse über den Inhalt der Konvention verbreitet worden sind.

Diese Übertreibungen tragen aber auch die Schuld von dem üblen Eindruck, den die Konvention, soweit er vorhanden ist, im Auslande gemacht hat. Hätten wir Verabredungen bis zu derjenigen Übertreibung abgeschlossen, welche hier in Ihren Verhandlungen als Wahrheit zu grunde gelegt ist, so würden manche Empfindlichkeiten, von denen die Zeitungen sprechen, von denen mir aber amtlich nichts bekannt geworden ist, ganz unzweifelhaft berechtigt sein. Es giebt kaum eine absichtliche Entstellung, kaum eine Verdrehung, die in dieser Sache von der Presse nicht geübt worden wäre, zum großen Teil in der ohne Zweifel patriotischen Absicht, das Ausland auf die Abwege der Regierung aufmerksam zu machen, und dasselbe zu avertieren, daß es Grund hätte, der preußischen Regierung in irgend einer Weise zu zürnen.

Diese Entstellungen, meine Herren, haben zum größten Teil das Material zu drei aufregenden Verhandlungen geliefert, durch welche Sie Ihre und unsere Zeit in Anspruch genommen haben. Diese Verhandlungen, nach dem, was Thatsache ist, abgesehen von allen Behauptungen und Übertreibungen, kann ich Ihnen im wesentlichen als ein Luftgefecht bezeichnen. Einen sachlichen Erfolg werden sie nach keiner Seite hin haben, nicht einmal nach derjenigen, die Regierung in Verlegenheit zu setzen. Wenn Sie die Unbequemlichkeit abrechnen wollen, daß wir unsere Zeit hier zur Abwehr von Angriffen, die auf fingierten That-

ſachen beruhen, verbrauchen müſſen, anſtatt ſie anderweit beſſer zu verwenden.

Ich glaube, wenn dieſe ganze Debatte, — einen ſonſtigen Zweck kann ich nicht einſehen, — das Ziel gehabt hat, der Königlichen Regierung Verlegenheiten zu bereiten, und ſie in ihrer Stellung, in ihren Anſichten zu erſchüttern, ſo hat ſie auch darin ihren Zweck verfehlt.

Wir fühlen uns ſtark in der Überzeugung, die Pflicht erfüllt zu haben, die uns durch die Wahrung der Intereſſen des Landes auferlegt war, und dieſe Überzeugung wird dadurch nicht geſchwächt werden, wenn Sie uns durch die Annahme Ihres Antrages in die Lage verſetzen, vor dem Lande Akt davon zu nehmen, daß Sie Partei ergreifen für die polniſche Inſurrektion.

Antwort auf eine Interpellation des Abgeordneten Twesten über einen Krieg mit Dänemark.

Rede gehalten am 17. April 1863.

Bevor ich zur Beantwortung der Interpellation übergehe, erlaube ich mir, auf einen Teil der Äußerungen des Herrn Vorredners einige Worte zu erwidern.

Ich bedaure, daß derſelbe ſeiner im übrigen ſo gründlichen und ſachlichen Entwicklung einige Momente beigemiſcht hat, welche faſt darauf berechnet ſchienen, die Wirkung ſeiner Auseinanderſetzung außerhalb dieſer Wände abzuſchwächen. Der Herr Vorredner, denke ich, erwartet von mir, daß ich die Sache der deutſchen Herzogtümer Dänemark gegenüber in meiner amtlichen Eigenſchaft vertreten ſolle. Ich kann kaum glauben, daß er mir dieſe Aufgabe dadurch hat erleichtern wollen, daß er Bruchſtücke einer Rede las, die ich vor 14 Jahren in dieſen Räumen gehalten habe. Es wird mich dies aber nicht abhalten, in meiner Eigenſchaft als Miniſter des Auswärtigen ausſchließlich die Intereſſen dieſes Landes zu vertreten, wie ſie ſich hiſtoriſch entwickelt haben, und nicht perſönliche Anſichten, die ich vor 14 Jahren etwa ausgeſprochen habe.

Der Herr Vorredner hat ferner Dänemark darüber zu beruhigen geſucht, daß es einen Krieg in dieſem Augenblicke von Preußen unter unſeren nach innen und außen zerrütteten Verhältniſſen nicht zu erwarten habe. Meine Herren, zum Glück

ist man im Auslande nicht ebenso leichtgläubig, und ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen. (Sensation.)

Auf die Interpellation antworte ich folgendes:

(liest.) „Die Königliche Regierung bejaht die erste der beiden in der Interpellation gestellten Fragen.

Die Königlich dänische Regierung hatte bisher die von ihr 1851 und 1852 gegebenen Versicherungen unerfüllt gelassen; durch den Erlaß vom 30. März aber hat sie denselben direkt zuwider gehandelt und sich in wesentlichen Punkten ausdrücklich von ihnen losgesagt. Was in folge dieser Veränderung der Sachlage zu thun sei, darüber wird die Königliche Regierung ihre Entschließungen in Gemeinschaft mit ihren deutschen Bundesgenossen fassen, bei welchen sie sicher ist, der vollsten Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Wahrung der Rechte Deutschlands zu begegnen.

Inzwischen haben Preußen und Österreich in der Thatsache, daß der Deutsche Bund durch sie in den Verhandlungen, aus welchen die Verabredungen von 1852 hervorgingen, vertreten wurde, den Anlaß gefunden, sich über dasjenige zu verständigen, was ihnen bis zur Beschlußnahme des Bundes zu thun obliege.

Sie sind dabei von dem Grundsatze ausgegangen, daß die Wahrung deutschen Rechtes in Holstein-Lauenburg und in betreff Schleswigs eine nationale Ehrenpflicht bilde, zu deren Erfüllung der Bund in seiner Gesamtheit berechtigt und berufen sei, und daß es sich empfehle, diese Solidarität Deutschlands in allen Stadien der Verhandlung zum Ausdruck zu bringen. Dies schließt indessen nicht aus, daß Preußen und Österreich aus dem Verhältnisse ihrer Vertretung in den Jahren 1851 bis 1852 den Beruf herleiten, für die Rechte des Bundes, ohne den Beschlüssen desselben vorzugreifen, in Kopenhagen ihre vorläufige Verwahrung gegen das Verfahren Dänemarks einzulegen.

Wie beide Mächte, seitdem die Bereitwilligkeit Dänemarks zur Erfüllung seiner 1852 gegebenen Versprechungen zweifelhaft geworden, sich gleichmäßig haben angelegen sein lassen, die berechtigten Forderungen Deutschlands zur Geltung zu bringen, so haben sie sich auch gegenwärtig über gemeinschaftlich in Kopenhagen zu thuende Schritte verständigt und sie bereits ins Werk gesetzt. Diese Schritte sind außerdem von gesonderten Kundgebungen beider Kabinette begleitet, deren Inhalt, nach dem

eigentümlichen Verhältniſſe eines jeden von ihnen, zu der Entſtehung der Verabredungen von 1851 bis 1852 bemeſſen und geeignet iſt, den Eindruck der vollen Übereinſtimmung zu verſtärken, in welcher beide deutſchen Mächte und mit ihnen vorausſichtlich die Geſamtheit des Bundes dem Vorgehen Dänemarks entgegentreten."

Erklärung in betreff des polniſchen Aufſtandes.

Rede gehalten am 19. November 1863.

„Der Herr Vorredner (Graf Buinski) hat verſucht, den Beweis zu führen, oder doch die Behauptung aufgeſtellt, daß ſich die polniſche Bewegung ausſchließlich gegen Rußland und nicht gegen die öſterreichiſchen und preußiſchen Provinzen, welche ehemals dem Königreich Polen angehört, und gegen die preußiſche Herrſchaft in den unſrigen richtet. Ich darf nicht daran zweifeln, daß der Herr Vorredner ſelbſt ernſtlich an das glaubt, was er ſagt. Unſere eigene Anſicht kann ſich aber nur durch die Thatſachen, die vor unſeren Augen liegen, leiten laſſen. Iſt es wahrſcheinlich, daß der Zuzug, zu dem tauſende von Leuten in jugendlichem Alter bei uns verleitet ſind, der tauſende von jungen Menſchen auf die Schlachtbank für ein verfehltes Unternehmen geliefert hat, daß dieſer Zuzug mit allen Mitteln der Verführung und mit großer Aufopferung organiſiert und in's Werk geſetzt worden ſei, nur aus nachbarlicher Gefälligkeit, bloß um die Polen, welche jenſeits der ruſſiſchen Grenze wohnen, in den Genuß der Einrichtungen zu ſetzen, die das Endziel der Erhebung ſein würden? Iſt es nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß ſolche große Opfer nur einem Intereſſe gebracht werden, bei dem man ſelbſt beteiligt iſt? Und daß die Segnungen der Inſtitutionen, deren ſich Polen durch die revolutionäre Regierung erfreut, auch auf unſere Provinzen ausgedehnt worden wären, ſobald man die Macht dazu gehabt hätte? Ich glaube, dieſer Zuzug an und für ſich ſpricht als Thatſache ausreichend gegen die Anſicht des Herrn Vorredners. Fernere Beweiſe, welche in den Händen der Gerichte ſind, und welche ein Verfahren veranlaßt haben, dem einige Mitglieder des preußiſchen Landtages ſich durch die Abweſenheit im Auslande entzogen haben, dieſe Beweiſe können nach der augenblicklichen Lage der gerichtlichen

Unterſuchung Ihnen nicht vor Augen gelegt werden, wir müſſen abwarten, welche Anhaltspunkte durch dieſelben dem Herrn Vorredner für ſeine Auffaſſung, welche für die Regierung durch ſie gegeben werden wird. Daß die Bewegung nicht in höherem Maße, als es geſchehen iſt, offen den Königlichen Truppen entgegengetreten, iſt vielleicht mehr der Stärke der letzteren, als dem guten Willen ihrer Gegner oder der Abweſenheit aller derjenigen verbrecheriſchen Tendenzen zuzuſchreiben, die im Königreich Polen ſich geltend gemacht haben.

Aber ſelbſt dann, wenn der Herr Vorredner darin Recht hätte, daß bisher unſere Provinzen nicht in Gefahr geweſen wären, in dieſe Bewegung hineingezogen zu werden, ſei es nun ohne auswärtige Verwicklungen, ſei es auf Grund ſolcher — ſo haben wir an und für ſich das politiſche, ja ich darf ſagen das ſoziale und das ſittliche Intereſſe, daß dieſe Bewegung in Rußland und im Königreiche Polen nicht zum Siege gelange.

Schon eine regelmäßige polniſche Regierung mit dem Streben nach Erweiterung ihrer Herrſchaft bis zu den Grenzen des früheren polniſchen Landes, als Nachbarin Preußens, wäre an ſich ſchon eine weſentliche Gefahr für die preußiſche Monarchie, eine Gefahr, welche einen erheblichen Teil unſerer Truppen abſorbieren und an anderen Stellen unverwendbar machen würde.

Aber eine Bewegung, deren Leiter die unerhörteſten Verbrechen als regelmäßige politiſche Mittel in ihren Kodex aufgenommen haben, welche der Sittlichkeit bis zur Apotheoſe des Meuchelmordes den Rücken gedreht hat — eine ſolche Bewegung, eine ſolche Partei in keinem uns benachbarten Lande zur Herrſchaft gelangen zu laſſen, daran hat die preußiſche Regierung das lebhafteſte Intereſſe.

Die Königliche Staatsregierung hält ſich für berechtigt, jenen Dank, welchen das Herrenhaus beabſichtigt, ihr auszuſprechen, nicht nur im Namen der 700 000 deutſchen Bewohner des Großherzogtums Poſen entgegen zu nehmen, ſondern auch im Namen der zahlreichen, polniſch redenden Preußen, welche als treue Unterthanen ihrem Könige anhängen, welche tüchtige Soldaten ſeinem Heere ſtellen, welche die Segnungen der Ordnung, die die preußiſche Verwaltung über das Land gebracht hat, wohl zu ſchätzen wiſſen und welche, in den höheren Ständen vielleicht in der Minderheit, namentlich aber im anſäſſigen Bauernſtande, die große Mehrheit der Bevölkerung bilden — gegenüber einer verwirrten und durch gemißbrauchte Einflüſſe

der Gutsbesitzer aufgeregten Minorität. Auch den Dank dieser polnisch redenden Preußen glaubt die Staatsregierung durch den Schutz, den sie gegen den Einbruch der Unordnung gewährt hat, erworben zu haben."

Über Schleswig-Holstein.

Rede gehalten am 22. Januar 1864.

Ich darf wohl annehmen, meine Herren, daß Ihre Überzeugungen hinsichts des Anleihe-Gesetzes, sowie hinsichts der Resolution hinreichend feststehen, um durch Äußerungen, welche von dieser Stelle an Sie gerichtet werden, nicht erschüttert werden zu können, und da ich kein Bedürfnis habe, mehr oder weniger spitze Reden über die Begriffe von Recht und Ehre und das seit einem Jahre nunmehr durch alle Tonarten variierte Thema „fort mit diesem Ministerium" zu wechseln und dadurch die Sache weder zu bessern noch zu verschlechtern, so beschränke ich mich an dieser Stelle auf einige Vervollständigungen und Berichtigungen des Ihnen vorliegenden Materials. Ihre Kommission hat einen Teil der Äußerungen, die ich in ihrem Schooß gethan, hier veröffentlicht und dadurch die Vorsicht, die mir an einer Stelle des Berichts vorgeworfen wird, und vermöge deren ich Bedenken getragen habe, die geheimsten Gedanken des Kabinetts vor einer so zahlreich besuchten Versammlung kund zu geben, vollständig gerechtfertigt. Ich hätte wohl gewünscht, daß die Mitteilungen etwas mehr im Zusammenhang gehalten worden wären; sie würden dadurch verständlicher werden. Indessen schon das, was Sie gegeben haben, überhebt mich in manchen Beziehungen hier einer Äußerung. Ich erlaube mir nur hier zwei Monita gegen den Inhalt des von mir bei der Feststellung nicht eingesehenen Protokolls inbezug auf Stellen, die ich nicht als genau anerkennen kann. Die eine lautet:

> „Im Augenblicke des Rücktrittes vom Londoner Protokoll könne Dänemark ohne weiteres Schleswig inkorporieren."

Ich glaube gesagt zu haben, „werde Dänemark . . .", über die Berechtigung dazu glaube ich mich nicht geäußert zu haben. Wenn ich mich richtig entsinne, waren meine Worte: „es wird dies der erste Schritt, der erste Gegenzug sein, den Dänemark thut."

Dann, was das Wort betrifft, daß der Bund seine Prüfung so langsam u. s. w. vornehmen möge, so glaube ich, werden die anwesenden Herren sich erinnern, daß dieses Wort mir durch einen gefälligen Souffleur suppeditiert wurde und ich darauf erwiderte: ich hätte auch dagegen nichts zu erinnern, es war aber erst nicht mein eigenes Wort, ich habe nur gewünscht, daß die Prüfung bedächtig geschehe, wenn bedächtig und schnell zugleich, um so besser. Dann ist die letzte Äußerung, die ich im Schooße Ihrer Kommission gethan habe, nicht vollständig genau wiedergegeben; es wird gesagt, ich hätte geäußert,

„daß das Mißtrauen in einer solchen Frage zwischen ihm und dem Hause der Abgeordneten kein gegenseitiges sein solle. Es sei sein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde er sie nehmen, wo er sie finde."

Ich habe den Gedanken in dieser Schroffheit nicht ausgesprochen, ich habe gesagt: „wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diese Mittel, die wir notwendig bedürfen, so notwendig bedürfen, daß wir sie nehmen müssen, wo wir sie bekommen, auf verfassungsmäßigem Wege gänzlich zustellen werden."

Der Gedanke ist derselbe, aber er ist vorsichtiger und nicht mit der nackten Schroffheit ausgedrückt, wie er sich hier findet.

Der Referent hat vorher von den traurigen Konsequenzen gesprochen, zu welchen die weitere Entwicklung der Sachlage geführt hat; damit Sie sehen, wie gern ich bereit bin, alle diese Aufschlüsse zu geben, welche der Stand der Verhandlungen gestattet, so erlaube ich mir, nicht in Form der Niederlegung eines Aktenstückes, sondern in Form einer mündlichen Mitteilung, den Inhalt einer an die deutschen Regierungen vorgestern gerichteten Depesche zu verlesen. — (Nach Verlesung der Depesche fährt Bismarck fort):

Ich habe inbezug auf die in dem Kommissions-Berichte und in dieser Depesche angeregte Frage, welche Rechtstitel zur Einmischung in Schleswig resp. zur Regelung der Erfolge dem Bunde zu Gebote stehen, das Aktenstück mitgebracht, auf welches in dem Kommissions-Berichte Bezug genommen ist, und worin sich die Worte finden, daß die beiden Herzogtümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben. Es ist dies eine von dem Freiherrn v. Pechlin an die deutsche Bundes-

verſammlung gerichtete Note, durch welche der Schriftwechſel, der damals durch Vertreter der holſteinſchen Stände am Bunde angeregt worden, ſich abſchloß in der Weiſe, daß man die eigentliche Entſcheidung der Frage vertagte. Der Satz, in welchem ſich dieſe Worte befinden, lautet in ſeinem Zuſammenhange wie folgt und er bildet, ſoviel ich bisher habe erſehen können, die einzige Baſis, die der Kommiſſions-Bericht uns zu Gebote ſtellt, ſobald wir die bisher von Europa anerkannte vertragsmäßige Grundlage fallen laſſen:

„Von anderer Seite haben Se. Majeſtät
— nämlich der König von Dänemark —
ebenſowenig daran gedacht, irgend eine Veränderung in den Verhältniſſen herbeizuführen, welche das Herzogtum Holſtein mit dem Herzogtum Schleswig verbinden. Vielmehr findet die Fortdauer dieſer Verbindung im offenen Briefe —
— ein Aktenſtück, welches wir nicht gern zitieren, wenigſtens wir nicht ſo gern wie dies von Ihrer Seite geſchieht —
mit den nämlichen Worten ihre Anerkennung, welche deshalb im allgemeinen Geſetze vom 28. Mai 1831 gebraucht ſind.

Alſo dieſe Worte waren mit der Theorie des offenen Briefes vollkommen verträglich —

Sie beſteht ihrem Weſen nach darin, daß beide Herzogtümer, bis auf Holſteins Eigenſchaft als Bundesſtaat, und die abgeſonderte Ständeverſammlung neben dem Sozialnexus der Schleswig-Holſteinſchen Ritterſchaft, bei gemeinſamer oder gleichartiger Geſetzgebung und Verwaltung, ſoweit Verfaſſungs-Eigentümlichkeiten eines jeden der beiden Herzogtümer hiervon keine Ausnahme begründen (wie ſolche auch durch den § 4 des allgemeinen Geſetzes vorgeſehen ſind) alle öffentlichen Rechtsverhältniſſe mit einander gemein haben.

Es iſt, aus dieſen Worten allein ſchon nur mit einiger Schwierigkeit ein Einmiſchungsrecht des Bundes in die Verhältniſſe Schleswigs auf Grund des Konnexes mit Holſtein für den Bund zu folgern. Noch ſchwieriger würde es ſein, dieſes Recht der Einmiſchung bei den europäiſchen Mächten zur Anerkennung zu bringen, daß aber, wie verſucht worden iſt, das Agnaten-Erbrecht in Schleswig-Holſtein auf dieſen Titel der Zuſammengehörigkeit beider Herzogtümer gegründet werden ſollte,

wenn es nicht an ſich aus dem ſchleswigſchen Landrecht hervorgeht, was ich unentſchieden laſſe, daß es darauf begründet werden ſollte, das iſt meines Erachtens ein angreifbares Argument. Es ſtützt ſich darauf, daß beide Herzogtümer nicht von einander getrennt werden dürfen, ſo daß der Erbe von Holſtein Schleswig mitbekommt; ſie werden nicht verkennen, das Argument läßt ſich auch umkehren zu gunſten des Erben von Schleswig, ſobald dieſer ein anderer wie der in Holſtein ſein würde.

Über Politik und Partei.

Rede gehalten am 22. Januar 1864.

Ich glaube, der Herr Vorredner, Abg. Virchow, wird mich nicht eines ganz ungerechten Vorwurfs zeihen, wenn ich behaupte, daß er in Fällen, wo die Äußerungen der Redner, die vor ihm geſprochen haben, ſich in ihrer urſprünglichen Geſtalt nicht für den Zweck eignen, ihnen mitunter Präparate ſubſtituiert, an denen ſich die Kritik mit mehr Witz und Behagen üben läßt. Ich will mich getreu meiner vorher ausgeſprochenen Abſicht nur auf thatſächliche Berichtigungen beſchränken und dazu einzelne Äußerungen relevieren.

Der Herr Vorredner hat mich dahin verſtanden oder dahin verſtehen wollen, daß ich hier in meiner Äußerung, oder ich weiß nicht, ob in der verleſenen Pièce — die Abmachung von 1852 als unmöglich bezeichnet hätte, und daß ich mich — wenn ich mich bei der Länge der Zeit, die ſeitdem verfloſſen iſt, noch genau ſeiner Worte erinnere — hierzu durch die Redner des Hauſes hätte überreden laſſen. Ich habe vorhin die Zuſtände, wie ſie von 1852 bis zum vorigen Jahre in Dänemark beſtanden haben, als unmöglich und ihre Wiederkehr als unzuläſſig bezeichnet. Sollten die Stipulationen, die während dieſer Zuſtände unerfüllt geblieben waren, unausführbar befunden werden, ſo wäre es zunächſt Dänemarks Sache, das geltend zu machen, vorzuſchlagen, was ſich dem ſubſtituieren ließe, und dazu die Einwilligung der anderen Kontrahenten zu erlangen. Der Herr Vorredner hat ferner geäußert, er wüßte nicht, wie die Verabredungen von 1852 noch dazu dienen ſollten, eine Inkorporation zu verhüten, da dieſe Inkorporation Schleswigs bereits erfolgt wäre. Es iſt das vollkommen richtig; wohl aber

können dieſe Verabredungen von 1852 als eine europäiſch anerkannte Baſis dienen, um gegen dieſe Inkorporation zu einzuſchreiten, und es iſt ſo wenig Meinungsverſchiedenheit zwiſchen der Königlichen Regierung und dem Herrn Vorredner, daß wir im Gegenteil, weil wir die Inkorporation als vollzogen betrachten, einſchreiten wollen, um ſie außer Kraft zu ſetzen.

Was ferner meine Schlußäußerung in der Kommiſſion betrifft über verfaſſungsmäßige und nichtverfaſſungsmäßige Wege, ſo hat mir der Herr Vorredner das Zeugnis eines ſehr guten Gehörs gegeben; ich glaube daneben auch ein ſehr gutes Gedächtnis zu beſitzen und mich der Worte, die ich geäußert habe, ſehr genau zu erinnern. Sie können auch einen anderen Sinn nicht gehabt haben, als den, den ich ihnen vorher lieh. Es iſt mir fern geweſen, meine Äußerungen ändern zu wollen, die ich damals gethan habe. Ich erinnere nur daran, daß ich meine Wünſche inbezug auf Ihre Beſchlüſſe in Verbindung mit dem Vertrauen ausſprach, welches ich zu Ihnen zu haben erklärte, und das Vertrauen nur dahin gerichtet ſein könnte, Sie würden uns eben die Mittel verfaſſungsmäßig zugänglich machen und ſie bewilligen. Es iſt das nicht ſehr weſentlich zur Sache, aber ich halte doch darauf, daß ich nicht hingeſtellt werde wie jemand, der irrtümlich oder abſichtlich etwas mit den Thatſachen nicht Übereinſtimmendes geäußert habe.

Der Herr Vorredner, wenn ich ihm in derſelben bunten Reihenfolge, die er beobachtet hat, folgen darf, kam daraus auf den Umſtand, daß ich meine politiſche Stellung ſeit meinem Eintritt in das Miniſterium weſentlich geändert, daß ich ſie, um mich trivial auszudrücken, nach rechts hinübergerückt habe. Wenn das in dem Sinne zuträfe, und wenn ich bei ſeiner Auffaſſung des „Böſen“, dem ich verfallen wäre, ſtehen bleibe, ſo glaube ich, ihm meine Gedanken von ſeinem Standpunkte aus mundrecht zu machen, wenn ich ſage, ich habe nach dem Satze gehandelt: flectere si nequeo superos, Acheronta movebo. Ich habe, als ich herkam, allerdings die Hoffnung gehegt, daß ich noch bei anderen als bei mir die Neigung finden könnte, den Parteiſtandpunkt unter Umſtänden dem allgemeinen vaterländiſchen Intereſſe zu opfern. Ich will nicht näher hervorheben, um niemand zu verletzen, inwieweit und bei wem ich mich darin getäuſcht habe; getäuſcht aber habe ich mich, und natürlich wirkt das auf meine politiſche Stellung und Beziehungen ein.

Der Herr Vorredner kam dann auf die Frage eines Kongresses und schien dabei vorauszusetzen, daß wir, die wir am Bunde uns nicht wollen majorisieren lassen, uns im Kongreß majorisieren zu lassen bereit wären. Ich bemerke dabei vom zünftigen Standpunkte aus, daß auf Kongressen nicht majorisiert zu werden pflegt, sondern sie haben die Einstimmigkeit der Erschienenen zum Ergebnis oder gar keins. Wie der Herr Vorredner darin eine Ungeheuerlichkeit ersehen kann, daß nach einem etwaigen Kriege, dessen Möglichkeit ja doch nicht geleugnet werden kann, ein Kongreß folgen sollte, das ist mir unbegreiflich gewesen. Es ist das fast die Regel, daß nach einem Kriege Kongresse folgen, wo man sich über die Friedensbedingungen verständigt. Diese Bedingungen hängen wesentlich davon ab, wer Sieger im Kriege gewesen ist. Wenn man die Kriege nicht verewigen will, so muß man doch zu einer Verständigung kommen.

Der Herr Vorredner hat ferner von russischen Ansprüchen gesprochen. Ich habe nicht genau verstanden, ob auf die dänische Monarchie oder einzelne Teile der Herzogtümer; auf die dänische Monarchie, glaube ich, daß russische Ansprüche weder erhoben werden können, noch nach dem dortigen Erbrecht erhoben sind; was dagegen die Ansprüche auf die Herzogtümer betrifft, so habe ich keinen Beruf, mich über ihre Anerkennung auszusprechen oder diese Frage irgendwie zu präjudizieren. Wenn jedoch der Herr Vorredner sie schlechthin als eine Lüge bezeichnet, so muß ich ihm erwidern, daß diese Lüge von ziemlich vielen Leuten geglaubt wird bis zu diesem Augenblick.

Der Herr Vorredner hat uns dann vorgeworfen, warum wir nicht an eine skandinavische Union gedacht hätten, warum wir dort nicht einen Bundesgenossen gesucht hätten, und hat demnächst die Besitzfrage der Herzogtümer aus dem Bedürfnisstandpunkt für Dänemark erörtert. Wir sind nie zur Erwägung dieser Bedürfnisfrage gelangt, denn ich kann dem Herrn Vorredner versichern, daß der Gedanke an eine skandinavische Union in Schweden vielleicht bei einer gewissen Anzahl von Professoren und anderen Gelehrten sehr lebendig sein mag, daß aber die schwedische Regierung ihm bisher nicht geneigt ist, und ich glaube, niemand, der ihr die Proposition machen wollte, sich Dänemark zu annektieren, würde an ihr einen Bundesgenossen finden, der bereit wäre, für diesen Zweck erhebliche Opfer an Geld und Menschen zu bringen.

Dieſe Anſchauung kann vielleicht in den Intereſſen einzelner Parteien begründet ſein, ſie kann auch den Grund haben, daß eine ſchwediſche Politik nicht wünſcht, die Vorteile der faſt inſularen Lage der jetzigen eigentlichen ſkandinaviſchen Halbinſel dadurch zu verlieren, daß ſie kontinentale Beſitzungen als Angriffs-Objekte für andere Mächte erwirbt. Kurz und gut, ich will nur die Thatſache feſtſtellen, daß dieſe Chance nicht ſo bereit am Wege liegt, wie der Herr Vorredner es anzunehmen ſchien.

Weitere Äußerung auf eine Rede des Abgeordneten Schultze-Delitzſch.

Rede gehalten am 22. Januar 1864.

Der Herr Vorredner hat uns vorgeworfen, und das Miniſterium ſeinem Bedürfnis nach mit den Äußerungen anderer Redner dahin identifiziert: wir wollten von Deutſchland nichts wiſſen. Es muß ein eigentümlicher Zauber in dieſem Worte Deutſch liegen. Man ſieht, daß Jeder das Wort für ſich zu gewinnen ſucht, und jeder das „Deutſch“ nennt, was ihm nützt, was ſeinem Parteiſtandpunkte Vorteil bringt, und damit nach Bedürfnis wechſelt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es Deutſch nennt, gegen den Bund ſich aufzulehnen, in anderen Zeiten das für Deutſch gilt, für den fortſchrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geſchehen, daß uns vorgeworfen wird, daß wir von Deutſchland nichts wiſſen wollen aus Privatintereſſen. Ich kann dieſen Vorwurf Ihnen mit vollem Rechte zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wiſſen, weil es Ihrem Parteiſtandpunkte, Ihrem Parteiintereſſe nicht konveniert, weil es Ihnen konveniert, Preußen entweder nicht oder als Domäne des Nationalvereins beſtehen zu laſſen.

Der Herr Vorredner hat ferner einen Geſichtspunkt aufgeſtellt, der mir und jedem aufmerkſamen Leſer der Geſchichte der letzten 15 Jahre vollſtändig neu ſein muß, er hat geſagt, daß die kleinen Staaten, alſo auch ein neu zu ſchaffender Mittelſtaat, zur Erhaltung in dieſer Selbſtändigkeit ſich an Preußen anlehnen. Die Geſchichte der letzten 15 Jahre lehrt das Gegenteil, die kleineren Staaten, ausgehend von der Bregenzer Koalition. haben ſich an Öſterreich angelehnt und haben vielleicht aus

geographiſchen, vielleicht aus Gründen, die ſie der preußiſchen Politik entnahmen, weil ſie im Jahre 1849 ihre Selbſtändigkeit mehr durch Preußen, als durch Öſterreich gefährdet geſehen, um dieſe Selbſtändigkeit zu ſchützen, ſich an Öſterreich angelehnt. Gegen dieſe durch die natürliche Beſorgnis der Kleinſtaaten für ihre Souveränetät hervorgebrachte Stellung haben wir 12 Jahre lang am Bunde zu kämpfen gehabt, ich habe lange genug an dieſen Kämpfen perſönlich Teil genommen, um die nachteiligen Wirkungen derſelben für Preußen nach Gebühr würdigen zu können. Wenn der Herr Vorredner eine Politik, die zur Löſung dieſer Koalition führt, die dazu führt, die deutſche — nicht Einheit, ſondern — Einigkeit auf die einzige mögliche Baſis, auf die Einigkeit der beiden Großmächte zu ſtellen, wenn er das mit der Geſchichte der kaudiniſchen Päſſe vergleicht, ſo iſt das eben eine rhetoriſche Floskel, bei deren Widerlegung ich mich nicht weiter aufhalten kann. Gerade die Regierungen, meine Herren, die wir in dem Falle waren, zu ſtützen — ſind demnächſt als unſere ſchärfſten Gegner aufgetreten, und wenn Sie ſich einen neuen Schleswig-Holſteinſchen Staat denken, ſo würde der uns wenig helfen können, aber auf unſere Unterſtützung würde er ſehr angewieſen ſein, er würde neben ſich ein verſtümmeltes, gereiztes däniſches Land haben, vielleicht ſelbſtändig, vielleicht angelehnt an Schweden, welches ſich zu Deutſchland und zu dieſem neuen ſouveränen Staat etwa in derſelben Stellung befinden würde, in der ein wiederhergeſtelltes Polen ſich Preußen gegenüber befinden würde, es würde auf das Bedürfnis angewieſen ſein, ſeinen Nachbar — und alſo hier Deutſchland — in jeder Verlegenheit anzugreifen, um wieder zu dem zu kommen, was als das Seinige erachtet. Es iſt meiner Meinung nach unſere Aufgabe, mit den ſkandinaviſchen Staaten in friedlichen und freundnachbarlichen Verhältniſſen zu leben; wie dieſe Aufgabe zu erreichen ſei, ob ſie überhaupt zu erreichen ſei oder nicht, ob man ſich mit dem guten Willen beſcheiden müſſe, das hängt von der Zukunft ab.

Die Rede des Herrn Antragſtellers und die Folgerungen, die er aus der Lage der Sache gezogen hat, nötigen mich doch, in der Diskuſſion weiter zurückzugreifen, als es meine Abſicht war, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß ſich dadurch ihre Diskuſſion wieder eröffnen ſollte. Wir können nach dieſer Rede wohl mit Sicherheit annehmen — wir ſind gewohnt, den Herrn als Repräſentanten der Majorität zu betrachten — daß Sie die An-

leihe ablehnen, die Resolution annehmen werden, und daß ich mich in dem Vertrauen, daß ich wiederholt auf Sie gesetzt und ausgesprochen habe, vollständig getäuscht habe.

Das Hauptmotiv, weshalb Sie sie ablehnen werden, ist der Mangel an Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium, darin konzentriert sich alles, das ist der Brennpunkt Ihrer ganzen Argumentation. Ich habe mich deshalb gefragt: Was müßten wir — was müßte ein preußisches Ministerium thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Es müßte sich von der preußischen Verfassung lossagen, es müßte sich von Preußens Traditionen, von Preußens Geschichte, von preußischem Volksgefühl vollständig lossagen, es müßte sich von der Verfassung lossagen, indem es die Hand dazu böte, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen, indem es die Hand dazu bietet, der Fortdauer der Auflehnung der Krone gegen die Herrschaft dieses Hauses den Boden zu entziehen, durch Verweigerung seiner Kontrasignatur.

Sie haben sich in dem vorliegenden Bericht, meine Herren, mit einer Deutlichkeit darüber ausgesprochen, daß ich glaube, Sie werden heute nicht mehr in der Lage sein, einer Äußerung gegenüber, die ich etwa vor einem Jahre an dieser Stelle gethan habe, nämlich, daß es sich hier um einen Kampf handelt, über die Herrschaft Preußens zwischen dem Hause der Hohenzollern und dem Hause der Abgeordneten, — eine Äußerung, die damals mit einem Rufe des Staunens, der mißbilligenden Kritik empfangen wurde — ich glaube, Sie werden heute diesen Ausdruck, diese Mißbilligung nicht mehr aussprechen können, sondern sich offen zu Ihren Thaten bekennen.

Ich gehe, um meine Behauptungen zu belegen, einige Stellen ihres Berichtes durch, da ich wohl annehmen darf, daß Sie mit der Annahme des Antrages auch den Bericht Ihrer Kommission sich aneignen werden. Nach der Verfassung steht Sr. Majestät dem Könige das Recht über Krieg und Frieden zu, steht Sr. Majestät dem Könige das Recht zu, seine Minister zu wählen, sowie die ganze Exekutivgewalt zu. Wie fassen Sie diese Bestimmungen nun auf? Sie sagen auf S. 5., es liege Ihnen die Besorgnis nahe, daß die Richtung der Regierung den in der Resolution vom 2. Dezember ausgesprochenen Intentionen des Abgeordnetenhauses zuwiderlaufen könne. Das darf also nach Ihrer Meinung nicht sein, das darf sich die Krone nicht erlauben, daß sie eigne Intentionen hat in bezug auf auswärtige Politik, die den Ihrigen zuwiderlaufen.

Seite 6 verlangen Sie — ich zitiere Alles wörtlich aus dem Bericht, wie es hier steht — Seite 6 verlangen Sie, daß die Regierung des Königs nicht bloß den Willen habe, das Recht und die Ehre des Landes zu schützen, sondern auch die Maßregeln, welche im gegebenen Falle zur Lösung dieser Aufgabe erforderlich sind, der Erwägung des Abgeordnetenhauses entsprechend auswähle. Hier trifft also der Eingriff in die Exekutive nicht nur Ihre Gesamtrichtung, sondern auch die Details, in den einzelnen Maßregeln. Sie setzen sich ein, meine Herren, als den diplomatischen Hof-Kriegsrat, von dessen Zustimmung die Aktion der Krone abhängt, dessen Genehmigung die Regierung selbst für die einzelnen Maßregeln in jedem gegebenen Falle notwendig bedarf, wenn sie handeln will.

Seite 7 machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden in dürren Worten von Ihrem Votum abhängig; die Argumentation, wie Sie dazu kommen, kann jeder selbst nachlesen.

Seite 8 sprechen Sie den Entschluß aus, die Regierung zur Aktion zu veranlassen. Das überschreitet an sich Ihren verfassungsmäßigen Beruf. Aber Sie fügen ausdrücklich nach Ihrem Ermessen hinzu: zu einer Aktion nicht nach dem Ermessen der Exekutivgewalt, sondern ausdrücklich zu einer von Ihnen bestimmten Aktion, deren Ziele klar von Ihnen vorgeschrieben werden. Nun, wenn es irgend einen Anspruch giebt, der Krone die ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte der Exekutive aus den Händen zu winden, so ist er in diesen Worten so klar ausgesprochen, wie es irgend sein kann. Sie verlangen diese Aktion im wohlverstandenen Interesse Preußens, Deutschlands und der Herzogtümer — ich schalte in Parenthese ein, wie wir doch so weit gekommen sind, daß niemand mehr ehrlich zu sagen wagt, er handle im preußischen Interesse, er handle als Preuße; man getraut sich kaum auf dieser Seite das Wort „Preußisch“ auszusprechen, ohne sofort die Erläuterung dazu zu geben, „natürlich im Sinne des deutschen Interesses, der Rechte Deutschlands, der Rechte der Herzogtümer“.

Letztere dürfen nicht fehlen, ein offenes Bekenntnis zu preußischem Interesse, zu preußischer Nationalität ist auf Ihrer Seite nicht zu finden. Also „im wohlverstandenen Interesse!“ Wohlverstanden ist natürlich nur dasjenige Interesse, welches Sie als solches verstehen. Sie entscheiden also auch hier wieder

über die Richtung, die die Krone innerhalb des ihr verfassungsmäßig reservierten Gebietes einschlagen soll.

Sie fordern auf S. 15, daß der König auf Ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führe, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Mit einem Worte, meine Herren, wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für die Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht Königliche Minister, wir würden Parlaments-Minister, wir würden Ihre Minister sein, und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen.

Ob die Minister das Vertrauen des Königs haben, ist Ihnen vollständig gleichgültig. Der König würde danach eine Persönlichkeit sein, die weniger Einfluß auf die Geschäfte Preußens hätte, als, ich will nicht sagen, jedes einzelne Mitglied dieses Hauses, oder etwa jeder Fraktionsführer, mit dem man kapitulieren muß, wenn man ihn gewinnen will; aber über die Rechte des Königs könnte man stets einfach zur Tages-Ordnung übergehen. Und doch neben alle dem sind die Bestimmungen in der Verfassung vollständig klar, daß der König über Krieg und Frieden bestimmt, daß der König die Minister wählt.

Der Herr Vorredner will die Vermittelung zwischen seinem und meinem Standpunkte dadurch herbeiführen, daß eine indirekte, eine konstitutionelle Nötigung stattfinde. Er hat das ganze System, wie das Kommissionsgutachten entwickelt, und wie er es resumiert, als eine indirekte Nötigung betrachtet, kommt dabei aber zu dem, wie mir scheint, ganz logischen Schluß, die mir in den Mund gelegte Äußerung, „man würde das Geld nehmen, wo man es finde", auch für eine solche konstitutionelle Nötigung, für eine konstitutionelle Konsequenz zu halten.

Meine Herren! So konstitutionell, wie Ihr Verhalten ist, wäre diese Theorie auch, und da hätten wir uns gegenseitig nichts vorzuwerfen. Ich habe gesagt, Sie widersprechen durch Ihr Verhalten nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte, Sie widersprechen dem Volksgeist Preußens. Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, Gott sei Dank! und dabei wird es auch trotz Ihrer Aufklärung, die ich Verwirrung der Begriffe nenne, bleiben. Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unsrer Vergangenheit, indem Sie die Stellung, die Großmachtsstellung Preußens, welche durch schwere Opfer an Gut und Blut des Volkes er-

kämpft wurde, desavouieren und damit der glorreichen Vergangenheit des Landes, indem Sie in einer Machtfrage, zwischen der Demokratie und den kleinen Staaten auf der einen und dem preußischen Thron auf der anderen Seite, für die erstgenannte Seite Partei nehmen. Indem Sie auf diese Weise dahin streben, Preußen unter eine Bundesmajorität zu mediatisieren, thun Sie, was Sie uns toto die vorwerfen. Sie setzen den Parteistandpunkt über die Interessen des Landes; Sie sagen: „Preußen mag bestehen, wie wir es wollen, oder wenn nicht, so mag es zu grunde gehen. Sie fühlen — und gerade diese Resolution beweist es mir mehr als jedes andere, sie fühlen und denken nicht, wie das preußische Volk. Deshalb nur konnten Sie gewisse Voraussetzungen über die Stimmung des preußischen Heeres aussprechen, die es in diesem oder jenem Falle mit nach Hause bringen würde. Das zeigt, wie Sie dem eigentlichen Volke fern stehen, und wie Sie sich eingelebt haben in Koterien der Ihnen Gleichgesinnten, wie Sie durch eine von Ihnen abhängige Presse sich täuschen lassen über den wahren Sachverhalt. Sie kommen mir vor, wie Archimedes mit seinem Zirkel, der es nicht merkte, daß die Stadt erobert war.

Meine Herren! Fühlte das preußische Volk, wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe. So weit sind wir aber noch nicht. Ich erinnere Sie an die Anekdote, die in früheren Zeiten bei der Grundsteuerverhandlung in diesen Räumen häufig zitiert wurde. Es ist das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer; er sagt darin, wenn ich mich der Worte richtig erinnere:

„Was ich ruiniere, das ist das nie pozwalam der Junker;
Ich etabliere die souveraineté comme un rocher de bronce.“

Meine Herren! Der rocher de bronce steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhms, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Diese ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und durch Ihr liberum Veto!

Weitere Äußerung nach einer Rede des Grafen von Schwerin.

Rede gehalten am 22. Januar 1864.

Die Äußerungen des Herrn Vorredners nötigen mich zu einigen Erwiderungen und Berichtigungen.

Derselbe hat verschiedene Behauptungen aufgestellt, die ich meinerseits gar nicht bestritten habe, und andere bestritten, die ich nicht aufgestellt habe.

Wenn er zuvörderst davon ausging, daß er ein guter Preuße sei und ihm dies Zeugnis von niemand verweigert werden würde, so stimme ich damit vollständig überein; ich gehe noch weiter, ich halte ihn in seinem Herzen sogar für einen monarchischen Preußen, (Bewegung und Heiterkeit), aber man kann doch von ihm seinem Könige gegenüber sagen, was Göthe vom Dr. Faust dem Könige der Könige gegenüber gesagt werden läßt: „fürwahr, er dient Euch auf besondere Weise", deshalb glaube ich auch, daß es mit der Partei, die der Herr Abgeordnete vertritt, ein Ende nehmen wird und zum Teil schon genommen hat, wie mit dem Dr. Faust, im ersten Teil nämlich; ob dem ersten Teil auch noch der zweite Teil nach Analogie des Faust folgen werde, muß die Zukunft lehren. Gewiß ist, daß die Zahl dieser „guten Preußen" sich von Tag zu Tag vermindert. Wo ist die Majorität geblieben, an deren Spitze sich der Herr Redner selbst als Minister befand? Ich habe schon früher gesagt, wäre diese Partei stärker, als sie es leider ist, so ließe sich mit ihr rechten und reden.

Zu den Behauptungen, die der Herr Redner bestritten, ohne daß ich sie aufgestellt hatte, gehört diejenige, daß Preußen von Deutschland geschieden werden müsse. Meine Herren! Das ist ja schon geographisch unmöglich, ein Blick auf die Karte lehrt das schon. Es fragt sich in Deutschland nur, wer soll führen? — oder wie der Herr Vorredner sich ausgedrückt hat: „wer soll im andern aufgehen?" Wenn aber die beiden Großmächte einig sind, wie in diesem Fall, so glaube ich, daß, solange die jetzige politische Gestaltung in Deutschland besteht, ihnen diese Führung unstreitig gebührt. Es handelt sich nur darum, klar zu stellen, wo und wer ist „Deutschland" — und was denkt man sich unter deutschen Interessen? Diese Frage kann in betreff der politischen Interessen so vielfach beantwortet werden, wie es in

dem Arndtschen Liede in bezug auf die geographischen Verhältnisse geschieht. Ich bin ferner mit dem Herrn Redner darin ganz einig, daß wir uns nicht an einem Abgrunde befinden, wenn die Verfassung beobachtet wird, sobald sie eben nur allseitig beobachtet wird, sobald sie auch von der anderen Seite beobachtet wird, sobald man nicht danach trachtet, ihr eine Auslegung zu geben, die sie, ihrem klaren Sinne nach, nicht hat, und die mit der preußischen, bei uns publizierten Verfassung nicht vereinbar ist, und daß dieses von Ihnen nicht geschieht, das ist es, was ich vorhin behauptet habe. In bezug auf die gestern von mir gemachte Mitteilung bemerke ich, daß ich darin nicht ein Programm aufgestellt, durch welches die Erbfrage absolut präjudiziert worden wäre; ich habe gesagt, wenn die Lösung derselben, welche von der Bundesmajorität erstrebt wird, sich nicht als möglich erweist, so sei es notwendig, eine Lösung ins Auge zu fassen, jedenfalls aber den zwölf Jahre lang bestehenden Zustand nicht wieder aufkommen zu lassen.

Der Herr Vorredner hat aus einem Worte, welches ich in der Kommission gesagt habe, gefolgert, daß die Mittel- und Klein-Staaten es sich gesagt sein lassen würden, daß es keine deutschen Interessen gäbe, und daß sie infolge dessen nur ihre eigenen zu Rathe ziehen würden und daß diese eigenen Interessen sie auch zur Anlehnung an das Ausland bestimmen könnten. Meine Herren! Wenn der letztere Fall einträte, so werden wir auch vielleicht wieder erleben, was wir schon erlebt haben; jeder Staat folgt schließlich seinen Interessen. Gehen Sie auf die Geschichte zurück, so werden Sie finden, daß mein Wort vollkommen richtig ist, so unwillkommen es Ihrem Ohr auch klingen mag: es gilt von allen Regierungen, was einer Ihrer Souveräne mir einst selber sagte: „Kommt es zum äußersten, so ist mir das Hemd näher als der Rock." Nur glaube ich in der That nicht, daß die dauernden Interessen diese Staaten nötigen, sich an das Ausland anzulehnen, sondern daß ihnen ihre dauernden Interessen empfehlen, sich an die beiden deutschen Großmächte anzuschließen. Ich kann nur wünschen, daß sie dieses Interesse deutlicher und klarer erkennen, als es neulich in einer schriftlichen Äußerung eines fürstlichen Mitgliedes der Fortschrittspartei in einem nach Wien gerichteten Briefe geschehen ist.

Ich muß dem Herrn Vorredner ferner darin widersprechen, als hätte ich behauptet, daß das Recht allein bei den Bajonetten liege. Ich habe nur behauptet, das Recht ließe sich in euro-

päiſchen Streitigkeiten, wo ein kompetenter Gerichtshof nicht beſteht, nur durch die Bajonette geltend machen. Wenn ich mich recht erinnere, ſo knüpfen ſich meine Worte daran, daß der abweſende Referent dem gleichfalls abweſenden Pernice vorwarf, daß ſeine Auffaſſungen Winkelauffaſſungen ſeien, und ich bemerkte darauf, daß bei dem Mangel eines Gerichtshofes in Europa Winkelanſichten, wenn es ihnen gelinge, die Mehrheit der Bajonette zu gewinnen, die Eigenſchaft hätten, daß ſie mitunter ſiegreich blieben.

Der Herr Vorredner hat ferner als Motiv unſerer Handlungsweiſe die Furcht vor der Demokratie und Furcht vor dem Auslande der Regierung untergeſchoben. Ich glaube, der Herr Redner kennt mich lange genug, um zu wiſſen, daß ich Furcht vor der Demokratie nicht kenne. Hätte ich dieſe, ſo ſtände ich nicht an dieſem Platze oder würde das Spiel verloren geben. (Große Bewegung. Rufe: „Ein Spiel! Ein Spiel!“) — Ich laſſe mich auf Worte nicht ein; rechten Sie nicht über Ausdrücke, rechten Sie über die Sache! — Ich fürchte dieſen Gegner nicht, ich hoffe ihn ſicher zu beſiegen, ich glaube, das Gefühl, daß es ſo kommen werde, iſt Ihnen nicht mehr ganz fern.

Was dagegen die Furcht vor dem Ausland betrifft, ſo beſtreite ich die Richtigkeit des Ausdruckes. Man kann Vorſicht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt meines Erachtens dieſen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schickſal eines großen Landes verantwortlich iſt, zumutet, wie mir das in der Kommiſſion von ſeiten des Herrn Referenten geſchehen iſt, auch gegen die erdrückendſte Übermacht, die ſich von Hauſe aus herausſtellt, Preußen zu den Waffen greifen zu laſſen. Meine Herren! Das kann eine Regierung nicht, das kann der einzelne, der entſchloſſen iſt, ſeine Perſon daranzuſetzen. Eine Regierung hat nicht das Recht, das Land, deſſen Schickſal ihr anvertraut iſt, gegen eine von Hauſe aus erdrückende Übermacht ohne Not ins Feld zu führen, womit ich keineswegs geſagt haben will, daß in dem jetzt vorliegenden Falle uns eine ſolche erdrückende Übermacht gegenüberſtände. Ich halte überhaupt noch heute wie in der Kommiſſion die Politik der freien Hand, des Gewahrtſeins jeden Standpunkts Ihnen gegenüber aufrecht.

Über den Geist der Verfassung.

Rede gehalten am 24. Januar 1865.

Ich habe den Herren Antragstellern und den Rednern, welche die Adresse vertreten haben, meinen Dank für die wohlwollende Beurteilung zu sagen, welche die Thätigkeit der Königlichen Regierung bei ihnen gefunden hat.

Ich erlaube mir in Übereinstimmung mit derjenigen Auffassung, welche die Majorität des Hauses von dem inneren Konflikt hat, einige Sätze hinzuzufügen, welche zwar nichts neues sagen, aber den Entstellungen gegenüber, durch welche sie verdunkelt werden, nicht oft genug wiederholt werden können.

Die Basis des konstitutionellen Lebensprozesses ist überall das Kompromiß. Auf diese Basis weist die preußische Verfassung um so notwendiger hin, als sie, von vielen anderen abweichend, auch in bezug auf das Budget die Übereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung verlangt. Dieselben sind in betreff des Budgets zwar nicht absolut gleich, aber gleich absolut berechtigte Gewalten, die neben einander gestellt sind. Keiner von ihnen legt die Verfassung die Verpflichtung auf, sich den beiden anderen oder einer der beiden anderen unterzuordnen. Eben so wenig legt die Verfassung einer der drei Gewalten das Recht bei, ein sic volo, sic jubeo zu sprechen, dem die anderen sich zu beugen hätten.

Das leichte Auskunftsmittel, den Konflikt zwischen beiden Körperschaften des Landtages dadurch zu beseitigen, daß die Regierung die Verpflichtung übernimmt, jedesmal, wo das Herrenhaus mit dem Abgeordnetenhause nicht übereinstimmt, das Herrenhaus durch Ernennung von Mitgliedern in Übereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause zu bringen, halte ich für verfassungswidrig, weil es dem Geiste der Verfassung widerspricht. Es führt zu dem Ein-Kammersystem, welches prinzipiell ein Oberhaus verlangt, dessen Nichtübereinstimmung mit dem Unterhause gar nicht gedacht werden kann. Es untergräbt vollständig das Institut eines Herrenhauses, einer Ersten Kammer, eines Oberhauses, wie man es nennen mag, welches gerade der Träger einer Politik sein soll, die nicht den Tagesmeinungen mit Leichtigkeit folgt, sondern den Regulator und Ballast im Landtagsschiffe abgiebt. Dasselbe Experiment, welches ein Ministerium machen könnte, um ein widersprechendes Herrenhaus durch Ernennung von Mit-

gliedern in Übereinſtimmung mit einem liberalen Abgeordnetenhauſe zu ſetzen, dasſelbe Experiment müßte demnächſt wiederum von einem konſervativen Miniſterium einem konſervativen Abgeordnetenhauſe zu Liebe gemacht werden — und die Möglichkeit iſt doch nicht ausgeſchloſſen, daß wir einmal ein konſervatives Abgeordnetenhaus haben können — und wenn wir dann eine liberale Majorität in dem Herrenhauſe hätten, ſo müßte man dasſelbe wieder im entgegengeſetzten Sinne vervollſtändigen, wodurch die Zahl der Mitglieder bald eine übermäßige werden und das Herrenhaus nur ein Schatten des Abgeordnetenhauſes ſein würde, was dem Geiſt der Verfaſſung widerſpricht.

Die Verfaſſung weiſt — ich wiederhole es — auf den Weg des Kompromiſſes in ſolchem Zwieſpalt mit Notwendigkeit hin. Dieſer Weg wurde verlaſſen durch den Beſchluß, welchen das Abgeordnetenhaus am 22. September 1862 faßte, ein Beſchluß, deſſen Ausführung ſchlechthin unmöglich war.

Ich will nicht alle Schritte vertreten, welche die damalige Regierung im Jahre 1860 in dieſer Angelegenheit gethan hat; nur ſo viel iſt gewiß, daß, als die jetzige Regierung eintrat, ſie den Streit in einer ſolchen Lage vorfand, daß ſie gütlich denſelben nur ſchlichten konnte, indem ſie einen unmöglichen Beſchluß ausführte, nicht bloß deshalb unmöglich, weil das Budget von 1862, das in ſeinem weſentlichen Beſtandteile verworfen wurde, bereits verbraucht war, ſondern auch deshalb unmöglich, weil er der Regierung zumutete, die Armee aufzulöſen.

Dieſe Unmöglichkeit dauert auch jetzt noch fort, wie die Thronrede hervorgehoben.

Beſonders dankbar bin ich den Herren Antragſtellern für die ſchonende Weiſe, mit welcher ſie die auswärtige Politik berührt haben. Jeder praktiſche Geſchäftsmann kennt die Bedenken, welche den Veröffentlichungen über ſchwebende Verhandlungen entgegenſtehen, Veröffentlichungen, welche entweder das eigene Ziel voreilig und ohne Zuſtimmung des andern Teils feſtlegen oder ein falſches Licht auf dieſes Ziel in den Augen der anderen verhandelnden Macht werfen. Die Herren wollen ſich verſichert halten, daß in den ſchwebenden Verhandlungen die diesſeitigen Intereſſen mit Feſtigkeit vertreten werden, und darf ich die Gewißheit ausſprechen, daß preußiſches Blut nicht umſonſt gefloſſen ſein wird. Von der liberalen Seite iſt uns bei der Kritik der auswärtigen Politik der Vorwurf gemacht worden — wird uns auch in dem anderen Hauſe gemacht werden — daß wir die

zukünftige Gestaltung der Herzogtümer uns dadurch erschwert haben, daß wir mit Österreich gegangen sind.

Ich glaube, meine Herren, daß die Nützlichkeit dieses Bündnisses während der vergangenen Phase von der Zukunft in ein helleres Licht gestellt werden wird, als die bisherigen Ereignisse, so weit sie zu Tage liegen, es gethan haben und als ich selbst in diesem Augenblicke imstande bin, es zu thun.

Einstweilen erlaube ich mir, zu bemerken, daß, wenn wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht gehen wollten, uns kein anderer regelmäßiger Weg blieb, als der des Bundeskrieges. Es ist derselbe auch mit mehr oder weniger Variationen in bezug auf die Art, wie er einzuleiten sei, empfohlen und in der That vergeblich versucht worden.

Nun liegt es auf der Hand, daß bei einem Bundeskrieg Österreich nicht bloß als einfacher Bundesgenosse, sondern als Präsidialmacht mitgewirkt haben würde, und daß neben Österreich, und viel entscheidender, die Majorität des Bundestages nicht bloß auf die Kriegführung, sondern namentlich auf die schließliche Gestaltung der Herzogtümer eingewirkt haben würde.

Daß wir von dieser Majorität eine wohlwollendere Berücksichtigung der preußischen Interessen zu erwarten gehabt hätten, als von dem befreundeten, uns verbündeten Österreich, das, glaube ich, werden selbst die Herren, die uns diesen Vorwurf machen, nicht behaupten. Ich glaube, sie machen ihre Vorwürfe uns in der Art, daß sie die Konsequenz derselben nicht bis ans Ende ziehen, und daß sie nicht sehen, was die notwendigen Resultate gewesen wären, wenn wir ihren Vorschlägen gefolgt wären.

Der Gedanke, daß der Krieg, den wir geführt haben, unter Zurückweisung der österreichischen Allianz isoliert von Preußen zu führen gewesen sei, führt uns auf das Feld der Konjekturalpolitik, das ich, im Hinblick auf meine amtliche Stellung, zu betreten mir versage.

Nur so viel ist gewiß, daß wir zu einem solchen Kriege ohne Österreich die Zustimmung der deutschen Bundesregierungen nicht erlangt haben würden, daß wir uns also außerhalb der preußischen Armee nur hätten auf Elemente stützen können, die entweder im Widerspruch oder jedenfalls ohne Bewilligung ihrer Regierung sich uns angeschlossen hätten; regelmäßige Truppen wären es nicht gewesen. Wenn ich mich auf diese wenigen Andeutungen in bezug auf ein Thema, welches alle Gemüter in diesem Augenblicke wesentlich interessiert, beschränke, so wollen

Sie darin nicht einen Mangel an Vertrauen zu Ihrer Übereinstimmung mit der Regierung sehen, sondern die Beobachtung der notwendigen Rücksicht, welche die Öffentlichkeit mir auferlegt.

Über die Schleswig-Holsteinsche Frage und die Marine.

Rede gehalten am 1. Juni 1865.

Ich bin nicht imstande, auf alle Gebiete, die der Herr Vorredner*) betreten hat, hier einzugehen. Nach dem Gesamteindruck seiner Rede und der der Herren Vorredner, die seine politischen Freunde sind, kann ich nur bedauern, daß bei so vielen vorhandenen Punkten des Einverständnisses doch eine Verständigung über die auswärtige Politik zwischen uns stets mißlingt. Ich bin fast dazu gedrängt, einen ziemlich äußerlichen Grund dafür aufzustellen: es ist die unbefriedigte Neugierde.

Könnten wir uns rechtzeitig klar im voraus über alle Pläne der Zukunft Ihnen gegenüber aussprechen, ich glaube, Sie würden mehr davon billigen, als Sie bisher zu thun sich getrauten. Ließen sich Ihnen die Gründe, die zur Abschließung der russischen Konvention uns bestimmt haben, vollständig klar legen, ohne Verletzung der auswärtigen Beziehungen, ich glaube, die Meisten von Ihnen würden sie billigen. Ich kann nur erwähnen, daß die Konvention uns in der ganzen dänischen Frage nichts geschadet hat, und daß es zweifelhaft ist, ob ohne diesen Vorgang das Verhältnis Rußlands zu uns für alle vergangenen und zukünftigen Phasen dieser Frage so freundschaftlich sein würde, wie es in Wirklichkeit ist.

Hätten wir Ihnen vor ein und einem halben Jahre hier offen darlegen können, welchen Zielen wir zustreben, ich glaube, meine Herren, Sie würden so viel nicht dagegen eingewendet haben. Sie sind der Meinung, wir hätten unsere Ziele und unsere Bestrebungen, vom Strome getrieben, geändert. Es giebt Protokolle anderer, eben so amtlicher Sitzungen wie diese, aus denen Ihnen in Zukunft beweisbar sein wird, daß wir seit dem Dezember 1863 unsere Ziele nicht gewechselt haben.

Könnten wir auch jetzt Ihnen die Wahrscheinlichkeiten, die wir haben, unsere Politik in den Herzogtümern durchzuführen, die Wege, auf denen wir dies zu erreichen gedenken, mit der

*) Der Abgeordnete Löwe.

jenigen Klarheit auseinanderſetzen, mit der ich Sr. Majeſtät dem Könige gegenüber imſtande bin, ſie zu entwickeln; ich glaube, Sie würden in der Heftigkeit Ihrer Oppoſition gegen das, was wir treiben, einigermaßen nachlaſſen.

Aber wenn Sie in die Technik der diplomatiſchen Geſchäfte eingeweihter wären, Sie würden uns nicht einmal dadurch drängen, daß Sie Äußerungen ausſprechen, durch welche Sie das Miniſterium in die Verlegenheit ſetzen, entweder durch Stillſchweigen die Richtigkeit anſcheinend zuzugeben oder im Widerlegen Meinungen zu äußern, die aus politiſchen Gründen beſſer unausgeſprochen bleiben.

Der Herr Vorredner hat unſerer Politik den Vorwurf gemacht, ſie rede zu viel, ſie ziele zu lange, ſie handle zu wenig und ſchieße zu ſpät. Ich bin durch dieſen Vorwurf in der That überraſcht worden; ich glaubte, er würde uns den Vorwurf machen, wir redeten zu wenig über das, was wir thun wollten, und ein Gefühl der Kränkung werde dadurch hervorgerufen, daß Sie nicht in jedem Augenblick überzeugt werden können, wohin die beabſichtigte Politik geht und welche Mittel ſie anwendet.

Es hat wohl keine Frage die öffentliche Meinung in Deutſchland in den letzten zwanzig Jahren ſo einſtimmig intereſſiert, wie gerade die Flottenfrage. Wir haben geſehen, daß die Vereine, die Preſſe, die Landtage ihren Sympathieen Ausdruck gaben, dieſe Sympathieen haben ſich in Sammlung von verhältnismäßig recht bedeutenden Beträgen bethätigt. Den Regierungen, der konſervativen Partei wurden Vorwürfe gemacht über die Langſamkeit und über die Kargheit, mit der in dieſer Richtung vorgegangen wurde; es waren beſonders die liberalen Parteien, die dabei thätig waren.

Wir glaubten deshalb, Ihnen eine rechte Freude mit dieſer Vorlage zu machen.

Das Intereſſe daran, das muß ich aus den Äußerungen des Herrn Vorredners abnehmen, iſt aber einigermaßen abgeſtumpft. Er iſt der Meinung, daß Preußen zu ſchwach ſei, um dieſe Laſt zu tragen, daß ſie nur ertragen werden könne, wenn man andere deutſche Staaten in Mitleidenſchaft zieht. So lange, bis uns dies gelungen wäre, ſchien er nicht nur den deutſchen Handel der anderen Staaten, ſondern auch den preußiſchen Handel in der verhältnismäßigen Schutzloſigkeit belaſſen zu wollen, in der er ſich jetzt befindet. Wenn die Regierung das wollte, es wäre leichter — ich meine das Unterlaſſen des

Schutzes — als nach der Herstellung einer preußischen Flotte zu streben.

Sehr schwierig aber ist es, ein freiwilliges Abkommen mit jemandem zu treffen, das ihm Lasten zumutet, wenn man diesen Jemand nicht zwingen, ihm keine Gewalt anthun darf. Letztere wird von der Politik der Herren, die uns gegenüberstehen, auf das Schärfste verdammt. Wir sollen also nur gutmütige Überredung anwenden, die gemeinsamen Interessen auseinandersetzen, damit die Leute zahlen und mehr leisten, als sie bisher thun.

Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen in Deutschland partikulare Interessen stärker sind, als der Gemeinsinn. Der Satz ist in mehreren Formen hier schon ausgesprochen. Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen die Existenz auf der Basis der Phäaken bequemer ist, als auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber zahlt nicht gern, und am allerwenigsten giebt man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf.

Ich glaube, der Herr Vorredner stellte uns da eine Zumutung, wenn wir auf richtigem Wege diese Ziele erreichen sollen, die selbst das geschickteste und gescheidteste Ministerium, wie es seinem Ideale vorschwebt, und wie er selbst es ohne Zweifel leiten würde, nicht zu verwirklichen imstande sein würde, ohne Gewalt anzuwenden.

Ich hatte nicht geglaubt, daß der maritime Ehrgeiz der preußischen liberalen Partei insoweit reduziert sei, wie ich es aus dem Munde des Herrn Vorredners gehört habe, und daß wir in dem Maße der Unterstützung der übrigen deutschen Staaten bedürften, um nur mit ihrer Hilfe unsern eigenen Handel schützen zu können. Ich sah daher mit einiger Spannung dem Berichte entgegen, den uns die Kommission eines Hauses, in welchem die Tendenzen der deutschen Fortschrittspartei überwiegen, erstatten würde. Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfnis haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht Ihrer Kommission eine indirekte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Auch diese deutsche Flotte scheiterte daran, daß in den deutschen Gebieten, ebenso in den höheren regierenden Kreisen, wie in den niederen, die Parteileidenschaft mächtiger war als der Gemeinsinn. Ich hoffe, daß der unsrigen nicht dasselbe beschieden sein wird.

Ich war einigermaßen überraſcht ferner darüber, daß dem Gebiete der Technik ein ſo großer Raum in dem Berichte angewieſen war. Ich zweifle nicht daran, daß es viele unter Ihnen giebt, die vom Seeweſen mehr verſtehen als ich, und mehr zur See geweſen ſind, als ich; die Mehrzahl unter Ihnen, meine Herren, iſt es aber nicht, und doch muß ich ſagen, ich würde mich nicht getrauen, über techniſche Details der Marine ein Urteil zu fällen, welches meine Abſtimmung motivieren, welches mir Motive zur Verwerfung einer Marinevorlage geben könnte. Ich kann mich deshalb auch mit der Widerlegung dieſes Teiles Ihrer Einwendungen nicht beſchäftigen.

Näher liegen mir Ihre Zweifel, ob es mir gelingen wird, Kiel zu erwerben.

Wir beſitzen in den Herzogtümern mehr, als Kiel; wir beſitzen die volle Souveränetät in den Herzogtümern in Gemeinſchaft mit Öſterreich, und ich wüßte nicht, wer uns dieſes Pfand, das dem von uns erſtrebten Objekt an Wert ſo viel überlegen iſt, nehmen könnte anders als durch einen für Preußen unglücklichen Krieg. Faſſen wir aber dieſe Eventualität ins Auge, ſo können wir jeden in unſerem Beſitz befindlichen Hafen eben ſo gut verlieren. Unſer Beſitz iſt ein gemeinſamer — das iſt wahr — mit Öſterreich. Nichtsdeſtoweniger iſt er ein Beſitz, für deſſen Aufgebung wir berechtigt ſein würden, unſere Bedingungen zu ſtellen.

Eine dieſer Bedingungen, und zwar eine der ganz unerläßlichen, ohne deren Erfüllung wir dieſen Beſitz nicht aufgeben wollen, iſt das künftige alleinige Eigentum des Kieler Hafens für Preußen. Etwas anderes hat, ſo viel ich weiß, der Herr Kriegsminiſter bei der Vorlage, von der die Rede war, auch nicht geſagt. Er hat von dem Standpunkte aus geſprochen, auf welchem die Königliche Staatsregierung noch heute ſteht. Die Ehre Preußens iſt nach der Erklärung des Herrn Kriegsminiſters nicht weiter engagiert, als ſie vollſtändig von uns gedeckt werden wird.

Die Bedingungen, welche wir zu ſtellen beabſichtigen, ſind ſo gemäßigt, daß wir wohl die Hoffnung hegen dürfen, ſie auf friedlichem Wege verwirklicht zu ſehen. Die Bedingungen ſind bekannt. Wir fordern nichts als die Möglichkeit, Deutſchland zur See wehrhaft zu machen in dem Umfange, in dem uns dies mit den Mitteln der Herzogtümer erlaubt ſein wird, und gegen die Wahrſcheinlichkeit, Düppel in nicht gar zu langer

Zeit noch einmal belagern und stürmen zu müssen, diejenige Garantie zu gewinnen, die die Hülfsquellen der Herzogtümer geben können.

Angesichts der Rechte, die sich in unsern Händen und in denen Österreichs befinden, und die unantastbar sind, so lange nicht einem der Herren Prätendenten es gelingt, zu unserer Überzeugung ein besseres Recht, als das auf uns übergegangene des Königs Christian IX. von Dänemark, nachzuweisen, angesichts der Rechte, welche in voller Souveränetät von uns und Österreich besessen werden, sehe ich nicht ein, wie uns die schließliche Erfüllung unserer Bedingungen entgehen sollte, sobald wir nur nicht die Geduld verlieren, sondern ruhig abwarten, ob sich jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn die Preußen darin sind.

Sie haben uns darauf verwiesen, wir sollten uns über die Erfüllung dieser Bedingungen mit den Herzogtümern verständigen. Schon der Herr Vorredner an meiner Seite hat gesagt, daß es nicht klar sei, wer „die Herzogtümer" seien, wer sie vertritt; sie seien nicht konstituiert.

Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg sind Se. Majestät der König und Se. Majestät der Kaiser von Österreich auf Grund der Berechtigung, die ich mir erlaubt habe, anzuführen. Die Landesherren beabsichtigen, die Stände ihrer Herzogtümer demnächst zu berufen, um mit ihnen zu unterhandeln. Wir wollen sie nicht vergewaltigen, aber auch uns nicht vergewaltigen lassen; wir wollen mit ihnen unterhandeln. Kommen wir und Österreich mit ihnen zu friedlicher Verständigung in der Sache, so wird dies ein allerseits und auch für Preußen erwünschtes Ergebnis sein; gelingt es nicht, so werden keine Beschlüsse, keine Proklamationen der Stände, kein einseitiges Vorgehen imstande sein, Preußen aus den Herzogtümern herauszumaßregeln.

Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsere Absichten zu verwirklichen, so habe ich schon in der Kommission ein Auskunftsmittel empfohlen; limitieren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: „Kein Kiel, kein Geld!"

Ich glaube, daß Sie andern Ministern, als denen, die jetzt die Ehre haben, sich des Vertrauens Sr. Majestät des Königs zu erfreuen, eine solche Bedingung nicht abschlagen würden.

Sie zweifeln an unserer Befähigung und an unserem Be-

ruf, Staatsgeschäfte zu treiben. Ich bin nicht unbescheiden genug, daß mir nicht selbst mitunter solche Zweifel kämen; ich bin überzeugt, daß jeder der Herren, die diese Phrase unterschrieben haben, die Sache an meiner Stelle besser gemacht haben würde; aber den Beweis davon haben Sie noch nicht gegeben. Die Fälle, wo Sie glauben, diplomatische Erfolge gewonnen zu haben, und auf welche Sie sich an einer anderen Stelle des Berichtes berufen, passen nicht.

Sie schreiben es der liberalen Strömung, dem Einfluß dieses Hauses zu, daß der Zollverein rechtzeitig wieder hergestellt sei. Ich erinnere Sie an die Thatsache, daß der erste Staat, der aus der Koalition unserer Gegner ausschied, der die Bresche legte, vermöge deren die Stellung der übrigen unhaltbar wurde, der beide Landesteile Preußens verbindet, so daß er eine Barrière zwischen den Nordseestaaten und den Binnenstaaten schafft, daß dies Kurhessen war. Nun glaube ich wohl, meine Herren, daß Sie einen großen Einfluß auf manche Regierungen Deutschlands ausüben mögen, aber auf Kurhessen nicht.

Ich komme dabei zurück darauf, daß der Herr Vorredner uns empfahl, wir hätten die Zollvereinskrisis stärker ausnützen sollen, um politische Vorteile zu gunsten einer bundesstaatlichen Vereinigung daraus zu gewinnen, wenn auch nur die Anfänge davon. Ich habe dieselbe Idee gehabt bei der vorigen Zollvereinskrisis vor 12 Jahren. Ich war damals noch neu in den Geschäften. Wenn man längere Zeit darin gewesen ist, dann überzeugt man sich, daß das Bedürfnis der Rekonstituierung des Zollvereins nicht stark genug ist, um dafür eine Souveränetätsverminderung den Fürsten annehmbar zu machen. Die Möglichkeit, einen Druck in dieser Richtung zu üben, hätte nur dann vorgelegen, wenn wir im Hinblick auf das jetzige System der Zollverträge die Sicherheit gehabt hätten, daß Frankreich mit den außerhalb des Zollvereins bleibenden Staaten einen Handelsvertrag auf der Basis des mit uns geschlossenen nicht abschließen würde. Die Sicherheit hatten wir nicht. Schloß Frankreich solche Verträge mit ihnen, so war dadurch, vermöge der freien Verkehrswege, welche jetzt Mitteleuropa zu Einem Handelsgebiete verbinden, eine größere Leichtigkeit gegeben, einen gesonderten Zollverein neben Preußen herzustellen.

Ein anderer politischer Erfolg dieses Hauses, den der Kommissionsbericht demselben zuspricht, hat mich noch mehr überrascht. Sie sind der Meinung, „auch in der schleswigschen

Frage habe die Regierung, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtages für die Loslösung der Herzogtümer zu danken.“ Ich konstatiere, daß Sie uns damit die Tendenz, die Herzogtümer loszulösen, zuerkennen; von Ihrer Zustimmung zu etwas, was die Regierung gethan hätte, ist mir nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen? Dann, meine Herren, habe ich auch die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preußische Flotte hervorgehen werde.

Wir hätten vielleicht, wenn Sie uns mit der Entschlossenheit beigestanden hätten, die ich von Ihrem preußischen Patriotismus, sobald Sie die Richtung erkannten, in der wir gingen, erwartete, vielleicht mehr erreicht; es ist möglich. Aber Sie haben Ihren Beistand verweigert. Jedenfalls ist das, was damals Ihr Ideal war, jetzt für die preußische Regierung das Minimum des Erreichbaren. Wir können das, was Sie vor $1^1/_2$ Jahren als höchstes erstrebten, in jeder Viertelstunde ins Werk setzen: einen unabhängigen schleswig-holsteinischen Staat sogar mit einigen mäßigen, uns aber nicht genügenden Vorteilen für Preußen — es bedarf nur einer in einer Viertelstunde aufzusetzenden Erklärung der Königlichen Regierung, und der Staat wäre geschaffen.

Aus den Resolutionen und aus einer anderen Stelle des Berichtes entnehme ich noch andere und vielleicht die hauptsächlichsten Motive, warum Sie glauben, diese Anleihe ablehnen zu müssen, Motive, die nur insofern etwas tröstliches haben, als ich ersehe, daß Sie Scheu tragen, sie offen auszusprechen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß Ihr Vertrauen zur Macht dieser Gründe doch nicht so stark ist, wie es vielleicht sonst war. Es ist in einem Passus des Berichtes gesagt: Brächten wir die Frage der Herzogtümer hinwieder in Verbindung mit unseren inneren Zuständen, namentlich mit unserem Budgetstreit, so werde es aussehen, als wollten wir jene Frage nur als einen Haken zur Wiedergewinnung unseres Budgetrechts benutzen. Ja, meine Herren, es würde nicht nur so aussehen, sondern es sieht wirklich so aus.

Was verstehen Sie unter Ihrem Budgetrecht? Die Frage müssen wir uns klar machen. Ich will dazu beitragen, so viel ich kann, indem ich Ihnen meine Auffassung davon entwickle.

Sie verlangen eine Änderung mehrerer Artikel der Verfassung.

Wenn das Budgetrecht so verwirklicht werden soll, wie Sie es verstehen, so müßte der Artikel 62 der Verfassung geändert werden in seinem Passus, der da lautet: „Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.“ Es müßte von dieser allgemeinen Bestimmung das jährlich zu stande zu bringende Budgetgesetz ausdrücklich ausgenommen sein, es müßte gesagt werden: „Die Entscheidung über das Budgetgesetz steht allein bei dem Hause der Abgeordneten. Seine Entscheidung ist maßgebend. Die beiden anderen Faktoren müssen sich ihr fügen, sobald die Entscheidung feststeht.“

Nach dem sonstigen Ausdruck der Beschwerden, welche Sie gegen die Regierung haben, glaube ich, daß die Verfassung mit dieser Änderung allein Ihnen nicht genügen wird. Es ist ein anderer Artikel, ich glaube Artikel 65, worin es heißt: „Dem Könige steht die vollziehende Gewalt zu; er ernennt und entläßt die Minister.“ Hier würden Sie des Zusatzes bedürfen: „Die vollziehende Gewalt steht ihm zu; er darf sie aber nicht im Widerspruch mit den Wünschen und Ansichten des Hauses der Abgeordneten ausüben; er darf sich auch nur solche Minister halten, die das Vertrauen des Abgeordnetenhauses haben. Besitzen sie dies nicht, so kann ihnen das Vertrauen des Königs nichts nützen. Er muß sie entlassen.“

Ich glaube, Sie würden auch mit dieser Verfassungsänderung noch nicht auskommen. Es existiert ein anderer Artikel, ich glaube 84, in dem gesagt ist, die richterlichen Behörden sind unabhängig und keiner anderen Autorität unterworfen. Es müßte, um Ihnen zu genügen, eine Vervollständigung hinzugesetzt werden: „Sie unterliegen der Zensur und der Kritik des Hauses der Abgeordneten.“

Meine Herren, es sind vielleicht noch mehrere Änderungen in der Verfassung, die Sie erstreben. Sie können Ihre Ziele mit der preußischen Verfassung, wie sie in ihren Artikeln vor uns liegt, nicht erreichen.

Sie versuchen diese Änderungen dadurch zu erzwingen, daß Sie zu Zwecken, deren Nützlichkeit Sie an und für sich nicht bestreiten können — ich will nicht an die Bankfrage erinnern, ich will in die Details überhaupt nicht eingehen — Ihre Mitwirkung versagen, die Staatsmaschine, so viel an Ihnen liegt,

zum Stillstand bringen, ja in Sachen der auswärtigen Politik — ich kann nicht umhin, es zu sagen — das Gemeinwesen schädigen, so weit Sie es innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung.

Das alles, um eine Pression auf die Krone auszuüben, daß sie ihre Minister entlasse, daß sie Ihre Auffassung des Budgetrechts annehme. Meine Herren, Sie kommen dadurch genau in die Lage der falschen Mutter im Urteil Salomonis, die lieber will, daß das Kind zu grunde gehe, als daß damit anders als nach ihrem Willen geschehe.

Wie Sie sich mit Ihren Wählern darüber abfinden, das ist Ihre Sache; ich glaube, daß das so schwer nicht ist, das Gewähltwerden. Wenn man versprechen kann, so kann man auch gewählt werden. In allen Schichten unserer Bevölkerung liegt eine gewisse Trägheit zur Erfüllung der Pflichten, ohne deren Erfüllung ein großer Staat eben nicht bestehen kann; in allen Schichten dient man nicht gerne so lange als man muß; kann man sich dem entziehen, giebt es Behörden, die ein Auge dabei zudrücken, so sucht man es loszuwerden. Geschmuggelt wird in fast allen Ständen, besonders vom weiblichen Teil der Bevölkerung; ich schließe daraus, daß Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang gezahlt werden. Die meisten Wähler werden sich selbst kaum ein Urteil darüber beilegen, ob eine Armee mit einem Dienstjahre weniger bestehen kann oder nicht, ob der Staat mit etwas weniger oder mehr Steuern auskommen kann oder nicht; jedenfalls aber würden sie es gern sehen, wenn das möglich wäre.

Stellt ihnen das als Wahlkandidat ein gebildeter, ihnen an Einsicht überlegener Herr vor, und gar ein Königlicher Beamter, der ihnen sagt: man täuscht Euch abscheulich darüber, es ist eine vortreffliche Armee mit zweijähriger Dienstzeit möglich, der Staat könnte mit sehr viel weniger Steuern bestehen, Ihr seid überbürdet, so leuchtet das den Leuten ein, sie sagen, der Herr spricht gut, unsere Wahlstimme kostet uns nichts, wir wollen es damit versuchen. Schafft er, was er sagt, so ist es gut, kann er es nicht anschaffen, so wird er wieder kommen und sagen, es ist noch nicht gelungen, aber zweijährige Dienstzeit müßt Ihr haben.

Das Vertrauen der Bevölkerung zur Weisheit des Königs ist groß genug, daß sie sich sagen, sollte das Land dabei zu Grunde gehen, oder wirklich in Schaden kommen, so wird es

ja der König nicht leiden. Die Leute unterschätzen eben die Bedeutung der Verfassung infolge der früheren Traditionen.

Ich bin überzeugt, daß ihr in die Weisheit des Königs gesetztes Vertrauen sie nicht täuschen wird; aber ich kann doch nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Negation sich erheben kann.

Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Szepter aus der Hand winden werden. Es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen.

Über die Schleswig-Holsteinsche Frage und die Marine.

Rede gehalten am 2. Juni 1865.

(Nach dem Abgeordneten Virchow.)

Es liegt nicht in meiner Absicht, auf die Sache von neuem einzugehen. Aber der Herr Referent hat einen großen Teil seiner langen Rede der Kritik meines persönlichen Verfahrens gewidmet. Ich will ihm auf dieses Gebiet nicht in seiner ganzen Breite folgen. Ich bin der Anerkennung in sehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß alles, was geschehen ist, rein zufällig geschah, daß die preußische Regierung daran vollständig unschuldig ist, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüsse gewesen sind, deren Wellenschlag uns zu unserer eigenen Überraschung an der Küste von Kiel ans Land geworfen hat. Nehmen Sie das immerhin an, mir genügt es, daß wir da sind, und ob Sie uns dabei ein Verdienst zuschreiben oder nicht, das ist mir vollständig gleichgültig.

Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechsel unseres Verfahrens kritisiere ich lediglich mit einer einzigen Phrase, die er selbst gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder

gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, andres thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir anderen.

Ich habe das Wort aber nicht deshalb ergriffen, sondern um einen Ausfall gegen meine Person von ganz spezifischem Charakter zu beantworten. Der Referent bemerkt, wenn ich den Bericht wirklich gelesen hätte, so wisse er nicht, was er von meiner Wahrheitsliebe denken solle. Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, daß er sich damit der technischen und spezialen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein persönliche Gebiet zu werfen pflegt, um denjenigen, gegen den man den Zweifel an seiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, daß er sich persönliche Genugthuung fordert. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man mit diesem Tone kommen? wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuriatier erledigen?

Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist. Wenn das aber nicht, meine Herren, was bleibt mir dann anderes übrig, als gegen einen solchen starken Ausdruck meinerseits einen noch stärkeren wieder zu gebrauchen? Es ist dies, da wir Sie nicht verklagen können, der einzige Weg, auf dem wir uns Genugthuung verschaffen können, ich wünschte aber nicht, daß Sie uns in die Notwendigkeit versetzen, ihn zu betreten. Und wie weist der Herr Berichterstatter mir den Mangel an Wahrheit nach? Wenn ich mich nach der langen Rede recht erinnere, so warf er mir als nicht übereinstimmend mit dem Berichte diejenige meiner Äußerungen vor, durch die ich die liberale Partei beschuldigte, ihre Sympathien für die Flotte hätten sich vermindert. Um zu beweisen, daß dies unrichtig war, liest er mir alle die schönen Worte vor, die die Kommission in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet, Geld geben Sie nicht. Ja, meine Herren, wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, nur unsere dankbare Bewunderung zu zollen.

Rede bei der Beratung der Kriegskosten-Vorlage.

Gehalten am 13. Juni 1865.

Wenn ich mir den Inhalt Ihres Berichtes vergegenwärtige, so werde ich zweifelhaft, ob meine Erinnerung von den Verhandlungen, die vor anderthalb Jahren hier über die Bewilligung einer Anleihe stattfanden, ganz genau war. Ich hatte von diesen Verhandlungen den Eindruck behalten, daß das Haus der Abgeordneten damals bereit gewesen sein würde, die Kosten des dänischen Krieges in Gestalt der Anleihe zu bewilligen, falls die Königliche Staatsregierung sich diejenigen Ziele der auswärtigen Politik, welche das Abgeordnetenhaus ihr stellte, aneignete. Diese Ziele sind in zwei Aktenstücken der damaligen Verhandlungen, die zugleich die Meinuug des gesamten Hauses aussprechen, näher bezeichnet, ohne daß ich nötig hätte, sie aus den zum teil längeren hervorragenden Reden auszuziehen.

Es sind in der Resolution, welche Sie bei Ablehnung der Anleihe faßten, negativ einige dieser Ziele der preußischen Politik dahin bezeichnet: „daß dieser Gang in der preußisch-österreichischen Politik kein anderes Ergebnis haben kann als das: die Herzogtümer zum zweiten Mal an Dänemark zu überliefern" — diese Befürchtung ist nicht eingetroffen; — „daß die Königliche Staatsregierung, indem sie diese rein deutsche Sache als eine europäische behandelt, die Einmischung des Auslandes herbeizieht" — auch dies hat sich nicht bewahrheitet; — „daß die angedrohte Vergewaltigung den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert."

Das waren die Befürchtungen, die das Haus hegte, die Klippen, deren Vermeidung der Regierung empfohlen wurde, die Klippen, welche von ihr vermieden sind.

Positiv bezeichnete das Haus seine Ziele in einer an Seine Majestät den König gerichteten Adresse mit den Worten: „Preußen und Deutschland sind berechtigt und damit auch verpflichtet, das Erbrecht Friedrichs VIII. anzuerkennen, das deutsche Bundesgebiet von der Anwesenheit dänischer Truppen zu befreien und die Zusammengehörigkeit und Unabhängigkeit der Herzogtümer herzustellen."

Meine Herren, dies Programm ist von der Königlichen Staatsregierung entweder erfüllt oder seine Erfüllung, so weit sie rückständig ist, so weit sie die Einsetzung Herzogs Friedrich VIII. betrifft, steht in unserer Gewalt. Ich habe das neulich schon hervorgehoben: Wir sind zur Ausführung auch dieses Teils Ihres Programms vollständig jeden Tag imstande, sobald uns das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg nachgewiesen sein würde, was es nicht ist, oder sobald wir die Sicherheit hätten, daß die im Interesse Preußens und des gesamten Deutschlands an die Herzogtümer zu stellenden Forderungen durch den Herzog ausgeführt werden würden.

Ungeachtet dieser Übereinstimmung der erreichten Resultate mit den von Ihnen damals aufgestellten Zielen lehnen Sie die Kosten des Krieges auch jetzt wiederholt ab. Sie motivieren diese Ablehnung durch eine retrospektive Beurteilung teils des Verfahrens der Regierung, teils der Motive, welche Sie veranlaßten, die Anleihe vor anderthalb Jahren zu verweigern.

Sie werfen dabei dem Verfahren der Regierung vor, daß die Ziele, welche die Regierung verfolgt habe, sich nicht immer gleich geblieben wären, sondern gewechselt hätten. Es ist schon von einem Vorredner der Rechten auseinandergesetzt worden, daß weniger die Ziele, als die Mittel zur Verfolgung der Ziele wechselten.

Es wird als unser jetziges Ziel bezeichnet die völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemark, welche durch den Frieden vom 30. Oktober 1864 definitiv erreicht ist, und ein enger Anschluß derselben an Preußen in militärischer und maritimer Beziehung. Daneben sei ausdrücklich gesagt in unserer Vorlage, daß anfänglich nur der Entschluß maßgebend gewesen sei, „zu gunsten der deutschen Sache das Äußerste zu erlangen, was nach der politischen Gesamtanlage erreichbar schien," und ich glaube, beides widerspricht sich nicht. Das, was wir jetzt erstreben und zum teil erreicht haben, mag eben dieses Äußerste sein. Ein Drittes, „die in London abgegebene Erklärung, zur Herstellung eines gerechten und haltbaren Zustandes in Schleswig-Holstein durch Bürgschaften gegen Wiederkehr dänischer Unterdrückung den Herzogtümern den Frieden in Wahrheit zu sichern" — nun, auch mit dieser Bezeichnung stimmt das, was wir jetzt als unser Ziel hinstellen, vollständig überein. Die „Bürgschaften gegen Wiederkehr dänischer Unterdrückung" be-

ſtehen in gewiſſen Bedingungen, die wir ſtellen, die zunächſt nur dagegen uns ſchützen ſollen, daß wir nicht in kürzeſter Zeit vielleicht genötigt ſind, einen koſtſpieligen Feldzug zur nochmaligen Befreiung der Herzogtümer zu führen.

Der Kommiſſionsbericht hebt ferner als Motiv der damaligen Ablehnung der Anleihe hervor, es habe dem Hauſe das dazu nötige Vertrauen zu den Perſonen gefehlt, welche die Politik leiten. Meine Herren, ich glaube, Sie würden dieſes Vertrauen gehabt haben, wenn Sie ſich deutlich vergegenwärtigt hätten, daß dieſe Perſon, welche die auswärtige Politik des preußiſchen Staates leitet, Seine Majeſtät der König iſt, ſowohl verfaſſungsmäßig als auch thatſächlich. Die Miniſter führen die Politik des preußiſchen Staates nach den beſtimmten, genauen und ſpeziellen Anweiſungen Seiner Majeſtät des Königs. Hätten Sie ſich dies klar gemacht, ſo, ſage ich, würden Sie das Vertrauen gehabt haben, und dieſes Vertrauen würde Sie nicht getäuſcht haben. Denn die Reſultate, die Sie wünſchen, ſind erreicht, nur nicht auf den Wegen, die Sie eingeſchlagen zu ſehen wünſchten. Das iſt der Hauptvorwurf, den ich in dieſer retroſpektiven Kritik uns gemacht finde.

Sie ſagen, auch auf Ihrem Wege hätte einer Störung des europäiſchen Friedens im großen vorgebeugt werden können; es hätte ihr vorgebeugt werden können, auch wenn wir, ſtatt mit Öſterreich, mit dem deutſchen Bunde gegangen wären. Das iſt möglich; aber es erſchien der Königlichen Staatsregierung nicht in dem Grade wahrſcheinlich, wie die Vermeidung des Krieges auf dem Wege, den wir gingen. Jedenfalls habe ich den Erfolg anzuführen, daß er auf unſerm Wege vermieden worden iſt.

Sie werfen dieſem Wege ferner vor, daß er uns einen Mitbeſitzer gegeben in Schleswig-Holſtein. Aber der von Ihnen empfohlene hätte uns 32 Mitbeſitzer gegeben und an der Spitze dieſer 32 denſelben, den wir jetzt haben, und zwar nicht mit derſelben Gleichberechtigung, ſondern mit der Überlegenheit der Präſidialmacht und als Führer der Bundesmajorität gegen Preußen; der ganze Schwerpunkt läge nicht zwiſchen Berlin und Wien und Kiel, ſondern er läge in Frankfurt, und die Herzogtümer befänden ſich wahrſcheinlich in dieſem Augenblick unter der Verwaltung der Herren von Könneritz und Niepert.

Es iſt von einem Vorredner ausgeführt worden, daß wir eine Gelegenheit verſäumt hätten, uns an die Spitze der mitt-

teren und kleineren Staaten Deutſchlands zu ſtellen. Wenn der Herr Referent, gleich mir, acht Jahre hindurch deutſcher Bundestagsgeſandter in Frankfurt geweſen wäre, ſo würde er dieſe Möglichkeit nicht als eine ſo leicht erreichbare hingeſtellt haben. Er würde, gleich mir, überzeugt ſein, daß die Majorität der Mittel- und Kleinſtaaten ſich nicht freiwillig und bereitwillig einer preußiſchen Führung, einer preußiſchen Aktion untergeordnet haben würde, ohne ſie zu genieren und zu hemmen, ohne Preußen in der Ziehung der Konſequenzen aus dieſer Aktion zu beeinträchtigen. Das Verhältnis wäre das umgekehrte von dem angedeuteten geweſen; Preußen hätte unter der Leitung der Bundesmajorität und der Bundesbeſchlüſſe ſich an dieſem ganzen Feldzug beteiligt.

Wenn mir der Inhalt des Berichtes dieſe wenigen Äußerungen abgenötigt hat, ſo halte ich es doch für unfruchtbar, über die Vergangenheit weiter zu konjekturieren und zu kritiſieren.

Die Frage, über die ich hier einen Ausſpruch des Hauſes noch mehr als über die finanzielle erwartet hätte, iſt die politiſche, die Frage der Gegenwart und der Zukunft. Dieſe Frage nun, diejenige, die ſeit 20 Jahren in dem Vordergrunde des deutſchen politiſchen Intereſſes geſtanden hat, dieſe Frage harrt gegenwärtig der Löſung.

Sie, meine Herren, ſind durch die Vorlage der Regierung in die Lage geſetzt, ſich zu äußern; Sie haben die Gelegenheit zu ſprechen — ich möchte ſagen, Sie ſind en demeure geſetzt, zu reden. Das Land hat ein Recht, zu erfahren, was die Meinung ſeiner Landesvertretung über die Sache ſei. Sie haben Gelegenheit, zu ſprechen; diplomatiſche Bedenken ſtehen Ihnen nicht im Wege, und Sie haben ſich auch ſonſt bei anderen Gelegenheiten nicht viel daran gekehrt.

Wenn Sie nun dennoch bei dieſer dringenden Aufforderung zu reden darüber ſchweigen, ſo ſteht es mir nicht zu, Ihre Motive darüber meiner Kritik zu unterziehen. Wenn ich die Stimmung des ganzen Hauſes nach den Äußerungen des Abgeordneten Waldeck beurteilen ſollte, ſo müßte ich annehmen, daß Sie entweder fürchten, mit der öffentlichen Meinung in Widerſpruch zu treten, wenn Sie ſich äußern, wie es Ihnen ums Herz iſt, oder daß, wenn Sie mit dieſer öffentlichen Meinung nicht in Widerſpruch treten, Sie eine Regierung ſtärken, die Sie nicht mögen, die Ihrer Partei nicht angehört. Ich

kann mir nicht denken, daß das die Meinung der Mehrzahl unter Ihnen ist. Denn Sie können sich darüber nicht täuschen, daß Sie, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik am allerwenigsten, daß Sie die vom Könige eingesetzte Regierung von der Politik Preußens im Auslande nicht zu trennen vermögen; Sie haben weder die Macht noch das Recht dazu.

Es giebt thatsächlich keine andere preußische Politik als diejenige, welche die vom Könige eingesetzte Regierung betreibt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande. Ich wiederhole es, daß ich diese Meinung nicht als die bewußte Ansicht der Majorität dieses Hauses voraussetze. Ich würde die Äußerung nicht gethan haben, wenn ich nicht zu derselben durch die des Herrn Vorredners berechtigt wäre.

Der Herr Vorredner sagt ausdrücklich: was gehen uns die Verlegenheiten der preußischen Regierung an? Was sollen wir sie stärken etwa durch irgend ein Votum? Was sollen wir uns hergeben, diplomatisch ausgenutzt zu werden von dieser Regierung, die unser Budgetrecht verkennt? Kurz, wenn Sie diesem Rate des Herrn Vorredners folgen, so benutzen Sie Ihre Berechtigung, Anleihen zu verweigern, um auf anderen Gebieten Konzessionen von der Regierung zu erpressen. — Ich glaube, es ist kein Zweifel, daß dies die Meinung des Vorredners war, — daß es nicht die Ansicht aller unter Ihnen ist, beweist der Antrag des Herrn Abgeordneten Michaelis und seiner Genossen.

Ich habe gegen den Inhalt Ihres Antrages so viel nicht einzuwenden, obgleich ich ihn präziser gewünscht hätte; ihn trifft der Vorwurf nicht ausreichender Klarheit nicht ganz mit Unrecht.

Wir haben unser Programm vollständig und klar in der Depesche vom 22. Februar c. vorgelegt, und ich glaube, meine Herren, wenn Sie nicht wirklich in der Weise, wie es einer der Herren Vorredner angedeutet hat, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik abdizieren wollen, so hat die Königliche Staatsregierung das Recht, einen Ausspruch von Ihnen darüber zu erwarten: wollen Sie für dieses Programm der Regierung einstehen, wollen Sie die Regierung unterstützen, wollen Sie, daß die Regierung auf dem durch dieses Programm bezeichneten Wege vorgehe auf jede Gefahr hin, oder wünschen Sie das Programm abgeändert, wünschen Sie es abgemindert, wünschen

Sie es verstärkt? Darüber ist die Regierung, ist das Land im Rechte, einen Ausspruch von Ihnen zu verlangen!

Ich bedenke noch mit einem Worte das andere von dem Herrn Abgeordneten Wagener und seinen Genossen gestellte Amendement. Wir hatten in der Vorlage uns schon darüber ausgesprochen, daß, wenn nur die Frage der Zweckmäßigkeit entscheidend wäre, dieses Programm sehr viel für sich hätte, namentlich im Interesse der Herzogtümer selbst.

Ich halte es für die Herzogtümer allerdings außerordentlich viel vorteilhafter, Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten. Aber wenn dieses Programm, dieser Antrag verwirklicht werden sollte, so würden eben auch diese selben Lasten auf den preußischen Staatsschatz übernommen werden müssen. Wir würden nicht die Herzogtümer in den preußischen Staatsverband unter irgend einer Form aufnehmen können und ihnen dennoch die preußischen Kriegskosten abverlangen, oder sie die österreichischen Kriegskosten bezahlen lassen, oder sie auch nur in der Ungleichheit der Schulden bestehen lassen, welche doppelt so viel auf einen Kopf in Schleswig-Holstein austragen, wie in Preußen. Wir würden sie mit allen preußischen Staatsbürgern gleichstellen müssen. Die Regierung kann sich für die Übernahme so bedeutender Lasten nicht aussprechen, wenn sie die Abneigung der Landesvertretung sieht, dieselben zu übernehmen.

Eine Politik in dieser Richtung könnte von der Regierung nur dann mit Ernst erwogen werden, wenn sie gewiß wäre, daß die Landesvertretung bereitwilligst die Lasten übernehmen würde, mit denen sie verbunden wäre. Wir können nicht eine solche Politik anfangen und nachher an der Klippe einer Geldverweigerung, wie sie der Herr Abgeordnete Dr. Waldeck mit vollständiger Sicherheit in Aussicht gestellt hat, scheitern.

Jedenfalls aber hat der Gedanke der Annexion, wie man sie landläufig nennt, auch dann, wenn er nicht zur Ausführung kommt, sein Gutes gehabt. Die Bereitwilligkeit des Erbprinzen von Augustenburg und der Bevölkerung der Herzogtümer, solche Bedingungen, wie Preußen sie glaubt fordern zu müssen, zu bewilligen, war meiner Erfahrung nach nicht und bisher niemals in dem Maße vorhanden, wie der Herr Referent sie glaubte schildern zu können.

Ich erinnere mich namentlich, daß ich im vorigen Sommer die Ehre hatte, mit dem Erbprinzen von Auguſtenburg perſönlich zu ſprechen, und Se. Durchlaucht von den mäßigſten und billigſten Bedingungen ſo weit entfernt war, daß er, als ich ſie entwickelte, mir antwortete: „Warum ſind Sie denn überhaupt nach den Herzogtümern gekommen; wir haben Sie nicht gerufen; die Sache wäre ohne Preußen vielleicht beſſer für mich ausgefallen.“ Dieſe Abneigung zur Bewilligung ſolcher Bedingungen, die der Bevölkerung Laſten, namentlich in der Heeresfolge auferlegen können, ſehe ich nicht an als das Produkt irgend einer Gereiztheit über gewiſſe Zeitungsartikel oder über die Politik der Königlichen Staatsregierung im allgemeinen, ſondern als den natürlichen Ausfluß jener bequemen, allen Leiſtungen abgeneigten Trägheit, die auch der Herr Referent als das Erbteil kleinſtaatlicher Verhältniſſe bezeichnete, und die ich mir neulich als das Staatsprinzip „auf der Baſis der Phäaken ſtehend“ zu bezeichnen erlaubte, die eſſen und trinken und geſchützt ſein wollen.

Dieſe Abneigung, irgend welche Laſten zu übernehmen, war im höchſten Grade vorhanden, ſie hat ſich vermindert in demſelben Maße, in dem die Idee der Annexion auftauchte; lediglich unter dem Drucke dieſer Idee und unter der Furcht vor Gewaltthat iſt ſie geſchwunden. Man hat ſich unſeren Wünſchen angenähert, man iſt aber noch nicht ſo weit gekommen, daß man darauf abſchließen könnte.

Daß mit der Weigerung, Preußen billige, ja im Intereſſe Deutſchlands ſogar ganz notwendige Zugeſtändniſſe zu machen, die Idee der Annexion immer wieder auftaucht und an Ausſicht gewinnt, liegt in der Natur der Dinge. Denn weigert man uns die billigen Bedingungen, die wir fordern, hindert man dadurch den Abſchluß, ſo iſt allerdings ſchwer abzuſehen, zu welchen Komplikationen eine ſolche Weigerung auf die Dauer und bei geänderten europäiſchen Verhältniſſen führen kann.

Schlußäußerung zur Schleswig-Holſteinſchen Frage.

(Nach dem Abgeordneten Waldeck.)

Der Herr Referent hat in betreff der von mir heute angezogenen Unterredung mit dem Erbprinzen von Auguſtenburg einige Andeutungen gemacht, die von den meinigen abweichen,

oder doch darüber hinausgingen. Ich erwiderte darauf, daß Seine Durchlaucht nicht in der Lage war, mit mir über die Teilung oder Abgrenzung von Schleswig zu verhandeln, weil das von dem Herrn Erbprinzen nicht abhing. Es war das allerdings in der Zeit, wo wir noch nicht mit Bestimmtheit voraussehen konnten, daß wir ganz Schleswig bekommen würden. Mit Rücksicht auf diese Unklarheit der Verhältnisse stellte der Herr Erbprinz für den Fall, daß wir das ganze bekämen, weitergehende Zusicherungen in Aussicht, als für den Fall, daß wir von Schleswig etwas in Dänemarks Händen zurücklassen müßten. In beiden Fällen aber, wiederhole ich, waren die Zusicherungen völlig unzulänglich und blieben hinter dem zurück, was uns jetzt sogar von Österreich gewährt werden würde.

Wenn der Herr Referent im Anschluß an eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Löwe angedeutet hat, das Ministerium beabsichtige, für Fehler, die es in der Politik begangen habe, die Verantwortung auf Seine Majestät den König abzuwälzen, so begreife ich nicht, welche meiner Äußerungen zu diesem Mißverständnis Anlaß gegeben haben könnte. Die Thatsache, daß Se. Majestät der König die Politik Preußens, wie es sein verfassungsmäßiges Recht ist, selbst betreibt, meine Herren, die existiert! Soll ich Ihnen denn darüber die Unwahrheit sagen? Ich halte Sr. Majestät dem Könige Vortrag und Se. Majestät befehlen auf den Vortrag, was geschehen soll. Würde etwas befohlen werden, was ich nach meiner Überzeugung mit dem wahren Wohl des Landes unverträglich fände, so würde ich meinen Abschied nehmen. Mein Verweilen auf meinem Posten zeigt Ihnen also, daß ich allerdings die von Sr. Majestät dem Könige befohlene Politik dem Wohl des Landes für zuträglich halte und derselben mit Bereitwilligkeit diene; aber die Thatsache bleibt immer bestehen, daß die Könige von Preußen ihre Politik nach selbsteigenem Willen betreiben, und ich freue mich, daß dem so ist!

Aber nicht für unsere Fehler habe ich die Verantwortung ablehnen wollen, sondern ich habe das Verdienst einer tapferen und konsequenten Politik — ich würde nicht so ruhmredig davon sprechen, wenn es meine eigene Politik wäre — dieses Verdienst und Ihr Vertrauen habe ich Sr. Majestät dem Könige vindizieren wollen. Ob das heißt, unsere Fehler auf die Krone abwälzen, sich hinter den Thron stecken, um damit die eigene Verantwortung zu decken, das überlasse ich Ihnen selbst zu beurteilen. Wenn

Fehler gemacht werden und ich sie mitmache, dann erwarten Sie, daß ich sage: quand même, und doch dafür einstehe! Sollte es aber einmal dazu kommen, die Folgen solcher Fehler zu tragen, so kann ich dem Herrn Abgeordneten Löwe versichern, daß er mich auch im schlimmsten Falle vor dem Throne finden wird; ob ich dann ihn davor finden werde, ist mir zweifelhaft.

Über die Lauenburgische Angelegenheit.

Rede gehalten am 4. Februar 1866.

Bei Lesung des Kommissionsberichts*) habe ich mich zunächst gefragt, warum eigentlich die Herren Antragsteller denselben Antrag nicht im vorigen Jahre schon und mit Rücksicht auf den Wiener Friedensvertrag gestellt haben, der von der Kategorie der diplomatischen und militärischen Verpflichtungen, wie sie erwähnt sind in dem Kommissionsbericht, ganz andere Lasten auf den preußischen Staat legt, als die Erwerbung des österreichischen Anteils an Lauenburg. Wir haben mit den Rechten des Königs Christian an Schleswig zugleich die landesherrlichen Pflichten in bezug auf Schleswig übernommen.

Wenn es Ihnen gelänge, die Erwerbung Lauenburgs rückgängig zu machen, so würden Sie dadurch den preußischen Staat von keiner einzigen Last befreien. Die Pflicht, Lauenburg zu schützen, bliebe uns als Bundespflicht eben so obliegend, wie es vor diesem Arrangement der Fall gewesen ist. Dagegen würde sich Ihnen in dem Bestreben, den preußischen Staat von Lasten zu befreien, ein viel weiteres und fruchtbareres Feld eröffnen, wenn der Wiener Friede von Ihnen in Frage gestellt würde. Dann würden Sie in der That unsere Diplomatie von erheblichen Verbindlichkeiten, unser Militär von erheblichen Leistungen befreien. Sie würden eine ernste und schwierige Frage einer leichten Lösung entgegenführen.

Sobald Dänemarck sich wieder im Besitz des preußischen Anteils an den Herzogtümern befände, würde es sich wohl ohne Schwierigkeit mit Österreich verständigen, und uns blieben ja

*) Die Kommission empfahl die Annahme des Virchowschen Antrages in folgender Fassung: „Die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußen ist rechtsungültig, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt ist."

noch die Lorbeeren der Armee, vielleicht auch die Kriegskosten, aber aller Lasten wären mir ledig.

Ich will damit nicht sagen, daß diese durch den Wiener Frieden bedingten Lasten der Regierung die Verpflichtung auferlegt hätten, den damaligen Vertrag dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen. Ich bin der Ansicht, daß die Lasten, deren Art. 48 der Verfassung gedenkt, nicht solche sind, die vielleicht einmal mittelbar aus den durch einen Vertrag geschaffenen Verhältnissen entstehen könnten, deren Übernahme aber im konkreten Falle stets noch von der freien Entschließung der Regierung abhängen würden, sondern solche, welche durch einen Vertrag unmittelbar und expressis verbis dem preußischen Staate auferlegt würden. Solche Lasten hat meines Erachtens der Art. 48 im Sinn in den Worten: „wenn dadurch" — also durch den Vertrag — „dem Staate Lasten auferlegt werden."

Ich erkläre hiermit, daß dem preußischen Staaten Lasten durch diesen Vertrag nicht auferlegt worden sind. Sollte die Regierung dem Staate zumuten, auf Grund dieses Vertrages Lasten zu übernehmen, etwa die zwei Millionen zu zahlen, dann, meine Herren, seien Sie versichert, daß die Regierung es für ihre Pflicht halten wird, Ihnen in genauer Übereinstimmung mit dem Art. 48 der Verfassung den Vertrag vorzulegen und Ihre Zustimmung nachzusuchen. Bis dahin aber wird es sich, praktisch wenigstens, nur darum handeln, ob der Vertrag für die Kontrahenten, für Seine Majestät den König und den Kaiser von Österreich, und für das Herzogtum Lauenburg in voller Rechtsgültigkeit besteht. Darüber ist bisher keinem dieser drei Faktoren ein Zweifel beigekommen. Österreich hat die stipulierte Zahlung erhalten, wir sind im Besitz der österreichischen Quittung, das Herzogtum Lauenburg hat Seiner Majestät dem Könige gehuldigt und wird im Namen des Königs regiert; Lasten sind dabei für Preußen nicht erwachsen.

Nehmen wir einmal an, Zeit und Umstände hätten es gestattet, Ihnen den in Gastein geschlossenen Vertrag vor seiner Ausführung, in betreff Lauenburgs vor der Zahlung vorzulegen, Sie hätten die Übernahme der 2 Millionen entweder, wie wir das bei Regierungsvorlagen gewöhnt sind, abgelehnt, oder Sie hätten sie an Bedingungen geknüpft, die Seine Majestät der König Anstand genommen hätte, den Lauenburgern wider ihren Willen aufzuzwingen. In dieser Lage hätte Seine Majestät der König sich entschlossen, um den Vertrag nicht rückgängig

werden zu laſſen, lieber dieſe 2 Millionen aus eigenen Mitteln zu zahlen; würde dadurch der Vertrag ungültig geworden ſein? Ich glaube keineswegs.

Öſterreich gegenüber iſt der preußiſche Staat durch Seine Majeſtät den König gedeckt und vertreten, und die Kaiſerlich öſterreichiſche Regierung hat weder ein faktiſches, noch ein rechtliches Intereſſe, ſich danach zu erkundigen, wo Seine Majeſtät der König die Zahlungsmittel, mit denen der öſterreichiſche Anſpruch befriedigt worden, hergenommen hat. Dieſes Rechtsverhältnis iſt aber ganz dasſelbe, ob die Staatsmittel um deshalb außer Spiel geblieben ſind, weil ihre Bewilligung vom Landtage abgelehnt worden iſt, oder um deshalb, weil die Regierung ſie nicht in Anſpruch genommen hat. Es bleibt immer die Thatſache beſtehen, daß dem Staate keine Laſten auferlegt ſind und der Fall des § 48 nicht zutrifft.

Einen zweiten Einwand, ſchon nicht gegen die Rechtsgültigkeit des Gaſteiner Vertrages — denn er iſt in ſeinem ganzen Umfange angefochten in dem Kommiſſionsgutachten —, ſondern gegen die Einrichtungen, welche Seine Majeſtät auf der Baſis dieſes Vertrages getroffen hat, entnehmen Sie aus dem Art. 55 der Verfaſſung, indem Sie behaupten, Lauenburg ſei ein „fremdes Reich“. Sie werden ſelbſt fühlen, meine Herren, daß, um dieſe Behauptung aufzuſtellen, Sie ſich gegen den allgemeinen und gegen Ihren eigenen Sprachgebrauch auflehnen müſſen. Niemand von Ihnen wird jemals von einem Lippe'ſchen oder Waldeck'ſchen Reich geſprochen haben, geläufig wird aber jedem von uns der Ausdruck ſein: das britiſche Reich, das ruſſiſche Reich, das franzöſiſche Reich, ſogar das ungariſche, das türkiſche Reich, kurz, wir wiſſen ganz genau, wie weit wir in der Anwendung dieſes Ausdrucks gehen.

Es iſt dies ein ſprachlicher Streit; erlauben Sie mir eine ſprachliche Autorität anzuführen, die auch Sie anerkennen werden: Schlegel, der Überſetzer des Shakeſpeare, war gewiß ein genauer Kenner und vorſichtiger Benutzer der einzelnen Worte; ich mache Sie auf eine Stelle aufmerkſam in Heinrich VI. III. Teil, 2. Akt. 1. Szene, wo in dem Geſpräch der beiden Brüder Eduard und Richard die Begriffe Reich und Herzogtum als ganz entſchiedene Gegenſätze und einander ausſchließend gegenüber geſtellt werden. Wenn Sie die Autorität von Schlegel verwerfen, ſo will ich Ihnen nachher noch eine amtlichere anführen.

Es iſt nun die Behauptung aufgeworfen, es ſei gar nicht zu ermeſſen, wo der Begriff „Reich“ anfängt, wie groß ein Staat ſein müſſe, ehe man ihn „Reich“ nennen könne. Ich glaube, es iſt ſchon in der Kommiſſions-Sitzung erwähnt worden, daß dies an gewiſſe Spitzfindigkeiten erinnert, die ſich an die Frage knüpfen, wie viel dazu gehören, um einen Haufen zu bilden, Spitzfindigkeiten, die älter ſind, als die Scholaſtiker. Es gab ſchon im klaſſiſchen Altertum eine philoſophiſche Schule der Soriten, Cicero nannte ihren Standpunkt einen lubricum et periculosum locum. Ich kann dies auch noch heute als zutreffend zugeben. Durch ſolche ſprachliche Spielereien wird zuletzt bewieſen, daß ein Greis ein Kind, und ein Kind ein Greis ſei, weil die Grenze der verſchiedenen Lebensalter ſich nicht feſtſtellen läßt.

Ich will Ihnen nun noch eine ernſthaftere Autorität anführen: ich meine die deutſche Reichsverfaſſung. Dieſes Aktenſtück iſt redigiert von Leuten, die ſich gewiß des Wertes eines jeden deutſchen Wortes vollkommen bewußt geweſen ſein werden. Es iſt in der deutſchen Reichsverfaſſung der Unterſchied zwiſchen Reich und Staat, und zwiſchen Reich und Land ſehr genau und prägnant durchgeführt, ohne daß man geglaubt hat, daß jemand über die ſprachliche Bedeutung eines jeden dieſer Begriffe in Zweifel ſein könnte, daß ſie einer Erklärung bedürften.

Vergegenwärtigen wir uns die Epoche, in welcher der heutige Wortlaut des Art. 55 entſtanden iſt. Es war die Zeit, wo die lebendigſte deutſche Bewegung hier wie in allen deutſchen Ländern herrſchte, wo ein gemeinſames deutſches Parlament in Frankfurt tagte, wo alles, was deutſch war, ſo wenig fremd erſchien, daß preußiſche Militärpflichtige ihre Dienſtpflicht auf der deutſchen Flotte abſolvieren konnten. In dieſer Zeit der allgemeinen Begeiſterung für das in der Bildung begriffene deutſche Reich wollen Sie nun behaupten, daß die preußiſchen Geſetzgeber das Wort „fremd“ als identiſch mit „deutſch“ behandelt hätten, das Wort „Reich“ als identiſch mit einem Ländchen wie Lauenburg!

Meine Herren, einem anderen Miniſterium gegenüber würden Sie das ſelbſt nicht glauben.

Noch jetzt in dem amtlichen Kirchengebete wird für unſer deutſches Vaterland gebetet. Solchen Thatſachen gegenüber können Sie mir ein deutſches Land nicht als ein fremdes hinſtellen. Mit dieſer Auslegung verſündigen Sie ſich an der deutſchen Sprache, an unſerer eigenen deutſchen Nationalität, und die

Regierung will ſich der Mitſchuld an dieſer Sünde nicht teilhaftig machen.

Im Übrigen herrſcht Seine Majeſtät in dieſem „fremden Reiche“ Lauenburg bereits ſeit dem Wiener Frieden. König Chriſtian, deſſen Dispoſitionsbefugnis über Lauenburg Sie jetzt ſelbſt nicht mehr anfechten, hat ſeine Rechte an Lauenburg damals Seiner Majeſtät abgetreten; es iſt jetzt nur die Erwerbung der öſterreichiſchen ideellen Hälfte dieſer Rechte hinzugetreten, — die andere beſaßen wir ſchon.

Freilich beſtreiten Sie Seiner Majeſtät dem Könige auch den Beſitz dieſer ſogenannten preußiſchen Hälfte, indem Sie die Behauptung aufſtellen, ſie gehöre nicht dem Könige, ſondern dem Staate. Der Fehler dieſer Behauptung liegt eben in der Trennung von König und Staat, die in Preußen rechtlich, faktiſch und politiſch in keiner Weiſe durchführbar iſt.

Sie verwechſeln auch in dieſem Falle, wie Ihnen das leider ſo häufig paſſiert, die belgiſche mit der preußiſchen Verfaſſung. Die preußiſche Verfaſſung hat ziemlich ſorgfältig die belgiſche nachgedruckt, auch in dem Artikel mit den „anderen Staaten“; aber ſie hat den Art. 78 nicht aufgenommen. Der Art. 78 der belgiſchen Verfaſſung lautet: „Der König hat keine andere Gewalt als diejenige, welche ihm dieſe Verfaſſung oder ein auf Grund dieſer Verfaſſung zu ſtande gekommenes Geſetz förmlich beilegt.“ Dieſer Artikel fehlt in der preußiſchen Verfaſſung, und deshalb hat Seine Majeſtät der König bei uns alle diejenigen früheren Rechte der Krone, welche nicht durch den ausdrücklichen Inhalt der Verfaſſung oder durch ein auf Grund der Verfaſſung zu ſtande gekommenes Geſetz auf andere Faktoren übertragen worden ſind. Zu dieſen Rechten gehört zweifellos dasjenige, über Eroberungen der Königlichen Kriegsmacht zu verfügen.

Von dieſem Rechte hat Seine Majeſtät der König in betreff Lauenburgs Gebrauch gemacht. Die Art, wie dies geſchehen iſt, hat Ihren Beifall nicht. Sie verwerfen die Perſonalunion; Sie würden nach einigen Andeutungen des Berichtes ſich mit einer Realunion einverſtanden erklären. Nun liegt das Verhältnis in Lauenburg genau umgekehrt.

Sollen wir deshalb die Bewohner dieſes Landes, die zuerſt die Initiative ergriffen haben, ſich unſeren König als Landesherrn zu erbitten, vergewaltigen? Meine Herren, das kann Ihren eigenen Prinzipien nicht entſprechen, und ich weiß nicht, wie Sie aus der Löſung dieſes Konflikts herauskommen wollen; ich gebe

Ihnen amtlich die Verſicherung, daß die lauenburger kompetenten Landesvertreter nicht nur, ſondern daß ſämtliche Lauenburger, die mit mir darüber geredet haben, ohne Ausnahme mit Sorge einer Inkorporation in Preußen entgegengeblickt haben. Es widerſpricht ohne Zweifel Ihren eigenen Prinzipien, dieſen Gefühlen, dieſen vielleicht berechtigten Gefühlen Gewalt anzuthun; ich wenigſtens würde meinen Rat und meine Hand nicht dazu bieten. Wenn es ſich um das „Ob“ noch handelte, dann vielleicht; in betreff des „Wie“ aber glaube ich, iſt es billig, den Lauenburgern freie Hand zu laſſen.

Vielleicht beſinnen ſich die Lauenburger ſpäter einmal eines anderen — vielleicht wenn einmal in Preußen ein ſehr gutes Miniſterium am Ruder iſt, vielleicht werden ſie dann dem Drange ihres Herzens nicht widerſtehen, und dann läßt ſich ja mit ihnen davon reden.

Was über den „Privatbeſitz“ und die „Privatdomäne“ im Bericht geſagt iſt, die Seine Majeſtät der König in Lauenburg erworben hätte, iſt mir ebenſo unverſtändlich geblieben, als wenn mir ein Lauenburger davon ſprechen wollte, daß ſein Herzog noch nebenher einen Privatbeſitz in Preußen als König habe. Eines trifft ſo wenig zu wie das Andere. Seine Majeſtät der König iſt nicht Privatbeſitzer, ſondern voller Souverän und Landesherr dieſes deutſchen Herzogtums.

Daß die Perſonalunion dem preußiſchen Staate Nachteil bringe, habe ich nicht behaupten hören; ich glaube im Gegenteil, ſie bringt ihm mehr Vorteile, als ihm die Anwendung des Programms der Februar-Bedingungen beiſpielsweiſe in Lauenburg gebracht haben würde, und ich glaube, Sie ſollten dieſem Programme teilweiſe Ihre Anerkennung.

Wäre es nicht, wenn es gelänge, Schleswig-Holſtein zu einer Perſonalunion mit Preußen zu bringen, ein ſehr viel erheblicherer Vorteil, als wenn wir bloß die Februar-Bedingungen dort durchführten? Wäre es nicht ein Vorteil, der bedeutende Opfer, der einiger Staatslaſten ſogar wert wäre?

Wenn Ihnen aber, meine Herren, das Syſtem der Perſonalunion nicht gefällt, warum haben Sie es nicht geſagt? Ich habe ja im vorigen Jahre von dieſer Stelle die dringendſte Frage, ich kann wohl ſagen die Bitte an Sie gerichtet: Äußern Sie doch Ihre Anſicht über die Zukunft der Herzogtümer! Ich habe Sie gefragt: Sind Sie mit dem Programm der Februar-Bedingungen einverſtanden? Wünſchen Sie, daß es abgemindert, daß

etwas hinzugeſetzt werde, ſtreben Sie z. B. nach der Perſonalunion? Ihre Antwort war ein Schweigen, welches ich kaum beredt nennen kann. Sie konnten ſich nicht einmal entſchließen, darauf zu ſagen: Wir beharren bei unſerem Ausſpruch von vor zwei Jahren, wir wünſchen noch heut, daß der Prinz von Auguſtenburg in die Souveränetät von Schleswig-Holſtein eingeſetzt wird.

Meine Herren! Ich wiederhole dieſe Frage heut und in dieſem Jahre an Sie. Noch iſt es Zeit, zwar nicht über Lauenburg, da iſt es zu ſpät, wohl aber in betreff Schleswig-Holſteins, da ſind Sie noch heut in der Lage, Ihrer Meinung und der des Volkes, welches Sie vertreten, Geltung zu verſchaffen: ſo ſprechen Sie doch im Namen des Volkes, was Ihre Anſicht über Schleswig-Holſteins Zukunft iſt.

Intereſſiert Sie dieſe Frage gar nicht? Sie interpellieren uns darüber, Sie legen uns bei jeder Gelegenheit, bei jedem Schritte, den wir thun, Schwierigkeiten in den Weg; aber Sie verheimlichen Ihre eigene Meinung über die Frage ſorgfältig.

Nun, meine Herren, wenn Sie auch in dieſem Jahre darüber ſchweigen, dann beklagen Sie ſich auch nachher nicht, wenn wir auf die von Ihnen verſchwiegene Meinung keine Rückſicht nehmen können. Im Drange der Verhandlungen, im Drange der Ereigniſſe iſt nicht immer Zeit, den Landtag zu berufen und responsa prudentum von Ihnen einzuholen, und wenn der preußiſche Monarch, auf den Sie ſich berufen, der große Kurfürſt, bei den Traktaten von Wehlau, Labiau und anderen jedesmal vorher, ehe er eine Klauſel unterſchrieb, ſeine Stände hätte berufen wollen, dann weiß ich nicht, unter welcher Herrſchaft vielleicht heute die Provinz ſtände, von der unſer Vaterland den Namen trägt.

Weitere Äußerungen im Verlauf der Beratung über Lauenburg.

Rede gehalten am 4. Februar 1866.

Meine Herren, Sie wiſſen, ich habe ſchon vorher darauf hingedeutet, ich bin kein Redner — ein Vorzug, den ich dem Herrn Vorredner*) bereitwillig einräume. Ich vermag nicht, mit Worten ſpielend auf Ihr Gefühl zu wirken, um damit

*) Abgeordneter Gneiſt.

Thatſachen zu verdunkeln. Meine Rede iſt einfach und klar, und ich will mich darauf beſchränken, zwei Momente, die mir aufgefallen ſind, als unrichtig hervorzuheben.

Der Herr Vorredner hat geſagt, wir hätten dieſen Krieg mit dem Aufwande des Blutes des preußiſchen Volkes und ſeines Geldes geführt. Das beſtreite ich nicht; aber nicht für Lauenburg, ſondern für Schleswig-Holſtein.

Meine Herren, ich appelliere an Ihre eigenen Erklärungen, mit denen Sie die Regierung vor zwei Jahren feierlich beſchworen haben: wir haben preußiſches Blut nicht eingeſetzt um Gewinne, um Eroberungen, ſondern für die Sache Deutſchlands in Schleswig-Holſtein, und dieſen Krieg haben wir glorreich durchgeführt. Mit den Urſachen des Krieges war Lauenburg in keiner Berührung, als daß es zufälligerweiſe demſelben Monarchen wie Schleswig-Holſtein gehörte.

Wir haben nicht um Lauenburg Krieg geführt, und es iſt Entſtellung der Thatſachen, wenn es hier ſo dargelegt wird, als ſei für Lauenburg das Blut des preußiſchen Volkes gefloſſen. Das iſt einfach unwahr.

Im Übrigen habe ich aus der Rede des Herrn Vorredners nichts entnehmen können, als daß er mit einem ſehr ſcharfen und bitteren Accent, als wenn er das Härteſte ſagt, was geſagt werden könnte, der Regierung vorwarf, Seine Majeſtät der König habe aus Seiner Chatoulle Geld gezahlt, um eine vertragsmäßige Pflicht zu erledigen. Worin da das Vergehen liegt, inwiefern dieſe einfache Thatſache den Herrn Redner berechtigt, in einem Tone zu ſprechen und Äußerungen zu thun, als wenn er über ganz unglaubliche, unerhörte Dinge ſpräche, meine Herren, das verſtehe ich wirklich nicht. Es gehört eine außerordentliche Gunſt dazu, deren der Herr Vorredner ſich in dieſer Verſammlung erfreut, daß Sie dieſen gar nicht zur Sache gehörigen Bemerkungen Ihren Beifall ſchenken.

Es fragt ſich hier nur, iſt die Regierung nach den Artikeln 55 und 48 der Verfaſſung verpflichtet, Ihnen dieſen Vertrag vorzulegen? Dieſe Verpflichtung hat der Herr Redner meines Erachtens nicht nachgewieſen; er hat geſpöttelt über Chatoullezahlungen, über kleine Fürſten; er hat geſagt, wir wären am Wendepunkt der deutſchen Sache. Wie weit wir damit ſind, weiß ich beſſer als der Herr Vorredner, aber was die Chatoullezahlung damit zu thun hat, iſt mir vollſtändig unklar.

Der Herr Vorredner hat geſagt, es hätte im Intereſſe der

Regierung gelegen, die Vorlage zu machen. Ja, meine Herren, wenn wir gewärtigen könnten, daß, falls wir Ihnen eine Vorlage machen, Sie sie mit besonnener Würdigung der Interessen des Landes, ohne Nebenrücksichten beurteilen und erwägen, mit anderen Worten, wenn wir mit Ihnen eine glücklichere Ehe in diesen drei Jahren geführt hätten, dann würden wir Ihnen auch diese Vorlage wahrscheinlich gemacht haben — ohne dazu verpflichtet zu sein —; aber wir würden dann auch unsererseits die Rücksichten genommen haben, die wir bei Ihnen vermissen.

Wenn Sie jede Vorlage nur dazu benutzen, um neue Elemente zu einer Scheidungsklage dieser Ehe zu suchen, warum sollen wir Ihnen Dinge vorlegen, zu deren Vorlegung wir nach dem Buchstaben der Verfassung nicht verpflichtet sind? Zu dieser sind wir nicht verpflichtet, und deshalb machen wir sie nicht. Gefälligkeiten haben Sie von uns nicht zu erwarten, — und wir auch von Ihnen nicht; also wie können Sie verlangen, daß wir über unsere strikte Verpflichtung hinausgehen?

Wozu der Lärm? möchte ich fragen. Wenn wir von Ihnen eine unparteiische, nur das Interesse des Landes erwägende Würdigung zu erwarten hätten, so würde ich auch kein Bedenken gehabt haben, die Sache in den Kommissionen zu vertreten. Was hilft es aber, daß ich in die Kommissionen komme? Ich habe kein anderes Resultat davon, als daß nachher auf der Tribüne hier jeder Satz damit anfängt: der Herr Minister-Präsident hat gesagt — und dann kommt etwas, was ich nicht immer glaube gesagt zu haben, oder wenigstens ist es so aus dem Zusammenhange gerissen und entstellt, daß stundenlange Reden dazu nötig wären, wenn ich alles durchgehen und berichtigen wollte, und dazu, meine Herren, ist mir meine Zeit und meine Lunge zu lieb. Der Herr Vorredner war der Ansicht, es sei — ich weiß nicht, ob für die preußische Krone oder für das Land Preußen — nicht nützlich, mit Schleswig-Holstein in eine Personalunion zu treten. Ich konstatiere nur, daß die Regierung diese Auffassung in diesem Jahre so wenig, wie im vorigen teilt. Die Königliche Regierung ist vielmehr der Meinung, daß die Personalunion nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern auch für Preußens Krone oder Land nützlicher sein würde, als die Februar-Bedingungen.

Über die ſchrankenloſe Redefreiheit der Mitglieder des Landtages.

Rede gehalten am 10. Februar 1866.

Meine Herren! Es iſt ſchon vom Herrn Juſtizminiſter darauf hingewieſen, daß nach Art. 86 die Richter unabhängig und keiner anderen Autorität als der des Geſetzes unterworfen ſein ſollen. Was aber, meine Herren, iſt dieſer Antrag, den wir diskutieren, anders, als der Verſuch, das höchſte Gericht des Landes der Autorität dieſes Hauſes zu unterwerfen, in vollem direkten Widerſpruch mit dieſem Artikel der Verfaſſung. Hat dieſer Antrag ein Ziel, ſo kann es nur dasjenige ſein, daß das Gericht Ihrem Ausſpruche ſich demnächſt fügen, daß es ſich danach reformieren ſolle.

Wenn es Ihnen gelänge, dieſen Weg mit Erfolg zu betreten, ſo iſt gar kein Grund abzuſehen, warum Sie auf irgend einem Punkte Halt machen ſollten. Ebenſo gut, wie dieſes Erkenntnis des Obertribunals, wo Sie in eigener Sache urteilen, ſind Sie berechtigt, jedes andere preußiſche gerichtliche Erkenntnis vor Ihr Forum zu ziehen, durch Ihre Proteſte anzufechten. Sie würden auf dieſe Weiſe faktiſch das Haus der Abgeordneten als ein Gericht vierter Inſtanz einſetzen, und wir hätten zwar keine Kabinetts-, aber doch eine Kammerjuſtiz.

Wenn Ihr Antrag eine rechtliche Begründung hätte, ſo wären die Mitglieder beider Häuſer des Landtags im Beſitze eines Vorrechts vor ihren Mitbürgern, wie ſie die junkerhafteſte Phantaſie eines anmaßenden Patriziers in keinem civiliſierten Lande jemals ſich hat träumen laſſen.

Es müßte dann Art. 2 der Verfaſſung einfach lauten: „Alle Preußen ſind vor dem Geſetze gleich, doch haben Mitglieder beider Häuſer des Landtags das Recht, ihre Mitbürger zu beleidigen und zu verleumden, auch diejenigen Verbrechen zu begehen, die mit Worten begangen werden können, ohne daß ſie dafür anders als im Wege der Kammerdisziplin zur Verantwortung gezogen werden können.“

Die roheſte Beleidigung, hier öffentlich ausgeſprochen, wird höchſtens für eine unparlamentariſche erklärt. Vergleichen Sie damit die Strafen, die auf ähnliche Roheiten, öffentlich begangen, das Strafgeſetzbuch ſetzt, und Sie werden das Mißver-

hältnis finden, in dem sich Ihre Mitbürger mit Ihnen befinden.

Ich habe vergeblich in allen Gesetzgebungen nach einer Analogie einer solchen Bestimmung gesucht, wie Sie sie hier praktisch in Anspruch nehmen — in den deutschen jedenfalls — ich habe sie nicht erschöpfen können. Mir ist nur eine eingefallen, die Sie hoffentlich nicht werden anziehen wollen, die preußische Gesindeordnung, wenigstens wie sie früher lautete. Ich weiß nicht, ob sie gegenwärtig anders lautet. Da heißt es: „Reizt das Gesinde durch ungebührliches Betragen seine Herrschaft zum Zorn, so kann es sich über Injurien, die es von der Herrschaft erfährt, beschweren." (Ruf links: pfui! pfui!)

Präsident (die Glocke gebrauchend): Meine Herren! Ich bitte, lassen Sie den Herrn Minister-Präsidenten doch vollständig aussprechen, und kehren Sie sich nicht an den Vergleich, der wahrscheinlich bevorsteht.

Der Vergleich liegt mir ganz außerordentlich fern, denn niemand ist weniger geneigt als ich, diesem Hause ein volles Herrenrecht einzuräumen. Ich habe mich nur auf die Thatsache berufen, daß ich keine andere parallele Bestimmung habe finden können, und ganz gewiß sind meine Mitbürger ebensowenig wie ich bereit, Ihnen dieses Herrenrecht einzuräumen, und noch weniger werden Sie in Ihrer großen Mehrheit der Meinung sein, daß die Verfassung es Ihnen beilegt.

Bestände ein solches Recht in der Gesetzgebung, dann, meine Herren, wäre es eine Schmach für die Gesetzgebung eines civilisierten Landes. Diese Schmach kann nur dadurch vergrößert werden, wenn ein solches Recht ausgebeutet wird, wenn man daraus sich einen Wall schafft, um ungestraft Verleumdungen und Beleidigungen in die Welt zu schleudern gegen Leute, die sich hier zum teil nicht verteidigen können.

Solche Schäden der Gesetzgebung können vergessen bleiben, so lange gute Sitte sie deckt. Hierüber, meine Herren, liegt die für dieses Haus — ich darf wohl einen Ausdruck gebrauchen, dem der Abgeordnete Jung am vorigen Sonnabend das parlamentarische Bürgerrecht verliehen hat — so wenig ehrenvolle Thatsache vor, daß, wenn die Beleidigungen von Parteigenossen ausgingen, dieselben Beifall fanden, der Beleidigte aber schutzlos blieb.

Von dem Ton, wie er im vorigen Jahre geherrscht hat,

wie er gestern und heute geherrscht hat, ist mir unbekannt, daß in irgend einer europäischen, parlamentarischen Versammlung irgend etwas Ähnliches dagewesen ist.

Der Art. 27 der Verfassung giebt dasselbe Recht, das Sie hier in Anspruch nehmen, Ihre Meinung frei zu äußern, jedem Preußen. Ist das Recht eines jeden Preußen weniger heilig, als das Recht der Herren Abgeordneten hier? Sie werden das vielleicht bejahen; ich verneine es.

Wenn nun von einem Manne ohne Bildung in jeder Lage des Lebens, in jedem Affekt verlangt wird, daß er sich die Schranken gegenwärtig halte, die die Ehre seines Nächsten schützen, daß er seine Zunge im Zaume halte und wohl überlege, auch das, was er im Zorn sage; dann wollen Sie behaupten, daß der hochgebietende Gesetzgeber, der Beherrscher des Wortes und seiner Gedanken, der kühne Schiffer auf den Gewässern der Rede, wie wir sie hier haben, außer stande sei, die Klippen zu vermeiden, die das Strafgesetzbuch bietet? Wenn man dem Gebildeten zutraut, die Klippen zu vermeiden, glauben Sie, daß er unfähig sei, seine Meinung zu sagen, daß die Freiheit des Landes untergraben sei, wenn er nicht schimpfen und beleidigen kann? Glauben Sie das selbst, wollen Sie das dem Publikum weiß machen?

Meine Herren! Ist das der Zustand, der in Deutschland herrscht, der in einem seiner Länder herrscht, auf deren Verfassungen Sie sich berufen, in denen aber gesagt ist, daß die Abgeordneten das Recht nicht haben, sondern daß sie belangt werden können, wenn sie beleidigen, verleumden, Verbrechen begehen, die mit Worten begangen werden können?

Eine Injurie, die unter vier Augen gesagt wird, wenn sie bewiesen werden kann, ist strafbar, und hier sollen Verleumdungen, wie wir sie gestern noch gehört haben, von der Tribüne in die Öffentlichkeit geschleudert, durch den Druck in Hunderttausenden von Exemplaren vervielfältigt werden können, ohne daß sie straffällig sind, und bemerken Sie wohl: das ist eine Eigentümlichkeit, die uns von England unterscheidet und die der Herr Professor Gneist gestern nicht hervorhob. In England ist nicht die Erlaubnis und die Straflosigkeit, zu drucken, was in dem Parlament gesprochen worden ist, sobald es nur wörtlich übereinstimmt, im Gegenteil, es besteht im grunde das Verbot, jedes Wort zu drucken; wird es aber dennoch gedruckt, so kann man dort jede gedruckte Parlamentsrede wie jedes Druck-

werk behandeln, und kann der Beleidigte vor dem Richter seiner Ehre Geltung verschaffen.

Das kann man bei uns nicht, und darum gerade ist das Recht, das Sie in Anspruch nehmen, bei uns um so gehässiger als in England, wo der Mißbrauch von Äußerungen noch durch die Sitte im Zaume gehalten wird.

Ich möchte Sie auffordern: danken Sie mit mir dem Ober-Tribunal, daß es uns von der Fiktion befreit hat, als ob unsere preußische Gesetzgebung mit einem so erniedrigenden Makel behaftet wäre.

Die Frage, ob sie wirklich damit behaftet war, will ich den Herren Juristen überlassen, zu untersuchen, ich setze voraus, der Herr Justizminister hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Gesetz vom Juni 1848, dessen Stelle der §. 84 entnommen, ursprünglich anders lautete. Es hieß dort, daß keine Verfolgung stattfinden könne für die von den Abgeordneten gesprochenen Worte und Meinungen Diese Fassung deckte Sie vollständig, sie deckte gegen die Bestrebungen eines jeden der zahlreichen Verbrechen, die zum Teil mit harten Strafen bedroht sind im Strafgesetzbuch und die mit Worten überhaupt begangen werden könnten, von Verrat und Majestätsbeleidigung herunter bis zu den gewöhnlichen Injurien.

Diese Fassung ist geändert; bei der Änderung muß man eine Absicht gehabt haben: die „ausgesprochenen Worte" sind fortgelassen, die Deckung gegen diejenigen strafbaren Handlungen, die durch Worte begangen werden können, fällt fort. Ihre Meinung können Sie auch heutzutage noch mit vollständiger Freiheit aussprechen, auch wenn es volle Rechtspraxis in Preußen werden sollte, was das Ober-Tribunal erkannt haben mag, und was Sie und ich noch nicht kenne, was wir alle aber gleichmäßig vermuten.

Ihre Meinungen können Sie aussprechen, aber Verleumdungen, Beleidigungen sind Verbrechen, sind keine Meinungen, sind Handlungen, die im Strafgesetz mit Strafen vorgesehen sind, Handlungen von allen drei Kategorien, in die die mit Strafe bedrohten Handlungen eingeteilt sind, Verbrechen, Vergehungen und Übertretungen, und gegen die Folgen dieser Handlungen schützt Sie das preußische Gesetz meines Erachtens nicht, oder sollte Sie nicht schützen.

Noch eine Frage nach dem Erfolg, den Sie sich von diesem Antrage überhaupt versprechen: eine rechtliche können Sie un-

möglich davon erwarten; sollte bei dem einen oder andern die Absicht zu grunde liegen, mit Hülfe der Gewalt-Agitation in der Presse die preußischen Gerichte einzuschüchtern, dann bin ich sicher, daß dieser Versuch an dem ehrlichen Rechtssinn unserer Richter scheitern muß.

Erklärung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses

(nach einer Rede des Abgeordneten Dr. Virchow gegen die Indemnität.)

Rede gehalten am 1. September 1866.

Je aufrichtiger die Regierung den Frieden wünscht, um so mehr fühlen ihre Mitglieder die Verpflichtung, sich jedes Eingehens auf ein Urteil über die Vergangenheit zu enthalten, sei es abwehrend oder angreifend. Wir haben in den letzten Jahren unsern Standpunkt von beiden Seiten mit mehr oder weniger Bitterkeit oder Wohlwollen vertreten. Keiner hat vermocht, den anderen zu überzeugen. Jeder hat geglaubt, recht zu handeln, wenn er so handelte, wie er that. Auch in auswärtigen Verhältnissen würde ein Friedensschluß schwerlich zu stande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Teilen das Bekenntnis vorangehen sollte: „Ich sehe es jetzt ein, ich habe Unrecht gehandelt."

Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind, im Gegenteil, die Flut ging mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren, auch nicht, um einer künftigen Anklage zu entgehen; denn ich glaube nicht, daß man uns verurteilen wird. Man hat dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht, aber der der Furchtsamkeit wäre neu.

Wir wünschen den Frieden, weil das Vaterland ihn in diesem Augenblick mehr bedarf als früher, weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden; wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir gehofft hätten, ihn früher finden zu können. Wir glauben ihn zu finden, weil Sie erkannt haben werden, daß die Königliche Regierung den Aufgaben, welche auch Sie in ihrer Mehrzahl erstreben, nicht so fern steht, als Sie vielleicht vor Jahren gedacht haben, nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte. Aus diesen Gründen glauben wir den Frieden

jetzt zu finden, und ſuchen ihn ehrlich, wir haben Ihnen die Hände dazu geboten und der Kommiſſions-Antrag giebt uns die Bürgſchaft, daß Sie in dieſe Hand einſchlagen werden.

Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu löſen bleiben, mit Ihnen in Gemeinſchaft löſen. Ich ſchließe von dieſen Aufgaben Verbeſſerungen der inneren Verwaltung, Herſtellung der regelmäßigen Verfaſſungszuſtände keineswegs aus. Aber nur gemeinſam werden wir ſie löſen können, indem wir auf beiden Seiten erkennen, daß wir demſelben Vaterlande mit demſelben Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des anderen zu zweifeln.

In dieſem Augenblicke ſind aber die Aufgaben der auswärtigen Politik noch ungelöſt, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unſeren Einſatz im Spiel gewiſſermaßen erhöht; wir haben mehr zu verlieren als vorher, gewonnen jedoch iſt das Spiel noch nicht; aber je feſter wir im Innern zuſammenhalten, deſto ſicherer ſind wir, es zu gewinnen in dieſem Augenblick. Wenn Sie ſich im Auslande umſehen, wenn Sie die Wiener Zeitungen durchgehen, und zwar diejenigen, von denen bekannt iſt, daß ſie die Meinungen der Kaiſerlichen Regierung vertreten, ſo werden Sie diejenigen Äußerungen des Haſſes und der Aufregung gegen Preußen finden, die auch vorher vorhanden geweſen waren, und die nicht wenig dazu beigetragen haben, den Krieg zum Ausbruch zu bringen. Sehen Sie die Völker von Süddeutſchland, wie ſie ſich in der Armee vertreten finden, da iſt der Grad von Verſöhnlichkeit und von Erkenntnis einer gemeinſamen Aufgabe des geſamten Deutſchland gewiß nicht vorhanden, ſo lange bairiſche Truppen aus dem Eiſenbahnwagen meuchlings auf preußiſche Offiziere ſchießen. Sehen Sie ſich das Verhalten der einzelnen deutſchen Regierungen an gegenüber den gemeinſam zu errichtenden Einrichtungen; es iſt bei einigen vollſtändig befriedigend, bei anderen widerſtrebend; gewiß aber iſt, daß Sie kaum in Europa eine Macht finden werden, welche die Konſtituierung dieſes neuen deutſchen Geſamtlebens in wohlwollender Weiſe förderte, welche nicht das Bedürfnis hätte, ſich in ihrer Weiſe an dieſer Konſtituierung zu beteiligen, ſei es auch nur, um einem der mächtigeren Bundesgenoſſen, wie Sachſen, die Möglichkeit nicht zu verkümmern, dieſelbe Rolle noch einmal ſpielen zu können, wie bisher.

Deswegen, meine Herren, iſt unſere Aufgabe noch nicht gelöſt, ſie erfordert die Einigkeit des geſamten Landes der That

nach und dem Eindruck auf das Ausland nach. Wenn man oft gesagt hat, was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verspielt, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden, was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet.

Erklärungen über die Lösung der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheiten.

Rede gehalten am 20. Dezember 1866.

Der Herr Abgeordnete (Twesten) stimmt für die Annexion. Ich bedauere, daß über den Zweck hinaus, diese Abstimmung zu motivieren, seine Rede hauptsächlich eine versuchte Beweisführung gewesen ist, daß die Schleswig-Holsteiner Grund hätten, übler Laune zu sein über alles, was ihnen von Preußen widerfahren ist. Ich erlaube mir zunächst einige unrichtige Thatsachen, auf welche der Herr Redner die Beweisführung begründete, nochmals zu berichtigen. Ich erkläre es für positiv falsch, daß der Prinz von Augustenburg jemals die preußischen Februarbedingungen angenommen hat, und wir würden genötigt sein, die Briefe, welche darüber vorliegen, wenn diese unwahren Behauptungen ferner aufrecht erhalten werden sollten, zu veröffentlichen, obwohl sie ursprünglich nicht dazu bestimmt gewesen sind. Er hat sie stets nur so angenommen, daß er sich eine Hinterthür offen gehalten, er hat in uns die Überzeugung geweckt, daß die vorbehaltene ständische Zustimmung von ihm zu diesen Bedingungen nicht gesucht werden werde, daß er vielmehr im Einzelnen, vermöge der ständischen Weigerung, loszukommen suchen werde, und gerade von dem wichtigsten. Bei der bekannten, oft erwähnten Unterredung, die der Herr Redner nochmals angeführt hat, obschon ich nicht weiß, was sie mit dem heutigen Zweck zu thun hat, muß ich zunächst bestreiten, daß der Prinz in einem gereizten Zustande gewesen ist. Die Unterredung dauerte drei Stunden, von 9 Uhr bis Mitternacht. Am Schlusse derselben hat sich der Prinz in vollkommen freundlicher Beziehung von mir verabschiedet und gesagt, er werde sich die Sache in Dolzig weiter überlegen und von dort aus schreiben. Ich muß der Behauptung des Herrn Vorredners in meinem persönlichen Interesse entgegenzutreten. Ich habe nicht die Ge-

wohnheit, in meinem eigenen Hause und unter vier Augen unhöflich zu sein, und bei politischen Verhandlungen glaube ich mich immer so verhalten zu haben, daß mein Gegenpart nicht ohne sachlichen Anlaß in einen gereizten Zustand versetzt wird. Hätte ich gewußt, daß die Details heute von der Tribüne vorgebracht werden würden, so würde ich mich aus den Akten vergewissert haben, wie sie damals lagen. Ich kann nicht alles behalten, was in drei Jahren geschieht, aber dessen erinnere ich mich ganz genau, daß die Forderung, welche ich dem Prinzen jemals in Aussicht stellte, hinter den Februar-Bedingungen sehr weit zurückstand. Es handelte sich um ein Hafengebiet und um feste Stellungen an beiden Endpunkten des Nordostseekanals.

Die militärischen Beziehungen konnten zwischen uns damals gar nicht so genau diskutiert werden, in allen anderen waren unsere Ansprüche damals sehr viel gemäßigter, als später in den Februarbedingungen; und ich glaube versichert zu sein, daß ich mich dementsprechend geäußert habe. Ich erinnere mich sicher, daß, als ich von dem Hafengebiet sprach, der Prinz darauf hinwies, das könnte sich ja gar „um Quadratmeilen" handeln, woraus Sie eben den Maßstab dessen, was er zu bewilligen bereit war, entnehmen können.

Daß ich in früheren Zeiten zu irgend jemand gesagt haben solle, ich zöge die Personal-Union der Einsetzung der Familie Augustenburg vor, muß ich stark bezweifeln. Ich kann natürlich, wie schon gesagt, nicht jedes Wort im Gedächtnis behalten, was ich zu den vielen hundert Deputationen, die ich gesehen habe, gesprochen habe; dieses aber kann ich nicht gesagt haben, denn es ist nie meine Meinung gewesen, und warum sollte ich gerade diesen Leuten in dieser Richtung das Gegenteil meiner Meinung sagen! Ich habe stets an dem Klimax festgehalten, daß die Personal-Union besser war, wie das, was existierte, daß ein selbständiger Fürst besser war, als die Personal-Union, und daß die Vereinigung mit dem preußischen Staate besser war, als ein selbständiger Fürst. Welches davon das Erreichbare war, das konnten allein die Ereignisse lehren. Wäre Personal-Union das Maximum des Erreichbaren gewesen, so hätte ich mich vor der Hand bei der damaligen Lage der Dinge im Interesse Deutschlands nicht berechtigt und berufen gehalten, diese Abschlagszahlung zurückzuweisen. Aber es ist nicht zweifelhaft, daß im Laufe des Jahres 1864 eine für uns irgend annehmbare Verständigung mit dem Prinzen von Augustenburg nicht zu erreichen

war, und daß der Prinz die Bedingungen, die Seine Majestät und Seiner Majestät Minister für annehmbar hielten, nicht eingegangen ist. Ich kann noch weiter gehn, wenn wir einmal auf Persönlichkeiten kommen.

Noch im vorigen Jahre, kurz vor den Gasteiner Verhandlungen, habe ich den Königlich bairischen Minister Freiherrn von der Pfordten gebeten, ob er nicht seine Vermittelung dahin eintreten lassen wolle, daß zur Verhütung eines Konflikts, der ganz Deutschland ergreifen könnte, Unterhandlungen geführt würden, durch welche der Prinz von Augustenburg bewogen werde, einen für Preußen annehmbaren Frieden mit Seiner Majestät zu machen, wobei ich erklärte, daß ich dem Prinzen zu diesem Behufe an dem Königlichen Hofe eine günstige Aufnahme vermitteln würde, wenn der Prinz sich dorthin begeben wolle. Herr Freiherr von der Pfordten übernahm sehr bereitwillig diese Vermittelung; er hat sich demgemäß an den Prinzen, ob an dessen Räthe ebenfalls, weiß ich nicht, gewendet; er hat jedoch darauf zuerst mehrere Wochen lang gar keine Antwort bekommen und später eine kühle und vornehme Ablehnung. Hierfür habe ich Zeugen. Wenn ferner behauptet worden ist, daß sich ein Unterschied in dem Eroberungs-Verhältnis von Schleswig-Holstein und dem von Hannover behaupten ließe, so ist dies nur so zu acceptieren, daß unser Eroberungsrecht an den Herzogtümern jedenfalls ein noch stärkeres ist; es ist ein doppeltes! Wir haben sie zuerst den Dänen und zweitens sie dem mit unsern kriegerischen Feinden verbündeten Prinzen von Augustenburg abgenommen. Nehmen Sie an, der Prinz wäre wirklich legitimer Regent gewesen, so ist er ebensosehr der Bundesgenosse unserer kriegerischen Gegner gewesen als der König von Hannover oder der Kurfürst von Hessen. Er ist es aber mit mehr Besonnenheit gewesen, mit mehr Berechnung und mit weniger Offenheit. Wäre unser Vorgehen in der Mitte Juni dieses Jahres weniger schnell erfolgt, so würden wir es erlebt haben, daß auf der Basis des Bundesbeschlusses vom 14. Juni c. sich in Hannover, an dem Krystallisationspunkte des Gablenzschen Korps, hannoversche und augustenburgische Truppen bei Stade gesammelt hätten, um gegen uns im Felde zu operieren und eine Diversion gegen Berlin zu machen.

Ich bedaure, daß der Herr Vorredner von der Höhe der politischen Auffassung, die ihn sonst kennzeichnet, herabgestiegen ist, um Persönlichkeiten auf der Tribüne in diesem Augenblicke

vor die Öffentlichkeit zu bringen. Ich kenne nicht die einzelnen untergeordneten Beamten in der Verwaltung von Schleswig-Holstein; ich habe in diesem Augenblick auch nicht die Zeit, mich darum zu bekümmern. Ich muß mein volles Vertrauen auf den Baron v. Scheel-Plessen setzen, und er genießt es im vollsten Maße. Er ist der erste Schleswig-Holsteiner, der schon im Jahre 1864 in Schönbrunn mir den festen Entschluß aussprach, für nichts anderes, als für den Anschluß an Preußen zu wirken, und die Verdächtigung, daß er dänischen Interessen diene, ist eine solche, die er nicht verdient und die ich auf das Bestimmteste zurückweise; ich baue auf seine Treue ebenso fest, wie auf die irgend eines anderen Dieners Seiner Majestät des Königs.

Daß die Königliche Staatsregierung ihn in diesem Momente mit einer Freiheit schalten lassen muß, daß ein so schneidiger und entschiedener Charakter, wie der des Herrn v. Plessen sich viele Jahre lang im Kampfe für sein Land gegen Dänemark bewährt hat, seine unbequemen, seine rauhen Seiten hat, die ihn mitunter über das Ziel hinausschießen lassen mag und Freunde verletzen, anstatt der Gegner, das mag sein, dergleichen ist von einer kräftigen und männlichen Natur oft unzertrennlich. Ich habe aber so viel im Amte gelernt, daß man es mit in den Kauf nehmen muß; man muß bei einer starken und sonst zuverlässigen Persönlichkeit auf solche kleine Reibungen gefaßt sein und daraus keine Ursache zum Bruch oder zu einer Anklage machen. Ich habe nicht Zeit und halte es nicht für zweckmäßig, die Geschäfte dergestalt zu zentralisieren, daß man gewissermaßen in jedem Gendarm persönlich drinsitzen will; es ist ja ein gerechter Vorwurf gegen die preußische Verwaltung, daß jede Brücke im Lande vom Ministerium selbst gebaut wird, und daß jede kleine rechthaberische Lokalbeschwerde von verletzten Gemütern gleich an die große Glocke gehängt wird, mit dem Verlangen, daß man deshalb die höchsten Beamten und gleich ganze Systeme wechselt.

Ich komme zu einem anderen schwerer wiegenden Vorwurf, den der Herr Vorredner unserer Politik macht und zu dessen Besprechung ich etwas weiter ausholen muß, ich meine den wegen der Möglichkeit der Abtretung eines Teiles von Nordschleswig. Der Herr Vorredner hat auch diesen und, wie mir scheint, die ganze Weltlage aus dem ausschließlich schleswig-holsteinschen Standpunkte aufgefaßt. So können wir die Frage nicht beurteilen. Wären wir mit Schleswig-Holstein und mit Dänemark allein auf der Welt, so würde ein solcher Friedensparagraph

nicht existieren. Ich muß um Verzeihung bitten, wenn ich hierbei weitläufiger werde, als sonst meine Gewohnheit ist, oder wenigstens doch weiter ausholen muß, um Ihnen die Gründe klar zu legen, welche die Königliche Staatsregierung bestimmt haben, einen dem öffentlichen Gefühle widerstrebenden und mit den reichen Erfolgen Preußens anscheinend im Widerspruch stehenden Artikel in den Frieden aufzunehmen.

Die politische Gestaltung, welche Europa im Jahre 1815 erhalten hat, die Beziehungen der Kabinette zu einander von da ab bis zum Jahre 1840, geben das Bild eines großen europäischen Defensivsystems gegen Frankreich. Es war dies die natürliche Rückwirkung der Eroberungskriege des ersten französischen Kaiserreichs. Dieses System gewährte seinen Teilnehmern eine Sicherheit, aber eine abhängige, wenigstens für Preußen. So lange Preußen ihm angehörte, mußte es auch den unglücklichen Zuschnitt, der ihm im Jahre 1815 zu Teil geworden war, ertragen, mit seinem Kommisbrod eben zufrieden sein. Es hatte dafür Schutz und Sicherheit. Die früheren Regierungen haben es nicht für zweckmäßig gehalten, Gelegenheiten, die zur Abwerfung dieses Systems sich boten, zu benutzen. Dieses System ist gefallen ohne Preußens Zuthun. Wäre also durch seinen Fall die Sicherheit in zu hohem Grade beeinträchtigt, so wäre Preußen selbst daran unschuldig; es ist gefallen durch das Jahr 1848, durch die Politik, die seit dem Jahre 1848 oder besser seit dem Jahre 1850 von Österreich gegen Preußen betrieben wurde, und die es sehr schwer machte, das frühere maßgebende Vertrauen zu Österreich wieder zu erzeugen. Den letzten Stoß hat die heilige Allianz bekommen durch den orientalischen Krieg, durch das Verhalten Österreichs gegen Rußland, und der Zerfall dieser Allianz hinterließ einen Zustand, in dem Preußen mit Recht oder Unrecht von dem Auslande und zum großen Teil von seinen eigenen Angehörigen als permanent hülfsbedürftig gegen Frankreich angesehen und diese angebliche Hülfsbedürftigkeit zur Basis der Spekulation auf unsere Nachgiebigkeit und Bescheidenheit gemacht wurde. Diese Spekulation ist in dem letzten Jahrzehnte namentlich von Österreich und von einem Teile unserer deutschen Bundesgenossen sehr weit getrieben worden. War sie eine berechtigte? fragt man sich. Die Interessen Preußens tragen an und für sich nichts in sich, was uns nicht den Frieden und ein freundlich nachbarliches Verhältnis zu Frankreich wünschenswert machte; wir haben bei einem Kriege mit Frankreich, selbst bei

einem glücklichen, nichts zu gewinnen. Der Kaiser Napoleon, im Widerspruch zu andern französischen Dynastieen, hat in seiner Weisheit erkannt, daß Frieden und gegenseitiges Vertrauen im Interesse beider Nationen liege, daß sie von der Natur nicht berufen seien, sich gegenseitig zu bekämpfen, sondern als gute Nachbarn die Bahn des Fortschritts in Wohlfahrt und Gesittung mit einander zu wandeln. Zu solchen Beziehungen mit Frankreich ist nur ein selbständiges Preußen befähigt, eine Wahrheit, die vielleicht nicht von allen Unterthanen des Kaisers gleichmäßig erkannt wird. Wir aber haben es amtlich nur mit der französischen Regierung zu thun. Ein solches Nebeneinandergehen bedingt eine wohlwollende gegenseitige Schonung der Interessen beider Völker.

Welches sind nun im großen Ganzen, ohne den zufälligen Stoß vorübergehender Ereignisse in Ansatz zu bringen, die Interessen Frankreichs in bezug auf Deutschland? Betrachten wir sie ganz ohne deutsches Vorurteil; suchen wir uns auf den französischen Standpunkt zu setzen; es ist das die einzige Art, fremde Interessen mit Gerechtigkeit zu beurteilen. Es kann für Frankreich nicht erwünscht sein, daß in Deutschland eine Übermacht entsteht, wie sie sich darstellen würde, wenn man sich ganz Deutschland unter österreichischer Leitung geeinigt dächte, ein Reich von 75 Millionen, ein Österreich bis an den Rhein; selbst ein Frankreich bis an den Rhein würde kein ausreichendes Gegengewicht bilden. Es ist für ein Frankreich, welches mit Deutschland in Frieden leben will, ein Vorteil, wenn Österreich an diesem Deutschland nicht beteiligt ist, indem die österreichischen Interessen mit den französischen mannigfach kollidieren, sei es in Italien, sei es in dem Orient. Zwischen Frankreich und einem von Österreich getrennten Deutschland sind dagegen die Berührungspunkte, die zu feindlichen Beziehungen führen können, viel weniger zahlreich; und daß Frankreich den Wunsch hegt, zum nächsten Nachbarn einen solchen zu haben, mit dem es Aussicht hat, in Frieden zu leben, einen solchen, dem 35 oder 38 Millionen Franzosen im defensiven Kampfe vollständig gewachsen sind, ist ein natürliches Interesse, das kann man ihm nicht verargen. Ich glaube, daß Frankreich, in richtiger Würdigung seiner Interessen, weder zugeben konnte, daß die preußische Macht, noch daß die österreichische verschwände.

Welches sind weiter die Interessen Frankreichs bei der europäischen Entwicklung, namentlich unter der jetzigen Dynastie?

Es ist die Berücksichtigung der Nationalitäten. Diesem System entsprechend hat Frankreich die dänische Frage von Anfang an aufgefaßt; die französische Regierung hat schon auf der Londoner Konferenz und in der Zeit vor und nach ihr eine weniger schroffe Stellung gegen die deutschen Ansprüche Dänemark gegenüber eingenommen, soweit diese Ansprüche mit der Idee der Nationalität zusammenfielen. Die vollständige Durchführung des Nationalitäts-Prinzipes ist bekanntlich auf der dänischen Grenze ganz unmöglich, weil die Nationalitäten so gemischt sind, daß sich nirgends eine Grenze, die sie vollständig von einander sondert, ziehen läßt; aber es war das Prinzip im Großen, welches Frankreich vertreten hat, und welches es Frankreich möglich machte, den deutschen Bestrebungen nicht mit der Schärfe gegenüber zu treten, wie es von andern Mächten geschah. In der Zwischenzeit ist man in vertraulichen Besprechungen mit Dänemark, mit andern Mächten häufig auf diese Frage zurückgekommen; wir haben niemals die Initiative dazu ergriffen, weil sie uns keine bequeme war. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Bevölkerung, die wirklich in zweifellos und dauernd manifestiertem Willen nicht preußisch oder nicht deutsch sein will, die in zweifellos manifestiertem Willen einem unmittelbar angrenzenden Nachbarstaate ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bildet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist. Man kann zwingende Gründe haben, dennoch auf ihre Wünsche nicht einzugehen, die Hindernisse können geographischer Natur sein, die es unmöglich machen, solche Wünsche zu berücksichtigen. Es fragt sich, ob und inwieweit dies hier zutrifft. Die Frage ist eine offene, wir haben jederzeit bei ihrer Erörterung hinzugefügt, daß wir uns niemals dazu herbeilassen können, unsere militärische Sicherheitslinie durch irgend ein Arrangement zu kompromittieren, daß wir wohl aber zweifellos und unabhängig ausgesprochene Wünsche, deren Beharrlichkeit und ehrliche Konstatierung klar wäre an dieser geographischen Stelle, unter Umständen berücksichtigen könnten. So ungefähr hat eine Anzahl vertraulicher Besprechungen in der Zwischenzeit gelautet.

So lag die Sache, als Frankreich durch die Ereignisse im Juli d. J. in die Lage kam, seine eigenen Wünsche mit einem ungewöhnlich starken Gewichte zu accentuieren. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern, sie ist bekannt genug, und niemand hat Preußen zumuten wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen, oder in dem Momente, wo es den

einen führte und die Früchte desselben noch nicht gesichert hatte, seine Beziehung zu anderen Großmächten zu kompromittieren.

In dieser Lage der Dinge wurde Frankreich von Österreich zum Vermittler der Streitigkeiten berufen, also vollkommen legitim durch einen der streitenden Teile berufen, seine Meinung geltend zu machen. Daß Frankreich die Erfordernisse seiner Politik berücksichtigte, kann ihm niemand verdenken; darüber, daß es sie mit Mäßigung geltend gemacht hat, ist es, glaube ich, für das Publikum noch zu früh, zu urteilen, und ich möchte Sie bitten, dies der Appreziation der Regierung zu überlassen. An uns trat die Frage heran, nicht ob wir es den Wünschen der Schleswig-Holsteiner entsprechend hielten, sondern die, ob wir in der europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Gesamtheit dessen, was uns von Österreich unter französischer Vermittlung geboten wurde, annehmen oder ablehnen wollten. Die Materialien zur Entschließung waren nicht eben in der wünschenswerten Vollständigkeit gegenwärtig; Detail-Verhandlungen unmöglich; unsere Kommunikationen waren unterbrochen, die Telegramme brauchten drei, mitunter sechs Tage, bevor sie aus den europäischen Residenzen ins Hauptquartier gelangten, weil die Linien auf dem Kriegsschauplatz vielfach abgeschnitten waren. Es war also nur die allgemeine europäische Lage und die eigene augenblickliche Stimmung als Motiv zur Entscheidung Seiner Majestät des Königs zu nehmen. Wir hatten eine starke Anlehnung an der unerschütterlichsten Vertragstreue Italiens, die ich nicht genug rühmen und deren Wert ich nicht hoch genug anschlagen kann. Die italienische Regierung hat der Versuchung, sich durch ein Geschenk Österreichs, des gemeinschaftlichen Feindes, von dem Bunde abziehen zu lassen, mit großer Entschiedenheit widerstanden und wir knüpfen an diese Thatsache gegründete Hoffnungen auf die zukünftigen freundschaftlichen und natürlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, aber ungeachtet dieser in der Diplomatie und auf dem Schlachtfelde wertvollen Bundesgenossenschaften entnahmen wir der Gesamtlage die Überzeugung, daß wir den Bogen nicht zu straff spannen durften, daß es nicht angemessen sei, durch Verwerfung von Einzelheiten die Gesamtheit des Errungenen wieder in Frage zu stellen, und ihre Sicherstellung vielleicht von weiteren europäischen Komplikationen abhängig zu machen. Es ist sehr schwer, von Hause aus zu übersehen und zu ermessen, wieweit eine Diskussion angebotener Bedingungen führt, oft von kleinen Ausgangspunkten zu schweren

Differenzen; ich habe selbst Seiner Majestät unumwunden dazu geraten, wie die Vermittelungsvorschläge vor uns gelegt wurden à prendre ou à laisser, einzuschlagen und anzunehmen, und nicht wie ein verwegener Spieler das Ganze nochmals auf's Spiel zu setzen. Diesen Verhältnissen, meine Herren! verdankt diese Klausel in dem Vertrage ihre Entstehung. Die vage Fassung, die sie erhalten hat, läßt uns eine gewisse Latitude der Ausführung; ich halte aber für nötig anzuführen, daß wir uns doch unmöglich durch die Kommission und die Beschlüsse des Landtages von Verpflichtungen entbinden lassen können, die wir eingegangen sind, sondern wir müssen sie halten, aber wir werden sie so zur Ausführung bringen, daß über die Abstimmung, auf deren Grund wir verfahren, über deren Freiwilligkeit und Unabhängigkeit und über den definitiven Willen, der dadurch kundgegeben wird, kein Zweifel bleibt.

Ich möchte die Herren darum bitten, die Diskussion in diesem Momente doch nicht zur Ablagerung von mehr oder weniger feindseligen Parteiansichten zu benutzen, sondern in diesem Augenblicke den Blick nur nach außen zu richten und die Notwendigkeit im Auge zu behalten, daß wir Rücken an Rücken stehen und das Gesicht dem Auslande zuwenden müssen, um gemeinschaftlich unsere Interessen zu wahren.

Die neuen Aufgaben der Regierung und die konservative Partei.

Rede bei der Beratung des Gesetzentwurfs wegen des Zutritts von 80 Mitgliedern aus den neuen Bundesteilen zum Hause der Abgeordneten. Gehalten am 15. Januar 1867.

Ein Redner*) hat sein Bedauern ausgesprochen, daß die Königliche Staatsregierung eine Partei, welche sie Jahre hindurch treu unterstützt habe und mit ihr zusammen gegangen sei, verlassen und sich an die Spitze der früheren Opposition gegen die Regierung gestellt habe. Meine Herren, wenn der Herr Vorredner nur kurze Zeit an der Spitze der Regierung gestanden hätte, so würde er sich sagen, daß man in dieser Lage nicht die Möglichkeit hat, Partei-Ansichten zu folgen. Ein großer Staat

*) Herr von Senft-Pilsach.

regiert ſich nicht nach Partei-Anſichten, man muß die Geſamtheit der Parteien, die im Lande vorhanden ſind, in Abwägung bringen und aus dem Reſultat dieſer ſich eine Linie ziehen, der eine Regierung als ſolche folgen kann. Wäre ich nicht Miniſter, ſo weiß ich nicht, wie meine Stellung, in der Oppoſition zur jetzigen Regierung oder im Anſchluß an dieſelbe, ſein würde. Aber das würde ich mir ſagen, daß ich einen Parteigenoſſen, mit dem ich 16 Jahre lang zuſammen gegangen bin, und der an der Spitze der Regierung geſtanden hat, in den ſchwierigen europäiſchen und inneren Verhältniſſen, in denen ſich 4 Jahre hindurch nur Wenige fanden, die bereit waren, den damit verbundenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen, daß ich einen ſolchen, wenn derſelbe ſich nach Abwägung der Geſamtverhältniſſe dazu entſchließt, einen andern Weg zu gehen, als den, welchen ſeine alten Parteigenoſſen vorzeichnen, nicht ſehr raſch verurteilen würde.

Die Sachlage iſt bei uns nicht ſo, daß eine Königlich preußiſche Regierung ſich losſagt von einer Partei, ſondern die Partei ſagt ſich unter Umſtänden von der Regierung los. Ich ſage nicht, daß das hier der Fall iſt. Die Wege einer Regierung ſind vorgezeichnet, und wenn ich ein Mitglied meiner Partei, dem ich vertraue, den ich für ehrlich und einſichtig halte, an der Spitze der Regierung ſehe, ſo werde ich mein Vertrauen, unter Umſtänden meine perſönliche Meinung unterordnen und ſagen, jener muß in ſeiner Stellung beſſer beurteilen können, was möglich und was zu thun iſt, als ich.

Die Herren, welche den Geſetzesvorſchlag, wie er aus dem andern Hauſe gekommen, ablehnen, haben meiner Überzeugung nach zwei Zwecke dabei. Sie wollen erſtens die organiſche Entwicklung dieſes Hauſes ſicher ſtellen und ſie wollen zweitens der Regierung einen größeren Spielraum bei Einführung der Verfaſſung in die neuen Lande bewilligen, ſei es der Zeit nach, ſei es dem Inhalte nach. Sehen wir unter dem Geſichtspunkte beider Fragen, ob Sie dieſen Zweck erreichen! Seine Majeſtät der König hat dem Hauſe durch die Verordnung vom November 1865 — eine Verordnung, die nicht leicht nach der ganzen Lage der Dinge hinzuſtellen war — ein Unterpfand gegeben, daß Seine Majeſtät feſt entſchloſſen iſt, das Herrenhaus als einen organiſchen Faktor unſerer Verfaſſung zu erhalten, zu ehren und zu fördern. Die Königliche Regierung — Sie können davon überzeugt ſein — iſt dankbar für die Unterſtützung, die das

Herrenhaus in schwierigen Fragen ihr stets gegeben hat, nicht nur, sondern sie wird aus konstitutioneller Überzeugung den Bestand des Herrenhauses und seine organische Fortbildung gegen jede Anfechtung vertreten: sie hält diejenigen konstitutionellen Staatsmänner für sehr kurzsichtig, welche glauben, sie könnten einen Faktor der Verfassung anfechten und für ungesetzlich erklären, ohne dabei das ganze System unserer Verfassung in Frage zu stellen. Eine Regierungsgewalt, welche sich dazu herbeiließe, den einen Faktor der Gesetzgebung willkürlich zu beseitigen oder zu ignorieren, würde wenigstens durch Verfassungsbedenken schwerlich bewogen werden, vor dem anderen Halt zu machen. Dieses Bekenntnis der Auffassung der Regierung von der Bedeutung des Herrenhauses, von seiner Notwendigkeit, von seiner Verfassungsmäßigkeit und Unantastbarkeit, von dem Schutze der Königlichen Zusage, unter der es steht, wie jede andere Verfassungseinrichtung, dies Bekenntnis kann Ihnen aus meinem Munde nicht neu und unerwartet sein.

Wenn Sie dies aber für wahr annehmen, so haben Sie auch die Gewißheit, daß Seiner Majestät alle Kategorien, aus denen das Herrenhaus seine Mitglieder zieht, in den neuen Ländern nach der bisherigen Gesetzgebung offen stehen. Ich wüßte nicht, welches Hindernis sich dabei nicht überwinden ließe; daß der König beengt würde, daß die Haltung Seiner Majestät präjudiziert würde durch übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser, das halte ich nicht für nützlich. Ich gebe zu, daß widerstrebende Elemente durch gemeinsame Arbeit zu gemeinsamen Zwecken gewonnen werden können. Aber Sie werden mir auch zugeben, daß es nicht nützlich ist, so lange die Verhältnisse nicht abgeschlossen sind, die Regierung zu nötigen, Mitglieder zu berufen, deren Verhalten vielleicht das Herrenhaus wiederum zu bedauerlichen Beschlüssen nötigt. Wir können nicht wünschen, meine Herren, daß Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Preußen wieder ihre Stellung in diesem Hause benutzen, um sich zu Organen preußenfeindlicher Herrscher aufzuwerfen, wir können nicht wünschen, daß Mitglieder dieses Hauses, die mit der auswärtigen Politik Seiner Majestät des Königs unzufrieden sind, ihm den Huldigungseid aufkündigen. Alles dieses würde der Befestigung unserer organischen Einrichtungen nicht förderlich sein.

Ich habe also zu beweisen gesucht, oder wenigstens meine Überzeugung ausgesprochen, daß Seine Majestät der König in

Bezug auf alle hier vertretenen Kategorien von Unterthanen in den neuen Ländern nicht beschränkt ist. Es wird die Möglichkeit vorhanden sein, aus jeder dieser Kategorien Mitglieder zu berufen. Eine andere Frage ist: Treten Sie dem Zweck näher, der Regierung Spielraum zu gewähren, wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes hindern, wenn Sie es, wie es aus dem anderen Hause gekommen ist, verwerfen? Entweder die Regierung ist von der Notwendigkeit, die Verfassung bis zum 1. Oktober dieses Jahres einzuführen, überzeugt, und sie findet Mittel, die ihr entgegengestellten Hindernisse zu überwinden, dann ist Ihr Beschluß mindestens überflüssig, und Sie erschweren der Regierung ihre an sich schwierige Aufgabe; oder aber die Regierung stutzt vor diesem Hindernis, hält es für unüberwindlich und es ist Ihnen gelungen, gewissermaßen einen Stock in das Räderwerk der Staatsmaschine zu stecken und dieselbe zum Stillstand zu bringen. Sie schaffen dann einen neuen Konflikt zwischen den beiden parlamentarischen Gewalten, den zu entscheiden entweder die Regierung verpflichtet ist, oder den die Ereignisse lösen müssen. Die Regierung, wenn sie auch auf Ihren Wunsch eingeht, könnte zwar das Abgeordnetenhaus, wenn es die Änderungen ablehnt, die das Herrenhaus beschlossen hat, auflösen, es wäre dadurch von Neuem die Möglichkeit gegeben, daß sich wieder ein dauernder Konflikt entspinnt und wir in eine Lage kommen, in der wir nicht wünschen können, von Ereignissen überrascht zu werden. Äußere Ereignisse haben dazu beigetragen, den früheren Konflikt zu schließen, und würden vielleicht auch den neuen entscheiden; ich halte es aber in kritischen Zeitverhältnissen für keine der parlamentarischen Körperschaften für geraten, tiefgehende Verfassungsfragen zu offenen und flüssigen werden zu lassen; Niemand kann vorhersehen, nach welcher Richtung hin unvorhergesehene Ereignisse sie entscheiden. Es ist nützlicher, für beide Institutionen das feste Gefüge des Schildes der Verfassung nicht locker werden, keine Lücke in den Fugen entstehen zu lassen.

Die zweite Frage ist die: Erweisen Sie wirklich der Regierung, wider ihren Willen, einen Dienst, indem Sie ihr einen geräumigeren Zeitraum verschaffen und die Einführung der Verfassung zum 1. Oktober hindern? Ich gebe zu, der Zeitraum ist ein kurzer und an der Verfassung wird gewiß jeder in seinem Sinne Verbesserungen wünschen. Daß sie deren bedürftig ist

hat Niemand mehr anerkannt als ihr Begründer, der hochſelige König Friedrich Wilhelm IV.

Aber, meine Herren, wir haben eben keine andere Verfaſſung, wie dieſe. Verfallen wir nicht in den Fehler unſrer Gegner, daß wir die hiſtoriſche Entwickelung, vermöge deren wir bis zu dem heutigen Tage gelangt ſind, ignorieren, daß wir nicht nach den gegebenen Unterlagen, ſondern nach den wünſchenswerten handeln. Im jetzigen Moment der Kriſis der deutſchen Verhältniſſe, der möglichen Kriſis europäiſcher Verhältniſſe, in dem vorzugsweiſe die Änderung und Reform der Verfaſſung ins Auge zu faſſen — über dieſem Beſtreben die Verhältniſſe im Lande zweifelhaft und unſicher werden zu laſſen, halte ich nicht für wohlgethan. Es findet ſich vielleicht ſpäter dafür der Augenblick. Eine Nation, die ſich definitiv konſolidiert hat, die fertig iſt mit ihren auswärtigen Aufgaben, kann an Verfaſſungskämpfe ohne Scheu herantreten. Wir aber haben den Kampf, der uns 4 bis 5 Jahre beſchäftigt hat, erſt in dieſem Jahre zum Abſchluß gebracht durch eine Nachgiebigkeit, die hier von meinem verehrten Freunde Herrn von Kleiſt Tadel gefunden hat.

Meine Heren, leben Sie erſt etwa 4 Jahre eines ſolchen Konflikts hindurch mit dem Gefühle der Verantwortlichkeit für die geſamte Situation zwiſchen Kräften, deren Sie nicht Herr ſind, weder der auswärtigen noch der inneren, und Sie werden ſagen: daß die Regierung Recht gethan hat, dieſen Konflikt geſchlichtet zu haben, ſobald ſie es ohne Demütigung der Krone konnte; der gewählte Moment aber war ſo, daß er jeden Verdacht einer Demütigung derſelben ausſchloß. Ich erwähne das nur zur Illuſtrierung meiner Anſicht, daß es nicht wohlgethan iſt, in dieſem Augenblicke wieder einen Konflikt heraufzubeſchwören, nicht wohlgethan, die Ungewißheit der Zukunft der neuen Lande über das Notwendigſte hinaus zu verlängern. Der Zeitraum iſt kurz bis zum 1. Oktober, aber ich hoffe, er iſt ausreichend. Ein noch kürzerer, wenn ausreichend, wäre mir lieber. Die preußiſche Verfaſſung iſt, ſo gut oder ſchlecht ſie iſt, das wirkſamſte Bindemittel, welches wir den vergrößerten Staaten bieten können. Nichts iſt geeignet, die Verſchmelzung der widerſtrebenden Elemente zu fördern, als gemeinſame Arbeit an gemeinſamen Aufgaben. Die Herren werden manche Vorurteile fallen laſſen, wenn ſie erſt mit uns gemeinſam an der nationalen Aufgabe thätig ſind. Dieſen, ſo zu ſagen, Deckel des

Kastens sehr lange offen stehen zu lassen in jetziger Zeit, halte ich nicht für nützlich. Je früher wir den Abschluß nach dieser Seite hin und nach der Seite des norddeutschen Bundes erreichen, desto gesicherter, desto zugeknöpfter gehen wir dem etwaigen schlechten Wetter der Zukunft entgegen. Aus diesem Grunde auch betreibt die Regierung, so viel sie kann, den Zusammentritt des norddeutschen Parlaments. Es ist eine schwere Aufgabe für die Regierung, unmittelbar aus einer parlamentarischen Kampagne in die andere überzugehen. Nichtsdestoweniger hat sie sich dazu entschlossen, weil sie überzeugt ist, daß der Verzug schadet. Ebenso sieht sie Gefahr im Aufschub der Konstituierung eines verfassungsmäßigen Gemeinwesens, an dem die neuen Länder in vollem Maße teilnehmen, und deshalb stellt sie sich selbst die Aufgabe, in den 8 Monaten, die wir noch haben, mit der Organisation, die der Anwendbarkeit der Verfassung in den neuen Ländern vorhergehen muß, fertig zu sein.

Sollte wider Erwarten dies nicht gelingen, so würde sie es vorziehen, vor jener Frist die Häuser des Landtags noch einmal zusammen zu berufen, um einen Aufschub der Verfassungseinführung zu beantragen. Sie hofft aber, nicht in diese Lage zu kommen. Das Gesetz, so wie es aus dem andern Hause gekommen ist, entspricht nicht vollkommen der ursprünglichen Vorlage der Regierung. Wir müssen aber immer mit allen Faktoren, mit denen wir zu thun haben, rechnen, und die Regierung ihrerseits zieht vor, das Gesetz in dieser Form zur Annahme gebracht zu sehen. Sie thut dies lieber, als daß sie sich darauf einläßt, gar kein Gesetz zustande kommen zu lassen, was doch immer wahrscheinlich der Fall sein würde, wenn hier Änderungen vorgenommen würden, dann das Gesetz an das andere Haus zurückgehen müßte, und dann wieder eine einundzwanzigtägige Frist bis zur zweiten Lesung erforderlich wäre. Es ist das ziemlich gleichbedeutend mit der Verwerfung. Wir würden dann immer nicht in dieser Session, ohne die Verhandlungen des norddeutschen Parlaments übermäßig hinauszuschieben, zum Ziele gelangen können. Ich kann deshalb nur — und ich bitte den verehrten Herrn Vorredner, daraus auf keinen dissensus mit meinen sonstigen politischen Freunden zu schließen, deren politischer Freund ich auch heute noch bin — Sie ersuchen, das Gesetz so anzunehmen, wie es aus dem anderen Hause hervorgegangen ist.

Vorlegung des Verfassungsentwurfes.

Rede gehalten am 4. März 1867.

Im Auftrage der hohen verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, dem Reichstage den Entwurf der Bundesverfassung vorzulegen, welcher zwischen den Regierungen vereinbart worden ist. Ich füge diesem Entwurfe eine authentische Ausfertigung derjenigen Verträge bei, auf welchen bisher die Konstituierung des Bündnisses beruht, so wie der Protokolle über die Konferenzen, in welchen der vorgelegte Verfassungsentwurf zwischen den Vertretern der hohen Regierungen festgestellt worden ist. Indem ich diese Vorlage der Beschlußnahme der hohen Versammlung unterbreite, enthalte ich mich, der Rede, mit welcher der König, mein allergnädigster Herr, unsere Sitzungen eröffnet hat, etwas hinzuzufügen. Nur auf einen Gegenstand erlaube ich mir aufmerksam zu machen. In dem vorläufigen Bündnis vom 18. August vorigen Jahres lautet Artikel 6: „Die Dauer des Bündnisses ist bis zum Abschluß des neuen Bundesverhältnisses, eventuell auf ein Jahr festgesetzt, wenn der neue Bund nicht vor Ablauf eines Jahres geschlossen sein sollte."

Ich beabsichtige nicht, die Situation hier näher ins Auge zu fassen, in welche Deutschland geraten würde, wenn bis zum 18. August des laufenden Jahres, also in $5^1/_2$ Monaten — von jetzt an gerechnet — unser Werk nicht zum Abschluß gebracht würde. Ich hoffe, sie wird nicht eintreten. Ich erlaube mir aber auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der uns allen bekannt ist: daß die Landtage oder wenigstens manche unter ihnen sich ausdrücklich vorbehalten haben, das Resultat unserer Verhandlungen ihrer Beschlußnahme zu unterziehen. Wir werden also sofort nach Schluß des Reichstages in der Notwendigkeit sein, die Landtage von 22 einzelnen verbündeten Staaten mit Beschleunigung zusammen zu berufen. Es ist dringend wünschenswert, daß auch diese Phase der Entwicklung sich abschließt, bevor der 18. August eintritt.

In allen diesen Momenten liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten. —

Die vertragsmäßige Regelung der Beziehungen zu Süddeutschland, so wie sie jedem von uns mehr oder weniger ausgebildet vorschweben, wird meines Erachtens wesentlich durch eine rasche und entschiedene Beschlußnahme in Norddeutschland gefördert werden. Das Vertrauen der süddeutschen Staaten auf

den Anſchluß an ihre norddeutſchen Landsleute wird in dem Maße gefördert werden, in welchem ſie ſehen, daß wir die Schritte nach unſerem Ziele hin mit Entſchiedenheit machen und daß wir dieſes Ziel in nahe Ausſicht nehmen können. Auch in dieſer Richtung, meine Herren, liegen Aufforderungen zur Beſchleunigung unſerer Arbeiten und zur baldigen Verſtändigung über die Punkte, über welche Meinungsverſchiedenheiten obwalten möchten.

Es liegt ohne Zweifel, meine Herren, etwas in unſerem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutſchlands widerſtrebt. Wir hätten die Einheit ſonſt nicht verloren, oder hätten ſie bald wieder gewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutſchen Größe, die erſte Kaiſerzeit, zurückblicken, ſo finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrſcheinlichkeit für ſich hatte, eine mächtige nationale Einheit ſich zu erhalten, wie gerade Deutſchland. Blicken Sie im Mittelalter von dem ruſſiſchen Reiche der Ruriſchen Fürſten bis zu den weſtgotiſchen und arabiſchen Gebieten in Spanien, ſo werden Sie finden, daß Deutſchland vor allen die größte Ausſicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was iſt der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ, und uns bis jetzt verhindert hat, ſie wieder zu gewinnen? Wenn ich es mit einem kurzen Worte ſagen ſoll, ſo iſt es, wie mir ſcheint, ein gewiſſer Überſchuß an dem Gefühle männlicher Selbſtändigkeit, welche in Deutſchland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, ſich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlaſſen, als auf die Geſamtheit. Es iſt der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu gunſten des Gemeinweſens, jener Gefügigkeit, welche unſere Nachbarvölker in den Stand geſetzt hat, die Wohlthaten, die wir erſtreben, ſich ſchon früher zu ſichern. —

Die Regierungen, meine Herren, haben Ihnen, glaube ich, im jetzigen Falle ein gutes Beiſpiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünſche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müſſen. Liefern auch wir den Beweis, meine Herren, daß Deutſchland in einer 600jährigen Leidensgeſchichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt; daß wir — und alle, die wir hier ſind, wir haben es ſelbſt erlebt, — die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Verſuchen von Frankfurt und Erfurt ziehen mußten. Das Mißlingen des damaligen Werkes hat in Deutſchland einen Zuſtand der Unſicherheit, der Unzufriedenhtei herbeigeführt, der 16 Jahre lang gedauert hat, und der ſchließ-

lich durch eine Kataſtrophe wie die des vorigen Jahres, nach irgend einer Seite hin, wie es Gott gefiel, ſeinen Abſchluß finden mußte.

Das deutſche Volk, meine Herren, hat ein Recht, von uns zu erwarten, daß wir der Wiederkehr einer ſolchen Kataſtrophe vorbeugen, und ich bin überzeugt, daß Sie mit den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegen haben, als dieſe gerechten Erwartungen des deutſchen Volkes zu erfüllen.

Über das Verfahren der Regierung in bezug auf Hannover.

Rede gehalten am 11. März 1867.

Ich hege die aufrichtigſten Sympathieen mit den Gefühlen, die einen treuen Anhänger einer geſtürzten Dynaſtie beſeelen können, mag dieſe Dynaſtie gefallen ſein durch ihre eigene Schuld oder durch die Gewalt der Umſtände. Ich kann es dem Herrn Vorredner (Abg. von Münchhauſen) auch nicht verargen, daß er das Bedürfnis empfunden hat, ſeinen Gefühlen Ausdruck zu geben; nur hätte ich gewünſcht, daß er von dieſem Ausdrucke Anklagen der Königlich preußiſchen Regierung fern gehalten hätte, die ſich entweder auf unrichtige Auffaſſung der Thatſachen, oder auf unrichtige Thatſachen überhaupt gründen, und daß er mich der undankbaren Aufgabe überhoben hätte, ihn in dieſer Beziehung zu widerlegen.

Ich weiſe zunächſt den Vorwurf, als hätte die Königlich preußiſche Regierung die Kapitulation von Langenſalza nicht gehalten, als eine unwürdige Verleumdung der Königlichen Regierung, mit Entrüſtung zurück. Die Kapitulation von Langenſalza iſt kein Staatsvertrag. Keinem der Unterhändler, die dabei thätig geweſen ſind, ſo lange die Truppen bei Langenſalza ſtanden, iſt es eingefallen, daraus etwas anderes zu machen, als eine militäriſche Konvention, um für die Dauer des Krieges weiteres Blutvergießen zwiſchen Truppen, die lange befreundet geweſen waren und manche glorreiche Erinnerung mit einander teilten, zu verhindern. In dieſem Sinne iſt Sr. Maj. dem Könige Georg die Sicherheit ſeines Privateigentums zugeſichert worden, natürlich desjenigen Privateigentums, das ſich im Lager und bei ihm befand. Über das übrige Privateigentum, welches

bereits in unſeren Händen oder ſonſt im Königreich Hannover war, und über andere dahin bezügliche Verhältniſſe haben Staatsverträge zu beſtimmen.

Daß Ihre Majeſtät die Königin Maria vorzieht, noch in dieſem Augenblick in dem preußiſchen Lande zu verweilen, ohne daß Ihr Herr Gemahl mit Sr. Maj. dem Könige von Preußen Frieden geſchloſſen hat, iſt ein Beweis des Schutzes, welchen Fürſten und Fürſtinnen auch dann, wenn ſie unſere Feinde ſind, jederzeit in Preußen finden, und des Vertrauens auf dieſen Schutz, und ich bewundere, daß die Königin Maria das Vertrauen bis zu dieſem Grade ausdehnte. Ich weiß aber, daß der Aufenthalt, daß die Anweſenheit nicht der Königin, aber des Hofes in Marienburg den Deckmantel von Intriguen bildet, die wir nicht auf die Dauer dulden können; ihre Fäden abzuſchneiden, hat Se. Maj. der König befohlen. Infolge dieſes Befehls iſt der Major v. Trenck vor den Augen J. Maj. der Königin Maria verhaftet worden. Wenn J. Majeſtät das nicht anſehen will, muß ſie nicht in der Marienburg wohnen. Für uns ſtehen zu hohe Intereſſen im Spiele, die Ruhe des Landes kann aus dergleichen Rückſichten nicht gefährdet werden, wenigſtens ſind wir feſt entſchloſſen, nicht damit ſpielen zu laſſen. Hr. v. Trenck war unſeren Nachrichten nach Träger auch von anderen Papieren; er hat rechtzeitig aus den hannoverſchen Bureaux Nachrichten darüber bekommen, daß auf ihn vigiliert würde; er hat infolge deſſen dieſe anderen Papiere entweder nicht mitgenommen, oder frühzeitig in Sicherheit gebracht; es fand ſich bei ihm nur ein Brief des Königs Georg an die Königin Maria. Es ſtimmt mit der Intention Sr. Maj. des Königs nicht überein, daß dieſer Brief erbrochen wurde. An die Königin Maria kann ihr hoher Gemahl ſchreiben was er will, dadurch kann die Ruhe des Staates nicht kompromittiert werden. Die Intention iſt mißverſtanden, daß dadurch der Auftrag überſchritten worden, wie das häufig im Leben, namentlich in geſpannten Verhältniſſen, vorkommt. Er bezog ſich vorzugsweiſe auf die Verbreitung ſolcher Proklamationen, die von Hietzing kommen und die im Stile des „Württemberger Beobachters“ unter das hannoverſche Landvolk, ſei es behufs der Wahlen, oder um andere Unruhen zu erregen, verbreitet werden. Se. Maj. der König hat befohlen, in einem Schreiben an einen Beamten des Königlichen Hofes in Marienburg Sein Bedauern über das Überſchreiten Seiner Intention auszudrücken. Der-

gleichen kann überall vorkommen. Daß es nicht in unſeren Gewohnheiten liegt, das zeigt am beſten der fortgeſetzte Aufenthalt der Königin Maria in Marienburg ungeachtet der fortgeſetzten Weigerung ihres Herrn Gemahls, Frieden mit uns zu ſchließen.

Der Herr Vorredner hat außerdem über das Regime, unter dem Hannover bisher verwaltet worden iſt, Klage geführt. Ich begreife dieſe Klage. Hannover ſteht augenblicklich unter dem Regiment des Abſolutismus, und dieſes Regiment wird ſein Ende finden am 1. Oktober d. J.; dann wird es ſich aller der verfaſſungsmäßigen Garantieen erfreuen, welche die übrigen Provinzen des preußiſchen Staates bereits in dieſem Augenblick ſchützen. Bis dahin aber wird ſich der Herr Vorredner damit beſcheiden müſſen, daß die Provinz nach den perſönlichen Überzeugungen Sr. Maj. des Königs über die Maßregeln, die zur Sicherſtellung der preußiſchen Herrſchaft in dem Lande notwendig ſind, regiert wird. Wir werden den Widerſtand nicht tragen, wir werden ihn brechen. Daß die Sache ſo gekommen iſt, kann niemand mehr wie ich bedauern. Ich habe ſchon vorhin angedeutet, daß Jahrhunderte lange Erinnerungen und Traditionen die hannoverſche Armee mit der preußiſchen verknüpften, und die hannoverſche Politik mit der preußiſchen. Es war die Gruppierung des ſiebenjährigen Kriegs eine vollkommen natürliche, die in unſer aller Erinnerung lebt. Seit einigen Jahren hat ſich Hannover von dieſer natürlichen Verbindung losgeriſſen ich habe ſeine Miniſter, — der Graf Platen wird mir das bezeugen — mit den Worten gemeint: wenn Sie Preußens Ehrgeiz fürchten, können Sie ihn nicht wirkſamer entwaffnen, als dadurch, daß Sie treue Bundesgenoſſen ſind. Einem Bundesgenoſſen nach dem ſiegreichen Kriege iſt kein Fürſt des Hauſes Hohenzollern imſtande, ein Haar zu krümmen. Wenn Sie ſich aber mit unſern Feinden liieren, obſchon Sie dieſelben Intereſſen mit uns haben, wenn Sie zwiſchen Hamburg, Minden und Köln einen Staat ſchaffen, von dem wir befürchten müſſen, daß er jede Verlegenheit Preußens nach außen benutzt, jede Front, die wir nach dem Süden machen, um uns, ich will nicht ſagen, den Dolch, aber die Waffe in den Rücken zu rennen; ein ſolcher Staat kann nicht mit unſerm Willen beſtehen, ſeine Fortexiſtenz wäre unverträglich mit der Preußens, und derjenige preußiſche Miniſter, der die erſte Gelegenheit, die ſich zur Beſeitigung eines ſolchen Hannovers darbietet, verſäumen würde,

verrät sein Land, verrät Deutschland! Sie hätten uns diese Gelegenheit nicht geben, diese Verpflichtung nicht auferlegen müssen. Wir haben lange unterhandelt, vielleicht zu lange über ein Bündnis mit Hannover, wir haben noch bei Langensalza darüber unterhandelt. Woran scheiterten die Unterhandlungen mit Hannover? An der Abneigung Sr. Maj. des Königs Georg, Garantieen dafür zu geben, daß die hannoversche Armee sich auf nur ein Jahr lang der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir haben das Bündnis angeboten von dem Augenblick an, wo wir die Möglichkeit eines Krieges voraussahen. Wir sind hingehalten worden mit Tergiversationen. Man hat uns in amtlich mitgeteilten Noten einen Neutralitätsvertrag versprochen, während dessen aber fortgefahren, heimlich zu waffnen: man ließ Munition und Waffen nach Stade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um dort mit dem Gablenzschen Korps, mit denjenigen Streitkräften, die das Haus Augustenburg in Holstein würde mobil machen können und deren Waffen wir dann in Hamburg gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinschaftlich mit Österreich zu machen. Dieser Gefahr kann sich Preußen nicht zum zweiten Mal aussetzen. Wir haben die Verhandlungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover würde sich besinnen. Es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm, der mit uns denselben Dialekt spricht, in dessen Adern unser Blut fließt, den Degen zu ziehen. Um dies zu vermeiden, haben wir rechtzeitig, — wenn ich nicht irre, war es am 9. oder 11. oder kurz darauf — in Hannover amtlich folgendes kundgegeben: Stimmt Hannover für den österreichischen Antrag, der am 14. Juni in Frankfurt votiert worden, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten und danach verfahren. Sie waren vollständig gewarnt, hatten aber Vertrauen auf 800,000 Mann österreichischer Truppen — so war nämlich die Ziffer durch den Prinzen Solms angegeben, der seinem hohen Verwandten damit einen schlechten Dienst geleistet, als er schwankte zwischen Preußen und Österreich, ihn in das andere Lager hinüberzuziehen.

M. H., in solchen Angelegenheiten kann diese Art von gemütlicher Auffassung, an die man sich in Deutschland in fünfzigjährigem Frieden gewöhnt hat, nicht platzgreifen. Es ist mir von mehreren Seiten nach dem Kriege, von seiten deutscher Staaten in einer Weise entgegengekommen, die etwa sagen wollte: „Nun, wir haben die Sache nicht so ernst gemeint, nun ist alles

wieder beim alten; wir haben in Hannover nur mit scharfen Patronen Manöver gemacht; wir wollen uns auf die alten Stühle setzen, und Ihr werdet nicht böse sein." Man hat sich über den Ernst der Sache getäuscht; ob in demjenigen Dünkel, mit dem Gott öfter die Fürsten schlägt, ob in derjenigen Unkenntnis der Diplomaten und Minister, in der viele sich über die Realitäten dieses Lebens befinden, lasse ich dahingestellt. Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen; man war entschlossen, preußische Provinzen zu nehmen, wenn man gesiegt hätte; danach hat man kein Recht, sich nachher zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen hatte, die er nun gehabt hat, und nun uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzuschlagen. M. H., wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen aufs Spiel gestellt wird, wenn das ganze Königreich, wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft, ich weiß nicht, auf wie lange, uns bedrohte; wenn man uns in die Gefahr bringt eines Stichs in die Seite, soll man danach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität fallen und über schlechte Behandlung klagen.

Glaubt man das zu können, so ist es eine Unkenntnis der Dinge, an der jeder Staat und jede Krone zu grunde gehen muß, welche mit dieser Unkenntnis geschlagen ist. Der Herr Vorredner hat uns noch einen speziellen Vorwurf gemacht; er hat darüber geklagt, daß Leute ohne Urteil und Recht und im Widerspruche mit der Gesetzgebung nach der Festung Minden abgeführt seien. M. H., im hannoverschen Gebiete lag keine Festung, sonst hätte ich es für korrekter gefunden, sie dahin abzuführen. Das ist aber meines Erachtens das einzige, worüber vom juristischen Standpunkte aus Beschwerde geführt werden kann in einem Lande, wo nach Kriegs- und Völkerrecht in diesem Augenblick die absolute Regierung besteht, die Regierung eines Eroberers, und zwar eines solchen, der mit Ihnen Freund und Landsmann sein will und sich als solchen führt, immerhin aber doch eines Eroberers; in einem solchen Lande und in solchem Augenblicke sich darüber zu beschweren, daß jemand, der die Ruhe stört, eingesperrt und unschädlich gemacht wird, dann ist Ihnen der Unterschied zwischen einer absoluten und konstitutionellen Verfassung, die dem Staatsbürger gegen den Mißbrauch der Gewalten Garantieen giebt, überhaupt unklar. Werden Sie es jetzt in Rußland für eine Gesetzes und Rechtsverletzung hal-

ten, wenn jemand präventiv eingesperrt wird? Ist es nicht bei uns toto die passiert, ehe wir die Verfassung hatten, ohne daß die scharfsinnigsten Juristen etwas dagegen vorzubringen wußten? Formales Unrecht geschieht dabei nicht. Ob aber durch moralisches Unrecht der Verschuldete getroffen wird, ist von hier aus und in solchen Verhältnissen nicht immer zu unterscheiden, und ich wünschte Ihnen, daß der 1. Oktober rascher herankomme, als es sonst seine Art ist. Dann werden Sie von allen diesen Unbilden befreit sein. Wir werden Ihnen gegenüber die preußische Verfassung ebenso strikt in allen Gantieen der persönlichen Freiheit beobachten, wie in den alten Provinzen. Aber gerade, weil die Zeit so kurz ist, können wir in dieser kurzen Zeit nicht viel spaßen. Ich rate auf das dringendste Ihnen und Ihren Freunden ab, daß Sie uns nicht herausfordern! Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind.

Über Geist und Wesen der Bundes-Verfassung.

Rede gehalten am 11. März 1867.

Wenn ich in diesem Stadium der Diskussion das Wort ergreife, so ist es nicht meine Absicht und kann sie nicht sein, Ihnen die fehlenden Motive für den Gesamtinhalt der Regierungsvorlage zu entwickeln; — aus demselben Grunde nicht, — aus dem wir überhaupt keine Motive vorgelegt haben. Die Arbeit, meine Herren, ist so umfassend; es wäre ein Werk darüber zu schreiben gewesen, wenn die Arbeit sich einigermaßen auf der Höhe der Aufgabe, mit der wir beschäftigt sind, halten sollte. Hätten wir Motive der Versammlung der Bundes-Kommissarien vorgelegt, so würden wir, ich weiß nicht wie viel Zeit über deren Diskussion verloren haben; schwerlich nur soviel Zeit, wie dazu gehört hätte, sie auszuarbeiten. Es ist nicht etwa eine Nichtachtung des Eindrucks, den unsere Vorlage macht, daß wir uns enthalten haben, die Motive vorzulegen. Wir hatten buchstäblich nicht die Zeit dazu. Eine Arbeitszeit von vier Wochen für einen Rat, welcher mit der Anfertigung der Motive beauftragt gewesen wäre, wäre kaum zu kurz bemessen. Wenn wir uns dann auch unter den verbündeten Regierungen verständigt hätten über den Text, so glaube ich doch nicht, daß wir heute schon hier vereint gewesen wären, wenn wir Ihnen hätten

Motive vorlegen sollen. Wir wären auch in die Gefahr gekommen, in diesen Motiven Dinge zu vertreten, die vielleicht gar nicht bestritten werden. Die Motive werden sich aus der allgemeinen und späteren Spezialdiskussion ergeben von seiten derjenigen, die den Verfassungs-Entwurf unterstützen, oder durch die Erklärungen der Regierungen, die gefordert werden und die sich an die auftauchenden Zweifel knüpfen werden.

Meine Absicht ist ebensowenig, der Spezialdiskussion vorzugreifen, sondern nur wenige allgemeine Gesichtspunkte zu entwickeln, die uns bei der Aufstellung der Verfassung geleitet haben.

Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Grundverfassung herzustellen, in welcher die Einheit Deutschlands einerseits auf ewig verbürgt würde, auf der andern Seite jeder partikularistischen Regung die freie Bewegung gesichert bliebe. Einen solchen Stein der Weisen, wenn er zu finden ist, zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen, einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Dezimalstellen näher zu rücken, ist nicht die Aufgabe der Gegenwart. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, in Erinnerung und in richtiger Schätzung, glaube ich, derjenigen Widerstandskräfte, an welchen die früheren Versuche in Frankfurt und Erfurt gescheitert sind, diese Widerstandskräfte, so wenig als es irgend mit dem Zweck verträglich war, herauszufordern. Wir haben es für unsere Aufgabe gehalten, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonderexistenzen auf deutschem Gebiete der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden soll; wir mögen das Elaborat, was dadurch zu stande gekommen ist, mit dem Namen einer Verfassung belegen oder nicht; das thut zur Sache nichts. Wir glauben aber, daß, wenn es hier angenommen wird, **für das deutsche Volk die Bahn frei gemacht worden ist, und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres eigenen Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg zu finden wissen wird, der zu seinen Zielen führt.**

Wenn zu diesem Zweck, nach unserer Ansicht wenigstens, das Gegebene hinreicht, so begreife ich vollständig, daß viele Wünsche unbefriedigt bleiben, daß man daneben noch eine Vorlage anderer Dinge gewünscht und gleich gewünscht hätte. Ich begreife aber nicht, wie man, weil diese Wünsche bisher unerfüllt geblieben sind, das Gebotene ablehnen will und dabei doch be-

haupten, man wolle überhaupt eine Verfassung, die Deutschland zur Einheit führen könne.

Es sind Einwendungen bisher laut geworden und Wünsche geltend gemacht von zwei Seiten: ich möchte sagen von der unitarischen und partikularistischen Seite; von der unitarischen dahingehend, daß man auch von diesem Verfassungs-Entwurf, wie von dem früheren die Herstellung eines konstitutionellen verantwortlichen Ministeriums erwartet hat. Wer sollte dieses Ministerium ernennen? Einem Konsortium von 22 Regierungen ist diese Aufgabe nicht zuzumuten; es würde sie nicht erfüllen können. Ausschließen können Sie aber 21 von 22 Regierungen von der Teilnahme an der Herstellung der Exekutive ebensowenig. Es wäre der Anforderung nur dadurch zu genügen gewesen, daß eine einheitliche Spitze mit monarchischem Charakter geschaffen wäre. Dann aber, meine Herren, haben Sie keine Bundesverhältnisse mehr, dann haben Sie die Mediatisierung derer, denen diese monarchische Gewalt nicht übertragen wird. Diese Mediatisierung ist von unseren Bundesgenossen weder bewilligt, noch von uns erstrebt worden. Es ist hier angedeutet worden, man könne sie mit Gewalt erzwingen; von andern, sie werde sich zum Teil von selbst ergeben, und letzteres von einer mir nahestehenden Seite. Wir erwarten dies nicht in dem Maße und glauben nicht, daß deutsche Fürsten in größerer Anzahl bereit sein werden, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Pairs zu vertauschen. Wir haben ihnen diese Zumutung niemals gemacht, und beabsichtigen nicht, sie ihnen zu machen; noch weniger aber kann ich als unsere Aufgabe betrachten, auf die Gewalt, auf die Übermacht Preußens in diesem Bunde sich zu berufen, um eine Konzession zu erzwingen, die nicht freiwillig entgegen getragen wird. Eine soche Gewalt konnten wir am allerwenigsten gegen Bundesgenossen anwenden, die im Augenblicke der Gefahr treu zu uns gestanden haben, ebensowenig gegen die, mit denen wir soeben einen völkerrechtlichen Frieden, auf ewig, wie wir hoffen, — wie man das Wort auf dieser Erde zu gebrauchen pflegt, — besiegelt haben.

Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht die Gewalt sein, weder den Fürsten, noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen zu der Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, solange man uns die Vertragstreue hält.

Es ist angespielt worden auf die Erklärungen, die im Sinne einer einheitlichen Reichsgewalt von einigen der Bundes-Regierungen in den Schlußprotokollen niedergelegt seien. Ich kann nur bedauern, daß diese Erklärungen erst in dem Schlußprotokolle zutage getreten sind; wären sie in der Diskussion gemacht, bevor das Schlußprotokoll redigiert wurde, so hätte man wenigstens darüber urteilen können, welche Aufnahme solche Ansichten bei der Mehrzahl der Regierungen gefunden haben würden. Da sie erst nach dem Schlusse der Verhandlungen zutage traten, so kann ich sie nur auffassen als ein totes Glaubensbekenntnis ohne Werke.

Schwerer als die Einwendungen vom unitarischen Standpunkte, und ernstlicher gemeint sind meines Erachtens diejenigen vom partikularistischen. Unter Partikularismus denkt man sich sonst eine widerstrebende Dynastie, eine widerstrebende Kaste in irgend einem Staate, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonderinteressen entgegenstellt. Wir haben es heute mit einer neuen Spezies von Partikularismus zu thun, mit dem parlamentarischen Partikularismus. Früher hieß es vom dynastischen Standpunkte aus: „hie Waiblinger, hie Welf"; jetzt heißt es: „hie Landtag, hie Reichstag!" Das Recht, das der preußische Landtag hat, zu unseren Vereinbarungen hier nein zu sagen, es ist schon vorhin von anderer Seite hervorgehoben, und ich glaube, es wird das niemand ernstlich bestreiten, und sich demgegenüber auf die Macht berufen, dieses Recht hat ein jeder Landtag, so klein oder so groß er sein mag; denn wir wollen nicht in einer gewaltthätigen, sondern in einer rechtlichen Gemeinschaft leben. Bis jetzt aber sind die Widersprüche der übrigen Landtage auf dieser Tribüne nicht in einer gleichen Weise angemeldet worden, wie die des preußischen Landtages, und zwar von Seiten, von denen es mich überrascht hat. Der Vertreter einer norddeutschen Republik begeistert sich plötzlich für die monarchische Verfassung Preußens, ein katholischer Geistlicher stellt diese selbe Verfassung mit dem Heile seiner Seele an dem Leitfaden eines Bibelspruches auf dieselbe Höhe, und sprach zu uns, in Ton und Worten die tiefste Erschütterung darüber verratend, daß an dieser Verfassung auch nur ein Artikel geändert werden könnte — auf gesetzmäßigem Wege, wohlverstanden. Ich zweifle keinen Augenblick an der aufrichtigen Überzeugung, mit der diese Worte gesprochen wurden, aber überrascht hat es mich, daß er die Wirkung davon ab-

ſchwächte durch einen ſcherzhaften Seitenhieb auf meine Perſon: „ich würde mir auch zu helfen wiſſen, wenn hier nichts zuſtande käme.“ Meine Herren, ob ich mir in dieſem Falle zu helfen wüßte, das will ich hier unerörtert laſſen; ich würde mir aber nicht helfen. Ich habe meinem Könige und Lande niemals den Dienſt verſagt, in einem ſolchen Falle aber würde ich ihn verſagen und würde denjenigen, die das Chaos herbeigeführt haben, auch überlaſſen, den Weg aus dem Labyrinte wieder heraus zu finden.

Wenn von anderer Seite, von Abgeordneten, mit denen ich mir mancher gemeinſchaftlicher Anſicht bewußt bin, von Mitgliedern des preußiſchen Abgeordnetenhauſes, — von ſolcher Seite, von der ich glaube, daß ſie wirklich das Zuſtandekommen der Sache will, dennoch hier der Satz aufgeſtellt worden iſt, daß die preußiſche Verfaſſung über der Reichs-Verfaſſung einſtweilen ſtehe, daß dasjenige, was hier vereinbart wird zwiſchen der Geſamtheit der Landes-Regierungen, nachdem mit Mühe eine Vereinigung unter dieſen erzielt worden, und zwiſchen den freigewählten Vertretern von 30 Millionen Deutſchen, ſchon jetzt vor die Aſſiſen des preußiſches Landtages zitiert wurde; meine Herren, da hat mich ein demütigendes Gefühl beſchlichen, daß diejenigen, die uns neu zugetreten ſind, ſo raſch die Illuſion verlieren, die ſie etwa gehabt haben könnten, daß der Menſch wirklich mit ſeinen größeren Zwecken wächſt, und daß der weitere Geſichtskreis, den der größere Staat haben ſoll, ſich auch allen ſeinen Mitgliedern mitteilt. Die Herren, die ſo kurzweg hier das Wort ausſprechen, daß der preußiſche Landtag das Produkt unſerer Arbeiten in den und den Fällen verwerfen oder genehmigen werde — ihre Legitimation dazu iſt ſchon hier angezweifelt worden. Aber ich möchte Sie fragen: was würden Sie ſagen, wenn heutzutage eine der verbündeten Regierungen ſchon von Hauſe aus erklärte; wenn dies und das nicht in der Verfaſſung ſteht, ſo nehme ich ſie unter allen Umſtänden nicht an! wenn ein Stand oder eine Kaſte dieſe ſelbe Erklärung abgäbe, wenn ein Mitglied der mecklenburgſchen Ritterſchaft aufträte und ſagte: wenn unſere Rechte nicht geſchont werden — und ſie wiegen auf der Wagſchale der Gerechtigkeit gerade eben ſo ſchwer, wie die des preußiſchen Landtags — ſo ſpielen wir nicht mit! Ich erinnere Sie daran, meine Herren, als die Verſuche von Frankfurt und Erfurt mißlangen — der von Erfurt nicht ſo ſehr, wie hier gemeint wurde, durch das Widerſtreben der beteiligten

Regierungen, wenn ich auch nicht behaupten kann, daß unsere preußische Regierung damals mit der wünschenswerten Energie ihre Aufgabe vertreten hätte; er scheiterte meines Erachtens daran, daß Hannover und Sachsen einfach auf die österreichische Armee, die hinter Olmütz stand, mehr Vertrauen hatten, als auf den Drei-Königsbund — das war wohl das Durchschlagende, wenn es auch eine Menge anderer Ursachen gegeben haben mag, — ich erinnere Sie daran, daß man für uns, die wir damals unter den Namen der preußischen Junkerpartei die Verantwortung für das Nichtzustandekommen vor der Öffentlichkeit aufladen mußten, kein Wort finden konnte in der öffentlichen Presse, was stark genug war, um „diesen unwürdigen Mangel an Vaterlandsliebe" zu brandmarken, der dahin führte, „aus Standesinteressen lieber einen Junkerstaat von der Größe der Mark Brandenburg zu gründen" und was dergleichen von Ihnen bereits vergessene Zeitungsartikel waren, die auf uns Schmach und Vorwurf häuften, weil wir das Werk gehindert hätten, das wir zu stande zu bringen in der Lage nicht waren. Ich habe, als hier vorgestern dasselbe Recht für den preußischen Landtag in Anspruch genommen wurde, in der ganzen Versammlung keinen Ausruf des Erstaunens gehört, außer dem, den ich in meinem Innern unterdrückte.

Ich glaube, meine Herren, diejenigen, die dieses Wort aussprachen, unterschätzen denn doch den Ernst der Situation, in der wir uns befinden. Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siziliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjester zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Million deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtags-Resolution ad acta geschrieben werden können; meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation. Es liegt mir fern, irgend eine Drohung auszusprechen, ich achte die Rechte unseres Landtages, ebenso wie ich sie von Hause aus gern geachtet hätte, wenn es mit dem Bestande des preußischen Staates nach meiner Überzeugung verträglich gewesen wäre; aber ich habe die sichere

Überzeugung, kein deutſcher Landtag wird einen ſolchen Beſchluß faſſen, wenn wir uns hier einigen.

Ich möchte die Herren, die ſich dieſe Möglichkeiten denken, wohl ſehen, wie ſie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebnis dieſer gewaltigen Anſtrengung fragt. Sie würden ihm etwa ſagen: Ja freilich, mit der deutſchen Einheit iſt es wiederum nichts geworden, die wird ſich wohl bei Gelegenheit finden, ſie iſt ja leicht zu haben, eine Verſtändigung iſt ja alle Tage wieder möglich; aber wir haben das Budgetrecht des Abgeordnetenhauſes, des preußiſchen Landtages gerettet, das Recht, jedes Jahr die Exiſtenz der preußiſchen Armee in Frage zu ſtellen, ein Recht, von dem wir als gute Patrioten niemals Gebrauch machen würden, und ſollte jene Verſammlung weit auf Abwege geraten, die es wirklich wollte, ſo würden wir den Miniſter als Landesverräter zur Verantwortung ziehen, welcher ſich zur Ausführung hergiebt. Aber es iſt doch unſer Recht: darum haben wir unter den Mauern von Preßburg mit dem Kaiſer von Öſterreich gerungen, und damit ſoll der Invalide ſich tröſten über den Verluſt ſeiner Glieder, damit die Witwe, die ihren Mann begraben hat?

Meine Herren, es iſt wirklich eine vollſtändig unmögliche Situation, die Sie ſich da machen, ich wende mich gern von dieſen phantaſtiſchen Unmöglichkeiten in das reale Gebiet zurück zu einigen Einwendungen, die hier gegen den Inhalt der Verfaſſungen gemacht worden ſind.

Es iſt, ich weiß nicht, ob in der Thronrede der Ausdruck ſtehen geblieben iſt, ſchon geſagt, daß wir das Werk der Verbeſſerung fähig halten. Ich darf wenigſtens hier bezeugen, daß wir für keinen Vorſchlag, der wirklich mit der Erleichterung des Zuſtandekommens und der Verbeſſerung des Werkes ernſtlich gemeint iſt, unempfänglich ſind. Sie müſſen doch die Regierung nicht in Verdacht haben, und keine der zweiundzwanzig Bundes-Regierungen, daß ſie ſich von der hiſtoriſchen konſtitutionellen Entwicklung Deutſchlands losſagen wolle, daß ſie nur dieſes Parlament etwa benutzen wolle, um den Parlamentarismus im Kampf der Parlamente gegen einander aufzureiben. Was hätten wir denn davon? Iſt denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine ſolche, die ſich zur Aufgabe geſtellt hat, eine Einheit im Feuer oder gar in kaltem Metall, wenn das Feuer erkaltet ſein wird, zu ſchmieden, eine Einigung, die nicht

überall in Europa mit Wohlwollen geſehen wird, daß dieſe Regierung es ſich gewiſſermaßen zur ſyſtematiſchen Aufgabe ſtellt, die Rechte der Bevölkerung auf die Teilnahme an ihren eigenen Geſchäften zu unterdrücken, abzuſchaffen; auf ein wildes Reaktionsweſen ſich einzulaſſen, ſich in Kämpfen mit der eigenen Bevölkerung aufzuhalten, meine Herren, das können Sie von einer Dynaſtie, wie ſie über Preußen regiert, das können Sie von keiner der Dynaſtien, die augenblicklich in Deutſchland regieren, erwarten, daß ſie an ein nationales Werk mit dieſer Heuchelei — ich kann es nicht anders nennen — herangeht.

Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich iſt. Es kann ſich nur handeln um die Grenze: wie viel, was iſt mit dieſer Sicherheit auf die Dauer verträglich? was iſt jetzt mit ihr verträglich? iſt ein Übergangsſtadium nötig? wie lange muß dies dauern? Es kann nicht in unſrer Abſicht liegen, das Militärbudget auch für den Zeitraum, wo es von Ihnen ſelbſt als eiſern behandelt werden ſollte, und ein ſolcher Zeitraum iſt meines Erachtens unentbehrlich, Ihrer Kenntnis zu entziehen. Es iſt hier geſagt worden, als wenn das Militärbudget mit einer gewiſſen Heimlichkeit nachher behandelt werden ſollte. Soweit ich mir überhaupt dieſen Gedanken ſchon klar gemacht habe, ſo ſchwebt er mir in der Art vor, daß wir jedenfalls ein Budget vorlegen würden, welches die Geſamtausgaben des Bundes umfaßt, die militäriſchen nicht ausgeſchloſſen; nur würden wir das auf der Baſis des mit der Vertretung für eine gewiſſe Dauer von Jahren abzuſchließenden Vertrages thun, ſo daß man uns an dem Militär-Budget für dieſe Zeit keine Streichung machen kann, wenigſtens keine ſolche, die nicht mit dem Bundes-Feloherrn vereinbart wäre. Es iſt ja möglich, daß der Bundesfeldherr ſich überzeugt, dies oder jenes kann ich entbehren, daß er ſelbſt ſagt, das will ich. Aber es muß einen Zeitraum geben, in welchem die Exiſtenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängt. Ich will gern zugeben, daß es ſehr unwahrſcheinlich iſt, daß ſich in dieſem Reichstage eine Majorität finden würde, die nicht dasjenige bewilligen würde, was Ihrer Meinung nach zur Verteidigung des Landes hinreichend iſt. Ich fürchte in dieſer Beziehung nicht gerade von Partikulariſten auf die Weiſe, auf die hier hingewieſen wurde, ich fürchte viel mehr von der Vermiſchung der Frage über die Grenze zwiſchen parlamentariſcher und fürſtlicher Gewalt mit der

Frage von der Verteidigungsfähigkeit Deutſchlands dem Auslande gegenüber; ich halte es nicht für gut, daß man das Bedürfnis hat, den parlamentariſchen Einfluß, den man erſtrebt und den wir ja gerne den Parlamenten gönnen, vorzugsweiſe an der Armee zu üben, während mannigfache andere Felder immer überbleiben, um ihn zu üben.

Ich glaube, meine Herren, es iſt ein faſt wirkſameres Mittel, ſich den Einfluß auf die Regierungen zu ſichern, den mehrere vorgeſtrige Redner vermißten, wenn Sie beiſpielsweiſe die Zollerträge in der Richtung Ihrer Geſetzgebung unterzögen, die dem Reiche Hilfsquellen abſchnitten, wenn Sie beiſpielsweiſe diejenigen Beamten abſtrichen, die auf dem Reichsbudget für Zollerhebung ſtehen; wenn Sie Ihre Thätigkeit dahin richten wollten, um ein Ihnen unannehmbares Syſtem der Regierung zu beſeitigen, das Eiſenbahn- und Telegraphenweſen lahm zu legen. Ich glaube, meine Herren, das wäre vielleicht wirkſamer, als wenn Sie ſich die Beſchließung über die Zuſammenſetzung und Ausdehnung der Armee vorbehalten, denn dann richtet ſich der Beſchluß auf die Fundamente der Sicherheit und der ſtaatlichen Exiſtenz, namentlich in einem Bundesſtaate, da iſt die Regierung in derſelben Unmöglichkeit, nachzugeben, in der die preußiſche Regierung ſich ſeit mehreren Jahren zu befinden glaubte.

Wenn dieſe Einrichtung, die Bundes-Armee, vorläufig diejenige Baſis, die am vollſtändigſten ausgebildet iſt, diejenige Baſis, die wir am unentbehrlichſten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage geſtellt werden ſollte, meine Herren, es würde mir das — verzeihen Sie mir, wenn ich ein Gleichnis brauche aus einem Beruf, in dem ich mich früher befand, den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Beſitzloſen, darüber abgeſtimmt wird, ob die Deiche bei Hochwaſſer durchſtochen werden ſollen oder nicht; aus ſolchem Deichverbande würde ich einfach ausſcheiden, da wäre mir das Wohnen zu unſicher, und ich würde mich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal diejenigen, die die Wirtſchaft mit freier Weide wünſchen, über diejenigen, die mit beſtellten und waſſerfreien Äckern, die Oberhand gewännen und alle durch eine Waſſerflut zu Grunde gingen.

Jedenfalls, wie ich es mir ſchon anzudeuten erlaubte, brauchen wir in dieſer Beziehung ein unantaſtbares Übergangsſtadium, bis wir organiſch zu Fleiſch und Blut mit einander verwachſen ſind, und dieſer Gedanke wird auch, wie ich glaube, von einem

großen Teil der ſtrengeren Konſtitutionellen, die aber das Zuſtandekommen der Sache wollen, nicht angefochten.

Im Übrigen bemerke ich inbezug auf einige Einzelheiten, die moniert worden ſind, um zu verhindern, daß die Diskuſſion ſich öfter auf dieſes Gebiet begiebt, als nötig iſt, beiſpielsweiſe unſere Beziehungen zu Süddeutſchland.

Der Herr Abg. Waldeck hat vorgeſtern ſich lediglich von der Herſtellung eines konſtitutionellen einheitlichen Miniſteriums die Wirkung verſprochen, „dann hätten wir die Süddeutſchen,“ wie er ſich ausdrückte. Ich glaube, wir können ſie nicht ſicherer zurückſchrecken, als wenn wir in eine ſolche Richtung treten, die, wie ich vorhin andeutete, mit der Mediatiſierung der deutſchen Fürſten große Ähnlichkeit hatte. Wer ſind dieſe Süddeutſchen? Einſtweilen iſt es die bayriſche, die würtembergiſche, die badiſche Regierung. Glauben Sie, daß Seine Majeſtät der König von Bayern, oder von Würtemberg, ſich durch ſolche Einrichtungen, wie ſie der Abgeordnete Waldeck in Vorſchlag brachte, beſonders angezogen fühlt? Meine Herren! Ich weiß das Gegenteil.

Unſer Verhältnis zu Süddeutſchland wird ſich an der Hand des Artikels, der ſich im Verfaſſungsentwurfe darüber befindet, meines Erachtens einfach und mit Sicherheit entwickeln. Wir haben zunächſt mit Süddeutſchland die Gemeinſchaft des Zollvereins, eine Gemeinſchaft, die in dieſem Augenblicke allerdings bis zu einem gewiſſen Grade in der Luft ſchwebt, weil die Friedensverträge eine ſechsmonatliche Kündigung vorbehalten, bis wir uns über das Verhältnis von Nord- und Süddeutſchland in dieſer Beziehung geeinigt haben werden; um eine Einigung möglich zu machen, war dieſes Kündigungsrecht notwendig.

Ich denke alſo, ſobald wir mit der norddeutſchen Verfaſſung fertig ſind, daß wir zunächſt den ſüddeutſchen Regierungen Eröffnungen machen, damit ſie mit uns zuſammentreten, um den Weg zu beraten, auf dem wir zu einem dauernden organiſchen, nicht alle 12 Jahre kündbaren Zollvereine gelangen. Wir haben für den norddeutſchen Bund dieſe Wohlthat geſichert durch Artikel über Zollgeſetzgebung, wir können aber weder verlangen, daß die drei oder vier ſüddeutſchen Staaten alles dasjenige, was hier durch die Geſetzgebung, an der ſie ſelbſt nicht teilnehmen, beſchließen, ohne weiteres annehmen ſollen, noch können wir ihnen gegen das, was der norddeutſche Reichstag geſetzlich

beſchließt, ein Veto einräumen, ein Veto, das man von drei oder vier Regierungen ausüben und mit ihren Ständen teilen würde.

Soll der Zollverein in bisherigem Umfange beſtehen, ſo iſt es ganz unvermeidlich, daß organiſche Einrichtungen geſchaffen werden, vermöge deren Süddeutſchland an der Geſetzgebung über Zollſachen teilnimmt. Ich enthalte mich, das Nähere anzudeuten, ich glaube aber, es ergiebt ſich von ſelbſt, wie die Einrichtungen beſchaffen ſein müſſen. Es iſt ſchwer zu glauben, daß eine ſolche gemeinſchaftliche organiſche Geſetzgebung für Zollſachen — und ich möchte doch dies nicht ſo unterſchätzen und bloß mit dem geringſchätzenden Namen „Zollparlament" belegen; was haben wir nicht für Kämpfe gekämpft, nur wer in den Geſchäften geſtanden hat, kann das beurteilen — wie erſchienen uns nicht in den Jahren 1862 und 1864 gerade die Zollintereſſen als die höchſten politiſchen Lebensintereſſen!

Ich möchte das nicht unterſchätzen, daß eine wirtſchaftliche Gemeinſchaft für Geſamtdeutſchland geſchaffen werden kann — alſo es iſt ſchwer zu glauben, daß ſolche gemeinſame Organe der Geſetzgebung, wenn ſie einmal geſchaffen, ſich der Aufgabe entziehen könnten, auch die meiſten der übrigen Titel der materiellen Wohlfahrt, ſowie mancher formalen Geſetzgebung, über Prozeßweſen u. ſ. w. allmälig ſich anzueignen, und auch darüber gemeinſame Beſtimmungen für ganz Deutſchland herbeizuführen.

Was ferner die Machtfrage betrifft, ſo halte ich die Vereinigung von Nord- und Süddeutſchland jedem Angriffe gegenüber in allen Fragen, wo es ſich um die Sicherheit des deutſchen Bodens handelt, für definitiv geſichert. Im Süden kann kein Zweifel darüber ſein, daß, wenn er in ſeiner Integrität gefährdet werden ſollte, Norddeutſchland ihm unbedingt brüderlich beiſteht, im Norden iſt kein Zweifel darüber, daß wir des Beiſtandes Süddeutſchlands gegen jeden Angriff, der uns treffen könnte, vollſtändig ſicher ſind.

Einige andere Themata, auch lediglich um Wiederholungen zu vermeiden, erlaube ich mir zu berühren, z. B. die Frage der Reichsſteuer. Daß eine Kontingentierung nach der Kopfzahl ein unvollkommener Modus, eine Aushülfe von vorübergehender Natur iſt, gebe ich gern zu; das Beiſpiel von Bremen und von Hamburg mit ſeinen reichen Einwohnern im Vergleich zu den

Thüringerwald-Bewohnern, ist vollständig zutreffend. Die Verhandlungen der Vertreter der Regierungen untereinander haben auch gezeigt, daß dieses Bedürfnis der Einführung von Reichssteuern ziemlich allgemein empfunden wird, und man hat sich schon mit den Gegenständen, welche sie betreffen könnten, beschäftigt. Ich glaube daher, daß, wenn es hier gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, zu deren Überwindung wir bei den kommissarischen Verhandlungen nicht Zeit hatten, namentlich eine solche Steuergesetzgebung sofort so weit auszuarbeiten, daß sie praktisch werden kann, daß bei den verbündeten Regierungen ein prinzipieller Widerstreit dagegen wenigstens nicht obwalten wird. Ich betrachte das als Sache der Zukunft und als Sache der Gesetzgebung, sobald wir konstituiert sind.

Konstituieren wir uns so rasch als möglich, dann haben wir die Fähigkeit, diese Frage zu erledigen, und ebenso die von dem Vertreter für Wiesbaden angeregte wegen Freizügigkeit. Wenn er die bisherige Fassung des Artikels nicht vollständig und erschöpfend genug findet, so ist darin doch alles enthalten, worüber wir uns in diesem Augenblick verständigen konnten. Es stehen da zum Teil sehr erhebliche partikulare Verfassungsrechte entgegen, die man nicht ohne weiteres gewaltthätig durchbrechen kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Artikel 4 der Verfassung Bestimmung 1 ausdrücklich die Frage der Freizügigkeit, Heimats- und Niederlassungs-Verhältnisse und des Gewerbebetriebs u. s. w. der Gesetzgebung des Bundes zuweist. Der Herr Abgeordnete für Wiesbaden wird also, wenn er, wie ich hoffe, ebenso gut Mitglied des künftigen Parlaments sein wird, Gelegenheit haben, dort seine Anträge zu stellen. Ebenso verhält es sich mit der Aufgabe über das Zivilrecht, die Hypotheken und diejenigen Gegenstände, die der Bundes-Gesetzgebung vorbehalten werden sollen, und es wird das voraussichtlich wenig Widerspruch bei den verbündeten Regierungen finden: keinen stärkeren, als denjenigen, der aus den augenblicklichen Rechtsverhältnissen, die man nicht mit rascher Hand zerschneiden kann, hervorgeht. Ebenso z. B. die Frage wegen Kontrahierung einer Bundes-Anleihe, über die einer der Herren Vorredner eine Bestimmung im Verfassungs-Entwurf vermißt hat. Wir haben nicht geglaubt, daß sie vermißt werden würden, denn der Artikel 65 lautet: „Abgesehen von dem durch Art. 58 bestimmten Aufwande für das Bundesheer und die zu demselben gehörigen

Einrichtungen, sowie von dem Aufwande für die Marine (Art. 50) werden die gemeinschaftlichen Ausgaben im Wege der Bundes-Gesetzgebung und, sofern sie nicht eine nur einmalige Aufwendung betreffen, für die Dauer der Legislaturperiode festgestellt." Wenn eine Anleihe zu gemeinschaftlichen Ausgaben gemacht werden soll, so ist also auch diese Geldbeschaffung, auch diese Manipulation meiner Ansicht nach durch Art. 65 auf dem Wege der Bundes-Gesetzgebung, d. h. der Beschlußnahme und der Beratung des Reichstages und dem Bundesrate unterworfen und kann auf diese Weise gesetzmäßig zustande gebracht werden.

Wenn von anderer Seite vermißt wurde die Möglichkeit, eine Interpellation an die Regierung zu richten, meine Herren, bequem ist die Einrichtung gerade nicht, aber ich glaube nicht, daß es bisher irgend jemandem in den Sinn gekommen ist, daß, wenn heute eine Interpellation gestellt worden wäre, wir sie nicht beantwortet hätten. Ebenso, wenn die Versammlung Zeit hat, Petitionen, die etwa eingehen, zu bearbeiten, und sie auf den Gegenstand, mit dem wir uns beschäftigen, Bezug haben, — denn nur solche dürfen wir für den Augenblick annehmen, so würde dem auch nichts entgegenstehen; Sie werden, meine Herren, die sämtlichen Regierungen bereit finden, auch ohne daß wir durchgreifende und allgemeine Motive vorgelegt haben, über jeden einzelnen Punkt, bei dem Sie Motive vermissen, motivierende Erläuterungen zu geben; ich glaube aber, daß das wesentlich in die Spezialdebatte hineingehört, denn Sie werden nicht zu allen Punkten, zu sehr vielen werden Sie nicht das Bedürfnis empfinden, überhaupt Motive zu besitzen, weil sie in sich selbst klar sind. Ich weiß nicht, ob ich während der General-Diskussion noch weiter Veranlassung habe, das Wort zu nehmen oder einer meiner Herren Kollegen.

Für den Augenblick wüßte ich dem, was ich gesagt habe, nichts weiter hinzuzufügen, als die nochmalige Aufforderung: Meine Herren! Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können.

Graf Bismarcks frühere Stellung zur nationalen Politik.

Rede gehalten am 13. März 1867.

(Bemerkung gegen den Abg. Duncker.)

Der Herr Vorredner hat von Erfurt und meiner Vergangenheit dort gesprochen. Ich spreche ungern von meiner Person, ich habe nicht die Gewohnheit, das zu thun, aber das Gefühl, daß ich eines hohen Grades von Vertrauen in der Stellung, in der ich bin, auch zu meiner Person bedarf, veranlaßt mich, eine kurze Äußerung zu thun über die Stellung, die ich in Erfurt hatte, und über die, die ich jetzt habe.

Ich kam nach Erfurt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich, ich möchte sagen, aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir wert waren. Im Jahre darauf, 1851, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik, sechszehn Jahre hindurch in Stellen, wo ich ohne Unterbrechung mit der großen Politik, namentlich aber mit der deutschen, beschäftigt war, sammeln zu können. Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt — nicht bloß die auf den Brettern, die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Kulissen tritt, und daß der Unterschied nicht bloß an der Beleuchtung liegt.

Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurteilt, so lange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mußestunden, die die anderweitige Berufsart zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegenteil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man thut, bewußt ist. Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existierten, daß das Zusammengehen mit Österreich, wie es mir denn aus den Erinnerungen an die heilige Allianz, die durch die Tradition der früheren Generation mir überkommen waren, vorschwebte, — daß dieses nicht möglich war, weil das Österreich, mit dem wir rechneten — es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg — überhaupt eben nicht existierte. Ich beschränke mich auf diesen kurzen Rückblick, indem ich hinzusetze, daß ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nichts lernen.

Wenn der Herr Vorredner eine gewisse Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß ich dem Budgetrechte meinerseits die besten Jahre meines politischen Lebens vielleicht gewidmet hätte, um es zu bekämpfen, so möchte ich an die eine Thatsache erinnern, daß es nicht ganz sicher ist, ob wir die Armee, welche die Schlachten des vorigen Jahres geschlagen hat, in derselben Verfassung besessen hätten, welche sie zu dieser Zeit hat, wenn im Herbste des Jahres 1862 sich niemand fand, der bereit war, die Regierung auf Befehl Seiner Majestät des Königs fortzuführen, ohne den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. September*) auszuführen.

Über die nationalen Ansprüche der Polen.

Rede bei der Beratung des Verfassungsentwurfes, gehalten am 18. März 1867.

Meine Herren! Wir alle sind gewählt, darüber ist kein Zweifel, um die Verfassung des norddeutschen Bundes zu stande zu bringen; auch die Abgeordneten der Provinz Posen sind zu keinem anderen Zwecke gewählt. Die Bewohner der Provinz sind auf diesem Fundament zu den Wahlen aufgefordert, und die Wahlverhandlungen ergeben, daß sie sich mit großem und ungewöhnlichem Eifer, beinahe neunzig Prozent der Bevölkerung, daran beteiligt haben. Wenn der Herr Abgeordnete (Kantak) dennoch einen Protest gegen das zu stande kommen dieses Bundes in dem beabsichtigten Umfange gerichtet hat, so glaube ich, hat er uns selbst deutlich zu erkennen gegeben, daß dieser Protest eigentlich sich nicht gegen den Bund, sondern gegen die Einheit der preußischen Monarchie richtet. Diese Einheit anzuerkennen und doch dagegen zu protestieren, da der Staat, zu dem man gehört, berechtigt sei, seine staatlichen Zwecke auch im Verein mit den Nachbarstaaten zu erstreben, mit denen er glaubt sie besser erreichen zu können — kann in der That niemand, der nur einige Logik sich bewahrt hat, einfallen. Der Protest richtet sich, wie der Herr Abgeordnete ja nicht zweifelhaft gelassen hat, gegen die Einheit der preußischen Monarchie. In diesem Sinne hätte er meines Erachtens bei einer früheren Gelegenheit — immer

*) Die Streichung der Ausgaben für die Reorganisation des Heeres.

nicht mit Recht, aber doch mit mehr Logik angebracht werden können, als bei der jetzigen gerade, ich meine bei der Begründung der preußischen Verfassung.

Es ist meines Erachtens nicht meine Aufgabe, mich hier in die Beleuchtung der einzelnen Details und ihrer Entstellung, Unrichtigkeit und Hinfälligkeit einzulassen, sondern nur den prinzipiellen allgemeineren Standpunkt der preußischen Regierung zu diesen Bestrebungen gegen die durch Artikel 1 der Verfassung verbürgte Einheit des preußischen Staatsgebiets hervorzuheben. Hauptsächlich aber kommt es mir darauf an — und wir sind das, glaube ich, unseren Bundesgenossen schuldig — die Illusion zu bekämpfen, als ob eine erhebliche Anzahl der Wähler, welche hier von den Abgeordneten polnischer Nationalität vertreten werden, mit den hier kundgegebenen Bestrebungen derselben nach einer Zerreißung der Einheit des preußischen Staates überhaupt einverstanden wäre, — als ob die Herren irgend ein Mandat hätten, ihre Wähler in diesem Sinne hier zu vertreten, als ob sie legitimiert wären, namens ihrer Wähler diese rein persönlichen Ansichten, die der Herr Abgeordnete hier ausgesprochen hat, im Namen ihrer Kommittenten auszusprechen. Es ist bekannt, daß gerade die Bewohner des preußischen Anteils der ehemaligen Republik Polen vor allen und mit Recht empfänglich und dankbar gewesen sind für die Wohlthaten der Zivilisation, die ihnen damit in höherem Grade als früher zugänglich geworden sind.

Ich kann es mit Stolz sagen, daß derjenige Teil der ehemaligen Republik Polen, welcher unter preußischer Herrschaft steht, sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, Anhänglichkeit der Einwohner an ihre Regierung erfreut, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, so lange es eine polnische Geschichte giebt, nicht vorhanden und nicht erhört gewesen ist.

Die Bewohner der Provinz haben ihre Dankbarkeit dafür, ihre Anhänglichkeit an die preußische Regierung und an das Königliche Haus bei jeder Gelegenheit, die ihnen geboten war, in ihrer großen Majorität bethätigt. Es ist, trotz aller Verführungsmittel, die angewendet wurden bei den ungefähr alle 15 Jahre sich wiederholenden Insurrektionen „zur Auffrischung der Gefühle“ nicht gelungen, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge in irgend erheblicher Anzahl so zu verführen, daß sie sich an diesen Bestrebungen einer Minorität beteiligt hätten.

Es ist dies vorzugsweise nur vom Adel, gutsherrlichen Beamten und Arbeitern geschehen. Der Bauer hat stets mit großer Energie gegen jeden Versuch, die Zustände, von denen er durch seine Väter gehört hatte, wieder herzustellen, zu den Waffen gegriffen in Reih und Glied, — mit einer Energie, welche die Regierung im Jahre 1848 nötigte, im Interesse der Menschlichkeit andere als polnische Truppen gegen die Aufständischen zu verwenden.

Diese selben Gefühle der Anhänglichkeit haben die polnischen Soldaten — ich berufe mich auf das Zeugnis des verehrten Generals, welcher an der Spitze des fünften Armee-Korps steht*) — auf allen Schlachtfeldern bethätigt: sie haben ihre Treue gegen den König auf den dänischen und auf den böhmischen Schlachtfeldern mit ihrem Blut und mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit besiegelt. Haben etwa diese selben Einwohner durch die jüngsten Wahlen, woran sie sich mit besonderer Lebhaftigkeit beteiligt haben, eine andere Meinung an den Tag gelegt — eine Meinung, welche die Vermutung erwecken könnte, daß der Herr Vorredner hier im Namen einer irgend erheblichen Anzahl von ihnen gesprochen hätte?

Ich erlaube mir, auf den Tisch des Hauses einen Bericht des Oberpräsidiums der Provinz Posen niederzulegen, aus dessen amtlichen Angaben ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einige — das ganze würde viel zu lang sein — hier vortragen muß, um dasjenige zu erläutern, was ich nachher sagen will.

Die Herren Abgeordneten von jener Seite (auf die polnische Fraktion deutend) hatten bekanntlich gesagt, daß die Parteien, daß die Geistlichkeit sich niemals passiver bei den polnischen Wahlen verhalten hätte, als diesmal. Ich glaube nicht, daß ein Zehntel derjenigen Fälle, wo das Gegenteil der Fall gewesen ist, zur Kenntnis der Behörden gekommen sein wird, denn der Pole hat eine ehrenwerte Anhänglichkeit an den Diener seiner Kirche und ist sehr schwer dazu zu bringen, Zeugnis gegen ihn abzulegen. Indessen dasjenige, was zu unserer Kenntnis gekommen ist, reicht hin, um ex ungue leonem zu erkennen. Ich erlaube mir nur, drei bis vier, ich kann nicht sagen hervorragendere Fälle, denn sie stehen sich alle gleich, anzuführen. Der Geistliche Wieczorkiewicz in Splawie hat bei einer Zusammenkunft mit polnischen Bauern diese mit folgenden Worten angeredet: „Die Wahlen sind vor der Thür; man muß sich zusammennehmen,

*) Abgeordneter General von Steinmetz.

ſonſt wird man uns verbieten, polniſch zu ſprechen, polniſch zu ſchlafen, polniſch zu beten, polniſch zu ſingen und zu weinen, polniſch eine Kanzelrede zu halten, — unſere Kinder werden alle deutſch werden, und dann geht es in Deutſchland gerade ſo wie in Rußland, dann werden wir gehangen werden, wenn wir uns Polen nennen." — Ein anderer Fall: Der Probſt Kunze in Kiebel, welcher als Wahl-Kandidat für den Wahlkreis Bomſt-Meſeritz aufgeſtellt war. Derſelbe hat nicht nur in verſchiedenen Ortſchaften, z. B. in der Stadt Wollſtein, Wahl-Verſammlungen ſelbſt abgehalten — was einem Erlaß des hochwürdigen Erzbiſchofs direkt widerſprach — für ſeine Wahl agitiert, ſondern auch in den Parochieen Priement, Altkloſter und Schluſſenze, in welchen die Pfarrgeiſtlichen ſich von der Agitation fern hielten, ſelbſt die Leute zur Abgabe der Stimme für ihn zu bereden geſucht, indem er die bekannten Agitationsmittel bei Polen, man wolle ihnen ihre Sprache und ihren Glauben, bei Deutſchen, man wolle ihnen den katholiſchen Glauben nehmen, zur Anwendung brachte. Ferner: Die polniſchen Bauern zu Zodyn haben dem Rittergutsbeſitzer Jaenſch, als dieſer ſie am Montag den 11. Februar fragte, weshalb ſie denn zu der Partei des Propſtes Kunze übergehen wollten, erwidert: er möge doch ihnen das nicht nachtragen; ſie wüßten, daß ſie ihm ſo Vieles zu danken hätten und daß er gewiß ihr Beſtes wolle — aber diesmal könnten ſie nicht anders, ſie dürften nicht ſeinem Rat folgen; es handle ſich um ihr Seelenheil, der Obraſche Probſt habe ihnen geſagt, daß ſie, wenn ſie diesmal nicht ihm Folge leiſten und nicht ſeine Zettel abgeben, bei der Oſterbeichte nicht auf Abſolution rechnen könnten.

In Woynowo ſind die Frauen der Deutſchen, aber katholiſche Leute, zu ihrem Dienſtherrn, Gutsbeſitzer Boehmak, gekommen und haben ihm Vorhalt gemacht, wie er ihre Männer könne zu einer Sache bereden wollen, bei welcher es ſich um ihr Seelenheil handle. Auch der Probſt Zebski in Slupia hat am 10. Februar d. J. über die Wahl gepredigt — das haben viele in demſelben Sinne von der Kanzel her gethan — und unter vielen Thränen ſeinen Parochianen verſichert, daß, wenn ſie nicht einen Polen wählen, ſie unzweifelhaft die katholiſche Religion und ihre polniſche Sprache aufgeben müßten. Nach dem Gottesdienſt ſind außerhalb der Kirche durch die Kirchendiener die Wahlzettel verteilt worden. Ich lege dieſes Schriftſtück, welches, ich weiß nicht, ob 50 oder 20 Fälle enthält, auf den Tiſch des

Hauſes nieder zu jedermanns Einſicht, und glaube es ſpäter durch den Druck veröffentlichen zu ſollen. Über die Provinz Weſtpreußen und den polniſch ſprechenden Teil derſelben ſind die umfaſſenderen Nachrichten noch nicht eingegangen. Aber aus den Bruchſtücken, die mir vorliegen, kann ich doch z. B. anführen, daß in Orten, wo es notoriſch nur drei Leute gab, die polniſch konnten, 130, ſämtlich katholiſcher Konfeſſion, geängſtigt durch die Sorge für ihren Glauben und für ihr Seelenheil, für den polniſchen Kandidaten geſtimmt haben. Die Frauen ſind hierbei, wie gewöhnlich, in Bewegung geſetzt. Eine wird hier redend eingeführt: wenn wir jetzt zugeben, daß unſere Männer auf einen Deutſchen ſtimmen, ſo kommt in 14 Tagen ein evangeliſcher Geiſtlicher und tauft uns alle um und wir müſſen deutſch werden. Ich ſetze hinzu, daß ich bei der Heiligkeit des geiſtlichen Standes nicht daran zweifeln kann, daß dieſe Herren das, was ſie ihren Beichtkindern geſagt haben, wirklich glauben, aber dann, meine Herren, herrſcht unter ihnen ein Grad der Unwiſſenheit in bezug auf weltliche Dinge, der die Regierung dringend wünſchen laſſen muß, daß ihm von ſeiten der höheren Geiſtlichkeit ein Ende gemacht werde, namentlich wenn die Geiſtlichkeit dort die Inſpektion über den Jugend-Unterricht behalten ſoll. Aus dem ganzen aber ziehe ich den Schluß, daß, wenn die polniſch redenden Herren Abgeordneten irgend ein beſonderes Mandat neben dem allgemeinen hier haben, es nur dasjenige ſein kann, die katholiſche Kirche gegen alle Angriffe zu verteidigen. Nun, meine Herren, ſollte der Fall ſolcher Angriffe eintreten, ſo können Sie glauben, daß die Königliche Regierung und ich perſönlich für Sie ein ebenſo entſchiedener und zuverläſſiger Bundesgenoſſe ſein werde, wie etwa mein katholiſcher Herr Kollege, der Geheime Rat von Savigny. Es iſt auch für die Frage, ob die Katholiken, in der Überzeugung, ihren Glauben ſchützen zu müſſen, oder ob die Polen, in dem Wunſche, ihre nationalen Beſtrebungen hier bethätigt zu ſehen, geſtimmt haben, das Zahlenverhältnis der Einwohner von Wichtigkeit. Es giebt nach der letzten Zählung in den Provinzen Poſen und Weſtpreußen — um dieſe wird es ſich doch hier nur handeln — unter 2,700,000 und einigen Einwohnern 1,150,000 Polen, aber 1,400,000 und einige Katholiken, polniſche und deutſche zuſammengerechnet. Es geht daraus hervor, daß ungefähr 300,000 Katholiſche deutſcher Zunge ſich in den beiden Provinzen befinden, welche durch dieſe Umtriebe bewogen ſind, zum großen

Teil mit für die polnischen Kandidaten zu stimmen. In einigen anderen Kreisen hat sich die äußerste Linke der Fortschrittspartei herbeigelassen, auch ihrerseits für den polnischen Kandidaten, Herrn von Domierski, zu stimmen. Sie sind also, wie ich hier nachgewiesen zu haben glaube, nicht legitimiert, wenn Sie namens der beinahe 3,000,000 Einwohner dieser beiden Provinzen, höchstens legitimiert, wenn Sie namens der Katholiken, nicht aber, wenn Sie namens der Polen sprechen, namentlich nicht legitimiert, wenn Sie im Namen der Nationalität für diejenigen sprechen, die in der Furcht, das Heiligste, was Sie in ihrem Herzen tragen, ihren Glauben beeinträchtigt zu sehen, für Sie gestimmt haben, in folge einer Furcht, die durch künstliche und durch unwahre Vorspiegelungen in ihnen erregt war.

Der Herr Vorredner hat mich dadurch, daß er selbst sich darauf eingelassen hat, zu einem geschichtlichen Rückblick aufgefordert. Ich will daher auch untersuchen, ob er vom historischen Standpunkte etwa einen Beruf hatte, die Interessen dieser Provinzen besonders zu vertreten, und zwar mehr als irgend jemand. Wie entstand denn die Provinz Westpreußen und die Ordensherrschaft in Preußen? Der Herzog Conrad von Masovien, um sich der Einfälle der heidnischen Preußen zu erwehren, die Cujavien und Masovien bis tief hinein verwüsteten, rief die deutschen Ordensherren und gab ihnen einen kleinen, damals polnischen Landstrich, das Dobriner Land, zugleich versprach er ihnen — und das lag in der Natur der Sache — daß sie alles besitzen sollten, was sie der Wildnis, der menschlichen und der natürlichen — dem wilden Stamme, den damals heidnischen Preußen, abgewinnen würden. Auf diese Weise wurde das gesamte Land östlich der Weichsel, welches heutzutage einen erheblichen Teil von Westpreußen und Ostpreußen umfaßt, ein reindeutsches Land, kolonisiert durch Deutsche, und dazu erwarb der Orden den Teil von Westpreußen links der Weichsel durch die rechtmäßigsten Verträge, indem nach dem Aussterben, nicht etwa einer polnischen Dynastie, sondern der hinterpommerschen Herzöge mit Mestewin II. im 13. Jahrhundert dieses Land Hinterpommern mit der Hauptstadt Danzig an den Lehnsherrn, den Markgrafen von Brandenburg, fiel, der Markgraf Waldemar davon Besitz nahm, und als nach seinem frühzeitigen Tode seine Nachfolger nicht im stande waren, es zu behaupten, zedierten sie diese Landesteile, das heutige Pomerellen, damals Hinterpommern, an den deutschen Orden. Diesem hat es die Krone Polen später durch

Krieg und Eroberung abgewonnen, als der Ordensstaat dadurch geschwächt wurde, daß die damalige preußische Fortschrittspartei, möchte ich sagen, die Städte und Landstände, sich mit dem Landesfeinde Polen in Verbindung setzten, die Kraft des Ordens schwächten, die Deutschen bei Tannenberg geschlagen wurden, und schließlich nach verschiedenen Hinundhervertägen zwischen Danzig und anderen Städten und den Westpreußischen Ständen ein Abkommen zwischen ihnen und der Krone Polen zu stande kam, vermöge dessen sie in Personal-Union leben sollten, und auf dieses haben sich nachmals die Westpreußen oft, wie jetzt unsere polnischen Abgeordneten, berufen, aber ohne allen Erfolg. Diese Transaktion wurde schließlich durch den Frieden von Thorn im Jahre 1466 sanktioniert und so kam Polen durch das Recht der Eroberung, später durch Verträge sanktioniert, in den Besitz von Westpreußen, und benutzte diesen sehr bald, um das Land zu polonisieren, nicht etwa, wie man uns Schuld gegeben hat, zu germanisieren, durch Kultur, sondern durch Feuer, Schwert und Zwang: es setzte gegen die geschlossenen Verträge polnische Beamte nach Westpreußen hinein, die sich dort bereicherten, indem sie den Adel teils aus seinen Gütern verdrängten, teils zwangen, sich zu polonisieren. So wurde aus der alten deutschen Familie Hutten durch einfache Übersetzung des Namens Czapski, so aus dem Namen Rautenberg der polnische Klinski, aus Stein: Kaminski. Ich könnte die Zahl bedeutend vermehren, unter der wir jetzt, während deutsches Blut in ihren Adern fließt, die heftigsten Gegner Deutschlands sehen. Die Städte waren vertragswidrig in ihren Freiheiten beeinträchtigt; es wurde später die Religionsfreiheit gewährleistet, man hielt sie auch theoretisch aufrecht, aber man schloß die Kirchen, man nahm sie weg und gab sie den katholischen Gemeinden, die nicht vorhanden waren, die erst geschaffen werden mußten aus dem Güter erwerbenden Adel und den Beamten, welche dorthin geschickt. Manche der Städter — ich erinnere nur an Thorn — haben ihre Proteste dagegen auf dem Schaffote zu büßen gehabt. Von 19,000 Dörfern waren durch die Verheerungen der Polen in Westpreußen nach der Schlacht bei Tannenberg nur etwa 3000 übrig geblieben. Auch diese waren ihnen noch zu viel. Die Kriege zwischen Polen und Schweden räumten darin auf, und es ist mehr als einmal geschehen, daß entlassene polnische Armeen in den verwüsteten deutschen Dörfern kolonisiert wurden. Von denen stammen Ihre jetzigen Wähler, meine Herren, aus der Gegend von Marien-

burg und Stuhm; das ſind koloniſierte polniſche Soldaten auf den Brandſtätten deutſcher Bauerhütten; daraus ſtammen Ihre Landsleute in Gegenden, von denen her die Quellen der deutſchen Kultur ſich über Preußen ergoſſen haben, in den Gegenden von Thorn, Rhaden, Friedeck, Löbau.

Meine Herren, wie Sie angeſichts dieſer Thatſachen, dieſer Gewalt, die von Ihren Vorfahren jederzeit geübt wurde da, wo ſie die Macht dazu hatten, ſich auf die Geſchichte berufen, das verſtehe ich nicht. Ihr Anſpruch auf Weſtpreußen hat ſo lange gegolten, als der Säbel, der ihn eroberte, ſtark genug war, ihn zu behaupten; als Ihr Arm erlahmte, hörte der Anſpruch mit der Rechtsquelle auf, aus der allein er hergeleitet wurde. Ähnlich verhält es ſich mit dem Großherzogtum Poſen. Wir haben dieſes Land, in dem ſich jetzt 800,000 polniſch ſprechende Preußen und 700,000 deutſch ſprechende Preußen befinden, in großen und ſchweren Kriegen gewonnen. Nachdem im ſiebenjährigen Kriege Polen für uns nicht eine Schutzwehr, ſondern der ſtete Ausgangspunkt und Zufluchtsort der ruſſiſchen Heere geweſen war, haben wir es zum zweitenmal in ſchwerem Kampfe gegen einen übermächtigen Feind im Jahre 1815 erworben, und dieſe Eroberung iſt durch völkerrechtliche Verträge beſiegelt worden. So entſtehen alle Staaten. Wir beſitzen Poſen mit demſelben Rechte, wie Schleſien. Wenn Sie gegen das Recht der Eroberung ankämpfen, ſo haben Sie Ihre eigene Geſchichte nicht geleſen; ich glaube, Sie haben ſie geleſen, verſchweigen ſie aber ſorgfältig.

Die Anfänge von Polen waren klein, meine Herren! Das Land am Goplo-See und an der Warthe, was man jetzt Groß-Polen nennt, was alſo nach dem älteren Begriffe ein ſehr erheblicher Teil von Polen war, vereinigte ſich durch Agglomeration mit Klein-Polen, in der Gegend von Krakau. Das alles überſchreitet noch nicht die Grenzen des heutigen Weſt-Galiziens und Großherzogtums Poſen, erfüllt noch nicht einmal die des Königreichs Polen. Als ſie ſich mächtig fühlten durch die Heirat mit dem litthauiſchen Großfürſten, die ihnen an und für ſich ſehr erhebliche eroberte Länder zubrachte, wandte ſich dieſer Eroberungstrieb gegen den deutſchen Orden. Vorher hatten ſie ihm genügt nach einer anderen Richtung hin auf Koſten Rußlands. Nachdem durch die Anſiedelungen der deutſchen Ritter gegen die heidniſchen Preußen auf dieſer Seite Ruhe geſchaffen war, etwa vom Jahre 1230 ab, wandte ſich der Eroberungstrieb gegen

die damals von tartarisch-mongolischen Horden bedrängten Russen. Polen gewann die Gebiete, die heutzutage Ost-Galizien ausmachen, von denselben Ruthenen bewohnt, welche die Provinzen Volhynien und Podolien, welche den Südosten des Königreichs Polen bewohnen; Polen trug sein Schwert weit über den Dnieper hinaus, sie gewannen die alte russische Residenz Kijew und weit darüber hinaus Tschernigow, Smolensk und sehr weite Landstrecken, an sich von größerer Ausdehnung, als dasjenige, was Rußland bei der ersten Teilung Polens gewann. Zu gleicher Zeit hatten die Litthauer den russischen Volksstamm in Gestalt der Weißrussen, die die Gegend von Witebsk bewohnen, stark angeschnitten, und nachdem sie sich auf diese Weise dann kräftig genug fühlten, fielen sie mit den vereinten Litthauern den deutschen Orden an und nahmen ihm das wohlerworbene, blühende, der Wildnis abgerungene Westpreußen ab, um es zu verheeren und den freien Bauernstand derjenigen Unterdrückung preiszugeben, welche die polnische Herrschaft immer charakterisierte. Der Herr Vorredner hat es ziemlich unumwunden ausgesprochen, was er mit den preußischen Landesteilen anfangen will, wenn er sie aus ihrem bisherigen Verbande gelöst hätte, wenn er, wo wir die Nachteile der Grenzen wollen verschwinden lassen, neue Grenzen, Zollgrenzen hätte schaffen können zwischen Westpreußen und Polen einerseits, dem westlichen Deutschland hinauf resp. Ostpreußen andererseits. Er hat die Teilung Polens ein Verbrechen genannt. Meine Herren, es war kein größeres, als die Teilung Rußlands, die Sie im vierzehnten Jahrhundert vornahmen, als Sie die Gewalt dazu hatten. Greifen Sie in Ihren eigenen Busen und sagen Sie sich, daß Sie das Verbrechen der Eroberung hundertfältig, als Sie mächtig genug dazu waren, begangen haben.

Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 — ich will nicht weiter zurückgreifen — braucht man nur auszudenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug giebt; es giebt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt, man spricht von 16 Millionen Polen. Das Gebiet der ehemaligen Republik Polen von 1772 ist — ich abstrahiere ganz von dem durch die Friedensschlüsse von 1660 an Schweden verlorenen, früher eroberten Livland, und von dem durch den Frieden von Andrussow an Rußland jenseits des Dnieper abgetretenen Gebiet mit der Stadt Kijew ohne das heutige

Gouvernement gleichen Namens — dennoch ist das Gebiet, was übrig bleibt, heut von etwa 24 Millionen Menschen bewohnt, unter diesen befinden sich $7\frac{1}{2}$ Millionen Polen, mehr giebt es in der ganzen Welt nicht, und davon sind $1\frac{1}{2}$ Millionen zerstreut in weiten Gebieten, welche die westlichen Gouvernements des russischen Reiches ausmachen, unter Völkerschaften, die nicht nur keine Polen sind, sondern es auch gar nicht sein wollen, die um alles in der Welt nicht unter die polnische Herrschaft zurück wollen; sehen Sie nur in Galizien die Feindschaft der Ruthenen gegen die Polen, denen sie früher unterworfen waren, gleich den Westpreußen. Ich führe gerade dieses Beispiel an, weil es allen bekannt ist, und Sie werden daran den Maßstab haben, welches die Gefühle der über 10 Millionen Nicht-Polen sind, die mit 1 200 000 Polen den Westen des russischen Reichs bewohnen. In den westrussischen Provinzen stehen gegenüber den 10 pCt. Polen, die in ihnen zerstreut wohnen, als frühere Herren, die mit der Eroberung gekommen sind und Land an sich gebracht haben oder als Renegaten ihres Volkes polnische Sitte und Sprache angenommen haben, 90 pCt. andere Völker, zum größten Teil russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen, diese sprechen nur russisch, beten russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind, sie sind Russen und wollen Russen bleiben, und stehen der russischen Regierung bei im Kampfe gegen den polnischen Adel. Die übrigen sind Litthauer, Letten, Deutsche, und eine ganz erhebliche Anzahl von Juden. Da haben Sie also von 24 Millionen 12 Millionen, wo es doch die äußerste Ungerechtigkeit wäre, wenn man den 10 pCt. unter ihnen eine gefürchtete und verhaßte Herrschaft über die übrigen 90 pCt. beilegen wollte. In Galizien, wie ich schon erwähnte, haben Sie 2 Millionen Ruthenen gegen 2 Millionen Polen in Westgalizien, im Königreich Polen 3 400 000 Polen, außerdem $\frac{1}{4}$ Million Russen im Südosten vom Gouvernement Lublin und $\frac{1}{4}$ Million Litthauer vom Niemen bis ungefähr nach Suwalki im nordöstlichen Zipfel des Königreichs; ferner haben Sie 300 000 Deutsche und 600 000 Juden und dann den Rest von 3 400 000 Polen. Ich habe schon erwähnt, daß wir in der Provinz Posen deren 800 000 haben, in der Provinz Westpreußen etwa 350 000. Zählen Sie alle zusammen, (nur diejenigen aber, die kompakt genug wohnen, um ein Gemeinwesen zu bilden und die bei sich zu Hause doch wenigstens in der Majorität sind), dann bekommen Sie, wenn

ich mich nicht irre, 6½ Millionen Polen heraus, und im Namen dieſer 6½ Millionen Polen fordern Sie die Herrſchaft über 24 Millionen zurück mit einem Tone, einem Gefühl, als ob es die tiefſte, unwürdigſte Knechtung und Erniedrigung wäre, daß Sie die Leute nicht noch ferner unter Ihrer Herrſchaft haben und knechten können, wie es leider Jahrhunderte lang, ja ein halbes Jahrtauſend lang geſchehen iſt. Man braucht nur die Verhältniſſe genauer zu kennen und dieſer Anſpruch hat vor Europa keinen Beſtand, das Ganze verſchwindet in Utopie, namentlich wenn man zur Verwirklichung der Utopie darauf ausgehen muß, zunächſt drei große Reiche zu zerſtören, Öſterreich, Preußen, Rußland, drei unter den fünf oder ſechs europäiſchen Großmächten in die Luft zu ſprengen, um auf den Trümmern derſelben eine neue phantaſtiſche Herrſchaft von 6 Millionen Polen über 18 Millionen Nicht-Polen zu begründen. Ja, es iſt nicht einmal glaublich, daß dieſe 6 Millionen Polen polniſch beherrſcht ſein wollen; ſie haben zu trübe Erfahrungen gemacht. Wodurch iſt die polniſche Bewegung in Weſtgalizien zum Stillſtand gekommen? Weil der polniſche Adel ſich überzeugte, daß der Bauer durchſchaute, wohin er zielte, nämlich zur Wiederherſtellung Polens; da hat der polniſche Bauer einen Schreck bekommen und hat ſich weggewendet von der Bewegung und von den Vorſpiegelungen, die ihm von ſeiten des Adels gemacht worden. Auch der Adel hat einen Schreck bekommen, wenn er an die furchtbaren und verbrecheriſchen Blutthaten der Bauern im Jahre 1846 dachte, er hat den Säbel eingeſteckt und lebte einſtweilen in Frieden mit der öſterreichiſchen Regierung. Ich glaube, ich brauche das nur anzuführen — und die Herren polniſcher Zunge kennen die Verhältniſſe beſſer als ich, — um die Behauptung zu unterſtützen, daß ſelbſt die 6½ Millionen Polen nicht die Abſicht haben, von ein paarmal Hunderttauſend polniſchen Edelleuten von neuem beherrſcht zu werden. Auch der Verlauf der Inſurrektion in Rußland zeigt dies. Ich will die ruſſiſche Herrſchaft nicht als eine beſonders milde rühmen, aber der polniſche Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen, als zu der Herrſchaft ſeines adligen Landsmannes. Wo die Ruſſen hinkamen und die Hänge-Gendarmen verſchwanden, fanden ſie damals, vor drei Jahren, die bereitwilligſte Unterſtützung, ſoweit die Furchtſamkeit der eingeſchüchterten Bevölkerung es geſtattete. Ich möchte Sie alſo bitten, meine Herren, Sie, die Sie behaupten, das polniſche Volk zu vertreten, ver-

zichten Sie darauf, Europa, Preußen, Ihre eigene Provinz in Unruhe zu erhalten, indem Sie einem ganz unerreichbaren Ziele nachjagen. Man kann in Ihnen vielleicht die Hoffnung erwecken, dies Ziel sei erreichbar, aber dann täuscht man Sie oder Sie täuschen sich selbst darüber, wie man es leicht thut über das, was man wünscht. Daß der polnische Adel ein gewisses Heimweh nach den früheren Zuständen hat, ist mir vollständig erklärlich, das findet sich auch in den deutschen, ehemals geistlichen Territorien in ganz analoger Weise. Verzichten Sie darauf, diesem Phantom nachzujagen, vereinigen Sie sich mit der Mehrzahl Ihrer polnisch sprechenden Brüder in Preußen, mit den polnischen Bauern in der Teilnahme an den Wohlthaten der Civilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt, beteiligen Sie sich ehrlich am gemeinsamen Werk und Sie werden unsere Hand offen finden und wir werden Sie mit Freuden als unsere Brüder und Landsleute in unserer Mitte begrüßen.

Der hohen Versammlung aber in ihrer deutschen Mehrzahl möchte ich dieses Beispiel der Polen noch besonders vor Augen halten, um den Beweis zu liefern, wohin ein großer mächtiger Staat, geleitet von einem tapferen, kriegerischen und gewiß auch einsichtigen Adel, gelangen kann, wenn er die Freiheit des Einzelnen höher stellt, als die Sicherheit nach außen, ich will nicht sagen, als die Einheit, — wenn die Freiheit des Individuums als eine Wucherpflanze die allgemeinen Interessen erstickt. Die energischsten Anstrengungen — und wer bewundert nicht den Grad von Energie, den der polnische Adel anwendet, um die verlorene Herrschaft wieder zu erlangen? — die energischsten Anstrengungen, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, die einzelne Individuen für diese Zwecke an den Tag legen, alles das reicht nicht hin, um die verlorenen Güter zurückzubringen. Es bleibt das Wort des Dichters wahr: „Was du dem Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!“

Erklärung über die Stellung Nord-Schleswigs.

Rede gehalten am 18. März 1867.

Ich kann mich in Erwiderung auf die Äußerung des Herrn Vorredners auf dasjenige beziehen, was ich über diese Frage im preußischen Hause der Abgeordneten gesagt habe, und was durch den ersten Herrn Redner, der heute auf dieser Tribüne stand, auch heute nochmals verlesen worden ist, und also den Akten der heutigen Diskussion einverleibt werden wird. Ich ergreife außerdem nur das Wort, um gegen zwei faktische Angaben des Herrn Vorredners einen Widerspruch einzulegen. Einmal gegen die Angabe: daß die Grenze des norddeutschen Bundes eine zweifelhafte sei und nicht feststände. Wenn die Verfassung so angenommen wird, wie sie gegenwärtig liegt, so wird damit zur Grenze des Gebietes des norddeutschen Bundes bis auf weiteres diejenige Grenze, die im Wiener Frieden zwischen Dänemark auf der einen, und Preußen und Österreich auf der anderen Seite stipuliert worden ist. Soll eine andere Grenze gezogen werden, so sind darüber die weiteren Verhandlungen vorzubehalten, und ich glaube nicht, daß dasjenige, zu dem sich Preußen in dieser Beziehung verstehen würde, einen Widerspruch von seiten seiner Bundesgenossen erfahren dürfte. Man könnte gegen diesen Widerspruch sogar einwenden, daß die Bundesgenossen in voraus darauf verzichtet haben, indem sie den Inhalt des Prager Friedens bei Schließung unseres Bündnisses als rechtsbeständig anerkannt haben, seinem vollen Umfange nach, also auch in betreff dieser Bestimmung. Die zweite Behauptung, die ich als thatsächlich unrichtig bestreite, ist diejenige: daß irgend ein Einwohner von Schleswig aus dem Vertrage, den Preußen mit Österreich abgeschlossen hat, ein Recht ableiten könnte auf die Abstimmung. Nur Seine Majestät der Kaiser von Österreich hat das Recht, von uns die Ausführung des Prager Friedens zu fordern, in welchem Maße, das läßt der Inhalt des Prager Friedens-Instruments selbst unbestimmt; er läßt der preußischen Regierung darin eine latitude, er überläßt ihr, sich derselben nach ihrer Auffassung der Billigkeit und der eigenen Interessen des preußischen Staates zu bedienen.

Wenn ich in der Äußerung, die der Abgeordnete Kantak heute zitiert hat, im Abgeordnetenhause erklärt habe, Preußen könnte unter Umständen, je nach der geographischen Lage einer

fremden Nationalität, die dem preußischen Staatsgebiet angehört hat, wenn von derselben Dauer und nachhaltig der Wunsch ausgesprochen wird, und wenn klar vorliegt, was aus ihr wird, sobald Preußen verzichtet — — — wenn ich mich dahin ausgesprochen habe, so habe ich dies allerdings gerade mit Rücksicht auf Nordschleswig gethan, indem ich damit habe sagen wollen, daß es für die Macht und den staatlichen Bestand Preußens von keiner entscheidenden Wichtigkeit sei, ob dort einige dänisch sprechende Einwohner, die lieber zu Dänemark gehören wollten, mehr bei Preußen sind oder weniger.

Die Grenze, die wir in dieser Beziehung nicht überschreiten dürfen und wollen, wird gezogen durch das Interesse des preußischen Staates an seiner militärischen Sicherheit: eine Grenze, durch die unsere strategische Sicherheit nach jener Richtung hin beeinträchtigt würde, die uns in die Verlegenheit setzen könnte, das mit schwerem Blut und Anstrengung gewonnene Düppel nochmals zu nehmen, würden wir unter keinen Umständen anerkennen und zugeben können, dazu sind wir auch nicht verpflichtet.

Es ist nicht gesagt in dem Friedens-Instrument: „der nördliche Distrikt von Schleswig", wobei man sich Schleswig in zwei Distrikte, einen nördlichen und einen südlichen, geschieden dächte; es ist nicht gesagt: „ein sprachlich abgegrenzter Distrikt"; es ist der Ausdruck gebraucht, „die nördlichen Distrikte", also Distrikte, deren es mehrere, vielleicht viele in Schleswig giebt — man kann sich das Maß dieser Distrikte sehr klein, man kann es sich sehr groß denken, und so groß, wie es in Kopenhagen vorschwebt, glaube ich, wird es nicht ausfallen.

Ich will hier unerörtert lassen, ob wir zur Feststellung dieser Linie einer Übereinstimmung mit Österreich bedürfen. Wenn es vom Kaiserlichen Kabinette verlangt würde, so würden wir uns den Verhandlungen darüber nicht entziehen, nämlich Verhandlungen über die Frage, ob wir hierzu verpflichtet sind oder nicht.

Jedenfalls wird es notwendig sein, auch ehe zur Ausführung dieser Bestimmung geschritten wird, mit der Königlich dänischen Regierung darüber zu verhandeln, ob sie die Rück-Konzession und in welchem Umfange, unter welchen Bedingungen sie sie annehmen will. Wir können, wenn diese Zession deutsche Einwohner mit in sich begriffe, und zwar solche, die laut erklären, deutsch bleiben zu wollen, nicht anders zu ihr schreiten,

meines Erachtens, als indem wir das Geſchick der Deutſchen entweder durch Enklaven, die wir vorbehalten, ſicher ſtellen oder dadurch, daß wir mit Dänemark einen Staats-Vertrag abſchließen, für deſſen genaue Innehaltung wir andere Bürgſchaften verlangen müßten als diejenigen, welche früher die Deutſchen Schleswigs nur unvollkommen ſchützten.

Es iſt ferner nicht zu vergeſſen, daß auf den Herzogtümern Schleswig-Holſtein eine erhebliche Schuldenlaſt ruht, die jeden einzelnen Teil dieſer Herzogtümer affiziert. Von däniſchen Schulden haben die Herzogtümer 29 000 000 däniſche Thaler, wenn ich richtig rechne, etwa $22^1/_2$ Millionen preußiſche Thaler, übernommen; an Kriegskoſten für Öſterreich haben wir ausgelegt nach dem Inhalte des Prager Friedens 15 Millionen; unſere eigenen Kriegskoſten, wie wir ſie nach dem Wiener Vertrage von den Herzogtümern zu verlangen haben, werden ſich nach einer vorläufigen Schätzung auf 25 Millionen Thaler belaufen; es kommt alſo eine Summe von über 60 Millionen Thalern, alſo über 60 Thaler auf den Kopf der Bevölkerung. Auf eine Bevölkerung von beiſpielsweiſe 100 000 Einwohnern würde notwendig eine Schuldenlaſt von 6 Millionen und einigen 100 000 Thalern fallen.

Alle dieſe Verhältniſſe werden in Verhandlungen mit Öſterreich, mit Dänemark geklärt werden müſſen, ehe zur Ausführung der Beſtimmung geſchritten werden kann. So lange kann die Bundesverfaſſung nicht aufgeſchoben bleiben. Und gerade bei der Unbeſtimmtheit der Grenzen fällt es noch mehr ins Auge, daß kein Schleswiger behaupten kann, gerade ihm gäbe dieſe Beſtimmung auch nur ein moraliſches Anrecht; denn daß ein juriſtiſches Recht aus unſerem Vertrage mit Öſterreich von keinem Bewohner Schleswig-Holſteins abgeleitet werden kann, darf ich einer Verſammlung, die ſo viele Juriſten unter ſich zählt, nicht erſt beweiſen.

Erklärung über die Bundesverfaſſung und die Grundrechte.

Rede gehalten am 21. März 1867.

Ich habe nur das Wort ergriffen, um mich gegen eine Anſicht des Herrn Redners, der ſoeben die Tribüne verläßt (des Grafen Schwerin), auszuſprechen, nämlich gegen dasjenige Ar-

gument, daß er nicht begreife, wie jemand, der Preußens Führung auf dem Wege wolle, den ich mit ihm auch ferner gemeinschaftlich zu wandeln hoffe, dieser Sache widersprechen könne. Der Herr Redner hat dabei, glaube ich, ein Motiv unterschätzt, welches in mir, wenigstens als Minister — ich sage nicht als Abgeordneter — das stärkste ist, bei demjenigen Widerspruch, den ich gegen irgend eines der vielen hier auftretenden Amendements erhebe, nämlich die mich nie verlassende Sorge: werden wir dafür die Zustimmung der übrigen Regierungen erlangen? kann an dieser Sache die Zustimmung scheitern? ist die Sache der Mühe wert, das Ventil der Maschine auf diese Probe zu stellen? Und in der Beziehung kann ich mich auf die Argumentation des Herrn Vorredners berufen; ich glaube, er hat schon dazu beigetragen, die Überschätzung des Wertes dieses Amendements, falls es angenommen würde, zu vermindern. Es handelt sich, wie schon vorher hervorgehoben worden ist, nur um den Unterschied der Gesetzgebung und der Verfassungs-Änderung, um die Frage: ist zur Einführung dieses oder jenes Grundrechts, dieser oder jener Garantie — es ist nicht ganz der richtige Ausdruck, aber die Herren verstehen mich — erforderlich, daß zwei Drittel der Stimmen im Bundesrate dafür vorhanden sind, oder reicht die größere Hälfte hin? Um uns einen Gedanken von dem praktischen Werte dieses Unterschiedes zu machen, fassen wir die Sache einmal nicht von der Seite des Druckes auf, der sich hinter das Durchbringen einer solchen Sache setzen läßt, sondern von der Seite der Widerstandskraft. Bei dem Erfordernis von zwei Dritteln Majorität genügt Preußens Widerspruch mit 17 Stimmen, um das Zustandekommen unmöglich zu machen; bei Annahme dieses Amendements müßte dem preußischen Widerspruch mit 17 Stimmen etwa der sächsische mit 4 Stimmen zu Hilfe kommen. Schon gegen diese beiden stärksten Regierungen im Bunde, wenn sie einig sind, ist es nicht wünschenswert, eine Sache durchzudrücken; es würde dann nur noch eine der einzelnen Stimmen hinzutreten dürfen, dann wäre die Majorität von 22 da, die einen Widerspruch im Bundesrat erheben könnte, an dem die Sache scheiterte. Von dieser Seite betrachtet, meine Herren, glaube ich, hat die Sache für die Freunde des Amendements nicht den hohen Wert, daß sie darum das Ganze auf die Probe stellen sollten.

Ich hoffe, daß, wenn der Fall der Entscheidung einträte, auch auf seiten der Bundesregierungen über solche Dinge unser

Werk nicht gehindert werden würde, daß ſolche Anſtände nicht ausreichen, um die Grundlage, die wir haben, zu zerſtören und in die Luft zu ſprengen; — aber, meine Herren, ſicher ſind wir doch in dieſer Sache nicht! Wenn ich hier als Abgeordneter ſpräche, ſo würde ich ſagen: man kann es annehmen, man kann es ablehnen, ich ſehe darum keine Gefahr für das Vaterland; als Miniſter kann ich nur dazu raten, es abzulehnen.

Die Bundesregierung und die Verantwortlichkeit.

Rede gehalten am 26. März 1867.

Inſoweit eine Verantwortlichkeit in der Unterzeichnung liegt, glaube ich, iſt es für Ihren Zweck gleichgültig, ob dieſe Verantwortlichkeit von einer oder von mehreren Perſonen getragen wird; es iſt nur der Wunſch ausgeſprochen, daß überhaupt Perſonen deſigniert ſeien, an denen die Verantwortlichkeit haftet. Wenn ich das Amendement (von Bennigſen) recht verſtehe, ſo würde es bei ſeiner Annahme für die preußiſche Regierung nicht fakultativ, ſondern notwendig ſein, ihren Einfluß und ihre Stellung in dem Bundesrat dadurch zu ſchwächen, daß ſie denſelben nicht in einheitlicher, ſondern in kollegialiſcher Form ausübte. Es würde gewiſſermaßen zwiſchen den verſchiedenen preußiſchen Bundesgeſandten, etwa dem Bundeskanzler, der ja zu ihnen gehört, auf der einen Seite, und ſeinen militäriſchen Kollegen auf der andern vielleicht eine kollegialiſche Abſtimmung noch notwendig ſein, um das preußiſche Votum, welches ja nur einheitlich abgegeben werden kann, feſtzuſtellen, und bei dieſer kollegialiſchen Abſtimmung könnte ſich möglicher Weiſe der Bundeskanzler in der Minorität befinden, indem jeder der mit ihm konkurrierenden preußiſchen Kollegen ſich auf ſeine beſondere und perſönliche Verantwortlichkeit beriefe. Es iſt Sache des Bundeskanzlers oder des ihm vorgeſetzten Miniſters des Auswärtigen, ſich mit ſeinen Kollegen, den preußiſchen Miniſtern, in derjenigen Fühlung zu erhalten, daß er in erheblichen politiſchen Fragen weiß, wie weit er im Bundesrat gehen kann, ohne daß er der Unterſtützung des preußiſchen Geſamt-Miniſteriums, zu dem er gehört, verluſtig geht. Aber die Inſtruktion des Bundeskanzlers kann meines Erachtens nur vom preußiſchen Miniſter der auswärtigen Ange-

legenheiten ausgehen, oder der letztere muß selbst der Bundeskanzler sein.

Sie berühren da tiefgehende Fragen über das innere Räderwerk eines kollegialisch zusammengesetzten Ministeriums: ich würde mich außer stande fühlen, auf dieses ganze Werk einzugehen und dabei preußischer auswärtiger Minister zu bleiben, wenn ich nicht sicher wäre, daß die Instruktion des Bundeskanzlers zu meinem Ressort als auswärtiger Minister gehörte und nicht erst Gegenstand kollegialischer Abstimmung zwischen meinen Kollegen und mir zu sein hätte. Ich würde nur dem Könige Vortrag über diese Instruktionen zu halten haben und Seiner Majestät darüber verantwortlich werden, was ja nicht ausschließt, daß ich selbst wissen muß, wie weit ich in dieser Richtung gehen kann, ohne die allgemeine Übereinstimmung mit meinen übrigen Kollegen zu verlieren. Dieses Prinzip aber, daß die preußische Stimmenabgabe innerhalb des Bundesstaates allein von dem auswärtigen Ministerium abhängt, wird meines Erachtens durch diesen Zwang, die Stimme gewissermaßen kollegialisch auszuführen, wesentlich alteriert. Ich möchte bitten, bei diesem Amendement noch zu scheiden zwischen einem Ausdruck für die Verantwortlichkeit, die der Bundeskanzler durch seine Unterzeichnung übernimmt. Ich kann mich auch dafür nicht erklären, denn es ist immer eine Fassungsänderung, von der ich nicht weiß, welche Tragweite ihr die übrigen Regierungen geben. Aber ich halte es für lange nicht so schlimm, als wenn ein kollegialisch organisiertes preußisches Ministerium, sei es das bestehende, sei es ein paralleles, hineingetragen wird in die Mitte des Bundesrats, und im letzteren Falle sind nicht nur die Bedenken der uns verbündeten Regierungen gerechtfertigt, sondern Sie schaffen geradezu einen schwierigen Fall zwischen mir, als auswärtigen Minister, und meinen preußischen Kollegen, mit welchen ich innerhalb des Bundesrates nicht konkurrieren kann.

Ich hatte es allerdings so verstanden, daß mit diesen Chefs der Verwaltungszweige preußische Mitglieder des Bundesrats gemeint sein sollten, wie es denn in der Intention liegt, diese preußischen Mitglieder des Bundesrats, die man auf 17 treiben darf, aber nicht treiben wird, in den verschiedenen Zweigen der Verwaltung zu wählen, und zwar in den höheren Stellungen, damit der Bundesrat in seinem Schoße mit den notwendigen

technischen Kenntnissen ausgestattet ist. Wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, wenn hiermit Beamte gemeint sind, die außerhalb des Bundesrates stehen, dann scheint mir der Antrag in sehr enger Verwandtschaft und fast Identität mit dem schon abgelehnten Antrage eines unitarischen Bundesministerii zu stehen, und dem stehen alle die Bedenken entgegen, welche schon vorher erörtert sind.

Ich will nur noch eins hervorheben, was noch nicht so scharf hervorgehoben ist. Sie würden mit einem solchen Bundes-Finanzminister z. B. den Königlich sächsischen, den Großherzoglich hessischen u. s. w. Finanzminister mediatisieren und ihn zu einem Unterbeamten des Bundes-Finanzministers machen. Das thun die Regierungen nicht, meine Herren, und wir haben keine Notwendigkeit, etwas von ihnen zu verlangen, wenn dadurch eher unser ganzes Werk in Gefahr geraten könnte, als daß wir diese Konzession erreichen, welche zu fordern die Königlich preußische Regierung weder den Willen, noch die Berechtigung hat.

Meine Herren! Ich wende mich vorzugsweise an diejenigen unter uns, die den ernsten Willen haben, auf der Basis der Vorlage etwas zu stande zu bringen. Daß es deren unter uns giebt, die das nicht wollen, haben wir von der Tribüne gehört; ich verletze dadurch niemand. Die erstgenannten Herren möchte ich aber doch bitten, mir eine Aufklärung zu geben über die Motive ihres formalen Verhaltens. Anträge, die Sie stellen, im Interesse der Erweiterung einer unitarischen Herrschaft, der Erweiterung des präsidialen Einflusses der preußischen Monarchie, können doch nur zwei Voraussetzungen zum Grunde haben. Entweder sind Sie der Meinung, daß wir — ich spreche hier von der preußischen Regierung — nicht in der Lage oder nicht fähig gewesen sind, das richtige Maß dessen, was wir erstreben können, erstreben dürfen, erreichen können, zu beurteilen, und daß Sie besser in der Lage sind, dies zu beurteilen, und hoffen, uns darüber zu belehren. Ich kann diese Auffassung mit dem Vertrauen, was von so vielen verschiedenen Seiten auf die richtige Leitung der preußischen auswärtigen Angelegenheiten bisher ausgesprochen worden ist, nicht in Einklang bringen. Wir haben in sehr ernsten Zeiten, unter sehr schwierigen Verhältnissen, unter gefahrvollen Kämpfen diese Sache so weit geführt, bis zu einem Punkte, dem Sie Ihre volle Anerkennung gezollt haben.

Nun ſpricht aus dieſen Amendements aber doch die Überzeugung, wir hätten das entweder nicht erſtrebt oder erreicht, was wir zur beſſeren Konſolidierung hätten erſtreben oder erreichen können; oder es iſt etwas anderes. Meine Herren! Sie halten uns für ſchüchterne, verlegene Leute, die ermutigt werden müſſen, denen man eine douce violence anthun müſſe, damit ſie ſich entſchließen, das zu fordern, was ſie im Grunde ihres Herzens eigentlich ſelbſt wünſchen. Ich kann Ihnen auf das Beſtimmteſte erklären, daß dem nicht ſo iſt. Wir haben uns die Grenze unſerer Anſprüche an die Opfer, die von den übrigen Regierungen zu bringen wären, darin geſtellt, wo ich ſie ſchon öfter bezeichnet habe, in dem, was uns unentbehrlich ſchien zur Führung eines nationalen Gemeinweſens. Dies glauben wir erreicht zu haben, wir glauben, daß die Mittel dazu ausreichen.

Der Herr Vorredner (v. Bennigſen) hat nun geſagt, daß ſein Amendement die Befugniſſe der Preußen verbündeten Regierungen nicht beeinträchtigte und nicht beeinträchtigen könne. Zuerſt muß ich zu erwägen geben, daß darüber dieſe Regierungen ſelbſt die beſten Richter ſind; zweitens, daß man ihnen, wenn ſie eine Beeinträchtigung darin finden, nicht überzeugend widerſprechen kann. Sie ſchaffen eine den Miniſterien und höchſten Regierungen der einzelnen Bundesländer vorgeſetzte Spitze und Behörde außerhalb des Bundesrats. Innerhalb des Bundesrats findet die Souveränetät einer jeden Regierung ihren unbeſtrittenen Ausdruck. Dort hat jede ihren Anteil an der Ernennung des gewiſſermaßen gemeinſchaftlichen Miniſteriums, welches, neben anderen Funktionen, auch der Bundesrat bildet. Dieſes Gefühl der unverletzten Souveränetät, welches dort ſeine Anerkennung findet, kann nicht mehr beſtehen neben einer kontraſignierenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesrates aus preußiſchen oder anderen Beamten ernannt wird, und es iſt und bleibt eine capitis deminutio für die höchſten Behörden der übrigen Regierungen, wenn ſie ſich als Organe, gehorſamleiſtende Organe einer vom Präſidium außerhalb des Bundesrates ernannten höchſten Behörde in Zukunft anſehen ſollten. Glauben Sie nicht, daß wir die Frage nicht erwogen haben, ob die übrigen Regierungen dieſen Anflug von einer Verminderung ihrer Souveränetät auf ſich nehmen wollen. Wir haben über die Frage, ob die Miniſterien der Einzelſtaaten, namentlich die Kriegs- und Finanz-Miniſterien u. ſ. w. bleiben würden, Wochen lang verhandelt.

Unsere Arbeit ist keine leichte gewesen, und Sie können leicht ermessen, mit welchem Eindruck wir nach unsern schweren und erschöpfenden Arbeiten hier Amendements hören, die von allem, was wir gethan und geleistet haben, abstrahieren, von dem in der Geschichte unerhörten Fall, daß die Regierungen von 30 Millionen Deutschen sich nicht bloß dem Wortlaute nach, wie bei der alten Bundesakte, sondern auch dem Geiste nach über einen solchen Entwurf geeinigt haben, keine Notiz nehmen.

Ich möchte Sie doch bitten, den Einfluß der Regierungen, die Notwendigkeit ihrer Mitwirkung beim Zustandekommen des Werkes, nicht zu unterschätzen. Wir kommen sonst auf denselben Weg, den wir in den Jahren 1848—1850 gewandelt sind. Damals waren die Regierungen minder stark und hatten geringeres Selbstgefühl als heute. Trotzdem ist es damals nicht gelungen, den wohlwollendsten und vielleicht theoretisch richtigsten Gedanken für nationale Einigung Anerkennung zu schaffen, weil das Einverständnis der Regierungen fehlte. Ich kann die Versicherung im Namen sämtlicher Regierungen wiederholen, daß dieses Amendement für sie vollständig unannehmbar ist und das ernsteste Hindernis für das Zustandekommen der Verfassung bilden würde, wenn das Amendement angenommen würde und bliebe.

Ich glaube, mich gestern dahin ausgesprochen zu haben, ich müßte als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten darauf bestehen, daß ich entweder selbst der Bundeskanzler bin, oder daß die Instruktion des Bundeskanzlers ausschließlich von mir abhängt. Wenn ich nun diese ausschließliche Berechtigung in dem Sinne mißbrauchen wollte, daß meine gleich mir verantwortlichen und auf die Verfassung vereidigten preußischen Kollegen mir sagten: „Da können wir nicht folgen", dann würde ich, da es unmöglich ist, daß ich demselben König und Herrn, der mich als preußischen Minister ernannt, in meiner Eigenschaft als Instruktor des Bundeskanzlers oder als Bundeskanzler, den Gehorsam aufkündigte, ich würde mich entweder der Majorität meiner Kollegen im preußischen Ministerium zu fügen haben bei meinen Instruktionen an den Bundeskanzler, oder ich würde nach anderen Kollegen suchen müssen, die die Verantwortlichkeit für das Verhalten des Bundeskanzlers mit übernehmen. Daß in wichtigen Angelegenheiten, z. B. bei neuen Gesetzen, die preußische Stimme im Bundesrate abgegeben würde, ohne die übrigen in Preußen verantwortlichen Ressortchefs zu fragen, ist

nicht denkbar; ja die letzteren würden, wenn nicht direkt, doch jedenfalls durch ihre Untergebenen, wie ich das schon angedeutet, durch höhere Beamte ihres Ressorts, im Bundesrate vertreten sein, und würden auf die Formulierung des preußischen Votums durch diese ihre Organe ihren Einfluß üben können. Nur könnte ich mir als auswärtiger Minister nicht gefallen lassen, daß nun diese mit dem Bundeskanzler zusammensitzenden Vertreter der übrigen Ressortchefs oder — auf diesen Unterschied kommt es mir nicht an — außerhalb des Bundesrats sich befindenden Vertreter der Ressortchefs auch mit dem Rechte einer verantwortlichen Kontrasignatur ausgestattet würden und dem Bundeskanzler sagen könnten: diesem Votum stimmen wir nicht bei, denn es ist mit unserer persönlichen Verantwortlichkeit nicht verträglich. Die Austragung des Streites über solche Fragen muß innerhalb des preußischen Ministeriums, wie es jetzt da ist, und muß außerhalb der Enceinte des Bundesrats stattfinden. Daß daraus folge, daß in Preußen oder in jedem andern Bundesstaate die gesetzliche Giltigkeit der Bundesgesetze noch einer besonderen Zustimmung bedürfe, das kann ich nicht zugeben, sie werden nach der Art, wie sie in dem Bundesrat zu stande kommen, getragen sein von der Verantwortung, die das preußische Ministerium dem preußischen Lande gegenüber hat; denn es ist, wie gesagt, undenkbar, daß das Verhalten des Bundeskanzlers dauernd und in wichtigen Fragen des Einverständnisses des preußischen Ministeriums entbehren könnte. Dies wäre nur denkbar in dem Falle, daß Preußen in der Minorität geblieben wäre, daß Preußen, in dieser Minorität des Bundesrates sich befindend, auch vor dem Reichstag seine Ansicht vergebens verteidigt hätte und auch im Reichstag in der Minorität geblieben wäre, dann tritt allerdings möglicherweise ein Bundesgesetz in Kraft, für welches das preußische Ministerium nicht geneigt gewesen ist, die Verantwortung zu übernehmen, und gegen welches es deshalb votiert hat; es würde aber dann von dieser Verantwortung gewissermaßen losgesprochen sein durch diese preußischen Reichstagsabgeordneten, die ihrerseits die Majorität für das Gesetz hergestellt hätten, trotz des Widerspruchs der preußischen Regierung, jedenfalls aber bliebe dann dem preußischen Ministerium übrig: wenn es sich nicht fügen will, durch das Präsidium eine Auflösung des Reichstags zu extrahieren.

Ich glaube, das ist ein ganz regelmäßiges Spiel konstitutioneller Einrichtungen und die Verantwortlichkeit für irgend etwas,

was innerhalb des Bundes zu geſchehen hat, wird gegen das, was jetzt davon vorhanden iſt, in keiner Weiſe vermindert.

Dasſelbe Raiſonnement läßt ſich auf die Miniſterien der übrigen Bundesſtaaten anwenden, nur mit dem Unterſchiede, daß ſie nicht dieſelbe erhebliche Stimmzahl, dieſelbe Majorität von engeren Landsleuten in dem Reichstag haben, die ihnen die Chancen giebt, gerade ihre Meinung durchzubringen. Dadurch aber haben die verbündeten Regierungen meines Erachtens ſchon diejenigen Opfer gebracht, welche man rechtmäßiger Weiſe von ihnen fordern darf, weil ein größeres für den zu erreichenden Zweck nicht notwendig iſt.

Ich glaube, ich habe das Bedenken ſchon widerlegt, daß keine Verwaltung des Bundespräſidiums ſtattfinden würde; meine Bedenken liegen nicht in der Richtung. Sie richten ſich dagegen, daß ich es nicht acceptieren kann, die Zahl derjenigen Kollegen, — denn ſolche würden es für mich werden, — mit denen ich die Verantwortung zu teilen hätte, zu vermehren und dadurch die Arbeit zu vermehren, die in der That nicht klein iſt, wenn es ſich handelt, zwiſchen acht Miniſtern, die ehrlich an ihrer Überzeugung hängen, eine Übereinſtimmung herzuſtellen. Sollte ich noch mit anderen zur Kontraſignatur berechtigten Beamten eines anderen Miniſteriums die Verantwortung teilen, ſo würde mir das zuviel.

Der Herr Vorredner hat ferner mir zwar ſchmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in bezug auf meine Vorliebe für die Entwicklung der Volksfreiheit ausgeſprochen. Er thut mir, glaube ich, in letzter Beziehung Unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben geſagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenſtellte, ſondern nur geſagt und natürlich unter der Vorausſetzung „rebus sic stantibus“, meine Intereſſen an den auswärtigen Angelegenheiten ſind nicht nur ſtärker, ſondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, ſo daß ich, ſo viel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege ſteht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das ſchließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung teile, daß den höchſten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinſamen Wohlfahrt des Staates verträglich, jederzeit zu erſtreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung iſt.

Über das allgemeine Wahlrecht.

Rede gehalten am 28. März 1867.

Das allgemeine Wahlrecht ist uns gewissermaßen als ein Erbteil der Entwicklung der deutschen Einheitsbestrebungen überkommen; wir haben es in der Reichsverfassung gehabt, wie sie in Frankfurt entworfen wurde, wir haben es im Jahre 1863 den damaligen Bestrebungen Österreichs in Frankfurt entgegengesetzt, und ich kann nur sagen: ich kenne wenigstens kein besseres Wahlgesetz. Es hat ja gewiß eine große Anzahl von Mängeln, die machen, daß auch dieses Wahlgesetz die wirkliche besonnene und berechtigte Meinung eines Volkes nicht vollständig photographiert und en miniature wiedergiebt, und die verbündeten Regierungen hangen an diesem Wahlgesetz nicht in dem Maße, daß sie nicht jedes andere acceptieren sollten, dessen Vorzüge vor diesem ihnen nachgewiesen werden. Bisher ist diesem kein einziges gegenüber gestellt worden. Ich habe nicht einmal kursorisch im Laufe der Rede ein anderes Wahlgesetz diesem gegenüber rühmen hören; ich will damit nur motivieren, daß „verbündete Regierungen", die gewissermaßen eine republikanische Spitze, die in dem Worte „verbündete Regierungen" liegt, bilden, keineswegs ein tief angelegtes Komplott gegen die Freiheit der Bourgeoisie in Verbindung mit den Massen zur Errichtung eines cäsarischen Regiments beabsichtigt haben können. Wir haben einfach genommen, was vorlag und wovon wir glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, und weitere Hintergedanken nicht dabei gehabt.

Was wollen denn die Herren, die das anfechten, und zwar mit der Beschleunigung, deren wir bedürfen, an dessen Stelle setzen? Etwa das preußische Dreiklassensystem? Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden, ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts mit einander zu thun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt, Leute, die irgend einer Gemeinde weit über die erste Klasse hinausreichen, diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft, in Gemeinden, wo beispielsweise drei Besitzer jeder ungefähr 200 Thaler Steuer bezahlen, deren zwei in die erste Klasse und den dritten, der

ſieben Silbergroſchen weniger bezahlt, in die zweite verweiſt, wo ſeine Mitwähler mit 5 Thaler Steuern anfangen, und von den bäuerlichen Beſitzern mit 5 Thaler Steuern kommt wieder eine gewiſſe Anzahl zu 2, plötzlich zwiſchen Hans mit 4 Thaler 7 Silbergroſchen und Kunz mit 4 Thaler 6 Silbergroſchen reißt die Reihe ab, und die anderen werden mit dem Proletariat zuſammengeworfen. Wenn der Erfinder dieſes Wahlgeſetzes ſich die praktiſche Wirkung desſelben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht. Eine ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Zenſus, eine Härte, die da am fühlbarſten wird, wo dieſer Zenſus abreißt, wo die Ausſchließung anfängt; wir können es dem Ausgeſchloſſenen gegenüber doch wirklich ſchwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieſelbe Steuerquote wie ſein Nachbar zahlt — und er würde ſie gern bezahlen, denn ſie bedingt ein größeres Vermögen, das hat er aber nicht — er gerade Helot und politiſch tot in dieſem Staatsweſen ſein ſolle.

Auf ſtändiſche Wahlrechte zurückzugreifen, hat noch niemand vorgeſchlagen, und ich erwähne ſie nur, um die Richtigkeit einer vorhin hier ausgeſprochenen Meinung zu beſtätigen, daß im ganzen jedes Wahlgeſetz unter denſelben äußeren Umſtänden und Einflüſſen ziemlich gleiche Reſultate giebt. Ich glaube, wenn wir heute auf der Baſis des vereinigten Landtages mit zehnjährigem Grundbeſitz wählten, würden wir ungefähr dieſelbe Vertretung haben, und die Geſammtbeſtände der Vertretungen Deutſchlands haben ſeit meiner parlamentariſchen Laufbahn, ſeit 1847, nicht gewechſelt, ich habe immer dieſelben alten, zum Teil lieben, zum Teil kampfbereiten Geſichter mir gegenüber geſehen. Ich halte die Frage für offen, bis mir jemand überzeugend darthut, daß ein anderes Wahlgeſetz beſſer iſt und freier von Mängeln, als das im Entwurf vorgelegte, und im Beſitze beſonderer Vorzüge, die dieſes nicht hat: die Frage iſt diskutierbar; aber ich glaube, wenn wir uns in ihre Diskuſſion vertieften, würden wir die ganzen Bibliotheken, die über dieſe Frage im Laufe der letzten dreißig Jahre geſchrieben worden ſind, hier durchdiskutieren, und würden uns doch ſchwer einigen. Ein Vorwurf iſt dem Wahlgeſetz aus dem Hauſe deshalb gemacht, weil es direkte Wahlen und nicht indirekte vorſchreibt; meiner Überzeugung nach bilden aber die indirekten Wahlen an ſich eine Fälſchung der Wahlen, der Meinung der Nation. Es läßt ſich das ſchon aus einem einfachen Rechen-Exempel, welches ich ſchon

vor zwanzig Jahren aufgeſtellt habe und hier wiederhole, darlegen: Wenn man annimmt, daß die Majorität in jeder Stufe der Wahl nur eins über die Hälfte zu ſein braucht, ſo repräſentiert der Wahlmann ſchon nur einen Urwähler mehr als die Hälfte; der Abgeordnete repräſentiert nun einen Mann über die Hälfte der Wahlmänner, deren Geſammtheit ja ſchon nur etwas über die Hälfte der Urwähler repräſentiert, der Abgeordnete, wenn nicht ſehr große Majoritäten überall thätig geweſen ſind, ich nehme den ſchlimmſten Fall an, mit ſehr kleiner, repräſentiert mit mathematiſcher Sicherheit bei den indirekten Wahlen nur etwas über ein Viertel der Urwähler, und die Majorität der Abgeordneten in dem Falle nur etwas über ein Achtel des Ganzen. Von dieſen unvermeidlichen Halbierungsſtufen ſcheiden wir bei direkten Wahlen die eine gänzlich aus.

Dann habe ich ſtets in dem Geſammtgefühl des Volks noch mehr Intelligenz als in dem Nachdenken des Wahlmannes bei dem Ausſuchen des zu Erwählenden gefunden, und ich appelliere an die ziemlich allgemeine Erſcheinung, — ich weiß nicht, ob die Herren meine Wahrnehmungen alle teilen; aber ich habe den Eindruck, daß wir bei dem direkten Wahlrechte bedeutendere Kapacitäten in das Haus bringen, als bei dem indirekten. Um gewählt zu werden bei dem direkten Wahlrechte, muß man in weiteren Kreiſen ein bedeutenderes Anſehen haben, weil das Gewicht der lokalen Gevatterſchaft bei dem Wählen nicht ſo zur Hebung kommt in den ausgedehnten Kreiſen, auf die es bei direkter Wahl ankommt. Ich hoffe, das hohe Haus wird für die indirekte Schmeichelei, die ich hierdurch ausdrücke, empfänglich ſein.

Was nun den Antrag auf Errichtung eines Oberhauſes betrifft, ſo kann er an und für ſich im Prinzip ja nur jedem Konſervativen willkommen ſein. Es iſt ein Hemmſchuh, der an der Staatsmaſchine angebracht wird, um auf abſchlüſſigen Stellen ein zu raſches Fortgleiten zu hindern; es iſt eine ſtärkere Beteiligung derjenigen, die etwas zu verlieren haben an dem Staatsweſen, derer, die nicht geneigt ſind, auf Koſten und Gefahr des Staates zu hoch zu ſpielen, weil der eigene Einſatz zu ſtark iſt. Es iſt die Übertragung eines der weſentlichſten Vorzüge der engliſchen Einrichtungen auf unſere Zuſtände, eines Vorzuges, den ich darin ſuche, daß es in England eine große Anzahl annähernd königlicher Exiſtenzen giebt; ich will näher erläutern, was ich darunter verſtehe: gänzlich desintereſſierte

Exiſtenzen, die auf dieſer Welt eigentlich nichts Erhebliches zu wünſchen haben, was ſie verleiten könnte, anders als nach ihrer wohlbedachten ruhigen Überzeugung vom Beſten des Staatswohls zu urteilen, ich will lieber ſagen, befriedigter Exiſtenzen, denen der Trieb fehlt, auf dem politiſchen Gebiete die Befriedigung ſozialer und finanzieller Beſtrebungen zu ſuchen. Das halte ich für einen außerordentlichen Vorzug der engliſchen Zuſtände. Man experimentiert dort nicht ſo leicht, weil diejenigen, die dort experimentieren ſollen, zuſammen einen gewaltig hohen Einſatz von Vermögen und Wohlſein zu verlieren haben.

Nichts deſto weniger haben wir nicht geglaubt, die ſchon komplizierte Maſchinerie der Verfaſſung durch die Einſchiebung eines dritten, oder, wenn Sie wollen, vierten Gliedes noch ſchwerfälliger zu machen.

Es iſt mir an und für ſich nicht leicht, mir ein deutſches Oberhaus zu denken, das man einſchieben könnte zwiſchen den Bundesrat, der, ich wiederhole es, vollkommen unentbehrlich iſt, als diejenige Stelle, wo die Souveränetät der Einzelſtaaten fortfährt, ihren Ausdruck zu finden — das man alſo einſchieben könnte zwiſchen dieſem Bundesrat und dieſem Reichstage, ein Mittelglied, welches dem Reichstage in ſeiner Bedeutung auf der ſozialen Stufenleiter einigermaßen überlegen wäre, und dem Bundesrate und deſſen Vollmachtgebern hinreichend nachſtände, um die Klaſſifikation zu rechtfertigen. Wir würden in der Verſammlung nicht ſouveräne Pairs-Mitglieder haben, die ihrerſeits geneigt ſind, zu rivaliſieren mit den mindermächtigen Souveränen in ihrer ſozialen Stellung. Der Bundesrat repräſentiert bis zu einem gewiſſen Grade ein Oberhaus, in welchem Seine Majeſtät von Preußen primus inter pares iſt, und in welchem derjenige Überreſt des hohen deutſchen Adels, der ſeine Landeshoheit bewahrt hat, ſeinen Platz findet. Dieſes Oberhaus nun dadurch zu vervollſtändigen, daß man ihm nicht ſouveräne Mitglieder beifügt, halte ich praktiſch für zu ſchwierig, um die Ausführung zu verſuchen. Dieſes ſouveräne Oberhaus aber in ſeinen Beſtandteilen außerhalb des Präſidiums ſo weit herunterzudrücken, daß es einer Pairskammer ähnlich würde, die von unten her vervollſtändigt werden könnte, halte ich für unmöglich, und ich würde niemals wagen, das einem Herrn gegenüber, wie der König von Sachſen iſt, auch nur anzudeuten.

Der hauptſächliche Grund aber, warum wir keine Teilung des Reichstages in zwei Häuſer vorgeſchlagen haben, liegt immer

in der zu ſtarken Komplizierung der Maſchine. Die Geſetzgebung des Bundes kann ſchon durch einen anhaltenden Widerſpruch zwiſchen dem Bundesrate und dem Reichstage zum Stillſtand gebracht werden, wie das in jedem Zweikammerſyſtem der Fall iſt; aber bei einem Dreikammerſyſtem — wenn ich einmal den Bundesrat als Kammer bezeichnen darf — würde die Möglichkeit, die Wahrſcheinlichkeit dieſes Stillſtandes noch viel näher liegen, wir würden zu ſchwerfällig werden.

Da ich einmal das Wort habe, ſo bemerke ich noch einiges über den Schlußpaſſus des Artikels, nämlich den Ausſchluß der Beamten. Dieſe Beſtimmung hat ihren Grund in den mannigfachen Übelſtänden, die mit der Beteiligung der Beamten an den öffentlichen Verhandlungen zweifellos verbunden ſind und die hier von der Tribüne her ſchon berührt worden ſind. Als einen derſelben, der hier noch beſonders maßgebend hat ſein können, bezeichne ich die Beſorgnis, daß Beamte zu ſehr geneigt ſein möchten, den partikulariſtiſchen Regungen derjenigen Bundes-Regierung, der ſie dienen, Ausdruck zu geben in der Verſammlung. Die andern Gründe dagegen ſind mehr allgemeiner Natur, und für mich der Hauptgrund iſt die Lockerung der Disziplin in dem Beamtenſtande. Je mächtiger die parlamentariſchen Einflüſſe auf das Staatsleben einwirken, deſto notwendiger iſt meines Erachtens eine ſtraffe Disziplin in dem Beamtenſtande. Wir haben in Preußen augenblicklich gewiſſermaßen zwei Verfaſſungen, die nebeneinanderlaufen: wir haben die alte Konſtitution des Abſolutismus, die ihre Schutzwehr gegen Willkür in der Unabſetzbarkeit der Beamten fand, und wir haben die moderne konſtitutionelle Verfaſſung, mit welcher in faſt allen andern Ländern dieſe Unabſetzbarkeit der Beamten unverträglich gedacht wird.

Wir — wenn ich ſage „wir", ſo meine ich in dieſem Augenblick die preußiſche Regierung — die Regierung, die handeln, die ſich bewegen ſoll, fühlt ſich gehemmt von allen Seiten. Sie kann nicht einmal einen Beamten, der zwar formell ihren Anordnungen gehorcht, der aber in den Geiſt nicht eingeht, ſie kann ihn nicht abſetzen.

Es hat das ſeine großen Vorzüge. Ich möchte die Integrität des preußiſchen Beamtenſtandes, ſein Anſehen, ſein Gefühl der Würde, was ihn bei ſchlechter, oft unzulänglicher Beſoldung über Verſuchungen hinweghebt, um keinen Preis verloren geben und möchte lieber die Übelſtände einer gehemmten

und genierten Regierung noch länger tragen, als unbesonnen in diese Schwierigkeiten hineinschneiden. Aber gerade, weil wir sie nicht beliebig beseitigen können, so bedürfen wir aller Mittel, die geeignet sind, eine strenge Disziplin festzuhalten, und scheuen uns vor allem, was geeignet ist, sie zu lockern. Ich kann nicht behaupten, daß es im Lande einen günstigen Eindruck macht, ich kann kaum daran zweifeln, daß es das unbehagliche und berechtigte Gefühl, daß etwas krank sein müsse im Staate, hervorruft, wenn man erlebt, daß in der Öffentlichkeit ein Beamter seinem höchsten Chef entgegentritt und ihm gegenüber und in bezug auf ihn öffentlich eine Sprache führt, die derselbe Beamte unzweifelhaft zu wohlerzogen ist, um sie zu hause seinem Kanzleidiener gegenüber zu führen. Das kann ich nicht als eine nützliche Einrichtung einsehen. Ich gebe gern zu, daß dieses Bedenken sich schon heben würde, wenn nicht die Klausel des Zwangsurlaubes in der Verfassung stände, daß eine Regierung durch die Verfassung gezwungen ist, demjenigen Beamten, von dem sie voraussetzt, er wird sie mit Heftigkeit angreifen, hierzu ausdrücklich den Urlaub zu bewilligen. Ich bin als Minister sehr bereit, mir die stärksten Vorstellungen von einem Beamten, der von seinem Pflichtgefühl geleitet wird, in einem Schriftstück gefallen zu lassen, aber ich würde es schwer ertragen, Minister zu bleiben, wenn ich genötigt wäre, in meinem Ressort einen Beamten fortdauernd zu beschäftigen, der mir öffentlich diejenige Achtung versagt, auf die ich in meiner Stellung Anspruch mache.

Wenn sich diesen Übelständen eine Abhilfe nicht vollständig schaffen läßt, so würden die verbündeten Regierungen für jede partielle Abhülfe, die hier durch Reichstagsbeschluß gewährt würde, immer noch dankbar sein. In dieser Richtung würde z. B. das Amendement, welches auf die geistlichen und richterlichen Beamten den Ausschluß beschränkt, wie ich glaube, sämtlichen verbündeten Regierungen annehmbar sein.

Wie mir vorschwebt, existiert derselbe Ausschluß der richterlichen Beamten in mehreren fremden Verfassungen. Daß die Beteiligung an den Parteikämpfen auf die Richter einigermaßen mehr zurückwirkt, als mit der Unparteilichkeit der richterlichen Stellung verträglich ist, meine Herren, davon habe ich selbst vielfach Beispiele erlebt. Ich will Ihnen nur eins zitieren. Ich bin namentlich in den ersten Jahren meiner Amtsführung ungemein oft in der Lage gewesen, daß mir Erkenntnisse, die

ohne mein Wiſſen und meine Anregung gefaßt waren, wegen Beleidigung des preußiſchen Miniſter-Präſidenten zur Einſicht zugeſchickt wurden mit der Anfrage, ob ich ſie veröffentlichen laſſen wolle. Ich habe manche dieſer Erkenntniſſe geleſen, andere nicht. Im Durchſchnitt fand ich, daß dieſelben Beleidigungen, die, wenn ein ehrbarer Handwerksmeiſter ſie gegen einen andern ausſpricht, eine ſchwere Strafe, wenn er ſie öffentlich ausſpricht, Gefängnis- oder eine höhere Geldſtrafe nach ſich ziehen können, dem preußiſchen Miniſter-Präſidenten gegenüber angewendet, durchſchnittlich 10 Thlr. koſteten. Für 10 Thlr. hatte Jeder die Freiheit, mir die ſchmachvollſten Injurien öffentlich zu ſagen oder drucken zu laſſen. Daß da mit einem Maße gemeſſen war, welches von politiſcher Beeinfluſſung ganz frei geweſen wäre, den Eindruck habe ich nicht gehabt. Er wurde aber noch dadurch verſtärkt, daß ich in einzelnen dieſer Erkenntniſſe die richterliche Motivierung las: es lägen doch mildernde Umſtände vor, denn dieſes Miniſterium tauge wirklich nichts. Nun frage ich: kann mit ſolchen Raiſonnements eines erkennenden Richters der Eindruck von Würde, von Anſehen, von Unparteilichkeit auf die Dauer aufrecht erhalten werden, deſſen die richterliche Stellung bedarf?

Die Herren werden aus meiner Darlegung entnommen haben, daß die Aufrechterhaltung des Artikels genau wie er ſteht für mich gerade nicht, wenn ich ſo ſagen ſoll, eine Kabinetsfrage iſt, daß ich mich aber freuen würde, wenn der Reichstag ein oder die andere der Anſichten, die ich hier aus eigener Erfahrung ausgeſprochen habe, durch ſeinen Beſchluß beſtätigte, indem entweder wenigſtens die geiſtlichen und richterlichen Beamten ausgeſchloſſen würden, oder — was mir noch lieber wäre, dasjenige Amendement, welches den Zwangsurlaub auch hier einführen will, abgelehnt würde.

Über die Redefreiheit der Abgeordneten und die straffreie Veröffentlichung der Verhandlungen.

Rede gehalten am 29. März 1867.

Die verbündeten Regierungen befürchten von der Freiheit der Veröffentlichung der Parlamentsreden keine Gefahr. Wir haben gesehen, daß Reden aus dem preußischen Abgeordnetenhause, wie sie wohl stärker in keiner Versammlung dieser Art gehalten waren, veröffentlicht wurden ohne jegliche Gefahr. Die Gründe, die uns veranlaßt haben und mich bei einer andern Gelegenheit persönlich —, einer solchen gesetzlichen Bestimmung, wie sie hier von jener Seite (links) befürwortet wird, zu widersprechen, sind andere; ich kann sie wohl bezeichnen als Gründe der Sittlichkeit. Es giebt viele Dinge, die ein Staat dulden kann — er kann sie ignorieren; aber etwas anderes ist es, sie gesetzlich zu sanktionieren. Dazu rechne ich auch das Recht, einen andern Mitbürger zu beleidigen, ohne daß dieser irgend eine Genugthuung dafür finden könnte. Ich will von Verbrechen, die man mit Worten begehen kann, nicht reden; ich rechne gar nicht darauf, daß sie an der Stelle begangen werden würden. Ich will nur reden vom Schutze der Ehre eines jeden Bürgers, welchen Schutz das Gesetz ihm schuldig ist. Diesen Schutz ihm zu entziehen, das halte ich — ich wiederhole es — gegen die Sittlichkeit, gegen die Menschenrechte. Unter Menschenrechten lasse ich mir ausdrücklich diejenigen gefallen, welche in Frankreich im Jahre 1791 adoptiert wurden und in die Verfassung der Republik übergegangen sind. Es heißt darin ausdrücklich, und zwar in bezug auf die Freiheit der opinions, die jeder aussprechen könne, daß diese Freiheit darin bestehe, alles zu thun, was anderen nicht schadet. Diese Restriktion legt selbst ein so weitgehendes Aktenstück auf, wie jenes. Die Gesetzgebungen anderer Staaten, auch die der allerfreiesten, schützen wenigstens die Privatehre. Ich berufe mich darüber z. B. auf die amerikanische, deren Bestimmungen ich mir habe ausziehen lassen, aus Kent, Commentaries on American law Vol. 1, pag. 241:

> „Obgleich ein Mitglied des Kongresses außerhalb des Kongresses nicht verantwortlich ist für die Worte, welche

er in demſelben geſprochen, auch wenn dieſelben beleidigend für Individuen ſind, ſo kann er doch, wenn er ſeine Rede veröffentlichen läßt, wegen Libells beſtraft werden, by action (in einer Civilklage auf Schadenerſatz) und by indictment (d. h. kriminell). So iſt es in England rechtens und ſo iſt es gerecht."

Aus England ſelbſt wird Ihnen ein ſehr bekannter Fall in Erinnerung ſein, nämlich der Fall Stockdale wider Hanſard, wo die Veröffentlichung nicht einer Rede, ſondern eines „parliamentary paper" oder reports — es ſind dies techniſche Ausdrücke für amtliche Aktenſtücke, die auf Befehl des Parlaments gedruckt werden — etwas Beleidigendes für einen Gefängniswärter enthielt, welcher darüber klagbar wurde. Die engliſchen Gerichte waren darüber ganz zweifellos, daß ſie den Drucker wegen Beleidigung zu verurteilen hätten, und thaten es. Das Parlament griff ein wegen Privilegienbruchs und bedrohte die Ausführung dieſes gerichtlichen Urteils mit parlamentariſchen Strafen. Aber das Parlament hat auch bei dieſen Gelegenheiten, wo es in den Rechtsgang eingriff, niemals die Anſicht ausgeſprochen, Reden und Motivierungen einzelner Abgeordneten irgendwie zu ſchützen bei der Publikation, ſondern nur reports and papers, und ſo iſt es meines Wiſſens noch heutzutage in England Recht, ſo daß dort wenigſtens, in England, in Amerika und in allen civiliſierten Ländern die Privatehre ſich des vollkommen geſetzlichen Schutzes erfreut. Dieſe Motive, dieſes Bedürfnis, jedem ſein Menſchenrecht auf Schutz gegen Beleidigungen zu erhalten, leitet mich, wenn ich nach wie vor die geſetzliche Sanktion der Veröffentlichung ſolcher Reden, welche injuriös für Privatleute ſind, bekämpfe. Daß die Freiheit dadurch nicht beſchränkt wird, liegt auf der Hand. Ich habe ſofort, wie dies Parlament zuſammentrat, an ſämtliche Behörden, die unter der Autorität der Königlichen Regierung ſtehen, durch die betreffenden Herren Reſſort-Chefs die Aufforderung richten laſſen, in keinem Falle gegen die Veröffentlichung einer Parlamentsrede einzuſchreiten, es ſei denn, daß ſie zuvor an die Regierung berichtet hätten und der Fall ſo ſtark wäre, daß die Autoriſation von der Staatsregierung erteilt werden müſſe. Die Regierung wird nicht in Verlegenheit kommen, von dieſer reſervierten Befugnis Gebrauch zu machen, am allerwenigſten wird ſie davon Gebrauch machen in bezug auf die Angriffe,

die die Regierung selbst treffen, sie wird nur zum Schutz der Privatrechte gegen persönliche Beleidigung jemals davon Gebrauch machen. Wenn behauptet wird, daß unter dieser Einrichtung die Freiheit litte, so halte ich das für eine der übertriebenen Deklamationen, denen ich lediglich einen ornamentalen Charakter in den Reden der Verteidiger des Antrags beilege.

Wenn einer der Herren Vorredner bei dieser Gelegenheit darüber Klage geführt hat, daß unter Umständen der „mühsam erzwungene" höfliche Ton einem anderen Platz mache und damit ziemlich deutlich auf eine lebhafte Diskussion, die ich vor einigen Tagen angeregt hatte, anspielte, so möchte ich dem Herrn Abgeordneten doch Eins zur Erwägung geben.

Wenn man fünf Jahre lang schwer gekämpft hat, und das erreicht hat, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit des Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, wenn man sich der Mühe erinnert, die es gekostet hat, oft einen ganz kleinen Paragraphen, eine Interpunktationsfrage zwischen 22 Regierungen zu entscheiden, wenn man nun auf den Punkt gekommen ist, wie er hier vorliegt, dann treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen können, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, daß jemand in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe. Er weiß nicht, wo er mich trifft, er weiß nicht, welche Geschäfte er mir gerade im Augenblick erschwert, die vorliegen, und die mir durch diesen Widerstand unmöglich werden. Er weiß nicht, welche auswärtigen Fragen im Augenblicke schweben, die bei einer energischen Unterstützung der Regierung von seiten des Parlaments eine andere Behandlung gestatten würden, als in einem Falle, wo man sieht, daß das Parlament nicht unbedingt mit der Regierung geht und nur sehr kleine Anlässe nötig sind, um eine ernste, tiefgehende Spaltung zu erzeugen.

Dann kommt man sehr leicht, auch ohne gerade künstlich nervös gemacht zu sein, in eine Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser charakterisieren kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Scenen von Heinrich IV. nachzulesen, was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam und ihm die Gefangenen abforderte und ihm, der wund und kampfesmüde war, eine längere Vorlesung über Schußwaffen und innere Verletzung hielt. Die

Stelle ſieht im Anfang des Stückes und fängt mit den Worten an: „I remember that when the fight was over, there came a certain Lord etc.“ So ungefähr wie Percy iſt mir zu Mute, wenn ich über Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich beſſer kennen muß, ſolche Reden höre.

Über die Anweſenheit des Bundeskanzlers bei den Reichstagsverhandlungen.

Rede gehalten am 29. März 1867.

Ich glaube, der Hr. Vorredner ſchlägt das Gewicht des Bundeskanzlers doch zu hoch an, wenn er der Meinung iſt, daß ohne ſeine Anweſenheit unter Umſtänden der Reichstag auf die Linie zurückſinken könne, die er bezeichnete. Ich halte dieſen Zuſatz eigentlich für überflüſſig. Die Regierungen haben ja das größte und dringendſte Intereſſe, ihre Angelegenheiten beim Reichstag zu vertreten und hier zu erſcheinen. Ich kann mir nur in dem Fall die Abweſenheit jedes Vertreters der Regierungen als möglich denken, daß eben die Regierungen ein dringendes Bedürfnis hätten, über die vorliegende Frage zu ſchweigen. Wollen Sie nun in dem Fall gewiſſermaßen durch einen Haftbefehl den Bundeskanzler zwingen, daß er ſich Ihnen zeigt, ſo weiß ich doch nicht — wenn ich mich in ſeine Stelle denke — welche Gewalt, welche parlamentariſche wenigſtens, mich zwingen könnte, zu reden, wenn ich ſchweigen will, und die bloße ſchweigende Anweſenheit würde unter Umſtänden für die Regierungen eine Verlegenheit, für den perſönlich Beteiligten gewiß eine ſein, namentlich aber unter Umſtänden in auswärtigen Fragen für die Regierungen. Es kann ja ſein, daß gerade durch ihre Abweſenheit die Regierung bei einer ſolchen Gelegenheit die Verhandlungen des Reichstages von jeder Rückſicht entbinden wollte. Es kann ja ſein, daß ſie ſchweigen will, und jedes Schweigen hat immer etwas von dem, welches zuzuſtimmen ſcheint, wenn man wirklich dabei ſitzt.

Aber ich kann mir nur ſehr wenig Fälle denken, wo die Regierungen darüber einig ſein ſollten, trotz des vom Reichstage geäußerten Wunſches nicht zu kommen. Das ſähe ganz ſo aus, wie mutwilliges Händelſuchen, wie ein willkürlicher Verzicht auf das, was man dem Reichstage gegenüber vertreten muß. Sollte

die Bestimmung angenommen werden, so müßte ich doch jedenfalls wünschen, daß doch irgend eine facultas substituendi für den Reichskanzler hinzugefügt würde, damit die Verpflichtung nicht auf dieser einen Person, die doch immer von Fleisch und Blut ist, allein lastet, die unter Umständen bei dem besten Willen außer stande sein kann, ihr zu genügen.

Über den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten.

Rede gehalten am 10. April 1867.

Um der Aufforderung des Herrn Vorredners (Abgeordneten von Vincke) zu entsprechen, will ich mich mit wenigen Worten über die Stellung der Vertreter der verbündeten Regierungen zu dem Amendement Lasker-Miquél aussprechen.

Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz dieses Amendements unseren Wünschen und Bestrebungen widerspricht. Eine andere Frage ist aber die, ob solche Mitglieder dieser Versammlung, welche zugleich Vertreter der Regierungen sind, sich augenblicklich in der Lage befinden, für das Amendement zu stimmen. Ich habe gesagt, daß es unseren Wünschen nicht widerspricht. Aber eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Aussprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken. Ich will damit nicht behaupten, daß die Annahme dieses Amendements im Widerspruch mit dem Art. 4 des Prager Friedens stände; ich will nur nicht einseitig den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Kontrahenten des Prager Friedens erforderlich sind, vorgreifen, auch nicht der Entschließung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudizieren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht bloß ein internationales Schutz- und Trutzbündnis ins Auge gefaßt ist, geht, glaube ich, aus seinem Wortlaut für jeden aufmerksamen Leser zweifellos hervor. Es ist in dem Art. 4 nicht von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands bloß die Rede, welcher die Kaiserlich österreichische Regierung zustimmt, sondern von einer neuen Gestaltung Deutschlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachsatz folgt: „Deutschland ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaats." Also es ist zugestimmt zu einer Neugestaltung

derjenigen Beſtandteile des früheren Deutſchen Bundes, welcher nach dem Ausſcheiden der öſterreichiſchen Teile des Bundesterritoriums übrig war.

Es iſt ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der nationalen Verbindung Süddeutſchlands mit dem Norddeutſchen Bunde geſprochen, alſo nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demſelben Artikel auf die Beziehungen Süddeutſchlands zum Auslande ſeine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdeſtoweniger die Frage, ob der Eintritt der ſüddeutſchen Staaten mit dieſem Artikel verträglich iſt, einſeitig nicht bejahen möchte, ſondern ihre Beantwortung im Einverſtändnis mit der Kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung finden möchte, ſo bewegt mich dazu der Umſtand, daß eine der Prämiſſen, welche der Art. 4 aufſtellt, in der Kette fehlt: das iſt nämlich das Zuſtandekommen des Süddeutſchen Bundes. Wäre dieſer zu ſtande gekommen, oder hätte er Ausſicht dazu, ſo iſt meine Überzeugung, daß, wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Baſis, im Süden ein ähnliches, dieſe beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten ſein würden, als etwa die Gewäſſer des Roten Meeres, nachdem der Durchmarſch erfolgt war. Dieſe Prämiſſe fehlt bisher, und wir möchten bei der Überzeugung, daß die nationale Zuſammengehörigkeit ihre Sanktion durch die Geſchichte dereinſt ganz zweifellos empfangen wird, über die Frage, ob dies ſofort und in welcher Form geſchehen kann, nicht in Meinungsverſchiedenheit mit der Kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung über die Auslegung des eben zwiſchen uns geſchloſſenen Friedensvertrages geraten, indem wir dieſer Auslegung einſeitig vorgriffen.

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, daß der Unterſchied zwiſchen dem Amendement Miquél-Lasker und dem Texte des Art. 71 ſo ſehr erheblich in der Praxis nicht iſt. Das Amendement behält dem Präſidium — oder wie man richtiger ſagen würde — dem Bundesrat die Initiative vor, und im Bundesrat würde vorausſichtlich das Präſidium die Initiative zu nehmen haben. Das Bundespräſidium würde unzweifelhaft mit dieſer Initiative doch ſo lange warten, bis es diejenigen Verhandlungen geführt hat, die in dem Art. 71 vorgeſehen ſind, und es ſich durch den Verlauf der Verhandlungen überzeugt haben würde, daß der Moment eingetreten ſei, wo im Sinne des Amendements vorgegangen werden kann, ohne daß wegen der Verfrühung eines

Momentes, der ſpäter doch eintritt, das Vorgehen mit Zerwürfniſſen zwiſchen den Kontrahenten des Prager Friedens verbunden ſei.

Aus dieſen Gründen werde ich mich enthalten, für das Amendement Miquél zu ſtimmen. Sollte es angenommen werden, ſo wird an die verbündeten Regierungen die Frage herantreten, ob ſie ſich zu dieſem neuen Text des Verfaſſungs-Entwurfes bei ihren definitiven Entſchließungen bekennen können. Ich glaube nicht, dieſe Frage von Hauſe aus verneinen zu ſollen, um deswillen, weil das Amendement Miquél eben die Eigenſchaft hat, dem Präſidium und dem Bundesrat die Entſchließung über den Zeitpunkt dennoch vollſtändig frei zu laſſen, und uns in keiner Weiſe verpflichten würde, der Frage früher näher zu treten, als bis wir mit allen Elementen, denen wir das Recht mitzureden zuerkennen, darüber einig ſind.

Über die wirtſchaftliche Gemeinſchaft und die Wehrgemeinſchaft.

Rede gehalten am 26. Oktober 1867.

Ich bin wegen eines augenblicklichen Unwohlſeins nur im ſtande, mit wenigen Worten meine Anſicht zur Sache zu erklären. Die verbündeten Regierungen haben gehofft und hoffen noch, daß der Fall, welchen das von den Herren Braun und Genoſſen geſtellte Amendement im Auge hat, nicht eintreten werde; die Hoffnungen ſind indeſſen durch Nachrichten, die mir heute früh zugegangen ſind, auf ein ſehr geringes Maß reduziert.

Es iſt im hohen Grade wahrſcheinlich, daß der baierſche Reichsrat die Zollverträge verwerfen wird. Für dieſen Fall ſtehe ich nicht an, offen zu erklären, daß das Amendement der Herren Braun und Genoſſen vollſtändig die Anſchauungsweiſe der verbündeten Regierungen ausdrückt.

Daß mit dem Bekenntnis zu dieſen Grundſätzen eine Drohung gegen unſere ſüddeutſchen Brüder verbunden wäre, kann ich nicht zugeben, es iſt nur die Wahrung derſelben Freiheit der Entſchließung für unſere wirtſchaftlichen und politiſchen Angelegenheiten, welche wir unſererſeits unſern ſüddeutſchen Brüdern niemals verkümmert haben, und der Herr Fürſt von Hohenlohe

hat vollständig recht, wenn er in der baierschen Kammer der Abgeordneten (die sich, wie ich beiläufig bemerke, mit der großen Majorität von 100 gegen 17 Stimmen zu dem Prinzip der Verträge bekannt hat, welche der Reichsrat desselben Staates, wie es scheint, verwerfen wird) erklärt hat, ich hätte ihm bei den Verhandlungen gesagt, wenn Süddeutschland im stande wäre, einen eigenen Zollverein herzustellen, so würden wir sie dabei nicht hindern, sondern im Gegenteil, wir würden bereitwillig die Hand dazu bieten, daß dieser süddeutsche Zollverein keinen befreundeteren Nachbar hätte als den norddeutschen. Die süddeutschen Staaten sind dazu nicht im stande gewesen: ob sie es sein werden, muß die Zukunft lehren. Daraus aber habe ich nie ein Hehl gemacht, daß die wirtschaftliche Gemeinschaft mit der Wehrgemeinschaft unserer Auffassung nach Hand in Hand geht.

Wir haben die Zollverträge, wie sie Ihnen zur Genehmigung vorliegen, abgeschlossen in der Voraussetzung, daß uns die Bündnisverträge ehrlich gehalten werden würden; wir hätten sie nicht abgeschlossen, wenn uns daran der leiseste Zweifel aufgekommen wäre, und ich kann auch diesem Zweifel in diesem Augenblick nicht Raum geben und gebe ihm nicht Raum, denn die Ratifikationen der süddeutschen Souveräne sind uneingeschränkt und sine clausula, und ich habe das feste Vertrauen, daß die süddeutschen Souveräne und Regierungen sich allzeit zu ihren Worten bekennen werden, auch wenn die Mahnungen des süddeutschen Nationalgefühls minder laut an ihr Ohr schlügen.

Man geht sehr häufig von dem Gedanken aus, daß diese Bündnisverträge für den Süden Deutschlands eine Last, eine Pflicht zur Heeresfolge und nur für den Norden von Nutzen seien. Diese Pflicht zur Heeresfolge liegt aber dem Norden ebensogut dem Süden gegenüber ob, und der Schwächere kann leichter in gefährliche Händel verwickelt werden als der Stärkere, und er erhält an dem norddeutschen Bundesheere eine ganz andere Unterstützung, als ein Teil der süddeutschen Wehrkraft in dem jetzigen militärischen Zustande dieses ausgezeichneten kriegerischen Materials uns darzubieten im stande ist.

Es ist keine Kleinigkeit, wenn in den Zeitläuften, wie sie jetzt in Europa sind, wo das Schwert unter Umständen hart in die Wage fallen kann, ein kleiner an sich europäisch nicht wehrfähiger Staat sich zu seinem Schutz auf — ich will keine Ziffer nennen — die fast unbegrenzte Zahl von Bajonetten

berufen kann, die der Norddeutsche Bund ihm an die Seite stellen kann.

Einer der Herren Vorredner, der Abgeordnete Löwe, hat angedeutet, wir thäten den süddeutschen Regierungen vielleicht einen geringen Gefallen damit, wenn wir diese Bündnisse aufrecht erhielten. Ich kann dies nicht glauben, ich habe bisher von den süddeutschen Regierungen nicht den leisesten Zweifel, nicht die leiseste Reue über diejenigen Entschließungen wahrnehmen können, mit welchen sie uns zur Zeit der Friedensverhandlungen ihrerseits den Antrag auf diese Bündnisse entgegenbrachten. Ich erinnere mich sehr genau, daß ein Mann von deutscher Gesinnung und lange Zeit der Gegner Preußens, der Freiherr von der Pfordten, in dem Augenblicke, als ich ihm bei den Friedensverhandlungen erklärte, daß wir auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken verzichten unter der Bedingung, daß das ihm dem Prinzip nach bekannte Bündnis von Baiern angenommen werde — daß der Freiherr von der Pfordten unter der lebhaftesten Bethätigung seiner inneren Bewegung mir mit Feierlichkeit erklärte, hieran sähe er, wie sehr meine deutschen Gesinnungen verleumdet würden, und wie ein deutsches Herz in meinem Busen schlüge, so gut wie in dem seinigen.

Er hat sich darin nicht getäuscht; ich glaube, mein Verhalten hat die Richtigkeit seines Ausspruches bewährt.

Was über den rechtlichen Zusammenhang beider Arten von Verträgen sich sagen läßt, so habe ich denselben vorhin schon angedeutet. Ich kann nur den Beschluß der verbündeten Regierungen bekunden — und dieser wird aus dem Votum des Reichstages nicht einen Zwang, wohl aber eine wesentliche Kräftigung und Bestätigung entnehmen —, daß wir entschlossen sind, die wirtschaftliche Gemeinschaft nur mit denen fortzusetzen, die es freiwillig thun und die auch die Gemeinschaft der Wehrkraft auf nationaler Basis mit uns fortzusetzen entschlossen sind, und daß wir demnach, wenn die neuen Zollverträge, wie sie in dem Vertrage vom 8. Juni vor Ihnen liegen, nicht Annahme finden, wenn die Bündnisverträge — was ich bis jetzt und für immer im Vertrauen auf den Wert eines deutschen Königswortes vollständig in Abrede stelle — wenn die Bündnisverträge in Frage gestellt werden sollten — daß wir an demselben Tage die alten Zollvereins-Verträge kündigen.

Über die parlamentariſche Redefreiheit.

Rede gehalten am 27. November 1867.

Ich kann meinerſeits dieſer Frage eine ſo hervorragende praktiſche Bedeutung, wie ihr hier beigelegt zu werden ſcheint, nicht beilegen. Ich habe das auch bei den Verhandlungen im Reichstage beſtätigt, indem ich dort im Widerſpruch mit meiner früheren, hier und im Herrenhauſe ausgeſprochenen perſönlichen Überzeugung einen Artikel, der die Redefreiheit, wie Sie es nennen, ſo definiert, wie Sie es hier wünſchen, nicht bekämpft habe. Ich ſage: nicht eine ſo große praktiſche Bedeutung; ich habe mich ſchon im Reichstage darauf berufen, daß wir ſelbſt dasjenige Maß an Überſchreitung einer ruhigen objektiven Erörterung, wie es hier dem jetzigen Miniſterium gegenüber ſtattgefunden hat, ohne Schaden ertragen konnten.

Wenn ein Schaden geſchah, ſo war es im Bunde dadurch, daß die zweite Beſtimmung Anwendung fand, nämlich, daß alles, was hier geſagt wird, auch gedruckt werden kann, ſobald es nur in eben ſo ſtarken, und eben ſo verletzenden Ausdrücken, wie es hier geſprochen wird, gedruckt wird.

Ich habe geſagt praktiſch. Theoretiſch gelingt es mir nicht, die Frage mit derſelben Kaltblütigkeit aufzufaſſen, wie praktiſch. Vom Standpunkte meines eigenen Gefühls, von Recht und individueller Würde aus, iſt mir das Opfer nicht leicht geworden. Ich bin freilich in dieſer Frage vielleicht nicht objektiv genug. Wenn man an dieſer Stelle drei Jahre lang den Angriffen ausgeſetzt geweſen iſt, denen ich ausgeſetzt geweſen bin, Angriffen, deren Gerechtigkeit ich nicht immer erkennen konnte, dann fragt man ſich: habe ich in meinem eigenen Vaterlande keine rechtliche Abhilfe gegen dergleichen? Gehen Sie zurück in jene Zeit. Wie entſtand denn der Konflikt? Er entſtand durch ein Übermaß in der Benutzung der Redefreiheit. Erinnern Sie ſich an einzelne perſönliche Scenen, die hier vorgekommen ſind, erinnern Sie ſich, wie dieſes Miniſterium jedes Mittel ergriff, um ſich dagegen zu decken, wie wir genötigt waren, ſchließlich alle vereint zu erklären, wir würden nicht mehr in dieſem Hauſe erſcheinen, wenn der Ton ſich nicht ändere, wenn wir keinen Beiſtand bei dem Präſidium fänden. Solche Übertreibungen ſtrafen ſich immer, nicht an dem, der ſie begeht, ſondern an dem konſtitutionellen

Leben des Staates, in welchem sie vorkommen. Es kämpfen Fleisch und Blut auf beiden Seiten, und keine menschliche Natur, es sei denn, daß sie niedrig, feig und überzeugungslos sei, erträgt ohne entsprechende Gegenwirkung aus sich heraus dergleichen auf die Länge. So kam es, daß wir schließlich auch das Mittel einer Änderung der Gesetzgebung versuchten, um zu anderen Zuständen zu gelangen.

Es fragt sich: Wie kommen wir aus dieser Spannung heraus, in der sich die Gemüter wiederum befinden? Oder noch lieber möchte ich sagen: wie kommen wir in eine Spannung nicht hinein? Daß der jetzige Zustand, wie er nach dem Erkenntnis des Obertribunals sich vom rechtlichen Standpunkte für dieses Haus darstellt, ein „unwürdiger" sei, kann ich nicht zugeben. Wenn ich mich überzeugen könnte, daß der Zustand, in welchem von 400 meiner Mitbürger jeder einzelne berechtigt ist, mich zu beschimpfen, ohne daß ich ein gesetzliches Mittel dagegen ergreifen kann, sobald wir einen so nachsichtigen Präsidenten haben, wie wir ihn in früheren Jahren gehabt haben, — wenn ich mich überzeugen könnte, daß dieser Zustand für uns ein würdiger wäre, dann, meine Herren, wäre die Frage sehr rasch erledigt.

Ich möchte nur Ihrer Erwägung anheim geben, ob sich denn nicht in dieser Frage die zwei Stadien der Redefreiheit, die im Saal und die in der Presse unterscheiden lassen. Ich kann mir unter Umständen gefallen lassen, daß jemand in der Übereilung, in der politischen Leidenschaft, daß jemand in dieser Stimmung ein Wort über die Schnur haut, und daß er vielleicht zu hartnäckig ist, um irgend eine Erklärung darüber zu geben. Es ist das peinlich für den, den es trifft, aber es ist kein Unglück, es ist etwas vorübergehendes, das Wort verweht, auch wenn es Vierhundert angehört haben und auch wenn es nachher weiter gesagt wird. Es nimmt aber einen ganz anderen Charakter an, wenn dieses Wort, über dessen beleidigenden Charakter niemand zweifelhaft sein kann, in hunderttausend, in Millionen von Exemplaren gedruckt werden kann, jeder Zeit bis in alle Ewigkeit hinein, und ich bin jedem unwürdigen Winkelstribenten gegenüber, der für gut findet, mir das Wort wieder unter die Nase zu rücken in seinem Blatte, gerade so wehrlos, wie ich hier dem Worte der Tribüne gegenüber mich befinde, wo ich doch weiß, wofür ich mich opfere: für die großen Zwecke des Staatslebens, des konstitutionellen Staatslebens.

Ich kann nicht umhin, Ihnen den Versuch zu empfehlen, ob sich nicht ein Auskunftsmittel in der von mir angedeuteten Richtung finden läßt.

Dagegen kann ich es nicht für gerecht halten, den Zustand so herzustellen, wie er hier erstrebt worden ist, wie er meines Wissens in anderen Ländern nicht besteht, und wie er meinem Gefühl, der Gleichheit des Gesetzes gegenüber, widerstrebt: daß ich nicht berechtigt sein soll, wenn ich mich in meiner Ehre verletzt fühle, die richterliche Hilfe zu suchen, auch dann nicht dazu berechtigt sein soll, wenn das Verletzen meiner Ehre mit bösem Willen und bei ruhigem Blute in der Presse fortgesetzt wird.

Über die auswärtigen Angelegenheiten Preußens und des Norddeutschen Bundes.

Rede gehalten am 9. Dezember 1867.

Die Königliche Regierung hält den gestellten und soeben von einem der Herren Antragsteller verteitigten Antrag in seinem ersten Teile für einen prinzipiell richtigen, indem er das Ziel andeutet, nach welchem die Bundesverfassung in ihrer Entwicklung zu streben hat und nach welchem die deutsche Politik Preußens strebt. Ich betrachte den jetzigen Zustand als ein Provisorium, ein Übergangsstadium, aus welchem heraus sich eine strenger konzentrierte Vertretung des Bundes nach außen hin, wenigstens auf dem Gebiete der großen Politik, zweifellos entwickeln muß. Ich kann an einem kurzen Beispiele die Notwendigkeit davon klar machen. Ihnen allen wird erinnerlich sein, daß vor kurzem bei der Einladung zu den Konferenzen die Königlich sächsische Regierung die Einladung an das Bundes-Präsidium verwies, und daß dieses Verhalten mit dem Geiste der Bundesverfassung so vollkommen im Einklange gefunden wurde, wie das ganze politische Verhalten der Königlich sächsischen Regierung, seit sie dem Bunde beigetreten ist, überhaupt jederzeit gewesen ist; aber genau genommen hätte sich Preußen dieser Einladung gegenüber juristisch ganz in derselben Lage befunden, nur daß Preußen ein größerer Staat ist, und Se. Majestät der König zugleich in seiner Person das Bundespräsidium vereinigt, aber nach einer buchstäblichen Auslegung der Verfassung hätte die preußische Diplomatie die Einladung auch ihrerseits, ebenso wie die sächsische, an

das Bundespräsidium verweisen sollen. Daß diesem Umstande bei jetziger Lage der Dinge noch nicht Rechnung getragen ist, werden Sie alle billigen.

Wir streben diesem Ziele zu, aber mit vorsichtiger Schonung der Gefühle unserer Bundesgenossen. Es ist dies eine zarte Frage der dynastischen Empfindlichkeit jederzeit gewesen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß die Versuche, Deutschland zur Einigung zu führen, in den Jahren 1848 und 1849, die sich an den Namen des Herrn von Radowitz knüpfen, in erster Linie und vorzugsweise an dieser Frage gescheitert sind, indem man, vielleicht doktrinärer als nötig war, darauf beharrte, daß das Gesandtschaftsrecht der verbündeten Staaten von Hause aus zu gunsten der Bundesregierung aboliert werden sollte; ein Opfer, zu dem jene sich nicht verstehen konnten. Wenn die Regierung, oder wenn das Bundes-Präsidium noch nicht dazu geschritten ist, dem Bunde eine politische Vertretung im Auslande zu geben, so ist es davon nicht abgehalten worden durch die Befürchtung, daß irgend eine der größeren Mächte dem Bunde die Anerkennung versagen könnte. Wir hegen diese Befürchtung nicht und es ist auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß ein solcher Fall eintreten sollte, da doch die Bundesflagge allseitige Anerkennung gefunden hat und damit schon der Vorgang gegeben ist auch zur Anerkennung des Gesandtschaftsrechts, und wir erwarten in der That keine Einsprache. Wenn bisher nichts geschehen ist, so hat der Grund lediglich in der Schonung des bestehenden Gesandtschaftsrechts unserer Bundesgenossen gelegen und es wird da, so lange die Bundesgenossen nicht freiwillig auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Gesandtschaftsrecht verzichten und insoweit sie es nicht thun, meines Erachtens eine Teilung der Repräsentation nach außen zwischen dem Bunde und den einzelnen Bundesstaaten in der Weise stattfinden müssen, daß die Führung und Vertretung der großen europäischen Politik in Fragen, beispielsweise wie die heutige Konferenzfrage, dem Bunde gebührt, daß es aber den einzelnen Gesandtschaften unbenommen bleibt, den Schutz ihrer Angehörigen und der Interessen derselben nach wie vor zu üben, wozu sie wenigstens in demselben Maße und unter Umständen durch Kenntnis der einzelnen einschlägigen Verhältnisse in höherem befähigt sein werden, als eine große, vielbeschäftigte Bundesgesandtschaft es sein mag.

Es läßt sich dann auch ein finanziell gerechtfertigtes Fort-

bestehen der Gesandtschaften der einzelnen Länder in ihren Budgets motivieren, während, wenn die ganze gesandtschaftliche Thätigkeit von der Gesandtschaft des Bundes absorbiert würde, die Landesvertretungen in den einzelnen Staaten diese Gesandtschaften als überflüssig erkennen und die Mittel dazu streichen werden. Und ein solches Vorgehen würde meinem Gefühle nach in dem jetzigen Stadium nicht gerade zur Befestigung und Besserung der Beziehungen beitragen.

Es ist meinem Eindrucke nach wünschenswert, daß man die Gesandtschaften der kleinen Staaten nicht rasch und absichtlich beseitigt, sondern abwartet, ob und wann sie gewissermaßen als reife Frucht abfallen.

Der Herstellung der politischen Vertretung des Bundes näher zu treten, hat uns das diesmalige Beisammensein des Bundesrates Anlaß gegeben, und wir sind bei demselben in vertraulichen Besprechungen soweit gediehen, daß ich, ohne eine Verletzung bundestreuer Regierungen zu befürchten, bereits in der Lage gewesen bin, mündlich die Zustimmung Sr. Majestät des Königs zur Ernennung von Botschaftern und Gesandten behufs Vertretung des Bundes zu erbitten und dieselbe auch erhalten habe, und daß diese Ernennungen also in kurzer Zeit bevorstehen. Daß wir dadurch in die Lage kämen, die Anerkennung des Bundes als eine zweifelhafte Frage behandelt zu sehen, das befürchte ich nicht, und diplomatischer Brauch hält mich davon ab, die Gründe, warum ich es nicht befürchte, hier bestimmter zu entwickeln.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so kann ich mich da den Herren Antragstellern nicht anschließen, und ich möchte Sie bitten, darin der Geschäftskunde und Erfahrung der Regierung zu vertrauen, wenn ich unumwunden erkläre, diese Gesandtschaften innerhalb des Bundes sind uns geschäftliche Notwendigkeit und würden es auch bleiben, wenn das Bundesgebiet sich erweiterte. Es sind das Organe, deren das Präsidium und der Bundeskanzler ohne Nachteil für die Geschäfte nicht gut entbehren kann. Wenn man sich die Gesandten innerhalb des Bundesgebietes als in Wegfall gebracht denkt, auf welche Mittel sind wir dann abgewiesen, um eine Einwirkung auf die einzelnen Bundesregierungen zu üben, deren Unabhängigkeit zu achten wir bundesverfassungsmäßig verpflichtet und ebenso entschlossen sind, und die Gründe, welche uns bestimmen, diese oder jene Maßregel vorzuschlagen, entwickeln zu lassen, um vielleicht von einem

Agenten dieſer Regierung, der unſern Gründen nicht zugänglich iſt, an das vorgeſetzte Miniſterium oder an deſſen Souverän appellieren zu können? Das häufig ſchon jetzt in Anwendung gebrachte, aber nicht in allen Geſchäften ausreichende Verfahren, daß wir direkt an die Regierungen ſchreiben und ſchriftlich unſere Wünſche auseinanderſetzen, hat nicht dieſelbe Wirkung, als wenn wir einen Geſandten an Ort und Stelle haben. Dieſer iſt im ſtande, ſich zu dem Souverän zu begeben und für unſere Sache zu plaidieren, und er wird es mit Eifer thun, als der Vertreter der anderen Regierung, den man hier zeitweiſe im Bundesrate hat, und der vielleicht ſeinerſeits anderer Anſicht iſt. Jedenfalls iſt unſere Vertretung beiſpielsweiſe bei der oldenburgiſchen Regierung, wenn ſie durch ein preußiſches Organ geübt wird, eine wirkſamere, als wenn ſie durch ein oldenburger Organ geübt wird, namentlich in ſolchen Fällen, wo es darauf ankommt, Oldenburg zu überreden, unſerer abweichenden Meinung beizutreten. Wir bedürfen eines ſolchen ſtändigen Organs meines Erachtens geſchäftlich ganz notwendig und werden es immer brauchen, und je lebhafter der Bundesverkehr ſich entwickelt, deſto ſtärker wird das Bedürfnis desſelben hervortreten. Wir haben deshalb nicht bloß an einzelnen Stellen, die gerade als Reſidenzen dieſer Geſandtſchaften ſich kennzeichnen, Geſandte accrediditert, ſondern das ganze Gebiet des Norddeutſchen Bundes iſt durch Accreditive, wenn ich mich ſo ausdrücken darf, gedeckt — es giebt keine Bundesregierung, bei der nicht ein Agent der Regierung oder Sr. Majeſtät des Königs accrediditert wäre. So iſt beiſpielsweiſe der Geſandte in Weimar bei den übrigen benachbarten thüringiſchen Höfen accreditiert, ſoweit ſie nicht in das Gebiet der in Dresden domizilierten Geſandtſchaft fallen. Der Geſandte in Hamburg iſt bei den Hanſeſtädten Bremen und Lübeck und bei den beiden Großherzogtümern Mecklenburg accreditiert und uns außerordentlich nützlich zur Ausrichtung amtlicher Botſchaften in Schwerin, zur Befürwortung deſſen, was wir dort durchzuſetzen haben, zur Vorbereitung der Beſchlüſſe, bei denen die Zuſtimmung der mecklenburgiſchen Regierung erforderlich iſt. Der Geſandte in Oldenburg iſt nebenbei beglaubigt bei Sr. Hoheit dem Herzoge von Braunſchweig und bei anderen Fürſten im Norden von Deutſchland.

Ich möchte die Herren bitten, den Gedanken, uns dieſes Mittel der Einwirkung auf unſere Bundesgenoſſen zu entziehen, aufzugeben, während ich den erſten Teil des Antrages, wie ſchon

erwähnt, als ein vollständiges richtiges Erkennen und Hinſtellen des Zieles unſerer Politik begrüße und auch nicht vor dem Gedanken zurückſchrecke, daß dermaleinſt in Zukunft das geſamte auswärtige Miniſterium auf das Bundeskanzler-Amt, reſp. den Bund übergehen könnte.

Über die Kartel-Konvention mit Rußland.

Rede gehalten am 9. Dezember 1867.

Ich glaube nicht, daß der Herr Abgeordnete (Löwe) uns einen gerechten Vorwurf macht, wenn er uns eine Satelliten-Politik Rußland gegenüber vorwirft, ich möchte ihm in dieſer Beziehung die Überſetzung der ruſſiſchen nationalen Moskauer Preſſe zu leſen empfehlen; da wird er finden, daß man von dort her die Verhältniſſe gerade umgekehrt auffaßt, daß man ſich auch dort das Bild eines Doppelgeſtirns denkt, aber nicht von gleicher Gravitation, ſondern daß man der ruſſiſchen Regierung vorwirft, daß ſie ihrerſeits die Rolle des Mondes übernehme, mit demſelben Unrecht, mit dem der Herr Vorredner anzudeuten ſchien, daß Preußen ſie ſeinerſeits übernehme. Zwiſchen befreundeten großen Staaten, die keine ſtreitigen Intereſſen miteinander haben, giebt es unzählige Fälle, wo ſie naturgemäß miteinander gehen, weil ihre Intereſſen dieſelben ſind, ohne daß man deshalb den Verſuch zu machen braucht, die Beziehungen dadurch zu ſtören und zu verbittern, daß man dem einen die Rolle der Unterordnung, dem andern die der Leitung zuwendet. Aus dieſem Grunde, weil die ruſſiſche nationale Empfindlichkeit genau ſo lebendig iſt wie die unſerige, hätte ich auch gewünſcht, daß der Herr Vorredner ſich enthalten hätte, ſich ruſſiſcher Unterthanen anzunehmen, die er als von ſeiten Rußlands bedrückt bezeichnete. Wenn es ihm Ernſt war, dieſen Schützlingen wohlzuthun, ſo kann ich ihm verſichern, daß er genau das Gegenteil von ſeinem Zweck erreichen wird und ihm dieſelben wenig danken werden, daß er ſo heikle Fragen, wie dieſe und andere, angeregt hat. Der Herr Vorredner ſitzt hier in voller Sicherheit und ſpricht ganz ungeniert. Was aber die Folgen ſeiner Worte für diejenigen ſein werden, die er hat ſchützen wollen, das wollen wir abwarten; jede Regierung iſt eiferſüchtig auf ihre Unabhängigkeit, auf ihre Autonomie im Innern, und

ich frage den Herrn Vorredner, ob er der Königlichen Regierung zumuten möchte, sich von irgend einer auswärtigen Regierung eine Einmischung in bezug auf ihr Verhalten ihren Unterthanen gegenüber gefallen zu lassen? Ich glaube, er würde das mit derselben Entschiedenheit zurückweisen, mit welcher ich im Namen einer fremden und befreundeten Regierung den Versuch einer Einmischung in ihre Angelegenheiten zurückzuweisen für meine Pflicht halte, im Interesse einer kleinen Minorität von Deutschen, die unter einer Anzahl von Esthen, Letten und einer noch größeren Überzahl von Russen, einer gegen Tausend stehen; diese zu kompromittieren, ist kein guter Dienst, den man ihnen erweist.

Ich kann versichern, daß die Sorgfalt der Regierung ebenso aufmerksam auf die Besserung des Grenzverkehrs mit Rußland gerichtet ist, wie früher mit wenig merkbarem Erfolge, aber doch mit einigem, indem wir wenigstens in diesen Tagen zu Verhandlungen gelangt sind, und zwar auf Anregung Rußlands selbst. Wenn der Herr Vorredner hofft, daß das Mitgefühl der russischen Regierung mit dem Leiden unserer preußischen Provinzen werde verwertet werden können, so habe ich in höherem Maße die Hoffnung, daß die kaiserliche Regierung zu der Überzeugung kommen wird, daß sie den Einwohnern ihrer eigenen Grenz-Provinzen noch in höherem Maße eine Förderung und Erleichterung des Verkehrs schuldig sei, und daß wir nach dieser Richtung hin, wenn auch langsam, doch stetige Fortschritte machen werden, ohne daß ich heute schon bestimmen könnte, wann wir das Ziel erreichen werden.

Über die Stellung der kleineren Staaten im Norddeutschen Bunde.

Rede gehalten am 11. Dezember 1867.

Die vorliegende Konvention ist das Ergebnis einer Kollision zwischen den Einrichtungen des Norddeutschen Bundes und denjenigen, die sich in den deutschen Kleinstaaten vermöge einer krankhaften Entwicklung des Souveränetäts-Prinzips im Laufe der Jahrhunderte ausgebildet haben. Indem diese Kleinstaaten sich die Aufgabe stellten, aus ihren eigenen Mitteln und in sich

ſelbſt abgeſchloſſen, alle diejenigen Bedürfniſſe zu befriedigen, die eine ausgedehnte Staatseinrichtung befriedigt, auch bis in die höheren Inſtanzen hinein, kamen ſie mit ihren finanziellen Kräften ins Gedränge, wenn ſie nicht von einigen Staatsleiſtungen, die ihnen nach Recht und Billigkeit oblagen, Abzüge machten, um die Auswüchſe in anderen, zu deren Ertragung die Länder nicht groß genug waren, ertragen zu können. Es war die Folge davon, daß die Einrichtungen der Landesverteidigung in den Hintergrund traten, und daß die Bureaukratie der kleinen Länder eine unverhältnismäßige Entwicklung nahm. Wir haben das geſehen in Ländern von ähnlicher Größe, ich erinnere an das mir näher bekannte Lauenburg und an andere Staaten dieſer Größe, wo wir Gerichte zweiter Inſtanz, Verwaltungseinrichtungen zweiter Inſtanz und im ganzen einen Apparat der Verwaltung haben, den man nur eine überladene und das ganze Gebäude drückende Kuppel nennen kann. In dem früheren deutſchen Bunde waren dieſe Einrichtungen dadurch ermöglicht, daß ſich die kleineren Staaten in bezug auf die Landesverteidigung auf die preußiſche, reſp. öſterreichiſche Armee verließen. Nachdem nun die Einrichtungen des Norddeutſchen Bundes von jedem einzelnen innerhalb ſeiner Grenzen vorweg die Leiſtungen für die Landesverteidigung und für die großen gemeinſamen Staatszwecke forderten, kamen ſie um ſo mehr ins Gedränge zwiſchen dieſen Anforderungen und ihren eigenen Mitteln, als die Steuerkraft vieler nicht den Durchſchnitt der größeren Staaten erreicht, vielleicht allein Braunſchweig ausgenommen, weil den übrigen kleinen Staaten die Centren des Handels und Verkehrs fehlen. Es ſind vergleichungsweiſe arme ackerbauende Bevölkerungen, und ſelbſt da, wo ſie wohlhabend ſind, fehlt doch das reichere Element bis zum Millionär hinauf, und eine Einkommenſteuer würde einen erheblichen Durchſchnittsſatz nicht ergeben.

Es kam nun darauf an, dieſen Übelſtänden in irgend einer Weiſe Abhülfe zu verſchaffen. Das Radikalſte und Nächſtliegende wäre allerdings die Einverleibung geweſen, wobei ich gleich bemerke, daß eine andere Verteilung der Laſten dadurch doch faktiſch und praktiſch kaum bewirkt ſein würde. Wie Ihnen der Herr Referent ſchon richtig bemerkt hat, würde die durchſchnittlich arme Bevölkerung Waldecks doch nicht mehr für das Gemeinweſen Preußens aufbringen, auch wenn es einverleibt würde, und die im Durchſchnitt wohlhabende Bevölkerung anderer Teile Preußens würde das Fehlende immer haben zuſchießen

müssen, man würde dies nur nicht in der Buchführung so deutlich merken und ersichtlich finden.

Es fragt sich nun, warum wir diesen Weg der Einverleibung nicht unsererseits vorgezogen haben. Ich erinnere daran, daß bei der Einführung der Norddeutschen Bundesverfassung zuerst sich überall die Besorgnis fühlbar machte, die kleineren Staaten würden überhaupt die Lasten, die ihnen der Norddeutsche Bund auferlege, nicht tragen können; es sei dies ein mittelbarer Zwang zu ihrer Mediatisierung, und es liege das auch in der Absicht der preußischen Regierung. Wie weit hierdurch in bezug auf die Größe der Bundesgenossen dieser Zwang sich wirklich zeigen würde, ließ man unentschieden, und die Grenzen waren ja auch nicht mit Bestimmtheit zu ziehen. Es kam vielleicht auf die Größe des Druckes an, den man anwendete. Um diesem Urteile, um der Besorgnis zu begegnen, die sich aus diesem Fundamente auch derjenigen Staaten und derjenigen Souveräne bemächtigen konnte, welche vollständig entschlossen sind, das Maß der Souveränetät, welches mit dem Bundesverhältnis vereinbart ist, sich zu wahren, — um dieser Besorgnis zu begegnen, war es gewissermaßen eine Ehrenpflicht Preußens, zu zeigen, daß auch die kleineren und ärmeren Staaten mit diesem Verhältnisse bestehen können, und zugleich die Mittel darzubieten, ich meine nicht die Geldmittel, sondern in legislativen Einrichtungen die Mittel darzubieten, die dieses Bestehen möglich machen; und zu diesem Behufe haben wir, nach der Analogie der früheren Militär-Konventionen, nach der Analogie der Justiz-Konventionen, durch welche die kleineren Staaten der zweiten, resp. der dritten Instanz entledigt wurden, eine, ich möchte sagen, Administrativ-Konvention geschaffen, durch welche das naturgemäße Verhältnis, sofern nämlich ein Land mit zwischen 40—50,000 Einwohnern in keiner dieser Beziehungen eine zweite Instanz mit Kollegien tragen kann, einigermaßen hergestellt wurde.

Diese Besorgnis, daß die Bundeseinrichtungen eine Schraube sein würden, um die kleinen Souveränetäten zu zermalmen, diese bei unseren Bundesgenossen zu beseitigen, verpflichtete uns die Politik ebenso, wie die Gerechtigkeit. Nach der Bundesververfassung haben wir ebenso, wie alle Bundesgenossen, die Souveränetät der einzelnen Staaten garantiert. Es ist dies eine Kollektivgarantie, und man kann vielleicht nicht unrichtig sagen, daß wir dem Königreich Sachsen, dem Großherzogtum Olden-

burg die Souveränetät Waldecks ebenſo garantiert haben, und daß daher die Zuſtimmung eines einzelnen Mitgliedes nicht ausreicht, um eine der Souveränetäten des Bundes verſchwinden zu laſſen. Aber ich laſſe dieſe Frage unentſchieden. Politiſch bedürfen wir eines Weiteren nicht, als wir von Waldeck haben, und mehr zu erſtreben nach dieſer Richtung hin, als man bedarf, das hat ſich, meiner Überzeugung nach, immer als ein politiſcher Fehler herausgeſtellt. — —

— Ich verkenne nicht die Unbequemlichkeiten, welche dieſes neue Rechtsgebilde für beide Teile haben kann, indeſſen ich glaube, viele werden ſich mehr als Ungewohnheiten, wie als Unbequemlichkeiten erweiſen; man wird ſich auch in dieſes Verhältnis einleben können, und ich möchte doch ſo weit nicht gehen, wie der Herr Referent, der aus dieſem Zwitterverhältnis gewiſſermaßen eine Vaterlandsloſigkeit der mit Recht auf viele ihrer Mitbürger ſtolzen Waldecker herleiten wollte; dieſen bleibt der Ehrenname von Deutſchen, und einen anderen als einen deutſchen nationalen Patriotismus zu pflegen, haben wir allerdings keine Veranlaſſung und iſt nicht unſere Aufgabe. Ich möchte deshalb anheimgeben, angeſichts der größeren politiſchen Rückſichten, die, ſo ſorgfältig ich auch die Sache überlegen mag, es mir immer wieder von neuem ratſam erſcheinen laſſen, an der Zahl der bevorſtehenden Souveränetäten nicht zu rühren, keine Spur von Gelüſt zu zeigen, ſie zu vermindern.

Über Bundeslaſten und Bundesehre.

Rede gehalten am 11. Dezember 1867.

Die Klagen, welche hier über die Laſten ausgeſprochen werden, welche die Bundeseinrichtungen auferlegen, haben ein zu weites — Retentiſſement — mir fällt im Augenblick kein entſprechendes deutſches Wort ein — von dieſer Stelle, als daß ich nicht die Gelegenheit wahrnehmen ſollte, ein Wort zu gunſten dieſer Laſten zu ſagen. Ich höre gerade von dieſer Seite, hier zu meiner Rechten, dieſelbe Sprache, die ich acht Jahre lang im Bundestage zu Frankfurt gehört habe. Sobald dort von nationalen Einrichtungen die Rede, war immer das erſte Wort: Ihr legt uns Laſten auf. Es waren die Stimmen des Partikularismus

und, meine Herren, verzeihen Sie mir, es war auch hier noch die Stimme des preußiſchen Partikularismus. Eine Provinz, ein Land ſich einzuverleiben, dazu war auch dort jederzeit jeder bereit; ſobald es ſich aber um ein zweiſeitiges Geſchäft handelte, um ein nationales Bundesverhältnis, da ſchied man ſich ſofort zwiſchen „Waldecker“ und „Preußen“. Man ſagte, wie hier, was Waldeck gewinnt, iſt unſer Vorteil nicht; es handelt ſich nur um das, was unſere, die preußiſchen Steuerzahler, wenn auch nur auf Koſten der Waldecker, gewinnen. Das war der Partikularismus, der dort ſeinen Ausdruck fand und der ſich an das Wort Laſten hängt. Aber bringen uns denn dieſe Laſten nichts ein? Ich wundere mich, ſie angegriffen zu ſehen von derjenigen Seite, die für die Freiheit, die individuelle Freiheit, wie ich nicht zweifle, jedes Opfer zu bringen bereit iſt. Sollen wir denn kein Opfer bringen für unſere ſtaatliche, nationale Freiheit? In welcher Lage wären wir denn ohne dieſe Laſten? Wir müßten, ſobald uns politiſche Gefahren drohten, um Schutz durch Bündniſſe ſuchen, wie wir dies früher gethan haben. Dieſe Laſten ſetzen uns in den Stand, daß unſere Bündniſſe geſucht werden, und daß wir imſtande ſind, unſere Freiheit, unſere Ehre durch eigene Kraft zu wahren, ohne um das Wohlwollen anderer Staaten zu werben. In dieſem Augenblick geht mir zufällig eine Zuſchrift aus Carraccas in Südamerika zu von den dort wohnenden Deutſchen, 2000 an der Zahl, die darin der freudigen Zuverſicht Ausdruck geben, mit welcher ſie in der neuen Bundesflagge das Symbol des Schutzes erblicken, den der große, hoffentlich bald alle deutſchen Stämme umfaſſende Bund auch den Deutſchen gewähre, welche in dem Tropenlande wohnen, und welche das äußere Zeichen des mächtigen Schutzes einer großen geeinten Nation, als deren Glied ſie ſich zum erſtenmale gehoben fühlen, mit beſonderer Genugthuung begrüßt haben. Meine Herren! Iſt denn dieſe Genugthuung, die ſeit Auferlegung dieſer Laſten unſere deutſchen Landsleute in allen Weltteilen in tiefer Bewegung empfinden, ſo daß man ſagen möchte, daß der deutſche Patriotismus in Amerika, in Neu-Süd-Wales u. ſ. w., ich will nicht ſagen, lebendiger iſt, aber lebhafter zum Ausdruck kommt, als wie das im engeren Vaterlande geſchieht, — gar nichts wert? Iſt Ihnen das nichts wert, meine Herren, zu hören, daß unſere Landsleute in ſo fernen Gegenden jetzt mit uns ſtolz auf das Vaterland blicken und mit Selbſtgefühl ſagen: „Wir ſind Deutſche!“ während ſie früher verſchämt die Augen

niederſchlugen? Meine Herren! Ich gehöre nicht zu denen, die kalt auf die Laſten blicken, die dem Dürftigen auferlegt werden, ich habe dazu zu lange auf dem Lande gelebt, um nicht zu wiſſen, was es heißt, wenn der arme Steuerzahler ſeinen Groſchen bringt, und wenn er ihn in der Zeit der Not bringt. Aber, meine Herren, die Unabhängigkeit, die ſtaatliche Freiheit, die nationale Ehre geht einem Volke, wie das unſere, über alles; ihr bringen ſelbſt dieſe Armen freudig ihr Opfer.

Über die Abfindungs-Verträge mit dem König Georg und dem Herzog von Naſſau.

Rede gehalten am 1. Februar 1868.

Meine Herren! Ich will mich in einer ernſten und ſchwierigen Sache von allen Hilfsmitteln der Redekunſt, die geeignet ſein könnten, das Urteil zu beſtechen, möglichſt frei halten. Aber ich kann nicht umhin, mich über eine Erinnerung auszuſprechen, die ſich mir heute aufdrängt. Sie ſetzt mich zurück in Zeiten, wo ebenfalls die auswärtige Politik der Regierung — denn dazu rechne ich noch dieſen Abſchluß in betreff Hannovers — in dieſem Hauſe keiner Seite recht war, wo ſie angegriffen wurde von allen Seiten, kritiſiert mit vielleicht noch größerer Schärfe wie heute. Wir ſtanden vollſtändig vereinzelt da; jedermann wußte beſſer was wir zu thun hätten, als wir ſelbſt; jeder war bereit uns zu belehren, uns zu tadeln. Es wird das faſt jedesmal der Fall ſein, wenn man aus der Geſamtpolitik eines großen Landes Einzelheiten — und ſolche, die ſich zum Angriffe, die ſich zur Erregung der Volksleidenſchaften, zur Hindeutung auf die Notleidenden vorzugsweiſe eignen — herausreißt, ohne die Politik in ihrem vollen Zuſammenhange zu betrachten. Wenn ich die Herren von dieſer Seite (links), zum Teil perſönlich dieſelben, die ich mir im Jahre 1863 und 1864 gegenüber ſah — reden höre, ſo ſollte man glauben, dieſe Herren hätten Hannover erobert, ſie hätten, was noch ſchwieriger war, Europa mit dieſer Erwerbung verſöhnt, und wir wären es jetzt, die wir uns in dies Geſchäft eindrängten, indem wir in einer ziemlich ruchloſen Weiſe die Gelder des Staats zum Fenſter hinauswürfen.

Es kam für uns an auf einen Zweck, den ich durch Verlesung einer kurzen Stelle aus einer Denkschrift wohl bezeichnen darf:

„Bei den Verhandlungen über die Vermögens-Verhältnisse des Königs Georg und des Herzogs Adolph von Nassau ist die politische Auffassung maßgebend gewesen, daß Preußen den entthronten Fürsten nicht mehr Nachteile zufügen dürfe, als die Sicherstellung der nationalen Gesamtpolitik bedingte. Die Siege des vorigen Jahres, die Opfer, mit denen sie errungen, zur Erlangung derjenigen Stellung zu verwerten, deren Preußen zu seiner Sicherheit, zur Erfüllung seines deutschen Berufs, nicht entbehren kann, war eine Pflicht, welche der Regierung oblag, und aus welcher sie das Recht zu rückhalloser Durchführung des Kriegsrechtes gegen das Herrscherhaus schöpfte, dessen Souveränetät sich als eine dauernde Gefahr für den Frieden eines von demselben Volke bewohnten Ländergebietes erwiesen hatte; Eroberungen oder Gewinne außerhalb dieses höheren nationalen Zweckes zu suchen, lag den politischen Zielen Preußens fern. Dieser Standpunkt mußte der öffentlichen Meinung in Europa, namentlich aber in den Preußen einverleibten Ländern, als maßgebend erkennbar werden. Dies war im vollen Umfange nur dann möglich, wenn die entthronten Souveräne durch ein freiwillig unterzeichnetes Abkommen an den Tag legten, daß sie die ihnen gewordene Abfindung als einen angemessenen Ersatz für ihr früheres Einkommen ansahen. Eine vertragsmäßige Einigung mit den entthronten Fürsten, namentlich mit dem König Georg, war vom politischen Standpunkte aus höher anzuschlagen, als die Geldsummen, um welche das Abfindungskapital etwa hätte vermindert werden können, wenn ein Vertrag nicht zu stande gekommen wäre."

Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, stellt sich die Einverleibung des Königreichs Hannover, dessen Gemeinschädlichkeit für Deutschland sich bewährt hatte, gewissermaßen als einen der Expropriation gleichkommenden Akt dar, und das Recht zu dieser Expropriation war durch den freiwilligen Beginn der kriegerischen Operation gegen uns und durch den bundbrüchigen Beschluß in Frankfurt in unsere Hand gelegt worden. Von diesem Rechte haben wir in diesem Sinne der Expropriation für das öffentliche Wohl Preußens und Deutschlands Gebrauch gemacht; in diesem Sinne haben wir aber auch die Pflicht, den Handel

nicht als eine Eroberung ohne Rückſicht auf den früheren Beſitzer weiter durchzuführen, als uns obliegend erkannt.

Daß überhaupt eine Abfindung gegeben werden ſollte, iſt von allen Seiten anerkannt. Es konnte dieſe Abfindung in einer ähnlichen Weiſe gegeben werden, wie ich vorhin in dem Beiſpiele Heinrichs des Löwen und der Erneſtiniſchen Linie von Sachſen angeführt habe, und in der That iſt dieſer Gegenſtand noch nach der Rückkehr von Nikolsburg von der Königlichen Staatsregierung ſorgfältig erwogen worden, und die Verhandlungen haben ſich darum gedreht, ob etwa dem König Georg von Hannover die Landſchaft Calenberg oder ein Teil derſelben mit der Hauptſtadt Hannover und mit der ſichern Ausſicht auf Braunſchweig gewährt werden ſolle, um dadurch ſeine Zuſtimmung zur Abtretung des übrigen zu erlangen; ob andernteils unter dieſen oder ähnlichen Bedingungen gewährt werden ſolle dem Kurfürſten von Heſſen die Grafſchaft Hanau, dem Herzoge von Naſſau gewiſſe ſüdliche Teile ſeines früheren Landes. Ich glaube, Ihnen allen, meine Herren, wird es lieber ſein, daß darauf nicht eingegangen worden iſt. Sie würden dieſe Einrichtung gewiß für eine koſtſpieligere angeſehen haben als die Millionen, um die es ſich jetzt handelt.

Nichtsdeſtoweniger werden Sie nicht leugnen können, daß, wenn man Ihnen damals einen Frieden vorgelegt hätte, wonach ganz Hannover, mit Ausnahme von Calenberg, und ganz Kurheſſen, mit Ausnahme von Hanau, Preußen zugefallen wäre, Sie dieſes gewiß für einen ſehr günſtigen Frieden nach einem ſiebentägigen Feldzuge angeſehen haben würden, und es würde kein Wort des Tadels auf uns gefallen ſein.

Jetzt hat man das vergeſſen, man reißt ein Glied aus der Kette der Geſamtpolitik, die ſich nicht voneinander trennen läßt, heraus und mäkelt und kritiſiert daran.

Hätten wir den Frieden auf eine andere Weiſe gemacht, ſo daß wir etwa dieſen Fürſten ihre Domänen ließen, ſo würden ſie nichts dagegen haben einwenden können, und wenn ſie dafür die ganze Souveränetät abgetreten hätten, ſo würde man es uns verziehen haben.

Hätten wir ſchon damals die jetzt geforderten Summen von vornherein bewilligt, ſo würden Sie es nicht zu viel gefunden haben, auch wenn wir es mit der Maßgabe bewilligt hätten, daß wir Bayern und Sachſen die Verpflichtung auflegten, die Fürſten von Hannover und Naſſau zu entſchädigen,

anſtatt eine direkte Zahlung an uns zu leiſten. Wir würden dabei ein um einige Millionen ſchlechteres Geldgeſchäft gemacht haben, aber Sie würden das vielleicht als eine ſehr weiſe und vielleicht humoriſtiſche Einrichtung gefunden haben.

Wir haben es vorgezogen, nicht Land, ſondern Geld zu bewilligen, und ich gebe zu, viel Geld, und es iſt mir lieb, daß es viel Geld iſt. Ich weiß nicht, ob es damals in die Öffentlichkeit gedrungen iſt, daß davon die Rede war, Öſterreich wegen ſeiner Anſprüche betreffs Holſteins und Schleswigs mit Geld abzufinden. Es iſt bei den Verhandlungen der Verſuch nicht gelungen; es waren damals Summen von 40, 80, ja 100 Millionen genannt worden. Man würde das damals, wenn wir beiſpielsweiſe für 40 Millionen Öſterreich und den Prinzen von Auguſtenburg abgefunden hätten, vielleicht kein ganz ſchlechtes Geſchäft genannt haben. Die öſterreichiſche Regierung beſtand aber darauf, Land und Leute zu haben, ſie wollte etwa die Grafſchaft Glatz, vielleicht auch einige Diſtrikte in Oberſchleſien haben. Wir ſind darauf nicht eingegangen und der ganze Handel unterblieb, da Öſterreich kein Geld nehmen wollte; aber damals würden wir es als ein glückliches Ergebnis unſerer Politik betrachtet haben, wenn Öſterreich Geld genommen hätte.

Wenn wir den Frieden ſo abgeſchloſſen hätten, daß wir dem Könige Georg die Hälfte von Hannover gelaſſen und nur etwa Osnabrück und Oſtfriesland gewonnen hätten, ſo erinnere ich mich einer Zeit nach der Schlacht von Königgrätz, wo es ſchon als ein erheblicher Gewinn betrachtet wurde, wenn das Reſultat jener Schlacht nur das geweſen wäre, Oſtfriesland zu erwerben und die Verbindung zwiſchen den öſtlichen und weſtlichen Provinzen des preußiſchen Staates herzuſtellen.

Ein Abgeordneter aus Hannover (Miquél) hat ſchon angedeutet, daß er die Wirkung dieſes Abkommens auf die Verſöhnung der Gemüter als eine recht erhebliche veranſchlage. Die Königliche Staatsregierung hat es in ihrer auswärtigen Politik ſeit dem Frieden als ihre Aufgabe betrachtet, diejenigen Empfindungen, die in Deutſchland und außerhalb Deutſchlands in Europa durch die neue Ordnung der Dinge verletzt ſind, nach Kräften zu verſöhnen. Wie viel dieſe Verſöhnung in Geld ausgedrückt, wert iſt, kann niemand ſagen, ebenſowenig ob ſie vollkommen erreicht wird. Wenn aber mit Bezug auf die, welche ſich in der Provinz Hannover und außerhalb derſelben für das Schickſal der Welfiſchen Dynaſtie intereſſieren, jener Zweck nur

annähernd erreicht wird, dann halte ich den Preis, den wir zahlen, für einen wohlfeilen. Wenn mit dieser Abfindung auch nur ein erheblicher Fortschritt in der Versöhnung erreicht wird, dann hätte ich, meine Herren, noch mehr bewilligt, als das, was wir Ihnen hier vorlegen, und wenn der Handel neu zu machen wäre, so gebe ich Ihnen mein Wort, ich bewillige, wenn ich nicht anders die Unterschrift des Königs Georg erreichen könnte, dasselbe, ja noch 10 Millionen mehr, wenn es auf mich allein ankäme. Es kann die Wertschätzung darüber eine sehr verschiedene sein; Sie sind weniger imstande, dieselbe richtig zu machen, als ich, weil Sie den Zusammenhang der Politik weniger zu übersehen vermögen, weil Sie die ganze Sache nicht so intim mit durchgelebt haben als ich, und weil Sie das, was mit dieser Sache im Zusammenhange steht, über anderen Dingen, über einer dreimonatlichen Budgetberatung und dergl. vergessen haben, während es mir tiefer ins Gedächtnis gegangen ist.

Ich kann die Politik nur so machen, wie ich sie verstehe und wie ich sie in ihrer Gesamtheit verstehe; ich kann mir nicht einzelne Teile herausgreifen und sagen lassen: hier ist die Regierung von aller Weisheit verlassen gewesen, dies kann nicht sein, alles andere acceptieren wir, dies aber nicht.

Es ist ja möglich, daß wir, nachdem in bezug auf das Jahr 1866 die Einsicht der Regierung vielleicht über Gebühr gerühmt worden ist, jetzt plötzlich von einer geistigen Verblendung befallen und einsichtslose Verschwender geworden sind, die nicht wissen, was sie thun, die die Schätze des Landes mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Aber ich frage Sie, sieht der Herr Finanzminister (v. d. Heydt) so aus, wie einer von dieser Gattung?

Ich meine, daß ich schon öffentliche Beweise davon gegeben habe, wie ich mich in schwierigeren Geschäften, als dieses ist, nie in dem Maße habe fortreißen lassen, daß ich die Berechnungen, das Augenmaß, vollständig verloren hätte. Es wäre möglich, daß ich hier von Übereilung angewandelt wäre, ich kann sie aber bisher noch nicht erkennen. Ich wiederhole, ich würde das Geschäft neu machen, wenn es heut zu machen wäre. Ist es Ihnen aber mit der Mißbilligung ernst, dann bitte ich Sie dringend, haben Sie auch den Mut Ihrer Meinung, verwerfen Sie die Sache einfach; Sie werden die Regierung konstitutioneller finden, als Sie vielleicht voraussetzen. Es ist natürlich, daß nach einem solchen Votum, nachdem diejenige Regierung,

welche dieſen Vertrag abgeſchloſſen und die Unterſchrift des Königs dazu erbeten hat, von der Landesvertretung im Stiche gelaſſen worden iſt, dieſe Regierung die Geſchäfte nicht fortſetzen kann. Diejenigen, welche die Maßregel für unrichtig halten, und deshalb die Politik der Regierung verwerfen, werden in der Notwendigkeit ſein, ihrerſeits zu verſuchen — und ich will das meinige dazu thun, daß es geſchieht — wie die Geſchäfte ſich ohne den hannoverſchen Vertrag anlaſſen; ſie werden dann volle Gelegenheit haben, den Vertrag aus der Welt zu ſchaffen, und neue Leute, neue Grundſätze werden freie Bahn haben! Dann will ich nach ſechs Monaten wiederkommen und fragen, ob ich Recht gehabt habe; alsdann werden Sie alle diejenigen Gründe erkannt haben, die zum Abſchluß des Vertrages beſtimmten. So lange Sie aber nicht in voller Kenntnis der Dinge und aus eigener Erfahrung ſprechen, beurteilen Sie uns mit weniger Härte, rufen Sie nicht den ohnehin erregten Sinn der Notleidenden gegen uns auf, und ziehen Sie hier nicht Dinge hinein, die nicht dahin gehören. Wenn man die Staatsausgaben vergleichen will mit den Bedürfniſſen des Hungrigen, der krank auf dem Bett liegt, und ſie ihm vorrechnen will, ſo kann man nur den Zweck haben, jede ſtaatliche Ordnung zu lockern; einen anderen Zweck kann ich nicht entdecken.

Über die Abfindung und die Thronentſagung des Königs Georg.

Rede gehalten am 1. Februar 1868.

Auf die Äußerung eines Redners: er würde für die Abfindung ſtimmen, wenn der König von Hannover überhaupt einen Rechtsanſpruch hätte.

Nun, der König Georg glaubt ſeinerſeits einen Rechtsanſpruch, und zwar auf die Krone Hannover zu haben; er glaubt ihn zu haben, denn meiner Überzeugung nach hat er ihm mit dieſem Abkommen entſagt und zwar mit vollem Bewußtſein. Er konnte von ſeinem Gegner Preußen unter Umſtänden garnichts nehmen, dann war er meiner Überzeugung nach als Prätendent am gefährlichſten — ein armer Prätendent iſt meiner Anſicht nach gefährlicher, als ein reicher, ein reicher hat noch nie ſeine Anſprüche durchgeſetzt, ein armer, der mit ſeinen Genoſſen nichts zu verlieren hatte, wagt mehr, und hat ſie des-

halb mitunter durchgesetzt — oder König Georg konnte von Preußen genau die Summe nehmen, über die er früher verfügt hatte; er konnte sich sagen, diese Summe kann ich annehmen, ohne mir den Vorwurf zu machen, daß ich von meinem Rechte lasse, obschon seine Position auch dann schon sehr viel zweifelhafter wurde. Sobald er aber, wie die Herren allerseits behaupten, mehr nahm, als ihm zustand, entsagte er, denn für dieses Mehr muß es ein Gegengewicht geben. Der Gedanke eines Geschenks, welches der König Georg von dem Könige von Preußen annähme, ist ein unmöglicher und unzulässiger, in solchen Verhältnissen giebt man weder, noch empfängt man Geschenke, die aus einem Überflusse inneren gegenseitigen Wohlwollens entspringen.

Es mag also von seiten des Königs Georg dagegen gesagt werden, was da wolle, er habe nicht entsagt, es mag diese Überzeugung von seiner Umgebung auch sorgfältig in ihm erhalten und gepflegt werden, weil sonst König Georg wahrscheinlich nicht unterschrieben hätte — das ist vollkommen gleichgültig. Es kommt nicht darauf an, was der König Georg persönlich darüber denkt. König Georg hatte die Wahl, in einer Lage, die dann vielleicht ein komparatives Darben gewesen wäre, eine bestimmte Zeit, vielleicht viele Jahre zu verharren, oder durch dieses Abkommen mit Preußen seine Lage sofort zu erleichtern. Er hat das Letztere vorgezogen, weil ihm die Ungewißheit der Zeit, während welcher er vielleicht zu warten gehabt haben würde, diese Wahl vorzüglicher erscheinen ließ; er hat sie getroffen unter dem Druck der Drohung, wir würden sonst die Angelegenheit an den Landtag bringen und sie mit dem verhandeln. Wir waren also in der angenehmen Situation, die freiwillige Unterschrift des Königs Georg zu erlangen. Ich glaube aber nicht, daß die drei Parteien, der König Georg, die Königliche Staatsregierung und dieses hohe Haus, sich über die Summe so rasch, wie der Abschluß wünschenswert war, verständigt haben würden.

Ob ein Rechtsanspruch des Königs Georg überhaupt vorliegt, diese Frage — ich muß aufrichtig gestehen, es ist vielleicht ein großes Unrecht von mir — habe ich mir nie gestellt. Ich habe mich bloß daran gehalten, welche politischen Vorteile gehen aus dem Abkommen hervor für die Gesamtlage der Politik? Zum großen Teil (wie ich zugebe) nicht nur solche, die sich nicht bestimmt schätzen lassen, sondern ich rechne das zu den Impon-

derabilien in der Politik, zu den Dingen, deren Einflüsse unberechenbar, aber oft mächtiger sind, als die der Heere und der Gelder. Es ist hier schon angedeutet worden, daß solche Entsagungen häufig wenig Wert haben; nehmen Sie an, daß solche Entsagung auf die Krone auch ausdrücklich in dem Aktenstücke stände, sehr viel mehr Wert hätte dasselbe darum doch nicht, der König Georg würde dennoch, wenn er glaubt, Bundesgenossen in hinreichender Anzahl zu finden, und die Gelegenheit günstig wäre, diese Abmachung als erzwungen und erschlichen ansehen und sich daran nicht gebunden erachten und sie einfach brechen. Dagegen die Befestigung der politischen Lage, die wir aus solchem Abkommen für uns Hannover gegenüber, Europa gegenüber, der Umgebung des Königs Georg gegenüber herleiten, haben wir durch dieses Abkommen in vollem Maße.

Rede über den Hannoverschen Provinzialfonds.

Gehalten am 4. Februar 1868.

Hätte die Regierung die Befürchtung gehegt, daß ihre Vorlage hier heute scheitern könnte, dann wäre es ein Fehler gewesen, die abschlägige Antwort den Hannoveranern nicht schon im September zu geben, dann hätte sie nicht durch Zusagen Hoffnungen erregen sollen, die Monate lang gewirkt haben und die sie jetzt nicht zu erfüllen vermag. Wenn die Staatsregierung damals von ihrem Rechte der Ablehnung keinen Gebrauch gemacht hat, so ist sie dabei von zwei Rücksichten geleitet worden, durch die sie in der Lage zu sein meinte, der Provinz eine Zusage zu geben, auf deren Auslösung durch den Landtag sie allerdings glaubte rechnen zu können, und worin sie sich auch, wie ich noch heute hoffe, nicht getäuscht hat.

Die eine Rücksicht bestand in dem Wunsche, der Provinz den Übergang aus den alten gewohnten Zuständen zu erleichtern, Billigkeitsrücksichten walten zu lassen; die andere, welche persönlich auf mich von Einfluß gewesen, war die, auf diese Weise eine größere Selbstverwaltung der Provinz, als sie bisher im preußischen Budget gefunden wurde, anzubahnen und, um auch in den übrigen Provinzen zur Selbstverwaltung überzugehen, an diesen hessischen und hannoverschen Vorgang weitere Vorlagen im nächsten Jahre zu knüpfen.

In bezug auf den ersten Punkt erlaube ich mir zu bemerken, daß uns zunächst maßgebend war der Wunsch unserer Freunde in jener Provinz, derjenigen, die sich aufrichtig an uns angeschlossen, und die welfischen Schiffe hinter sich verbrannt hatten, derjenigen, auf deren kräftige Unterstützung wir um so sicherer rechnen konnten, als sie sich zu gunsten Preußens und des deutschen Vaterlandes so entschieden kompromittiert hatten, daß eine Rückkehr in die alten Zustände für sie fast nachteiliger gewesen wäre, als für den preußischen Staat. Diese gaben uns die Zusicherung, daß eine derartige Einrichtung auch mit den preußischen Interessen übereinstimme, und wir haben ein großes Maß von Vertrauen auf das Urteil dieser Männer gelegt, nachdem sie uns durch das, was ich soeben „das Verbrennen ihrer welfischen Schiffe" genannt habe, sich verbürgt hatten. Wir sind demgemäß auf den Wunsch des Provinzial-Landtages eingegangen, aus Billigkeitsrücksichten, denen jede Politik Rechnung tragen muß, unter denen allerdings obenanstehend die Vermögensverhältnisse des Königreichs Hannover waren. Nach der Übersicht der hannoverschen Etats von 1864 und 65 belief sich das Vermögen der hannoverschen Regierung in damaliger Zeit in Gestalt des Domanialfonds auf 19 Millionen, in Gestalt des Klosterfonds auf 15 Millionen, zusammen 34 Millionen. Dazu sind vorhin die Eisenbahnen mit etwa 70 Millionen in Anschlag gebracht worden, macht 104 Millionen. Die Eisenbahnen sind aber mehr wert; sie ergaben im vorigen Jahre 7400000 Thaler Bruttoertrag und ihr Nettoertrag belief sich auf 2800000 Thaler. Außerdem beliefen sich die Revenüen des Königreichs Hannover aus den Forsten, Bergwerken und Domänen zusammen auf 5294000 Thlr. Wenn die Herren einen ungefähren Überschlag machen wollen, was diese Beträge kapitalisiert ergeben würden, wenn auch nur zu 4 Prozent, so werden Sie auf eine Summe von 300 Millionen kommen; wollte ich die Bruttoerträge zu grunde legen, so ergäbe sich ein Kapital von 400 Millionen und mehr.

Der Hannoveraner konnte sich also sagen, daß er aus einer recht behaglichen pekuniären Lage in eine schwierigere überginge, und er durfte an eine billig denkende Regierung den Anspruch erheben, daß ihm dieser Übergang erleichtert werde. Erschwert wurde er zunächst durch eine erhebliche Vermehrung der Steuern, weil man in Preußen diese höheren Einkünfte den Hannoveranern eben nicht mehr zugute rechnete. Diese Thatsache erhöht die

Mahnung für die Regierung, dem weniger urteilsfähigen oder weniger wohlwollenden Hannoveraner zu Hilfe zu kommen, wenn er über die neuen Verhältnisse murrt, wenn er sagt, der Staatswagen wird mit unserem Fette geschmiert. Man sagt nun, anscheinend mit Recht: ja, die Hannoveraner haben lange Zeit sich auf die faule Seite gelegt, sie haben nicht das Nötige gethan im Interesse der Landesverteidigung, sonst würden sie diese Ersparungen nicht gemacht haben. Ja, meine Herren, eine schlechte Anstalt für die Landesverteidigung bestraft sich immer selbst; dafür haben sie ihre Selbständigkeit verloren, und so wird es einem jeden Staate ergehen, der es an seinen Anstalten für die Landesverteidigung fehlen läßt. Wie hoch die Hannoveraner selbst diesen Preis, diesen Wert anschlagen, das ist ihre Sache, aber ich glaube, wenn eine Nation das natürliche Resultat eines schlechten Verteidigungswesens ehrlich hat über sich ergehen lassen, dann soll man ihr dies nicht weiter vorwerfen. Mir schwebt die Art vor, wie Rheinland und Westfalen zu meinen Lebzeiten behandelt wurden. Wir in den alten Provinzen wenigstens hatten immer den Eindruck, als ob sie die verzogenen Schoßkinder der Regierung gewesen wären, die auf unsere Kosten erzogen und gelobt wurden. Die Rheinländer, die in den 30er Jahren kein größeres Wohlwollen für uns hatten, als etwa jetzt die Hannoveraner, sind seitdem durch fortgesetzte gute Behandlung ebensogute Preußen geworden.

Was die Dezentralisation betrifft, so habe ich es mit Freuden begrüßt, als das Ministerium nach einigen Kämpfen und Schwierigkeiten hier zuerst eine Bresche in das System der Zentralisation zu legen imstande war. Mir wurde dies sehr erleichtert durch den Vorgang in Kurhessen, und die fanatische Liebe der Kurhessen zu ihrem Staatsschatz war vielleicht der erste Anstoß zu dieser Agitation. Der Fall lag dort genau so wie der heutige hier, und keine Klage, kein Seufzer der Unzufriedenheit ist laut geworden, vielmehr hat die Presse gedankt, daß die Regierung ohne Anstand einen Fehler sofort wieder gut machte, nach dem englischen Grundsatz, daß Männer einen Irrtum, den sie einsehen, offen eingestehn. Die Kurhessen hatten auch nicht mehr Recht auf den Staatsschatz, als die Hannoveraner auf den Provinzialfonds. Gleichwohl wünscht sich die Regierung heute Glück dazu, daß sie auf das Verlangen der Kurhessen eingegangen ist.

Ich wiederhole die Zusage, die ich in der Kommission ge-

geben, daß es die Absicht sämtlicher Staats-Minister, die von Sr. Majestät dem Könige gebilligte Absicht ist, im nächsten Budget auf diesem Wege weiter zu gehen und für sämtliche Provinzen Vorlagen dahin zu machen, jeder Provinz einen Teil des Budgets zur Selbstverwaltung zu überweisen, allerdings in Ausgabe und Einnahme. Wäre das nicht eine Absicht gewesen, die wir gehabt (ich persönlich seit Jahren), so wären wir nicht so entgegenkommend gewesen. Sollte nun diese Vorlage, dieser erste Versuch zur Dezentralisation, scheitern, so kann das keine andere Wirkung haben, als daß die Regierung in hohem Grade entmutigt wird, und ich weiß nicht, ob sie auf diesem Wege wird fortgehen können.

Ist denn die Bevorzugung einer Provinz etwas so Unerhörtes? Haben wir nicht 40 Millionen für Eisenbahnen in einer Provinz votiert zwar nicht direkt zur Bekämpfung des jetzigen Notstandes, aber doch künftiger Notstände? Werden wir nicht bereit sein, für diese Provinz noch mehr zu leisten? Haben wir nicht für Pommern aus der Staatskasse einen jährlichen Zuschuß geleistet, um seine Bahnen zu garantieren? Es ist aber dankend anzuerkennen, daß unser Staat sich nicht immer auf die Goldwage stellt: „was dem einen recht ist, ist dem andern billig", ein gutes Erbteil des väterlichen Staates. Die Provinz Hannover zu bestechen, ihre Anhänglichkeit zu erkaufen, war die Absicht der Regierung nicht, wohl aber sie durch die Rücksicht auf ihren Entwicklungsgang zu gewinnen, sodaß auch der weniger Urteilsfähige sagt: es geht uns nicht schlechter; man behandelt uns wohlwollend. Wir wollen Vertrauen zeigen und wecken; wir wollen gutmachen, was zornige Reden an dieser Stelle vielleicht schlecht gemacht haben. Wir hatten freilich gehofft, daß die hannoverschen Abgeordneten frei von der Wirkung eines glücklich beendigten Konflikts eine mehr vermittelnde Stellung einnehmen würden und haben mit Bedauern gesehen, daß sie sich sehr rasch und tief in dem hiesigen Parteileben gefärbt und auf das Zusammengehen mit der Regierung nicht den Wert gelegt haben, wie ich glaubte. Aber das ist hier vollständig gleichgültig. Die Regierung hält an der Vorlage im Interesse der gesamten preußischen Politik fest; sie würde sie für nützlich und notwendig halten, selbst wenn sämtliche hannoversche Abgeordnete wie ein Mann so oppositionell stimmen sollten, als wenn sie in der preußischen Residenz gewählt wären.

Über die Stellung der konservativen Partei zur Regierung.

Rede gehalten am 5. Februar 1868.

Ich will noch eine Bemerkung an diejenigen Fraktionen richten, die sich die Unterstützung der Königlichen Staatsregierung zur Aufgabe gestellt haben. Es ist hier unter anderen ein erhebliches Gewicht auf die Stimmung in den Wahlkreisen der östlichen Provinzen gelegt, die durch dieses Gesetz wesentlich berührt sein würde. Ich kann dieses Urteil und diese Voraussicht doch nicht unterschreiben; ich finde in der Vergangenheit einen Beweis dagegen. Der Vorgang mit Kurhessen (die Bewilligung des kurhessischen Staatsschatzes für Zwecke der Provinz) war vollständig bekannt und öffentlich, ehe die Wahlen stattfanden; die Zusage der Königlichen Staatsregierung an die Provinzialstände Hannovers aus dem Monat September war eine durchaus öffentliche und allseitig bekannt, ehe die Wahlen stattfanden. Nun ist mir nicht zu Ohren gekommen, daß in irgend einem Wahlkreise auch nur irgend ein Kandidat darüber gefragt worden wäre, wie er über diese etwa unbillige Zumutung an die alten Provinzen dächte, daß irgend jemand es für nützlich gefunden hätte, die Ablehnung dieser Vorlage in Aussicht zu stellen, oder etwa in einem der der Regierung vertrauenden Kreise zu sagen: ich werde in allen Stücken mit der Regierung gehen; indessen kann ich es nicht in diesem Punkte. Es ist damals, obschon die Sache vollständig öffentlich geworden und doch mindestens in denjenigen Kreisen, aus welchen die Abgeordneten hervorgingen, allgemein bekannt war, niemand eingefallen, dieses als einen bei den Wahlen in Betracht kommenden Punkt zu benutzen. Vielmehr haben die Kandidaten der in Rede stehenden Partei bei der Bewerbung um ihr Mandat lediglich die Unterstützung der Königlichen Staatsregierung, namentlich in allen Fragen, auf welche die Regierung Gewicht legt, in Aussicht gestellt. Es kann das allerdings nicht so gemeint sein, daß die Herren in grundsätzlichen Fragen, wenn da die Absicht der Regierung ihren Grundsätzen, die sonst ihnen eigen sind, großen politischen Prinzipien, widersprechen sollte, sich auch da blindlings der Regierung überlassen sollen; aber es wird doch immer soviel heißen, daß in anbetracht einer bedeutenden politischen Maßregel der Königlichen Staatsregierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt gewesen

iſt, die Zuſage der Unterſtützung der Regierung die Unterſtützung dieſer Maßregel mit einbegreift, und daß wir ein Recht zu haben glaubten, in dieſer Frage auf die Unterſtützung der konſervativen Partei, als derjenigen Partei, deren Grundlage vorzugsweiſe das Vertrauen zur jetzigen Regierung geweſen iſt, ganz unbedingt zu zählen.

Meine Herren, es iſt eine konſtitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann, auch in ſolchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen; — wenn nicht dieſe Partei den Überſchlag ihrer Rechnung dahin zieht: wir gehen im großen und ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß ſie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch immer noch weniger Thorheiten machte, als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir ihr die Einzelheiten zu Gute halten. Hat eine Regierung nicht wenigſtens eine Partei im Lande, die auf ihre Auffaſſungen und Richtungen in dieſer Art eingeht, dann iſt ihr das konſtitutionelle Regiment unmöglich, dann muß ſie gegen die Konſtitution arbeiten; ſie muß ſich eine Mehrheit künſtlich ſchaffen oder vorübergehend zu erwerben ſuchen. Sie verfällt dann in die Schwäche der Koalitions-Miniſterien und ihre Politik gerät in Schwankungen, die für das Staatsweſen und namentlich für das konſervative Prinzip von höchſt nachteiliger Wirkung ſind.

Majoritätsregierung oder Konflikt?

Rede gehalten am 5. Februar 1868.

Der Herr Abgeordnete ſcheint mich ſo verſtanden zu haben, als hätte ich geſagt: Ich erwarte und fordere von der konſervativen Partei, daß ſie unbedingt der Regierung folge. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich bemerkt, ich verlange das nicht, ich kann es nicht verlangen, wo große Grundſätze ſich ſcheiden und wo die Regierung von den großen Prinzipien, auf denen die Stellung der konſervativen Partei beruht, ſich entfernen ſollte. Ferner iſt es etwas anderes, wenn es ſich um Dinge handelt, wo nicht eine vollbrachte Thatſache vorhanden iſt; aber wo die Regierung Verbindlichkeiten eingegangen hat, wo die Sache bereits eingeleitet iſt, wo ſie vor der Wahl bereits eingeleitet war, da habe ich, ſo lange ich auf jenen Bänken der konſervativen Partei

ſaß, niemals der Regierung Verlegenheiten zu bereiten geſucht. Faſt für jede Sache laſſen ſich zwei, drei Wege einſchlagen — viele Wege führen nach Rom. Welcher Weg der richtige, welcher der fehlerhafte iſt, entſcheidet die Zukunft, vielleicht wenn wir alle nicht mehr leben; aber der Weg, auf dem eine Regierung zu grunde geht, iſt der, wenn ſie bald dies, bald jenes thut; wenn ſie heute etwas zuſagt, und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung muß nicht ſchwanken; hat ſie ihren Weg gewählt, ſo muß ſie, ohne nach rechts oder links zu ſehen, vorwärts gehen; kommt ſie ins Schwanken, ſo wird ſie ſchwach, und darunter leidet das ganze Staatsweſen.

Der Herr Abgeordnete hat davon geſprochen, unter welchen Ausſichten die Herren gewählt worden und wozu ſie gewählt worden. Ich kann das nicht unterſuchen. Ich kann nicht in die Seele der Wähler ſehen; aber hätten wir dieſe konſervative Majorität heute hier, im Vergleich zu der konſervativen Minorität, welche vor zwei Jahren hier war, wenn dieſe Regierung nicht am Ruder geſtanden hätte? Wie viele von Ihnen wären dann gewählt? Wenn die Regierung geſagt hätte: dieſe Herren wünſchen wir nicht, der und der geht uns zu weit rechts, der iſt uns zu konſervativ, — hätten wir das erklärt, wo wäre die Majorität?

Der Herr Abgeordnete hat, wie ich vernehme, ferner geſagt: — die konſervative Partei hätte dieſem Miniſterium viel geopfert. Ich bedaure, daß er dies nicht näher angegeben hat, denn ich wäre in der That neugierig, zu hören, was ſie denn geopfert hat. Das Einzige von ihm Angeführte iſt, daß Sie das Klaſſenwahlſyſtem aufgegeben haben, dieſes im grunde unhaltbare Syſtem, nach welchem wir hier gewählt ſind, nach dem wir hier deshalb gewählt ſind, weil es verfaſſungsmäßig iſt und weil wir kein anderes haben, welches aber in ſeinen Folgen noch niemand als ein konſervatives Wahlſyſtem hinzuſtellen geſucht hat. Ich will von den Reſultaten nicht ſprechen, ſie ſind Zufällen unterworfen; aber die Reſultate ſind die, daß die konſervative Partei dem wenigſtens vergleichsweiſe verſtändigeren allgemeinen Wahlrecht etwas zu verdanken und nichts dadurch verloren hat.

Und hätte ſie dem Miniſterium ein Opfer gebracht — ich will nicht von Opfern ſprechen, die das Miniſterium dem Lande gebracht hat, denn wir ſind ſie dem Lande ſchuldig, aber, meine Herren, dafür zeigen wir Ihnen die weiten neuen Provinzen

auf, dafür zeigen wir Ihnen das befeſtigte Königtum auf, wir zeigen Ihnen das vereinigte Deutſchland auf, wenn Sie darnach mit uns abrechnen wollen, ſo werden Sie uns ſtark im Vorteil finden.

Wir kamen zur Regierung im Jahre 1862. Ich weiß nicht, ob jemand unter Ihnen von Hauſe aus geglaubt hat, daß wir die Sachen zu einem günſtigen Ende führen würden. Aber hat ſich außer uns hier jemand gefunden, der bereit war, ſie durchzuführen? Was trat dann ein, wenn wir nicht den Mut gehabt hätten, die Miniſterſtellen zu übernehmen, hier drei Jahre lang alleinſtehend mit elf Konſervativen verſchmäht, verketzert, angefeindet auszuhalten? Das aber vergißt man ſehr raſch. Denken Sie ſich, daß im Herbſt 1862 diejenigen Umſtände eintraten, die unvermeidlich waren, wenn ich einfach im September zu Sr. Majeſtät dem Könige nein ſtatt ja ſagte! Ich wiederhole: wollen wir konſtitutionell regieren, ſo bedürfen wir einer Majorität; verweigern die Herren, die vorzugsweiſe gewählt ſind, mit uns zu gehen, dieſe Regierung halten zu helfen, verweigern ſie uns ihre Stimmen, ſo müſſen wir eine andere Majorität zu finden ſuchen, und finden wir ſie nicht, was kommt dann heraus? Daß die Regierung genötigt iſt, ſich auf mehrere verſchiedene Parteien zu ſtützen, mit denen ſie innerlich nicht ſo einig iſt, wie ſie es mit der konſervativen Partei zu ſein glaubte; daraus folgen alle die Schwächen eines Koalitionsminiſteriums, das nicht handeln kann, weil es jeder Richtung Rechnung tragen muß, bald der einen, bald der anderen, und nicht von der Stelle kann.

Wollen Sie dieſe Schwankungen über den Staat verhängen? Ich kann nicht erwarten, daß Sie von mir verlangen werden, und von dem jetzigen Miniſterium verlangen, daß, wenn Sie uns die Majorität verſagen, wir nichtsdeſtoweniger fortfahren ſollen, alle Unannehmlichkeiten der Stellung zu tragen, ohne nach Abhilfe zu ſuchen; daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraktion, einer einzelnen Partei machen und es darauf ankommen laſſen, ob die ganze für das Land bedrohliche Lage des Konflikts ſich in dieſer ſchwierigen Zeit erneuern ſoll oder nicht.

Daß ich den Konflikt nicht fürchte — meine Herren, ich habe ihm ehrlich die Stirn gezeigt drei Jahre hindurch, aber ihn zu einer bleibenden nationalen Inſtitution zu machen, iſt nicht meine Abſicht.

Zur Stellung und Kompetenz des Zollparlaments.

Rede gehalten am 11. Mai 1868.

Ich bin natürlich ebenſo wenig wie mein großherzoglich heſſiſcher Herr Kollege in der Lage, mich in dieſem Augenblicke darüber im Namen des Bundesrats ausſprechen zu können, ob derſelbe oder ſeine Majorität glauben wird, die Kompetenz zur Beurteilung des mir ſoeben erſt bekannt gewordenen Antrages zu beſitzen. Nachdem aber von einem Mitgliede des Bundesrates dieſe Kompetenz angezweifelt worden iſt, iſt es mir ein Bedürfnis, zu konſtatieren, daß dies eben die perſönliche Anſicht dieſes einzelnen Mitgliedes iſt, daß wir nicht im ſtande ſind, eine Anſicht im Namen des Bundesrats über dieſe Frage zu äußern, und daß mein Eindruck prima facie der entgegengeſetzte von dem meines großherzoglich heſſiſchen Herrn Kollegen iſt, indem ich mir ſehr wohl denken kann, daß der Bundesrat, wenn er glaubt, daß durch die Modalität der Beſteuerung im Einzelnen diejenige Verkehrsfreiheit im Inlande beſchränkt oder gefährdet iſt, welche die Inſtitutionen des Zollvereins verbürgen, daß er alsdann kompetent ſein könnte, die Remedur eintreten zu laſſen.

Meine Herren! Sie Alle, auch Sie aus Süddeutſchland, werden mir das Zeugnis geben, daß ich, als Vertreter meiner Regierung, ebenſo wie meine Kollegen vom Norddeutſchen Bunde auf das Sorgfältigſte alles vermieden habe, was uns der Vermutung ausſetzen könnte, als wollten wir auf die ſüddeutſchen Herren irgend eine Preſſion, auch nur die leiſeſte Überredung ausüben, damit ſie ſich dazu hergeben möchten, die Kompetenz des Zollparlaments zu erweitern.

Der Herr Vorredner hat uns geſagt, ſeine engeren Landsleute ſeien einig in dem Beſtreben, ſich jeder Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments zu widerſetzen. Es iſt von dieſer Seite her (auf die Plätze der Vertreter der zollverbündeten Regierungen deutend) gewiß nichts geſchehen, was den Herrn Vorredner und ſeine Geſinnungsgenoſſen in dieſem Beſtreben irgendwie hätte irre machen oder hindern können. Führen Sie Ihr Programm durch, ſo lange es Ihr freier Wille iſt; Sie werden von uns weder mit einer Überredung, noch mit einer Bitte, noch

auch nur mit einem Wunſche aufgefordert werden, Ihr Programm aufzugeben. Es hängt das Aufgeben deſſelben lediglich von Ihrem freien Willen ab; ich beziehe mich ungern in dieſer Verſammlung auf ein Aktenſtück, welches in Ihren Geſchäftskreis nicht hingehört; aber um ein für alle mal das Programm der Politik des Norddeutſchen Bundes in dieſer Beziehung zu kennzeichnen, erinnere ich Sie an eine längſt publizierte Zirkulardepeſche des Kanzlers des Norddeutſchen Bundes vom 7. September v. J. Wenn Sie dieſelbe mit Aufmerkſamkeit leſen, ſo werden Sie ſich überzeugen, daß das Programm der Politik des Norddeutſchen Bundes, an welchem derſelbe noch heute feſthält, die Selbſtändigkeit Süddeutſchlands in keiner Weiſe gefährdet, und ſelbſt, wenn Sie den Wunſch ausſprächen, dieſe Ihre Selbſtſtändigkeit aufzugeben — Sie nennen es ſo, ich nicht — ſich dem Norddeutſchen Bunde zu nähern, will ich lieber ſagen: ſo müßten Sie dieſen Wunſch ſchon ſo motivieren, daß er auf beiden Seiten dieſelbe günſtige Beurteilung fände. Sie halten uns für viel empreſſierter, als wir es ſind.

Ich habe das Wort ergriffen, um Sie vollſtändig darüber zu beruhigen.

So lange als Sie nicht in freier Entſchließung erkennen, daß Ihrer Selbſtändigkeit im höchſten und weiteſten Sinne am beſten damit gedient iſt, und ſo lange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutſchen, die überhaupt ſtaatliche Einrichtungen will, erklärt, es ſei ihr Wille, ſich dem Norddeutſchen Bunde anzuſchließen, — ſo lange deliberieren Sie in Ruhe über die Gegenſtände des Zollvereins. Aber wenn ich mich ſo gegen das Beſtreben jeder Kompetenzerweiterung verwahre, ſo muß ich auch jedem Beſtreben, die vertragsmäßige Kompetenz des Zollvereins zu vermindern, entgegentreten; ob ein ſolches Streben hier vorliegt, laſſe ich noch unentſchieden; dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasſelbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutſchen Herzen niemals ein Echo findet.

Erklärung über das Recht der Krone in Bezug auf die höheren Verwaltungsämter.

Rede gehalten am 19. Dezember 1868.

Ich ergreife zunächſt das Wort, um die Rechte der Krone gegen die beſchränkende Auslegung zu verwahren, welcher der Herr Referent (Dr. Blömer) auf dieſer Tribüne Worte gab. Nach der Anſicht des Herrn Referenten wäre Se. Majeſtät der König nicht befugt, zu den höheren Verwaltungsämtern Perſonen zu ernennen, welche nicht die vorgeſchriebenen Prüfungen bei der Examinations-Kommiſſion gemacht haben. Den juriſtiſch wiſſenſchaftlichen Beweis, warum die Deduktion des Herrn Referenten nicht zutrifft, überlaſſe ich dem Herrn Juſtiz-Miniſter und ſeinen Vertretern. Ich erlaube mir hier nur, die Krone gegen eine Beſchränkung zu verwahren, welche um ſo unannehmbarer iſt, als die Regierung verfaſſungsmäßig für ihre Beamten nach allen Richtungen hin verantwortlich iſt und als mit dieſer Verantwortlichkeit eine ſolche Beſchränkung im konſtitutionellen Staate noch unverträglicher iſt, als vor Emanation der Verfaſſung. Ich verwahre mich umſomehr dagegen, als hier ein Recht der Krone angefochten wird, in deſſen vollſten Beſitze ſie ſich befindet, was ſie, ſo lange ich lebe, und zu Ihrer Aller Kenntnis vielfach ausgeübt hat. Ich erinnere an die vielen Oberpräſidenten, Präſidenten, die zweifellos und vorzugsweiſe zu den höheren Verwaltungsbeamten gehören, die anderen Lebenskreiſen entnommen ſind, bis auf die allerneueſte Zeit nach 1866 hinein. Sie greifen damit an eine der beſten Traditionen der preußiſchen Monarchie, an die Freiheit der Bewegung des Königtums, an das Recht des Königs, die Befähigung überall da aufzuſuchen, wo ſie zu finden iſt.

Wenn Sie dieſe Freiheit der Regierung mehr als bisher in büreaukratiſche Formen einklammern wollen, dann machen Sie beiſpielsweiſe eine ſo rühmliche Laufbahn, wie die des Miniſters Rother, welcher vom Kantoniſten eines Reiterregiments zu der Stellung eines der ausgezeichnetſten Miniſter durch alle Stadien des Dienſtes aufgerückt iſt, zur Unmöglichkeit; hätte er examiniert ſein müſſen, ſo wäre Preußen um ſeine Dienſte gekommen.

Ich trage kein Bedenken, dieſes von der Krone geübte Recht auf's Allerbeſtimmteſte in Anſpruch zu nehmen und dies für

eine Frage zu erklären, in der die Regierung an ihrer Auslegung unbedingt festzuhalten für ihre Pflicht erachtet.

Was die vom Herrn Vorredner zuletzt gestreifte Frage über die Absichten der Regierung in betreff der Verwaltungsbeamten anbelangt, so nehme ich zwar Anstand, eine vollständige Auskunft darüber zu geben in einem Augenblicke, wo das Staats-Ministerium noch nicht darüber beraten hat; ich würde hier nichts vertreten können, worüber der Beschluß meiner Kollegen nicht vorliegt.

Daß überhaupt eine Änderung in dieser Beziehung beabsichtigt wird, kann ich wohl konstatieren, und daß dabei ein stärkeres Zurückgreifen auf die Kräfte, welche der Justizdienst für die Verwaltung vorbereiten kann, beabsichtigt wird. Die jetzige Einrichtung der Verwaltungskarrière ist vielfach als ein Palladium, als eine der Unterlagen der Größe der preußischen Monarchie dargestellt worden. Nach meinen Eindrücken muß ich behaupten, daß trotz dieser Einrichtung die preußische Monarchie den Weg genommen, den sie, wie wir sehen, zurückgelegt hat, und daß es wesentlich für die Tüchtigkeit der Menschenrasse spricht, die Preußen bewohnt, wenn die aus ihr hervorgehenden Beamten durch die bestehenden Einrichtungen nicht verhindert worden sind, dem Staate so wesentliche Dienste zu leisten, wie sie geleistet haben. Wer in der ministeriellen Stellung die Schwierigkeiten gesehen hat, die bei der Beurteilung der Personen hervortreten, wenn es sich darum handelt, Stellen zu besetzen, wer Gelegenheit gehabt hat — und alle Älteren unter Ihnen werden diese Gelegenheit gehabt haben — aufstrebende, frische, in den Staatsdienst eintretende Kräfte im Alter von 20 bis 30 Jahren zu beobachten und diese selben Kräfte nach 18 bis 30 Jahren wiederum in Gestalt alter Assessoren oder gebrochener Regierungsräte beobachtet, der wird sich sagen, daß in den jetzigen Einrichtungen des Justizwesens etwas liegen muß, was die Manneskraft zersetzt und frühzeitig abnutzt, und was abgeändert werden muß, wenn wir rüstige Kräfte in die höheren Stellen bringen wollen.

Wie das zu erreichen sei, darüber kann mich noch nicht aussprechen, ohne meinen Herren Kollegen vorzugreifen, aber über einen Punkt steht diese Erwägung bereits fest, und ich erlaube mir, da der Spezialdebatte insoweit vorzugreifen. Es ist der Art. 8, die Frage, ob die Beteiligung der jüngeren Justizbeam-

ten am administrativen Dienst obligatorisch gemacht werden soll, oder nicht. Die Regierung wünscht dringend, daß ihr gestattet werde, an ihrer Vorlage festzuhalten. Nach sorgfältiger Erwägung der dienstlichen Erfordernisse, die sie an den Richterstand glaubt stellen zu müssen, ist sie nach dem Antrag des Herrn Justiz-Ministers bei dieser Bestimmung stehen geblieben. Sie glaubt, daß es von hohem Werte ist, daß der Richter die Administration, die Administration den Richter, daß diese sich gegenseitig kennen lernen, und daß dies nicht bloß zur Erleichterung der in bezug auf die Verwaltungsbehörden zu treffenden Einrichtungen gereicht, sondern es ist unserer Meinung nach ebenso wesentlich im Interesse des Justizdienstes, daß die Richter nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die Notwendigkeit haben, sich diejenige vielseitigere Ausbildung zu verschaffen, die durch die Arbeiten bei Behörden außerhalb des strengen Justizdienstes gefördert wird, die wir wenigstens davon erwarten. Daß nicht Gelegenheit sein sollte zu dieser Beschäftigung, kann die Regierung nicht zugeben. Es ist dies, wie ich höre, in der Kommission angedeutet worden, aber, wie ich glaube, wohl nur deshalb, weil man den Begriff der Administrativbehörde zu eng gezogen hat; wenn man dabei bloß die Regierungskollegien verstanden haben wollte, so könnte der Einwand zutreffend sein. Aber wir sind davon ausgegangen, daß ebenso gut die größeren und kleineren Kommunalbehörden, Magistrate, Landratsämter und andere, die ich hier nicht aufzählen will, ebensogut unter diejenigen Stellen gehören, die für den jungen richterlichen Kandidaten, der bei ihnen arbeitet, geeignet sind, ihm eine vielseitigere Ausbildung und ein klareres Bild von dem ganzen Räderwerk des preußischen Staates zu geben als der reine Justizdienst. Ich bitte daher die hohe Versammlung, diesen Satz nicht als zufällig oder gleichgültig zu betrachten, sondern die Königliche Staatsregierung legt in ihrer Gesamtheit den größten Wert auf die Beibehaltung des § 8 in seiner ursprünglichen Fassung.

Über König Georg und die Welfenlegion.

Erklärungen bei der Beratung über die Beſchlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des Kurfürſten von Heſſen.

Rede gehalten am 29. Januar 1869.

(Nach dem Abg. Windthorſt.)

— Sie erinnern ſich, daß dieſe Legion zu einer beſtimmten Zeit mit öſterreichiſchen Päſſen, von deren Erteilung ſich die Kaiſerliche Regierung losſagte und die für Geld an einen Agenten des Hietzinger Hofes von einem Unterbeamten ausgeliefert worden waren, alſo mit erkauften Päſſen ſich nach der Schweiz und von dort nach Frankreich begab, immer als ein geſchloſſener militäriſcher Körper. Dieſe Angelegenheit iſt Gegenſtand wiederholter Korreſpondenzen zwiſchen der norddeutſchen Bundesregierung und der Kaiſerlich franzöſiſchen Regierung geweſen. Die franzöſiſche Regierung hat einerſeits das Aſyl- und Gaſtrecht, welches ſie zu gewähren gewöhnt iſt, auch in dieſem Falle nicht verſagen zu ſollen geglaubt, andererſeits hat ſie doch eingeſehen, daß eine militäriſch organiſierte Körperſchaft mit Offizieren an ihrer Spitze und zu Waffenübungen vereinigt auf dem Territorium eines Staates nicht geduldet werden könne, wenn dieſe Demonſtrationen gegen einen Nachbar, mit dem man in Frieden leben will, gerichtet ſind, Anfänge einer direkten Bedrohung gegen dieſen Nachbar. Die franzöſiſche Regierung hat deshalb angeordnet, daß dieſe Leute von ihren Offizieren getrennt und in kleinere Abteilungen verteilt werden ſollten. Zunächſt will ich über die Angabe der Hannoveraner, welche ſich jetzt dort befinden, eine Mitteilung der Königlichen Botſchaft in Paris hervorheben, wonach ſich die Legion augenblicklich auf etwa 1400 Köpfe belaufen ſoll; ferner eine Mitteilung aus der Schweiz, wonach ein dortiger bekannter Agitator, der auch mit den Herren Mayer und Freſe in Stuttgart unmittelbare Verbindungen unterhält, es übernommen hatte, die hannoverſche Legion in Frankfurt durch Anwerbung polniſcher Emigranten zu vervollſtändigen, daß dieſes aber an der geringen Neigung der Polen, ſich hierzu benutzen zu laſſen, geſcheitert, und daß es nur gelungen iſt, 12 polniſche Freiwillige zu „liefern", wie hier geſagt iſt, die in Paris auch abgenommen worden ſind.

Ein weiterer ausführlicher Bericht eines Agenten, der in den Kreiſen der Legionäre Aufnahme gefunden hat und ihnen

vielleicht noch angehört — ich weiß es nicht sicher —, beschäftigt sich mit dem Teile der hannoverschen Legion, welcher augenblicklich in Amiens dislozieret ist. Die Mitteilungen, die ihm dort geworden sind von den Soldaten selbst, — denn unter dem Namen „soldat Hanovrien“ sind sie eingeschrieben in die Anmeldungslisten — geben die Zahl nur auf 900 bis 1000 an. Jedoch sind die Leute selbst einigermaßen außer Zusammenhang geraten und deshalb nicht sicher in ihren Angaben. Der Zusammenhang wird nur durch die Unteroffiziere und Offiziere der Legion erhalten. Der Herr Vorredner wird also daraus ersehen, daß eine von seinen Vorbedingungen, die militärische Organisation, besteht. Daß die Leute nicht bewaffnet sind, ist allein der französischen Regierung, nicht dem guten Willen der Legion und ihrer Oberen zu danken; wenn es ihnen nicht verboten wäre, Gewehre zu führen, so würden sie sie ganz gewiß haben. — — —

Ich habe für den Augenblick nur dieses thatsächliche Material liefern wollen, und behalte mir vor, nach Verlauf der Diskussion auf die juristische Darstellung vom politischen Standpunkte aus zurückzukommen.

— ———

(Nach dem Abgeordneten Waldeck:)

Wenn ich zu so später Stunde noch das Wort ergreife, so geschieht das nur in der Überzeugung, daß ich demjenigen, was die Herren Vorredner, was der Herr Regierungs-Kommissar für den Kommissionsentwurf gesagt haben, nicht viel mehr hinzuzufügen habe, namentlich nachdem der Herr Vorredner, der soeben die Tribüne verläßt, den Beweis geliefert hat, daß bezüglich der Lebensinteressen des preußischen Staates die Parteistandpunkte sich einander nähern, die Parteiunterschiede wenigstens aller preußischen Parteien sich abmindern. Der Herr Vorredner hat in der Thatsache, daß gleichzeitig mit der Publikation des Gesetzes die Publikation der Sequester-Verordnung erschien, einen Ausdruck der Reue bei der Königlichen Regierung über die Vorlage des Gesetzes erblickt. Ich will über die Worte nicht rechten, aber ich will erklären, daß die Möglichkeit dieser Reue mir bei der Vorlage dieses Gesetzes schon keineswegs ausgeschlossen schien, daß ich aber für den Fall ihres Eintritts auch auf die patriotische Mitwirkung der Gesetzgebung schon damals gerechnet habe.

Der Abschluß jenes Vertrages eben so wie die jetzige Se-

queſtrierung der damit bewilligten Mittel bilden zwei Glieder in der Kette von Friedensbeſtrebungen, welchen die Königliche Regierung ſeit dem Jahre 1866 ſich ununterbrochen hingegeben hat, und ich ſchlage darunter das zuerſt Genannte, den Abſchluß des Vertrages, noch heute nicht niedrig an. Seine Wirkung war nach drei Seiten hin berechnet, einmal nach der der ehemaligen Unterthanen des Königs Georg; mag davon heute geſagt und gedacht werden, was da will, in dieſen Akten — ich will Sie mit der Vorleſung nicht aufhalten — liegen uns die damaligen Berichte der Provinzialbehörden vor, die von einem ſolchen Ausgleiche eine weſentliche Einwirkung auf die Verbeſſerung der Stimmung, auf die Beruhigung der Gemüter hofften, und die ſich wiederholt und dringend dahin ausſprachen, die Königliche Staatsregierung möge in dieſem Sinne die Initiative ergreifen, nötigenfalls eine ſolche Abfindung durch Geſetz erſtreben, wenn ein Vertrag nicht zu erreichen wäre, da ſehr viele politiſch mit den Änderungen vollkommen ausgeſöhnte Leute doch in bezug auf perſönliche Anhänglichkeit, in bezug auf perſönliches Mitleid mit einer gefallenen Größe erſt hierin ein vollkommenes Bindemittel mit den neuen Einrichtungen finden würden. Das hat einmal die Königliche Regierung veranlaßt, der Sache näher zu treten. Der zweite Grund lag in der zweiten Richtung, in welcher ich dieſe friedliche Wirkung von dem Abſchluß des Vertrages erwartete, nämlich in der Richtung auf befreundete und verwandte Höfe; von dort aus kamen uns in der That die erſten Anregungen der Agenten des Königs Georg, mag die Verbindung von Hietzing aus abgeleugnet werden oder nicht, ſie liegt eben aktenmäßig vor in Originalbriefen der Agenten dieſer fremden Höfe. Von da geſchah die Einladung. Was dabei der Königlichen Regierung ebenſowohl wie den fremden Regierungen vorſchwebte, geht aus dem Maßſtabe hervor, der urſprünglich an die Bemeſſung der Dotation angelegt wurde. Es wurde gefragt: was braucht ein Königlicher Herzog von Cumberland, um in der Mitte des reichen engliſchen Adels mit Anſtand, ohne beſchämende Erinnerung an politiſches Unglück leben zu können? Es wurde geſagt: nach Verhältnis des Vermögens der großen engliſchen Adelsfamilien 100 bis 120,000 Pfund Sterling. Das iſt der Maßſtab geweſen, den wir zu grunde gelegt haben, und der alleinige politiſche Zweck, den wir erſtrebt haben, iſt geweſen, eine annehmbare Exiſtenz für die gefallene Dynaſtie zu finden, in der ſie der Verſuchung überhoben wäre,

die Ruhe eines großen Landes durch dynastische Bestrebungen weiterhin zu stören. Wir haben deshalb — ich wenigstens meines Teils habe auf die Berechnung der Revenüen keinen sehr hohen Wert gelegt, auf den Wert der Vermögens-Objekte, die uns heute wieder aufgezählt sind, und für die zu entschädigen nicht in unserer Absicht liegen konnte. Man konnte höchstens nebenher in Betracht ziehen: welche Reinrevenüen hat der König von Hannover zu seiner Disposition gehabt, und dem war das, was wir ihm geboten haben, ja ganz erheblich überlegen. Ich habe diesen Punkt schon im vorigen Jahre berührt und habe gesagt, es sei mir lieb, daß der König Georg durch seine Vertrags-Unterschrift mehr angenommen habe, als ihm nach Verhältnis seines früheren Einkommensgenusses zustände, weil der Gedanke eines Geschenkes von König zu König, eines freiwilligen Aktes der Liberalität unter den vorliegenden Umständen unzulässig sei. Es mußte ein zweiseitiges Geschäft sein; für dieses Mehr mußte irgend etwas gewährt sein.

Damit komme ich auf die dritte Richtung, in welcher ich den Vertrag dem Frieden förderlich gehalten habe, nämlich in bezug auf die Stellung des Königs Georg selbst. In den beiden ersten Richtungen habe ich mich nicht getäuscht. Die Wirkung zu gunsten des Friedens, die der Vertrag haben sollte, hat er gehabt; wir haben unsern guten Willen dokumentiert, und dieser gute Wille ist uns an den betreffenden Stellen auch so voll angerechnet, als ob der Vertrag fortbestände; und in dieser Beziehung habe ich über den Abschluß des Vertrages keine Reue. Die letzte Berechnung war allerdings eine durch den Erfolg nicht gerechtfertigte; es war aber auch die bei mir am wenigsten sichere. Wir waren nicht so schlecht unterrichtet, daß wir es ganz für unmöglich halten sollen, daß trotz der Zusage, trotz des Vertragsabschlusses, trotzdem daß durch diesen Vertragsabschluß der König Georg wenigstens, wie der englische Ausdruck lautete, bound in honour war, daß trotzdem dieses moralische Engagement von seiten des Königs Georg vollständig mißachtet werden könnte. Wir konnten nicht erwarten, daß der König eine volle Entsagung, eine Abdiktion expressis verbis aussprechen werde. Wir waren auch darauf von den fremden Höfen aufmerksam gemacht worden, daß er dazu nicht zu bringen sein würde, daß dies aber auch gar nicht erforderlich sei. Die befreundeten Höfe waren mit uns der Meinung, daß, wenn auch der König Georg der fernliegenden, meiner Überzeugung nach un-

möglichen Chance nicht entſagen wollte, durch fremde Waffengewalt, nach etwaiger Überwindung der Wehrkraft des Norddeutſchen Bundes, durch koalierte Mächte ſich zurückführen zu laſſen — das iſt nicht die Abſicht des Vertrages geweſen, daß der König Georg für ſolchen Fall darauf verzichten ſollte, ſeinen früheren Platz, wenn ihm das Königreich Hannover von einem fremden Eroberer angeboten würde, wieder zu übernehmen; ſolche Tragweite haben dergleichen Abkommen immer nicht, wie ich ſchon im vorigen Jahre bemerkte — wir aber berechtigt waren, das zu glauben, daß mit der Unterzeichnung dieſes Vertrages der König Georg verzichte auf eine unfruchtbare Prätendentenſchaft, auf die traurige Rolle eines Fürſten, der den Krieg fortſetzt an der Spitze von 1000 oder 1400 verführter junger Leute, die er — man kann kaum ſagen löhnt, ſondern mietet, für einen beſtimmten täglichen Preis ihren regelmäßigen Arbeiten und ihrer Zukunft entzieht. Daß dies aufhören würde, habe ich allerdings mit Gewißheit erwartet, und darin habe ich mich getäuſcht. Ich habe das gehofft und gewünſcht im Intereſſe der hannoverſchen Jugend von den unteren Ständen, welche der Verführung beſonders ausgeſetzt iſt, für Geld einer Art von Seelenverkäuferei zu verfallen und ſpäterhin in Müßiggang zu verſinken. Es iſt meines Erachtens für ein Land nicht gleichgiltig, wenn etwa 1000 bis 1500 junger, kräftiger Leute in den beſten Jahren für ein müßiggängeriſches Leben erzogen und ihrem Vaterlande entriſſen werden.

Ich habe mich nicht weiter gewundert — und dergleichen Leiſtungen ſind auch weniger erkennbar und deshalb weniger ſtrafbar — wenn die Welfiſche Partei in Beziehung auf die Preſſe und ſonſtige Agitation Verbindungen einging mit allen denjenigen Parteien, mit allen denjenigen Elementen, welche einer Konſolidation der jetzigen Zuſtände feindlich ſind. Wenn ſie mit den Mitteln, die ſie außerhalb dieſer Abfindung oder mit dieſer Abfindung hatte, alles mietete, was an Federn und Intriganten käuflich in Deutſchland war, das hätte mich nicht in Bewunderung geſetzt. Dergleichen entzieht ſich einer Kontrole und einem beſtimmten Nachweis. Die Verbindung mit allen Feinden der deutſchen Einheit, ſei es, weil ſie eine Einheit iſt und vom partikulariſtiſchen Standpunkt bekämpft wird, ſei es, weil ſie eine monarchiſche Einheit iſt und deshalb bekämpft wird, das Bündnis mit allen Gegnern des konfeſſionellen Friedens in Deutſchland — auf alle dieſe Verbindungen lege ich hier nicht das

Gewicht. Ich halte mich lediglich an die eine ſcharf ausgeprägte Thatſache: die fortgeſetzte Unterhaltung dieſer Legion zum Zwecke des Krieges gegen das eigene Vaterland im Bunde mit fremden Mächten, ſobald eine fremde Chance da ſein wird, die ſtark und günſtig genug wäre, um dieſes Element in die Wagſchale zu werfen; dabei ein Beſtreben, ununterbrochen den Frieden als zweifelhaft, als einer unmittelbaren, naheliegenden Störung ausgeſetzt darzuſtellen, und auf dieſe Weiſe das Vertrauen, deſſen große Nationen bedürfen zu ihrer Wohlfahrt, das gegenſeitige Vertrauen, deſſen Europa bedarf, nach Kräften zu ſtören, überall Agenten, Intriganten hineinzubringen, um keinen Glauben an den Frieden, keine Verbeſſerung der Zuſtände in Handel und Wandel, keine Belebung des Verkehrs und der Wohlfahrt aufkommen zu laſſen. All dieſes Treiben iſt uns bekannt; es ſpringt uns in die Augen, ohne daß es juriſtiſch nachgewieſen wird, und obgleich es in den Zeitungen ſteht, iſt es doch wahr.

Aber ich halte mich nur an das vorliegende Faktum, daß der König von Hannover fortwährend die Rolle eines kriegführenden Fürſten uns gegenüber ſpielt. Dieſes Faktum allein giebt der Staatsregierung das ganz unzweifelhafte Recht der Notwehr gegenüber einer Beſtrebung, ſie mag klein oder groß ſein; darauf, ob wir ſie fürchten, kommt es gar nicht an, ſondern es kommt nur darauf an: giebt uns der Gegner eine wirklich faßliche, gar keines weiteren Eingeſtändniſſes bedürfende rechtliche Waffe, mit der wir ſein ganzes Gewebe zerreißen, die Quellen ihm abſchneiden können, mit denen er ſein verwerfliches Gewerbe der Beſtechung und Korruption betreibt? Dieſe Handhabe, dieſe Waffe finde ich in der einfachen aber weſentlichen Thatſache der Legion; ich laſſe mich auf weiter nichts ein und brauche auch nichts als dieſen Nachweis, daß der König ſich nach wie vor als eine kriegführende Partei ſeinerſeits betrachtet und dadurch den Vertrag materiell und moraliſch bricht, dadurch ſein Eigentum nach Kriegsrecht in die Hände des Gegners liefert, dem es erreichbar iſt. Ob dieſe Gefahr klein oder groß iſt, darauf kommt es nicht an: principiis obsta. Hier iſt von juriſtiſcher Notwehr die Rede geweſen, die iſt unter Umſtänden ſo limitiert, daß ich faſt ſchon tot ſein muß, ehe ich mich wehren darf. Dahin dürfen wir es in ſtaatlichen Beziehungen, wo wir nicht für unſer eigenes Leben zu ſorgen haben, ſondern für die Wohlfahrt einer ganzen Nation — dahin dürfen wir es nicht kommen laſſen, daß wir erſt anfangen, zur Notwehr zu greifen, wenn

ſie faſt ſchon nicht mehr anwendbar iſt; ich beſchränke die Notwehr nicht auf den Begriff allein der Abwehr eines lebensgefährlichen Anfalles, ſondern auch auf die Herſtellung desjenigen Vertrauens auf den Frieden, deſſen wir zu unſerer Wohlfahrt bedürfen. Dies Vertrauen auf den Frieden würde nicht geſtärkt werden, wenn wir nicht einem ſolchen Unternehmen entgegenträten, deſſen Duldung mit der Würde einer großen Nation meines Erachtens nicht verträglich iſt, durch deſſen Duldung wir uns nur dem Verdachte ausſetzten, als hätten wir nicht den Mut, uns zu wehren, als fürchteten wir, wenn wir uns rührten, ſo würde uns ein anderer in die Hände fallen. Denn es giebt eine Feigheit, die es nicht wagt, ſich zu wehren, und auch nur die Degenſpitze wegzuſchlagen, die auf ihre Bruſt gerichtet iſt, ſondern ſich von ihr durchrennen läßt und in Starrheit — mag es Befangenheit, mag es nervöſe Lähmung ſein — nicht Hand anlegt, um die Gefahr abzuwenden, die ihr droht. Dafür zu ſorgen, daß dies nicht geſchieht, iſt die Aufgabe der Regierung. Als in der Richtung dieſer Aufgabe liegend, habe ich unſer Verfahren ſchon in der Kommiſſion gekennzeichnet. Wir wollen hier nicht zu Gericht ſitzen über den gefallenen Gegner, aber wir wollen Deutſchland vor Schaden bewahren, wir wollen dieſem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europa's ein Ende machen, gegen diejenigen, welche für perſönliche und kleinliche dynaſtiſche Intereſſen ſich berufen fühlen, das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes in Verſchwörungen mit dem Auslande zu bedrohen und aufs Spiel zu ſetzen.

Über Preußen und die Hannoverſche Politik im Jahre 1866.

Rede gehalten am 13. Februar 1869.

Die Gefühle, die den Herrn Vorredner (den Grafen zu Münſter) beſtimmen, gegen die Vorlage zu ſtimmen, die den Herrn Vorredner nur mit Widerſtreben an dieſer Debatte ſich beteiligen laſſen, begreife ich vollkommen; aber ich kann mir deshalb ſeine Rechtsdeduktionen noch nicht aneignen.

Der Vertrag vom September 1867 iſt ſeiner ganzen Form und Entſtehung nach ein Staatsvertrag. Es iſt nicht meines Amtes, meine Kontraſignatur unter Privatverträge des Königs, meines Allergnädigſten Herrn, zu ſetzen.

Mit der Unterschrift zweier Könige, gegengezeichnet von mir, als dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten dieses Landes, liegt dieser Vertrag vor, in keiner Weise in der Form eines Privatvertrages, sondern in der unbedingten Form des Staatsvertrages. Auch seiner ganzen Entstehungsweise nach konnte er nur ein Staatsvertrag sein. Wir waren Seiner Majestät dem Könige Georg nichts schuldig. Über die Frage, welches Privateigentum einem Krieg führenden Monarchen nach dem Kriege bleibt, entscheidet erst der Friedensschluß; einen anderen Richter giebt es darüber nicht. Dieser Friedensschluß war noch nicht eingetreten; es wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, und dieser von der anderen Seite gebrochen. So liegt meines Erachtens die Sache rechtlich.

Schuldig waren wir dem Könige Georg nichts; wir haben ein Beispiel der Großmut im Interesse des Friedens gegeben, wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht vorgekommen ist. Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert haben, der Königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen, auf Kosten dieser Länder mit einer Dotation versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Legionen, oder französische oder italienische Legionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella Mittel zum Kriege gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht: als ob wir hier einen ungerechten, gewaltthätigen Akt gegen einen an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten.

Die Art, wie heute die Geschichte des Jahres 1866 dargestellt wird, ist wohl geeignet, den Glauben an alle historischen Darstellungen zu erschüttern; wenn man sieht, was über eine Periode, die nur drei Jahre rückwärts liegt, mit Erfolg gelogen

wird, so wird es schwer, das zu glauben, was, durch Vermutungen und Konjekturen unterstützt, aus früheren Zeiten uns erzählt wird. Wenn man heutzutage die Darstellung des Verhaltens Preußens zu Hannover schildern hört, — und wie viel Leser nehmen sie geduldig hin — so sollte man glauben, Preußen wäre 1866 über seine Nachbarn hergefallen, wie der Wolf über eine Lämmerherde; aber wie war die Situation vor dem Kriege? Jetzt aus dem Blicke rückwärts sieht es ganz anders aus: jeder hat die Klugheit der Herren, die vom Rathause kommen; es scheint, als wenn der preußische Sieg etwas ganz natürliches gewesen wäre, was Preußen bestimmt vorausgesehen und zur Basis seiner Berechnung gemacht hätte. Das war nicht der Glaube bis zum 3. Juli 1866, am allerwenigsten am hannoverschen Hofe und in der hannoverschen Politik. Die hannoversche Regierung hat 1866 viel früher gerüstet, als die preußische; sie war die erste, die auf die erste Aufforderung Österreichs, ich glaube vom 16. März, gleichzeitig mit Sachsen zu rüsten begann, und auf unsere Frage, wozu die Rüstungen dienen sollten, während wir noch keinen Mann rührten, wurde uns die mehr scherzhafte als politische Antwort gegeben: wegen der voraussichtlich schlechten Ernte beabsichtige man das übliche Herbstmanöver im Frühjahr abzuhalten. Ungeachtet dieses Hohnes haben wir uns nicht abhalten lassen, die sorgfältigsten Verhandlungen mit dem Könige von Hannover zu führen; wir haben seine zweideutigen Rüstungen sich entwickeln sehen, ihm während derselben die volle Neutralität mit Garantie der vollen Unabhängigkeit geboten; ich danke jetzt Gott, daß unser Gegner verblendet ablehnte, es wäre ein norddeutscher Bund in der heutigen Gestalt ja kaum möglich geblieben, wenn der König von Hannover damals eingewilligt hätte, sich die völlige Unabhängigkeit durch Staatsvertrag verbürgen zu lassen, nur unter der Bedingung, daß er neutral bleibt, daß er seine Neutralität durch Verzicht auf jegliche Rüstung verbürge.

Sie können daraus entnehmen, wie wenig wir dasselbe blinde Zutrauen in unseren Sieg hatten, welches unsere Gegner damals beseelte, indem die Außerkampfsetzung einer tüchtigen Armee von 20000 Mann in unserm Rücken eines Opfers wert schien. Die Enthüllungen über jene Periode, die namentlich in italienischen Schriften gegeben sind, lassen es in hohem Grade wahrscheinlich erscheinen, daß Österreich sich zum Opfer Venetiens schon vor dem Kriege hatte bereit finden lassen, und es sich nur

um die Frage handelte, ob für dieses Opfer eine Entschädigung in Deutschland zu finden, oder in Deutschland gewährt werden müsse. Wären wir besiegt worden, was damals die ganze Welt außer uns selbst für gewiß hielt, so glaube ich nicht, daß Schlesien das einzige Opfer gewesen wäre, mit dem wir uns hätten lösen müssen, ich glaube vielmehr, daß das „Welfenreich", die Herstellung des Reiches Heinrichs des Löwen in der vollen Ausdehnung des niedersächsischen Stammes, wenigstens auf der linken Seite der Elbe, doch den damaligen hannoverschen Berechnungen nicht so ganz fremd war, wenn auch der unbedingte Glaube an den österreichischen Sieg, der selbst nach der Schlacht von Langensalza noch die Handlungen des Königs Georgs bestimmte, hauptsächlich das entscheidende Moment für die hannoversche Politik gewesen ist. Jedenfalls machten wir vor dem Kriege dem hannoverschen Hofe nicht den Eindruck siegesgewisser Eroberer. Man glaubte im Gegenteil, der Moment sei gekommen, um das Netz über unserem Kopf zusammenzuziehen; man rechnete auf die Übermacht, die der bundbrüchige Beschluß vom 14. Juni gegen uns ins Feld führen sollte; man rechnete, daß mit dem demnächst verstümmelten Preußen es möglich sein werde, diejenigen deutschen Reformen, über die im Herbste 1863 der Fürstentag in Frankfurt a. M. tagte, ins Leben zu führen, während das unverstümmelte Preußen stark genug gewesen war, um durch seine einfache Abwesenheit dieses Projekt damals zu vernichten. Sie werden mir in dieser Frage einiges Urteil zutrauen dürfen, da es keinen Mann in Preußen giebt, der länger als ich mit der deutschen Politik amtlich beschäftigt gewesen ist, und ich habe die Koalition, die uns im Jahre 1866 siegesgewiß gegenübertrat, in wechselnden Formen seit dem Jahre 1851 in Frankfurt a. M. zu bekämpfen gehabt, zuerst in dem Bedauern, daß man uns den Frieden von Olmütz bewilligt habe, daß die Schwarzenbergsche Politik nicht mit Gewalt und Entschlossenheit durchgeführt worden sei, nachher in vielfachen Versuchen, in gemäßigterer oder stärkerer Weise jene Politik wieder aufzunehmen, und schließlich im Glauben an die Überlegenheit der bewaffneten Bundesmacht im Frühjahr 1866, indem man nur die Ziffern der Bundesarmee in Berechnung zog, aber ihre Verfassung nicht so kannte, wie wir sie kannten. Wenn wir gegen unserer Feinde Erwartung der uns angedrohten Gefahr der Vernichtung entgingen und als Sieger das Recht in der Hand hatten, die Verhältnisse zu regulieren, so kann man es wohl nicht eine unge-

rechte Eroberung nennen, die wir, nachdem man uns das Schwert in die Hand gezwungen, ſchließlich machten, indem wir lediglich an unſere eigene Sicherheit für die Zukunft dachten.

Nicht die Frage, ob zwei Millionen Deutſche mehr oder weniger in einem Staatskörper vereint ſein ſollten, war die entſcheidende, ſondern allein die Frage unſerer Sicherheit. Es war der Beweis geführt, daß wir in kriegeriſchen Situationen eine ſo tüchtige Truppe, wie der hannoverſche Volksſtamm ſie liefert, nicht in unſerm Rücken belaſſen dürften. Die Pflicht der Selbſterhaltung zwang uns, die Wiederkehr ähnlicher Konſtellationen in unſerem wie im deutſchen Intereſſe zu hindern, durch die hannoverſche Politik war uns die Beſeitigung des Königreichs Hannover aufgezwungen. Es konnte das, ſobald der Krieg entſchieden, keine unerwartete Wendung für die hannoverſchen Staatsmänner ſein. Ich bin ſelbſt in der Lage geweſen, ſowohl mit den Ratgebern, die König Georg in der letzten Zeit ſeiner Regierung um ſich gehabt hatte, als auch früher wiederholt alle Eventualitäten zu beſprechen, und ich hatte jederzeit mit voller Offenheit geſagt, Hannover habe in Zeiten der Gefahr nur eine ſichere Politik, nämlich die: ſich an Preußen anzuſchließen. Unterliegt Preußen, ſo wird man Hannover nicht viel thun. Es wird dann vielmehr die klügſte Politik ſein, den Mittelſtaat zu ſtärken auf Preußens Koſten. Siegt aber Preußen, ſo giebt es keinen ſichern Schutz, als den, mit Preußen verbündet geweſen zu ſein. Das preußiſche Königshaus würde ſich an Verbündeten nicht vergreifen können, mit denen es die Verbindung vom ſiebenjährigen Kriege her ſiegreich erneuert hätte. Es war dieſe Politik ſo einfach und natürlich, daß nur leidenſchaftliche Verblendung, Herrſchſucht und die dynaſtiſche Eiferſucht auf die falſche Bahn hat lenken können.

Wenn wir uns nach dem Vertrage von Prag nach weiteren Mitteln zur Befeſtigung des Friedens umſahen, ſo ſchien uns eines derſelben darin zu liegen, dem durch Fehler und Verblendung gefallenen Fürſtenhauſe eine ſeiner Vergangenheit würdige Stellung zu ſichern, damit es ſich mit dem Worte tröſten könne, daß neues Leben aus den Ruinen blüht. Die natürliche Stellung dieſes Hauſes, aus der es durch die Verſchiedenheit des Erbfolgerechts in England und Hannover geriſſen, bot ſich in dem Reiche, an welches das Haus König Georgs durch ebenſo glorreiche Erinnerungen geknüpft war, wie die im Jahre 1866 es für uns ſind, in dem Reiche, welches durch die Vorfahren

des Königs Georg, durch Wilhelm von Oranien an der Spitze engliſcher und deutſcher, auch brandenburgiſcher Truppen, vor 200 Jahren einer verderblichen Regierung entriſſen wurde. Wir dachten uns den König Georg in dem Titel, den er noch führt, als Herzog von Kumberland, und waren überzeugt, daß er und ſeine Nachkommenſchaft ſeiner Vergangenheit und ſeiner Stellung entſprechend dotiert ſein müſſe. Dieſe Erwägung allein hat uns beſtimmt, nicht aber der Glaube an irgend ein privatrechtliches Vermögensrecht eines Kriegsfeindes, der ſeinen Frieden mit uns noch nicht geſchloſſen hat.

Es iſt jetzt ungefähr Jahresfriſt daß die Königliche Regierung ſowohl im andern Hauſe, wie dieſem gegenüber, ihren Einfluß aufgewendet hat, um dem Hauſe des Königs Georg eine reiche Abfindung zu verſchaffen. Als eine Abfindung ſehen wir es an, weil wir viel mehr gaben, als König Georg beſeſſen hatte. Die Zweifel, welche das Herrenhaus hinſichtlich der Zeitgemäßheit einer ſolchen Abfindung geltend machte, waren begründet durch die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen mit den bekannten Vorgängen in Hietzing und auf der ſilbernen Hochzeit. Dieſe Zweifel mußten auch im Sinne der Regierung von großem Gewichte ſein, wir konnten uns unmöglich berechtigt halten, einem Fürſten, der uns noch als Kriegsfeind behandelte und entſchloſſen ſchien, dieſe Rolle fortzuführen, die Mittel dazu zu gewähren. Wenn wir dennoch die Vollendung der geſetzlichen Grundlage der Abfindung nicht aufhielten, ſo geſchah es, um keinen Zweifel an dem Ernſte aufkommen zu laſſen, mit dem wir dieſe Abfindung ſicher ſtellen wollten. Wir wollten uns dem Vorwurfe nicht ausſetzen, die preußiſche Regierung hätte eine unwürdige Komödie mit dieſer Sache geſpielt und wäre vor dem geſetzlichen Abſchluſſe zurückgetreten. Bei der Lügenhaftigkeit der feindlichen Blätter wäre unſer Verhalten jedenfalls entſtellt worden. Wir legten deshalb Gewicht darauf, unſern guten Willen außer Zweifel zu ſtellen, und wir wollten zugleich eine geſetzlich geſicherte Baſis für zukünftige Verhandlungen ſchaffen, ſobald uns König Georg oder ſeine Erben Bürgſchaft für ihr Verhalten gewähren würden. Wenn uns das Vertrauen täuſchte, welches wir in fürſtliches Ehrgefühl ſetzten, das Vertrauen, daß auch die ſtillſchweigenden Bedingungen und Vorausſetzungen des Vertrages gehalten werden würden, ſo waren wir überzeugt, daß die Geſetzgebung des preußiſchen Staates bereit und im ſtande ſein werde, den Schaden, den der Bruch dieſes Ver-

trauens dem Lande zufügen könnte, in einheitlicher Beſchlußnahme der Faktoren der Geſetzgebung von dieſem Lande abzuwehren.

Daß Sie dies thun werden, und mit großer Majorität thun werden, darüber bin ich nicht zweifelhaft. Ich habe aber doch zur Erläuterung des Beſchluſſes, von dem ich überzeugt bin, daß Sie ihn faſſen werden, meine Stellung als Mitglied des Hauſes und die Stellung der Regierung mit den eben geſprochenen Worten klarer bezeichnen wollen.

Über die Agitation des Kurfürſten von Heſſen.

Rede gehalten am 30. Januar 1869.

Ich habe geſtern ſchon Gelegenheit gehabt, zu äußern, daß ich den Begriff der ſtaatlichen Notwehr nicht kann einengen laſſen in den Fall, wo ein Staat, wo ein Land thatſächlich angegriffen iſt und dieſen Angriff abzuwehren hat, ſondern daß ich ihn einbegreifen muß in das Recht, die Pflicht einer Landes-Regierung — und je größer das Land, um ſo ſchwerer die Pflicht —, dafür zu ſorgen, daß der Friede überhaupt nicht geſtört, daß verhütet werde, was den Frieden ſtören, was das Vertrauen in dieſen Frieden erſchüttern könnte. Denn ohne dieſes Vertrauen hat der Friede nicht die Bedeutung, in welcher eine große Nation ſeiner bedarf. Ein Friede, der der Befürchtung ausgeſetzt iſt, jeden Tag, jede Woche geſtört zu werden, hat nicht den Wert eines Friedens; ein Krieg iſt oft weniger ſchädlich für den allgemeinen Wohlſtand als ein ſolcher unſicherer Friede. In dieſer rein politiſchen Auffaſſung werde ich mich nicht irre machen laſſen durch juriſtiſche Deduktionen. Über juriſtiſche Zwirnsfäden wird die Königliche Regierung nicht ſtolpern in der Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu ſorgen; ſie wird dieſe ihre Aufgabe auch nicht auf das Niveau von Gemüſekörben herunterziehen laſſen, ſondern ſie in ihrer ganzen Höhe aufrecht erhalten und durchführen.

Es gab eine Zeit bei uns, wo der Friede bedroht ſchien. Wenn ich das ſage, ſo ſetze ich mich zwar wiederum der Gefahr aus, daß ein geehrter Abgeordneter hier, von dem ich wohl ſagen darf, daß er ſeit Jahren ſich in einer nicht immer ſach-

lichen Weise mit meiner Person zu schaffen macht, — daß der für mich einen Schwarzseher hält und findet, ich spräche von einer Degenspitze, die auf unsere Brust gerichtet ist, und die er nicht sieht. Es ist mein Trost, daß dieser Herr Abgeordnete seiner Zeit hunderttausende von Bajonnetten, als sie schon erkennbar in der Luft schwebten, auch nicht gesehen hat. —

Der schlaftrunkene Kämmerling des Königs Duncan sah den Dolch des Macbeth auch nicht, die Aufgabe der Regierung eines Landes ist es aber, die Augen offen zu haben und wach zu sein.

Ich sage: der Friede schien bedroht, und ich kann hinzufügen, er war vielleicht bedroht, er war bedroht aus Mißverständnissen. Die Spannung der Situation hat nachgelassen von dem Augenblicke an, wo der Ministerwechsel in den Donaufürstentümern eintrat; durch anderweite Ereignisse sind die Aufmerksamkeiten demnächst auch nach anderen Richtungen gelenkt worden, aber wir konnten vorher wahrnehmen, bis zu welchem Maße die Politik der Königlichen Regierung, die friedliebende Politik dieser Regierung bei manchen anderen Regierungen verleumdet worden war, bis zu welchem Maße die Verleumdungen Glauben gefunden hatten. Die Zeit ist mir selbst damals als eine unsichere erschienen — und sehr ängstlich bin ich in der Regel nach dieser Richtung nicht, ich bin auch nicht gewohnt, wahrheitswidrige Zeugnisse abzulegen, auch waren die Dinge offenkundig; ich kann also sagen: es war eine Gefahr der Friedensstörung hauptsächlich durch Mißverständnisse, durch Verdrehung von Thatsachen, durch unwahre Angaben über die Politik dieser Regierung geschaffen worden. Wie voll der Becher schon war, ist schwer zu beurteilen; welcher Tropfen ihn zum Überlaufen bringen konnte, ist nicht zu sagen. Aber wenn mächtige Geldmittel, wenn Koalitionen der verschiedenen Parteien, welche die Störung des Friedens wünschen, eine gewisse Bedeutung erlangen, daß dann die Regierung mit großer Aufmerksamkeit diese Symptome verfolgen muß, daß es ihre Pflicht ist, rechtzeitig das Land vor Schaden durch Störung des Friedens zu bewahren — das werden Sie mir alle zugeben. Nun konnte es der Beobachtung der Regierung nicht entgehen, daß das Auftreten der Emigration, welche sich an die Häuser Este und Brabant gekettet hat, genauen Schritt hielt mit der Steigerung der Kriegsgefahr, daß die Emigration sehr wohl unterrichtet war von Geheimnissen der Kabinette, die uns nicht immer gleichzeitig

und in dem Maße bekannt waren. In gleichem Maße wie die Kriegsgefahr steigerte sich die Agitation, steigerte sich die Sprache der kurfürstlichen Organe. Von einem anonymen Machwerk, dem bekannten Aufruf, der vielleicht dem Kurfürsten gar nicht bekannt gewesen ist, der vielleicht für hannoversches Geld mit Mißbrauch des hessischen Namens geschrieben wurde — von diesem anonymen Aufruf steigerte sie sich bald durch direktere Teilnahme des Kurfürsten; je höher die Kriegsgefahr wurde, um so schärfer trat die Beteiligung dieses Herrn selbst hervor, er sprach zuerst davon, „den Schild Hessens wieder aufzurichten"; in weiterem Stadium sprach er von „treu gebliebenen Unterthanen," in noch weiterem Stadium verstieg er sich zu direkten, noch jetzt in Kassel auszuübenden Regierungshandlungen.

Es fragt sich nun, welchen rechtlichen Anhalt haben wir, um uns gegen die notorische Schädigung und Bedrohung, gegen dies Aufhetzen fremder Regierungen und der fremden Nationen gegen uns zu wehren, uns diese Beunruhigung unseres Friedensstandes vom Halse zu halten? Der erste Herr Vorredner heute hat gefragt, wo die „Legion" sei, er hat seine „Legionen" verlangt. Wenn der König Georg militärisch gegen uns aufgetreten ist, so hat der Kurfürst das Analoge auf diplomatischem Gebiete gethan. Ich lege auf alles andere Material nicht viel Wert; wie ich gestern allein in der Legion die Handhabe zum rechtlichen Einschreiten — zum kriegsrechtlichen Einschreiten, wenn Sie wollen — suchte, so suche ich auch heute allein in der Aufforderung an fremde Regierungen, gewaltthätig den Zustand des Norddeutschen Bundes und Preußens umzustoßen und Provinzen davon loszureißen, den einzigen Akt, an den ich mich halte. — —

Kann das Ausland, wenn wir annehmen, es sei kriegslustig gewesen, wenn wir annehmen, es habe sich gefragt, welches sind wohl die Chancen eines Krieges, mußte es nicht wesentlich ermuntert werden durch die Vorspiegelung, daß bedeutende Teile der hannoverschen, der hessischen Bevölkerung einem feindlichen siegreich eindringenden Heere bereitwillig zufallen und ihm den Sieg erleichtern würden? Der Zustand der Zerrissenheit, in dem leider in Deutschland sich die Gemüter immer noch befinden, ist an sich dem Ausland bekannt genug: die Stimmung, die vor kurzem noch bei einem Mainzer den Biebericher als einen rechtlosen Ausländer betrachten ließ, dem man den Hafen zudämmen könnte, die den Frankfurter bewogen, den Bocken-

heimer als einen von allen Frankfurter Rechten auszuſchließenden Fremdling zu behandeln, iſt noch nicht ganz vergangen und wird im Auslande eher überſchätzt in ihren Wirkungen. Die heut hier bekundete Geſinnung, welche ſich dahin ausdrückt: wenn ich eine Eiſenbahn mehr bekomme, was frage ich dann nach dem ganzen Deutſchland! die iſt im Auslande auch bekannt. Bezüglich der Art, wie die Eiſenbahnen in Heſſen früher zuſtande kamen, möchte ich den Herrn Vorredner an eine Thatſache erinnern, die ich nicht erwähnen würde, wenn ſie nicht in den amtlichen Akten ſtände, die wir in Kaſſel gefunden haben. Ein Kurfürſtliches Reſkript an den damaligen Finanzminiſter ſagt: daß Se. Königliche Hoheit nunmehr ſeine Einwilligung zum Bau der Hanauer Eiſenbahn geben will, weil und nachdem dieſe Geſellſchaft, ich weiß nicht ob 200 Aktien zu 250 Gulden oder umgekehrt, unentgeltlich zur Dispoſition Seiner Königlichen Hoheit geſtellt habe.

Ich könnte dieſe Beiſpiele vermehren, Sie werden die Gründe zu würdigen wiſſen, weshalb ich darauf verzichte; es iſt nur zur Gewiſſensberuhigung des Herrn Vorredners, deſſen Motive ſo aufzutreten, wie er aufgetreten iſt, ich in keiner Weiſe verkennen will. Leider kann ſich das Ausland ſagen, daß, wenn eine Armee ſiegreich bei uns vordränge, ſie nicht überall auf denſelben feindlichen Widerſtand ſtoßen würde, wie er vielleicht bei jeder anderen geſchloſſenen europäiſchen Nation zu erwarten wäre. Die Koriolane ſind in Deutſchland nicht ſelten, es fehlt ihnen nur an „Volskern," und wenn ſie Volsker fänden, würden ſie ſich bald demaskieren; nur den letzten verſöhnenden Abſchluß Koriolans würden alle Frauen Kaſſels und Deutſchlands dann nicht imſtande ſein herbeizuführen. Es iſt ſehr zu beklagen, daß dem bei uns ſo iſt. Vergegenwärtigen Sie ſich den Eindruck, den es in Spanien wie in Rußland, in England wie in Frankreich, in Ungarn wie in Dänemark machen würde, wenn dort irgend jemand erklärte, er wolle ſeine partikulariſtiſchen Gelüſte, ſeine Familien-Intereſſen, ſeine Partei-Intereſſen mit ausländiſcher Hülfe durchführen, er ſetze ſeine ganze Hoffnung darauf, und arbeite dahin, daß die Fluren ſeines Vaterlandes zertreten würden von ſiegreichen ausländiſchen Kriegsheeren, daß ſeine eigene Heimat in dieſelbe Unterjochung verfalle, wie wir ſie am Anfang dieſes Jahrhunderts in Deutſchland erlebt haben, was kümmern ihn die rauchenden Trümmer ſeines Vaterlandes, wenn er nur auf ihnen ſteht! — Nehmen Sie an, daß in allen

Ländern bis in das kleine Dänemark hinein eine Partei, eine Klique die Frechheit hätte, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen, solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung; sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein.

Überall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glacéhandschuhen anfassen kann. Dieser Thatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben. Damit ist nicht gesagt, daß wir eine halbe Million geheimer Fonds brauchen können; ich hätte keine Verwendung dafür und möchte die Verantwortung für solche Summen nicht übernehmen. Es werden sich andere Verwendungen finden, die Ihre nachträgliche Genehmigung und Zustimmung finden werden. Auf dem hessischen Hofvermögen haften, wie man sagt, Verpflichtungen dem Lande gegenüber, Baupflichten, die übernommen worden sind. Es wird eine Ehrenpflicht der Regierung sein, wenn sie in dem Besitz der Fonds ist, solche Schulden zu tilgen, aber machen Sie uns aus dem bedauerlichen Zwange, daß wir Gelder auch zu andern Zwecken verwenden müssen, keinen Vorwurf; probieren Sie selbst erst, ob Sie Pech anfassen können, ohne sich zu besudeln!

Über die Agitationen in der Presse und der Friede.

Rede gehalten am 13. Februar 1869.

In der Kommission ist von mehreren Seiten geltend gemacht worden, daß das Verfahren gegen Se. Königliche Hoheit den Kurfürsten im Vergleich mit dem gegen den König Georg ein besonders strenges wäre, indem weniger Beschwerdepunkte gegen den Kurfürsten vorlägen. Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Ich würde sie teilen, wenn es sich um eine Konfiskation des Vermögens handelte. Es handelt sich aber nur um eine Maßregel, deren Folgen jederzeit beseitigt werden können, wenn Se. Königliche Hoheit der Kurfürst solche Bürgschaften giebt,

welche die gesetzgebende Gewalt in Preußen davon überzeugen, daß eine Wiederholung des bisher Erlebten nicht zu befürchten steht. Mir scheint, daß im Gegenteil der Fall des Kurfürsten von Hessen noch einfacher liegt, als der des Königs von Hannover; beide Herren haben sich von den geschlossenen Verträgen losgesagt, der König Georg durch Handlungen, der Kurfürst von Hessen durch ausdrückliche Erklärungen, die schriftlich vorliegen, die amtlich durch meine Vermittlung an Se. Majestät den König gerichtet sind, durch das bekannte an alle europäische Regierungen gerichtete Manifest.

Ich darf dieses als bekannt voraussetzen, obschon ich mich nicht erinnere, daß es in den Kommissionsberichten des Hauses gedruckt gewesen wäre, es ist dazu zu lang. Es enthält die heftigste und beleidigendste Kritik der Politik der Preußischen Regierung und schließt mit der Aufforderung der europäischen Mächte, an die es gerichtet ist, durch thatkräftigen Beistand den Kurfürsten wieder in seine Länder einzusetzen, also die Provinz Hessen vom Preußischen Staate wieder loszureißen.

Ich sehe dieses Manifest als eine unmittelbare Beteiligung des Kurfürsten an den bedauerlichen Agitationen einer Presse an, deren Thätigkeit darauf gerichtet ist, den europäischen Frieden und besonders den Frieden Deutschlands zu stören. Ich würde mich nicht berechtigt glauben, gegen Preßthätigkeit auf diesem Wege einzuschreiten, wenn nicht der Kurfürst durch seine Lossagung von dem Vertrage die gesetzliche Handhabe dazu geboten hätte. Diese Handhabe nicht zu benutzen, würde eine schwere Vernachlässigung der Interessen des Landes involvieren. Ungefährlich sind diese Agitationen in keiner Weise; Sie kennen dieselben aus den Blättern, die Sie lesen, und Sie können sich daraus ein Bild davon machen, wie dergleichen Entstellungen der Thatsachen in denjenigen Ländern, wo man sie zu kontrolieren nicht so gut in der Lage ist, wie bei uns, in Ländern, wo man die Lüge über hiesige Verhältnisse nicht gleich an der Stirn zu erkennen vermag, daß dort die Eindrücke stärker sind als bei uns.

Es ist an sich ein verbrecherisches Beginnen, zwei große Nationen in der Mitte der europäischen Zivilisation, die beiderseits den ernsten Willen hegen, mit einander in Frieden zu leben, die keine wesentlichen Interessen haben, welche sie trennen könnten, in den Krieg hinein treiben zu wollen und sich zu diesem Zwecke mit einem großen Aufwande von Geldmitteln der gedruckten Lüge zu bedienen.

Ich brauche nicht in allgemeinen Anſchuldigungen zu bleiben; keinem von Ihnen werden die Manöver entgangen ſein, die darauf gerichtet ſind, durch die Preſſe in Frankreich, bei einer im Punkte der Ehre und Tapferkeit lebhaft empfindlichen Nation, den Eindruck zu verbreiten, als wolle Deutſchland ſeine durch ſeine Einigkeit gewonnene Erſtarkung zu einem Angriffskriege gegen Frankreich oder in irgend einer feindlichen Richtung benutzen. Dieſe Lüge begegnet Ihnen alle Tage in franzöſiſchen Blättern; ich brauche Sie nur auf die Sammlung falſcher Nachrichten aus den letzten Tagen aufmerkſam zu machen, die in beiden Ländern künſtlich verbreitet werden und bei denen man nicht begreift, ob man mehr über die Frechheit der Erfindung oder über die Einfalt und Leichtgläubigkeit der Leſer und den großen Kreis erſtaunen ſoll, der ſolche abſurde Nachrichten ernſthaft nimmt; aber es zeigt das eben, wie wenig man mit den wirklichen Verhältniſſen bekannt iſt; Sie haben die Fabeln geleſen von einem „Familien-Konſeil", der in Preußen zur Beratung über kriegeriſche Eventualitäten gehalten worden ſei, eine Art Konſeil, welche bei uns das Staatsrecht und das königliche Hausrecht nicht kennt, — von militäriſchen Konſeils, von der Raſierung des Glacis in Mainz, weil an der Promenade einige Sträucher verpflanzt werden, — ferner von einer Aufforderung, die die Königliche Regierung an die ſüddeutſchen Staaten gerichtet haben ſoll, ſich in Kriegsbereitſchaft zu ſetzen bis zum 1. April, indem Öſterreich und Frankreich dasſelbe thäten, und ich weiß nicht, was für Umtriebe, die wieder in Rumänien ſtattgefunden haben ſollen; das iſt aber nur eine Fortſetzung des Verleumdungsſyſtems, nach dem dieſe Nation ſich gegen die Ruhe von ganz Europa hartnäckig verſchworen haben ſoll.

Alle dieſe Nachrichten würden an und für ſich unbedeutend ſein; ſie ſtehen gewöhnlich zuerſt in leicht zugänglichen Winkelblättern, gewinnen aber dann eine ganz andere Bedeutung durch die Mitwirkung der Telegraphie. Wenn z. B. in der „Bayriſchen Landes-Zeitung" ſteht, Preußen habe Süddeutſchland zur Kriegsbereitſchaft aufgefordert, ſo lacht in Deutſchland ein jeder darüber; wenn dies aber als eine Nachricht von ungewöhnlicher Wichtigkeit von befliſſenen Leuten, die dazu beſonders angeſtellt ſind, ſofort in alle Welt telegraphiert wird, ſo gewinnt durch das Telegraphieren die erfundene Nachricht eine Bedeutung, die ſie an und für ſich nicht gehabt hat.

Wir haben uns gegen die Autorität des Gedruckten erſt

allmählig abstumpfen können, und das ist namentlich seit 1866 gelungen; bis dahin hatte für einen großen Teil der Bevölkerung alles Gedruckte seine besondere Bedeutung; jeder, der auf dem Lande nur das Amtsblatt las, von der Bibel und dem Gesangbuche nicht zu reden, hielt das Gedruckte für wahr, weil es gedruckt war, ungeachtet des üblichen Sprichworts: er lügt wie gedruckt; es wird vielleicht auch dahin kommen, zu sagen: er lügt wie telegraphiert, denn gegen den Mißbrauch, der mit diesem Beförderungsmittel getrieben wird, sind bisher die wenigsten Leute noch auf der Hut; sie denken nicht an den Reichtum von Geldmitteln, der es jemandem möglich macht, zum Telegraphieren aller in drei bis vier Sprachen übersetzten Tendenzlügen in verschiedenen Weltstädten Lektoren zu bezahlen, die nur damit beschäftigt sind, Zeitungen durchzulesen und zu sehen, ob sich eine Alarmnachricht findet; findet er keine, so hat er sie zu machen, und telegraphiert sie nun als aufregendes Symptom an verschiedene ausländische Blätter.

So wird die öffentliche Meinung in Frankreich bearbeitet; umgekehrt wird sie bei uns in Deutschland dahin aufgeregt, als ob wir alle Tage einen Angriff Frankreichs auf Deutschland zu gewärtigen hätten. Es liegt im wohlverstandenen Interesse beider Nationen, daß diesen verlogenen Intriguen nach Möglichkeit ein Ende gemacht und daß die Geldmittel dazu abgeschnitten werden.

Die Königliche Regierung hat seit Jahr und Tag ihre volle Thätigkeit auf die Zerstreuung falscher Kriegsgerüchte verwendet: sie hat in diesem Augenblick die Überzeugung, daß die europäischen Regierungen von friedlichen Intentionen beseelt sind, und sie hat das Bedürfnis, daß das Publikum endlich zu demselben Glauben und zum Vertrauen auf friedliche Zustände gelange. Schon im Interesse der nationalen Würde sind die Quellen abzuschneiden, aus denen deutsche Blätter besoldet werden, die in schamloser Öffentlichkeit eine starke und kriegstüchtige, aber ebenfalls friedliebende Nation, wie die Franzosen, zum Kriege gegen Deutschland auffordern und offen die Hoffnung aussprechen, das Vaterland, Deutschland, werde in diesem Kriege unterliegen. Mir sind in der Presse Vorwürfe gemacht worden, daß ich solchen Erscheinungen gegenüber die diplomatische Ruhe, die meine Stellung erfordert, nicht zu bewahren vermöchte; ich muß nun aber sagen: wer über solche Niederträchtigkeit nicht in Zorn

gerät, hat ein anders organisiertes Nationalgefühl, als mir eigen ist.

Über die Redefreiheit der Landtagsmitglieder und die Bundespolitik.

Rede gehalten am 16. März 1869.

Ich habe seit drei Jahren so selten das Glück, mich mit dem Herrn Vorredner in Übereinstimmung zu befinden, daß ich den Augenblick, wo dies der Fall ist, nicht vorübergehen lassen kann, ohne mir die Genugthuung zu geben, es zu konstatieren.

Ich finde in dem Antrage nichts neues, was nicht im vorigen Jahre schon vorgelegen hätte. Ich habe mich damals darüber ausgesprochen; ich habe meinen damaligen Äußerungen auch kaum etwas hinzuzufügen; meine Auffassungen haben sich seitdem nicht geändert.

Wohl aber hat sich die Sachlage einigermaßen geändert. Ich habe damals zugesagt, meinen Einfluß in Preußen zu verwenden, um die Ansicht der Herren Antragsteller zum Durchbruch zu bringen. Daß ich dies nicht ohne Erfolg gethan habe, zeigt Ihnen die Stellung, welche das königlich preußische Staatsministerium im Abgeordnetenhause, welche ich selbst dazu im Herrenhause eingenommen habe. Ich habe in einer Sitzung des Herrenhauses die Annahme der geraden Gegenteils von dem, was ich früher von der Stelle (auf die Bänke des Hauses deutend) empfohlen hatte, von dieser Stelle, wo jetzt mein Platz ist, empfohlen mit der Erklärung, daß ich meine Überzeugung nicht geändert hätte, daß ich aber glaubte — wie der Herr Antragsteller das in seiner ersten Äußerung dargethan hat — in dergleichen Dingen, die ich praktisch von keinem hohen Wert hielte, dem Frieden ein Opfer bringen zu müssen. Ich glaube damit dokumentiert zu haben, daß die Stellung der preußischen Regierung zur Sache wesentlich diejenige geworden ist, die die Herren Antragsteller erstrebt haben, und daß mein Einfluß in dieser Beziehung nicht ohne Erfolg geübt worden ist. Daß er nicht hinreicht, eine politische Körperschaft, die gleichberechtigt mit der andern ist, zu einer Beistimmung zu vermögen, das bedauere ich. Daß ich darin irgend welchen etwa in Händen der Regierung liegenden Zwang üben sollte — einmal würde er unfruchtbar

ſein, und dann würde man mir dasjenige entgegenhalten, was ich früher ſelbſt gegen die Sache geſagt habe, und dann würde man erklären, daß nicht jeder Mann dieſelbe Aufgabe hat, perſönliche Überzeugungen dem Frieden des Allgemeinen zu opfern, wie gerade ein ſolcher, der eben Miniſter iſt. Wohl aber hat ſich die Sache zum Vorteil der Auffaſſung der Antragſteller dahin geändert, daß die preußiſche Regierung — die jetzige wenigſtens — in der moraliſchen Unmöglichkeit iſt, irgend eine Verfolgung praktiſch zuzugeben. Es iſt alſo in keiner Weiſe periculum in mora.

Meine Stellung zur Sache hat ſich auch inſofern einigermaßen modifiziert, als ich der Meinung der Gegner neue gute Seiten noch habe abgewinnen können, die es mir erleichtern, die Gründe gegen die Sache, die mir auf die Zunge treten wollen, zurückzudrängen. Der Herr Antragſteller that heute Äußerungen, die mich ſchließen ließen, daß gewiſſe Illuſionen, die ich für geſchwunden hielt, doch noch nicht ganz in der öffentlichen Meinung geſchwunden ſind, nämlich die, daß irgend ein Grad von Mut dazu gehöre, einem Miniſter Unannehmlichkeiten zu ſagen.

Es iſt eine eigentümliche Erſcheinung, daß im deutſchen Volke, welches ſonſt keine Vorliebe für eine ſchroffe Mißachtung der Form der Höflichkeit gerade hat, doch von je her jede Gelegenheit, bei der jemand ſie einem hochgeſtellten Beamten gegenüber mit rechter Gefliſſentlichkeit und Verachtung aller Formen außer Acht ſetzt, einen gewiſſen Anſtrich von Popularität erwirbt. Ich kann mir das nicht anders erklären, als daß, da im deutſchen Volke der Mut anerkannt eine populäre Eigenſchaft iſt, — man kann noch immer die Zuſtände, die uns Intriguenſtücke und Romane voriger Jahrhunderte ſchildern, wo es in Burgverließe führte, wenn man ſich über Miniſter und deren Verwandte mißliebig äußerte, nicht für ganz ausgerottet halten und ſagen, — daß für tapfere Herzen noch immer eine gewiſſe Verſuchung entſteht, ihren Mut dadurch zu dokumentieren, daß ſie einem Miniſter Dinge ſagen, die ſie einem andern nicht ſagen würden, weil ſie dazu zu höflich ſind. Dieſe Manie mit Stumpf und Stiel ausgerottet zu ſehen, würde ich für einen Vorteil halten, der erreicht iſt, ſobald geſetzlich feſtſteht, daß man einen Miniſter beleidigen kann, wie man will, man bleibt ſtraflos. Ob es nützlich iſt, den auf der Breſche der Verteidigung der Landesintereſſen ſtehenden Perſönlichkeiten ihrerſeits das gleiche Privi-

legium zu geben, daß auch die Äußerungen der Miniſter ſtraflos ſein ſollen, die ſie etwa in der Erregung den Angriffen gegenüber thun, — ich weiß nicht, ob die Herren Antragſteller dieſer Frage näher getreten ſind; aus dem Tenor des Antrages habe ich dies nicht erſehen können.

Sie werden mir ſagen, Sie wollen den Antrag dahin vielleicht gern vervollſtändigen, wenn die Miniſter damit einverſtanden ſind, ſich der Disziplin des Hauſes, ausgeübt durch den Präſidenten, zu unterwerfen. Nun, meine Herren, die Miniſter haben auch ihren Präſidenten, und deſſen Aufgabe iſt es, die Disziplin der Diskuſſion zu üben, und das wird weſentlich erleichtert werden, indem es mir kaum erinnerlich iſt, daß ein Bedürfnis, von dieſer Disziplin Gebrauch zu machen, durch Überſchreitung des Maßes der Redefreiheit, welches den Miniſtern faktiſch aber nicht rechtlich bewilligt worden iſt, vorgelegen hat. Aber alle dieſe Sachen ſage ich nicht, und ſelbſt bitte ich Sie, wenn mir unwillkürlich eine gewiſſe Bitterkeit bei manchen Erinnerungen auf die Zunge kommt, das nicht ſo auszulegen, als wollte ich nicht ehrlich das Meine thun, um die Sache zu beſeitigen, wie ich es denn bisher gethan habe.

Aber ich halte mich wohl berechtigt, im Bundesrate, da wo es ſich um die nationalen Zwecke des Bundes handelt, unter Umſtänden das volle Gewicht der preußiſchen Stimme mit denjenigen, die wir damit vereinigen können, in die Wagſchale zu werfen, um mich an die Bedeutung, an die Zahl der diſſentierenden Regierungen nicht zu kehren, wo es ſich um große nationale Intereſſen handelt.

Im Übrigen habe ich mir in der Bundespolitik, ſo lange ich die Ehre habe, auf ſie einen Einfluß zu üben, als unverbrüchlichen Grundſatz denjenigen geſtellt, und mich wohl dabei befunden, daß es nicht ratſam iſt, die Autonomie der einzelnen Regierungen auch nur um eines Haares Breite weiter zu beſchränken und zu bekämpfen, als es notwendig iſt zur Erfüllung der großen nationalen Zwecke, welche dem Bunde obliegen.

Das Bedenken, welches mich abhält, Ihrem heutigen vorausſichtlichen Votum von ſeiten der Regierungsbank zuzuſtimmen, liegt nicht einmal in der Gefahr einer Erdrückung der Thätigkeit eines verfaſſungsmäßig beſtehenden Körpers in Preußen. Ich würde es auf mich nehmen, mit dem preußiſchen Herrenhauſe es abzumachen, daß ich daſſelbe der Verlegenheit über-

hebe, ſich weiter mit der Sache zu befaſſen, einer Verlegenheit, die ich als Miniſter habe überwinden können, die viele von den Herren aber nicht überwinden, die nämlich, mit ihrer früheren Überzeugung in Widerſpruch zu treten. Das Herrenhaus dieſer Verlegenheit zu überheben, würde ich nicht zurückſchrecken, und ich würde glauben, das der Mehrzahl meiner Kollegen in jenem Hauſe gegenüber vertreten zu können, nicht bloß als Miniſter, ſondern auch als Mitglied jenes Hauſes.

Was mich davon abhält, iſt die Rückſicht, welche ich kurz vorher charakteriſierte, von welcher ich mich nur dann entbunden halten werde (dann aber auch gern bereit ſein werde, auf Ihre Wünſche einzugehen), wenn aus dem Bundesrate im Namen der beteiligten Regierungen eine Anregung dazu käme, welche unabhängig von dem Gewichte, welches Preußen durch die Zahl ſeiner Vertreter in die Wagſchale werfen kann, ein erhebliches Gewicht innerhalb der Bundesgenoſſen darſtellen würde. Aber darauf auch nur eine Preſſion zu üben, welche das Gefühl der Würde unſerer verbündeten Regierungen innerlich auch nur tangieren könnte, dazu halte ich dieſen Gegenſtand in ſeiner jetzigen unſchädlichen Lage nicht wichtig genug.

Über die Bundespolitik und die verbündeten Regierungen.

Rede gehalten am 16. März 1869.

Ich würde nicht nochmals das Wort ergreifen, wenn ich nicht den Eindruck hätte, als ob ich von dem Herrn Vorredner — mit dem mich dauernd in Einklang zu befinden und nicht bloß in einzelnen Momenten, mein aufrichtiger Wunſch iſt — in meinem Hauptargument mißverſtanden worden wäre; in meinem Hauptargument gegen die Sache oder vielmehr für die Stellung, die ich dazu nehme in der Rückſicht, die ich auf den Bundesrat nehme. Daß der Bundesrat der Sache beiſtimmen kann, unterliegt gar keinem Zweifel; daß, wenn Preußen dafür ſtimmte, es ſogar wahrſcheinlich iſt, daß wir eine Majorität dafür gewinnen, habe ich auch nicht beſtritten. Ich habe nur die Opportunität der Benutzung dieſes Stimmenübergewichts in dieſem Augenblick in Zweifel geſtellt, ich habe angedeutet, daß es mit meiner Auffaſſung der Bundespolitik — und nur nach die-

ſer kann ich und werde ich handeln — nicht übereinſtimmt, von der Möglichkeit, in dieſem Falle eine Majorität zu erringen, Gebrauch zu machen. Wenn wir die Bundespolitik ſo auffaſſen, daß wir im Bundesrat eben einfach abſtimmen, zuſammenzählen und wo zweiundzwanzig Stimmen ſind, ſagen: der hat Recht, wo einundzwanzig ſind, der hat Unrecht (und Preußen würde zu ſeinen ſiebzehn Stimmen bald ein paar dazu gewinnen) — ja, meine Herren, dann wäre das Geſchäft für mich ein ſehr einfaches und viel angenehmeres. Aber ſo behandeln wir die Sachen nicht. Jede Regierung hat das Gefühl, daß die Möglichkeit der Abſtimmung im Hintergrunde ſteht, und richtet das Maß ihres Widerſtandes danach ein.

Nun liegt aber zwiſchen freien, ſouveränen, verbündeten Regierungen die Sache anders, als zwiſchen einzelnen Mitgliedern eines Abgeordnetenhauſes; man braucht die Waffe der Majorität mit mehr Schonung, und ich glaube, man thut im Intereſſe der Bundespolitik wohl, dieſe Schonung anzuwenden. Wir ſuchen die Regierungen, die mit uns nicht gleicher Meinung ſind, zunächſt zu überzeugen, und ſuchen ihre Übereinſtimmung zu gewinnen, namentlich ſo lange eine Anzahl wichtiger Regierungen widerſpricht, verhandeln wir mit ihnen, machen Kompromiſſe und Konzeſſionen, ſo lange wir glauben ſie machen zu können; erſt wenn wir glauben, das nicht mehr zu können, ſagen wir, dann muß die Sache zur Abſtimmung kommen und es kommt unter Umſtänden auch vor, daß recht ſtarke Minoritäten überſtimmt werden und daß Preußen vollen Gebrauch von den ſiebzehn Stimmen, die ihm unter den 43 Stimmen zu Gebote ſtehen, macht, ohne ſich an die entgegenſtehenden Anſichten, die zu überzeugen nicht möglich war, zu kehren. Daß dies aber unter allen Umſtänden geſchieht, ohne eine Auswahl zwiſchen den Sachen, um die es ſich handelt, halte ich für die Befeſtigung des Bundes nicht nützlich, ich halte es vielmehr für ein Prinzip, das eine Erweiterung des Bundes abſolut a limine ausſchließt.

Ich bin überzeugt, der Herr Abgeordnete würde, wenn er mit dieſen Dingen ſo nahe und ſo verantwortlich zu thun hätte wie ich, gerade ſo verfahren, er würde nicht immer die Geſchäftsordnung aufſchlagen und ſagen: ſtimmen wir ab, Worte ſind genug gewechſelt; ſondern lange mühſame Verhandlungen gehen in den Ausſchüſſen vorher, ſelbſt in Sachen, die ſo ſchwer wiegen, daß ich gar kein Bedenken trage, die eigene Meinung

durch eine Majoritätsabstimmung durchzudrücken, weil ich überzeugt bin, daß die großen nationalen Zwecke des Bundes, auf die ich vorhin anspielte, die Sicherheit und Entwicklung Deutschlands, davon abhängen, und erst schließlich appellieren wir an die Stimmenzahl. Aber das in dieser Frage zu thun, zu entscheiden, ob dies gerade in den ursprünglich ins Auge gefaßten Aufgaben des Bundes läge, ob es innerhalb einer richtigen Bundespolitik wäre, darüber können sehr verschiedene Meinungen sein. Ich wiederhole, ich bin fest entschlossen, nur nach meiner Ansicht zu handeln und nicht nach anderen, selbst nicht nach der Majorität, sobald ich das Gefühl habe, daß dadurch die Festigkeit und die freudige Entwicklung, die der Norddeutsche Bund bisher genommen hat, gestört oder auch nur einigermaßen gehemmt werden würde, da werden Sie mich, ich hoffe, immer höflich und ohne Bedürfnis des vorher von mir berührten Amendements, aber doch ganz unerschütterlich in meinen Überzeugungen finden, und ich wiederhole: so wie mir diese Sache aus dem Bundesrate gebracht wird, sowie diejenige Regierung, deren Autonomie ich glaube in dieser Sache schonen zu müssen, selbst erklärt, wir wollen sie geschont wissen, sobald auch nur im Bundesrate die Kompetenzfrage ganz zweifellos entschieden ist — ich glaube, daß die Kompetenz sich nachweisen läßt, aber ich werde mich sehr wohl hüten, solche Kompetenzstreitigkeiten in diesem Stadium im Schoße des Bundesrats anzuregen, wenn nicht ganz dringende Gründe dazu sind, die, wie ich wiederhole, hier nicht vorliegen; so dringlich ist die Gefahr nicht, die der Art. 84 über die preußischen Abgeordneten verhängt, daß ich darum den Bund in seiner tiefsten prinzipiellen Grundlage durch Anregung der Kompetenzfrage, durch die Frage: kann mit einfacher Majorität hier entschieden werden oder ist dazu die größere Anzahl erforderlich, die eine Verfassungsänderung des Bundes bedingt? durch die Frage, kann die einfache Majorität darüber entscheiden, ob ein solcher Fall vorliegt, ob hier der Bund kompetent ist? eine Frage, an der der alte Bund zu grunde gegangen ist, und an der jeden Tag die Möglichkeit lag, ihn aufzulösen — diese Frage in diesem Augenblick über diesen Gegenstand im Bundesrat anzubringen, dazu werden Sie mich unter keinen Umständen bringen.

(Gegen den Abg. Dr. Löwe:)

Nicht um den Herrn Vorredner prinzipiell zu bekämpfen, nehme ich das Wort, ſondern nur deshalb, weil ich einige meiner Gedanken in der Art, wie er ſie behufs ſeiner rhetoriſchen Benutzung darſtellte, doch nicht ganz genau wiedererkennen konnte als diejenigen, die ich hier ausgeſprochen habe. Wenn ich nicht irre, ſo ſagte der Herr Vorredner, ich hätte die Bereitwilligkeit ausgeſprochen, Preußen majoriſieren zu laſſen. So weit ging ich nicht, obſchon das ja auch im Laufe der Diplomatie kommen kann, daß man die Rolle einmal vorübergehend acceptiert; ich habe nur den Entſchluß ausgeſprochen, von dem Rechte, zu majoriſieren, ſouveränen Regierungen gegenüber einen ſehr vorſichtigen und ſchonenden Gebrauch zu machen, und in dieſer Form halte ich den Gedanken aufrecht.

Wenn der Herr Vorredner in dem Bedürfnis eines rhetoriſchen Eindrucks ſo weit gegangen iſt, die Möglichkeit in Ausſicht zu ſtellen, als ob eine momentane, zufällige Übereinſtimmung mit einem der geachteſten Vertreter einer der Entwicklung des Bundes in ihrer Geſamtheit widerſtrebenden Partei ſo gedeutet werden könnte, als wollte ich nun, mit dieſer Partei Arm in Arm, mein Jahrhundert in die Schranken fordern, ſo, glaube ich, iſt es ihm da doch eben nur um den rhetoriſchen Eindruck zu thun geweſen; er befürchtet dieſe Möglichkeit gewiß ſelbſt nicht.

(Nach dem Abg. Tweſten.)

Der Herr Vorredner hat geſagt, daß ich ſelbſt die Beſeitigung dieſes Geſetzes als ein dringendes Intereſſe anerkannte. Ich will nicht die Frage ſtellen, ob ich gerade dieſe Worte gebraucht habe, aber jedenfalls würde ich um ganz leichter Dinge willen mich nicht in den Widerſpruch mit meinen eigenen und ſtarken früheren Äußerungen ſetzen, den ich vorher hier ſelbſt angedeutet habe. Alſo laſſen Sie es immerhin ein dringendes Intereſſe ſein, ſo kann ich Sie verſichern, daß es für mich als Bundeskanzler doch noch dringendere giebt, und unter dieſen Intereſſen die Auswahl zu treffen, welches das dringendere iſt und welches nicht, ſo lange ich Bundeskanzler bin, müſſen Sie mir überlaſſen, in dieſem Amte nach meiner Überzeugung zu handeln. Sie haben bisher vielfache Beweiſe davon gegeben, daß Sie ſelbſt mit meiner Leitung der Geſchäfte nach menſchlichen An-

forderungen zufrieden gewesen sind; sobald Sie mich aber durch Majoritätsabstimmungen dieses Hauses darüber binden wollen, wie ich mich im Saale des Bundesrats zu benehmen habe, dann kommt es nur noch in Frage, ob Sie mit sich selbst zufrieden sind, aber nicht, ob Sie noch mit mir zufrieden sind, denn dann habe ich keinen freien Willen mehr. Es ist keine leichte Aufgabe gewesen, in diesen zwei ersten Jahren der Konsolidierung des Bundes diejenige Einigkeit der Bundesregierungen nicht nur zu erhalten, sondern auch die freudige Beteiligung der größeren, stärkeren und mehrfach der Versuchung zu einer andern Politik ausgesetzten Regierungen in dem Maße zu wecken und zu erhalten.

Wenn Sie mir daran einiges Verdienst zuschreiben, wenn Sie dieses als eine im großen nationalen Interesse nützliche Errungenschaft betrachten, dann, meine Herren, meistern Sie mich nicht in meiner Politik innerhalb des Bundesrates. Sie werden mich darin in einer Weise eigensinnig finden, die nicht zu einem verträglichen Ende führen wird. Kann ich nicht mehr nach meiner Überzeugung handeln, wollen Sie mir hier, wie der Hof-Kriegsrat, Vorschriften geben, wie ich meine Stellung zu den Regierungen im Bundesrat auffassen muß, dann machen Sie meine Stellung zu einer unmöglichen, womit ich nicht sagen will, daß ich sie deshalb niederlegen würde, sondern eben Ihnen nur erklären will, daß ich in der Unmöglichkeit bin, Ihren Rat zu befolgen, weil er gegen meine eigene Überzeugung von der Richtigkeit der Politik, die ich mir vorgesetzt, die ich bisher befolgt habe, die Sie bisher gebilligt, sein würde. Es liegt nicht in Ihrem Interesse, mich durch Ihre Beschlüsse zu vinkulieren. Wozu nötigen Sie mich, nachdem ich mich im vorigen Jahre ausgesprochen habe, dieselben Gründe hier nochmals wieder vorzutragen? Ich habe das kaum erwartet und bin meinesteils nicht gesonnen, in dieser Weise die Politik den Bundesregierungen gegenüber zu betreiben, mit denen wir bisher — und ich glaube, Dank meinen Bemühungen und der von mir gewählten Politik — in Frieden und guten Verhältnissen gelebt.

Über verantwortliche Bundes-Miniſterien und die Befeſtigung der Bundeseinrichtungen.

Rede gehalten am 16. April 1869.

Der Herr Vorredner und mehrere vor ihm haben eine Anzahl von Übelſtänden geſchildert, welche unſerem jetzigen politiſchen Leben ankleben, und welche ja von andern, als von den Rednern, auch wohl noch empfunden werden; nur den Zuſammenhang ſehe ich nicht, wie alle dieſe Übelſtände, unter welche auch die Stockung der Geſetzgebung zuletzt noch gerechnet wurde, dadurch beſeitigt werden ſollen, daß man dem vielfachen Räderwerk, welches unſere Maſchine bewegt, noch ein fünftes Rad am Wagen hinzufügt, in Geſtalt eines verantwortlichen kollegialiſchen Bundes-Miniſteriums, mit welchem der Kanzler über jeden Schritt, den er thut, ſich zu einigen hätte.

Ich habe, als ich dieſen Antrag zuerſt geleſen, einige Schwierigkeiten empfunden, mir ein Bild von ſeiner Tragweite zu machen. Der erſte Eindruck, den ich davon halte, war der eines ganz entſchiedenen Mißtrauensvotums gegen ſämtliche Organe des Norddeutſchen Bundes — mit alleiniger Ausnahme des Reichstages; wenn ich die Unterſchriften aber las, ſo war es mir bei manchem Namen doch ſchwer, zu glauben, daß dieſes Mißtrauen, ſei es mir gegenüber, ſei es dem Präſidium, ſei es dem Bundesrat gegenüber, alle die Herren Unterzeichner beſeelt haben ſollte. Ich fand viele darunter, mit denen ich mir bewußt geweſen bin, in voller Übereinſtimmung an dem Werke der Verfaſſung gearbeitet zu haben, viele, deren Vertrauen nicht nur perſönlich, ſondern auch als Träger einer bundesverfaſſungsmäßigen Inſtitution, des Bundeskanzler-Amtes, zu beſitzen ich mir ſchmeichelte. Auf der anderen Seite wiederum konnte ich mir doch nicht denken, daß ein Antrag, der in vier Zeilen, ohne alle Motive, ſo weſentliche und tief greifende Veränderungen des Bundes erſtrebte, aus etwas anderem hervorgegangen ſein könnte, als aus einem ſtarken Gefühle der Unzufriedenheit mit dem, was beſteht, dem Gefühle der Unzufriedenheit mit den bisherigen Leiſtungen, welche die vor zwei Jahren vereinbarten Inſtitutionen geſchaffen haben, namentlich aus dem Gefühle der Unzufriedenheit auch mit der Thätigkeit des Bundeskanzlers, weil ich ſonſt wohl hätte vorausſetzen dürfen, daß unter den 102 Unterzeichnern ſich doch viel-

leicht einer gefunden hätte, der mich der Ehre wert gehalten, meine Ansicht in der Sache zu erforschen, da es sich um die teilweise Vernichtung eines Werkes handelte, an dessen Herstellung ich mit so vielen dieser Herren gemeinschaftlich gearbeitet hatte, und da ich von den Herren glaubte, mich ihres persönlichen Vertrauens erfreuen zu dürfen. Der Text des Antrages, der ja für so einleuchtend gehalten worden ist, für ein so natürliches Ergebnis der allgemeinen Stimmung, daß ihm eine Motivierung gar nicht beigefügt worden ist — der Text des Antrages brachte mich doch immer wieder auf das Gefühl des Mißtrauens, der Unzufriedenheit, welches die Antragsteller beseelte, zurück, und auch selbst die heutigen Vertrauensvoten, die ich von der Tribüne gehört habe, haben mich kalt gelassen, da ich sie mit der Tendenz des Antrages nicht zu vereinbaren vermag. Aus dem Antrage tönt immer das kurze und energische Votum (welches ich als ein Vertrauensvotum doch nicht charakterisieren konnte) eines unserer Mitarbeiter, des damaligen Abgeordneten für Hagen, hervor: Fort mit diesem Ministerium! Fort mit diesem Kanzler! — nicht mit mir als Fleisch und Bein, ich will es so nicht auffassen, aber als Institution. Diese Tendenz des Antrages vermag keine Versicherung, die mir gegeben werden könnte, wegzuwaschen.

Ich war zweifelhaft, wie weit die politische Bedeutung des Antrages sich erstrecken sollte; ich hätte deshalb gern gesehen, wenn die Herren Antragsteller die Mühe, diesen Antrag in ein Gesetz zu formulieren, nicht dem Bundeskanzler überlassen, sondern selbst die Verfassungsänderungen gekennzeichnet und gesagt hätten: wir beantragen, daß die Verfassung dahin abgeändert werde, daß Artikel so und so künftig so und so laute, daß der Artikel, welcher die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers bestimmt, aufgehoben werde. Eine solche Formulierung würde von Hause aus einen klareren Einblick in die Tendenz des Antrages gewährt haben, und es würde dann, wenn auch vielleicht eine Minderzahl von Unterschriften auf diese Weise erreicht worden wäre, dem Antrage an sich das Verdienst der Klarheit doch nicht abzusprechen sein. Ich habe ausdrücklich gewartet, bis die Herren Antragsteller und einige andere Herren gesprochen hatten, um mir darüber klar zu werden, bis wie weit die politische Tendenz geht. Es ist dies auch nach den Rednern, die wir heute gehört haben, außerordentlich schwierig zu erkennen, und selbst wenn das Publikum die Reden der Herren Antragsteller, die heute gesprochen haben, liest, so glaube ich, daß selbst Kenner

der Bundesverfassung nicht mit voller Sicherheit sagen können, was die Herren wollen, und wie weit sie gehen. Der erste Redner, der Abg. Twesten, hat die Wichtigkeit des Antrages äußerlich, im Vergleich mit seinem Nachredner, dem Grafen Münster, erheblich abzuschwächen gesucht, ich glaube aber doch, daß sie in ihrer Auffassung auf dasselbe hinauskommen. Der Abg. Twesten hat die Unerträglichkeit des jetzigen Zustandes in besonders starken Farben geschildert, und deshalb meine ich, daß er den Charakter des Mißtrauensvotums gegen den gegenwärtigen Zustand durchaus aufrecht erhalten hat. Er sprach von einem Chaos, in dem wir lebten, von chaotischen Zuständen, deren üble Folgen, wie er anzunehmen schien, mit Mühe niedergehalten würden durch eine Diktatur, in der wir lebten. Der glückliche Träger dieser Diktatur scheine ich zu sein. Ich habe mich über den Vorwurf, der darin liegen könnte, schon etwas beruhigt durch eine Äußerung des Herrn v. Unruh, der mir empfahl, die Parlamente, welche der Diktatur nicht folgten, nicht als solche zu beurteilen, die nicht mit mir denselben Zwecken folgten. Ich bin weit entfernt davon, ich gebe das zurück: beurteilen Sie den Bundeskanzler, der nicht mit Ihnen einverstanden ist, nicht als das Gegenteil wollend von dem, was Sie wollen, sondern er will es nur auf einem andern Wege, und wenn ich aufhören wollte, gegen Ihren Widerspruch in irgend einer Weise ernstlich zu reagieren, so müßten Sie daraus schließen, daß er mir gleichgültig wäre, und ich glaube, Sie sollten es günstig aufnehmen, wenn er das niemals ist. Zur Beseitigung dieses Chaos, zur Abschaffung der Diktatur, hat auch der Abg. Twesten, so sehr er den Stachel des Antrages zu verhüllen suchte, kein anderes Mittel, als verantwortliche Ministerien. Verantwortlich bloß für dasjenige, wofür der Bundeskanzler bisher verantwortlich ist: für die Handlungen des Präsidiums. Das würde schwerlich ausreichen. Der Abg. von Blankenburg hat schon auseinandergesetzt, daß es sich doch wohl um die Verantwortlichkeit für die Geschäfte des Bundesrates handelt, indem sonst eine nur schmale Basis für die Stellung des verantwortlichen Bundes-Ministeriums übrig bleibt; ein weiteres Gebiet, auf dem diese Verantwortlichkeit geübt werden kann, wäre nur durch Einschränkung des Gebietes des Bundesrates herzustellen. Bisher wird die Stelle solcher Bundes-Minister nicht, wie man fälschlich gewöhnlich annimmt, vom Bundeskanzler versehen, sondern von den Ausschüssen des Bundesrates. Unser Finanz-Minister ist der Finanz-

Ausschuß des Bundesrats; nach Anleitung dieses Ausschusses übt der Bundesrat die Kontrolle über die finanzielle Gebahrung und übt sie, wie ich glaube, mit voller Sicherheit. Wenn der Antrag in seiner Fassung glauben lassen könnte, daß geordnete Zustände der Verwaltung jetzt nicht bestehen (es heißt in dem Antrage: „den Bundeskanzler aufzufordern, eine geordnete Aufsicht und Verwaltung auf gesetzlichem Wege herbeizuführen"), so möchte ich die Herren einladen, sich durch Revision aller Kassen, Bücher, Bureaus davon zu überzeugen, und Sie würden die Gewißheit erlangen, daß Sie in dem geordnetsten Zustande von der Welt leben, in einem Zustande, nicht bloß kontrolliert durch die preußische Ober-Rechenkammer, sondern kontrolliert durch die Vertreter sämtlicher 21 Regierungen, die außer Preußen den Bund bilden, und durch sehr wohl beratene Vertreter. In gleicher Weise wird die kriegsministerielle Thätigkeit durch den Militärausschuß des Bundesrats geübt, an dessen Spitze sich der preußische Kriegs-Minister befindet, und der seine bundeskriegsministeriellen Verfügungen, abgesehen von den preußischen, nicht in der Eigenschaft des Kriegsministers, sondern in der Eigenschaft des Vorsitzenden dieses Ausschusses zeichnet und an die Bundesgenossen abgehen läßt. So haben wir unsern Rechnungsausschuß, unsern Handelsausschuß. Alle diese Organe, die dadurch hergestellt worden sind, daß den Regierungen eine ihrer Souveränetät und ihren vertragsmäßigen Rechten entsprechende Stellung und Mitwirkung im Bundesrate angewiesen ist, würden nach diesem Antrage bei seiner Durchführung überflüssig werden, eben so überflüssig würde das ganze Bundeskanzler-Amt werden, was einem kollegialischen Ministerium doch nicht untergeben gedacht werden könnte; ich entnehme aus dem Antrage, Sie wollen dasselbe in seine einzelnen Bestandteile zerlegen und diese einzelnen Bureaus zu mit dem Kanzler gleichberechtigten Ministerien machen.

Ich komme auf diese Frage und meine Stellung dazu nachher; einstweilen möchte ich doch nur gegen das allgemeine Mißtrauensvotum, welches im Antrage liegt, die Bundesregierungen in Schutz nehmen, nicht bloß vom vertragsmäßigen Standpunkte, obwohl auch der geltend gemacht zu werden verdient, indem die Bundesverfassung in ihrer ersten Basis auf Staatsverträgen beruht, von deren Geist man geglaubt hat, daß sie durchdrungen sein würde. Nun ist zwar dieser Antrag (und selbst wenn er noch weiter ginge) ein formell verfassungsmäßiger, das bestreite ich ihm nicht; es würde auch ein formal verfas-

ſungsmäßiger Antrag ſein, wenn beiſpielsweiſe im amerikaniſchen Kongreß der Antrag geſtellt würde, den Senat abzuſchaffen, die einzelnen Staaten in ihrer Stellung zur Union zu beſchränken und den Präſidenten zum erblichen Monarchen zu erklären; es würde auch ein verfaſſungsmäßiger Antrag ſein, wenn im preußiſchen Landtage der umgekehrte Antrag auf verfaſſungsmäßige Abſchaffung der erblichen Monarchie, Änderung der Verfaſſung nach dieſer Richtung, geſtellt würde; nichtsdeſtoweniger würden beide Anträge in den Verſammlungen, in denen ſie geſtellt würden, ein gewiſſes Befremden der Beteiligten erregen, und man würde ſie mit der Verfaſſung wohl ſchwerlich verträglich finden. Ich will dieſen Antrag nicht auf gleiche Linie ſtellen; er geht nicht ſo weit, ich führe nur die Analogie an, wieweit man auf dieſem verfaſſungsmäßigen Wege kommen kann, vielleicht ja auch kommt, denn alles iſt proviſoriſch in der Welt. Die Frage drängt ſich mir nur auf, wodurch haben die Bundesregierungen dieſes Todesurteil für ihre berechtigte, vertragsmäßige Mitwirkung im Bunde verdient? Haben ſie etwa ihre Stellung partikulariſtiſch gemißbraucht? Haben ſie ſich der Mitwirkung entzogen? Haben ſie einen unberechtigten Widerſpruch hartnäckig geübt? — Haben ſie nicht im Gegenteil ſich mit voller Hingebung, mit patriotiſcher Hingebung an dem gemeinſamen Werke beteiligt? Sollen ſie dafür geſtraft werden, indem man ihnen die Berechtigung, die ſie zwei Jahre hindurch zum Vorteil des Bundes und alle Anerkennung verdienend geübt haben, nunmehr ſchmälert und entzieht? — Meine Herren, dazu verlangen Sie nicht, daß ich, als Bundeskanzler, jemals die Hand biete! Sie ſind gewiß eiferſüchtig auf Ihre verfaſſungsmäßigen Rechte, und ein ähnlicher Antrag auf Schmälerung der Rechte des Reichstages, wie ſie hier in bezug auf die Rechte des Bundesrates beabſichtigt wird, würde einen Sturm der Entrüſtung erregen, gegen die die ſchüchterne Abwehr der Mitglieder des Bundesrates gar keinen Vergleich aushalten würde. Seien Sie gegen die Rechte anderer, die mit Ihnen zu wirken berufen ſind, ebenſo gewiſſenhaft; gegen die Rechte des Bundesrats, gegen die Rechte des Präſidiums und ſeines Kanzlers! Das allgemeine Mißtrauen, welches dieſen Antrag durchweht, beſchränkt ſich nicht auf Norddeutſchland, es iſt mit einer ganz ſcharfen Spitze gegen die ſüddeutſchen Regierungen gerichtet; es bedeutet nach Süddeutſchland hin ſo viel, als wenn man ſagen wollte: auf Euch rechnen wir ſowieſo nicht mehr, wir ſchließen unſer norddeutſches Staats-

weſen ab, ohne weiter auf Euren Beitritt zu warten. Denn es kann doch niemandem entgehen, wie entgegengeſetzt die Strömungen im Süden und im Norden fließen: der Süden iſt vermöge ſeiner Stellung in der früheren Reichsverfaſſung durch und durch partikulariſtiſch und konſervativ, wir ſind ihm nicht nur zu liberal, wir ſind ihm zu national, alſo im Ganzen zu nationalliberal.

Unterſuchen Sie die Eigentümlichkeiten der Süddeutſchen: als Baier, als Württemberger, als Schwabe, als Bajuvare, als Franke will er ſich konſervieren, das ſteht an der Spitze aller ſüddeutſchen Kundgebungen. Der Norddeutſche Bund iſt ihm ſchon viel zu eng geeinigt; einem viel lockereren Verbande, der die berechtigten und unberechtigten Eigentümlichkeiten in ſehr viel höherem Maße ſchonte, würde er ſich vielleicht entſchließen können, näher zu treten. Das wiſſen Sie alle — und ſchlagen ihnen nun die Thür vor der Naſe zu. Der Antrag iſt eine zweifelloſe Vertiefung des Mains als Grenze, das iſt gar keine Frage: mit der Annahme dieſes Antrages wäre an den Beitritt der ſüddeutſchen Regierungen nicht mehr zu denken. Daß wir auf eine ſelbſtthätige Vermittelung und Beteiligung des ſüddeutſchen Volkes rechnen, — ja, meine Herren, dazu gehören Deutſche ſo, wie man 1848 ſie ſich an die Wand gemalt dachte, wenn man der liberalen Partei angehörte; aber nicht ſo, wie ſie wirklich ſind. Der Süddeutſche macht keine Volksbewegung und übt keinen nationalen Druck auf ſeine eigene Regierung, auf ſeine eigene Dynaſtie — mit der Gefahr von Haut und Knochen, er könnte dabei zu Schaden kommen.

Wenn er da ſteht, wo das Geſetz ihn hinſtellt, dann iſt er gleichgültig gegen die Gefahr, dann ſchlägt er ſich als braver Soldat; muß er ſich aber ſagen, daß er ſich die Knochen auf eigene perſönliche Verantwortung zerſchießen läßt, da beſinnt ſich der Deutſche ſehr lange, ehe er das thut.

Meine Herren! Nach meinem Gefühle ſchärfen Sie dieſen Gegenſatz der Strömungen in Süddeutſchland und Norddeutſchland. In Süddeutſchland iſt der Einheitsdrang ſo ſchwach, daß die Leute, die offen um die Hilfe des Auslandes buhlen, um dasjenige an Einheit, was wir erworben haben, wieder zu zerſchlagen, — daß diejenigen Leute, die den augenblicklichen Zug des Friedens, der durch die Welt geht, höchlich bedauern, weil dadurch der Moment hinausgeſchoben wird, fremde ſiegreiche Bajonette mit dem Blut ihrer norddeutſchen Brüder gefärbt zu

ſehen, — daß dieſe Leute nicht etwa mit der ſittlichen Entrüſtung ihrer Landsleute bedroht, nicht als Landesverräther offen gekennzeichnet und gebrandmarkt werden, ſondern daß man ſich um ihre Unterſtützung bei den Wahlen bewirbt, daß man mit ihnen kapituliert, daß ſie geachtet neben ihren Mitbürgern figurieren. Den Norddeutſchen geht die unifizierende Thätigkeit des Bundes zu langſam; was man in Süddeutſchland als übertriebene Beſchleunigung, als Raſchmacherarbeit betrachtet, heißt hier Stagnation. Und dieſen Gegenſatz zu vermitteln, Süddeutſchland nicht aus den Augen zu verlieren, den Gang Norddeutſchlands zu beſchleunigen, dabei aber Fühlung zu behalten mit ſämtlichen Bundesfürſten, mit dem Bundesrat, mit dem Bundespräſidium und vor allem mit dieſem Reichstag: — das iſt die Aufgabe, die Sie dem Bundeskanzler ſtellen, er möge ſie im Wege der Geſetzgebung löſen. Um ihm nun dieſe Aufgabe zu erleichtern, — wenn Sie ihn zum wirklichen Diktator ernennten, ſo könnte man an einen ſolchen erhebliche Anſprüche ſtellen, aber um ihm die Aufgabe zu erleichtern, wollen Sie ihm Hände und Füße binden und ihn durch ein Kollegium an das Gängelband nehmen laſſen. Es ſoll eine ſtarke, gewandte, freibewegliche Regierung ſein, aber ſie ſoll bei allem, was ſie thut, von vier oder fünf mit ihm gleichberechtigten Kollegen, durch deren Ernennung Sie alle Schäden der Welt geheilt glauben, die Zuſtimmung einholen. Meine Herren, wer einmal Miniſter geweſen iſt und an der Spitze eines Miniſteriums geſtanden hat, und gezwungen geweſen iſt, auf eigene Verantwortung Entſchließungen zu finden, ſchreckt zuletzt vor dieſer Verantwortung nicht mehr zurück, aber er ſchreckt zurück vor der Notwendigkeit, ſieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das Richtige iſt. Das iſt eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren. Alle Mitglieder eines Miniſteriums haben ihre ehrliche feſte Überzeugung, und je ehrlicher und tüchtiger ſie in ihrer Thätigkeit ſind, um ſo ſchwerer werden ſie ſich fügen. Jeder iſt umgeben von einer Reihe ſtreitbarer Räte, die auch ihre Überzeugung haben, und ein Miniſter-Präſident muß, wenn er Zeit dazu hat — und ich würde mich dem auch nicht entziehen —, den einzelnen Rat, der in einer Sache das Ohr ſeines Chefs hat, zu überzeugen verſuchen. Einen Menſchen zu überzeugen, iſt an und für ſich ſehr ſchwierig, man überredet manchen, man gewinnt ihn, vielleicht durch den äußerſten Aufwand derjenigen perſönlichen Liebenswürdigkeit, die man etwa beſitzen mag, und man

hat dieſe Anſtrengungen ſiebenmal oder öfter zu wiederholen. Ich halte an und für ſich — und darin unterſcheide ich mich von denen, die bisher heut ſprachen, und ich bin feſt überzeugt, aus meiner eigenen Erfahrung für mein Urteil einſtehen zu können — eine kollegialiſche Miniſterverfaſſung für einen ſtaatsrechtlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat ſobald als möglich loszukommen ſuchen ſollte, und ich bin ſoweit entfernt, die Hand dazu zu bieten, daß dieſe fehlerhafte Einrichtung auf den Bund übertragen werde, daß ich vielmehr glaube, Preußen würde einen immenſen Fortſchritt machen, wenn es den Bundesſatz acceptierte und nur einen einzigen verantwortlichen Miniſter hätte.

Worin beſteht denn die Verantwortlichkeit, meine Herren? Es iſt hier geſagt worden, ſie ſolle geſchaffen werden durch Kollegien; ich ſage, ſie verſchwindet mit Einführung des Kollegiums, ſie iſt vorhanden für den Einzelnen, der muß mit ſeiner Perſon für etwaige Mißgriffe einſtehen; aber als Mitglied des Kollegiums ſagt er: wie können Sie wiſſen, ob ich nicht überſtimmt bin und — er braucht nicht einmal überſtimmt zu ſein — ob die Schwierigkeiten, die Friktionen, die ich auf meinem Wege gefunden habe, nicht unüberwindlich waren, ob nicht Geſetze ſieben Jahre lang deshalb in Rückſtand geblieben ſind, weil ſieben ehrliche Leute ſich nicht darüber haben verſtändigen können, wie der Text lauten ſoll. Es entſteht in jedem Kollegium, wenn eine Sache zu Ende kommen ſoll, mitunter gewiſſermaßen die Notwendigkeit, zuletzt Kopf oder Schrift darüber zu ſpielen, wie es ſein ſoll, ſo notwendig iſt eine Entſcheidung, ſo notwendig iſt es, daß einer da iſt — es braucht gar nicht der Klügſte zu ſein — der ſchließlich ſagt, ſo ſoll es ſein, und damit hat der Streit ein Ende, damit es zu etwas kommt; je tüchtiger die einzelnen Charaktere ſind, um ſo ſchwieriger iſt natürlich die Einigung unter ihnen. Zwei harte Steine mahlen ſchlecht, das iſt ein bekanntes Sprüchwort, aber acht harte Steine noch viel ſchwerer.

Ich glaube, der ganze Antrag hat bei vielen ſeiner Unterzeichner ſeinen Urſprung in dem Mißverſtändniſſe von der Stellung des Bundeskanzlers überhaupt.

Die Herren nehmen den Bundeskanzler für einen Bundesminiſter. Der Bundeskanzler iſt nur Präſidialbeamter; ich glaube, es iſt Art. 17 oder 18, wo ſeine Befugniſſe und Berechtigungen definiert ſind; er hat die Verantwortung für alle Handlungen

des Präsidiums. Seine Mitwirkung bei der Legislative ist, wie schon früher bemerkt und durch staatsrechtliche Zeugnisse belegt worden ist, gleich Null. In der Legislative wirke ich nur als preußischer Bevollmächtigter zum Bundesrate mit und führe dort die preußischen Stimmen; das könnte aber ebensogut in der Hand eines andern liegen, als in der Hand des Bundeskanzlers; es wäre das vielleicht zweckmäßiger, um die Stellung des Bundeskanzlers reiner abzugrenzen. Die preußischen Stimmen werden unter Verantwortung des preußischen Ministeriums abgegeben. Die Instruktion des preußischen Bevollmächtigten wird beschlossen in dem preußischen Ministerium, ebenso wie die des sächsischen Bevollmächtigten im sächsischen Ministerium; letztere geht aus von Sr. Majestät dem Könige von Sachsen, und die meinige in letzter Instanz nicht von dem Präsidium des Bundes, sondern von Sr. Majestät dem Könige von Preußen. Die schmale Basis der Verantwortlichkeit für die Handlungen des Präsidiums soll ich, wenn ich mir den Antrag im Sinne des Herrn Twesten, im unschuldigeren und geschäftlicheren Sinne, wobei der Bundesrat das seinige behielte, auslege, — die soll ich teilen mit so und so vielen Ministern und zwar zunächst aus dem Grunde — den ich vollkommen anerkenne: daß ich nicht alles verstehe, was unter meiner Verantwortung vorgeht. Meine Herren, kommen wir nicht alle mehr oder weniger in diese Lage, namentlich die Herren Abgeordneten, müssen Sie sich nicht über den ganzen Bereich aller Ministerien und der ganzen preußischen Verwaltung ein Urteil bilden, welches gewöhnlich mit einer größeren Schnelligkeit und Sicherheit abzugeben ist, als dasjenige eines Ministeriums? Sind Sie nicht bei dem Budget, bei der sorgfältigen Revision und Erwägung des Gewerbegesetzes, bei der Prüfung aller Ausgaben und Gesetze genötigt, eigentlich alles wissen?

Nun, meine Herren, ich will gar nicht darauf Rücksicht nehmen, daß ich seit sieben Jahren an der Spitze einer großen Staatsverwaltung stehe, und daß ich da allerdings manches aus der Übung lernte, was ich früher nicht wußte, und daß ich da jedenfalls gezwungen bin, ein Urteil über alle Vorkommnisse jedes einzelnen Ressorts mir zu bilden — sondern ich will nur darauf Bezug nehmen, daß ich den Vorzug habe, seit 22 Jahren Mitglied aller preußischen Landesvertretungen gewesen zu sein und darin nach Maßgabe meiner natürlichen Fähigkeiten und Anlagen so viel gelernt habe, wie Abgeordnete im allgemeinen

lernen, wenn sie über alle Dinge ein Urteil mit verantwortlicher Sicherheit abgeben. Dieses und dann die Wahrnehmung muß ich hervorheben, daß auch meine preußischen Kollegen, wie das schon der Abgeordnete von Blankenburg bemerkt hat, außer stande sind, alles zu beurteilen, was in ihren engeren Ressorts, wo ja die Verantwortlichkeit viel schärfer gedacht ist, vorgeht. Wie kann von dem Finanzminister verlangt werden, daß er Forstmann sei, daß er Domänen und Landwirtschaft unter sich verwalte (das könnte man weit eher von dem landwirtschaftlichen Minister verlangen); wie soll der Handelsminister alle technischen Details seiner riesenhaften Verwaltung so genau kennen, daß er die Richtigkeit jedes Urteils und jeder Handlung, die unter seiner Verantwortung vorgeht, verbürgen könnte? Da hilft nichts als Vertrauen auf diejenigen Personen, die das einzelne verstehen und für deren Handlungen und deren Anstellung der Minister verantwortlich bleibt. Ich glaube kaum, daß es überhaupt einen Minister in größeren Staaten giebt, der imstande ist, die Hälfte, ein Viertel von dem zu lesen, was er zu unterschreiben gesetzlich genötigt ist, ich würde den für einen beneidenswert geschäftslosen Kollegen halten, der ein Viertel von dem lesen könnte, was er zu unterschreiben hat. Erleichtern würden Sie mir das Geschäft durch ein Kollegium nicht, und Sie haben in mir keinen Bundeskanzler, der einen Kollegen acceptiert. Ich stütze mich auf mein verfassungsmäßiges Recht. Wie das Bundeskanzler-Amt ausgestattet ist, so habe ich es übernommen, — ein Kollege würde an demselben Tage, wo er es wird, mein Nachfolger werden müssen. Ich hoffe, Sie thun mir die Ehre an zu glauben, daß ich ebenso sehr nach Konsolidation der deutschen Verhältnisse strebe, wie Sie, ich habe Gelegenheit gehabt, seit langen Jahren zu bethätigen, daß mein Streben nach dieser Richtung hin aufrichtig und ehrlich ist. Es kann sein, daß Sie die deutsche Bewegung in der Art, wie sie zu behandeln ist, richtiger und sachverständiger beurteilen als ich, ich kann aber nur nach meinem eigenen Urteil gehen, und das beruht auf der Überzeugung, daß dieser Antrag für die Entwicklung der deutschen Bewegung ein nachteiliger ist, daß ich schon, wenn er mit großer Majorität Annahme findet, das Gefühl des Mißtrauens, der Rechtsunsicherheit bedauern würde, welches sich dadurch unter den verfassungsmäßig berechtigten Faktoren in Deutschland verbreiten würde, und daß es mir am allerliebsten gewesen wäre, er wäre gar nicht gestellt worden

und ich wäre nicht in die unbehagliche Notwendigkeit verſetzt worden, mich darüber zu äußern, und ihm in einer Weiſe entgegenzutreten, die vielleicht meine Stellung bei Leuten, welche die Dinge weniger kennen wie wir alle, in ein falſches Licht ſetzte, als wäre ich irgend ein Partikulariſt, und als wollte ich den Bund zu irgend welchen Nebenzwecken, als allein zu denen der vollſten, breiteſten Entwicklung deutſcher Wohlfahrt und Macht benutzen.

Iſt denn überhaupt der Unitarismus die nützlichſte und beſte politiſche Geſtaltung? Iſt er es namentlich für Deutſchland? Iſt er hiſtoriſch in Deutſchland? Daß er es nicht iſt, beweiſen ja gerade die partikulariſtiſchen Bildungen, die ſich in Deutſchland nach allen Richtungen hin — nicht blos räumlich — durchſetzen. Sie haben nicht bloß einen Dorfpatriotismus und einen Stadtpatriotismus, von einer Ausbildung, wie ihn Romanen und Slaven gar nicht kennen, Sie haben einen Fraktionspatriotismus, Sie haben einen Reſſortpatriotismus, der alles außerhalb des eigenen Reſſorts als Ausland betrachtet, dem man jeden Schaden zufügen kann, wenn nur das eigene Reſſort Vorteil dabei hat, der natürlich nicht in den höchſten Spitzen der Miniſterien vertreten iſt, denn die Miniſter ſind Staatsminiſter, aber ein Poſtbeamter, der nicht auf der Höhe ſteht, von wo ihm ein ſtaatliches Urteil geziemt, der wird alles andere wie Feindes Land betrachten, was nicht poſtaliſchen Intereſſen dient, und er wird jeden Gewinn, auch ſelbſt mit Schaden für die anderen Departements, mit gutem Gewiſſen nach Haus tragen. So etwas iſt nur dem deutſchen Charakter möglich. Das hat auch dahin geführt, daß der Deutſche ſich nur in einem kleineren Gebiete vollſtändig behaglich fühlt, und daß man wohl thut, ihm von ſeinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als abſolut zum Zuſammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich iſt. Dieſer Partikularismus iſt die Baſis der Schwäche, aber auch nach einer Richtung hin die Baſis der Blüte Deutſchlands. Die kleinen Centren haben ein Gemeingut von Bildung und Wohlſtand in allen Teilen Deutſchlands verbreitet, wie man es in centraliſtiſch organiſierten großen Ländern ſchwer findet. Die muß man bereiſt haben, civiliſierte und uncivilisierte, um zu erkennen, wie dort die Provinzen gegen das allgemeine Centrum um Jahrhunderte im Rückſtand bleiben. Die Fehler des Partikularismus, die Schwäche nach außen, die Zerriſſenheit im Innern, die Hemmſtricke für die Entwicklung

von Handel und Verkehr, die hat der Bund im Prinzip vollständig durchschnitten, und sie vollständig zu beseitigen, ist seine Aufgabe. Lassen Sie ihm Zeit dazu! Er ist noch jung, er wird es zu stande bringen und wir werden dabei einträchtig zusammenwirken zu einem positiven und von der ganzen Nation, wenn es erreicht wird, dankend anerkannten Ziele. Betrachten Sie die Staatenbildungen, welche eine große Entwicklung im im Vergleich mit ihren physischen Kräften erreicht haben, ohne daß die innere Freiheit darunter gelitten hätte, — und ich denke, auf diese legen Sie einen Wert — so werden Sie finden, daß diese Bildungen vorzugsweise auf dem germanischen Boden der Geschichte wachsen, und daß sie mehr oder weniger, ich will nicht sagen föderalistischer, aber doch decentralisierender Natur sind. Ich führe Ihnen als erstes schlagendes Beispiel England an, wo der Partikularismus sich nur im Schatten des Dorfes und der Grafschaft in einer Weise verbirgt, daß er für die geographischen Linien der Karte nicht erkennbar wird. Aber England ist ein decentralisiertes Land, das in dieser Beziehung nachzuahmen wir in Preußen bestrebt sind.

Sehen Sie die große, reiche und mächtige Erscheinung der Nordamerikanischen Freistaaten, ob man dort den Einheitsstaat als das Palladium der Freiheit, als die Basis gesunder Ausbildung betrachtet! Sehen Sie die Schweiz mit ihrer Kantonalverfassung! Sehen Sie ein Gebilde, welches, wenn ich mich nicht täusche, am meisten Analogie mit dem unserigen hat, die alte Verfassung der vereinigten Niederlande, der Generalstaaten, wo die Selbständigkeit der Provinzen in sehr hohem Grade gewahrt war! Ich kenne sie nicht so genau, um zu wissen, ob der dortige Kanzler oder Großpensionär verantwortliche Minister neben sich hatte, oder ob ihm nur der Bundesfeldherr und Statthalter aus dem Hause Oranien mit dem Kriegsstaate zur Seite stand. Ich glaube, es wird hier jedem, der sich dafür interessiert, und der mehr Zeit hat als ich, lehrreich sein, diesen Vergleich weiter durchzuführen und die bewundernswerten politischen Leistungen, die uns die Geschichte von der Republik der vereinigten Niederlande erzählt, zusammenzuhalten mit dem hohen Grade persönlicher Freiheit, der unter dem Schutze dieses Regime gedieh. Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat und ist ohne einen — wenigstens am Geiste der Verfassung sich versündigenden Bruch kaum durchzuführen, und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerecht-

fertigt erſcheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie lange ſie nachbluten, das weiß kein Menſch und kann keiner kontrollieren; es wird dann vielleicht auch dem Bundeskanzler überlaſſen ſein, im Wege der Geſetzgebung ſolche Schäden wieder aufzubeſſern. Ich glaube, man ſoll ſich in den germaniſchen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinſam ſein? wie weit kann der große Mund des Gemeinweſens hineinbeißen in den Apfel? — ſondern man muß ſich fragen: was muß abſolut gemeinſam ſein? und dasjenige, was nicht gemeinſam zu ſein braucht, das ſoll man der ſpeziellen Entwicklung überlaſſen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt. Ich erinnere an die Zeit, ſie iſt nicht lange her, wo — es ſollte mich verwundern, wenn nicht Vertreter dieſer Richtung in dieſem Saale ſäßen — als Baſis einer einheitlichen und freiheitlichen Geſtaltung Deutſchlands die Zerlegung Preußens in kleinere Beſtandteile betrachtet wurde. Ich ſehe ein Kopfſchütteln, was ich auf einen Mangel an Studium der älteren Zeitgeſchichte zurückführe. Ich erinnere aber nur an die Beſtrebungen, denen wir augenblicklich in Preußen huldigen. Wir ſuchen zu dezentraliſieren, wir ſuchen provinzielle und lokale Selbſtändigkeiten zu ſchaffen: warum ſollten wir denn hier im Bunde gerade das Gegenteil davon thun? hier, wo wir, ich will nicht ſagen provinzielle, aber lokale Selbſtändigkeiten haben, und Selbſtändigkeiten, die Deutſchland zu großem Nutzen geworden ſind. Wir haben von Sachſen beiſpielsweiſe Vieles lernen können für unſere Verwaltung; wir haben ähnliche Erfahrungen in Hannover gemacht, und ich freue mich dabei über einen Fortſchritt in Preußen, über den, daß der Fluch der „hohen Meinung, womit der Menſch ſich ſelbſt betrügt", bei unſerer näheren Bekanntſchaft mit der Verwaltung der kleineren Staaten allmählig von uns abgenommen wird, und ich hoffe, wir werden ihn mit der Zeit ganz verlieren. Aber das ſind Vorteile, die eben aus dem ſelbſtändigen Leben der kleinen Staaten hervorgehen, und uns umſoweniger berechtigen, dieſen ſelbſtändig gewachſenen Staatsweſen den ihnen verfaſſungsmäßig zugeſicherten Einfluß auf die Allgemeinheit gegen das Recht und gegen unſer Intereſſe zu verkümmern. Ich gebe gern zu, daß die Bundesverfaſſung eine ſehr unvollkommene iſt; ſie iſt nicht bloß in der Eile zuſtande gekommen, ſondern ſie iſt auch unter Verhältniſſen zuſtande gekommen, in denen der Baugrund ein ſehr ſchwieriger war

wegen der Unebenheiten des Terrains, aber der doch absolut benutzt werden mußte. Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch können wir, meine Herren, die Zukunft machen; und das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns nicht einbilden, wir könnten den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt, aber doch wird mir gewiß Keiner zumuten, Geschichte zu machen, das, meine Herren, könnte ich selbst in Gemeinschaft mit Ihnen nicht, eine Gemeinschaft, in der wir doch so stark sind, daß wir einer Welt in Waffen trotzen können, aber die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte deshalb Ihnen doch mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen.

Daß gerade die Frucht, die Sie heut erstreben, Ihnen jemals reif in den Schooß falle, glaube ich nicht; denn die Geschäfte des Landes würden schlechter gehen, wie ich glaube, sobald Sie ein Kollegium an die Stelle der einheitlichen Spitze setzen.

Sie haben vorhin auf den Mißstand aufmerksam gemacht, daß preußische Minister die Gesetze für den Bund entwerfen, und nachher nicht imstande sind, sie hier als Minister zu verteidigen. Ich könnte darauf aufmerksam machen, daß auch im preußischen Landtage die Gesetze sehr häufig durch Kommissare derselben Minister verteidigt werden, die sie gemacht haben, vielleicht auch durch dieselben Kommissare, die diese Gesetze redigiert haben. Aber, meine Herren, ist denn das ein Übelstand? Die Gesetze für den preußischen Landtag werden ja auch von preußischen Ministern gemacht — werden sie denn nun mit der preußischen kollegialischen Minister-Einrichtung besser oder rascher gefördert? Hat denn die preußische Gesetzgebung etwa einen uneinholbaren Vorsprung vor der des Bundes? Arbeitet sie auch nur mit derselben Schnelligkeit wie der Bund? Ich sollte denken, diese Maschine hier, an der wir sitzen, hat zwei Jahre lang recht gut und recht förderlich gearbeitet — so gut, daß es Sie fast schon langweilt, daß es so gut geht. Sie fühlen das Bedürfnis, die Uhr einmal aufzumachen, ein Rad

herauszuholen und zu sehen, ob es dann vielleicht nicht noch besser geht.

Ich fürchte, ich habe schon zu lange Ihre Geduld ermüdet; ich bitte, nur noch eine Versicherung von mir entgegennehmen zu wollen: daß jede persönliche Empfindlichkeit über die Stellung des Antrages gegen dessen Unterzeichner oder gegen die Tendenz des Antrages mir absolut fremd ist, und daß, wenn ich mich über Einzelnheiten des Antrages mit einer gewissen Schärfe etwa ausgedrückt habe, dies mehr eine üble Gewohnheit von mir ist, als ein Zeichen einer Erregtheit über die Tendenz des Antrags. Ich bin mir vollständig bewußt, mit fast allen, vielleicht mit allen Antragstellern über das Ziel, das wir verfolgen, ganz einig zu sein; wir wollen Deutschland diejenige Gestaltung geben — im Norden und im Süden, wenn wir können — in der es am stärksten und am einigsten ist, und in der es die meisten Bedingungen seiner Wohlfahrt vereinigt. Über die Wege, die dazu führen, über die Mittel dazu können wir sehr verschiedener Meinung sein. Bewahren wir uns aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben, und machen wir aus Meinungsverschiedenheiten über die zu ergreifenden Mittel und Wege keine persönlichen Vorwürfe; verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verständnis oder an seinem guten Willen zu zweifeln.

Ich freue mich, daß der Schluß vorher nicht angenommen wurde und dem Herrn Vorredner noch das Wort verstattet worden ist, indem ich aus seiner Rede wiederum ersehen habe, daß man sehr häufig in seinen Meinungen sich viel näher steht, als man vor der Diskussion geglaubt hat. Wenigstens in dem einen Punkte, gegen den ich von meiner Stellung als Bundeskanzler aus Widerspruch eingelegt habe, ist mir die Tendenz des Antrages durch die Äußerung des Vorredners viel näher gerückt. Er erschiene mir von diesem Gesichtspunkte, wenn er sich darauf allein beschränkt hätte, annehmbarer als vorher, wenn er mir auch nach seiner Tendenz gegen den Bundesrat, sowohl nach meinem Rechtsgefühl, als auch nach meiner Ansicht von der Zweckmäßigkeit, jederzeit unannehmbar bleiben wird. Wenn ich vorher gesagt habe, ich halte ein Ministerium mit einheitlicher Spitze für zweckmäßiger in allen Staatseinrichtungen als ein Ministerium mit kollegialischer Spitze, wo man nicht weiß, wer überstimmt ob

gehemmt worden iſt, ſo habe ich damit ja nicht weiter gehen wollen, als der Herr Abgeordnete nach dem Beiſpiele der engliſchen Einrichtungen gehen will, aus welchem ſich ſchließen darf, daß wir im Grunde ganz einer Meinung über die einheitliche Spitze ſind. Wir ſind vielleicht über viele Dinge einverſtanden, ohne daß wir es für den Augenblick wiſſen.

Ich würde die engliſche Stellung eines Miniſter-Präſidenten überall für ausreichend halten, um die nötige Einheit der Leitung herzuſtellen. Davon ſind wir aber nach unſerer Verfaſſung und nach unſeren Gebräuchen weit entfernt. Änderungen in der Szenerie erfordern einen Aufwand von Kraft und Reibung, den gewöhnlich niemand Zeit hat zu leiſten. Aber im Bundeskanzler-Amte ſind die Einrichtungen gerade ſo, wie ſie der Herr Vorredner zu erhalten wünſcht, es fehlen bloß einige Miniſtertitel, und damit würde ich gar nicht ſo ſehr ängſtlich ſein, ſobald nur die einheitliche Leiſtung durch die Anſprüche, die ſich an dieſe Titel knüpfen, nicht zerſplittert wird.

Über Mecklenburg.

Rede gehalten am 22. April 1869.

Ich halte mich nicht für berechtigt, den Erörterungen, welche dem Bundesrate vorausſichtlich bevorſtehen, dadurch vorzugreifen, daß ich meine eigne Anſicht hier öffentlich feſtlege. Ich würde glauben, es an der Achtung gegen die anderen Regierungen und gegen die Kollegen im Bundesrate fehlen zu laſſen, wenn ich nicht ihre Anſichten, die ſie zur Sache haben, in einer Diskuſſion im Schooße des Bundesrates auf mich wirken ließe. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, ſo geſchieht es weder, um mich über die Kompetenzfrage, noch um mich ſachlich über die Rechtsfrage auszuſprechen, höchſtens um mich dagegen zu verwahren, daß aus dem Stillſchweigen der Regierungen und des Bundesrates ſchon eine Entſcheidung über die Kompetenzfrage gefolgert werden könnte, indem ja der Beſchluß, wie er mutmaßlich gefaßt wird, wie ihn der Ausſchuß beantragt, in ſich ſchon eine Anerkennung der Anwendbarkeit des Art. 76 impliziert. Hauptſächlich habe ich aber nur das Bedürfnis gehabt, und mein Intereſſe für

unſere konſtitutionelle Entwicklung im Bunde, wie in den einzelnen Staaten, nötigt mich dazu, Zeugnis abzulegen von einigen mehr perſönlichen Eindrücken, die ſich mir aufdrängen, wenn ich die Gründe in Erwägung ziehe, mit denen heute die Petition unterſtützt worden iſt. Einmal erfüllt es mich, weil ich aufrichtig an der konſtitutionellen Entwicklung und an ihrer Stetigkeit im geſammten Vaterland hänge, ſtets mit einem gewiſſen Unbehagen, wenn über eine faktiſch beſtehende Verfaſſung eine Unterſuchung in betreff der Legitimität ihrer Geburt angeſtellt wird.

Wie viele Verfaſſungen giebt es denn in unſerem Vaterlande, welche in dieſer Beziehung, ich will nicht ſagen, ganz vorwurfsfrei daſtehen, aber gegen deren rechtliche Entſtehung keine Anfechtung von irgend einer Seite gemacht, und gegen welche nicht proteſtiert worden wäre, entweder ausdrücklich oder doch durch dauernde Wahlenthaltung oder auf anderem Wege? Wenn wir da hineinſteigen wollen, ſo erſchüttern wir die Fundamente unſerer Rechtszuſtände in einer Weiſe, welche unſerer Entwicklung nicht förderlich iſt, und ich glaube nicht, daß es den praktiſchen Engländern jemals einfallen würde, zurückzugehen auf eine Unterſuchung der Paternität und Legitimität der Geburt ihrer Verfaſſung. Sie begnügen ſich damit, daß ſie in Wirkſamkeit ſteht.

Zweitens ſind es diejenigen Argumente, welche die Petition befürworten, weil die gegenwärtigen Zuſtände in Mecklenburg noch nicht vollſtändig homogen mit denen des Geſammtbundes in ihrer Entwicklung ſind. Ja, meine Herren, ich glaube, die Mecklenburger von allen Seiten werden es nicht beſtreiten, und auch die mecklenburgiſche Regierung nicht, daß die wünſchenswerte Homogenität noch nicht durchgängig hergeſtellt iſt. In dieſer Beziehung möchte ich Sie aber bitten, laſſen Sie doch dem heilenden Einfluß der Zeit einigen Spielraum, beſonders wenn Sie ſehen, daß der gute Wille da iſt und daß die Schwierigkeiten ganz beſonders große ſind. Eine ſeit einem Jahrhundert und länger in die Zuſtände des Landes eingewachſene Verfaſſung ſtreift man nicht ab wie ein abgelegtes Kleidungsſtück; ſie iſt ſo zu ſagen eine Haut geworden, welche mit ärztlicher Vorſicht gelöſt werden muß, wenn Krankheiten verhindert werden ſollen.

Und damit komme ich zu dem zweiten Punkte, für den es meine Abſicht war, hier Zeugnis abzulegen, das iſt zu dem dankbaren Vertrauen, mit welchem ich auf die Stellung Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zu den

Bundesverhältniſſen blicke, ſowohl in betreff auf die Entſtehung der Verfaſſung als auch in bezug auf ihre Fortbildung. Dieſes Vertrauen berechtigt mich zu der Hoffnung, daß der heilende Einfluß der Zeit ein nicht ganz langſamer ſein wird und daß wir nichts verlieren, wenn wir ihm einen möglichſt freien Spielraum laſſen und wenn wir einen ſo guten Willen, wie er uns von jener Seite entgegenkommt, nicht dadurch abſchrecken, daß wir auf jede Bereitwilligkeit nur mit einer raſchen Mehrforderung antworten. Eines gewiſſen Grades von Anerkennung bedarf auch das prinzipiellſte und reinſte Streben, möchte ich ſagen, zu ſeiner Aufmunterung. Dieſer Dankbarkeit Ausdruck zu geben, fühle ich mich um ſo mehr berufen, als ich vermöge meiner Stellung von Anfang an in der Lage geweſen bin, die patriotiſche Bereitwilligkeit, mit welcher Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin die nationale Entwicklung aufgenommen hat, zu beobachten und zu bekunden. Der Herr Vorredner (Abg. Windthorſt-Meppen) hat geſagt, daß Mecklenburg ganz beſonders in der Lage geweſen wäre, der Herſtellung der Bundesverfaſſung Schwierigkeiten zu bereiten. Er hat dies mit einer Andeutung unterſtützt, welche ich mir nicht aneignen möchte, mit der Bezugnahme auf die geographiſche Lage Mecklenburgs. Ich kann mir nicht denken, daß irgend ein noch ſo konſervativer Mecklenburger ſich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben ſollte, ſein Geſchick von dem des deutſchen Vaterlandes, geſtützt auf die Oſtſee, trennen zu wollen.

Die Stärke Mecklenburgs lag in einem anderen Motiv. Sie lag in der rückhaltloſen Bereitwilligkeit, mit welcher Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Hauſe aus die Sache Preußens und Deutſchlands unterſtützt hatte.

Wir waren mit einigen unſerer Norddeutſchen Bundesgenoſſen im Kriege, und die Entwicklung der Bundesverfaſſung ergab ſich ganz natürlich als Gegenſtand der Friedensverhandlungen. Von anderen waren wir nicht mit der Bereitwilligkeit unterſtützt worden, daß eine beſondere moraliſche Pflicht, ein beſonderes lebhaftes Gefühl der Dankbarkeit das Reſultat der zum Teil ziemlich lauen Zurückhaltung geweſen wäre, mit welcher unſere Bundesgenoſſen die Entwicklung begleiteten. Ganz anders aber lag die Sache mit Mecklenburg. Unter denjenigen Bundesgenoſſen, welche ſich von Hauſe aus rückhaltslos der neuen Entwicklung hingaben, welche mit eigener Gefahr die Möglichkeit dazu erſtritten haben, ſteht Mecklenburg-Schwerin in ſeiner Be-

deutung und in der Aktivität, mit der es zu Werke ging, obenan. Der Großherzog hat nicht gewartet, bis die Würfel sich zu gunsten Preußens entschieden; er ist von Hause aus mit seiner ganzen Macht — und das Beispiel seines Vorfahren zu den Zeiten des Herzogs von Friedland hat ihn dabei nicht geschreckt — mit seiner ganzen Macht für uns eingetreten, und hat sich thatsächlich am Kampfe beteiligt. Wie stand es nun, wenn ein solcher treuer, mit uns zugleich siegreicher Bundesgenosse gesagt hätte: Nein, ich will nicht; thut was ihr wollt, aber das kann ich nicht!? Konnten wir gegen das treu verbündete Mecklenburg Gewalt brauchen? War die Versuchung, waren die Gründe, die der Großherzog anführen und ableiten konnte aus dem inneren Zustande seines Landes, aus dem möglichen Widerstreben der verfassungsmäßigen Organe, aus den Rechten der Stände dort, aus dem Bestande der Verfassung, die jedenfalls mit seiner Unterschrift, mit seiner persönlichen Verpflichtung wieder eingeführt worden war, wären solche Gründe nicht fast unanfechtbar gewesen, sobald der Großherzog sie als Vorwand benutzen wollte? Jeder Versuch dazu hat aber dem Herrn fern gelegen; mit einer dankenswerten Bereitwilligkeit ist er damals auf die Intentionen des Bundes eingegangen. Warum sollte er es ferner nicht in einer Zeit, wo seine Aufgabe viel weniger gefahrvoll und viel leichter ist, wo viele Hindernisse überwunden sind, wo die Barrikaden, die eine altertümliche Verfassung und langjährige Ansammlung des Schuttes der Aufräumung und dem Durchbruche neuer Straßen entgegensetzte, beseitigt sind! Warum sollte unser Vertrauen jetzt ein minderes sein? Und wenn ich von diesem Vertrauen ausdrücklich Zeugnis ablege, so geschieht es, damit nicht etwa durch Ihren Beschluß ein der nationalen Sache von Herzen ergebener Fürst in seinem Streben entmutigt wird.

Über den Militäretat und die Sicherheit und Ehre des Landes.

Rede gehalten am 22. Mai 1869.

Aus keiner der bisherigen Reden habe ich irgend einen positiven Vorschlag entnehmen können, wie augenblicklich anders als durch unsere Vorlagen Geld zu beschaffen wäre, nur all-

gemeine Hinweiſungen auf zu machende Erſparniſſe; wo dieſe im preußiſchen Haushalte oder im Bundeshaushalte gemacht werden können, darüber ſind mir keine Andeutungen gegeben worden, mit der alleinigen Ausnahme des Militäretats, auf den heute zurückgekommen iſt.

Ich habe ſchon angedeutet, meine Herren, daß ich es wirklich hart finde, von jemandem zu verlangen, er ſolle die Staatsgeſchäfte fortführen — und ich glaube, Sie muten mir das zu — und ihm dabei die Mittel, das zu können, zu verweigern. Ich habe ſchon geſtern geſagt, dieſe thatſächliche Kritik, die Sie durch Abſchneiden der unentbehrlichen Regierungsmittel betreiben, ſind Sie nur dann zu üben berechtigt, wenn Sie bereit ſind, meine Stelle einzunehmen und mit den Mitteln, welche Sie mir gegenüber ausreichend erklären, ſelbſt die Geſchäfte weiter zu führen. Dann, meine Herren, wenn Sie hier an dieſer Stelle ſtehen, dann will ich den von Ihnen ſehen, der den Mut haben wird, die Verantwortlichkeit für die Entwaffnung des Landes in dieſem Augenblicke zu übernehmen und das Volk der Bürgſchaft des Friedens zu berauben, welche in ſeiner eigenen Stärke liegt. Es iſt in einem anderen Lande von amtlicher Stelle aus geſagt worden: der Frieden Europas beruhe auf dem Degen Frankreichs. Ich beziehe mich ausdrücklich auf dieſe Äußerung, um keine eigene auf einem Gebiete zu thun, auf dem ich ſehr ungern ſpreche; aber daß dieſelbe Äußerung auf jeden Staat anwendbar iſt, daß jeder Staat, dem ſeine Ehre und Unabhängigkeit lieb iſt, ſich bewußt ſein muß, daß ſein Friede und ſeine Sicherheit auf ſeinem eigenen Degen beruht, — ich glaube, meine Herren, darüber werden wir alle einig ſein.

Die Frage, wie der Degen beſchaffen ſein muß und wie viel er koſten darf, die kann ich doch unmöglich dem ziviliſtiſchen Elemente allein zur Beantwortung überlaſſen; darüber mögen Sie einer ſo gewiegten und anerkannten Autorität, wie der preußiſchen Militärverwaltung, einer ſo patriotiſchen und ſparſamen Autorität, doch auch ein gewiſſes Urteil beilegen. Ich möchte Sie alſo bitten, mir dieſe Anweiſung auf eine Erſparung im Militäretat doch nicht als eine ſolche anzurechnen, auf die ich ernſthafter Weiſe zurückgreifen kann.

Der Herr Vorredner (Abg. Löwe) iſt auf die Militärſache zurückgekommen und auf Erſparniſſe darin und hat mit ſeinem

ceterum censeo in dieſer Beziehung die Tribüne verlaſſen. Ich würde die Bürgſchaft, die der Herr Vorredner bei Verminderung unſerer Wehrkraft perſönlich für die Sicherheit zu übernehmen bereit ſchien, meinerſeits acceptieren, wenn ich glaubte, daß eine ſiegreiche feindliche Armee an der Grenze durch die Macht der Beredſamkeit aufgehalten werden könnte.

Ich habe von dergleichen gehört bei einer Bedrohung von Rom dereinſt, aber es waren ſehr unziviliſierte Völkerſchaften, die ſich ſo wohlfeil abführen ließen.

Ich muß doch wiederholt davor warnen, im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß die Ausgaben für die Armee unproduktive Ausgaben ſeien, und ich bin überzeugt, die Herren würden an dieſem Bau nicht ſo oft rütteln, wenn ſie nicht ganz ſicher wären, daß ſie ihn nicht einreißen. Unproduktiv in demſelben Maße wie die Armee ſind etwa Dämme, die eine Niederung vor Überſchwemmung ſchützen. Die Koſten daran zu ſparen, kann ſehr teuer werden. Die Koſten, die wir an der Armee ſparen, indem wir etwa von einer $2^1/_2$ jährigen Dienſtzeit auf eine zweijährige zurückgehen — der Herr Vorredner hat ſelbſt zugegeben, es könnten dabei im Anfange Unfälle vorkommen — dieſe anfänglichen Unfälle könnten allein ſchon viel mehr koſten, als langjährige Erſparniſſe einbringen. Führten dieſe Unfälle aber gar zu der Erhebung von Kriegskontributionen, meine Herren, die möchten doch ganz anders ausfallen als dieſer „unerträgliche Steuerdruck", der jetzt auf dem Volke laſtet. Deshalb meine ich, daß die Armee als etwas Unproduktives hier mit Unrecht betrachtet wird. Gerade wie ein Dach vor dem Wetter ſchützt, ein Deich vor der Überſchwemmung, ſo ſchützt auch unſere Armee unſere Produktivität in ihrem ganzen Umfange.

Über die Aufgaben der Zollgeſetzgebung.

Rede gehalten am 21. Juni 1869.

Ich glaube, daß unſere Zollgeſetzgebung ſich nach der Richtung hin ausbilden ſollte, daß ſie das Ideal reiner Finanzzölle — vielleicht nicht erreicht, aber ihm doch näher ſtrebt. Ich nenne es ein Ideal, weil es vielleicht thatſächlich unerreichbar ſein wird. Daß dies Näherſtreben nicht in jähen Fortſchritten erfolge, welche die durch die bisherige Geſetzgebung gepflegte

und geſchützte vaterländiſche Induſtrie bloßſtellen, dahin zu wirken iſt unſere — Ihre und des Bundesrats — gemeinſchaftliche Aufgabe. Ich kann mich nur dazu bekennen, daß wir jener Richtung überhaupt mit Schonung der berechtigten Intereſſen zuſtreben. Wenn wir aber die Finanzzölle vorbereiten wollen, ſo müſſen wir uns die richtigen Gegenſtände für dieſelben ausſuchen, die für uns die beſſeren ſind, und zu denen rechne ich unbedingt das Petroleum primo loco. Es iſt dies einer der Verbrauchs-Gegenſtände, welche nicht ſo abſolut unentbehrlich ſind wie Brot, Salz und Fleiſch, die wir ja doch auch beſteuern, und welche einen ſo ausgedehnten Verbrauch teils bereits haben, teils verſprechen, daß ſchon eine mäßig darauf gelegte Steuer einen erheblichen Ertrag in Ausſicht ſtellt. Solche Gegenſtände, die einen weit verbreiteten Verbrauch haben, und die doch nicht ſo abſolut notwendig zur Exiſtenz ſind, daß ihre Abweſenheit unmittelbar einen des Einſchreitens bedürftigen Notſtand erzeugt, die ſind meines Erachtens die eigentliche Unterlage für die Finanzzölle. Ich habe an einer anderen Stelle andere genannt, aber das Petroleum gehört unzweifelhaft dazu. Sie können, meine Herren, die Frage, die Sie hier beraten, nicht loslöſen von dem Finanzweſen ſämtlicher deutſcher Staaten und den Bedürfniſſen der einzelnen Haushalte. Die Zollgeſetzgebungen und die Geſetzgebungen über die Steuern müſſen notwendig ineinandergreifen, und es iſt Aufgabe der Zölle, ſich nicht bloß den Verkehrsbedürfniſſen anzubequemen, ſondern von dem Verkehr einen Teil der Mittel zu erhalten, welcher die zollverbündeten Staaten zu ihrem Haushalte bedürfen. Ich werde jedes mal von einem gewiſſen Bedauern ergriffen, daß wir nicht mit voller ſachlicher Offenheit uns gegen einander ausſprechen, wenn ich gefühlvolle Klagen zu hören bekomme über den armen Mann, der ſein Petroleum, ſein Augenlicht, ſeine Intelligenz, der ſein Pfeifchen Tabak beſteuert ſehen ſoll, aus demſelben Munde, der ſein Ja zur Beſteuerung von Mehl, von Brot, unter Umſtänden von Feuerungsmaterial, von Fleiſch und Salz ganz ohne Gewiſſensbedenken auf Koſten desſelben armen Mannes ausſpricht. Meine Herren! Ich kann nicht leugnen, daß mir oft ein harter Ausdruck auf den Lippen ſchwebt, wenn ich ſolche Art von Klagen höre; ich vermag dem Gedankengange derſelben nicht zu folgen, und ich glaube, der gemeine Mann, für den Sie doch damit ſorgen wollen, vermag es auch nicht. Ohne in die Debatte, der ich nicht beigewohnt habe, anders einzugreifen, als es durch

dieſe Erklärung geſchieht, die ich nur namens des Präſidiums abgeben kann, charakteriſiere ich damit lediglich die Richtung, in der wir die Zollgeſetzgebung ſpäter fortzubilden beabſichtigen, und für das Einſchlagen dieſer Richtung iſt es meines Erachtens das erſte Erfordernis, daß Sie diejenigen Objekte zur Verzollung bewilligen, welche in erſter Linie dazu geeignet ſind, damit wir dahin kommen, andere Bedürfniſſe, welche noch unentbehrlicher ſind als Petroleum, die erſten Nahrungsmittel, die Heizung in unſerem Klima, das Feuerungs-Material, welches örtlich beſteuert iſt, zu entlaſten, oder, wenn das nicht der Zollgeſetzgebung obliegt, den Behörden der einzelnen Staaten und den Gemeinden die Möglichkeit ſchaffen, dieſe unentbehrlichen Gegenſtände zu entlaſten. Aus dieſen Geſichtspunkten erlaube ich mir zu erklären, daß eine Tarif-Änderung, welche die Bewilligung des beantragten Zolles auf Petroleum nicht einſchließen würde, die Zuſtimmung des Präſidiums, welche verfaſſungsmäßig unentbehrlich iſt, nicht finden wird.

Erklärung über den Eintritt Badens in den Bund.

Rede gehalten am 24. Februar 1870.

Der Umſtand, daß der Antrag, der uns gedruckt vorliegt, von Namen unterſchrieben iſt, deren Träger mir ihr Vertrauen häufig ausgeſprochen, mitunter auch bewieſen haben, nötigt mich zu der öffentlichen Erklärung, daß ich dieſem Antrage vollſtändig fremd bin, daß er mir überraſchend, daß er mir im höchſten Grade unerwünſcht gekommen iſt, daß ich im Anfange geneigt war, ihn für einen politiſchen Fehler zu halten, und daß ich es nach der Rede des Abgeordneten Lasker wieder bin.

Mir war im Anfange der Accent entgangen, den der Text des eigentlichen Antrages auf das Wort „möglichſt ungeſäumt“ vielleicht legen könnte. Ja, über dieſes „möglichſt ungeſäumt“, richtig verſtanden, da könnten wir unter Umſtänden ſehr bald zu einer Einigkeit kommen; dieſes „möglichſt“ ungeſäumt hat aber die Rede des Herrn Abgeordneten Lasker vollſtändig eliminiert — meiner Überzeugung nach.

Ich bedauere die Tendenz, die hiermit dem Antrage gegeben iſt, aus zwei Gründen; einmal, weil ſie mir von neuem den

Beweis liefert, wie schwer es ist für große parlamentarische Versammlungen, dasjenige Maß von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen, unverabredeten Hineingreifen in die auswärtige Politik zu erreichen, welches allein die exekutive Gewalt befähigt, in der ununterbrochenen und intimen Anlehnung mit den Parlamenten, wie wir sie wünschen, auswärtige Politik zu betreiben. Insofern, als ein solcher Antrag, eine solche Diskussion hier ans Tageslicht kommt ohne die mindeste Verabredung mit mir, und ohne, daß Sie sich darüber vergewissern, daß die Abgabe der Erklärung, die zu geben sie mich nötigt, mir nicht im höchsten Grade unerwünscht sei, — meine Herren, in dieser Weise können wir keine gemeinsame Politik treiben; wenigstens entziehen Sie mir jede Stütze, die Sie bereitwillig mir zu gewähren, früher allerdings öfter in Aussicht gestellt haben.

Zweitens ist der Eindruck für mich der des Bedauerns gewesen, weil ich unter der Wirkung der Rede des Herrn Abg. Lasker mich nicht ganz von der Besorgnis losmachen konnte, daß dieser Antrag allerdings, wie der Herr Vorredner sagte, im Auftrage gestellt sei, aber nicht in — meinem. Der Herr Redner bekundete so intime Beziehungen zur Großherzoglich badischen Regierung, wie sie selbst mir nicht eigentümlich sind. Der Herr Redner wußte nicht nur genau über deren Intentionen Bescheid, sondern machte sich auch anheischig, wie mir schien, das etwa in den Akten fehlende Amtliche sofort zu beschaffen. Mir wurde dadurch der Eindruck, daß der Herr Redner mehr im Interesse der badischen Regierung, wie im diesseitigen sprach, ich kann mich vielleicht irren, und ich würde mich herzlich freuen, wenn meine Besorgnis unbegründet wäre. Aus den Worten des Redners war eine gewisse Müdigkeit der badischen Regierung, die Opfer, die er mit Recht an ihr gerühmt hatte, weiter zu leisten, herauszulesen, eine Müdigkeit, die mir direkt gegenüber nicht hat ausgesprochen werden wollen, eine Müdigkeit, in deren Vorhandensein ich gern Mißtrauen setze, an die ich nicht glauben möchte. Aber wenn nun hier von meiner Seite eine Antwort erfolgt, die die badische Regierung mit Sicherheit voraussehen konnte — für sie ist das Rätsel kein Rätsel, welches der Herr Abgeordnete hier wiederholt als solches behandelte, sie kennt unsere Anschauung darüber vollkommen — wenn nun also die badische Regierung das Bedürfnis gehabt hätte, dieses Rätsel nicht für sie, sondern für das Publikum gelöst zu sehen, so müßte ich besorgen, daß die badische Regierung eines solchen

Vorganges nach einer Richtung hin bedurfte, von der ich allerdings aufs Höchste beklagen würde, wenn sie dieselbe einschlüge.

Wenn der Antrag des Herrn Vorredners nur dahin gegangen wäre, der badischen Regierung das Zeugnis öffentlich zu gewähren, was er ihr hier erteilt hat, und von dem ich wünschte, daß er in derselben Unparteilichkeit, ich kann wohl sagen: mit derselben Liebe, auch einmal über die preußische Regierung urteilen möchte, wenn es bloß darauf ankam, das zu bekunden, so hieß das ja wirklich Eulen nach Athen tragen — die Haltung der badischen Regierung, der Mut, den sie den Bedrohungen und Bedrängungen im Innern wie dem badischen Auslande gegenüber jederzeit bewiesen hat, die Hingebung für nationale Zwecke, die Se. Königliche Hoheit den Großherzog, seine Organe, den verstorbenen Minister Mathy und seine Kollegen beseelt, sind ja für niemanden im Zweifel; wir haben wirklich nicht ein Bedürfnis, das zu wiederholen, obwohl auch mir in dieser Beziehung der Antrag lieb ist, es thut mir wohl, dieses Anerkenntnis jederzeit zu wiederholen, ich stehe offen dafür ein und unterschreibe jedes Wort, das der Herr Vorredner in dieser Beziehung sagte, nur halte ich es für überflüssig, es ist etwas, woran niemand und nach keiner Richtung hin zweifelt; kam es bloß darauf an, — so behält ja das blankenburgische Amendement diesen Teil des Antrages bei: der badischen Regierung dies Zeugnis von der kompetentesten deutschen nationalen Versammlung auszustellen, die im Augenblicke existiert, — so unterschreibe ich den Antrag aus vollem Herzen und kann im voraus versichern, daß bei der badischen Regierung kein Zweifel darüber ist, daß die verbündeten Regierungen und ihr Präsidium diese Überzeugung in vollem Maße teilen. Aber der Herr Redner geht weiter. Der Herr Redner verwandelt den Antrag — ich kann es nicht anders nennen — in ein Mißtrauensvotum gegen die bisherige auswärtige Politik; ihm dauert es zu lange; er hat mit großer Entschiedenheit dem Antrage die Erläuterung gegeben, daß das Präsidium gedrängt werden soll, von seiner Befugnis, die im letzten Paragraphen der Verfassung ihm verliehen wird, Gebrauch zu machen, und hat in Aussicht gestellt, daß die dazu etwa fehlende aktenmäßige Grundlage von Baden in wenigen Wochen zu beschaffen sein würde, wenn wir dies wünschten. Nun, meine Herren, ich erwidere ihm offen: ich wünsche sie nicht und erlaube mir, auch für den Redner das Rätsel der Gründe zu lösen, welches für die badische Regierung längst gelöst ist.

Wenn man den Beitritt Badens in den Norddeutſchen Bund wünſcht, ſo kann doch unmöglich einer von uns dies als ein Definitivum, als einen definitiven Abſchluß der deutſchen Frage betrachten wollen, ſondern wir werden darüber einig ſein, daß es nur das Mittel ſein kann, für das geſamte Deutſchland, zwiſchen Norddeutſchland und dem geſamten Süden Deutſchlands, diejenige engere Vereinigung herbeizuführen, die wir alle erſtreben, mag es ſein, in welcher Form es will, und die ich dahin definieren möchte, daß wir die intimſten, gemeinſamen Inſtitutionen, über die wir uns beiderſeitig in voller Freiwilligkeit einigen können, herbeiführen — aber in voller Freiwilligkeit, ohne Drohung, ohne Preſſion, ohne Druck. Der verſtimmte, gezwungene Baier oder Württemberger in der engſten Genoſſenſchaft kann mir nichts helfen, und ich würde immer vorziehen, noch ein Menſchenalter zu warten, als Zwang nach der Richtung hin zu üben.

Nun fragt es ſich, an welcher Stelle iſt das Großherzogtum Baden, als Träger des nationalen Gedankens, ich kann ſagen, als der einzige offizielle Träger des nationalen Gedankens, unter den vier ſüddeutſchen Staaten — an welcher Stelle iſt es der nationalen Einigung Deutſchlands förderlicher, als abgeſchloſſener Beſtandteil des Bundes, ausgeſchloſſen aus dem Süden, oder als vermittelndes Element innerhalb der Verhandlungen, die der Süden in ſich und mit dem Norddeutſchen Bunde führt? Ich kann mich darin irren — vielleicht iſt mir das Glück im richtigen Griff, das mich eine zeitlang begleitet hat, abhanden gekommen, vielleicht iſt es auf den erſten Herrn Redner übergegangen, — ich kann mich darin irren, es kann ſein, daß meine Auffaſſung eine unweiſe iſt, aber ich kann nur nach meiner handeln; ich bin überzeugt, daß das Großherzogtum Baden, wenn es in der Haltung wie bisher fortfährt, ja ſelbſt wenn es nicht fortfahren ſollte, wenn die bedauerliche Beſorgnis, die ich im Anfang meiner Rede ausſprach, begründet ſein ſollte, auch dann noch vermöge der nationalen Richtung ſeiner gebildeten Stände — ja der Majorität ſeines Volkes — uns im Lager des Südens immer noch nützlicher und förderlicher iſt, als in dem des Nordens. Vergegenwärtigen Sie ſich die Frage doch einmal in bezug auf Baiern; wenn wir mit Baiern zu thun hätten lediglich in der Zuſammenſetzung, wie ſie Alt-Baiern, Ober- und Nieder-Baiern und Ober-Pfalz darſtellt, wäre da nicht die Hoffnung, daß wir je mit Baiern zu einer befriedigenden Einigung kommen könnten, eine viel weiter hinauszurückende — ganz

würde ich sie nie aufgeben — als jetzt, wenn die in dem bairischen Lager uns befreundeten nationalgesinnten Stämme der Franken und der Schwaben, die dort so nützlich wirken, abgetrennt wären von Baiern? Es wäre ja ein Gedanke, den man 1866 hätte haben können und dessen Verwirklichung glaube ich, nicht viel im Wege stand. Wenn man aus den drei Franken einen besonderen Staat hätte bilden wollen, um Alt-Baiern auf sich zu reduzieren, und Franken etwa irgend einem nationalgesinnten Fürsten gegeben wäre, der zum Südbunde oder Nordbund hätte gehören können, das wäre ja gleichgiltig, dann meine Herren, würde meiner Überzeugung nach der Überrest von Baiern, wenn nicht auf immer, doch auf Jahrhunderte für die deutsche Einheit verloren gewesen sein. So glaube ich, daß wir nicht gut thun, das Element, welches der nationalen Entwicklung im Süden am günstigsten ist, auszuscheiden und mit einer Barrière abzuschließen, gewissermaßen — wenn ich ein triviales Bild gebrauche, so schreiben Sie es der kürzlichen Beteiligung an landwirtschaftlichen Verhandlungen zu — den Milchtopf abzusahnen und das Übrige sauer werden zu lassen. Wir würden nicht nur die thätige und glückliche Wirkung verlieren, die Baden bisher auf den Süden übt, und in deren lobender Anerkennung, wenn damit eine Ermutigung, fortzufahren, zu gewinnen ist, ich mich anheischig mache, den ersten Herrn Redner noch zu übertreffen. Ich will, wenn die badische Regierung dadurch ermutigt wird, daß sie gelobt und gerühmt wird, mit dem Herrn Vorredner darin wetteifern, um sie auf ihrem bisherigen Wege zu erhalten. Aber diese Trennung Badens und seine Einverleibung in den Norddeutschen Bund, paßt sie ganz in das System, die Annäherung des Südens ohne Druck zu erwarten? ist es nicht ein sehr fühlbarer Druck, den wir auf Württemberg und Baiern üben? und dennoch, ist es ein hinreichend starker Druck, um zwingend zu sein? ist es nicht bloß ein verstimmender Druck, der vielleicht die Entwicklung hemmen würde, von der ich annehme, daß sie in Baiern und Württemberg, trotz allem, was wir von dorther hören, doch in einem stetigen, mäßigen Fortschritt begriffen ist und nach jedem Lustrum, wenn wir noch Lustra warten sollen, in einem starken markierten Fortschritt begriffen sein wird? ist es nicht zu fürchten, daß diese Bewegung einen Rückschlag bekäme? wäre es nicht zu bedauern, wenn durch die voreilige Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund auch nur um 5 Jahre, oder etwa um eine bairische

Wahlperiode dieſe Bewegung rückgängig würde? Wir können ja nicht wiſſen, wie die konſtitutionellen Verhältniſſe in Baiern ſich geſtalten werden, ob dort bald eine Neuwahl bevorſteht oder nicht, ich bin darüber nicht ſo genau unterrichtet, wie der erſte Herr Redner über Baden, aber wenn noch in dieſem Jahre in Baiern eine Neuwahl ſtattfinden ſollte, wäre es denn nicht ein Verluſt von wenigſtens einer baieriſchen Wahlperiode, wenn wir der Partei, die dort jetzt noch die Majorität hat, irgend einen ſcheinbar plauſiblen Grund zu dem Vorwurf einer Preſſion, übertriebener Anſprüche, des Nichtabwartens freiwilligen Entſchluſſes in die Hand gäben, wenn wir für die dortigen Wahlmanöver, von denen wir genug und mehr, als ich zu glauben geneigt bin, gehört haben, eine ſolche Handhabe lieferten, wodurch das baieriſche Selbſtgefühl von neuem über angebliche Vergewaltigung durch den Norden aufgeſtachelt werden könnte?

Wir müſſen die Wirkung betrachten, welche die Einverleibung auf das Großherzogtum ſelbſt und welche ſie auf Baiern und Württemberg ausüben würde nach der geographiſchen Konfiguration, die damit dem Norddeutſchen Bundesgebiet gegeben werden würde. Inbezug auf den Weſten könnte der Bund dann zu Süddeutſchland ſagen: mit meinem Mantel ſchütze ich dich; es wäre dann Bundesgebiet zwiſchen dem Süden und allen Unannehmlichkeiten, die dem Süden von Weſten her kommen könnten; die Südſtaaten außerhalb des Bundes hätten dann noch eine ausländiſche Grenze, die mit Öſterreich, von dem ſie auch nichts fürchten; es läge alſo eine Aufforderung zu angeſtrengten Militärleiſtungen für gemeinſchaftliche Zwecke in dieſer geographiſchen Konfiguration gerade nicht. Ich will indeſſen die militäriſche Seite der Sache gar nicht in Betracht ziehen. Ich glaube nicht daran, wie der Herr Vorredner zwar nicht als möglich ſchilderte, aber doch ſupponierte, daß in Baiern die Partei, welche Wortbruch und Fremdherrſchaft auf ihre Fahne geſchrieben hat, je ans Ruder kommen kann; ich glaube daran, daß die Verträge ehrlich gehalten werden, wenn auch vielleicht die rechtzeitige Beſchaffung der nötigen militäriſchen Kräfte um ſo mäßiger ausfallen wird, je weniger man eigene Gefahren zu fürchten hat, je ſicherer man vor dem Weſtwinde durch beſagten Mantel gedeckt iſt.

Ich will aber die militäriſchen Möglichkeiten gar nicht in Betracht ziehen, denn der Unterſchied, ob wir den Beiſtand der

ſüddeutſchen Truppen kraft der Verträge oder kraft des Beitritts der ſüddeutſchen Staaten zum Norddeutſchen Bunde haben, iſt mir doch nicht ſo weſentlich; er wird vielleicht auf die Kriegstüchtigkeit und die Zahl der ſüddeutſchen Truppen einen Einfluß haben. Die Suppoſition alſo, daß dieſer Zipfel, dieſe Inſel des norddeutſchen Bundesgebietes, welche Baden bilden würde, militäriſch iſoliert ſein könnte, kommt mir nicht bei. Aber wirtſchaftlich! Das iſt eine Frage, die der Herr Vorredner ſchon berührt hat, und die Art, wie Sie dieſes Berühren aufnahmen, bewies mir zu meinem Bedauern, daß Sie in den Zumutungen, die Sie einzelnen Bundesgenoſſen zu machen bereit ſind, doch etwas hart denken. Einmal würde, wenn alſo das Großherzogtum Baden heute Bundesgebiet würde, wie der Herr Vorredner ſchon ganz richtig bemerkte, die Freiheit der Entſchließung des Norddeutſchen Bundes in bezug auf die künftige Bildung des Zollvereins nicht mehr ſtattfinden, man würde wenigſtens im Süden nicht mehr an ſie glauben, man würde uns nicht für ſo hart halten, — wie einige der dem Herrn Vorredner Widerſprechenden uns haben wollten, und es würde uns die Möglichkeit fehlen, wahrſcheinlich zu machen, daß wie etwa Südheſſen aus dem Zollverein ausſchließen und Baden darin behalten wollten. Auch wenn Südheſſen dem Beiſpiele Badens folgte — wozu mir indeſſen nicht die mindeſte Wahrſcheinlichkeit vorliegt, daß es durch freiwilligen Entſchluß der heſſiſchen Regierung der Fall ſein würde —

(Abg. Graf Renard: Da muß man ſie zwingen!)

Nein, das beabſichtigen wir nicht.

— ſo wäre es doch, wenn auch nicht Württemberg und Baiern mit Baden in demſelben Zollgebiet wäre, eine außerordentlich harte Zumutung für Baden. Das Großherzogtum iſt von Baſel bis da, wo es den Main bei Wertheim berührt, etwa 40 Meilen lang, und hat Stellen, etwa in der Höhe von Raſtatt und Wildbad, deren Breite $2^1/_2$ Meile nicht erheblich überſteigen wird. Ein ſolches Gebiet durch eine Zollgrenze als Inſel einzuengen — meine Herren, den Mut habe ich nicht und den Mut traut man uns in Württemberg auch nicht zu, und wenn wir es dennoch thäten, ſo würde ſehr bald auch in Baden die Bewegung rückläufig werden, man würde ſehr bald die Zugehörigkeit zum Norddeutſchen Bunde, wenn der Zollverein eben keinen zuſammenhängenden Beſtand hätte, als eine Quelle unzähliger täglicher und häuslicher Leiden und Verdrießlichkeiten betrachten,

deren Wirkungen der Menſch oft zugänglicher iſt als großen politiſchen Ideen.

Ich kann alſo dieſes Argument, welches der Herr Vorredner ſchon erwähnte, doch nicht ſo ganz von der Hand weiſen, daß unſere wirtſchaftliche Freiheit doch nur auf Koſten Badens — Koſten zur Höhe eines Betrages, den ich Baden nicht auferlegen möchte — gewahrt werden könnte.

Ich würde, wenn mir jetzt die Eröffnung von Karlsruhe käme, das Präſidium möge die Aufnahme Badens in den Norddeutſchen Bund beantragen, dieſen Antrag im Intereſſe des Bundes und im Intereſſe des Großherzogtums Baden als intempeſtiv rebus sic stantibus ablehnen und würde ſagen: wir werden Euch den Zeitpunkt kennzeichnen, wo uns das im Geſamtintereſſe Deutſchlands, im Intereſſe der Politik, die wir bisher, ich kann wohl ſagen, nicht ohne Erfolg durchgeführt haben, angemeſſen erſcheint.

Ich hatte zuerſt, als ich den Antrag las, das Gefühl, daß den Herren Antragſtellern ſo etwa zu Mute war, wie Shakeſpeare den Heißſporn Percy ſchildert, der, nachdem er ein halb Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt; es paſſiert eben nichts, es muß etwas Leben hineingebracht werden. Gründung ſtaatlicher Gemeinſchaften, großartige Reformen, durchgreifende Geſetzgebungen, das alles erſchöpft den Thatendrang nicht: es muß etwas geſchehen. Das war der Eindruck, den ich von den Antragſtellern hatte, ich weiß nicht, mit wieviel Berechtigung; aber wenn einige daran iſt, liegt das nicht in einer gewaltigen Unterſchätzung des wirklich Erreichten? Denken Sie zurück, meine Herren, in die Jahre vor 1848, in die Jahre vor 1864: mit wie wenigem wäre man damals zufrieden geweſen! als welche glänzende Errungenſchaft wäre beiſpielsweiſe diejenige Einigung für ganz Deutſchland, in welcher wir heute mit Süddeutſchland ſtehen, der geſamten Nation erſchienen! nämlich ein Zollparlament, welches das liberum veto aus der Zollverfaſſung beſeitigte, welches dem ganzen eine organiſche verfaſſungsmäßige Geſtalt verlieh, und ein geſicherter Oberbefehl der geſamten Heeresmacht! Der geſicherte Oberbefehl war eine große Schwierigkeit für einen Krieg des alten Bundes, er war ſchwerlich zu erreichen, und die Verhandlungen darüber hätten, wenn nicht außerhalb des Bundes Vorſorge getroffen wäre, länger dauern können, als der Krieg. Haben wir nicht in bezug auf Süddeutſchland ein koſtbares Stück nationaler Ein-

heit erreicht? Ich kann dreist behaupten: übt nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit 500 Jahren nicht gewesen? Wo ist denn — seit der Zeit der ersten Hohenstaufen — ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Kriege zu haben, in deutschen Landen vorhanden gewesen? wo ist denn eine wirtschaftliche Einheit vorhanden gewesen, an deren Spitze der deutsche Kaiser gestanden hätte? Der Name macht es nicht! Aber, wenn das Präsidium, wenn der König, mein Allergnädigster Herr, im Nordbunde eine Macht übt, die zu erweitern im nationalen Interesse, im Interesse des Gewichtes und des Schutzes von Deutschland kein Bedürfnis vorhanden ist, so kann ich behaupten: das Haupt des Nordbundes hat in Süddeutschland eine Stellung, wie sie seit dem Kaiser Rotbart ein deutscher Kaiser nicht gehabt hat, und dieser doch auch nur, wenn sein Schwert gerade siegreich war, vertragsmäßig und allgemein anerkannt nicht. Also unterschätzen wir dies nicht und drängen Sie nicht so auf neue Etappen: genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben! Wenn Sie den Beitritt Badens, die Herstellung des Nordbundes, wie er durch den Beitritt Badens sich gestalten würde, als ein Definitivum ansehen, dann haben Sie ein Recht, den Antrag zu stellen, dann würde ich auch heute keinen Anstand nehmen, ihn zu unterschreiben. Wenn Sie ihn aber als Mittel ansehen, die volle nationale Einigung des ganzen Deutschlands zu fördern, so ist das eine Ansichtssache, da kann ich irren und Sie können irren, da kann ich nur sagen, ich teile Ihre Ansicht nicht, und werde nach meiner handeln.

Der erste Herr Redner hat, glaube ich, nicht im Sinne der Pflege gegenseitiger Zuneigung, von dem sonst seine Rede getragen war, auf Verdrießlichkeiten der Vergangenheit angespielt, z. B. auf eine Kontribution, die dem Großherzogtum Baden auferlegt wurde. Ich kann dem Herrn Vorredner sagen, daß er einen sehr erhabenen Meinungsgenossen in der damaligen Zeit in der Person Sr. Majestät des Königs von Preußen hatte, der auch wünschte, daß der Zufall, nach welchem Baden sich mit uns im Kriege befand, nicht durch eine Kontribution geahndet werden möchte, und dennoch hat Se. Majestät der König die erklärlichen Motive, die dem zu grunde lagen, der Staatsraison geopfert.

Es durfte einmal in der Welt nicht die Meinung erweckt werden, daß ein Fürſt, deſſen Soldaten thatſächlich zu Felde ſtanden und dort unter Umſtänden wirklich erſchoſſen wurden, nicht mit vollem Ernſte das, was er einmal hatte übernehmen müſſen, auch ausführte, ſo lange es ſein mußte, etwa in demſelben Sinne, wie das Yorkſche Korps den Beiſtand im ruſſiſchen Feldzuge durchführte. Dem Verdachte, der ja von den Gegnern des Großherzoglichen Hauſes vielfach betont worden iſt, durfte keine neue Nahrung gegeben werden. Auf der anderen Seite habe ich die Anſicht, daß der Deutſche ſich des durch den langen Frieden genährten Gefühls entwöhnen muß, daß der Krieg eigentlich nur Spaß wäre, und daß, wenn er vorbei iſt, man vom Manöver nach Hauſe geht. Einen Volksſtamm für den Krieg, den ſeine Regierung führt, zu ſtrafen, kann nicht unſer Beruf ſein, wir hatten nicht ſtrafende Gerechtigkeit zu üben, ſondern wir wollten erreichen, was national richtig und nützlich ſchien. Glauben Sie, daß in der Mehrheit der Bevölkerung von Sachſen, Heſſen, ja ich will ſelbſt ſagen von Hannover, die Bevölkerung feindſeliger gegen uns geweſen iſt, als in der Majorität von Baden, daß die ſächſiſche Bevölkerung dieſen Krieg mit großer Freude in ihrer Mehrheit geſehen hätte? Ich glaube nicht. Wenn die ſächſiſche Bevölkerung hätte abſtimmen können, ſoll dieſer Krieg geführt werden oder nicht, ſo würde ſie die Frage verneint haben. Nichts deſto weniger hat niemand etwas darin gefunden, daß nach dem Kriege eine Kontribution in Sachſen erhoben wurde. Daß dieſe Koſtendeckung eine allgemeine ſein ſollte, war bereits bei den mündlichen Verabredungen in Nikolsburg vorgeſehen worden. Dies waren die Gründe, welche Seine Majeſtät den König bewogen, contre coeur damals zuzuſtimmen, bei denen ich auch den Herrn Vorredner bitten möchte, ſich zu beruhigen.

Der Herr Vorredner hat mit großer Beſtimmtheit ausgeſprochen, daß er in der Aufnahme des Großherzogtums Baden den Anfang der Vollendung des Bundes ſehe. Meine Herren, hier kann ich nur Überzeugung gegen Überzeugung ſtellen: meiner Überzeugung nach würde in einer ſolchen Maßregel die Hemmung der Vollendung liegen, — nicht bloß ein Anfang der Hemmung, ſondern ein ziemlich dauerhafter Hemmſchuh, mit dem am Rade wir an der Vervollſtändigung des Bundes alsdann weiter zu arbeiten haben würden. Ich kann nur dringend wünſchen, meine Herren, daß Sie der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes, der Sie früher in wichtigeren Fällen,

und namentlich in der Zeit, von der der Herr Vorredner ſprach, wo dieſer Verfaſſungsparagraph geſchaffen wurde, Ihr Vertrauen in einer mitunter mich beſchämenden Weiſe zugewendet haben, auch jetzt Ihr Vertrauen dadurch bekunden wollen, daß Sie den Antrag, wie er gedruckt vorliegt, nicht annehmen wollen. Ich würde mich nicht ſo beſtimmt dagegen ausgeſprochen haben, wenn er nicht durch die Rede des erſten Herrn Redners, ſowie geſchehen, erläutert worden wäre; da würde ich vielleicht mein Gewiſſen damit haben beruhigen können, daß er eine dilatoriſche Klauſel hat, deren Dauer ja von Verſchiedenen verſchieden verurteilt werden kann. So aber werde ich es von denjenigen, die Vertrauen zu meiner Leitung der Geſchäfte haben, als eine Bekundung desſelben anſehen, wenn ſie für dieſen Antrag nicht ſtimmen.

(Nach dem Abg. Miquel:)

Ich kam heute hierher, noch im Zweifel, ob ich es mir überhaupt gefallen laſſen ſollte, über Fragen der auswärtigen Politik in dieſer Weiſe öffentlich interpelliert zu werden, ob ich dem Mißbrauch Vorſchub leiſten ſollte, daß beliebig aus irgend einem äußeren Grunde bei einer Frage über Jurisdiktion die große Politik — ich ſage nicht nur die deutſche, ſondern auch die europäiſche — zum Gegenſtand öffentlicher Diskuſſion gemacht wird. Ich kann das nicht hindern, aber daß dabei der Vertreter der auswärtigen Politik interpelliert wird und, wenn er nicht falſch beurteilt werden will und ſich nicht falſche Motive unterſchieben laſſen will, gezwungen iſt, zu antworten, ſcheint mir befremdlich. Ich kam halb und halb mit der Neigung her, mich dieſem Zwang zu widerſetzen und anzunehmen, daß der Antrag, den Sie geſtellt haben, in der Abſicht geſtellt ſei, daß Sie Ihre eigene Anſicht ausſprechen wollen, aber nicht notwendig die Abſicht einſchließe, die meinige an den Tag zu fördern. Nichtsdeſtoweniger hat die Rede, mit der der erſte Herr Redner den Antrag einleitete, es mir ganz unmöglich gemacht, dazu zu ſchweigen; abgeſehen von den faktiſchen Irrtümern, wie daß z. B. der Miniſter Mathy die Intentionen der badiſchen Regierung in einer offiziöſen Weiſe mir mitgeteilt hätte. Der Herr hat mir einen Privatbrief geſchrieben, deſſen Konzept nachher unter ſeinen hinterlaſſenen Papieren gefunden und ſehr gegen den Wunſch der badiſchen Regierung veröffentlicht worden iſt.

Dieſer Privatbrief verlangte von mir, ich ſolle eine promiſſoriſche Politik machen, — erklären, in welchem Zeitraum etwa, und die Autoriſation erteilen, daß dieſes einigen leitenden Parteiführern mitgeteilt werde. Wenn dies geſchehen wäre, ſo mußte ich natürlich vorausſetzen, daß dieſe Parteiführer nicht bloß aus Neugierde die Mitteilung wünſchten, ſondern um ihrerſeits Gebrauch davon zu machen, alſo die beabſichtigte Politik zu veröffentlichen. Auf dieſen Privatbrief — und etwas anderes iſt nicht vorgekommen — habe ich geantwortet, ich müßte es ablehnen, eine promiſſoriſche Politik überhaupt zu treiben, wie ich es jetzt auch ablehne. Die auswärtige Politik iſt nicht ein Gewerbe der Art, daß ſie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller ihrer Phaſen verträgt. Was der Herr Vorredner unter Volkspolitik verſteht — ein Wort ſtellt bekanntlich zur rechten Zeit ſich ein, — ſo weiß ich nicht, verſteht er darunter die öffentliche Meinung, die im Jahre 1866 in Adreſſen uns beſtürmte, dieſen Krieg nicht zu führen, — verſteht er darunter die Verweigerung der Mittel, dieſen Krieg zu führen? Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgend einen Begriff hat, und ich glaube, man weiß es uns Dank, daß wir damals die Sache beſſer verſtanden haben, wie dieſe Volkspolitik.

Ich möchte ſagen, es thut mir faſt leid, daß ich meinen Vorſatz, zu ſchweigen, nicht ausgeführt habe; aber ich hätte darin eine Nichtachtung der Verſammlung geſehen, ich hätte damit Thür und Thor geöffnet geſehen jeder Verdächtigung der Motive meines Schweigens. Man würde bald auswärtige, bald inländiſche Rückſichten, bald Bodenſätze und Niederſchläge eines veralteten preußiſchen Junkertums als Motive bezeichnet, bald — ich weiß nicht nach welchen Richtungen hin — mich verläumdet haben, wenn ich geſchwiegen hätte. Nun ſtellt ſich aber die Sache einfach ſo: Wir ſind über den Zweck ganz einig, den wir erſtreben, nämlich eine Einigung des geſamten Deutſchlands, deren feſten Abſchluß wir überhaupt in keiner konkreten Form uns heute ſchon zu denken haben, ſondern ſie kann als einer ewigen Vervollkommnung, ſo lange es Völker giebt, fähig angeſehen werden. Der augenblickliche Norddeutſche Bund iſt ein konkreter Ausdruck der Einigung, den ich jedoch als ein vorübergehendes Stadium betrachte, ebenſo wie ich ihn, durch Baden vergrößert, ebenfalls nur als ein vorübergehendes Stadium betrachten würde. Wir ſind über den Zweck alſo ganz einig. Und in dieſer Lage tritt ein Redner derjenigen Partei auf, die

behauptet, ſie hätte mir ihr Vertrauen und ihre Unterſtützung jederzeit bewieſen, und beanſprucht, daß der Reichstag bezüglich der Mittel der Hofkriegsrat für meine Politik ſein ſolle. Das ſetzt ein Mißtrauen voraus, wenn auch nicht in meinen guten Willen, ſo doch in meine Einſicht. Über den Zweck ſind wir einig; aber über die Mittel ſind die Herren der Meinung, daß ſie die Auswahl der Mittel, die Auswahl des Zeitpunktes beſſer verſtehen als ich, und ich bin der Meinung, daß ich das beſſer verſtehe als Sie, nur darüber können wir uns nicht einigen. So lange ich aber Bundeskanzler und auswärtiger Miniſter bin, ſo muß die Politik nach meiner Einſicht gemacht werden, und wenn Sie ihr Steine in den Weg legen, ihr Knüppel in die Räder ſchieben, ſo hindern Sie dieſe Politik, und die Verantwortlichkeit für dieſe Verhinderung, ja ſelbſt für die unzeitige Nötigung, mich auszuſprechen, die Verantwortlichkeit für die Folgen tragen Sie, die Antragſteller und Redner, nicht ich. Wenn ich aber nun noch dem ausgeſetzt bin, daß einer der Herren Redner dieſer Partei, die mich zu unterſtützen vorgiebt, die behauptet, jederzeit mir Beweiſe ihres Vertrauens gegeben zu haben, nur heute nicht — meine Herren, wir wollen in den Büchern nicht blättern — wenn jemand, auf deſſen Unterſtützung perſönlich ich in der That gerechnet habe, wenn der Herr Abgeordnete, während wir ſo nah aneinander ſitzen, während er ſo gut hört und ſo einſichtsvoll zu urteilen weiß, wenn er einen ſo weſentlichen Teil deſſen, was ich geſagt habe, ſchon jetzt unabſichtlich ſo entſtellt, auf was für Mißverſtändniſſe muß ich dann überhaupt gefaßt ſein, wenn die Worte, die ich geſprochen habe, erſt in den Zeitungen von Übelwollenden zerpflückt werden — wenn ſchon mein beſter Freund, zu denen ich den Herrn Vorredner rechne, zu ſolchen Mißverſtändniſſen gelangt, als hätte ich geſagt, ich wollte das ganze Süddeutſchland entweder auf einmal oder garnicht. Es hat das in meinen betreffenden Worten in keiner Weiſe gelegen; ich erinnere daran — es wird das noch im Gedächtnis ſein — ich gebrauchte das, dem Herrn Vorredner vielleicht beſſer wie mir geläufige lateiniſche Idiom rebus sic stantibus. Ich ſchloß durchaus den Fall nicht aus, daß wir ſehr wohl zu einzelnen Anſchlüſſen kommen könnten. Ich weiß z. B. nicht, ob, wenn heute dieſelbe Bereitwilligkeit von ſeiten der bairiſchen Regierung vorhanden wäre, ich den Fall nicht ganz anders beurteilen würde. Ich weiß ferner nicht, ob, wenn dieſe Bereit-

willigkeit von ſeiten der badiſchen und württembergiſchen, einſchließlich der ſüdheſſiſchen Regierung vorhanden wäre, ich den Fall auch nicht anders beurteilen würde. Einer der Herren Abgeordneten hat die Güte gehabt, mir ein Material zu ſuppeditieren, woraus der Herr Redner entnehmen kann, daß ich nicht bloß heute und ex post dieſe Auslegung gebe. Es ſind dies die Verhandlungen vom 9. April 1867 über den etwaigen Eintritt des ſüdlichen Teils des Großherzogtums Heſſen in den Norddeutſchen Bund, wo ich, glaube ich, mich unumwunden dahin ausgeſprochen habe, daß, wenn der Antrag der heſſiſchen Regierung erfolgte, die Sache in Verhandlung genommen werden würde; ich habe den Weg näher bezeichnet, aber ich glaube, man muß ſehr feindlich gegen mich leſen, wenn man irgend eine Abneigung meinerſeits aus dieſen Zeilen herausleſen will, die in dem ſtenographiſchen Bericht — ich will Sie nicht aufhalten und die Rede nicht unnötig verlängern — enthalten ſind. Nun frage ich, welches Intereſſe hat der Herr Vorredner denn, dem Publikum und den Leuten, der öffentlichen Meinung, auf deren Vertrauen ich rechnen muß, eine unrichtige Vorſtellung von meinen Zwecken, von meinen Zielen, von meiner Auffaſſung zu geben? und wäre es nicht wenigſtens, wenn nicht der Achtung von mir, doch den Rückſichten auf das öffentliche Wohl entſprechend, unter ſolchen Umſtänden genauer zu hören, ehe man mit ſo vieler Entſchiedenheit und ſo vielem rhetoriſchen Schmuck meine Intentionen dem Publikum in einer unrichtigen Weiſe darſtellt? Ich fürchte Ihnen zu lang zu werden, meine Herren, wenn ich mit derſelben Ausdehnung, mit der der Herr Vorredner mir Stoff dazu gegeben hat, die einzelnen — mir fällt immer ein zu harter Ausdruck dabei ein — die einzelnen unrichtigen Auffaſſungen meiner Äußerungen revidieren wollte; wir kämen nicht zu Ende. Ich kann den Herrn Vorredner nur bitten, meine Rede genauer zu leſen, und er wird ſich ſelbſt überzeugen, daß er mir Unrecht gethan hat und daß er durch das weitreichende Sprachrohr der Tribüne bei einem großen Teil desjenigen Publikums, welches nur Zeitungen lieſt, in denen die Reden ſeiner Partei unverkürzt gegeben werden, die meinen aber verkürzt und unvollſtändig, dazu beigetragen hat, einen falſchen Eindruck von meiner Stellung herbeizuführen. Im Übrigen, ich komme ungern — Sie haben mir früher vorgeworfen, daß ich, wenn die Gründe mir ausgingen, etwa erklärte: dann ſpiele ich nicht mehr mit, dann helfen Sie ſich, wie Sie

können — ich komme ungern auf ein ſolches Thema; aber Herr v. Blanckenburg, wie er ſprach, ſagte ganz richtig: verſtehen Sie die Sache beſſer, ſo müſſen Sie Bundeskanzler werden, ſo iſt es ganz unrichtig, daß Sie dort ſitzen, denn die öffentliche Politik Deutſchlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, ſie muß von hier geleitet werden; wiſſen Sie alles beſſer wie ich, ſo ſetzen Sie ſich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle ſetzen, und will diejenige Kritik üben, die mir eine 20-jährige Erfahrung in den Geſchäften deutſcher Politik an die Hand geben wird; aber ich verſichere Sie, mein Patriotismus wird mich ſchweigen laſſen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit iſt.

Über das Strafgeſetzbuch und die Todesſtrafe.

Rede gehalten am 1. März 1870.

Ich getraue mir nicht, den Gründen, welche in dieſer Frage für und wider angeführt ſind, ſolche hinzufügen zu können, welche die Überzeugung des einen oder andern zu beſtärken oder zu erſchüttern vermöchten. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, ſo geſchieht es, um Zeugnis dafür abzulegen, daß die Argumente, die ich hier gegen die Todesſtrafe gehört habe, meines Erachtens nicht die Kraft haben werden, die Überzeugung der Mehrheit des Bundesrats, der Mehrheit der Regierungen, welche ſich im Bundesrat für die Vorlagen ausgeſprochen haben, zu erſchüttern — welche ſich nach ſorgfältiger Prüfung in allen Stadien, den techniſchen ſowohl wie den politiſchen, für die Beibehaltung der Todesſtrafe entſchieden hatten.

Wenn ich den Eindruck, den ich von der Diskuſſion habe, und der mich dies äußern läßt, reſumiere, ſo iſt es einmal der der Überſchätzung bei den Gegnern der Todesſtrafe des Wertes, welchen ſie dem Leben dieſer Welt und der Bedeutung, welche ſie dem Tode beilegen. Ich kann mir denken, daß jemandem, der an eine Fortſetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesſtrafe härter erſcheint als demjenigen, der an die Unſterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt: aber wenn ich der Frage näher ins Auge ſehe, ſo kann ich auch das kaum annehmen. Für jemand, der des Glaubens nicht iſt — zu dem ich mich von Herzen bekenne — der Tod ſei ein Übergang von einem Leben in das andere, und wir ſeien imſtande, auch dem ſchwerſten Verbrecher

auf ſeinem Grabe die troſtreiche Verheißung zu geben: mors janua vitae — für jemand, der dieſe Überzeugung nicht teilt, müſſen die Freuden dieſes Lebens einen ſolchen Wert haben, daß ich ihn faſt um die Empfindungen, die ſie ihm bereiten, beneide; er muß in einer Beſchäftigung leben, die für ihn ſo befriedigende Erfolge aufweiſt, daß ich ſeinen Gefühlen darin nicht zu folgen vermag, wenn er mit dem Glauben, daß ſeine perſönliche Exiſtenz mit dieſem leiblichen Tode für ewig abgeſchloſſen ſei, wenn er mit dieſem Glauben es überhaupt der Mühe wert findet, weiter zu leben. Ich will Sie hier nicht auf den tragiſchen Monolog von Hamlet verweiſen, der alle die Gründe anführt, die ihn bewegen ſollten, nicht weiter zu leben, wenn die Möglichkeit nicht wäre, nach dem Tode vielleicht zu träumen, vielleicht doch noch etwas zu erleben — wer weiß, was. — Wer aber darüber mit ſich einig iſt, daß dieſem Leben kein anderes folgt, der kann dem Verbrecher, der, um mit den Worten des Dichters zu reden, feſten Blicks vom Rabenſtein blicket, in das Nichts hineinſieht, für den der Tod die Ruhe, der Schlaf iſt, derjenige Schlaf, den Hamlet erſehnt, der traumloſe, nicht zumuten, bei ſolcher Auffaſſung in der engen Zelle eines Gefängniſſes, beraubt von allem, was dem Leben einen Reiz verleihen kann — um die Worte eines Gelehrten zu gebrauchen — das Phosphoreszieren ſeines Gehirns noch eine zeitlang fortzuſetzen. Es iſt einerſeits dieſe übertriebene Bedeutung des Überganges aus dem einen Leben in das andere, welche von den Regierungen, die in dem Bundesrate die Majorität bildeten, nicht in dem Maße, glaube ich, wird gewürdigt werden, wie hier.

Ich habe hier das Gefühl gehabt, daß das Wort des Dichters: „Und ſetzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen ſein“ und das andere Wort, daß das Leben der Güter höchſtes nicht iſt, bei uns in eine merkwürdige Vergeſſenheit geraten, in einen Wuſt von, meines Erachtens, falſcher Sentimentalität begraben worden iſt. Ich habe ferner den Eindruck gehabt, daß die gegneriſche Auffaſſung von einer gewiſſen krankhaften Neigung geleitet war, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu ſchonen und vor Unrecht zu ſchützen, als ſeine Opfer. Es iſt angeführt worden, daß in den Zeiten, wo die Todesſtrafe häufiger geübt wurde, die Verbrechen auch häufiger geweſen ſeien; es iſt auf das Mittelalter, auf die Zahl der damals üblichen qualifizierten Todesſtrafen zurückgegriffen worden.

Meine Herren! Sind Sie denn ganz ſicher, daß die Minderung der Verbrechen, welche eingetreten iſt, nicht auch eine Folge geweſen ſei der Jahrhunderte lang ſtreng geübten Handhabung der obrigkeitlichen Strafgewalt? (Ein Mitglied des Reichstages unterbrach hier die Rede durch den Ruf „Pfui!“). Dergleichen Fragen wollen doch wiſſenſchaftlich unterſucht werden, und können mit der Rohheit eines „Pfui“ nicht abgethan werden. Ich bin demjenigen Herrn, der ſeine Mißbilligung ſo energiſch zu erkennen gab, gern bereit, zu erklären, daß die fortſchreitende Vervollkommnung der menſchlichen Einſicht und Bildung, alle die Güter der Civiliſation, die wir mit Recht rühmen hören, das Fortſchreiten der Geſittung nicht ohne Anteil an der Sache iſt, es iſt das Fortſchreiten derjenigen Geſittung, deren Grundlage ſich auf das Chriſtentum unſerer Väter zurückführen läßt, ſie wirkt noch heute in allen Schichten des Volkes, ſie trägt Sie heute noch, die Sitte; die Abſchaffung der Todesſtrafe dagegen hat nur auf ſehr kurze und kleine Bezirke beſchränkte Erfahrungen für ſich. Ich halte mich meinerſeits nicht für berechtigt, die Mehrheit der friedlichen Bürger dem Experiment ohne weiteres preiszugeben. Es eilt ja nicht ſo, Sie können die Todesſtrafe jederzeit, ſobald eine Einigkeit der Mehrheit dieſer Verſammlung mit der Mehrheit des Bundesrates ſich herſtellen läßt, noch immer abſchaffen, nachdem Sie das Strafgeſetz angenommen haben.

Warum wollen Sie den großen Fortſchritt, der in dem gemeinſamen Strafrecht liegt, von dieſer einzelnen Frage abhängig machen? Daß die Gegner der Todesſtrafe ſelbſt doch nicht an der Wirkſamkeit, an dem Eindruck, den ſie für den Schutz des friedlichen Bürgers macht, durchaus zweifeln, das geht ſchon daraus hervor, daß Sie für ſolche Fälle, wo es abſolut darauf ankommt, wirkſamen und hinreichenden Schutz der Sicherheit herzuſtellen, die Todesſtrafe beibehalten wollen. Was iſt denn der Grund, weshalb Sie im Belagerungszuſtande und, wie ich nicht zweifle, im Heere, auf der Marine, da, wo es Ihnen darauf ankommt, daß Ruhe, Ordnung und Gehorſam gegen das Geſetz unbedingt ſichergeſtellt werden, auch Sie die Todesſtrafe beibehalten wollen, doch wohl, weil Sie dieſer Strafart eine noch energiſchere Wirkung zuſchreiben, als der Ausſicht auf eine Einſperrung mit möglicher Begnadigung oder Befreiung. Wenn Sie das aber zugeben, daß nur um eines Haares Breite mehr Schutz für den friedlichen Bürger darin liegt, dann ſind

Sie dem friedlichen Bürger ſchuldig, daß Sie ihm dieſes Mehr von Schutz, welches die Geſetzgebung gegen Räuber und Mörder geben kann, auch geben. Die Regierungen werden alſo ihrerſeits ſchwerlich geneigt ſein, die Verantwortlichkeit für die Entziehung dieſer Völligkeit, dieſer Plenitüde des Schutzes, welche in der Todesſtrafe liegt, zu übernehmen. Ich finde ferner eine Inkonſequenz der Herren darin, daß Sie der Obrigkeit das Recht der Tötung behufs der Repreſſion verſagen, behufs der Präventiv-Maßregeln aber geſtatten wollen. Gerade umgekehrt, wie Sie in der Geſetzgebung für die Preſſe plädieren. Sie wollen der Obrigkeit in der Verteidigung ihrer Rechte, Sie wollen der Obrigkeit im Schutze des Eigentums des einzelnen Bürgers in der Hinderung eines Verbrechens das Recht zu töten nicht beſtreiten, und doch handelt es ſich da nicht um einen überführten, ſondern erſt um einen möglichen Verbrecher. Sie wollen zum Schutz des Eigentums — und hier handelt es ſich um den Schutz des Lebens, denn es iſt weſentlich nur von den Todesſtrafen der wirklichen Mörder die Rede — zum Schutz des Eigentums wollen Sie die Tötung zulaſſen. Abeiter, die in einem Aufſtande ein Kontor oder einen Bäckerladen ſtürmen, auf die darf geſchoſſen werden; ob es aber einen Schuldigen trifft, weiß man nicht einmal; ob es ein Menſch geweſen iſt, der auch nur die Abſicht gehabt, event. zu morden, weiß man nicht, — alſo um das Eigentum eines Bäckers zu ſchützen, um ein Kontor zu ſchützen, darf der Staat töten, und um den friedlichen Bürger in ſtärkerer Weiſe gegen den Fall zu ſchützen, daß ſich bei ihm der Raubmörder einſchleicht und Familien halbdutzendweiſe umbringt, da wollen Sie dem Staate das Recht zu töten nehmen. Die Verſchleppung einer Viehſeuche darf durch Tötung eines Menſchen verhindert werden, jemand, der Gefahr läuft, das Kontagium der Rinderſeuche weiter zu tragen, wird von dem wachthabenden Poſten, wenn er dem Geſetz nicht gehorcht, über den Haufen geſchoſſen, um nicht das liebe Vieh in Lebensgefahr zu bringen.

Der Schutz des Menſchenlebens gegen Verbrecher aber ſcheint weniger hoch zu ſtehen, natürlich nur deshalb, weil man ſich dieſe Momente zum Vergleich nicht nahe rückt. Sie müſſen der Obrigkeit das Recht zu töten entweder ganz nehmen, oder Sie müſſen es ihr auch im Falle der Repreſſion und nicht bloß für Durchführung von Präventivmaßregeln laſſen, und Sie müſſen den Schutz des Eigentums wenigſtens in der Theorie nicht höher

ſtellen, als den des Lebens. Es geſchieht dies in einer Zeit, wo man im großen und ganzen in bezug auf Menſchenleben nicht gerade weichlich iſt. Wieviel Menſchenleben werden bei uns für die öffentliche Bequemlichkeit, für die Förderung des Erwerbs heute aufs Spiel geſetzt, wieviel Todesfälle kommen auf das Explodieren von Dampfkeſſeln, wie Viele kommen in Bergwerken und auf Eiſenbahnen um, wie Viele kommen um in Fabriken, wo giftige Dünſte ihre Geſundheit zerſtören? Und nichtsdeſtoweniger kommt man nicht auf den Gedanken, zur Schonung des Menſchenlebens die Förderung der menſchlichen Bequemlichkeit und Wohlfahrt, die in dieſen Erwerben liegt, zu unterſagen. Kaum der Gedanke kommt bei uns zum Durchbruch, daß man den Leuten, die auf dieſe Weiſe mit täglicher Lebensgefahr kämpfen, daß man dem Eiſenbahnführer, dem Lokomotivführer, dem Bergmann, Leuten, die der Gefahr eines plötzlichen Todes an jedem Tage, zu jeder Stunde ausgeſetzt ſind, daß man ihnen mit der Geſetzgebung inſoweit zur Hülfe kommt, als man vermöchte. Warum wendet ſich das Gefühl denn gerade der Schonung des Verbrechers zu, ohne daß Sie nach jener Richtung ſchon gethan hätten, was Ihnen zu thun möglich iſt. Ich ſuche einige Erklärung in dem Umſtande, der ja ſchon früher, in der geſtrigen Sitzung mehrfach hervorgehoben iſt; in der auffälligen Erſcheinung, daß die Gegner der Todesſtrafe hauptſächlich Juriſten ſind, und daß in den Juriſten eigentlich der Urſprung der Bewegung gegen die Todesſtrafe liegt. Es kann ja ſein, daß in dem Richter ſich das Gefühl ausbildet, daß es dem Menſchen überhaupt nicht gegeben iſt, vollkommen gerecht zu ſein, daß es ihm nicht gegeben iſt, nach Maßgabe des Verbrechens und der Entſchuldigungsgründe ſeine Strafe zu bemeſſen, daß es ihm nicht gegeben, ſich ſo in die Lage des andern hineinzudenken, daß er ſich fragen kann: wäre ich ganz derſelben Verſuchung bei derſelben Erziehung ausgeſetzt geweſen — hätte ich dann vielleicht dasſelbe Verbrechen begangen? In ſehr vielen Fällen mag der Einzelne beſcheiden genug ſein, das zu bejahen, ich hoffe, er wird dann auch gerecht genug ſein, zu ſagen: dann hätte ich auch gegen meine Hinrichtung nichts einzuwenden. Aber den Grund, warum gerade die Richter und die Geſchworenen vorzugsweiſe gegen die Todesſtrafe ſind, ſuche ich doch noch auf einem anderen Gebiete. Es iſt eine der Krankheiten unſerer Zeit die Scheu vor der Verantwortung, auf eigene Überzeugung hin ein Todesurteil auszuſprechen, von ſeiten der Geſchworenen auf eigene Über-

zeugung hin einen Wahrſpruch zu geben, von dem ſie nach dem Geſetze annehmen können, daß er die Tötung des Verbrechers zur Folge hat. Dieſe Furcht vor der Verantwortlichkeit iſt eine Krankheit, die unſere ganze Zeit durchſetzt, es iſt eine Krankheit, die bis in die höchſten Spitzen der menſchlichen Hierarchie hinaufreicht; ſelbſt dem Souverän iſt die Verantwortlichkeit im höchſten Grade beſchwerlich und empfindlich, die er mit der Handhabung des Rechtsſchwertes übernimmt — um wie viel mehr dem Richter, der weniger daran gewöhnt iſt, Intereſſen von ſolcher Schwere, wie die Streichung eines ſeiner Nebenmenſchen aus der Reihe der Lebendigen, auf ſeine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Daß der Richterſtand beſtrebt iſt, dieſe Verantwortlichkeit los zu werden mit dem einen Geſetzesparagraphen: ihr braucht niemanden mehr zum Tode zu verurteilen, das iſt mir menſchlich ſehr erklärlich, namentlich in der Jetztzeit, wo jedermann ſo leicht zur Kritik bereit iſt, dagegen zur Übernahme eines Amtes mit folgenſchwerer Verantwortlichkeit doch im ganzen nur ſehr wenig Leute. Und dieſe — ich kann es nicht anders nennen, als: eine Schwäche in dem ſo ehrenwerten und hohen und edlen Stande unſerer Richter — dieſe ſchwächliche Abneigung, ihr Amt bis in ſeine höchſte Potenz zu üben, ich kann nicht anders ſagen, als: ſie beruht auf einem Mißverſtändnis. Denn iſt nicht die Verantwortlichkeit eben ſo ſchwer, wenn ich einen Menſchen zeitlebens einſperre, ja ich gehe weiter, iſt nicht die Verantwortung moraliſch dieſelbe, wenn ich einen Menſchen auf acht Tage ungerecht einſperre, als wenn ich ihn zum Tode verurteile? Ich kann gar nicht wiſſen, zu welchen Wirkungen eine achttägige ungerechte Einſperrung führt, wie die ganze Exiſtenz, die ich dazu verurteile, von dieſem Augenblicke an vielleicht eine falſche verbitterte Entwicklung im Kampfe mit den Geſetzen nimmt und weiter zu Verbrechen gefördert wird. Ich möchte alſo an die Herren Juriſten die Aufforderung richten: ſchrecken Sie angeſichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorſehung auferlegt iſt, nicht vor Erfüllung derſelben in ihrem höchſten Stadium zurück und werfen Sie das Richtſchwert nicht von ſich, Sie können ſich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in ſeiner Handhabung lediglich menſchliche Kraft zutrauen. Eine menſchliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in ſich ſpürt, iſt allerdings zur Führung des Richtſchwertes nicht ſtark genug! Ich möchte die Hohe Verſammlung bitten, obwohl ich fürchte, daß es ohne Erfolg iſt: verſagen wir dem friedlichen Bürger des Norddeutſchen

Bundes den Schutz, den Sie ihm im vollsten Maaße schuldig sind und so weit wir ihn irgend leisten können, nicht unter den Eindrücken eines Gefühls, was ich, ohne irgend jemand damit kränken zu wollen, — aber ich weiß keine logisch richtigere Bezeichnung — nur als eine kränkliche Sentimentalität der Zeit bezeichnen kann. Ich komme nach dieser Einleitung zurück auf die Meinung, die ich von dem weiteren Schicksal unserer Vorlage habe. Ich glaube nicht, daß, wenn die Vorlage des Strafgesetzbuches nach Streichung der Todesstrafe aus derselben an den Bundesrat zurückgelangt, die Majorität eine andere sein wird, als die vorige; ich glaube deshalb, daß damit das Schicksal der Vorlage, für diese Session wenigstens, besiegelt sein würde. Ich bin indessen nicht berechtigt, im Namen zukünftiger Majoritäten des Bundesrats zu sprechen; ich kann mit voller Sicherheit nur von der preußischen Stimme und von dem preußischen Einfluß reden, der aber wird mit seinem vollen Gewicht für die Beibehaltung der Todesstrafe eingesetzt werden: nur dafür kann ich bürgen. Ich bin aber von der Wiederholung der früheren Voten um so mehr überzeugt, als der Bundesrat für oratorische Eindrücke auf seine Überzeugungen nicht empfänglich ist, letztere vielmehr aus den wohlerwogenen Instruktionen der Regierungen hervorgehen.

(Nach dem Abgeordneten Fries.)

Meine Herren! Die Mehrheit des Reichstages zu respektieren, daran werde ich es gewiß niemals fehlen lassen, und wenn uns nicht unser eigenes Gefühl dazu triebe, würden wir doch dazu genötigt sein, denn wir können ohne die Mehrheit des Reichstags nichts machen. Aber die Sache hat doch auch ihr Gegenseitiges in dieser Beziehung, und wenn der Herr Vorredner das Respektieren der Mehrheit des Reichstags so auslegt, daß der Bundesrat sich eben jeder kundgegebenen Meinung der Mehrheit des Reichstags unbedingt fügen müsse, dann muß er erst die Bundesverfassung abschaffen. Es liegt in dieser Phrase eine Art Attentat auf die Bundesverfassung und auf die Geltung derselben, gegen das ich mich verwahren muß.

Ich bin überzeugt, daß der Bundesrat und die gesamte Regierung sich nicht nur mit der Majorität des Reichstages, sondern, was unter Umständen etwas ganz anderes sein kann,

auch mit der Majorität des Volkes in voller Übereinstimmung über die Ziele halten muß, die zu erstreben sind, und daß solche Ziele, die im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung der großen Mehrheit des Volkes von dem Bundesrat erstrebt werden könnten, von ihm schwerlich erreicht, ja, ich kann hinzufügen, gar nicht zu erreichen versucht werden würden. Was ist denn aber das Ziel in dieser Frage, die uns heute vorliegt? Doch nicht lediglich der Schutz der Verbrecher vor dem Schaffot? Das Ziel liegt doch höher, es heißt: Schutz des friedlichen Bürgers, Handhabung der Ordnung und Gerechtigkeit in dem Staatswesen, dem wir angehören. Das ist das Ziel, über das wir mit großer Mehrheit des Volkes und mit dem Reichstage einig zu sein glauben; handelt es sich aber um die Mittel, vermöge deren dieses Ziel zu erreichen ist, dann gestatten Sie auch dem Bundesrat sein verfassungsmäßiges Mitreden.

Rede bei der Schlußberatung.

Gehalten am 23. Mai 1870.

Meine Herren! Um zu der Vorlage zu gelangen, welche Ihnen ursprünglich gemacht worden ist, haben die einzelnen Regierungen, ich kann sagen, fast jeder Fürst persönlich, fast jeder Ratgeber eines deutschen Fürsten persönlich, wesentliche Opfer an ihren politischen Überzeugungen, an ihren Wünschen, an ihrem Rechtsgefühl, ich möchte sagen, an ihrem Rechtsglauben bringen müssen. Sie haben sie bereitwillig dem höher stehenden Zwecke deutscher Rechtseinheit gebracht.

In demselben Sinne sind die verbündeten Regierungen an die Beschlüsse des Reichstages getreten, die ihnen nach der zweiten Lesung vorgelegen haben, und ich glaube, Sie werden ihnen das Zeugnis geben, daß sie auch dort dem höheren Zwecke der deutschen Rechtseinheit neue und erhebliche Opfer gebracht haben.

Manche der Regierungen hätten gewünscht, wie viele unter Ihnen, die Todesstrafe zu beseitigen. Sie haben geglaubt, diese ihre Überzeugung, diesen ihren Glauben an ein sittliches Erfordernis der Zeit dem Zwecke zum Opfer bringen zu müssen, welchem die Schöpfung des Norddeutschen Bundes wesentlich ihre Entstehung verdankt, dem sie bisher gedient hat: der deutschen Nation die Rechtseinheit, die politische Einheit wiederzugeben.

Dieſen Zweck haben ſie höher geſtellt, als ihr Verlangen nach Abſchaffung der Todesſtrafe.

Andere Regierungen, und zwar die große Mehrzahl, haben geglaubt, denen, die auf ihren Rechtsſchutz Anſpruch haben, dieſen Schutz durch eine Anwendung der ſchwerſten Strafe in ausgedehnterem Maße ſchuldig zu ſein, als die jüngſten Konzeſſionen der Regierungen es zulaſſen. Der Herr Vorredner hat eben bemerkt, daß früher vierzehn verſchiedene Fälle mit der Todesſtrafe bedroht geweſen ſind. Es hat ſchwere Kämpfe und lange Verhandlungen gekoſtet, ehe dieſe vierzehn Fälle auf das Maß reduziert worden ſind, welches der erſte Entwurf Ihnen unterbreitete, und demnächſt auf Ihren Wunſch in Berückſichtigung Ihrer Beſchlüſſe hat eine weitere ſehr beträchtliche Verminderung dieſer Fälle eintreten können. Die Regierungen haben den Beweis gegeben, daß ſie die eigene Überzeugung, die eigene Rechtsanſicht dem höheren nationalen Zwecke zu opfern ſich entſchließen können; nur ein Opfer können ſie dieſem Zwecke nicht bringen: das iſt das Prinzip dieſer nationalen Einheit ſelbſt. Hierin liegt der Grund, der ſie hindert, dem Amendement der Abg. Planck und Genoſſen ihre Zuſtimmung zu erteilen. Die Regierungen ſind außer ſtande, ſich von der Vergangenheit des Norddeutſchen Bundes, ſich von den Zwecken, welche uns bisher vereinigt und beſchäftigt haben, in dem Maße los zu ſagen, daß ſie aus der Quelle des einheitlichen Bundesrechts zweierlei Waſſer fließen laſſen, daß ſie bewußter Weiſe und von dieſer Stelle hier ein doppeltes Rechtsſyſtem für den Norddeutſchen Bund ſchaffen. Ich gehe auf die juriſtiſchen Schwierigkeiten, die die Durchführung eines ſolchen Syſtems hat, nicht ein, man kann deren viele aufſtellen, wie die Frage etwa über ein Verbrechen, welches bei Nacht auf einer Eiſenbahnfahrt, wie es ja vorgekommen iſt, ſtattgefunden hat, — ob es in einem Gebiete, wo die Todesſtrafe aufgehoben iſt, ob es zwiſchen Magdeburg und Leipzig etwa in der Gegend von Cöthen, oder ob es dicht vor Leipzig begangen worden iſt; man könnte bei andern Verbrechen, z. B. der Ermordung von Förſtern durch Wilddiebe in Grenzwaldungen, ähnliche kaſuiſtiſche Fragen aufſtellen, ſie ſollen mich nicht beſchäftigen, ich halte mich lediglich an die politiſche Seite der Sache. Es iſt für mich eine abſolute Unmöglichkeit, es wäre ein volles Verläugnen meiner Vergangenheit, wollte ich einem Geſetze hier zuſtimmen, welches das Prinzip ſanktioniert, daß durch den Bund zweierlei Recht für die Norddeutſchen ge-

ſchaffen werden ſoll, daß gewiſſermaßen zweierlei Klaſſen von Norddeutſchen geſchaffen werden ſollen, — eine Selekta, die vermöge ihrer Geſittung, vermöge ihrer Erziehung ſo weit vorgeſchritten iſt, daß ſelbſt ihre üblen Subjekte des Korrektivs, des Richtbeils nicht mehr bedürfen, und dann das profanum vulgus von 27 Millionen, welches dieſen ſächſiſch-oldenburgiſchen Kulturgrad noch nicht erreicht hat, dem das Richtbeil im Nacken ſitzen muß, um es in Ordnung zu halten. Dem können wir nicht zuſtimmen; ich würde, meine Herren, eher ein nach meiner Überzeugung ſehr viel mangelhafteres aber einheitliches Strafgeſetz in Kauf genommen haben, ich würde mich der Hoffnung hingegeben haben, daß bei dem geſunden Sinn unſerer Bevölkerung und ſeiner Vertretung ein Fehler eines mangelhaften Strafrechts ſo allgemein kenntlich und ſo allgemein fühlbar iſt, daß die Lücken ausgefüllt und Irrtümer verbeſſert werden würden in einigen Jahren. Aber das Verlaſſen unſerer Grundprinzipien inbezug auf die Einheit, die wir in Deutſchland zu ſchaffen haben, das läßt ſich niemals wieder gut machen. Ich kann von dieſem Standpunkte aus hier kein Oldenburg und kein Preußen kennen, ich kenne nur Norddeutſche.

Unſere Aufgabe iſt, die Gleichheit vor dem Geſetz für alle norddeutſchen Bürger zu ſchaffen, nicht die Ungleichheit, da wo ſie iſt, gut zu heißen, oder gar ſie innerhalb eines Bundesgebietes neu zu ſchaffen. Meine Herren, das iſt eine politiſche Unmöglichkeit.

Wir ſind gegen Sonderrechte, Sondereinrichtungen, gegen die Vorurteile einzelner Regierungen und einzelner Stämme, ja ſelbſt gegen die Rechte einzelner Regierungen und einzelner Volksſtämme, mitunter, weil wir uns der Größe unſerer Ziele bewußt waren, mit Härte verfahren; ich darf wohl ſagen, mit Härte, wenigſtens mit Strenge. Wir haben unverrückt unſer nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts geſehen, ob wir jemandem wehe thäten in ſeiner teuerſten Überzeugung. Meine Herren, aus dieſem Geiſte haben wir unſere Kraft, unſeren Mut, unſere Macht geſchöpft, zu handeln wie wir gethan. Sobald uns dieſer Geiſt verläßt, ſobald wir dieſem Geiſte entſagen, ſobald wir ihn vor dem deutſchen Volke und ſeinen Nachbarn aufgeben, ſo legen wir damit Zeugnis ab, daß die Spannkraft, mit der wir vor $3\frac{1}{2}$ Jahren an dieſer Stelle unſern Ausgang nahmen, in dem Sande des Partikularismus, des Partikularismus der Staaten und des Partikularismus der

Parteien erlahmt ist. Wir werden die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften, hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand. . . . .

(Lebhaftes Bravo! — Von den Plätzen der sozial-demokratischen Fraktion: „Oho!“ — Erneuerter stürmischer Beifall.)

Meine Herren! Ich freue mich des Zeugnisses, was mir durch die Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit und deutscher Größe gegeben wird.

Meine Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn mich meine Kräfte noch nicht soweit unterstützen, um der Verteidigung unserer Sache mich ganz und mit dem Nachdruck zu widmen, den sie erfordert und der meiner Überzeugung entspräche. Aber, meine Herren, ich erinnere Sie an eins. Es sind noch nicht ganz zwei Jahre her, daß hier aus dem Schoße Ihrer Versammlung die Anregung erfolgte, ein einheitliches Strafrecht für die deutsche Nation in der Zukunft, für den Norddeutschen Bund einstweilen, zu schaffen. Dieser Anregung, die Ihnen zu verdanken ist, ist bereitwillig Folge gegeben worden; unmittelbar darauf haben sich die namhaftesten Juristen, die Leute, auf deren Namen in der juristischen Welt Deutschland stolz ist und stolz zu sein Ursache hat, versammelt und haben mit einem Fleiß, der den Deutschen jederzeit, mit einem praktischen Geschick, welches ihnen nicht immer eigen gewesen ist, in kurzer Zeit ein Werk geschaffen, dem auch seine Gegner, dem auch die, die es über sich nehmen wollen, dagegen zu stimmen und dem Norddeutschen Volke dieses Werk vorzuenthalten, doch die Anerkennung nicht versagen können, daß es das Beste ist, was innerhalb Deutschlands für eine größere Gemeinschaft bisher geleistet ist, daß es jedenfalls besser ist als alles das, an dessen Stelle es treten soll. Es sind noch nicht ganz zwei Jahre verflossen eine einzige Abstimmung nur trennt uns von der Verwirklichung der Wünsche, die Sie damals ausgesprochen haben und an deren Verwirklichung in so kurzer Zeit vielleicht auch die Sanguinischen unter uns, eingedenk der Schwierigkeit, Deutsche unter einen Hut zu bringen, schwerlich geglaubt haben. Diese einzige Abstimmung, versagen Sie die dem norddeutschen Volke nicht. Der Reichstag, den Sie bilden, wird in der Geschichte der Neubildung Deutschlands immer den Ruhm des erstgeborenen ordnungsmäßigen Reichstags haben; er wird sich durch seine Leistungen dieses Ruhms würdig gezeigt haben, wie auch die jetzige

Abſtimmung ausfallen möge. Aber, meine Herren, im Begriffe, dieſen Reichstag ſeinem Schluſſe entgegenzuführen, möchte ich Sie bitten: durchdringen Sie ſich vollſtändig von dem Geiſte, der die Bundesverfaſſung geſchaffen hat, hinterlaſſen Sie ihn ungeſchwächt Ihren Nachfolgern, geben Sie durch Ihr letztes wichtiges Votum dem deutſchen Volke ein verheißungsvolles Pfand ſeiner Zukunft, beweiſen Sie ihm durch Ihre Abſtimmung, daß da, wo es auf die geheiligte Sache unſerer nationalen Einheit ankommt, der Deutſche ſeinen alten Nationalfehlern zu entſagen weiß, beweiſen Sie es, indem Sie den Platz vergeſſen, den Sie in der Hitze des Kampfes als Partei, als Einzelner eingenommen haben, indem Sie über Ihre augenblicklichen Gegner hinweg Ihren Blick auf das große Ganze erheben und dieſem großen Ganzen einen Dienſt erweiſen, welcher für die deutſche Zukunft das Pfand bilden wird, daß die Neubildung unſerer Verfaſſung frei ſein werde von einem großen Teil der Schlacken, welche den alten Guß ſpröde, brüchig gemacht und zerriſſen haben.

Todesſtrafe bei Mordverſuchen gegen Fürſten.

Rede gehalten am 24. Mai 1870.

Wenn ich heute wiederum das Wort ergreife, meine Herren, ſo iſt es in dem Gefühl, daß von Ihrer bevorſtehenden Abſtimmung vorzugsweiſe das Schickſal der ganzen Verhandlungen der dritten Leſung, das Schickſal der Arbeit, in der wir begriffen ſind, abhängt, und ich erlaube mir, Sie zu bitten, ſich zu vergegenwärtigen, wie dieſe Sitzung ſich — vielleicht nicht heute, wo unſer Urteil nicht ein vollſtändig kaltblütiges iſt — aber vielleicht im Rückblick des künftigen Jahres geſtalten wird in ihrem Abſchluß, je nachdem das Werk, an dem wir arbeiten, zu ſtande gekommen iſt oder nicht. Kommt es nicht zu ſtande, meine Herren, ſo iſt es ja unvermeidlich, daß dieſe fruchtbare ruhmreiche Sitzung mit einem Mißklange ſchließt, und mit einem Rückſchritte, — einem Mißklange; denn es iſt ja ganz unmöglich, bei dem Schluß der Sitzung über die Sachlage, wie die Regierungen ſie auffaſſen, zu ſchweigen; es wird dann unmöglich, bei dem beſten Willen perſönlich zu bleiben, von der Verabſchie-

dung dieses Reichstages einen polemischen Charakter, einen gewissen Appell an die Wahlen gänzlich fern zu halten. Wenn Sie aber, meine Herren, den kleinen Raum, der jetzt noch den Becher von der Lippe trennt, der sich ja unendlich erweitern kann, glücklich überschreiten, welchen befriedigenden Schluß dieser Sitzung haben wir, welche große Leistungen, welche Verdienste haben Sie sich selbst für die Zukunft Deutschlands erworben, indem Sie dieses große Werk eines gemeinsamen einheitlichen Strafrechts, diese nie dagewesene Erscheinung im deutschen politischen Leben, begonnen und vollendet haben und nicht die Ungewißheit der Vollendung dem nächsten Jahre und Ihren Nachfolgern überlassen! Diese Vertröstung auf die Zukunft, die der Herr Abg. Lasker gegeben hat, an deren Bedeutung sind schon Zweifel in erheblichem Maße geltend geworden. Ich kann diese Zweifel nur teilen. Was man dem Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück! Wir gehen neuen Wahlen entgegen. Wenn der Herr Abg. Lasker sagt, die Regierungen seien verpflichtet, das, was hier vereinbart ist, als die Grundlage zu betrachten, von der sie das nächste mal ausgehen müssen, so weiß ich nicht, ob das zutreffend sein wird; ich weiß nicht, ob dieselben Persönlichkeiten in den Regierungen noch an der Stelle sein werden — wir sind ja alle dem Wechsel des Schicksals unterworfen! Aber wenn das auch wäre, wäre es nicht möglich, daß die Regierungen noch einmal versuchen, dasjenige, was sie Ihnen als ihre erste Vorlage vorgelegt haben, bei einem veränderten Reichstage wiederum durchzubringen? Es würden doch wahrscheinlich die Regierungen die Opfer, die sie jetzt im Streben nach einer Verständigung mit Ihnen und in der Bereitwilligkeit, diesem verdienstvollen Reichstage auch die Krone dieses großen Verdienstes noch zu gönnen und sie mit ihm zu teilen, gebracht haben, nicht als definitive Entsagung ihrer Überzeugung betrachten wollen, wenn der Reichstag sie verschmäht und nicht angenommen hat. Es könnte sich auch der Reichstag anders gestalten. Die konservative Partei, die, wie Sie wissen, sich nur mit Widerstreben diesem Kompromiß fügt, könnte erheblich wachsen könnte einen bedeutenderen Einfluß ihrer Parteimeinung auf das Gesamtresultat beanspruchen, als jetzt der Fall ist. Wir ziehen, meine Herren, nach Möglichkeit die Diagonale der Kräfte, die thatsächlich vorhanden sind; wird die eine Kraft größer, dann bekommt die Diagonale eine andere Richtung. Es könnten auch auf der anderen Seite die Elemente sich ändern, es könnten in

der Zusammensetzung der liberalen Partei weiter gehende Meinungen die Oberhand erhalten, die es den Regierungen als Pflicht erscheinen ließen, einstweilen nur das Errungene zu wahren, sich auf die Defensive zu setzen, auf die weitere Ausbildung zu verzichten und unter solchen Umständen, unter solchen Einflüssen, wie sie jetzt nicht obwalten, mit einem Parlament, mit dem Versuche der Verständigung die Regierungen weit über die ihnen zulässig erscheinenden Ziele hinausbringen könnten, eine solche Verständigung nicht zu erstreben. Ich will nicht in Konjekturalpolitik der sonstigen Möglichkeiten verfallen, die uns an der Verständigung in dieser Sache und an ihrer ruhigen Erwägung hindern könnten; das alles liegt im Schoße der Zukunft. Wir haben nur für die Gegenwart zu sprechen, und dabei, meine Herren, ist nicht heute der Raum, der uns trennt, noch erheblich schmaler als gestern? Gestern standen beide Seiten für ihre Prinzipien bezüglich der Todesstrafe ein, Prinzipien, welche für manche den Wert eines religiösen Glaubens nach der einen wie nach der anderen Seite hin zu haben schienen. Über diese Prinzipien hat der Reichstag gestern in seiner Majorität entschieden. Ich kann mir nicht denken, meine Herren, daß Sie darauf ausgehen wollen, diese prinzipielle Entscheidung der Körperschaft, der Sie angehören, mit nachträglichen Amendements in jedem neuen Paragraphen wiederum anzufechten. Bei solchem Geschäftsgange würden wir nie zu Ende kommen, wenn vielleicht formal berechtigt an irgend einem Paragraphen das entschiedene Prinzip von neuem in Frage gestellt wird, weil vielleicht die Majoritätszahl sich augenblicklich einem überzählenden Auge günstiger oder ungünstiger stellt. Dieses Prinzip ist entschieden worden mit einer Majorität, die ihrem inneren Werte nach eine bedeutendere ist, als sie sich äußerlich ihrer Ziffer nach dargestellt hat.

Auf der Seite der Minorität — vergessen Sie das nicht — stehen alle diejenigen, die den Norddeutschen Bund überhaupt negieren, die ihn nicht wollen. Meine Herren, negiert denn niemand den Norddeutschen Bund hier unter uns? Es sind Elemente vorhanden, die teils nach ihrer nationalen, teils nach ihrer politischen Überzeugung, die sie offen genug und oft genug hier kundgegeben haben, darüber gar keinen Zweifel gelassen haben. Und ist denn das nicht wahr, daß Sie, meine Herren von der national-liberalen Partei, alle diese Elemente gestern auf Ihrer Seite gehabt haben? Wir haben die Herren aus Posen

doch noch nie so zahlreich hier gesehen; sie sind hergekommen, um Ihnen, wenn sie konnten, zum Siege zu verhelfen. Ich will nicht persönlich reden und andere nicht berühren, ziehen Sie aber diese Elemente, die den Norddeutschen Bund, die das monarchische Deutschland nach ihrer besten Überzeugung regieren, ab, dann, meine Herren, wird unsere Majorität verhältnismäßig stärker und gewichtiger, als die Ziffer, durch welche sie bezeichnet ist, denn jene Elemente können Sie sich nicht zu gute rechnen. — Heute trennt uns ein Prinzipienstreit nicht mehr in dem Maße, daß unsere augenblicklichen Gegner auf Ihrer Seite noch ein wirkliches haltbares Prinzip verfechten, nachdem das Hauptprinzip auch in Ihrem Sinne, wie ich annehme, gestern entschieden ist. Sie sagen jetzt: keine politischen Todesstrafen! Dann müssen Sie aber auch für den politischen Mord die Todesstrafe ausschließen; denn Sie müssen auch bei dem Morde, sobald er die politische Meinungsverschiedenheit des Verbrechers mit dem Monarchen zum letzten Grunde hat, zugeben, daß er ein politisches Verbrechen ist, und wer aus politischen Gründen den König ermordet, der ist dann nicht so strafbar, als der aus habsüchtigen Gründen seinen Kammerdiener ermordet. Dieser Konsequenz können Sie sich nicht entziehen, wenn Sie den Satz durchführen wollten, daß es für politische Verbrechen gar keine Todesstrafe geben soll. Wohl aber sind unsere Regierungen in der Notwendigkeit, ein Prinzip zu vertreten, über das Sie nicht hinauszugehen vermögen: es ist dasselbe Prinzip, welches in jeder konstitutionellen Verfassung — in der preußischen Verfassung in dem § 43 — gegeben ist: die Person des Königs ist unverletzlich. Worin, meine Herren, soll denn diese Grundlage der konstitutionellen Monarchien bestehen, wenn der König nur denselben Schutz hat, den jeder andere hat? Seine Unverletzlichkeit ist offenbar eine besondere, eine ausnahmsweise, er bedarf eines ausnahmsweisen Schutzes. Die Regierungen haben die Überzeugung gehabt, daß sie hier an der feinen Grenzlinie stehen, die das konstitutionell-monarchische Prinzip von dem republikanischen unterscheidet. Ich habe mich dieses Eindrucks nicht erwehren können, als ein Redner, der, nach seinem eigenen Zeugnis, ein warmer Anhänger unserer nationalen Entwicklung und des preußischen Staates ist, gestern den Monarchen zu ihrem Schutze empfahl, sich der Erwerbung derselben Popularität zu befleißigen, die unseren verehrten und verewigten Kollegen Waldeck vor jedem Attentat seiner Zeit geschützt hat, — meine Herren, darin ver-

mag ich doch ein monarchisches Gefühl nicht mehr zu erkennen, wenn Sie glauben, daß die Monarchie sich den gesetzlichen Vorzug im Schutz, auf den sie, so lange Art. 43 der preußischen Verfassung die Grundlage aller Verfassungen ist, einen unbestreitbaren Anspruch hat, auf dem Wege der politischen Popularität erwerben solle. Wenn der gestrige Redner daraus, daß bei dem Begräbnisse dieses unseres leider aus dieser Welt geschiedenen Kollegen dreißigtausend Menschen andächtig zugegen waren, die Folgerung zieht, daß wir eines gesetzlichen Schutzes gegen politischen Meuchelmord nicht mehr bedürfen: — ja, meine Herren, wenn, was Gott verhüte, mein allergnädigster Herr abgerufen werden sollte, Sie werden mehr als dreißigtausend Andächtige versammelt sehen. Damit aber, meine Herren, würde der Schutz, den der württemberger Eberhard im Schoße eines jeden Bauern fand, nicht hergestellt sein. Die Zeiten, wo Bertha spann, sind nicht mehr; zu den Zeiten, wo der württemberger Eberhard lebte, war es noch nicht ein Entschuldigungsgrund, wenn jemand sagte, ich habe gemordet, aber aus politischen, aus sehr achtbaren Gründen. Otto von Wittelsbach, der sehr viele Milderungsgründe hatte, und dem der heutige Antrag der Herren Fries und Genossen ganz gewiß mildernd zur Seite stehen würde, war und blieb vogelfrei für jeden und erlag demjenigen, der ihn auf der Heerstraße traf und erschlug. Und der Dichter, den Sie gern als den Vertreter der modernen Ideen darstellen, konnte dem Tell, noch dem Johann Parricida gegenüber, Worte in den Mund legen, die zu Eberhards Zeiten noch wahr waren, die vielleicht zu Schillers Zeiten noch wahr waren, — lesen Sie sie nach, sie sind heute nicht mehr wahr. Wir haben das Bedürfnis, nicht nur einem Grundprinzip der konstitutionellen Monarchie unsere Huldigung zu bringen, der Monarchie überhaupt, und ein Bekenntnis der Verehrung, die wir dem Haupte des Gesalbten schulden, sondern wir haben auch das Bedürfnis, einer Tendenz der Zeit, die sich in den letzten Jahrzehnten ganz besonders kennbar gemacht, entgegen zu wirken, einer Tendenz, der man in England mit Ehrenstrafen, ich glaube sogar mit körperlicher Züchtigung entgegen zu treten versucht hat, einer Tendenz, der wir aber bei aller Bildung, die wir haben, doch auch unterliegen.

Darf ich Sie daran erinnern, meine Herren, daß vor etwa vier Jahren ein Mann, der für seinen Anspruch auf Verherrlichung nichts weiter für sich hatte, als daß er einen Unbewaff-

neten von hinten anſchlich und meuchlings auf ihn ſchoß, in ſeinem Leichnam noch der Gegenſtand von Ovationen wurde von ſeiten von Frauen, die ihrer äußeren Stellung nach den gebildeten Ständen angehörten. Darin liegt eine krankhafte Richtung, der wir keine Aufmunterung dadurch zuteil werden laſſen können, daß wir den politiſchen Mord als etwas Entſchuldbares darſtellen. Der geſtrige Herr Redner hätte ſagen können, daß ja auch noch heutzutage jeder norddeutſche Bundesfürſt faſt in derſelben Lage iſt, wie Eberhard der Greiner. Ich habe nie gehört von irgend einem Attentat auf einen norddeutſchen Bundesfürſten, mit alleiniger Ausnahme des Königs von Preußen, und dieſer Umſtand, der darin liegt, daß gerade an den Mächtigen ſich der Mord macht, wird ſich vielleicht in Zukunft noch ſchärfer ausprägen. Die Frage ſpitzt ſich alſo praktiſch faſt genau auf die Frage zu: ſoll jemand in Zukunft berechtigt ſein, auf den König von Preußen meuchlings zu ſchießen, ohne daß er ſchon durch den bloßen Verſuch ſein Leben verwirkt? Das wird die Frage ſein, die wir praktiſch zu beantworten haben; über das hinaus glaube ich nicht, daß irgend ein Vorfall kommen wird, wo die Frage praktiſch werden ſollte. Nun, meine Herren, ließen Sie dieſe Frage, wenn wir das Inſtitut des Plebiszits hätten, durch das preußiſche Volk beantworten, ſo würde ich den Ausfall der Majorität in keiner Weiſe zweifelhaft halten; jedermann wird ſich ſagen, wir wollen dergleichen Attentate verhindern wie wir können, und wir verhindern ſie mit größerer Wahrſcheinlichkeit, indem wir auch den Verſuch mit dem Tode bedrohen. Denken Sie ſich in die Stimmung eines ſolchen Mannes, ſoweit es pſychologiſch möglich iſt, der in ſeiner Erregung durch politiſchen Fanatismus und durch Eitelkeit dahin gebracht wird, etwas derartiges zu verſuchen. Was ihn abſchreckt, iſt die Furcht, es könnte mißlingen; für den Fall, daß es gelingt, iſt er entſchloſſen, ſein Leben daran zu ſetzen; wenn es ihm gelingt, dann hat er die Entſchädigung, daß das, wofür er ſein Leben opfern will, erreicht iſt. Aber das Gefühl, was ihn beſchleicht, wenn er ſich ſagen muß, daß es mißlingen kann und die Todesſtrafe ihm doch droht, iſt ein anderes, als wenn er ſich ſagen kann, mißlingt es, gut, dann wirſt du eingeſperrt, der nächſte befreit dich vielleicht, wie lange kann das dauern? — Wenn auch das mißlungene Attentat mit dem Tode beſtraft wird, dann kann das vielleicht manchen zurückſchrecken und, meine Herren, eine ſolche Schandthat, die viel-

leicht bevorſtände, ungeſchehen zu machen, wir würden dann doch mit einem anderen Gefühle in die Zukunft ſehen, als wenn vielleicht, bald nachdem Sie einen anderen Beſchluß gefaßt und die Regierungen ihm zugeſtimmt hätten, was Gott verhüten möge, ein ſolches Attentat vor ſich ginge. Ein jeder würde ſich fragen, welches Maß von moraliſcher Verantwortlichkeit trägſt Du allenfalls daran? Die Regierungen haben geglaubt, dieſe Verantwortlichkeit nicht tragen zu ſollen. Meine Herren! Ich erneuere die dringende Bitte, geben Sie dieſem erſtgeborenen Reichstage, wie ich ihn geſtern nannte, den glänzenden Abſchluß, der uns bevorſteht, wenn wir dieſes große Werk vollenden, ſchlagen Sie ein in die Hand, die heute die Regierungen, weit vorgebeugt, Ihnen entgegenreichen, ſtoßen Sie ſie nicht zurück.

Bewilligung für die Gotthardbahn.

Rede gehalten am 26. Mai 1870.

Meine Herren! Es müſſen gewiß die verbündeten Regierungen tief von der Überzeugung durchdrungen ſein, daß die politiſchen Intereſſen es empfehlen, zwiſchen Deutſchland und Italien eine Verbindung zu ſchaffen, welche lediglich von dem neutralen Zwiſchenlande, der Schweiz, abhängig iſt und nicht im Beſitze einer der großen europäiſchen Mächte ſich befindet.

Die Rückſichten müſſen von beſonderer Wichtigkeit geweſen ſein, welche ſie zu dem ungewöhnlichen, ich glaube beinahe nie vorgekommenen Vorgehen einer Regierung führen, Ihnen eine erhebliche Geldausgabe für eine außerhalb Deutſchlands, nicht nur außerhalb des Norddeutſchen Bundes, liegende Eiſenbahn zuzumuten.

Die Rückſichten, welche die Regierungen zu dieſem ungewöhnlichen Verfahren beſtimmen, ſind aber, wie ich glaube, ſo auf der Hand liegend, ſo oft erwogen und zum Teil auch ſo delikater Natur, daß ich Sie bitte, mich davon zu entbinden, ſie hier nochmals darzulegen. Wenn Sie uns zur Verwirklichung dieſes internationalen Bedürfniſſes nicht Ihre Hand reichen, wenn der Reichstag ſeine Mitwirkung dazu verſagt, ſo können wir natürlich dieſes Bedürfnis nicht befriedigen; wir müſſen dann den übrigen beteiligten Regierungen erklären: der norddeutſche Reichstag hat uns ſeine unentbehrliche Mitwirkung

versagt oder hat sie doch an Bedingungen geknüpft, welche so gut sind wie eine Versagung, welche unbedingt die Wirkung einer Versagung haben. Daß dies die Wirkung der Annahme des Amendements des Herrn Abg. Lasker sein würde, hat schon der Herr Präsident des Bundeskanzleramts hervorgehoben; schon allein aus der formalen Rücksicht, daß bei dem nahe bevorstehenden Schluß der Versammlung es nicht möglich sein würde, bei der Annahme dieses Amendements ihm die formale Vollendung noch zu geben. Der Herr Abg. Lasker sagt, der folgende Reichstag kann ja dann sehr leicht die Bewilligung verlängern, wenn er die Sache für angemessen findet. Der folgende Reichstag hat aber keinen Einfluß auf die Entschließungen der andern Regierungen, auf die Wirksamkeit der mannigfachen Einflüsse, welche gegen die Sache überhaupt thätig sind.

Eine Untersuchung der Vorzüge, welche etwa der Gotthard vor dem Splügen oder umgekehrt haben könnte, liegt meines Erachtens ganz außerhalb des Interesses, welches Deutschland und namentlich Norddeutschland an der Sache hat. Für uns ist das Hauptinteresse eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie wir glauben, auf die Dauer befreundeten Lande Italien zu haben. Dieser Vorteil lief Gefahr, uns vollständig versagt zu bleiben, weil eine Entscheidung zwischen den beiden Bahnen nicht rechtzeitig zu treffen war, und die Unschlüssigkeit darüber, welche von beiden gebaut werden sollte, war der gewichtigste und stärkste Hebel für diejenigen Bemühungen, welche den Bau einer jeden neuen Bahn dort verhindern wollen. Deshalb haben wir uns vor allen Dingen angelegen sein lassen, durch unsere bestimmte Erklärung zu gunsten einer dieser Bahnen das Hindernis zu beseitigen, welches in der Zwiespältigkeit, in der Gefahr, zwischen zwei Stühle sich zu setzen, lag. Wir glauben damit den Schweizer-Interessen einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben, daß wir durch unsere sehr bestimmte Erklärung der Ungewißheit, ob Gotthard oder Splügen, ein Ende gemacht haben. Indem wir aber erklärt haben und noch heute die Erklärung wiederholen, daß wir uns auf den Splügen unter keinen Umständen einlassen würden, halten wir an dem Gotthard fest, nicht weil wir den Interessen des Splügen nicht auch das ihrige gönnten, sondern weil wir voraussehen, daß sobald wir auch nur die Möglichkeit der Erwägung des Splügen wieder zulassen, gar keine Eisenbahn dort hergestellt wird, während die Hoffnung nicht ausgeschlossen ist,

daß, wenn jetzt die Gotthardbahn gebaut wird, die Splügenbahn ihr dereinst folgt.

Über die politische Lage.

Rede gehalten am 16. Juli 1870.

(Mitteilung im Bundesrat.)

Die Ereignisse, durch welche Europa im Laufe der letzten vierzehn Tage aus dem Zustande einer seit Jahren nicht erlebten Ruhe zum Ausbruch eines großen Krieges geführt ist, haben sich so sehr vor aller Augen vollzogen, daß eine Darstellung der Genesis der augenblicklichen Lage kaum etwas anderes sein kann, als eine Zusammenstellung bekannter Thatsachen.

Man weiß aus den Mitteilungen, welche der Herr Präsident des spanischen Ministerrats am 11. v. M. in der Sitzung der konstituierenden Kortes machte, aus der durch die Presse veröffentlichen Zirkular-Depesche des spanischen Herrn Ministers des Auswärtigen vom 7. d. M. und aus einer Erklärung, welche Herr Salazar y Mazarredo vom 8. d. M. in Madrid drucken ließ, daß die spanische Regierung seit Monaten mit Sr. Durchlaucht dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern über die Annahme der spanischen Krone unterhandeln ließ, daß diese dem Herrn Salazar übertragenen Unterhandlungen, ohne Beteiligung oder Dazwischenkunft irgend einer anderen Regierung unmittelbar mit dem Prinzen und dessen erlauchtem Vater geführt wurden, und daß Se. Durchlaucht sich endlich entschloß, die Thron-Kandidatur anzunehmen. Se. Majestät der König von Preußen, welchem hiervon Anzeige gemacht wurde, hat nicht geglaubt, dem, von einem großjährigen Fürsten nach reiflicher Überlegung und im Einverständnisse mit dessen Herrn Vater gefaßten Entschlusse entgegentreten zu sollen.

Dem Auswärtigen Amte des Norddeutschen Bundes, wie der Regierung Sr. Majestät des Königs von Preußen waren diese Vorgänge vollständig fremd geblieben. Sie erfuhren erst durch das am 3. d. M. abends aus Paris abgegangene Havas'sche Telegramm, daß das spanische Ministerium beschlossen habe, dem Prinzen die Krone anzubieten.

Am 4. d. M. erschien der kaiserlich französische Herr Geschäftsträger auf dem Auswärtigen Amte. Im Auftrage seiner

Regierung gab er der peinlichen Empfindung Ausdruck, welche die von dem Marschall Prim bestätigte Nachricht von der Annahme der Kandidatur durch den Prinzen in Paris hervorgebracht habe, und fragte er, ob Preußen bei der Sache beteiligt sei. Der Herr Staatssekretär erwiderte ihm, daß die Angelegenheit für die preußische Regierung nicht existiere und letztere nicht in der Lage sei, über etwaige Verhandlungen des spanischen Minister-Präsidenten mit dem Prinzen Auskunft zu geben.

An demselben Tage hatte der Herr Botschafter des Bundes zu Paris mit dem Herrn Duc de Gramont eine Unterhandlung über den nämlichen Gegenstand, welcher auch der Herr Minister Ollivier beiwohnte. Der kaiserlich französische Herr Minister sprach ebenfalls den peinlichen Eindruck aus, welchen die Nachricht gemacht habe. Man wisse nicht, ob Preußen in die Verhandlung eingeweiht sei, die öffentliche Meinung werde es glauben, und in dem Geheimnis, welches die Verhandlung umgeben habe, ein unfreundliches Verfahren nicht bloß Spaniens, sondern besonders Preußens erblicken. Das Ereignis, wenn es sich wirklich vollziehe, werde geeignet sein, die Fortdauer des Friedens zu kompromittieren. Man appelliere daher an die Weisheit Sr. Majestät des Königs, welche einer solchen Kombination nicht zustimmen werde. Der Herr Minister hielt es für ein glückliches Zusammentreffen, daß der Herr Botschafter, welcher schon acht Tage vorher die Erlaubnis nachgesucht und erhalten hatte, Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Ems aufzuwarten, den folgenden Tag für seine Abreise bestimmt habe, also imstande sei, die Eindrücke, welche in Paris herrschten, aus frischer Anschauung vortragen zu können, und ersuchte ihn, ihm etwaige Mitteilungen auf telegraphischem Wege zugehen zu lassen. Der Herr Botschafter konnte auf diese Eröffnung nur erwidern, daß ihm von der Angelegenheit garnichts bekannt sei, zugleich übernahm er es, die ihm gemachten Mitteilungen zur Kenntnis Sr. Majestät des Königs zu bringen. Er trat am 5. die Reise nach Ems an, welche er unter den obwaltenden Umständen unterlassen haben würde, wenn er nicht geglaubt hätte, dem ihm kundgegebenen Wunsche nach rascher Erteilung von Information und rascher Zurückgabe von Aufklärungen entsprechen zu sollen.

Am Tage seiner Abreise brachte Herr Cochery im Corps législatif eine Interpellation über die spanische Frage ein. Schon

am folgenden Tage, bevor es möglich war, daß der Herr Botschafter irgend eine Nachricht aus Ems hätte nach Paris gelangen lassen können, beantwortete der Herr Duc de Gramont diese Interpellation. Seine Antwort, obgleich sie davon ausging, daß die Einzelnheiten der Verhandlung noch nicht bekannt seien, gipfelte in dem Satze, daß die französische Regierung nicht glaube, durch die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes verpflichtet zu sein, zu dulden, daß eine „fremde Macht", indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze, zum Nachteile Frankreichs das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören und das Interesse und die Ehre Frankreichs gefährden dürfe.

Nach einer solchen Erklärung war der Herr Botschafter nicht mehr in der Lage, Aufklärungen nach Paris gelangen zu lassen. Sein dasiger Vertreter wurde am 9. d. M. von der Sachlage in Kenntnis gesetzt, wie sie schon am 4. dem Herrn Geschäftsträger Frankreichs hier bezeichnet war. Die Angelegenheit, wurde ihm gesagt, geht nicht Preußen und Deutschland, sondern nur Spanien und dessen Thron-Kandidaten etwas an. Die Verhandlungen mit dem letzteren hat der Marschall Prim ohne Beteiligung Preußens direkt führen lassen. Se. Majestät der König von Preußen habe aus Achtung für den Willen Spaniens und des Prinzen eine Einwirkung auf diese Verhandlungen weder üben wollen, noch geübt, und daher die Kandidatur weder befördert, noch vorbereitet.

Inzwischen hatte die kaiserlich französische Regierung ihren auf Urlaub in Wildbad weilenden Botschafter bei Sr. Majestät und dem Bunde beauftragt, sich nach Ems zu begeben. Herr Graf Benedetti wurde am 9. Juli von Sr. Majestät wohlwollend empfangen, obschon der Aufenthalt des Königs im Bade und die Abwesenheit aller Minister geschäftliche Anforderungen an Se. Majestät auszuschließen schienen. Die Mitteilungen des Boschafters stimmten mit den Eröffnungen überein, welche der Herr Duc de Gramont dem Herrn Frhrn. v. Werther gemacht hatte; er appellierte an die Weisheit Sr. Majestät, um durch ein an den Prinzen zu richtendes Verbot das Wort zu sprechen, welches Europa die Ruhe wiedergebe. Es wurde ihm erwidert, daß die Unruhe, von welcher Europa erfüllt sei, nicht von einer Handlung Preußens, sondern von den Erklärungen der kaiserlichen Regierung im Corps législatif herrühre. Die Stellung, welche Se. Majestät der König, als Familienhaupt, zu der

Frage eingenommen, wurde als eine außerhalb der Staatsgeſchäfte liegende bezeichnet, und eine jede Einwirkung auf den Fürſten und den Prinzen von Hohenzollern, als ein Eingriff in deren berechtigte freie Selbſtbeſtimmung abgelehnt.

So war es denn auch ein Akt freier Selbſtbeſtimmung, daß der Erbprinz am 12. d. M. im Gefühle der Verantwortlichkeit, welche er, der eingetretenen Sachlage gegenüber, durch die Aufrechterhaltung ſeiner Kandidatur übernommen haben würde, dieſer Kandidatur entſagte und der ſpaniſchen Nation die Freiheit ihrer Initiative zurückgab. Die preußiſche Regierung erhielt die erſte Nachricht von dieſem Schritte aus Paris. Der daſige ſpaniſche Geſandte überbrachte nämlich das Telegramm des Fürſten dem Herrn Duc de Gramont in dem Augenblick, als letzterer den Herrn Frhrn. v. Werther empfing.

Der Botſchafter hatte am 11. d. M. Ems verlaſſen und war am 12. wieder in Paris eingetroffen. In einer Unterredung, welche er an demſelben Tage mit dem Herrn Duc de Gramont hatte, erklärte letzterer die eingegangene Entſagung als Nebenſache, da Frankreich die Thronbeſteigung des Prinzen doch niemals zugelaſſen haben würde. In den Vordergrund ſtellte er die Verletzung, welche Frankreich dadurch zugefügt ſei, daß Se. Majeſtät der König von Preußen dem Prinzen die Annahme der Kandidatur erlaubt habe, ohne Sich vorher mit Frankreich zu benehmen. Er bezeichnete als ein befriedigendes Mittel zur Ausgleichung dieſer Verletzung ein Schreiben Sr. Majeſtät des Königs an Se. Majeſtät den Kaiſer der Franzoſen, in welchem ausgeſprochen werde, daß Se. Majeſtät der König, bei Erteilung jener Erlaubnis, nicht habe glauben können, dadurch den Intereſſen und der Würde Frankreichs zu nahe zu treten, und ſich der Entſagung des Prinzen anſchließe.

Am Tage darauf ſtellte Herr Graf Benedetti, als er Sr. Majeſtät dem Könige in Ems begegnete, an Allerhöchſtdenſelben das Anſinnen, daß Sie die Verzichtleiſtung des Prinzen approbieren und die Verſicherung erteilen ſollten, daß auch in Zukunft dieſe Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Herr Graf Benedetti iſt hierauf von Sr. Majeſtät nicht weiter empfangen worden. Dem Botſchafter des Norddeutſchen Bundes gegenüber hat der Duc de Gramont vorſtehenden Forderungen noch die eines entſchuldigenden Schreibens Sr. Majeſtät des Königs an den Kaiſer Napoleon hinzugefügt.

Es ist der vorstehenden Schilderung der Thatsachen nur eine Bemerkung hinzuzufügen. Als Se. Majestät der König von Preußen von den zwischen der spanischen Regierung und dem Prinzen geführten Verhandlungen außeramtlich Kenntnis erhielten, geschah dies unter der ausdrücklichen Bedingung der Geheimhaltung. Inbetreff eines fremden Geheimnisses, welches weder Preußen noch den Bund berührte, konnten Se. Majestät keinen Anstand nehmen, die Geheimhaltung zuzusagen. Allerhöchstdieselben haben daher Ihre Regierung von der Angelegenheit, welche für Sie nur eine Familiensache war, nicht in Kenntnis gesetzt, und hatten das Benehmen mit anderen Regierungen, soweit solches erforderlich sein konnte, von der spanischen Regierung oder deren Thron-Kandidaten erwartet und denselben überlassen. Das Verhältnis, in welchem die spanische Regierung zu der benachbarten französischen steht und die persönlichen Beziehungen, welche zwischen dem fürstlich hohenzollernschen Hause und Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen seit langer Zeit obwalten, eröffneten einem unmittelbaren Benehmen der wirklich Beteiligten mit Frankreich den einfachsten Weg.

Die hohen verbündeten Regierungen werden ermessen, wie wenig unter diesen Umständen das Bundes-Präsidium darauf gefaßt sein konnte, zu erfahren, daß die französische Regierung, deren Interesse an der spanischen Frage ihm auf die Verhütung einer republikanischen Entwicklung sich zu begrenzen schien, in der Annahme der Thron-Kandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern eine ihr zugefügte Kränkung erblicke. Wäre es dem französischen Kabinett lediglich darum zu thun gewesen, zum Zwecke der Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich demselben hierfür in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung der einfachste und geeignetste Weg dargeboten. Der Inhalt der vom Herrn Duc de Gramont im Corps législatif gehaltenen Rede schnitt dagegen jede Möglichkeit solcher vertraulichen Erörterung ab. Die Aufnahme, welche diese Rede in der genannten Versammlung fand, die von der französischen Regierung seitdem eingenommene Haltung, die von ihr gestellten unannehmbaren Zumutungen konnten dem Bundes-Präsidium keinen Zweifel mehr darüber lassen, daß die französische Regierung es von vornherein darauf abgesehen hatte, entweder seine Demütigung oder den Krieg herbeizuführen. Der ersteren Alternative sich zu fügen, war unmöglich. Die Leiden, welche

mit dem Ausbruch eines Krieges zwiſchen Deutſchland und Frankreich im Zentrum der europäiſchen Ziviliſation unausbleiblich verbunden ſind, machen den gegen Deutſchland geübten Zwang zum Kriege zu einer ſchweren Verſündigung an den Intereſſen der Menſchheit. Die öffentliche Meinung Deutſchlands hat dies empfunden. Die Erregung des deutſchen Nationalgefühls giebt davon Zeugnis. Es bleibt keine Wahl mehr als der Krieg oder die der franzöſiſchen Regierung obliegende Bürgſchaft gegen Wiederkehr ähnlicher Bedrohung des Friedens und der Wohlfahrt Europas.

Mitteilung der Kriegserklärung an den Reichstag.

Am 19. Juli 1870.

Ich teile dem Hohen Hauſe mit, daß mir der franzöſiſche Geſchäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat.

Nach den Worten, die Se. Majeſtät ſoeben an den Reichstag gerichtet hat, füge ich der Mitteilung dieſer Thatſache nichts weiter hinzu.

Weitere Mitteilungen über die politiſche Lage.

Rede gehalten am 20. Juli 1870.

Meine Herren! Ich hatte mir vorgenommen, dem Reichstage die Sammlung der Aktenſtücke heut vorzulegen, welche ſich über die Entwicklung des vorliegenden Kriegsfalles in den Händen der Regierung befinden; ſie ſind mir noch nicht zur Hand, ich erwarte ſie jedoch im Augenblick.

Ich habe einſtweilen nur zu erklären, daß ſich wohl ſelten ein ſo wichtiges europäiſches Ereignis vollzogen und zwiſchen den verſchiedenen Höfen vorbereitet hat, wo die Zahl der Aktenſtücke, in denen der Geſchichtsforſcher dereinſt die Urſache ſuchen wird, ſo karg bemeſſen wäre, wie hier.

Wir haben nämlich von der kaiſerlich franzöſiſchen Regierung in der ganzen Angelegenheit nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten: es iſt dies die geſtrige Kriegserklärung.

Es iſt dies die erſte und einzige amtliche Eröffnung, welche

ſeit der Anfrage des franzöſiſchen Geſchäftsträgers — ich glaube am 5. oder 4. —, was wir von der Sache wüßten, und unſrer Antwort, daß wir nichts davon wüßten, überhaupt unſeres Wiſſens von ſeiten der franzöſiſchen Regierung ausgegangen, jedenfalls an uns mitgeteilt iſt. Alle Beſprechungen, die der Graf Benedetti, mag er ſeine Eigenſchaft als franzöſiſcher Botſchafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majeſtät meinem allergnädigſten Herrn gehabt hat, ſind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Verſicherung geläufig ſein wird, Geſpräche perſönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältniſſe keine amtliche Bedeutung haben.

Auch alle perſönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majeſtät dem Könige dort im Wege anſcheinend wohlwollender Privatkonverſation zu erlangen verſucht hat und die vielleicht, wenn Se. Majeſtät nicht die eigene Feſtigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals ſtaatliche Akte geweſen ſein, ſondern perſönliche Äußerungen, ſo lange ſie der Monarch nicht in dieſer Seiner ſtaatsrechtlichen Eigenſchaft anderweitig bekräftigt und dadurch ſeinen Willen bekundet hätte, ſie zu Staatsakten zu machen.

Nachdem ich dies über die franzöſiſche Kriegserklärung vorausgeſchickt habe, erlaube ich mir einen kleinen Blick auf die anderen Aktenſtücke zu werfen, die hauptſächlich in Mitteilungen des auswärtigen Amtes des Bundes beſtehen, die ergangen ſind, nachdem die Sache ſchon nicht mehr gut zu machen war, um den andern Regierungen darzulegen, wie die Dinge ſich entwickelt hatten.

Es enthalten dieſe Mitteilungen das bekannte Zeitungstelegramm, welches dem franzöſiſchen Miniſterium als ſchließlich einzige Urſache des Krieges übrig geblieben iſt und auch nur dadurch zu dem Zwecke benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von ſeiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlaſſen iſt. Ich will mich auf die Definition von Noten nicht einlaſſen, aber die Mitteilung eines Zeitungstelegramms, die dazu beſtimmt war, unſere Vertreter bei den deutſchen und den andern Regierungen, die wir uns befreundet hielten, darüber zu orientieren, wie die Entwicklung der Sache augenblicklich liegt, und wie unſere Stimmung eine feſtere ſei, als auf anderer Seite vielleicht geglaubt wurde,

nachdem wir an die Grenzen, die uns die nationale Ehre zieht, angekommen zu ſein glaubten — eine ſolche Zeitungsmitteilung hat das franzöſiſche Miniſterium öffentlich als Note qualifiziert. Die Herren haben ſich wohl gehütet, dem Drängen der wenigen beſonnenen Oppoſitions-Mitglieder in Paris nachzugeben und dieſes Aktenſtück vorzulegen; denn das ganze Gebäude, die ganze Unterlage der Kriegserklärung wäre in Nichts verflogen, ſobald die Volksvertretung dieſes angebliche Aktenſtück gekannt hätte und namentlich ſeine Form — es war kein Aktenſtück, es war ein benachrichtigendes Telegramm.

Nr. 2 und 3 ſind zwei bereits anderweitig veröffentlichte authentiſche Darſtellungen der im grunde nicht ſtaatlichen, aber doch für die Geneſis der Situation im hohen Grade wichtigen Vorgänge in Ems, die den Herren bereits aus den Zeitungen bekannt ſind, denen aber doch ein größeres Anſehen dadurch verliehen wird, daß ſie, wie ſie es ihrem Urſprunge nach verdienen, unter die amtlichen Aktenſtücke aufgenommen werden.

Dann viertens ein Bericht des Freiherrn v. Werther aus Paris vom 12. Juli. Dies iſt ein amtliches Aktenſtück, welches zwiſchen preußiſchen Behörden, aber immer noch kein ſolches, das zwiſchen Frankreich und Preußen gewechſelt iſt. Dieſer Bericht des Norddeutſchen Botſchafters erzählte und teilte mit den Inhalt einer Unterredung, welche er mit dem franzöſiſchen Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten und gleichzeitig mit dem Juſtiz-Miniſter Herrn Ollivier gehabt hätte. Der Bericht gab uns Nachricht von den bekannten unannehmbaren Forderungen eines Entſchuldigungsbriefes, den Se. Majeſtät zu ſchreiben habe, und gab deſſen Inhalt an. Ich habe dem Botſchafter darüber keine amtliche Antwort erteilt, als diejenige, ich wäre überzeugt, daß er die mündlichen Eröffnungen des franzöſiſchen Miniſters mißverſtanden hätte; und jedenfalls weigerte ich mich, in meiner Eigenſchaft als verantwortlicher Miniſter, dieſen Bericht Sr. Majeſtät zur amtlichen Verhandlung vorzulegen. Wenn die franzöſiſche Regierung uns Mitteilungen der Art zu machen habe, ſo möge ſie ſie ſelbſt redigieren und uns durch den Botſchafter Frankreichs hier in Berlin überreichen.

Fünftens ein Zirkular vom 18. Juli zur Mitteilung der vorſtehenden vier Schriftſtücke an die deutſchen und andere Regierungen.

Sechstens — und das iſt nun das einzige Aktenſtück von der Art, wie ihrer bei Entwicklung ähnlicher Kriſen ſehr viele

zur öffentlichen Kenntnis zu kommen pflegen — der Vermittlungsversuch einer befreundeten Regierung, der königlich großbritannischen, nämlich ein Schreiben des englischen Botschafters Lord Augustus Loftus vom 17. Juli in englischer Sprache, und siebentens Übersetzung des Vorstehenden. Achtens Erwiderung des Bundeskanzlers darauf. Da dieses Aktenstück dem Hohen Hause noch nicht bekannt ist, so will ich mir erlauben, es vorzulesen, und die Herren werden auch daraus sich überzeugen, daß das Auswärtige Amt des Norddeutschen Bundes die Richtungslinie der Mäßigung und friedfertigen Ruhe auch in diesem letzten Moment nicht aufgegeben hat. (Die englischen Agenten schreiben uns englisch und wir antworten ihnen deutsch):

Berlin, 18. Juli 1870.

Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 17. d. M., worin der Gedanke, daß Preußen und Frankreich die guten Dienste einer befreundeten Macht zur Erhaltung des Friedens nachsuchen mögen und zugleich die Bereitwilligkeit des Königlich großbritannischen Gouvernements zu den etwa gewünschten vermittelnden Schritten ausgesprochen wird, habe ich mich beeilt zur Kenntnis Sr. Majestät des Königs zu bringen. Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. Excellenz zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche und humane Bestreben anerkenne, von zwei Nationen die Kalamität eines, für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, und wie Seine, niemandem besser, als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bekannte aufrichtige Friedensliebe Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer, für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis den Frieden zu sichern den Zweck hätte. Die Möglichkeit zur Anknüpfung solcher Verhandlung würde aber nur durch vorgängige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen werden können.

Es ist uns äußerlich bekannt, daß Frankreich den gleichen Schritt ablehnend beantwortet hat; von seiten der Königlich großbritannischen Regierung ist uns darüber Mitteilung gemacht.

Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derſelben feſtgehalten, nachdem die erſte Komplikation auch nach Englands Meinung materiell beſeitigt war. Eine von unſerer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutſchen, nachdem dasſelbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverſtanden werden.

Unſere Stärke liegt in dem nationalen, dem Rechts- und Ehrgefühl der Nation (Bravo!), während die franzöſiſche Regierung bewieſen hat, daß ſie dieſer Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.

Indem ich mich hiermit der Befehle Sr. Majeſtät entledige und Ew. Excellenz bitte, die Auffaſſung Allerhöchſtdeſſelben zur Kenntnis der Regierung Ihrer Majeſtät der Königin zu bringen, benutze ich dieſe Gelegenheit, um Ew. Excellenz die Verſicherung meiner ausgezeichnetſten Hochachtung zu erneuern.

Dann kommt der franzöſiſche Text der Kriegserklärung, die ja im Druck ſchon bekannt iſt, in deutſcher Überſetzung, aber hier im franzöſiſchen Original in den Akten des Reichstags abgedruckt werden wird, und das Zirkular an die Geſandten des Norddeutſchen Bundes zur Mitteilung an die Geſandten über die Urſachen, wie der Krieg entſtanden ſei, und über unſer Verhalten dazu. Es beſteht dieſes Zirkular aus einem neueren, in der That das Hauptſtück jetzt bildenden, und einem etwa zwei Tage älteren, was bei der ſchnellen Entwicklung aber bereits veraltet war und nur noch nachträglich und hiſtoriſch mitgeteilt wurde, weil es auf der Grundlage beruhte, daß die Kriegserklärung noch nicht uns behändigt worden war. — Der Herr Präſident wird mir vielleicht geſtatten, gleich nach der Sitzung die nötigen Beſprechungen über dieſe Redaktion und Sonderung der, wie ich mich entſchuldigen muß, noch etwas ungeordneten Sachen zu halten. Die Herren werden es natürlich finden, daß in dieſen Zeiten die Arbeiten Tag und Nacht ſo gehen, daß die Beamten kaum imſtande ſind, denſelben ohne Erſchöpfung zu folgen.

Über die Versailler Regierung und die Pariser Kommune.

Rede gehalten am 24. April 1871.

Die verbündeten Regierungen durften bei Abschluß des Versailler Präliminar-Friedens sich der Hoffnung hingeben, daß sowohl die Ausführung dieses Vertrages als auch die Ergänzung desselben durch einen definitiven Friedensvertrag wesentlichen Schwierigkeiten und Störungen nicht ausgesetzt sein würde. Sie glaubten deshalb, mit neuen finanziellen Forderungen in dieser Session nicht vor den Reichstag treten zu dürfen, indem sie zu hoffen berechtigt waren, daß sowohl die Zahlungen der französischen Regierung für die Verpflegung der deutschen Truppen in Frankreich regelmäßig, als auch die ersten Zahlungen auf die Kriegsentschädigung so rechtzeitig erfolgen würden, daß in den deutschen Kassen ein Mangel nicht eintreten würde.

Wie ich äußerlich vernommen habe, waren auch kurz vor Ausbruch der Pariser Bewegung von seiten der französischen Regierung Veranstaltungen getroffen, die ersten zwei Milliarden der Kriegsentschädigung in verhältnismäßig kurzer Zeit zu zahlen und dadurch die bedeutende Verminderung der Okkupation herbeizuführen, welche von den ersten Zahlungen abhängig gemacht war, wenn auch, wie ich beiläufig bemerke, um einem vielverbreiteten Mißverständnis zu begegnen, die bloße Zahlung einer halben Milliarde von seiten Frankreichs noch gar keine Räumung, auch nicht die der Forts vor Paris nach sich ziehen würde. Es gehört dazu noch eine andere Vorbedingung, nämlich der definitive Friedensschluß, der vorher erfolgt sein muß. Ich erlaube mir, auf den Artikel darüber — da ich auch in öffentlichen Blättern vielfach Mißverständnisse darüber gefunden habe — ausdrücklich aufmerksam zu machen. Es ist im Art. 3 das zweite Alinea: L'évacuation des départements situés entre la rive droite de la Seine et la frontière de l'Est par les troupes allemandes s'opérera graduellement après la ratification du traité de paix définitif et le paiement du premier demi-milliard.

Indessen der Druck, der in dieser Bestimmung auf einen baldigen Abschluß definitiven Friedens liegen konnte, erweist sich bisher als nicht wesentlich wirksam. Ich kann nicht sagen, daß die Verhandlungen in Brüssel den raschen Fortgang nehmen,

den ich von ihnen unter diesen Umständen erwartet hätte, ich ich kann mich im Gegenteil dem Eindrucke nicht versagen, als ob die französische Regierung sich der Hoffnung hingäbe, zu einer späteren Zeit, wo sie mehr erstarkt sein würde, andere Bedingungen als jetzt zu erlangen. Auf Versuche, die Bedingungen des Präliminarfriedens abzuschwächen, würden wir uns in keiner Weise einlassen, nach welcher Richtung dieselben auch versucht werden möchten, sei es im territorialen, sei es im finanziellen Teile der Abmachungen.

Eine andere Gefahr, die der ruhigen Entwicklung der Verhältnisse drohen konnte, bestand in der Entlassung einer so großen Zahl von Gefangenen, wie die es war, welche wir hier versammelt hatten. Als Bürgschaft gegen die Gefahr, die sich aus einer übermäßigen Vergrößerung der französischen Armee durch Verbindung der während des Winters zur Armee einberufenen Elemente und der wieder entlassenen Kriegsgefangenen ergeben konnte, war von unserer Seite zuerst vorgeschlagen worden, die sämtlichen Kriegsgefangenen sollten, — die Offiziere auf ihr Ehrenwort, die übrigen auf das Wort der französischen Regierung — verpflichtet sein, bis zum definitiven Friedensschluß resp. bis zu dessen Ausführung nicht in der französischen Armee Dienste zu nehmen. Diese Bedingung wurde von den französischen Unterhändlern abgelehnt, indem sie dieselbe einerseits verletzend für die Armee fanden, und andererseits auch wohl schon damals glaubten, dieser Armee im Innern zu bedürfen und sie deshalb vollzählig erhalten zu müssen. Es wurde deshalb von den französischen Unterhändlern und namentlich von Herrn Thiers als Ersatz für unsere Forderungen und als Garantie gegen die Gefahren, die wir besorgten, der Vorschlag gemacht, daß die französische Armee bis zur Ratifikation des definitiven Friedens hinter der Loire interniert bleiben sollte, so daß zwischen der Seine und Loire ein breiter neutraler Strich zwischen beiden Heeren gewesen wäre, der nicht überschritten werden durfte, so daß die Überschreitung der Loire durch einen irgendwie beträchtlichen französischen Truppenteil sofort das Signal zur Erneuerung des Krieges, d. h. die Ankündigung der Absicht seitens der französischen Regierung, den Krieg zu erneuern, sein würde. Wegen der besonderen Verhältnisse von Paris wurde eine Ausnahme stipuliert dahin, daß 40,000 Mann französische Truppen in Paris zur Aufrechterhaltung der Ordnung bleiben konnten. Die Existenz einer französischen Armee zwischen der Seine und

Loire, alſo bei Verſailles, iſt an ſich nach dem Präliminarfrieden nicht zuläſſig. Da indeſſen, nachdem die Unruhen in Paris ausgebrochen waren und die franzöſiſchen Truppen ſich nicht ſtark und zuverläſſig genug erwieſen hatten, ſie zu unterdrücken, die Regierung, mit der wir den Präliminarfrieden geſchloſſen hatten, zur Ausführung desſelben nur im ſtande blieb, wenn ihr geſtattet wurde, ſich wieder in den Beſitz von Paris zu ſetzen, und da ſie dazu einer Truppenmacht zwiſchen Seine und Loire bedurfte, und ohne Zweifel einer bedeutenderen als 40 000 Mann, ſo haben wir gegen die Abweichung von den Stipulationen, die in einer Truppen-Anſammlung bei Verſailles liegt, keinen Einſpruch erhoben. Aber es iſt ſelbſtverſtändlich, daß infolge des Verzichts auf die Garantien, auf die Ausführung der Gegenbedingungen auch unſere Verflichtung zur Auslieferung der Gefangenen einſtweilen erliſcht, d. h. das Maß ihrer Erfüllung von unſerer Erwägung der Verhältniſſe abhängig bleibt und unſere Verpflichtung voll erſt dann wieder eintritt, wenn die franzöſiſche Regierung ihrerſeits in der Lage ſein wird, die Gegenſtipulation, zwiſchen der Seine und Loire keine Armee zu halten, zu erfüllen.

Wir hatten von Hauſe aus, wie es unſerer Verpflichtung entſprach, mit der Freilaſſung der Gefangenen im breiteſten Maßſtabe den Anfang gemacht; ich glaube, daß ungefähr zwiſchen einem Drittel und der Hälfte derjenigen, welche in unſerer Gewalt waren, außer denjenigen, die wir nach Elſaß und Lothringen entlaſſen haben, bereits ſich in Freiheit befinden werden. Dieſe Umſtände machen nun aber leider einen weit erheblicheren finanziellen Aufwand für uns notwendig, als wir bei Abſchluß der Friedenspräliminarien vorausſehen konnten. Ich ſpreche nicht von der länger dauernden Verpflegung von immerhin 2- bis 300 000 Gefangenen, ſondern der zwingende Grund für die ſtärkere Ausgabe liegt in den inneren Verhältniſſen von Frankreich. Wir ſind durch die dort obwaltenden Verhältniſſe genötigt, eine ſehr viel erheblichere Truppenmacht noch für die Dauer der Unruhen dort ſtehen zu laſſen, als es damals bei Abſchließung des Präliminarfriedens unſere Abſicht ſein konnte. Man ſchätzt die Armee der Regierung bei Verſailles auf über 100 000 Mann, ich weiß nicht, zu welchem Prozent aus Linientruppen reſp. aus Nationalgarden beſtehend. Wenn die Regierung mit dieſer Armee die Aufgabe, die ſie ſich geſtellt hat, durchführt, ſo vertrauen wri auf ihre Loyalität in Ausführung des Friedens; wenn ihr aber

die Aufgabe mißlingt, so können wir unmöglich vorher übersehen, welche Agglomerationen von Truppen und unter welcher Führung sich in Frankreich aus den dort auf beiden Seiten vorhandenen Bestandteilen bilden können. Wir müssen also, wenn wir ganz sicher gehen wollen — und nach so großen Opfern ist es Pflicht der Regierung, ganz sicher zu gehen — so stark bleiben, daß wir jeder Eventualität, jeder Kombination von Streitkräften in unserer Stellung gewachsen sind. Das bedingt erhebliche finanzielle Opfer, um so größer, als die französische Regierung sich bisher nicht in der Lage gesehen hat, auch nur die Zahlungen zu leisten, die für die Unterhaltung der Truppen als Ersatz für unsern Verzicht auf Naturalrequisitionen stipuliert wurden, nämlich 36 Millionen und einige Franks im Monat; daneben läuft die Verzinsung eines erheblichen Teils der Kriegskontributionen. Die Fälligkeitstermine im Monat März und April sind nicht eingehalten worden; aber es ist uns die Zusage gegeben, daß am 25. d. M., also ich glaube morgen, alle bisher aufgelaufenen Rückstände bezahlt werden sollten, und daß am 1. Mai der dann fällige Termin regelmäßig gezahlt werden würde. Wir sind überzeugt, daß die französische Regierung zahlen wird, wenn sie in der Lage ist, obwohl mir schwer begreiflich ist, wie sie es für diese kleine Summe nicht sein könnte, da wir das Geld meistenteils in Frankreich selbst ausgeben und daher nicht darauf bestehen, es in Metall zu haben, sondern mit dem Erzeugnis der alle Zeit bereitwilligen Banknotenpresse vorlieb nehmen. Aber wenn dennoch die Regierung am 25. nicht imstande sein sollte, ihre Zusage zu erfüllen, so würde das für uns und für das gegenseitige Verträgnis zwischen Truppen und Einwohnern so sehr bedauerliche Verhältnis wieder eintreten, daß wir zur Requisition von Naturalien schreiten müßten, da die Vorschüsse, die wir unserseits zu diesem Behufe der den Franzosen obliegenden Verpflegung leisten können, doch ihre Grenzen haben.

Es wäre ja eine Möglichkeit für uns, die uns von Hause aus nahe getreten ist und die wir sorgfältig erwogen haben, dem jetzigen Zustande in Frankreich durch Eingreifen von unserer Seite ein Ende zu machen, ich habe mich indessen nicht entschließen können, Sr. Majestät zu diesem Mittel zu raten, ich muß befürchten, daß eine unerbetene Einmischung in diese Verhältnisse alle Teile gegen uns, ich will nicht sagen einigen, aber doch einander nähern würde; man würde nach französischer Art

raſch bereit ſein, alle Übel der Situation auf die Einmiſchung des Auslandes zu ſchieben und ſich gegenſeitig mit der Beteuerung: nous sommes français umarmen, oder, wenn das Wort zu weit geht, ſich weſentlich einander näher rücken auf unſere Koſten, und außerdem möchte ich ungern, daß wir von dem Programm, welches Se. Majeſtät der Kaiſer aufgeſtellt hat und nach dem wir zu handeln gedenken, von dem Programm der Nichteinmiſchung in die Angelegenheiten anderer Völker uns entfernen, ſelbſt in einem Falle, wo die Verſuchung dazu uns ſo nahe gelegt iſt und wo unſer eigenes finanzielles Intereſſe ſo ſehr dazu zu drängen ſcheint. Ob es wirklich damit gewahrt werden würde, wenn wir uns in die Sache einmiſchen und uns dadurch der Gefahr ausſetzen, daß uns die moraliſche Verantwortlichkeit für die Regelung der Zukunft Frankreichs zufallen könnte, das laſſe ich dahin geſtellt ſein; es kann ſein, daß es uns gelänge, durch eine ſolche Einmiſchung die von uns anerkannte Regierung zu befeſtigen, es könnte aber auch ſein, daß die Regierung entweder, nachdem ſie Gegenſtand fremder Unterſtützung geworden iſt, ihre Lage unhaltbar oder doch ſo unangenehm fände, daß ſie den willkommenen Vorwand ergriffe, ſich zurückzuziehen und ſich der Verantwortlichkeit zu entlaſten, und dann würde es unſere Aufgabe ſein, zunächſt wieder eine neue Spitze von Frankreich entweder zu machen oder zu finden. Ich bin daher der Meinung und habe bisher gefunden, daß die öffentliche Meinung und, wie ich glaube, die Majorität dieſer Verſammlung in dieſer ſchwierigen Berechnung einer teils zukünftigen, teils auch in ihrer Gegenwart für uns nicht vollkommen durchſichtigen Lage, daß ſie in dieſer Lage findet, daß die Regierung in ihrer bisherigen Enthaltung das Richtige getroffen hat. Die Zuſage einer Enthaltung um jeden Preis zu geben, halte ich aber nicht für indiziert, es würde das unter Umſtänden eine Aufmunterung, eine Zuſage der Strafloſigkeit, ein Verzicht ſein können, während wir jedenfalls das Recht und die Pflicht haben, uns vorzubehalten, daß wir da, wo wir unſere eigenen Intereſſen und Rechte verletzt oder gefährdet finden, nicht behufs Einmiſchung in fremde Angelegenheiten, ſondern behufs der Verteidigung der eigenen, eingreifen.

Über den Frankfurter Frieden.

Rede gehalten am 12. Mai 1871.

Ich knüpfe an eine frühere Erwähnung unſerer Friedensverhandlungen an, bei der ich mein Bedauern darüber ausſprach, daß dieſe Verhandlungen ſich mehr, als wir erwartet hatten, in die Länge zogen. Wir hatten beim Abſchluß des Präliminarfriedens uns der Hoffnung hingegeben, daß in einem Zeitraum von 4 bis 6 Wochen diejenigen Verhandlungen, welche erforderlich waren, um den Präliminarfrieden zu einem definitiven umzuwandeln und zu vervollſtändigen, beendigt ſein könnten; wir hatten darauf gerechnet, daß die Regierung, mit der wir den Frieden geſchloſſen haben, ſich der unbeſtrittenen Herrſchaft in Frankreich erfreuen würde. Dieſe Hoffnung hat ſich bekanntlich nicht verwirklicht, und die Regierung hat mit einer ſchweren und noch nicht überwundenen Inſurrektion in der Hauptſtadt zu kämpfen. Eine weitere Verzögerung der Verhandlungen mußte in uns die Frage und die Befürchtung erwecken, ob das Land bei Fortdauer ſeiner inneren Kämpfe, und reſpektive ob die an der Spitze ſtehende Regierung oder diejenige, welche ihr folgen würde, Willens und imſtande bleiben werde, den uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu genügen. Der Präliminarfrieden beſchäftigt ſich mit den beiden wichtigſten Fragen des Friedensſchluſſes in einer endgültigen Weiſe, nämlich mit der Territorialabtretung und mit der Bezahlung der Kriegsentſchädigung. Inbezug auf die erſte war das ſtreitige Objekt in unſeren Händen und war es nicht wahrſcheinlich, daß die Ausführung der Beſtimmung weiter inhibiert und zweifelhaft werden konnte, oder vielmehr, daß die Dauer unſeres Beſitzes gefährdet werden konnte. Inbezug aber auf den zweiten Punkt griff die Befürchtung Platz, die ich vorhin erwähnt habe, inbezug ſowohl auf den Willen als auf die Fähigkeit, ihn definitiv auszuführen. Es ſind in der Geſchichte die Fälle nicht ſelten, daß ein Präliminarfrieden oder ſonſtiges Präliminar-Abkommen geſchloſſen worden iſt, und daß es nicht gelungen iſt, ſich über die unentbehrlichen Vervollſtändigungen, deren der definitive Friede bedarf, rechtzeitig zu vereinigen, daß daher einer der beiden vertragenden Teile, um nicht in eine nachteiligere Lage zu kommen, es vorgezogen hat, die Feindſeligkeiten wieder zu eröffnen, anſtatt länger die Ausführung der Präliminarien in Ungewißheit zu laſſen. Ich war

in der Beſorgnis, daß wir nahe vor dieſer Eventualität ſtanden, und da ſie eine ſehr ernſte war, ſo lag das Bedürfnis vor, vorher durch eine perſönliche Beſprechung mit Mitgliedern der franzöſiſchen Regierung ſich darüber klar zu werden, ob eine ſolche Notwendigkeit wirklich vorläge oder nicht. Es wäre für uns immer noch nicht indiziert geweſen, wenn wir uns nicht verſtändigten, ſofort die Truppen der franzöſiſchen Regierung anzugreifen; aber meiner politiſchen Erwägung nach wären wir, wenn wir uns jetzt nicht verſtändigten, wenn wir ernſte Verletzungen unſerer Intereſſen mit der Verlängerung der Ungewißheit fürchteten, in der Lage geweſen, der Ungewißheit dadurch ein Ende zu machen, daß wir Paris entweder durch Akkord mit der Kommune oder durch Gewalt einnahmen und dann im Beſitz dieſes Pfandes von der Verſailler Regierung forderten, daß ſie, den Stipulationen des Präliminarfriedens entſprechend, ihre Truppen hinter die Loire zurückzöge, und in dieſer gegenſeitigen Verfaſſung die weitere Verhandlung über den Frieden fortgeſetzt würde. Daß dies uns in ſchwierige, wenn nicht für die Erfüllung der Friedensbedingungen gefährliche Verhältniſſe verwickelt haben würde, liegt auf der Hand. Indeſſen ſolche Verhältniſſe werden oft durch längeres Zuwarten nicht beſſer, ſondern ſchwieriger, und ich glaube, wir wären in der Notwendigkeit geweſen, mit Entſchloſſenheit vorzugehen, um einen zweifelloſen Zuſtand herzuſtellen, wenn es nicht gelungen wäre, zu einem definitiven Abſchluß mit Frankreich zu gelangen.

Ich war urſprünglich nicht in der Hoffnung nach Frankfurt gegangen, daß es dort ſchon ſo weit würde kommen können, ſondern nur in der Abſicht, einige noch ſchwebende Fragen — einige der prinzipiell wichtigeren — zur Entſcheidung zu bringen und für die Zahlung der Kriegskontribution eine Verkürzung der Friſten und eine Verſtärkung der Garantien zu erreichen und dann den weitern Abſchluß der Verhandlungen den Bevollmächtigten in Brüſſel zu überlaſſen; ſobald ſich indeſſen die Ausſicht darbot, in Frankfurt ſofort definitiv abzuſchließen, hielt ich dies für einen großen Gewinn im Intereſſe beider beteiligten Länder, indem ich überzeugt bin, daß dadurch nicht nur für Deutſchland die militäriſchen Laſten, welche wir uns noch auflegen müſſen, weſentlich werden erleichtert werden, ſondern daß auch dieſer Abſchluß zur Konſolidierung der Verhältniſſe in Frankreich weſentlich beitragen werde. Dadurch, daß die jetzige Regierung den definitiven Frieden abgeſchloſſen hat, iſt ſie die-

jenige, welche am leichteſten imſtande iſt, den im allgemeinen nach Frieden verlangenden Wünſchen des franzöſiſchen Volkes zu entſprechen. Jede Regierung, die ſich durch Gewalt oder andere Mittel an ihre Stelle ſetzte, hätte das Bedenken gegen ſich, daß für ſie und ihr der Friede nicht ſo vollſtändig und unbedingt geſichert iſt, wie für die jetzige Regierung. Ich glaube daher, daß, wenn meine Vorausſetzung richtig iſt, daß die Mehrheit der Franzoſen den Frieden wünſcht, es auch für die Konſolidierung der jetzigen Zuſtände weſentlich wichtig und vorteilhaft geweſen iſt, daß der definitive Friede abgeſchloſſen worden iſt. Ich glaubte deshalb nicht, daß wir ſo raſch dazu gelangen würden, weil aus der Feſtſtellung der Hauptbedingungen doch bei einem ſolchen Friedensſchluß eine Anzahl von Nebengeſchäften zu erledigen ſind, die, wenn nicht ſehr viel beiderſeitiger guter Wille und ein ſehr dringendes Bedürfnis des Friedens auf beiden Seiten vorhanden iſt, ſonſt noch nicht in Wochen, ja ſelbſt mitunter kaum in Monaten ihre Erledigung finden können. Es werden deshalb auch nachträgliche Ausführungsverhandlungen ſtattzufinden haben, und iſt Frankfurt als Ort derſelben auserſehen worden; in der Hauptſache aber iſt ein befriedigender und endgültiger Abſchluß erreicht worden: die Zahlungsfriſten ſind verkürzt und ſchärfer definiert worden; anſtatt daß die erſte Zahlung erſt im Laufe dieſes Jahres zu erfolgen hatte, wird die Zahlung der erſten halben Milliarde ſchon innerhalb der dreißig Tage, die auf die Unterwerfung von Paris folgen werden, ſtattzufinden haben. Nach der militäriſchen Lage der Dinge dürfen wir hoffen, daß der Kampf vor und in Paris ſich ſeinem Ende nähert; und ſobald die Truppen der Regierung ſiegreich ſein werden — wozu wir die Mittel jetzt, nachdem der definitive Friede abgeſchloſſen iſt, durch verſtärkte Freilaſſung der Gefangenen bereitwillig gewähren werden —, wird innerhalb 30 Tagen eine erſte Zahlung von 500 Millionen Franks ſtattzufinden haben.

Als Zahlungsmittel iſt feſtgeſetzt worden, daß nur Metallgeld oder Noten von ſicheren Banken, wie die engliſche, die niederländiſche, die preußiſche, die belgiſche angenommen werden oder Wechſel erſter Klaſſe, d. h. ſolche, die ſo gut wie bar Geld ſind, und wenn ſie es wider Erwarten nicht ſein ſollten, ſo trifft der Ausfall nicht uns.

Die zweite Zahlung von 1000 Millionen Franks hat ſodann im Laufe d. J., wenn mein Gedächtnis mich nicht täuſcht, ſogar bis zum 1. Dezember ſtattzufinden. Erſt nach dieſer zweiten

Zahlung ſind wir verpflichtet, die Befeſtigungen von Paris zu räumen, alſo nachdem $^1/_2$ Milliarden gezahlt ſein werden. Es war dieſe Stimme zu meinem Bedauern eine notwendige Vorſichtsmaßregel gegen die Schwankungen, denen die inneren Zuſtände des Landes noch ausgeſetzt ſein können, wenn wir zu früh von der Hauptſtadt uns zurückziehen, und ſo ſchwer es den franzöſiſchen Bevollmächtigten geweſen iſt, hierin zu willigen, ſo habe ich doch geglaubt, hierauf beſtehen zu müſſen. Dann wird die vierte halbe Milliarde bis zum 1. Mai nächſten Jahres, und nicht erſt bis zu Ende nächſten Jahres, zu zahlen ſein. In bezug auf die drei letzten Milliarden bleiben die Beſtimmungen des Präliminarfriedens in Kraft — ſie ſind bis zum 1. März 1874 vollſtändig abzuzahlen, und was früher gezahlt wird, das ſcheidet natürlich aus der Verzinſung, die Frankreich für dieſe drei Milliarden zu leiſten hat, aus. Die franzöſiſche Regierung hat die Überzeugung, ihrer Verpflichtung in der feſtgeſetzten Zeit genügen zu können.

Eine andere ſehr ſchwierige Frage war die der Handelsbeziehungen. Die franzöſiſche Regierung ſcheint die Handelsverträge, die ſie geſchloſſen hat, löſen zu wollen und den mit uns beſtandenen nicht wieder ins Leben treten laſſen zu wollen. Sie iſt der Meinung, daß die geſteigerten Einnahmen, deren ſie bedürfe, durch geſteigerte Zölle weſentlich gefördert werden würden. Es iſt meines Erachtens nicht thunlich, im internationalen Verkehr zwiſchen großen Völkern einen Handelsvertrag zu einer durch Krieg erkämpften Bedingung zu machen, die der Souveränetät eines großen Volkes und der Beſchränkung ſeines Geſetzgebungsrechts auferlegt würde.

Ich habe deshalb auch nicht darauf beſtanden und glaube nicht, daß die Maßregel praktiſch geweſen wäre. Namentlich habe ich befürchtet, daß ſie eine ſo ſtarke Verletzung des Nationalgefühls enthielte, daß ſie ſpäter den Frieden frühzeitig beeinträchtigen würde. Ich habe mich deshalb darauf beſchränkt, zu fordern, daß wir nach dem Prinzip der meiſtbegünſtigten Nationen uns gegenſeitig in Zukunft zu behandeln hätten. Dieſes Prinzip iſt in Weſenheit angenommen. Es wurde gewünſcht, daß es nicht ſo allgemein genommen würde, um nicht Verträge mit einzelnen Staaten, die der franzöſiſchen Republik beſonders naheſtehen und bei ihrer Kleinheit oder ihren Handelsbeziehungen weniger von Bedeutung ſind, unmöglich zu machen. Ich nenne beiſpielsweiſe Monaco mit drei Schiffen

oder Tunis und andere. Vermutlich auch deshalb wünschte dies die französische Regierung, weil der Handelsvertrag mit Italien noch länger läuft, als sie mit ihren Zollreformen zu warten beabsichtigt. Wir haben deshalb ausgemacht, daß die Nationen, unter denen wir mit den Begünstigten gleich zu behandeln sind, sich beschränken auf Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Österreich und Rußland.

Demnächst ist die Grenzfrage einer erneuten Diskussion unterworfen worden, insoweit sie offen geblieben war, namentlich in dem Punkte, den Rayon von Belfort zu bestimmen. Wir waren nach dem strengen Wortlaute wohl berechtigt, unter Rayon dasjenige zu verstehen, was unser amtlicher Sprachgebrauch darunter versteht und was man im Französischen mit dem Ausdruck „rayon administratif des servitudes militaires“ bezeichnet, d. h. eine Entfernung von 960 Meter von der äußersten Grenze der Befestigung. Es war indessen zweifellos, daß eine so strikte Auslegung des Wortes bei unserer Verabredung nicht zugrunde gelegen hat, aber auf der andern Seite auch nicht eine so ausgedehnte, wie sie von Frankreich in Brüssel beansprucht worden war, und wir haben uns deshalb dahin verständigt, daß der Halbmesser des Gebietes von Belfort gebildet wird durch die Entfernung, in welcher diese Festung von der Grenze gelegen haben würde, wenn die ursprüngliche Grenze bei Belfort die zwischen Elsaß und dem nächsten französischen Departement geblieben wäre, also vier bis fünf Kilometer. Darüber hinaus ist einstweilen definitiv keine Grenzabtretung erfolgt. Wohl aber war es für uns wünschenswert, einige Gemeinden an der Nordgrenze bei Thionville, in welchem das Deutsche teils ausschließlich, teils überwiegend gesprochen wird, zu erwerben.

Die französischen Minister erklärten sich in der Unmöglichkeit, definitiv zuzustimmen, daß Gemeinden, die bisher französisch geblieben waren, aufhörten, es zu sein. Sie waren daher wohl bereit, eine anderweitige Rektifikation der französischen Grenze bei Belfort zu acceptieren, aber ohne Äquivalent. Ich habe das Angebot einer ferneren Gebiets-Cession vor Belfort gestellt für den Fall, daß man von französischer Seite uns die fraglichen Gemeinden in der Gegend von Thionville, von der Luxemburger Grenze bei Redingen bis gegen Moyeuvre, abtrete.

Die übrigen Bedingungen werden die Herren ja binnen kurzem aus der Veröffentlichung und einer amtlichen Mit-

teilung, die ich mir erlauben werde an Sie zu richten, erſehen können.

Wir haben das Bedürfnis gehabt, die Bahnen, welche der Geſellſchaft der Oſtbahn in Elſaß und Lothringen gehören, für eine beſtimmte Summe zu erwerben, indem es nicht thunlich erſchien, dieſe überwiegend franzöſiſch bleibende Geſellſchaft, die nur etwa ein Viertel ihres Eigentums in Elſaß und Lothringen liegen hat, im Beſitz der dortigen Konzeſſionen zu laſſen, und indem wir, wenn wir uns nicht vertragsmäßig darüber geeinigt hätten, in der Lage geweſen wären, die Geſellſchaften dort zu expropriieren, wobei, da wir zugleich Partei und Geſetzgeber waren, die Frage der Abſchätzung des Wertes des Eigentums immerhin eine unerwünſchte geweſen wäre.

Für die Ratifikation, einerſeits durch Seine Majeſtät den Kaiſer, andererſeits durch die Verſammlung in Verſailles, iſt eine Friſt von zehn Tagen vorbehalten; ſie würde alſo bis zum 20. d. M. zu erfolgen haben.

Ich kann nicht annehmen, daß dieſe Abmachungen jeden einzelnen perſönlichen Wunſch befriedigen werden; das iſt indeſſen bei ſo großen Abrechnungen zwiſchen zwei Völkern überhaupt nicht möglich. Trennung alter Verbindungen, Schließung neuer Verbindungen ſind ohne Verluſte und geſchäftliche Nachteile niemals durchzuführen; aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden iſt, was wir von Frankreich vernünftiger Weiſe und nach den Traditionen, die andern Friedensſchlüſſen zu grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unſere Grenzen durch die Landabtretung geſichert, wir haben unſere Kriegsentſchädigungen ſoweit geſichert, wie es nach menſchlichen Verhältniſſen überhaupt möglich iſt; denn weiter ausgedehnte Sicherheiten zu nehmen, muß man ſich gegenwärtig halten, wäre für uns mit erheblich größeren Koſten und Anſtrengungen verknüpft; wir würden nicht nur Geld opfern, ſondern, was viel ſchwerer empfunden wird, die Abweſenheit der Truppen aus dem Lande und ſo mancher Arbeitskräfte würde auf die Dauer ſchwerer empfunden werden. Indeſſen ich habe das Vertrauen, daß es die Abſicht der gegenwärtigen franzöſiſchen Regierung iſt, den Vertrag auch ohne ſolche Bürgſchaften redlich auszuführen, und ich habe die Überzeugung, wie die Herren ſie ſelbſt hatten, daß die Kräfte dazu vorhanden ſind, und daß die Behauptung, die Kriegsentſchädigung wäre von einer unmöglich zu bezahlenden Höhe, eine unbegründete

ſt, die von franzöſiſchen Finanzmännern und Staatsmännern nicht geteilt wird.

Ich erlaube mir, die Mitteilung mit dem Ausdruck der Hoffnung zu ſchließen, daß dieſer Friede ein dauerhafter und ſegensreicher ſein, und daß wir der Bürgſchaften, deren wir uns verſichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geſichert zu ſein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen.

Über die Erwerbung von Elſaß-Lothringen.

Rede gehalten am 2. Mai 1871.

— Wenn wir uns ein Jahr — oder genauer zehn Monate — zurückverſetzen, ſo werden wir uns ſagen können, daß Deutſchland einig war in ſeiner Liebe zum Frieden; es gab kaum einen Deutſchen, der nicht den Frieden mit Frankreich wollte, ſo lange er mit Ehren zu halten war. Diejenigen krankhaften Ausnahmen, die etwa den Krieg wollten in der Hoffnung, ihr eigenes Vaterland werde unterliegen, — ſie ſind des Namens nicht würdig, ich zähle ſie nicht zu den Deutſchen. Ich bleibe dabei, die Deutſchen in ihrer Einſtimmigkeit wollten den Frieden. Ebenſo einſtimmig aber waren ſie, als der Krieg uns aufgedrängt wurde, als wir gezwungen wurden, zu unſerer Verteidigung zur Wehr zu greifen, wenn Gott uns den Sieg in dieſem Kriege, den wir mannhaft zu führen entſchloſſen waren, verleihen ſollte, nach Bürgſchaften zu ſuchen, welche eine Wiederholung eines ähnlichen Krieges unwahrſcheinlicher und die Abwehr, wenn er dennoch eintreten ſollte, leichter machen. Jedermann erinnerte ſich, daß unter unſeren Vätern ſeit dreihundert Jahren wohl ſchwerlich eine Generation geweſen iſt, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und jedermann ſagte ſich, daß, wenn bei früheren Gelegenheiten, wo Deutſchland zu den Siegern über Frankreich gehörte, die Möglichkeit verſäumt worden war, Deutſchland einen beſſeren Schutz gegen Weſten zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg in Gemeinſchaft mit Bundesgenoſſen erfochten hatten, deren Intereſſen eben nicht die unſrigen waren. Jedermann war alſo entſchloſſen, wenn wir jetzt, ſelbſtändig und rein auf unſer Schwert und unſer eigenes Recht geſtützt, den Sieg erkämpfen, mit vollem Ernſte dahin zu wirken, daß unſeren Kindern eine geſichertere Zukunft hinterlaſſen werde.

Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte, da sie vermöge der Zerrissenheit Deutschlands fast stets zu unserem Nachteile ausfielen, eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche an sich für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war, und ich kann die Lage, in der wir uns befanden, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisieren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän einst geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im orientalischen Kriege, für die Westmächte Partei zu nehmen, ohne daß es der Überzeugung seiner Regierungen nach ein selbständiges Interesse hatte, diesen Krieg zu führen. Ich kann ihn auch nennen — es war der hochselige König Wilhelm von Württemberg. Der sagte mir: „Ich teile Ihre Ansicht, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen, daß kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele steht, welches der Mühe wert wäre, deutsches Blut dafür zu vergießen. Aber wenn wir uns darum mit den Westmächten überwerfen sollten, wenn es soweit kommen sollte, zählen Sie auf meine Stimme im Bundesrate, bis zu der Zeit, wo der Krieg zum Ausbruch kommt. Dann aber nimmt die Sache eine andere Gestalt an. Ich bin entschlossen, so gut wie jeder andere, die Verbindlichkeiten einzuhalten, die ich eingegangen bin. Aber hüten Sie sich, die Menschen anders zu beurteilen, wie sie sind. Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; so lange Straßburg aber ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hülfe kommen kann. Ich werde mich keinen Augenblick bedenken, das harte Brod der Verbannung in ihrem Lager zu essen, aber meine Unterthanen werden an mich schreiben. Sie werden von Kontributionen erdrückt werden, um auf Änderung meines Entschlusses zu wirken. Ich weiß nicht, was ich thun werde, ich weiß nicht, ob alle Leute fest genug bleiben werden. Aber der Knotenpunkt liegt in Straßburg, denn so lange das nicht deutsch ist, wird es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. So lange Straßburg ein Ausfallthor für eine stets waffenbereite Armee von 100- bis 150 000 Mann ist, bleibt Deutschland in der Lage, nicht rechtzeitig mit ebenso starken Streitkräften am

Oberrhein eintreten zu können — die Franzoſen werden ſtets früher da ſein."

Ich glaube, dieſer aus dem Leben gegriffene Fall ſagt Alles, ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Der Keil, den die Ecke des Elſaß bei Weißenburg in Deutſchland hineinſchob, trennte Süddeutſchland wirkſamer als die politiſche Mainlinie von Norddeutſchland, und es gehörte der hohe Grad von Entſchloſſenheit, von nationaler Begeiſterung und Hingebung bei unſeren ſüddeutſchen Bundesgenoſſen dazu, um ungeachtet dieſer naheliegenden Gefahr, der ſie bei einer geſchickten Führung des Feldzuges von ſeiten Frankreichs ausgeſetzt waren, keinen Augenblick anzuſtehen, in der Gefahr Norddeutſchlands die ihrige zu ſehen und friſch zuzugreifen, um mit uns gemeinſchaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieſer überlegenen Stellung, in dieſem vorgeſchobenen Baſtion, welches Straßburg gegen Deutſchland bildete, der Verſuchung zu erliegen jeder Zeit bereit war, ſobald innere Verhältniſſe eine Ableitung nach außen nützlich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch geſehen. Es iſt bekannt, daß ich noch am 6. Auguſt 1866 in dem Fall geweſen bin, den franzöſiſchen Botſchafter bei mir eintreten zu ſehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu ſtellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die ſofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft geweſen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann iſt Krieg! Er reiſte mit dieſer Antwort nach Paris; in Paris beſann man ſich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verſtehen, dieſe Inſtruktion ſei dem Kaiſer Napoleon während einer Krankheit entriſſen worden. Die weiteren Verſuche in bezug auf Luxemburg und weitere Fragen ſind bekannt. Ich komme darauf nicht zurück. Ich glaube, ich brauche auch nicht zu beweiſen, daß Frankreich nicht immer charakterſtark genug war, den Verſuchungen, die der Beſitz des Elſaß mit ſich brachte, zu widerſtehen.

Die Frage, wie Bürgſchaften dagegen zu gewinnen ſeien, — territorialer Natur mußten ſie ſein, die Garantieen der auswärtigen Mächte konnten uns nicht helfen, denn ſolche Garantieen haben zu meinem Bedauern mitunter nachträglich eigentümlich abſchwächende Deklarationen erhalten. Man ſollte glauben, daß ganz Europa das Bedürfnis empfunden hätte, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier großen Kulturvölker inmitten der europäiſchen Civiliſation zu hindern, und daß die Einſicht nahe lag,

daß das einfachſte Mittel, ſie zu hindern, dasjenige ſei, daß man den zweifellos friedfertigeren Teil von beiden in ſeiner Verteidigung ſtärke. Ich kann indeß nicht ſagen, daß dieſer Gedanke von Haus aus überall einleuchtend gefunden wurde. Es wurde nach andern Auskunftsmitteln geſucht, es wurde uns vielfach vorgeſchlagen, wir möchten uns mit den Kriegskoſten und mit der Schleifung der franzöſiſchen Feſtungen in Elſaß und Lothringen begnügen. Ich habe dem immer widerſtanden, indem ich dieſes Mittel für ein unpraktiſches im Intereſſe der Erhaltung des Friedens anſehe. Es iſt die Konſtituierung einer Servitut auf fremdem Grund und Boden, einer ſehr drückenden und beſchwerlichen Laſt für das Souveränetäts-, für das Unabhängigkeitsgefühl desjenigen, den ſie trifft. Die Abtretung der Feſtungen wird kaum ſchwerer empfunden, als das Gebot des Auslandes, innerhalb des Gebietes der eigenen Souveränetät nicht bauen zu dürfen. Die Schleifung des unbedeutenden Platzes Hüningen iſt vielleicht öfters wirkſamer zur Erregung franzöſiſcher Leidenſchaft benutzt worden, als der Verluſt irgend eines Territoriums, den Frankreich an ſeinen Eroberungen 1815 zu erleiden hatte. Ich habe deshalb auf dieſes Mittel keinen Wert gelegt, um ſo weniger, als nach der geographiſchen Konfiguration das vorſpringende Baſtion, wie ich mir erlaubte, es zu bezeichnen, als Ausgangspunkt der franzöſiſchen Truppen immer gleich nahe an Stuttgart und München gelegen hätte, wie jetzt. Es kam darauf an, ihn weiter zurückzuverlegen.

Außerdem iſt Metz ein Ort, deſſen topographiſche Konfiguration von der Art, daß die Kunſt, um es zu einer ſtarken Feſtung zu machen, nur ſehr wenig zu thun braucht, und dasjenige, was ſie etwa daran gethan hat, wenn es zerſtört würde, was ſehr koſtſpielig wäre, doch ſehr raſch wieder herzuſtellen wäre. Ich habe alſo dies Auskunftsmittel als unzulänglich angeſehen.

Ein anderes Mittel wäre geweſen — und das wurde auch von Einwohnern von Elſaß und Lothringen befürwortet — einen neutralen Staat, ähnlich wie Belgien und die Schweiz, an jener Stelle zu errichten. Es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergeſtellt geweſen von der Nordſee bis an die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich gemacht haben würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt ſind, Verträge und Neutralitäten zu achten, und weil wir durch dieſen dazwiſchen liegenden Raum von Frankreich ge-

trennt wären; keineswegs aber würde Frankreich an dem, im letzten Kriege ja gehegten, aber nicht ausgeführten Plan gehindert sein, gelegentlich seine Flotte mit Landungstruppen an unsere Küsten zu schicken oder bei Verbündeten französische Truppen zu landen und bei uns einrücken zu lassen. Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, so lange unsere Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es war dieser Grund aber nur in zweiter Linie. Der erste Grund ist der, daß die Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren und für die Erhaltung ihrer Neutralität zur Not mit Waffengewalt einzutreten. So hat es Belgien, so hat es die Schweiz gethan; beide hätten uns gegenüber es nicht nötig gehabt, aber ihre Neutralität ist thatsächlich von beiden geachtet worden; beide wollen unabhängige, neutrale Staaten bleiben. Diese Voraussetzung wäre bei dem neuzubildenden neutralen Elsaß und Lothringen in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern es ist zu erwarten, daß die starken französischen Elemente, welche im Lande noch lange zurückbleiben werden, die mit ihren Interessen, Sympathien und Erinnerungen an Frankreich hängen, diesen neutralen Staat, welcher immer sein Souverän sein möchte, bei einem neuen französisch-deutschen Kriege bestimmt haben würden, sich Frankreich wieder anzuschließen, und die Neutralität wäre eben nur ein für uns schädliches, für Frankreich nützliches Trugbild gewesen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt etwaiger französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzulegen, wenn Frankreich entweder bei eigener Erstarkung oder im Besitz von Bundesgenossen uns den Handschuh wieder hinwerfen sollte.

Der Verwirklichung dieses Gedankens, der Befriedigung dieses unabweisbaren Bedürfnisses zu unserer Sicherheit stand in erster Linie die Abneigung der Einwohner selbst, von Frankreich getrennt zu werden, entgegen. Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Gründe zu untersuchen, die es möglich machten, daß eine urdeutsche Bevölkerung einem Lande mit fremder Sprache und mit nicht immer wohlwollender und schonender Regierung in diesem Maße anhänglich werden konnte. Etwas liegt wohl

darin, das alle diejenigen Eigenſchaften, die den Deutſchen vom Franzoſen unterſcheiden, gerade in der elſaſſer Bevölkerung in hohem Grade verkörpert werden, ſo daß die Bevölkerung dieſes Lande in bezug auf Tüchtigkeit und Ordnungsliebe, ich darf wohl ohne Überhebung ſagen, eine Art von Ariſtokratie in Frankreich bildete, ſie waren befähigter zu Ämtern, zuverläſſiger im Dienſt, die Stellvertreter im Militär, die Gensdarmen, die Beamten; im Staatsdienſt in einem die Proportion der Bevölkerung weit überragenden Verhältnis waren die Elſaſſer und Lothringer; es waren die $1^1/_2$ Millionen Deutſcher, die alle Vorzüge des Deutſchen in einem Volke, das andere Vorzüge hat, aber gerade nicht dieſe, zu verwerten imſtande waren und thatſächlich verwerteten; ſie hatten durch ihre Eigenſchaften eine bevorzugte Stellung, die ſie manche geſetzliche Unbilligkeit vergeſſen machte. Es liegt dabei im deutſchen Charakter, daß jeder Stamm ſich irgend eine Art von Überlegenheit namentlich über ſeinen nächſten Nachbar vindiziert; hinter dem Elſäſſer und Lothringer, ſo lange er franzöſiſch war, ſtand Paris mit ſeinem Glanze und Frankreich mit ſeiner einheitlichen Größe; er trat dem deutſchen Landsmann gegenüber mit dem Gefühle: Paris iſt mein, und fand darin eine Quelle für ein Gefühl partikulariſtiſcher Überlegenheit. Ich gehe nicht auf die weiteren Gründe zurück, daß jeder ſich einem großen Staatsweſen, welches ſeiner Fähigkeit vollen Spielraum giebt, leichter aſſimiliert, als einer zerriſſenen, wenn auch ſtammverwandten Nation, wie ſie ſich früher diesſeits des Rheins für den Elſäſſer darſtellte. Thatſache iſt, daß dieſe Abneigung vorhanden war und daß es unſere Pflicht iſt, ſie mit Geduld zu überwinden. Wir haben meines Erachtens viele Mittel dazu; wir Deutſchen haben im Ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeſchickter, aber auf die Dauer kommt es doch heraus, wohlwollender und menſchlicher zu regieren, als es die franzöſiſchen Staatsmänner thun; es iſt das ein Vorzug des deutſchen Weſens, der in dem deutſchen Herzen der Elſäſſer bald arheimeln und erkennbar werden wird. Wir ſind außerdem imſtande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die franzöſiſchen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten. Wenn wir die heutige Pariſer Bewegung betrachten, ſo wird auch bei ihr eintreffen, was bei jeder Bewegung, die eine gewiſſe Nachhaltigkeit hat, unzweifelhaft iſt, daß neben allen vernünftigen Motiven,

die ihr anklleben und den Einzelnen bestimmen, in der Grundlage irgend ein vernünftiger Kern steckt, sonst vermag keine Bewegung auch nur das Maß von Kraft zu erlangen, wie die Pariser es augenblicklich erlangt hatten. Dieser vernünftige Kern — ich weiß nicht, wieviel Leute ihm anhängen, aber jedenfalls die besten und intelligentesten von denen, die augenblicklich gegen ihre Landsleute kämpfen — ich darf es mit einem Worte bezeichnen: es ist die deutsche Städteordnung; wenn die Kommune diese hätte, dann würden die Besseren ihrer Anhänger zufrieden sein — ich sage nicht alle. Wir müssen unterscheiden: wie liegt die Sache? Die Miliz der Gewaltthat besteht überwiegend aus Leuten, die nichts zu verlieren haben, es giebt in einer Stadt von zwei Millionen eine große Anzahl sogenannter repris de justice, Leute, die man bei uns als unter polizeilicher Aufsicht bezeichnen würde, Leute, die die Intervalle, die sie zwischen zwei Zuchthausperioden haben, in Paris zubringen, und die sich dort in erheblicher Anzahl zusammenfinden, Leute, die überall, wo es Unordnung und Plünderung giebt, bereitwillig derselben dienen. Es sind gerade diese, die der Bewegung den bedrohlichen Charakter für die Zivilisation gegeben haben, durch den sie sich gelegentlich hervorthat, ehe man die theoretischen Ziele näher untersuchte, und die im Interesse der Menschlichkeit, hoffe ich, jetzt zu den Überwundenen gehören, aber freilich ebensogut auch rückfällig werden können. Neben diesem Auswurf, wie er sich in jeder großen Stadt ja reichlich findet, wird die Miliz, der ich gedacht, gebildet durch eine Anzahl von Anhängern der europäischen internationalen Republik. Mir sind die Ziffern genannt worden, mit welchen die fremden Nationalitäten sich dort beteiligen, von denen mir nur vorschwebt, daß beinahe achttausend Engländer sich zum Zwecke der Verwirklichung ihrer Pläne in Paris befinden sollen, ich setze voraus, daß es großenteils irische Fenier sind, die mit dem Ausdrucke Engländer bezeichnet würden, ebenso eine große Anzahl Belgier, Polen, Garibaldianer und Italiener. Das sind Leute, denen die Kommune und die französischen Freiheiten ziemlich gleichgültig sind, sie erstreben etwas anderes, und auf sie war natürlich jenes Argument nicht gerichtet, wenn ich sagte, es ist in jeder Bewegung ein vernünftiger Kern.

Solche Wünsche, wie sie ja in Frankreich bei den großen Gemeinden sehr berechtigt sind im Vergleich mit ihrer staatsrechtlichen Vergangenheit, die ihnen nur ein sehr geringes Maß der

Bewegung zuläßt und nach den Traditionen der franzöſiſchen Staatsmänner das Äußerſte dennoch bietet, was man der kommunalen Freiheit gewähren kann, machen ſich ja bei dem deutſchen Charakter der Elſäſſer und Lothringer, der mehr nach individueller und kommunaler Selbſtändigkeit ſtrebt, wie der Franzoſe, in hohem Grade fühlbar, und ich bin überzeugt, daß wir die Bevölkerung des Elſaß auf dem Gebiete der Selbſtverwaltung ohne Schaden für das geſamte Reich einen erheblich freieren Spielraum laſſen können — von Hauſe aus, der allmählich ſo erweitert wird, daß er dem Ideal zuſtrebt, daß jedes Individuum, jeder engere kleinere Kreis das Maaß der Freiheit beſitzt, was überhaupt mit der Ordnung des Geſamt-Staatsweſens verträglich iſt. Das zu erreichen, dieſem Ziele möglichſt nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunſt, und ſie iſt für die deutſchen Einrichtungen, unter denen wir leben, ſehr viel erreichbarer, als ſie es in Frankreich nach dem franzöſiſchen Charakter und der unitariſchen Verfaſſung von Frankreich jemals werden kann. Ich glaube deshalb, daß es uns mit deutſcher Geduld und mit deutſchem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet. Es werden aber immer Elemente zurückbleiben, die mit ihrer ganzen perſönlichen Vergangenheit in Frankreich wurzeln und die zu alt ſind, um ſich davon noch loßzureißen, oder die durch ihre materiellen Intereſſen mit Frankreich notwendig zuſammenhängen und für das Zerreißen der Bande, die ſie an Frankreich knüpften, eine Entſchädigung bei uns entweder gar nicht oder nur ſpät finden können. Alſo wir dürfen uns nicht damit ſchmeicheln, ſehr raſch an dem Ziele zu ſein, daß in Elſaß die Verhältniſſe ſein würden wie in Thüringen in bezug auf deutſche Empfindungen; aber wir dürfen denn doch auch nicht verzweifeln, das Ziel dem wir zuſtreben, unſererſeits noch zu erleben, wenn wir die Zeit erfüllen, welche dem Menſchen im Durchſchnitt gegeben iſt.

Wie nun dieſer Aufgabe näher zu treten ſei, in welcher Form zunächſt, das iſt die Frage, welche jetzt zuerſt an Sie herantritt, meine Herren, aber doch nicht in einer entſcheidenden und die Zukunft bindenden Weiſe. Ich möchte Sie bitten, bei dieſen Beratungen ſich nicht auf den Standpunkt zu ſtellen, daß Sie etwas für die Ewigkeit gültiges machen wollen, daß Sie jetzt ſchon ſich einen feſten Gedanken bilden wollen über die Geſtaltung der Zukunft, wie ſie nach mehreren Jahren etwa ſein

ſoll. Dahin reicht meines Erachtens keine menſchliche Vorausſicht. Die Verhältniſſe ſind abnorm; ſie mußten abnorm ſein — unſere ganze Aufgabe war es — und ſie ſind nicht nur abnorm in der Art, wie wir das Elſaß gewonnen haben, ſie ſind auch abnorm in der Perſon des Gewinners. Ein Bund, aus ſouveränen Fürſten und freien Städten beſtehend, der eine Eroberung macht, die er zum Bedürfniſſe ſeines Schutzes behalten muß, die ſich alſo im gemeinſamen Beſitze befindet, iſt eine in der Geſchichte ſehr ſeltene Erſcheinung, und wenn wir einzelne Unternehmungen von Schweizer Kantonen abrechnen, die doch auch immer nicht die Abſicht hatten, ſich die gemeinſam gewonnenen Länder gleich berechtigt zu aſſimilieren, ſondern ſie als gemeinſame Provinzen zum Vorteil der Eroberer zu bewirtſchaften, ſo glaube ich kaum, daß ſich in der Geſchichte etwas Ähnliches findet. Ich möchte alſo glauben, daß gerade bei dieſer abnormen Lage und abnormen Aufgabe die Mahnung, den Fernblick des ſcharfſichtigſten Politikers in menſchlichen Dingen nicht zu überſchätzen, beſonders an uns herantritt. Ich wenigſtens fühle mich nicht imſtande, jetzt ſchon mit voller Sicherheit zu ſagen, wie die Situation nach drei Jahren im Elſaß und in Lothringen ſein wird. Um das berechnen zu können, müßte man in die Zukunft ſehen. Es hängt das von Faktoren ab, deren Entwicklung, deren Verhalten und guter Wille gar nicht in unſerer Gewalt ſtehen und von uns nicht regiert werden können. Es iſt das, was wir Ihnen vorlegen, eben ein Verſuch, den richtigen Anfang einer Bahn zu finden, deſſen Ende wir ſelbſt nach der Belehrung durch die Entwicklung, durch die Erfahrungen, die wir machen werden, bedürftig ſind. Und ich möchte Sie deshalb bitten, einſtweilen denſelben empiriſchen Weg gehen zu wollen, den die Regierungen gegangen ſind, und die Verhältniſſe zu nehmen, wie ſie liegen, und nicht, wie ſie vielleicht wünſchenswert wären. Wenn man nichts Beſſeres an die Stelle zu ſetzen weiß von Etwas, was einem nicht vollſtändig gefällt, ſo thut man immer, meiner Überzeugung nach, beſſer, der Schwerkraft der Ereigniſſe ihre Wirkung zu laſſen und die Sache einſtweilen ſo zu nehmen, wie ſie liegt; ſie liegt aber ſo, daß die verbündeten Regierungen gemeinſam dieſe Länder gewonnen haben, daß ihr gemeinſamer Beſitz, ihre gemeinſame Verwaltung etwas Gegebenes iſt, was nach unſeren Bedürfniſſen und nach den Bedürfniſſen der Beteiligten in Elſaß und Lothringen modifiziert werden kann, aber ich möchte dringend bitten, ſparen Sie ſich, ebenſo wie es die

verbündeten Regierungen machen, das Urteil über die Geſtaltung wie ſie definitiv einmal werden kann, noch auf. Haben Sie mehr Mut, der Zukunft zu präjudizieren, als wir haben, ſo werden wir Ihnen bereitwillig entgegenkommen, da wir unſere Arbeit ja doch nur gemeinſchaftlich betreiben können, und gerade die Vorſicht, mit der ich die Überzeugung der verbündeten Regierungen kundgebe, mit der dieſelben ſich die Überzeugung gebildet haben, zeigt Ihnen zugleich die Bereitwilligkeit, in der wir uns befinden, uns belehren zu laſſen, wenn wir irgend einen beſſeren Vorſchlag erhalten, namentlich, wenn er ſich durch die an der Hand der Erfahrung, ſelbſt einer kurzen Erfahrung, als der beſſere bewährt haben ſollte. Und wenn ich unſererſeits dieſen guten Willen kundgebe, ſo bin ich ſicher, daß er bei Ihnen ebenſo vorhanden iſt, auf dieſem Wege gemeinſam mit deutſcher Geduld und deutſcher Liebe zu allen, beſonders zu den neueſten Landsleuten, das richtige Ziel zu finden und ſchließlich zu erreichen.

Zweite Rede über Elſaß-Lothringen.

Gehalten am 25. Mai 1871.

— Ich habe das Bedürfnis, in der allgemeinen Beratung über die vorliegende Frage einige Worte zu ſagen, weil es mir nicht vergönnt geweſen iſt, mich in der erſten und zweiten Leſung an den Beratungen weiter zu beteiligen, ich meine namentlich auch an den Kommiſſionsverhandlungen, ſo ſehr ich das Bedürfnis hatte, mich dort in vertraulicherer Weiſe, als es hier geſchehen kann, auszuſprechen. Ich war zu der Zeit in Frankfurt abweſend. Ich habe mich gefreut, aus dem Ergebnis zu erſehen, daß Sie der in der Kommiſſion vielfach an Sie herantretenden Verſuchung widerſtanden haben, das Schickſal von Elſaß-Lothringen in dem jetzigen Stande und ohne Mitwirkung der Einwohner dieſer Länder weiter feſtzulegen, als es in dieſem Momente unbedingt rechtlich notwendig iſt, die rechtliche Notwendigkeit beſchränkt ſich im Augenblick darauf, den Bewohnern dieſer Länder das ſtaatsrechtliche Bürgertum in Deutſchland zu ſichern; alle Schritte darüber hinaus halte ich für den Augenblick für gewagt und der politiſchen Klugheit nicht entſprechend. Letztere rät meiner Überzeugung nach, in unſicheren und unklaren

Verhältniſſen die Schritte vorwärts auf das notwendige Maß zu beſchränken, den Boden zu unterſuchen, ich will nicht ſagen, Verſuche zu machen, aber doch erſt ſich durch die Beteiligten und durch die Dinge, die wir bisher nicht mit voller Genauigkeit kennen, belehren zu laſſen, was dort zu geſchehen hat.

Was wir den Elſäſſern jetzt alſo zu geben haben, iſt das deutſche Bürgerrecht, die Möglichkeit des freien Verkehrs innerhalb Deutſchlands in Handels- und ſozialer Beziehung, nachdem ihnen der freie Verkehr mit Frankreich abgeſchnitten und verſchloſſen ſein wird. Wir müſſen uns daher notwendig ſchlüſſig machen über die Form, in der wir ihnen dieſes Bürgerrecht geben wollen, gewiſſermaßen über die Thür, welche wir ihnen ins Reich hinein öffnen. Es hat ja dabei ernſthaft nur in Frage kommen können, ob das Elſaß und Lothringen einem der beſtehenden Bundesſtaaten ganz oder unter Verteilung der Länder angeſchloſſen werden ſoll, oder ob es zunächſt ein unmittelbares Reichsland bleibt, bis es ſelbſt, ſo zu ſagen, in der deutſchen Familie mündig geworden iſt, um über ſein eigenes Geſchick mitzuwirken. Ernſthaft iſt wohl nur in Frage gekommen: ſoll Elſaß und Lothringen zu Preußen gelegt werden, oder ſoll es unmittelbares Reichsland ſein? Ich habe mich unbedingt für das letztere von Anfang an entſchieden, einmal um dynaſtiſche Fragen nicht ohne Not in unſere politiſchen zu miſchen, zweitens aber auch darum, weil ich es für leichter halte, daß die Elſäſſer ſich eher mit dem Namen der „Deutſchen“ befreunden, als mit dem Namen der „Preußen“.

Die Elſäſſer haben ſich in ihrer zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutſcher Art erhalten, und das iſt der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundamente zu beginnen haben werden; dieſen Partikularismus zunächſt zu ſtärken, iſt im Widerſpruch zu den Erſcheinungen, die uns in ähnlicher Weiſe im Norden Deutſchlands vorgelegen haben, jetzt unſer Beruf. Je mehr ſich die Bewohner des Elſaß als Elſäſſer fühlen werden, umſomehr werden ſie das Franzoſentum abthun. Es iſt kaum zu zweifeln, daß dem Elſaß, ſo wenig wie wir uns gegenſeitig kennen, die ein Menſchenalter hindurch fortgeſetzte Verdächtigung des preußiſchen Namens von ſeiten der franzöſiſchen Regierung einigermaßen abgefärbt hat. Außerdem aber iſt es, wie ich Ihnen vorhin ſchon erwähnte, den Elſäſſern leichter, ſich ihrer Abſtimmung als Deutſche bewußt zu werden, als den

Namen Preußen anzunehmen. Allein dieser Grund würde schon für mich entscheidend sein.

Was später im Interesse des Reichs, im Interesse des Elsasses zu thun sein wird, darüber wollen wir vor allen Dingen, denke ich, die Elsässer und Lothringer selbst hören. Ehe wir weiter gehen, habe ich wenigstens das Bedürfnis — und muß ich sagen, daß es mir in den Verhandlungen, die ich bisher gelesen habe, doch nicht mit hinreichender Anerkennung der berechtigten Unabhängigkeit eines jeden Volksstammes betont worden ist, — habe ich vor allem das Bedürfnis, die Meinung der Elsässer selbst kennen zu lernen.

Wenn das Gesetz ins Leben tritt, und, so weit ich berufen sein werde, dabei Sr. Majestät einen Rat zu erteilen und diesen Rat im Bundesrate geltend zu machen, so wird die erste Maßregel sein: die Anordnung der Kommunalwahlen im ganzen Elsaß, welche am 6. August v. J. stattzufinden hatten und nicht stattgefunden haben. Die zweite Maßregel wird die sein, daß die Generalräte gewählt werden nach dem alten französischen Gesetze, wonach für jeden Kanton ein Generalrat gewählt wird, damit wir in den Departements Versammlungen haben, die uns mit mehr Sachkunde als unsere dorthin geschickten Beamten Auskunft darüber geben können, wo die Leute der Schuh drückt und was sie für Bedürfnisse haben. Ich habe nicht das mindeste Bedenken, so weit zu gehen, daß die Ernennung der Kommunalbeamten ebenfalls der Wahl übertragen werde. Ich würdige vollkommen die Gefahren, die daraus entstehen können; ich fürchte mich aber noch mehr vor den Gefahren, die daraus entstehen, wenn die Zahl der Beamten, die wir dorthin schicken müssen, über das Allernotwendigste hinaus vermehrt würde. Es ist ganz unvermeidlich, daß ein Beamter, der fremd ins Land hineinkommt, wenn auch mit dem dazu erforderlichen Bildungsgrade, doch vielleicht nicht mit der breiteren Weltanschauung, die zu einer Neumission im neuen Lande erforderlich ist, hinkommt, daß der durch Mißgriffe Feindschaft, Verstimmung hervorruft, die mit den Absichten der Regierung, die er ausführen sollte, durchaus in keinem Zusammenhange stehen. Hat er einmal sich geirrt, so liegt es der menschlichen Natur wiederum zu nahe, dies nicht zuzugeben, sondern die Schuld in den Einwohnern zu suchen, und nicht in sich selbst; man bekommt gegenseitig Denunziationen und Verdächtigungen gegen den Beamten auf der einen Seite und Beschwerden aus den Gemeinden

auf der anderen Seite. Ich fürchte viel weniger, daß die uns noch abgeneigte Stimmung dazu führen könnte, daß die Kommunalbeamten, wenn sie von den Gemeinden gewählt werden, gefährlicher werden könnten, als ich unser eigenes Unvermögen fürchte, dem Lande überall geeignete Beamte liefern zu können.

Sollte diese Hoffnung täuschen, so ist es der Vorteil einer energischen und entschlossenen Regierung, daß sie kleine Feuer, die irgendwo aufgehen könnten, nicht fürchtet. Wie weit man außerdem in der Selbstregierung des Landes durch sich selbst wird gehen können, darüber getraue ich mir kaum schon ein Urteil auszusprechen, jedenfalls halte ich es ratsam, hier wie überall so weit zu gehen, wie irgendwie mit der allgemeinen Sicherheit des Reiches und des Landes verträglich sein wird.

Es ist das eine Aufgabe, vor die ich mich gestellt fühle, die mir ja in meiner bisherigen Lebensthätigkeit neu ist und eine beschwerliche, sehr schwierige, sehr verantwortliche Aufgabe, an die heranzutreten für mich nicht ohne Bedenken ist.

Nachdem die Aufgabe, die ich mir bei Übernahme des preußischen auswärtigen Ministeriums gestellt habe, oder ich will sagen, die mir vorgeschwebt hat, die Herstellung des Deutschen Reiches in irgend einer Gestalt, in einer kürzeren Zeit, als ich nach menschlicher Berechnung erwarten konnte, und in vollerem Maße, als ich damals hoffte, zu erleben, sich erfüllt hat, betrachte ich meine politischen Verpflichtungen meinem Vaterlande gegenüber einigermaßen als ausgelöst, und wenn ich in diesem Stadium bei abnehmender Gesundheit und abnehmender Arbeitskraft vor einer solchen Aufgabe nicht zurückschrecke, so leitet mich dabei ein gewisses Gefühl der Verantwortlichkeit für das Schicksal der Bewohner dieser Provinz, wegen des Anteils, den ich an ihrer Loslösung von Frankreich habe; ich fühle mich berufen, ihr Advokat in dem neuen Staatswesen, dem sie beitreten, soweit es mir gegeben ist, zu sein, und ich möchte sie ungern im Stiche lassen.

Zur Durchführung dieser Aufgabe bedarf ich eines entgegenkommenden Vertrauens der Länder selbst, aber vor allen Dingen bedarf ich des vollen Vertrauens der Reichsbehörden, des Reichstages und des Bundesrats, die hinter mir stehen und in deren Namen ich dort zu handeln habe, und da bin ich genötigt, der Einzelberatung einigermaßen vorzugreifen. Den Ausdruck dieses Vertrauens vermisse ich in zwei Bestimmungen, die Sie unserer

Vorlage hinzugefügt haben, ja, ich finde in denſelben einen entſchiedenen Ausdruck des Mißtrauens: das Eine iſt die Verkürzung der Friſt, für welche Sie uns Vollmacht geben wollen und für welche Sie Diktatur einführen wollen. In anderthalb Jahren, meine Herren, läßt ſich viel Böſes thun, aber nicht ſehr viel Gutes ſchaffen! Ich habe behaupten hören, daß erſteres in den neuen preußiſchen Provinzen einigermaßen der Fall geweſen ſei, hauptſächlich aus der Überhaſtung der Thätigkeit, mit der man vorgegangen iſt; ich kenne die Verhältniſſe nicht genau genug, um über die Berchtigung dieſer Klagen zu urteilen, aber ich erlaube mir darauf aufmerkſam zu machen, daß die Aufgaben ganz verſchiedene ſind. Dort handelte es ſich darum, eine auf dynaſtiſchem Boden gewachſene Selbſtändigkeit einem großen Gemeinweſen, wie es Preußen war, anzupaſſen und es dadurch vorzubreiten. Hier handelt es ſich gerade darum, eine Selbſtändigkeit zu entwickeln, die bisher unter dem ſtarken Druck einer Zentraliſation gelitten hat. Um ſich über viele Fragen nicht nur ſelbſt ein Urteil zu bilden, ſondern auch Ihnen und dem Bundesrat für die ſpätere Entſcheidung ein Urteil zu unterbreiten, iſt der Termin von anderthalb Jahren, fürchte ich, zu kurz gegriffen. Ja, ich halte auch ſchon den Termin bis zum Jahre 1874, den wir ſelbſt geſtellt haben, für einen ziemlich willkürlich gegriffenen. Es kann ebenſogut dann das Bedürfnis vorhanden ſein, dieſe Verwaltung, vor deren Anfang wir vielleicht ſtehen, zu verlängern, falls ſie ſich bewährt, wie ja auch das Bedürfnis eintreten kann — das gebe ich ſehr gern zu —, Ihnen ſchon nach einem halben Jahre, nach einem ganzen Jahre zu ſagen, die Sache ſei ſo weit fertig, um in die Reichsverfaſſung aufzugehen, und daß wir dann weitere Schritte zu deren voller Anwendung thun können. Ich möchte Sie bitten, doch nicht dem Verdacht Raum zu geben, als ob in der Regierung — und ich kann hierbei nach meiner ganzen amtlichen Stellung meine Perſon in den Vordergrund ſtellen — als ob in mir irgend ein Beſtreben vorhanden wäre, dieſe ſchwerwiegende Verantwortlichkeit eine Stunde länger zu tragen, als durchaus ſachlich notwendig iſt. Ich bin meiner ganzen Natur nach nicht regierungsbedürftig, das heißt paſſiv in hohem Grade, aber ich habe nicht das Bedürfnis, zu regieren, und laſſe gern andern freie Bewegung. Alſo, meine Herren, die Befürchtung iſt wirklich nicht begründet, daß wir dieſe Verantwortlichkeit länger in der Hand würden behalten wollen, als dringend notwendig iſt zu den Aufgaben, die uns geſtellt ſind,

und die vielleicht in so kurzer Zeit kaum erfüllbar sein werden, wie es anderthalb Jahre sind.

Mit dem Beamtenpersonal geht es wie mit der Marine: man kann zwar Schiffe kaufen, aber so lange man keine Matrosen und keine zuverlässigen Seeleute hat, nützen die Schiffe allein nicht viel. So ist auch in diesem Lande meines Erachtens zunächst die Aufgabe, sich einen zuverlässigen Beamtenstand heranzuziehen, der, wenn es nach meinen Wünschen geht, so viel als möglich aus Eingeborenen bestehen muß, welchen wir trauen können, welche wir nach unseren Begriffen für befähigt halten. Das sind alles Sachen von Bedeutung. Es ist auch möglich, daß wir zuerst in der Ernennung der höheren Beamten Mißgriffe machen, daß nicht gleich alles gelingt und einschlägt, daß man Wochen und Monate verliert, ehe man auf den richtigen Weg kommt; unfehlbar ist niemand, und auch eine von dem Reichstage stärker bevormundete Regierung würde immer dieser Gefahr verfallen. Es ist also möglich, daß wir Zeit verlieren. Wird ein endgiltiger Zustand geschaffen, dann muß auch die Beamtenschaft, die dort hingestellt ist, sich aller der Bürgschaften, auf denen die Zuverlässigkeit der deutschen Beamten beruht, erfreuen, dann muß das Versetzen, das Widerrufen aufhören und man muß den Leuten diejenigen Garantien für die Dauer ihrer Existenz geben, die die Beamten bei uns haben. Ich möchte Sie daher dringend bitten, lassen Sie diese Befürchtung aus alter Zeit, von der ich wirklich sagen möchte: ich weiß nicht, was soll sie bedeuten!

Eine zweite Angelegenheit, bei der ich das Gefühl hatte, während meiner Abwesenheit ein Mißtrauensvotum bekommen zu haben, und die, ich muß sagen, mich persönlich schmerzlich berührt hat, ist die Frage wegen der Schulden, das Amendement der Herren Lasker und von Stauffenberg. Ich weiß nicht, ob Sie sich den eigentümlichen Eindruck zu vergegenwärtigen imstande sind, den es mir machen mußte, als ich von den Friedensverhandlungen zurückkam, wo endgiltig die Schuldenfreiheit des Elsaß festgestellt war, und diese Kreditloserklärung meiner Person mir entgegenkam. Ich überschätze meinen Anteil an der Herstellung des Friedens überhaupt nicht, — er gebührt wesentlich unsern tapfern Kriegern, ich habe nur ihre Thaten zu registrieren gehabt, — wenn ich aber an irgend etwas einen persönlichen Anteil, ja das Resultat fast allein mir zuschreiben kann, so ist es das Ergebnis, daß Elsaß vollständig schuldenfrei ist, und es war das nicht leicht zu machen. Es hat mir außerdem dringend

am Herzen gelegen, dieſem Lande die Geldquellen, die ihm augenblicklich fehlen, wieder zu eröffnen; ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt iſt, daß noch heute bei Straßburg die Ruinen, der Schutt liegt, eben wie er nach dem Bombardement gelegen hat, daß aus Mangel an Mitteln, welche die Grundlage der amtlichen Anordnungen ſind, aus Mangel an amtlicher Inangriffnahme, welche dort leitend und fördernd eingreifen könnte, noch heute kein Stein aufgebaut iſt; es ſtand zu befürchten, daß, wenn es ſo bliebe den ganzen Sommer hindurch, die Leute nicht unter Dach kommen, da ihnen Betriebskapital fehlt, und daß ſie beim Eintritt des Winters ſich in einer ähnlichen Lage befinden würden. Ich habe deshalb mein Augenmerk darauf gerichtet, aus den franzöſiſchen Kriegskontributionen eine erhebliche Zahlung noch früher flüſſig zu machen, als es bei dem Frieden bedungen war; ich habe dies dadurch erreicht, daß ich mich anheiſchig machte, einen Teil der erſten Zahlung in franzöſiſchen Banknoten anzunehmen, welche in Elſaß und Lothringen und Frankreich pari ſtehen und als Zahlungsmittel für uns jeden Tag verwertbar ſind.

Mit allem dieſem in der Taſche und mit dem ſchuldenfreien Elſaß komme ich nach Hauſe und glaubte hierüber im Intereſſe des Elſaß zu einiger Anerkennung berechtigt zu ſein, und was mir entgegenſpringt, iſt die Erklärung: wir ſchicken Euch dieſen Kanzler, aber leiht ihm kein Geld, wir ſtehen nicht gut für ihn. Ich werde wie ein leichtfertiger Schuldenmacher dem Lande gegenüber hingeſtellt.

Die Verſuchung für die Regierung, dort auf das Elſaß nutzloſe Schulden zu machen, — ich wüßte nicht, wozu die führen ſollte, was wir mit dem Gelde machen, zu welchem Zweck wir Schulden machen ſollten, es ſei denn, daß das Land ſelbſt erklärt: wir haben beſtimmte Bedürfniſſe, wir wollen zur Befriedigung derſelben eine Anleihe machen, eine Freiheit, die ja jedem geſtattet wird. Warum wir dieſes Land, deſſen Bewohner doch vollkommen ausgetragene Kinder ſind, die ihre Geſchäfte vollſtändig verſtehen, warum wir dieſes Land gewiſſermaßen unter eine Reichsvormundſchaft ſtellen wollen, das kann ich nicht verſtehen.

Ich kann Ihnen nur ſagen, meine Herren, ich würde es im höchſten Grade bedauern, wenn Sie bei dieſem Amendement beharren würden; ich würde dann im Bundesrat den Antrag ſtellen, der Vorlage eine neue Geſtalt zu geben, bei welcher die

persönliche Mitwirkung des Bundeskanzlers ausgeschlossen ist Es widerstrebt meinem persönlichen Ehrgefühl, unter dieser Kreditlos-Erklärung in die mir zugedachte Stellung einzutreten. Es läßt sich ja sehr leicht eine andere Einrichtung finden: Se. Majestät der Kaiser kann ja einen verantwortlichen Minister für Elsaß und Lothringen ernennen, der dies übernimmt; ich habe als Bundeskanzler eigentlich dazu keinen notwendigen Beruf. Ich habe dazu mein Amt nicht übernommen, um diese Verantwortung für die Diktatur in diesem großen und bedeutsamen Moment und in diesem Lande zu tragen, wenn sie mir nicht so übergeben wird, daß ich vor das Land treten und sagen kann: ich komme mit dem vollen Vertrauen des Deutschen Reiches ausgerüstet. Hat man das Bedürfnis, mir Vorsichtsmaßregeln gegenüberzustellen, als ob man befürchtet, ich könnte mit den Schätzen dieses Landes irgend welchen Mißbrauch treiben? — Ich spreche von mir, denn so lange ich Kanzler bin, kann ohne meine Mitwirkung nichts geschehen; die Sache ist gegen meine Person gerichtet, denn ich kann nach der Lage der Dinge in der Frage nicht majorisiert werden, ohne Zustimmung des Kaisers ist kein Gesetz möglich. — Ich bin sehr gern bereit, jeden Dienst zu leisten, den das Land noch aus mir ziehen kann; aber geben Sie mir die Möglichkeit, daß ich ein solches Amt mit Freudigkeit übernehme, und befreien Sie mich von diesem Votum, das ich nicht anders denn als Mißtrauen bezeichnen kann.

Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten Lasker,
(der geäußert hatte, daß kein Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler beabsichtigt sei).

Ich ergreife zunächst das Wort, um einem Mißverständnisse entgegen zu treten, zu welchem meine Äußerung über Anerkennung dem Vorredner Anlaß gegeben hat. Er schien zu glauben — und ich würde beklagen, wenn sich diese Meinung festsetzte — daß ich über Mangel an Anerkennung meiner politischen Thätigkeit im allgemeinen geklagt hätte. Da wäre ich sehr unbescheiden. Sie ist mir weit über mein Verdienst geworden, und ich fühle

mich durch die Anerkennung meiner Mitbürger von vielen Seiten her in hohem Grade geehrt und befriedigt. Die Anerkennung, von der ich hier gesprochen habe, ist lediglich die, daß ich die Anerkennung meines Bestrebens, das Elsaß nicht mit unnötigen Schulden zu belasten, und das hatte ich in einer mehr ausgeschmückten Redeweise ausgesprochen, daß ich geglaubt hatte, durch meine Bemühungen Vertrauen — das wäre das richtige Wort — zu erwecken, denn ich hätte ja leicht ein anderes Abkommen mit den Franzosen abschließen können, das uns diese Erörterungen erspart hätte. Daß ich dieses Vertrauen, welches ich glaubte, mir erworben zu haben, hier nicht wiederfand, diesen Eindruck kann selbst eine so geschickte Auslegung und ein so gewandter Redner, wie der Herr Vorredner, mir nicht nehmen und nicht beseitigen. Ich kann nur meine reifliche und wohlerwogene Entschließung wiederholen: wenn dieser Artikel stehen bleibt, so kann ich das Mandat, das mir durch den § 4 dieses Gesetzes beigelegt werden soll, als Kanzler nicht übernehmen, sondern muß bitten, das zu streichen und auf diese Weise Seiner Majestät dem Kaiser die Freiheit zu lassen, einen für das Elsaß verantwortlichen Minister zu ernennen, der ich alsdann nicht sein würde; denn ich glaube nicht — so viel Vertrauen habe ich zu dem Vertrauen der Herren —, daß Sie beabsichtigen, daß ich in dem Falle mein Amt als Reichskanzler niederzulegen haben würde — ein anderer wird dann vielleicht die Elsässer Verwaltung übernehmen, ich aber als Kanzler und auch als Minister nicht; ich müßte dann, wie schon gesagt, entweder bitten, daß hier in der Versammlung ein Antrag gestellt wird auf Streichung des Artikels und Einsetzung eines anderen verantwortlichen Ministers außerhalb meiner Person, oder ich würde diese Änderung im Bundesrate geltend zu machen suchen.

Über das allgemeine Wahlrecht und Diäten; Staatenhaus oder Bundesrat.

Rede gehalten am 19. April 1871.

Der Herr Antragsteller hat daran erinnert, daß ich bei einer früheren Erörterung dieser Sache gesagt hätte, wenn das deutsche Parlament sich der Sache bemächtige und bliebe dabei

so würde der Widerstand schwierig sein. Ich weiß nicht, ob ich das gesagt habe; da es der Herr Antragsteller so angiebt, wird es wohl richtig sein, und ich kann dann nur sagen, daß ich damals eine ganz richtige Voraussicht bekundet hatte. Es wird schwierig sein, aber wir sind nicht in der Lage, daß wir vor Schwierigkeiten der Aufgaben zurückschrecken, und ich glaube, es wird auf der andern Seite eben so schwierig sein, diese Verfassungsänderung jetzt in diesem Stadium, und ich hoffe überhaupt, durch den Bundesrat zu bringen. Ich habe bei früheren Verhandlungen in der Versagung von Diäten hauptsächlich die nützliche Wirkung auf kurze Parlamente zu erblicken geglaubt. Dieser Gesichtspunkt ist ein ganz außerordentlich wesentlicher. Wenn die Volksvertretungen wirklich ein lebendiges Bild der Bevölkerung zu geben fortfahren sollen, so müssen wir notwendig kurze Parlamentssitzungen haben, sonst können alle diejenigen Leute, die noch etwas anderes in der Welt zu thun haben — und Gott sei Dank sind wir Deutsche derart, daß jeder so ziemlich seinen Beruf hat, dem er sich nicht zu lange entfremdet — ich sage, sonst können diese Leute sich nicht bereitwillig und mit voller Hingabe dazu herbeilassen, als Wahlkandidaten aufzutreten. Nur kurze Parlamente machen es möglich, daß alle Berufskreise, und gerade die Tüchtigsten und Treuesten in ihrem bürgerlichen Beruf, sich die Zeit abmüßigen können, daß sie dem Vaterlande auch hier an dieser Stelle ihre Dienste weihen. Nun ist das, meine Herrn, eine Erfahrungssache, daß diätenlose Sitzungen immer kürzer sind, als diejenigen, bei denen Diäten gegeben werden. Es ist das ganz ohne Frage, wir können im preußischen Landtage den Vergleich ziehen: Das Herrenhaus hat immer die Neigung, die Sitzungen abzukürzen, das Abgeordnetenhaus hat die Neigung, seine Thätigkeit noch weiter fortzusetzen. Ich bin weit entfernt, in den Diäten das allein Wirksame zu sehen, ich glaube vielmehr, daß darin sich schon die Wirkung fühlbar macht, die ich vorher als zu vermeiden charakterisierte. Es giebt im preußischen Abgeordnetenhause mehrere Mitglieder, die es zu ihrem Lebensberufe geradezu gewählt haben, ihrem Vaterlande in dieser Richtung vorzugsweise zu dienen und ihre andern Geschäfte mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Es giebt wenigstens einen Kern von Abgeordneten, die nach der Thätigkeit, die sie ihrem Mandat als Abgeordnete widmen, nach den Vorstudien, die sie zu den Sitzungen machen, nach den gründlichen Prüfungen der Sachen, die sie vertreten, gar nicht im

ſtande ſind, daneben etwas erhebliches anderes zu thun, auch bei der größten Arbeitskraft. Nun achte ich dieſe Hingebung für die parlamentariſche Thätigkeit ſehr hoch und würde es ſehr bedauern, wenn dieſes Element uns fehlte; daß es aber in den parlamentariſchen Verſammlungen vorherrſchend ſei, das halte ich nicht für erwünſcht, daß der aus der Volksvertretung einen Lebensberuf machende Abgeordnete vorherrſcht, das halte ich nicht für gut. Dann haben Sie keine wirkliche Volksvertretung mehr, dann haben Sie eine Art von berufsmäßiger bureaukratiſcher Volksvertretung, eine andere Art von Beamten, die für die Arbeiten der Geſetzgebung zwar ſehr nützlich ſind, aber doch nicht immer im Sinne des Volkes und ſeiner augenblicklichen Stimmung, nicht immer in lebendiger Vertretung aller Berufsklaſſen wirken, weil dieſe Berufsklaſſen nicht immer die Zeit haben, ſich ihrem Beruf ſo lange zu entziehen, wie lang gedehnte Parlamentsſitzungen es unentbehrlich machen.

In betreff des Oberhauſes muß ich zu meinem Bedauern ſagen, die politiſche Erfahrung hat mich überzeugt, daß ſolche Verſammlungen den Zweck, ein Gegengewicht und einen Schutz zu gewähren gegen die Gefahren, die das allgemeine Stimmrecht in ſeiner vollſten Ausbeutung in ſich bergen kann, nicht erfüllen können. Ich gehöre ja ſelbſt einer ſolchen Verſammlung, dem preußiſchen Herrenhauſe, an, und Sie werden deshalb nicht von mir verlangen, daß ich contra domum ſpreche; aber ich habe keinen Glauben an die Stärke dieſes Gegengewichts in den jetzigen Zeiten; wenn eine friſch durch Wahlen anerkannte, den Anſpruch einer Vertretung des geſammten Volkes in ſich tragende Verſammlung das Gegenteil votiert, dann brauche ich ein ſchwereres Gegengewicht.

Das haben wir im Bundesrate. Ich weiß nicht, was die Herren bewegt, den Bundesrat in den geſetzgebenden Gewalten nicht mitzuzählen. Die Verfaſſung weiſt ihm die volle Gleichberechtigung an, und wenn ich ſage, er wiegt ſchwerer als ein gewöhnliches erſtes Haus, ſo iſt das, weil er zugleich ein Staatenhaus im vollſten Sinne des Wortes iſt, in viel berechtigterem Sinne, als was man gewöhnlich Staatenhaus nennt, was z. B. in der Erfurter Verfaſſung Staatenhaus genannt wurde. Dort ſtimmte im Staatenhaus nicht der Staat, ſondern der Einzelne ab, er ſtimmte nicht nach Inſtruktionen, ſondern nach ſeiner Überzeugung ab. So leicht wiegen die Stimmen im Bundesrat nicht; da ſtimmt nicht der Freiherr von Frieſen, ſondern das

Königreich Sachsen durch ihn, nach seiner Instruktion giebt er eine Meinung ab, was sorgfältig destilliert ist aus all den Kräften, die zum öffentlichen Leben in Sachsen mitwirken. In der Stimmenabgabe ist die Ausgleichung und Vermittlung aller der Kräfte enthalten, die in Sachsen thätig sind, um das Staatswesen zu bilden, es ist das Votum der sächsischen Krone, bestimmt durch die Einflüsse der sächsischen Landesvertretung, vor welcher das sächsische Ministerium für die Vota, welche es im Bundesrat abgeben läßt, verantwortlich ist. Es ist also recht eigentlich das Votum eines Staates, ein Votum in einem Staatenhaus. Ähnlich ist es — ich habe Ihnen dieses Beispiel von Sachsen nur genannt — in den Hansestädten, in den republikanischen Gliedern, es ist das ganze Gewicht der Bevölkerung einer reichen, großen, mächtigen, intelligenten Handelsstadt, was sich Ihnen in dem Votum der Stadt Hamburg im Bundesrat darstellt, und nicht das Votum eines Hamburgers, der nach seiner persönlichen Überzeugung so oder so votieren kann. Die Abstimmungen im Bundesrat nehmen für sich die Achtung in Anspruch, die man dem gesamten Staatswesen eines der Bundesglieder schuldig ist. Und das halte ich für außerordentlich schwerwiegend, und diese Bedeutung macht sich unbewußt ja in uns längst fühlbar. Einem Votum von fünfundzwanzig einzelnen Herren würden Sie nicht das Ansehen beimessen, dessen der Bundesrat sich glücklicherweise erfreut, aber dem Votum von fünfundzwanzig Staaten, wo jeder der Herren hier einem derselben angehört, und von lauter Staaten, die sich einer freien parlamentarischen Verfassung erfreuen, wo die Abstimmungen der einzelnen recht eigentlich den Ausdruck der Gesamtheit dessen, was man früher sagte, Völker, jetzt will ich nur sagen Einwohnerschaften für sich haben, dem sind Sie Achtung schuldig in einer anderen Weise, und die zollen Sie ihm auch, und die Bevölkerung zollt sie ihm.

Ich halte deshalb jede Neuerung in unseren Institutionen, durch welche dieser meines Erachtens sehr glücklich gefundene Senat — Staatenhaus, erstes Haus — des deutschen Reiches in seiner Bedeutung abgeschwächt, gewissermaßen mediatisiert wird, für eine bedenkliche Änderung in der Verfassung. Ich glaube, daß der Bundesrat eine große Zukunft hat, indem er zum erstenmale den Versuch macht, ohne die Wohlthaten der monarchischen Gewalt oder der einheitlichen Obrigkeit dem Einzelstaat zu nehmen, als höchste Spitze ein föderatives Kollegium

hinzuſtellen, um die Souveränetät des geſamten Reiches zu üben; denn die Souveränetät ruht nicht beim Kaiſer, ſie ruht bei der Geſamtheit der verbündeten Regierungen. Es iſt das zugleich nützlich, indem die — nennen Sie es Weisheit oder Unweisheit, von fünfundzwanzig Regierungen unvermittelt in dieſe Beratungen hineingetragen wird — eine Mannigfaltigkeit von Anſchauungen, wie wir ſie im Einzelſtaate niemals gehabt haben. Wir haben, ſo groß Preußen iſt, von den kleineren und kleinſten Mitgliedern doch manches lernen können; ſie haben umgekehrt von uns gelernt. Es ſind fünfundzwanzig Miniſterien oder Obrigkeiten, von denen jede unverkümmert in ihrer Sphäre die Intelligenz, die Weisheit, die dort quillt, an ſich ſaugt und im Bundesrat ſelbſtändig von ſich zu geben berechtigt iſt ohne irgend eine Beſchränkung, während der Einzelſtaat ſehr viele Hemmniſſe hat, die die Quellen auch da, wo ſie fließen möchten, ſtopfen. Kurz, ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung ſagen, daß ich glaube, in meiner politiſchen Bildung durch die Teilnahme an den Sitzungen des Bundesrats, durch die belebende Reibung der fünfundzwanzig deutſchen Zentren mit einander erhebliche Fortſchritte gemacht zu haben und zugelernt zu haben. Deswegen möchte ich Sie bitten, taſten Sie nicht an dem Bundesrate! ich ſehe gerade in dieſer Geſtaltung eine Art von Palladium für unſere Zukunft, eine große Bürgſchaft für die Zukunft Deutſchlands.

Über das Dotationsgeſetz.

Rede gehalten am 14. April 1871.

Es handelt ſich hier um einen Akt Königlicher Freigebigkeit, zu dem Se. Majeſtät der Kaiſer Sie bittet, ihm die Mittel zu gewähren. Es iſt ein ungewöhnlicher und ſeltener Fall, in welchem ich auch Nachſicht dafür in Anſpruch nehme, daß ich von dem konſtitutionellen Brauche, die Perſon des Souveräns hier nicht zu nennen, mich entferne. Ich will nicht von dem Souverän im eigentlichen Sinne des Wortes ſprechen, ich will von dem Kaiſerlichen Feldherrn reden und auch von dieſem nicht direkt, ſondern Sie nur indirekt bitten, ſich die Frage zu ſtellen, wie etwa dieſe Verhältniſſe hätten ablaufen können, wenn

auf dem Throne von Preußen ſich ein anderer Monarch als Seine jetzt regierende Majeſtät befunden hätte.

War es nicht möglich, daß dieſer große Krieg, der größte unſeres Zeitalters, der ein Menſchenalter, ein halbes Jahrhundert hindurch wie eine große Wolke am Horizonte Deutſchlands ſchwebte, daß der bei dem Monarchen, der auf dem mächtigſten der deutſchen Throne ſteht, nicht die gleiche Entſchloſſenheit, den gleichen Mut, dieſen hohen Mut, der Krone, Reich und Leben freudig einſetzt, vereinigt fand, — war es nicht möglich, daß dieſer Krieg entweder im Augenblicke vermieden worden wäre unter Umſtänden, die das deutſche Nationalgefühl ſchwer geſchädigt und gekränkt hätten, — war es nicht möglich, daß er aufgeſchoben worden wäre, bis der Feind Bundesgenoſſen gegen uns gefunden hätte. — Alles dies nicht aus dem Geſichtspunkte einer Ängſtlichkeit, die ich bei keinem deutſchen Fürſten vorausſetze, aber aus dem Geſichtspunkte wohlwollender, väterlicher Friedensliebe, die nicht zu rechter Zeit das Schwert zu ergreifen verſteht? War es nicht möglich, daß dieſer Krieg mit weniger Geſchick, mit weniger nützlicher Verwendung aller Mittel, vor allen Dingen mit weniger vorbereiteten Mitteln geführt wurde?

Wem verdanken wir alles dies? Wem verdanken wir, daß die Mittel ſorgfältig vorbereitet waren, daß der Krieg mit dieſem Geſchick, mit dieſer Entſchloſſenheit und in dieſem richtigen Momente ergriffen wurde, um vorwärts zu gehen und den Feind niederzuwerfen? Daß nicht durch Zögerung die rechte Zeit verloren ging? Wir verdanken es unſerem Kaiſerlichen Feldherrn, in erſter Linie dem Könige von Preußen und in zweiter Linie der deutſchen entſchloſſenen Hingebung Seiner erhabenen Verbündeten.

Wenn ein Monarch, an Jahren und an Ehren reich, mit dieſer Entſchloſſenheit ſeine nach irdiſchem Maßſtab kurz bemeſſene Kraft, ſeine befriedigt-ruhmvolle Exiſtenz einſetzte für ſein Volk, wenn er in ſeinem hohen Alter einen Kampf durchkämpfte, der ganz anders ablaufen konnte, wenn er dann zurückkehrt und ſich fragt: Wem verdanke ich, daß ich ſiegreich zurückkehre, daß unſer Volk geſchützt iſt vor den Leiden und Drangſalen des Krieges, vor dem Druck des Eroberers, und daß darüber hinaus Gott ſeinen Segen gegeben hat, das deutſche Volk in dieſem Kriege, wo man es böſe mit uns vorhatte, zu einigen und ihm ſeinen Kaiſer wiederzugeben, und dieſer erſte Deutſche Kaiſer kehrt zurück nach einem langen interregnum,

im Besitz der größten Vollgewalt und Macht, die in diesem Augenblicke in Europa, und fragt sich: durch welche Werkzeuge hat Gott mir das geschenkt, habe ich dies erreicht, wem bin ich Dank schuldig? Dann fällt sein Blick zuerst auf sein Heer und auf die Intelligenz der Führer, und es muß ihm ein Herzensbedürfnis sein, hier zu lohnen, wo er kann.

Tapferkeit läßt sich im einzelnen nicht belohnen, sie ist, Gott sei Dank, ein Gemeingut der deutschen Soldaten, so daß man, wollte man belohnen, jeden einzelnen zu belohnen hätte. Aber die Tapferkeit allein reicht nicht hin; Mut haben auch die Franzosen bewiesen, mit Tapferkeit haben sich auch die französischen Soldaten geschlagen; was ihnen fehlte, waren die Führer, die Pflichttreue, die Einsicht der Führer, die entschlossene Leitung eines Kaiserlichen Monarchen und Feldherrn, der in voller Verantwortlichkeit um Krone und Reich an der Spitze stand, — diese Führung zu belohnen, muß ein Herzensbedürfnis des Kaisers sein.

Ich will von den Nützlichkeitsmomenten nicht reden, die darin liegen könnten, daß man ihnen mitten in dem kargen Leben die Hoffnung auf ein ungewöhnlich großes Loos, die Hoffnung, die Napoleon den Marschallstab im Tornister nannte, daß man sie ihnen nicht abschneidet durch eine rechnende Kargheit in dem Augenblicke, wo wunden-, blut- und siegreich das Heer nach Hause kommt, daß man in einem solchen Momente reich belohnt die Dienste, die zu leisten jeder in die Lage kommen kann. Der gemeine Grenadier kann es bei uns bis zum General bringen; — ich habe Generale gekannt, die keinen anderen Ursprung hatten, von denen der eine eine hohe Stellung an der Spitze des Generalstabes einnahm, ein anderer an der Spitze des Remonteweſens stand, ein anderer vom gemeinen Kürassier bis zum angesehensten Minister hinaufstieg — dergleichen ist in unseren Verhältnissen, bei unserer Gleichheit vor dem Gesetz überall, wo Auszeichnung da ist, möglich; und wenn so mancher müde Soldat schließlich frühzeitig sich zurückzieht und sich sagen muß: ich habe es nicht erreicht, dann bleibt ihm die Hoffnung, seine Söhne können etwas außerordentliches leisten und Belohnung im Dienste des Staates erwerben, wie sie der Kaiser von Ihnen bittet. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, stellen Sie sich auf die Höhe der Situation und vergessen Sie einen Augenblick den geldbewilligenden Abgeordneten, denken Sie daran, dieses

Herzensbedürfnis Sr. Majestät des Kaisers zu befriedigen, geben Sie Ihm die Befriedigung, die Er durch Seine Hingebung und Seinen hohen Mut um Deutschland so wohl verdient hat.

Über den Zusatzvertrag mit Frankreich.

Rede gehalten am 25. Oktober 1871.

Ich erlaube mir, der Vorlage (über den Vertrag vom 12. Oktober) einige ihre Entstehung erläuternde Worte beizufügen. Wie bekannt, wurde in dem Frieden von Frankfurt-Versailles schon in Aussicht genommen, daß unter Umständen an die Stelle der territorialen Bürgschaften, welche Frankreich in Gestalt der von uns besetzten Landesteile für die Ausführung des Friedens gegeben hatte, finanzielle Bürgschaften treten könnten. Unter gewissen Umständen lag eine solche Änderung in den Interessen beider Teile.

Die Okkupation eines erheblichen Teiles französischen Gebiets ist ja für Frankreich entschieden eine Last nach allen Richtungen hin, namentlich eine moralische, die politische Entwicklung und Befestigung der Zustände in Frankreich hemmende. Für uns ist sie unter Umständen eine notwendige Last, die wir uns auflegen müssen, um die Erfüllung des Friedens zu sichern, aber immerhin — wenn auch eine mäßige — eine Last. Ich erinnere nur an die Interpellation, die gestern gestellt wurde über die Rückkehr der Reserven, die mir nach dieser Richtung hin nicht ganz erwünscht war; denn es ist nicht nützlich, den fremden Ländern, den Gegnern gegenüber die eigenen Lasten, die die Kriegführung und die Pfandnahme auferlegt, zu unterstreichen; aber ich hoffe, meine Herren, um so mehr wird der Herr Interpellant von gestern erfreut sein darüber, daß diese Last teilweise hat vermindert werden können.

Die Beschaffung etwaiger finanzieller Bürgschaften lag der französischen Regierung ob, sie hat es versucht, zum Teil unter großen Kosten sie zu beschaffen. Bankiers hatten sich bereit finden lassen, annehmbare Bürgschaften ihrerseits für die Effektuierung der französischen Zahlungen bis zum 1. Mai, also für zusammen 650 Millionen Franken zu geben für eine Provision,

die mir auf Höhe von $1^1/_2$ pCt. genannt wurde — ich weiß es nicht genau — also etwa 10 Millionen Franken. Die französische Regierung wäre, wie ich glaube, bereit gewesen, dieses Opfer zu bringen, wenn die Bürgschaften der Geldmänner eine Gestalt gehabt hätten, die für uns annehmbar gewesen wäre. Wenn sie für uns von Nutzen sein sollte, wenn sie für uns eine die etwaige Verminderung der Sicherheit, welche wir an der französischen Regierung haben, deckende Bedeutung haben sollte, so mußte sie in verkäuflichen Werten bestehen. Solche in unsere Hände zu legen, trugen die Bankiers Bedenken: wir sollten uns anheischig machen, diese Werte für unveräußerlich zu erklären bis zum Verfalltermin. Wir wären also in dem Falle, daß gegen unsere Wünsche und Erwartungen der Bestand regelmäßiger und geordneter Zustände in Frankreich erschüttert worden wäre, doch nicht in der Lage gewesen, uns wechselmäßig an die ausstellenden Bankiers zu halten. Unter diesen Umständen wäre nach meiner Ansicht die Bürgschaft, welche die Bankiers boten, wertlos gewesen oder hätte doch diejenige Bürgschaft, welche uns die französische Regierung mit ihren Zusagen selbst und welche uns der Überrest unserer Okkupation bietet, in einem kaum nennenswerten Maße verstärkt. Ich habe mich also nach Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers durch die Sachlage für ermächtigt gehalten, einen anderen Modus anzunehmen, der für Frankreich eine wesentliche Erleichterung enthält, für uns meines Erachtens keine Gefahr: nämlich das System einer finanziellen Bürgschaft aufzugeben und für dieselbe einen Teil der territorialen Bürgschaft festzuhalten, so nämlich, daß die von uns zu räumenden Gebietsteile nicht von Hause aus von der französischen Militärmacht okkupiert, sondern einstweilen für neutral erklärt und nur nach dem Gesichtspunkte der polizeilichen Sicherheit von Frankreich besetzt werden, und daß uns das Recht bleibt, sie wieder zu besetzen (vermöge eines von Frankreich selbst anerkannten Vertrages), sobald die Voraussetzungen, unter welchen der Vertrag geschlossen ist, nämlich die Zahlungsleistungen, die darin festgesetzt sind, nicht innegehalten werden sollten.

Wir haben auf diese Weise der französischen Regierung und, ich kann sagen, dem Lande Frankreich, in Befestigung seiner Verhältnisse einen wesentlichen Dienst erwiesen, der von unparteiischen Blättern jenes Landes selbst anerkannt wird, und ich bin umsomehr damit zufrieden, als ich es nicht für unsere Aufgabe halte, unseren Nachbar mehr zu schädigen, als zur Sicher-

ſtellung der Ausführung des Friedens für uns unbedingt notwendig iſt, im Gegenteil ihm zu nützen, ihn in den Stand zu ſetzen, ſich von dem Unglück, welches über das Land gekommen iſt, zu erholen, ſoviel wir ohne Gefährdung eigener Intereſſen dazu beitragen können.

Ich halte auch nach wie vor feſt an dem in dieſem Frühjahr von Ihnen mit Zuſtimmung aufgenommenen Grundſatze, daß es nicht unſere Aufgabe ſein wird, uns in die inneren Angelegenheiten unſeres Nachbarlandes und in deren Entwicklung über das Bedürfnis der Sicherſtellung unſerer eigenen Intereſſen hinaus einzumiſchen. Ich nehme alſo nicht an, daß wir ein Intereſſe daran haben, wenigſtens nicht ein Intereſſe, das nicht durch viele Nachteile mehr als aufgewogen würde, um deshalb, damit wir auf Frankreichs innere Angelegenheiten Einfluß üben könnten, einen größeren Teil franzöſiſchen Gebietes beſetzt zu halten.

Ich habe vorhin ſchon erwähnt, daß der Überreſt unſerer Okkupation an ſich mir neben den Rechten, die uns in bezug auf den zu räumenden Teil feſtgeſtellt bleiben, eine ausreichende Bürgſchaft gewähren wird; iſt er uns ausreichend für 3 Milliarden, ſo iſt er auch ausreichend für $3^1/_2$ Milliarden, namentlich, wenn die halbe Milliarde in wenigen Monaten gezahlt wird. Ich habe in den Verhandlungen darauf Wert gelegt, daß, wenn wir die von Frankreich gewünſchten Zugeſtändniſſe machten, dafür die Zahlungstermine vorgerückt würden, ſo daß, wie Sie ſehen, am 15. Januar damit der Anfang gemacht wird, während die beiden Fälligkeitstermine für die Zinſen der 3 Milliarden im März und für die halbe Milliarde im Mai geweſen wären. Die Teile von Frankreich, welche wir beſetzt behalten, gewähren uns eine militäriſche Stellung, welche zur Verteidigung und Durchführung unſerer Anſprüche eine ausreichende Unterlage bietet, wie jeder ſich klar machen kann, der ſich auf der Landkarte die Ausdehnung einer militäriſchen Aufſtellung anſieht, die ſich von der franzöſiſchen Feſtung Mezières bis zur franzöſiſchen Feſtung Belfort erſtreckt, während Metz, Toul und Verdun in unſerer Hand bleiben. Alſo auch ſchon dieſe Rückſicht ermächtigte dazu, das gewünſchte Zugeſtändnis zu machen, das ja auch mittelbar uns zugute kommt, wenn wir den Kredit und die Zahlungsfähigkeit unſeres Schuldners ſtärken.

Zwei Einzelheiten des Vertrages erlaube ich mir noch zu erwähnen, einmal die Zollverhältniſſe des Elſaß. Im Anfang

der Verhandlungen war von seiten der elsässischen Industrie, und von seiten derjenigen deutschen Industrie, mit welcher die elsässer konkurriert, der Wunsch ausgesprochen worden, einen langen Termin — es wurde selbst ein Zeitraum von 6 Jahren genannt — in Aussicht zu nehmen, während dessen sich das Elsaß in einem Ausnahmeverhältnis befinden sollte. Ich weiß nicht, ob für das Elsaß und seine zukünftige Entwicklung ein so langer Termin nützlich gewesen wäre; er hat mir aus politischen Gründen, ebenso wie aus Rücksichten auf unsere Zollverwaltung von hause aus nicht annehmbar erschienen. Der zweckmäßige Termin schien derjenige, den wir in unseren letzten Vorschlägen gestellt hatten und der sich also auf anderthalb Jahre nach Ablauf dieses Jahres erstreckte, ich habe aber keine Schwierigkeiten gemacht, diesen noch um sechs Monate zu verkürzen, um der französischen Regierung, gegenüber einem Beschluß ihrer Volksvertretung, der für uns unannehmbar war, ein Auskunftsmittel zu gewähren. Der sogenannte Art. 3, den die französische Volksvertretung einzuschalten gewünscht hatte, hätte uns in Zollverwaltungs-Unmöglichkeiten gesetzt, indem wir auf keinen Fall uns dazu hätten verstehen können, eine zweite Zolllinie gegen das Elsaß am Rhein wieder einzurichten, und alle Vorsichtsmaßregeln und Bürgschaften, welche von Frankreich geboten wurden, nur dahin geführt haben würden, für einzelne Händler und Konsumenten eine Zollprämie zuzulassen; und wir wären in Verlegenheiten gewesen, diejenigen Häuser auszusuchen, denen wir das Geschenk aus der Zollkasse damit hätten machen wollen, eine Aufgabe, welche die Reichsverwaltung nicht hätte übernehmen können. Es ist mir also sehr erwünscht gewesen, daß die französische Regierung ihrerseits überzeugt war, diesen Tausch von 6 Monaten elsässer Zollbegünstigung gegen jenen Artikel 3 vor ihrer Volksversammlung rechtfertigen zu können. Die Frage, ganz ohne irgend einen Übergang von Zollerleichterung, das Elsaß sofort in die neuen Wege mit seinem Handel zu weisen, hat auch vorgeschwebt, und es ist ja dies eine von den Fragen, in bezug auf welche man die Zukunft mehr voraussehen müßte, als dem menschlichen Geist gegeben ist, wenn man mit voller Sicherheit dabei abwägen wollte, ob die politischen Schäden oder die finanziellen und industriellen, die volkswirtschaftlichen Vorteile größer gewesen wären. Wir haben einen mittleren Termin genommen, indem eine mäßige Frist zur

Zurechtfindung in den neuen Verhältnissen der elsässer Industrie erlangt wurde.

Die Gebietsfrage (in der Übereinkunft), nämlich die Veränderung der durch Gesetz bereits genehmigten Grenzen in bezug auf 3 Gemeinden (zwei, die den Namen Raon führen, und eine, die südlich von Avricourt liegt) hat eine sehr unwesentliche Bedeutung. Es war von hause aus, nachdem in Versailles bereits die Grenzen festgestellt worden waren, von der französischen Regierung Einspruch gegen einzelne Punkte dieser Grenzlinie geltend gemacht worden. Dieser Einspruch bezog sich teils auf gewisse Gemeinden in der Nähe der luxemburgischen Grenze, teils auf ein industrielles Etablissement, das unter dem Namen Moyoeuvre bekannt ist, teils auf die beiden hier in Frage stehender Gebiete. Ich habe schon damals, nach Beratung mit den hier kompetenten militärischen und Verwaltungsstellen, der französischen Regierung erklärt, in bezug auf die ersten beiden Fragen, namentlich in bezug auf Moyoeuvre, wären wir wegen der örtlichen Lage dieses großen Etablissements, welches nämlich unterirdische Gänge von sehr großen Lagern nach beiden Seiten der Grenze hin gehabt haben würde, in voller Unmöglichkeit, nachzugeben. Das große Erzfeld, um das es sich dort handelt, hat einen Ausweg, der immer notwendig deutsch geblieben wäre, und einen, der französisch werden sollte. Es würde im Zusammenhange unter der Erde die Zollgrenze abzuschneiden sein, die man nur durch Lichtschachte hätte kontrollieren können.

Dagegen habe ich damals schon die Möglichkeit, von unserer Seite eine Konzession zu machen, der französischen Regierung nicht verhehlt in bezug auf die beiden jetzt fraglichen Plätze Ich habe aber hinzugefügt, umsonst würden wir sie nicht geben. Wenn aber der Moment kommen werde, wo wir noch irgend etwas abzurechnen hätten, so wären diese beiden Gemeinden die Münze, in der wir unsererseits unter Umständen zahlen könnten, indem sie für uns selbst nur unerheblichen Wert haben. In diesen beiden Gemeinden befinden sich aber wertvolle fiskalische Waldungen, die wir eben wegen ihres Wertes ausgeschlossen haben von der Rückgabe. Die Gemeinden selbst sind französisch, der Nationalität ihrer Einwohner nach, und liegen auf der uns abgewandten Seite des bekanntlich hohen unwegsamen Gebirges des Donon und werden in ihren Angelegenheiten richtiger von französischer Seite verwaltet. Mit der Ge-

meinde südlich von Avricourt ist die Bewandtnis eine andere. Bei Avricourt verzweigen sich zwei kleine Eisenbahnen, von denen die eine südlich abgeht nach einem französisch gebliebenen Orte, die andere nördlich in einer deutsch gewordenen Richtung. Es wird nun natürlich im Interesse beider Länder und der Bewohner der Endpunkte dieser Eisenbahnen gewünscht, daß sie ihr Heimatland erreichen können, ohne durch fremdes Gebiet fahren zu müssen, also die Einwohner der französischen Gemeinde — ich glaube von Cirey — nach Frankreich hineinfahren können, ohne bei Avricourt deutsches Gebiet zu passieren. Diese Berücksichtigung schien billig, und deshalb haben wir zugegeben, die Grenze zwischen den beiden Abzweigungen den Hauptzug der Bahn schneiden zu lassen unter der Bedingung, daß Frankreich uns auf deutschem Gebiet einen den bisherigen Vorteilen entsprechenden Bahnhof baut und die nötige Verlegung des Schienengeleises auf seine Kosten bewirkt.

Indem ich mich gern bereit erkläre, jede Auskunft, die von Einzelnen über die Motive und die Tragweite der Abmachung gewünscht werden sollte, zu geben, erlaube ich mir die Annahme der Vorlage umsomehr Ihrer wohlwollenden Erwägung zu empfehlen, als es bei dem Zusammenhang, in dem beide Verträge in unserem Interesse gestellt worden sind, wünschenswert ist, die französische Regierung baldmöglichst von der von Ihrer Zustimmung abhängigen Ratifikation unterrichten zu können.

Über den Reichskriegsschatz.

Rede gehalten am 4. November 1871.

Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, mich auf die Erörterung von Einwendungen einzulassen, welche meines Erachtens einem politischen Standpunkte entspringen, dessen Ziele und Bestrebungen mit denjenigen, die mir — und ich kann sagen, den Meisten unter uns — zur Aufgabe gestellt sind, überhaupt nicht zusammenfallen, einem politischen Standpunkte, von dem ich nicht glaube, daß die, welche ihn einnehmen, sich überhaupt die Aufgabe stellen, das Deutsche Reich zu befestigen und für seine Sicherheit zu sorgen. Ich wende mich deshalb

nur gegen einige Argumente, die der Abg. von Hoverbeck gegen die Vorlage geltend gemacht hat, und übergehe das, was wir sonst gehört haben, mit Stillschweigen.

Über die Nützlichkeit eines Staatsschatzes überhaupt hier zu sprechen, betrachte ich nicht als meine Aufgabe; nachdem die Ereignisse dieses und des vorigen Jahres meines Erachtens lauter, beredter und überzeugender dafür gesprochen haben, als irgend jemand hier in der Versammlung es im stande sein würde. Ich will bloß die Thatsache hervorheben, daß, wenn wir einen Staatsschatz nicht gehabt hätten, — schon mein Kollege, der Finanz-Minister, deutete diesen Umstand in letzterer Sitzung an — wir bestimmt nicht im stande gewesen sein würden, die paar Tage zu gewinnen, welche hinreichten, das gesamte linke Rheinufer, das bairische, wie das preußische, vor dem französischen Einfall zu schützen. Hätten wir den Staatsschatz nicht gehabt, so fing der Krieg am Rheine an, und wir hatten aus den Rheinfestungen hervorzurücken und den Franzosen das Rheinufer, was sie möglicherweise bis Frankfurt überschwemmt und überschritten haben konnten, wieder abzunehmen, nachdem sie Zeit gehabt, dort mit ihren Turkos und anderem Gesindel zu hausen. Etwas Weiteres füge ich über die Nützlichkeit eines Staatsschatzes hier nicht an und wende mich gegen einige, wie mir scheint, irrtümliche Auffassungen, die Freiherr v. Hoverbeck seiner Erörterung zu grunde gelegt hat.

Er hat die Frage gestellt, was denn nun die Folge sei, wenn der Reichstag nachträglich seine Genehmigung zur Verwendung des Staatsschatzes versage. Meine Herren, ich halte diese Frage nicht für praktisch, denn ich glaube nicht, daß ein Krieg erklärt und geführt werden könnte, bei welchem zur bloßen Mobilmachung der Staatsschatz verwendet würde, und der also nachher notwendig auf diejenigen Hilfsmittel, die das Reich gewähren wird, in seiner wirklichen Führung angewiesen ist, — daß der geführt werden könnte, wenn der Reichstag die Anleihen ablehnte, die Geldbeschaffung ablehnte, die zu seiner Führung notwendig sind. Derselbe Reichstag, der die nachträgliche Genehmigung zur Verwendung des Staatsschatzes versagte, würde auch die Anleihen nicht bewilligen, und ich habe in diesem Saale noch niemals von der Regierungsbank eine Behauptung gehört, durch welche die Befürchtung des Herrn Abgeordneten sich rechtfertigen ließe, daß die verbündeten Regierungen sich befugt glauben, das Reich mit Anleihen zu belasten ohne Genehmigung

des Reichstags, selbst im Fall einer Kriegführung. Ich halte also die Befürchtung für unbegründet und die Frage nicht für praktisch, es sei denn, daß es sich um eine reine Demonstration, die in der Mobilmachung bestünde, handelte; dann könnte vielleicht der Reichs Kriegsschatz dazu hinreichen. Ich glaube aber, die Mobilmachungs-Demonstrationen sind in den letzten Jahrzehnten in solchem Grade abgenützt, daß der Satz: „man macht nicht mobil, wenn man nicht weiß, daß man schlagen muß", ziemlich in der Überzeugung aller Politiker durchgedrungen ist.

Der Herr Abgeordnete von Hoverbeck hat sich ferner darüber beschwert, daß der Reichstag nicht gleichberechtigt mit dem Bundesrate in bezug auf die Kriegserklärung sei. Ich habe bisher nicht befürchtet, daß diese starke Bürgschaft der Friedfertigkeit des neuen Kaisertums, die darin gegeben ist, daß der Kaiser dem unbeschränkten Rechte der Kriegserklärung, wie er es in seiner früheren Stellung gehabt hat, entsagte — daß diese starke Bürgschaft gegen jeden mutwilligen Angriffskrieg, die darin liegt, daß die Zustimmung des Bundesrats durch die neue Verfassung gefordert ist, — daß diese Bürgschaft jemals zu einem Angriffspunkte gegen uns angewendet werden könnte, zu einem Angriffe, welcher auf der Voraussetzung beruht, daß eine leichtfertige Kriegslüsternheit doch die Oberhand in der Reichsregierung erhalten könnte. Dagegen liegt die Bürgschaft in dem verfassungsmäßigen Bedürfnis der Zustimmung des Bundesrates. Aber diese Berechtigung des Bundesrates steht noch lange nicht auf gleicher Linie mit der Berechtigung, welche der Herr Abgeordnete von Hoverbeck für den Reichstag verlangt.

Der Bundesrat kann durch sein verfassungsmäßiges Recht die Mobilmachung noch nicht hindern, er kann nur die Kriegserklärung hindern; die Vorbereitung zu dem Kriege, dessen Notwendigkeit der Kaiser eingesehen hätte, kann der Bundesrat nicht hindern; nur zu dem wirklichen Akt der Kriegserklärung, wo es sich nicht etwa um einen Verteidigungskrieg, der durch Angriffe des Gebietes von selbst als notwendig aufgedrängt ist, handelt, nur zu diesem wirklichen Akt hat der Bundesrat die Mitwirkung. Es würde daher für den Reichstag das sehr viel weitergehende Recht in Anspruch genommen werden, schon die Mobilmachung zu hindern, die mit Verwendung des Staatsschatzes ausgeführt werden kann. Dabei ist der erhebliche Unterschied noch in Betracht zu ziehen, daß diese hohe Versammlung öffentlich verhandelt, daß hier kein Wort zur Erlangung der

Bewilligung gesprochen werden kann, das nicht in ganz Europa widerhallt, während im Bundesrate die Notwendigkeit einer Kriegserklärung erörtert werden kann, ohne daß die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß das die Wände des Beratungszimmers überschreitet, wo alle das Interesse zu schweigen haben und Zuhörer, die kein Interesse daran zu haben brauchen, nicht zulässig sind. Das ist ein sehr erheblicher Unterschied; der Bundesrat ist in dieser Beziehung nur ein etwas erweitertes Kabinett und ein Kabinett, das groß oder klein sein kann, das von einer Regierung gewöhnlich zusammengesetzt wird, während diese Versammlung von mehreren; er erörtert solche Fragen gewöhnlich in der sicheren Überzeugung, daß seine Erwägungen geheim bleiben; also die ganze schwierige und gefährliche Operation einer Politik kurz vor Ausbruch eines Krieges, der vielleicht noch verhindert werden kann, würde gelähmt durch die Nötigung der Regierung zu einer öffentlichen Darlegung und Erörterung der Fragen, daß sie entweder glaubt, in die Lage zu kommen, Krieg führen zu müssen, oder fürchtet, daß sie angegriffen werde. Ich glaube, Sie würden eine Regierung, die das thäte und die dadurch die Interessen des Landes gefährdete, nicht lange über sich dulden, Sie würden das als eine zu gefährliche Öffentlichkeit finden.

Der Herr Abgeordnete hat dann die Theorie eines Angriffskrieges zum Behufe der Verteidigung in Zweifel gezogen. Ich glaube, daß eine solche Verteidigung durch den Vorstoß doch eine sehr häufige und in den meisten Fällen die wirksamste ist, und daß es für ein Land von einer solchen zentralen Lage in Europa, das drei bis vier Grenzen hat, wo es angegriffen werden kann, sehr nützlich ist, dem Beispiele Friedrichs des Großen vor dem siebenjährigen Kriege zu folgen, der nicht wartete, bis das Netz, das ihn umspinnen sollte, ihm über den Kopf wuchs, sondern mit raschem Vorstoße es zerriß. Ich glaube, daß diejenigen auf eine ungeschickte und schwer verantwortliche Politik rechnen, die annehmen, daß das Deutsche Reich unter Umständen in der Lage sei, einen Angriff, der gegen dieses Reich geplant werde, vielleicht von übermächtigen Verbindungen, vielleicht auch nur von Einzelnen, ruhig abzuwarten, bis dem Gegner der bequeme und nützliche Zeitpunkt, loszuschlagen, gekommen zu sein scheint.

In solchen Lagen ist es die Pflicht der Regierung, und die Nation hat das Recht, von der Regierung zu fordern, daß, wenn wirklich ein Krieg nicht vermieden werden kann, dann die Regie-

rung denjenigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er für das Land, für die Nation mit den geringſten Opfern, mit der geringſten Gefahr geführt werden kann. Ich könnte noch neue Beiſpiele anführen, wo es für den preußiſchen Staat auch nicht ratſam geweſen wäre, die volle Rüſtung ſeiner Gegner, die volle Verwirklichung aller ihrer Pläne abzuwarten in einer reinen Verteidigungs-Stellung, ſondern wo ein raſches Zugreifen dem Lande ſehr große Opfer und vielleicht die Niederlage erſpart hat. Was endlich die Frage betrifft, was die Regierungen von dem Schickſale des Geſetzes denken, falls der Antrag des Herrn von Hoverbeck hineingebracht würde, ſo brauche ich kaum zu erklären, daß in dieſem Falle mit dieſem Amendement das Geſetz für die verbündeten Regierungen nicht mehr annehmbar ſein würde, und daß, ſo lange dieſes Geſetz über den Reichsſchatz nicht geſchaffen werden würde, allerdings ſie in der bedauerlichen Lage ſein würden, von der preußiſchen Regierung zu hoffen und zu erwarten, daß ſie ihrerſeits den vorhandenen Beſtand eines Kriegsſchatzes feſthalten werde, bis von ſeiten des Reichs ein Erſatz für denſelben bewilligt ſein würde.

Über die deutſche Einheit und die Landeshoheit der Fürſten.

Rede gehalten am 15. November 1871.

Ich hoffe, meine Herren, daß die beredten Worte meines Württembergiſchen Herrn Kollegen Sie überzeugt haben, daß es nicht nützlich iſt, den Antrag des Grafen von Münſter anzunehmen, und daß wenig Vorteile dabei für das Reich erwachſen würden, wenn wir in dieſer Beziehung die Verſtändigung, welche zwiſchen den Regierungen ſtattgefunden hat, wieder aufheben. Wenn ich dennoch das Wort ergreife, ſo geſchieht es, um bei dieſer Gelegenheit den Unterſchied noch einmal hervorzuheben der Lage, in der Sie und in der wir arbeiten. Wenn Einer von Ihnen, meine Herren, eine Überzeugung hat, ſei ſie auch mehr theoretiſcher als praktiſcher Bedeutung, ſo hält nichts ihn ab, aufzutreten und dieſer Überzeugung in Geſtalt eines Antrags praktiſche Geltung zu geben; die Folgen davon, wie viel ſorg-

fältig gesponnene Fäden dadurch zerreißen, sind ihm vollkommen gleichgiltig, und wenn er darauf aufmerksam gemacht wird von dieser Stelle, so ist er berechtigt, zu antworten: das geht mich nichts an, ich rede nach meiner Überzeugung. Nun, meine Herren, ich habe auch persönliche Überzeugungen und muß ihnen sehr häufig Gewalt anthun, und wenn ich es nicht thäte, so würden wir in Frieden nicht so weit gekommen sein, wie wir gekommen sind.

Wir Leute der Regierung haben nicht das Recht, beliebig nach unserer Uberzeugung zu verfahren, sondern wir müssen uns die Wirkungen vergegenwärtigen, die die ausgesprochene Überzeugung auf die politischen Dinge hat. Daß das System, nach dem wir verfahren sind, nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist, wird Ihnen klar werden, wenn Sie sich vergegenwärtigen, wo wir noch heute vor einem Jahr mit unsern Einzelbestrebungen waren. Wäre ich immer nach meiner persönlichen Überzeugung gegangen, so würden wir vielleicht noch da stehen, wo wir vor einem Jahre standen. Ich habe mancher meiner Überzeugungen nicht Ausdruck gegeben, und so haben wir errreicht, was wir erreicht haben.

Die Aufgabe haben wir uns auch im Bundesrat gestellt, nicht durch theoretische Verfassungsfragen die Nachgiebigkeit, die der Eine gegen die Überzeugung des Andern hat und die in Deutschland nie so sehr groß ist, auf die Probe zu stellen. — — Ich muß daher gestehen, daß ich außer stande sein würde, wenn die Sache an den Bundesrat zurückkäme, den übrigen Regierungen nicht Wort zu halten, und das Vertrauen auf das künftige Verhalten Preußens wiegt meines Erachtens schwerer, als die Frage, welche hier zur Sprache kommt.

Wenn es sich um Interessen des Reichs handelt, durch die seine Einheit, seine Festigkeit, sein Vorteil wirklich bedingt sind, dann, meine Herren, habe ich auch gezeigt, daß die partikularistischen Bedenken unserer Bundesgenossen mich unter Umständen nicht abhalten, bei unserer Abstimmung das Recht und die Majorität, die wir etwa im Bundesrate haben, so weit geltend zu machen, als die Verfassung uns erlaubt, auch wenn die Grenze zweifelhaft ist, oder von anderer Seite bestritten wird. In dieser Frage aber einen politisch in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Giebt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum

Reiche als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Se. Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der anderen das Kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen, ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein!

Welcher Vorteil ist dagegen in Anschlag zu bringen, daß wir ein berechtigtes Selbstgefühl, durch 100jährige Überlieferungen geheiligt, verstimmen und den Einflüsterungen und Überredungen derjenigen Nahrung geben, die an die Zentrifugalinstinkte zu appellieren Lust haben?

Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgiltig, wie die verbündeten Monarchen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wem dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen sehr sorgfältig rechnen, sie fallen sehr schwer ins Gewicht.

Wenn eine Goldmünze, auf der steht: Wilhelm, Deutscher Kaiser, König von Preußen, in die Hütten außerhalb Preußens wirklich eindringt, so hängt der Eindruck, den das macht, von der Stimmung dessen ab, der die Hütte gerade bewohnt. Es giebt weite Bezirke, in denen man sagen wird: da seht den, der unseren Fürsten mediatisieren will und wie er mit ihm umgegangen ist, daß hier preußische Münzen wider seinen Willen und wider seine Stimme im Reiche ihm aufgezwungen werden. Und ich kann dem Herrn Antragsteller nicht verhehlen, daß nach allen schwierigen Vereinbarungen, wie ich seinen Antrag hier gehört, — mein Gefühl, ich hoffe, nicht so ganz ohnmächtig, wie das des Archimedes war, zu sagen: Noli turbare circulos meos!

Über die Stellung der Botschafter und Gesandten.

Rede gehalten am 16. November 1871.

Es liegt in den Geldverhältnissen sowohl wie in den politischen, daß der Etat des Deutschen Reiches für auswärtige Angelegenheiten seinen Höhepunkt bisher nicht erreicht hat; denn einmal vermindert sich der Wert des Geldes, außerdem aber steigt der Anspruch auf würdige Vertretung mit der Größe und Bedeutung des vertretenen Reiches. Ich möchte bitten, ein für allemal die angebliche Äußerung Friedrichs des Großen, daß sein

Gesandter sich nur darauf berufen sollte, es ständen hunderttausend Mann hinter ihm, und darum brauche er nicht zu repräsentieren — ich möchte Sie bitten, diese Äußerung ein für allemal zu Grabe zu tragen; es ist mir schwer glaublich, daß ein so geistvoller Herr eine Äußerung im Ernste gethan haben sollte, die ich mit dem guten Geschmack so wenig in Einklang bringen kann. Bei diplomatischen Verhandlungen an den Degen zu schlagen oder zu sagen: ich erwidere eine Einladung zum Diner nicht, aber wir haben hunderttausend Mann, — das ist in der That zu wenig unseren Gewohnheiten entsprechend. Ich kann nicht behaupten, daß der Einfluß eines Gesandten notwendig mit der Höhe seines Gehalts steigt, der Einfluß, den er in dem Lande, wo er beglaubigt ist, für das Land, welches ihn entsendet, auszuüben vermag. Aber aus denselben Gründen, aus denen Sie, wenn das Deutsche Reich ein Gebäude für ein Ministerium oder ein Parlament errichtet, darauf halten, daß dasselbe nicht bloß dem strengsten praktischen Bedürfnisse angemessen sei, wie es der Mindestfordernde zu befriedigen bereit ist, sondern, daß es in würdiger Ausstattung Zeugnis davon ablege, daß das Deutsche Reich ein großes, mächtiges politisches Gebilde ist und sich als solches fühlt, aus denselben Gründen möchte ich Sie bitten, darauf zu halten, daß das Deutsche Reich im Auslande in einer Weise vertreten werde, die in den Augen des durchschnittlichen Beobachters auch äußerlich den Eindruck macht: hier stecken die Mittel und das Selbstgefühl eines großen Landes dahinter. Für die großen Massen ist es durchaus nicht gleichgültig, ob der amtliche Vertreter des Deutschen Reiches den Eindruck macht, daß er große Mittel vertritt oder kleine.

Die Frage, ob jemand Botschafter oder Gesandter ist, hat mit der Sache an sich nicht so viel zu thun, ich will auch darauf nicht ein so hohes Gewicht legen, es kommt vielmehr auf die Mittel an, die er zur Verfügung hat, um äußerlich würdig aufzutreten. Ein Gesandter mit 40,000 Thlr. Gehalt in einem imposanten Hotel und mit einem starken Privatvermögen ist mir bei gleicher Befähigung lieber, als ein Botschafter mit 30,000 Thlr. Gehalt, der nicht imstande ist, der Größe und Würde des Deutschen Reiches gemäß sich äußerlich zu bewegen und zu zeigen. Ich gehe nicht darauf ein, wie peinlich es für den Beteiligten ist, sich den kleinen Kränkungen der Rivalität und Eitelkeit persönlich vielfach ausgesetzt zu sehen, um so peinlicher, wenn diese kleinen Empfindlichkeiten zugleich mit dem Gefühl verbunden sind, daß

er ſie in Vertretung ſeines Landes und in amtlicher Eigenſchaft erhält. Ich habe einen Geſandten mit Recht ſagen hören: als Privatmann nehme ich den unterſten Platz gern ein, der mir bei Tafel gegeben wird; als Geſandter meines Reiches, in dieſer amtlichen Eigenſchaft gehe ich hinaus, ſobald mir nicht der Platz gegeben wird, der mir gebührt. Und ſo iſt es auch mit der äußeren Vertretung, wenn man nicht imſtande iſt, es den Kollegen weniger mächtiger Staaten gleich zu thun, ja ihnen nicht einmal dieſelben Höflichkeiten in demſelben Maße wiedergeben zu können. Ein Botſchafter bedarf an ſich wegen ſeines Titels kein höheres Gehalt — es iſt eben nur ein Titel; ob Sie an die Spitze einer Brigade einen Oberſten oder einen General ſtellen, er wird doch immer Brigadier bleiben, er wird immer dieſe Stelle ausfüllen müſſen. Ein Botſchafter hat vielleicht, wenn er nur knapp dotiert ſein ſoll, gegen einen Geſandten an einem großen Hofe ein Mehrbedürfnis von 1- bis 3000 Thalern an Ausgaben, die ihm dadurch erwachſen, daß es üblich iſt, wenigſtens in den meiſten Ländern, daß die Botſchafter gelegentlich bei größeren Feſten von den Souveränen beſucht werden, daß alſo dadurch größere Feſte in, möchte ich ſagen, monarchiſchem Stile hergebracht ſind, die eine Mehrausgabe in dieſem Betrage jährlich mit ſich führen mögen. Daß dafür aber einem ſolchen Hauſe auch die Auszeichnung des Beſuches des Monarchen ſelbſt zuteil wird, bewirkt, daß dadurch auch die Stellung des Vertreters in der Augen der Unterthanen dieſes Monarchen der Würde des vertretenen Reiches mehr entſpricht. Darum handelt es ſich aber bei dieſen Erhöhungen nicht.

Weshalb, könnte man fragen, geben wir denn den Titel eines Botſchafters? Es geſchieht das vielmehr wegen des Ranges der politiſchen Agenten unter ſich. Es wird in den diplomatiſchen Korps ein immerhin unbilliger, aber doch bei den meiſten in Kraft ſtehender Unterſchied gemacht: es kommt zum Beiſpiel der Anſpruch, daß, wenn der auswärtige Miniſter mit einem Geſandten in einer verabredeten Konferenz iſt, und es wird ein Botſchafter gemeldet, der auswärtige Miniſter für verpflichtet gehalten wird, die Konferenz ſofort abzubrechen und den Botſchafter zu empfangen. Wenn ein Geſandter vielleicht in dem Vorzimmer eines auswärtigen Miniſters eine Stunde wartet, und es kommt in dem Augenblick, wo er hereingerufen wird, ein Botſchafter, ſo wird an den meiſten Höfen, ſo viel mir bekannt iſt, der Botſchafter hereingelaſſen, der Geſandte kann noch länger

warten oder kommt vielleicht an dem Tage gar nicht mehr an. Das alles ſind kleine Demütigungen und Reibungen, die einfach durch den Titel abgeändert werden. Man kann ſagen, wenn ein Geſandter das Gefühl ſeiner Würde hat, ſo läßt er ſich das nicht gefallen, und ich bin ſelbſt in der Lage geweſen, mir das mit Erfolg abzuwehren, aber doch nicht ohne ſehr erhebliche Spannungen, die mit der Sache ſelbſt in gar keinem Verhältnis ſtehen und nicht ohne ein Einſetzen der Perſon geſchehen können, was dicht an die Grenze desjenigen ſtreift, was für einen amtlichen Vertreter eines großen Landes erlaubt iſt. Alſo man erreicht den Zweck einfacher dadurch, daß man dieſen Titel giebt.

In öffentlichen Blättern habe ich einigemale geleſen von den Gefahren, welche in dem Privilegium der Botſchafter lägen, mit dem Monarchen direkt und unmittelbar jederzeit zu verkehren. Dies beruht auf einem Irrtum. Es hat ein Botſchafter zum Monarchen nicht anders Zutritt, wie jeder Geſandte, und in keiner Weiſe das Recht in Anſpruch zu nehmen, mit dem Monarchen direkt ohne Vermittlung ſeiner Miniſter zu verhandeln. Die Berechtigung, einen ſolchen Verkehr zu regeln, iſt ganz ausſchließlich auf Seite des Monarchen, und deshalb möchte ich bitten, dieſe Vorurteile gegen die Botſchafter fallen zu laſſen.

Rede bei Beratung eines Antrags betreffend die Aufhebung der Hälfte der Salzſteuer.

Gehalten am 1. Mai 1872.

Ich halte es für meine Pflicht, auch perſönlich in dieſer Sache ein Zeugnis über meine Stellung abzulegen. Ich bin der einzige, dem die Verfaſſung eine Verantwortlichkeit auferlegt für die Ausführung der Geſetze und der Verfaſſung. Ich komme alſo in die Lage, ein Geſetz, welches Se. Majeſtät der Kaiſer vollzieht, kontraſignieren zu müſſen, und ich muß dann in einem ſolchen Falle mich fragen, ob ich nach meiner Verantwortlichkeit für den Beſtand und die Fortentwicklung des Reiches in der Lage bin, eine ſolche Kontraſignatur zu leiſten. Dieſe Erwägung veranlaßt mich doch, über meine Stellung zu dieſem und zu ähnlichen Anträgen prinzipiell einen Zweifel nicht zu laſſen.

Ich gebe sehr gern zu, daß die Salzsteuer eine von denen ist, deren Abschaffung primo loco wünschenswert bleibt. Ob sie allein in diesem Vordergrunde für die Abschaffung steht, ist eine andere Frage, die die Herren Finanz-Minister für sich entscheiden mögen; für die Stellung des Reichskanzlers ist vor allen Dingen die Erwägung eine entscheidende, ob die politische Lage des Reichs verbessert oder verschlechtert wird, und ob die Verantwortung, die ihm dafür aufliegt, ihn stark genug drückt, um unter Umständen einer Beseitigung einer Reichssteuer aus politischen Gründen zu widersprechen.

Ich halte die eigenen Einnahmen des Reiches für in so hohem Grade wichtig, daß ich nicht glaube, daß ein seiner Verantwortung sich bewußter und von dem richtigen Interesse für den Bestand und die Fortentwicklung des Reiches beseelter Kanzler jemals seine Zustimmung dazu geben wird, daß die eigenen Einnahmen des Reiches ohne hinlänglichen Ersatz vermindert werden. Die Anweisung auf andere Steuern ist zweifelhaft, die Anweisung auf Matrikular-Beiträge kann ich nicht annehmen. Wenn von seiten solcher Elemente, die ich als zentrifugale bezeichnen möchte, die Hinweisung auf die Matrikular-Beiträge bereitwillig entgegengenommen wird, als Ersatz für die eigene Reichssteuer, so kann ich mir das sehr leicht erklären, indem aus einem Reiche, welches nur auf Matrikular-Beiträge begründet wäre, in Fällen, die ich nicht voraussehen und nicht erleben mag, die Freizügigkeit außerordentlich erleichtert wird. Man würde seine Sachen beim Auszuge sehr bald mitnehmen können.

Das große Bindemittel einer starken gemeinsamen Finanzeinrichtung, eines gemeinsamen Finanzsystems fehlt einem Reiche, welches nur auf Matrikular-Beiträge begründet ist. Die Matrikular-Beiträge zu vermindern, ist meines Erachtens Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik.

Ich weiß nicht, ob es nicht noch schlechtere Steuern, wie die Salzsteuer, in den einzelnen Ländern giebt, und ich möchte doch dagegen auch Zeugnis ablegen, daß nicht gerade diese Reichssteuer so gekennzeichnet worden, als sei sie eine höchst ungerechte und es sei eine unnötige Bedrückung des armen Mannes, wenn sie auch nur noch einen Tag in dem Maße fortbestände, in dem sie seit Jahren bestanden hat. Es ist jedesmal die Steuer, die das Reich gerade am meisten braucht, als eine den armen Mann besonders drückende bezeichnet worden. Solange wir in einem

sehr großen Bundesstaate noch das Brot und das Fleisch besteuern, haben wir kein Recht, die Salzsteuer auf diese Weise zu brandmarken, als wäre es gerade ein Mangel an Pflichtgefühl, daß die Regierungen sie nicht längst aufgehoben haben. So lange Sie von dem armen Manne 15—30 Silbergroschen Klassensteuer in den letzten Stufen nehmen, kann ich Ihnen das Recht nicht einräumen, die Salzsteuer so darzustellen, als ob sie die allerschlechteste sei, als ob es gewissermaßen eine Schmach für die Regierungen wäre, sie noch weiter bestehen zu lassen. Man muß sich überhaupt, wenn man den Staat ernstlich will, und wenn man in sich das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit hat, hüten, von irgend einer Steuer, die man heute noch nicht entbehren kann, mit dieser, ich kann wohl sagen, Maßlosigkeit zu sprechen, als wenn es eine ungerechte Bedrückung wäre, daß sie überhaupt noch gezahlt wird. Die Steuern sind alle unangenehm, alle lästig, aber es macht mir den Eindruck: so oft wir über eine Steuer verhandeln, ob sie abgeschafft oder eingeführt werden soll, ist gerade immer die, welche das Reich hat oder braucht, gerade diejenige, welche die allerdrückendste ist. Ich möchte Sie bitten, meine Herren, daß doch jeder, der einen solchen Antrag stellt, sich von dem Verantwortlichkeitsgefühl für die Fortexistenz unserer mit Mühe begründeten Reichsinstitutionen und deren Befestigung durchdringen und es nicht allein den Regierungen überlassen möge, Abhilfen zu suchen, der Reichsvertretung aber allein das Recht zu vindizieren, zu tadeln, wegzuschneiden. Bei einem solchen Antrag, wie der zuerst gestellte, der bloß auf den Wegfall einer wesentlichen Steuer ohne Vorschlag irgend eines Ersatzes gestellt wurde — wundere ich mich nicht, unter dem alle Elemente zu sehen, die ich vorher centrifugale Elemente nannte, solche, denen wenigstens eine Befestigung des Reiches nicht wünschenswert ist. Diese darunter zu sehen, habe ich mich nicht gewundert, aber, wenn ich die eifrigsten, hingebendsten Mitarbeiter an dem Zustandekommen, an der Befestigung des Reichs mitunterschrieben gefunden habe, so habe ich mir gesagt: uns fehlt noch in einem für mich schmerzlichen Maße das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit in unserer Gesamtvertretung.

— — — Daß die Steuern jedem Wähler unangenehm sind, liegt auf der Hand; daß ihm jeder angenehm ist, jeder Abgeordnete, der sagt: Du zahlst eigentlich zu viel, und ich bin der Mann, der dir eine Steuererleichterung verschafft! ist ohne

Zweifel, aber ob es mit der politiſchen Verantwortlichkeit, die ich jedem in dieſem Saale in demſelben Maße, wie ich ſie fühle, wünſche, verträglich iſt, dieſes Moment ſo ſehr in den Vordergrund zu ſtellen und ſich nicht zu fragen, welche Folgen für die Geſamtheit daraus entſtehen, dafür die Verantwortlichkeit der Regierung zu überlaſſen, das gebe ich Ihnen anheim zu bedenken. Ich glaube, meine Herren, daß die Schmeichelei dem Wähler gegenüber, daß die Schmeichelei den unteren Klaſſen gegenüber von mancher Seite übertrieben wird und daß Sie mit Verſprechungen freigebig ſind, die Sie nicht halten können, weder hier, noch wenn Sie an meiner Stelle ſtehen.

Der Herr Präſident des Reichskanzler-Amts ebenſo wie ich haben es als etwas wünſchenswertes bezeichnet, daß die Regierung in die Lage komme, auf die Salzſteuer zu verzichten. Nur möchte ich Sie bitten, einem Reichskanzler nicht zuzumuten, daß er, ſo lange er es hindern kann, auf feſtſtehende Reichs-Einnahmen verzichtet und ſich dafür mehr oder weniger milde Beiträge der einzelnen Regierungen anweiſen läßt.

Über die preußiſchen Geſandſchaften an deutſchen Höfen.

Rede gehalten am 15. Januar 1872.

Der Herr Vorredner hat jedesmal, wo dieſe Frage vorgekommen iſt, Gelegenheit genommen, ich kann nur ſagen, über dieſelbe zu ſprechen und an dieſelbe einen Tadel der beſtehenden Einrichtung zu knüpfen; er hat aber nicht geſagt, wie es beſſer zu machen wäre, und ich glaube, er würde auch in großer Verlegenheit ſein, wenn er von meiner Stelle aus Vorſchläge machen ſollte, die gleichzeitig ſeinen Tadel beſeitigen und dennoch die Geſchäfte, deren Vorhandenſein auch er nicht beſtreitet, in ihrer Beſorgung ſicher ſtellen. Er hat meines Erachtens bei dieſem Tadel mehr Beredſamkeit, als Schärfe der Logik entwickelt; ich finde, er macht ſich die Sache etwas wohlfeil, indem er ſie mehr in allgemeinen Phraſen abhandelt, ohne ihr praktiſch im Detail näher zu treten. Das iſt nun leider einem ausführenden Beamten, wie mir, nicht möglich; ich muß dieſen Dingen ganz genau praktiſch näher treten. Der Vorredner kommt dabei zu dem eigenthümlichen Schluß, vermöge ſeiner

Logik, daß ich, der ich hier im preußischen Landtag die Ehre habe, zu Ihnen zu reden, kein preußischer Beamter mehr wäre, da er das von allen Beamten meines Ministeriums behauptet, zwischen mir und den übrigen aber ein wesentlicher Unterschied nicht bestehen kann; im Gegenteil, man kann gerade von mir sagen, daß ich mein Gehalt eigentlich ausschließlich aus der Bundeskasse beziehe, was von den andern nicht zu behaupten ist, und daß ich dem preußischen Staate gratis diene. Deshalb habe ich aber doch die Ehre, preußischer Beamter zu sein, und werde mich durch keine Anfechtung dieser Eigenschaft weder hier im Hause, noch anderwärts an dieser Ansicht irre machen lassen und nicht zugeben, daß wir, sobald wir dem Deutschen Reiche Dienste leisten, damit in die Kategorie der Ausländer verwiesen werden.

Der Vorredner sagt, die Geschäfte sind vorhanden, sie müssen auch besorgt werden, aber seiner Meinung nach nicht gerade auf diese Weise. Die einzige, praktische Andeutung darüber, wie es, um ihn zufrieden zu stellen, zu machen sein würde, hat er dahin gegeben, es müßten Kaiserliche Kommissarien ernannt werden, die dieselben Geschäfte besorgten. Ich kann mich zu solchem Arrangement nicht herbeilassen, denn es wäre meines Erachtens eine einfache Finanzspekulation dem Reiche gegenüber, die mir des preußischen Staates nicht ganz würdig erscheint, indem man durch den Namenswechsel dem Reiche Pflichten aufzubürden sucht für Dienste, welche wesentlich dem besonderen Interesse der preußischen Politik geleistet sind.

Es hat vor 1866 niemand daran gezweifelt, daß es für Preußen nützlich wäre, Gesandte bei den einzelnen deutschen Höfen zu unterhalten. Nichtsdestoweniger hatten wir auch damals eine Bundesinstitution, und die Mitteilungen an deutsche Regierungen konnten ebensogut durch die Bundesgesandten gegenseitig ausgetauscht werden wie jetzt. Es fragt sich nun, war der Gesichtskreis der deutschen Gesandtschaften Preußens vor 1866 ein bedeutenderer oder jetzt? Ich behaupte unbedingt das letztere. Die eigentliche große Politik, wie sie mit den europäischen Mächten verhandelt wurde, kam auch damals an den süddeutschen Höfen, obschon unsere Verbindung dem Auslande gegenüber nicht so geschlossen war, wie jetzt, nur selten und ausnahmsweise zur Sprache — — die Hauptaufgabe der Gesandten war: die Verständigung über das Auftreten am Bunde

herbeizuführen und auf die einzelnen Regierungen und auf deren Stimmabgabe am Bunde einzuwirken.

Wenn ich vorhin sagte, die Thätigkeit dieser Gesandten ist jetzt eine wichtigere, so ist das in demselben Maße, in dem die Stimmabgabe unserer Bundesgenossen im Bundesrate heutzutage wichtiger ist als damals im Bundestage, namentlich aber für Preußen der Fall. Die Vertreter der verbündeten deutschen Regierungen sprechen heute mit über unser preußisches Wohl und Wehe in allen Details der Gesetzgebung. Es kann für uns von großer Wichtigkeit sein, die Zustimmung des einen oder des anderen Staates im Bundesrate, um das Stimmenverhältnis herzustellen, zu gewinnen oder einen Widerstand, der dagegen geleistet wird, zu überwinden. Dabei sind die 24 Millionen Preußen heutzutage viel direkter und viel tiefer interessiert, als früher in Frankfurt jemals der Fall war.

Daß diese Verständigung über das Auftreten im Bundesrate lediglich im Schooße des Bundesrates stattfinden könne, das ist eine Fiktion, die sehr bald schwindet, sowie man den Geschäften praktisch näher tritt. Es ist vielleicht gerade der Widerstand meines Kollegen im Bundesrat, seine persönliche Abneigung gegen eine vorgeschlagene Maßregel, die ich zu überwinden habe; das kann ich nur, wenn mir die Mittel geboten werden, an die Quelle zu gehen, aus der er seine Instruktion bezieht. Dort ist es vielleicht sehr wichtig, sich darüber aufzuklären, aus welcher von den verschiedenen Richtungen, die die Entschließung einer Regierung zu bestimmen pflegen, der Widerstand stammt, in welcher Richtung man wirksam sein muß, um ihn zu beseitigen. Es werden ja in allen Staaten die Abstimmungen doch nicht so glatt und ausschließlich nach dem Bericht des Vertreters im Bundesrate hergestellt, sondern dergleichen wird in jedem einzelnen Staate kollegialisch beraten, und es ist gewiß richtig, wenn die einzelnen Regierungen dabei Rücksicht nehmen nicht nur auf die Vota aller ihrer Ministerien, auch derjenigen, die gerade nicht mit den Reichsangelegenheiten betraut sind, und zur Besorgung dieser, glaube ich, wird auch jeder Bundesstaat ein, wenn auch noch so kleines, für ihn auswärtiges Amt besitzen müssen, d. h. einen Beamten, der speziell die Korrespondenz mit dem Vertreter am Reich besorgt.

Aber man hat nicht nur auf die Stimmung der Gesamtministerien, sondern auch auf die Stimmung und die Auffassung des eigenen Landtages Rücksicht zu nehmen. Ich bin weit ent-

fernt, der Theorie anzuhängen, die jede Entwicklung des Bundesrechts und unseres Reichsverfassungsrechts untergraben würde; daß in irgend einem Falle die Abstimmungen eines Mitgliedes des Bundesrats, um juristische Gültigkeit für die Reichsgesetzgebung zu haben, der Zustimmung eines Partikular-Landtages bedürfen könnten; aber das ist außer Zweifel, daß jede Regierung sehr wohl thut, sich in der Lage zu halten, daß sie ihrer eigenen Landesvertretung mit Erfolg Rechenschaft ablegen kann über die Politik, die sie am Reiche befolgt.

Je verschiedener aber die Elemente sind, welche auf die Haltung eines Bundesstaats, besonders eines der mächtigeren im Reich, Einfluß haben können, um so entbehrlicher ist es mir, dort ein vertrautes, eingelebtes, mit allen Faktoren bekanntes Organ zu haben, mit dem ich korrespondieren kann, und das mich aufklärt über die Saiten, die man etwa anschlagen muß, um zu einer Verständigung zu gelangen. Daß dies nun Kaiserliche Kommissarien sein sollen, d. h. daß die Funktionen der Vertretung spezifisch preußischer Interessen, der Geltendmachung unserer preußischen Wünsche am Reich, der Bringung zur Anerkennung derselben bei den übrigen Regierungen auf Reichskosten geschehen könnten, damit kann ich mich nicht befreunden. Wie käme das bairische Budget dazu, in seinen Reichsmatrikularbeiträgen dafür zu zahlen, damit in München die preußische Ansicht geltend gemacht werden kann, damit sie dort Anklang findet? Umgekehrt, man müßte dann schon soweit gehen, daß man auch Gesandte der Einzelstaaten in Berlin als Kaiserliche Kommissarien bezahlte, damit diese bei uns für die bairischen Interessen plaidieren und für ihre Vertretung am Reich plaidieren. Es würde das doch zu keiner haltbaren und praktisch als möglich zu denkenden Einrichtung führen.

Ich möchte überhaupt dringend empfehlen, und namentlich dem Vorredner, der mir so sehr häufig Gelegenheit gegeben hat, mit ihm theoretische Ansichten auszutauschen — coram publico und auch sonst — daß wir die Politik doch etwas mehr vom praktischen Gesichtspunkt betrachten; sie ist in der That eine eminent praktische Wissenschaft, bei der man sich an die Form, an die Namen, an Theorien, in die sie gerade hineinpassen soll, nicht so sehr kehren darf.

Noch ein Wort über die Militärbevollmächtigten. Die Notwendigkeit eines solchen in München — und einen anderen haben wir in Deutschland nicht mehr — hat der Vorredner ja eben-

falls zugegeben; ich habe aber auch da einen Vorschlag vermißt, wie er das Verhältnis anderweit eingerichtet haben möchte, wenn wir diese Einrichtung nicht behielten. Es würde doch auch da, wie mit den Kaiserlichen Kommissarien, wahrscheinlich wesentlich nur auf einen Namenswechsel hinauskommen. Der Militärbevollmächtigte in München ist wesentlich ein Hilfsbeamter der preußischen Gesandtschaft in München, der auf dem militärischen Gebiet dasselbe zu erstreben hat, wie ein anderer auf dem politischen, nämlich die Verständigung über gemeinsame Einrichtungen, die Herbeiführung von solchen anzustreben da, wo sie noch nicht thatsächlich sind. Er ist ein für die Gesandtschaft und deren Gesamtwirken ganz unentbehrlicher Hülfsbeamter, und ich möchte dringend bitten, meine Herren, nicht bloß nach persönlicher Rücksichtnahme zu verfahren oder nach dem Wunsche, die Thätigkeit der Regierung nicht zu stören, sondern sich auch von der Überzeugung vollständig zu durchdringen, daß diese Gesandtschaften und ihre Thätigkeit zu dem unentbehrlichsten Handwerkszeug unserer Politik gehören.

Rede bei der Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhause.

Gehalten am 30. Januar 1872.

Ich hatte geglaubt, mich an der heutigen Debatte lediglich als Zuhörer beteiligen zu können, und gemeint, daß sie sich auf die Vorlagen beschränken würde, ohne so weit politisch auszugreifen, wie es die Rede des Herrn Vorredners (Abg. Windthorst) gethan hat. Diese Rede nötigt mich aber, heute schon einige Worte über die Stellung der Staatsregierung mit bezug auf das soeben Gehörte zu sagen.

Der Herr Vorredner hat mit warmen Worten den Wunsch betont, daß wir zum konfessionellen Frieden im Lande gelangen möchten, der früher nicht gestört war, und daß wir in der Eintracht, die uns dieser Friede gebe, an unserm gemeinschaftlichen Werke arbeiten möchten. Ich möchte an das eigene, doch sonst scharfe und richtige Urteil des geehrten Herrn Vorredners appellieren, ob seine eigene Rede wohl geeignet und darauf be-

rechnet gewesen sein kann, diesen Frieden zu fördern. Der Herr Vorredner hat wenigstens nicht mit christlicher Milde über seine Gegner geurteilt und nicht mit christlicher Demut über die eigene Sache.

Ich komme auf die Vorwürfe gegen die Regierung, nämlich, daß in den Ministerien, unter den Ministerial-Räten und in den sonstigen Regierungsfunktionen die Katholiken nicht in hinreichendem Maße nach der Zahl ihrer Bevölkerung vertreten sind. Ich lehne jede Verpflichtung einer konfessionellen Volkszählung von der Regierung ab. — Wenn der Herr Vorredner den Umstand tadelt, daß kein Katholik im Ministerium sei, so bedaure ich das auch meinerseits in hohem Grade; ich würde einen katholischen Kollegen mit Freuden begrüßen. Aber wie die Sachen augenblicklich liegen, — in einem konstitutionellen Staate da bedürfen wir Ministerien einer Majorität, die unsere Richtung im ganzen unterstützt. Glaubt nun der Herr Vorredner, daß, wenn wir das Ministerium aus der Fraktion wählten, der er angehört, daß uns dann die Unterstützung einer Majorität zur Seite stehen würde? Ich bezweifle es. Ohne eine gewisse Homogenität ist aber ein Ministerium heutzutage nicht mehr haltbar, denn wir sind, obwohl wir in einem lockern Ressortverhältnis zu einander stehen, in Preußen doch gemeinschaftlich verantwortlich; ich bin mit verantwortlich für das, was der Herr Kultus-Minister thut, und der Herr Kultus-Minister muß seinerseits ausscheiden, wenn er für dasjenige, was ich thue, die Verantwortung nicht tragen will, wir müssen also eine gewisse Nachsicht üben für untergeordnete Fragen.

Die Fraktion, der der Herr Vorredner angehört, hat selbst das Ihrige dazu beigetragen, das Vergessen des konfessionellen Standpunktes in politischen Angelegenheiten schwierig zu machen. Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesammtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte; dann wären wir allerseits auf einem inkommensurabeln Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstande der Tribünendiskussion zu machen. Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkte des Vorredners begingen, daß sie diese Fraktion

überhaupt bildeten, eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem sie ihre Glaubensgenossen aus den verschiedensten Fraktionen durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich ihnen anzuschließen.

Meine Herren! Sie nötigen mich, auf das Historische der Stellung der Regierung zu diesen Fragen einzugehen. Der Herr Vorredner hat selbst weitere Veröffentlichung darüber in Aussicht gestellt; ich will ihm das erleichtern. Ich huldige von Hause aus dem Grundsatz, daß jede Konfession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Konsequenz gezogen, daß jede Konfession gezählt werden müsse und daß jede eine ihrer Volkszahl ziffermäßig entsprechende Beteiligung an der Beamtenschaft haben müsse. Es ist neuerdings zur Rechtfertigung von Bewegungen, die von konfessionellen Einflüssen nicht ganz frei waren, sogar der Grundsatz aufgestellt worden, daß in der Bergpartie der Mangel der Gleichstellung der Konfessionen von den Arbeitern schwer empfunden werde und ein zur Abhülfe berechtigendes Bedürfnis bilde. So weit kommt aber der Herr Vorredner notwendig. Wo soll das aufhören? Bei dem Ministerium fängt er an, die Ober-Präsidenten müssen also auch — ich weiß nicht, wie das Verhältnis ist, ich glaube nach dem Verhältnis wie 4 zu 7; ich will es auch nicht wissen — gezählt werden; die Beamten in allen Regierungsbehörden natürlich auch. Nun kommt aber noch hinzu, daß die evangelische Konfession nicht ganz und gar aus einem Blocke ist. Sie können nicht Evangelische und Katholische gegenüberstellen; die unierte preußische Landeskirche, die lutherische, die reformierte haben vollständig die analoge Berechtigung wie die katholische. Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke schneiden, an welchen jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet.

Wenn nun zur Herstellung des Friedens mit dem Staate also die Fraktion des Herrn Vorredners sich auf einem politischen Boden konfessionell konstituiert hatte und ihre politische Haltung in der Hauptsache von der Konfession abhängig machte, so konnte man nun fragen: Sucht sie auf diese Weise den Frieden zu erstreben, indem sie ihre Macht zeigt?

Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung

dieſer Fraktion nicht anders betrachten können als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat, und ich habe mich nun gefragt: Wird dieſes ſtreitbare Korps, welches zweifelloſe Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine ſolche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreiſen niemals geſehen waren, bei der Wahl durch einfachen Befehl von hier aus durchſetzt — wird dieſes ſtreitbare Korps der Regierung verbündet ſein, wird es hier helfen wollen oder wird es ſie angreifen? Ich bin etwas zweifelhaft geworden, als ich die Wahl der Führer ſah, als ich ſah, daß ein ſo kampfbereites und ſtreitbares Mitglied, wie der Herr Vorredner, ſofort an die Spitze trat, ein Mitglied, welches von Anfang an, aus Gründen, die ich achte und ehre, ungern und mit Widerſtreben der preußiſchen Gemeinſchaft beigetreten iſt, ein Mitglied, das bisher niemals durch ſeine Haltung und durch die Färbung ſeiner Rede bekundet hat, daß es dieſen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem ich noch heute zweifelhaft bin, ob ihm die Neubildung des deutſchen Reiches willkommen iſt; ob er in dieſer Geſtalt die deutſche Einigung annehmen will, oder ob er ſie lieber gar nicht geſehen hätte, darüber bin ich noch immer im Zweifel.

Ich bin indeß, als ich aus Frankreich zurückkehrte, unter dem Eindruck und in dem Glauben geweſen, daß wir an der katholiſchen Kirche eine Stütze für die Regierung haben würden, vielleicht eine unbequeme und vorſichtig zu behandelnde — ich bin in Sorge geweſen, wie wir es anzufangen haben würden, vom politiſchen Standpunkte aus etwas anſpruchsvolle Freunde ſo zu befriedigen, daß wir mit ihnen auf die Dauer leben können und daß wir dabei die nötige Fühlung mit der Mehrheit des Landes behielten. Die Sorge hat mich damals, ich kann wohl ſagen, in erſter Linie, beſchäftigt, ſo oft ich mich den inneren Angelegenheiten wieder zuwendete. Ich wurde in der That überraſcht durch die Haltung, welche die mobil gemachte Armee einnahm. Ich habe mich aber noch in der erſten Reichstags-Sitzung einer Äußerung über dieſe Frage ſorgfältig enthalten, ich habe mir geſagt, die Frage iſt zu ernſt, ich will abwarten, wie ſich die Partei entwickelt, ob freundlich oder feindlich, ich habe geſchwiegen.

Von jener Seite wurde nicht geſchwiegen. Ich mußte, als ich aus Frankreich zurückkam, erfahren, welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden waren, um die Wahlen dieſer neuen

Partei durchzusetzen. Wir hatten gehofft, an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze zu gewinnen, die dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist, die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß die Regierung irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch weniger unterrichteten gemeinen Mannes, der Masse, zu erhalten sucht. Ich mußte mit Betrübnis und Befremden hören, daß die Wahlreden, die ja zum größten Teil gedruckt sind, die Preßerzeugnisse, die auf die Wahlen hinwirkten, gerade an die Leidenschaft der unteren Klassen, der Masse, appellierten, um sie zu erregen gegen die Regierung, daß dagegen nichts geschah, um irgend ein von seiten der Regierung vorgekommenes Versehen zu entschuldigen, sondern, daß man alles, was man an unserer Regierung wie an jeder nach menschlicher Unvollkommenheit tadeln kann, sehr scharf beleuchtete; aber etwas gutes über die preußische Regierung, etwas, was zur Anerkennung derselben aufforderte, habe ich in diesen Wahlreden nie gelesen.

Nichtsdestoweniger mußte man nach dem Zeugnisse der Herren annehmen, daß die altpreußischen Einrichtungen — altpreußisch ist nicht die richtige Bezeichnung, sondern neupreußische Einrichtungen — wie sie bestehen, von der katholischen Kirche als ihr willkommen, als ihr nützlich, als ihr eine ehrenvolle und bequeme Stellung gewährend anerkannt würden.

Die höchsten Zeugnisse von Sr. Heiligkeit dem Papste, die Zeugnisse der Bischöfe haben uns darüber vorgelegen, daß man mit uns zufrieden sei; wir hatten gehofft, daß diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einfluß auf den gemeinen Mann, wie er auf der Kanzel und im Beichtstuhl geübt wird, zeigen und erkennbar machen würde, und wie ich sah, daß doch mehr das Gegenteil der Fall war, wie ich sah, daß man auf der einen Seite die preußischen Einrichtungen für das Reich verlangte, auf der anderen Seite sie dem gemeinen Manne nicht in einem ganz günstigen Lichte darstellte, da bin ich zweifelhaft geworden und bin einen Schritt zurückgetreten. Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion, von der ich sprach, im Reichstage sich bereitwillig Elemente ancignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das deutsche Reich notorisch war, und sich aus diesen Elementen verstärkte, Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als die Feindschaft gegen das deutsche Reich und Preußen, in ihre Mitte aufnahm, daß sie Billigung und Anerkennung fand bei

allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt aus, gegen den Staat feindlich gesinnt — eine Gemeinschaft, die die Herren vielleicht im Prinzip zurückweisen, die sie aber doch, sei es wider ihren Willen, auf dem Wege, den sie gingen, fanden — da bin ich mir immer klarer in der Besorgnis geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden.

Der Herr Redner hat vorzugsweise die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium als Anlaß zu dem Vorwurf des Mangels an Parität in den staatlichen Verhältnissen genommen. Die katholische Abteilung hatte in dem absoluten Staate meines Erachtens ihre vollständige Berechtigung; daß der König, der über alles in letzter Instanz zu entscheiden hatte, auch den Rat sachkundiger Katholiken über katholische Angelegenheiten hören wollte, daß er sich sogar eine Vorschrift daraus machte, gewisse Stellen mit Räten gewisser Konfessionen zu besetzen, war durchführbar. Sobald wir in konstitutionelle Formen übertraten, war es meines Erachtens ganz unverträglich mit dem Grundbegriff der Verfassung, daß die Zugänglichkeit zu gewissen politischen Ratsstellen in den Ministerberatungen von der Konfession abhängig gemacht wurde. Wenn das geschehen muß, dann ist die ministerielle Verantwortlichkeit damit überhaupt nicht mehr verträglich. Entweder hat der Kultusminister eine Verpflichtung, den Ansichten seiner katholischen Räte zu folgen, und dann kann er für diesen Teil seiner amtlichen Thätigkeit verfassungsmäßig nicht mehr verantwortlich sein, oder er hat diese Verpflichtung nicht, dann ist es auch nicht erforderlich, daß diese Räte in eine besondere Abteilung formiert werden, welche statutenmäßig einem bestimmten Bekenntnis angehören muß. Es ist entweder eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, oder ein ganz nutzloses Institut, wenn der Minister schließlich sagt: ich würde euch gern gefällig sein, aber meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Mehrheit der Volksvertretung gegenüber läßt das nicht zu.

Ich kann außerdem nicht leugnen, daß ich den Eindruck habe — ich beschuldige damit niemand, gegen seine Überzeugung gehandelt zu haben —, daß die Richtung dieser katholischen Abteilung degeneriert hatte. Sie wurde ursprünglich geschaffen, um Beamte des Staates zu haben, welchen vorzugs-

weiſe der Beruf anheimfiel, die Rechte des Staates in bezug auf die katholiſche Kirche auszuüben und zu vertreten, in einer freundſchaftlichen Weiſe zu vertreten, wie es zwiſchen befreundeten Potenzen üblich iſt. Sie hatte aber ſchließlich den Charakter angenommen, daß ſie meiner Anſicht nach ausſchließlich die Rechte der Kirche innerhalb des Staates und gegen den Staat vertrat.

Ich habe deshalb ſchon vor 3 oder 4 Jahren bei Sr. Majeſtät dem Könige gelegentlich zur Sprache gebracht, ob es nicht nützlicher wäre, wenn wir an dieſem Orte einen päpſtlichen Nuntius an Stelle dieſer Abteilung hätten, indem von dem Nuntius jedermann weiß, was er vertritt und was zu vertreten ſeine Pflicht iſt, und man ihm gegenüber eben die Vorſicht beobachtet, die man Diplomaten gegenüber nimmt, und indem er ſeinerſeits auch im ſtande iſt, den kirchlichen Souverän, den er vertritt, unmittelbar von den Eindrücken, die er wirklich hat, ohne eine zwiſchenliegende Inſtanz und ohne falſche Strahlenbrechung in Kenntnis zu ſetzen. Ich habe die Einrichtung eines Nuntius immer für weſentlich nützlicher und zweckmäßiger gehalten, als die katholiſche Abteilung. Ich habe indeſſen nicht gewagt, ihr Folge zu geben, da ich ſowohl an höheren Stellen, als auch in der öffentlichen Meinung eine ſtarke Abneigung dagegen vorfand. Ob wir ſchließlich nicht doch auf dieſen Ausweg kommen, überlaſſe ich der geſchichtlichen Entwicklung, ſobald ſie friedliche Wege gefunden haben wird. Aber ich habe den Grundſatz immer nützlich gefunden: des Freundes Freund und — ich will nicht ſagen — des Feindes Feind, aber des Gegners Gegner zu ſein, und Konzeſſionen in der jetzigen Lage zu machen, iſt mir deshalb wie die alte Fabel von dem Wanderer, ſeinem Mantel und der Sonne und dem Winde vorgekommen. Der Wind konnte ihn nicht nehmen, die Sonne gewann es ihm ab, und mit der Sonne würden die Herren auch weiter gekommen ſein.

Es iſt ferner die Situation nicht bloß durch die Gründer dieſer konfeſſionellen Fraktion erſchwert worden, ſondern auch durch die in der That in unſeren politiſchen Debatten ganz ungewöhnliche Leidenſchaftlichkeit des Tones, vorzugsweiſe in der Preſſe.

Ich würde es als großen Fortſchritt erkennen und bitte Sie darum, und ich will mich bemühen, das zu thun — laſſen wir dieſe Leidenſchaftlichkeit aus den Diskuſſionen heraus, dieſes

gegenseitige Anklagen; suchen wir aus dieser in der That für das Vaterland großen Kalamität von theologischen Diskussionen auf politischem Gebiete einen friedlichen und ruhigen Ausweg zu finden.

Es ist der ernste Wille der Regierung, und ich glaube, aufrichtig kann niemand daran zweifeln, daß jede Konfession, und vor allen Dingen diese so angesehene und durch ihre Volkszahl große katholische, innerhalb dieses Staates sich mit aller Freiheit bewegen soll. Daß sie außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft übe, das können wir in der That nicht zugeben, und ich glaube, der Streit liegt mehr auf dem Gebiete der Eroberung für die hierarchischen Bestrebungen, als auf dem Gebiete der Verteidigung.

Der Weg dazu wird nicht in kleinlichen Maßregeln, in Chikanen liegen, und ich bedaure, daß beispielsweise die Braunsberger Angelegenheit vermöge der Schwierigkeit, mit welcher jede Änderung der Staatsgesetzgebung bis in kleinliche Konsequenzen verbunden ist, und gegenüber der Heftigkeit, mit der aggressiv von der anderen Seite aufgetreten wurde, zu gesetzlichen Konflikten hat führen müssen. Die Staatsgesetze verbieten es, einem Bischof der katholischen Kirche das Recht der Entlassung eines Staatsbeamten zu übertragen; es ist da eine Kollision zwischen dem kirchlichen Recht, wie es sich heutzutage ausgebildet hat, und zwischen der augenblicklich bestehenden Staats-Gesetzgebung rechtlich unvermeidlich gewesen; eine Kollision, welche zu lösen und in schicklicher Weise zu lösen, ich als die Aufgabe einer weiteren Gesetzgebung betrachte, und ich glaube, das wird eine Aufgabe sein, deren der neue Kultus-Minister sich mit Vorliebe und Beschleunigung annehmen wird.

Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen; jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viel Millionen Landsleute teilen, muß für Ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir nebeneinander Platz haben, damit wir in Ruhe miteinander

leben können, damit wir so wenig wie möglich genötigt werden, uns hier um Theologie zu bekümmern. Ich kann auch für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlange, sie solle konfessionell auftreten nach irgend einer Richtung hin. Konfessionell kann eine Regierung als solche nur dann auftreten, wenn sie eine Staatsreligion hat, wie wir sie nicht haben. Der Vorredner will dem substituieren 5 bis 6 Staatsreligionen, von denen jede ihre staatliche Geltung und Berechtigung haben soll. Ich bestreite den Herren, daß, wenn Sie diese Fragen hier der Staatsregierung gegenüber in dem Sinne vertreten, — daß sie dabei die Mehrheit ihrer eigenen Glaubensgenossen auf ihrer Seite hätten. Das bestreite ich und gewärtige ich den Beweis.

Nach Kanossa gehen wir nicht.

Rede gehalten am 14. Mai 1872.

Ich begreife, daß bei dieser Budget-Position der Gedanke entstehen kann, daß die Kosten für diese Gesandtschaft nicht mehr erforderlich seien, weil es sich nicht mehr um einen Schutz deutscher Unterthanen in den betreffenden Landesteilen handelt. Ich freue mich aber doch, daß ein Antrag auf Absetzung dieser Position nicht gestellt ist, denn er würde der Regierung unwillkommen gewesen sein. Die Aufgaben einer Gesandtschaft bestehen ja einerseits im Schutze ihrer Landsleute, andererseits aber doch auch in der Vermittlung der politischen Beziehungen, in welchen die Reichsregierung zu dem Hofe, bei dem ein Gesandter akkreditiert ist, steht. Nun giebt es keinen auswärtigen Souverän, der nach der bisherigen Lage unserer Gesetzgebung berufen wäre, so ausgedehnte, der Souveränetät nahe kommende und durch keine konstitutionelle Verantwortlichkeit gedeckte Rechte innerhalb des Deutschen Reiches vermöge unserer Gesetzgebung zu üben. Es ist daher für das Deutsche Reich von wesentlichem Interesse, wie dasselbe sich zu dem Oberhaupte der römischen Kirche, welches diese, für einen auswärtigen Souverän so ungewöhnlich umfangreichen Einflüsse bei uns ausübt, wie es sich auf diplomatischem Wege dazu stellt.

Ich glaube kaum, daß es einem Gesandten des Deutschen Reiches nach den jetzt in der katholischen Kirche maßgebenden

Stimmungen gelingen würde, durch die geſchickteſte Diplomatie, durch Überredung — von komminatoriſchen Haltungen, wie ſie zwiſchen zwei weltlichen Mächten vorkommen können, kann ja hier nicht die Rede ſein, — aber ich will ſagen, durch Überredung einen Einfluß auszuüben, der eine Modifikation der von Seiner Heiligkeit dem Papſte zu den weltlichen Dingen prinzipiell genommenen Stellung herbeizuführen im ſtande ſein würde. Ich halte es nach den neuerdings ausgeſprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen der katholiſchen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen ohne daß dieſe weltliche Macht bis zu einem Grade und und in einer Weiſe effaziert würde, die das Deutſche Reich wenigſtens nicht annehmen kann.

Seien Sie außer Sorge, nach Kanoſſa gehen wir nicht, weder körperlich, noch geiſtig.

Aber nichts deſtoweniger kann ſich niemand verhehlen, daß die Lage des Deutſchen Reiches, — ich habe hier nicht die Aufgabe, die Motive und die Schuld der einen oder der anderen Seite zu unterſuchen, ſondern nur die Aufgabe, eine Budgetpoſition zu verteidigen, — daß die Stimmung innerhalb des Deutſchen Reiches auf dem Gebiete des konfeſſionellen Friedens eine getrübte iſt. Die Regierungen des Deutſchen Reiches ſuchen emſig, ſuchen mit der ganzen Sorgfalt, die ſie ihren katholiſchen wie ihren evangeliſchen Unterthanen ſchulden, nach den Mitteln, um in einer möglichſt friedlichen, in einer die konfeſſionellen Verhältniſſe des Reiches möglichſt wenig erſchütternden Weiſe aus dieſem jetzigen Zuſtand in einen annehmlicheren zu gelangen.

Es wird dies ja ſchwerlich anders geſchehen können, als auf dem Wege der Geſetzgebung, und zwar auf dem Wege einer allgemeinen Reichsgeſetzgebung, zu welcher die Regierungen genötigt werden, die Beihilfe des Reichstages in Anſpruch zu nehmen. Daß aber dieſe Geſetzgebung in einem für die Gewiſſensfreiheit durchaus ſchonenden Wege, in der zurückhaltendſten, zarteſten Weiſe vorgehen, daß dabei die Regierung bemüht ſein muß, ſorgfältig alle die unnötigen Erſchwerungen ihrer Aufgaben zu verhüten, die aus unrichtigen Berichterſtattungen, aus dem Mangel an richtigen Formen hervorgehen können, das werden Sie mir zugeben; daß die Regierungen bemüht ſein müſſen, die Richtigſtellung unſeres inneren Friedens auf die für die konfeſſionellen Empfindungen, auch ſolche, die wir nicht teilen, ſchonendſte Weiſe herbeizuführen, werden Sie mir zugeben. Dazu

gehört vor allen Dingen, daß auf der einen Seite die römische Kurie jederzeit nach Möglichkeit gut unterrichtet sei über die Intentionen der deutschen Regierungen, und besser unterrichtet sei, als man es bisher gewesen ist. Ich halte für eine der hervorragendsten Ursachen der gegenwärtigen Trübungen auf konfessionellem Gebiete die unrichtige, entweder durch eigene Aufregung oder durch schlimmere Motive getrübte Darstellung über die Lage der Dinge in Deutschland und die Intentionen der deutschen Regierungen, die an Seine Heiligkeit den Papst gelangt sind.

Ich hatte gehofft, daß durch die Wahl eines Botschafters, der von beiden Seiten volles Vertrauen hätte, einmal in bezug auf seine Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit, dann in bezug auf die Versöhnlichkeit seiner Gesinnungen und Haltung, daß die Wahl eines solchen Botschafters, wie sie Se. Majestät der Kaiser in der Person eines bekannten Kirchenfürsten getroffen hatte, in Rom willkommen sein werde, daß sie als ein Pfand unserer friedlichen entgegenkommenden Gesinnungen aufgefaßt, daß sie als eine Brücke der Verständigung benutzt werden würde; ich hatte gehofft, daß man darin die Versicherung erkennen würde, daß wir etwas anderes, als das, was ein Sr. Heiligkeit dem Papste auch durch die intimsten Beziehungen verbundener Kirchenfürst sagen, vortragen und ausdrücken könnte, wie wir von Sr. Heiligkeit dem Papste verlangen würden, daß die Formen immer diejenigen bleiben würden, in welchen ein Kirchenfürst dem andern gegenüber sich bewegt, und daß alle unnötigen Reibungen in einer Sache, die an sich schwierig genug ist, verhütet würden. Man hat an diese Ernennung manche Befürchtungen auf evangelischer und liberaler Seite geknüpft, die meines Erachtens in einer unrichtigen Würdigung der Stellung eines Gesandten oder Botschafters überhaupt bestehen. Ein Gesandter ist wesentlich doch nur das Gefäß, welches durch die Instruktionen seines Souveräns gefüllt, erst seinen vollen Wert bekommt, daß aber das Gefäß ein angenehmes, willkommenes sei, ein solches, welches nach seiner Beschaffenheit, wie man von alten Krystallen sagte, Gift oder Galle in sich nicht aufnehmen kann, ohne es sofort anzuzeigen, das ist allerdings wünschenswert, in so delikaten Beziehungen, wie diese sind. Das hatten wir gehofft zu erreichen.

Leider sind aus Gründen, die uns noch nicht dargelegt sind, diese Intentionen der Kaiserlichen Regierung durch eine kurze

Ablehnung von seiten der päpstlichen Kurie verhindert worden, zur Ausführung zu gelangen. Ich kann wohl sagen, daß ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. Es ist üblich, daß, wenn ein Souverän seine Wahl zu einem Gesandten, zu einem Botschafter getroffen hat, er dann aus Courtoisie an den Souverän, bei dem der Gesandte akkreditiert werden soll, die Frage richtet, ob dieser ihm persona grata sei; es ist indes ganz außerordentlich selten der Fall, daß diese Frage verneint wird, da es doch immer ein Rückgängigmachen einer einmal geschehenen Ernennung bedingt; denn was der Kaiser zu einer solchen Ernennung thun kann, thut er vorher, ehe er anfragt. Also er hat ernannt, wenn er anfragt, die verneinende Antwort ist also eine Forderung, das Geschehene zurückzunehmen, eine Erklärung: du hast unrichtig gewählt. Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit einundzwanzig Jahren in den Geschäften der höheren Diplomatie, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der erste und einzige Fall, den ich erlebt, daß eine solche Frage verneinend beantwortet wird. Ich habe öfter schon erlebt, daß Bedenken ausgesprochen sind gegen Gesandte, die bereits längere Zeit fungiert haben, daß ein Hof in vertraulicher Weise den Wunsch ausgesprochen hat, daß ein Wechsel in der Person erfolgen möge; dann aber hatte dieser Hof eine mehrjährige Erfahrung im diplomatischen Verkehr mit dieser Person hinter sich, hatte die Überzeugung, daß diese Persönlichkeit zur Sicherung der von dem Hofe gewünschten guten Beziehungen nicht geeignet sei, und äußerte dann in der vertraulichsten Form, gewöhnlich in eigenhändigen Schreiben von Souverän zu Souverän mit Erläuterungen, warum dies geschehen — und dennoch in einer sehr vorsichtigen Weise; es wird selten oder nie bestimmt gefordert. Es sind ja in der neuesten Zeit einzelne, wenigstens ein recht flagrantes Beispiel vorgekommen, daß die Abberufung eines Gesandten gefordert wird, aber, wie gesagt, die Versagung eines neu zu ernennenden ist mir nicht erinnerlich, daß ich sie schon erlebt habe.

Mein Bedauern über diese Ablehnung ist ein außerordentlich lebhaftes; ich bin aber nicht berechtigt, dieses Bedauern in die Farbe einer Empfindlichkeit zu übersetzen, denn die Regierung schuldet unseren katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der

ſchonendſten und konfeſſionell am wenigſten verſtimmenden Weiſe gefunden werden könne. Ich werde deshalb mich durch das Geſchehene nicht entmutigen laſſen, ſondern fortfahren, bei Sr. Majeſtät dem Kaiſer dahin zu wirken, daß ein Vertreter des Reiches für Rom gefunden wird, welcher ſich des Vertrauens beider Mächte, wenn nicht in gleichem Maße, doch in einem hinlänglichen Maße für ſein Geſchäft erfreut. Daß dieſe Aufgabe durch das Geſchehene weſentlich erſchwert iſt, kann ich allerdings nicht verhehlen.

Nachdem der Abgeordnete Windthorſt (Meppen) die Ablehnung der Wahl des Kardinals Prinzen Hohenlohe dadurch zu erklären verſucht hatte, daß der Kardinal die ihm übertragene Stellung nicht hätte annehmen dürfen, ohne vorher ſeinen „Dienſtherrn", den Papſt in Rom perſönlich zu befragen, — und hinzufügte: „Was würden Sie ſagen, wenn der Papſt den General-Adjutanten des Kaiſers zu ſeinem Botſchafter in Berlin ernennen wollte."

Der Herr Redner hat ſeine Verwunderung darüber ausgeſprochen, daß der Kardinal nicht nach Rom gegangen ſei, um ſich die Antwort zu holen. In der Sache waren indes zwei Antworten zu geben: die eine an Se. Majeſtät den Kaiſer, der durch ſeine amtlichen Organe bei der römiſchen Kurie anfragte: „Iſt Euch das recht?" — Die zweite an den Kardinal. Wenn ich richtig berichtet bin, ſo iſt die Antwort an den Herrn Kardinal, das Verbot der Annahme enthaltend, ſchon ſehr viel früher als die Antwort an Se. Majeſtät den Kaiſer erfolgt. Nachdem ich hiervon überzeugt war, ſchien es mir doch nötig, daß Se. Majeſtät der Kaiſer an Seiner Seite auch eine Antwort erhalten, und infolge deſſen habe ich ſpäterhin — ich weiß nicht, ob fünf oder acht Tage nach der erſten Anfrage — den Wunſch ausdrücken laſſen, daß wir auch eine Antwort erhalten möchten. Die haben wir bekommen.

Auf das Wort „Dienſtherr" möchte ich doch mit einem Worte zurückkommen. Der Herr Vorredner iſt in der Geſchichte gewiß bewandert, — ſoweit ſie die kirchlichen Verhältniſſe berührt, und da erlaube ich mir die Frage, wer der Dienſtherr des Kardinals Richelieu, des Kardinals Mazarin war. Beide Herren haben im Dienſte ihres Souveräns, des Königs von Frankreich, recht weſentliche Streitfragen, obwohl ſie Kardinäle waren, mit dem römiſchen Stuhle zu erledigen und zu verfechten gehabt. Alſo ſo ganz durchſchlagend iſt der Vergleich mit einem

General-Adjutanten und dem Kardinal doch nicht, obſchon ich, wenn es Sr. Heiligkeit gefiele, hier einen General-Adjutanten Sr. Majeſtät zum Nuntius zu ernennen, Sr. Majeſtät unbedingt zureden würde, ihn anzunehmen.

Der Herr Vorredner hat es bemängelt, daß dieſe ganzen Verhandlungen früher in die Öffentlichkeit gelangt wären, als mit der von mir beanſpruchten dienſtlichen Verſchwiegenheit im auswärtigen Dienſt verträglich wäre. Ich kann aktenmäßig nachweiſen, daß unſererſeits keine Veröffentlichung früher ſtattgefunden hat, als bis ich von Rom das Telegramm von unſerer dortigen Geſandtſchaft amtlich erhielt. Die päpſtliche Kurie macht aus der Ablehnung kein Geheimnis und hat dem und dem fremden Geſandten unumwunden Mitteilung davon gemacht. Von dem Augenblick an war es überflüſſig, das Geheimnis zu bewahren. Der Herr Vorredner fragt: wie iſt es zugegangen, daß das ſofort bekannt geworden iſt. Ja, dieſelbe Frage gebe ich ihm zurück und bin überzeugt, er weiß mehr davon als ich.

Der Herr Vorredner hat die Hoffnung ausgeſprochen, daß man durch Vertrag zu einer Regelung der bei uns ſtreitigen Angelegenheiten gelangen werde, und hat auch, wenn ich ihn richtig verſtanden habe, Andeutungen über das Beſtehen von Verträgen gemacht, die ich nicht ganz begründet finden kann. Es iſt ſchon oft ein Streit geweſen, ob man beſtimmten Einrichtungen einen vertragsmäßigen Charakter, oder nicht, beilegen kann.

Das kann ich dem Herrn Vorredner verſichern, daß wir gegenüber den Anſprüchen, welche einzelne Unterthanen Sr. Majeſtät des Königs von Preußen geiſtlichen Standes ſtellen, daß es Landesgeſetze geben könne, die für ſie nicht verbindlich ſeien, daß wir ſolchen Anſprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränetät mit allen uns zu Gebote ſtehenden Mitteln aufrecht erhalten werden und in dieſer Richtung auch der vollen Unterſtützung der großen Majorität beider Konfeſſionen ſicher ſind. Die Souveränetät kann nur eine einheitliche ſein und muß es bleiben: die Souveränetät der Geſetzgebung! und wer die Geſetze ſeines Landes als für ihn nicht verbindlich darſtellt, ſtellt ſich außerhalb der Geſetze und ſagt ſich los von dem Geſetz.

Ich habe dem Herrn Vorredner als Miniſter in dieſer Beziehung weiter nichts zu ſagen; als evangeliſcher Chriſt aber habe ich ihm noch zu ſagen: wenn er glaubt, daß die Trennung

der evangeliſchen Kirche vom Staate für die evangeliſche Kirche tötlich ſei, ſo muß ich ihm, was ich ſeiner ganzen Haltung nach vorausſehen konnte, entgegnen, daß ihm zu meinem Bedauern der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen iſt.

Über das Reſſort des preußiſchen Staats-Miniſteriums.

Rede gehalten am 25. Januar 1873.

Der Herr Vorredner hat meiner Überzeugung nach vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß jedes Mitglied des Staats-Miniſteriums nach zwei Seiten aufzufaſſen iſt: einmal nach der Verwaltung ſeines Reſſorts, das zweitemal nach ſeiner politiſchen Anſchauung als Mitglied des Staats-Miniſteriums, nach ſeiner Mitverantwortlichkeit für die Geſamthandlungen des Staats-Miniſteriums, und ich kann dieſer Auffaſſung eine Illuſtration durch Erwähnung der Diskuſſionen geben, die im Schooße des Miniſteriums über die Frage ſtattgefunden haben, ob das landwirtſchaftliche Miniſterium als ſolches überhaupt beizubehalten ſein werde oder nicht. Es hat ſich dabei die Majorität des Staats-Miniſteriums — und ich glaube, das geſamte Staats-Miniſterium — dahin ausgeſprochen, daß, wenn auch diejenigen Geſchäfte, die bisher mit dem landwirtſchaftlichen Miniſterium verbunden ſind, einen politiſch thätigen Mann nicht überall ausreichend beſchäftigen, es doch für das Geſamtminiſterium von großer Wichtigkeit ſei, daß Se. Majeſtät eine Miniſterſtelle vergeben könne, die unter Umſtänden, auch wenn ſie gar kein Reſſort hat, wenn ein Miniſter ohne Portefeuille wäre, durch ihre politiſche Stellung, durch ihre Mitwirkung in den politiſchen Fragen, das Miniſterium in ſeinen Arbeiten unterſtützen könne.

Es iſt ſogar bei uns der eigentümliche Fall, daß der Präſident des Staats-Miniſteriums, obſchon ihm ein größeres Gewicht der moraliſchen Verantwortlichkeit, wie jedem anderen Mitgliede ohne Zweifel zufällt, doch keinen größeren Einfluß als irgend einer ſeiner Kollegen auf die Geſamtleitung der Geſchäfte hat, wenn er ihn nicht perſönlich ſich erkämpft und gewinnt. Unſer Staatsrecht verleiht ihm keinen. Wenn er dieſen Einfluß gewinnen will, ſo iſt er genötigt, ihn durch Bitten, durch Über-

reden, durch Korreſpondenzen, durch Beſchwerden beim Geſamt-Kollegium, — kurz und gut, durch Kämpfe zu gewinnen, welche die Leiſtungsfähigkeit des einzelnen in ſehr hohem Maße in Anſpruch nehmen.

Was die Motive des Wechſels im Staats-Miniſterium betrifft, ſo erlaube ich mir vor allen Dingen feſtzuſtellen, daß ſolche Motive im ganzen immer einfacher liegen, als das Gerücht und die Preſſe gern annimmt. Wenn man ſie einfach nimmt, wie ſie liegen, ſo fällt die Möglichkeit, darüber eben zu ſchreiben und Vermutungen aufzuſtellen. Es iſt bekannt, daß der Geſchäftsumfang, der mir oblag, ein ſo vielſeitiger und ausgedehnter war, wie es kaum je in einem ähnlichen Verhältniſſe, in einem Staat von ähnlicher Größe, in einem Reiche von ähnlicher Bedeutung als das deutſche, der Fall geweſen iſt. Im Anfang hielt ich es faſt für unmöglich, einen Teil derſelben abzutrennen, ohne das Ganze zu gefährden. Es kam dazu, daß meine Arbeitskraft eine ſtärkere war, als ſie ſchließlich geblieben iſt. Es kam dazu, daß ich gerade in dem auswärtigen Amte, welches ich vorzugsweiſe als meine ſpezielle Aufgabe betrachte, eine Hilfe hatte, deren ich gern bei dieſer Gelegenheit gedenke — es war der verſtorbene Geheimrat Abeken, der ſeitdem verſchieden iſt. Ich habe mich nach und nach überzeugen müſſen, daß es ganz unmöglich iſt, dieſen bedeutenden Umfang der Geſchäfte, der mir oblag, auch nur in der Weiſe zu überſehen, daß ich jederzeit mich darüber entſchließen kann, ob ich die Verantwortung für das einzelne tragen will oder nicht.

Gewöhnlich, und in allen größeren Staaten wenigſtens nimmt die Aufgabe eines auswärtigen Miniſters die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anſpruch, und es dürfte in keinem großen Staate den Fall geben, daß man von den Trägern der auswärtigen Geſchäfte auch nur eine anhaltende und eingreifende Mitwirkung in den inneren Angelegenheiten erwartet. Die auswärtigen Geſchäfte des Deutſchen Reiches ſind, Dank ſei es unſern guten Beziehungen zu allen Regierungen, im Augenblick friedliche, aber dieſen Frieden nach allen Seiten hin zu wahren und zu pflegen, iſt eine Aufgabe, die die Arbeit eines Mannes erfordert.

Wenn ich daneben in der Stellung eines Kanzlers des Deutſchen Reiches erhebliche Aufgaben der inneren Verwaltung habe, außerdem die Verwaltung, die Verantwortung wenigſtens

für die Verwaltung eines Reichslandes, welches manchem Königreich an Bedeutung gleichkommt, so ist ja auch dieser Geschäftsumfang zu bestreiten eigentlich nur möglich durch die ausgedehnte, sichere und zuverlässige Unterstützung, die ich nach so vielen Seiten hin in diesen Dingen finde. In der ganzen Reichsverfassung ist es nun aber sehr viel leichter, wenn ich zu einem Punkte komme, wo es mir zweifelhaft wird, ob ich für die Thätigkeit des hoch und ministermäßig gestellten Beamten, für den ich die Verantwortung mit zu tragen habe, diese Verantwortung ferner übernehmen will, so kann ich im Reiche Rechenschaft und Aufklärung über die Sache fordern, ich kann Bericht erfordern und kann wenigstens mein Veto sofort einlegen; kurz, ich bin berechtigt, im äußersten Falle zu verfügen, was man so unabhängigen Charakteren gegenüber oder dem Maße von Unabhängigkeit des Charakters gegenüber, welches mit großer Tüchtigkeit verbunden zu sein pflegt, sehr schwer und selten thut. Ich halte mich im ganzen immer nur verantwortlich für die im großen Durchschnitt richtige Wahl der Personen, nicht für jede einzelne Handlung der Personen. Außerdem, wenn ich diese Verantwortung gefährdet fühle, bin ich in der Lage, bestimmt zu sagen: Dies will ich nicht, und bestimmte Forderungen zu stellen, was einstweilen zu geschehen hat.

Ganz anders und viel mühevoller ist die Aufgabe eines preußischen Minister-Präsidenten, der einen hohen Ehrenposten, eine große Verantwortung hat und sehr wenig Mittel, dieser Stellung seinen Kollegen gegenüber irgend welchen Nachdruck zu geben, und wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb einer bestimmten Verwaltung ein passiver Widerstand entwickelt, den die einzelnen Beamten dieses Ministeriums unterstützen, so habe ich darüber die Erfahrung, daß man gewissermaßen im Sande ermüdet und seine Ohnmacht erkennt.

Wenn ich mir also die Wahl stellen mußte, meinen Geschäftskreis zu verkleinern, so konnte ich darüber nach einer zehnjährigen Erfahrung nicht zweifelhaft sein, daß die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten diejenige war, die meine Arbeitskraft — sagen wir Nerven zum arbeiten, denn zum arbeiten gehören Nerven — am meisten in Anspruch nahm. Es ist ja im ganzen nicht die Arbeit, die den Menschen körperlich in der Friktion, in der wir in parlamentarischen Staaten leben, aufreibt, sondern es ist das ununterbrochene Gefühl der Verant-

wortlichkeit für große Dinge und für Interessen, die einem am Herzen liegen wie die eigenen, aber die doch zugleich die Interessen von 25 oder 40 Millionen sind, — wen dies Gefühl der fortwährenden, angespannten Verantwortlichkeit nicht angreift, der hat eben kein Pflichtgefühl und kein Herz für sein Land. Wer dies hat, den wird es bis zu einem gewissen Maße packen und verbrauchen.

Wenn ich also die Wahl getroffen habe beim Einsehen der Notwendigkeit, daß ich das preußische Minister-Präsidium los sein wollte, so war es in dem Gefühl, daß in diesem Ressort die Mittel, einen Einfluß zu üben, im allergrößten Mißverhältnis mit der moralischen Verantwortlichkeit, welche die öffentliche Meinung an die Stellung eines Minister-Präsidenten knüpft, stehen, daß mir die größte Erleichterung zuteil wurde; — denn ich glaube, weit über die Hälfte meiner Geschäfte kommen aus diesem Ressort — und zugleich die geringste Einbuße an Einfluß.

Daß ich auf diesen Einfluß ganz verzichten wollte und verzichten könnte, so lange ich die Ehre habe, Sr. Majestät des Kaisers Reichskanzler zu sein, daran ist ja gar nicht zu denken. Ich will gleich entwickeln, warum dazu eine Zusammengehörigkeit zum preußischen Ministerium eigentlich gar kein absolut notwendiges Erfordernis sein würde. Meine äußere Stellung zum preußischen Ministerium könnte noch mehr gelockert werden, als sie ist, die Geschäfte bleiben doch unzertrennlich. Der Reichskanzler, wenn er die Hauptbedingung seiner Aufgabe überhaupt erfüllen soll, muß derjenige Beamte sein, auf den Se. Majestät der Kaiser das höchste Vertrauen zu diesem Zwecke setzt. Hat er das Vertrauen des Kaisers, so ist doch unmöglich anzunehmen, daß Se. Majestät der König von Preußen in dieser Eigenschaft in seinem preußischen Ministerium eine Politik gestatten werde, die dem als Reichskanzler mit dem Kaiserlichen Vertrauen beehrten Beamten die Wirksamkeit im Reich unmöglich machte. Es kann der König von Preußen und sein Ministerium ganz unmöglich gegen die Politik des Reichskanzlers eine Stellung nehmen, es es ist vielmehr eine gegebene Notwendigkeit, daß sie unterstützt wird. Man könnte ja eher noch das Erfordernis aufstellen, daß der Reichskanzler Mitglied des Ministeriums eines anderen bedeutenden Bundesstaates sei, denn in Preußen ist der Personalzusammenhang der Königlich preußischen

und der Kaiſerlichen Krone doch ohnehin gegeben und unzertrennbar.

Aber auch der Zuſammenhang zwiſchen dem Reichskanzler und dem preußiſchen Miniſter würde dadurch ja in keiner Weiſe geſtört werden, daß der erſtere vollſtändig aufhört, Mitglied des preußiſchen Miniſteriums zu ſein. Wie iſt denn der Geſchäftsbetrieb im Bundesrate? Die Faktoren, welche den Haupteinfluß auf die Vorbereitung der Vorlage für den Reichstag haben, ſind die Ausſchüſſe des Bundesrates. In jedem dieſer Ausſchüſſe hat, wenn Se. Majeſtät der Kaiſer es nicht ausdrücklich anders befiehlt, ein preußiſcher Miniſter, der betreffende Miniſter des preußiſchen Reſſorts den Vorſitz, oder dieſer Vorſitz wird ausgeübt durch einen der höchſten Vertrauensbeamten des Miniſteriums. In der Sitzung des Bundesrats findet ſich wieder das preußiſche Miniſterium in ſeiner Majorität zuſammen und arbeitet dort in ſeinen Ausſchüſſen unter Vorſitz des Reichskanzlers mit den übrigen Miniſtern.

Die Bänder, die beide Organiſationen an einander befeſtigen, ſind alſo viel ſtärker, als man äußerlich anzunehmen pflegt. Wenn der Reichskanzler alſo, um ernannt zu werden und um in ſeinem Amte zu bleiben, notwendig das Vertrauen Sr. Majeſtät des Kaiſers haben muß, infolge deſſen Sr. Majeſtät dem Könige von Preußen und ſeinem Miniſterium keine persona ingrata ſein wird, ſo hat der Reichskanzler nach der Verfaſſung außerdem Mittel des Einfluſſes und der Macht, die die Frage, ob der Zuſammenhang notwendig iſt und durch welche Mittel er geſucht und befördert werden kann, dem preußiſchen Miniſterium ebenſo nahe, ja faſt noch näher legen, wie dem Reichskanzler.

Wenn der Reichskanzler ſich des Vertrauens der Mehrheit der Regierungen, die im Bundesrat vertreten ſind, verſichert, wenn er dabei das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu gewinnen weiß — und das wird für ihn ein ebenſo notwendiges Bedürfnis ſein, da er nach der Verfaſſung derjenige Beamte iſt, der den Vorſitz im Bundesrat führt und als der Vertreter der Bundesregierungen vorzugsweiſe vor dem Reichstage die Dinge zu vertreten hat — wenn er dieſe Eigenſchaften in ſich vereinigt, ſo iſt dadurch eine Lage gegeben, bei der Sie viel eher ſich im preußiſchen Miniſterium erkundigen können: Verliert Ihr auch nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler? als daß Sie Veranlaſſung haben, den Reichskanzler zu fragen:

Verlierſt Du auch nicht die Unterſtützung des preußiſchen Miniſteriums? .... Ich kann deshalb nach dieſer ganzen Lage der Dinge verſichern, daß mein Bleiben in dem jetzigen preußiſchen Kabinett, in der Eigenſchaft als Mitglied, wenn auch nicht als Vorſitzender, doch beweiſt, daß mein Entſchluß ſich nicht geändert hat, dieſes preußiſche Miniſterium gerade in derſelben Weiſe mit meinen Kräften zu unterſtützen, als ob ich ſein Vorſitzender wäre. — Darüber kann ich die ganz beſtimmte Verſicherung geben, daß das mein Wille und meine Abſicht iſt, nur mit etwas weniger Arbeit als früher, und ich muß leider ſagen, mit etwas weniger unfruchtbarer Arbeit als früher. Mein Gewicht im Miniſterium wird dadurch, daß ich von den formellen Arbeiten und von der formellen Verantwortlichkeit erlöſt bin, immer, nach wie vor, darauf begründet ſein, ob es mir dauernd gelingt, das Vertrauen der Mehrheit meiner Herren Kollegen mir zu bewahren, und Sie können ganz gewiß darauf rechnen — und darin ſteht mein Entſchluß ganz feſt — daß, wenn dieſer Wechſel in den Perſonalverhältniſſen des Miniſteriums einen Wechſel in der Richtung und in einer meiner früheren Politik feindlichen Richtung bedeutet hätte, keine Macht der Welt mich hätte bewegen können, meine Antezedentien von zehn Jahren zu verleugnen und, nur etwa um auswärtiger Miniſter zu bleiben, dieſem ſelben Kabinet anzugehören, und ſo lange ich dieſem angehöre, können Sie mit Sicherheit darauf rechnen, iſt das der Beweis, daß dieſer Weg, dieſe Richtung in der Hauptſache nicht verlaſſen wird.

Über das parlamentariſche Regime.

Rede gehalten am 25. Januar 1873.

Der Herr Vorredner hat vor ſeinem in die Zukunft blickenden Auge ſich das Geſpenſt eines den preußiſchen Staat vergewaltigenden, aber nicht preußiſchen Reichskanzlers aus anderen Staaten deutſcher Nation gedacht. Ich glaube, dies iſt eben ein Geſpenſt. Die Frage, wie die Machtſtellung zwiſchen dem Reiche und den einzelnen Staaten ſein ſoll, iſt eine, die durch

die Reichsverfassung festgestellt ist und durch die weitere gesetzgebende Thätigkeit des Reiches, die Kompetenz-Erweiterungen, zu denen das Reich ermächtigt ist, mit der Zeit ihre Erledigung finden wird und kann, und sollte dabei die Befürchtung eintreten, daß die Reichsregierung so mächtig wird, daß ein so starker Staat wie Preußen, fünf Achtel des ganzes Reiches, anfängt sich vor dem überwiegenden Einfluß des Reiches zu fürchten? Landsleute sind wir Deutsche doch alle, und ich bekämpfe in diesen Dingen das Betonen der Scheidung zwischen deutsch und preußisch; der Reichskanzler, möge er nun ein Preuße oder ein Baier sein, uns steht er nicht als Preuße oder Baier, uns steht er nur als Deutscher gegenüber, und das Deutsche in dem Kanzler mehr und mehr zu betonen, dazu erachte ich eine gewisse Loslösung, eine Herausschälung des Kanzlers aus der ganzen Vegetation nötig, die sich im preußischen amtlichen Leben notwendig bei ihm angesetzt haben muß.

Ich glaube, daß dieser Gedanke noch weiter verfolgt werden muß, wenn wir zu einer richtigen Reichseinheit kommen wollen. Die Einheit der Interessen Preußens und des Reiches und der Schutz für die preußische Verfassung liegt in der Einheit Sr. Majestät des Kaisers und des Königs; daß beide Organismen bisher auch einen gemeinsamen Minister-Präsidenten gefunden haben, das war der Anfang, kann aber für die Dauer nicht festgehalten werden.

Ein Reichskanzler und ein Minister-Präsident, dem die Sachen durch die Neuheit der Zustände und durch das Entgegenkommen mehrerer Parteien, wenn nicht aller, so sehr erleichtert werden, wie mir, der so sehr den Vorteil hat des frischen Eindrucks der Ereignisse in einer allen willkommenen Neubildung, wird sich auch so leicht nicht wieder finden, es wird vielleicht später fähigere, besser geschulte, arbeitsfähigere Leute geben als ich, aber sie werden nicht getragen sein von der Neuheit der Ereignisse, und man wird ihnen mehr Schwierigkeiten machen und es wird ihnen noch schwerer gemacht werden, einen solchen Umfang der Geschäfte zu bewältigen, wie er mir bisher obgelegen hat, wenn er mit dem vollen und ehrlichen Gefühl der Verantwortlichkeit die Geschäfte eingehen will, wie ich es gethan habe.

Der Herr Vorredner hat mich in einer Beziehung nicht verstanden: ich habe von Dissonanzen, von solchen, wie man sie unter dem Wort gewöhnlich versteht, nicht gesprochen, sondern

nur von dem Übermaß der Geſchäfte, die auf mir laſten; Diſſonanzen, die mich zum Ausſcheiden veranlaßten, haben gar nicht ſtattgefunden. Ich habe mich innerhalb des Miniſteriums bei den letzten durch Abſtimmung zur Entſcheidung gebrachten Fragen jederzeit, wie ich glaube, auf ſeiten der Majorität befunden, und es iſt auch nicht der Grund, daß ich irgendwie überſtimmt worden wäre, daß Beſchlüſſe, die mir zuwider wären, gefaßt wären, wenn auch vielleicht ich nicht alles durchſetzen konnte, was ich wünſchte — ich bin darin vielleicht auch zu ſanguiniſch und zu raſch — wenigſtens nicht mit dem Aufwande von Mitteln, die mir bei meiner ſonſtigen Thätigkeit als Überſchuß verbleiben.

Ob es nützlich iſt, dem preußiſchen Staate eine andere Verfaſſung, auch in dieſer Beziehung mehr der engliſchen ähnlich, zu geben? — ich glaube, wir ſind einem ſolchen Zuſtande näher gekommen, wenn ich auch nicht glaube, daß wir ganz zu demſelben gelangen werden, dazu ſind die Nationen in ihrer ganzen Zuſammenſetzung zu verſchieden. Der richtige Ausdruck der jetzigen Sachlage wäre eigentlich der, daß man den Titel des Miniſter-Präſidenten, der nichts weiter bedeutet, ganz fallen ließe und lediglich nach dem Prinzipe ginge, daß von gleichberechtigten 8 Miniſtern jederzeit der älteſte den Vorſitz führt. Soll aber der Titel des Miniſter-Präſidenten irgend etwas ſich der Idee, die man ſich von ſeinem Anſehen und ſeinem Einfluſſe macht, Näherndes gewinnen, dann erfordert es nach der heutigen Lage einen ſolchen Aufwand von faux frais an Arbeiten und Beeinfluſſen und Überreden der übrigen Reſſorts, daß derjenige, der Miniſter-Präſident iſt, gar nichts anderes nebenher thun kann, und immer nach dem Ende eines jeden Tages ſich ſagen muß, daß er hinter den Aufgaben, die er ſich geſtellt hat, zurückgeblieben iſt. So gering ſind die Mittel: man muß entweder die kollegiale Verantwortlichkeit rein feſthalten und ſich nicht daran kehren, wer Miniſter-Präſident iſt, und dieſem nicht das Geringſte an größerer Verantwortlichkeit, keine höhere Verantwortlichkeit zuſchreiben, als jedem andern Staats-Miniſter, oder man muß dieſen, wenn man ihn ſtärker als die andern zur Verantwortung ziehen will, alſo neben dem jedesmaligen Reſſort-Miniſter in erſter Linie, mit andern Mitteln ausſtatten, womit ich immer nicht behaupten will, daß einer auf die Dauer gleichzeitig die Stellungen als Reichskanzler und als preußiſcher Miniſter-Präſident zu ſeiner eigenen Befriedigung verſehen wird.

Der Herr Vorredner hat bedauert, daß das Miniſterium nicht bei dieſer Gelegenheit eine Modifikation und Vervollſtändigung erfahren hat. Meine Herren! Ich glaube, das wäre ſehr unzweckmäßig geweſen, und ich habe nach Kräften zu verhindern geſucht, daß eine Änderung einträte. Der Herr Vorredner meinte, es wäre eine ganz gewaltig einſchneidende Änderung, dann iſt meine Arbeit der erſten 14 Tage nach meiner Rückkehr verfehlt geweſen. Ich habe mich bemüht, dahin zu wirken, daß womöglich gar keine Änderung ſtattfinde. Der jetzige Miniſter-Präſident iſt mein älteſter Kollege, in ſo fern, als er vor mir in dem Miniſterium bereits war, er iſt ein Freund von meiner früheſten Jugend her, zwiſchen uns iſt volle Offenheit und gegenſeitiges Vertrauen. Ich bin vollſtändig überzeugt, daß er ſeinerſeits das Miniſter-Präſidium nicht weiter führen möchte, wenn er die Weiterführung um den Preis eines politiſchen Bruches mit mir erkaufen ſollte, — das volle Vertrauen habe ich zu ihm, dies habe ich zu wenigen anderen Leuten außerhalb des jetzigen Miniſteriums, meine Herren.

Sollte es ſich etwa um Vervollſtändigung von außerhalb her handeln, — nehmen Sie an, Se. Majeſtät hätte einen neuen Miniſter-Präſidenten von außen her ernannt, ich wüßte nicht, wer das aus denjenigen Kreiſen, mit denen ich überhaupt bisher habe enger zuſammen leben können, ſein ſollte, es müßte notwendig ein mehr oder weniger Fremder ſein, und dann war ich nicht ſicher, wie die Dinge weiter geführt worden wären. Nehmen Sie einmal an, daß in dieſer Periode, in der ich zu den Geſchäften zurückkehrte, einer von den bisherigen Mitgliedern des Miniſteriums ausgeſchieden wäre, — der Miniſter der landwirtſchaftlichen Angelegenheiten hat es aus Geſundheitsrückſichten gethan, — nehmen Sie an, daß jemand aus politiſchen Rückſichten, die man einem andern vielleicht doch immer untergeſchoben haben würde, ausſchiede, ſo würde es immer den Anſchein gehabt haben, als ob dieſes Ausſcheiden eine Zenſur des Verhaltens der Königlichen Regierung und der darin bleibenden übrigen Kollegen enthielte, — lag nicht in ſolchem ſtummen Proteſt entweder ein Zeugnis gegen die zurückbleibenden Kollegen oder ein Symptom für die ganz unberechtigte Vorausſetzung, daß Se. Majeſtät in bezug auf gewiſſe Regierungsmaßregeln anderen Sinnes geworden ſei? Beides könnte man annehmen, je nachdem auf der einen Seite ein Austritt aus dem Kabinett ſtattfand.

Ich habe es daher für meine angelegentlichſte Aufgabe gehalten, den jetzigen Perſonalbeſtand des Kabinetts über dieſe Kriſis hinüberzuführen, ſo daß aus einem Ausſcheiden keine Rückſchlüſſe auf Meinungsverſchiedenheiten, ſei es zwiſchen Sr. Majeſtät und den Räten der Krone, ſei es innerhalb des Miniſteriums, gemacht werden konnten. Gerade angeſichts der wichtigen Aufgaben, die Ihnen, meine Herren, vorliegen, ſchien es mir von der höchſten Wichtigkeit, das bisherige Miniſterium dieſen Aufgaben in möglichſter Geſchloſſenheit entgegenzuführen, und ich glaube, wir werden die Wirkung davon in den Reſultaten bei den Abſtimmungen nicht zu bereuen haben.

Die Vervollſtändigung des Miniſteriums aus der Majorität der Kammer, ja, meine Herren, das iſt ſehr viel leichter geſagt als gethan. Um das zu thun, muß man eine mehr oder weniger feſte Majorität haben. Wo liegt die Majorität, dieſes Arkanum des konſtitutionellen Syſtems? Wir ſind meines Erachtens überhaupt nicht in der Lage, ein Partei-Miniſterium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Miniſterium muß einen vorwiegend gouvernementalen — geſtatten Sie mir nach meiner ganzen Herzensauffaſſung den Ausdruck: Königlichen Charakter tragen. Sowie wir in Partei-Miniſterien hineingeraten, ſo werden die Gegenſätze geſchärft. Der König allein und die Emanation, die von ihm und ſeiner politiſchen Auffaſſung ausgeht, bleibt parteilos, und in dieſer Stellung über den Parteien, auf dieſer Höhe der Krone, muß die Regierung in Preußen gehalten werden. Es kann notwendig ſein, nach dem gouvernementalen Gefühl Sr. Majeſtät und der Regierung, mit einer Partei zu gehen und in anderen Fällen mit einer anderen. In England wird ein ſolcher Wechſel gewöhnlich durch einen Miniſterwechſel charakteriſiert. Sollen reaktionäre Maßregeln getroffen werden, ſo übernimmt die liberale Partei das Ruder, aus der richtigen Vorausſetzung, daß ſie die nötigen Grenzen nicht überſchreiten wird; ſollen liberale Maßregeln getroffen werden, ſo tritt vorzugsweiſe die konſervative Partei ans Ruder aus derſelben Rückſicht. Bei uns ſind meines Erachtens die Parteigegenſätze noch zu ſchroff, und das ſtaatliche Gefühl, das Gefühl, daß jedes Individuum für die Regierung und für gute Regierung des Staats, auch wenn ſie außerhalb und unabhängig von der eigenen Partei erfolgt, verantwortlich bleibt, das iſt bisher nicht in dem Maße, wie in England, ausgebildet, wenn ich auch nicht leugne, daß wir in den letzten zwanzig Jahren

hierin ungeheure Fortſchritte gemacht haben und daß wir auf dem beſten Wege ſind, daß niemand unter uns mehr ſagt: es ſoll nach meiner Meinung geſchehen, ob auch der Staat darüber zu Grunde geht. Jeder fängt an, der Notwendigkeit der Fortexiſtenz der geordneten Regierung des Staates Rechnung zu tragen, wenn er nicht etwa einer Partei angehört, die grundſätzlich dieſen Staat, wie er beſteht, negiert, weil er nach ihrer Meinung überhaupt nicht exiſtieren ſollte. — —

Ich kann nur zum Schluß wiederholen, daß der Herr Vorredner die Wirkungen der Perſonalveränderungen überſchätzt hat, und ich ergreife gern dieſe Gelegenheit, meinerſeits dahin zu wirken, daß dieſer Überſchätzung nicht weiter Raum gegeben wird, daß namentlich die wunderlichen Sachen in den Zeitungen, als wenn ich das Opfer irgend einer Intrigue geweſen und hinaus gedrängt wäre, widerlegt werden. Ich habe Se. Majeſtät den König ſehr lange bitten müſſen, ehe mir dieſe Erleichterung gewährt wurde; ich habe den jetzigen Miniſter-Präſidenten ſehr lange bitten müſſen, daß er ſein Abſchiedsgeſuch zurücknahm, und Se. Majeſtät der König hat durch ein Wort, das auf einen Soldaten nie ſeinen Eindruck verfehlt, dieſe meine Bitte verwirklicht, und ich bin herzlich erfreut, daß er ſich dazu verſtanden hat, dieſe arbeits- und mühevolle und, wie ich fürchte, auf die Dauer wenig dankbare Stellung in ſeinem Alter zu übernehmen, und ich möchte Sie bitten, die Unterſtützung, die Sie dem Miniſterium unter meinem Präſidium gewährt haben, ihm auch unter dem jetzigen Präſidium nicht zu verſagen; denn es iſt in der That kein anderes.

Erklärung bei der Beratung eines Antrags auf Erlaß eines Preßgeſetzes.

Rede gehalten am 9. Mai 1873.

Durch die Erklärung des Reichskommiſſars ſind die Herren benachrichtigt, daß gleichzeitig mit der hier ſchwebenden Verhandlung eine über denſelben Gegenſtand im Bundesrate ſtatt-

findet. Ich gebe zu erwägen, ob es nicht die Verständigung, die zum Zustandekommen eines Preßgesetzes erwünscht ist, erschwert, wenn beide zur Mitwirkung berufenen Körperschaften in der Art parallel verhandeln, daß hier der eine seine Entschließungen festlegt, während der andere noch in dem Stadium der Beratung ist, welches ihm das autoritative Mitreden noch nicht einmal gestattet.

Der Antrag der preußischen Regierung ist erst heute an den Bundesrat gelangt. Ich bedaure, daß das nicht früher der Fall gewesen ist, es sind aber die Verhandlungen im preußischen Staatsministerium, die der Stellung dieses Antrages vorhergehen mußten, eben nicht früher zum Abschluß gelangt. Wenn nun jetzt mit der zweiten Beratung vorangegangen wird, vielleicht auch mit der dritten, während der Bundesrat seinerseits, wie ich hoffe, mit möglichster Beschleunigung die Sache berät, so wird alsdann der Bundesrat hier immer noch nicht in der Lage sein, durch seine Mitglieder und Vertreter eine bestimmte Erklärung, die auf Beschlüssen des Bundesrates beruht, abgeben zu können. Wenn Sie ihm aber so weit Zeit lassen, daß wenigstens der Inhalt der Vorlagen bekannt ist, daß der Reichstag und seine Mitglieder sich in der Beziehung ein Urteil über die Tendenz des preußischen Antrages haben bilden können, wenn Sie dem Reichstag Zeit lassen, sich in seinen Beschlüssen, was ja selbst in kürzerer Zeit wie in 14 Tagen sehr wohl geschehen kann, so weit zu entwickeln, daß er Ihren Beratungen zu folgen und sich an denselben in einer wesentlich anderen Weise als in dem Aussprechen der persönlichen Ansicht eines einzelnen zu beteiligen vermag, — dann, meine ich, werden wir leichter zur Verständigung gelangen, als wenn der Reichstag vorher hier seine Vota festlegt.

Ich glaube daher, daß es im Interesse der Sache liegt, daß der Reichstag auf die Verhandlung der Preßfrage in dieser Session nicht ganz verzichtet, aber doch sich so viel Zeit mit derselben läßt, die an der wahrscheinlichen Dauer der Sitzung noch nachgelassen werden kann, ohne daß die Zeit der definitiven Beschlußnahme, die dabei übrig bleibt, schon vollständig beschränkt wird.

Ich habe den sehr lebhaften Wunsch, daß ein Preßgesetz zu stande kommt und zwar noch in dieser Session. Die Verwirklichung dieses Wunsches hängt einigermaßen davon ab, ob

ich bei der Durchführung dieses Entwurfes den Beistand im Reichstage finde oder nicht.

Der Vorredner hat die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn die Regierungen überhaupt zu einer Ansicht über ein Preßgesetz kommen wollten, so hätte dies schon vor drei bis vier Wochen geschehen können, und wenn es vor drei bis vier Wochen nicht geschehen ist, so werde es auch jetzt nicht geschehen. Ja, meine Herren, ich glaube, Sie beurteilen die Entwicklung der Geschäfte in den ministeriellen Stadien doch idealischer, als sie in der That ist. Die Geschäfte entwickeln sich in derselben Weise, wie im Reichstage aus den Verständigungen verschiedener Fraktionen, aus der Ausgleichung, die durch verschiedene Amendements bewirkt wird, von denen eines dem anderen entgegenkommt, so sind auch unter den Ministern und Regierungen Meinungsverschiedenheiten und Ausgleichungen.

Der erste Eindruck des jetzt Ihnen vorliegenden Preßgesetzes war, glaube ich, bei der Mehrzahl aller Regierungen: Dieses Gesetz geht so weit in seinen Ansprüchen, daß wir darauf in keiner Weise eingehen können und wollen. Diese Ansicht habe ich meinerseits bekämpft.

Der Antrag ist eben ein Vorschlag, und aus Vorschlag und Gegenvorschlag entsteht zuletzt ein Gesetz. Daß dieser Vorschlag so weit außerhalb der gouvernementalen Möglichkeiten, wie sie den Regierungen vorschwebten, gewählt ist, das bedingt nicht, daß er so notwendig durch den Reichstag geht, namentlich wenn eine gemeinsame Arbeit des Reichstages und der Regierungen eintritt.

Diese Arbeit nun, die erforderlich war, um die Verständigung so weit zu bringen, daß schließlich anstatt der Vorlage eines Reichsgesetzes doch ein preußischer Antrag gebracht werden konnte, hat allerdings einige Wochen in Anspruch genommen; sie hat mitunter über ähnliche Verhältnisse schon einige Jahre in Anspruch genommen und ist in Ermanglung stärkeren Druckes erfolglos geblieben. Es hat über Preßvorlagen eine Verständigung bis zur Reife nicht stattgefunden.

Ich ergreife nun sehr gern in solchen Materien, wo mir eine Gesetzgebung erwünscht ist, den Ball, der mir entgegengeworfen wird, von welcher Seite es sein mag, namentlich aber von der so sehr und so gleichmäßig kompetenten des Reichstags. Meine Bitte, die Sache zu vertagen, ist von meinem aufrichtigen, persönlichen Wunsche, zu einer Verständigung zu gelangen,

ausgegangen, indem ich mit Bestimmtheit voraussehe, daß die Beschlüsse des Reichstags und des Bundesrats nicht so übereinstimmen werden, daß sich von Haus aus ein Gesetz daraus machen läßt, wenn Sie jetzt allein vorgehen, ohne daß der Bundesrat zu einer förmlichen Unterhaltung mit Ihnen im stande ist. Ist dies aber nicht der Fall, dann wird ja noch immer eine Rückverhandlung, eine Rückantwort vom Bundesrate notwendig sein und Sie werden dann noch eine sehr viel längere Zeit in Anspruch nehmen müssen, als vorhin die in Aussicht gestellten wenigen Wochen. Die einzige Hoffnung auf ein Zustandebringen des von mir gewünschten Gesetzes in dieser Session beruht nach meiner persönlichen Schätzung darauf, daß Sie den Bundesrat den Vorsprung, den Sie in der Beratung gewonnen haben, erst einholen lassen und daß hier gewissermaßen eine gemeinschaftliche Beratung insoweit stattfinde, daß man vielleicht in vierzehn Tagen die Überzeugung gewinnt, daß eine Einigung zwischen beiden Körperschaften möglich oder nicht möglich ist. Ist sie nicht möglich, dann ist es ja gar nicht notwendig, daß wir uns weiter damit abquälen, das würde ja dann nur die Sorge einer länger andauernden Sitzung verstärken und vermehren.

Inhaltsverzeichnis.

I. Politische Reden.

	Seite
Über die Volksbewegung von 1813. 17./5. 1847	5
Über den monarchischen Rechtsboden in Preußen. 1./6. 1847	6
Über Preußen als christlicher Staat. 15./1. 1847	9
Über die Stellung der Royalisten zur neuen Lage. 2./4. 1848	11
Wahlrede in Rathenow. Februar 1849	11
Gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin. 21./3. 1849	12
Gegen Bewilligung einer Amnestie. 22./3. 1849	14
Zur Ablehnung der deutschen Kaiserkrone. 10./4. 1849	15
Über Preußen und die deutschen Kleinstaaten. 6./9. 1849	20
Über die Krone und das Steuerbewilligungsrecht. 24./9. 1849	25
Über die Handwerkerfrage. 18./10. 1849	32
Über den Innungszwang. 19./10. 1849	36
Über die Zivilehe und das christliche Volksbewußtsein. 15./11. 1849	42
Über Preußen und die Unionsverfassung. 15./4. 1850	46
Über das freie Vereinsrecht. 17./4. 1850	48
Über die deutsche Frage. 3./12. 1850	50
Verabschiedung des Landtages. 13./10. 1862	58
Adreßdebatte im Abgeordnetenhause. 27.—29./1. 1863	59
Über die polnische Frage. 16./2. 1863	66
" " " 26./2. 1863	68
Antwort auf eine Interpellation des Abgeordneten Twesten über einen Krieg mit Dänemark. 17./4. 1863	74
Erklärung in betreff des polnischen Aufstandes. 19./11. 1863	76
Über Schleswig-Holstein. 21./1. 1864	78
Über Politik und Partei. 22./1. 1864	81
Weitere Äußerungen auf eine Rede des Abgeordneten Schultze-Delitzsch. 22./1. 1864	84
Weitere Äußerungen nach einer Rede des Grafen von Schwerin. 22./1. 1864	90
Über den Geist der Verfassung. 24./1. 1865	93

Seite
Über die Schleswig-Holstein'sche Frage und die Marine. 1./6. 1865 96
" " " " " " 2./6. 1865 105
Rede bei der Beratung der Kriegskosten-Vorlage. 13./6. 1865 . . 107
Schlußäußerung zur Schleswig-Holstein'schen Frage 113
Über die Lauenburgische Angelegenheit. 4./2. 1866 115
Weitere Äußerungen im Verlauf der Beratung über Lauenburg. 4./2. 1866 121
Über die schrankenlose Redefreiheit der Mitglieder des Landtags. 10./2. 1866 124
Erklärung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses. 1./9. 1866 . 128
Erklärungen über die Lösung der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheiten. 20./12. 1866 130
Die neuen Aufgaben der Regierung und die konservative Partei. 138
Vorlegung des Verfassungs-Entwurfes. 4./3. 1867 144
Über das Verfahren der Regierung in bezug auf Hannover. 11./3. 1867 146
Über Geist und Wesen der Bundesverfassung. 11./3. 1867 . . . 151
Graf Bismarcks frühere Stellung zur nationalen Politik. 13./3. 1867 164
Über die nationalen Ansprüche der Polen. 18./3. 1867 165
Erklärung über die Stellung Nord-Schleswigs. 18./3. 1867 . . 177
Erklärung über die Bundesverfassung und die Grundrechte. 21./3. 1867 179
Die Bundesregierung und die Verantwortlichkeit. 26./3. 1867 . 181
Über das allgemeine Wahlrecht. 28./3. 1867 188
Über die Redefreiheit der Abgeordneten und die straffreie Veröffentlichung der Verhandlungen. 29./3. 1867 195
Über die Anwesenheit des Bundeskanzlers bei den Reichstagsverhandlungen. 29./3. 1867 198
Über den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten. 10./4. 1867 199
Über die wirtschaftliche Gemeinschaft und die Wehrgemeinschaft. 26./10. 1867 201
Über die parlamentarische Redefreiheit. 27./11. 1867 204
Über die auswärtigen Angelegenheiten Preußens und des Norddeutschen Bundes. 9./12. 1867 206
Über die Kartell-Konvention mit Rußland. 9./12. 1867 210
Über die Stellung der kleineren Staaten im Norddeutschen Bunde. 11./12. 1867 211
Über Bundeslasten und Bundesehre. 11./12. 1867 214
Über die Abfindungs-Verträge mit dem König Georg und dem Herzog von Nassau. 1./2. 1868 216

Seite

Über die Abfindung und die Thronentſagung des Königs Georg. 1./2. 1868 221
Rede über den hannover'ſchen Provinzialfonds. 4./2. 1868 . . . 223
Über die Stellung der konſervativen Partei zur Regierung. 5./2. 1868 227
Majoritätsregierung oder Konflikt. 5./2. 1868 228
Zur Stellung und Kompetenz des Zollparlaments. 11./5. 1868 . 231
Erklärung über das Recht der Krone in bezug auf die höheren Verwaltungsämter. 19./12. 1868 233
Über König Georg und die Welfenlegion. 29./1. 1869 236
Über Preußen und die hannover'ſche Politik im Jahre 1866. 13./2. 1869 242
Über die Agitation des Kurfürſten von Heſſen. 30./1. 1869 . . 248
Über die Agitation in der Preſſe und der Friede. 13./2. 1869 . 252
Über die Redefreiheit der Landtagsmitglieder und die Bundespolitik. 16./3. 1869 256
Über die Bundespolitik und die verbündeten Regierungen. 16./3. 1869 259
Über verantwortliche Bundes-Miniſterien und die Befeſtigung der Bundeseinrichtungen. 16./4. 1869 264
Über Mecklenburg. 22./4. 1869 279
Über den Militär-Etat und die Sicherheit und Ehre des Landes. 22./5. 1869 282
Über die Aufgaben der Zollgeſetzgebung. 21./6. 1869 284
Erklärung über den Eintritt Badens in den Bund. 24./2. 1870 286
Über das Strafgeſetzbuch und die Todesſtrafe. 1./3. 1870 . . . 300
Rede bei der Schlußberatung. 23./5. 1870 307
Todesſtrafe bei Mordverſuchen gegen Fürſten. 24./5. 1870 . . 311
Bewilligung für die Gotthardbahn. 26./5. 1870 317
Über die politiſche Lage. 16./7. 1870 319
Mitteilung der Kriegserklärung an den Reichstag. 19./7. 1870 . 324
Weitere Mitteilungen über die politiſche Lage. 20./7. 1870 . . 324
Über die Verſailler Regierung und die Pariſer Kommune. 24./4. 1871 329
Über den Frankfurter Frieden. 12./5. 1871 334
Über die Erwerbung von Elſaß-Lothringen. 2./5. 1871 340
Zweite Rede über Elſaß-Lothringen. 25./5. 1871 349
Bemerkung gegenüber dem Abgeordneten Lasker 356
Über das allgemeine Wahlrecht und Diäten; Staatenhaus oder Bundesrat. 19./4. 1871 357
Über das Dotationsgeſetz. 14./4. 1871 361

Seite
Über den Zuſatzvertrag mit Frankreich. 25./10. 1871 364
Über den Reichskriegsſchatz. 4./11. 1871 369
Über die deutſche Einheit und Landeshoheit der Fürſten. 15./11. 1871 373
Über die Stellung der Botſchafter und Geſandten. 16./11. 1871 . 375
Rede bei Beratung eines Antrages betr. die Aufhebung der Hälfte der Salzſteuer. 1./5. 1872 378
Über die preußiſchen Geſandtſchaften an deutſchen Höfen. 15./1. 1872 381
Rede bei der Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhauſe. 30./1. 1872 385
Nach Kanoſſa gehen wir nicht. 14./5. 1872 393
Über das Reſſort des preußiſchen Staatsminiſteriums. 25./1. 1873 399
Über das parlamentariſche Regime. 25./1. 1873 401
Erklärung bei der Beratung eines Antrages auf Erlaß eines Preßgeſetzes. 9./5. 1873 409

Fürſt Bismarck's

geſammelte Reden.

❀ ❀

Fürst Bismarck's gesammelte Reden

Band II

Berlin W. 9
Globus Verlag
G. m. b. H.

Fürst Bismarck's gesammelte Reden

Über Königtum und Priestertum.

Rede gehalten am 10. März 1873.

Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß der „Liberalismus“ — ich bediene mich der Kürze wegen seines Ausdrucks — in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat. Ja, meine Herren, ich habe Ihnen das im vorigen Jahre bei einer analogen Diskussion, in der wir uns hier befanden, vorhergesagt, daß dies wahrscheinlich der Fall sein werde; es ist auch möglich, daß er noch mehr Fortschritte macht. Worin liegt denn das? Doch wesentlich in der Desorganisation des Gegengewichts bei der konservativen Partei; es liegt wesentlich darin, daß die Regierung, und namentlich ich, ihr früherer Vertreter, sich in der Voraussetzung, daß die konservative Partei mit Vertrauen auf sie blickte, getäuscht hat. Diese Enttäuschung, die bei der Verhandlung über das Schulaufsichtsgesetz stattfand, mußte notwendig — ich habe Ihnen das vorhergesagt — auf die gesamte Entwicklung unseres Staatslebens einwirken. Damals hat die konservative Partei denjenigen Vertretern der Regierung, die glaubten, in ihrem Vertrauen zu stehen, in einer hochpolitischen Frage ein durchschlagendes Mißtrauensvotum gegeben, und das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist es zerstört, so kommt es sobald nicht wieder. Darauf ist die konservative Partei, geführt von, wie ich glaube, gut meinenden, aber eifrigeren Führern, als mit sachlichen Erfolgen verträglich ist, in sich zur Zersetzung gekommen; in Verhandlungen, denen ich nicht beigewohnt habe, ist es in diesem Hause dahin gekommen, daß das Haus seine eigenen Beschlüsse kassiert und die Regierung dadurch in eine Sackgasse gedrängt hat. Diejenigen, auf die die Krone oder — ich will mich parlamentarischer ausdrücken — das Ministerium Seiner Majestät des Königs glaubte in Unterstützung des staatlichen Gedankens rechnen zu können, haben

dieſe Unterſtützung nicht nur nicht gewährt, ſondern in einer Form verſagt, daß die Regierung auch ferner nicht mehr darauf rechnen kann. Wie dürfen Sie dafür die Regierung anklagen? Wir leben nicht in einer Verfaſſung, in der Seine Majeſtät nach voller Willkür ohne Rückſicht auf die verfaſſungsmäßige Geſtaltung des Landtages Seine Politik führt. Sie, meine Herren, haben weſentlich dazu beigetragen, mich, der ich glaubte, die Geſchäfte an der Spitze einer konſervativen Partei von einiger Bedeutung und einigem Gewicht führen zu können, herauszudrängen aus meiner darauf berechneten Stellung im Miniſterium. Sie haben die Vorausſetzungen, unter denen ich glaubte an der Spitze des Miniſteriums bleiben zu können, zerſtört. Machen Sie doch nun für Ihr eignes Werk, welches Ihr eigner Übereifer geſchaffen hat, Ihr eigner Anſpruch, allein Ihre perſönliche Überzeugung in ſtaatlichen Fragen, welche für die Regierung Kabinettsfragen ſind, für maßgebend zu halten — machen Sie dafür nicht die Regierung Seiner Majeſtät verantwortlich, und beklagen Sie ſich nicht über Dinge, die ein weſentlicher Teil von Ihnen und der konſervativen Partei im anderen Hauſe meiner Meinung nach verſchuldet hat.

Der Herr Vorredner hat ferner dieſelbe Bahn betreten, die im anderen Hauſe von den Gegnern der Vorlagen betreten worden iſt, nämlich dieſen Vorlagen einen konfeſſionellen, ich möchte ſagen, einen kirchlichen Charakter zu geben. Die Frage, in der wir uns befinden, wird meines Erachtens gefälſcht, und das Licht, in dem wir ſie betrachten, iſt ein falſches, wenn man ſie als eine konfeſſionelle, kirchliche betrachtet. Es iſt weſentlich eine politiſche.

Es handelt ſich nicht um den Kampf, wie unſeren katholiſchen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangeliſchen Dynaſtie gegen die katholiſche Kirche, es handelt ſich um den Kampf zwiſchen Glauben und Unglauben; es handelt ſich um den alten Machtſtreit, der ſo alt iſt wie das Menſchengeſchlecht, um den Machtſtreit zwiſchen Königtum und Prieſtertum, den Machtſtreit, der viel älter iſt als die Erſcheinung unſeres Erlöſers in dieſer Welt, den Machtſtreit, in dem Agamemnon in Aulis mit ſeinen Sehern lag, der ihm dort die Tochter koſtete und die Griechen am Auslaufen verhinderte, den Machtſtreit, der die deutſche Geſchichte des Mittelalters bis zur Zerſetzung des deutſchen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpſte mit den Kaiſern, der im Mittelalter ſeinen Abſchluß da-

mit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten ſchwäbiſchen Kaiſerſtammes unter dem Beile eines franzöſiſchen Eroberers auf dem Schaffot ſtarb und daß dieſer franzöſiſche Eroberer im Bündnis mit dem damaligen Papſte ſtand. Wir ſind der analogen Situation ſehr nahe geweſen, überſetzt immer in die Sitten unſerer Zeit.

Wenn der franzöſiſche Eroberungskrieg, deſſen Ausbruch mit der Publikation der vatikaniſchen Beſchlüſſe koinzidierte, erfolgreich war, ſo weiß ich nicht, was man auch auf unſerem kirchlichen Gebiete in Deutſchland von den gestis Dei per Francos zu erzählen haben würde. Ähnliche Pläne haben vorgelegen vor dem letzten Kriege mit Öſterreich, ähnliche Pläne haben vorgelegen vor Olmütz, wo ein ähnliches Bündnis beſtand gegenüber der königlichen Macht, wie ſie in unſerem Lande beſteht, auf einer Baſis, wie ſie von Rom nicht anerkannt wird. Es iſt meines Erachtens eine Fälſchung der Politik und der Geſchichte, wenn man Seine Heiligkeit den Papſt ganz ausſchließlich als den Hohenprieſter einer Konfeſſion oder die katholiſche Kirche als Vertreter des Kirchentums überhaupt betrachtet.

Das Papſttum iſt eine politiſche Macht jederzeit geweſen, die mit der größten Entſchiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältniſſe dieſer Welt eingegriffen hat, die dieſe Eingriffe erſtrebt und zu ihrem Programm gemacht hat. Die Programme ſind bekannt. Das Ziel, welches der päpſtlichen Gewalt, wie den Franzoſen die Rheingrenze, ununterbrochen vorſchwebte, das Programm, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiſer ſeiner Verwirklichung nahe war, iſt die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geiſtliche, ein eminent politiſcher Zweck, ein Streben, welches aber ſo alt iſt wie die Menſchheit; denn ſo lange hat es auch, ſei es kluge Leute, ſei es wirkliche Prieſter gegeben, die die Behauptung aufſtellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt ſei als ihren Mitmenſchen, und daß ſie auf Grund dieſer Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenſchen zu beherrſchen; und daß dieſer Satz das Fundament der päpſtlichen Anſprüche auf Herrſchaft iſt, iſt bekannt. Ich brauche hier an alle die hundertmal erwähnten und kritiſierten Aktenſtücke nicht zu erinnern: ſie ſind nicht nur publici juris, ſondern auch jedem, der einen oberflächlichen Einblick in die Weltgeſchichte hat, bekannt.

Der Kampf des Prieſtertums mit dem Königtum, der Kampf in dieſem Falle des Papſtes mit dem deutſchen Kaiſer, wie wir

ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder anderer Kampf: er hat seine Bündnisse, er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltpunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben, es hat ja sogar einen friedlichen König von Frankreich gegeben, wenn auch Ludwig XVI. in die Lage gekommen ist, Kriege zu führen; also selbst bei unseren französischen Nachbarn fanden sich Monarchen, die weniger Vorliebe für den Krieg, mehr Vorliebe für den Frieden hatten. Es ist auch in den Kämpfen der päpstlichen Macht nicht immer der Fall gewesen, daß gerade katholische Mächte die Bundesgenossen ausschließlich des Papstes gewesen wären; auch haben die Priester nicht immer auf Seiten des Papstes gestanden. Wir haben Kardinäle als Minister von Großmächten gehabt zu einer Zeit, wo diese Großmächte eine stark antipäpstliche Politik bis zur Gewaltthat durchführten. Wir haben Bischöfe gegen päpstliche Interessen in dem Heerbann der deutschen Kaiser gefunden.

Also dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt.

Wir sind in Preußen nicht immer vorzugsweise Gegenstand dieses Kampfes gewesen; wir sind längere Zeit nicht als die Hauptgegner in diesem Kampfe von seiten der römischen Kurie betrachtet worden. Friedrich der Große lebte vollständig in Frieden mit der römischen Kirche, während der damalige Kaiser des überwiegend katholischen österreichischen Staates im heftigsten Kampfe mit der katholischen Kirche begriffen war. Also die Frage ist ziemlich unabhängig von der konfessionellen, das will ich nur hieran nachweisen. Ich kann in diesem Sinne anführen, daß es wesentlich der durch und durch streng evangelische, man darf fast sagen, in seinem Glauben antikatholische König Friedrich Wilhelm III. war, der im Wiener Kongreß auf die Herstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes drang und sie durchsetzte;

nichtsdestoweniger ist er im Kampf mit der katholischen Kirche aus dieser Welt geschieden. Wir haben dann in den Verfassungs-Paragraphen, die uns gegenwärtig beschäftigen, einen modus vivendi, einen Waffenstillstand gefunden, der geschlossen wurde in einer Zeit, wo der Staat sich hilfsbedürftig fühlte und glaubte, diese Hilfe bei der katholischen Kirche, wenigstens teilweise, in Anlehnung zu finden. Es war wohl wahrscheinlich die Erscheinung, daß in die Nationalversammlung von 1848 alle die Kreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung, ich will nicht sagen royalistische, aber doch Freunde der Ordnung gewählt haben, was in den evangelischen Kreisen nicht der Fall gewesen war. Unter diesen Eindrücken hat man damals diesen Kompromiß in dem Machtstreit zwischen dem weltlichen und dem geistlichen Schwerte geschlossen, wie schon die nächste Zeit zeigte, wohl in dem Irrtum inbezug auf die praktischen Konsequenzen davon. Denn es war nicht die Anlehnung an die Wähler, welche Leute der Ordnung gewählt hatten, sondern es war das Ministerium Brandenburg und die königliche Armee, welche die Ordnung wiederherstellten; der Staat war schließlich doch genötigt, sich selber zu helfen; der Schutz, der hier vom seiten der verschiedenen Kirchen gewährt werden konnte, hat ihn nicht herausgerissen.

Damals entstand aber der modus vivendi, unter dem wir eine Anzahl Jahre in einem friedlichen Verhältnis gelebt haben. Allerdings war dieser Friede doch nur durch eine ununterbrochene Nachgiebigkeit des Staates erkauft, indem er seine Rechte bezüglich der katholischen Kirche ganz rückhaltlos in die Hände einer Behörde gelegt hatte, die zwar ursprünglich eine Behörde sein sollte zur Wahrnehmung der Königlich preußischen Rechte gegenüber der katholischen Kirche, die aber schließlich faktisch eine Behörde geworden ist im Dienste des Papstes zur Wahrnehmung der Rechte der Kirche gegenüber dem preußischen Staat. Ich meine natürlich die katholische Abteilung im Oberkirchenrat, ich wollte sagen im Kultusministerium. Wer die Dinge etwas näher gekannt hat, der hat schon früher gleich mir der Besorgnis sich hingegeben, daß dieser Friede nicht von Dauer sein würde. Indessen bei meiner Abneigung gegen jeden inneren Kampf und gegen jeden Streit der Art habe ich doch diesen Frieden mit allen seinen Nachteilen dem Kampfe vorgezogen und habe mich meinerseits dem Kampfe versagt, während ich von anderen Seiten schon vielfach dazu gedrängt wurde.

Es hat vielleicht kaum einen Moment gegeben, wo man,

abgesehen von allem übrigen, wenn die Regierung nicht angegriffen worden wäre, geneigter war zu einer Verständigung mit dem römischen Stuhl, als gerade am Schluß des französischen Krieges. Es sind darüber im anderen Hause Unwahrheiten mit ziemlicher Entschlossenheit und gänzlicher Sachunkunde behauptet worden. Jedem, der mit uns in Frankreich gewesen ist, ist bekannt, daß unsere sonst naturgemäß guten Verhältnisse zu Italien während des ganzen Krieges, ich will nicht sagen einer Trübung, aber doch einer Verstimmung unterlagen, die bis zum Schluß des Friedens blieb. Es war die ganze Haltung von Italien, in welcher nach unserer Ansicht die Liebe zu den Franzosen stärker war, als das eigene Interesse des Landes; sonst hätte Italien mit uns seine Unabhängigkeit gegen Frankreich verteidigen müssen. Es war das eine sehr auffallende Erscheinung für uns, und es entstanden Zweifel, welche von den verschiedenen Einflüssen für die Regierung Italiens die maßgebenden bleiben würden. Es war nur eine Thatsache, daß uns unter Garibaldi italienische Streitkräfte gegenüberstanden, deren Abmarsch aus Italien, wie wir glaubten, mit mehr Nachdruck hätte verhindert werden können. Es war eine glücklicherweise jetzt überwundene Verstimmung zwischen der italienischen und deutschen Politik vorhanden. Es war also sehr weit entfernt, daß eine Vorliebe für Italien von Einfluß auf unsere damalige Politik gewesen wäre.

Aber als wir uns noch in Versailles befanden, überraschte es mich einigermaßen, daß an katholische Mitglieder parlamentarischer Körperschaften die Aufforderung erging, sich darüber zu erklären, ob sie einer konfessionellen Fraktion, wie wir sie heutzutage als die Zentrumspartei kennen, beizutreten entschlossen seien, und ob sie sich dazu verstehen wollten, in der Reichspolitik dafür zu stimmen und darauf zu dringen, daß diese Paragraphen, um die es sich heute handelt, in die Reichsverfassung übertragen würden. Mich erschreckte dies Programm damals noch nicht so sehr — in dem Maße friedliebend war ich — ich wußte, von wem es ausging, teils von einem hochgestellten Kirchenfürsten, der ja die Aufgabe hat, für die päpstliche Politik zu thun, was er kann, und der eben dahin seine Aufgabe erfüllte, teils von einem hervorragenden Mitgliede der Zentrumspartei, dem früheren preußischen Bundestagsgesandten von Savigny, wurde diese Bewegung vorzugsweise eingeleitet; von letzterem glaubte ich nicht, daß er seinen Einfluß in regierungsfeindlicher Richtung geltend machen werde. Ich habe mich darin vollständig getäuscht. Ich

führe nur die Gründe an, warum ich damals dieser Sache nicht die Bedeutung beilegte, daß ich nicht nach Deutschland zurückgekommen wäre, ohne überzeugt zu sein, daß es sich mit dieser Partei und ihren Bestrebungen nicht auch leben ließe.

Als ich jedoch hier war, sah ich erst, wie stark die Organisation dieser Partei der gegen den Staat kämpfenden Kirche geworden war; ich sah die Fortschritte, welche die Thätigkeit der katholischen Abteilung im Kultusministerium in der Bekämpfung der deutschen Sprache in polnischen Landesgebieten gemacht hatte. Es tauchte in Schlesien, wo das bisher nie der Fall gewesen, eine polnische Partei unter wesentlich geistlicher Begünstigung und thatsächlichem Schutz kirchlicher Bestrebungen auf; aber auch das wäre an sich noch nicht das Entscheidende gewesen; was mich zuerst auf die Gefahr aufmerksam machte, das war die Macht, die die neugebildete Fraktion sich erworben hatte. Es wurden Abgeordnete in ihren Wahlkreisen, wo sie angesessen und angesehen und seit lange stets gewählt waren, auf Dekret von Berlin her abgesetzt und die Wahl neuer Vertreter vorgeschrieben, die in den Wahlkreisen nicht einmal dem Namen nach bekannt waren; das geschah nicht in einem, das geschah in mehreren Wahlkreisen; man hatte eine so straffe Organisation und solche Macht über die Gemüter gewonnen, wie man sie bedurfte, wenn man das Programm des vorhin erwähnten Kirchenfürsten, des Bischofs von Mainz, wie er es in seinen Druckschriften kundgegeben hat, verwirklichen wollte. Wohin ging dies Programm? Lesen Sie nach; es sind diese Druckschriften, geistreich geschrieben und angenehm zu lesen, in jedermanns Händen; es ging dahin, in dem preußischen Staat einen staatlichen Dualismus durch Errichtung eines Staates im Staat einzuführen, die sämtlichen Katholiken dahin zu bringen, daß sie für ihr Verhalten im politischen wie im Privatleben ihre Leitung ausschließlich von dieser Centrumsfraktion empfingen. Wir kämen dadurch zu einem Dualismus der schlimmsten Art; es läßt sich in einem Reiche, wo die Verhältnisse dazu gegeben sind, in dualistischer Verfassung regieren; der österreichisch-ungarische Staat zeigt es uns; aber dort ist kein konfessioneller Dualismus. Hier handelt es sich aber um Herstellung zweier konfessioneller Staaten, die in einem dualistischen Kampf zu einander zu stehen haben würden, von denen der höchste Souverän des einen ein ausländischer Kirchenfürst ist, der in Rom seinen Sitz hat, ein Kirchenfürst, der durch die neuesten Änderungen in der Verfassung der katho-

lischen Kirche mächtiger geworden ist, als er es früher war; wir hatten also, wenn dieses Programm sich verwirklichte, anstatt des bisherigen geschlossenen preußischen Staates, anstatt des zu verwirklichenden deutschen Reiches zwei parallel neben einander laufende staatliche Organismen: den einen mit seinem Generalstabe in der Zentrumsfraktion, den anderen mit seinem Generalstabe in dem leitenden weltlichen Prinzip und in der Regierung und der Person Seiner Majestät des Kaisers.

Diese Situation war eine vollständig unannehmbare für die Regierung; es war ihre Pflicht, den Staat gegen die Gefahr derselben zu verteidigen. Sie hätte diese Pflicht verkannt und vernachlässigt, wenn sie ruhig zugewartet hätte bei den erstaunlichen Fortschritten, die sich bei näherer Prüfung der Sache, zu der man früher nicht veranlaßt war, ergaben, die man aber inzwischen auf Kosten des staatlichen Prinzips gemacht hatte und, wenn die Regierung nach dieser Seite die Hände ruhig in den Schoß gelegt hätte, weiter gemacht haben würde. Sie war aber genötigt, den Waffenstillstand, wie er 1848 in den Verfassungsartikeln vorbereitet war, zu kündigen und einen neuen modus vivendi zwischen der weltlichen und der priesterlichen Gewalt herzustellen. Der Staat kann die Situation nicht bestehen lassen, ohne zu inneren Kämpfen getrieben zu werden, die seinen Bestand erschüttern. Die ganze Frage liegt darin: sind diese Paragraphen in dem Sinne, wie die Regierung Seiner Majestät Zeugnis davon ablegt, dem Staate gefährlich, oder sind sie es nicht? Sind sie es, dann erfüllen Sie eine konservative Pflicht, wenn Sie gegen die Aufrechterhaltung dieser Paragraphen stimmen. Halten Sie dieselben für vollständig ungefährlich, so ist das eine Überzeugung, die die Regierung Seiner Majestät nicht teilt, und sie kann mit diesen Verfassungsartikeln die Geschäfte nicht ihrer Verantwortung entsprechend weiter führen, sie muß das denen überlassen, welche diese Paragraphen für ungefährlich halten.

In ihrem Kampfe zur Verteidigung des Staates wendet sich die Regierung an das Herrenhaus mit der Bitte um Beistand und um Hilfe zur Befestigung des Staates und zu seiner Verteidigung gegen Angriffe und gegen Unterwühlungen, die seinen Frieden und seine Zukunft gefährden. Wir haben das Vertrauen, daß uns dieser Beistand bei der Mehrheit des Herrenhauses nicht fehlen wird.

Über die Notwehr des Staates gegen Priesterherrschaft.

Rede gehalten am 24. April 1873.

Bevor ich eintrat, hat ein Mitglied (Herr von Gruner) gesprochen, aus dessen früherer Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amte falsche Schlüsse gezogen werden könnten. Man könnte glauben, daß dieses verehrte Mitglied mit unserer Politik und mit den Tendenzen unserer auswärtigen Politik bekannter wäre, als er ist, und man könnte die Schlüsse, die er zieht, für richtiger halten, als sie nach meinem durch langjährigen Verkehr gebildeten Urteil sein können.

Der Herr Redner hat sehr richtig angegeben, daß in dem Verhalten der auswärtigen Politik namentlich und der Staatsregierung im ganzen mit dem Jahre 1870—1871 — ich weiß nicht, welche Epoche — eine ziemlich auffällige Änderung eingetreten sei. Er hat aber daraus, wenn ich recht berichtet bin, die ganz verkehrte Schlußfolge gezogen, nämlich diejenige, weil die Staatsregierung einen unerwartet neuen Feldzugsplan gefaßt habe, so müsse dieser Plan längst fertig und vorbereitet gewesen sein. Aus der Plötzlichkeit des Wechsels hat er geschlossen, daß die Absicht, zu wechseln, schon lange vorhanden gewesen ist. Wie man auf eine so verkehrte Schlußfolge kommen kann, begreife ich nicht. Gerade die Plötzlichkeit des Wechsels beweist meines Erachtens für die Friedfertigkeit der Regierung, für den Willen namentlich des Auswärtigen Amtes, in der auswärtigen Politik, soweit sie in Beziehung mit Rom zur Wirkung kommt, den konfessionellen Frieden zu erhalten.

Der Wechsel erklärt sich einfach aus dem Prinzip der Notwehr. Wenn ich in einer friedlichen Beschäftigung von einem Gegner, von dem ich gehofft, friedlich mit ihm leben zu können, plötzlich angefallen werde, plötzlich den Staat in seinen Fundamenten bedroht sehe, dann muß ich mich natürlich wehren. Jede Notwehr hat etwas Unvorhergesehenes und Plötzliches, und ich bedauere, daß der Herr Vorredner, von dem ich spreche, in seiner langjährigen Beschäftigung im Auswärtigen Ministerium sich über diese ganz unwiderlegliche Wahrheit nicht Klarheit verschafft, oder die Elemente, um sich Klarheit zu verschaffen, nicht gewonnen hat, daß er nicht das Erbe seines Vaters in der Weise angetreten hat, daß er politische Erscheinungen richtig beurteilt.

Es ist, glaube ich, bekannt, daß gerade ich in meiner ganzen politischen Behandlung konfessioneller Fragen bis an die äußerste Grenze der staatlich möglichen Versöhnlichkeit gegangen bin. Ich erinnere Sie an einzelne Symptome, daß beispielsweise in Kommissionsverhandlungen ich der Anklage nicht entging, daß ich die Jesuiten in stärkerem Maße begünstigte, als für einen preußischen Minister zulässig sei. Ich habe das gethan, es ist eben die Probe gewesen, ich habe den Kampf auf diesem Gebiet so gescheut und so lange zu vermeiden gesucht, daß ich fürchte, er ist fast zu spät von uns aufgenommen worden, daß ich die Friedfertigkeit, mit der ich verfahren bin, zu der ich geraten habe, zu bereuen in manchen Stunden Grund habe. Es hat niemand gegeben, der von den Würdenträgern der katholischen Kirche in dieser seiner Versöhnlichkeit vertrauensvoller anerkannt worden ist, und diese Herren haben mir die Ehre erzeigt, sehr offen und vertrauensvoll mit mir zu sprechen, und haben dargethan, daß sie mich für einen vollkommen friedliebenden und den konfessionellen Frieden so hoch anschlagenden Staatsmann gehalten haben, daß ich manche Nebel, die mit meiner Nachgiebigkeit verbunden waren, darüber nicht achtete. Ich kann mich auf das Zeugnis mancher Herren Bischöfe selbst berufen, daß es ganz richtig ist, wie es Herr v. Gruner gesagt hat, daß von mir sich niemand der That versehen kann, ich würde jemals konfessionelle Streitigkeiten vom Zaune brechen.

Wenn ich dennoch dazu gekommen bin, so muß es in mir sehr starke Überzeugung gewesen sein, daß durch die Thätigkeit, nicht der katholischen Kirche, sondern der nach weltlicher Priesterherrschaft strebenden Partei innerhalb der katholischen Kirche eine Politik getrieben wurde, welche die Grundlagen unseres Staates in einer Weise anfaßte, resp. erschütterte oder bedrohte, daß ich als Minister die Verantwortlichkeit für längeres Zuwarten nicht mehr tragen konnte. Weil ich auch in diesem Stadium alles konfessionell Verletzende vermeide, und weil es außerordentlich schwer ist, diese Dinge zu berühren, ohne daß einem stets die Volte geschlagen wird, als ob, wenn man eine Partei meint, man die ganze Institution der katholischen Kirche meinte, ja das Kirchliche überhaupt — es ist das sehr schwer zu unterscheiden, da bei der außerordentlichen Geschlossenheit der katholischen Kirche nur eine sehr genaue Kenntnis und Beobachtung der Verhältnisse für den Nachweis, daß dort Unterströmungen sind, die mit der christlichen Institution der katholischen Kirche gar nichts zu

thun haben, wirksam sein kann, so fürchte ich da verletzend zu wirken.

Ich mache nur aufmerksam auf die Thatsache, die Herr v. Gruner, ich glaube gegen seinen Willen, zu meiner Freude bezeugte, daß bis zum Jahre 1871, bis zur Bildung der Zentrumspartei und bis zur systematischen Herstellung der hetzenden Kaplanpresse in ganz Deutschland, bis zur Bildung einer polnischen Partei in Schlesien, bis zu dem Mißbrauch der Kirchengewalt zu national-polnischen Zwecken unter der Mitwirkung der Geistlichen, daß bis zu dieser Zeit eine wohlwollende, versöhnliche Stimmung geherrscht hat.

Ich verweise darauf, daß die Regierung und Se. Majestät der König mit ihr die Überzeugung haben, daß der Staat in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet ist von zwei Parteien, die beide das Gemeinsame haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwicklung in internationaler Weise bethätigen, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen. Gegen diese beiden Parteien müssen meines Erachtens alle diejenigen, denen die Kräftigung des staatlichen Elements, die Wehrhaftigkeit des Staates, gegen die, die ihn angreifen und bedrohen, teuer ist, zusammenstehen und deshalb müssen sich alle Elemente zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staates und an seiner Verteidigung teils gegen diejenigen, welche offen sagen, was sie an die Stelle des Staates setzen wollen, teils gegen diejenigen, welche einstweilen den Staat untergraben, sich aber noch vorbehalten, was sie an seine Stelle setzen wollen. Gegen diese Gegner müssen sich alle treuen Anhänger des Königs, müssen sich alle treuen Anhänger des preußischen Staates, in dem wir leben, zusammenscharen.

Wenn ich mich nicht täusche, so zeigen schon die kommenden Wahlen die Symptome, daß alle Parteien, welche ohne Nebenzwecke, ohne Zorn und ohne Verstimmung den Staat als solchen wollen, sich um uns scharen und von ihrer Phalanx die Parteien ferne halten, von denen sie mit mir überzeugt sind, daß sie mit Wissen und unwissentlich Feinde dieses Staates sind. Daß sich in diesem Kampfe das Herrenhaus auf seiten des Staates und der Regierung befinden wird, das bezweifle ich nicht, aber schmerzlich ist es, wahrzunehmen, in diesem Kampfe die Träger so mancher Namen, deren Vorfahren in glorreicher Weise zur festen Begründung unseres Staates beigetragen haben, nicht auf der Seite zu finden, auf der ich sie vermutete, näm-

lich auf der Seite des preußischen Staates, den wir verteidigen gegen Bedrohung und Untergrabungen.

Nach Herrn von Kleist-Retzow:

Eine Wendung in der Rede des Herrn Vorredners veranlaßt mich zu einer thatsächlichen Berichtigung. Derselbe hat gesagt, ich hätte mich von der konservativen Partei losgerissen. Ich bestreite einmal die Thatsache der Trennung, zweitens die richtige Darstellung der Operation, insoweit die Trennung stattgefunden hätte.

Zwischen der konservativen Partei in ihrem großen und ganzen und mir glaube ich, daß noch heute die vollständigste Übereinstimmung und die engste Fühlung besteht, und ich wenigstens bin entschlossen und bestrebt, sie aufrecht zu erhalten. Der Herr Vorredner verwechselt, wie es einem Parteiführer wohl leicht passiert, seine Fraktion in diesem Hause mit der konservativen Partei; die Bedeutung, die er selbst in der Fraktion mit Recht zu haben glaubt, hindert ihn in der Übersicht dessen, was außer ihm noch die große konservative Partei ist und darstellt, mit anderen Worten, er überschätzt die Bedeutung des Teils im Verhältnis zum ganzen.

Ich habe mich nicht von der konservativen Partei losgerissen, ich bin mit der konservativen Partei einig geblieben; eine Fraktion, die früher der großen konservativen Partei mit angehörte, hat sich unter der Leitung beredter, einflußreicher Führer und aus Fraktionszwang von der konservativen Partei getrennt, sie hat im Kampfe die Regierung in einem entscheidenden Moment zu meinem Bedauern im Stich gelassen. Darauf, daß dies geschah, hat die gefährliche Gabe der Beredsamkeit, mit der Gott den Herrn Vorredner begabt hat, einen erheblichen Einfluß gehabt, und es ist mir lieb, daß ich die Verantwortlichkeit, die er seinerseits für die Zerstörung der früheren Beziehungen unseres Staatslebens zu tragen hat, nicht mit ihm zu teilen habe. Bezeichnend für die ganze Anschauungsweise des Herrn Vorredners und seiner Fraktionsgenossen ist der Ausdruck „losgerissen“; das kleinere reißt sich von dem größeren los, das Bewegliche von der Basis, ein angewachsenes Schaltier von dem Schiff. Er betrachtet als Basis und als konservative Partei seine Fraktion, von der hat sich, nach seiner Meinung, Se. Ma-

jestät mit der Königlichen Staatsregierung losgerissen und schwimmt nun steuerlos in dem Meere umher. Diese außerordentliche Überschätzung der Richtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element, verbunden mit dieser Unfähigkeit, sich unterzuordnen, mit diesem außerordentlichen Überfluß an Zeit, um nachzudenken über das, was die Regierung thut, und über die Kritik, die daran zu üben, während man den Beruf nicht hat und nicht fühlt, seinerseits für die Verteidigung des Staates gegen dessen Feinde einzutreten, sich aber Monate lang zu Hause mit den Waffen oppositioneller Kritik ladet und ausrüstet, dann hierher kommt, die Regierung abzukanzeln.

Dieselben Prophezeihungen, die bei dem Schulaufsichtsgesetz wir alle gehört haben — ich möchte dem Vorredner und dem Herrn Grafen Krassow raten, ihre früheren Prophezeihungen bei Gelegenheit des Schulgesetzes nochmals durchzulesen, mit der Wirklichkeit zu vergleichen und dann zu fragen, ob Sie, — den Mut vielleicht, — ob aber Sie das Recht haben, unbeirrt weiter zu prophezeihen.

Über die Diktatur in Elsaß-Lothringen.

Rede gehalten am 16. Mai 1873.

Der Herr Vorredner hat in bezug auf die Diktatur und deren Schrecken einige Gespenster heraufbeschworen, die er, glaube ich, bereitwillig wieder entlassen wird, wie er sie zitiert hat, wenn er sich die gesetzliche Lage der Sache so klar macht, wie sie den verbündeten Regierungen ist. Diese Frage ist gesetzlich vollständig geregelt.

Am 1. Januar, der uns bevorsteht, hat die Diktatur, insoweit der Reichstag nicht inzwischen etwas anderes beschließt, ihr Ende, und es ist die Aufgabe der verbündeten Regierungen, dem Reichstage in der Zwischenzeit eine bereits in der Arbeit begriffene und augenblicklich dem Gutachten des Ober-Präsidenten unterliegende Vorlage zu machen, nach welcher sie dann selbst entscheiden werden, was an die Stelle der jetzigen Einrichtung zu treten hat, und in welcher Weise der Reichstag seine Befugnisse demnächst, sei es als elsässer Landtag gleichzeitig, sei es

als Reichstag, ausüben will. Ich selbst sehe diesem Wechsel insoweit mit Hoffnung entgegen, als ich mir davon, daß unsere elsässer Landsleute hier mit uns tagen werden, und zwar von Anfang des nächsten Jahres, wie ich hoffe, eine wesentliche Verbesserung in den gegenseitigen Beziehungen, eine wesentliche Klärung manches Mißverständnisses über deutsche Verhältnisse verspreche und auch ein wesentliches Gegengewicht gegen die Einwirkung derjenigen Elemente und Parteien, welche nicht wünschen, daß diese Verhältnisse zur vollständigen Ruhe kommen.

Die Rede des Herrn Windthorst in ihrer ganzen Tendenz war gewiß nicht berechnet, den Landfrieden zu stören, sie war gewiß nicht darauf berechnet, den Elsässern Mißtrauen gegen Deutschland einzuflößen, ich glaube, diese Absichten haben dem Herrn Vorredner gänzlich fern gelegen — nichtsdestoweniger befürchte ich, daß Leute, die nicht die Ehre haben, ihn persönlich zu kennen, darüber weniger klar sein werden wie ich, und daß das Material, welches er geliefert hat, doch wohl zu Entstellungen benutzt werden könnte. Der Herr Redner hat die vorgekommenen Ausweisungen als einen ganz ungeheuren Akt der Gewaltthat der dortigen Behörden dargestellt, für welche ich natürlich verantwortlich bin. Ich kann nichts anderes thun, als die bestehenden Gesetze so zu handhaben, wie es die mir obliegende Verantwortlichkeit für die Sicherheit jenes Landes vor allem mit sich bringt. — Ich übernehme die Verantwortung für das, was geschehen ist, absolut. Wir sind dafür verantwortlich, daß dort eben vor allen Dingen die Sicherheit des Landes gewahrt wird, und wenn der Herr Vorredner neben den Diktaturgespenstern, die er zitierte, nun in der Wirklichkeit uns tadelt und angreift, weil wir von den gesetzlichen Mitteln zur Erhaltung dieser Sicherheit Gebrauch machen, so kommt mir diese Klage gerade so naiv vor, als wenn in der Schlacht der Feind sagen wollte: schießen gilt nicht! Es wird auch damit nicht angehalten werden.

Die Aufgabe, die wir dort durch den Friedensschluß übernommen haben, ist ja an und für sich eine außerordentlich schwierige, wir können uns ja nicht verhehlen, daß die Bedingung eines konstitutionellen Verfassungslebens, nämlich die freiwillige Mitwirkung in verfassungsmäßiger Thätigkeit des Volkes, soweit es dazu berufen ist, dort in diesem neu erworbenen Lande bisher nur in einem Maße vorhanden ist, das man unterschätzen

oder überschätzen kann, aber jedenfalls nicht in der freudigen Hingebung für die Gesamtzwecke, wie wir sie beispielsweise bei dem Herrn Vorredner zweifellos voraussetzen. Wir haben ja dort notwendig mit manchen Sympathien für eine zweihundertjährige Vergangenheit zu kämpfen, die den Einwohnern manches Ruhmreiche, manches Vorteilhafte gebracht hat, wir haben die wirklich französischen Sympathien im Lande mühsam zu überwinden, vor allen Dingen aber dafür zu sorgen, daß sie uns die materielle Sicherheit Deutschlands nicht schädigen.

Denn nicht aus Besitzsucht nach Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, was uns vor 200 Jahren geschehen ist, sondern in der bittern Notwendigkeit, uns auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landabtretung, auf Festungsabtretung soweit ausgedehnt, wie es geschehen ist, damit wir ein Bollwerk haben, hinter dem wir weitere Angriffe von der Art abhalten können, wie sie seit 300 Jahren jede Generation in Deutschland erlebt hat. Ich glaube, unter uns allen ist niemand, dessen Vorfahren nicht in jeder Generation seit 300 Jahren in der Lage gewesen wären, mit Frankreich zu fechten, wenn sie überhaupt Soldaten waren. Also lediglich die Rücksicht auf unsere Sicherheit hat uns geleitet, eine Rücksicht, die um so berechtigter ist, als Frankreich in der Regel bei seinen Angriffen in Deutschland bei dessen früherer Zerrissenheit Bundesgenossen gefunden hat und dadurch stärker geworden ist und die Abwehr schwerer.

Unsere Aufgabe wird uns außerdem aber wesentlich erschwert durch die Einwirkungen derjenigen Elemente, die auch auf anderen Gebieten des Reichs, wo die Aufgabe der Regierung minder schwierig, minder gefährlich, die Folgen minder verhängnisvoll sein können, uns doch an dem vollen Bewußtsein des inneren Friedens gehindert, die konfessionelle und andere Spaltungen unter uns hervorgerufen haben. Es ist ja nichts Neues, wenn man die Waffen und Mittel schildert, mit denen diese Elemente einer Regierung, die nicht nach ihrem Herzen ist, einer nicht-katholischen Regierung das Regieren katholischer Unterthanen erschwert und uns so auch die Gewinnung der Sympathien der durch ihre Landesgeschichte uns entfremdeten katholischen Unterthanen erschwert. Bei der großen bewundernswerten Einigkeit, die in dem Vorgehen dieser Elemente herrscht, dürfen wir wohl annehmen, daß in ähnlichen Verhältnissen auch ihre

Thätigkeit eine ähnliche sein werde. Ich glaube deshalb, von der Sache nicht abzuschweifen, wenn ich Ihnen ein Bruchstück aus einem diplomatischen Bericht mitteile über das Verhalten dieser selben Elemente in bezug auf die Schwierigkeiten, die zwischen der königlich großbritannischen Regierung und ihren irländischen Unterthanen obwalten. Ich vermeide sehr gern Persönlichkeiten und jeder kann ja die Analogie ziehen, jeder wird sich danach denken können, was dieselben Truppen, geleitet von denselben bekannten und nicht bekannten Chefs, unter analogen Verhältnissen im Elsaß vielleicht thun könnten.

Es wird in diesem diplomatischen Bericht gesagt:

„Wenngleich die ultramontane Presse nicht ganz so weit geht, wie die radikalen Blätter, und nicht geradezu offenen Aufruhr predigt, so ist ihr Verhalten auf der andern Seite für die Wohlfahrt des Landes um so verderblicher. Die Leiter der Ultramontanen wissen sehr gut, daß eine offene Schilderhebung im gegenwärtigen Augenblick zu keinem andern Resultat führen kann, als zu einer vollständigen Niederlage der Aufständischen, in deren Folge eine Reaktion und eine Beschränkung der ultramontanen Partei, falls diese am Aufstand beteiligt gewesen, zu erwarten sein dürfte. Noch weniger als offener Aufruhr paßt ihnen aber eine Versöhnung der Parteien, Beruhigung des Volkes und eine friedfertige Lösung der irischen Frage. Die Organe der Ultramontanen, während sie sich womöglich innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten, schüren deshalb unaufhörlich im Volke, reizen zur Animosität gegen den protestantischen Teil der Bevölkerung. —"

Das ist nun leider auch im Elsaß, noch mehr aber im diesseitigen Lothringen der Fall gewesen, daß gegen die protestantischen Mitbürger besonders aufgereizt wird —

„sie suchen die Achtung vor dem Gesetz und die Autorität der Obrigkeit zu untergraben — und indem sie anscheinend zur Ruhe und mit Märtyrermiene zur christlichen Duldung der Unbilden ermahnen, schüren sie, befördern Unzufriedenheit und Zwietracht im Volke und suchen durch Entstellung von Thatsachen, Verdrehung und Übertreibung die alten Wunden offen, Haß und Verachtung gegen die Regierung rege zu halten. Während sie so das arme Volk in Erregung erhalten, haben sie, unbekümmert um des Volkes Wohl, nur das einzige Ziel, Roms Allmacht, im Auge, suchen der Regierung unentbehrlich zu machen—"

das ist nun bei uns nicht der Fall; aber in früheren Stadien der Verhandlungen wurde dies Mittel wohl nicht ohne Erfolg benutzt, um der Regierung Konzessionen abzugewinnen —

„und ihren Einfluß, ohne der Regierung solide Vorteile zu gewähren, so teuer wie möglich gegen Konzessionen zu gunsten der Kirche zu verkaufen. Gegenwärtig suchen die ultramontanen Organe das Vertrauen des Volkes in die Gerechtigkeit der Richter zu erschüttern und unterstützen nach Kräften die neue Home-Rule-Bewegung"

die bekanntlich auf Trennung Irlands von England hinausgeht.

Ich bin weit entfernt, irgend jemand persönlich anzugreifen. Aber Sie können wohl glauben, meine Herren, daß ähnliche Mittel von denselben Kräften unter ähnlichen Umständen wohl da in Bewegung gesetzt werden, wo die einheitliche Leitung in einem die Bewunderung der Welt erregenden Maße gesichert ist.

Wenn man aber solchen mächtigen und wirksamen und so sehr geschickten Kräften gegenüber zu kämpfen hat in einer an sich schwierigen Lage, wo es gilt, altes Unrecht der Geschichte, alte Härten hundertjähriger Kriege zweier benachbarten Nationen auszusöhnen und zu schlichten, wenn wir in einer so schwierigen Lage sind, so kann man selbst dann, wenn in den von der Diktatur gewählten Mitteln der Verteidigung irgend ein Irrtum, irgend eine verschiedene Auslegung der Rechte vorgekommen wäre, doch mit den Behörden, die in einem solchen Kampfe stehen, nicht sehr scharf ins Gericht gehen.

Wir sind entschlossen, den Elsässern so wenig wehe zu thun, wie wir irgend können. Daß das dennoch in vielen Richtungen nicht ganz wenig sein wird, darüber mache ich mir gar kein Hehl; denn jedes Losreißen von einer langjährigen Angehörigkeit, wie bei Elsaß in bezug auf Frankreich der Fall war, jedes Verwachsen mit neuen fremdartigen Verhältnissen, hat dergleichen zur Folge. Zweifeln Sie unter Umständen an unserem Geschick — denn dafür sind mindestens wir norddeutschen und namentlich preußischen Beamten nicht berühmt, in geschickter Weise Freunde zu gewinnen und unangenehme Dinge in liebenswürdiger Weise zu erledigen — also zweifeln Sie an unserem Geschick, aber an unserer Hingebung, an unserem guten Willen zweifeln Sie nicht; an unserem Mut und an dem festen Entschluß, allen Gegnern des Reichs eine feste Stirn zu zeigen, daran zweifeln Sie nicht!"

Über die Gesandtschaft des Deutschen Reiches beim Papste.

Rede gehalten am 9. Juni 1873.

Es ist richtig, daß dieser Posten, so lange das Deutsche Reich besteht, noch nicht faktisch wirksam geworden ist. Wir haben darin die Erbschaft des früheren Norddeutschen Bundes resp. Preußens in der Budgetposition angetreten. Aber das Fortbestehen des Postens möchte ich doch nicht ausschließlich abhängig machen von der Frage, ob der Papst eine Souveränetät als Landesherr ausübt oder nicht.

Wenn wir zurückblicken in die Geschichte unserer dortigen Mission, so finden wir, daß die Geschäfte, die wir mit dem Papste als Souverän des früheren Kirchenstaates gehabt haben oder die geschäftlichen Berührungen, in welche wir mit dem Papste als Territorialherrn gekommen sind, bei weitem das geringere Maß der Thätigkeit der Gesandtschaft in Anspruch genommen haben im Vergleich mit denjenigen Geschäften, welche der preußische Staat zur Regelung seiner Beziehungen zur katholischen Kirche gehabt hat. Das Bedürfnis, insoweit es hierauf begründet ist, besteht fort, wenn auch einstweilen mehr im Prinzip als in der Praxis. Wir sind augenblicklich praktisch dort nicht vertreten. Es hat das Gründe, die ja mehr äußerlicher Natur, die in Verbindung stehen mit der augenblicklichen Lage der konfessionellen Frage in Deutschland, und namentlich ist das Interesse einstweilen maßgebend und entscheidend, daß wir einen Vertreter des Deutschen Reiches nicht der Möglichkeit aussetzen wollen, in seiner amtlichen Eigenschaft in Rom von amtlicher Stelle her eine Sprache zu hören, die das Deutsche Reich amtlich nicht entgegenzunehmen vermag.

Es sind das aber wandelbare Bedingungen. Es ist ja nicht notwendig, daß die Sache des Friedens und der Demut stets mit stolzen und zornigen Worten vertreten werde; es kann ja auch darin eine Änderung eintreten, so daß auch diese Verhältnisse behandelt werden in Form der üblichen Gebräuche der europäischen Mächte, denn zu einer solchen rechne ich das Oberhaupt einer der großen kirchlichen Gemeinschaften, von welcher ein verhältnismäßig kleiner Teil auch das Deutsche Reich bewohnt, klein nicht im Verhältnis zur Zahl der evangelischen Mitbürger, sondern zu der Gesamtmasse der Angehörigen der katholischen

Kirche. In dieſer Hoffnung möchte ich gerne einen Faden, der ſich wieder anknüpfen läßt, nicht abſchneiden, eine Fühlung, die augenblicklich praktiſch erloſchen iſt, doch nicht vollſtändig zu den Toten werfen.

Die verbündeten Regierungen, ſo feſt ſie auch entſchloſſen ſind, die Unabhängigkeit des Reichs vor einer jeden ausländiſchen Gewalt zu wahren, ſo bereitwillig ſind ſie doch, dahin zu wirken, daß nicht nur die Mehrheit der katholiſchen Deutſchen wie heutzutage, ſondern womöglich ſämtliche katholiſchen Deutſchen mit ihren Regierungen und ihren evangeliſchen Mitbürgern in Frieden leben mögen. Und ich möchte keines der Mittel miſſen, die mir für die Zukunft eine Anknüpfung in dieſer Beziehung bieten können, wenn auch nur eine ſehr geringe, wie das der Exiſtenz eines ſtändigen Geſandten — es können ja da ſehr viel bedeutendere und lebendigere Beziehungen gedacht werden, als gerade ein ſtändiger Geſandter. Kurz, ich möchte dieſes Mittel nicht gerne abſchneiden; denn in einem ſolchen Konflikt, wie er hier vorliegt, iſt es ſehr ſchwer, für beide Teile, den erſten Schritt zu thun zu einer Annäherung, weil beide Teile der Meinung ſind, daß ihnen Unrecht geſchehen ſei; die Möglichkeit, einen ſolchen Schritt unter veränderten Verhältniſſen zu thun, liegt näher, ſo lange eine Vertretung des Deutſchen Reichs beſteht, und ſobald ſie Bürgſchaften für diejenige Behandlung, für die Sicherheit derjenigen Achtung hat, auf welche das Deutſche Reich in ſeinem diplomatiſchen Verkehr überall Anſpruch macht; ich kann mir ja ſehr wohl denken, daß die Erhaltung dieſer Stelle im Budget und deren Benutzung unter Umſtänden einen Weg zur Verſtändigung bietet, bei der keiner ſich gerade zu ſagen braucht, er habe den erſten Schritt gethan.

Deshalb möchte ich darum bitten, dieſen Weg nicht zu verſchließen, wenn ich auch für den Augenblick wenig Hoffnung habe, Sr. Majeſtät dem Kaiſer eine Beſetzung dieſes Poſtens in Vorſchlag bringen zu können, und das Gehalt mit Wahrſcheinlichkeit, jedenfalls im nächſten Jahre, als erſpart verrechnet werden wird.

Über die Regierung und die Volksrechte.

Rede gehalten am 16. Juni 1873.

Ich habe lange in Zeiten gelebt, wo jeder, der etwas vorzubringen hatte, was gerade seiner Stellung, seinem Bedürfnis, seinen politischen Ansichten entsprach, sich ausschließlich die Stellung als Volksvertreter und als Volk vindizierte. Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen, und zum Volke gehören wir alle, ich habe auch Volksrechte, zum Volke gehört auch Se. Majestät der Kaiser; wir alle sind das Volk, nicht die Herren, die gewisse alte, traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten. Das verbitte ich mir, den Namen Volk als Vorrecht für eine Partei in Anspruch zu nehmen und mich davon auszuschließen.

Der Herr Vorredner hat in einer rein sachlichen Debatte eine zwiespältige Stellung, eine Unterscheidung zwischen Regierung und Volk, zwischen Regierungsrechten und Volksrechten hervorgehoben. Es war ein Anklang an vergangene Zeiten darin. Ich sehe nicht ein, warum die einen Gesetze gerade das Verdienst haben sollen, Volksrechte zu betreffen, und die anderen nicht. Ich bleibe dabei, wir sind alle Volk, und die Regierungen mit, und ich brauche mir nicht gefallen zu lassen, daß zu meinem Nachteile aus dem Volke in seiner Masse die Regierungen ausgeschieden werden. Der Herr Vorredner hat gesagt: nachdem so viele Finanzgesetze beraten sind — also nachdem wir der Regierung so viele Summen bewilligt haben — hätten wir uns wohl auch mit den Volksrechten beschäftigen können. Wie? Sind denn die Finanzgesetze keine Volksgesetze? Ja, wenn sie es nicht wären, so hätten Sie Unrecht gethan, dieselben zu bewilligen! Ist die Verteidigung des deutschen Bodens kein Volksrecht? Ist die Herstellung und Sicherung von Festungen gegen feindlichen Überfall des Landes kein Volksrecht? Ist das Budgetrecht, das geordnete finanzielle Zustände im Deutschen Reiche herbeiführen soll, kein Volksrecht? Oder wollten Sie bloß die Angriffswaffen gegen die Regierung, das belagernde Element, wenn ich so sagen soll, gegen den jedesmaligen Stand der Regierung, für sich als Volksrechte vindizieren? Das, meine Herren, wäre eine Scheidung, die eine Fälschung der Situation sein würde, die ich nicht acceptieren kann, weil wir dabei ganz und gar zu kurz kämen. Diese Andeutung, für sich allein und

für ſeine ſpeziellen Beſtrebungen etwas Volkstümliches im öffentlichen Eindrucke herzuſtellen und für die Regierungsbeſtrebungen demnächſt etwas Volksfeindliches oder dem Volke Gleichgiltiges, — meine Herren, es iſt eine ſubverſive Tendenz, die darin liegt, und die ich allerdings von dem Herrn Abgeordneten, von der Fraktion, der er angehört, von ſeiner bisherigen Teilnahme an der Gründung und Befeſtigung des Reichs in keiner Weiſe erwartet habe, und die mich allerdings verletzt, indem ich mich dieſem Ausgeſchloſſenſein vom Volke, wie es in den Worten des Herrn Redners angedeutet lag, unmöglich unterwerfen kann.

Über die Pflicht der Regierung in bezug auf die Preßfreiheit.

Rede gehalten am 16. Juni 1873.

Der Herr Vorredner hebt mit Recht die Verdienſte der Preſſe, wenigſtens eines großen Teils der Preſſe, hervor, die ſie ſich erworben habe. Jede Sache hat aber ihre zwei Seiten, und ſo auch dieſe. Aber es giebt in der Bevölkerung und in dem Geſamtvolke eine Menge verſchiedener Schattierungen von Anſichten, von Intereſſen und Überzeugungen. Es giebt vielleicht 100 000 Leute, die ein direktes Intereſſe haben, die eine Freude daran haben, wenn die Preſſe ſo unabhängig, ſo frei und ſo bequem wie möglich geſtellt wird. Es giebt aber vielleicht ſehr viel mehr wie 100000 Leute noch, die dieſes Intereſſe nicht haben, die der weiteren freieren Entwicklung der Preſſe mit einer gewiſſen Sorge entgegenſehen. Die einen wie die anderen haben das Recht, berückſichtigt zu werden, und haben das Recht, ihre Uberzeugung in Geſetzesvorſchlägen auszudrücken; die Regierung hat nebenher die Pflicht, die andere Seite der Sache auch zu berückſichtigen und die Regierung in die Lage zu bringen, daß ſie ſich entſcheiden können für das eine oder andere Syſtem, und daß ſie bei den Wahlen ſich dahin ausſprechen können, welche Auffaſſung dem einzelnen Wähler gerade die entſprechendſte iſt. Aber ich möchte doch bitten, nicht von Hauſe aus es als Glaubensſatz aufzuſtellen: für unbeſchränkte Preſſe iſt Tugend und dagegen iſt Laſter, und mit einer Art von zornigem Verdammungsurteil jede Sorge der Regierungen, auch diejenigen

Leute, die anderer Meinung ſind, zu berückſichtigen und zu ſchützen, mit zornigem Verdammungsurteil, ſage ich, zu brandmarken, als wenn das ein Attentat gegen ein Volksrecht wäre. Ich ſehe in den Fragen, bis zu welchem Maße einerſeits die Freiheit der Preſſe entwickelt, bis zu welchem Maße andererſeits die durch die Preſſe Angegriffenen geſchützt werden ſollen, keine ſchlimmeren Fragen als in den Fragen, ob Schutzzölle oder Freihandel oder etwas mehr oder weniger. Das findet auch auf die Preſſe Anwendung. Da wollen wir doch nicht gleich gegenſeitig den Vorwurf machen, als ob es ſchimpflich und verächtlich wäre, in dieſen Fragen etwas mehr links oder rechts zu gehen, und als ob Ruhm, Ehre und Tugend lediglich auf der einen Seite, der unbeſchränkten Freiheit der Preſſe, und Laſter auf der anderen lägen. Es giebt eine Menge Leute, die anderer Anſicht ſind, und das wird ſich bei den Wahlen vielleicht zeigen.

Ob der Preßgeſetzentwurf, welcher jetzt der Beratung des Bundesrats unterliegt, (wie behauptet worden) im Reichstage nur auf 12 Stimmen zu rechnen hat, das iſt einerlei. Es giebt Situationen, wo es für die Regierung gar nicht darauf ankommt, einen beſtimmten Erfolg zu haben, ſondern wo es nur darauf ankommt, vor den Wahlen eine Quittung, eine Erklärung nach allen Seiten zu haben, nach welcher die Wähler ſich richten können. Mir iſt es durchaus nicht willkommen, ich ſuche einen Kampf wahrlich nicht, aber neutral bleibe ich nicht, und ſtillſchweigend zuzuſehen, wenn es ſich um die Intereſſen des Landes handelt, iſt nicht meine Aufgabe. — Ich bin mir der Pflicht, die verbündeten Regierungen zu vertreten, wohl bewußt und ich bin niemals hinreichend furchtſam und träge geweſen — trotz meiner ſchwachen Geſundheit — um davor zurückzuſchrecken.

Über die beſte Seſſionszeit für den Reichstag.

Rede gehalten am 16. Juni 1873.

Meine Herren! Ich habe nicht den Beruf, mich in eine Debatte einzumiſchen, die eigentlich nur darum ſich handelt, die Wünſche des Reichstages feſtzuſtellen. Die Berufung iſt eines derjenigen Rechte, die Sr. Majeſtät dem Kaiſer zuſtehen, ein

Recht, welches aber gerne so geübt werden wird, wie es den gesetzgebenden Körperschaften und namentlich dem Reichstag bequem ist. Ich wage auch nicht das Feld der Kritik über die Frage zu betreten, inwieweit der Reichstag durch seine Geschäftsordnung und durch die Art seiner Verhandlungen seinerseits dazu beitragen könnte, eine bequemere Zeit zu ermöglichen, vielleicht die Verhandlungen abzukürzen; das liegt außerhalb meines Berufs. Eine Herabsetzung der Beschlußunfähigkeit, glaube ich, würde eher dahin wirken, die Vollzähligkeit des Reichstages sicherer zu stellen, als sie bisher ist; wenigstens wenn wir nach dem Beispiele Englands uns richten, wo 40 Mitglieder in der Lage sind, giltige Beschlüsse zu fassen, wo also jeder sich getrieben fühlt, zu erscheinen, damit etwa nicht die Vierzig, deren Zusammensetzung er nicht kennt, hinter dem Rücken der Anderen Beschlüsse fassen, deren Legalität nachher nicht mehr anfechtbar ist.

Was die Wahl der Zeit betrifft, so kann ich nur so viel aussprechen, daß ich die bisher wesentlich aus Gefälligkeit für die Einzellandtage gewählte Zeit nicht für die richtige halte. Wir kommen in jedem Jahre in die unangenehme Lage, daß wir nicht fertig sind mit unseren Arbeiten, wenn die Jahreszeit und die Sonnenstrahlen mahnen, Berlin zu verlassen.

Daß die jetzige Zeit eine unrichtig gewählte ist und daß der Reichstag zwischen den sämtlichen parlamentarischen Körperschaften in dieser Beziehung als eine Art von Aschenbrödel behandelt ist, dem zugeschoben wird, was der Landtag nicht mag — das ist eine Einrichtung, der ich mich, wenigstens so weit mein Einfluß reicht, nicht länger füge; es leidet meines Erachtens darunter auch die nationale reichsmäßige Entwicklung, wenn die einzelnen Länder und Landtage sich gewöhnen, die Reichseinrichtungen als ein Zugehör ihrer Partikulareinrichtungen zu betrachten, wenn sie sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß das Reich kein Anbau an das Gebäude der Einzelstaaten ist, sondern daß es die umfassende Wölbung ist, unter der die einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit wohnen und die zu pflegen die Aufgabe aller ist. Meines Erachtens hat das Reich das Recht, sich diejenige Zeit zu wählen, die überhaupt für parlamentarische Versammlungen in großen Städten die geeignetste ist. Das ist der Winter. Welchen Teil des Winters man dazu wählen will, für welchen Teil des Winters die Wünsche in dieser

Verſammlung und im Bundesrate ſich vorzugsweiſe entſcheiden, das laſſe ich dahin geſtellt.

In dieſem Jahre habe ich, während der preußiſche Landtag hier ſaß, vielfach darauf gedrängt, daß der Reichstag früh genug berufen wurde, und ich habe, da ich nicht der Meinung bin, daß der Reichstag ganz rückſichtslos gegen die Landtage verfahren ſoll, Anſtand genommen, Sr. Majeſtät dem Kaiſer zu raten, daß dies früher geſchah, als es geſchehen iſt, weil von ſeiten der Vertreter der Einzelſtaaten der entgegengeſetzte Wunſch ſehr ſtark accentuiert wurde. Aber wenn wir auch rechtzeitig zuſammenberufen waren, ſo war es doch bei der heutigen Einrichtung in der That nicht möglich, zu der Zeit die notwendigen Vorlagen in hinreichendem Maße fertig zu ſtellen. Das Budget kann nicht wohl früher aufgeſtellt werden, als nach Einſicht der Abſchlüſſe des Vorjahres, nachdem man einigermaßen ein ſicheres Urteil über die Reſultate des Vorjahres gewonnen hat, was bekanntlich kaum unter 3 Monaten nach Abſchluß des vorigen Jahres möglich iſt. Man würde alſo, wenn man in der Zeit der Zuſammenkunft andere Einrichtungen trifft, vielleicht auch andere Einrichtungen im Beginn des Budgetjahres treffen müſſen, man würde es vielleicht um 3 Monate zu verlegen haben, was ſeine Schwierigkeit hat und viele Arbeit erfordert, aber doch nicht ſo viele Schwierigkeiten, wie von denjenigen behauptet wird, denen die Arbeiten zur Laſt fallen, die damit verbunden ſind. Ausführbar iſt die Maßregel auch nach dem von mir eingeholten Zeugniſſe des preußiſchen Herrn Finanzminiſters, der ja die umfaſſendſte Arbeit dabei haben würde, ſehr wohl, wenn es auch mit erheblichen Arbeiten verknüpft wäre.

Ich kann für meine Stellung zur Sache als Reichskanzler nur die Erklärung geben, daß wir die Wünſche des Reichstages im Bundesrate ſorgfältig erwägen und daß ich deren Berückſichtigung Sr. Majeſtät dem Kaiſer aufs dringlichſte und, wie ich glaube, mit Erfolg anraten werde, daß aber, wenn wir mit den Wünſchen des Reichstages, auf deſſen Konvenienz ich ja gerne Rückſicht nehme, einig ſind, keine Rückſicht auf irgend eine partikulare Verfaſſungsbeſtimmung mich abhalten wird, Sr. Majeſtät dem Kaiſer zu raten, zu der Zeit, über die wir einig ſind, den Reichstag zu berufen. Mögen die Partikularverfaſſungen in der Richtung geändert werden, wenn es nötig iſt! Das iſt eine Aufforderung, die näher liegt, als daß die Inſtitutionen des

Reiches ſich beugen ſollen unter die Bedürfniſſe der einzelnen Staaten.

Über die Civilehe.

Rede gehalten am 17. Dezember 1873.

Der Herr Vorredner hat mir die Ehre erzeigt, eine vor 25 oder 24 Jahren, ungefähr vor einem Vierteljahrhundert, von mir unter andern Umſtänden gehaltene Rede wiederholt zu zitieren.

Der Herr Vorredner befand ſich damals mit mir in einer Fraktion; ich habe aber außerdem den Vorzug gehabt, vor den großen politiſchen Bewegungen in näherer Beziehung zu ihm zu ſtehen, und habe mir dadurch einigermaßen, wenn auch nicht ohne Mühe, ein Urteil von ſeiner Stellung zu politiſchen Dingen gebildet. Der Herr Vorredner hat mich damals oft durch einen überlegenen Geiſt und ſeine Beredſamkeit von der Richtigkeit ſeiner Anſichten überzeugt, und es trat dann ein Moment ein, ein kurzer Moment, wo wir gleicher Anſicht waren. Wenn der Herr Vorredner das aber gewahr wurde, ſo habe ich immer den Eindruck gehabt, daß ihm dieſes Gefühl unbehaglich war, mit irgend jemand gleiche Anſicht zu hegen — dann trat das Bedürfnis bei ihm ein, ſeine Anſicht etwas anders zu geſtalten und neue Seiten zur Diskuſſion zu ſtellen; wir ſind alſo nie lange einer Meinnng geblieben.

Ich habe in der langen preußiſchen Geſchichte die Phaſe nicht finden können, welche ſich der zuſtimmenden Würdigung des Herrn von Gerlach erfreut hat. Er war nicht für den ſtrengen Abſolutismus Friedrich Wilhelms I., der von manchem, vielleicht auch von dem Herrn Vorredner, wenn ich mich recht erinnere, für eine Fortſetzung desjenigen Anfangs der Revolution betrachtet wurde, die Ludwig XIV. begann, indem er durch Gewalt von oben die alten Rechte zertrümmerte; dieſer Abſolutismus hatte ſeinen Beifall nicht. Friedrich II. verſagte er den Beinamen des Großen aus Gründen, die ich nicht zu erörtern habe, die aber vom Standpunkte der Kirchenpolitik auf der Hand liegen. Friedrich Wilhelm II. hatte ſeinen Beifall auch nicht, die Zeit vor 1806, Friedrich Wilhelm III., ebenſowenig wie die nach 1813. Der einzige Moment, in dem mir

ſcheint, daß der Herr Vorredner ſich je im Einverſtändnis mit dem preußiſchen Staatsprinzipe befunden hat, war, glaube ich, der Beginn der Kämpfe von 1813; ob er nach der Schlacht von Leipzig noch in ganz derſelben Übereinſtimmung geweſen iſt, weiß ich nicht. Sicher aber iſt, daß unter des zuletzt regiert habenden Königs Majeſtät weder die Phaſe vor 48, noch die nachher den Beifall des Herrn Vorredners hatte. Die Ehrfurcht vor meinem früheren Herrn verbietet mir, auf die Einzelheiten einzugehen, auch die Diskretion gegen meine Fraktionsgenoſſen von damals — aber weder die Zeit vor 48, noch das Verhalten der Revolution von 48 gegenüber, noch das Miniſterium Manteuffel und noch weniger die neue Ära hatten den Beifall des Herrn Vorredners, ſondern wurden mit derſelben ſcharfen und — vernichtenden will ich nicht ſagen — aber ätzenden Kritik, die er heute anwendet, verfolgt und verurteilt.

Eine poſitive Erklärung, wie es denn eigentlich zu machen ſei an Stelle deſſen, habe ich von dem Herrn von Gerlach niemals gehört, ſie wurde immer auf das nächſte Mal verſchoben, wie wir es auch in den damaligen Artikeln der „Kreuzzeitung“ geleſen haben, die mir damals ein befreundetes Blatt war, aber ich habe gefunden, daß wir oft an einem Tage eine vernichtende Kritik aller Mißſtände im Staate fanden, und dann lautete immer der Schluß: was nun zu thun ſei, wird in einem nächſten Artikel entwickelt werden.

Ich glaube, daß auch jetzt der Herr Vorredner in Verlegenheit ſein würde, auszuſagen, wie wir es zu machen hätten, ich ſetze bei ihm aber eine vollſtändige Befriedigung für den Augenblick voraus, die ich ihm bei meinen perſönlichen Gefühlen für ihn gönne; denn er hat jetzt das Bewußtſein, ſich in einer Stellung zu befinden, zu der ſchwerlich jemand ihm nachfindet. Daß jemand, der weder Katholik noch Pole iſt und welfiſche Sympathieen doch nur in mäßigem, indirektem Maße haben kann, daß der ſich der Centrumspartei anzuſchließen vermag, da beſetzt er eine iſolierte Säule, auf der neben ihm kein anderer Platz hat, und wo er ganz ſicher iſt, die Unannehmlichkeit nicht zu erleben, daß jemand mit ihm gleicher Meinung iſt. Ich weiß, auch ſeine heutigen Fraktionsgenoſſen können es ja unter keinen Umſtänden: für die bleibt er der Ketzer, der Ungläubige, der ja natürlich über alle die Gegenſtände, die vorkommen, doch in letzter Inſtanz nicht dieſelben Anſichten haben kann.

Der Herr von Gerlach, wenn er evangeliſcher Chriſt ge-

blieben ist, kann doch unmöglich darauf hinausgehen, für Se. Heiligkeit den Papst diejenigen Rechte in Preußen zu beanspruchen, die die übrigen Fraktionsmitglieder vielleicht in genauer logischer Konsequenz ihres Glaubens fordern; er würde damit zu dem Standpunkte kommen, auf dem, wie ich annehme, ein Katholik seinem Glauben nach stehen kann, — er ist dann aber ein bedenkliches Glied für den staatlichen Verband — daß kein Gesetz in Preußen gegeben werden kann, welches nicht die Billigung des Papstes hätte, oder wenigstens, daß er die weltliche Obrigkeit nicht berechtigt hält, ein Gesetz zu geben, welches vom Papst ausdrücklich verurteilt wird. Sie können aber diesen Grundsatz nicht anders durchführen als in einem Staate, wo die katholische Religion Staatsreligion ist, und selbst, wenn das ein weltlicher Staat wäre, kämen Sie damit auch nicht vollständig bis an die Grenzen der Logik, die Sie erstreben; Sie können das eigentlich nur im Kirchenstaate, der ein geistliches Oberhaupt hat. Sie kommen also notwendig darauf, nicht nur den Kirchenstaat in Italien zu erhalten — das ist ja eine sehr geringe Forderung im Vergleich mit der, die Sie hier Ihren evangelischen Mitbürgern stellen, — sondern den Kirchenstaat auf die Gesamtheit der Welt auszudehnen, überall wo nur einige Katholiken darin wohnen. In letzter Instanz sind Sie doch verpflichtet, sich dem entscheidenden Urteile des Papstes zu fügen. — —

Wenn der Herr von Gerlach die Einzelheiten meiner älteren Reden zitierte, so möchte ich ihm zuerst einmal sagen: wenn er ein so schweres Gewicht auf meine Überzeugung, die ich vor 25 Jahren ausgesprochen habe, legt, warum will er denn nicht meinen lebendigen Worten von heute glauben; oder umgekehrt, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, so nehmen wir an, nicht der Herr Vorredner, sondern ich wäre seit der Zeit altersschwach geworden. Ich war damals in der Vollkraft meiner Jahre. Ich mag durch Anstrengungen gelähmt sein, vielleicht bin ich nicht mehr so frisch wie damals, das würde ja in der Sache nichts ändern.

Aber ich habe mich noch nie geschämt, eine Meinungsänderung in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nötigten, entweder in etwas nachzugeben, oder mich zu überzeugen, daß es so, wie ich wollte, im Interesse des Landes eben nicht geht. Ich bin nun, ich glaube im zwölften Jahre, einer Regierung Leiter, die unter schwierigen und stürmischen Ver-

hältniſſen begonnen und geführt worden iſt; ich bin danach recht zufrieden, wenn man mir aus dieſem jüngeren Zeitraum, aus der zweiten Hälfte dieſes Vierteljahrhunderts, auf das der Herr Vorredner zurückgriff, nicht den Vorwurf machen kann, daß ich mich in irgend welchen für den Staat entſcheidend wichtigen Dingen recht erheblich getäuſcht hätte in meiner Vorausſicht und Beurteilung.

Ich treibe keine Fraktionspolitik als Miniſter, ſondern ich habe gelernt, meine perſönliche Überzeugung den Bedürfniſſen des Staates unterzuordnen. Ich glaube, daß es ſo ſein muß, und ich halte es für eine ſchlechte Überzeugungstreue, die im Staatsdienſte ſagt: mag das Kind mit dem Bade ausgeſchüttet werden, mag der Staat zugrunde gehen, es iſt meine Überzeugung, ich kann nicht anders. Das können Fraktionsmitglieder, die des Morgens ihre Führer fragen, wie ſie ſich zu verhalten haben. Es erinnert mich dies immer an die falſche Mutter im Salomonſchen Urteil, die dafür ſtimmte: zerſchneidet das Kind, zertrümmert den Staat, gut, mir ſoll es recht ſein, wenn ich nur meinen Willen habe.

Wenn der Herr Vorredner dann an den prägnanten Schlußſatz einer alten Rede erinnert — ich habe ſie lange nicht geleſen; aber als ſie vorhin verleſen wurde, habe ich ſie wirklich mit einiger Befriedigung angehört; ich glaube, ſie war oratoriſch nicht übel, aber welches auch der Inhalt ſein mag, ſo kann ich doch unmöglich, wenn ich als evangeliſcher Chriſt von „der Kirche“ ſprach, im Jahre 1849 die katholiſche Kirche nach den heutigen vatikaniſchen Beſtimmungen als den Fels betrachtet haben, den ich dort als unter allen Stürmen feſtſtehend bezeichnete. Jedenfalls wird man annehmen müſſen, da ich meine evangeliſche Überzeugung immer feſt, durchſichtig und offen ausgeſprochen habe, daß ich damals nur an die evangeliſche Kirche habe denken können, keineswegs an die römiſch-katholiſche, noch weniger an die — vatikaniſche, wie ſie ſich heute geſtaltet hat.

Meine perſönliche Stellung zu der heutigen Lage der Frage der Zivilehe iſt die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, ſondern ungern und nach großem Kampfe entſchloſſen habe, in Gemeinſchaft mit meinen Kollegen bei Sr. Majeſtät den Antrag auf Vollziehung dieſer Vorlage zu ſtellen, und mich entſchloſſen habe, mit ihnen dafür einzuſtehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Geſichts-

punkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Teil der Unterthanen Sr. Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegenüber dem Gesetze und dem Staate über diesen Teil der Königlichen Unterthanen verhängt hat, und um von seiner Seite, soviel an ihm liegt und soviel der Staat vermag, seine Pflicht zu thun. Es ist ja ein Zugeständnis, das der Staat dadurch machen wird, daß er dieses Gesetz giebt, indem er damit Konflikten ausweichen will, so lange es möglich ist. Es liegt ja gewissermaßen ein Vorzug, wenigstens ein Halt, welcher Zeit zur Besinnung geben soll, darin, daß der Staat, anstatt den Kampf mit den Bischöfen und ihren Anhängern hart durchzuführen, ein friedliches Wasser schafft, in welches die künstlich angeschwellte Woge zurückgehen kann. Unter diesen Umständen glaube ich, daß der Staat ein Bedürfnis der Notwehr mit diesem Gesetze erfüllt, und ich bin entschlossen, dafür einzustehen wie für so manches, was meinen persönlichen Überzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Ich bin ein, den Gesamtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber sich unterordnender Staatsmann.

Ich habe gesagt, ich wollte den Ausdruck „revolutionär" (in bezug auf das Verhalten der Bischöfe) noch näher erläutern. Was ist denn das Wesen und die prinzipielle Rechtfertigung der Revolution? Auf das gewaltthätige Element kommt es dabei doch weniger an, als auf die Vorbereitungen der Revolution in den Gemütern. Der eigentliche Standpunkt eines jeden Revolutionärs resumiert sich immer dahin: ich stelle mein eigenes Urteil höher, als die Macht des Gesetzes; da nach meinem eigenen, persönlich-individuellen Urteil oder nach dem Urteil der mich betreffenden Kategorie oder Fraktion dieses Gesetz ein ungerechtfertigtes ist, so verweigere ich ihm den Gehorsam und habe das Recht der Auflehnung. Das Wesen eines revolutionären Standpunktes besteht immer darin, daß man das eigene Urteil, das eigene Belieben über das im Staate geltende Gesetz stellt. Das Wesen der Reform im Gegensatze zur Revolution liegt in dem Bestreben, auf legalem Wege zu Änderungen des Gesetzes zu gelangen, letzterem aber zu gehorchen, so lange es gültig ist.

Dieſen Boden haben die Biſchöfe verlaſſen, ſie haben geſagt, wir erkennen das Geſetz als verbindlich nicht an, wir gehorchen ihm nicht, und inſofern glaube ich die Stellung, welche die Biſchöfe gegen den Staat heut einnehmen, als revolutionär bezeichnen zu können.

Ich habe nicht die Zeit, in den tiefen Schacht der Zitate hineinzuſteigen, ſonſt könnte ich dem Herrn von Gerlach auch den Beweis führen, daß ſeine heutige Stellung ſehr wenig verträglich iſt mit ſehr vielen Worten, die er vor 25 Jahren geſagt hat und daß er in der Zeit vom 55. bis zum 80. Jahre erhebliche größere Wandlungen dem Staate gegenüber durchgemacht hat, als ich in der Zeit vom 35. Jahre bis zu dem heutigen. Indeſſen, meine Herren, darauf kommt es ja hier nicht an, was irgend jemand vor 25 Jahren geſagt hat: es kommt hier lediglich darauf an: was iſt für den Staat, für das Land, für ſeinen Frieden und ſein Gedeihen nützlich und notwendig. Ich habe mir früher an dem Herrn Vorredner oft ein Beiſpiel im politiſchen Verhalten genommen, ich möchte den Herrn Vorredner bitten, heut einmal meinem Beiſpiel zu folgen. Ich bin der höchſte Staatsbeamte ſeit langer Zeit und habe für den Herrn Vorredner vielleicht in dieſer Eigenſchaft ein gewiſſes Gewicht, eine Autorität; perſönlich möchte ich ihn bitten, von mir auch nur einen geringen Grad von Beſcheidenheit in Unterordnung des eigenen Urteils unter das Bedürfnis der allgemeinen Wohlfahrt zu lernen!

Über die Lamarmoraſchen Enthüllungen.

Rede gehalten am 16. Januar 1874.

Ich habe gehört, daß in der heutigen Sitzung von dem Abg. von Mallinckrodt behauptet worden iſt, ich hätte bei früheren Verhandlungen dem italieniſchen General Govone die Abtretung eines preußiſchen Bezirkes — ich weiß nicht genau wo, an der Moſel oder an der Saar — in Ausſicht geſtellt. Ich bin genötigt, dies mit den ſtärkſten Ausdrücken für eine dreiſte, lügenhafte Erfindung zu erklären, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht iſt. Aber der Herr Abgeordnete ſollte doch vorſichtiger ſein im Wiedererzählen

ſolcher Behauptungen, die dieſe ſcharfe Kritik verdienen. Die Sache iſt in lügenhafter, gehäſſiger Abſicht erfunden worden; es iſt auch nicht eine Silbe davon wahr. Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugeſichert oder in Ausſicht geſtellt. Alles, was darüber zirkuliert und behauptet wird, erkläre ich in ſeinem ganzen Umfange für das, was ich vorhin ſagte: für eine dreiſte, tendenziöſe Lüge, die zur Anſchwärzung meiner Perſon erfunden worden iſt.

Ich bin zugleich, da ich einmal zur perſönlichen Bemerkung das Wort genommen habe, genötigt, nun auch einen andern Fall, der geſtern vorgekommen iſt, in ähnlicher Weiſe zurückzuweiſen. Ich möchte aber alle Herren, die dabei beteiligt ſind, und namentlich, wenn ſie ſo vorzugsweiſe, ihrer Behauptung nach, die Sache des Chriſtentums, der Religion, der Wahrheit vertreten, bitten, doch in Beziehung auf die Wahrheit ihrerſeits etwas vorſichtiger zu ſein und nicht alles ohne Prüfung als Wahrheit anzunehmen, was ihnen aus unlauterer Quelle beigebracht wird. Ich möchte den Herren doch zu bedenken geben, daß die ihnen von Gott geſetzte Obrigkeit, die über uns regiert, auch in den Organen, die Se. Majeſtät an die Spitze des Reiches ſtellt, vor dem Auslande wenigſtens einen gewiſſen Anſpruch auf — ich will nicht ſagen auf perſönliche Rückſicht, nein, aber doch auf dezente Behandlung hat, daß man ſich nicht die Aufgabe ſtellt, die eigene Regierung vor dem Auslande zu verleumden.

Was den geſtrigen Vorgang betrifft, ſo hat mir der Abg. von Schorlemer Inkonſequenzen nachzuweiſen geſucht; nun, wenn ihm das wirklich gelungen wäre, ſo würde die Sache, die er verteidigt, damit nicht in irgend einem Maße gebeſſert ſein; aber es iſt ihm auch in keiner Weiſe gelungen. Er hält mir vor, ich hätte früher geſagt, das Dogma der Unfehlbarkeit, welches von Millionen Katholiken angenommen ſei, müſſe reſpektiert werden. Das iſt auch heute noch meine Anſicht. Ich habe es auch reſpektiert. Habe ich es je angefochten? Beſtreitet man Ihren Glauben in irgend einer Weiſe? Ich habe nur die Konſequenzen gezogen, die ihm für unſer Staatsleben entfließen, und auf die Schwierigkeiten aufmerkſam gemacht, die in unſer Staatsleben dadurch kommen, und infolge deſſen auf die Notwendigkeit aufmerkſam gemacht, daß man ſo wenig wie möglich von Glaubensſachen in das Staatsleben hineinthun müſſe. Aber

den Glauben reſpektiere ich ja, und würde, wenn er ſich auf Dinge erſtreckte, die mir und den anderen evangeliſchen Chriſten noch ferner wären, ihn dennoch reſpektieren. Wie das damit in Widerſpruch ſteht, was ich neulich über eine andere Sache geſagt habe, das verſtehe ich nicht. Die Herren müſſen nur nicht die Freiheit des Glaubens ſo auslegen wollen, als ob ſie darin beſtehe, daß ſie über Andersgläubige und über den Staat eine Herrſchaft üben. Für ſie iſt Nichtherrſchen ſchon mit Unterdrücktſein gleichbedeutend. Ich habe es neulich ſchon geſagt: wir verlangen für unſere Überzeugungen auch Unabhängigkeit für uns Andersgläubige und verlangen Achtung vor unſerem Glauben, die wir bei Ihnen nicht immer finden. —

Der Herr v. Schorlemer hat ferner behauptet — und das iſt eine Behauptung, die in dieſelbe Kategorie der heutigen des Herrn v. Mallinckrodt's gehört — ich hätte die ungariſchen und dalmatiſchen Regimenter 1866 zum Abfall auffordern laſſen. Das iſt einfach nicht wahr. Für die behaupteten Thatſachen von 1866 würde der Abgeordnete aber doch irgend einen Beweis beibringen müſſen. Es iſt weltbekannt, daß ſich eine ungariſche Legion aus ungariſchen Kriegsgefangenen hier gebildet hat; es wurden uns in der Beziehung Anerbietungen ſchon bei Ausbruch des Krieges gemacht; ich habe ſie damals zurückgewieſen, obſchon es gewiß eine ſchwere Verantwortung für einen Miniſter war, in einem Kampfe mit einem ſo waffenmächtigen Reiche wie Öſterreich — die Unſrigen waren damals nicht erprobt — irgend einen Beiſtand zurückzuweiſen, der nach Kriegsrecht möglich war; es wäre das eine Unterſchätzung des Gegners geweſen. Indeſſen, da ich immer darauf gerechnet hatte, die Verhältniſſe mit Öſterreich nicht dahin zu treiben, daß ſie zu unverſöhnlichem Zwieſpalt führten, — eine Überzeugung, der ich noch Ausdruck gegeben habe, und zwar bis zu Seiner Apoſtoliſchen Majeſtät hin, in dem Momente, wo unſere Truppen ſchon marſchierten, da noch habe ich Vorſchläge gemacht, die leicht zu einer Vereinbarung hätten führen können, — alſo ich habe am Anfange des Krieges ungariſche Anerbietungen zurückgewieſen, und erſt in dem Moment, als nach der Schlacht bei Sadowa der Kaiſer Napoleon telegraphiſch ſeine Einmiſchung in Ausſicht ſtellte, da habe ich mir geſagt: Ich habe meinem Lande gegenüber nicht mehr Recht, irgend ein Mittel der Verteidigung und Kriegsführung, welches kriegsrechtlich vollſtändig erlaubt iſt, zu verſchmähen, da ich es nicht darauf ankommen laſſen

wollte, daß unſere Erfolge durch das Erſcheinen Frankreichs auf der Bühne wieder in Zweifel geſtellt würden; wenn Frankreich auch damals ſehr wenig Truppen hatte, ſo hätte doch ein gewiſſer Zuſatz von franzöſiſchen Truppen hingereicht, um aus den zahlreichen ſüddeutſchen Truppenmaſſen, die ein ſehr gutes, aber nicht organiſiertes Material darſtellten, eine recht tüchtige Armee zu machen, die uns ſofort in die Lage gebracht hätte, zunächſt Berlin zu decken und alle unſere Erfolge in Öſterreich aufzugeben. Damals alſo habe ich in einem Akt der Notwehr die Bildung dieſer Legion nicht gemacht, ſondern ermächtigt. Was liegt nun darin Revolutionäres? Ich möchte einmal die Frage oder Erwägung des geſtrigen Herrn Redners umkehren. Wenn wir nun mit einem wiedererſtarkten Frankreich im Kriege wären und die Hetzereien der ſüddeutſchen Blätter fortdauerten, die dieſelbe Sache, wie die Herren vom Zentrum hier und wie die „Germania“, nur etwas plumper, verteidigen, — und es träte dann der Fall ein, daß mit Zuhilfenahme der unterwühlenden Tendenzen, des Beiſpiels der Geſetzesverachtung, welches die hochſtehendſten Prälaten geben, der aufregenden Erörterungen, die wir in den Blättern des Zentrums an Volksſchichten gerichtet ſehen, die ſo genau logiſch ihre Pflichten und Rechte nicht abwägen, wie wir es hier in dieſem Raume thun, — alles dieſes, ſage ich, hätte zur Folge, daß ſich nun aus deutſchen Mitbürgern oder aus deutſchen Kriegsgefangenen in Frankreich eine päpſtliche Legion bildete, um Frankreich beizuſtehen, würde dann Herr v. Schorlemer dem franzöſiſchen Staatsmann, der in dem ſehr ſchweren Kampf mit dem Deutſchen Reich ſich dieſe Verirrung einiger unſerer Landsleute zu nutze machte, würde Herr von Schorlemer dem franzöſiſchen Staatsmann, der an der Spitze ſtände, vielleicht dem König Heinrich, Grafen von Chambord, die Annahme dieſer Hilfe als ein revolutionäres Gebahren vorwerfen? Ich glaube nicht. Er könnte eher die Deutſchen Revolutionärs nennen — obſchon es noch andere Bezeichnungen dafür giebt — die von ihrem Vaterlande abfallen und dem Feinde Dienſte leiſten.

Eins hat mich mit am meiſten frappiert, was eigentlich nicht gegen mich perſönlich gerichtet war; aber daß der Herr Vorredner die Lockerung aller Bande der Familie gewiſſermaßen und das Geborenwerden „unter dem Fluche der Sünde“ als eine natürliche Folge der Einführung der Zivilehe anſieht — trifft denn dieſe Folge der Zerrüttung des Familienlebens, z. B.

bei unſeren rheiniſchen Landsleuten zu, die doch dem Herrn Vorredner in Weſtfalen beſſer bekannt ſein werden, als die politiſchen Thatſachen, auf die er ſich bezogen hat? Iſt denn da das Familienleben ſo zerrüttet und zerſtört? Ich finde gerade das Familienleben und insbeſondere das eheliche Verhältnis bei unſeren rheiniſchen Mitbürgern ein Beiſpiel ächt deutſcher Sitte, das mit demjenigen, was man von Fraankreich kennt, auf das angenehmſte kontraſtiert. Ich glaube, daß gerade am Rhein, wenn man ſtatiſtiſche Zahlen über dieſe Frage überhaupt aufſtellen könnte und wollte, die eheliche Sittlichkeit eine ſehr hohe Stufe einnehmen würde. — Und ich möchte an den Vorredner als Chriſt — denn ich glaube, gewiſſe Grundbekenntnis-Wahrheiten teilen wir doch — die Frage ſtellen, ob er ſelbſt denn glaubt, nicht unter dem Fluch der Sünde geboren zu ſein? Wenn er das behauptet, ſo muß ich ſagen, daß ihm, der als einer der hauptſächlichen Verteidiger des Chriſtentums auftritt, nicht nur die Kenntnis der Politik, ſondern auch die Kenntnis einer der erſten chriſtlichen Heilswahrheiten abgeht.

Über die Verleumdungen Lamarmora's.

Rede gehalten am 16. Januar 1874.

Der Herr Vorredner hat eine eigentümlich in der Politik der ganzen Partei begründete Art, ſich aus der Affaire zu ziehen, ſo wie er ſieht, daß die Schußlinie unangenehm wird, und den Vorwurf zu „indoſſieren“ an einen anderen (Lamarmora), der übrigens weder Miniſter-Präſident noch General mehr iſt, ſondern einfacher Privatmann, der in unerlaubter Weiſe Aktenſtücke veröffentlicht hat, die in ſeinem früheren amtlichen Verhältnis zu ſeiner Kenntnis gekommen ſind — ein Verfahren, gegen das, wie mir von italieniſcher Seite auf meine vertraulichen Erkundigungen mitgeteilt iſt, ein Strafgeſetz in Italien nicht gültig iſt. Zugleich aber — und das zeigt doch auch das Maß von Anſehen, das in Italien dieſen Veröffentlichungen zu teil wird, iſt mir geſagt worden, daß man in folge dieſes Vorgangs das Bedürfnis anerkannt hätte, ein ſolches Strafgeſetz in Italien herzuſtellen. Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugnis eines Feindes, als das der Thatſachen herbeizieht, wundert mich nicht;

ein ſolcher aber iſt der General Lamarmora nach ſeinem ganzen Verhalten und nach ſeiner ganzen Politik, und ich könnte über ſeine Politik viel mehr und viel unangenehmere Bücher ſchreiben, als er über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in ſolche Erörterungen hineinzuziehen. Inſofern ſteht aber der Herr Vorredner viel freier da; er braucht auf die Intereſſen und Ehre des eigenen Landes und auf deſſen Beziehungen zu fremden Mächten ſo viel weniger Rückſicht zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin.

Der Herr Vorredner ſagte, er hätte ſeinerſeits an die Echtheit geglaubt. Ja, meine Herren, wenn ich alles öffentlich ſagen wollte, was ich glaube über manche Leute, ſo könnten wir leicht in eine üble Lage kommen. Ich halte mich dazu jedoch nicht für berechtigt, namentlich in öffentlicher Verſammlung und in amtlicher Stellung, ehe ich nicht die Wahrheit deſſen, was ich vorbringe, etwas mehr geprüft habe. Der Herr Vorredner begründet eine Art von Recht, an die Sache zu glauben, darauf, daß Monate lang dieſe, wie geſagt, von einem Privatmann veröffentliche Sammlung zu Unrecht entwendeter Aktenſtücke — ohne Widerlegung blieb. Ja, meine Herren, wenn ich mich auf die Widerlegung alles deſſen einlaſſen wollte, was gegen mich gedruckt wird, auch nur vielleicht im Sinne der hier vertretenen Mittelpartei gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds; da müßte ein beſonderes Miniſterium dazu eingerichtet werden, um das bloß leſen zu laſſen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verſchiedenen Geſtaltungen der europäiſchen Politik ſtets mit entſchloſſener Vertretung der Intereſſen meines Königs und meines Landes durchgeführten politiſchen Leben iſt mir die Ehre zu Teil geworden, ſehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gaskogne anzufangen, bis zur Weichſel, von dem Belt bis zur Tiber, ſuchen Sie an den heimiſchen Strömen, der Oder und dem Rhein umher, ſo werden Sie finden, daß ich in dieſem Augenblicke wohl die am ſtärkſten und — ich behaupte ſtolz! — **die am beſten gehaßte Perſönlichkeit** in dieſem Lande bin.

Wenn nun der Herr Vorredner mir noch vorgeworfen hat, daß ich geſtern bei einer ſolchen Tagesordnung nicht anweſend war: ja, ich habe nicht die Aufgabe, in das einzelne dieſes Geſetzes (über die Zivilehe) einzugehen, denn die Vertretung der Staatsregierung iſt ja in guten Händen; aber der Herr Vor-

redner kann ſicher ſein, wenn auf der Tagesordnung nicht die Zivilehe geſtanden hätte, ſondern: „Verbreitung falſcher Thatſachen gegen den Miniſter-Präſidenten," ſo würde ich gewiß erſchienen ſein. — — —

Mir kommt es ſo vor, daß der Herr Vorredner doch noch beſtimmter mich beſchuldigt hat, als ſelbſt das Buch des Generals Lamarmora. Aber, meine Herren, wenn jemand in der Politik offen vor ganz Europa auf der Bühne hat wirken können, wie ich, dann hat er doch wohl das Recht, ſich auf Thatſachen zu berufen, und dagegen alle apokryphen Winkelſkribenten, mögen ſie Titel haben, wie ſie wollen, als Zeugen zurückzuweiſen. Iſt denn irgend etwas abgetreten? Exiſtiert denn irgend wo eine Verhandlung darüber? Hätten wir nicht, wenn wir etwas hätten abtreten wollen, mit großer Leichtigkeit, mit ſehr wenig, mit wenig Dörfern, nur daß der Schandfleck an unſerer Politik gehaftet hätte, alles erreichen können? Das wäre ja dem Kaiſer Napoleon genug geweſen. Hätte ich nicht die gewaltigſten Reſultate auf dem Gebiete bei Frankreich leicht erreicht, wenn ich danach geſtrebt hätte? Sollte ich etwa bei Frankreich einen Korb bekommen haben? Wäre es nicht das leichteſte von der Welt geweſen, zum Abſchluß mit Napoleon zu kommen, wenn ich hätte ſo verfahren wollen, wie der Herr Vorredner noch immer doch zu glauben beinahe vorgiebt. Jedenfalls wünſcht er, daß andere es glauben.

Meine Herren, ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf dieſe Weiſe zu nötigen, durch einen Mißbrauch der Tribüne zur Verleumdung der eigenen Regierung den Leiter der Regierung zu nötigen, ſich hier gegen ſolche Vorwürfe zu verantworten, und Ihre und meine Zeit damit zu töten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentariſche Ausdruck fehlt; aber die Preſſe wird ihn wohl finden.

Rede bei der Beratung des Antrags der Elſaß-Lothringer auf Beſeitigung der bisherigen Beſchränkungen der dortigen Preſſe.

Gehalten am 3. März 1874.

Ich halte es für meine Pflicht, in einer Angelegenheit, wo die Verantwortlichkeit ſchließlich ſich auf mich perſönlich zuſpitzt, auch mein perſönliches Zeugnis abzulegen. Es iſt ja in der Regel für einen Miniſter nicht angenehm, einer öffentlichen Verhandlung beizuwohnen, in welcher eine Verwaltung, für die er verantwortlich iſt, der Kritik unterzogen wird. In dieſem Falle wird das unbehagliche Gefühl aber ganz außerordentlich durch den erfreulichen Eindruck gemildert, den ich mir fortwährend zu vergegenwärtigen ſuche, daß dieſe Verhandlung hier und nicht in Verſailles ſtattfindet, daß die Beſchwerde des Elſaß hier vor dem deutſchen Reichstage und nicht in der franzöſiſchen Nationalverſammlung erörtert wird. Das tröſtet mich über manche verdrießliche Seiten, die ſie hat, ferner auch die Thatſache, daß unſere Regierung ſtark genug iſt, ſo kräftige, wenigſtens in den Worten ſo kräftige Ausbrüche des Mißfallens ruhig und öffentlich mit anzuhören und für ganz Europa drucken zu laſſen, daß ſie dieſe Kritik verträgt. Denken wir uns die Verhältniſſe ins Gegenteil übertragen, daß bei einem andern Ausfalle des Krieges etwa ein Teil der Rheinprovinz, oder, was vielleicht noch wahrſcheinlicher war, ein Teil von Belgien franzöſiſch geworden wäre, und die wider ihren Willen annektierten Abgeordneten wollten in der Pariſer Verſammlung ſo ſprechen. Wir brauchen nur die erſte beſte Sitzung der franzöſiſchen Verſammlung in Verſailles in den Zeitungen beſchrieben zu leſen, um ſicher zu ſein, daß, wenn nicht die Majorität, ſo doch ſchließlich der Herr Präſident Buffet mit dem ihm eigenen eingreifenden Weſen die Redefreiheit für die Beſchwerdeführer bald illuſoriſch machen würde; noch bedenklicher würde aber die Bedeutung der Redefreiheit erſt für die Herren Abgeordneten auf den Pariſer Straßen und in den Gaſthöfen zutage treten, und es würde des ganzen Aufwandes der franzöſiſchen Polizeimacht bedürfen, um die Redner, die ihren Gefühlen gegen Frankreich Ausdruck gegeben, vor unparlamentariſchen Unannehmlichkeiten zu ſichern.

Die Herren aus Elsaß beklagen sich, daß wir die drei Jahre sie nicht so glücklich gemacht haben, wie sie zwar unter der französischen Herrschaft nicht gewesen sind, aber wie sie es doch gern sein möchten und wir sie auch gern sehen möchten, wir wünschen es ihnen, aber der Zweck der Annexion war es eigentlich nicht, wir haben mit derselben nicht die Hoffnung verbunden, daß diese Herren sofort nun enthusiastische Anhänger unserer deutschen Einrichtungen, Freunde unserer dorthin gesendeten neuen Beamten sein würden, und ihnen mit wohlwollender Kritik und kindlichem Vertrauen entgegentreten würden. Wir haben uns darüber gar nicht getäuscht, daß wir einen harten Kampf zu bestehen haben würden, ehe es uns gelänge, ihre Anhänglichkeit zu gewinnen, die wir allerdings erstreben, die wir aber augenblicklich ohne Zweifel noch nicht besitzen. Die Zeit ist zu kurz dazu. Der Elsaß hat, wie der Herr Vorredner gesagt hat, Straßburg abgerechnet, volle 200 Jahre und länger zu Frankreich gehört, und die Gewohnheit hat über den Menschen eine außerordentliche Macht. Wenn die Herren erst einmal 200 Jahre zu Deutschland gehört haben werden, dann bin ich überzeugt, daß sie bei uns doch im ganzen angenehmer gelebt haben werden. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß sie an der ursprünglichen Stammesgemeinschaft der Deutschen mit ebenso großer Wärme und Energie hängen werden, wie jetzt diejenige Anhänglichkeit ist, die die Herren in einem so vortrefflich geläufigen Deutsch hier für Frankreich zutage legen. Auch das hat mir zur Genugthuung gereicht, daß die Ausbildung der deutschen Sprache und Rhetorik und daß die Rhetorik in der deutschen Sprache doch nicht so zurückgeblieben ist, wie man es wohl nach dem ersten Antrag und nach dem ersten stammelnden Versuch, sich im heimatlichen Idiom hier zu bewegen, hätte fürchten können.

Wir haben den Belagerungszustand — wenn Sie es so nennen wollen — die Ausnahmegesetze ja garnicht eingeführt, wir fanden ihn vor und haben ihn gemildert, vermindert und unter die verantwortliche Zivilverwaltung gebracht. Die Frage ist: können wir ganz ohne den Ausnahmezustand leben? Die Franzosen sind gewiß in der Behandlung der bis 1870 französischen Unterthanen erfahrener, wie wir, sie haben bisher doch nicht geglaubt, ohne Belagerungszustand leben zu können. Es befinden sich augenblicklich noch 28 Departements von Frankreich im Belagerungszustand, und darunter die bevölkertsten und bedeutendsten. Ich zweifle also garnicht daran, daß man den

Herren der Wunſch, den ſie ſelbſt mit ihrem erſten Antrag zu erkennen gaben, wieder franzöſiſch zu werden, erfüllt würde, ſie ſich ſofort im vollſtändigen Belagerungszuſtand befinden würden, ebenſo wie die 28 übrigen Departements dort, und zwar unter einem Belagerungszuſtand, der doch mit etwas weniger Schonung, ich kann unter Umſtänden ſagen, wenn die Wogen hoch gehen, mit etwas weniger Menſchlichkeit gehandhabt wird, als bei uns, und in deſſen Hintergrund ſie ſtatt auf die Vogeſen die Ausſicht auf Lambeſſa und Neu-Kaledonien haben.

Wenn ich daher noch zweifelhaft geweſen wäre, ob ich die Aufhebung dieſer Beſtimmung befürworten könnte, ſo haben die jüngſten Wahlen, hat der Antrag, den dieſelben Herren unterſchrieben haben, auf eine allgemeine Abſtimmung, die ja doch nur die Loslöſung dieſes Teiles vom Reiche als Hintergedanken haben konnte, ſo hat die Art, wie die Herren die Erſcheinungen auffaſſen und öffentlich ſchildern, wie ſie ſie alſo auch, wenn es erlaubt ſein wird, wohl im Elſaß öffentlich ſchildern würden, in mir jeden Funken von Zweifel beſeitigt. Nachdem ich die Herren hier näher kennen gelernt habe, ſage ich ihnen, ich kann unbedingt nicht ohne dieſe Machtvollkommenheit, die bisher geübt iſt, die Verantwortung für die Verwaltung, die mir ſoweit obliegt, tragen.

Es kann bei uns auch keinen günſtigen Eindruck machen, wenn wir auf dieſe Weiſe alles und jedes, was dort von uns geſchehen iſt, tadeln, ich kann wohl ſagen, ſchmähen hören, ſo daß ſie eigentlich der Verwaltung kein gutes Haar, nicht einmal das geringe, aber ganz unbeſtreitbare Verdienſt anerkennen, daß ſie die Steuern und Schulden verringert hätte; das kann ihnen von ſachkundiger Seite mitgeteilt werden, das iſt in ganz erheblichem Maße geſchehen. Wohin ſoll das aber führen, wenn die elſäſſiſche Bevölkerung, deren Schulen für Frankreich ſehr gut geweſen ſein mögen und dort zu den beſten gehört haben, aber doch weit hinter den unſrigen zurückſtehen, wenn dort dergleichen erzählt wird, da ſind ja eine Menge Leute, die das glauben, während hier kein Menſch daran glaubt, weil jeder weiß, daß es nicht ſo iſt.

Ich möchte die Herren vom Elſaß bitten, zur Milderung ihres Zornes doch auch einigermaßen zurückzudenken an die Art, wie wir zur Annexion gekommen ſind.

Wir haben ein Bollwerk gebaut gegen die Irruptionen, die ſeit 200 Jahren dieſe leidenſchaftliche, kriegeriſche Völkerſchaft,

deren alleiniger direkt ausgesetzter Nachbar in Europa zu sein Deutschland das Unglück und die Unannehmlichkeit hat, — diesen Kriegern gegenüber haben wir die Spitze von Weißenburg, die tief in unser Fleisch hineinragt, abbrechen müssen, und gerade in dieser elsässischen Spitze wohnt ein Teil der früher französischen Bevölkerung, der an Kriegslust, an echt deutschem Haß gegen den Nachbarstamm, den Galliern in keiner Weise etwas nachgiebt. Sind die Herren, die hier sind, ganz unschuldig an dieser 200jährigen Vergangenheit, an diesen Kriegen, die endlich zur Ablösung des Elsaß von Frankreich wieder geführt haben? Sie haben den Franzosen, und das ist eine ehrenvolle Anerkennung, mit die besten Soldaten dazu gestellt, jedenfalls die besten Unteroffiziere. Die Mitwirkung der elsässischen Klingen in den französischen Kriegen gegen Deutschland ist eine, die wir als Gegner hoch haben schätzen lernen, und so Gott will, als Freunde, wenn wir mit ihren Kindern die unserigen in Reih' und Glied sehen, schätzen lernen werden.

Wenn sie protestieren hätten wollen, so hätten sie bei dem Ausbruch des Krieges protestieren müssen, so hätten sie bei vielen anderen Gelegenheiten protestieren sollen. Aber nachdem sie geholfen haben, daß die Flut hereinbrach, daß ein Krieg geführt wurde, der doch noch ganz andere traurige Verhältnisse in seinem Gefolge gehabt hat, so möchte ich sagen, daß jeder, der auch nur ein Dreißigmillionstel der Mitschuld und Verantwortlichkeit an dem so ruchlosen Angriffskriege gegen uns trug, doch sollte an seine Brust schlagen und fragen: habe ich damals meine Schuldigkeit gethan?

Wenn es sich um die Frage handelt: will der Reichstag den Antrag annehmen oder nicht? Will der Reichstag ihn in eine Kommission verweisen? — Der Antrag, der heute gestellt ist, findet seine Interpretation durch den ersten Antrag vom 18. Februar. Es sind dieselben Herren Unterzeichner.

Wenn Sie den Antrag annehmen oder ablehnen, so haben Sie dabei die Wahl, wollen Sie durch die Ablehnung dieses Antrages das Vertrauen aussprechen, daß die Reichsregierung auch ferner einen Mißbrauch mit diesem ihr gegebenen Rechte, welches sie nicht entbehren zu können glaubt, nicht treiben werde; wenn Sie ihn aber annehmen, was ich nicht voraussetze, so würden Sie damit für das Elsaß gewissermaßen eine Befriedigung des Reichstages über das Auftreten seiner diesmaligen Abgeordneten hier aussprechen, und es würde darin eine Auf-

forderung liegen, auf dieſem Wege fortzufahren. Es läge darin ein Zeugnis gegen Ihre Reichsregierung.

Eine andere Frage iſt hier angeregt: die Sache in eine Kommiſſion zu ſchicken. Ich möchte aber von dieſem Wege abraten, weil das Ende einer Kommiſſionsberatung bei den vielen und dringenden Geſchäften des Reichstages nicht mit voller Sicherheit auf Tag und Woche ſich berechnen läßt. In der ganzen Zeit aber, in der die Kommiſſion hierüber tagen würde, würde man im Elſaß und auch im Auslande unter dem Eindrucke leben, daß der Reichstag doch nicht die Sache ſo klar gefunden hat, um den Antrag kurzweg und von vornherein abzulehnen.

Ich möchte deshalb von dem Wege aus dieſem ſachlichen Intereſſe, aus dieſem Intereſſe an dem Eindruck, der davon abhängig iſt, abraten und Sie bitten, der Reichsregierung ein volles und feſtes Vertrauensvotum dadurch geben zu wollen, daß Sie den Antrag ablehnen.

Dankesworte

am Abend des 13. Juli 1874 nach dem Attentate vom Balkon des Hotels herab an die Teilnehmer der Serenade und des Fackelzuges.

Ich danke Ihnen für die Teilnahme, welche Sie mir in einem Falle beweiſen, aus welchem mich Gottes Allmacht und Gnade glücklich errettet hat. Es kann mir nicht anſtehen, weiteres über das zu ſprechen, was dem Urteile des Richters übergeben worden iſt. Das aber vermag ich zu ſagen, daß heute Nachmittag die Abſicht nicht meiner Perſon, ſondern der von mir vertretenen Sache galt. Hierfür, für die Größe, Einheit und Freiheit unſeres Vaterlandes zu ſterben, das thaten ſo viele unſerer Mitbürger vor drei Jahren, warum ſollte ich nicht dazu bereit ſein? Da Sie alle darin mit mir einig ſind und ſich eben ſo für die Freiheit, Größe und Macht unſeres deutſchen Vaterlandes begeiſtern, ſo bitte ich Sie, mit mir Deutſchland und ſeine verbündeten Fürſten hochleben zu laſſen!

Über das deutſche Reichsintereſſe in Elſaß-Lothringen.

Rede gehalten am 30. November 1874.

Ich halte es nicht für angemeſſen, auf die Einzelheiten in der Rede des Herrn Vorredners und ſeines engeren Landsmannes von der letzten Debatte einzugehen, weil die Standpunkte, auf denen wir uns befinden, zu inkommenſurabel ſind, als daß wir zu einer Verſtändigung, zu einer Widerlegung, die überzeugend wäre, kommen könnten. Wir ſprechen gewiſſermaßen verſchiedene Sprachen und verſtehen uns gegenſeitig nicht, weil wir, obſchon beide deutſch ſprechend, doch von verſchiedenen Grundſätzen, die wir als wahr und richtig annehmen, ausgehen. Der Herr Vorredner hat dieſes Inkommenſurable zwiſchen unſeren Standpunkten am ſchärfſten damit gezeichnet, daß er uns vorwarf, daß wir bei Anlegung der Univerſität in Straßburg das Reichsintereſſe und nicht das Intereſſe Elſaß-Lothringens im Auge gehabt hätten. Ich kann allerdings nur das Reichsintereſſe verfolgen und ich hoffe, die Elſäſſer werden mit der Zeit dahin kommen, daß ſie das Reichsintereſſe als das ihrige betrachten. Bisher ſind ſie nicht auf dem Standpunkte und deshalb iſt die Diskuſſion über dieſe Dinge zwiſchen uns meines Erachtens ziemlich müßig. Ja meine Herren, in der That, wir haben die Univerſität im Intereſſe der Reichspolitik angelegt, wie wir denn überhaupt die ganzen Landesteile lediglich im Intereſſe der Reichspolitik Deutſchland einverleibt haben.

Das möchten die Herren ſich doch vergegenwärtigen und ſich nicht ihrer Stellung in dem Maße überheben, daß ſie einer Körperſchaft von 40 Millionen darüber Vorwürfe machen, daß ſie nicht die Kirchturmsintereſſen von Elſaß-Lothringen, ſondern in erſter Linie die Reichsintereſſen verfolge.

Im Reichsintereſſe haben wir dieſe Länder in einem guten Kriege, in einem Verteidigungskriege, wo wir uns unſerer Haut zu wehren hatten, erobert; nicht für Elſaß-Lothringen haben unſere Krieger ihr Blut vergoſſen, ſondern für das Deutſche Reich, für ſeine Einheit, für den Schutz ſeiner Grenzen. Wir haben die Länder an uns genommen, damit die Franzoſen bei ihrem nächſten Angriff, den Gott lange hinausſchieben möge, den ſie aber doch planen, die Spitze von Weißenburg nicht zu ihrem Ausgangspunkt, ſondern damit wir ein Glacis haben, auf dem wir uns wehren können, bevor ſie an den Rhein kommen.

Wir haben auch im Reichsintereſſe und nicht im Intereſſe von Elſaß-Lothringen die Herren frühzeitiger als vielleicht nützlich war, — ich bin zu dieſem Wagnis nicht ohne lebhaftes Zureden gekommen — in unſeren Schoß hier aufgenommen und ſie an den Wohlthaten der Reichsverfaſſung teilnehmen laſſen — nicht um Ihretwillen meine Herren — wir könnten hier ohne Sie leben — ſondern lediglich im Intereſſe des Reiches, damit man hier mit lebendiger Teilnahme den dortigen Vorgängen folge, damit man aus dieſer Kritik, wie ſie hier geübt wird, aus dieſer entſchieden abgeneigten Kritik doch genau die Fehler unſerer Verwaltung ſehe, die ja gewiß da ſind. Ich bin ſelbſt den Herren dankbar für vieles, was ſie ſagen, und fühle mich davon getroffen; wir ſind Menſchen und können nichts anderes als menſchliches leiſten, und die Leiſtung wird uns durch das Widerſtreben, was dort ſtattfindet, ja in hohem Maße erſchwert, und es iſt nicht leicht, die brauchbarſten und tüchtigſten Elemente unter den Beamten dort ſofort dauernd gewiſſermaßen auf der Breſche zu erhalten.

Ich halte es im ganzen immer für nützlich, daß dieſe Herren hier ſprechen und alle Schattenſeiten beleuchten, die ſie herausfinden können. Ich ſchätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts ſo ſehr, als die abſoluteſte Öffentlichkeit, es ſoll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben, und müßte ſelbſt nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Blendlaterne, mit der die Herren Vorredner uns in dieſer Sache beleuchten, auf ihre Schäden fallen, — es iſt immer beſſer, als daß ſie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der „Fluch der hohen Meinung," mit der die beſte Verwaltung und Büreaukratie ſich ſo leicht täuſcht, einige Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die ſchärfſte Kritik, wenn ſie nur ſachlich bleibt; ob ſie hier überall ſachlich blieb, wird ſich nachher ausweiſen, ſie wird eine ſachliche Erwiderung finden.

Ich habe alſo nur betonen wollen: wir ſtehen hier auf dem Reichsintereſſe, die Herren ſtehen teils auf dem Lokalintereſſe, teils auf dem Intereſſe ihrer Vergangenheit, die ſie nach Paris weiſt, teils auf dem Intereſſe einer Gegenwart, die ſie nach Rom weiſt. Wir ſtehen auf ganz verſchiedenen Standpunkten. Die Intereſſen von Elſaß-Lothringen und die des Reiches werden — davon bin ich überzeugt — ſchließlich zuſammenfallen, wenn auch nicht dadurch, daß wir die Reichs-

politik dem lokalen Bedürfnis von Elſaß-Lothringen unterordnen und daß wir unſere Reichspolitik ſo einrichten, wie die Herren Winterer und Simonis ſie billigen oder uns vorſchreiben; dabei würden wir dem Reiche ein kurzes Leben geben.

Ich habe noch einige Worte über das Statut des Landesausſchuſſes zu bemerken. — Es iſt ſehr richtig: ich habe vor 2 bis 3 Jahren, und ich kann genauer ſagen, bis zu dem Zeitpunkt, wo wir die jetzt unter uns anweſenden Abgeordneten von Elſaß-Lothringen kennen lernten, einigermaßen ſanguiniſchere Anſichten über die Möglichkeit gehabt, in Elſaß-Lothringen bald ein konſtitutionelles und parlamentariſches Leben groß zu ziehen. Ich will gleich nachher das Element näher kennzeichnen, welches mich da in eine Täuſchung induziert hat. Nachdem wir nun die Tonart kennen gelernt haben, in der die gewählten Vertreter von Elſaß-Lothringen die Reichspolitik, die Reichsintereſſen auffaſſen, habe ich — ich bin ſonſt nicht ſchüchtern in der Politik — doch ein gewiſſes Bangen und Zagen empfunden, ob ich dem Reiche den Schritt zumuten darf, der dahin führen kann, daß wir in Elſaß-Lothringen eine parlamentariſche Inſtitution ſchüfen, deren Majorität oder Geſamtheit von der Geſinnung und Auffaſſung der Herren Abgeordneten Simonis und Winterer ſein könnte. Ich glaube, daß ein ſolches Parlament für den europäiſchen Frieden eine große Gefahr in ſich bergen würde. Ich vermute, daß die Wahlen demnächſt anders ausfallen würden, als die jetzigen ausgefallen ſind; aber ich bin zu wenig davon gewiß, wir müſſen andere Proben erſt ſehen. Ein Parlament, welches ſeine Inſpirationen hauptſächlich dem franzöſiſchen und römiſchen Intereſſe entnehmen würde, könnte nicht beſtehen ohne einen dauernden Konflikt zwiſchen dieſem Parlament und der Reichsregierung. Es würde eine erhebliche Aufregung in der franzöſiſchen Stimmung, vielleicht in der ganzen europäiſchen, hervorrufen, und ich halte es für ſehr ſchwer, mit einer parlamentariſchen Verſammlung, in welcher Anſichten wie die hier von den elſäſſiſchen Abgeordneten vertretenen die Majorität beſäßen, den europäiſchen Frieden mit derſelben Wahrſcheinlichkeit auf ein Jahr und länger hinaus zu berechnen, wie es jetzt der Fall iſt. Ich habe deshalb der Vorlage des Statuts gerade die Form und den Weg angewieſen, in denen es an Sie gelangte. Ich wage nicht, ſo gerne ich es thun würde, dieſe Sache in eine Form zu bringen, bei welcher der Reichstag in die Lage käme, entweder ſie zu verwerfen — was vielleicht

Ihrem Gefühle nicht entspräche, indem auch Sie ein Versuchsstadium gern gewähren würden — oder sie zu genehmigen und dadurch eine Institution zu schaffen, die nur durch ein Gesetz mit Zustimmung des Reichstages wieder aus der Welt geschafft werden könnte. Wenn sehr flagrante Dinge passierten, würden wir solche Zustimmung des Reichstages erbitten und erlangen; aber die Herren werden selbst gewiß mit mir darüber einig sein, wie schwer und unangenehm eine solche Zumutung für eine parlamentarische Versammlung sein würde, etwas derart wieder aufzuheben, und ich sage, wir haben diesen Weg gewählt, damit wir, wenn wir sähen, die Entschlossenheit, die Neigung, die elsässer Geschäfte mit Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Landes zum Deutschen Reiche zu behandeln, ist noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden, noch zuwarten, und namentlich die Wirkung des Schulunterrichts abwarten können, den der Herr Vorredner so tadelte, und in bezug auf den ich ihm sage, daß das einer der Punkte ist, über den ich mit dem Herrn Abgeordneten Duncker, so viele Meinungsverschiedenheiten sonst zu meinem Bedauern vorhanden sind, vollständig einverstanden bin: wir werden höchst wahrscheinlich und sicher noch viel energischer einschreiten müssen.

Wir glauben, daß der Schulunterricht in Elsaß und Lothringen zu den besseren in Frankreich, aber doch, wie in Frankreich überhaupt, im Vergleich zu Deutschland noch immer nicht zu den guten gehört hat. Sie sehen, wohin die französische Nation unter solcher Leitung des Schulunterrichts mit der Zeit gekommen ist, so daß es sehr schwer ist, etwas Festes wiederherzustellen, indem der Zustand des öffentlichen Unterrichts und seiner Ergebnisse derart ist, daß es zu leicht ist, die Bevölkerung über ihre wirklichen Interessen zu täuschen — um nicht zu sagen, zu belügen — damit sie keinen sicheren und klaren Ausdruck ihrer eigenen Wünsche und Interessen in eine parlamentarische Versammlung hineinbringe. Im französischen Wesen liegt ja eine sprichwörtliche Leichtgläubigkeit, von der sich die elsässer Bevölkerung auch noch nicht losgerissen hat. Ganz frei von der Mitschuld ist die Art von Schulunterricht nicht, die bisher dort stattfand, an der sehr viele Elemente teilnahmen und Einfluß übten, die um ihrer Herrschaft und ihres Einflusses willen ein Interesse hatten — ich will nicht sagen, an der Verdummung der Jugend, aber doch daran, daß sie nicht zu klug werde.

Wir halten an den Ansichten, die früher in bezug auf eine Herstellung einer elsässer Landesvertretung von mir vor Ihnen geäußert worden sind, durchaus fest; wenn wir dem nicht näher treten wollten, aber vorsichtig näher treten, so würden wir auch dieses Statut nicht eingebracht haben, das ja einer weiteren Ausbildung fähig ist. Ich habe zum Beispiel gar kein Bedenken gegen die Öffentlichkeit, würde aber, wenn die Lokalbehörden Wesentliches dagegen hätten, mit meiner Meinung nicht durch die Wand gehen, sondern auf dieselben hören; aber ich nehme an, daß sie zulässig sein wird. Dann werden wir ja hören, ob dort wirklich elsässische und deutsche Politik, oder fremdartige Tendenzpolitik getrieben wird.

Ganz bestimmt werden wir aber in allen unseren Schritten in erster Linie von den Interessen und vor allen Dingen von der Sicherheit des Reichs, seines Gebietes und seiner Grenzen geleitet werden, und werde ich mich, so wenig ich sonst vor einem gebotenen, dreisten Entschluß in der Politik zurückschrecke, durch Vorwürfe oder durch Überredung nicht dahin bringen lassen, die Interessen des Deutschen Reiches aus Gefälligkeit für solche Elsässer zu gefährden, die im ganzen nicht zu unseren Freunden gehören, und ich werde auch da den Wünschen der Mehrheit meiner deutschen Mitbürger, so wie sie sich in der Vertretung hier im Reichstage, und den Wünschen der deutschen Regierungen, wie sie sich im Bundesrate aussprechen, sehr gern zugänglich sein; aber verlangen Sie von mir nicht die Rolle, daß ich auf einem brüchigen und für die Sicherheit und Ruhe des Reiches bedenklichen Boden mit einer gewissen stürmischen Eile vorausdrängen soll, immer bereit bleibend, die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ehe wir weiter vorschreiten können, müssen uns weitere Wahlen die Proben liefern, ob dort wirklich die Elemente dauernd die Oberhand gewinnen, die dahin streben, die Gemüter dem Deutschen Reiche und der deutschen Regierung zu entfremden; und wenn das der Fall sein sollte, so müßten wir erst von der Besserung des Schulunterichts und von der heranwachsenden Generation eine Besserung der Verhältnisse erwarten, die bis jetzt schief und in unrichtiger Strahlenbrechung von den Wählern gesehen werden, so lange die Potenzen, die an der Irreleitung und Unterdrückung der jugendlichen Intelligenz ein Interesse haben, in den Schulen dort noch wirksam sein können.

Über die Einsetzung eines Reichs-Justizamts.

Rede gehalten am 1. Dezember 1874.

Nur einige Worte über die Natur der Verantwortlichkeit, die ich als Reichskanzler zu tragen glaube, und meine Ansicht über die Frage, inwieweit ich mich zu einem abstrakten Begriff verflüchtige, inwieweit ich materiell in die Sachen einzugreifen habe, um unter Umständen meiner Verantwortlichkeit gerecht werden zu können.

Es wäre ja eine sehr anmaßliche Behauptung, wenn ich glauben zu machen versuchte, daß ich alle Einzelheiten des weiten Geschäftskreises, für den ich die Verantwortlichkeit trage, selbst zu übersehen und selbstthätig zu betreiben oder auch nur mit Sicherheit zu beurteilen vermöchte. Darin kann meines Erachtens die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht gesucht werden, daß jede spezielle Maßregel innerhalb des ganzen Bezirks, für den er verantwortlich ist, gerade als von ihm persönlich herrührend und gebilligt angesehen wird. Ich bin meines Erachtens dafür verantwortlich, daß an der Spitze der einzelnen Zweige der Reichsverwaltung Leute stehen, die nicht nur dazu befähigt sind, sondern die ihre Verwaltung auch im großen und ganzen in der Richtung des Stromes führen, den das deutsche politische Leben nach der augenblicklichen Richtung des deutschen Geistes und der deutschen Geister zu laufen genötigt ist, daß kein Zwiespalt nicht nur innerhalb der verschiedenen — lassen Sie mich einmal den Ausdruck gebrauchen — Reichsministerien, sondern auch kein dauernder prinzipieller Zwiespalt innerhalb der großen Körperschaften, die dem Reiche seine Gesetze und Einrichtungen geben, einreiße, auch kein Mißtrauen und keine Feindschaften zwischen den einzelnen Bundesgliedern; im wesentlichen aber dafür, daß an jeder Stelle, die zu besetzen ist, jemand steht, der nach dem gewöhnlichen Ausdruck „tanti“ ist, diese Geschäfte zu besorgen.

Für alle Einzelheiten mir die Verantwortung zuzumuten, das wäre sehr ungerecht und wäre Übermenschliches von mir verlangt. Sie dürfen deshalb nicht sagen, daß dadurch ein Teil der Geschäfte gewissermaßen, weil von mir ungedeckt, von jeder Verantwortlichkeit frei wäre, indem derjenige, der es vorbringt, die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nicht zu tragen hat,

und derjenige, der ſie trägt, ſich damit entſchuldigt, daß er ſagt: ich kann das alles unmöglich überſehen, — ſondern Sie müſſen fragen: welche Bürgſchaft einer moraliſchen Verantwortlichkeit haben Sie denn bei jeder anderen Einrichtung, die nicht auf eine einzelne Perſon geſtellt wäre? Geradezu gar keine! Wer hat in einem Kollegium, welches aus 8 oder 10 ſelbſtändigen Miniſtern beſteht, in dem keiner ohne den Willen des anderen eine irgend erhebliche Bewegung machen kann, in dem keine Maßregel anders als durch Stimmenmehrheit beſchloſſen wird, — wer hat die Verantwortung zu tragen? Wer trägt die Verantwortung der Beſchlüſſe einer parlamentariſchen Korporation, wie der Reichstag? Offenbar kann ſie bei keinem einzelnen geſucht werden! — Sie können die Verantwortlichkeit nur bei einem Individuum ſuchen, niemals meines Erachtens bei einem Kollegium, wo jeder berechtigt iſt, ſich damit zu entſchuldigen, er hätte wohl gewollt, aber die anderen nicht, und wo keiner weiß, wer der andere und wer der eine iſt.

Ich kann, wie geſagt, unmöglich in der Seele eines jeden der höheren Reichsämter ſtecken, ſo daß ich alles ſelbſt leite; aber ich kann, durch eigene Beobachtung oder durch die Preſſe oder durch den Reichstag darauf aufmerkſam gemacht, ſehr bald erkennen, ob irgendwo ſich eine Strömung entwickelt, die mit der Richtung, für die ich verantwortlich bleiben will, nicht im Einklang ſteht. Wenn ich nun in der Reichspolitik die Überzeugung gewinne, berechtigt oder irrtümlich, daß Mißbräuche oder fehlerhafte Richtungen vorhanden ſind, dann bin ich berechtigt, verfügend einzugreifen, ich habe ein Veto gegen dieſe Richtung.

Ich bin ſo thatenluſtig und geſchäftshungrig nicht, daß ich das Bedürfnis hätte, meinen Geſchäftskreis ſehr weſentlich zu erweitern, — im Gegenteil; aber ich glaube, daß die Leitung einheitlich nur dann ſein kann, die Verantwortung alſo auch nur dann getragen werden kann, wenn an der Spitze jemand ſteht, der berechtigt iſt, zu verfügen. Ich würde mir ſelbſt das Geſchäft ſehr erſchweren, wenn ich von dieſer Berechtigung einen leichtfertigen und ſehr bereitwilligen Gebrauch machen wollte; aber es genügt ſehr oft, daß man eine Waffe hat, und daß dieſer Beſitz bekannt iſt, ohne daß man in die Notwendigkeit käme, ſie zur Anwendung zu bringen. Mit dieſer Einrichtung iſt auch meines Erachtens das Inſtitut ſelbſtändiger Reichs-Miniſterien, immer unter der Leitung eines Premierminiſters,

mit den meines Erachtens allein konſtitutionell möglichen Verantwortlichkeits-Grundſätzen vereinbar; aber da können Reichs-Miniſterien einen ſehr hohen Grad von Selbſtändigkeit gerade ſo üben, wie in ausgebildet konſtitutionellen Ländern, wie in England, und ich glaube, daß ſich ſogar diejenigen Inſtitute, die dem Reichskanzleramt als ſolchem mit untergeordnet ſind — die Poſtverwaltung, die Telegraphenverwaltung, und ſo auch wohl das künftige Reichs-Juſtiz-Amt — einer ſehr großen Selbſtſtändigkeit erfreuen und im ganzen ſchwerlich klagen werden über ein bureaukratiſch bevormundendes Eingreifen.

Ich glaube, daß auch der heutige Geſchäftsumfang des Reichskanzleramts auf die Dauer für eine einzelne Perſönlichkeit zu viel ſein wird. Sie würden einmal nicht immer eine Perſönlichkeit von dieſer exzeptionellen Arbeitskraft, wie der jetzige Chef des Reichskanzleramts iſt, aufzutreiben vermögen, und zweitens ſelbſt für dieſe — mehrere Perſonen, möchte ich ſagen, in ſich ſchließende — Leiſtungsfähigkeit wird es auf die Dauer doch zu viel werden, wir werden notwendig dahin kommen, aus dem Reichskanzleramt — ich will nicht ſagen im nächſten Jahre, die Zeitbeſtimmung iſt dabei gleichgültig, ich ſpreche nur von einem Ziele, wie es mir vorſchwebt — ein Juſtizminiſterium zu entwickeln, welches ſo ſelbſtändig iſt, wie es ſein kann, wenn überhaupt noch ein Miniſterpräſident die Verantwortlichkeit für deſſen Thätigkeit tragen ſoll. Wir werden vielleicht ein Finanzminiſterium, wir werden ein Handelsminiſterium daraus entwickeln können; wir werden, wenn Elſaß-Lothringen in dieſer Verbindung bleibt, ein Miniſterium für Elſaß-Lothringen entwickeln können. Die Grenze der Selbſtändigkeit dieſer Miniſterien liegt ja ſehr viel weniger in den Rechten, die der Reichskanzler beanſprucht und innehalten ſoll, wenn er ſich nicht ſelbſt überſchätzt und nicht die Grenze menſchlicher Thätigkeit überſchätzt; ſie liegt vielmehr in den verfaſſungsmäßigen Rechten des Bundesrats. Da würde ich auch raten, an einer verfaſſungsmäßigen Einrichtung gar nicht oder nur ſehr vorſichtig zu rühren. — — —

Ich wiederhole in Kürze: In der Stellung des Reichskanzlers und in den Anſprüchen, die ich mit ihr verbinde, liegt in keiner Weiſe ein Hindernis, die Selbſtändigkeit der Miniſterien, die dem Reichskanzler die Verantwortung tragen helfen, ſo weit auszudehnen, wie die verfaſſungsmäßigen Berechtigungen des Bundesrats es irgend geſtatten. Wollen Sie aber einen

Reichskanzler haben, der Ihnen persönlich verantwortlich bleibt — moralisch und juristisch, — dann müssen Sie ihm entweder die Befugnis geben, verfügend einzugreifen in den Lauf eines Kollegen, für dessen Verfahren der Reichskanzler die Verantwortung nicht mehr übernehmen will (und so steht es jetzt), oder Sie müßten ihm eine Berechtigung beilegen, die ich nicht annehmen möchte, weil sie in das Majestätsrecht des Kaisers eingreift und eingreifen würde, daß er die Entlassung eines bestimmten Ministers oder hohen Beamten, für den er die Verantwortung nicht weiter übernehmen will, verfassungsmäßig als sein Recht fordern darf. Eines von beiden werden Sie einem Kanzler, der verantwortlich sein soll, immer bewilligen müssen. Das erste aber genügt, um den Reichskanzler in den Stand zu setzen, eine seiner Verantwortlichkeit entsprechende Macht zu üben, und steht andererseits, wenn Sie sich nicht einen unvernünftigen, rechthaberischen Reichskanzler denken, der sich in Dinge mischt, von denen er nichts versteht, dem nicht entgegen, daß jeder Minister neben ihm sich so frei entwickle, wie Sie ihn irgend brauchen können.

Über die auswärtige Politik und die Ultramontanen.

Rede gehalten am 4. Dezember 1874.

Bei aller Bereitwilligkeit, auf sachliche Anfragen bei Gelegenheit der Budgetdiskussion Auskunft zu geben, wird es mir in diesem Falle doch schwer, weil der Herr Redner eigentlich eine Frage, auf die man antworten könnte, nicht gestellt hat. Er hat die ganze Weltlage und das ganze Ausland berührt, namentlich insoweit es dem Reiche nachteilig sein könnte und im Auslande unangenehme Eindrücke macht. Mich in eine staatsrechtliche Diskussion über die Auslegung der Reichsverfassung, über die Kompetenz dieses Ausschusses, über die Thätigkeit seiner Mitglieder, zu denen bekanntlich Preußen nicht gehört, mit dem Herrn Vorredner zu vertiefen, das werden Sie mir hier nicht zumuten.

Der Ausschuß besteht in voller Wirksamkeit, er besteht aus dem Königlich bayerischen Minister von Pfretzschner, dem Königlich sächsischen Minister von Friesen, dem württembergischen Ge

ſandten von Spitzemberg, dem Großherzoglich badiſchen Miniſter von Freydorf und dem Großherzoglich mecklenburg-ſchwerinſchen Vertreter von Bülow; alſo daraus wird der Herr Abgeordnete entnehmen, was er wahrſcheinlich wohl ſchon ohnehin gewußt hat, daß der Ausſchuß zu Recht beſteht und zuſammentritt, ſo oft eines der Mitglieder auf Berufung anträgt oder der Königlich bayeriſche Bundesbevollmächtigte ihn beruft. Daß das Bedürfnis nicht häufig eintritt, dafür ſorgt das Auswärtige Amt, indem es die verbündeten Regierungen durch Abſchriften der wichtigeren Depeſchen und durch Mitteilung der Ergebniſſe auf dem diplomatiſchen Gebiete weit über ſeine dienſtliche Verpflichtungen hinaus, und, ſo viel ich habe erkennen können, unter voller Anerkennung der verbündeten Regierungen, auf dem Laufenden erhält. Wir haben in unſeren auswärtigen Beziehungen recht reine Wäſche und nicht ſehr viel zu verbergen, wie Sie auch daraus erſehen, daß wir uns nicht daran kehren, ob die höchſten Beamten, die wir im Auswärtigen Amte anſtellen, gerade dem einen oder dem anderen Bundesſtaate angehören. Wir haben zu allen Reichsangehörigen, ſo weit ſie nicht das Vertrauen durch politiſches Verhalten verwirken, wir haben namentlich zu allen Reichsregierungen ein unbegrenztes Vertrauen. Dieſe Idee, als ob, wenn ein heimlich ſorgfältig präparierter Krieg oder ſonſt eine Abſcheulichkeit geplant würde, dieſer Ausſchuß, wenn er berufen würde, dem auf die Sprünge kommen würde, iſt ja ganz utopiſch und eigentlich doch mehr für Romane und Kinderleſebücher berechnet. Im Jahre 1874 iſt meines Erachtens gar kein Bedürfnis geweſen, daß irgend eine Ausſchußſitzung hätte ſtattfinden müſſen, weil das Jahr 1874, was dem Herrn Vorredner, wie es ſcheint, einen ſo erſchreckenden Eindruck gemacht hat, in den 13 Jahren, die ich nunmehr an der Spitze des Auswärtigen Amts von Preußen und Deutſchland ſtehe, eigentlich das ereigniſloſeſte geweſen iſt, was mir je vorgekommen iſt. — —

Der Herr Vorredner hat außerdem eine Anzahl Thatſachen teils aus dem auswärtigen, teils aus dem inneren politiſchen Leben des vergangenen Jahres berührt, auf die ich noch kurz eingehen muß, um irgend welchen Entſtellungen vorzubeugen.

Von einer Intervention iſt bei uns nach keiner Seite die Rede geweſen in dem Sinne, wie man uns der Interventionsgelüſte in Frankreich anklagte, weil wir uns über die aufrühreriſche Sprache franzöſiſcher Biſchöfe in Erlaſſen, die an

deutſche Unterthanen gerichtet waren, beſchwerten. Es handelt ſich da, juriſtiſch genau genommen, nicht einmal um ausländiſche Biſchöfe; denn die flagranteſten Thatſachen betrafen ſolche Biſchöfe, die damals noch einen Teil der Diözeſen im Deutſchen Reiche beſaßen und inſofern auch der Jurisdiktion des Deutſchen Reiches unterlagen. Aber auch in Spanien handelt es ſich um keine Intervention. Als ich die erſte Nachricht von der Ermordung des Hauptmann Schmidt erfuhr, ſo iſt mein Gefühl geweſen: wenn das ein engliſcher Zeitungs-Korreſpondent, ein amerikaniſcher, ein ruſſiſcher, ein franzöſiſcher geweſen war, ſo wäre ihm das nicht paſſiert. Es regte ſich in mir die Erinnerung an alle alten Demütigungen, die Deutſchland durch ſeine Zerriſſenheit früher zu erdulden genötigt worden iſt, und ich ſagte mir, es iſt Zeit, das Ausland daran zu gewöhnen, daß man auch Deutſche nicht ungeſtraft ermorden darf. Und in dieſem Sinne war ich allerdings entſchloſſen, den Vorgang nicht ungerügt und unbemerkt vorübergehen zu laſſen. Wäre es den völkerrechtlichen Überlieferungen gemäß und geziemte es uns, auf eine barbariſche, ich kann ſagen henkermäßige Verfahrungsweiſe in ähnlicher Weiſe zu antworten, ſo hätten wir am erſten beſten karliſtiſchen Hafen, den wir erreichen konnten, eine Landung gemacht, hätten den erſten beſten karliſtiſchen Stabsoffizier ergriffen und am Hafenthor erhängt. Das war das, was ſich dem natürlichen Menſchen als Repreſſalie aufdrängte. Indeſſen, ſo handeln wir nicht, denn wir ſind eminent friedfertig. Der Herr Vorredner vindiziert dieſen Charakter für Süddeutſchland hauptſächlich. Ich will ihm den ja nicht beſtreiten, aber friedfertiger wie der Herr Vorredner bin ich jedenfalls, da braucht man nur ſeine letzte Rede zu kennen, und wenn er mir als kriegeriſch vorwirft, ich hätte irgend einmal von einem Strahl kalten Waſſers zur Beruhigung aufgeregter Gemüter geſprochen, ſo kann ich mich nur darauf berufen, daß kaltes Waſſer ein eminent friedfertiges, abkühlendes Element iſt. Ich würde dem Herrn Vorredner raten, recht viel Gebrauch davon zu machen.

Demnächſt lagen die Verhältniſſe in Spanien nicht ſo, daß wir für dieſe an einem deutſchen Offizier begangene Mordthat die dortige Regierung hätten verantwortlich machen können; denn ſie hatte dort die Macht nicht. Da wir nicht in der Lage waren, uns in einer menſchlichen und für eine große Macht ſchicklichen Weiſe Vergeltung zu nehmen, ſo haben wir uns gefragt: wie iſt es möglich, dieſem Lande von ſo ruhmreicher

Vergangenheit und von ſo bedauerlicher Gegenwart in ſeinem jetzigen Leiden einigermaßen zu helfen? Ich habe mir geſagt, das Richtigſte iſt, wenn man die Reſte ſtaatlicher Geſtaltung, die dort noch vorhanden ſind, dadurch ſtärkt, daß man ſie anerkennt, daß man den glimmenden Docht ſtaatlicher Ordnung, der dort noch iſt, nicht vollſtändig auslöſchen läßt durch die Rivalitäten im Lande und etwaiger feindlicher Mächte, die andere Intereſſen haben, daß man die faktiſch noch vorhandene Macht dort, die von der Mehrheit des Volkes einſtweilen getragen — ob innerlich anerkannt wird, weiß ich nicht, — anerkennt und dadurch zu kräftigen ſucht, damit man einer künftigen ſtaatlichen Ordnung wenigſtens den vorhandenen Reſt von Kapital ſtaatlicher Inſtitution noch übergeben kann. Wir glaubten, daß das der beſte Dienſt wäre, den wir der ſpaniſchen Nation leiſten könnten, ihr nachher überlaſſend, die Inſtitution — die jetzige giebt ſich ja für eine dauernde ſelbſt nicht aus, ſondern für eine überleitende — die Inſtitution vollſtändig ihrer freien Wahl überlaſſend, die ſie ſich geben will. In dieſem Sinne haben wir unſererſeits die ſpaniſche Regierung, wie ſie jetzt augenblicklich beſteht, lediglich im Intereſſe Spaniens und um unſererſeits zu thun, was wir konnten, um den Gräueln des dortigen Bürgerkrieges ein Ende zu machen, anerkannt und haben dieſe Abſicht, ſo zu verfahren, ſämtlichen Mächten mitgeteilt, bevor wir ſo verfuhren. Dem Herrn Vorredner wird auch bekannt ſein, daß mit uns faſt ſämtliche europäiſche und der größte Teil der überſeeiſchen Staaten die jetzigen ſpaniſchen Verhältniſſe anerkannt haben. Die Kaiſerlich ruſſiſche Regierung hat ihrerſeits es nicht in ihrem Intereſſe gehalten. Die Verhältniſſe liegen für die ruſſiſche Politik ganz anders wie für die unſrige. Rußland liegt um ſo und ſo viel Meilen weiter von Spanien, wird von den ſpaniſchen Verhältniſſen um ſo viel weniger berührt. Es iſt kein ruſſiſcher Offizier dort umgebracht worden, das nationale Gefühl alſo ſpielt dabei in ſeiner Erregung nicht mit; und außerdem ſo, wie wir Achtung für unſere Anſichten verlangen, achten wir die Meinungen anderer Regierungen, die in der günſtigen Lage ſind, der theoretiſchen Auffaſſung der Sache zu folgen, weil ſie von der praktiſchen nicht berührt werden. Am allermeiſten aber achten wir die Meinung der ſeit einem Jahrhundert und noch heute am intimſten unter den Mächten uns befreundeten, der ruſſiſchen Macht, und wenn der Herr Vorredner geglaubt hat, mit ſeinen kleinen Pfeilen, dahin

schießend, eine kleine Verstimmung zu machen, so erregt das nur unsere Heiterkeit. Unsere Beziehungen dort stehen Gott sei Dank fest und turmhoch über der Tragweite von dergleichen kleinen Versuchen. — —

Der Herr Vorredner hat ferner in einer etwas gewagten Weise — ich hätte an seiner Stelle doch lieber geschwiegen — den Vorgang des Kissinger Attentats erwähnt und hat dabei den Mörder als einen halbverrückten Menschen bezeichnet. Ich kann Ihnen versichern, daß der Mann, den ich selbst gesprochen habe, vollkommen im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten ist. Sie haben ja auch weitläufige ärztliche Atteste darüber. Ich begreife es, daß der Herr Vorredner jede Gemeinschaft in den Gedanken anderer mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich weist. Ich bin auch überzeugt — das wird auch vor dem Attentate des Herrn Vorredners Absicht gewesen sein, und der Herr Vorredner wird gewiß nie im Innersten seiner Seele auch nur den leisesten Wunsch gehabt haben: „wenn dieser Kanzler einmal irgendwie verunglücken könnte", — ich bin überzeugt, er hat das nie gedacht. Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest. Er nennt Sie seine Fraktion. (Große Unruhe und allseitiger lebhafter Widerspruch aus den Reihen der ultramontanen Partei.) Ich erzähle Ihnen ja nur die geschichtlichen Thatsachen; seien Sie doch entrüstet über die Momente, die dazu Anlaß gegeben haben, daß so etwas geschehen konnte, aber nicht, wenn man Ihnen die einfachen Thatsachen erzählt, wohin ein zorniges, undurchgebildetes Gemüt kommt, wenn es auf diese Weise gehetzt wird, wie dieser Kullmann in Salzwedel vom Pfarrer Störmann, der nicht mehr am Leben ist; kurz und gut, ich beabsichtige ja nur und bin dazu bereit, sofern Sie es wünschen, das Gespräch über dieses Thema jederzeit wieder aufzunehmen, ich fürchte dasselbe nicht, aber ich habe es hier nicht angeregt; der Herr Vorredner hat es angeregt.

Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, welche ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte: Wenn Sie mich auch nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen? — darauf hat er mir geantwortet: Wegen der Kirchengesetze in Deutschland Ich habe ihn weiter gefragt, ob er denn glaubte, damit diese Sache zu verbessern? Darauf hat er gesagt: Bei uns ist es schon so schlimm; es kann nicht schlimmer

werden. Ich habe mich überzeugt gehalten, daß er dieſe Redensart irgendwo in Vereinen aufgeſchnappt hatte.

Und dann hat er noch geſagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt! Ich ſagte: Welches iſt Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor Zeugen geſagt: Die Zentrumsfraktion im Reichstage! Ja, meine Herren, verſtoßen Sie den Mann wie Sie wollen! Er hängt ſich doch an Ihre Rockſchöße! (Stürmiſcher Beifall rechts und links, Toben im Zentrum und häufige Rufe Pfui! aus deſſen Reihen.)

Präſident v. Forckenbeck: Ich bitte um Ruhe und muß bemerken, daß der Ausdruck „Pfui“ nicht parlamentariſch iſt! (Andauernde Unruhe.) — Der Herr Reichskanzler hat das Wort!

Meine Herren! Der Herr Präſident hat ſchon geſagt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank ſitzt, rügen wollte. Pfui iſt ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung! Glauben Sie nicht, daß mir dieſe Gefühle fern liegen! Ich bin nur zu höflich, um ſie auszuſprechen! (Stürmiſches Bravo rechts und links.)

(Weiter nach Windthorſt.)

Der Herr Vorredner hat mich beſchuldigt, ich hätte in Kiſſingen vom Altan eine „Parole“ für die offiziöſe Preſſe ausgegeben. Wenn der Herr Vorredner abwarten will, bis auch er einigemale angeſchoſſen wird, wie das mir paſſiert iſt, ſo wird er vielleicht in dem Augenblicke auch nicht zuerſt daran denken, eine Parole für offiziöſe Zeitungen auszugeben, ſo nahe ihm die Beſchäftigung auch ſonſt liegen mag. Ich habe damals — die Worte ſind oft genug wiederholt worden, um mir im Gedächtnis zu bleiben ich habe geſagt: „Die That galt nicht meiner Perſon, ſondern der Sache, die ich vertrete“; war ich etwa dazu nicht berechtigt, wenn mir 3 Stunden vorher der Thäter dies ausdrücklich ſelbſt ſagte? Er ſagte, er habe meine Perſon gar nicht gekannt, auch gar keine Abneigung gehabt, ſondern ſtehe nur der Sache gegenüber, die ich vertrete, derſelbe Thäter, deſſen ganze Papiere in einem aufregenden Gedichte aus den „Eichsfelder Blättern“, ich will den Gegenſtand des Gedichtes hier nicht nennen, beſtanden, das aber nur der Sache galt. Dürfte ich nicht ſagen, was wahr, dann hätte ich überhaupt zu ſchweigen; der Herr Vorredner hat eben über die Vorgänge kein Urteil.

Er wirft mir vor, daß ich von Kiſſingen, wo ich in der Kur, nicht mäßigend auf den Ton der offiziöſen Preſſe eingewirkt habe. Ich möchte dagegen den Herrn Vorredner fragen, ob er, der, ſo viel ich weiß, geſund war um die Zeit, vielleicht mäßigend auf den Ton der ultramontanen Blätter, von der „Germania“ bis zum „Baieriſchen Vaterland“, eingewirkt hat, die ſich von Hauſe aus damit beſchäftigten, die That zu entſchuldigen? Und die „Germania“ gab die Parole zuerſt, die der Herr Vorredner vorher zu meinem Erſtaunen in ſeiner Rede mit einer leiſen Anklage wiederholte. Die „Germania“ ſagte: Es iſt ja nicht zu verwundern, wenn ſolche Thaten der Miniſter die Leute zur Verzweiflung bringen, zum Verbrechen. Der Herr Vorredner — und ich nehme davon Akt und werde es nicht ſo bald vergeſſen — ſagte heute ausdrücklich: wenn es vorkommt, daß in der Aufregung der religiöſen Kämpfe ſolche Verbrechen begangen werden, ſo mögen es diejenigen ſich ſelbſt zuſchreiben, die an dieſer Aufregung ſchuld ſind. Er wiederholt alſo den Gedanken der „Germania“: eigentlich war Kullmann entſchuldbar und der Reichskanzler ſelbſt daran ſchuld, daß Kullmann auf ihn ſchoß (— ſo drücke ich es mir in Deutſch aus). Hat irgend jemand temperierend auf die ultramontane Preſſe in Baiern eingewirkt? Hat man nicht dieſes Attentat zu frivolen Entſtellungen benutzt, die ich noch jetzt durch eine große Anzahl von Preßprozeſſen an das Licht zu ziehen ſuche, nicht etwa weil ich durch ein Gefühl der Rache und Empfindlichkeit dabei geleitet wurde, ſondern nur durch das Rechtsgefühl, weil ich will, daß die Schändlichkeiten, die ſonſt auf einen engeren Leſerkreis beſchränkt bleiben, in dem ſie keine Widerlegung und Berichtigung finden, vor ein größeres Forum gezogen werden, damit ehrliche Leute ſehen, was man heute einem betörten Leſerkreis zu bieten wagt. Darum bringe ich dieſe Verdächtigungen vor das Licht. Daß dieſe Preſſe an dem Attentat unſchuldig wäre, kann man ſicher nicht ſagen. Wenn ich nur die Hälfte der Schändlichkeiten, die von mir in ultramontanen Blättern gedruckt werden, von irgend einem Menſchen glaubte, ſo wüßte ich ſelbſt nicht, was ich thäte.

Erklärung über die Einziehung der deutſchen Geſandtſchaft beim päpſtlichen Stuhle.

Rede gehalten am 5. Dezember 1874.

— — — Bei meiner Durchleſung der letzten Verhandlungen über dieſe Sache fand ich — und wenn man anderthalb Jahre wie dieſe durchlebt hat, ſo iſt man durch ſolchen Rückblick oft in ein gewiſſes Erſtaunen verſetzt, als ob man ein Jahrzehnt zurückſähe — ich fand, daß ich damals einer verſöhnlichen und hoffenden Stimmung Ausdruck gegeben hatte, die nach dem, was in dieſen anderthalb Jahren ſich abgeſponnen hat, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, ohne Mißdeutungen ausgeſetzt zu ſein. — — —

Wir ſind weit entfernt, den Papſt nicht mehr anerkennen zu wollen als das Haupt der katholiſchen Kirche; wir erkennen ihn in dieſer Eigenſchaft vollkommen an. Aber es iſt die Eigenſchaft, das Haupt einer Konfeſſion zu ſein, welche in Deutſchland Bekenner hat, noch kein Grund, einen diplomatiſchen Vertreter bei einem ſolchen Haupte zu haben. Ich wüßte nicht, daß wir bei dem Haupt irgend einer anderen Konfeſſion uns diplomatiſch vertreten ließen. Ich wüßte auch nicht, daß in anderen Staaten, wo ähnliche Verhältniſſe, wenn auch nicht auf der breiten und großen Grundlage, wie ſie die katholiſche Kirche darbietet, die aber doch in die Millionen hineingehen, vorhanden ſind, — daß zum Beiſpiel der Kaiſer von Rußland bei dem armeniſchen Patriarchen eine diplomatiſche Vertretung unterhielte, obſchon die armeniſchen Unterthanen Rußlands auch wohl nach Millionen zählen mögen.

Wir ſind weit entfernt, irgendwie die Gefühle, welche die Katholiken mit dem Papſte verbinden, kränken oder ihnen irgend zu nahe treten zu wollen; wir erklären nur: wir haben jetzt nicht oder überhaupt nicht das Bedürfnis, diplomatiſche Geſchäfte an dem römiſchen Stuhle zu machen oder irgend welche Fragen dort auf diplomatiſchem Wege, wie dies früher wohl geſchehen iſt, zu verhandeln. Sollte die Notwendigkeit dafür eintreten, ſo haben wir in Rom Diplomaten, denen wir Auftrag geben können, und haben Leute, die wir proviſoriſch hinſchicken können; und ſollte ſich jemals wiederum das Bedürfnis herausſtellen, eine dauernde diplomatiſche Vertretung in Rom zu haben, ſo

würde es auch gelingen, die gesetzgebenden Faktoren von diesem Bedürfnis zu überzeugen, wenn es wirklich vorhanden ist, und wir würden dann eine Neubewilligung fordern können; jetzt fordern wir sie nicht, weil die Hoffnungen, die mich vor anderthalb Jahren noch leiteten, zu meinem Bedauern in die weite Ferne gerückt worden sind.

Ich habe die Streichung der Position auch für eine Sache des staatlichen Anstandes gehalten, weil und so lange das Haupt der katholischen Konfession Ansprüche aufstellt und eine Stellung einnimt, mit deren Durchführung jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich ist, wo jeder Staat, der sich dem unterwerfen wollte, unter ein kaudinisches Joch gehen würde und seiner eigenen Selbständigkeit zu entsagen genötigt wäre. So lange das Haupt der römischen Kirche diejenigen seiner Diener, die unabhängig von dieser ihrer Eigenschaft Unterthanen eines Staates, des Deutschen Reiches sind, in ihrem auflehnenden Verhalten gegen die Gesetze ihres eigenen Vaterlandes ermutigt und unterstützt, ja diese Auflehnung von ihnen als eine geschworene Dienstpflicht fordert, so lange ist es eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich, eine Macht, die solche Ansprüche erhebt, nicht nur nicht anzuerkennen, sondern auch nicht den Schein auf sich zu laden, als beabsichtige es, diese Anerkennung in der Zukunft auszusprechen, ohne daß diese unerfüllbaren und für jedes geordnete Staatssystem unannehmbaren Ansprüche zuvor in irgend einer Weise gelöst werden.

— — Ich kann Ihnen spezielle Thatsachen anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihtesten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich feststand.

Ich will eine bestimmte Thatsache nennen, die mir verbürgt worden ist, und die sich in den amtlichen Akten einer deutschen Regierung befindet. Diese deutsche Regierung hatte Anlaß, mit dem damaligen Nuntius in München, Meglia, zu verhandeln über gewisse Arrangements in ihrem eigenen Staate, und im Laufe des Gesprächs bekam sie von diesem, wie es scheint, nicht so verschwiegenen Prälaten, unter anderem die Bemerkung zu hören: „wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen, als die Revolution.“

Diese Revolution fand allerdings nicht statt; dagegen kam der Krieg von 1870. Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß das

Konzil deshalb abgekürzt ist, daß die Durchführung der Konzilsbeschlüsse, vielleicht auch ihre Vervollständigung, in ganz anderem Sinne ausgefallen wäre, wenn die Franzosen gesiegt hätten, daß man damals in Rom, wie auch anderswo, auf den Sieg der Franzosen als auf eine ganz sichere Sache rechnete, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag für den kriegerischen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Prinzipien nachgewiesen ist: — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können.

Rede über den Gehorsam gegen Gott und den König.

Gehalten am 16. März 1875.

Ich beabsichtigte nicht, dem Vorredner im allgemeinen zu antworten, sondern nur auf ein Wort. Diesem Worte muß widersprochen werden in einer Weise, wie es bisher noch nicht geschehen ist. Es ist die falsche Auffassung des an sich richtigen Satzes: man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen. Der Vorredner kennt mich ja lange genug, er hat ja selbst öfter davon gesprochen, um zu wissen, daß ich diesen Satz in seiner vollen Richtigkeit anerkenne, und daß ich glaube, Gott zu gehorchen, wenn ich dem Könige diene, dem er früher ja auch gedient hat, mit der Devise mit Gott für König und Vaterland; jetzt sind ihm diese drei Devisen auseinandergekommen, wie es scheint, und er sieht Gott getrennt von König und Vaterland. Ich kann ihm auf diesem Wege nicht folgen. Ich glaube meinem Gott zu dienen, wenn ich meinem Könige diene im Schutze des Gemeinwesens, dessen Monarch er von Gottes Gnaden ist, und in welchem die Befreiung von fremdem Geistesdruck und die Unabhängigkeit seines Volkes gegen römischen Druck zu schützen seine ihm von Gott auferlegte Pflicht ist, in der ich dem König diene. Der Vorredner selbst muß doch zugeben, wenn er ganz offen sein will — unter vier Augen wird er ehrlich genug sein,

es uns eingeſtehen — daß wir an die Gottheit eines Staatsgötzentums nicht glauben; nichtsdeſtoweniger läßt er ſich von dieſer Entſtellung der Wahrheit bei ſeinen Ausführungen leiten, als wenn wir, die wir hier ſitzen, an eine heidniſche Staatsgottheit glaubten. Er verfällt hierbei in denſelben Fehler, den er den römiſchen Kaiſern vorwarf, die ſich vergöttern ließen, indem er ſagt, die Leute waren ja weit entfernt, ſelbſt daran zu glauben, und ſo iſt auch er weit entfernt, daran zu glauben, was er ſagte: er brauchte es nur zur Beſchönigung der Herrſchaft, die er ſelbſt ausüben will.

Der Satz aber, um den es ſich handelt, iſt nur die Frage: ſoll man dem Papſte mehr dienen als dem Könige? Zwiſchen dem Papſt und Gott iſt denn doch für mich ein ſehr weſentlicher Unterſchied. Es handelt ſich alſo hier nicht um die Frage: Soll man Gott oder ſoll man den Menſchen mehr dienen, ſondern nur darum: Sollen wir in weltlichen Dingen, wo es ſich um unſer Seelenheil in keiner Weiſe handelt, dem Papſt mehr dienen, als dem Könige. Wir haben vor 1826 unter der Herrſchaft des Landrechts gelebt, das weiter ging, und dieſelben Herren, die jetzt behaupten, durch die Maigeſetze, die nicht ſo weit gehen, wie das Landrecht, geſchädigt zu ſein, mögen doch bedenken, daß ihre Väter in Ehren ſelig geworden ſind unter jenem Regime.

Der Vorredner hat noch ein Argument vorgebracht; er hat den Kultusminiſter auf ſeine Erfolgloſigkeit hingewieſen. Ja, ich bewundere das und frage, wenn er auf der einen Seite ſeine Lorbeeren austeilt ohne jede Rückſicht auf Erfolg, hat denn auf der anderen Seite das Verhalten der Biſchöfe den Zuſtand der katholiſchen Kirche weſentlich gebeſſert? (Rufe aus den Reihen der Ultramontanen: Ja wohl! gewiß!) Nun, meine Herren, das Zeugnis des Papſtes ſagt nein. Was wäre denn das für eine Heuchelei, für ein heuchleriſches Klagen, mit dem man uns vor Europa verläumdet, als ob wir Kirchenfeinde wären, als ob wir die Kirche vernichteten; wie wären denn dieſe Klagen denkbar, wenn ich wirklich Ihre Kirche ſo gefördert hätte. wie Sie behaupten. Eins von beiden iſt alſo jedenfalls ſicher: entweder die Klage über Verfolgung der Kirche iſt Heuchelei, und das werde ich mir merken, ſo oft ſie wieder auftritt, oder aber auch Sie haben irgend welche Erfolge nicht gehabt.

Darauf aber kommt es hier ganz und gar nicht an. Wir ſind beide einig, nicht in dem Streben nach Erfolg, ſondern in der Pflichterfüllung, beide im Begriff, Gott mehr zu dienen, als

den Menſchen, jeder nach ſeiner Weiſe, wie er es glaubt. Sie glauben den Willen Gottes näher, genauer zu kennen als wir, wir glauben es auch, ich meinerſeits glaube auch den Willen Gottes genauer zu kennen als der Vorredner.

Alſo, meine Herren, auf den Erfolg kommt es nicht an, auch dieſes Geſetz wird keinen nennenswerten Erfolg haben. Der Papſt und zehn Mal mehr der Jeſuiten-Orden ſind viel zu reich, als daß es ihnen auf dieſe Summe ankommen könnte, ich ſage nicht ohne Bedacht: der Jeſuiten-Orden zehn mal mehr als der Papſt, außerdem können ſie ihre Beſteuerungsart, die ihnen bisher gute Dienſte leiſtete, anwenden. Ich erwarte alſo keinen großen Erfolg, aber wir thun einfach unſere Pflicht, indem wir die Unabhängigkeit des Staates und der Nationen gegen dieſe äußeren Einwirkungen ſchützen, indem wir die Geiſtesfreiheit der deutſchen Nation gegen die Ränke des römiſchen Jeſuiten-Ordens und des Papſtes vertreten; das thun wir mit Gott für König und Vaterland.

Erklärungen über Bildung einer mächtigen ſtaatlich-monarchiſchen Partei.

Rede gehalten am 18. März 1875.

Der Herr Vorredner hat behauptet, ich hätte irgend wo, ich weiß nicht wann, geſagt, die Maigeſetze enthielten nichts, was nicht im Landrecht ſtände, und wären mit dem Landrecht übereinſtimmend. Ich beſtreite, das jemals geſagt zu haben. Ich habe zwar ſchon ſehr viel im Leben geſprochen, zu viel, als daß ich jedes einzelne Wort behalten könnte, aber das beſtreite ich, geſagt zu haben. Obſchon ich mich auf dem Gebiete der Jurisprudenz mit dem Herrn Vorredner nicht meſſen will, ſo bin ich doch ſeit meinen Studien ſo unwiſſend nicht, daß ich nicht zu beurteilen verſtände, daß in dem Landrecht nach manchen Richtungen ſehr viel mehr ſteht, als in den Maigeſetzen, — wiederum vieles, was nicht im Landrecht zu finden iſt, in den Maigeſetzen, an welche man zur landrechtlichen Zeit noch gar nicht gedacht hat, weil man zu Friedrichs des Großen Zeiten an die unerhörte Erſcheinung, daß ſämmtliche Landesbiſchöfe ſich gegen die

Geſetze auflehnten, noch gar nicht gedacht hat. Wenn nun der Herr Vorredner aber nach ſeiner Art, etwas zu behaupten, was nicht ſo iſt, aber annähernd ſo ſein könnte, mir Schuld giebt, ich hätte dieſe noch größere juriſtiſche Unwiſſenheit, als die mir in der That eigentümliche bewieſen, und daß ich ſchwerlich durch das Examen durchgeſchlüpft wäre, ſo muß ich doch feſtſtellen, daß hier der Herr Vorredner mir Unrecht gethan hat; ich habe das nie geſagt und würde es auch nie thun. In jedem Examen — bin ich überzeugt — wird er ſehr viel beſſer beſtehen als ich, namentlich im juriſtiſchen, bei ſeiner Vielſeitigkeit auch in ſehr vielen anderen Dingen; etwas anderes iſt es aber, praktiſche Politik zu treiben und ſich mit einigem Erfolge mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beſchäftigen; da behaupte ich meinerſeits wieder, das beſſer zu verſtehen, als der Herr Vorredner, und alle Examina, die er machen könnte, würden ihn vielleicht dazu nicht befähigen, wir würden vielmehr jeden Staat bedauern, dem es beſchieden wäre, von dem Herrn Vorredner regiert zu werden. Die Herren aus Hannover haben ja die Erfahrung gemacht, und ſie werden mir ſagen können, ob ſie lieber einen ſtreng examinierten oder einen dem Lande nützlichen Miniſter haben wollen.

Der Herr Vorredner hat außerdem geſagt, ich hätte geſtanden, wir würden mit dieſem Geſetze wenig erzwingen, und hat daraus gefolgert, daß er nicht begreifen könne, warum wir es denn überhaupt ins Leben führen wollen. Der Herr Vorredner begreift doch ſo manches, was uns unverſtändlich iſt; daß er nicht auf den Gedanken gekommen iſt, der uns hierbei leitete, das begreife ich nicht: es iſt des Staates nicht würdig, ſeine erklärten Feinde gegen ſich ſelbſt zu beſolden, es iſt Anſtandspflicht des Staates, dieſe Gelder einzubehalten, der Staat kann nicht ſtillſchweigend dulden und durch Zahlung beſtätigen, daß gegen ihn der Aufruhr von den Seiten gepredigt wird, wo er am meiſten im eigenen Intereſſe mitunterdrückt werden ſollte; ich ſage im eigenen Intereſſe, denn Sie ziehen ſich in Ihren — ich will nicht ſagen Geiſtlichen — ſondern in dem, was wir im allgemeinen die Hetzkapläne nennen — in denen ziehen Sie ſich doch eine Geſellſchaft groß, mit der Sie in ruhigen Zeiten Ihre Not haben werden.

Wenn Sie außerdem fragen, was wir für Erfolge davon haben, ſo glauben Sie den Erfolg zu haben, daß Sie ſich das kirchliche Bewußtſein im Kampf ſtärken. Der Deutſche hat das Gefühl,

er mag für eine gerechte oder ungerechte Sache kämpfen, wenn er einmal im Kampfe engagiert ist, so ist er nicht geneigt, die Sache zu prüfen, er hat dafür gefochten, er begeistert sich dafür, die Schläge, die er dafür ausgeteilt und empfangen hat, dienen ihm als Grund seiner Überzeugung, und in dem Gefühl folgt er entschlossen der Führung seiner Leiter. Ob sie dieses entfesselte Ferment künftig wieder beherrschen werden? Alle die jungen ehrgeizigen Streber, die bei dem jetzigen Verfahren ihre vorgesetzten Bischöfe einschüchtern, fühlen sich dadurch größer als sie sind, sie wollen mit der Zeit befriedigt sein, sie wollen nicht immer Hetzkapläne bleiben und Zeitungen schreiben — sie wollen Bischof werden.

Aber auch der Staat hat nach dieser Seite hin in bezug auf Geschlossenheit durch diesen Kampf außerordentlich gewonnen; und es ist wie in früheren Zeiten, unter andern der von Heinrich dem Vogelsteller. Ehe er die Ungarn am Lech schlug, übte er seine, wie man behauptete, damals vom kriegerischen Sinne der Vorfahren abgekommenen Unterthanen durch allerhand Gefechte zehn Jahre lang, bis er sie gegen den gefährlichsten Feind führte. Dieser Kampf ist ja für den preußischen Staatsmann, womit ich nicht mich meine, sondern die sämtlichen Staatsmänner, die hier versammelt sind, eine außerordentlich nützliche Schule geworden. Die Überzeugung von der Notwendigkeit, daß der Staat einige Hilfsmittel zur Verteidigung haben muß, daß ein starker Staat vorhanden sein muß, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, daß der Staat nicht in seiner Existenz, in seinen Grundfesten erschüttert werde, hat sich in diesem Kampfe wesentlich gekräftigt. Die Folge davon wird sein, daß wir mit der Zeit nur zwei große Parteien haben werden, eine, die den Staat negiert und ihn bekämpft, und eine andere große Majorität der dem Staate anhänglichen, achtbaren, patriotisch gesinnten Leute, womit ich die anderen durchaus nicht als weniger achtbar bezeichnen will — gewiß alles achtbare Leute — diese große Partei wird sich bilden in der Schule dieses Kampfes.

Schließen sich nicht alle Parteien, die den Staat und die Monarchie wollen, angesichts der ungeheuren Gefahr, die von jener Seite droht, näher zusammen?

Sind nicht die auf der äußersten Rechten aus ihrer früheren Abgeschlossenheit herausgetreten — ich möchte sagen moderner geworden? Haben sie sich nicht ihren politischen Nachbarn genähert? Sind nicht die von der äußersten Linken, wie sie hier

vertreten iſt, die von der Fortſchrittspartei offen zu Ausſprüchen gelangt, die durch konkludente Handlungen beweiſen, daß ſie anerkennen, daß es nicht nützlich iſt, die Fundamente des Staates, des Hauſes, in dem wir alle wohnen, zu erſchüttern und ununterbrochen mit der Axt zu bearbeiten, in dem Gefühl, daß andere für die Folgen verantwortlich ſeien? Alle dieſe früheren Sünden in unſerem politiſchen Leben haben ja vielfach einer Einkehr, einer Umkehr Platz gemacht, und ich ſage mit Genugthuung: der Staat iſt durch das Wachſen der ſtaatlichen Geſinnung der großen Majorität derer, die ihn ehrlich wollen, ſtärker und mächtiger geworden, als früher, und er wird mächtiger und ſtärker aus dieſem Kampfe hervorgehen. Was aus dem Staate würde, wenn wir den Kampf aufgäben, wenn wir jetzt die Bahn beträten, die der Herr Vorredner in leiſer diplomatiſcher Andeutung uns empfahl, das kann ich nicht beurteilen; denn unſere Aufgabe iſt es nicht, dergleichen Wege zu ſuchen, wer uns braucht, weiß uns zu finden, wir genügen unſern Zwecken durch uns ſelbſt.

Über die Stellung der Evangeliſch-Konſervativen im Kampfe gegen Rom.

Rede gehalten am 15. April 1875.

Ich will auf das Sachliche der Geſetzesvorlage, die uns beſchäftigt, nicht eingehen, ſondern das meinem Kollegen, dem Herrn Kultusminiſter überlaſſen. Ich will überhaupt mehr in meiner Eigenſchaft als Mitglied dieſes Hauſes, wie in meiner Eigenſchaft als Mitglied des Staatsminiſteriums das Wort ergreifen. In beiden aber kann ich mir nicht verſagen, den Ausdruck herzlicher Freude darüber laut werden zu laſſen, daß ich endlich einmal aus der konſervativen Seite dieſes Hauſes ein freies, fröhliches Bekenntnis zu unſerem Evangelium der Reformation gehört habe. Wäre dieſes Bekenntnis vor Jahren mit derſelben Beſtimmtheit hier ausgeſprochen, hätte dieſes Bekenntnis die Beſchlüſſe dieſes Hauſes ſeiner evangeliſchen konſervativen Stützen geleitet bei dem erſten ſchmerzlichen Beginnen des Bruches zwiſchen den Konſervativen und mir bei Gelegenheit des Schulaufſichtsgeſetzes, auch der Kampf mit der katholiſchen

konſervativen Partei, auch ſelbſt mit der katholiſchen Revolution wäre nicht ſo heftig geworden, wie er geworden iſt, — wenn mir damals die Evangeliſch-Konſervativen im Sinne des proteſtantiſchen Evangeliums treu zur Seite geſtanden hätten. — — Dieſes Bekenntnis zum Evangelium hat uns gefehlt. Ich danke dem Herrn Vorredner, daß er dem Ausdruck gegeben hat, und er hat mir herzliche Freude damit gemacht.

Es iſt das eine Brücke für mich, um alte Beziehungen, die nicht ohne ſchwere Verletzung für mich haben zerriſſen werden müſſen, wieder anzuknüpfen. Ich kann mich nicht mit jemandem politiſch befreunden, ihn nicht als Bundesgenoſſen betrachten, der ſein evangeliſches Bekenntnis ſeiner Politik unterordnet, für den es hier nur eine Kirche giebt. Wir haben eine allgemeine chriſtliche Kirche, aber mit Rückſicht auf den Kampf, um welchen es ſich in dem Geſetzentwurf handelt, iſt es etwas ſehr gefährliches — wie der Herr v. Kleiſt-Retzow thut — nur von einer „Kirche“ zu ſprechen, wo im Geſetze von der evangeliſchen gar nicht die Rede iſt. Für ihn iſt damit die eine Kirche die katholiſche, ich betone es ausdrücklich. Viele meiner alten Freunde, die unbewußt, ich möchte ſagen, aus gewiſſer zorniger Unzufriedenheit mit den weltlichen Dingen, handeln, kommen dahin, in kryptokatholiſierender Richtung alles, was unſerem vorwiegend evangeliſchen Staate feindlich geworden oder geblieben iſt, als Freund und Bundesgenoſſen zu betrachten, alles, was dem Staate entgegenſteht.

Wie iſt denn die Kirche von der katholiſchen Seite zu betrachten? Die katholiſche Kirche iſt heut der Papſt, und niemand weiter als der Papſt, und wenn Sie von den Rechten der katholiſchen Kirche ſprechen, ſo würden Sie ſich zutreffender ausdrücken, wenn Sie ſagen: die Rechte des Papſtes. Früher vor dem Vatikanum konnte man ſich noch der Anſchauung hingeben, wie ſie bei der Herſtellung der Verfaſſung vorgeſchwebt hat, daß man die Rechte, die man der katholiſchen Kirche bewilligte, dem katholiſchen Preußen bewillige. Jetzt liegt zu Tage, daß dies ein Irrtum war. Wir alle ſind in der katholiſchen Dogmatik oder in der katholiſchen Inſtruktion ſo weit vorgeſchritten, um zu wiſſen, daß für die katholiſche Kirche die Gemeinde der preußiſchen Staatsbürger, die ſich zur katholiſchen Konfeſſion bekennen, nicht exiſtiert. Die Gemeinde iſt allenfalls in jedem ihrer Glieder immer der Stein in dem Pflaſter, auf welchem der Prieſter ſteht, aber ſie hat mit dem Hochbau der Kirche kein

Beziehung und keine Verbindung. Das ist ein himmelweiter Unterschied von unserer evangelischen Auffassung, aber wir konnten uns früher, vor dem Vatikanum, mit der Idee schmeicheln, daß wenigstens 6 oder 8 preußische Unterthanen, — die Bischöfe, — für Preußen die Kirche vertreten, der wir Rechte einräumten; seit dem Vatikanum aber hat sich der Papst an die Stelle aller Bischöfe gesetzt. Es ist kein Zweifel, die Bischöfe sind nur noch die Präfekten des Papstes; er kann sich lokal an die Stelle eines jeden setzen, er kann einen jeden ersetzen resp. absetzen. Wir haben gefunden, daß die Bischöfe ihre als christliche Wahrheit erkannte Überzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig geopfert haben; sie haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas anderes zu denken, als der Papst. Ein Soldat hat doch das Recht, wenn ihm „Halb rechts" befohlen wird, bei sich zu denken: das ist ein thörichter Befehl, aber er gehorcht. Der Bischof darf das nicht einmal denken.

Was bei dieser Lage der Sache Herr von Kleist-Retzow immer von einer „Kirche" ganz einfach sprechen kann — er hat sich ja viel mit Theologie beschäftigt, und ich glaube, daß er sich wohl auch einmal die Frage vorgelegt hat, ob er für sein Seelenheil besser sorgt, wenn er katholisch wird; ich habe sie mir wenigstens vorgelegt, habe sie aber verneint. Aber Herr von Kleist wird doch wenigstens die Institutionen der katholischen Kirche einmal geprüft haben; er muß sie also annähernd so gut kennen wie ich sie schildere, und wenn er diese Institutionen von seinem evangelischen Standpunkte aus, von dem eines Königlich preußischen ehemaligen Ober-Präsidenten, immer noch als die „Kirche" in dem augenblicklichen schweren Kampfe Preußens vertritt, so glaube ich, sagt er sich, soweit er das thut, von seiner Treue gegen König und Vaterland los, von dem Evangelium.

Folge ich dem Papste, geht für mich die Seligkeit verloren; der Papst hat sie für mich nicht. Er ist auch nicht in dem Sinne, wie der Graf von Brühl andeutete, der Nachfolger Petri; Petrus war nicht unfehlbar, er sündigte, er bereute seine Sünde und weinte bitterlich über sie; von dem Papste, glaube ich, dürfen wir das nicht erwarten.

Über die Veränderung der römiſchen Kirchenverfaſſung und die entſprechende Veränderung der preußiſchen Verfaſſung.

Rede gehalten am 16. April 1875.

Die Staatsregierung iſt ungern daran gegangen, Ihnen eine Veränderung der Verfaſſung vorzuſchlagen, denn ſie teilt mit Ihnen die Anſicht, daß das Staatsgrundgeſetz ſich einer größeren Stabilität erfreuen ſoll, wie die Geſamtheit der übrigen Geſetze. Aber ſie hat ſich auch ſagen müſſen, daß es unabänderlich nicht ſein ſoll, denn die Frage, wie die Verfaſſung geändert werden kann, iſt in ihr ſelbſt beſtimmt, und je wichtiger und entſcheidender jeder Artikel der Verfaſſung für unſere Geſetzgebung, für unſer Volks- und Staatsleben wird, um ſo notwendiger iſt es, da, wo die Bedingungen, welche ihm als Entſtehungsrecht und als Grundlage dienen, ſich ändern, eine Modifikation eintreten zu laſſen, eine ſolche, die ſich den wirklichen Veränderungen unſeres Volkslebens anpaßt.

Iſt nun eine ſolche Veränderung in dieſem Falle eingetreten? Ich glaube, daß in bezug auf die Artikel, um die es ſich handelt, die Artikel 15, 16 und 18, wohl bei niemandem von uns Zweifel ſein wird, daß, wenn die Zuſtände des Jahres 1850 die jetzigen geweſen wären, dann die Verfaſſungs-Artikel nie zuſtande gekommen wären. Wenn das Vatikanum, wenn die Bildung einer rein konfeſſionellen und durch die Konfeſſion begrenzten politiſchen Partei damals denſelben Erfolg wie jetzt ſchon gehabt hätte, ſo glaube ich nicht, daß die damaligen ſchwachen katholiſch-parlamentariſchen Regungen es vermocht hätten, weder über die Regierung, noch über die damals in aufgeklärtem Wohlwollen dieſe kirchlichen Fragen behandelnden liberalen Parteien, auf dieſe Beſtimmungen auszugehen. Die Zeit hat uns belehrt. Man konnte damals allenfalls glauben, durch dieſe Artikel unſeren katholiſchen Mitbürgern Rechte zu geben; ich habe das zwar nicht geglaubt, denn ſoviel wußte ich, daß die in der katholiſchen Kirche überhaupt nichts mitzureden hätten; aber wir konnten glauben, einer Korporation, die aus der Geſamtheit der preußiſchen, aus deutſchen Geiſtlichen beſtand, an ihrer Spitze unſere Biſchöfe — daß wir der Rechte verliehen, bei deren Ausnutzung ſie doch das Gefühl, Deutſche,

Preußen zu sein, die Pflichten, die sie gegen den Staat haben, den Eid, den sie dem Könige leisten, nicht vollständig außer Augen verlieren würde. Diese Bürgschaft schwand durch das Vatikanum, durch die große Umwälzung in der Verfassung der katholischen Kirche. (Murren im Zentrum.) Meine Herren, Sie murren, Sie werden die Wahrheit nicht tot murren, es bleibt doch wahr; Ihr Murren wird ja aber registriert werden. Sie können mich ja widerlegen und nachher beweisen, daß unsere Bischöfe nach dem Vatikanum sich derselben Selbständigkeit erfreuen, wie in alten katholischen Zeiten und wie die ursprünglich deutschen Bischöfe, die ihrem Kaiser gegen den Papst ins Feld folgten — dies können Sie ja beweisen, Sie können mich überzeugen, wenn es Ihnen gelingt, irgend etwas Wahres dafür beizubringen.

Also seit dieser Umwälzung, welche die Episkopalkirche in die absolute Herrschaft des Papstes verwandelt hat, heißen diese Paragraphen nichts anderes weiter, als: die Angelegenheiten der katholischen Kirche werden durch den Papst geordnet. Durch die Auslegung, die der Papst diesen Angelegenheiten der Kirche giebt, greift sogar diese päpstliche Ordnung weit über alle kirchlichen Angelegenheiten hinaus. Der Papst behält sich vor, die Grenzen zu bestimmen, sie so weit zu ziehen, ohne daß die weltlichen Behörden mitzureden haben, höchstens in einer Vereinbarung, die nie vollständig zustande kommen wird wegen seiner Oberherrlichkeitsansprüche, dem Staate etwas zuzugestehen. Kurz und gut, der König und der Staat erhalten, was übrig bleibt, nachdem der Papst aus den weltlichen Rechten sich, was ihm gefällt, ausgeschnitten hat.

Unter diesem Regime hat sich nun ein Staat im Staate gebildet. An der Spitze dieses Staates im Staate steht der Papst mit autokratischen Rechten, welcher durch das Vatikanum die bischöfliche Gewalt in sich aufgenommen und sich selbstherrlich an deren Stelle gesetzt hat. Dieser Monarch befindet sich außerdem bei uns an der Spitze einer geschlossenen Partei, die wählt und abstimmt nach seinem Willen, der durch die von ihm abhängigen, nie anders wie der Papst zu denken berechtigten Priester kundgegeben wird.

Der Papst hat in Preußen seine offiziöse Presse besser bedient, wie die des Staates, wohlfeiler, ausgedehnter, zugänglicher; er hat in dieser offiziösen Presse die Möglichkeit, seine Dekrete amtlich, wenigstens mit amtlicher Glaubwürdigkeit zu

verkünden und die Geſetze unſeres Staates für null und nichtig zu erklären; er hat außerdem auf unſerem Boden ein Heer von Geiſtlichen, er zieht Steuern ein, er hat uns mit einem Netz von Vereinen und Kongregationen überſponnen, deren Einfluß ſehr wirkſam iſt, kurz, es giebt kaum, ſeitdem wir verfaſſungsmäßig ſind, jemanden, der in Preußen perſönlich und autokratiſch ſo mächtig wäre, wie dieſer hohe italieniſche Prälat, mit ſeinem Rat des italieniſchen Klerus umgeben — ſo mächtig, wie er mit jenem Apparat, kann kaum eine andere Perſönlichkeit auf unſere preußiſchen Verhältniſſe einwirken. Eine ſolche Stellung, mit ſo viel Machtmitteln umgeben, wäre an ſich eine ſehr gefährliche und für den Staat kaum erträgliche, wenn ſie einem Inländer verliehen und garantiert wäre, und zwar einem ſolchen, der dieſelben Ziele erſtrebt, wie der Staat, aber vielleicht mit anderen Mitteln. Wir wiſſen ja, wir alle erſtreben dieſelben Ziele, aber nicht immer mit denſelben Mitteln, und unſere Kämpfe um die Mittel ſind ja oft recht heftige; alſo ſelbſt dann wäre eine ſo mächtige Stellung gefährlich. Hier aber ſteht die Macht einem Ausländer zu, gewählt von italinieniſchen oder mehr als zur Hälfte italieniſierten Prälaten, die mit dem Deutſchen Reiche und mit dem Königreich Preußen ſehr wenig zu thun haben. Beide fallen ihnen nach den Worten des Dichters kaum wie der Tropfen am Eimer dem Ozean ins Gewicht bei allem, was hier auf unſerer armen märkiſchen Sandſcholle geſchieht. Auf dieſem Boden ſteht nun ein ſo mächtiger Monarch mit einem Programm, welches dem des Staates ſchnurſtracks entgegenſteht, ein Programm, welches unzählige Male öffentlich verkündet worden iſt in der amtlichſten Weiſe, wie ſolche Verkündungen nur möglich ſind, feierlich, und welches jeden, der nach Auffaſſung des Papſtes katholiſch bleiben will, verpflichtet, dies als Glaubensartikel zu beachten, was von einem politiſchen Programm niemals gefordert wird. In dieſem Programm der Päpſte würde der Papſt, wenn er bei uns zur vollen Herrſchaft gelangte, die von ihm ſelbſt geſchaffene Glaubenspflicht ſich auferlegt finden, mit der Mehrheit der Preußen, mit der evangeliſchen vollſtändig aufzuräumen. Die ſind ja nach dem vollen Programm gar nicht exiſtenzberechtigt, am allerwenigſten mit ſolchen Einrichtungen, wie ſie in Preußen geſchaffen ſind, konſtitutionelle Einrichtungen, wie die Preßfreiheit, deren die offiziöſe Preſſe des Zentrums ſich ſo eifrig bedient; dergleichen iſt an und für ſich durch päpſtliche dogmenartige und offenkundige

Dekrete verworfen. Aber dabei würde es nicht bleiben, wir Nichtkatholiken, die Majorität der Preußen, von denen Duldung und Gerechtigkeit beansprucht wird, die sie bis zu dem Punkte geübt haben, daß sie einen Staat im Staate ermöglicht haben, wir müssen entweder das Opfer unseres Glaubens machen und uns für katholisch erklären, oder der Papst würde in der dogmatischen Notwendigkeit sein, wenn nicht sofort, aber doch als Ziel zu erstreben die Vertilgung der Ketzer durch Feuer und Schwert.

Einem so mächtigen fremden Monarchen mit einem solchen, dem preußischen Staate feindlichen Programm können wir diese Privilegien nicht belassen, Privilegien, die das große Gebiet, was er so beherrscht, zwar noch der Aufsicht des Staates unterwerfen, aber von der eigentlichen Wirkung der Gesetzgebung ihm eine Ausnahmestellung gewähren. Es ist da eine Einschränkung dieser übermäßigen Gewalt absolut notwendig; daß diese Einschränkung nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Duldung geschieht, die unsern Volksstamm und unsere Dynastie seit Jahrhunderten charakterisiert haben, dafür bürgt uns eben die Vergangenheit Deutschlands, dafür bürgt uns der Stand der Bildung und der Gerechtigkeitssinn, der durch öffentliche Institutionen gewahrt und gepflegt wird. Die gebotene Einschränkung ist die Abschaffung der Verfassungsartikel und vielleicht noch anderer Gesetze, die damit im Zusammenhang sind, wenigstens solcher, die den ursprünglichen Verteidigungszustand des Staates und seine gegen Sonderbestrebungen schützenden Gesetze beiseite geschoben oder gar außer Kraft gesetzt haben; die werden meines Erachtens fallen müssen, das ist der Weg zum Frieden. Wir, die Regierung, können den Frieden nicht suchen, so lange unsere Gesetzgebung nicht von den Fehlstellen gereinigt ist, mit denen sie seit 1840 in einem übel angebrachten Vertrauen auf Billigkeitsgefühl der anderen Seite, auf Patriotismus bei denjenigen, die man mit der Ausführung betraute, stellenweise unwirksam gemacht worden ist. Dieses Vertrauen, welches die mehr edle als praktische Natur des Höchstseligen Königs charakterisierte, das sich schon 1840 kund gab in der Aufhebung des Placet, in gewissen Hoffnungen, die sich nicht erfüllten, in mehreren anderen Bestimmungen, in der Schaffung der katholischen Abteilung, dieses Vertrauen, welches nur die erste Generation von Räten noch erfüllte, dieses Vertrauen hat die Festigkeit, mit der die alten landrechtlichen Bestimmungen und die Vorsicht unserer

Vorfahren den Staat verſehen hatte, in manchen Beziehungen gelockert, es hat gewiſſermaßen Breſche in die für den allgemeinen Frieden des Staats notwendigen Beſtimmungen gelegt. Dieſe Breſche muß überſchüttet werden, ſie muß ausgefüllt werden; ſobald das geſchehen iſt, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden, ſelbſt mit dem Centrum, namentlich aber mit dem ſehr viel mäßiger geſinnten römiſchen Stuhle zu ſuchen, und ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hilfe zu finden, und ich werde dann, ſo lange mir das Leben gegeben iſt, dazu beitragen, den Kampf, den aggreſſiv zu führen wir eine Weile genötigt geweſen ſind, demnächſt nur defenſiv fortzuſetzen und die Agreſſion mehr der Schulbildung als der Politik zu überlaſſen.

Nachdem auf dieſe Weiſe der Geſetzgebung die Bahn frei gemacht iſt, hoffe ich, meine Herren, auf dieſem Wege mit Gottes Hilfe den Frieden zu finden, denſelben Frieden, unter dem unſere Väter Jahrhunderte lang in einem ſtarken Staate und geſtützt in dieſem ſtarken Staate durch unſere Dynaſtie mit einander in konfeſſioneller Einigkeit gelebt haben.

(Nach dem Abgeordneten v. Schorlemer-Alſt.)

Wenn der Herr Vorredner ſagte, ich hätte vor gewiſſen Jahren geſagt, daß ich vor jedem Dogma Achtung und Reſpekt hätte, ſo iſt das noch heut der Fall; aber ich habe auch vor meinen amtlichen Pflichten und vor den Geſetzen meines Landes Reſpekt, und meine Achtung vor fremdem Dogma kann nicht ſo weit gehen, daß ich ſo pflichtvergeſſen wäre, den Schutz der Intereſſen des Landes und die Verteidigung der Freiheiten des Landes, deſſen erſter Diener ich bin, für fremdes Dogma aufzugeben. Bei aller Achtung vor dem Dogma hat man ſeinem Könige und Lande den geleiſteten Eid zu halten, ihm nach den Geſetzen zu dienen. Das zu verleugnen, ſoweit geht mein Reſpekt nicht. Meine Pflichten gegen den Staat werden durch meine Achtung vor dem Dogma anderer nicht aufgehoben.

Der Herr Vorredner hat mir ferner zu beweiſen geſucht, daß der Papſt keinen Einfluß auf die Centrumspartei hätte. Nun, wenn Sie ganz ohne Verbindung mit dem Papſt ſind, woher wiſſen Sie denn, daß alles, was Sie thun, von ihm gebilligt iſt; ich wage das alsdann ſehr zu bezweifeln, und wünſche,

daß die Preſſe dieſem Zweifel Ausdruck gebe. Vor mehreren Jahren lag die Sache ſo, daß zwar nicht der Papſt, ſondern der Kardinal Antonelli die Schöpfung der konfeſſionellen Centrumspartei mißbilligte. Ich hatte ihm geſagt: es iſt das eine große Gefahr für die Freiheit, deren ſich die katholiſche Kirche bei uns erfreut, wenn die Wirkſamkeit einer konfeſſionellen Partei in unſere politiſchen Geſchäfte übertragen werden ſoll, wenn auf dieſe Weiſe das konfeſſionelle Prinzip zu einer weltlichen Herrſchaft in unſerem Parlament gelangen ſoll; ich halte das für unvorſichtig. Der Kardinal Antonelli, der ein feiner Kopf iſt und nicht ſo ſehr in der Knechtſchaft der Jeſuiten, wie mancher Andere, ſah dies ein und antwortete darauf mit einem Reſkript, worin er mit Ausdrücken, die ich gerade nicht wiederholen will, die Bildung der Fraktion mißbilligte. Darauf ſchickten die Unternehmer der Centrumspartei einen ſehr vornehmen Herrn, der im Südweſten von Deutſchland wohnt und auch noch mitunter von ſich reden macht, nach Rom und verklagten den Kardinal Antonelli beim Papſt; oder wenn die erſte Regung des Kardinals Antonelli die päpſtliche Billigung gehabt hat, ſo überzeugten ſie den Papſt, daß er in dieſem Falle ſich doch einmal geirrt habe, und es kam nun leider von Rom die volle Billigung alles deſſen, was in Deutſchland geſchehen war. Ich glaube, daß Se. Heiligkeit damals ſchlecht beraten war.

Daß ich damals mit dem Papſte ſelbſt in Verbindung geſtanden hätte, iſt ja nach der Form der diplomatiſchen Geſchäfte gar nicht annehmbar. Meine Verbindungen beſchränkten ſich auf den, wie geſagt, geſcheuten, jetzt aber leider einflußloſen Kardinal Antonelli. Indeſſen bewahre ich die Hoffnung, daß der päpſtliche Einfluß auf das Centrum ſich erhalten werde, — denn wie uns die Geſchichte kriegeriſche Päpſte und friedliche, fechtende und geiſtliche zeigt, ſo hoffe ich, wird doch auch wieder einmal demnächſt die Reihe an einen friedliebenden Papſt kommen, der nicht lediglich das Produkt der Wahl des italieniſchen Klerus zur Weltherrſchaft erheben will, ſondern, der bereit iſt, auch andere Leute leben zu laſſen nach ihrer Art, und mit dem ſich Friede ſchließen laſſen wird; — darauf iſt meine Hoffnung gerichtet und dann hoffe ich wiederum einen Antonelli zu finden, der einſichtsvoll genug iſt, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegen zu kommen.

Erſter Verſuch zur Steuerreform.

Rede gehalten am 22. November 1875.

Wenn ich erſt heute, meine Herren, zum erſten male in Ihrer Mitte zu erſcheinen und das Wort zu nehmen vermag, ſo rechne ich auf Ihre Nachſicht, wenn ich damit beginne, hierüber mein Bedauern und meine Entſchuldigung auszudrücken, daß ich bei der Eröffnung des Reichstages und bei den bisherigen Arbeiten nicht habe zugegen ſein können. Ich kann Sie verſichern, daß nur körperliches Unwohlſein mich davon abgehalten hat, indem ich erſt in den letzten Wochen, wo die Witterung kälter und trockener wurde, einigermaßen die Erholung gefunden habe, die ich erwartete, und ſie gern noch weiter geſucht hätte, wenn nicht mein eigenes Pflichtgefühl mich in Ihre Mitte geführt hätte, und andererſeits auch die mehrfach nicht mißzuverſtehenden Appellationen an dieſes Pflichtgefühl von ſeiten eines geehrten Mitgliedes dieſer Verſammlung, des Herrn Abgeordneten Richter. Gerade von ſeiner Seite finde ich es eigentlich nicht ganz billig, ſo ſtreng zu urteilen, und er wird ſich ſelbſt nicht im Unklaren ſein, daß gerade er weſentlich dazu beiträgt, das an und für ſich mühſame und angreifende Geſchäft einer miniſteriellen Exiſtenz noch zu erſchweren. —

Ich bin in der That in einer recht ſchwierigen Stellung. Wenn ich erkläre, daß meine Kräfte nicht mehr den Arbeiten genügen und ich geſunderen Kräften Platz machen muß, ſo wird das von mehr als einer Seite als eine Art von Felonie betrachtet, und namentlich die Preſſe appelliert an Pflichtgefühl, an meine Vaterlandsliebe, an mein Ehrgefühl, während mir der Appell an einen Arzt, der mir helfen könnte, erwünſchter wäre.

Nach dieſen Ihrer Nachſicht empfohlenen Worten pro domo trete ich der Sache näher, indem ich mich zuvörderſt an die Äußerungen meines Kollegen im Bundesrat, des Herrn Camphauſen, vollſtändig dahin anſchließe, daß auf keinem Gebiete des Staatslebens die Entſcheidung des Reichstags in unanfechtbarer Inſtanz zweifelloſer iſt, als auf dem der ſteuerlichen Fragen, auf dem der Entſcheidung über die Art, wie wir die Mittel aufbringen wollen, die wir für unſer Staatsweſen im Reiche und auch in den einzelnen Staaten gebrauchen. Alſo Sie ſind in der Lage, vollſtändig mit der Nachſicht des Mächtigen, möchte ich

ſagen, zu verfahren und sine ira et studio die Sache zu behandeln, lediglich aus dem Geſichtspunkte: iſt es zweckmäßiger, daß die Mittel, die wir brauchen, zum Teil in der Ihnen vorgeſchlagenen Form aufgebracht werden oder nicht? Wenn eine Regierung nicht einmal in Finanzfragen die Rechte der Landesvertretung unbedingt und auch bis in die Formen hinein achten wollte, ſo wäre eben der Konſtitutionalismus in ihr doch noch nicht zu den erſten Anfängen gelangt.

Seien Sie in der Beziehung unbeſorgt und ſeien Sie entgegenkommend in dem Gefühl Ihrer Stärke, die auf dieſem Gebiete unantaſtbar iſt. Sie ſelbſt werden doch aber wünſchen, daß die Mittel, deren das Reich bedarf, ſo aufgebracht werden, wie es den Steuerzahlenden am bequemſten und am leichteſten iſt und wie es für die Befeſtigung des Reichs am nützlichſten iſt, und deshalb liegt die Frage allein ſo: entſprechen dieſe kleinen, vielleicht gerade durch ihre geringe Tragweite ſündigenden Vorlagen — entſprechen die dieſem Zwecke oder nicht? Ich erwähne ausdrücklich den geringen Umfang, die geringe Tragweite; denn von allen Gründen, die dagegen meines Wiſſens eingewendet ſind, iſt der meiner Empfindungsweiſe am nächſten verwandt, daß Sie ſich eine weitergreifende Steuerreform wünſchen.

Eine totale Steuerreform inkluſive der Zollreform, wer wünſchte ſie nicht? Aber ſie iſt eine Herkulesarbeit, die man verſuchsweiſe angefaßt haben muß in der Eigenſchaft eines verhältnismäßigen Laien, wie ich es bin, um ihre Schwierigkeiten vollſtändig zu überſehen. Mit einem Zuge an dieſem Netze, unter dem wir jetzt in ſteuerlicher Beziehung gefangen ſind, da klirren alle Maſchen bis in die kleinſten Staaten hinein; jeder hat ſeine beſonderen Wünſche. Eine vollſtändige Reform kann nicht zu ſtande kommen, ohne eine bereitwillige, thätige, in die Hände arbeitende Mitwirkung jeder einzelnen partikularen Regierung mit dem Reich. —

Ich weiß nicht, ob die Gedanken, die ich über Steuerreform habe, im allgemeinen Anklang finden; es würde mich, wenn ſie den nicht fänden, auch das nicht abhalten, ſie nach meiner Überzeugung zu befolgen und abzuwarten, in welcher Weiſe es gelingt, ſie bei den bewilligenden Körperſchaften durchzubringen. Wenn ich zuerſt vom Standpunkt lediglich des Reiches ſpreche, ſo habe ich das Bedürfnis einer möglichſten Verminderung, wenn nicht vollſtändige Beſeitigung der matrikularen Umlagen. Es iſt das wohl kaum beſtritten, daß die Form der Matrikular-Umlage

eine ſolche iſt, die den einzelnen zahlenden Staat nicht gerecht nach dem Verhältnis ſeiner Leiſtungsfähigkeit trifft. Ich möchte ſagen, es iſt eine rohe Form, die zur Aushilfe dienen kann, ſo lange man in dem erſten Jugendalter des Reiches demſelben eigene Einnahmen zu verſchaffen nicht vollſtändig in der Lage war. Iſt es anerkannt, daß es eine Steuer iſt, die nicht gerecht trifft, ſo gehört ſie von meinem politiſchen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich konſolidieren. Das Gefühl, zu ungerechten Leiſtungen herangezogen zu werden, entwickelt das Beſtreben, einer ſolchen Ungerechtigkeit ſich zu entziehen, und verſtimmt.

Alſo aus dem Geſichtspunkte der Befeſtigung des Reichs — das Reich iſt jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten; ich möchte ſagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutſchland im Laufe der Jahrhunderte ausgeſetzt worden iſt und deren Heilung jetzt verſucht iſt, da iſt der callus noch nicht wieder ſo feſt verwachſen, daß nicht Verſtimmungen oder ein ſtarker Druck parlamentariſcher Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen ſollten, als den einzelnen Staat. Je mehr gemeinſame Reichseinrichtungen wir ſchaffen, je mehr gemeinſames Reichsvermögen, deſto mehr befeſtigen wir das Reich. — —

Ich ſage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in ſeinen Inſtitutionen nach Möglichkeit in den kleinen Dingen zu ſchonen und zu pflegen, und denen, die ſich überbürdet fühlen, und wie ich glaube mit Recht, etwas mehr Schonung und nicht die rein theoretiſche Härte entgegen zu tragen.

Ich kam von der Frage der Steuerreform ab, Ihnen zu ſagen, wie ich ſie verſtehe. Ich glaube, daß ich die Pflicht habe, meine Meinung darüber darzulegen, und daß ich vielleicht Manches Überzeugung anſtoße, wenn ich mich von Hauſe aus für indirekte Steuern erkläre und die direkten für einen harten und plumpen Notbehelf nach Ähnlichkeit der Matrikularbeiträge halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte ſagen, einer Anſtandsſteuer, die ich von der direkten immer aufrecht erhalten würde, das iſt die Einkommenſteuer der reichen Leute, — aber wohlverſtanden nur der wirklich reichen Leute, — die heutige Einkommenſteuer, wie ſie bis zum Vermögen von 1000 Thlrn. geht, trifft nicht bloß reiche Leute. Es giebt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thlrn. wohlhabend iſt, das iſt richtig; es giebt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thlrn. ſehr gedrückt und geniert

lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äußere Erſcheinung, die Exiſtenz, die Wohnung beſtreiten kann. — —

Das Ideal, nach dem ich ſtrebe, iſt, möglichſt ausſchließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen. Ich weiß nicht, ob Sie eine franzöſiſche Stimme vor kurzem in den Zeitungen geleſen haben, die ſich darüber wunderte, daß wir Deutſche im Vergleich mit Frankreich unſere Steuerbelaſtung ſo ungeduldig trügen, Frankreich zahle doppelt ſoviel, und hätte viel mehr Urſache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weiſe gemurrt, während in Deutſchland alle Blätter und alle parlamentariſchen Äußerungen darüber voll wären. Ich glaube aber, daß es weſentlich darin liegt, daß in Frankreich wie in England die überwiegende Maſſe der Staatsbedürfniſſe durch indirekte Steuern aufgebracht wird. Die indirekten — was auch theoretiſch darüber geſagt werden mag, Thatſache iſt, daß man ſie weniger fühlt. Es iſt ſchwer zu berechnen, wieviel der Einzelne bezahlt, wieviel auf andere Mitbürger abgebürdet wird. Von der Klaſſenſteuer weiß er ganz genau, was auf ihn kommt, — und es iſt ſo wunderbar, wenn man bei indirekten Steuern mit einem Mitleid, was ich mir früher einmal als heuchleriſch zu bezeichnen erlaubte, von der Pfeife des armen Mannes, von dem Licht des armen Mannes ſpricht und demſelben armen Manne ſeine Lebensluft, ſeinen Atem beſteuert, — denn die direkte Steuer muß er zahlen, ſo lange er atmet; bei direkter Steuer wird nicht danach gefragt: kannſt du deinen Trunk Bier unter Umſtänden entbehren? Kannſt du weniger rauchen? Kannſt du die Beleuchtung des Abends einſchränken? ſondern ſie muß er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verſchuldet ſein oder nicht, und was das Schlimmſte iſt, es folgt die Exekution, und nichts wirkt auf die Gemüter mehr als das Exequieren von Steuern wegen weniger Groſchen, die für den, der ſie zahlen ſoll, augenblicklich unerſchwinglich ſind; der Groſchen iſt gleich einer Million für den, der ihn nicht hat und ihn nicht im Augenblick der Fälligkeit erſchwingen kann, und der ſich ſagt, ſo und ſo viel kriegt dieſer Beamte Gehalt, ſo und ſo viel geht auf unnötig ſcheinende Ausgaben, und ich werde hier um mein bischen Geld exequiert. Solches Elend kommt von direkten Steuern. Laſſen wir die direkten Steuern den ſtädtiſchen Verwaltungen. Für den Staat aber iſt es meiner Überzeugung nach die Aufgabe, nach dem Beiſpiel von England, von Frankreich nach indirekten Steuern zu ſtreben.

Es fragt ſich, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun, wenn wir die ganze Reform nicht leiſten können.

Ich bin der Meinung, daß wir in unſeren Zöllen, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne beſteuert werden ſoll, uns doch freimachen von dieſer zu großen Maſſe von zollpflichtigen Gegenſtänden, daß wir uns auf das Gebiet eines reinen einfachen Finanzzollſyſtems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel ſind, d. h. nicht hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen, — die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, ſo viel abgeben laſſen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unſere Finanzen nehmen wollen. Als ſolche Gegenſtände der Verzollung und zugleich einer entſprechenden Beſteuerung im Inlande ſehe ich im ganzen an diejenigen Verzehrungsgegenſtände, deren man ſich, ohne das Leben zu ſchädigen, in gewiſſem Maße wenigſtens, zu enthalten vermag, wo man in gewiſſem Maße den Regulator ſeiner eigenen Beiträge zum öffentlichen Steuerſäckel in der Hand hat.

Ich will nur im allgemeinen das Syſtem entwickeln, nach dem ich ſtreben würde, wenn ſich dieſes Streben ſo leicht verwirklichen ließe wie die Gedanken, die eben leicht im Kopf bei einander wohnen, aber im Raume da ſtoßen ſich fünfundzwanzig Regierungen und die verſchiedenen Intereſſenten und die Parlamente, ja ſelbſt die Miniſterien in ſich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir bei einander ſitzen, ſelbſt wir würden eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorſchein bringen, die man um des Friedens willen ſich verſchweigt, und da iſt die Herſtellung einer Einigung über große durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit.

Die Arbeit kann auch dadurch nicht gefördert werden, wenn anſtatt der jetzigen reichskanzleriſchen Verfaſſung dem Reiche ein kollegialiſches Miniſterium gegeben würde. Ein Jeder, der eine zeitlang Miniſter geweſen iſt, weiß, wie viel langwieriger, ſchwieriger, aufreibender und angreifender für jeden einzelnen Beteiligten ein Kollegialminiſterium arbeitet. Außerdem fällt ja die Verantwortlichkeit vollſtändig weg, ſobald ein Kollegium entſcheidet. Verantwortlich kann man eben nur ſein für das, was man ſelbſt freilich thut, ein Kollegium iſt für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, ſie iſt ſpäter nicht aufzufinden. Man ſagt, der einzelne Reſſortminiſter ſei verantwortlich. Wo

iſt aber ein Reſſort ſo geſondert, daß es nicht der Mitwirkung von zweien oder dreien andern zur Durchführung ſeiner Maßregeln und Pläne brauchte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat. Die ganze Verantwortlichkeit wird eine eingebildete, wenn ſie einem Kollegium gegenüber geltend gemacht werden ſoll, ganz abgeſehen davon, daß wir abſtimmende Kollegien nachgerade im Reiche genug haben, den Bundesrat und Reichstag nicht bloß, ſondern ſämtliche parlamentariſche Einrichtungen.

Es iſt gewiß ſehr bequem, im Kollegium beſchließen zu laſſen und zu ſagen: Das Miniſterium hat beſchloſſen, anſtatt zu ſagen: ich, der Miniſter trete ein; fragt man ein Kollegium: wie iſt das eigentlich gekommen? ſo wird jeder achſelzuckend es anders erzählen, wenn das Beſchloſſene mißglückt iſt, niemand wird verantwortlich ſein. Daß bei der Kollegialverfaſſung ſchneller und durchſichtiger gearbeitet wird, das wird niemand einräumen, der beide Sachen mit durchgemacht hat. Nur einer kann verantwortlich ſein, die anderen können nur dafür verantwortlich ſein, ſoweit ſie durch die kanzleriſche Verantwortlichkeit nicht gedeckt ſind, und ich verſtehe die Verantwortlichkeit der Miniſter nicht in der Weiſe, daß ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit glaubte decken zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu ſein, daß an der richtigen Stelle die richtigen Perſonen, achtbar und kundig ihres Geſchäftes ſind und daß äußerlich erkennbare prinzipielle Fehler, namentlich ſolche, auf die der Reichstag aufmerkſam gemacht hat, nicht dauernd einreißen. Für Einzelheiten kann ich nicht verantwortlich ſein, ſondern da muß jeder Reichsminiſter — denn wir haben deren und werden deren, wie ich glaube und wünſche, mehr bekommen — das auswärtige Amt, die Marine, die Eiſenbahnbehörde, wir haben neuerdings die Poſt- und Telegraphie — kurz und gut, es kann ſich ja ausbilden, und ich wünſche z. B. dringend, daß die Verwaltung von Elſaß-Lothringen ſelbſtändig geſtellt wird; ich kann in die Details der Landes-Verwaltung auch viel weniger hineinſehen, als in die Details eines Reichsminiſteriums — wenn die perſonalen und anderen Fragen ſich überwinden laſſen, ſo bin ich der erſte, der den Tag mit Freuden begrüßt, wo meine Verantwortung auf das Maß des wirklich dem Lande verantwortlichen Premier-Miniſters reduziert wird, und ich neben mir einen in erſter Linie dem Kanzler und durch den Kanzler dem Lande, in den nicht durch den Kanzler gedeckten Phaſen auch direkt dem Lande verantwortlichen Miniſter für Elſaß-Lothringen ſehe. Ich

will nur sagen, daß Sie die Sachlage nicht richtig beurteilen, wenn Sie glauben, daß meine Abwesenheit leichter zu verdecken oder zu vertreten wäre, wenn ein kollegiales Ministerium bestände, oder daß die Geschäfte dabei irgend etwas gewinnen würden; das Reich würde an der raschen Aktionsfähigkeit, die es jetzt besitzt, an der einheitlichen Festigkeit verlieren; die Reichsexekutive würde in sich gespalten, gelähmt und uneinig werden, und auch für die Zeit, wo ich nicht mehr im eigenen Interesse diese Rechte vertreten werde, möchte ich meine Herren Kollegen und die Mitglieder des Reichstages dringend warnen, von dieser sehr nützlichen Einrichtung, die der eines englischen Premier-Ministers entspricht, nicht abzugehen.

Wenn ich für Darlegung einer Steuerreform auf das nächste Gesetz insoweit übergreifen kann, so wünschte ich, daß auch die Stempelabgaben gerechter verteilt werden, wie es durch jene Vorlage zum erstenmal versucht wird. Es ist von allen, auch von denen, die nicht Grundbesitzer sind, anerkanntes Bedürfnis; die jetzige Besteuerung alles desjenigen Verkehrs, der den Grundbesitz betrifft, mit Stempeln ist ja erstaunlich ungerecht im Vergleich mit der, welche die mobilen Kapitalien in allen Geldgeschäften, dem Ankauf von beweglichen Sachen, Quittungen und dergleichen zahlen.

Sie haben aus der Rede des Herrn Finanz-Ministers zum Teil entnommen, als läge ihm wenig daran, daß die Vorlagen durchgebracht würden. Ich kann Sie versichern, und er wird Ihnen gewiß die Versicherung auch geben, daß das ein Irrtum ist. Er hat sagen wollen, was ich eben auch sage: wenn Sie diesen unseren wohlgemeinten Versuch, die ersten Schritte auf der Bahn der Steuerreform zu thun, ablehnen, ja, so sind Sie allerdings in Ihrem Rechte, wir können nichts machen, als das ruhig einstecken und sehen, wie wir uns helfen, und das nächstemal werden wir wiederkommen, bis Sie die Überzeugung haben, oder bis sich unsere Überzeugung ändert oder andere Personen ans Ruder treten; oder bis Sie bewilligen, was wir glauben, im Interesse des Landes fordern zu müssen. Ich sage nur deshalb, daß von Empfindlichkeiten, Kabinettsfragen und dergleichen bei dieser Gelegenheit nicht die Rede sein kann. Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufbringen zu helfen, wie es dem Lande am nützlichsten ist, und wenn Sie nicht unserer Meinung sind, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß Sie es künftig werden.

Über das Strafgeſetz und das Staatswohl.

Rede gehalten am 3. Dezember 1875.

Ich habe weſentlich nur das Wort ergriffen, um den politiſchen Standpunkt der verbündeten Regierungen und ſpeziell den meinigen zu dieſer Vorlage darzulegen, ich meine den Standpunkt der inneren Reichspolitik in ihren Grundzügen betrachtet. Ich glaube, daß dieſe Darlegung, ſo kurz ſie auch ſein mag, doch dazu beitragen wird, die Diskuſſion, in der wir uns befinden, frei zu halten von jedem Anfluge von Erregtheit, von ſittlicher Entrüſtung über das Beginnen des anderen Teiles und von Kritiken, die eben nicht ohne Bitterkeit ſind oder wenigſtens in der Öffentlichkeit den Eindruck machen werden Ich glaube, daß, wie ich ſchon neulich ſagte, der Reichstag in der Geſetzgebung im allgemeinen — beſonders aber bezüglich der Steuerbewilligung — in der Lage iſt, daß es keiner gereizten Färbung der Erörterung, keiner Verteidigung von Rechten bedarf; es iſt das keine Machtfrage, es ſteht ja feſt, daß kein Geſetz ohne Bewilligung des Reichstages zuſtande kommen kann. Dieſe Beruhigung haben Sie. Wenn Sie ſich alſo nicht überzeugen können, daß in Beziehung auf das Ganze oder einzelne Teile dieſer Vorlage es dem Lande und Reiche nützlich ſei, wenn Sie deshalb nicht dafür ſtimmen können, ſo ſind Sie im Rechte und niemand kann die Übung dieſes Rechtes verkümmern.

Wir können alſo ſehr ruhig an die Diskuſſion herangehen, von der ich von Hauſe aus nicht geglaubt habe, daß ſie ſich in der Dauer der wenigen Wochen, die wir hier noch geſchäftlich zuſammen arbeiten werden, erſchöpfen wird, ſondern in der ich den Beginn einer Reviſion ſehe, die ſich, wie ich glaube, über mehrere Legislaturperioden hinausziehen wird. Den verbündeten Regierungen liegt es nach meiner Anſicht und wohl auch nach der Ihrigen ob, die Anregung da zu geben, wo eine Veränderung in der jetzigen Lage der Geſetzgebung erforderlich ſcheint. Wir haben unſererſeits wenigſtens das Bedürfnis, ſie zu geben, um uns von jeder Verantwortlichkeit für die Fortdauer der Nachteile des jetzigen Zuſtandes frei zu machen, und dieſe Verantwortung dem Reichstage, inſoweit er uns nicht beſtimmt, zuzuſchreiben. Es wird dann Sache Ihrer Stellung zu Ihren Wählern ſein, ob Sie ſich gegenſeitig darüber verſtändigen, daß Sie in Ihrem

Widerſtande beharren, oder inwieweit Sie Ihre Stellung modifizieren wollen. Sie werden vielleicht noch in der zweiten Legislaturperiode nachher in Ihren Wahlreden Erörterungen haben, bei denen ja von allen Seiten nur das Wohl des Ganzen, namentlich der Rechtsſicherheit, der innere Friede im ganzen Reiche bezweckt und erzielt wird; es werden, wie geſagt, noch in Ihren Enkeln, wenn ich eine Legislaturperiode als eine Generation betrachten darf, uns dieſelben Fragen beſchäftigen, wie ſie uns ja vor 3 Jahren, vor 6 Jahren auch ſchon beſchäftigt haben, und es iſt das vielleicht einer von den Würmern, die nicht ſterben: aber es wird eben nur das Material, das uns dieſe Frage liefert, von allen Seiten mit Sorgfalt und pflichttreuer Überzeugung hier aufgearbeitet werden. — —

Wenn ich von innerer Reichspolitik ſprach, ſo meinte ich diejenige Wechſelwirkung zwiſchen den verbündeten Regierungen unter ſich und zwiſchen den Reichseinrichtungen, zwiſchen dem Reichstage und in letzter Inſtanz mit dem Plenum der Wähler, mit der Nation. Dieſe Wechſelwirkung muß unterhalten werden, und um eine Konverſation über dieſe Frage einzuleiten, die Jahre lang dauern kann, iſt Ihnen ja dieſe Vorlage dargeboten, und Sie werden ja ſehen, was Sie daraus machen oder nicht machen. Alſo ich hoffe eben, daß dieſe vollſtändig ruhige und, ich möchte ſagen konfliktfreie Stellung, die jedem Zeit und Raum gönnt, ſeine Verhältniſſe zur Vorlage zu erwägen, dazu beitragen wird, der Diskuſſion des ganzen einen ruhigen Verlauf zu gewähren.

Ich will ſachlich nur dem Gedanken entgegentreten, dem der Herr Vorredner einen ziemlich ſcharfen Ausdruck gab, daß der Ruf der Milde des Strafrechts ein Märchen ſei, im Lande beſtehe darüber andere Meinung, und ich glaube auch, daß das, was er zur Begründung ſeiner Anſicht anführte, daß ſtellenweiſe das Reichsrecht Verſchärfungen gegen das preußiſche enthielte, war doch nur der einzelne Fall der Wiederholung des Betruges, wo das Reichsſtrafgeſetz eine ſchärfere Strafe als das preußiſche Strafgeſetz will. Ja, meine Herren, wenn die Sicherheit, der öffentliche Friede, die Ehre, der gute Ruf, die körperliche Geſundheit, das Leben des einzelnen ſo gut geſchützt wäre durch unſer Strafgeſetz, wie unſere Geldintereſſen, dann hätten wir gar keine Novelle nötig. Nicht im Strafrecht, ſondern auch in der Auffaſſung der Richter — ich weiß nicht, woran es liegt — ich wundere mich jedesmal über die gerechte Schärfe der

Verurteilung in Eigentumsfragen neben der außerordentlichen Nachsicht gegen Körperverletzungen. Das Geld wird höher veranschlagt im Gesetzgebungstarif, als die gesunden Knochen. Man kann jemandem viel wohlfeiler eine Rippe einschlagen in einem nicht vorbedachten Kampf, namentlich wenn der Jemand Beamter der öffentlichen Sicherheit ist, als man sich erlauben darf, etwa auch nur eine fahrlässige Fälschung, will ich einmal sagen, von einem Attest, namentlich aber, wenn es eine Geldfrage ist, das geht gleich auf 5, 7 Jahre Zuchthaus, und dicht daneben findet man ausgeschlagene Augen von Polizeibeamten, schwere körperliche Mißhandlungen mit Lebensgefahr und Nachteil für die Gesundheit, und das scheint daneben fast als ein leichter, entschuldbarer Scherz. Daß daran die Stimmung und Richtung unseres Richterstandes einen erheblichen Anteil hat, hat schon der Herr Vorredner angedeutet und ist wohl unzweifelhaft. Der Richter ist, wie der Deutsche im ganzen, vor allen Dingen gutmütig; namentlich sobald die Persönlichkeit des Verbrechers keine abschreckend und beleidigend herausfordernde Erscheinung hat, so wird der Deutsche dem in Fleisch und Blut Gegenüberstehenden leicht gutmütig, ich möchte sagen von strafbarer Gutmütigkeit, wie der Herr Vorredner mit Ironie den Ausdruck „strafbare Milde" brauchte. Ja, meine Herren, von „strafbarer Milde" werden die Verurteilten, die Verbrecher nicht sprechen, aber die Opfer des Verbrechens, die haben in erster Linie Anspruch auf unseren Schutz, und um diesen Schutz gegen die dem Herzen der Richter zur Ehre gereichende Tendenz zur Milde und Gutmütigkeit zu gewähren, liegt das Hauptmittel, das die Gesetzgebung hat, im Hinaufschieben der Minimalstrafen, die immer noch minime Strafen bleiben. Bei dem sehr großen ausgedehnten Spielraum, den die meisten strafrechtlichen Paragraphen lassen, finde ich, daß, mit Ausnahme der Eigentumsverbrechen, der Richter jederzeit das geringste Strafmaß wählt, zu dem er berechtigt ist.

Ich bin zu dieser Exkursion ja nur veranlaßt, um der meines Erachtens zu weit gehenden Verurteilung der Ansicht von der Milde des Strafrechts öffentlich entgegenzutreten, und mache darauf aufmerksam, daß der Herr Vorredner (der Abg. Lasker) dabei einigermaßen pro domo sprach; denn wir verdanken ihm einen außerordentlichen Anteil an den Milderungen des damals vorgelegenen Gesetzes, und er hat bei späteren Gelegenheiten das besondere Interesse kund gethan, das ihm der Verbrecher

und der Verurteilte einflößt — eine ungemein edle Richtung des Geiſtes —, aber ſie wird von allen denen, die unter den Verbrechen zu leiden haben, vielleicht manchmal für eine unpraktiſche gehalten werden.

Ich enthalte mich des Eingehens in die Einzelheiten, da es mich doch auf das gerichtliche Gebiet bringen würde, und erwähne nur zweier Beſtimmungen, auf die ich nach meiner Überzeugung ein ganz beſonderes Gewicht lege, zwei Sachen, die ich teils zur Wahrung des Rechtsgefühls, teils im dienſtlichen Intereſſe als wichtig bezeichnen muß, das iſt, die eine: der Schutz der Exekutivbeamten. Was mir vorſchwebt, iſt das, was man aus den täglichen Anſchauungen der Berliner Untergerichte und deren inmitten anderer turbulenter Bevölkerungen wahrnimmt, daß der eigentliche körperliche Träger und Vertreter des Geſetzes, der mit Gefahr ſeines Leibes und Lebens ſchließlich die Autorität des Geſetzes aufrecht zu erhalten hat, nicht in dem Grade gegeſchützt iſt, wie er das Recht hat. Es wird ja oft gerühmt die Achtung, die der Engländer vor dem Geſetz habe, und in der That, wenn man das Verhalten eines engliſchen und deutſchen Poliziſten auch nur auf der Straße in bezug auf die Fahrpolizei ſieht, ſo bekommt man den Eindruck, daß in England der Wink mit einem Zeigefinger gerade ſo nachdrücklich und unbedingt wirkt und Befolgung nach ſich zieht, als hier nicht immer die aufgeregten Bewegungen, mit denen man Schutzleute einem Kutſcher entgegengeſtikulieren ſieht, das laute Erheben der Stimme.

Der engliſche Policeman iſt ſich deſſen bewußt, daß, wer ſich an ihm vergreift, nahezu oder direkt an der Majeſtät des Geſetzes ſich vergreift in ſeiner Ausführung, in ſeiner Verkörperung in dieſem untergeordneten, aber treuen Diener, das ſehr hart beſtraft wird; ähnlich wie es bei uns ſehr ſelten vorkommt, daß ſich jemand an der Schildwache vergreift, weil ſie ganz anders durch das Geſetz geſchützt iſt. Dagegen der Schutzmann iſt ſehr häufig der Gegenſtand einer ganz frivolen Neckerei, Verhöhnung und, wenn es ſchwer kommt, gewaltthätiger Behandlung, die nachher als Körperverletzung kaum behandelt wird, ohne daß ſein Amt irgend ein erſchwerendes Element in der Beſtrafung nach ſich zieht. Und von dieſem Manne wird doch verlangt, daß er immer auf Vorpoſten ſei in dem Kampfe, den das Geſetz mit den Übelthätern hat, und er iſt nach der Zunahme der Roheit, wie ſie ganz unleugbar die letzten Jahre charakteriſiert, doch in einer ſehr exponierten Stellung. Er hat auf Anerkennung

sehr selten zu rechnen, die vorgesetzten Behörden verlangen viel von ihm, und in der Kritik der Presse hat ja die Polizei nach guter alter deutscher Tradition immer Unrecht. Hätten die Beamten der öffentlichen Sicherheit das Gefühl, besser geschützt zu sein, ich bin überzeugt, sie würden bessere Polizisten werden im Bewußtsein ihrer größeren Macht, im Bewußtsein ihrer Verantwortung. Daß damit auch sehr strenge und unter Umständen gerichtliche Bestrafung des Mißbrauchs dieser größeren Gewalt und jenes Benehmens, welches eines solchen Beamten und des gesetzlichen Schutzes unwürdig ist, verbunden sein sollte, das betrachte ich als selbstverständlich. Aber ich glaube, wir haben uns zu sehr daran gewöhnt, die Mißhandlung eines Beamten der Obrigkeit als gewöhnliche Prügelei, die alltäglich vorkommt, anzusehen. Dadurch schwindet ganz notwendig die Achtung vor dem Gesetze. Ich halte diesen Punkt für einen der wichtigsten; denn der untergeordnete Beamte hat nicht bloß ein Recht auf den Schutz in seiner exponierten Stellung, sondern der Gedanke, daß er das Gesetz verkörpert, ist bisher lange nicht lebendig genug. Er wird immer so angesehen, als ob er die polizeiliche Willkür verkörperte; und diesem Mißverständnis leistet die Thatsache Vorschub, daß die Leute zu wenig handeln können und viel zu viel reden.

Der zweite Punkt, der für mich eine besondere Bedeutung hat, ist der Paragraph, die Beamten im Dienste des Auswärtigen Amtes betreffend. Ich kann für das praktische Bedürfnis in einem Dienst streiten, dem ich nachgerade 25 Jahre in höheren Stellen angehöre und in dem ich seit 13 Jahren und länger die leitende Stellung eingenommen habe. Was mir da zur Wahrung meiner Verantwortlichkeit unentbehrlich ist, meine Herren, das muß ich nachgerade wissen, und in dem Verlangen, daß mir das gewährt werde, wenn ich meine Verantwortlichkeit weiter tragen soll, kann ich mich dadurch nicht irren lassen, daß mir gesagt wird, das widerspräche juristischen Theorien. Mit juristischen Theorien läßt sich auswärtige Politik nicht treiben.

Ich halte nicht gerade an die spezielle Fassung, wie sie hier vorliegt. Es wird sich ja darüber in einer Kommission reden lassen; ich erkläre aber ganz bestimmt als das Ergebnis meiner Erfahrungen, daß ich nicht glaube, ohne Verschärfung der Disziplin, durch Beihilfe strafrechtlicher Bestimmungen von Art der vorgeschlagenen dauernd mein Amt als auswärtiger Minister tragen zu können. Der Satz des Ungehorsams kann genauer

gefaßt werden; aber es iſt ſchwer, den Begriff ſo zu faſſen, daß er in juriſtiſchem Geſchmack erſcheint und in die juriſtiſche Façade paßt. Der Ungehorſam, der zufällig ſtattfindet oder aus Trägheit, iſt mitunter recht ſtrafbar; eine Schildwache, die einſchläft, iſt ja auch recht ſtrafbar; aber ich meine das eigentlich nicht, das liegt auf einem anderen Gebiete. Nehmen Sie z. B. an, daß jemand, der den Auftrag hat, jedermann, mit dem er Gelegenheit hat darüber zu ſprechen, zu erklären, daß wir den Frieden für vollſtändig geſichert halten, daß wir unſererſeits entſchloſſen ſind, ihn aufrecht zu erhalten, — daß dieſe betreffende amtliche Perſönlichkeit, darüber wirklich interpelliert und von kompetenteſter Seite, darauf antworten würde mit ſchweigendem Achſelzucken, vielleicht mit Hinweiſung auf die Unberechenbarkeit der Entſchließungen des Kanzlers, dann iſt vielleicht der Landesverrat in dem Achſelzucken noch nicht zu finden, ſondern ein Ungehorſam gegen die Ausführung der Inſtruktion, daß der Betreffende überall ſagen ſollte, ich halte den Frieden für vollſtändig geſichert und meine Regierung iſt die letzte, die daran denken möchte, ihn zu ſtören. Nehmen Sie an, daß jemand eine Inſtruktion bekommt, von der einigermaßen wichtige Verhältniſſe abhängen, daß er dieſe Inſtruktion einfach in der Taſche behält, eine Inſtruktion, die er, wenn ſie von dem telegraphiſchen Befehl „in 24 Stunden auszuführen“ begleitet iſt, ſofort und vollſtändig ausführen muß; unter allerhand Vorwänden bleibt ſie aber unausgeführt und die Wiederkehr des Vertrauens, die Wiederkehr der Sicherung des Friedens bleibt in der Taſche, und die Gerüchte, daß der Friede nicht geſichert ſei, und das Mißtrauen ſteigen. Das ſind Verhältniſſe, wo ich auch nichts anderes nachweiſen kann, als einen Ungehorſam, wogegen ich aber unbedingt geſichert ſein muß. Ferner, wenn jemand es unternimmt, unwahre Angaben ſeinen Vorgeſetzten zu machen, oder unter Mißbrauch ſeiner amtlichen Stellung andere zu täuſchen, ſo paßt das ſchon für den Fall, den ich anführte. Daß jemand aus Gründen, die ich weiter nicht in Erwägung ziehe, den ihm zuſtehenden Einfluß in der Preſſe und im geſellſchaftlichen Verkehr mit gewiſſen Perſonen dazu benutzt, zu beunruhigen da, wo er den Auftrag hatte zu beruhigen: darin liegt eine Täuſchung. Das alles ſind Dinge — ich weiß nicht, ob ſie nach dem Strafgeſetzbuch ſtrafbar ſind; aber ich kann mit ſolchen Unwahrheiten und Unfolgſamkeiten — und mit denen, die die Amtsverſchwiegenheit und die Dienſtgeheimniſſe verletzen — nicht auskommen.

Ich erkläre, daß, wenn ich verantwortlich bleiben ſoll für die Erfolge unſeres Auswärtigen Amts, wie ich es bisher geweſen bin, ich mich mit der bloßen Disziplinarbefugnis nicht begnügen kann, und daß ich darin einer Stärkung bedarf. — — Paßt es Ihnen nicht in die juriſtiſche Façade, ſo paßt es mir nicht in die Möglichkeit, die auswärtigen Geſchäfte zu führen, wenn das Gegenteil von dem geſchieht, was beantragt iſt, das heißt, wenn ich gar keine Hilfe, keine Verſchärfung der nicht ausreichenden Disziplinarbeſtimmungen bekomme. Das Strafmaß braucht nicht einmal erheblich zu ſein, für mich kommt es nur darauf an, daß ich außer der Disziplinargewalt die Berufung auf das richterliche Strafverfahren habe. — Ich werde wahrſcheinlich nicht, wenn ich oder mein Nachfolger einen ſolchen Paragraphen hätte, in die Lage kommen, davon Gebrauch zu machen, — ich kann es wenigſtens nicht wünſchen — und bei der hohen Stellung, der Erziehung und der patriotiſchen Geſinnung unſerer Vertreter im Auslande iſt es undenkbar; daß aber auch das Nichtdenkbare geſchehen kann, das haben uns doch die Ergebniſſe dieſes Jahres gezeigt.

Über Mißbräuche und Gefahren auf dem Gebiete der Preſſe.

Rede gehalten am 9. Februar 1876.

Ich habe nicht die Abſicht, meine Herren, in der dritten Beratung den Verſuch zu machen, auf die Änderung Ihrer früheren Abſtimmungen eine Einwirkung zu üben. Aber da ich den beiden erſten Beratungen krankheitshalber nicht beiwohnen konnte, ſo entnehme ich aus der ziemlich einſtimmigen Verwerfung dieſer und anderer Paragraphen eine gewiſſe Verpflichtung, die Gründe einigermaßen zu rechtfertigen, die die verbündeten Regierungen überhaupt dahin gebracht haben, derartige Anträge zu ſtellen, ohne daß ſie in dieſer Sitzung auf eine Annahme ſich weſentlich Hoffnungen machten.

Ich bin dabei nicht der Anſicht, wie ein verehrtes Mitglied der Fortſchrittspartei, daß verantwortliche Miniſter überhaupt Anträge nicht einbringen dürften, deren Annahme ſie nicht vor-

aussehen. Einmal ist das unmöglich, und fehlt uns die Prophetengabe; dann aber ist, wie ich glaube, mit Verkündigung eines solchen Grundsatzes der monarchische Boden verlassen und der der republikanischen Selbstregierung der gesetzgebenden Versammlung betreten. Ich würde dann, wenn ich diesen Satz annehmen müßte, nicht mehr Minister des Kaisers sein, sondern Minister der Versammlung. Es ist das eben ein wesentliches Unterscheidungs-Merkmal der republikanischen und monarchischen Verfassung, in der wir im Reiche leben. Ich nehme für uns das Recht in Anspruch, auch solche Anträge einzubringen, von denen wir mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit voraussehen, daß sie verworfen werden, um eine Erörterung darüber anzuregen in diesen Räumen und im Lande, eine Erörterung, die, wie ich schon früher bemerkte, sich jahrelang hinziehen kann, und um unter Umständen von einem Reichstag zum anderen zu appellieren, bis etwa die Überzeugung in der Regierung sich ändert.

Es handelt sich um verschiedene Mißbräuche und verschiedene Vergehen, die durch die Presse begangen werden können. Im wesentlichen kommt es mir augenblicklich darauf an, die Schäden näher zu berühren, die durch Verbreitung erdichteter und entstellter Thatsachen unserem Gemeinwesen zugefügt werden. Ich erwähne in erster Linie dabei die auswärtigen Verhältnisse, die Entstellung der Sachlage in bezug auf Krieg und Frieden. Lassen Sie mich mit kurzen Worten die Kriegslügen nennen, die seit zwölf Jahren, ja seit länger, die ängstlichen Gemüter verwirrt und nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die Geschäfte so darniederliegen, wie es der Fall ist, — nicht weil durch solche Zeitungsartikel Krieg wirklich herbeigeführt wird, sondern weil die Leichtgläubigkeit der Leser und die Furcht derer, die verlieren könnten, so groß ist, daß sie daran glauben, und daß diese permanente Kriegslüge auf das Geschäftsleben wesentlichen Eindruck macht.

Wie alt diese Lüge ist, ist mir zufällig an einem Blatte aufgefallen, — es ist das ein belgisches Blatt, das im Jahre 1863 erschienen ist.

Da wird gesagt:

„In Berlin raunt man sich ins Ohr, daß es im Winter eine neue Quadrupel-Allianz zwischen Preußen, Frankreich, Italien und Schweden geben soll. Den Anschluß Dänemarks würde man durch endgültige Überlassung von Schleswig-Holstein erreichen. Schweden soll Finland bekommen, Polen

ſeine alten Grenzen von 1770 wieder erhalten, Italien Venedig, — Frankreich Mainz, Köln und vielleicht Brüſſel, — Preußen würde ganz Deutſchland und vielleicht auch Holland erhalten."

Da finden wir alſo den erſten Urſprung all dieſer Hetzereien in bezug auf das uns ſehr befreundete und durch beiderſeitig friedliche Geſinnungen geſchützte Holland. In vielen Blättern hat ſich dieſe Lüge durch viele Jahrgänge hindurchgezogen. Dabei iſt es nicht geblieben. Sie wiſſen, daß bald darauf nach dem Frieden mit Öſterreich der franzöſiſche Kriegslärm folgte, ein Krieg, der ſchließlich doch durch uns nicht begonnen wurde, und ſeitdem nun ſind wir ununterbrochen verdächtigt worden. So viel ich mich erinnere, hieß es im Jahre 1871, wir würden nun die Oſtſeeprovinzen von Rußland erobern wollen; es waren vorzugsweiſe polniſche Blätter, die ja jederzeit gern in der Ausſicht ſchwelgen, daß ein Krieg zwiſchen Deutſchland und Rußland ausbrechen werde. Dann kamen die Verleumdungen, als dächten wir an einen Krieg gegen Öſterreich, und dann kam bis zum Kulminationspunkt im vorigen Frühjahr dieſer Kriegslärm auf Grund einiger Zeitungsartikel, welche ein das Wunderliche noch überſchreitendes Maß von Leichtgläubigkeit gefunden haben.

Daß bei allen ſolchen Entſtellungen der Wahrheit das Wort „offiziöſe Zeitung" eine große Rolle ſpielt und weſentlich gemißbraucht wird, das hat mich namentlich veranlaßt, Wert darauf zu legen, bei dieſer Gelegenheit das Wort zu ergreifen und über dieſen Schwindel, der mit dem Worte offiziös getrieben wird, meine offene Verurteilung auszuſprechen.

Es iſt ja nicht zu leugnen, daß jeder Regierung, beſonders in einem großen Reiche, die Unterſtützung der Preſſe, die Vertretung ihrer Intereſſen und Wünſche in der Preſſe auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik wünſchenswert ſein muß. Es iſt deshalb wohl natürlich, wenn die Regierungen ſich für ſolche Dinge, die ſie nicht gerade in ihrem amtlichen Moniteur ſagen wollen, in irgend einem befreundeten Blatte ſo viel weißes Papier offen halten laſſen, wie ſie brauchen, um gelegentlich ihre Meinung zu äußern. Als ſolches Blatt war früher die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung" der Regierung von ihren Eigentümern, aus reiner Überzeugung, ohne Geldunterſtützung — die Eigentümer waren ihrerſeits wohlhabende Anhänger der Regierungspolitik — in freundlicher Weiſe zur Verfügung ge-

ſtellt. Die Regierung hat das Anerbieten benutzt; die Zeitung hat vielleicht auch Vorteil gehabt von dieſer Anlehnung, — aber wie macht ſich nun eine ſolche Benutzung? Die meiſten Leute nehmen an, daß alle Artikel, die in einem ſolchen Blatte ſtehen, gewiſſermaßen von dem Miniſter ſelbſt geſchrieben, wenigſtens von ihm durchgeleſen werden, ſo daß er für dieſen Wortlaut verantwortlich gemacht werden kann; und darin liegt eben die Gefahr, die mich zuletzt nötigte, auf die Annehmlichkeiten, die es hat, ſeine Meinung in der Preſſe außeramtlich zu vertreten, abſolut zu verzichten. Der Miniſter hat nun einen vortragenden Rat, dem er den Auftrag giebt. Nun entſpinnt ſich denn eine Verbindung zwiſchen den Organen des Miniſteriums und dem Blatte; es werden auf Grund derſelben auch andere Nachrichten mitgeteilt, die gerade nicht auf Antrag des Miniſters mitgeteilt werden dürfen und können. Aber es kann dann in einem ſolche Mitteilungen enthaltenden Blatte ſtehen, was da will, was die Redaktion als Lückenbüßer hineinſetzt, ſo heißt es von allem, was darin ſteht, auch von allem, was in anderen Blättern ſteht, die nur ein einziges Mal eine Mitteilung erhalten haben: „ein Blatt, welches den Regierungskreiſen näher ſteht", — „ein Blatt, welches bekanntlich amtliche Mitteilungen erhält", und in franzöſiſchen Zeitungen einfach: „la feuille de M. de Bismarck" — da iſt es ſo gut, als wenn es im „Staats-Anzeiger" geſtanden hat. Nun ſind die Nachteile, wenn aus Irrtum oder noch öfter aus böſem Willen, ohne irgend einen anderen Zweck, als die amtliche Politik zu ſchädigen, Nachrichten als offiziös bezeichnet werden, die es gar nicht ſind, ſehr erheblich. Sehr oft iſt es auch nur die Abſicht des Zeitungsſchreibers, ſeiner Meinung eine größere Wichtigkeit dadurch zu geben, daß er Nachrichten, die er bekämpft, als offiziös bezeichnet. Sonſt würde das leſende Publikum gar nicht begreifen, warum der Mann das ſchreibt, oder er würde wenigſtens keinen Beruf haben, gegen eine erfundene Behauptung zu ſchreiben; ſowie er aber die zu widerlegende Behauptung als offiziös aufſtellt, ſo tritt er dem Reichskanzler perſönlich gegenüber und macht ſeine Darlegung damit wichtig. Es hat keine Dummheit gegeben, die man mir auf dieſe Weiſe nicht imputiert hat durch das einfache Wort „offiziös"; und deshalb ergreife ich dieſe Gelegenheit, um auf das beſtimmteſte zu erklären, daß es kein offiziöſes Blatt des Auswärtigen Amtes giebt, auch keine offiziöſe Mitteilungen an irgend ein Blatt ergehen. — Ich bin der Unbilden und

der Mißbräuche, die seit Jahr und Tag damit getrieben worden sind, müde geworden. Es ist für mich, ich gebe es zu, sehr unbequem, daß ich nur im „Staats-Anzeiger“, unter Umständen in einem anerkannt offiziösen oder offiziös bleibenden Blatte, der „Provinzial-Korrespondenz“, eine Meinung zur öffentlichen Kenntnis bringen kann; indessen bin ich da wenigstens sicher, daß keine anderen Kuckuckseier mir daneben gelegt werden und ich da nur für das verantwortlich gemacht werde, was entweder ich oder einer meiner Kollegen wirklich zu vertreten haben. — —

Es ist allerdings sehr leicht, einem Artikel einen offiziösen Anstrich zu geben, wenn er gewisse Mitteilungen enthält, von denen man sicher sagen kann, daß eine Zeitungsredaktion oder der Zeitungskorrespondent sie in dieser Eigenschaft nicht hat erfahren können, da sie nur von amtlicher Stelle herrühren können; — wenn solche Mitteilungen in zwei, drei Zeitungen gleichzeitig erscheinen, dann ist es für jeden Unbefangenen, der das Geschäftsverhältnis nicht kennt, Beweis genug, daß man es hier mit einer „offiziösen“ Mitteilung zu thun hat. Das ist auch in gewissem Grade richtig, nur nicht offiziös in bezug auf das Deutsche Reich, das sind offiziöse Mitteilungen von Korrespondenten anderer Regierungen, von fremden Diplomaten. Es ist ja für jede Gesandtschaft in jedem Lande eine Annehmlichkeit, wenn sich zu ihr ein Zeitungskorrespondent heranfindet, oder auch mehrere, und sagen: Wenn Sie etwas in der Presse zu vertreten haben, sagen Sie es mir; ich verlange kein Geld, aber wenn Sie mir ab und zu Nachrichten geben. — Also ein solcher Korrespondent braucht nur mit einer Gesandtschaft in engerer Beziehung zu stehen, der ab und zu den Gefallen zu thun, eine Sache, die der Gesandtschaft am Herzen liegt, zu verfechten oder zu vertreten, natürlich so, wie es seiner politischen Überzeugung entspricht, so wird der Gesandte, insoweit er nicht mit Geldern ausgerüstet ist, oder solche nicht genommen werden, um seiner Regierung Dienste zu leisten, sehr gern dafür Nachrichten in den Kauf geben, die er verbreiten will, und wird so ein anscheinend offiziöser Artikel entstanden sein, wo man sich sagt: das muß von der Regierung kommen — wer anders soll das wissen? sonst würde es auch nicht in drei, vier Zeitungen zugleich stehen — während letzteres bloß daher rührt, daß ein gesuchter, geschickter Korrespondent, der diplomatische Verbindungen hat, sehr leicht von drei, vier und mehr Zeitungen zugleich

angewandt wird — das ist ihm ja auch zu gönnen, wenn nur die Nachrichten, die auf diese Weise verbreitet werden, immer richtig wären; denn der Gesandte sagt zu einem solchen Herrn niemals alles, was er weiß, sondern nur dasjenige, von dem er wünscht, daß es geglaubt und öffentlich bekannt werde, und so entsteht, zum Nachteil der Regierung, dieser offiziöse Schein.

Daß Entstellungen der Thatsachen in bezug auf die Lage von Krieg und Frieden nachteilig auf Handel und Verkehr wirken, ist ja ganz klar, und ich schreibe einen großen Teil der Stockung in den Geschäften diesen Entstellungen der Zeitungen zu. Aber die eigentliche Schuld liegt doch an der wunderbaren Leichtgläubigkeit und an der Sensationsbedürftigkeit der Leser. Namentlich die deutschen Leser mögen ernste, sachlich geschriebene, belehrende Artikel über innere Angelegenheiten, die uns doch zunächst interessieren, nicht lesen. Keiner liest die gern, und schreiben mögen die Redaktionen sie noch viel weniger, das erfordert Anstrengung und Arbeit. Deutsche Zeitungen sollen politische Unterhaltungs-Lektüre sein, die man eben beim Schoppen gelegentlich verrichtet, und von der man eine anregende Unterhaltung, vor allen Dingen etwas Neues weit aus dem Auslande erwartet.

Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack viel zu sehr mit ausländischen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börsen, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungs-Artikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten wohl schwerlich je ein Krieg entstanden, und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen großen Anteil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiß nicht von der Presse gemacht, sondern nur von der damaligen Kaiserlichen Kamarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. Auf Zeitungs-Artikel hin führt kein Mensch Krieg, und wer für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht offiziöser Blätter — ich meine „die Post“, um sie beim Namen zu nennen, für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der „Krieg in Sicht“ überschrieben war — aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine

Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge, damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müßte er doch die Zustimmung seines Souveräns zu gewinnen suchen.

Dann kommt weiter hinzu, wenn nun Se. Majestät der Kaiser und sein Minister einig wären, einen Krieg zu führen — Se. Majestät der Kaiser — er hat Kriege führen müssen, er hat sie ungern geführt, sich schwer dazu entschlossen, er hat großen Ruhm darin erkämpft — ist in einem Alter, wo man gewöhnlich nicht Händel sucht; kein Mensch wird glauben, daß Se. Majestät der Kaiser kriegslustig ist. So lange er das aber nicht ist, so ist ja alles, was man von einem kriegslustigen Minister spricht, Windbeutelei und bewußte Entstellung der Thatsachen, und alle Ängstlichkeit darüber eine affektive, die nicht wirklich ist. Dann aber denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre und hätte nun ähnlich, wie anno 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt: meine Herren, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und beleidigt, aber die Situation ist gefährlich, wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn, die französische Armee reorganisiert sich einer Weise, die in der That beunruhigend ist, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thlrn. oder 500 Millionen Mark, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgnis vor dem

Lode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Menſch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli vorliegen könnte. — Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir ſind zufrieden mit dem, was wir haben, und es iſt Verleumdung, wenn man uns irgend einer Eroberungsſucht, einer Ausdehnungsſucht beſchuldigt.

Es trat damals zu der öffentlichen Leichtgläubigkeit, die ich tadle, der entgegenzuwirken ich für unſere Aufgabe halte, es traten im vorigen Frühjahr noch Verhältniſſe ein, die ich hier nicht näher auseinander legen will, der Umſtand, daß einzelne Diplomaten aus trüben Quellen ſchöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß dieſe trüben Quellen reines Waſſer lieferten, daß Saloneinwirkungen — Perſonen, die geſellſchaftlich hoch genug geſtellt waren, um mit politiſchen Kreiſen in Berührung zu kommen, Überzeugungen ausſprachen, die irrtümlich waren, weil eben dieſe Perſonen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politiſches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiiſch genug, um das Deutſche Reich wohlwollend zu beurteilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte ſie nennen. Es giebt ja hochgeſtellte Perſonen, die als politiſche Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu ſein; Perſonen, die auch mit einem Anſchein von Offiziöſität und Glaubwürdigkeit korreſpondieren, aber mit Unrecht.

Nun, der Frieden, den wir alle zu erhalten wünſchen, iſt ſo gut der Ihrige wie der unſrige. Wenn Sie ſich nicht überzeugen können, daß die von den Regierungen wahrgenommenen Schäden ſtark genug ſind, um ihnen Abhilfe zu geben — gut, ſo wollen wir dieſelbe Gefahr mit Ihnen beſtehen; Sie ſollen uns nicht vorwerfen, daß wir furchtſamer ſeien als Sie! Aber wir haben uns von der Verantwortlichkeit befreit, wenn die Verhältniſſe nachteiliger werden, von der Verantwortlichkeit, die man der Regierung zuſchieben könnte, daß ſie den Beruf gehabt habe, den erſten Schritt zu einer Verbeſſerung der Lage zu thun.

Die Geſchäfte leiden aber auch unter einer anderen Art von Preſſe — ich möchte ſie diejenige nennen, die im Dunkeln wirkt, nur bei dem Lichte von einer Blendlaterne. Die Zeitung, das Wochenblatt, was einem Manne von wenig Mitteln und wenig Bildung behändigt wird, der keine Art von Kontrolle hat, die Irrtümer, ja dreiſten Lügen, die ihm darin aufgebürdet werden, irgendwie zu bemeſſen, die Zeitung, die ſich in ſolchen, in der ärmeren und unzufriedeneren Kreiſen der Bevölkerung einniſtet,

die hat ein leichtes und sicheres Spiel, indem sie den gemeinen Mann, der da glaubt und mit Recht glaubt, daß er in einer unangenehmen Lage ist, dahin bethört, daß er — mit Unrecht — wähnt, er könne durch weniger Arbeit und durch eine Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger der eigenen Not dauernd abhelfen, daß es dauernd möglich wäre, mehr zu genießen und weniger zu arbeiten, als nach dem allgemeinen Angebot und Bedarf der Arbeitskräfte eben drin steckt. Auch diese Art von Presse hat uns wesentlich geschadet und zurückgebracht; die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben wesentlich mit dazu beigetragen, den geschäftlichen Druck, unter dem wir uns befinden, zu schaffen; sie haben ganz gewiß die deutsche Arbeit verteuert und vermindert, und ihr Produkt ist, daß der deutsche Arbeitstag nicht mehr das leistet, was der französische und der englische Arbeitstag leistet: der französische Arbeiter arbeitet an einem Tage mehr, als der deutsche, und geschickter; wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein.

Daß wir zurückgekommen sind, schieben wir wesentlich den sozialistischen Umtrieben zu, die die Leute auf unbestimmte, unrealisierbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genußmittel verschaffen kann, von regelmäßiger, fleißiger Arbeit, die früher bei den Deutschen sprüchwörtlich und eigentümlich war, abziehen; und deswegen klage ich die Führer der Sozialisten an, daß sie an der Not, in der sich der Arbeiterstand heutzutage befindet, wesentlich mit schuld sind; sie haben die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit vermindert und unsere Konkurrenzfähigkeit den Fremden gegenüber herabgedrückt. Sie, meine Herren, haben es abgelehnt, auch dagegen Hilfe zu gewähren. Aber Sie haben doch die Gefahr, die darin liegt, nicht verkannt; ich denke daher, Sie werden Ihrerseits nun auch darüber nachdenken, wie sich dem etwa Abhilfe schaffen läßt; sonst gehen wir einer Abhilfe entgegen, die allerdings eine sehr schwere ist, nämlich der, daß wir bis zu einem gewissen Maße verarmen werden, bevor Besserung eintritt. Wenn diese Zustände fortwirken, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtrute, die Gott über diese Excesse verhängen wird. Aber sollten wir nicht das unsrige thun, um dem vorzubeugen, daß diese Strafe der Verarmung, des Rückgangs der deutschen Produktion im Vergleich zur anderen, eintritt? Der französische Ar-

heiter schafft heute in jeder einzelnen Stunde mehr, als der deutsche Arbeiter; das können Sie täglich bei unseren Bauarbeiten, bei denen Franzosen verwendet werden, sehen.

Also, meine Herren, wenn Sie dem in der Weise, wie wir es vorschlugen, nicht abhelfen wollen, so erwarten wir, daß vielleicht in der nächsten Session andere, neue Vorschläge Ihre Zustimmung finden werden, — oder es sei denn, Sie wollen es abwarten, wie es wird, wenn der Schade erst weiter frißt, und dann erst zur Abhilfe übergehen.

Einstweilen glaube ich, daß es schon helfen würde, wenn wir den Übeln mit den Mitteln, die von dem Strafrichter ganz unabhängig sind, fest entgegentreten. Mit Tadel und Belehrung von der Schule ab und von der Verbesserung der Schuleinrichtungen verspreche ich mir eine Reaktion gegen die Irrtümer; aber ich möchte Sie doch jetzt schon auffordern, den sozialistischen Agitationen anders als bisher entgegenzutreten.

Ich glaube, daß wir uns durch offene Erörterung dieser Fragen im Hause und in der Presse gegenseitig Waffen in die Hand geben und den Gegengründen gegen den Unsinn, daß irgend jemand die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, eine solche Verbreitung geben, wie sie nur durch das Sprachrohr von hier aus erreicht wird, und daß wir unseren Wählern mit dem Rezept an die Hand gehen gegen die Trugschlüsse und unrichtigen Lehren, die im Sozialismus, wie er sich bei uns verkörpert hat, enthalten sind — in dem Maße, daß die Mörder und Mordbrenner der Pariser Kommune hier eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstag erhalten haben. Den Wegweiser zu den Zielen der Pariser Kommune finden wir auf allen Wegen der Sozialisten, und ich glaube, es wäre sehr viel nützlicher, die sozialistischen Blätter mehr zu verbreiten. Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden.

Dann, meine Herren, hat die Entstellung der Thatsachen noch ein Gebiet ergriffen, das ja schon mehrfach in diesen Tagen hier berührt worden ist; es ist dies das Verlegen unserer inneren Diskussionen von dem sachlichen Gebiet auf das persönliche Gebiet. Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen und zu diskutieren, sondern man bemüht sich, nachzuweisen, daß der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl sei; man spürt in seinem Privatleben

nach, ſucht irgend eine wunde Stelle zu finden, übertreibt dieſe, — kurz und gut, betreibt weſentlich Verleumdung. Auch dagegen könnten wir mit einem entſchloſſenen ſittlichen Gefühl viel thun — nicht gegen alle kleinen, wohl aber doch gegen große Blätter.

Wenn ein Blatt, wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weit verbreiteten Partei gilt, ſich nicht entblödet, die ſchändlichſten und lügenhafteſten Verleumdungen über hochgeſtellte Männer in die Welt zu bringen, in einer ſolchen Form, daß ſie nach dem Urteil der höchſten juriſtiſchen Autoritäten gerichtlich nicht zu faſſen iſt, aber doch derjenige, der ſie geleſen hat, den Eindruck hat: hier wird den Miniſtern vorgeworfen, daß ſie unredlich gehandelt haben, — wenn ein ſolches Blatt ſo handelt und in monatelangem Stillſchweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen ſind, und nicht ein peccavi oder erravi ſpricht, ſo iſt das eine ehrloſe Verleumdung, gegen die wir alle Front machen ſollten, und niemand ſollte mit einem Abonnement ſich indirekt daran beteiligen. Von einem ſolchen Blatte muß man ſich losſagen, wenn das Unrecht nicht geſühnt wird; jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt ſich indirekt an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, an Verleumdungen, wie die „Kreuzzeitung“ ſie im vorigen Sommer gegen die höchſten Beamten des Reichs enthalten hat, ohne die leiſeſte Andeutung eines Beweiſes und mit einer komiſchen Unwiſſenheit in den Perſonalgeſchichten, die ſie dabei zur Schau trägt.

Alſo, meine Herren, ich glaube, wir können außerhalb des Strafgeſetzes ſehr viel thun. Wenn wir alle — und es iſt doch die große Mehrzahl, ich will niemanden ausnehmen unter uns, — die Sinn für Ehre und Anſtand haben, für chriſtliche Geſinnung und Sitte — alle, welche die chriſtliche Geſinnung nicht bloß als Aushängeſchild für politiſche Zwecke brauchen — wenn wir alle zuſammenhalten in einer Ligue gegen die Schlechtigkeiten, die ich eben bezeichnet habe, und ſie verfolgen, jeder vor ſeiner Thür, und ſie einmütig in Bann halten, ſo werden wir mehr erreichen, als mit dem Strafrichter.

Über das Ziel und die Bedeutung der Eisenbahnvorlage.

Rede gehalten am 26. April 1876.

Ich kann mich darauf beschränken, meine Stellung zu der Vorlage als Minister und als Kanzler klarzulegen und Ihnen die Vorlage selbst ans Herz zu legen.

Die Reichsverfassung giebt dem Verkehr im Deutschen Reiche und den gesamten Angehörigen desselben sehr wertvolle Verheißungen in bezug auf die Behandlung der Eisenbahnen. Als Reichsbeamten liegt mir die Verantwortung für die auf Ausführung der Reichsgesetze gerichtete Kaiserliche Thätigkeit ob, von denen die Reichsverfassung das vornehmste ist, und ich kann mich nicht zu der Höhe leichter Beurteilung irgend eines wesentlichen Teils der Verfassung erheben, die den Herrn Abgeordneten Richter bei seinen sonst so konstitutionellen Ansichten kennzeichnete, indem er von diesem wichtigen Teil der Verfassung wie von einem toten Buchstaben und so geringschätzig sprach, daß ich als Minister mir doch nicht möchte zu schulden kommen lassen, von irgend einem Teile der preußischen oder der Reichsverfassung in diesem Tone zu sprechen. Ich erinnere mich, daß damals, als die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu stande kam, weder von den Regierungen, noch von den Körperschaften, die dabei mitwirkten, in dem Tone von diesem Abschnitte der Verfassung gesprochen wurde. Im Gegenteil: man knüpfte daran große Hoffnungen, jedenfalls zu weit gehende Hoffnungen für die Zukunft an. Ich selbst habe damals auch mehr — man muß ja immer erst die Entwicklung der Dinge beobachten, ehe man sie richtig erkennt — ich habe damals auch mehr auf die Initiative der Regierungen gerechnet. Ich habe darauf gerechnet, daß die Regierungen die Verpflichtung, die sie hier übernommen haben:

„Die Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse eines einheitlichen Verkehrs verwalten zu lassen" ernster nehmen würden. Ich habe mich darin vollständig getäuscht!

Ich hatte dann geglaubt, daß die Herstellung des Reichseisenbahnamts als eines Aufsichtsamts dem Mangel abhelfen könnte. Die Erfahrung hat aber nur gezeigt, wie ohnmächtig das Reich an sich und wie stark der einzelne Staat ist. Das

Reichseisenbahnamt ist eine begutachtende, beratende, bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und thut, ohne daß ihr jemand Folge leistet, und der eine Beschäftigung zugefallen ist, bei der ich die ausgezeichneten Kräfte, die sich ihr gewidmet haben, doch nur mit Mühe vor der Entmutigung bewahren kann, mit der jede erfolglose und angestrengte Thätigkeit verbunden ist.

Ich habe demnächst meine Hoffnung als Kanzler zur Verwirklichung dieses Teils der Verfassung auf ein Eisenbahngesetz gerichtet gehabt. Es ist schon davon gesprochen, auf welche Schwierigkeiten dessen Zustandekommen gestoßen ist; nur ist es ungerecht, diese Schwierigkeiten allein der Königlich sächsischen Regierung zuzuschieben; es sind andere Regierungen, und dabei we unsrige, auch beteiligt.

Die Thatsache ist immer geblieben, daß der faktische Einfluß des preußischen Handelsministeriums auf die gesamte Entwicklung und Gestaltung des deutschen Eisenbahnwesens ein stärkerer ist, als der des Reichsministeriums trotz allem, was darüber in der Verfassung steht; es hat eben das Recht der territorialen Aufsicht mit seiner Exekutivgewalt und der Besitz eines großen Eisenbahnkomplexes, der eine magnetische Einwirkung auf andere Schienenwege ausübt, doch als sehr viel stärker sich erwiesen, als die theoretischen Verfassungsrechte, die dem Reiche verliehen worden sind. Diesen Zustand zu bekämpfen ist eine Pflicht, die mir als Reichskanzler obliegt.

Wir sind in bezug auf den Eisenbahnverkehr in eine Lage geraten, wie sie sonst seit dem Mittelalter Deutschland nicht eigentümlich war. Wir haben in ganz Deutschland, glaube ich, 63 verschiedene Eisenbahnprovinzen — das ist fast zu wenig gesagt, sie sind selbständiger als Provinzen, Eisenbahnterritorien möchte ich sagen — von denen vielleicht 40 auf Preußen kommen werden. Jede dieser territorialen Herrschaften ist nun mit den mittelalterlichen Rechten des Stapelrechts, des Zoll- und Geleitwesens und Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zu gunsten ihres Privatsäckels vollständig ausgerüstet, ja selbst mit dem Fehderecht. Daß diese Zustände nicht dem Ideale entsprechen, das die Reichsverfassung aufstellt, daß sie das nicht einmal in Preußen thun, dem kann, glaube ich, nur dadurch abgeholfen werden, daß auch in Preußen ein anderer Weg der Abhilfe als bisher versucht würde, wenn der Übergang an das Reich nicht stattfände. Ich halte die Eisenbahnen dazu nicht in der Haupt-

sache bestimmt, ein Gegenstand finanzieller Konkurrenz zu sein um das Höchstmögliche herauszuschlagen; die Eisenbahnen sind nach meiner Überzeugung viel mehr für den Dienst des Verkehrs als für den Dienst der Finanzen bestimmt.

Die nichtpreußischen Bahnen, welche Privatbahnen noch sind — es sind deren sehr wenige — werden wahrscheinlich in kurzer Zeit von den betreffenden Staaten erworben werden; die nichtpreußischen Staatsbahnen aber sind in sehr guten Händen, sie dienen bereits in der Hauptsache dem öffentlichen Verkehrsinteresse, nebenher den Finanzinteressen dieser Staaten, also jedenfalls öffentlichen Zwecken. Es ist der Übelstand der Privatbahnen, daß ein von dem Staat verliehenes Privilegium und nur durch die Staatshilfe ausgebeutetes — man kann sagen, ein verliehenes Monopol — für Privatinteressen und Privatrevenuen rechtmäßig ausgebeutet wird. Das findet bei den Staatsbahnen nicht statt, und es war eine ungerechte und übertriebene Befürchtung, die man hat laut werden lassen und die wahrscheinlich nicht laut geworden wäre, wenn man abgewartet hätte, bis wirklich öffentlich kundbar war, was wir eigentlich wollten. Ja, ich sehe auch in diesen Befürchtungen einen geringeren Glauben an Recht und Gerechtigkeit in Deutschland, als ich habe.

Ich bin vielleicht nicht Jurist genug, aber nach meiner Überzeugung wären wir gar nicht in der Möglichkeit, den anderen Staaten wider ihren Willen ihre Staatsbahnen zu nehmen. Die gesetzliche Kompetenz in Artikel 4, daß das Eisenbahnwesen der Gesetzgebung und Aufsicht der Staaten unterliegt, reicht meines Erachtens doch so weit nicht. Juristisch unmöglich scheint es mir, daß wir ein Reichsgesetz machen, nach welchem es hieße, Sachsen soll seine Eisenbahnen, sein Eigentum an denselben an das Reich abgeben. So weit habe ich die Reichskompetenz nie ausgelegt, ich begreife daher nicht, welche Quelle diese Befürchtungen, wenn sie aufrichtig sind, in den einzelnen Staaten haben konnten.

Man kann ja fragen, warum wir Ihnen überhaupt die Vorlage machen, da die Regierung selbständig befugt gewesen wäre, mit dem Reiche zu unterhandeln, und wenn sie zu einem Abschluß gelangt, Ihnen dann die Abmachung zur Genehmigung oder zur Verwerfung vorzulegen. Nun, meine Herren, dazu glaube ich, ist die Sache doch zu wichtig, als daß die Regierung von ihrer Machtvollkommenheit in dieser Weise hätte Gebrauch machen sollen. Ich glaube, es würde bei den meisten von Ihnen

doch einen gewiſſen Eindruck von Nichtachtung gemacht haben, wenn die Regierung in einer ſo wichtigen Frage, wo ein ſo großes Eigentum des Staates zum Kaufe angeboten wird, vorginge, ohne ſich vorher durch die Stimmung der Volksvertretung und der geſetzgebenden Körperſchaften einigermaßen zu vergewiſſern, ob ſie auch ſicher iſt, im Einklang mit ihnen zu handeln. Die Initiative muß dabei ja natürlich von dem, deſſen Eigentum verkauft werden ſoll, ausgehen. Unſere Stellung gegenüber dem Reiche iſt auch eine ganz andere, wenn wir, geſtärkt durch das Votum dieſer Verſammlung, der nächſt ſchwerwiegenden im Deutſchen Reich, dem Reiche gegenübertreten. Das zeigt, wie wichtig und notwendig es war, daß wir Ihre Unterſtützung hierbei nachgeſucht haben, nnd wieviel davon abhängt, ob Sie uns dieſelbe bewilligen oder vorenthalten. Ich hoffe das Erſtere, damit ein erſter Schritt auf einer Bahn geſchehe, die wohl bei meinen Lebzeiten, ich kann wohl ſagen, bei unſeren Lebzeiten, nicht ganz zu Ende gegangen wird. Aber mag die Entwicklung noch ſo langſam ſein, unter noch ſo großen Kämpfen vor ſich gehen, was iſt denn wichtiges jemals anders zu ſtande gekommen als mit Kämpfen und gerade durch Kämpfe? — mögen dieſe noch ſo groß, mögen ſie noch ſo ſchwierig ſein, wir werden im Bewußtſein des guten Zieles, das wir verfolgen, nicht davor zurückſchrecken, und werden auch nicht erlahmen und entmutigt werden, weil ich überzeugt bin, daß, wenn eines an ſich richtigen Gedankens ſich bei uns die öffentliche Meinung einmal bemächtigt hat, er nicht eher von der Tagesordnung verſchwinden wird, als bis er ſich verwirklicht hat, als bis mit anderen Worten die Reichsverfaſſung, als deren Vertreter ich vor Ihnen ſtehe, zu einer Wahrheit wird auch in ihrem Eiſenbahnartikel.

Deutſchlands Stellung zu Rußland und zur orientaliſchen Frage.

Rede auf die Interpellation des Abgeordneten Richter.*)

Gehalten am 5. Dezember 1876.

Als ich die Interpellation zuerſt zu Geſicht bekam und ihren Wortlaut las: „Was beabſichtigt der Reichskanzler in dieſer Frage zu thun?“ ſo kam mir der Gedanke, ob ich nicht eine in wirtſchaftlichen Fragen ſehr viel gewiegtere Autorität, wie dieſes der Herr Vorredner iſt, darüber um Rat fragen ſollte, ob er vielleicht ein Mittel wüßte. Ich hatte einen Rat erwartet, wenigſtens eine Andeutung von dem, was ſeiner Meinung nach die Regierung thun könne. Ich bin aber, nachdem ich ihn bis zu Ende gehört habe, zweifelhaft geworden, ob er ſeinerſeits glaubt, daß ſich irgend etwas thun ließe, und nicht die Interpellation eben den Zweck hat, eine kritiſche Lage zu benutzen, um die Regierung in eine gewiſſe Verlegenheit zu verſetzen. Ich bin mit dem Vorredner der Überzeugung, daß die ruſſiſche Regierung ſich mit ihrer Zollpolitik auf einem Wege befindet, von dem ſie früher oder ſpäter wird zurückkehren müſſen. Ich muß bedauern, daß eine in dem Maße mit uns befreundete Regierung eine derartige Wirtſchaftspolitik betreibt: ich wünſchte, ich könnte ſie überzeugen. So lange ſich aber die ruſſiſche Regierung nicht durch die Ruſſen ſelbſt wird überzeugen laſſen, ſo lange wird ein fremder Miniſter, der immerhin als Intereſſent verdächtig iſt, darüber eine geringere Autorität haben, als der unbeteiligte Ruſſe und andere, die dieſes Ziel ſeit langer Zeit ohne Erfolg erſtreben. Wir können jetzt die ruſſiſche Regierung ebenſowenig hindern, als wir damals die nordamerikaniſchen Freiſtaaten ge-

*) Durch einen vor wenigen Tagen erlaſſenen Ukas hat die ruſſiſche Regierung angeordnet, daß von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten ſind. Dieſe Maßregel, welche einer ſehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, iſt geeignet, den ohnehin durch die bisherige ruſſiſche Zollpolitik überaus beſchränkten Warenaustauſch mit Rußland noch mehr zu beeinträchtigen und dadurch die wirtſchaftlichen Intereſſen auch des Deutſchen Reiches ſchwer zu ſchädigen.

Ich richte daher an den Herrn Reichskanzler die Frage: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutſchen Induſtrie in dieſer Angelegenheit zu thun?

hindert haben, und bei der Gelegenheit iſt von keiner Seite der Regierung die Zumutung gemacht worden, irgend etwas zu thun. — — — Wenn wir uns auf Repreſſalien einlaſſen wollten, ſo hat der Vorredner die Regierung ſchon gänzlich entwaffnet, indem er alle Andeutungen, die ſie Rußland gegenüber machen könnte, ſchon kreditlos gemacht hat durch ſeine Äußerung, derartige Maßregeln würden bei uns nicht durchzubringen ſein. Er hat vielleicht Recht; aber durch ſolche Ausposaunungen wird eine Regierung, der man eine Leiſtung zumutet, in ihren Retorſionsmitteln vollſtändig gelähmt. Ich weiß aber auch nicht, ob der Vorredner darin vollſtändig recht hat, ob nicht unter Umſtänden ein Retorſionszoll die Billigung des Reichstages und des Bundesrates finden könnte. Wenn das von Hauſe aus ſo ganz unmöglich wäre, ſo bitte ich, laſſen Sie uns doch auch mit ſolchen Zumutungen zufrieden. Ich wüßte nicht, womit wir die ruſſiſche Zollpolitik überreden ſollten und womit ich, außer etwa durch die Andeutung eines Verbots, Eindruck machen könnte, wenn es ſo ganz unmöglich iſt, unter Umſtänden auf 165 Millionen für Getreide und 100 Millionen für Holz einen Gegenzoll zu legen, der etwa den Koſtenunterſchied aufwiegt, den der ruſſiſche Handel tragen würde, wenn er ſeinen ganzen Abſatz von dem gewöhnlichen Wege über Danzig und Schleſien auf Riga und Wilna übergehen laſſen müßte. Unſer Zwiſchenhandel würde dadurch freilich weſentliche Verluſte erleiden, ich würde aber ſolchen Zuſtand nur als einen vorübergehenden und einen ſolchen Zoll nur als einen Kampfzoll betrachten. Ich bin weit entfernt davon, Ihnen einen Vorſchlag in dieſer Richtung zu machen, namentlich wenn derjenige, von dem man derartige Vorſchläge verlangt, von Hauſe aus dem Inlande als Dilettant bezeichnet wird, und dem Auslande als einer, der ſich mit Ideen beſchäftigt, die er zu Hauſe nie durchſetzen könnte. Wozu ſollte er ſich dann weiter bemühen. Ich ſchiebe die Verantwortung für das etwaige Mißlingen von Verhandlungen, die in der That ſchweben, lediglich dem Vorredner zu und überlaſſe ihm, ſich deshalb mit den beteiligten Kreiſen auseinanderzuſetzen. Ich kann nur konſtatieren, daß er durch ſeine Interpellation und die Art ſeiner Motivierung die Ausſicht auf einen günſtigen Erfolg weſentlich geſchädigt hat. Wenn man die Regierung in ſolcher Weiſe interpelliert und zu einer eingehenden Antwort nötigt, ſo bereitet man ihr lediglich Verlegenheiten ſchon deshalb, weil die Übertreibung deſſen, was erwartet und verlangt wird, den aus-

wärtigen Miniſter immer bis zu einem gewiſſen Grade nötigt, den Advokaten derjenigen Regierung zu machen, gegen welche die Äußerungen gerichtet ſind.

Der Vorredner hat zuletzt die politiſche Seite der Frage in den Vordergrund geſtellt, nachdem er zuerſt die Möglichkeit, daß dieſe Zollfrage uns etwa bewegen könnte, bei einem möglicherweiſe ausbrechenden ruſſiſch-türkiſchen Kriege uns auf die Seite der Türken zu ſtellen und Rußland anzugreifen, von der Hand gewieſen hat. Darüber bin ich recht froh, bemerke ihm aber, daß er wegen eines gewiſſen Dilettantismus den Zuſammenhang der Abſtufungen zwiſchen Freundſchaft, Kälte, Verſtimmung, Zwiſtigkeit der Gegenwart und der Zukunft doch nicht recht klar gemacht hat. Wenn man zur unrechten Zeit einer Macht, die ſich in geſpannter Situation befindet, einen Stock zwiſchen die Räder ſchiebt, ſo iſt es möglich, daß der Stock für den Augenblick wirkt, aber der Kutſcher des Wagens merkt ſich dann den, der den Stock dazwiſchen geſchoben hat, und es iſt immerhin möglich, daß das, was dem Herrn Vorredner jetzt ganz unverfänglich ſcheint, der erſte Anfang und der Keim wird zu einer Verſtimmung, die allmälig immer weiter greift. Mir iſt als einem Pfleger des Friedens die Interpellation, die der Herr Redner geſtellt hat, in meinem Werke unzweifelhaft hinderlich und im höchſten Maße unbequem, ich glaube auch nicht, daß er ſie geſtellt hat, um mir förderlich zu ſein und meine Aufgabe bequem zu machen. Wenn er aber in einem Augenblicke, wo meine Aufgabe und meine Arbeit notoriſch auf Erhaltung des Friedens gerichtet iſt, ſie mir unbequem macht, mir vielleicht den Keim zu einer künftigen Verſtimmung mit befreundeten Mächten zuſchiebt, ſo dient er den Leuten ſchlecht, denen er mit ſeiner Interpellation angeblich nützen will, indem wir, wenn wir den ruſſiſchen Grenzzoll vielleicht durch einen Streit erwidern, was ſehr unwahrſcheinlich iſt, Stimmungen vorbereiten, die demnächſt eine von den Urſachen werden, die einmal dazu führen, nicht jetzt, aber ſpäter, in die freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen uns und Rußland eine Störung zu bringen. Er will den Krieg nicht, nun ich glaube, auch die Herren, in deren Intereſſe er ſprach oder zu ſprechen vorgab, werden darüber einig ſein, daß ſie lieber noch eine geſperrte Zollgrenze, als eine für die feindlichen Truppen geöffnete haben wollen, daß ſie lieber ein abgeſperrtes Land, als der Kriegsſchauplatz ſein wollen. Es iſt ſehr wohlfeil zu ſagen, daß man den Krieg nicht

will, es fragt ſich nur, inwieweit ſchädigt der Herr Vorredner durch ſeine Interpellation die Bemühungen, den Frieden auf lange Dauer zu wahren.

Ich habe ſchon aus einer ſolchen Diskuſſion, der ich hier nicht beigewohnt habe, mit einer gewiſſen Verwunderung entnommen, daß von einigen Seiten im Hauſe unſere jetzige Politik wegen ihres erkennbaren Wohlwollens für Rußland für zu friedfertig gehalten wurde. Es wurden uns andere Zwecke als Ideale aufgeſtellt, und uns vorgehalten, daß wir die große Macht, die in die Hände des deutſchen Kaiſers gelegt ſei, nicht zu Zwecken benutzen, die in ihrer letzten Perſpektive am Ende doch eine kriegeriſche Entwicklung erblicken laſſen, und uns eine Haltung zugemutet, die, wenn wir nicht ganz in die Luft und in den Wind geſprochen haben wollten, doch dazu führen kann, daß Krieg ausbricht. Man hat eben in allen dieſen Fragen nicht immer das ſachliche, ſondern von mancher Seite das aufgeſucht, was die Regierung augenblicklich ſchädigen und ihr Verlegenheit bereiten konnte. Vor anderthalb Jahren war der unbegründete Vorwurf, wir ſuchten Krieg und Händel, und jetzt, nachdem eine ſolche Unwahrheit in der ganzen Welt keinen Glauben mehr finden würde, beſchuldigt man uns des Gegenteils, wir wären zu friedfertig und machten von der Macht, die wir hätten, nicht den richtigen Gebrauch. Einſtweilen iſt der Moment, davon Gebrauch zu machen, nicht gekommen, und ſo Gott will, wird er für uns überhaupt nicht kommen.

Der Herr Vorredner befindet ſich, wie ſo mancher andere in dem Irrtum, daß er glaubt, Rußland verlange von uns im Augenblick große Gefälligkeiten und Dienſte; das iſt durchaus nicht der Fall. Er hat angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge und ſein Ländergebiet erweitern wollte, und er hat auf die Gefahr für unſeren Handel und Verkehr hingewieſen, die daraus entſtehen würde, wenn die ruſſiſche Zollſperre mit der Erhöhung des Goldzolles nun noch auf andere bisher nicht ruſſiſche Länder Anwendung finden ſollte. Dieſe Ausſicht liegt gar nicht vor, daß Rußland irgend welche Eroberungen beabſichtigt. Wenn mir der Herr Vorredner dafür den Beweis liefern könnte, ſo würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine andere Geſtalt annehmen und er würde, wenn er das wirklich weiß, vielleicht mancher anderen Regierung einen großen Dienſt erweiſen, damit dergleichen Pläne rechtzeitig verhindert würden.

Bis jetzt liegt nichts weiter vor, als die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander, die auf Veranstalten der russischen Regierung bekannt gemacht worden ist, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle. Und ich weiß nicht, wer ein Recht hat, den Versicherungen dieses Monarchen namentlich in unserem Lande, dem er immer ein wohlwollender Freund und Nachbar gewesen ist und von dem niemand behaupten kann, daß er uns je in irgend einer Richtung seine Zusage nicht auf das Vollständigste gehalten hat, entgegenzutreten, und dieser Sachlage gegenüber nun plötzlich dem Publikum den Verdacht unterzuschieben, als handle es sich für Rußland um Eroberung neuer Provinzen, bei der wir eine gewisse Konnivenz leisten. Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits irgend einen Preis fordern könnten, Rußland verlangt von uns gar nichts, als auf einer friedlichen Konferenz unsere Mitwirkung zu einem Zwecke, der auch der unsere ist, nämlich zu einer besseren Stellung der Christen der europäischen Türkei und zur Herbeiführung von Zuständen, bei denen solche Vorgänge, wie die Metzeleien der Tscherkessen in Bulgarien, nicht mehr zu den Wahrscheinlichkeiten gehören, kurz eine Sicherstellung der christlichen Unterthanen der Pforte gegen eine Behandlung, die sich mit den heutigen Rechtszuständen in Europa nicht verträgt und über deren Abstellung ganz Europa einig gewesen ist; es hat nur nicht die richtige Form finden können, diese Einigkeit wirksam zu machen. Hierüber sind wir aber mit Rußland inbezug auf den Zweck der Konferenz einig; wir handeln also im eigenen Interesse, aus Sympathie für unsere Glaubensgenossen gleichzeitig aber auch in einem zivilisatorischen Kulturinteresse; es ist dies gewissermaßen ein Teil des Kulturkampfes. Sollten wir dafür von Rußland eine Kompensation verlangen? Das wird der Vorredner selbst nicht fordern.

In der augenblicklichen Sachlage liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß trotz der Übereinstimmung diese Konferenz resultatlos verläuft, und es ist nach den Erklärungen der russischen Regierung für diesen Fall die Wahrscheinlichkeit sehr nahe gelegt, daß Rußland auf eigene Hand vorgehen würde, um mit den Waffen der Pforte abzukämpfen, was sie friedlich nicht bewilligen will. Für diesen Fall verlangt Rußland keinen Dienst von uns, sondern nur unsere Neutralität, was vollständig in unserem Interesse liegt. Sollen wir Rußland gegenüber ein Veto einlegen, einen Zweck zur Ausführung zu bringen, den wir selbst als den

unſrigen mit erkennen, und von deſſen Überſchreitung ſeitens Rußlands wir keinen Beweis haben? Wir können doch unmöglich in dem Augenblicke, wo Rußland für unſere gemeinſchaftlichen Zwecke ſeine Kräfte in Bewegung ſetzt, unſere Truppen an die Grenze ſchicken, und ihm dies unſererſeits verbieten; eine ſolche Thorheit würde der Vorredner uns doch nicht zumuten wollen. Es geht aber logiſch ganz klar hervor, daß Rußland an uns gar keine Anſprüche macht, für die wir irgend eine Erwiderung verlangen könnten. Wenn wir dieſe dadurch haben wollten, daß wir das politiſche und wirtſchaftliche Gebiet vermengen wollten, zu welchen Ungeheuerlichkeiten kommen wir dadurch? Es würde das geradezu an die Vorgänge erinnern, die Sie von Inhabern gewiſſer Geſchäfte auf dem Mühlendamm hier in Berlin gehört haben, daß ſie Händel ſuchen mit denjenigen, die von ihnen nicht kaufen wollen. Daß man auf ſolche Weiſe Händel mit Rußland ſuchen könnte, weil es nicht von uns kauft, wird niemand verlangen. Ich könnte Ihnen noch näherliegende Beiſpiele anführen. Nehmen Sie an, daß in dem Momente, wo wir kriegeriſch beſchäftigt geweſen ſind, oder wo uns kriegeriſche Verwickelungen drohten, Rußland uns geſagt hätte: ich will euch wohlwollend behandeln, wenn Ihr mir die Unbequemlichkeit abnehmt, daß Ihr die Rinderpeſtſperre aufhebt! Wäre das nicht eine Politik geweſen, die man, als einer großen Nation unwürdig, allgemein verurteilen würde?

Wenn Rußland wirklich in einer ſo kritiſchen Lage wäre, daß es unſere Hilfe gebrauchte, und wir wollten uns vermieten für den Preis einer Zollkonzeſſion, wer kann uns dafür bürgen, daß wir nicht in drei Jahren in eine ähnliche Lage kommen können, um Rußlands freundnachbarliche Hilfe zu brauchen und nun Rußland durch Konzeſſionen in Zollſachen unſererſeits ſeine politiſche Hilfe balanzieren zu müſſen. Politiſche und wirtſchaftliche Verhältniſſe laſſen ſich nicht vermiſchen.

Wenn die Tendenz dieſer Interpellation vielleicht darin beſtanden hat — ich erinnere mich ja ähnlicher Reden vor etwa 14 Jahren, als die polniſche Inſurrektion war und von unſerer Konvention mit Rußland ſo ſehr viel die Rede war, und wo man ebenfalls die Tendenz hatte, uns mit Rußland zu brouillieren — die Herren werden vielleicht noch heute überzeugt ſein, daß ſie damals das Richtige thaten — vielleicht auch nicht, ich bin jedenfalls vom Gegenteil überzeugt. Aber damals wie jetzt habe ich den Eindruck gehabt, daß derartige Interpellationen und

Diskuſſionen nicht imſtande ſind, unſere guten Beziehungen mit Rußland zu verwirren. Es iſt richtig, einige Parteien bei uns ſind Rußland abgeneigt, aus Gewohnheit, aus Erbſchaft, aus Erinnerung, andere aus inneren Intereſſen, weil die ruſſiſche Regierung auf konfeſſionellem Gebiet nicht ihren Intereſſen nachgiebt. Aber bemühen ſich die Herren, wie ſie wollen, ich gebe Ihnen die Verſicherung, ſo lange wir auf dieſem Flecke ſtehen, wird es Ihnen nicht gelingen, unſere guten und innigen und ſoliden Beziehungen zu Rußland zu ſtören und in unſere erprobte hundertjährige Freundſchaft einen Riß zu machen. Dazu gehören ſtärkere Leute wie Sie, ſtärkere wie ich, dazu gehört die Kaiſerlich ruſſiſche Regierung ſelbſt, und keiner von dieſer hat die Abſicht. Ich ſpreche damit nicht nur meine perſönliche Überzeugung, ſondern, wie ich beſtimmt weiß, auch die Anſicht der verbündeten Regierungen und namentlich Sr. Majeſtät des Kaiſers ſelbſt aus. Die Herren, die dieſe Trübung unſerer Beziehung zu Rußland zum Bedürfnis haben, ſind vom Ziele weit entfernt, denn das Bündnis, was die drei Kaiſer auf längere Zeit vereinigt, beſteht in voller Wirkung, und ich kann verſichern, daß das Verhältnis zwiſchen Rußland und Öſterreich von jeder Trübung weit entfernt iſt. Ich bin vollkommen in der Lage, zu verſichern, denn wir ſind darüber ſehr genau unterrichtet, daß das Dreikaiſerbündnis noch heute ſeinen Namen im vollſten Maße verdient und in voller Stärke beſteht.

Man würde aber fehlgehen, wenn man daraus ſchließen wollte, daß das Dreikaiſerbündnis in ſich eine Spitze gegen die dritte der hauptſächlich in der orientaliſchen Frage beteiligten Mächte, gegen England zu bilden beſtimmt iſt. Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition hundertjähriger guter Beziehungen, die ja mitunter auf dem öffentlichen Gebiete Momente der Entfremdung gehabt haben, ich kann wohl ſagen, einſeitig auf engliſcher Seite; wir ſind unſerer Neigung faſt durchgängig treu geblieben.

Wenn der Vorredner eine von ihm als Gerücht bezeichnete Äußerung von mir anführte, in dem ganzen Orient ſtecke für uns kein Intereſſe, das ſo viel wert ſei, wie ein pommerſches Rittergut, ſo iſt das irrtümlich. Es iſt immer an ſolchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und ein Biſſele Falſchheit dabei. Ich habe geſagt, ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutſchlands nicht raten, ſo lange in dem ganzen Streite für Deutſchland kein Intereſſe in Frage ſteht, welches auch nur die

gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe damit ausdrücken wollen, daß wir mit unseren Landsleuten und Soldaten sparsamer sein müßten, als daß wir sie für eine Politik einsetzen, für die wir kein Interesse haben. Wir sind hier allerdings die Mindestbeteiligten, vielleicht ist Frankreich ebenso wenig beteiligt; von den übrigen beteiligten Mächten, mit denen wir in ungetrübter Freundschaft stehen, kann man das nicht so absolut sagen, insoweit für sie die Dinge doch eine solche Gestalt annehmen können, welche die türkischen Interessen zu einheimischen, zu englischen und russischen Interessen machten. Sie sind eben darin in einer anderen Lage als wir, wenn die jetzige orientalische Frage, so weit sie sich übersehen läßt, und nicht überhaupt auf Konjekturen und Phantasien beruht, für uns überhaupt meinem Urteile nach keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den andern Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt, weil sie dadurch keins ihrer Interessen verletzt.

Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir sie können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen.

Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegenteil, unsere allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden und uns mit jeder unbilligen Zumutung verschont. Man weiß die Nützlichkeit unserer Stellung zu schätzen; denn wir haben die Möglichkeit, unbeteiligt zu vermitteln in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder, wenn sich das als unmöglich erweisen sollte, doch die Mittel bietet, ihn einzuschränken und zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein euro-

päiſcher werde, ein Krieg zwiſchen zwei europäiſchen Mächten. Alſo ſelbſt, wenn die Konferenz ſcheitern ſollte, ſei es, daß die Mächte ſich unter ſich nicht einigen, ſei es, daß ſie nicht die Zuſtimmung der Türkei zu ihren Vorſchlägen erlangen könnten, und in folge deſſen Rußland auf eigene Hand verfahren ſollte, ſo iſt es deshalb noch nicht notwendig, daß dieſer Krieg weitere Teilnehmer findet; wenigſtens wird unſer Beſtreben dahin gerichtet ſein, ſo weit freundſchaftliche und beiden Teilnehmern annehmbare Vermittlung das vermag, zu verſuchen, das Weitergreifen des Krieges zu hindern.

Ich halte es nicht für abſolut notwendig, — die engliſch-ruſſiſchen Intereſſen mögen ja ſehr ſchwierige Berührungspunkte haben und der Ausgleich unter ihnen nicht leicht ſein, ob aber eine Kriegführung zwiſchen zwei ſo mächtigen Staaten, von denen keiner doch geographiſch in der Lage iſt, dem andern einen ſolchen Zwang anzuthun, ſelbſt wenn er ſiegreich ſein ſollte, ob nicht beide ſelbſt, durch unſere Vermittlung oder direkt, zu der Überzeugung zu bringen ſind, daß ſie beſſer thun, ſich im friedlichen Ausgleich ihrer Intereſſen gegenſeitig zu verſtändigen, das muß die Zukunft lehren.

Wir hoffen — und jedenfalls wird unſer Beſtreben dahin gerichtet ſein — in erſter Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundſchaft mit unſern bisherigen Freunden bewahren, in zweiter Linie werden wir, ſo weit es durch freundſchaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittlung möglich iſt, unter abſolutem Ausſchluß aber jeder drohenden Haltung von unſerer Seite, uns beſtreben, den Frieden unter den europäiſchen Mächten unter ſich nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt alſo den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen ſollte, nach Möglichkeit zu lokaliſieren. Gelingt das nicht, ſo entſteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlaſſen kann und über die Sie heute von mir keine Auskunft verlangen werden.

Über Reichsfinanzen und Reichsministerien.

Rede gehalten am 10. März 1877.

(Nach dem Abgeordneten Richter.)

Der Herr Vorredner ist mit unseren Vorlagen unzufrieden. Nun, meine Herren, darauf bin ich vollständig gefaßt gewesen. Er steht mir seit einem Jahrzehnt gegenüber. Ich habe noch nie eine Regierungsvorlage gekannt, mit der er zufrieden gewesen wäre, und ich glaube, wenn wir es in dem Sinne gemacht hätten, wie er vorschlug, so würde doch der Fehler, daß es von der Regierungsseite kam, der Vorlage in der Weise angehangen haben, daß sie seinen Beifall nicht gefunden hätte.

Wir haben von dem Herrn Vorredner im letzten Teil seiner Rede gehört, wie er wünscht, daß die Sache gemacht werden soll. Er weist uns im wesentlichen an, auf die Bestände zurückzugreifen, d. h. vom Kapital zu zehren und die Wege zu betreten, die große und befreundete Nachbarreiche — ja ich glaube, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirtschaft — betreten haben. — —

Der Herr Abgeordnete hat uns also auf unser Kapitalvermögen verwiesen und empfiehlt uns, das aus allen Ecken zusammenzukratzen und davon zu leben, nicht aber für dauernde Ausgaben, die sich wiederholen, dauernde Deckungsmittel zu beschaffen, sondern die Beschaffung dauernder Deckungsmittel aufzuschieben, bis wir unser Besitztum an Kapitalien aufgezehrt haben. Ich begreife eigentlich nicht, warum er dabei stehen bleibt, die Bestände und zunächst den Reichs-Invalidenfonds zu diesem Experiment zu empfehlen. Man kann ja auch noch sehr viel weiter gehen. Wir werden einige Zeit lang gar keine Matrikularumlagen brauchen, wenn wir die Staatseisenbahnen unter den Hammer bringen; wenn wir demnächst den Staaten anheimstellen, diesen Weg weiter zu gehen, ihre Domänen zu verkaufen, ihre Forsten zu verkaufen, ihre Betriebsfonds aufzuzehren, kurz und gut, das ganze Nationalvermögen, das wir besitzen und zum Teil durch Gesetz gegründet haben, budgetmäßig aufbrauchen, wie ein Verschwender, der vom Kapital lebt und sagt: ich werde nachher mit Bewilligungsanträgen kommen, wenn ich nichts mehr habe.

Der Reichs-Invalidenfonds ist durch ein Gesetz zu einem bestimmten Zweck geschaffen und ich bitte Sie dringend, seine Verwendung auf diesen Zweck zu beschränken und ihn dafür bestehen zu lassen sowohl für die gegenwärtigen, als auch, was Gott verhüte, zukünftigen Invaliden, die uns etwa erwachsen könnten. Gönnen Sie dem Reich dieses Kapitalvermögen. Es sind auch Kriege möglich, in denen man keine Kontributionen hat und bei denen man auf das, was man hat, eben angewiesen bleibt. Wird das Gesetz auf gesetzmäßigem Wege geändert, so würde das natürlich seinen Lauf haben; ich kann nur erklären, daß ich mich, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, dagegen wehren werde, daß auf diese Weise der erste bereiteste Kapitalstand des Reiches angegriffen werde, um laufende Ausgaben zu bestreiten.

Stehen wir deshalb der Gefahr gegenüber, dauernd unverhältnismäßig hohe Matrikularbeiträge zu erheben? Ich glaube es wirklich nicht. Wir haben mit Steuervorlagen keine ermutigenden Erfahrungen im Reichstage gemacht. Vielleicht haben wir ungeschickt ausgewählt, gewöhnlich aber ist uns der Satz entgegengetreten, welchen auch der Herr Vorredner vorhin wiederholt hat, wir wollen keine Steuervermehrung, wir wollen eine Steuerreform.

Nun, meine Herren, diesen Satz unterschreibe ich von ganzem Herzen und kämpfe dafür, so viel meine Gesundheit und geringe Arbeitskraft, die mir nach einem mühevollen Leben geblieben ist, es mir gestattet. Aber es giebt auch noch andere Leute, deren Einwilligung ich dazu gewinnen muß, namentlich wenn ich deren thätige Mitwirkung dazu haben will. Nur weil sich das Reich und die verbündeten Regierungen außer stande sehen, jetzt in diesem Augenblicke Ihnen einen vollen Reformplan für unsere Zoll- und Steuereinrichtungen vorzulegen, habe ich zu dem natürlichen Auskunftsmittel der Matrikularumlagen gegriffen.

Wenn ich in einer schwierigen politischen Lage mich befinde, so sehe ich zuerst die Reichsverfassung an, was sie mich anweist zu thun, und wenn ich an deren Hand mich bewege, glaube ich, mich immer auf sicherem Wege zu befinden.

Sie sagt in ihrem Artikel 70: — Sie kennen ihn alle, er wird aber hier in der Debatte so tot geschwiegen, daß ich ihn nochmals verlesen möchte. —

Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insoweit dieselben durch diese Einnahmen gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.

Da liegt also ganz klar der Hinweis, was das Reich thun soll, wenn seine Geldmittel zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen — und daran muß ich mich halten. Ich weise ja die Aufgabe nicht von mir, darüber nachzudenken, was außerdem zu thun sei, im Gegenteil, ich bin meinerseits ganz entschlossen und habe das Resultat meines Nachdenkens schon gezogen; aber daran zu arbeiten, daß es möglich wäre, solche Reichseinnahmen, solche Reichssteuern, wie in der Verfassung gesagt ist, Ihnen vorzulegen, die Hoffnung auf Ihre Annahme haben — und die Hoffnung knüpfe ich an den Plan, daß wir die Steuern in einer Weise kombinieren, die auf der einen Seite Erleichterung, auf der anderen Seite neue Einnahmequellen schafft, — ohne das Bestreben, größere Einnahmen zu haben, als der Bedarf ist.

Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Überschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt, die Verringerung der Matrikularumlagen; wenn es sein kann, gänzliche Abschaffung derselben; denn ich glaube nicht, daß Sie bloß um der parlamentarischen Machtfrage willen unbequeme Steuern behalten wollen.

Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabenbewilligungsrecht gesichert, und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reiches oder Staates nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen, sonst kommt man ja überhaupt aus den Hemmnissen, aus dem gegenseitigen Mißtrauen, aus einem gewissen

gegenseitigen Verschanzungskampfe und Ringen nach Macht im Innern gar nicht heraus und kommt über diese Streitigkeiten eben nicht dazu, zu erwägen, wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten, oder vielmehr, wie läßt er sich am bequemsten tragen.

Nun ich erkläre also, daß wir vor der Hand innerhalb des Reichskanzler-Amts und in den Behörden mit Zuziehung der preußischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten, daß ich die Hoffnung habe, daß Sie, und zwar in dem von dem Herrn Abgeordneten Richter getadelten Sinne, bei einer Verstärkung der indirekten Steuern uns zur Seite stehen werden.

Wir hoffen, sie Ihnen bei der nächsten Reichstags-Session vorzulegen. Wenn dann der Gedanke des Herrn Abgeordneten Richter die Oberhand gewinnt, daß die indirekten Steuern vorzugsweise den Armen belasten und den Reichen freilassen, wenn das wirklich ein richtiger wirtschaftlicher Satz ist, dann werden Sie ja diese Sache ablehnen, und wir werden dann wieder von vorn anfangen müssen, respektive zu einer Reichseinkommensteuer oder zu anderen direkten Steuern — wir werden dann also in der Lage sein, den Einwohnern der großen Städte, die ja die Mahl- und Schlachtsteuer bereitwillig abgeschafft haben und sich davon goldene Berge versprachen und die jetzt an der Aufgabe laborieren, durch direkte Klassensteuern (mit Exekution für Ausfälle von geringen Beträgen) das aufzubringen, was bei der Mahl- und Schlachtsteuer mit Leichtigkeit getragen wurde (sehr richtig! rechts); — das Brot ist nicht um ein Haar wohlfeiler geworden; das Fleisch ist nicht billiger geworden; etwas weniger gut ist es geworden, aber wohlfeiler durchaus nicht; und dabei sind die Preise auf dem Lande im Einkauf nicht teurer wie früher; ich frage also, wo bleibt der Ausfall, der dabei eintritt? Ich habe den Eindruck, daß der Arme unter dem Regime der indirekten Steuern sich wohler befand.

Es ist ja die Frage aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig gewesen wäre, eine einzelne Steuer, also namentlich eine Steuer auf Tabak, Ihnen jetzt zu bringen, um die Einnahmen zu erhöhen — ein Defizit kann ich nicht zugeben, das Reich hat kein Defizit, der Artikel 70 schützt es absolut vor einem Defizit — also Ihnen als Ersatz für einen Teil der Matrikularumlagen eine Tabaksteuer, die auf den anschlagsmäßigen Ertrag von vielleicht 22 Millionen sich bezifferte, vorzulegen? Die Sache

hat ihr Für und Wider gehabt. Ich räume offen ein, daß ich mich dawider erklärt habe und lieber die Unannehmlichkeit zu hoher Matrikularumlagen ein Jahr hindurch, ein Budget hindurch, einmal tragen will, als die Steuerreform dadurch schädigen, daß man einen der besten und wesentlichsten Artikel, von dessen Schwimmkraft ich erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde, vorwegnehme, für den ein Provisorium einführe, was uns nachher abhalten würde, eine gründliche Reform, von deren Notwendigkeit ich so überzeugt bin, wie irgend einer von Ihnen, vorzunehmen, uns die Möglichkeit, der näher zu treten, zu erschweren, und deshalb habe ich mich gegen diese Steuer in diesem Augenblicke erklärt. Die Überzeugung hat sich bei mir festgesetzt, daß wir Ihnen mit einer einzelnen Steuer ohne eine Reform nicht mehr kommen dürfen.

Ich komme auf die Frage, die der Herr Abg. Lasker vorher angeregt hat und auf die auch der letzte Herr Vorredner anspielte, daß der ganze Übelstand, daß Ihnen hier eine Erhöhung der Matrikularumlagen von 25 Millionen zugemutet wird, eigentlich seine Ursache darin hätte, daß wir keine Reichs-Ministerien haben, daß wir keinen verantwortlichen Reichs-Finanzminister haben.

Mit diesem Streben nach Reichs-Ministerien irren Sie sich, glaube ich, in der Abschätzung der Bedeutung, die diese Ministerien auf die Dauer haben würden, Ministerien ohne sachliche Macht, ohne Verwaltung hinter sich. Wir haben ein, ich möchte sagen, warnendes Beispiel gehabt am Reichs-Eisenbahn-Amt, wo eine hohe Reichsstelle mit großen Ansprüchen, sowohl solchen, die sie selbst zu machen berufen war, als solchen, die an sie gestellt wurden, aber ohne jegliche Macht, denselben Nachdruck geben zu können — was dahin geführt hat, daß arbeitsame und Beamte von Selbstgefühl in diesem Amte nicht ausharren wollen, und der bisherige Inhaber der Stelle, der nicht bloß seinem Amte sehr gewachsen war und tüchtig darin, sondern auch mit Liebe zur Sache hineinging, hat mir nach zweijährigem Dienste gesagt: Schaffen Sie mir eine Stelle im preußischen Dienste, mag sie geringer besoldet sein als diese, es ist für mich ein zu niederdrückendes Gefühl, keinem der Ansprüche, die ich an mich selbst stelle und die Welt mit Recht an mich stellt, in dieser Hilflosigkeit gerecht werden zu können. In einer ähnlichen Lage würden die Reichs-Ministerien sein. Es würden eben Minister sein, die in keinem Einzelstaate eine bestimmte Wurzel hätten, keinen bestimmten Vortrag bei dem Souverän, kein berechtigtes Mitvotieren

bei allen materiellen Sachen, die in diesem Einzelstaate vorkommen, sondern sie würden ganz allein auf die Reichsgewalt in Berlin angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Beteiligung sich bewegen und zwar, wie ich glaube, in rein partikularistischem Sinne.

Meine Herren, in der Theorie kann man dergleichen ja sehr leicht besprechen. Ich spreche aber aus der Erfahrung einer ziemlich langjährigen Praxis auf diesem Gebiete, und diese Erfahrung hat mich dahin gebracht, daß ich gewünscht habe, daß die höheren Reichsbeamten, die Reichsminister, im preußischen Ministerium sitzen und stimmen. — — —

Ganz gewiß ist nach meiner Überzeugung, daß ich den Haupteinfluß, den es mir gegönnt ist zu üben, bisher nicht in der Kaiserlichen Macht, sondern in der Königlich preußischen Macht gefunden habe. Ich habe versucht, ich habe eine Zeit lang aufgehört, preußischer Minister-Präsident zu sein, und habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin vollständig geirrt; nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: entweder will ich ganz abgehen, oder ich will im preußischen Ministerium das Präsidium wieder haben. Das war auch ganz richtig, aber es genügte nicht. Ich war die einzige Person darin, und der Beweis gegen die Theorie der Reichsministerien liegt schon darin. Aber schneiden Sie mir die preußische Wurzel ab und machen Sie mich allein zum Reichsminister, so glaube ich, bin ich so einflußlos, wie ein anderer.

Es hat ja das etwas Verführerisches, sich ein Reichs-Ministerium zu denken, was im Reiche innerhalb der Grenzen und Kompetenzen, die die Verfassung dem Reiche zuweist, dieselbe Machtvollkommenheit ausüben und dieselbe Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber tragen würde, wie ein Ministerium im Einzelstaate dies thut und trägt; aber ich glaube, Sie täuschen sich über die Entwicklung, die das nehmen würde. Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll, oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Entwicklungsgang ist. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei Jahren oder selbst in zehn Jahren alle diese Sachen fertig ge-

macht werden können. Überlaſſen Sie unſern Kindern auch noch eine Aufgabe.

Man muß einer natürlichen, nationalen, organiſchen Entwicklung Zeit laſſen, ſich auszubilden, und nicht ungeduldig werden, wenn ſie Stockungen, ja ſelbſt rückläufige Bewegung hat, und darf denen, die dieſe rückläufige Bewegung verurſachen, das nicht ſo übel deuten. Die können ſich doch nicht umformen und können nicht vollſtändig, wenn ſie in beſtimmten Richtungen der Politik aufgewachſen ſind, wenn ſie zeitlebens es als ihre höchſte Ehre betrachtet haben, den Partikularintereſſen zu dienen, nun mit einem Male dem Allgemeinen zum Opfer gebracht werden. Ja, der höhere nationale Schwung, die Erziehung treibt dazu; ich bin überzeugt, unſere Kinder werden es viel natürlicher finden als unſere Greiſe. Die Hauptſache dieſes Teils meiner Äußerungen bleibt immer, Sie zu bitten, daß Sie von Reichsminiſtern nicht zu viel erwarten. Sie müſſen nicht glauben, daß dann ſehr Vieles leichter gehen würde, ſondern im Gegenteil eine gewiſſe Scheu davor haben, die Reaktion des Partikularismus gegenüber dieſen reinen Reichsbeamten zu kräftigen, und nach meiner Erfahrung würde ſie ganz gewiß ſtärker werden, als ſie bisher war.

Über dasſelbe.

Rede gehalten am 13. März 1877.

Wenn wir vor zehn Jahren, als der Norddeutſche Bund zuerſt geſchaffen wurde, ſofort darauf eingegangen wären oder bald auf die erſten Interpellationen, und wenn wir von Anfang an mehrere verantwortliche Miniſter in konkurrierender Stellung unter ſich und zum Bundesrat, in konkurrierender Stellung zu den Landesminiſtern eingeſetzt hätten — ob wir dann ſo weit gekommen wären, wie wir jetzt ſind, iſt mir doch ſehr fraglich. Blicken wir auch nur 12 Jahre zurück, ſo werden Sie mir alle ſagen, daß niemand damals auch nur die Hoffnung hegte oder wenigſtens laut auszuſprechen wagte, daß wir uns in 12 Jahren in der Situation in bezug auf den Fortſchritt der deutſchen Einheit und Verfaſſung befinden würden, wie heute. Wie alt iſt denn das deutſche Reich in ſeiner jetzigen Geſtalt? Fünf Jahre! Ich glaube, Staaten wachſen langſamer wie Menſchen, fünf

Jahre ſind für einen Menſchen ein Kindesalter. Ich traue unſerer Verfaſſung eine Bildungsfähigkeit zu gerade auf ähnlichem Wege, wie die engliſche Verfaſſung ſich gebildet hat, nicht durch theoretiſche Aufſtellung eines Ideals, auf das man ohne Rückſicht auf die Hinderniſſe, die im Wege ſtehen, losſtrebt, ſondern durch organiſche Entwicklung des Beſtehenden, indem man die Richtung nach vorwärts beibehält, in dieſer Richtung jeden Schritt thut, der ſich im Augenblick als möglich und unſchädlich zeigt, ſo daß keine größeren Gefahren damit verbunden ſind. —

Verlaſſen wir nicht der Theorie zu Liebe den Weg, der uns praktiſch weiter geführt hat, und wollen wir ſchneller vorwärts kommen, ſo iſt das beſte Mittel dazu das Zuſammenhalten und das einheitliche Wollen des Reichstags und der verbündeten Regierungen, auch das Zuſammenhalten des Reichstages in ſich in höherem Maße, daß — wie ich ja im Willen von jedem überzeugt bin, aber der Zorn des Kampfes führt unter Umſtänden weiter — ſtets die Intereſſen für das Ganze über das Intereſſe der Verbände der Geſinnungsgenoſſen dominieren, und wenn dies geſchieht und der Reichstag mit den verbündeten Regierungen oder doch wenigſtens mit dem Kaiſerlichen Anteil innerhalb der Regierungsſphäre einig iſt, und die Führung vorſichtig vorwärts geht, dann, meine Herren, kommen wir zu einem Ziele, welches allen billigen und verſtändigen Wünſchen unſerer Mitbürger entſprechen wird.

Antwort auf die Interpellation der vereinigten Konſervativen und liberalen Parteien des Reichstages.

Rede gehalten am 19. Februar 1878.

Ich bitte zuvörderſt um die Nachſicht des Reichstags, wenn ich nicht imſtande ſein ſollte, alles, was ich zu ſagen habe, ſtehend zu ſagen. Ich bin nicht ſo geſund, wie ich vielleicht ausſehe.

Auf die Sache eingehend, ſo kann ich nicht leugnen, daß ich beim erſten Anblick der Interpellation Zweifel gehabt habe, nicht ob ich ſie überhaupt beantworten könnte — denn die

Frageſtellung läßt mir ja auch frei, ſie mit Nein zu beantworten — aber ob ich nicht dieſes Nein würde ſagen müſſen, nicht etwa, wie man gewöhnlich annimmt, weil ich beſonders viel zu verſchweigen hätte, durch deſſen Offenbarung unſere Politik kompromittiert, in einer unerwünſchten Weiſe gebunden werden könnte, ſondern umgekehrt, weil ich, um freiwillig das Wort zu einer Eröffnung gegenüber der Vertretung des Reichs zu nehmen, eigentlich nicht genug zu ſagen habe, was nicht ſchon öffentlich bekannt wäre.

Die Verhandlungen des engliſchen Parlaments haben ja die Beantwortung des einen Teils der Frage, nämlich, „welches die politiſche Lage im Orient augenblicklich ſei“, faſt ſchon erſchöpft. Wenn ich trotz der Armut, mit der ich vor Sie trete, doch nicht Nein geſagt habe, ſo iſt es wegen der Befürchtung, daß man daraus ſchließen könnte, ich hätte vieles zu verſchweigen, und ein ſolcher Eindruck hat immer etwas beunruhigendes, namentlich wenn ſich Berechnungen daran knüpfen, dieſes Schweigen auszubeuten. Und deshalb ſpreche ich um ſo lieber ganz offen, als ich nach der Art, wie die Interpellation eingeleitet worden iſt, den Eindruck bekomme, daß die deutſche Politik im ganzen nichts weiter zu thun haben wird, als ihren bisherigen Gang unentwegt und unbeirrt fortzuſetzen, um der Meinung der Majorität des Reichstags, inſoweit ich die eben gehörten Äußerungen als einen Ausdruck derſelben betrachten darf, zu entſprechen.

Was die jetzige Lage betrifft, ſo vermute ich allerdings, daß dasjenige, was ich darüber ſagen kann, Ihnen ſchon bekannt iſt. Sie wiſſen aus den öffentlichen Blättern und aus den engliſchen Parlamentsverhandlungen, daß im Orient man augenblicklich ſagen kann: „die Waffen ruhn, des Krieges Stürme ſchweigen“ — gebe Gott, auf lange! Der Waffenſtillſtand, der abgeſchloſſen worden iſt, giebt der ruſſiſchen Armee eine zuſammenhängende Stellung von der Donau bis zum Marmarameer, mit der Baſis, die ihr früher fehlte, nämlich den Donaufeſtungen — ein Moment, welches mir mit das wichtigſte in dem ganzen Waffenſtillſtand erſcheint, welches aber von keiner Seite eine Anfechtung erfahren hat. Sie ſchließt von der ruſſiſchen Beſatzung aus, wenn ich vom Norden anfangen ſoll, einen viereckigen Ausſchnitt, der Varna und Schumla umfaßt, an der Küſte des ſchwarzen Meeres nördlich bei Baltſchik, ſüdlich etwas vor der Bai von Burgas endet und ſich in das Land hinein-

erſtreckt bis etwa nach Rasgrad — eine ziemlich viereckige Strecke. Sie ſchließt aus Konſtantinopel und die Halbinſel Gallipoli, alſo diejenigen beiden Punkte, an deren Freibleiben von der ruſſiſchen Beſatzung ein weſentlicher Wert von anderen beteiligten Mächten gelegt wird.

Dieſem Waffenſtillſtand vorhergegangen ſind gewiſſe Friedenspräliminarien, die auf die Gefahr hin, Ihnen bekanntes zu ſagen, ich obiter rekapituliere, um daran die Frage zu knüpfen, ob in einer derſelben ein deutſches Intereſſe engagiert iſt. Es handelt ſich zunächſt um die Konſtituierung Bulgariens „dans des limites déterminées par la majorité de la population bulgare, et qui ne sauraient être moindres que celles indiquées dans la conférence de Constantinople.“

Der Unterſchied zwiſchen dieſen beiden Begrenzungen iſt meines Erachtens nicht von der Erheblichkeit, daß darum der Frieden Europas verſtändigerweiſe geſtört werden könnte. Die ethnographiſchen Nachrichten, die wir darüber haben, ſind ja nicht authentiſch, ſind lückenweiſe; das beſte, was wir kennen wenigſtens, iſt von deutſchen Händen geliefert in den Kiepertſchen Karten. Darnach geht die nationale Grenze, die Grenze der bulgariſchen Nationalität, ziemlich unvermiſcht im Weſten bis dicht über Salonichi herunter und im Oſten mit zunehmender Miſchung mit türkiſchen Elementen bis gegen das Schwarze Meer hin, während die Konferenzgrenze, ſoweit ſie ſich genau aus den Verhandlungen nachſpüren läßt, namentlich in der öſtlichen Begrenzung vom Meere aus etwas nördlich von der Grenze der Nationalität bleibt, während ſie zwei verſchiedene bulgariſche Provinzen in Ausſicht genommen hat, und im Weſten vielleicht etwas weiter als die bulgariſche Nationalität in die mit albaniſchen Volksſtämmen gemiſchten Bezirke hineingreift. Die Verfaſſung von Bulgarien würde nach den Präliminarien etwa eine ähnliche ſein, wie die von Serbien vor der Räumung von Belgrad und anderen feſten Punkten; denn dieſer erſte Abſatz der Präliminarien ſchließt mit den Worten: „L'armée ottomane n'y séjournerait plus,“ und in Parentheſe: „(sauf quelques points à déterminer d'un commun accord).“

Es wird alſo eine Sache der Unterhandlung unter den Mächten, welche den Pariſer Vertrag von 1856 abgeſchloſſen haben, ſein, dieſe hier offen oder unbeſtimmt gelaſſenen Sätze näher zu beſtimmen, ſich darüber mit Rußland zu vereinigen, wenn es, wie ich hoffe, ſein kann.

Dann folgt: l'indépendance du Montenégro — — — ebenso von Rumänien und Serbien; Bestimmungen über Bosnien und die Herzegowina, deren Reform „serait analogue."

Alle diese Sachen berühren meiner Überzeugung nach das deutsche Interesse nicht in dem Maße, daß wir darüber die Beziehungen zu unseren Grenznachbarn, zu unseren Freunden aufs Spiel setzen könnten. Wir vermögen uns die eine oder die andere Bestimmnng darüber gefallen zu lassen, ohne an unseren Interessen Schaden zu leiden.

Es folgt dann unter 5 eine Bestimmung über die Kriegskosten, die offen läßt ob „le mode, soit pécuniaire, soit territorial" sein könnte „de cette indemnité". Das ist eine Sache, die im wesentlichen, soweit es pekuniär sein würde, die Kriegsführenden betrifft, soweit es territorial sein würde, die Kontrahenten des Pariser Vertrags betrifft und mit deren Sanktion zu regeln sein würde.

Dann folgt der Punkt der Dardanellen, über den meines Erachtens sehr viel mehr Sorge in der Welt verbreitet ist, als durch die thatsächliche Möglichkeit seiner Entwicklung und Wahrscheinlichkeit gerechtfertigt ist. Es heißt darin ganz allein: „Sa Majesté le Sultan conviendrait de s'entendre avec Sa Majesté l'Empereur de Russie pour sauvegarder les droits et les intérêts de la Russie dans les détroits du Bosphore et des Dardanelles."

Die Frage der Dardanellen hat eine gewaltige Wichtigkeit, wenn es sich darum handelt, die dortige Durchfahrt, den Schlüssel des Bosporus und zur Dardanellenstraße, in andere Hände zu legen als bisher, wenn es sich darum handelt, zu entscheiden, ob Rußland die Dardanellen nach Belieben soll schließen oder öffnen können. Alle anderen Stipulationen werden sich immer nur auf die Zeit des Friedens beziehen können, und für den Fall des Krieges, also den wichtigeren, wird es immer darauf ankommen, ob der Inhaber des Schlüssels der Dardanellen im Bunde oder in der Abhängigkeit mit den drin oder draußen Wohnenden, von Rußland oder von Rußlands Gegnern ist. Im Falle des Krieges würde die Vertragsbestimmung, die man treffen könnte, so lange die Dardanellen eben in Händen sind, die im Frieden gewiß von Rußland unabhängig sind, meines Erachtens nicht die Bedeutung haben, die man ihr beilegt. Es kann für die Anwohner des mittelländischen Meeres von Interesse sein, ob die russische Flotte im Schwarzen Meere berechtigt ist, in

Friedenszeiten durch die Dardanellen zu fahren und sich dort zu zeigen; wenn sie sich dort zeigt, würde ich aber immer, wie beim Barometer auf gut Wetter, hier auf Frieden schließen; wenn sie sich aber zurückzieht und sich vorsorglich dort einschließt, dann würde man vermuten können, daß vielleicht Wolken aufsteigen. Aber die Frage, ob im Frieden durch die Dardanellen Kriegsschiffe fahren können, halte ich zwar nicht für unwichtig, aber doch nicht für so, daß man deshalb Europa sollte in Brand stecken können.

Die Frage, ob der Besitz der Dardanellen in eine andere Hand übergeht, das ist ein ganz anderes Ding, aber eine Eventualität und Konjunktur, die meines Erachtens in der gegenwärtigen Situation nicht vorliegt und über die ich mich deshalb nicht aussprechen will. Mir kommt es im Augenblick nur darauf an, ungefähr, soweit ich es kann, das Gewicht der Interessen zu bezeichnen, über welche ein weiterer Krieg, nachdem der russisch-türkische thatsächlich sein Ende erreicht hat, entstehen könnte, und deshalb kommt es mir darauf an, zu präzisieren, daß die Friedensbestimmungen über die Frage der Dardanellen in bezug auf Kriegsschiffe kaum so wichtig sind wie in bezug auf den Handel; darin liegt zunächst das hervorragendeste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen wie die der Donau vom Schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher frei bleiben. Das ist auch wohl sicher, daß wir das erreichen, ja, es ist gar nicht in Frage gestellt; in einer amtlichen Mitteilung, die mir von Petersburg darüber vorliegt, wird über diesen Punkt einfach Bezug genommen auf die bestehenden Stipulationen des Pariser Friedens; es kommt hierbei nichts in Frage, wir können nicht besser, nicht schlechter gestellt werden, als wir bisher gestanden haben.

Das Interesse, welches wir an einer besseren Regierung der christlichen Nation, an einem Schutz gegen Gewaltthaten, wie sie leider unter türkischer Herrschaft mitunter vorgekommen sind, haben, wird durch die zuerst genannten Punkte gewahrt werden, und das ist das zweite, minder direkte, aber doch menschlich indizierte Interesse, welches Deutschland in der Sache hat.

Der Rest der Präliminarienstipulationen besteht in — ich will nicht sagen, Redensarten, es ist ein amtliches Aktenstück — aber er hat keine Wichtigkeit für unsere heutige Verhandlung.

Mit dieser Darlegung habe ich, soweit ich kann, den ersten Teil der Interpellation über die Lage der Dinge im Orient be-

antwortet und fürchte, daß ich niemand in dieser Sache etwas neues gesagt habe.

Der fernere Teil der Frage betrifft die Stellung, die Deutschland zu diesen Verhältnissen, zu diesen Neuerungen genommen hat, respektive nehmen wird, die genommene und die zu nehmende Stellung.

In bezug auf die genommene Stellung, kann ich Ihnen für den Augenblick keine Mitteilungen machen; denn wir sind amtlich seit sehr kurzer Zeit, ich kann wohl sagen, buchstäblich erst seit diesem Morgen im Besitz der Aktenstücke, auf die ich vorhin Bezug nahm. Was wir früher davon wußten, stimmte ungefähr damit überein, war aber nicht von der Natur, daß wir amtliche Schritte daran knüpfen konnten, es waren dies Privatmitteilungen, die wir der Gefälligkeit anderer Regierungen verdankten.

Also amtliche Schritte hierüber sind von uns noch nicht gethan, und angesichts der, wie ich hoffe, bevorstehenden Konferenzen wäre es voreilig, solche zu thun, bevor man nicht auf den Konferenzen diese Mitteilungen als Material vorliegen hat und in der Lage ist, die Meinungen darüber gegenseitig auszutauschen. Was eine Änderung gegen die Stipulationen von 1856 sein wird, das wird also der Sanktion bedürfen; wenn es sie nicht erhielte, folgt daraus immer noch nicht notwendig ein neuer Krieg, aber es folgt ein Zustand daraus, den, glaube ich, alle Mächte Europas Grund haben zu vermeiden, — ich möchte ihn fast nennen eine Versumpfung der Frage. Nehmen Sie an, daß in der Konferenz eine Einigung über das, was zu geschehen hat, nicht zu stande käme, daß die beteiligten Mächte, welche solches vorzugsweises Interesse haben, den russischen Stipulationen zu widersprechen, sagen: es konveniert uns in diesem Augenblick nicht, darüber Krieg zu führen, aber einverstanden sind wir mit dem, was ihr abgemacht habt, auch nicht, wir behalten uns unsere Entschließung vor, — das ist doch ein Zustand der Dinge, der auch der russischen Politik nicht erwünscht sein kann. Die russische Politik sagt mit Recht: wir haben keine Neigung, uns alle zehn oder zwanzig Jahre der Notwendigkeit einer türkischen Kampagne auszusetzen, die sehr aufreibend, anstrengend und kostspielig ist; aber sie kann auch nicht wünschen, dieser Gefahr die einer sich vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren wiederholenden österreichisch-englischen Verwicklung zu substituieren. Ich glaube also, es liegt auch im

Intereſſe Rußlands, wie es in dem aller übrigen liegt, zu einer Abmachung zu kommen und die Sache nicht unabgemacht auf ſpätere, vielleicht unbequemere Zeiten zu verſchieben.

Daß Rußland geneigt ſein könnte, die Anerkennung der Änderungen, die es für notwendig hält, von den übrigen europäiſchen Mächten durch Krieg zu erzwingen, halte ich für eine Erwägung, die von aller Wahrſcheinlichkeit ausgeſchloſſen iſt. Rußland würde ſich mutmaßlich, wenn es die Zuſtimmung der übrigen Unterzeichner der Traktate von 1856 nicht jetzt erreichen könnte, mit dem Gedanken „beati possidentes“ begnügen. Es tritt dann die andere Frage ein, ob diejenigen, die unzufrieden ſind mit den ruſſiſchen Abmachungen und in erſter Linie dabei intereſſiert ſind, wirkliche, eigene materielle Intereſſen dabei haben, bereit ſind, Krieg zu führen, um Rußland zu nötigen, ſeine Bedingungen abzuſchwächen, einen Teil davon aufzugeben, auf die Gefahr hin, in Rußland bei der Heimkehr der Truppen vielleicht das Gefühl zu hinterlaſſen, was etwa Preußen gehabt hat nach den Friedensſchlüſſen von 1815, alſo eine zurückgetretene Empfindung, daß die Sache eigentlich nicht zu Ende wäre und noch einmal verſucht werden müßte, wenn es gelänge, Rußland zu zwingen, davon mehr aufzugeben als erträglich.

Wenn dies durch Krieg gelänge, würde man alſo als Zweck dieſes Krieges anſehen müſſen: Rußland aus den bulgariſchen Stellungen, die es augenblicklich inne hat, aus der Konſtantinopel ohne Zweifel bedrohenden Stellung — indeſſen es hat noch keine Miene gemacht, Konſtantinopel zu beſetzen — aus dieſer Stellung zu vertreiben. Dann aber fällt auch denen, die dieſes Ziel durch ſiegreichen Krieg erreicht haben würden, die Aufgabe und die Verantwortung zu, darüber zu beſtimmen, was aus dieſen Ländern der europäiſchen Türkei nunmehr werden ſoll. Ob ſie bereit ſind, ganz einfach die türkiſche Herrſchaft wieder einzuſetzen bis an ihre vollen Grenzen nach dem, was auf der Konferenz geſagt und beſchloſſen iſt, halte ich nicht für wahrſcheinlich; ſie würden alſo irgend eine Beſtimmung darüber treffen müſſen, ſehr verſchieden von dem, was jetzt vorgeſchlagen wird, im Prinzip kann es kaum ſein, es kann in der Ausdehnung, in der räumlichen Ausdehnung, in dem Maße von Abhängigkeit wohl abweichen, aber ich glaube z. B. nicht, daß die nächſt benachbarte Macht, Öſterreich-Ungarn, bereit wäre, die ganze Erbſchaft der heutigen ruſſiſchen Eroberungen zu übernehmen und für die Zukunft dieſer ſlaviſchen Länder die Verantwortung zu übernehmen, ſagen wir

durch Einverleibung in den ungariſchen Staat oder durch Vaſallen-einrichtung; ich glaube nicht, daß das ein Ziel iſt, was die öſterreichiſche Politik ſehr lebhaft wünſchen kann ihren eigenen ſlaviſchen Unterthanen gegenüber, nun der verantwortliche Herausgeber der künftigen Zuſtände auf der Balkan-Halbinſel ſein zu müſſen, und das wäre im Falle des Sieges die Situation.

Ich ſtelle alle dieſe Eventualitäten, an die ich nicht glaube, nur hin, um zu beweiſen, wie gering in meinen Augen die berechtigte Wahrſcheinlichkeit eines europäiſchen Krieges iſt, daß über eine etwas größere oder geringere Ausdehnung, wenn es nicht eben ganz grobe Verhältniſſe wären, eines tributären Landes ein verheerender europäiſcher Krieg zwiſchen zwei großen benachbarten und befreundeten Mächten beſchloſſen werden ſollte, mit kaltem Blute beſchloſſen werden ſollte. Das Blut wird ja kälter ſein, wenn wir erſt in der Konferenz vereinigt ſind.

Um dieſen Eventualitäten zu begegnen, iſt alſo der Gedanke der Konferenz zuerſt von der öſterreichiſch-ungariſchen Regierung vorgeſchlagen, wir ſind von Hauſe aus, ich glaube, beinahe die erſten geweſen, die bereitwillig darauf eingegangen ſind. Es haben ſich Schwierigkeiten über die Wahl des Ortes der Konferenz erhoben, die meines Erachtens zu der Bedeutung der Sache nicht im Verhältnis ſtehen. Indes auch in der Beziehung haben wir keine Schwierigkeiten gemacht, wir haben uns mit den Lokalen, die überhaupt in Frage gekommen ſind, einverſtanden erklärt, es ſind das Wien, Brüſſel, Baden-Baden, Wiesbaden, Wildbad, ein Ort in der Schweiz, — ich muß indeſſen ſagen, Wildbad nur durch ſich ſelbſt angemeldet — aber es iſt auch Stuttgart genannt; alle dieſe Orte wären uns genehm geweſen. Es ſcheint — wenn ich richtig unterrichtet bin, und es muß ſich in wenigen Tagen entſcheiden — daß die Wahl ſchließlich ſich auf Baden-Baden fixieren wird. Unſer Intereſſe, was von denjenigen Mächten, mit denen wir darüber korreſpondiert haben, geteilt wird, iſt die Beſchleunigung der Konferenz ganz unabhängig von der Wahl des Ortes, es iſt für uns ziemlich gleichgültig, wo die Konferenz ſtattfindet. Ich habe inbezug auf deutſche Orte weiter keine Meinung geäußert als die, daß auf deutſchem Boden auch deutſches Präſidium ſtattzufinden haben werde, eine Auffaſſung, der von keiner Seite widerſprochen iſt. Ob nach der Anerkennung des Prinzips aus Gründen der Zweckmäßigkeit abſolut daran feſtzuhalten ſein wird, wird ſich finden je nach dem Perſonalbeſtande, der ſich auf der Konferenz herausſtellt, deren

Abhaltung überhaupt ich meiner persönlichen Überzeugung nach als gesichert ansehe, und die, wie ich vermute, in der ersten Hälfte des März wird beginnen können.

Es wäre wünschenswert, daß es früher sein könnte, um der Ungewißheit, die sich daran knüpft, ein Ende zu machen, aber die Mächte werden doch, bevor sie zusammentreten, einen Austausch von Meinungen unter sich wünschen, und die Verbindungen mit dem Kriegsschauplatz sind in der That sehr langsam, die Verspätungen der Mitteilungen, die an uns gelangt sind, waren und wurden motiviert durch Verspätung der Eingänge eben vom Kriegsschauplatz. Es fällt ja die Vermutung, die eine zeitlang in öffentlichen Blättern sich hat sehen lassen, als ob diese Verspätung eine absichtliche wäre, vollständig in sich zusammen, sobald man sich klar macht, daß das Vorrücken der russischen Armee in der Zeit nach dem 30. Januar ein Ergebnis der Waffenstillstandsbedingungen war und nicht etwa eine Benutzung irgend eines künstlich gewonnenen tempus utile. Die Grenze, innerhalb deren sich die russische Truppenaufstellung heute befindet, ist die im Waffenstillstand vorbehaltene Demarkationslinie, und ich glaube an eine absichtliche Verzögerung von keiner Seite und glaube von allen Seiten an den ehrlichen Willen, die Konferenz bald zu beschicken. Wir werden jedenfalls dazu thun, was wir können.

Ich komme zu dem schwierigsten Teil — ich bitte um Verzeihung, wenn ich einen Augenblick sitzend fortfahre — ich komme zu dem schwierigsten Teil der mir gestellten Aufgabe, zu der Darlegung, soweit es möglich ist, der von Deutschland auf der Konferenz einzunehmenden Stellung. Sie werden da von mir nichts anderes erwarten als allgemeine Gesichtspunkte unserer Politik, deren Programm Herr von Bennigsen klar und ausführlich, fast ausführlicher, als es mir in diesem Moment meine Kräfte noch erlauben würden, wiedergegeben hat.

Wenn von vielen Seiten an uns die Zumutung gekommen ist — aber von keiner Regierung, sondern nur von Stimmen in der Presse und sonstige wohlgemeinte Ratschläge —, wir sollten von Hause aus unsere Politik festlegen und sie anderen aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als für Staatenpolitik halte.

Ich will hier gleich die Schwierigkeit und Unmöglichkeit davon mehr motivieren. Nehmen Sie an, daß wir jetzt auch nur ein festes Programm aussprechen, an das uns zu halten

wir, wenn wir es hier von amtlicher Stelle öffentlich, nicht nur vor Ihnen, sondern vor Europa, verkündigen, gebunden sein würden, so würden wir dadurch bei allen denen, die es für sich günstig finden, eine gewisse Prämie auf ihre Unverträglichkeit setzen.

Wir würden ferner uns die Rolle der Vermittlung in der Konferenz, auf die ich den allerhöchsten Wert lege, fast unmöglich machen, weil jeder, mit dem menu der deutschen Politik in der Hand, uns sagen könnte: soweit kann die deutsche Vermittlung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittlung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reichs, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu zitieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will.

Wir sind in der Lage also, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, bei ihrem, ich will einmal Kongreßgegner sagen, sich entweder einen Korb oder eine unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondieren und dem anderen sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das sind geschäftliche Hilfsmittel, die sehr zu schätzen sind. Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man den Faden wieder aufnehmen könnte, vergeht, und man trennt sich in Schweigen und ist verstimmt. Ist aber ein dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja wenn getrennt, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unseren befreundeten Grenznachbarn, Grenznachbarn auf lang-

gedehnten Grenzstrecken, überhaupt leben, und dann vermöge der seit einem Lustrum bestehenden Einigkeit der drei Kaiserhöfe, die aber auch dem vertrauten Verhältnis entspricht, in dem wir mit einem anderen Hauptinteressenten, mit England, uns befinden. Wir sind mit England in der glücklichen Lage, keinen Streit der Interessen zwischen uns zu haben, es seien denn Handelsrivalitäten und vorübergehende Verstimmungen, die ja vorkommen, aber doch nichts, was ernsthaft zwei arbeitsame, friedliebende Nationen in Krieg bringen könnte, und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebensogut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können.

Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen.

Wir haben stets vermieden, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich und Rußland waren, eine Majorität von zwei gegen eines zu bilden, indem wir bestimmt für einen Partei nahmen, auch wenn unsere Wünsche etwa in der Beziehung nach der einen Seite mehr als nach der anderen uns hingezogen hätten. Wir haben uns dessen enthalten, weil wir besorgten, daß das Band doch nicht stark genug sein möchte, und gewiß kann es so stark nicht sein, daß es eine dieser Großmächte veranlassen könnte, aus Gefälligkeit für eine andere die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen darüber hintanzustellen. Das ist ein Opfer, was keine Großmacht pour les beaux yeux der anderen thut. Sie thut es, wenn statt der Argumente die Hindeutung auf die Machtverhältnisse eintritt. Da kann sie unter Umständen sagen: diese Konzession zu machen, ist mir sehr unangenehm, aber es ist mir noch unangenehmen, mit einer so großen Macht wie Deutschland etwa darüber in Zwist zu geraten; indessen werde ich mir dieses merken und in Rechnung stellen. Das ist etwa die Art, wie dergleichen aufgefaßt wird, und ich komme nun auf die Notwendigkeit, den

übertriebenen Ansprüchen, die man an Deutschlands Vermittlung stellt, hier ganz entschieden entgegenzutreten und zu erklären, daß, solange ich die Ehre habe, Ratgeber Seiner Majestät zu sein, nicht die Rede davon ist.

Ich weiß, daß ich in dieser Beziehung sehr viele Erwartungen täusche, die sich an die heutigen Eröffnungen anknüpfen; aber ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.

Ich sehe z. B. in einem mir heute vorgelegten Preßausschnitt: „Die Politik Deutschlands in der entscheidenden Stunde" ist der Titel eines bemerkenswerten Artikels der „Allgemeinen Zeitung", welcher die Notwendigkeit einer Einmischung der dritten Macht im Bunde mit Österreich und England verlangt. Wir sollen also Stellung zwischen England und Österreich nehmen, um Rußland das Verdienst zu nehmen, die Konzessionen, welche es etwa dem europäischen Frieden machen kann, freiwillig zu machen. — Ich zweifle nicht, daß Rußland das, was nach seinem Nationalgefühl, nach seinem eigenen Interesse, nach dem Interesse von 80 Millionen Russen möglich ist, dem europäischen Frieden zum Opfer bringt; ich halte an und für sich für überflüssig, das zu sagen, aber, wenn wir es thäten, so bitte ich doch die Herren, welche auf dergleichen denken — ich habe noch einen ähnlichen Artikel, „Deutschlands Schiedsrichterrolle" ist er überschrieben, aus einem Berliner Blatte — nehmen Sie an: wir folgten diesen Ratschlägen und erklärten das Rußland in irgend einer höflichen und freundschaftlichen Weise, wir sind zwar seit 100 Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse, als Policemen von Europa, als eine Art von Friedensrichter müssen wir dem Wunsche, diesen europäischen Anforderungen nicht länger widerstehen.

Es giebt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben und die glücklicherweise nicht am Ruder sind, bei aber auch nicht unglücklich sein würden, wenn sie ans Ruder kämen.

Wie würden die nun zu ihren Landsleuten sprechen, vielleicht auch andere Leute, vielleicht auch noch andere Staatsmänner, die jetzt noch nicht unsere ausgesprochenen Feinde sind. Sie würden sagen: mit welchem Opfer an Blut, Menschen, Schätzen haben wir die Stellung erreicht, die seit Jahrhunderten

das Ideal des ruſſiſchen Ehrgeizes war! Wir hätten ſie gegen diejenigen Gegner, die ein wirkliches Intereſſe hätten, ſie uns zu beſtreiten, behaupten können; es iſt nicht Öſterreich, mit dem wir in mäßig intimen Verhältniſſen lange Zeit gelebt haben, es iſt nicht England, welches ganz offen anerkannte Gegenintereſſen hat, — nein, unſer intimer Freund, von dem wir glaubten, wegen früher Gegendienſte erwarten zu dürfen, Deutſchland, welches kein Intereſſe im Orient hat, hat hinter unſerem Rücken nicht den „Degen", ſondern den „Dolch" gezückt. So würde die Redensart etwa lauten, das wäre das Thema, das wir dort hören würden, und dieſes Bild, das ich in übertriebener Farbe — aber die ruſſiſche Deklamation übertreibt auch — zeichnete und vor Augen führte, entſpricht der Wahrheit, und wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine ſichere, ſeit Menſchenaltern erprobte Freundſchaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu ſpielen, aufzuopfern.

Die Freundſchaft, die uns glücklicherweiſe mit mehreren europäiſchen Staaten, ja mit allen wohl in dieſem Augenblicke verbindet, — denn es ſind die Parteien nicht am Ruder, denen dieſe Freundſchaft ein Dorn im Auge iſt — dieſe Freundſchaft deshalb aufs Spiel zu ſetzen mit dem einen Freunde, um einem anderen in Fragen, an welchen wir Deutſche ein direktes Intereſſe nicht haben, gefällig zu ſein, mit unſerem eigenen Frieden den Frieden anderer zu erkaufen, ſelbſt gewiſſermaßen als Subſtitut auf der Menſur, um mich eines Univerſitätsausdrucks zu bedienen, für den Freund einzutreten — das kann ich wohl, wo ich nichts als meine Perſon in die Schanze ſchlage, ich kann es aber nicht, wenn ich die Politik eines großen, mitten in Europa gelegenen Reichs von 40 Millionen Seiner Majeſtät dem Kaiſer gegenüber zu beraten habe, und deshalb erlaube ich mir hier, auf der Tribüne allen dieſen Stimmen und Zumutungen eine offene Abſage zu erklären, daß ich mich darauf unter keinen Umſtänden einlaſſen würde, und daß keine Regierung, keine der am meiſten intereſſierten uns eine Zumutung der Art geſtellt hat. Deutſchland iſt, wie der Herr Vorredner bemerkte, durch ſeine Erſtarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachſen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagſchale der europäiſchen Politik werfen können, ſo halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation und dem Kaiſer, den Fürſten, die im Bundesrat zu beſchließen haben,

wenn wir Angriffskriege führen wollten, den Rat zum Appell an die erprobte Bereitwilligkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen Krieg zu erteilen. Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt, — nur einen solchen Krieg bin ich bereit, dem Kaiser anzuraten.

Über Deutschlands Verhältnis zu Rußland und Österreich.

Rede gehalten am 19. Februar 1878.

Ich muß gestehen, daß, wenn die Meinung des Reichstages mir durch das Organ des Herrn Vorredners unterbreitet würde, ich dieser Stimme doch mit großer Vorsicht folgen würde, mit weniger Hingebung, als anderen, die wir vorhin gehört haben. Der Vorredner hat in meiner Anwesenheit wohl nie gesprochen, ohne mir durch seine Äußerungen Anlaß zur Antwort zu geben, selten in der Richtung, daß ich sachlich etwas zu widerlegen oder zu bestreiten gehabt hätte, was er durch Argumente unterstützt hat. Er hat mich aber fast immer in die Notwendigkeit versetzt, gewissen Mißverständnissen, die bei dem Herrn Vorredner so außerordentlich häufig vorkommen, entgegenzutreten, damit diese Mißverständnisse nicht nachher in unwidersprochene Wahrheiten in der Presse, die die Politik des Herrn Vorredners zu unterstützen pflegt, verwandelt werden. Der Herr Vorredner hat eine große Gewandtheit, einen Gedanken hinzuwerfen, ohne daß man gerade behaupten könnte, er hätte ihn zu dem seinigen gemacht, aber durch die Art, wie er ihn hinwirft, giebt er doch der Vermutung Raum, und der Ball wird aufgefangen und weitergegeben. In dieser Beziehung muß ich doch, ich will nicht sagen Insinuationen, aber Mißverständnissen des Herrn Vorredners widersprechen, die er hier in Kurs gesetzt hat. Er hat zuerst damit angefangen, daß er überzeugt wäre, diese Interpellation sei nicht ohne Genehmigung gestellt

worden. Ich erkläre hiermit offen, daß diese Behauptung, welche öffentlich aufgestellt wurde, eine Unwahrheit ist, und daß die Insinuation, als wäre es geschehen, doch kaum eine zwecklose sein kann.

Ich würde, wenn meine Meinung eingeholt worden wäre über diese Interpellation, geraten haben, sie zu verschieben, einige Wochen später würden wir vielleicht klarer in der Sache sehen. Ich würde außerdem gewünscht haben, daß mir durch den Wortlaut die Beantwortung etwas erleichtert würde in Form der Stellung bestimmter Fragen, daß mir nicht allein die Verantwortung dafür zugeschoben werde, über was ich spreche, und ich sage, das Thema war zu weit gefaßt, worüber ich gesprochen habe. Ich erkläre also diese Andeutung für unrichtig und irrtümlich. Im Lande zu akkreditieren, dies sei eine bestellte Interpellation, gewissermaßen eine genehmigte, ist ja eine Kleinigkeit; aber das bei den europäischen Mächten zu akkreditieren, das ist kein Dienst, den man dem deutschen Lande erweist, und einen solchen Dienst erwarte ich auch von dem Herrn Vorredner nicht!

Der Herr Vorredner hat gesagt, er sei ganz für die Erhaltung des Friedens nach allen Richtungen hin. Gleich wie er das sagte, erinnerte ich mich, daß gewisse Blätter, französische und polnische, die sonst mit dem Herrn Vorredner selten verschiedener Meinung sind, doch mit allen Mitteln der Dialektik zum Kriege treiben, indem auch sie Österreich zu beweisen suchen, es sei dupiert, es sei betrogen, indem sie die österreichische Ambition aufzustacheln suchen, um den Krieg möglichst wahrscheinlich zu machen. Ich freute mich, daß der Herr Vorredner versicherte, daß diesmal die Konsorterie in Frankreich und Polen mit ihm gar keine Gesinnungsgemeinschaft hätte, ich bin auch noch bereit, ihm das zu glauben, da er es versichert.

Der Herr Vorredner hat ferner sein Mißvergnügen darüber zu erkennen gegeben, daß die Verhandlungen hier nicht vollständig vorgelegt seien. Nun, meine Herren, die Hauptverhandlungen stehen noch bevor. Wir werden wahrscheinlich über die Konferenz, wenn Sie es wünschen, Ihnen umständliche Vorlagen, nachdem sie vorhandelt haben wird, machen können. Wir machen aus unserer Politik ja niemals ein Geheimnis, und wenn die Interpellationen in diesem Raume über die Politik so selten gewesen sind, so ist das einmal ein Beweis persönlichen Vertrauens, welches man mir geschenkt hat, und zweitens ein Beweis, daß

zwiſchen der Politik, wie ſie geführt iſt, und der Anſicht der Mehrheit der Landesvertretung volle Übereinſtimmung geherrſcht hat, die zu einer Diſſonanz keinen Anlaß gegeben haben.

Der Herr Vorredner klagt ferner, daß ich mich berufen hätte auf Informationen des engliſchen Parlaments. Ich habe nur geſagt, daß ich mich in der unangenehmen Lage eines Geſchichtserzählers befände, der nicht weiß, ob nicht die Sache, die er vortragen will, durch die engliſchen Verhandlungen allen bereits bekannt iſt. Deshalb habe ich eine Apologie gemacht, daß vielleicht die meiſten Herren das ſchon wiſſen würden, was ich ſagen würde, wenn ſie aufmerkſame Zeitungsleſer geweſen ſind. Aber ich habe auch der juriſtiſchen Anforderung, die Herr Vorredner ſtellte, genügt, indem ich nichtsdeſtoweniger, auf die Gefahr hin, ſchon geſagtes zu wiederholen, die einzelnen Sachen hier durchgegangen bin; und wenn dem Herrn Vorredner irgend etwas dunkel darin geblieben, ſo ſtehe ich ihm gern privatissime zu Dienſten, um ihm vorzuleſen oder vorleſen zu laſſen, ſoweit die Akten darüber vorhanden ſind. Wenn der Herr Vorredner ſich wundert, daß dies die erſte Mitteilung ſei, die ich überhaupt hier gemacht hätte: — ja, wann hätte ich denn eine Mitteilung machen ſollen? Etwa bei der Thronrede, wo ich nicht anweſend war? Es iſt die erſte Verhandlung, in der ich mich befinde, die erſte Frage, die mir geſtellt iſt, alſo auch natürlich die erſte Mitteilung der Art. Ich vermute, daß dieſer Tadel doch die Ausfüllung einer Pauſe nur geweſen iſt, bei der der Herr Vorredner auf den nächſten ſich beſonnen hat.

Es hat der Herr Vorredner geſagt, Deutſchland habe ſehr wohl die Autorität — ſetzen wir ſtatt deſſen die Macht — gehabt, den Krieg zu verhindern. Daran zweifle ich gar nicht. Es wäre das aber eine ſehr große Thorheit, um mich nicht eines ſtärkeren und geläufigeren Ausdrucks zu bedienen, wenn wir das gethan hätten. Es ſind dergleichen Verſuche ja doch in der neueſten Geſchichte — der Herr Vorredner iſt mit mir in gleichem Alter, er hat ſie doch auch mit durchlebt — mehrere geweſen. Sie ſind nie demjenigen, der auf dieſe Weiſe einen Krieg anderer verhindert, der mit einem quos ego einen Frieden geboten hat, ſie ſind ihm niemals gedankt worden. Ich erinnere an ein Moment aus unſerer vaterländiſchen Geſchichte: an die Verhandlungen von Olmütz. Da hat Kaiſer Nikolaus die Rolle geſpielt, die der Herr Vorredner Deutſchland zumutet; er iſt gekommen und hat geſagt: „auf den erſten, der hier ſchießt, ſchieße

ich", und infolge dessen kam der Friede zustande. Zu wessen Vorteil, zu wessen Nachteil, politisch berechnet, das gehört der Geschichte an, das will ich hier nicht diskutieren. Ich frage bloß: ist diese Rolle, die er dort gespielt hat, dem Kaiser Nikolaus auf einer von beiden Seiten gedankt worden? Bei uns in Preußen ganz gewiß nicht. Die edlen Absichten dieses Herrn wurden verkannt gegenüber der Empfindlichkeit, die das nationale Gefühl einer großen Nation berührt, wenn eine andere Macht ihr gebietet oder verbietet, was sie in einer Frage des eigenen Interesses, die sie glaubt selbst zu verstehen, thun oder lassen soll. Ist es dem Kaiser Nikolaus von Österreich gedankt worden? Drei Jahre darauf war der Krimkrieg, und ich brauche ein weiteres nicht zu sagen. Diese Rolle, die Kaiser Nikolaus in Olmütz gespielt hat, mutet der Herr Vorredner uns zu, wenn wir den Krieg vorher hätten verbieten sollen.

Ich will ein weiteres Beispiel anführen. Die Lage, in der wir uns augenblicklich befinden, ist ja vor etwas mehr als zwanzig Jahren ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, bei den wichtigeren und entscheidenderen Fragen teilzunehmen, und ich weiß ganz genau, wie die Sachen damals verliefen. Ich weiß, welche Künste der Überredung, der Drohung bei Preußen angewendet wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hatzhund in einen fremden Krieg, und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblicke an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wann es genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigeren Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten, und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein Halbdutzend Gesandte in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht dankenswert, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse", in welchem der

Krimkrieg geführt wurde, in deſſen Namen unſer Beiſtand gefordert wurde, es war nur das auffällige, daß der geſamte deutſche Bund dieſe Anſicht nicht teilte, daß es ein germaniſches Intereſſe wäre. Ich glaube, es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe, und wo Öſterreich in der Minorität war.

Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutſches Intereſſe ſei, trotz des angeblichen Intereſſes der Donauſchifffahrt von Regensburg hinunter, mit welchem viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner anführen, daß eine von ihm ſonſt ſo hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestags, in dieſem Falle nicht auf ſeiner Seite ſteht und nicht meinte, daß es ein germaniſches Intereſſe ſei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen.

Ich könnte die Zahl der Interventionen, bei denen man ſich gewiſſermaßen die Finger verbrannt hat, ja aus der neueſten Geſchichte noch vermehren. Ich erinnere an die von uns nur beabſichtigte Intervention vor Villafranca. Es war eine Friedensſtiftung, die uns nachher von keiner Seite gedankt wurde. Ich erinnere an die Friedensſtiftung Napoleons gleich nach der Schlacht von Sadowa, — die Sachen ſind damals nicht ſehr öffentlich geworden — aber was ich mir damals darüber gedacht habe, das weiß ich und ich habe es dem Kaiſer Napoleon nicht vergeſſen, ich habe gut Buch gehalten für ſeine damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die franzöſiſchen Intereſſen nützlicher geweſen, Frankreich hätte ſich damals nicht zum Friedensſtifter aufgeworfen.

Der Herr Vorredner ſagt ferner: wer den Dardanellenſchlüſſel habe, der habe die Weltherrſchaft. Er belehrt uns damit, daß der Sultan bisher die Welt beherrſcht hat.

Bisher hielt er ihn ganz unbeſtritten in Händen ſeit vierhundert und einigen Jahren, und ich habe wenigſtens nie das Gefühl gehabt, daß wir in Preußen unter türkiſcher Weltherrſchaft während unſerer Lebenszeit geſtanden hätten. Es iſt das alſo ein etwas weit gegriffenes und ſpezioſes Argument des Herrn Vorredners. Außerdem habe ich ja die Unwichtigkeit dieſes Schlüſſels gar nicht behauptet; ich habe nur behauptet, den Beſitz dieſes Schlüſſels erſtrebe Rußland augenblicklich gar nicht, es iſt den gegenintereſſierten Mächten zu Gefallen nicht nach Konſtantinopel hineingegangen, das Wort des Kaiſers Alexander bürgt uns dafür, daß er Konſtantinopel nicht behalten

wird. Ob nachher eine Türkei übrig bleibt, auf die Rußland zunächſt den weſentlichſten Einfluß ausübt, — ja, das wiſſen wir noch nicht, ob die beiden Nationen ſich mit beſonderem Vergnügen der ausgewechſelten Schläge erinnern werden, es kann ja ſein, daß das lange dauert, es kann auch ſein, daß da mal wieder eine andere Stimmung dazwiſchen kommt. So lange Rußland die Meerengen nicht ſelbſt hat, finde ich die Einwendungen, die der Herr Vorredner gegen meine Äußerungen machte, immer nicht berechtigt.

Am allernotwendigſten halte ich die Widerlegung der — ich kann es nicht anders nennen als Inſinuationen, die der Herr Vorredner darüber gemacht hat, daß wir, daß Deutſchland eventuell bei einer angeblichen Düpierung Öſterreichs durch Rußland, wie er behauptete, mitſchuldig geweſen ſei. Er hat das in der Manier gemacht, wie ich ſie beim Anfang meiner augenblicklichen Äußerung charakteriſierte, — er hat nicht behauptet, daß es ſeine Meinung wäre, aber er hat geſagt: ich will mich freuen, wenn ich mich bei Einſicht der Akten überzeuge, daß es anders ſei. Ja, das iſt die Art, ſich dem Strafrichter bei Beleidigungen zu entziehen. Der Herr Abgeordnete hat damit ein großes Geſchick in Wendungen gezeigt, die der Unannehmlichkeit ausweichen, daß man ihm ſagt, Du haſt das behauptet. Er hat aber ein ebenſo großes Geſchick bekundet, die Vermutung aufzuſtellen, daß dem doch ſo ſei, daß er berechtigten Verdachtsgrund habe, und daß Deutſchland ſich darüber zu reinigen habe. Ich weiß nicht, wo er den Verdachtsgrund hernimmt, wenn nicht aus ſeinem eigenen deutſch-freundlichen Herzen. Ich kann dem Herrn verſichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Intereſſen Öſterreichs zu vertreten. Unſere Beziehungen zu Öſterreich ſind die der Gegenſeitigkeit, voller Offenheit und des gegenſeitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit iſt, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Öſterreich noch mächtiger waren, als ſie dies heute ſind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich ſtehe perſönlich mit dem Grafen Andraſſy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundſchaftlichen Verhältnis, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält, im Intereſſe Öſterreichs offen zu ſtellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er nur die Wahrheit über Öſterreichs Abſichten ſagt.

Ein solches Verhältnis ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Österreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgiltig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen.

Der Graf Andrassy glaubt mir, und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können.

Erwiderung auf eine Äußerung des polnischen Abgeordneten von Komierowski über Polen und Sozialdemokraten.

Rede gehalten am 19. Februar 1878.

Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Vorredner auf sein Gebiet zu folgen, es ist mehr der Herr Abgeordnete Dr. von Komierowski, der vor ihm sprach, der mich zu einer kurzen Bemerkung veranlaßt, umsomehr, als ich während der zuletzt gehörten sozialistischen Rede glaube wahrgenommen zu haben, daß die Beifallsbezeugungen, mit denen sie stellenweis begleitet war, von den näheren Landsleuten des Herrn Abgeordneten von Komierowski, respektive von den ihm verwandten Fraktionsgenossen herrührten. Ich halte, wenn ich mich darin nicht irre, es doch für zweckmäßig, dies öffentlich zu konstatieren. Es ist mir dabei eingefallen, daß, wenn wir in den polnischen Landesteilen des preußischen Staates über die Gesamtheit des Volkes nicht zu klagen haben und ihrer Zustimmung zu der Art, wie sie regiert werden, im ganzen sicher sind, so tritt uns immer wieder die Stimme des polnischen Adels entgegen als unzufrieden mit dem Deutschen Reich und mit der Zugehörigkeit zu demselben. Vielleicht wäre es einmal möglich, um mich trivial auszudrücken, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wenn man einen der polnischen Kreise im preußischen Gebiet, also etwa den Wahl-

kreis des Herrn von Komierowski, dem Herrn Bebel und seinen Gesinnungsgenossen zu regieren mit voller Souveränetät übergiebt, wir könnten dann — und daran würde mir sehr viel liegen — endlich einmal erfahren, was das positive Ideal der Sozialdemokratie ist. Wir kennen sie nur von der negativen Seite: alles was vorhanden ist, ist schlecht und muß ruiniert werden, und im Volke muß die Überzeugung erweckt werden, daß die regierenden Klassen üble, gewissenlose Leute sind, für die es nicht so sehr darauf ankommt, wenn man einmal gewaltthätig gegen sie verfährt. Das wissen wir, jede Politik, die ein anderer als ein Sozialdemokrat treiben kann, ist erbärmlich, die Herren wissen alles besser, aber worauf sie positiv hinauswollen, das verschweigen sie sorgfältig. Ich meine, wenn sie endlich jede Maske von sich abwerfen und offen kundgeben, wohin sie wollen, wie es in einem von ihnen regierten polnischen Kreise geschehen würde, dann werden wir den doppelten Vorteil haben, nämlich das abschreckende Bild des positiv verwirklichten Sozialismus erkennen, welches sie jetzt sorgfältig hinter dem Berge halten, und wir werden in dem von ihnen regierten Polen hinterher die treuesten deutschen Reichsbürger haben.

Über das Reichseisenbahnamt.

Rede gehalten am 25. Februar 1878.

Ich hatte im Laufe des Sommers Nachricht darüber bekommen, daß unter verschiedenen der verbündeten Regierungen die Frage erörtert wurde, ob es nicht an der Zeit und notwendig sei, ein Reichseisenbahngesetz vorzulegen. Ich habe auch geglaubt, daß diese Arbeiten soweit gefördert werden würden außerhalb der preußischen Regierung, daß eine Vorlage noch im Laufe dieser Reichstagssession von seiten mehrerer der größeren Bundesregierungen entweder gemeinsam oder von einer von ihnen zu erwarten sei.

Teils um in den Einzelbestimmungen einen Maßstab der Kritik für die zu erwartende Vorlage zu haben, teils auch um, falls eine solche Vorlage, die aus mehreren Gründen mir erwünschter wäre, als eine preußische, ganz ausbleibt, doch dies

Vakuum, soweit an uns liegt, ausfüllen zu können, habe ich mich mit dem preußischen Handelsminister und mit dem Reichseisnebahnamt dahin verständigt, daß unsererseits gemeinsam ein Reichseisenbahngesetz ausgearbeitet würde, mit der Absicht, es vorzulegen, wenn von seiten anderer Regierungen weder eine Vorlage, noch eine Verständigung mit uns in dieser Frage gesucht wird. Dieser Gesetzentwurf ist soweit fertig, daß er jetzt im Stadium der Vorprüfung im preußischen Staatsministerium beginnen kann, was notwendig ist, da er die Form eines Antrags der preußischen Regierung haben würde und für die Einzelheiten wir uns vergewissern müssen, ob und inwieweit wir der preußischen Stimmen dafür im Reiche sicher sind.

So wie die Dinge jetzt liegen, habe ich erleben müssen, daß zwei sachkundige Präsidenten des Reichseisenbahnamts hintereinander entweder den Abschied, oder minder günstig situierte Dienstverhältnisse vorgezogen haben, weil die Ansprüche, die an ihr Pflichtgefühl in der Stellung eines Präsidenten des Reichseisenbahnamts gestellt waren, die moralischen Ansprüche, so außer Verhältnis weitergingen, als die Mittel, die ihnen zu Gebote standen, diesem ihrem Pflichtgefühle zu genügen, daß sie es ablehnten, in dieser Stellung länger zu verharren, und ich fürchte, daß es mir in der jetzigen Lage auch nur schwer gelingen wird, Seiner Majestät dem Kaiser eine Persönlichkeit bezeichnen zu können, die gleichzeitig bereit und geeignet wäre, diese Stellung zu übernehmen. Das Reichseisenbahnamt deswegen zu beschneiden, oder fortzuschneiden, halte ich doch nicht für indiziert: denn wir können so rasch die Zwecke, zu denen es geschaffen ist, doch nicht aufgeben. Mag es immerhin in einem Teile seiner Funktionen eine zeitlang ruhen, die richterlichen und andere Funktionen, die es auszuüben hat, werden ihm immer bleiben. Aber ich hoffe doch, die Zeit wird kommen, wo sich auch für die Stellung des Präsidenten wieder einer findet, weil für die zu erfüllenden Pflichten die Mittel, ihnen zu genügen, im Reichseisenbahngesetz gegeben werden. Ob der preußische Antrag auf ein solches, respektive einer von den anderen Regierungen noch in dieser Sitzung eingebracht wird, darüber vermag ich vorweg keine sichere Antwort zu geben, denn niemand kann wissen, wie lange die Verhandlungen darüber dauern. Aber daß die Reichsverwaltung den jetzigen Zustand als keinen normalen und dauernden betrachtet, das wollte ich hier aussprechen.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Schröder (Friedberg), wieweit

der Einfluß des Eisenbahnamts auf die Feststellung der Tarife geltend gemacht werde, erwidert Fürst von Bismarck:

„Ich halte die Beschwerden, denen der Herr Vorredner über die jetzige Sach- und Rechtslage Ausdruck gegeben hat, für vollständig berechtigt und teile im wesentlichsten die Anschauungen, die er geltend gemacht hat, namentlich auch über die nachteiligen Wirkungen der Differentialtarife und das darin liegende Recht einer Gesetzgebung, die viel tiefer eingreift als die Zollgesetzgebung, und welches auf diese Weise zersplittert ist. Ich würdige diese Beschwerden, aber ich muß zu gleicher Zeit meine Machtlosigkeiten bekennen, ihnen abzuhelfen; in dem jetzigen Zustand der Dinge bin ich dazu ganz außer stande. Seit Jahren fühle ich mich in meinem Gewissen dazu getrieben, — die Mittel dazu fehlen mir aber gänzlich. Zu erörtern, weshalb sie mir fehlen, dazu mangelt uns heute die Zeit und der Beruf. Ich will mich nur dagegen verwahren, daß etwa dem Reichskanzler, dem Reichseisenbahnamt für die Übelstände, deren Vorhandensein ich anerkenne, eine Verantwortlichkeit zugeschrieben werde.

Wenn ich Ihnen aus der Praxis ein Beispiel anführen darf, welches niemand betrifft als mich selbst, und wobei ich deshalb keine mißliebige Kritik gegen irgend jemand anderen übe, so ist es folgendes. Die Differentialtarife, die innerhalb der dem Rhein parallel laufenden Linien stattfinden, erzeugen bei der Verwaltung der Eisenbahnen der Reichslande das Bedürfnis, ihrerseits auch mit Hilfe der auswärtigen belgischen Bahnen Differentialtarife einzurichten, die wieder eine, wie ich glaube, für beide Interessierte verderbliche Konkurrenz gegen die innere deutsche Linie herstellen. Ich bin nun in der Lage, inbezug auf die Reichslande die ministerielle Entscheidung über diese Dinge zu haben, inbezug auf das konkurrierende Preußen als Minister beteiligt zu sein. Ich habe mich deshalb bemüht, beide, soviel ich konnte, unter einen Hut zu bringen, und zuletzt geglaubt, ich würde dies im Wege der durchgreifenden Verfügung können. Da ist mir aber von der einen Seite, die sich beschwert fühlte, entgegengehalten worden, der betreffende Beamte glaube die Verantwortlichkeit für die Resultate dieser Verfügung nicht übernehmen zu können, und sei lieber bereit, auf seinen Posten zu verzichten, weil er den Fiskus, dem er angehöre, doch nicht auf diese Weise schädigen könne. Ich befinde mich also in der Lage, zwei konkurrierende Fisci zu vertreten, und obschon ich inbezug auf den einen die Entscheidung habe, inbezug auf den andern aber als

Miniſterpräſident einen Einfluß, ſo kann ich doch in reinem Gewiſſen auch nicht zu der richtigen Stellung gelangen, von der aus ich dem einen Fiskus aufzugeben hätte, die Nachteile, die er durch die Konkurrenz des andern erleidet, in Ruhe zu tragen. Ich habe deshalb, ſo abgeneigt ich einem ſolchen Zuſtand bin und ſo ſehr ich ihn bekämpfe, mich genötigt geſehen, dieſe beiden Konkurrierenden, und ich glaube, wenn ſie alles berechnen, mit Schaden gegen einander fahrenden Rivalen beſtehen zu laſſen, obſchon ich Miniſter in beiden bin.

Über das Gehalt der Botſchafter.

Rede gehalten am 25. Februar 1878.

Ich kann an die letzten Worte des Herrn Vorredners anknüpfend ſagen, daß dieſer ſehr enge Kreis ſich vermutlich noch mehr verengern wird, wenn der Beweis geliefert würde, daß die Reichsregierung auf das Votum des Reichstags hin dauernd nicht dasjenige zu gewähren vermag, was nach der Überzeugung deſſen, der den Poſten verſehen ſoll, und nach der Überzeugung aller derjenigen Regierungen, die in der gleichen Lage ſind, dort Botſchafter zu halten, notwendig iſt. Denn wenn es ſich ſchon zeigt, daß die großen Botſchaften mehr und mehr Monopol ſehr reicher Leute werden, ſo iſt das auch für reiche Leute eine Miſſion, die nicht ohne Opfer ſtattfindet. Ich meine nicht nur das Zulegen zu dem Gehalte, ſondern ich meine die Vernachläſſigung der eigenen Intereſſen zu Hauſe. Wer ein großes Vermögen hat in den Kategorien, die bisher dazu bereit und geeignet geweſen ſind, hat es gewöhnlich in großem Grundbeſitz, und das iſt eine ziemlich verwickelte Verwaltung, und jeder, der in der Lage iſt, von einer großen Verwaltung eigenen Grundbeſitzes lange Zeit vollſtändig abweſend ſein zu müſſen, wird ab und zu ſich eine balanzierende Beratung darüber machen, ob er nicht in ſeinen eigenen Einnahmen mehr verliert, als er für den Dienſt, den er leiſtet, erhält, und das iſt vermutlich auch der Fall bei einem Inhaber des Poſtens, um den es ſich handelt, der recht bedeutende Beſitzungen zu Hauſe hat, die während ſeiner Abweſenheit leiden.

Man kann darüber ſtreiten, welche Summe iſt notwendig, damit der Botſchafter einer großen Macht an einem teuren Orte, wie London, ſchicklich und ohne Schaden dieſe Macht vertritt und dabei die ſoziale Stellung aufrecht erhält, die von einem Botſchafter einer großen Macht erwartet wird. Ich kann Ihnen mathematiſch nicht nachweiſen, daß 120 000 Mark nicht reichen, 150 000 Mark aber dazu ausreichend ſind; wenn es ſich indeſſen findet, daß der Beteiligte, der ein Urteil darüber haben muß, dauernd bei der Erklärung beharrt — und ich habe ihn ſonſt in keiner Richtung anſpruchsvoll gefunden — daß dieſe Einnahme nicht hinreicht, um die Ausgabe zu decken, die ihm ſein Amt auferlegt, wenn die Rechnung ſeiner finanziellen Leiſtung und ſeines Haushalts bei der Prüfung im Auswärtigen Amte dasſelbe Ergebnis hat, ſo könnte ich immer noch mißtrauiſch werden und ſagen, das iſt eine einſeitige Auffaſſung von uns und ſelbſt die exorbitanten pekuniären Leiſtungen wie für jemanden, der ein großes Haus in London halten muß, berechtigen nicht dazu.

Ich finde z. B. in einer geſtrigen Zeitung, die mir zufällig in die Hände fiel, daß der Bankier Hope eine Soiree gegeben habe, bei der die Konditoreirechnung 8000 Thaler betrug.

Nun wird niemand von einem Botſchafter, der nicht Bankier, und nicht Bankier Hope iſt, verlangen, daß er ſich ähnlichen Exzentrizitäten hingiebt, aber dividieren Sie dieſe Summe mit 10, und ziehen Sie noch die Hälfte davon ab, ſo bleibt es immer ein Beweis, daß in London für gewiſſe Luxusleiſtungen ganz ungeheuere Anforderungen und Preiſe ſind.

Wenn nun auf Grund dieſes exzeptionellen Maßſtabes außer uns vier andere Großſtaaten zur Berechnung derſelben Summe kommen, wie diejenige, welche wir fordern — nur alle einige tauſend Mark bis zu 12 000 Mark höher — außerdem ihrem Botſchafter noch Emolumente geben, die bei uns nicht üblich ſind, nämlich Entſchädigungen für beſondere Feſte und beſondere Leiſtungen, dann muß ich doch zu der Überzeugung kommen, daß doch unſere Rechnung ungefähr die richtige iſt.

Der erſte Herr Redner hat über unſere ſchwierige finanzielle Lage geklagt. Ich glaube, daß Öſterreich und Italien auch nicht weſentlich günſtiger daran ſind und daß Rußland unter den jetzigen Verhältniſſen auch keine Erſparniſſe im Lande macht, aber wir ſehen, daß dieſe Mächte mehr geben wie wir und daß ſich in ihren Ländern niemand findet, der darüber auch nur eine

Bemerkung macht. Ich bin mitunter etwas beſchämt in meinem deutſchen Gefühle, wenn ich ſehe, wie z. B. in Frankreich, wo die Parteien ſicher viel erbitterter, feindſeliger, ja, ich möchte ſagen, vor kurzem zum Bürgerkriege bereit einander gegenüberſtehen als bei uns, ſobald von auswärtigen Dingen die Rede iſt, jede Kritik ſchweigt, wenn es ſich um die äußere Ehre und das Anſehen Frankreichs handelt, und dort ſelbſt die heftigſten Opponenten, die dortige klerikale Partei, nie dazu kommt, daß ſie dem jetzigen, ihr feindlichen Miniſterium des Auswärtigen in der geringſten Kleinigkeit, ſei es durch eine indiskrete Frage, oder hemmende Bemerkung Schwierigkeiten macht. Es iſt für uns vielleicht unerreichbar, aber für mich in meinem vielleicht etwas weit getriebenen Nationalgefühl war es immer beſchämend, daß bei uns ſolche Fraktionen, die ihren augenblicklichen oppoſitionellen Standpunkt allgemeinen Intereſſen der Nation nach außen hin auch nur in Kleinigkeiten nicht zum Opfer bringen, die doch im ganzen ſelten ſind.

Weiter:

Ich halte es doch nicht für richtig, daß die Beziehungen mit mehr als einer Regierung, auf welche die Motive anſpielen, nur die Arbeit des Botſchafters vermehren; die hat er niemals geſcheut. Aber der Herr Vorredner ſtellt ſich doch unerfahrener in den Weltverhältniſſen hin, als er eigentlich iſt, wenn er annimmt, daß dieſe Beziehungen zwiſchen den Vertretern des Reichs und den Angehörigen einzelner Staaten, ſeien es höher geſtellte, ſeien es Privatleute ohne geſellſchaftlichen Verkehr, ohne Repräſentation abgehen. Wenn das für den einzelnen Fall auch eine ziemlich unbedeutende Sache iſt, ſo iſt doch im ganzen mit dem Verkehr mit vielen Regierungen auch eine Vermehrung der Repräſentation verbunden. Ich will gar nicht ſprechen von dem einfachen Einladen zu Tiſch. Der Herr Vorredner macht mir zu jeder Zeit Vorwürfe darüber, daß ich unäſthetiſche Beiſpiele anführte, wenn ich auf derlei eingehe. Aber wenn er auf ſolche Details eingeht, von Kinderwagen ſpricht, aber den amtlichen Verſicherungen unintereſſierter Regierungen keinen Glauben ſchenken will, dann muß ich auf dieſe eben unäſthetiſchen Details eingehen. Der Herr Vorredner gerade nötigt mich dazu. Alſo, wenn etwa ein Mitglied eines regierenden deutſchen Hauſes hinkommt, wenn dort angeſehene Perſönlichkeiten eines Staates hinkommen, wenn der Herr Vorredner z. B. hinkäme und hätte mit dem Botſchafter Geſchäfte, ſo glaube ich, würde es der Bot-

schafter für seine Pflicht halten, ihn zu sich einzuladen; wenn eine höher stehende Persönlichkeit, namentlich von einer der übrigen Bundesregierungen, die doch neben der Aufgabe der eigenen Vertretung die Vertretung des Reichs verlangen dürfen, ich will sagen, ein Mitglied eines regierenden Hauses hinkäme, kann der Botschafter nicht immer umhin, seine Equipage zur Verfügung zu stellen, mit herumzufahren, vorzustellen, die Frauen der Botschafter würden ähnliche Pflichten gegenüber hohen Frauen haben. Es geht daraus hervor, daß man mehr bedarf — ich komme nicht wieder auf den Kinderwagen — aber mehr bedarf als Eine Equipage; auch selbst die Frau eines Diplomaten hat ihre Amtspflichten, sie hat ihre Vorstellungen, Visiten und Einführungen zu Wagen zu machen.

Der Herr Vorredner ist, wie ich äußerlich vernehme, auch mit landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut, also auch mit der Leistungsfähigkeit der Pferde. Man kann eine Equipage, die man dreimal gebraucht hat, nicht noch ein viertes mal benutzen, an demselben Tage, man bedarf also mehr als einer; kurz und gut, ich glaube mathematisch nachweisen zu können, daß nicht bloß die Geschäfte, sondern auch die Repräsentationskosten ganz erheblich durch die Thatsache erhöht werden, daß der Botschafter nicht bloß die Reichsregierung, sondern auch 25 Bundesregierungen vertritt.

Wenn der Herr Vorredner sich darüber beklagt, daß ich Äußerungen eines Reichstagsabgeordneten über Mängel, die das Budget darbietet, nicht mehr zugeben wollte, so weiß jeder, der in diesem Saale ist, daß das eine Übertreibung war. Aber, daß der Herr Vorredner mich nachher mundtot machen wollte und mir den Vorhalt macht, daß alle die Gründe, die ich mündlich angeführt habe, nicht in der Vorlage bereits gedruckt stehen, meine Herren, wenn das ein Bedürfnis des Herrn Vorredners ist, so wäre das für meine körperliche Gesundheit eine ganz außerordentliche Erleichterung, wenn ich nur mehr in Schrift und Druck verkehren müßte und mein Erscheinen überflüssig wäre, weil der Herr Vorredner Empfindlichkeit darüber zeigte, daß ich den gedruckten Bemerkungen noch einige mündliche hinzufügte. Dann hat der Herr Vorredner die unrichtige Behauptung aufgestellt, als hätte ich die Botschafter mit den Bankiers gleichstellen wollen. Ich habe aber ausdrücklich es ausgesprochen, daß ich das nicht thue, ich habe nur hervorgehoben, daß abnorme Luxusverhältnisse vorhanden sind. Bankiers, die achttausend

Thaler für Zuckerwerk oder, wie Vorredner ſagt, für Kotillontouren ausgeben, giebt es hier nicht. Wenn der Herr Vorredner mir einen nennen kann, der in Berlin eine ſolche Konditorrechnung für eine Soiree zahlt, ſo will ich ſagen, ich habe Unrecht gehabt. Ich habe nur dargethan, daß die Preisverhältniſſe in London andere ſind als hier. Man kommt in Berlin mit weniger aus, als in London, das habe ich ausgeführt und geſchloſſen, daß wahrſcheinlich der Botſchafter oder Magnat, wie es dem Herr Vorredner gefiel zu ſagen, in London mehr braucht, als er in Berlin brauchen würde.

Wenn der Herr Vorredner ſich ſchließlich über Mangel an Mitteilungen über Politik beſchwerte und dem Botſchafter ſein Gehalt beſtreiten will, weil ich hier nicht offen genug in Mitteilungen geweſen bin, ſo muß ich ſagen, er ſteht damit ziemlich iſoliert. Ich habe ſeitdem die Zeitungen aus ganz Europa geleſen und vielmehr die Anſicht gefunden, ich hätte eher zu viel als zu wenig geſagt. Dem Herrn Vorredner fehlt vielleicht etwas, was ich noch hätte ſagen ſollen, irgend etwas, was nach außen hin Verſtimmung gegen mich und unſere Politik hätte erregen können. Das fehlt ihm vielleicht, daß das nicht darin ſteht, und ich werde mich hüten, es hinzuzufügen, ſoweit ich es vermeiden kann.

Über die Grenzſperre Rußlands.

Rede gehalten am 25. Februar 1878.

Ich würde dem Herrn Vorredner dankbar geweſen ſein, wenn er von einem örtlich näheren Standpunkt geſprochen hätte. Ich weiß nicht, woran es akuſtiſch liegt, — ich habe hier nur bruchſtückweiſe ſo viel hören können, daß er von Erſchwerungen des Grenzverkehrs geſprochen hat, aber durchaus nicht die Einzelheiten ſeiner Argumente. Der Schluß und die Frage, mit erhobenem Ton geſprochen, ſind vollſtändig bis zu mir gedrungen, und ich muß ſie leider dahin beantworten, daß ich ſehr zweifle, daß wir im Laufe dieſer Seſſion ein Ergebnis der Verhandlungen, die augenblicklich ſchweben und über die einer meiner Herren Kollegen im Bundesrat Ihnen vielleicht nachher eine Mitteilung machen wird, zu erwarten hätten. Ich möchte über-

haupt in diesem Jahre wie im vorigen vor der Täuschung warnen, daß politische Freundschaften und Nachbarschaften notwendig Hand in Hand gehen müssen mit übereinstimmenden Ansichten in bezug auf Schutzzoll und Grenzbehandlung. Die politischen Beziehungen haben darauf keinen Einfluß, können ihn auch nicht haben; denn wenn es auch in diesem Augenblick für viele den Anschein hat und zwar den, wie ich meine, unrichtigen Anschein, als sei unsere Freundschaft für uns, — so wechseln solche Momente in der Geschichte doch außerordentlich rasch, zu rasch, um davon die Zollverhältnisse und diejenigen Einrichtungen, die dauernd auf die Verkehrsverhältnisse einwirken, abhängig zu machen. Nehmen Sie an, daß uns heute aus überschießender Liebe, die stärker wäre, als die wirtschaftliche Theorie, in Rußland die Grenzen und die Schlagbäume vollständig und ohne Beschwerden geöffnet würden, und nun käme vielleicht nach 3 oder 5 Jahren, wenn der deutsche Handel sich darauf eingerichtet hat, eine Wendung, wo wir vielleicht — die Kombinationen sind ja denkbar — Rußlands Unterstützung dringend brauchen, und Rußland wollte sagen: ja, erst richte mal deine Zollgesetze so ein, daß wir alles nach Vergnügen dahin absetzen können, und erkläre dich damit einverstanden, daß wir unsere Zolleinrichtungen wiederum ebenso schutzzöllnerisch einrichten, wie früher; ich glaube, der Herr Vorredner hat zu gründlich über die Dinge nachgedacht, um darauf hinaus zu wollen, daß die wechselnde politische Konjunktur jederzeit ausgenützt werden könnte für dergleichen. Das kann ganz vorübergehend sein und wirkt nachher umgekehrt.

Ob wir auf dem Wege der Unterhandlung und des fortgesetzten Bestrebens, die russische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Theorie die unrichtige und unsere die richtige sei, Vorteil haben werden, das ist zu wünschen, aber ich habe kein so großes Vertrauen darauf. Für meine Überzeugung liegen nach wie vor die einzigen Maßregeln, durch die wir — ich weiß nicht, ob durchschlagend — eine Wirkung auf die russische Zollgesetzgebung üben können, in der Abwehr durch unsere eigene Zollgesetzgebung vermöge der Differenz, um die es den Russen beschwerlicher ist, ihre eigenen Produkte statt nach preußischen Häfen nach Riga und Reval bringen zu müssen, — wenn wir einen derselben entsprechenden Zoll auf alle russischen Produkte legen, die unsere Grenzen passieren, dann glaube ich, daß dieses Argument schließlich nicht ohne Einfluß auf Rußland bleiben

wird. Auf wiſſenſchaftlichem Gebiete aber glaube ich nicht, daß wir die Ruſſen überzeugen werden.

Über das Tabaksmonopol.

Rede gehalten am 26. Februar 1878.

Wenn ich durch die politiſchen Geſchäfte des Augenblicks und durch meinen Geſundheitszuſtand auch verhindert bin, mich in die Fragen, die uns heut beſchäftigen, ſoweit einzuarbeiten, daß ich mit derſelben Gründlichkeit, wie mein Herr Kollege neben mir, Ihnen eine Meinung darüber ſagen könnte, ſo halte ich es doch für notwendig, mit wenigen Worten den Standpunkt zu charakteriſieren, den ich zu dieſen Vorlagen einnehme.

Bald nach meinem Eintritt in den Saal hörte ich Worte, die mir als Reichskanzler die Verantwortlichkeit für die finanziellen Vorlagen, wenn nicht allein, doch vorzugsweiſe zuweiſen, dieſe Verantwortlichkeit kann ich in dem Maße nicht akzeptieren, und es iſt gegenüber meiner verfaſſungsmäßigen Stellung nicht zuläſſig, ſie mir aufzubürden. Ich kann zunächſt dem Reichstag keine Vorlagen im Namen des Königs bringen, die nicht vom Bundesrat genehmigt ſind. Ich kann in dem Bundesrat, wenn ich nicht den König von Preußen in Widerſpruch bringen will mit dem deutſchen Kaiſer, keine Vorlagen von Wichtigkeit einbringen, bei denen ich nicht der Zuſtimmung des preußiſchen Votums vorher verſichert bin. Ich bin außerdem vielleicht nicht berufen — ich will darüber nicht ſtreiten, denn ich bin nicht arbeitsſcheu genug, um die Grenzen meines Berufs genau feſtzuhalten, aber jedenfalls thatſächlich gar nicht in der Lage, Vorlagen dieſer Art im Reichskanzleramt herſtellen zu laſſen. Ich habe mir deshalb den Grundſatz machen müſſen und habe ihn unter dem Vorgänger meines Herrn Kollegen befolgt und halte auch jetzt daran feſt, auch wenn es mein verfaſſungsmäßiges Recht und meine verfaſſungsmäßig begrenzte Pflicht nicht mit ſich brächte, in der Hauptſache meinem Kollegen, dem preußiſchen Finanzminiſter, auf dem Wege der Finanzvorſchläge, die Ihnen gebracht werden, zu folgen, ihm die Führung zu überlaſſen, für die er Sachkunde ſowohl, wie die ihm untergebenen

Hilfskräfte hat, und ich bin entschlossen, ihm auch weiter darin zu folgen, bis ich mich etwa überzeuge, daß unsere Wege sich trennen müssen. Diese Überzeugung habe ich bisher nicht und wünsche auch nicht, sie zu erhalten. Aber die alleinige Verantwortlichkeit für die Vorlagen, die Ihnen hier auf technischem Gebiete gebracht werden, kann ich nicht übernehmen, weil die ganze Schwerkraft der Arbeit, der Möglichkeit der Arbeit, der technischen Kenntnis der Sache in das Gebiet des preußischen Finanzministers fallen.

Wenn die Sachen früher in einzelnen Fällen anders gelegen haben, wie sie heute liegen — ich meine persönlich — ich will mit benannten Zahlen sprechen — wenn wir in der Gestalt des Ministers Delbrück eine finanziell, technisch und wirtschaftlich erprobte, langgeschulte und an die Leitung dieser Verhältnisse in Preußen gewöhnte Persönlichkeit hatten, die sich notwendig Raum um sich her erkämpfte, so hat das doch auf die Dauer zu Friktionen und, wenn ich so sagen soll, zu Sackgassen geführt, über die wir ja werden sprechen können, wenn die Frage von der Stellvertretung eintritt, die mir aber die Überzeugung gebracht haben, daß zwei so große Finanzorganisationen oder zwei so große Zentren für die Leitung der Finanzen im Deutschen Reich, die eine für 40 Millionen, die andere für 25 Millionen, ohne sich gegenseitig schließlich auf Tod und Leben zu bekämpfen, nicht bestehen können. Ich habe deshalb, so lange der Herr Minister Delbrück mein Kollege war, mich weniger um die Sache bekümmert, weil ihm ein Einfluß auf die preußischen Verhältnisse durch die langjährigen Verbindungen, die er darin hatte, beiwohnte, den er nicht vererben konnte. Seitdem halte ich in finanziellen Dingen zur Fahne des preußischen Finanzministers und folge ihm bis zu der Grenze, die ich vorhin nannte. Persönlich wissen Sie — ich habe Ihnen das nur im allgemeinen und, wie Sie mit Recht sagten, in dilettantischer Manier andeuten können — daß ich mein Streben darauf richte, zu einer Gesamtreform unserer Reichssteuern mit der Zeit zu gelangen.

Wir sind meiner Überzeugung nach in der Entwicklung unseres Steuersystems, namentlich mit Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben und haben einen beträchtlichen Weg nachzuholen auf dem Gebiet, und zu ermitteln, wie die großen Lasten, welche das Ergebnis der großen Be-

dürfnisse des Reichs sind, am leichtesten getragen werden, jedenfalls leichter als bisher. Ich behaupte, daß in diesem Augenblick jede 100 Millionen Mark, die in England und Frankreich aufkommen, mit weniger Druck der Bevölkerung aufkommen als bei uns. Es wird sich darüber beim Detail reden lassen.

Sie wissen von mir, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiet eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, was vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten imstande wäre herauszuzahlen, und ich bin überzeugt, daß wir auf dem Wege der Reform dahin gelangen können. In dem Streben nach dieser Reform habe ich mich mit meinen preußischen Kollegen und insbesondere mit dem Herrn Finanzminister dahin geeinigt, daß diese Vorlage als ein Durchgangspunkt zu den höheren Einnahmen aus dem Tabak, den ich erstrebe, dienen soll. Ich habe mich der besseren technischen Einsicht meiner Kollegen dahin gefügt, daß ein Durchgangspunkt, eine Vorbereitung für die weiteren Einrichtungen notwendig ist. Ich würde mich auch heute, wenn meine Überzeugung nicht schon durch Ministerialberatungen gewonnen wäre, durch die Darlegung des Herrn Finanzministers und seines Kommissarius in dieser Beziehung von neuem überzeugt haben, daß wir dem Ziel, dem ich zustrebe, von dem ich nicht weiß, ob ich es erreiche, ohne weiteres und plötzlich nicht näher treten können, daß wir eine vorbereitete Gesetzgebung haben müssen, daß die Vorlage, die Ihnen unterbreitet ist, diesen Charakter hat. Ich leugne nicht und halte es nach den Zweifeln, die ausgesprochen sind, ob Monopolisten in unserer Mitte sich befinden, nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebe, und daß ich in diesem Sinn die Vorlage als Durchgangspunkt annehme.

Um ihr die Stacheln zu nehmen, die man fürchtet, und dennoch die vorbereitende Wirkung ihr zu lassen, wäre ja nur erforderlich, daß man die Steuersätze, die sie bringt, einstweilen ermäßige. Das wäre für die Matrikularfrage sehr bedauerlich, aber für die weitere, mir persönlich höher stehende Wirkung auf die Reform würde ich immer das Ergebnis noch mit Genugthuung und mit Freuden begrüßen, daß wir die vorbereitenden

Arbeiten für das, was ich in der späteren Zeit zu erreichen hoffe, hiermit beginnen. Es hat hier ja im Vergleich mit dem Monopol hauptsächlich das amerikanische Steuersystem die Vorliebe der Vorredner, die sich darüber geäußert haben; ich würde nichts dagegen haben, wenn durch irgend ein anderes Mittel der Art ein dem Ertrage des Monopols annähernder Ertrag aus Tabak sich erreichen ließe.

Ich hoffe und wünsche dringend, daß, wenn, wie ich vermuten muß, diese Vorlage von Ihnen in eine Kommission verwiesen wird, daß sie dort nicht begraben werden wird. Falls Sie vorziehen, den Druck der Matrikularbeiträge in seiner jetzigen Ausdehnung noch länger auf den Steuerpflichtigen lasten zu lassen, würde ich mich damit noch eher befreunden können, als wenn Sie das Durchgangsmittel, welches in dieser Vorlage geboten werden soll, das Durchgangsmittel zu einem höheren Gewinn aus dem Tabak von hause aus abschlagen sollten und ablehnen. Diesem ersten Anfang auf einem Wege, den zu betreten wahrscheinlich schwere Diskussionen Jahre und Tage hindurch gekostet hat, ehe wir so weit kamen, diesem Gedanken überhaupt gemeinsam näher zu treten.

Jedenfalls hoffe ich, daß der Reichstag diese Session nicht wird vergehen lassen, ohne zu dieser Frage eine ganz sichere und klare Stellung zu nehmen; nicht bloß durch die indirekte Maßregel der Ablehnung einer Regierungsvorlage, sondern ich hoffe, daß Sie, sei es in Gestalt einer Resolution, sei es in Gestalt eines Antrages aus dem Schooße des Reichstages, ich hoffe, daß es den Herren gefallen wird, eine feste Stellung zu dieser Frage zu nehmen, die den Regierungen in Zukunft als ein Leuchtturm dient, dem sie nachzufahren haben oder den sie zu vermeiden haben, wenn sie nicht Schiffbruch leiden wollen. Ich hoffe, daß, wenn Sie die Vorlage an eine Kommission verweisen — ich kann Ihren Entschließungen nicht vorbeugen — daß dort vielleicht Gelegenheit wird, in besseren Geschäfts- und Gesundheitsverhältnissen, wie heute, mich des breiteren auszusprechen, auch die Belehrung, für die ich heute nicht zugänglich bin, dort entgegenzunehmen über die Ziele, die die Mehrheit des Reichstages ins Auge faßt; dann können wir uns sehr leicht darüber verständigen, ob ich das, ich fürchte leider nach meinem Zustande, letzte ideale Ziel, welches ich für das Reich in meinem Leben noch erreichen möchte, zu erreichen Hoffnung habe oder nicht.

Über die Stellvertretungsvorlage.

Rede gehalten am 5. März 1878.

Als ich zuerſt bei Sr. Majeſtät dem Kaiſer die Erlaubnis nachſuchte, den Antrag einzubringen, der zu der Vorlage Anlaß gegeben hat, die uns heute beſchäftigt, und als zuerſt dieſe Thatſache bekannt wurde, hat es mich überraſcht, aus den öffentlichen Blättern zu erſehen, daß an dieſe, wie mir ſchien, einfache, durch die augenblickliche Sachlage als geſchäftlich notwendig vindizierte Vorlage ſich ein ſo geſteigertes Maß von Befürchtungen einerſeits wegen unitariſcher Beſtrebungen und von Wünſchen und Hoffnungen andererſeits auf Beſtrebungen in dieſer Richtung geknüpft hat. Ich glaube, daß auch unſere heutige Diskuſſion, die ſich ja vielleicht noch auf morgen verlängert, im Ausland inſofern einige Verwunderung erregen wird, als man ſchon aus den erſten Reden ſchließen konnte, daß über das, was uns weſentlich beſchäftigt, der Bundesrat und die große Mehrheit des Reichstags, wie mir ſcheint, einig ſind und einig bleiben werden. Man hat im Ausland vielleicht keinen richtigen Maßſtab von der Neigung, die uns Deutſchen beiwohnt, nicht nur den täglichen Bedarf der Geſetzgebung zu abſorbieren, ſondern jede Gelegenheit zu ergreifen, die ſich darbietet, um tiefergehende, ſagen wir theoretiſche oder doktrinäre Erörterungen des eigenen Verfaſſungszuſtandes, des Bodens, auf dem man ſteht, daran zu knüpfen. Es iſt alſo — will ich dabei für Leute, die uns nicht kennen, erläutern — gewiſſermaßen ein Rendezvous auf heute verabredet, um eine der periodiſch eintretenden Kritiken unſerer Verfaſſungsbeſtimmungen gegenſeitig vorzunehmen, die wir zuletzt, glaube ich, 1874, vorher bei dem Münſter-Weſtenſchen Antrag hatten und die uns ja allen friſch in der Erinnerung ſind.

Ich freue mich, daß dem Gedanken, dieſer Neigung durch Anträge eine praktiſche Geſtalt zu geben, von keiner Seite Ausdruck gegeben iſt, ich meine nicht Amendements, ich meine Anträge auf Verfaſſungsreviſion. Denn ich würde es bedauern, wenn eine ſo junge und recht mühſam zur Welt gekommene Verfaſſung — ſie iſt in der jetzigen Geſtalt 6 Jahre alt, und wenn wir auf ihren erſten Urſprung zurückgehen, doch höchſtens 10 Jahre alt — nun von neuem funditus revidiert werden müßte. Ich bin wohl berechtigt, zu ſagen: von Grund aus,

denn das Erschüttern der Fundamente, die behufs der Machtverteilung zwischen den Regierungen, dem Reich und dem Reichstag gelegt worden sind, das Rühren daran mit der Erinnerung an die vergeblichen Versuche, die wir in Frankfurt a. M. vor einem Menschenalter gemacht haben, um theoretisch die Sache richtig zu erledigen — die Erinnerung daran und an die Neuheit der Einrichtungen, an die Eigentümlichkeit der Vergangenheit, an die mehr oder weniger gewaltthätige Art, in der sie zum Teil beseitigt wurde, sollte meines Erachtens jeden abhalten, an diesem Fundamente zu oft zu rühren und im Inlande oder Auslande die Hoffnung oder die Befürchtung zu erregen, daß diese Verfassung, die jetzt dem Deutschen Reich das Maß von Einheit giebt, was es seit Jahrhunderten nicht gehabt hat, jeden Augenblick in ihren Grundlagen angegriffen, erschüttert werden und zu der Frage Anlaß geben könnte: ist die Einzelregierung an eine modifizierte Verfassung, die ihr aufgedrungen wird, noch in demselben Maße sich zu halten moralisch verpflichtet, wenn Gelegenheit und Versuchung an sie herantritt, wie sie es ursprünglich war? Das ist der Grund, warum ich mich freue, daß die kritischen Reden, zu denen die Verfassung den Stoff eben hergegeben hat, sich nicht in bestimmte Anträge auf Änderung oder Revision der Verfassung verkörpert haben. Das Reden an und für sich über dergleichen, was sein könnte, was wünschenswert wäre, was ideell, doktrinär richtig wäre, ist ja an sich ein unschuldiges Vergnügen, aber so ganz unschuldig, wie die Herren annehmen, doch noch immer nicht. In manchen Beziehungen hat ein Antrag Vorzüge, denn die Reden müssen sich fast notwendig darauf beschränken, das Bestehende zu kritisieren, und es verbreitet sich dadurch eine Empfindung, die ja die Herren, die es behaupten, sich vielleicht selbst einreden: daß das Bestehende eigentlich ganz unerträglich sei.

Ich habe, bevor ich nach Berlin kam, in den Zeitungen einen gewissen Stimmungsausdruck gefunden, der mich zum Nachdenken brachte, was ist eigentlich in Deutschland geschehen, daß wir plötzlich in einer so düsteren Stimmung in Beziehung auf die Zukunft, in einer so niedergedrückten Stimmung in bezug auf unsere Gegenwart uns befinden, wie die meisten Blätter in ihren Leitartikeln dieselbe schilderten. Es hieß überall: so wie es ist, kann es nicht bleiben, unser Zustand ist zu fürchterlich, es muß etwas geschehen, es muß geändert werden, so kann es nun einmal nicht bleiben. Nun, ist denn die Verfassung,

unter der wir leben, wirklich so unpraktisch und so unbewährt? Theoretisch kann man viel darüber sagen; praktisch war sie der Abdruck dessen, was damals thatsächlich vorhanden, und was infolge dessen möglich war mit derjenigen Ausdehnung und Richtigstellung, die sich damals im Augenblick machen ließ. Wir sind jedenfalls weiter damit gekommen, als mit allen theoretischen Versuchen, und wenn ich Sie auf die Masse von Gesetzen, namentlich aber auf die fortschreitende Konsolidierung dieser damals sehr locker aussehenden Verfassung hinweise, auf das Ansehen, dessen sich in ganz Europa diese unsere neue Einrichtung erfreut, und die nicht vorhanden sein würde, wenn man unsere Einrichtungen für so elend und so unerträglich hielte, wie sie in öffentlichen Blättern geschildert wurden, wenn Sie sich dieses recht vergegenwärtigen, so werden Sie meine Empfindung verstehen, wie ich in der Einsamkeit des Landlebens darüber nachsann, was ist meinen Landsleuten Entsetzliches geschehen, daß sie auf einmal so viel schlimmer daran sind als wie vor einem Jahr. Ist es vielleicht die verhältnismäßige Ruhe und die stetige Entwicklung, in der wir uns im Vergleich zu andern Ländern befinden, ist es der äußere und innere Frieden? Gewiß trägt das viel dazu bei, denn thatenbedürftige Herzen, die gerade keine weitere, sie anregende und beschäftigende Aufgabe haben, als im Winter im Parlament das Volk zu vertreten, kommen notwendigerweise im Sommer auf eine gewisse Unruhe, daß etwas geschehen müsse, das Emotionsbedürfnis wird so stark, daß es nur durch Krieg oder innere Kämpfe oder durch eine den ganzen Geist des tiefen Denkers beschäftigende Kritik der untersten Grundlage unserer Einrichtungen befriedigt werden kann.

Wenn alle unsere Volksvertreter in der Lage wären, wie ich und viele von uns, daß sie nebenher so viel zu thun haben, daß sie froh sind, daß sie das Leben haben oder ihre Geschäfte besorgen können, dann glaube ich, würden wir nicht fortwährend unsern Gesundheitszustand in dieser bedenklichen und erregenden Weise untersuchen.

Ich muß sagen, wie diese Vorlage eingebracht wurde, so lag mir der Gedanke, daß daran sich eine Verfassungsänderung knüpfen könnte oder die Begehrlichkeit nach einer Verfassungsänderung sich knüpfen würde, zuerst ganz außerordentlich fern, und ich bitte um Erlaubnis, auf die Genesis der Vorlage etwas

näher einzugehen, um den Grund und Boden, auf dem wir uns bewegen, trockener zu legen.

Als der Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund zuerst zur Revision gelangte, da war der Reichskanzler durchaus nicht mit den bedeutenden Attributionen ausgestattet, die ihm durch den einfachen Satz, der sich heute im Art. 17 der Verfassung befindet — damals glaube ich, Art. 18 — zugeschoben sind. Er ist damals durch eine Abstimmung in das jetzige Maß hineingewachsen, während er vorher einfach das war, was man in Frankfurt in bundestäglichen Zeiten einen Präsidialgesandten nannte, der seine Instruktionen von dem preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu empfangen hatte und der nebenher das Präsidium im Bundesrate hatte. Daß damals der Art. 15 mit seiner Stellvertretungsklausel das ganze Verhältnis des Reichskanzlers deckte oder des Bundeskanzlers, wie er damals hieß, darüber war niemand im Zweifel, am allerwenigsten diejenigen, welche den Verfassungsentwurf vorgelegt hatten. Nun wurde durch den Art. 17 die Bedeutung des Reichskanzlers plötzlich zu der eines kontrasignierenden Ministers und nach der ganzen Stellung nicht mehr eines Unter-Staatssekretärs für deutsche Angelegenheiten im auswärtigen preußischen Ministerium, wie es ursprünglich die Meinung war, sondern zu der eines leitenden Reichsministers heraufgeschoben. Darauf trat auch die von mir sofort, von meinem damaligen Vertreter, Herrn von Savigny, nicht mit derselben Bereitwilligkeit anerkannte Notwendigkeit ein, daß der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident ein und dieselbe Person sein müßten. Es hat mich das, wie ich fürchte, einen Freund gekostet, aber die Überzeugung war bei mir durchschlagend und deshalb lag auch die Frage nahe, genügt denn der Vertretungsparagraph in dem Art. 15, zu dessen Erläuterung ich doch noch ein Wort sagen muß.

Es heißt darin:

> Der Reichskanzler kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrats vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen,

ganz allgemein im Anschluß an den Vordersatz, der lautet:

> Der Vorsitz im Bundesrate und die Leitung der Geschäfte steht dem Reichskanzler zu.

Da lagen nun mehrere Amendements vor, welche die Absicht

hatten, die „Geſchäfte“ den Kanzler noch mit anderen teilen zu laſſen, und welche im Weſentlichen lauteten:

Der Vorſitz und die Leitung der Geſchäfte im Bundesrat ſteht dem Kanzler zu,

alſo ungefähr ſo, wie man heute die Neigung hat, den Paragraphen auszulegen.

Jeder, der die Reviſionsverhandlungen nachleſen will, wird finden, daß dieſe Amendements ausdrücklich abgelehnt und dadurch ausgeſprochen wurde, daß nicht nur der Vorſitz im Bundesrat, und nicht nur die Leitung der Geſchäfte im Bundesrat, ſondern die Leitung der Geſchäfte im allgemeinen nach § 15 dem Kanzler zuſtünde, und im Anſchluß an dieſen Ausſpruch ſteht in der Verfaſſung die Subſtitutionsklauſel.

Nun kam in § 17 die Kontraſignatur hinzu, ohne dort zu wiederholen, daß die Vertretung des Kanzlers in den Geſchäften, wie es die Geſamtheit in Art. 15 meines Erachtens ausdrückt, auch für das Geſchäft der Kontraſignatur maßgebend ſein ſoll. Ich erinnere mich ganz gut, was uns verhinderte, dieſen Punkt aufzuklären. Mir ſchien es, ich möchte ſagen, nicht ſchicklich, ſo wie die Verfaſſung lag, daß ein Reichskanzler mit der miniſteriellen Kontraſignaturbefugnis ſich ohne eine in der Verfaſſung ausdrücklich ausgeſprochene Mitwirkung Sr. Majeſtät des Kaiſers jemanden ſubſtituieren könne, den der Kaiſer als kontraſignierenden Miniſter aus der Hand des Kanzlers annehmen ſolle, und ich habe darüber damals meine Immediatvorträge gehalten, welche Ihnen den Beweis liefern können, ſchriftlich und mündlich, daß es durchaus kein lapsus und kein Vergeſſen geweſen iſt, ſondern habe Sr. Majeſtät dem König von Preußen damals geſagt, alle Abſtimmungen, die über dieſe Angelegenheit gefaßt ſind und damit in engerer Verbindung ſtehen, namentlich über Anträge, welche auf „Reichsminiſter“ gerichtet waren, ſind mit einer ſo kleinen Majorität gefaßt — die Hauptabſtimmung über den Antrag des Herrn von Bennigſen mit einer einzigen Stimme, es waren, wie ich glaube, 134 gegen 135 — daß ich große Bedenken trug, in dieſen Dingen wieder zu rühren. Wir konnten ſehr leicht zu einer Abſtimmung kommen, der gegenüber die Regierungen — laſſen Sie mich einen vulgären Ausdruck gebrauchen — Strike gemacht hätten, und konnten in Verlegenheit kommen bezüglich einer Vereinbarung. Ich war ſehr froh, daß wir etwas halbweg Annehmbares, wenn auch nur mit 1 Stimme Majorität, in der Beziehung

gewonnen hatten, ohne zu einem Bruch der Verhandlungen mit den Regierungen zu kommen, die wir unmöglich vergewaltigen konnten, und ohne über das, wo sie zugestimmt haben, hinauszugehen. Es stand schon damals fest, daß die verbündeten Regierungen nicht eingegangen waren auf die Anträge, die damals mit einer Stimme Majorität abgelehnt wurden. Ich habe deshalb darauf verzichtet, eine deutlichere Bestimmung über die Stellvertretungsfrage auch im § 17 anzuregen, indem ich Sr. Majestät dem Kaiser sagte, das ist eine Sache, die kann man in der dienstlichen Praxis regulieren, der Kaiser oder damals das Präsidium, der König von Preußen, kann dem Kanzler befehlen: Ich verlange jedesmal meine Genehmigung zu geben, und der Kaiser kann denjenigen Kanzler, der sich dem nicht fügen will, an jedem Tage entlassen. Es ist also nicht nötig, daß das Schicklichkeitsbedürfnis erfüllt wird, auf die Gefahr hin, daß eine Majorität mit einer Stimme gegen uns in einer kitzlichen und schwierigen Sache sich bildet.

Ich bin also niemals zweifelhaft gewesen, zehn Jahre lang nicht, daß ich als Kanzler ganz berechtigt wäre, durch Substitution mit Kaiserlicher Genehmigung mir einen Gesamtstellvertreter zu schaffen, auf den auch die Kontrasignatur übergehen würde. Ich war mir von Hause aus um so weniger zweifelhaft darüber, als der Reichskanzler, mindestens bis zu der neuen Revision der Verfassung von 1870, vielleicht bis zum Reichsbeamtengesetz von 1873 einfach ein preußischer Beamter war. Er war Beamter des Königs von Preußen in dessen Eigenschaft als „Präsidium“, wie man es neutral bezeichnet hat. Er war in diese neue Qualität eines preußischen Ministers von dem ursprünglichen Gedanken eines preußischen Staatssekretärs aufgerückt. Hier konnte mir nicht ein Zweifel beikommen, daß nicht auch diesen preußischen Präsidialminister jeder andere unter Umständen auch in der Kontrasignatur werde vertreten können. Es kommt dazu, daß einfach danach gehandelt wurde, jahrelang. Es ist eine ganz beträchtliche Anzahl von Königlichen Verordnungen, von Beamtenernennungen, sogar von solchen, die nach den jetzt aufgetauchten Streitigkeiten zweifelhaft werden könnten, erfolgt, sogar richterlicher Beamter, bei denen es zweifelhaft wurde, ob ihre Kompetenz als Richter im obersten Reichsgerichte anzufechten wäre, wenn die Ernennung nicht vom Kanzler kontrasigniert ist, und wenn die Theorie der Unvertretbarkeit richtig wäre.

Die Zweifel, daß meine Berechtigung damals und noch jetzt, und zwar auf Grund des Art. 15 beſteht, ſind erſt aufgetaucht, als der Herr Abg. Hänel die analoge Debatte zu der von heute etwa vor einem Jahre bei Gelegenheit meines damaligen Urlaubsgeſuchs anregte und dort den Zweifel ausſprach, ob ich vertretbar wäre auf dem Gebiet der Kontraſignatur und Verantwortung, eine Frage, die der Herr Staatsſekretär von Bülow in meiner Abweſenheit dahin beantwortete, daß ich dieſe Vertretung nicht beanſpruche, ſondern daß ich ſie mit übernehmen würde. Ich habe mich damals, teils aus Unfähigkeit, zu ſtreiten, eine Unfähigkeit, die aus meiner Krankheit hervorging, teils aus Friedensliebe dazu verſtanden, und habe den Kampf nicht aufgenommen, aber ich habe die Zweifel, die mir entgegentraten, auch nicht einen Augenblick geteilt, und ich habe mir damals gedacht, es iſt beſſer, dieſe Zweifel in freundlicher Weiſe zu erledigen durch eine Geſetzesvorlage, von der ich glaubte, ſie ſei ſehr leicht gemacht, da ich annahm, darüber, daß es notwendig ſei, würden alle einverſtanden ſein, als mich darüber mit einem ſo gewandten Dialektiker, wie Herr Profeſſor Hänel iſt, zu ſtreiten. Deshalb fügte ich mich und hielt es für eine Sache, die an einem Tage abgemacht ſein würde, aber ich glaubte nicht, daß ich damit dieſe bedeutenden Diskuſſionen hervorrufen würde, die mir ſchon gleich, wie die Sache bekannt wurde, aus den Zeitungen entgegengetreten ſind, und die ich hätte vorahnen können, wenn ich in geſunder Lage die Reden, die meine Urlaubsſtellung begleiteten, geleſen hätte. Ich muß auch geſtehen, ich habe damals nicht geglaubt, daß ich wiederkommen würde, und es war mir einerlei, wie die Sache erledigt wurde. Wenn ich alſo der Meinung bin, daß ich das Recht auf volle und auf Geſamtvertretung ohnehin laut der Verfaſſung habe, zehn Jahre geübt habe und noch heut beſitze, und daß dieſe Geſetzesvorlage nur das Bedürfnis hat, demjenigen, welchem es zweifelhaft iſt, eine friedliebende und verſöhnliche Brücke entgegenzutragen, ſo bin ich derſelben Überzeugung allerdings nicht in Beziehung auf die Vertretung in einzelnen Reſſorts; das kann man ohne zwingende Auslegung aus der Verfaſſung nicht herausleſen, und gerade in bezug auf die einzelnen Reſſorts bedarf meines Erachtens jeder Kanzler, nicht bloß einer, der augenblicklich gehindert iſt, einer gewiſſen Vertretung.

Der letzte Herr Vorredner wollte dem erſten Satz der Vorlage, der Geſamtvertretung, zuſtimmen, weil er ſie für notwendig

hielt, er hat aber im Eingang seiner Rede nachgewiesen, daß sie eigentlich schon bestünde. Er war in dieser Beziehung ausnahmsweise derselben Meinung wie ich und wollte also etwas bewilligen, was ich nach seiner Meinung schon habe, was er aber für notwendig hielt. Dagegen das zweite wollte er ablehnen, allein ich bin überzeugt, daß es bei dem guten Willen bleiben werde, und daß die Mehrheit des Reichstages es bewilligen werde. Ich will den Bedarf einer Vertretung im einzelnen gar nicht motivieren mit der Notwendigkeit einer Geschäftserleichterung, ich will ihn nur motivieren aus dem Mechanismus der Beziehungen der einzelnen Ressorts zu einander und zur Gesamtvertretung. Unter den einzelnen Ressorts befindet sich zuerst dasjenige, was am meisten Kontrasignaturen macht, Elsaß-Lothringen. Das Vertrauen des Reichstages hat seiner Zeit mich als Reichskanzler mit der Aufgabe beehrt, auch Minister für Elsaß-Lothringen zu sein. Diese Aufgabe vermag ich neben dem anderen nicht zu leisten, sie ist an und für sich eine solche, die die Thätigkeit eines einzelnen geschäftskundigen und gesunden Mannes vollständig absorbiert. Wenn man bedenkt, in einem Lande von $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, mit eigentümlichen neuen und gespannten Verhältnissen und mit einer Gesetzgebung, die die ministerielle und Königliche Gewalt viel weiter in das laufende Geschäftsleben hineinzieht als bei uns, so wird man sich sagen, daß jemand, der alle Ressorts eines Landes von $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner vertreten muß, das nicht als Nebenamt thun kann. Mein Bedürfnis war das Loskommen von dieser Aufgabe auf dem Wege der Gesetzgebung, durch ein Gesetz, welches erklärt, es braucht nicht der Kanzler, es kann ein selbständiger Minister anderer Art sein, der ein weitläufiges und schwieriges Amt versieht; ich habe es versucht und ich habe den Weg nicht gangbar gefunden. Auf diesem Gebiet würde ich deshalb einer vollen Stellvertretung bedürfen, auch dann, wenn ich nicht beurlaubt bin und nicht in meinen übrigen Geschäften behindert bin, und würde sie bei Sr. Majestät dem Kaiser von Hause aus beantragen.

Die Spezialvertretung ist ferner eine Notwendigkeit, wenn man die ganz eigentümlichen Beziehungen des Auswärtigen Amts zu allen übrigen Ministerien ins Auge faßt. Meines Erachtens soll der jedesmalige Gesamtvertreter des Kanzlers jederzeit derselbe sein, der den Ministerpräsidenten im preußischen Ministerium vertritt. Wenn überhaupt die Notwendigkeit, die Zweckmäßigkeit

vorgelegen hat, daß der Posten eines Reichskanzlers und der Posten eines preußischen Ministerpräsidenten in derselben Hand seien; wenn ich mich durch Enthaltung während eines Jahres von der Annahme preußischer Geschäfte davon überzeugt habe, daß dies absolut notwendig ist, nicht weil der preußische Einfluß auf das Reich verloren geht, sondern weil der deutsche Einfluß auf Preußen verloren geht, weil die Vertretung des Reichs in Preußen eine so starke sein muß, wie sie nur der leitende Minister ausüben kann und nicht ein beisitzender Minister ohne Ressort — deshalb bin ich der Überzeugung, daß der regelmäßige Stellvertreter des Reichskanzlers jederzeit der sein soll, der dieselbe Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft eines preußischen Ministerpräsidenten innerhalb des preußischen Staatsministeriums vertritt; und ich erkenne es als einen Fehler, über den mich die Erfahrung belehrt hat, daß in früheren Zeiten während meiner Abwesenheit davon abgewichen worden ist. Wird dies System aber angenommen, so ist es kaum möglich, daß wir in der Stellvertretung innerhalb des preußischen Ministeriums jederzeit einen — sagen wir Finanzminister, denn der wird im ganzen immer der natürliche und geborene Vertreter des Ministerpräsidenten bleiben, weil er an und für sich nach unserer Organisation in alle Ressorts hineinzureden hat, — also daß wir immer einen Finanzminister haben, der zugleich im stande ist, Sr. Majestät dem Kaiser in auswärtigen Angelegenheiten den regelmäßigen Vortrag zu halten und den Verkehr mit den fremden Botschaftern und Gesandten zu führen. Dazu gehören gewiß technische Seiten, deren Ausbildung man nicht immer beim Finanzminister verlangen kann, es würde also meines Erachtens für das Auswärtige Amt in der Regel das Bedürfnis einer gesonderten Stellvertretung, die nicht in die Gesamtvertretung einbegriffen ist, eintreten.

Diese Gründe für die Vorlage, die ich Ihnen anführe, sind ja ganz hausbackene geschäftliche Gründe, die prinzipiell nicht tief greifen; aber die Vorlage und die Art, wie sie besprochen ist, giebt mir doch Anlaß, auch die Ansichten zu besprechen, mit denen ich, ich kann nicht sagen, dieses Gesetz ausführen möchte, denn sie hängen kaum mit diesem Gesetz zusammen, sondern sie zu verwirklichen würde auch ohne dieses Gesetz möglich sein. Ich habe nur eine öffentliche Äußerung darüber aufgeschoben, weil ich das Bedürfnis hatte, zuerst noch im Bundesrat und im Reichstag die Ansichten über das von mir erstrebte

Ziel zu kennen. Das Ziel, was von mehreren Seiten, beinahe von allen, die günstig bis auf den letzten Redner sich ausgesprochen haben, als erstes und allein schon sehr bedeutendes bezeichnet worden ist, ist das einer Verbesserung, einer Vereinfachung der zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilten Finanzverwaltung. Um das zu erreichen, wird es eine große Erleichterung gewähren, wenn wir ein gesondertes Reichsfinanzamt einführen, welches zugänglich ist, ohne durch den jedesmaligen Präsidenten des Reichskanzleramts erst den Zugang zu vermitteln, welches die Reichsfinanzsachen direkt aus rein finanziellem Standpunkt sowohl mit den Ministern der übrigen Einzelstaaten, als auch namentlich mit dem preußischen Finanzministerium verhandeln kann. Daß das erleichtert ist, wenn das Reichsfinanzamt allein dasteht, glaube ich damit beweisen zu können, wenn ich Sie bitte, zu erwägen, wie sehr es erschwert sein mußte zu der Zeit, wo das ganze Reichskanzleramt unter dem geschlossenen Vorsitz eines sehr sachkundigen Finanzmannes, des Herrn Präsidenten Delbrück war. Da würde die Verständigung eines Finanzministers eines Partikularstaates mit den dem Präsidenten untergebenen einzelnen vortragenden Räten auf direktem Wege eine große Schwierigkeit gehabt haben. Dieser direkte Weg muß aber meines Erachtens unbedingt hergestellt werden.

Daß unsere Reichsfinanzleitung bisher nicht die Ergebnisse geliefert hat, die ich selbst von ihr wünsche und die das Reich von ihr erwartet, mag ja zum Teil an den eigentümlichen Richtungen und Überzeugungen der maßgebenden finanziellen Persönlichkeiten liegen. Wie überhaupt in allen Sachen Personen wirksamer sind als Institutionen, so auch hier. Zum Teil liegt es aber doch in den Einrichtungen, die wir hatten, und die ich schon vorhin als fehlerhafte bezeichnete. Ich meine zwei Finanzministerien, eins für das Reich, eins für Preußen, eins im Besitze der ergiebigen melkenden Kuh der indirekten Steuern, das andere im Besitz des ziemlich ausgebauten Bergwerks der direkten Steuern, die nicht notwendig durch unsere Institution gezwungen waren, sich zu verständigen, oder eins die Meinung des anderen anzunehmen. Diese beiden großen Ministerialkörper, das ganze Reichskanzleramt in seinem Zusammenhange und das ganze preußische Ministerium, haben mir schließlich den Eindruck von zwei Lokomotiven gemacht, die sich auf demselben Geleise befinden und sich weder ausweichen, noch aneinander vorbei

konnten, und keine fuhr rückwärts, um der anderen Platz zu machen. Sie hatten ihre unabhängige Überzeugung, ihre unabhängigen Ressortberechtigungen und je nachdem die Lokalität und die Umstände den einen begünstigten, zog sich der andere in einer gewissen Verstimmung zurück, die eigentlich nicht der Sache hätte gelten sollen, sondern mehr im persönlichen Ansehen lag. Indessen wir bleiben alle Menschen, und wenn man daher das Hindernis nicht aus dem Wege räumt, so kommt man nicht zu der Verständigung.

Die ursprüngliche Stellung des Reichskanzleramts, wie sie unter dem Herrn Präsidenten Delbrück ihren Aufschwung nahm, war eine Institution, die zur Förderung der Ausbildung des Reichsgedankens und des Reichspersonals sehr wesentlich beigetragen hat, die aber, bis zu einer gewissen Größe angeschwellt, notwendig aufhören mußte, weil sie vor die Alternative gestellt war, entweder sich die übrigen Reichsministerien und in erster Linie das preußische zu unterwerfen, oder neben ihnen eine Thätigkeit zu beanspruchen, welche die Friktionen dieser vielrädrigen Maschine noch bei weitem verstärken mußte, ohne uns vorwärts zu bringen.

Ich glaube, daß Sie, wenn Sie den Mangel an Entwicklung in unserem finanziellen System mit Recht tadeln, doch den Personen nicht allein, sondern auch dieser Institution, der zu stark accentuierten reichsministeriellen Entwicklung, nicht im Sinne der Verantwortlichkeit, aber im Sinne bureaukratischer Herrschaft, daß Sie der einen wesentlichen Teil der Schuld dabei zuschreiben müssen.

Kann man nun dies Hindernis aus dem Wege räumen? Ich glaube durch ein sehr einfaches Hausmittel, welches ganz außerhalb der Tragweite dieses Gesetzes liegt, und welches ich die Absicht hatte, da ich von Sr. Majestät dem Kaiser die Genehmigung hierzu schon besaß, Ihnen zu bringen, sobald ich über die Tendenzen im Bundesrat und im Reichstag Klarheit hatte, nämlich, daß demnächst in bezug auf die Reichsfinanzverwaltung dasselbe System eingeführt würde, welches in bezug auf die Reichskriegsverwaltung sich von Hause aus in Geltung befunden hat. Als die Reichsverfassung ins Leben trat, so fand sich, daß der Theorie nach der Reichskanzler unter den vielen anderen Janusköpfen, die er hatte, auch genau genommen den eines Kriegsministers besaß, auch den eines Marineministers, und da habe ich proprio motu den von Ihnen als herrschsüchtig

mitunter beurteilten Reichskanzler in seiner Macht vermindert, indem ich an Se. Majestät den Antrag richtete, zu befehlen, daß Berichte und Entwürfe zu Ordres nur mit der gemeinschaftlichen Unterschrift des Kanzlers und des Kriegsministers dem Kaiser, damaligen König von Preußen, vorgelegt werden sollten, um auf die Weise nicht nur in erster Linie dem Kanzler, sondern in entscheidender Linie Sr. Majestät dem Kaiser die Überzeugung zu gewähren, daß dieser Bericht vom Kriegsminister selbständig geprüft war, er bereit war, seine Verantwortlichkeit durch Unterschrift zu übernehmen, er auch bereit war, den Text eines Ordreentwurfs durch seine Mitunterschrift zu sanktionieren. Nun ist es ja richtig, daß dadurch der Kriegsminister dem Reichstag gegenüber keine Verantwortlichkeit schriftlich übernahm. Aber hat Ihnen die jemals gefehlt, wenn das Militärbudget diskutiert wurde? Sind Sie nicht in der Lage gewesen, sich an die Person des Kriegsministers und nur an die seinige ohne Konkurrenz des Kanzlers jederzeit mit dem vollen Bewußtsein, daß er Ihnen Rede und Antwort stehe, halten zu können? Es hat dieses Mittel dahin geführt, daß ein so schwieriges und wegen seiner Selbstständigkeit sehr empfindliches Departement, wie das Kriegsministerium, an dessen Spitze ein Herr stand, der am allerwenigsten geneigt war, sich, wie man sagt, die Butter vom Brot nehmen zu lassen, der Feldmarschall Graf Roon, — daß gerade diese Verwaltung ohne alle Schwierigkeit sich glatt entwickelt hat, sich auch bereitwillig an allen Erlebnissen im Bundesrat im ganzen Reichsleben beteiligt hat, während die anderen Minister gar nicht mehr hingekommen sind und den Bundesrat trocken gelegt haben. Und dabei kann ich nicht sagen, daß jemals ein ernstlicher, prinzipieller Streit zwischen dem Kriegsministerium und mir in der ganzen Zeit gewesen sei, es sei denn in einzelnen Finanzfragen, wo ja natürlich, da ich die vices des Finanzministers vertreten mußte, dieselben Kämpfe und Schwierigkeiten, die früher zwischen dem preußischen Finanzminister und Kriegsminister waren, sich auf mich übertrugen, aber ich glaube, doch nicht auf den zehnten Teil des Volumens und der Schärfe anschwollen wie es in früheren Budgetjahren in Preußen der Fall war.

Wenn sich dort diese Einrichtung bewährt hat, warum soll es nicht möglich sein, — für verfassungsmäßig zulässig halte ich es jedenfalls — daß durch innere Dienstabmachung der — nennen wir ihn Staatssekretär des Reichsfinanzamts in Beziehung zum preußischen Finanzminister gestellt wird. Ich bin

darüber nach außen hin niemand verantwortlich, wenn ich den Finanz- — oder nennen wir ihn zur Unterscheidung einmal Schatzsekretär — bitte, mir nie erhebliche Sachen, Gesetzgebungssachen, vorzulegen, wenn er nicht die Unterschrift des preußischen Finanzministers dazu mitbringt, — wenn ich ferner mit dem preußischen Finanzminister verabrede, daß wir uns beide einer von mir erbetenen Kaiserlichen und Königlichen Verordnung unterwerfen, wonach ebenso wie in Militärfragen auch auf dem Gebiete der Finanzen Sr. Majestät nur vorgelegt werden soll, was der Finanzminister sanktioniert hat oder worüber wir beide uns geeinigt haben.

Ich glaube, daß Sie dann ohne Verfassungsverletzung, ohne Schwierigkeit, einen, allerdings nur auf Königlicher Verordnung basierten, Reichsfinanzminister besitzen, aber auf Königlicher Verordnung beruhen die Ernennungen aller Minister; der König kann sie bekanntlich jeden Tag entlassen und wechseln.

Das ist meines Erachtens die wesentlichste Veränderung, die ich in der Richtung des hier Gewünschten gegenwärtig leisten kann, und gegenwärtig anstrebe, aber ich glaube beinahe, es wird den Bedürfnissen, die hier ausgesprochen sind, genügen. Der preußische Finanzminister wird dann noch mehr wie bisher nach der Ressortauffassung berufen sein, alle gesetzgeberischen Vorlagen, die er hier macht, vor dem Reichstag auch zu vertreten, und wenn man mir dagegen einwenden könnte, daß der Schatzsekretär des Reichs dann ziemlich überflüssig wäre, so muß ich das doch verneinen, denn das Reich und die übrigen Bundesstaaten bedürfen jemand, der Reichsbeamtenqualität hat, um die Vermittlung zwischen den Präsidial- und preußischen Anschauungen und den Anschauungen der übrigen Staaten zu besorgen, jemand, den sie auch als ihren Beamten betrachten können und an den sie ein Recht haben sich zu wenden, wo sie nicht mit dem preußischen Ministerium zu verkehren haben, um Auskunft zu verlangen, wo sie in ihrem eigenen Reichsbureau den Beamten finden können. Der unter Verantwortlichkeit des Kanzlers selbständig leitende Beamte wäre dann für mich gewissermaßen der deutsche Unterstaatssekretär des Finanzministers mit dem ich direkt verkehre. Es mag ja diese Einrichtung ebenso gut wie manche andere eine dilettantische sein, aber sie ist eine praktische im Kriegsministerium gewesen, und ich schmeichle mir deshalb mit der Hoffnung, daß sie es auch auf diesem Gebiete sein könne. Im übrigen gehört allerdings dazu, daß, wenn sie ins Leben

treten soll, daß wir auch Finanzen haben im Reich; so lange wir keine Finanzen haben, brauchen wir so wenig einen Finanzminister, wie ich einen Koch gebrauche, wenn ich keine Lebensmittel habe. Das Reich hat ja bisher seine Einnahmen wesentlich nur in den Matrikularbeiträgen, denn diejenigen, welche aus Zöllen und Steuern fließen, werden schon jetzt unter der Leitung des preußischen Finanzministers im Zollvereinswege von den einzelnen Regierungen erhoben und fließen dem Reich von da zu. Das Ausgabebudget zu machen, das besorgen eigentlich die einzelnen Ressorts in sich, der Finanzminister hat nur zu streichen, und das wird auch der jetzige schon thun. Also eine raison d'être, eine Berechtigung ins Leben zu treten, hat die Einrichtung nur dann, wenn wir Reichsfinanzen haben, und ich hoffe, wir werden sie uns schaffen. Vielleicht wird man mir den Schluß auch umkehren und wird mir sagen: gieb uns die Einrichtung, wir werden dann die Aufgabe, Finanzen zu schaffen, erleichtern; man wird vielleicht auch sagen, das ist eine außeramtliche Zusage, es ist keine verbriefte, es ist auch kein Verfassungsartikel darin, oder man schlägt es auch ganz ab — nun, dann kann ich auch so weiter leben, wie ich bisher gelebt habe.

Ich gehe sehr ungern hier auf ein Thema ein, welches nicht zur Sache selbst gehört, aber von einem der Herrn Vorredner in einer prägnanten Weise hier berührt worden ist und bei dieser Einrichtung, wie sie mir vorschwebt, eine sehr viel leichtere Erledigung finden kann als bisher, weil dann die Person im Reich und in Preußen bei dieser Einrichtung identisch sein würde, nämlich der Gedanke, daß eine Finanzwirtschaft in Preußen und im Reich gleichzeitig erfolgen müsse. Ja, meine Herren, das halte ich für rechtlich absolut unmöglich, und ich würde mich, wenn hier im Reich Beschlüsse über die preußische Verfassung in der Weise getroffen werden sollten, daß die Bewilligung von Reichssteuern abhängig gemacht würde von Einrichtungen innerhalb Preußens, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen dagegen verwahren müssen. Die Revision und Abänderung der preußischen Einrichtungen steht dem preußischen Landtag zu; sie wird aber da auch ganz unzweifelhaft in dem gewollten Wege erfolgen. Ich weiß gar nicht, wie man sich die Sache anders denken könnte, wenn Preußen jetzt mit einemmal über sein Budget hinaus 60 Millionen mehr bekäme; wenn es dann nicht den Weg beschritte, der von den darüber sprechenden Herren gewünscht ist, so müßte man ja voraussetzen, daß ein im medizinischen

Sinn geisteskrankes Ministerium in Preußen regierte! Was soll denn Preußen mit dem Gelde machen? Es kann es doch nicht vergraben, auch nicht verschenken, es muß in irgend einer Weise darüber bestimmt werden! Nun kann die preußische Regierung auch nicht über einen einzigen Thaler bestimmen, ohne die Einwilligung des Landtags. Es wird also der ganz natürliche und notwendige Fall eintreten, daß die preußische Regierung dem Landtag den Vorschlag macht, so und so viel Steuern an die Provinzen, Kreise und Gemeinden abzuschreiben, so und so viel Steuern nachzulassen, weil sie entbehrlich sind. Ich begreife gar nicht, wie etwas anderes geschehen könnte und wie man nicht das volle Vertrauen zu der preußischen Regierung, zu dem preußischen Landtag haben kann, daß er diese res domestica bei sich verständig und ganz befriedigend ordnet. Wenn allerdings die Verbesserung der Reichssteuern davon abhängig bleiben sollte, wenn die Herstellung eines Zustandes, in welchem das gesamte Steuerbündel leichter zu tragen ist als bisher, davon abhängig gemacht werden sollte, daß vorher gewisse politische Bedingungen erfüllt werden, dann werden wir uns in einem vitiösen Zirkel befinden und nicht dazu kommen. Ich kann mir aber doch nicht denken, daß jemand die Verantwortung übernehmen wollte, eine zweifellose Verbesserung in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben darum hintenanzuhalten, weil eine gewisse politische Klausel in einem der Reichsländer existiert, die nicht nach seinem Sinn geregelt ist. Ich glaube, die Unthunlichkeit dafür würde ganz einleuchten, wenn man den Spieß umkehrt und annimmt, die Regierung wollte ihrerseits die Besserung der wirtschaftlichen Lage, die Entwicklung von fruchtbringenden und zweckmäßigen Steuervorlagen, davon abhängig machen, daß ihr erst eine politische Konzession gemacht würde, also zum Beispiel, daß in Baiern das Steuerbewilligungsrecht vermindert würde. Wenn sie verlangte: sobald in Baiern der Art. 109 der preußischen Verfassung eingeführt würde, dann würden wir das und das thun, da würden wir eine Gesetzesvorlage machen können, wie man sie sich nur wünscht, — dann würde sich doch ein Schrei der Entrüstung gegen eine solche Regierung geltend machen. Wir sind nicht an Gegenseitigkeit der Behandlung gewöhnt. Also wir ertragen das Analoge in Ruhe und setzen bloß ein demütiges non possumus entgegen. In diesem vitiösen Zirkel wird eben ein Ausweg durch Vertrauen gefunden werden können. Wenn man dieselben Personen, die hier in Gestalt des Kanzlers und

des Finanzminiſters Ihnen gegenüberſitzen, im preußiſchen Landtag wiederfindet, ſo werden dieſe ſchwerlich in der Lage ſein, das dort nicht wahr haben zu können, was ſie mit Ermächtigung ihres Landesherrn von Preußen hier haben erklären und verſprechen können, auch wenn kein beſtimmter Handel gemacht wird. Ich möchte daher ein Vorurteil bekämpfen, welches ſich, wie ich fürchte, in unſerer öffentlichen Meinung feſtſetzt, nämlich, daß Regierung und Volksvertretung zwei Körper wären, die ein verſchiedenes Intereſſe hätten, und daß man mit Genehmigung einer Vorlage der Regierung eine Gefälligkeit erweiſen könnte, welche dieſe mit einer Gegenkonzeſſion beantworten müſſe. Das halte ich für eine Verſchiebung der Verhältniſſe; wir leben unter demſelben Dach, wir haben dasſelbe Intereſſe, und eine Verkümmerung der Regierungsgewalt, ein Verfallen unſeres wirtſchaftlichen Lebens, — ich wüßte nicht, warum mir das mehr am Herzen liegen ſollte, als einem unter Ihnen; was Sie aushalten, kann ich auch aushalten; wir haben das gleiche Intereſſe, zu beſſern, wenn das Dach durchregnet, und können uns nicht als zwei Parteien hinſtellen, von denen die eine ſagt: gieb mir erſt das, dann will ich dir jenes geben.

Das erwähne ich bloß in Parentheſe, weil wir auf einen falſchen Weg geraten, wenn wir uns in zwei geſonderte Lager geteilt denken. Dieſe Wand von Holz, die zwiſchen uns liegt, iſt keine Scheide für unſere Gefühle, die wir für Reich und Land hegen, für deren geſamten Intereſſen, und wenn ich morgen nicht mehr Kanzler, ſondern Abgeordneter bin und da unten ſitze und Einer von Ihnen hier oben, ſo wird es mir nie einfallen, anders zu denken in der Eigenſchaft eines Abgeordneten über die Dinge, als in der Eigenſchaft als Miniſter.

Die akute Miniſterſäure, die in früheren Zeiten exiſtiert haben mag, wo einer, ſei es für den Abſolutismus, ſei es für ſeine eigene Herrſchaft, vielleicht mehr als für das Land gekämpft und als das Seinige betrachtet hat, was er der Volksvertretung an Rechten abgewinnen konnte, die iſt uns gründlich ausgetrieben, meine Herren, das gehört vergangenen Zeiten an. Wir erſtreben und wollen, wie ich ſchon öfter wiederholt habe, alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unſerer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich iſt, und etwas anderes erſtreben Sie auch nicht, wir haben dieſelben Ziele, und wenn wir über dieſe Wahrheit ganz zweifel-

los einig sind, dann, glaube ich, wird auch diese kranke Blässe des Mißtrauens schwinden, die dem Minister gegenüber immer auf den Konfliktmoment rechnet und nur fragt, wie wird das Beschlossene da wirken, wie stellt sich die Probe auf das Exempel, wenn wir in Konflikt kommen? Ein Konflikt ist eine so unnatürliche Sache, und wenn er einmal kommt, pflegt sein Ausgang und sein Verlauf wenig von den einzelnen Klauseln, die man sich gegenseitig schriftlich gegeben hat, abhängig zu sein.

Ich erlaube mir nach diesem, vielleicht nicht zur Sache gehörigen Exkurs, auf den ich aber durch den Vorredner gekommen bin, auf die Einzelheiten in der Vorlage einzugehen, die von einzelnen erwähnt sind.

Zunächst finde ich eine Notiz — es ist unmöglich für mich, aus den zum teil ausgedehnten Reden mich aller Sätze zu erinnern — aus der des Herrn Vorredners. Weil ich von dem erwarte, daß er überhaupt nicht mit uns stimmt, habe ich mein Gedächtnis nicht so angespannt, aber von dem vorhergehenden Herrn Redner, Herrn von Bennigsen, habe ich die Frage gehört, ob, wenn Se. Majestät der Kaiser einmal eine Stellvertretung ermächtigt hat, zu deren Aufhebung auch wieder eine Kaiserliche Verordnung erforderlich wäre. Ich halte das für zweifellos, denn eine Kaiserliche Verordnung bleibt für mich so lange in Giltigkeit, bis sie durch eine neue aufgehoben ist. Ebenso halte ich es für zweifellos, daß derjenige, der eine solche Stellvertretung mit der Kontrasignatur überkommt und übernimmt, auch der alleinige Verantwortliche für dasjenige ist, das er kontrasigniert. Über die ganze übrige Art von Stellvertretung kann man ja zweifelhaft sein, aber unser heutiges Thema ist ja vorzugsweise die Kontrasignaturfrage, und wer die nach dem Gesetz ausübt, trägt auch die Verantwortung allein.

Damit will ich mich ja in keiner Weise lossagen von der Qualität der Verantwortlichkeit, welche, wie ich glaube, Herr von Bennigsen die geschichtliche und politische nannte, also für die Auswahl der Personen, für die Gesamtrichtung der Politik, das ist eine, die dem leitenden Minister niemals wird abgenommen werden können, und so erklärt sich auch, glaube ich, der Zusatz zu Art. 3, den wir deshalb nicht gemacht hatten in der ersten Vorlage, weil ich das eigentlich als selbstverständlich ansah, denn es würde das sehr schwer sein zu verhindern. Ein Reichskanzler, der überhaupt das Vertrauen des Kaisers nicht mehr hat, der wird es nicht bleiben, oder es wird ganz gleichgiltig sein, was

er thut, wenn er etwas thut, wenn er es aber hat, so wird es immer die Möglichkeit sein, wenn sein Vertreter sagt, ich habe jetzt das Amt zu besorgen, so wird der Kanzler sich an den Kaiser wenden und ihn bitten, entweder diese Vertretung abzustellen, oder sie ruhen zu lassen. Es wird nicht praktisch sein, daß § 3 wegfällt. Aber noch eins. Wenn für den Kanzler auch nur die Eigenschaft eines Premierministers bleiben soll — lassen Sie mich den Ausdruck gebrauchen, ohne daß ich dadurch in den Verdacht verfiele, ein Reichsministerium zu erstreben: ich glaube, ich habe mich darüber zu oft ausgesprochen und bin auch heute nicht bekehrt davon, ich halte den Bundesrat für eine bessere Einrichtung als ein Reichsministerium, und wenn er nicht bestände, so würde ich beantragen, ihn einzuführen, ich halte den Bundesrat für eine außerordentlich zweckmäßige Einrichtung, sie macht unsere Gesetzgebung leichter und besser, als ein Ministerium, und unterstützt sie durch ein großes Maß politischer Erfahrung aller Einzelregierungen, — ich sage also, wenn ich das Beispiel eines Premierministers für mich in Anspruch nehme, so versteht sich das bloß auf den Gebieten, die nicht dem Bundesrat, sondern den Kaiserlichen Beamten angehören, so würde ich auf diese Stellung nicht so weit verzichten können, daß ich ein Recht aufgebe, welches ich für das zweitwesentlichste des Premierministers halte, nämlich bei einer politisch wichtigen Maßregel, die nach seiner Meinung auf eine schiefe Bahn geraten ist, ein Veto einzulegen. Diesen Gedanken giebt der § 3 Ausdruck neben dem, daß vielleicht die übrigen Bundesstaaten das Recht nicht aufgeben wollen, sich an den Kanzler auch im Fall der Vertretung mit ihrer Forderung halten zu können. Im preußischen Ministerium hat der Ministerpräsident zwar kein Veto, da giebt es überhaupt keinen Ministerpräsidenten, nur einen Minister, der den Titel führt und die Debatte geschäftlich zu leiten hat und seine Kollegen bitten kann, aber zu sagen hat er nichts, auch kein Veto, und wenn sich jemals ein Ministerpräsident eines gewissen Einflusses auf seine preußischen Kollegen erfreut, so ist das doch gewöhnlich mehr das Ergebnis einer sehr langjährigen Dienstzeit und eines besonders hohen Maßes von Vertrauen, dessen er beim Monarchen genießt, aber nicht den Ausdruck der Institution. Der preußische Ministerpräsident hat gar keinen gesetzlichen Einfluß; also dieses Veto auch des beurlaubten Kanzlers halte ich doch für unentbehrlich, sonst schwindet das Maß von Verantwortlichkeit, was auch der Herr Abg. von Bennigsen festhalten

wollte, das für die Gesamtrichtung der Politik. Es wurde vorher erwähnt, daß einzelne Ressorts, ich glaube, es wurde gesagt, die mit erhöhter Dampfkraft arbeiten, unter Umständen einer finanziellen Kontrole bedürften. Ja, diese Kontrole kann doch nicht so weit gehen, daß Sie aus dem Finanzminister den Vorgesetzten eines dieser Ressorts machen. Es wird dann immer das Bedürfnis einer Entscheidung eintreten, die bei solchen Streitigkeiten in Preußen auch noch nicht vom Ministerium mit rechtlicher Wirkung gegeben werden kann, sondern die dann schließlich beigelegt oder von Sr. Majestät entschieden wird. Nun in allen kleinen Stücken bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister und einem Ressortchef an Se. Majestät zu gehen, würde sehr weit führen, und da hat die Reichsverfassung den Vorzug vor der preußischen Verfassung, daß sie einem der Minister, dem Kanzler, dem Premierminister an und für sich das Entscheidungsrecht giebt. In Preußen muß er zu dem Kollegen, mit dem er sich nicht verständigen kann, sagen: einer von uns muß gehen, und das giebt langwierige, oft jahrelang sich hinziehende Debatten, im Reich nicht, denn es ist ein Minister vorhanden, der das Recht zu verfügen hat.

Es sind ja alle diese Verhältnisse in keinem konstitutionellen Staat, wie schon vorher bemerkt wurde, systematisch geordnet, am allerwenigsten in England. Aber in England ist wenigstens die Gewalt des Premierministers eine, wie wir sie gar nicht kennen. Ich weiß nicht, ob Sie in gewissen neueren englischen Publikationen die Erinnerung an den Streit gelesen haben, in welchem 1850 der Premierminister, damals Lord Russel, sich mit Lord Palmerston befand, die einen merkwürdigen Brief von Lord Palmerston, einem gewiegten Kenner des englischen Rechts, bringen, worin er sagt: Ich bestreite in keiner Weise das Recht des Ministers — es ist der einzige, den er Minister nennt, der Premierminister — jedes Mitglied der Regierung ohne Angabe der Gründe zu entlassen. Nun, so weit wird man bei uns niemals gehen, und es ist vielleicht auch in England nicht immer ganz so ernsthaft mit der Ausführung dieser Berechtigung gehalten und mit der Möglichkeit, es zu thun, weil dazu Unterschriften gehören, über die der Minister nicht verfügt; aber gewiß ist doch in England für jedes Mitglied der Regierung die unzweifelhafte Pflicht nach diesem Zeugnis von Lord Palmerston anerkannt, wenn der Premierminister den Wunsch ausdrückt, er möchte gehen, daß er geht, und daraus folgt im gewöhnlichen

Leben, daß die Vorſchriften, die Wünſche, die Politik des Premierminiſters in England durchſchlagen. Sogar in der ſonſt in faſt allen Staaten ſehr gedeckten auswärtigen Politik ſehen wir doch, daß in England heut zu Tage die Politik durch den Premierminiſter, ja mit deſſen maßgebendem Votum entſchieden wird.

Die Fragen, die ferner aufgeworfen ſind, ſind diejenigen, ob ein immerwährender Stellvertreter, gewiſſermaßen ein eiſerner, von Hauſe aus für alle Fälle ernannt werden ſoll, oder ob erſt in Fällen der Vertretungsbedürfniſſe der Vertreter ernannt wird. Ich habe keine andere Alternative als den zweiten Fall im Sinne gehabt. Ein immerwährender Stellvertreter, ein eiſerner, könnte nur der Vizepräſident des preußiſchen Staatsminiſteriums ſein. Nun braucht bloß der Fall einzutreten, daß der mit dem Kanzler zugleich nach Kiſſingen gehen muß, dann iſt wieder keine zweifelloſe Möglichkeit der Vertretung vorhanden. Aber ich will das nicht einmal annehmen; er könnte auch aus augenblicklich ſachlichen Gründen vielleicht nicht geeignet ſein. Nehmen Sie an, daß zwiſchen ihm und dem Kanzler augenblicklich ein prinzipieller Streit über die Entwicklung des Finanzweſens ſchwebt, und nun geht der Kanzler auf Urlaub. Nichtsdeſtoweniger muß er ihn zum Vertreter nehmen und es darauf ankommen laſſen, ob er in ſeiner Abweſenheit ſeine Meinung durchführt oder nicht.

Aber ich würde dazu ſchon beſtimmt durch die Rückſicht auf Se. Majeſtät den Kaiſer, der das Recht hat, den Kanzler zu wählen, wo und wie er will, und daher muß ich auch im Namen Sr. Majeſtät das Recht in Anſpruch nehmen, ſich den Stellvertreter nach eigenem Ermeſſen zu wählen.

In den einzelnen Reſſorts ſind ja die Stellvertreter gegeben durch die Vorlage, welche immer nur die beteiligten Reſſortchefs ſein können, und bei ihnen hat die Stellvertretung mit der Kontraſignatur ja zugleich die Bedeutung einer Abbürdung der Geſchäfte. Die iſt zwar jetzt einigermaßen auch ſchon vorhanden. Beiſpielsweiſe in der Poſtverwaltung wüßte ich nicht, wie ſich etwas ändern könnte. Außer monatlichen Überſichten, um die ich den Herrn Chef, den Generalpoſtmeiſter gebeten habe, erfahre ich amtlich kaum etwas über den Gang der Poſt, und ſo lange keine Klagen kommen, halte ich mich auch nicht für berufen, einzugreifen, alſo bloß einen Akt der Herrſchaft auszuüben. Das iſt mein Bedürfnis nicht.

Uber die ſelbſtändige Finanzabteilung habe ich bereits ge-

ſprochen. Wie das Reichsjuſtizamt, das ſpäter meines Erachtens neben dem Finanzamt einzurichtende Reichsverwaltungsamt ſich dazu ſtellen wird, ja, meine Herren, da möchte ich vorſchlagen, warten wir das in der praktiſchen Entwicklung ab. Grau iſt alle Theorie, man kann eine beſtimmte Schablone unmöglich aufſtellen, die alle Fälle, die da eintreten bei dieſen verwickelten Fragen, vorher erſchöpfe, ſondern man muß das Ganze ſich praktiſch geſtalten laſſen und dann ſehen, wo etwa nachzuhelfen iſt. Es iſt das ja in unſerem ganzen Reichsleben und in der Entwicklung unſerer Geſetzgebung überall der Fall geweſen.

Ich habe vor 8 Jahren mir nicht träumen laſſen, daß ich noch einmal öffentlich erklären würde, die Einrichtung des Reichskanzleramts als ſolches habe ihre Zeit überlebt. Ich habe dieſelbe damals für eine dauernde gehalten, und ich muß ſagen: probieren geht über ſtudieren. Ich bitte Sie, dieſe Vorlage, ſo wie ſie iſt anzunehmen, ſie mag zu weiteren Diskuſſionen Anlaß geben, es thut uns das nichts, ich habe es nur mit Dank anzuerkennen, und ich hoffe und wünſche nur, daß die Diskuſſion auch weiter wie heut mit Ruhe und Wohlwollen verläuft. Sollte alſo die Diskuſſion morgen noch fortgeſetzt werden, ſo thut das nichts gegen die Vorlage, ich hoffe, Sie nehmen ſie an, ſo wie ſie her liegt, ohne ſie amendieren zu wollen. Die Verſtändigung im Bundesrat iſt an und für ſich keine ganz leichte geworden. Die leitenden Miniſter ſind zu dieſem Behuf ſelbſt hier zuſammengekommen, und die Verſtändigung über eine Abänderung iſt, wenn ſie die Teile betrifft, die nach meiner eigenen Anerkenntnis eine Modifikation der Verfaſſung enthalten, mit 14 Stimmen unmöglich zu machen, und 14 Stimmen finden ſich bei der juriſtiſchen Durchbildung, mit der man die Deutung aus jedem einzelnen Worte und aus dem Punkt überm J unter Umſtänden herleiten kann, da finden ſich 14 Stimmen, die in Beſorgnis ſind, ſehr leicht zuſammen.

Alſo ich möchte bitten, die Vorlage in der Form, wie ſie aus dem Bundesrat gekommen iſt, anzunehmen und auf ſolche Amendements zu verzichten, die eigentlich in der Sache nichts ändern, ſondern nur eine vielleicht deutlichere, vielleicht aber auch weniger deutliche Faſſung in ſie hinein zu bringen beabſichtigen, und im übrigen überzeugt zu ſein, daß mit dieſer Vorlage ja kein Abſchluß für immer geſchaffen iſt, ſondern daß eine langſame Fortbildung, vielleicht nicht nach der Richtung verantwortlicher Reichsminiſter, vielleicht nach beſſerem gegeben iſt, daß

eine langſame Fortbildung unſere Inſtitutionen namentlich in all den Verwaltungszweigen, die hier behandelt werden, ja an jedem Tage erſtrebt wird, und ich glaube, daß Sie die Maſchine weicher, nachgiebiger und elaſtiſcher mit der Zeit finden werden, als bei einer einheitlichen Monarchie mit verantwortlichen Miniſtern, und in dieſem Sinne bitte ich, der Vorlage zuzuſtimmen.

Über die Stellvertretungsvorlage.

Rede gehalten am 8. März 1875.

Ich habe zu meiner Genugthuung in dieſer Diskuſſion nicht den Beruf, in der Rede des Herrn Vorredners anzuknüpfen an diejenigen Teile derſelben, deren Inhalt von Verhältniſſen ſpricht, die uns früher getrennt haben oder uns in Zukunft trennen könnten, ſondern wenn ich auf dem Gebiet des Themas der Vorlage bleibe, kann ich mich auf das beſchränken, was er im erſten Teil ſeiner Rede berührte und von dem ich hoffe, daß es uns einigen wird und den Ausdruck unſerer Einigkeit in Geſtalt einer Annahme der urſprünglichen Vorlage zuwege bringt. Ich habe ebenſogut wie der Herr Vorredner und wohl jeder von uns vielleicht manches in der Vorlage anders gewünſcht, aber es fragt ſich, ob das Gewünſchte und Erreichbare ſich immer decken. Unſere beſten Beſtrebungen in Deutſchland ſind zum Teil daran geſcheitert, daß das nicht der Fall war. Denken wir an Größeres, um in Erinnerung daran zu ſchließen auf das Kleine und Geringere, was uns vorliegt und was die Gemüter in der Art, wie es der Fall iſt, doch wohl nur beſchäftigt, nicht durch ſeinen wirklichen praktiſchen Inhalt, ſondern durch die Gedankenflüge, die ſich daran knüpfen können, wenn dieſer Inhalt ſich verwirklicht.

Der Herr Vorredner hat einem Gedanken in einer ſchärferen Weiſe, als bisher geſchehen iſt, Ausdruck gegeben, in einer Weiſe, die mich nötigt, doch meine abweichende Stellung zu dieſem Thema zum Ausdruck zu bringen, nämlich den Gedanken, daß die ganze Reichsverwaltung durch preußiſche Miniſterien direkt ſchließlich zu führen ſei, nicht bloß thatſächlich, ſondern daß dieſer Thatſache auch in der Form Ausdruck gegeben werden

ſollte. Es iſt dies bis zu einem gewiſſen Grade der Fall geweſen in den erſten Jahren des Norddeutſchen Bundes, wo wir Reichsbeamten und Reichsinſtitutionen überhaupt noch nicht hatten. Ich betrachte es aber als einen weſentlichen Fortſchritt, daß wir uns davon entfernt haben, daß wir eigene Reichsbeamten, eigene Reichsinſtitutionen haben und als Aufgabe der Thätigkeit eines jedesmaligen Reichskanzlers nur die, die Reibungen dieſer neuen Reichsinſtitutionen mit den althergebrachten Inſtitutionen der einzelnen Staaten zu vermeiden und zu vermitteln, ſoweit er kann. Da iſt nun der ſchwarz-weiße Anſtrich der Sache gerade nicht das richtigſte Mittel, rein äußerlich, wir hängen aber ſehr von Äußerlichkeiten ab.

Um das vor Augen zu bringen, erlaube ich mir, an eine der großen hiſtoriſchen Thatſachen zu erinnern, die für die Herſtellung des Deutſchen Reichs entſcheidend und maßgebend waren, es war der Brief, den Se. Majeſtät der König von Baiern an Se. Majeſtät den jetzigen deutſchen Kaiſer ſchrieb, als wir in Verſailles waren. Ohne auf den Wortlaut einzugehen, war ein Hauptgedanke in dieſem Brief: die bedeutſamen Rechte, die ich hierdurch einem anderen Fürſten in meinem Land Baiern einräume, kann ich einem König von Preußen nicht einräumen, die kann ich nur einem Deutſchen Kaiſer geben. Es war damit der meines Erachtens richtige Standpunkt ausgedrückt und, wenn ich mich richtig erinnere, in dieſem Sinne begründet: der Deutſche Kaiſer iſt mein Landsmann, der kann Rechte hier ausüben; der König von Preußen iſt mein Nachbar. Dieſes Gefühl, meine Herren, iſt meines Erachtens ein hoch berechtigtes durch den ganzen Lauf der deutſchen Partikulargeſchichte und ſelbſt von ſeiten derer, die geneigt wären, dieſe Berechtigung in minderem Maß anzuerkennen wie ich, möchte ich wünſchen, daß ſie ſich daran gewöhnen, damit zu rechnen. Ich bin nachgerade einer von den älteren und erfahreneren Geſchäftsleuten geworden, und ich weiß, wie bedeutſam dieſe Elemente gerade auf die Gemeinſamkeit des deutſchen Landes zurückwirken. Ich bin in den Geſchäften ſchon beteiligt geweſen, als das Dreikönigsbündnis ſcheiterte, vor, ich glaube, vor 27 oder 28 Jahren, und zwar an den intimeren Verhandlungen zwiſchen den Höfen in dem Maß beteiligt, daß ich mit ziemlicher Sicherheit behaupte, es ſcheiterte einfach an der Frage, ſollen die einzelnen Höfe eigene Geſandtſchaften, eigenes Geſandtſchaftsrecht behalten oder nicht. In dieſer Frage wurde der Abſchluß länger wie ein Jahr hin-

gehalten, darüber verfloß das tempus utile und es kamen rauhe Winterstürme, in denen die jungen Frühlingsschößlinge nicht mehr gedeihen konnten. Hatte nun dieses Recht eine wirkliche sachliche Bedeutung? Ich war damals nach meinen Lebensjahren und meiner Stellung wohl berechtigt zu reden, wenn ich gefragt wurde, aber nicht zu reden, wenn ich nicht gefragt wurde. In jenem Fall hätte ich mich dahin geäußert: „Haben die einzelnen Staaten den Einfluß auf deutsche Entschließungen, daß fremde Machthaber sich um ihren guten Willen bewerben, so giebt es kein Absperrungssystem, welches die Verbindungen abschneiden könnte, und sie können vom Gesandten bis zum Schreiber und Kammerdiener und anscheinend Kaufmann heruntergehen. Man kann da keinen hinreichend wasserdichten Verschluß finden, der diplomatische Beziehungen absperren könnte. Bei denjenigen Stellungen, wo das nicht der Fall ist, wo das Ausland sich nicht bewirbt um die Stimmen oder nicht auf sie hört, bei den kleineren oder weniger mächtigen, da ist es ziemlich gleichgiltig, ob sie Gesandte im Auslande unterhalten oder nicht.

So ist es auch mit der Formfrage, die ich neulich schon berührt habe: soll der Vertreter eines Bundesstaates genötigt sein, sich hier, wenn er Verkehr mit dem Reich hat, in ein preußisches Ministerialhaus zu begeben und mit dem preußischen Minister als solchem zu verkehren? Ich glaube, es ist das weder geschäftlich nützlich, noch politisch förderlich, sondern man ist es dem Reich und den Bundesgenossen schuldig, eine Reichsverwaltung, die ihre Farben trägt, an die sie sich halten können, die zu ihrer Verfügung und im Dienste des Reichs ist, herzustellen, und ich freue mich, daß im Bundesrat darüber Einstimmigkeit vorhanden war, daß in den Motiven die Bestimmung, daß dies in bezug auf die Finanzen der Fall sein sollte, Aufnahme gefunden hat, daß nämlich der preußische Finanzminister wirklich der thatsächliche Leiter der gesamten Finanzen sein sollte. Es ist bei allen die Ansicht: wenn die gemeinsame Finanzverwaltung fruchtbringend sein soll, ist es notwendig, mit dem Dualismus ein Ende zu machen, nach welchem jetzt die indirekten Steuern von einer Finanzverwaltung, die direkten Steuern von 24, 25 anderen versehen werden — es ist notwendig, daß man da wenigstens eine Zusammenschiebung soweit erreicht, wie sie durch die Hilfe des preußischen Finanzministers zu erreichen ist, der ja seinerseits alle Freuden und Leiden eines Einzelstaats von preußischem Standpunkt aus mitfühlt und in-

sofern die Interessen des Einzelstaates dem Deutschen Reich gegenüber auch zu vertreten haben wird — die Reichsinteressen aber von dem Reichsschatzsekretär gegenüber den einzelnen Staaten. Wenn ich bei meinen früheren Äußerungen darüber in erster Linie den preußischen Finanzminister zugleich als den natürlichen und regelmäßigen Vertreter des abwesenden oder behinderten Reichskanzlers bezeichnet habe, so hat das den Grund, daß dem preußischen Finanzminister die dortigen Gepflogenheiten an und für sich ein gewisses Einmischungsrecht in die übrigen preußischen Ressorts geben, er also die nächste Anwartschaft auf das Präsidium im preußischen Staatsministerium hat, wenn der ernannte Ministerpräsident nicht anwesend ist. Absolut notwendig ist diese Einrichtung aber nicht, man kann in Preußen, je nachdem die Persönlichkeiten dazu in der einen oder anderen Stellung geeigneter sind, ja auch den Minister des Innern zum Vizepräsidenten ernennen, ja man kann auch einen Minister ohne Portefeuille als Vizepräsidenten haben in einer ähnlichen Weise, wie er in Preußen unter dem Ministerium Hohenzollern in der Person des Herrn von Auerswald bestand, einen Minister ohne Portefeuille, der aber, sowie der Ministerpräsident nicht da ist, sicher den Vorsitz vermöge seines Amts im preußischen Ministerium übernimmt und der dann auch jedesmal in die kanzlerische Vertretung eingesetzt werden würde. Daß beides Hand in Hand bleibt, von der Notwendigkeit, daß dem so sei, habe ich ja früher Zeugnis abgelegt.

Aber auch in diesem Falle würde dieselbe Einheit oder ein annäherndes Maß von Einheit der einzelstaatlichen Finanzen mit den Reichsfinanzen nicht ausgeschlossen sein. Das Verhältnis des preußischen Finanzministers zu dem Reichsschatzsekretär, den ich neulich gewissermaßen als den Unterstaatssekretär für die indirekten Steuern bezeichnet, dieses Verhältnis denke ich mir ganz unabhängig von der Präsidialfrage. Man kann sogar Gründe dafür anführen, daß beide Verhältnisse getrennt bleiben sollten. Der Hauptgrund liegt in dem großen Umfang, welchen das preußische Finanzministerium an sich hat. Man kann diesen Umfang verkleinern, Domänen, Forsten abzweigen, vielleicht noch mehr, aber an und für sich ist jetzt der Umfang so groß, daß daneben für einen Finanzminister, der nun auch noch die Reichsfinanzen leitend im Auge behalten, ja sie leiten soll, nun noch die ganze Stellvertretung des Kanzlers übernehmen, eine Auf-

gabe ist, die ihn zersplittert, und der er nicht überall genügen kann. — —

Ich bin nicht in der Lage, augenblicklich weiter eingehende Äußerungen über die Sache zu machen; ich bitte bei dieser Sache mehr wie bei einer anderen das gute Sprichwort zu beherzigen: Das Beste ist des Guten Feind. Es ist nicht ohne schwere Mühe und Arbeit möglich gewesen, im Bundesrat das Maß von Übereinstimmung, dessen Ausdruck diese Vorlage ist, herzustellen. Ich weiß nicht, ob das Maß von Mehrheit im Bundesrat, welches für einzelne Bestimmungen erforderlich ist, ob das sicher wieder zu erreichen ist. Ich würde daher dankbar sein, wenn diejenigen, die überhaupt etwas zustande bringen wollen, den einzelnen Wendungen, die ihnen nicht gefallen, nicht so scharf ins Gesicht sehen, sondern die Vorlage angebrachtermaßen annehmen.

Ich halte die Befugnis, die der Art. 3 dem Reichskanzler giebt (auch während der Dauer einer Stellvertretung jede Amtshandlung vorzunehmen), für ganz unentbehrlich, und wenn sie nicht ausgesprochen wäre, so würde ich sie als selbstverständlich ansehen, man würde eben dann nur auf Umwegen bei entstehenden Streitigkeiten das erreichen müssen, was dieser Artikel direkt und kurz ausspricht; ich glaube, daß man ohne die Berechtigung, die der Art. 3 giebt, einen Kanzler, der dauernd das Geschäft versehen will, schwerlich finden wird, und ich möchte wohl wünschen, daß der Herr Abgeordnete Lasker einmal eine kurze Zeit auch nur zur Probe als Kanzler fungierte, um sich selbst davon zu überzeugen, daß die Gedanken, die er sich darüber macht, doch außerhalb der praktischen Möglichkeit liegen, mehr der Sphäre des Ideals angehören. Dem Herrn Abgeordneten scheint das Ideal vorzuschweben einer gewissen Zerfahrenheit der Exekutive, einer gewissen Anarchie, bei der jeder im einzelnen Ressort thun und lassen kann, was er will. — Er ist ein zu praktischer Kopf, um, wenn er dem Geschäfte auch nur acht Tage als Ministerpräsident vorstände, dabei zu bleiben; der Gedanke, daß in Abwesenheit des Kanzlers oder des Ministerpräsidenten Zustände eintreten und Maßregeln zu treffen sind, die mit der politischen Überzeugung, mit der ganzen Politik, die er verfolgt, mit der ganzen Richtung in schneidendem Widerspruch stehen, der ist ganz absolut unmöglich; er würde auch die Verantwortlichkeit des Premierministers haben, dessen Name doch,

wenn irgend etwas im Miniſterium ſchlecht geht, ſehr leicht in den Vordergrund gedrängt wird — er wird dafür verantwortlich gemacht.

Über den Amtsſitz des Stellvertreters des Reichskanzlers für Elſaß-Lothringen in Straßburg.

Rede gehalten am 8. März 1878.

Der Herr Vorredner (Abgeordneter Schneegans) hat vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß die Sympathien nicht nur des Hauſes, ſondern auch der verbündeten Regierungen dem von ihm befürworteten Beſtreben der Elſaß-Lothringer, zu einer ſelbſtändigen Regierung im eigenen Lande zu gelangen, zur Seite ſtehen, und wenn ich das hohe Haus bitte, den Antrag an dieſer Stelle nicht anzunehmen und nicht den Verſuch zu machen, dieſe abſeits liegende Frage an dieſer Stelle und bei dieſer Gelegenheit zu erledigen, ſo geſchieht es keineswegs aus Abneigung gegen die Richtung, die ſich in dieſem Antrage ausſpricht, ſondern aus dem Grunde, weil ſich eine Frage von dieſer Tragweite ſo nebenher nicht erledigen läßt. Nach dem, was ich neulich über dieſe Sache geſagt habe, behalte ich das Streben im Auge, von dem Bande loszukommen, welches den Reichskanzler und das Miniſterium für Elſaß-Lothringen in einer Perſon umſchlingt. Dabei kommt das Land oder der Reichskanzler zu kurz, und der ganze Ausdruck des Regierungsgedankens wird ein unrichtiger, indem der faktiſche Schwerpunkt nicht da liegt, wo die Verantwortlichkeit geſucht wird. Es wird ja dann alſo, wenn ich in dieſem Beſtreben fortfahre, auch die Frage zur Entſcheidung kommen: nicht ob, ſondern in welcher Weiſe die miniſterielle Leitung für Elſaß-Lothringen ſich geſtalten wird.

Die Schwierigkeit iſt die, daß Seine Majeſtät der Kaiſer, der die landesherrlichen Rechte im Namen der verbündeten Regierungen in Elſaß-Lothringen ausübt, die Reſidenz nach dem regierten Lande nicht dauernd hinzulegen vermag und doch das Bedürfnis hat, von ſeinem Miniſter für Elſaß-Lothringen oder ſeinen Miniſtern, wenn man ſich dergleichen mehr denkt, Vortrag zu erhalten.

Der Herr Vorredner irrt insofern thatsächlich, wenn er sagt, daß ein Ministerium für Elsaß-Lothringen gegenwärtig nicht vorhanden wäre und daß es errichtet werden würde. Es ist vorhanden; es fragt sich nur: kann man es nach Straßburg verlegen, oder ist es notwendig an Berlin und an den Aufenthalt Seiner Majestät des Kaisers gebunden? Ich will diese Frage durchaus nicht zum Nachteil der Bestrebungen des Vorredners vorentscheiden. Es hat ja seine großen Schwierigkeiten im Verkehr, wenn der Landesherr von dem verantwortlichen Minister so getrennt ist, daß die mündlichen Vorträge zu den Ausnahmen gehören, unmöglich ist es aber in keiner Weise. Er läßt sich ja die Wahl der Person so denken, daß dieselbe sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Seiner Majestät dem Kaiser, erfreut und die Korrespondenzen deshalb seltener oder, wenn nicht seltener, doch ausreichend sind, um den mündlichen Verkehr vollständig und wirksam zu ersetzen. Aber ich bitte nur zu glauben, daß alle die Pläne, die mir von verschiedenen Seiten gebracht worden sind, Statthalterschaften zu etablieren, meines Erachtens die Sache nicht lösen, der Lösung nicht um ein Haar breit näher bringen als heute. Ob der Beamte, der dort lebt und dort die Geschäfte führt, den Titel Statthalter hat, ob er fürstlichen Standes ist oder ein gewöhnlicher Beamter, das kann in bezug auf die geschäftliche Qualität vielleicht einen Unterschied machen, in bezug aber auf die sachlichen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, wird das durchaus keinen machen. Es bleibt immer die Frage zu lösen, so lange nicht ein eigentlicher Landesherr im Elaß residiert, was doch auch wiederum seine Schwierigkeiten der Lösung und Herstellung hat, — die Schwierigkeit: wie korrespondiert der notwendig in Berlin residierende Landesherr mit seinem dortigen Minister, oder wie stellt sich die Zufriedenheit oder die Verwaltung des Landes, wenn der Minister in Berlin wohnt? Wäre dort ein Statthalter im landläufigen Sinne des Wortes, so würde Seine Majestät der Kaiser doch nicht auf jeden Einfluß auf die Regierung verzichten können; es würde doch irgend eine ministerielle Verantwortlichkeit hergestellt werden müssen, deren Sitz immer entweder in Straßburg oder Berlin sein müßte.

Die Abwägung der Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten des einen oder anderen Systems ist für mich durchaus nicht entschieden. Wenn die geeignete Persönlichkeit sich findet, der

Seine Majestät der Kaiser das Vertrauen schenkt, so würde ich nicht unbedingt abraten, eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche es nicht nur möglich macht, den Kanzler davon zu entbinden, sondern einen meinethalben in Straßburg wohnenden Minister als obersten Beamten für Elsaß-Lothringen herstellt, dem außer Seiner Majestät dem Kaiser niemand etwas zu sagen hat. Es würde also dann etwa eine Kabinetssekretärkorrespondenz zwischen dem Landesherrn und dem Minister die Verbindung bilden, die von Berlin nach Straßburg reicht. Es ist das ja nicht unmöglich, wir haben ähnliche Verhältnisse in Luxemburg in bezug auf Holland, in Norwegen in bezug auf Schweden, in Ungarn in bezug auf den Verband mit der österreichischen Monarchie, aber da doch überall unter solchen Umständen, daß die eigentliche Schwerkraft der Regierung in den parlamentarischen Körperschaften liegt, die diese Länder vertreten. (Es sind im Grund nicht die Statthalter, sondern in Luxemburg, in Norwegen und bis zur dualistischen Kompetenz in Ungarn regiert dort die Landesvertretung. Nun, ich gebe ja die Hoffnung nicht auf, daß wir auch in Elsaß-Lothringen mit der Zeit eine Landesvertretung haben können, die dem Deutschen Reich vollständig die Bürgschaft giebt, das Vertrauen einflößt, daß sie im stande ist, auch politisches Schwergewicht auf die Entschließungen, die im Namen dieses Reichslandes getroffen werden, auszuüben berechtigt zu sein. Wir haben dafür ja immer den Barometer der Wahlen, die für den Reichstag stattfinden. Im Augenblick würde ich mich noch nicht entschließen können, dazu zu raten, daß ein ähnliches Schwergewicht, wie es also in Luxemburg und Norwegen der Landesvertretung für die politischen Entschließungen des Souveräns beigelegt wird, in Elsaß-Lothringen ausgeübt werde. Aber ich gebe, wie gesagt, die Hoffnung nicht auf, daß die dortige Bevölkerung sich von dem Druck der Vergangenheit, von dem Druck der Gegenwart, der auf ihr lastet, mehr und mehr emanzipieren wird, sich als mit freudigem Sinn dem Deutschen Reich zugehörig fühlen wird.

Über das Eiſenbahn-Miniſterium und unſere Eiſenbahn-Politik.

Rede gehalten am 22. März 1878.

Der Herr Vorredner (Abgeordneter Miquél) hat im ganzen unſere Vorlage mit beredteren Worten vertreten, als ich es im ſtande ſein würde, wenn ich vollſtändig geſund wäre. Es hat mir einen eigentümlichen Eindruck gemacht, in allen einzelnen Punkten mit der ihm eigenen klaren Beredſamkeit die Vorlage verteidigen zu hören, und zu ſehen, daß er doch zu dem Schluſſe kam, er müſſe gegen dieſelbe ſtimmen mit Ausnahme eines von den drei Punkten, die ſie in der Hauptſache betrifft. Der Hauptgrund für ihn iſt, daß die Vorlage intempeſtiv iſt, nicht dringlich, nicht hinreichend vorbereitet ſei. In letzterer Beziehung muß ich aber ſagen, gehen die Anſprüche, die er für die gründliche Vorbereitung ſtellt, ſo weit, daß ich glaube, daß, wenn wir ſie alle erfüllen ſollten, ehe wir ſolche Reform einbringen, kaum die Jüngſten von uns ſie erleben würden, — ich wenigſtens habe keine Ausſicht darauf. — — Wenn aber die Sache ſo viele Vorbereitungen erfordert, wie der Herr Abgeordnete Miquél ſagt, dann werden wir, ſo ungern wir daran gehen, einer neuen Sitzung des Landtages nach Schluß des Reichstags uns nicht entziehen können.

Es iſt dagegen eingewandt von dem Herrn Vorredner, daß dieſe Dinge nicht dringlich ſeien. In bezug auf den einen Punkt, den er ſelbſt bereit war zu bewilligen, den ſtellvertretenden Miniſter-Präſidenten, fällt dieſe Frage fort, wenn er eben bewilligt wird. Ich halte ſonſt auch dieſen Punkt für dringlich, wenn das beſchloſſene Reichsſtellvertretungsgeſetz überhaupt zu einer Wahrheit werden ſoll, wenn die Reform im Finanzweſen durch näheres Aneinanderſchließen der preußiſchen und der Reichsverwaltung verwirklicht werden ſoll, weil ich dann zweifle, daß bei dieſem Umfang der finanzminiſteriellen Geſchäfte auch ſelbſt nach Abtrennung der Domänen und Forſten der Finanzminiſter die nötige Zeit und Arbeitskraft haben werde, um das Miniſterpräſidium und neben demſelben die geſamten Geſchäfte des Reichskanzlers zu vertreten.

Aber für beſonders dringlich halte ich namentlich die Eiſenbahnſeite der Vorlage, die wir Ihnen machen, und in gewiſſem

Maße auch gerade aus dem Grunde, weil jetzt der Posten des Finanzministers unbesetzt ist.

Die Vorlage, die uns heute beschäftigt, ist von mir zuerst vor 15 oder 16 Jahren, im Jahre 1862 gemacht worden, und ich habe damals zuerst die Schwierigkeit kennen gelernt, die es hat, von einem Ministerium etwas abzutrennen. Ich bin darauf in bewegten Zeiten den inneren Angelegenheiten vielleicht mehr entfremdet worden, aber ich bin vor 4—5 Jahren sofort wieder in den Zeiten der Ruhe auf diese Angelegenheit zurückgekommen, ich habe versucht, in irgend einer Gestalt den Mängeln, an denen, wie ich glaube, unser Eisenbahnwesen leidet, Abhilfe zu schaffen dadurch, daß das Eisenbahnwesen einer isolierten Verantwortlichkeit unterzogen wird, daß derjenige, der es thatsächlich verwaltet — denn ein Handelsminister kann unmöglich alle die ganz verschiedenen Fächer, die ihm heute untergeben sind, selbst im Detail so erlernt haben und so verstehen, daß er sie alle direkt verwalten könnte — ich erstrebe also, daß derjenige, der sie verwaltet, sich nicht gedeckt fühlen soll durch einen anderen, sondern daß er selbst vor Ihnen, vor seinen Kollegen und vor dem König steht und persönlich mit Wort und Schrift das verantworten muß, was in seiner Eisenbahnabteilung geschieht. Das ist eine Notwendigkeit, von der bin ich stets überzeugt gewesen, und die hat mich schließlich auf den Gedanken gebracht, die Reichs-Eisenbahnvorlage, um sie kurz zu bezeichnen, zu machen. Ich habe diesen Weg gewählt einmal, weil ich fand, daß die Gerechtigkeit gegen das Reich es erforderte, eine stärkere Konzentration der Eisenbahnverwaltung, Gesetzgebung, Leitung, wenn sie überhaupt erstrebt würde, zunächst dem Reiche anzubieten, und erst, wenn das Reich es ablehnt, sich damit zu befassen, daß ich dann erst den preußischen Staat als den größten berufen sehen würde, eine feste Führung in der nationalen Eisenbahnpolitik auf eigene Rechnung zu übernehmen bis zu dem Zeitpunkt, wo das Reich sich vielleicht bereit finden läßt, ohne die, wie ich glaube, ungerechtfertigte Besorgnis für eigene Rechte der einzelnen Regierungen auf den Reichseisenbahngedanken einzugehen. Ich habe auch deshalb diesen Weg gewählt, weil ich die Überzeugung hatte, daß, wenn diese Aufgabe auf den nationalen Weg gebracht würde, daß sie dann mit weniger Bedenklichkeit und mit frischeren Kräften in Angriff genommen würde. Könnte ich Ihnen für die heutige Vorlage irgend einen nationalen Gesichtspunkt für die Sache geltend machen, so glaube

ich, würde Ihre Zuſtimmung nicht ſo ſehr von des Gedankens Bläſſe angekränkelt ſein, der nationale Zug würde geholfen haben, die Sache zu tragen, und das hat ſich damals beſtätigt, wie jemand ſich trivial ausdrückte: das Reichspferd zieht ſtärker wie das Staatspferd; es hat ſich alſo dadurch beſtätigt, daß der Gedanke, deſſen Verwirklichung ich nach wie vor ſtets entgegenſtrebe, damals nach langen Kämpfen die Zuſtimmung aller Miniſter erhielt. Nachdem wir im Prinzip die Zuſtimmung dazu erhielten, iſt es uns gelungen, die Zuſtimmung beider Häuſer des preußiſchen Landtags zu einer Aufgabe, ich kann wohl ſagen, der Entſagung zu gunſten des Reichs zu gewinnen. Es ſchien alſo, daß die Sache außerordentlich günſtig vor etwa 3 Jahren lag, aber ich bin ſchon damals vertröſtet worden mit der Inangriffnahme.

Ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip von meinen Kollegen, ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip vom ganzen Landtage und, obſchon Miniſter-Präſident, habe ich mich abſolut unfähig finden müſſen, die Sache auch nur einen Schritt weiter zu bringen.

Wenn ich nun vier, fünf Jahre von einem Jahr aufs andere vertröſtet worden bin, und wenn ich fühle, daß meine Kräfte abnehmen und ich nicht lange mehr für die Sache, die meiner Überzeugung nach dem Lande unentbehrlich iſt, werde thätig ſein können, können Sie mir nicht verdenken, wenn ich lediglich aus patriotiſchem Gefühl für die Sache eintrete, und ich kann für meine Perſon nicht die Verantwortlichkeit für irgend ein Zugeſtändnis meinerſeits übernehmen, das dahin ginge, noch mehr Zeit in dieſer Sache zu verlieren.

Es ſind in unſeren Eiſenbahnverhältniſſen ja doch manche Zuſtände, die auf das wirtſchaftliche Gebiet dermaßen zurückwirken, daß in der Zeit des wirtſchaftlichen Notſtandes doch der Frage näher getreten werden muß: kann es ohne Schaden neun bis zwölf Monate länger ſo bleiben und iſt es nicht unſere Pflicht, die Sache früher anzufaſſen?

Die ganze natürliche wirtſchaftliche Stätigkeit unſerer Zuſtände wird durch die bisherigen unrichtigen Verhältniſſe nach der Willkür einzelner Eiſenbahnverwaltungen verſchoben in einer Weiſe, auf die kein Menſch ſich einrichten kann, wo keine menſchliche Möglichkeit richtiger Berechnung einer Produktion mehr möglich iſt. Die Eiſenbahnen ſind bei der jetzigen Zerfahrenheit in der Lage, durch beliebig wohlfeile Transporte von Erz und

Kohlen, durch Begünſtigung der Expeditionsmodalitäten, das eine große induſtrielle Etabliſſement zu fördern auf Koſten eines anderen, das eine zu ruinieren, wenn ſie ſich ihm feindlich ſtellen wollen, das andere in Blüte zu bringen nach ihrer Willkür. Das ſind unnatürliche Zuſtände, worunter die ſtetige und regelmäßige wirtſchaftliche Entwicklung leidet, da kann nur eine fach- und ſachkundige Hand helfen, die in unſer Eiſenbahnſyſtem eingreift. Nach fünf Jahren, während welcher es mir mit ſchlechtem Gewiſſen als Miniſter nicht möglich geweſen iſt, dem abzuhelfen, dieſen Jahren noch ein ſechſtes hinzuzuſetzen, dazu kann ich meine Zuſtimmung freiwillig nicht geben. Ich will die Frage, ob wir ohne Mitwirkung des Landtages, alſo ohne einen größeren Geldverbrauch als das Budget uns gewährt, in der Lage ſind, durch Königliche Verordnung die dringendſte Abhilfe zu ſchaffen, ob wir nach der Auslegung, die der Art. 45 der Verfaſſung, daß dem König die Exekutivgewalt und die Ernennung der Miniſter zuſteht, daß überhaupt zu der Gültigkeit von Anordnungen die Kontraſignatur eines Miniſters erforderlich iſt, aber nicht eines beſtimmten — ich will alle dieſe juriſtiſchen Fragen nicht unterſuchen; denn Kompetenzfragen führen zu Streitigkeiten, und ich wünſche, meine Herren, dieſe Frage in Übereinſtimmung mit Ihnen zu erledigen und nicht ein Konfliktsobjekt darin zu ſchaffen, aber erledigen müſſen wir ſie, wenigſtens ich muß ſie erledigen, oder ich kann mit gutem Gewiſſen in meinem Poſten nicht bleiben. Die Möglichkeit, ſie zu erledigen, auch wenn Sie uns die Mittel zur Beſoldung eines neuen Miniſters verſagen, die Möglichkeit iſt thatſächlich vorhanden, ohne Anlaß zu einer juriſtiſchen Meinungsverſchiedenheit oder gar zu einem Konflikte zu geben. Ich will das Mittel hier nicht beſprechen und möchte nicht auf dieſen Ausweg gedrängt werden, aber ich werde mich ihm nicht verſagen können, wenn ich durch Landtagsbeſchluß in die Lage verſetzt werde, auf anderem Wege die Sache nicht erledigen zu können. (Hört!) Meine Herren! Rufen Sie nicht: Hört! es iſt das etwas für Sie ganz Unſchädliches und Gerechtes, was ich vorhabe.

Der Herr Vorredner ſagt ferner, wenn man einmal änderte, dann müßte man noch mehr ändern, ich will es kurz nennen: Bau-Miniſterium. Es geht uns gewöhnlich ſo, daß, wenn wir eine Verbeſſerung, die ſich machen läßt, einen Schritt, den wir überſehen können, machen wollen, daß diejenigen, die ihn nicht machen wollen, ſagen, wenn wir einmal daran rühren, dann

muß gleich eine tiefeingreifende Reform gemacht werden, ſonſt muß es ganz unterbleiben. Im Prinzip bin ich ganz mit ihm einverſtanden. Ein Bau-Miniſter, ja, das iſt ein Beſtandteil desjenigen Programms, welches ich ebenfalls ſeit 15 Jahren vergeblich vertreten habe, namentlich in der Zeit vor 1866, es hing zuſammen mit dieſer Teilung des Handels-Amtes, und die Abtretung der Domänen und Forſten iſt gerade ſo alt im Plane. Mein Verlangen war ſchon damals, ein Bau-Miniſterium für die ſämtlichen Bauten und ein Gewerbe-Miniſterium für alle Gewerbe zu haben; aber laſſen Sie uns doch erſt einen Schritt vorwärts machen, den wir überſehen können, und verlangen Sie nicht, daß ſolche Organiſationen bei den Schwierigkeiten, die man überhaupt hat, irgend einen Schritt vorwärts zu thun, wie die Minerva aus dem Kopfe des Finanz-Miniſters ſpringen ſollen, der noch nicht da iſt.

Ich muß zuerſt wiſſen, wer preußiſcher Finanz-Miniſter wird und wie ſich, je nachdem Sie dieſe Vorlage aufnehmen, die Frage des Handels-Miniſterium und des Eiſenbahn-Miniſteriums geſtaltet. Daß wir einen Finanz-Miniſter nicht ſofort fertig auf Lager haben oder bekommen können, das liegt in der Natur der Sache. Ich habe mich von dem Kollegen, mit dem ich 9 Jahre lang in guten und ſchlechten Zeiten, in Frieden und Unfrieden zuſammen gearbeitet habe, nachdem wir ein gutes Stück gemeinſamer Arbeit hinter uns haben, ſchwer getrennt, und habe nicht ſofort bei den erſten Anzeichen des Unmuts die Hand dazu geboten, daß dieſer Abſchied beſchleunigt würde, bis er mit einer Entſchiedenheit, die die Hoffnung auf Umkehr ausſchloß, auf ſeiner Entlaſſung beharrte. So lange der Abſchied nicht bewilligt war, war es nicht thunlich, Verhandlungen mit anderen Perſonen anzuknüpfen. Dieſe Verhandlungen ſind nicht zu leicht. Es ſind viele Leute geneigt, ein weniger verantwortliches, ein weniger Kampf verſprechendes Miniſterium zu übernehmen, wenn es vakant wird; aber zu einem Finanz-Miniſter angeſichts der finanziellen Reformen, die bevorſtehen, angeſichts der Stellung, die die Mehrheit des Reichstages dazu genommen hat, dazu gehört ein Mann von einigem Mut, der ſich dazu entſchließt. Außerdem ſteht die Ernennung des Finanz-Miniſters Sr. Majeſtät dem Könige zu. Ich muß alſo Sicherheit haben, daß, wenn Se. Majeſtät für ein ſo wichtiges und durch neue Befugniſſe noch wichtiger zu machendes Miniſterium einen Miniſter ernennt, derſelbe politiſch dem

Monarchen genehm sei, denn im Konflikt mit dem Monarchen die Sache betreiben, ist für einen Minister nicht thunlich, nach dem Wortlaut unserer preußischen Verfassung ist das eine undurchführbare Aufgabe. Ich bitte, sich darüber nicht zu täuschen, daß es nach unserer Verfassung der König ist, dem das Recht zusteht und der auch vollständig bereit und im stande ist, dieses Recht auszuüben.

Also, meine Herren, ich möchte Sie in erster Linie bitten, mich nicht auf den nächsten Herbst, sage Frühjahr 1879, also jetzt ungefähr übers Jahr mit diesen Reformen zu vertrösten. Wir wissen alle nicht, wer von uns dann noch lebt, und jetzt ist die richtige Zeit, um zu handeln; benutzen sie dieselbe! Ich bin nicht mehr in der Gesundheit, um auf Dinge, die mir so am Herzen liegen, wie diese, lange warten zu können, wenn ich Hand an sie noch legen will. Wenn die Herren nicht im stande sind, uns diese Einrichtung zu bewilligen, ja, so muß ich mir die Entschließung dann vorbehalten, ob ich zu einem Auskunftsmittel greife, was mich sicher und ohne Konflikt mit Ihnen zum Ziele führen würde, oder ob ich mich amtlich außer Verantwortung stellen will, oder ob Sie uns die Zeit bewilligen wollen, die ich glaubte, daß wir sie hätten, nämlich in dem Maße und mit der Gründlichkeit, die vielleicht auch den Abg. Miquél befriedigt, die Gesetzesvorlage auszuarbeiten und sie Ihnen im Monat Mai an derselben Stelle wieder zu unterbreiten.

Rede bei der ersten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage.

Gehalten am 17. September 1878.

Ich hatte, nachdem ich zwei Monate lang gezwungen gewesen bin, mich jeder amtlichen Beschäftigung zu enthalten, nicht die Absicht und habe sie auch heute noch nicht, mich an den Diskussionen der ersten Lesung zu beteiligen, sondern dieselbe vorzugsweise zu meiner Orientierung nach einer langen Pause zu verwenden. Wenn ich dennoch jetzt das Wort ergreife, so geschieht dies nicht etwa, um auf das prinzipielle und rhetorische Feld einzugehen, welches der Herr Vorredner soeben be-

treten hat; es werden ſich die Sachen in ihre praktiſchen Details wohl auflöſen, wenn wir ſie in der Kommiſſion und in der zweiten Leſung verhandeln. Ich bin nur zum Reden gezwungen durch den Umſtand, daß der Herr Abgeordnete Bebel geſtern, ſowie früher der Herr Abgeordnete Richter auch ſchon ähnliche Andeutungen gemacht hat, daß aber jetzt namentlich der Herr Abgeordnete Bebel einer Legende über mich zum Organ gedient hat, die, wenn ich ihr nicht widerſpreche, ſchließlich Geſchichte werden könnte, wie ſo manche Zeitungs- und andere Lüge, die auf meine Koſten verbreitet worden iſt und die allmälig Konſiſtenz gewonnen hat. Der Herr Abgeordnete Richter hat bei den Verhandlungen über die ſogenannte Hödelſche Vorlage in meiner Abweſenheit ſchon angedeutet, ich hätte mich früher mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewiſſe Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwicklung derſelben auferlegten; wenigſtens war es offenbar ſein Wunſch, dieſen Eindruck im Publikum und in der Verſammlung zu machen. Ich bin, als ich das in der ländlichen Einſamkeit geleſen habe, doch etwas erſtaunt geweſen, daß der Herr Abgeordnete Richter ſich an den äußerlichen Buchſtaben des Wortes „Sozialdemokratie“ klammert und daß er nicht unterſcheidet zwiſchen den ehrlichen Beſtrebungen nach Verbeſſerung des Loſes der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegen, und zwiſchen dem, was wir heute zu unſerm Bedauern und mit Schmerz genötigt ſind, unter dem Begriff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Herr Abgeordnete Richter das Kind mit dem Bade ausſchütten und uns veranlaſſen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord geſteigerten Beſtrebungen der jetzigen Sekte niederzuhalten ſuchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Los der Arbeiter, ſeinen Anteil an dem Lohn, den die Geſamtarbeit, ſeine und ſeiner Arbeitgeber hat, zu verbeſſern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entſchloſſen, die Beſtrebungen, die man mir von damals vorwirft, ſobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe und meine Reſſortverhältniſſe mir das erlauben, auch heut fortzuſetzen, und rechne mir das zur Ehre.

Der Herr Abgeordnete Richter wird doch ſchwerlich Leute, die ſich damit vor nunmehr 16, 15 Jahren befaßten, das Los der Arbeiter zu verbeſſern, diejenigen — ich nenne jemanden der mir durch Leſen ſeiner Bücher, weniger perſönlich näher geſtanden hat, alſo Rodbertus und ähnliche Leute der Wiſſenſchaft und des Wohlwollens für Arbeiter — die wird er doch nicht

mit dem Mordmeſſer der Nihiliſten und mit der Schrotflinte von Nobiling in eine Kategorie werfen wollen! Es iſt das ein Stück, welches ſeiner rhetoriſchen Geſchicklichkeit alle Ehre macht: aber im übrigen will ich es nicht näher charakteriſieren. Ich möchte ihn überhaupt bitten, doch von ſeinen Beſtrebungen — was ich freilich ſchon öfter und vergebens gethan habe, und wenn er es nicht thun will, iſt es mir auch recht, — mir perſönlich irgend eine Thorheit oder Unrecht in meiner Vergangenheit oder in meinem Privatleben nachzuweiſen, abzulaſſen; es hat ja garnichts mit dem zu thun, was ſachlich hier verhandelt wird. Ich könnte ein viel üblerer Menſch ſein als ich bin und doch ſachlich Recht haben. Ich kann dabei auch die Betrachtung nicht unterdrücken, daß der Herr Abgeordnete Richter in ſeinen Schriften und in ſeinen Reden ja einer der ſtärkſten Verfolger der Sozialdemokratie iſt, er hat ſehr harte Worte für ſie, wie ich ſie niemals in meinem Leben gebraucht habe, aber wenn es zu praktiſchen Leiſtungen kommt, ſo wird er ein Freund der Sozialdemokratie. Gehen wir ſeinen Abſtimmungen nach, ſo werden wir ihn in allen Phaſen des parlamentariſchen Lebens, durch die wir gegangen ſind, immer auf die Seite der Sozialdemokratie fallen ſehen. Er bekämpft und verfolgt ſie mit Worten, aber er kann den Maßregeln, die zur wirkſamen Bekämpfung beſtimmt ſind, nicht zuſtimmen. Das war eine nachträgliche Betrachtung, die mir abgenötigt iſt durch die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Richter außerhalb der heutigen Diskuſſion. Ich möchte dabei den Herrn Abgeordneten Richter auch noch an etwas anderes erinnern. Er hat bei dieſer Gelegenheit und bei mehreren anderen mir vorgeworfen, daß ich krank wäre und daß meine ſchwache Geſundheit mich ſehr häufig hindert, meinen Pflichten ſo nachzukommen, wie es wohl wünſchenswert wäre. Meine Herren, ich kann das nicht leugnen, es iſt mir nur überraſchend, daß jemand, der nachdenkt über dieſe Sache, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe ſie mir ehrlich verdient im Dienſt des Landes und des Königs und ſie gewonnen durch Überanſtrengung meiner Kräfte in dieſe mDienſt. Ich möchte doch dafür dasſelbe Benefizium in Anſpruch nehmen, wie ein Soldat, der verwundet und invalid iſt und dem man den geforderten Abſchied verweigert und der aus Gründen, die man achten ſollte, in ſeiner Stellung bleibt. Ich verbleibe auf Wunſch Seiner Majeſtät des Kaiſers und Königs in meiner Stellung, den ich in dieſer Lage gegen ſeinen

Willen nicht verlaſſen kann; ſonſt wüßte ich nicht, was mich hielte und veranlaßte, für die Herren die Unannehmlichkeiten unſrer gegenſeitigen Beziehungen zu verlängern.

Aber mir Krankheit unter ſolchen Umſtänden vorzuwerfen, das iſt doch, ich will mich mäßig ausdrücken, Mangel an Zartgefühl. Indeſſen ich erwarte Zartgefühl von dem Herrn Abgeordneten Richter nicht. Ich will mich nur dispenſiert halten, auf dieſes Thema zurückzukommen, wenn er mir wieder vorwirft, daß ich nicht hier bin.

Ich wende mich dann zu dem, was der Herr Abgeordnete Bebel geſtern geſagt hat. Bei ihm nehme ich nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles deſſen, was er geſagt hat, bekannt geweſen iſt. Es iſt ihm erzählt, er hat es geglaubt und erzählt es weiter. Wenn er dieſe Zuſammenſtellung von Wahrem und Falſchem, die ich mir aus dem geſtrigen Berichte haben geben laſſen, ſelbſt erfunden hätte, nun dann hätte er vielleicht Talent, Korreſpondent der „Times“ oder ſonſt einer größeren Zeitung zu werden. Und ich könnte ihm dieſe ſehr einträgliche Beſchäftigung empfehlen. Er fängt ſeine Geſchichtserzählung mit Details an, als hätte er ſie genau im Gedächtnis oder ſelbſt erlebt, mit Anführungszeichen bei Worten von mir, die er anführt, aber leider ſetzt er ſie etwas zu früh an. „Im September 1862 erſchien eines Sonntags in Mitte unſeres Komités ein Herr Eichler im Auftrag der preußiſchen Regierung, ſpeziell des Fürſten Bismarck.“ Nun wiſſen die Älteren unter uns, daß ich in meine amtliche Funktion eingetreten bin am 23. September 1862, alſo in der letzten Woche dieſes Monats, in welchem ich den Eichler mit dem Auftrage verſehen haben ſollte — ich kam damals aus dem Auslande nach einer Abweſenheit von ich weiß nicht wie viel Jahren, aber während welcher ich keine Gelegenheit gehabt hatte, mich mit inländiſcher Politik, namentlich mit einem ſo wenig bekannten Mann wie Eichler, zu beſchäftigen. Ich habe damals von der Exiſtenz Eichlers gar nichts gewußt und ſollte im September 1862, alſo in dem Moment, wo ich aus der behaglichen Temperatur der Diplomatie in das ſehr heiße Gefecht gegenüber dem damaligen Landtag hineingeriet, wo ich jeden Abend Kommiſſionsſitzung hatte, wo ich ſozuſagen froh war, wenn ich das miniſterielle Leben weiter führen konnte, wo ich Kollegen zu werben, nach Paris zurückzugehen, und mich zu verabſchieden hatte — in der Zeit ſoll ich hier mit Herrn Eichler geſprochen haben, ſo daß dieſer damals ſchon und im

ſpeziellen Auftrag des Herrn von Bismarck auftreten konnte. Ja, wenn man jedem Manne von der Kategorie wie Eichler alles glauben will, wenn er ſich mit Beziehungen zu mir rühmt, ſo kann man damit weit kommen. Bei dieſem iſt es einfach nicht möglich, das iſt eine einfach nachgewieſene Lüge, die ſich der Herr Abgeordnete Bebel aufbinden ließ, ich weiß nicht, von wem, die er doch mit mehr Vorſicht und Prüfung hier vortragen ſollte. Mag Eichler ſelbſt ein ſo verlogener Menſch ſein wie er will, wenn er behauptet hätte, er hätte von mir einen Auftrag erhalten, ſo iſt das gar nicht möglich nach der Zeit in der einzigen Woche des September, in der ich überhaupt Miniſter geweſen bin. Mir iſt er nur erinnerlich, weil er ſpäterhin Forderungen an mich geſtellt hat für Dienſte, die er mir nicht geleiſtet hatte. (Ruf! Aha!) Aha! Weiß der Unterbrecher vielleicht, wenn er ſie geleiſtet hat, ſo bitte ich, ſich zu melden. Ich ſagte, mir hat er ſie nicht geleiſtet; aber es iſt zu bedauern, daß ſolche Unterbrechungen anonym bleiben, man hat dann keine Anhaltspunkte, zu entgegnen.

Bei der Gelegenheit erſt iſt mir in Erinnerung gekommen, daß Herr Eichler im Dienſte der Polizei geweſen iſt, und daß er Berichte geliefert hat, von denen einige zu meiner Kenntnis gekommen ſind, aber es iſt das nicht mein ſpezielles Departement, und ich habe mit dieſen Leuten niemals direkte Verbindung gehabt. Von dieſen Berichten betraf keiner die ſozialdemokratiſche Partei, ſie bezogen ſich vielmehr auf die intimen Verhandlungen der Fortſchrittspartei, und wenn ich nicht irre, des Nationalvereins. Das iſt das einzige von dieſem Agenten, wobei ich mich erinnere den Namen gehört zu haben. Im übrigen kann ich verſichern, daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geſchäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Laſſalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur als ſeine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl ſprechen. Aber der Inhalt iſt vollſtändig von Anfang bis zu Ende unwahr angegeben, und Herrn Bebel wird es gewiß lieb ſein, dies zu erfahren, denn ich ſtelle dadurch der Sozialdemokratie das Zeugnis aus, daß ſie nie gebuhlt hat mit der miniſteriellen Macht, um ſich zum Werkzeug gegen andere Parteien gebrauchen zu laſſen. Aber es iſt auch unwahr, daß das von miniſterieller Seite jemals verſucht worden iſt. Es haben auch zu meinem Bedauern andere Herren bei ihren Wahlreden Andeutungen gemacht, daß

„maßgebende“ Perſönlichkeiten ſich mit den Sozialiſten eingelaſſen hätten; es iſt dies eine Gattung von Beredſamkeit, die da angebracht werden kann, wo ſie keine Widerlegung findet, aber hübſch iſt es nicht, wenn ſolches argumentum ad hominem gegen beſſeres Wiſſen und Urteil gebraucht wird. Ich brauche niemand zu nennen, jeder wird ſich ſelbſt ſeiner Wahlreden erinnern. Was die Fabel betrifft, daß ich damals überhaupt mit den Sozialiſten gegen die Fortſchrittspartei mich hätte einlaſſen wollen, jeder der noch das Gedächtnis an jene Zeit hat, wird ſich erinnern, daß unſere Politik im Winter von 1862 auf 1863 ſo lag, daß ich offenbar auf Verſöhnung und nicht auf einen Konflikt mit dem Landtage rechnete. Ich brauche nur an das Vinckeſche Amendement zu erinnern, deſſen Genehmigung von ſeiten Seiner Majeſtät des Königs ich damals erreicht hatte, was aber die dadurch angeſtrebte Vermittlung nicht brachte, weil ich mich auch noch auf die Motive verpflichten ſollte. Es iſt nicht meine Abſicht, alte Streitigkeiten zu erneuern, ſondern zu beweiſen, daß ich damals durchaus nicht in der Stimmung war, nach einem Bündnis mit wilden Völkerſchaften zu ſuchen, ſondern daß mein Streben auf Verſöhnung gerichtet war. Auch dieſe Eichlerſche Summe von 60 bis 80 000 Thalern, wo hätte ich ſie hernehmen ſollen, weil wir keine geheime Fonds hatten, der ganze Eichler exiſtierte nicht, und ich bitte den Abgeordneten Bebel, demjenigen, der ihm das aufgebunden hat, zu ſagen, er wäre einfach ein Lügner. Der Abgeordnete Bebel iſt zu entſchuldigen, denn es iſt nicht denkbar, daß jemand hier etwas ſagen ſollte, von deſſen Wahrheit er nicht überzeugt wäre. Alſo auch das Abweiſen des Herrn mit ſeinem Angebot hat niemals ſtattgefunden, „dann trat Laſſalle auf“ — gewiß trat er auf — „und von neuem machte die Regierung die äußerſten Anſtrengungen, mit Laſſalle, der es nicht ſuchte, in Verbindung zu treten, und die Verhandlungen wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauſes und die Gräfin Hatzfeldt angefangen.“

Das macht mir beim Leſen einen komiſchen Eindruck; ſelbſt in jenen Kreiſen kann man alſo ohne eine gewiſſe Staffage aus den höchſten Geſellſchaftskreiſen nicht auskommen. Ein königlicher Prinz, eine Gräfin und ein Geſandter werden hineingezogen. Das gehört zur Dekoration, um das ganze glaublich zu machen, und um dem Zuhörer, welcher nach ſeinem Bildungsgrade unfähig iſt, zu prüfen, eine Idee von der Wichtigkeit beizubringen. Ich bedaure, daß man dem Abgeordneten Bebel den

königlichen Prinzen, es giebt deren sehr viele, gar nicht näher bezeichnet hat. Wenn er seinen Gewährsmann darum vielleicht bitten wollte, es wäre von historischem Interesse, den Prinzen unter den 6 oder 8, die damals lebten, näher zu bezeichnen. Bis dahin muß ich mir aber erlauben, dies positiv zu bestreiten. Ich wenigstens habe keiner prinzlichen Verbindung bedurft, um zu Lassalle zu gelangen oder ihn zu mir zu bringen, und die Frau Gräfin Hatzfeldt habe ich nicht die Ehre zu kennen, ich habe sie zum letztenmal in meinem Leben 1835 im Hause ihres Schwagers gesehen. Also diese Vermittlung ist eben eine Erfindung in usum einfältiger Leute, die aber vor Leuten, wie hier sind, nicht hätte vorgebracht werden sollen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und wenn ich einmal Zeit gefunden haben werde, in alten Papieren zu suchen, glaube ich die Briefe noch zu finden, welche den Wunsch aussprechen und die Gründe enthalten, die mich bewegen sollten, seinen Wunsch zu erfüllen, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche 3—4 mal gesehen, sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mri Lassalle bieten und geben können! Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrund steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß, was kannst Du armer Teufel geben? Er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle allschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft, aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Aber diesen kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein quos ego zugeschleudert, sie mit

Hohn in ihr Nichts zurückgewieſen und würde ſie außer ſtande geſetzt haben, ſeinen Namen zu mißbrauchen. Laſſalle war ein energiſcher und ſehr geiſtreicher Menſch, mit dem zu ſprechen ſehr lehrreich war, unſere Unterredungen haben ſtundenlang gedauert und ich habe es immer bedauert, wenn ſie beendet waren. Dabei iſt auch unrichtig, daß ich mit Laſſalle auseinandergekommen ſein ſoll in dieſer Art von perſönlichen Beziehungen, von Beziehungen perſönlichen Wohlwollens, wie es ſich zwiſchen uns gebildet hatte, indem er offenbar den angenehmen Eindruck hatte, daß ich in ihm einen Mann von Geiſt ſehe, mit dem zu verkehren angenehm war, und er ſeinerſeits den angenehmen Eindruck hatte, daß ich ein intelligenter und bereitwilliger Hörer war. Von Verhandlungen war ſchon deshalb nicht die Rede, weil ich in unſeren Unterredungen wenig zu Worte kam, er trug die Koſten der Unterhaltung allein, aber er trug ſie in angenehmer und liebenswürdiger Weiſe und jeder, der ihn kannte, wird mir in der Schilderung Recht geben. Er war nicht der Mann, mit dem beſtimmte Abmachungen über das do ut des abgeſchloſſen werden konnten, aber ich bedaure, daß ſeine politiſche Stellung und die meinige mir nicht geſtatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieſer Begabung und geiſtreicher Natur als Gutsnachbarn zu haben. Wenn dieſer Mann durch ſeinen Geiſt und und ſeine Bedeutung mich anzog, ſo iſt es ja, abgeſehen davon, meine Pflicht als Miniſter, mich über die Elemente, mit denen ich es zu thun habe, zu belehren, und ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunſch hätte, ſich abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genoſſen ſich den Zukunftsſtaat, auf den ſie uns durch Niederreißen alles deſſen, was beſteht, was uns teuer iſt und ſchützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken.

Es iſt das Beſprechen außerordentlich ſchwierig, ſo lange wir darüber in demſelben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in ſozialdemokratiſchen Verſammlungen; ſie erfahren auch nichts davon, es wird verſprochen, es werde beſſer werden, es gebe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es kommt, ſagt kein Menſch, namentlich woher es auf die Dauer kommt, wenn die Teilung, die Beraubung der Beſitzenden einmal geſchehen ſein wird, denn dann wird vielleicht der Arbeitſame und Sparſame wieder reich werden, und der Faule und

Ungeschickte wird wieder arm werden, und wenn das nicht ist, wenn jedem das seinige von oben her gleichmäßig zugewiesen werden soll, gerät man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht, und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrole, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann, aber wer werden dann die Aufseher sein, in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden; ich glaube, niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen; — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten denken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen; deshalb hören wir nie von einem positiven Programm, nur von der Negation des bestehenden. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch, was mir Lassalle darüber mitteilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt; — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen.

Auch die Geschichte mit dem baierischen Gesandten, — ich berührte es schon vorhin — ist eine von diesen Verzierungen bei Geschichtserzählungen, die so aussehen, als wüßte man ganz genau, was passiert ist. Ich kann ja keine Erinnerung haben von Zeiten vor 13 oder 15 Jahren; aber sie ist nach Einrichtung meines Hauses ganz absolut unmöglich; denn ein Gesandter und überhaupt, wer nicht zu meinen Kollegen oder zum Dienst Seiner Majestät gehört, wird mir nie unter keinen Umständen unvorbereitet angemeldet, mag jemand bei mir sein oder nicht, sondern jeder Gesandte ist in der Notwendigkeit, zu schicken und zu fragen, welche Stunde ich ihm geben kann, und zu der Stunde natürlich muß ich ihn empfangen, da kann kein Lassalle mich abhalten.

Also daß dieser Gesandte einer in partibus infidelium ist, darüber kann jeder von den Herren, die einen Beweis darüber erheben wollen, meine Dienerschaft vernehmen lassen, die wird ihm sagen, daß solch eine Meldung zu unrechter Zeit in meinem Hause ganz unmöglich ist.

Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyierung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyierung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht acceptiert mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition. In den deutschen Rivalitäten mit den Gegnern des Reichs war die Karte einmal ausgespielt, und wir haben sie als auf dem Tische liegende Hinterlassenschaft mitgefunden. Einen so festen Glauben an die bessere Wirkung eines anderen Wahlrechts hatte ich nicht, daß wir im Kampfe mit unseren Nebenbuhlern dieses populäre und von der früheren Frankfurter Versammlung hinterlassene Mittel hätten ablehnen sollen; eine feste Überzeugung von der Wirkung der einzelnen Wahlsysteme habe ich damals schwerlich gehabt. Es ist das wohl auch für niemand leicht, obschon wir nun schon eine langjährige Probe der Wirkung verschiedener Wahlsysteme in denselben Ländern neben einander haben. Wir haben ja einen Reichstag infolge des allgemeinen Stimmrechts; wir haben ein anderes Wahlsystem im preußischen Landtag. Nun, meine Herren, es sind ja viele, die Mitglieder beider Versammlungen sind, Sie können sich doch einigermaßen ein Urteil über die Wirkung der beiden Systeme in demselben Land bilden, und jeder wird sich ja sagen können, die eine oder die andere Versammlung macht einen richtigeren, würdigeren, besseren parlamentarischen Eindruck oder nicht. Ich will lieber, wird der eine sagen, mit dem Reichstag verkehren, der andere sagt vielleicht mit dem Landtag. Meine Herren, ich will da kein Konklusum ziehen, ich will weder dem Landtag etwas unangenehmes, noch dem Reichstag eine Schmeichelei sagen; aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Stimmrecht bisher ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse und daß ein anderes, namentlich ein besseres, sein Examen bereits bestanden

hätte. Es wird ja auch bei uns der Wähler mit der Zeit urteilsfähiger werden, er wird nicht mehr den beliebigen Versicherungen seiner Abgeordneten, seines Kandidaten, unbedingt Glauben schenken über alles, was nachteiliges über die Regierung sich vorbringen läßt, er wird nicht vielleicht bloß eine Zeitung lesen, er wird auch mehr Vertrauen vielleicht zu den Leitern gewinnen, die er jetzt verschmäht. Ich habe darin noch bis jetzt nichts zurückzunehmen, obschon ich alle die Anträge bereitwillig und unparteiisch würdige, die in dem allgemeinen Stimmrecht einen Teil der Ursachen unserer Schäden suchen. Ich sage nur: überzeugt bin ich nicht, ich lasse mich gern überzeugen und sehe kein Verbrechen darin, das allgemeine Stimmrecht mit einem gescheuten Menschen seiner Zeit besprochen zu haben.

Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu Produktivgenossenschaften — das ist auch eine Sache, von deren Unzweckmäßigkeit ich noch heute nicht überzeugt bin. Der Versuch, ich weiß nicht, ob unter dem Eindruck von Lassalles Raisonnement oder unter dem Eindruck meiner eigenen Überzeugung, die ich zum teil in England während eines Aufenthalts im Jahre 1862 gewonnen hatte — mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England im blühenden Verhältnisse existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit Seiner Majestät, der für das Schicksal der arbeitenden Klassen ein natürliches, angeborenes Wohlwollen und Fürsorge hat, gesprochen, und der König hat damals aus eigenen Privatmitteln eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Überzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brod gekommen war und sich hier meldete, etwas derart zu versuchen. Es sind hier darüber Worte zitiert, die ich mit einem Herrn Paul, einem von diesen Arbeitern, gewechselt haben soll. Ich weiß nicht mehr — er mag ein besseres Gedächtnis haben, als ich — was ich mit ihm gesprochen habe, aber das bin ich nach meiner Selbstkenntnis sicher, daß ich eine Summe von 6–7000 Thalern nicht „Lumperei" genannt habe, und wenn die Herren das Wort „Lumperei" brauchten, warum haben sie es denn nicht lieber an das Hundertmillionenprojekt geknüpft, da wäre es viel wirksamer gewesen, an das Hundertmillionenprojekt, das ich Lassalle zugesagt haben soll. Wenn

man etwas derartiges großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man hundert Millionen dazu gebrauchen könnte — es sind Thaler gemeint — aber so ganz thöricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht. Wir stellen im landwirtschaftlichen Ministerium Versuche an über landwirtschaftliche Systeme, wir versuchen auch wohl in unserer Fabrikation — wäre es nicht nützlich, auch in der Beschäftigung der Menschen und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen soziale Frage, durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen Versuche zu erneuern? Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber es war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik wurde thätiger, während des Konflikts war viel mehr Zeit für dergleichen übrig als später.

An der Spitze der Versuche stand ein achtbarer Name, der Landrat Olearius, aber man kann, ob der Gedanke überhaupt fehlerhaft war, an einem solchen Experiment in kleinem Stil nicht beurteilen. In ganz großem Stil würde es sich aber vielleicht auch nicht durchführen lassen; solche Etablissements wie zum Beispiel das von Krupp unter einer anderen als monarchischen Verfassung gedacht, unter einer republikanischen, wären nicht möglich. Aber in der gewöhnlichen landläufigen Fabrikation halte ich diesen Weg, dem Arbeiter zu einer besseren Existenz zu verhelfen, durchaus nicht ausgeschlossen und sehe auch für einen Staatsmann kein Verbrechen darin, wenn er zu dem Behufe den Arbeitern, die eine Assoziation bilden wollen, Staatshilfe gewährt, namentlich um Versuche in der Richtung zu machen. Ich habe, soweit meine Erinnerung reicht, den Eindruck erhalten, daß der ganze fabrizierende Teil der Einrichtung und der Beschäftigung gar keine Schwierigkeiten bot; es war der kaufmännische, in dem die Sache stockte, die Verwertung der gewonnenen Produkte durch Reisende, in Lagern, in Magazinen, durch Proben. Das alles ließ sich nicht machen innerhalb einer Sphäre, die die Arbeiter übersehen konnten. Es kann auch vielleicht daran liegen, — und dann wäre es vielleicht eine dauernde Unmöglichkeit — daß den deutschen Arbeitern das Maß von Vertrauen zu einander und zu höher Gestellten und von Wohlwollen unter einander nicht eigen ist, wie wir es in England in

den englischen Assoziationen kennen. Aber wie man mir daraus einen Vorwurf machen kann, daß ich mit Geldern, die nicht Staatsmittel waren, sondern die Seine Majestät aus Privatmitteln dazu geschenkt hatte, einen solchen Versuch machte, kann ich nicht verstehen, und daß man daran einen gewissen Anklang macht, als wenn es eine Schlechtigkeit von mir gewesen wäre, daß ich als Minister das angeraten hätte. Der Fehler könnte umgekehrt nur in der Lässigkeit gefunden werden, daß ich die Versuche nicht fortgesetzt hätte. Nur auf die Heiterkeit der Zuhörer ist es wohl berechnet, daß mehrere Minister „diese schlechte Schundware zu den teuren Preisen haben nehmen müssen." Hier sitzen auch mehrere Minister und die Tradition von solchen Wunderlichkeiten würde sich doch in den Bureaus fortgesetzt haben, man würde wissen, wo der Schund geblieben ist, und das sind doch Dinge, die in einer ernsten Versammlung, wie dieser, nicht behauptet werden sollten.

Was nun weiter erzählt wird: nach Lassalle trat Dr. Dammer ein, — das sind mir ganz unbekannte Namen. Ebenso muß ich zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht weiß, wer Fritzsche ist, während hier gesagt wird, daß Fritzsche über alle diese Versammlungen an den Fürsten Bismarck berichtet habe. Ja, das hat wieder einer Herrn Bebel vorgelogen, ich weiß nicht wer, vielleicht Fritzsche selbst — ich weiß nicht, wer Fritzsche ist. Dann bitte ich sehr um Verzeihung, dann ist es ja nicht möglich, ein Abgeordneter kann ja so etwas nicht thun. Ich möchte doch Herrn Fritzsche bitten, Zeugnis darüber abzulegen, ob er jemals einen Bericht an mich geschrieben hat, ob er ein Zeugnis darüber hat, daß ich je einen Bericht von ihm gelesen habe. Wenn er anwesend ist, so ist ja der Zeuge gleich zur Hand, warum sollte er nicht für Herrn Bebel aufstehen, wenn er bereit ist, darauf einen Eid zu leisten? Ich werde dann vielleicht die Möglichkeit haben, die Sache bis dahin zu treiben. Wenn es ein Abgeordneter ist, so bitte ich tausendmal um Verzeihung, wenn ich Bedenken bezüglich der Wahrhaftigkeit geäußert habe, aber das war mir ganz entgangen. Hat der Herr wirklich etwas für mich blau anstreichen müssen? es wäre mir interessant, zu erfahren, wer Herrn Bebel diese Geschichte aufgebunden hat. Was andere gethan haben, weiß ich nicht. Daß ich Herrn Wagener nach Eisenach geschickt habe, um mir Bericht zu erstatten über die Ergebnisse der dortigen Verhandlungen — war deinfach meine Pflicht und Schuligkeit, daß ich irgend jemand

hinſchickte, und der Geheimrat Wagener war für dieſe Sachen ein durchaus ſachkundiger Mann, ein Mann von Geiſt; daß er ſeinen damaligen Sekretär Rudolph Meier mitgenommen hat, habe ich nicht gewußt; es iſt, ſo viel ich weiß, derſelbe Rudolph Meier, der bei der Reichsglocke beſchäftigt geweſen iſt, mit dem ich Prozeſſe gehabt habe, die mir durch das Wohlwollen der Gerichte ſo unangenehm wie möglich gemacht wurden, und von dem ich nie vermutet habe, daß ich irgend einer Gemeinſchaft mit ihm angeklagt werden ſollte. Ich höre durch alles dieſes die leiſen Reichsglockenklänge noch durchtönen.

Ich komme zu der Frage noch zurück, wann und warum ich meine Bemühungen um ſoziale Verhältniſſe aufgegeben habe und wann überhaupt meine Stellung zu der ſozialen Frage eine andere geworden iſt — ſozialdemokratiſche mochte ſie ſich damals nennen. Es ſtammt dies von dem Augenblick her, wo in verſammeltem Reichstag, — mein Gedächtnis verläßt mich da wie bei Fritzſche — ich weiß nicht, war es der Abgeordnete Bebel oder Liebknecht, aber einer von dieſen beiden, in pathetiſchem Appell die franzöſiſche Kommune als Vorbild politiſcher Einrichtungen hinſtellte und ſich ſelbſt offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieſer Mörder und Mordbrenner bekannte. Von dieſem Augenblick an habe ich die Wucht der Überzeugung von der Gefahr, die uns bedroht, empfunden; ich war inzwiſchen abweſend geweſen durch Krankheit und Krieg, ich habe mich dabei nicht um dieſe Dinge bekümmert — aber jener Anruf der Kommune war ein Lichtſtrahl, der in die Sache fiel, und von dieſem Augenblick an habe ich in den ſozialdemokratiſchen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Geſellſchaft ſich imſtande der Notwehr befindet. Die Verſuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verſchiedenen Akten der Geſetzgebung, die wir hatten, ſind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstags; Sie wiſſen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe ſogar viel Vorwürfe darüber hören müſſen, aber es hat von dem Augenblick an an Verſuchen, dem Sozialismus entgegen zu treten, nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtloſigkeit unſerer Verſuche, von der man immer ſpricht; wir haben gar nicht nötig, in Deutſchland zu den draſtiſchen Mitteln wie in Frankreich zu greifen, aber Frankreich iſt von dem Vorort des Sozialismus ſehr erheblich zurückgetreten auf, einen Standpunkt, mit dem die Regierung und die Geſellſchaft es aushalten kann. Wodurch denn? Etwa durch die Über-

zeugung? Nein! Durch gewaltsame Repressionen, durch Mittel, die ich gar nicht zur Nachahmung bei uns empfehlen möchte, und ich hoffe, wir werden dahin bei uns nicht kommen. England hat für alle dergleichen Exzesse und Vergiftungen der öffentlichen Meinung sehr viel strengere Strafen; wer dort angefaßt wird, dem ist eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen das mindeste, was er bekommt. Was ist aber ein englisches Gefängnis? Das ist nicht, wie hier am Plötzensee, wo ja die Herren sich ganz behaglich finden, sondern da ist eine hölzerne Pritsche und weiter nichts, das ist, wie wenn jemand auf Latten liegt, und solche 30 Tage Gefängnis ist nicht etwas, was jemand so leicht erträgt, wie zwei Monat Plötzensee. Ist denn dieser rhetorische Appell, der damals an die Kommune gemacht wurde, dieser Appell an die Drohungen und die Gewaltthat, ist denn der bloß als eine rhetorische Form zu nehmen, hat er sich denn nicht in langjähriger Preßthätigkeit fortgesetzt? — seit Jahren habe ich diese Presse beobachtet, und die Aufforderung zur Gewaltthat und die Vorbereitung auf künftige Gewaltthat ist ja in der Presse sehr erkennbar — immer gezeigt, auch ohne daß es so deutlich wird, wie in den letzten Wochen. Ich erinnere mich eines Artikels aus einem sozialistischen Blatte ich habe ihn zwar nur in dem Auszuge, welchen die „Post“ von demselben gegeben hat, gelesen —, da war der Mord des Generals Mesenzow als eine gerechte Hinrichtung geschildert und in wenig mißverständlichen Ausdrücken die Anwendung des ähnlichen Systems auf unsere deutschen Verhältnisse empfohlen, und er schloß mit dem Worte: discite moniti!

Nun, meine Herren, der Artikel wird Ihnen wohl allen in der Erinnerung sein; es war nicht etwa ein lapsus calami, sondern ganz in jüngster Zeit habe ich aus denselben Kreisen einen anderen Artikel gelesen, wahrscheinlich von derselben Zeitung, in dem gesagt war: alle unsere Beschlüsse, unsere Gesetze könnten der Sozialdemokratie gar nichts thun, aber die Gesetzgeber und alle, die dabei mitwirken, möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal recht klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen, und es schloß auch mit der deutlichen Wendung der deutschen Übersetzung des discite moniti! mit dem Anklang an den ersten Artikel, der so große Entrüstung erregte; mit dem Rufe: ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nicht anderem als vor dem nihilistischen Messer und der Nobilingschen Schrotflinte.

Ja, meine Herren, wenn wir in einer ſolchen Weiſe unter der Tyrannei einer Geſellſchaft von Banditen exiſtieren ſollen, dann verliert jede Exiſtenz ihren Wert, und ich hoffe, daß der Reichstag den Regierungen, dem Kaiſer, der den Schutz für ſeine Perſon, für ſeine preußiſchen Unterthanen und ſeine deutſchen Landsleute verlangt, — daß wir ihm zur Seite ſtehen werden. Daß bei der Gelegenheit vielleicht einige Opfer des Meuchelmords unter uns noch fallen werden, das iſt ja ſehr wohl möglich, aber jeder, dem das geſchehen könnte, mag eingedenk ſein, daß er zum Nutzen, zum großen Nutzen ſeines Vaterlandes auf dem Schlachtfeld der Ehre bleibt.

Rede bei der zweiten Leſung des Sozialiſten-Geſetzes im Reichstage.

Gehalten am 9. Oktober 1878.

Bevor ich mich zu Art. 1 der Vorlage wende, nötigen mich einige Äußerungen des Herrn Vorredners (Herr Sonnemann) zu einer Widerlegung, reſpektive Beleuchtung. Ich habe einmal den Inſinuationen, die er in bezug auf die Publikationen im Tageblatt — ich kenne das Blatt weiter nicht, er hat es genannt — gemacht hat, gegenüber zu erklären, daß die verbündeten Regierungen und jede von ihnen, namentlich aber die preußiſche, dieſen Publikationen abſolut fremd iſt. Erfordert dieſe Frage eine weitere Diskuſſion und Nachweis, ſo überlaſſe ich den meinen Herren Kollegen, und nur um bei der außerordentlichen Länge der Zeit, welche dieſe Debatten in Anſpruch nehmen, um dieſelben heute nicht noch mehr durch neue Reden von der Regierungsbank in die Länge zu ziehen, habe ich es auf mich genommen, dieſe Rektifikationen zu machen.

Wenn ich weiter auf verſchiedene Punkte der Rede des Herrn Vorredners eingehe, ſo geſchieht es nicht, weil deren ſachlicher Inhalt mich dazu veranlaßte. Ich glaube auch nicht, daß ſie eigentlich für dieſen Saal, reſpektive für mich und die Regierung gerade berechnet war, ſondern der Umſtand, welcher mich veranlaßt, Intereſſe zu nehmen, liegt auf dem Gebiet meiner diplomatiſchen Wahrnehmungen. Ich habe nämlich das Blatt

des Herrn Vorredners, das bekannte, ab und zu mit ziemlicher Aufmerksamkeit gelesen. Ich habe gefunden, daß das Urteil und die Haltung desselben immer genau koinzidierten mit dem Urteil und der Haltung der französischen offiziösen Presse. Ich reproduziere ja nur, was ich gefunden habe, Sie können ja selbst nachforschen, wenn Sie die französische offiziöse Presse kennen, was Sie aber nicht nachforschen können, was ich aber erfahren kann, daß ich mitunter in dem Blatte des Herrn Vorredners Sachen gelesen und erfahren habe, die mir am andern oder am dritten Tage darauf durch die gesandtschaftliche Meldung als Äußerungen der französischen Regierung bestätigt wurden.

Ich schreibe also dem Herrn Vorredner Beziehungen zur französischen Regierung zu, die ja der Chef eines großen Blattes haben kann, die natürlich auf keinem Interesse auf seiner Seite, sondern nur auf einem Wohlwollen, das ihm eine Regierung, wie die französische, einflößt, beruhen. Alles, was der Herr Vorredner hier gesagt hat, ist auf Schwächung der Institutionen und auf Schwächung der inneren Festigkeit des Reichs, auf Diskreditierung der Personen, die an der Spitze des Reichs stehen, berechnet. Denken Sie sich einen französischen Revanchepolitiker dieser Tribüne zugänglich, hätte er nicht ganz dieselbe Rede halten können?

Ich habe während meines langjährigen politischen Lebens einige Republikaner kennen gelernt, die Stützen jeder Opposition gegen die damalige preußische Regierung waren und die in Verbindung waren mit allem, was die preußische Regierung schwächen konnte, ich habe nachher bei diesen Personen, was natürlich bei dem Herrn Vorredner nicht zutrifft, Gelegenheit gehabt, während des Krieges mit Frankreich die Motive kennen zu lernen, welche sie veranlaßten, die preußische Regierung zu bekämpfen und zu schwächen, und mit den Bestrebungen, welche uns der Republik annäherten, und die sie verwerten konnten, zu sympathisieren. Der Herr Vorredner ist ja über jeden Verdacht durch seine Stellung als Abgeordneter erhaben, aber mit besonderem Interesse entnahm ich aus seinen Reden und Druckschriften mit Sicherheit, mit einer durch die diplomatischen Berichte bestätigten Sicherheit, wie die französische Regierung über unsere Angelegenheiten denkt und welche Akkorde sie angeschlagen zu sehen wünscht. Ich erwähne rein die Thatsachen ohne irgendwelche Schlußfolgerungen dazu zu machen. Der Herr Vorredner

hat in seinen Äußerungen uns das Beispiel des Auslandes vielfach empfohlen, er hat sich dabei auf die englische, amerikanische und auf die französische Presse bezogen. Ich habe die französische Presse über unsere Vorlage auch gelesen und habe namentlich in den Blättern, die eine Erstarkung Deutschlands nicht wünschen, dieselbe Kritik gefunden, die der Herr Vorredner uns hier gegeben hat. Auch die französischen Erscheinungen auf dem Gebiet, welches wir besprechen, hat der Herr Vorredner mit besonderem Wohlwollen behandelt, wenn ich nicht irre, so führte er uns Frankreich als mustergiltig für die schonende und regelmäßige Behandlung der Gegner der Regierung an und sagte, niemals werden die Sachen der Sozialisten oder Kommunisten den Geschworenengerichten entzogen. Meine Herren, der Herr Vorredner ist ja so genau vertraut mit den französischen Verhältnissen, hat ja ein so wohlwollendes Interesse für dieselben, was ja auch nicht ohne Gegenseitigkeit sein und bleiben kann, daß es ihm unmöglich entgangen sein kann, daß alle Kommunards durch die Kriegsgerichte abgeurteilt worden sind, daß sie flugs erschossen, deportiert, mit Rücksichtslosigkeit, wie keine andere Nation durchzuführen imstande ist, wie die Franzosen, und dieselben haben sich dadurch von dieser Krankheit zeitweise geheilt und Deutschland dadurch den Vorzug gewonnen, der Vorort der Sozialisten zu werden, der früher Frankreich war, nachdem man in Frankreich damit aufgeräumt hat. Sollte dies dem Herrn Vorredner entgangen sein? Wie kann er angesichts dieser ganz frischen Thatsachen, angesichts der Ebene von Grenelle, die eine Zeit lang keinen Tag aufgehört, vom Blute der Erschossenen zu rauchen, wie kann er einer so erleuchteten Versammlung, wie dieser, gegenüber behaupten, daß die Sachen in Frankreich nie den Geschworenengerichten entzogen worden seien. Das macht mich bedenklich und er könnte mit diesen seinen Auffassungen sehr gut zur Elsässer Protestpartei gehören, vielleicht auch zur sozialistischen. Ich weiß nicht, ob er sich dazu zählt, innerhalb des Fortschritts hat er meines Erachtens damit schon kaum einen Platz. Das Ausland wünscht unsere Schwäche natürlich, nicht immer aus bösem Willen, vielleicht aus Sorge, daß wir übermächtig werden würden, kurz und gut, es wünscht unsere Schwäche, und alle, die unsere Institutionen zu schwächen streben, arbeiten, der Herr Vorredner gewiß unbewußt und ohne böse Aussicht, dem Ausland in die Hände.

Der Herr Vorredner hat sich darüber beschwert, daß ich

mich im Interesse der Herstellung des Friedens an ein englisches Blatt gewendet habe und nicht an ein deutsches. Ja, das ist doch ein Vorwurf, den er mir bei einigem Nachdenken über den Zweck, den ich anstrebte, nicht gemacht haben würde, denn es handelte sich damals darum, auf die englische öffentliche Meinung Eindruck zu üben. Wenn ich mich z. B. an das Blatt des Herrn Vorredners gewendet hätte, um England zu überzeugen, daß es wegen Batum keine Kriegsfrage machen sollte, hätte die Stimme des Herrn Vorredners in England vielleicht denselben Widerhall gefunden, wie die Stimme der „Times"? Ich bin nicht einmal sicher, ob der Herr Vorredner den Frieden in gleichem Maße gewünscht hätte, ich bin auch nicht vom Gegenteil sicher; in bezug auf die „Times" hatte ich die Überzeugung, daß sie den Frieden wünschte, sie ist in England mächtig, und man setzt sich doch mit Kräften in Verbindung, von denen man Erfolg erwartet, aber nicht zu lediglich publizistischer Schaustellung, sondern für politische Zwecke, die auf keinem anderen Wege zu erreichen sind. Wenn ich mich zum Art. 1 wende, so will ich von der Latitüde, die der Herr Präsident uns gewährt, in allgemeine Fragen und andere Paragraphen überzugreifen, zwar nicht in demselben Maße, wie der Herr Vorredner, Gebrauch machen, aber der Umstand, daß ich an der ersten Beratung nicht vollständig teil genommen habe, wird mich vielleicht entschuldigen, wenn ich auf einige andere Paragraphen und auf allgemeine Betrachtungen zurückkomme. Ich knüpfe indessen zunächst an § 1 an. Ich habe schon bei der ersten Lesung mir erlaubt zu bemerken, daß ich eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist, also auch einen Verein, der sich den Zweck gesetzt hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, den Arbeitern einen höheren Anteil an den Erträgnissen der Industrie zu gewähren, und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen, so weit die Grenzen, die durch die Konkurrenz und die absatzfähige Fabrikation gegeben sind, beide Bestrebungen noch gestatten. Solche Vereine mit positivem Zweck sind auch in Deutschland gar keine Neuerung. Sie finden sie vor mehr als einem halben Jahrtausend in derselben Thätigkeit wie heute. Sie haben im Anfang des 14. Jahrhunderts in den großen deutschen Städten von Breslau bis Kolmar Beispiele von Strikes, könnte ich in dem heutigen Wortgebrauche sagen, von Strikes der Gesellen und Arbeiter, der Gesellen, Arbeiter und Knechte nach damaliger Sprache, wobei

das Wort Knecht nicht in der Bedeutung von Knechtſchaft zu nehmen iſt, ſondern in der Bedeutung, in der noch heutzutage alte Leute den Schuhmachergeſellen Schuſterknecht nennen, junge kräftige Menſchen, wie die Verwandtſchaft des engliſchen Knight, Ritter, zeigt. Alſo dieſe Strikes ſind, wie heute, ſchon damals den Meiſtern gegenüber zur Erſcheinung gekommen. Man hat ſie mit wechſelndem Glücke geführt. Bald haben die Meiſter mit dem heutigen „lookout“ geantwortet, bald haben ſie nachgegeben, bald ſind ſie vertrieben worden aus der Stadt, und die Geſellen haben ſich des Handwerks bemächtigt; aber immer waren es poſitive Beſtrebungen und Zwecke, die man zu fördern ſuchte, ganz beſtimmte Forderungen, und der Gedanke, ſich an den Rechten Dritter zu vergreifen, die außerhalb der gewerblichen und gegenſeitigen Beziehungen ſtanden, der Gedanke, das Eigentum anzutaſten, den Glauben an Gott und die Monarchie zu untergraben, kam keinem Menſchen bei, und die Sache ging ihren Weg der rein materiellen Intereſſen. Selbſt in den großen Exzeſſen des Bauernkriegs, wo die volle Herrſchaft der gewaltthätigen und ungebildeten Begehrlichkeit zum Durchbruch gekommen war, wenn Sie dort die Verträge leſen, welche die Bauernſchaft mit den einzelnen, gar nicht gut berüchtigten Rittern abgeſchloſſen hat, finden Sie nie, daß über das notwendige Bedürfnis das Eigentum dieſer feindlichen Edelleute angegriffen war, Sie finden immer nur Verträge wegen Bruchs der Mauern eines feſten Schloſſes, wegen Auslieferung der Geſchütze und Feuergewehre, wegen Abſchaffung der reiſigen Knechte, kurz und gut eine Sicherſtellung, aber dieſen damaligen Kommuniſten iſt es nicht eingefallen, das Eigentum ſelbſt ihrer Feinde irgendwie antaſten zu wollen, und wenn ich damit eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigſtens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was ſie bekämpfen, ſo kann ich das weſentlich mit den Worten poſitive Beſtrebungen und negative Beſtrebungen. Sobald uns von ſozialdemokratiſcher Seite irgend ein poſitiver Vorſchlag entgegenträte oder vorläge, wie ſie in vernünftiger Weiſe die Zukunft geſtalten wollen, um das Schickſal der Arbeiter zu verbeſſern, ſo würde ich wenigſtens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde ſelbſt vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückſchrecken, um den Leuten zu helfen, die ſich ſelbſt helfen, nicht die Initiative des Staates, ſondern um den Leuten zu helfen, die ſich ſelbſt helfen.

Es ist das nicht mein Departement und ich kann darauf nicht näher eingehen, ich wiederhole das nur, um die Ansichten zu bestätigen, die ich in der ersten Lesung ausgesprochen habe, nach denen ich vor 15 Jahren schon gehandelt habe, und um zu bekunden, daß ich noch, wenn nur ein ernster und positiver Antrag vorläge, der auf die Verbesserung des Looses der Arbeiter gerichtet ist, ein freundliches Entgegenkommen zeigen und ihn einer wohlwollenden und geneigten Prüfung des Reichstags und der gesetzgebenden Versammlung empfehlen werde. Wie steht aber heute die Sache? Hier steht die reine Negation gegenüber dem Einreißen, ohne daß jemand auch nur eine Andeutung giebt, was anstatt des Daches, das uns jetzt deckt, gebaut werden soll, wenn es niedergerissen ist. Wir befinden uns lediglich im Stadium der Negation. Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen — mein Gedächtnis läßt mich vielleicht im Stiche, aber ich appelliere an das eines jeden anderen, ist Ihnen bei den langen Reden, noch länger als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlags über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben? Ist Ihnen etwas derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen.

Das ist einfach das Geheimnis, weshalb darüber ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Ich weiß nicht, wer von Ihnen soviel Zeit durch Krankheit gehabt hat, um den verschleierten Propheten von Moore zu lesen, der sein Gesicht sorgfältig verdeckte, weil, sobald der Schleier gelüftet wurde, es in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit jedermann vorstand. An diesen verschleierten Propheten von Chorassan erinnert mich die wilde Führung, der ein großer Teil unserer sonst so wohlgesinnten arbeitenden Klassen verfallen sind. Sie haben das Angesicht von Mokana nie gesehen. Wenn sie es sehen würden, würden sie erschrecken davor, sie würden ein Leichengesicht erblicken.

Daß die Herren nun mit den dunklen Verſprechungen, denen ſie nie eine ausgeprägte Form geben, Anklang gefunden haben, ja das iſt ja bei dem, der überhaupt nicht mit ſeiner Lage zufrieden iſt, namentlich wenn er ſeine Unzufriedenheit mit der germaniſchen Energie empfindet und geltend macht, nicht ſo außerordentlich ſchwer. Wenn ſie den Leuten, die zwar leſen können, aber nicht das Geleſene beurteilen — und die Fähigkeit des Leſens iſt bei uns viel verbreiteter, wie in Frankreich und England; die Fähigkeit des praktiſchen Urteils über das Geleſene vielleicht minder verbreitet, als in den beiden Ländern, — wenn ſie den Leuten glänzende Verſprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig geweſen iſt, als einen Zopf, eine Lüge darſtellen, alles das, was unſere Väter und uns unter dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland“ begeiſtert und geführt hat, als eine hohle Redensart, als einen Schwindel dargeſtellt zu ſehen, ihnen den Glauben an Gott, den Glauben an unſer Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältniſſe, an den Beſitz, an die Vererbung deſſen, was ſie erwerben für ihre Kinder, ihnen alles das zu nehmen, ſo iſt es doch nicht ſchwer, einen Menſchen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er ſchließlich mit Fauſt ſpricht: „Fluch ſei der Hoffnung, Fluch dem Glauben und Fluch vor allem der Geduld!“ Ein ſo geiſtig verarmter und nackt ausgezogener Menſch, was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach ſinnlichen Genüſſen, die allein ihn noch mit dieſem Leben verſöhnen können.

Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der dieſen Leuten beigebracht iſt, — ja, meine Herren, ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Situation, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunſche veranlaſſen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt, „an Gott und beſſere Zukunft glauben“, nicht hätte. Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entſchädigung gewähren können, ſo bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der ſich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben.

Wenn wir fragen, wie iſt es eigentlich gekommen, daß dieſe negativen Tendenzen, daß dieſes Evangelium der Negation bei uns gerade in Deutſchland einen ſolchen Anklang gefunden hat, ſo müſſen wir der Zeit, in welcher das geſchah, etwas näher

ins Auge ſehen. Wir ſind erſt ſeit 1867 mit den Führern der Sozialdemokratie amtlich bekannt geworden durch die Gegenwart der Herren Bebel, Liebknecht, Fritzſche, Schweitzer, Mende, ſie wechſelten, es waren zwei — aber dieſe zwei, die landeten wie die Weißen in Amerika, und ich will keine Indianerklage darüber anſtellen, denn wir beherrſchen noch die rote Raſſe. Damals traten ſie doch noch mit einer gewiſſen Schüchternheit auf, wenn ſie auch Sorge trugen, zu bekennen, daß ſie nicht etwa die zahmen Leute wie Laſſalle und dergleichen ſeien, ſondern ſie wären die eigentlichen Sozialdemokraten, ich habe das in den Reden auch in dieſen Tagen nachgeleſen, aber der eigentliche Aufſchwung zu dem Streben, das ſie jetzt beſeelt, ſich der Staatsgewalt zu bemächtigen und ſie im Sinne ihrer Intereſſen und Anſichten auszubeuten in Zukunft, trat doch erſt nach 1870 auf. Was hat nun 1870 für einen Unterſchied in der Sache gemacht? Bis zu 1870, wo auch die Leiter der internationalen Liga wohnen mochten, in London, Genf, war doch Frankreich das eigentliche Verſuchsfeld, das eigentliche Operationsfeld war Frankreich, und nur in Frankreich hatten ſie eine Armee bereit, welche die Schlacht der Kommune ſchlagen konnte und ſich auch wirklich der Hauptſtadt auf eine zeitlang bemächtigte. Haben ſie nun wirklich damals, wo ſie im Beſitz der Gewalt waren, irgend ein poſitives Programm aufgeſtellt, wie ſie dieſe Gewalt für den Vorteil der notleidenden Klaſſen nutzbar machen könnten? Mir iſt keines bekannt, was irgendwie praktiſch ins Leben getreten wäre, — es mögen in den Zeitungen utopiſche Phraſen geſtanden haben, aber der Verſuch der damaligen Machthaber in Paris, der doch nahe gelegen hätte, wenn ſie etwas könnten und wüßten, damals wo ſie die Gewalt hatten, nun mit einem Beiſpiele zu zeigen, was ſie eigentlich wollten, wurde nicht gemacht. Er unterblieb, ſie haben nichts wie gemordet, gebrannt, mißhandelt, nationale Denkmäler zerſtört und auch, wenn ſie ganz Paris in einen Aſchenhaufen verwandelt hätten, ſo würden ſie angeſichts deſſen immer noch nicht gewußt haben, was ſie wollten: wir ſind unzufrieden, es muß anders werden, aber wie? das wiſſen wir nicht. Dabei wären ſie geblieben. Nun, nachdem ſie von der franzöſiſchen Regierung niedergeworfen waren, bei der Energie, mit der die franzöſiſche Regierung gegen ſie einſchritt, und die der Herr Vorredner zu rühmen vergaß — oder vielleicht hat ſie nicht ſeine Anerkennung, dann wäre es mir lieb, wenn er ſich offen und tadelnd dafür ausſpräche

— bei der Energie ſahen die Leiter wohl ein, daß dieſes Verſuchsfeld verlaſſen werden mußte, daß da ein zorniger und entſchloſſener, harter Wächter darüber ſtand, daß ſie es räumen mußten. Sie ſahen ſich um in Europa, wo ſie nun den Hebel anlegen könnten, wo ſie ihre Zelte, die ſie in Frankreich abbrachen, aufſchlagen könnten; daß ihnen da Deutſchland in erſter Linie einfiel, dorthin die Agitation zu verlegen, das wundert mich gar nicht. Ein Land mit ſo milden Geſetzen, mit ſo gutmütigen Richtern — meine Herren, ſind unſere Richter nicht gutmütig? ſind ſie etwa bös? — mit ſo gutmütigen Richtern, ein Land mit hervorragender Freude an der Kritik, namentlich wenn ſie die Regierung betrifft, ein Land, in dem der Angriff auf einen Miniſter, das Tadeln eines Miniſters noch heut für eine That gilt, als ob wir noch anno 30 lebten, — ein Land, wo die Anerkennung für irgend etwas, was die Regierung thut, gleich in den Verdacht des Servilismus bringt, ein Land, in dem die Operationsbaſen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortſchrittliche Bearbeitung ſehr ſorgfältig vorbereitet waren, wo die Diskreditierung der Behörden und der Inſtitutionen durch die fortſchrittliche Agitation bereits einen ſehr hohen Grad erreicht hatte. Das hatte ſein Anziehendes. Der Fortſchritt iſt, um landwirtſchaftlich zu ſprechen, eine ſehr gute Vorfrucht für den Sozialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich. Daß beide ſich äußerlich, wenigſtens in Reden, — in Thaten haben wir es noch nicht erlebt, — bekämpfen, nun das mag auch von der Eigenart der Fruchtarten gelten, die doch gern und gedeihlich aufeinander folgen. Thatſache iſt aber, ſie fanden die Achtung vor den Inſtitutionen zerſtört, die Neigung, ſie in Bild und Wort mit Hohn zu überhäufen, die Freude an dieſem Hohn bei jedem Philiſter, der nachher froh iſt, wenn er aus den Folgen dieſes Hohns gerettet wird, fanden ſie ganz außerordentlich entwickelt, — kurz und gut, ſie erkannten hier das Land, von dem ſie ſagten: laſſet uns Hütten bauen.

Der Deutſche hat an und für ſich eine ſtarke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsman kennt. Ich kenne ſehr viele Franzoſen, die vollſtändig mit ihrem Geſchick, mit ihren Erlebniſſen zufrieden ſind. Wenn ſie ein Handwerk ergreifen, ſo ſtellen ſie ſich die Aufgabe, durch dasſelbe, wenns möglich iſt, vielleicht bis zum 55. Jahre eine gewiſſe Vermögensquote zu erreichen; haben ſie die, ſo iſt ihr ganzer Ehrgeiz, ſich als Rentier bis zu ihrem Lebensende zurückzuziehen.

Vergleichen Sie damit den Deutſchen; deſſen Ehrgeiz iſt von Hauſe aus nicht auf eine nach dem 50. Jahre zu genießende, mäßige Rente gerichtet, — ſein Ehrgeiz iſt ſchrankenlos. Der Bäcker, der ſich etabliert, er will Hausbeſitzer, Rentier, er will nach ſeinem größeren Berliner Ideal ſchließlich Bankier, Millionär werden. Sein Ehrgeiz hat keine Grenze. Es iſt das eine Eigenſchaft, die ihre ſehr guten Seiten hat, es iſt die deutſche Strebſamkeit, die ſteckt ſich ihr Ziel niemals zu kurz, — aber ſie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr ſehr bedenkliches, namentlich unter den untern Beamtenklaſſen. Wo iſt der Beamte, der in der Erziehung ſeiner Kinder nicht eine Stufe höher hinaufſteigen will, als die, die er ſelbſt gehabt hat? Und die Folgen dieſer Unzufriedenheit ſind, daß ein großer Teil unſerer Subalternbeamten von der ſozialiſtiſchen Krankheit angeſteckt iſt.

Nun wie beſtätigte ſich die deutſche Erwartung der Sozialiſten? — Die internationale Agitation ſiedelte in das gelobte Land über, in welchem ſie ſich jetzt befindet. Wir hatten gleichzeitig vorher und nachher nach vielen Richtungen hin ganz neue Einrichtungen; wir hatten das Freizügigkeitsgeſetz kombiniert mit mit dem Unterſtützungswohnſitz, die Abſchaffung der Paßpflichtigkeit, — Einrichtungen, die plötzlich eine große Menge von Arbeitern den kleinen Städten und dem platten Lande entzogen und in den größeren Städten eine fluktuierende Bevölkerung erzeugten, deren Erwerbsfähigkeit ſehr abhängig war von den ſchwankenden Verkehrs- und Induſtrieverhältniſſen in den großen Städten, die ab und zu reichlich Arbeit hatten, — bis zu 10 Thalern ſagt man, ſei ein Steinträger bezahlt — nachher plötzlich wieder ein Rückſchlag — und keiner hatte Neigung, in ſeine ländlichen Verhältniſſe zurückzukehren. Ich bin in der Lage geweſen, daß jemand, für den ich den Unterſtützungswohnſitz zu leiſten hatte, und welcher mir krank, entnervt, arm, abgeriſſen wiederkam, belaſtet mit Rechnungen der Charité und der Berliner Krankenpflege, nachdem er bei mir auf meine nicht bloß pflichtmäßig, ſondern gern geleiſteten Koſten hergeſtellt war, wieder nach Berlin zurückkehrte. Ich fragte ihn, ob er nicht genug hätte an dem einen mal, und bei der Ermittlung der Motive, die ihn anzogen — es war ein ehrlicher Mann — was kam heraus? Ja, wenn er auf dem Lande einen Biergarten — er nannte es anders — mit Muſik hätte, wo er des Abends hingehen könnte, ſo wolle er das Theater ſchon entbehren, und man kriegte auf dem Lande

nicht eine anſtändig gekleidete Perſon zu ſehen. Kurz und gut, die Vergnügungen der großen Stadt haben ſehr viel Anziehendes. Die Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bahnen, die Freizügigkeit, — alles dies zieht die in den größeren Städten durch Vergnügungen feſtgehaltene Bevölkerung an ſie, und dies hat der Agitation großen Vorſchub geleiſtet. Noch viel ſtärker wurde dies, wie wir das neue Preßgeſetz ſchufen, wobei ich von Hauſe aus bevorworte, um jeder Verdächtigung der Reaktion zu entgehen, daß ich nicht die Abſicht habe, dieſes anzufechten, ich will nur die Diagnoſe der Krankheit geben. Das neue Preßgeſetz ſchaffte plötzlich vor allen Dingen die Kaution ab, es ſchaffte den Stempel ab. Bis dahin war ein gewiſſes Kapital und mit dem Kapital vielleicht ein gewiſſes Maß von Bildung vorhanden und erforderlich, um eine Zeitung ins Leben zu rufen; heutzutage kann man mit 100 bis 150 Mark dem Unternehmen näher treten und von Bildung iſt ja gar kein Bedürfnis, man braucht bloß abzuſchreiben, was einem geliefert wird, und das bekommt man von der Agitation geliefert, was gedruckt werden ſoll, und ſolche Blätter, die einmal in der Woche erſcheinen, und die der Beteiligte, der ſie empfängt, der Arbeiter auf dem Lande oder in der kleinen Stadt, um ſo länger lieſt, und um ſo mehr zirkulieren läßt und ſich um ſo deutlicher einprägt, was darin ſtehe — der Mann lieſt kein zweites Blatt, ich weiß nicht, wie dit wohlfeilſten Abonnements ſind, ſie werden 20 Silbergroſchen nicht überſteigen — ich weiß nur, daß die Gefälligkeit der kaiſerlichen Poſt ſie zu einem Porto von 4 Silbergroſchen das ganze Jahr lang viel hundert Meilen weit durch das ganze Land fährt, ſoweit ſie gehen wollen; die Fakultät des Verkehrs, dieſer Appell an den gemeinen Mann und ſeine gefährlichſten Inſtinkte, waren früher nicht ſo leicht, die iſt durch unſer Preßgeſetz außerordentlich geſtiegen; ſie iſt gleichzeitig geſtiegen durch die außerordentliche Milde unſeres Strafgeſetzes, und wenn wir ſie bis zu ſo ſchweren Verbrechen ſich aufſchwingen geſehen haben, wie geſchehen, ſo trägt dazu auch nicht unweſentlich bei, daß der Glaube an die Vollſtreckung einer erkannten Todesſtrafe geſchwunden iſt. Wird der Mörder nicht hingerichtet, was ſteht ihm dann bevor? Gefängnis. Die Hoffnung bleibt ihm, daß ein gelungener Putſch ſeiner politiſchen Freunde ihn freimachen kann und ihn aus einem Sträfling zu einem Helden der Partei ſtempelt; es ſchwebt ihm auch die dunkle Hoffnung auf eine Amneſtie vor, daß man beim Regierungswechſel oder ſonſt eine

Anzahl Menſchen, über deren Unſchädlichmachung man ſonſt froh iſt, wieder auf die Geſellſchaft losgelaſſen werde. Das iſt meines Erachtens eines der mächtigſten Motive, welches auf die Verwegenheit des Verbrechens einen ganz weſentlichen Einfluß hat, und ich bin Seiner Majeſtät und Seiner kaiſerlichen Hoheit außerordentlich dankbar, daß wir an Hödel endlich mal ein Beiſpiel geſehen haben, daß die Obrigkeit das Schwert noch zu handhaben verſteht.

Wenn auf dieſe Art und Weiſe es nun eigentlich nicht ſo ſehr zu verwundern iſt, daß die Gefahr angeſchwollen iſt, wenn wir ſehen, daß der ungeheure Schwindel in den Geſchäften in den erſten Jahren nach dem Kriege von einem vollſtändigen Verfall der Geſchäfte gefolgt iſt, und viele Leute, die eine Zeit lang einen großen Verdienſt gefunden hatten, denſelben nicht mehr haben, ſo kann es eigentlich nicht verwundern, daß die Sache unter ſo exzeptionellen Verhältniſſen, unter ſo neuen Verhältniſſen, wie unſere ganze deutſche Geſetzgebung, wo ſo manches durch die Plötzlichkeit unſerer Verſchmelzung in Verſtimmung geblieben iſt und wo alle mit der Regierung unzufriedenen Elemente ſich in einem großen Körper vereinigen, den ich den negativen nennen will, der für jede legislative Operation der Regierung unzugänglich iſt, — da kann man ſich eigentlich nicht wundern, daß die Gefahr zu der Höhe angeſchwollen iſt, die vorliegt, und daß wir hier in Berlin zwiſchen 60 000 und 100 000 wohlorganiſierte, in Vereinen gegliederte Männer haben, die ſich offen zum Kampfe gegen die beſtehende Ordnung und zu dem Programm, wie wir es kennen, bekennen. Daß unter dieſen Umſtänden die Gewerbsthätigkeit, der Kredit, der Aufſchwung der Induſtrie in Berlin leiden muß, iſt ganz natürlich, denn für den, der hier ein Kapital anlegen ſoll, oder der einem anderen ein Kapital leihen ſoll, in der beunruhigten Phantaſie eines auf Verluſt vorbereiteten Eigentümers hat doch dieſe Maſſe, dieſe Organiſation von 60 000 bis 100 000 Menſchen den Charakter einer feindlichen Armee, die in unſerer Mitte lebt und die nur noch nicht den Moment gefunden hat, wo ſie über den Eigentümer, den leichtfertigen Kapitaliſten, der hier etwas anlegen will, Gericht halten kann, um ihm das wohlerworbene Eigentum zu entziehen oder zu beſchränken oder ihm die Verfügung darüber überhaupt zu nehmen. Alſo die Frage der Verbeſſerung unſeres Verkehrsweſens, oder die Verbeſſerung der Lage der Arbeiter — will ich lieber ſagen — und die Frage der Sozialiſten, das ſind zwei Beſtrebungen

die ſich gegenſeitig ausſchließen; ſo lange die ſozialiſtiſchen Beſtrebungen dieſe bedrohliche Höhe haben wie jetzt, wird aus Furcht vor der weiteren Entwicklung das Vertrauen und der Glaube im Innern nicht wiederkehren und deshalb wird die Arbeitsloſigkeit auch ſo lange, wie die Sozialdemokratie uns bedroht, mit geringen Ausnahmen anhalten. Die Arbeiter ſelbſt hätten in der Gewalt, wenn ſie ſich von den Agitatoren losſagen, das Vertrauen früher wiederkehren zu laſſen, als es bei der Haltung, die ſie jetzt eingenommen haben, möglich iſt. Die Furcht, die ich nicht teile, daß im Kern des Volkes die Ideen aus Schillers Räubern ſchon vollſtändig von den Arbeitern aufgenommen ſeien, drückt auf das öffentliche Vertrauen. Um dasſelbe zu heben, glaube ich, daß es notwendig iſt für den Staat, die Macht der Agitatoren zu brechen. Es iſt ja heutzutage die Stellung eines ſozialiſtiſchen Agitators ein ausgebildeter Gewerbszweig wie jeder andere: man wird Agitator, Volksredner, wie man früher Schmied oder Zimmermann wurde, man ergreift dieſes Gewerbe und ſteht ſich dabei unter Umſtänden ſehr viel beſſer, als wenn man bei dem urſprünglichen geblieben wäre, hat ein angenehmes und freies, vielleicht auch angeſehenes Leben in gewiſſen Kreiſen. Aber das hindert nicht, daß wir gegen die Herren, die dieſe Gewerbthätigkeit ergriffen haben, uns im ſtande der Notwehr befinden, und je zeitiger wir dieſe Notwehr eintreten laſſen, mit deſto weniger Schaden für die Freiheit der Übrigen und für die Sicherheit und den inneren Frieden werden wir, glaube ich, damit zu Ende kommen.

Dieſe Gefahren ſind mir nicht neu. Meine Stellung und meine Erlebniſſe bringen mich dazu, gefährliche Blätter mit mehr Aufmerkſamkeit zu leſen, als es von Seiten der meiſten hier Anweſenden der Fall ſein mag, und wer die ſozialiſtiſche Preſſe in den letzten Jahren hier verfolgt hat, der mußte ja doch die Gewaltthat, den Mord, den Königsmord, die Abſchaffung des Königstums zwiſchen den Zeilen durchblicken ſehen in ſo mancher Nummer, und ſo entgeiſtet in der Beurteilung ſolcher Sachen, wie unſer Strafrichter das zum Teil auffaßt, ſo buchſtäblich iſt der Leſer dieſer Zeitung nicht, der hat ein feineres Verſtändnis wie der Strafrichter für dieſe Nüanzen, der weiß, was die Preſſe ſagen will, wenn auch der Strafrichter das nicht zugiebt.

Mich hat die Lektüre aber doch noch nicht gerade auf die Wendung der Sache vorbereitet, die eine tief betrübende und für unſer nationales Gefühl demütigende iſt. Ich konnte nicht glauben

daß ein Monarch, der mehr wie irgend ein lebender, und ich möchte wohl sagen, auch ein der Vergangenheit angehöriger gethan hat mit Einsetzung seines Lebens, seiner Krone, seiner monarchistischen Existenz, um die Wünsche und Bestrebungen seiner Nation zu verwirklichen, der dies mit einem gewaltigen Erfolge und dabei auch ohne jede Überhebung gethan hat, der dabei ein milder, volksfreundlicher Regent geblieben ist, eine populäre Figur, wenn der von hinten mit Hasenschrot zusammengeschossen wird, — ja, meine Herren, da reicht jedes andere Verbrechen ja gar nicht an dieses heran, da ist man wirklich auf jedes andere auch gefaßt. Dieser Blitz bei Nacht — doch wie bekannt, es geschah ja am Tage — hat weithin die Situation beleuchtet und hat auch in den Wählerkreisen der ganzen Monarchie hinein geleuchtet, glaube ich, — ich halte für richtig, was ein Artikel der Nationalzeitung vor kurzem sagte, daß die Wähler aller Abgeordneten, also auch des Zentrums und der Fortschrittspartei, mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten, von ihren Abgeordneten erwartet haben, daß sie der Regierung gegen Beseitigung dieser Gefahr beistehen würden. Ich habe ja darüber mit den Herren nicht zu rechten, wie sie sich mit ihren Wählern auseinandersetzen; wenn alle Parteien das Versprechen gegeben haben, so kann ich einigen wenigstens die Quittung, daß sie es erfüllt, nicht ausstellen. Ich bin vielleicht auch nicht zu dieser Ausstellung berufen, nur erkläre ich, meine Überzeugung sagt: was sie ihren Wählern versprochen haben, haben sie durch ihre bisherige Stellung zu dem Gesetz nicht erfüllt. Ich nehme davon in der Fortschrittspartei den Herrn Abgeordneten Hänel aus, der seinerseits zum ersten mal den Bann der Fortschrittspartei, den Bann der Negation, den ein anderer Abgeordneter des preußischen Landtags auf diese Partei geworfen hat, in einer erfreulichen Weise durchbrochen hat mit einem positiven Antrage, meines Erinnerns der erste Antrag von dieser Bedeutung, der je aus dem Schooße der Fortschrittspartei gekommen ist. Aber ich frage Sie alle, die Zeitungen lesen, hat er den Anschluß seiner sonstigen politischen Freunde dabei gefunden? Ich bin dem Herrn Abgeordneten Hänel schuldig, ihn nicht in die Behauptung einzuschließen, daß die Fortschrittspartei an und für sich nur eine Partei der Negation sei, die, so lange sie existiert, noch keinen positiven Vorschlag zur Verwirklichung ihrer Theorien gemacht hat, und die dadurch auch eine gewisse Verwandtschaft mit der sozialistischen Partei hat, daß sie bekämpft, was besteht, ohne daß

ſie ſagt, was ſie an die Stelle ſetzen will, aber ich nehme den Herrn Abgeordneten Hänel wie geſagt aus.

Nun, wenn wir den Erwartungen der Wähler näher treten, ſo befindet die Regierung und diejenigen, die mit ihr gehen wollen, ſich in einer außerordentlich ſchwierigen Lage. Das parlamentariſche Syſtem fungiert leicht und elegant; wenn nur zwei Parteien beſtehen, wie es in England nur Whigs und Torys gab, ſo wäre nicht zweifelhaft, wie die Sache ſich zu geſtalten hätte. Eine hatte ſtets eine Mehrheit. Es trat in England eine Zeit ein, wo, man kann wohl ſagen, fünf Fraktionen beſtanden, die freilich zu dem Zorn gegen einander, den der Deutſche aus der Aſſoziation zu einem Korps auf der Univerſität oder in den Fraktionen im Reichstage hat, zu dem gegenſeitigen Haß ſich nicht aufgeſchwungen haben, und die doch immer in erſter Linie die Landesintereſſen und erſt in zweiter Linie das, was den rivaliſierenden Fraktionen Unannehmlichkeiten bereitet, in Anſchlag brachten; es gab aber damals doch keine anderen Miniſterien in England wie Koalitionsminiſterien, die Engländer haben eingeſehen, daß darunter das konſtitutionelle Prinzip leidet, und ihr geſunder Sinn hat ſie wieder dahin gebracht, daß ſie nur zwei Parteien von irgend einer Bedeutung haben, ich glaube die anderen, die ich engliſche Nihiliſten nennen möchte, brauche ich nicht mitzuzählen, aber ſie haben zwei große Parteien, von denen jede an ſich unter Umſtänden die Majorität im Parlament hat. Wenn es bei uns eine ſolche Fraktion gäbe, ſo wäre es für den Miniſter, der regiert, ein Vergnügen, ſich dieſer Fraktion anzuſchließen, ihr, wenn nicht äußerlich ſo doch innerlich anzugehören und mit ihr gemeinſchaftlich zu arbeiten. Von dieſem Ideal ſind wir aber weit entfernt, wir haben jetzt etwa acht Fraktionen, von denen ich kaum zwiſchen zweien eine ſo ſympathiſche Vermittlung kenne, daß an eine Verſchmelzung zu denken wäre, der Deutſche hält ſich ſtreng an den Korpsgeiſt und hält ſich geſondert, wir haben uns zwar der geſchloſſenen Firma von Fortſchritt, Zentrum, Polen, Welfen in allen Situationen der letzten Jahre gegenüber befunden, aber wenn die nun wirklich einmal die Majorität hätten und ſollten ihrerſeits eine Regierung bilden, würde die Fortſchrittspartei mit dem Zentrum doch nicht zuſammengehen können, die Polen vielleicht mit den Welfen? Zentrum und Welfen vertragen ſich wunderbar, Zentrum und Sozialiſten haben vielfach mit Eifer übereingeſtimmt, es iſt das aber nicht bloß beim Zentrum der Fall geweſen, auch andere Abgeordneten haben von

den Sozialiſten Stimmen geworben und erhalten; auch das Zentrum hat in allen Fällen mit Ausnahme von einem immer für den Kandidaten geſtimmt, von dem zu vermuten war, daß er der Regierung der feindlichere ſein werde. Wenn ich ſage mit Ausnahme von einem, ſo iſt das der Abgeordnete für Mühlhauſen, für den die Wähler des Zentrums geſtimmt hatten, aber doch erſt dann, nachdem man ganz ſicher war, daß er auch ohne ſie gewählt werden würde. Auch andere Kandidaten haben aber, wenn ſie einige tauſend Sozialiſten in den Wahlbezirken vorfanden, die Sympathien derſelben ſorgfältig geſchont und vielleicht Verſprechungen gegeben, daß ſie nicht ſo ſcharf gegen ſie vorgehen würden. Aber item wir befinden uns in der traurigen Lage auf ſeiten der Regierung, daß wir bei Verſtändigung mit dem Reichstag uns drei Siebentel des Gebiets abſolut verſchloſſen finden. Es iſt das wie beim Manöver das Terrain, was nicht betreten werden darf. Wir haben von der Fortſchrittspartei, vom Zentrum, wir haben von den zirka 150 Abgeordneten, die ſich mit dieſen beiden halten, unter keinen Umſtänden und für keine Vorlage, die wir zu machen imſtande ſind, eine Unterſtützung zu erwarten, auch für die gegenwärtige nicht, darüber ſind wir vollſtändig klar. Unſere Operationsbaſis beſchränkt ſich auf die vier Siebentel des Reichstags, welche durch die drei Fraktionen der Nationalliberalen und der beiden Konſervativen gebildet werden. In jedem anderen Lande würde die Thatſache, daß drei Siebentel der Landesvertretung überhaupt die Exiſtenzbaſis, auf der ſich die Regierung ohne Zerfall des Ganzen bewegen kann, negieren würden, — mit Worten gewiß nicht, meine Herren, aber mit der That, ich rechne immer mit der That — den ſtrengſten Zuſammenſchluß der übrigen, die überhaupt die beſtehenden Inſtitutionen halten und vertreten wollen, zur Folge haben. Bei uns in Deutſchland iſt aber der Korpsgeiſt in der Politik derſelbe, der ja auch veranlaßt, daß zwei Regimenter in einer Garniſon, die aus denſelben Orten rekrutiert werden, garnicht ohne Stichelreden ausrücken können, ohne im Manöver auf einander einzuhauen, bloß weil ſie verſchiedene Farben, verſchiedene Namen tragen, ſchwarzes oder weißes Lederzeug, — wer von Ihnen Soldat geweſen iſt, wird das erfahren haben — feindet ſich an und will dem Anderen nichts gönnen. Meine Herren, dieſer Geiſt iſt es, den wir leider alle von der Univerſität einigermaßen mitbringen. Aber dieſe Erinnerungen von ſidrt dürfen ſich doch nicht auf das politiſche Leben übertragen,

und ich kann nur die Bitte an dieſe drei Fraktionen richten, daß die Herren nicht der Regierung, ſondern dem Lande und ihren Landsleuten den Dienſt erweiſen, ſich unter einander zu verſtändigen, und daß alle diejenigen, die überhaupt die ſtaatliche Entwicklung des Reichs auf der jetzigen Baſis wollen, ſich näher an einander anſchließen und ſich nur über ganz unabweisliche Differenzen, aber niemals über die Frage einer Priorität, einer Rivalität trennen.

Meine Herren, ich kann dieſen Gegenſtand nicht verlaſſen, ohne dagegen zu remonſtrieren, daß mir bei Gelegenheit der Auflöſung eine Tendenzpolitik ſchuld gegeben worden iſt, als wenn ich irgend welche Reaktion oder Syſtemumwandlung erſtrebt hätte. Ich habe bei der Auflöſung nichts erſtrebt, als daß die Abgeordneten ſich mit ihren Wählern über die Situation beſprechen möchten, und habe die Hoffnung gehabt, daß Sie wie — Antaeus hieß er ja wohl — durch Berührung der heimatlichen Erde geſtärkt wiederkommen möchten. Daß Sie es nicht alle gethan haben, thut mir leid, aber Tendenzpolitik iſt mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienſt trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war, aber für einen preußiſchen, einen deutſchen Miniſter, iſt das ganz unmöglich. Ich habe beſtimmte, poſitive, praktiſche Ziele, nach denen ich ſtrebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunſch beide gemeinſchaftlich helfen ſollten. Aber wer die Ziele mit mir erſtrebt, — ob man ſie ſofort erreicht, oder nach langjähriger, gemeinſchaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und ſie ſchließlich erreicht, darauf kommt es ſo ſehr nicht an — ich gehe mit dem, der mit den Staats- und mit den Landesintereſſen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, iſt mir vollſtändig gleichgiltig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebniſſe mit verſchiedenen Fraktionen gehabt, und ich muß mich, welches auch einem jeden Manne, der Eifer für ſein Geſchäft hat, natürliche Empfindlichkeit ſein mag, wenn ich im Stich gelaſſen werde, bei dieſer oder jener Gelegenheit, derſelben vollſtändig entſchlagen in meinem Amte. Ich kann mich von der Menſchlichkeit, empfindlich zu ſein, nicht losſagen; ich räume aber ein, daß ich als Miniſter nicht das Recht habe, empfindlich zu ſein, ſondern ich muß den Beiſtand annehmen, der mir geboten wird. Von dieſen drei Fraktionen alſo erwarte ich die Annahme des Geſetzes, mit welchem wir die Gefahr, die uns droht, bekämpfen

wollen, und wir hatten zu diesem Behufe eine Vorlage gemacht, die mir als eine mäßige und sogar unzulängliche erschien. Ihrer Kommission ist sie zu weitgehend erschienen. Wir werden uns über das verständigen müssen, was annehmbar ist. Wenn Sie die Gefahr mit uns anerkennen, Ihre Wähler auch, Sie wollen aber das, was wir, die verbündeten Regierungen, zur Bekämpfung dieser Gefahr von Ihnen erbitten, nicht bewilligen, nun, so ist mir das der Beweis, daß Sie nicht das vollständige Vertrauen zu uns haben, um uns das Maß von, nennen wir es Diktatur, zu geben, was wir zur erfolgreichen Bekämpfung des Übels brauchen. Dieses Vertrauen läßt sich nicht erzwingen, es läßt sich vielleicht erwerben durch eine sorgfältige loyale Ausführung des Gesetzes, das Sie uns geben sollen. Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein; deshalb aber muß ich von Ihnen verlangen ein Gesetz, in dem wir uns mit der Erreichung des Zweckes ehrlich und ohne gewaltthätige Auslegung bewegen können, denn ich bin fest entschlossen, über die loyale Ausführung des Gesetzes zu wachen. Haben Sie nicht das Vertrauen zu uns und speziell zu mir, der ich im Reich die Hauptverantwortlichkeit trage, daß dieses Gesetz seinen Intentionen gemäß ausgeführt wird, haben Sie die Befürchtung, daß wir es mißbrauchen werden, um uneingestandene Zwecke damit zu erreichen, kurz und gut, fürchten Sie sich mehr vor mir und vor der Anwendung des Gesetzes, mehr vor den vereinigten Regierungen als vor den Sozialdemokraten, ja dann, meine Herren, weiß ich, was ich zu thun habe, dann muß ich Personen Platz machen, zu denen Sie mehr Vertrauen haben, oder die andere Mittel zur Bekämpfung der Gefahr anwenden wollen, als ich nach meinem politischen Urteile anzuwenden bereit bin.

Ich habe über §. 1 gesprochen, indem ich sage, daß ich Vereine, die positive Zwecke verfolgen, die eingestanden sind, deren Ziel möglich ist, nicht bekämpfe. Wenn wir nicht Brücken hätten bauen wollen, von denen wir hofften, daß sie auch von den Herren, die einen Mißbrauch von seiten der Regierung fürchten, betreten werden würden, so würde nach meiner Ansicht der §. 1 sehr viel einfacher gefaßt werden können; er würde nach meiner Ansicht lediglich zu lauten gehabt haben: Vereine, in welchen sozialdemokratische Tendenzen zu Tage treten, werden verboten. In der jetzigen Fassung, die ich nicht bekämpfe, denn sie ist die Fassung des Bundesrates, und wenn ich auch nicht dabei gewesen bin, so füge ich mich ihr doch, da ist dem hinzu-

gefügt das Kriterium von Untergrabung oder Umsturz. Das klingt ja fast so, als ob andere nichtsozialdemokratische Vereine, welche diesen Umsturz betreiben, dadurch ein Privilegium bekommen sollten, es klingt außerdem so, als wenn dieses ganze Gesetz so notwendig und geboten, wie wir es halten, doch der richtigen Grundlage entbehrt; denn wenn ich an die Thatsache glaube, daß die Bestrebungen, welche sozialdemokratische heißen, an und für sich schon als Umsturz und Untergrabung anzusehen seien, so hätten wir kein Recht zu diesem Gesetze in dieser Ausschließlichkeit, in dieser Art von bill of attainder gegen eine bestimmte Richtung; aber von dieser Einfachheit der Fassung hat vielleicht die Befürchtung abgehalten, daß man nicht klar feststellen könne, wer Sozialdemokrat ist und wer nicht. Welche Tendenzen sind sozialdemokratisch? Das ist eine Ängstlichkeit, die dem Richterstande angehört. Jeder Laie ist nicht zweifelhaft, welche Abgeordneten sozialdemokratisch sind, welche Zeitung sozialdemokratisch ist, wer sozialdemokratisch gewählt hat, welcher Verein sozialdemokratisch ist, wie kommt es, daß jetzt, da man dem Gesetz näher tritt, das einfachste, der allen Leuten sonst verständliche Ausdruck jetzt zweifelhaft wird, daß blau nicht mehr blau, rot nicht mehr rot ist? Kein Mensch ist darüber im Zweifel, was und wer sozialdemokratisch ist.

Meine Herren, ich bemerke indes nur beiläufig, vielleicht um eine Anknüpfung für die Zukunft zu haben; wenn Sie uns dieses Gesetz nicht in dem Maße geben, wie wir es brauchen, so giebt es ja darüber verschiedene Abstufungen. Die eine ist die, daß wir es cum beneficio inventarii annehmen, aber gleich dabei erklären, zur Erreichung des Zweckes, den wir erstreben, genügt es nicht, und wir werden in der Lage sein, bei dem nächsten Zusammentritt schon Nachtragsvorlagen zu machen. Aber wir wollen, ich wenigstens bin jetzt von der Vollkommenheit auch der Regierungsvorlage, von der Thatsache, daß sie erschöpfend sei, nicht in dem Maße überzeugt, daß ich mir schon ganz sicher bin, daß dieses umfänglich gezimmerte Schiff in dem ganz neuen Fahrwasser ganz richtig fahren wird. Ich glaube, die Erfahrung wird uns erst belehren, welche Maschinenteile uns versagen, und wir werden vielleicht genötigt sein, Ihnen wiederum mit einer Vorlage näher zu treten zur Aufbesserung dessen, was Sie uns heute bewilligen, ich glaube, selbst dann, wenn Sie uns die ganze Regierungsvorlage bewilligt hätten, aber ganz sicher, wenn Sie davon um ein erhebliches abweichen. Es giebt ge-

wisse Sätze in diesem Gesetz, die namentlich Bezug haben an eine Einschränkung der Freiheiten in der Freizügigkeit und in der Presse, die ich vorher als die Hauptmotoren der plötzlichen und fruchtbaren Entwicklung andeutete, gewisse Bedingungen der Einschränkungen dieser schädlichen Einwirkung, ohne die ich das Gesetz für die Regierung überhaupt für unbrauchbar halten würde. Ich beschränke diesen Anspruch auf das mäßigste und unentbehrlichste. Mein Bestreben geht über dieses Gesetz und diese Vorlage hinaus, dahin, womöglich aus den drei Fraktionen, die überhaupt an den staatlichen Zwecken der Regierung in befreundeter Weise mitarbeiten, und aus der Regierung zusammen eine feste, sich gegenseitig in allen Teilen vertrauende Phalanx zu bilden, die im stande ist, allen Stürmen, denen unser Reich ausgesetzt ist, wirksamen Widerstand entgegen zu setzen.

Bei der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes im Reichstag.

Rede gehalten am 9. Oktober 1878.

Nach dem Abgeordneten Hänel.

Der Herr Vorredner hat sich über Vorwürfe gerechtfertigt, die ich ihm garnicht gemacht habe. Wir haben gewisse deutsche Sprichwörter, wenn sich einer getroffen fühlt, die ich hier gerade wiederholen will, aber er sagte, er hätte mir keine Vorwürfe machen wollen. Ich habe ihm jedenfalls die Vorwürfe, die er jetzt accentuiert hat, nicht gemacht. (Unruhe.) Warten Sie doch ab, bis ich die Sache entwickle; ich berufe mich auf die stenographischen Berichte für das, was ich sagen werde:

Einmal habe ich ihm durchaus keine Sympathien für die Kommune vorgeworfen, sondern ich habe eine gewisse Anerkennung dafür ausgesprochen, daß er für die der Kommune gegenüberstehende französische Regierung vollkommen freiwillige, von jedem Interesse unabhängige, lediglich auf Wohlwollen beruhende

Sympathien habe; die Kommune war der Gegner der franzöſiſchen Regierung. Ich will mich auf die Einzelheiten nicht einlaſſen, nur gegen das, was der Herr Vorredner noch anführte, nochmals wiederholen, daß ich geſagt habe, ich habe in meinem Leben franzöſiſche Agenten in Deutſchland gekannt, die unter dem Vorwand, einer oppoſitionellen Partei anzugehören, im Dienſt der franzöſiſchen Regierung ſtanden, und das war vor 1870, vielleicht mag es auch deren noch heut geben — das aber habe ich nicht behauptet, ich habe ausdrücklich geſagt, ich habe ſie im Kriege von 1870 als ſolche erkannt, die als Catone der Republik paſſierten und mir 1870 als kaiſerliche Agenten offenbar geworden ſind. Darauf habe ich geſagt: auf den Herrn Vorredner kann das ja, da er Abgeordneter iſt, gar keine Anwendung finden — ich habe nicht geſagt, ich würde ihm den Vorwurf machen, wenn er nicht Abgeordneter wäre, ſondern mein Schluß war ganz anders; wenn der Herr Vorredner ſich in derſelben Kategorie befinden ſollte, ſo iſt die Frankfurter Wählerſchaft ja viel zu klug, um das nicht auf den erſten Blick zu erkennen, und dann hätte ſie ihn nicht gewählt. So war mein Argument gemeint. Alſo ich hätte den Herrn Vorredner vollſtändig exkulpiert. Wenn dann der Herr Vorredner mit dem qui s'excuse s'accuse die Sache wieder aufgenommen hat, ſo bedauere ich das, aber ich berufe mich auf den ſtenographiſchen Bericht, ich habe ausdrücklich geſagt: bei dem Abgeordneten iſt das nicht möglich, weil ich den Wähler, und namentlich den Frankfurter — das ſind ja ganz feine, geſcheute Leute — für viel zu klug halte, um einen franzöſiſchen Agenten zu wählen, alſo es iſt nicht möglich, daß der Herr Abgeordnete in dieſe Kategorie fällt. Ich meine alſo, vollſtändiger kann man den Verdacht nicht abwehren, als hätte ich mit den Leuten, die ich vor 1870 kennen gelernt habe, und dem Herrn Redner irgend welche Analogie machen wollen. Ich habe nur angeführt, daß das Journal des Herrn Redners ganz ausgezeichnet unterrichtet iſt, es hat manchmal früher, als ich durch diplomatiſche Berichte, die Intentionen der franzöſiſchen Regierung erkannt, das iſt eine Geſchicklichkeit des Zeitungsredakteurs, die ſehr beneidenswert iſt, und die ich jedem anderen, der mir in anderen Sachen ſympathiſcher iſt, auch wünſchen möchte; aber den Vorwurf, gegen den der Herr Vorredner ſich entſchuldigt und behauptet, er widerſtreite das, den habe ich ihm nicht gemacht. (Ruf: zur Sache!) Meine Herren, die Sie mich „zur

Sache" rufen, dazu haben Sie in keiner Weiſe das Recht, ich nehme hier das Wort kraft der Erlaubnis des Präſidenten und des verfaſſungsmäßigen Rechts. Ich bitte den Herrn, der mir „zur Sache" zugerufen hat, ſich zu nennen, damit er ſeine Gründe anführt. Ich bitte den Herrn Präſidenten, mich zu ſchützen, ich bin nicht von der Sache abgewichen, wie der Herr Vorredner.

Schluß der Reichstagsſeſſion durch den Reichskanzler Fürſten Bismarck.

Rede gehalten am 19. Oktober 1878.

Meine Herren, die Kaiſerliche Botſchaft iſt verleſen. Wenn Sie mir geſtatten wollen, am Schluſſe der Sitzung noch einige Worte zu Ihnen zu reden, ſo iſt es vorzugsweiſe, um dem Gefühl den Ausdruck zu geben, mit welchem die verbündeten Regierungen die Thatſache begrüßen, daß die Meinungsverſchiedenheiten, welche am Anfang unſerer Sitzung das Schickſal ihrer Vorlage im ganzen oder doch in den weſentlichſten Teilen zu bedrohen ſchienen, auf dem Wege gütlicher Verſtändigung der Beteiligten ihre Erledigung gefunden haben, ſo daß ich mich nach der heutigen Abſtimmung und vermöge der vertraulichen Beſprechung, welche wir im Bundesrat in den letzten Tagen gehabt haben, in der Lage befinde, vorausſehen zu können, daß Ihr heutiger Beſchluß im Bundesrat einſtimmige Annahme finden werde. Ich will damit nicht ſagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in ihre Hand legen, vollſtändig ausreichen würden, um die Zwecke, zu deren Erreichung das Geſetz eingebracht worden iſt, überall zu erreichen, ſondern nur, daß alle Regierungen entſchloſſen ſind, den aufrichtigen Verſuch zu machen, mit den Mitteln, welche dieſes Geſetz ihnen gewähren wird, die Krankheit zu heilen, von der unſer Gemeinweſen ergriffen iſt. Sollte die Erfahrung den Beweis liefern, daß dies nicht ausreichend der Fall iſt, ſo werden die verbündeten Regierungen in der Lage ſein, ſich wiederum vertrauensvoll an Ihre Unterſtützung

zu wenden, um da nachzuhelfen, wo die jetzigen Mittel nach der Überzeugung der Regierung nicht ausreichen sollten. Sie werden das thun, sei es auf dem Wege der Reform unserer allgemeinen Gesetzgebung, was das Erwünschteste sein würde, sei es durch Vervollständigung des eben votierten Gesetzes; das letztere aber wird voraussichtlich der Fall sein in bezug auf die Dauer, für welche dieses Gesetz eben gegeben ist; denn niemand unter uns hat sich der Hoffnung hingeben können, daß die hiermit beginnende Heilung der Schäden in drittehalb Jahren vollendet sein werde. Die verbündeten Regierungen schöpfen aber aus dem Verlaufe dieser Sitzung die Zuversicht, daß auch dann, nachdem sie durch loyale Ausführung des Gesetzes das Vertrauen des Reichstags gerechtfertigt haben werden, die Hilfe und der Beistand, die Mitwirkung des Reichstages in dem Maße des Bedürfnisses ihnen nicht fehlen wird. In diesem Vertrauen, meine Herren, bleibt mir nur noch übrig, die formale Aufgabe, welche mir die Allerhöchste Botschaft erteilt, zu vollziehen, und erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags hiermit für geschlossen.

Über den Handelsvertrag mit Österreich.

Rede gehalten am 21. Februar 1879.

(Nach dem Abg. Richter.)

Ich rechne auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich absehe.

Er hat mich im Widerspruch mit mir selber darzustellen versucht, dadurch, daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862 zuschrieb, mit dessen Grundsätzen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt.

Meine Herren, wenn ich in Widerspruch mit mir selber zu treten hätte, so würde ich es für mein eigenes Ansehen außerordentlich beklagen; wenn ich aber sehe, daß es im Dienste des Landes notwendig ist, würde ich keinen Augenblick anstehen, den

Weg, den ich für irrtümlich erkenne, zurückzugehen, meinen Irrtum offen einzugestehen und entweder anderen, die es beſſer verſtehen, Platz zu machen, oder, wenn es von mir verlangt würde, ſelbſt die Sache beſſer zu machen, als früher. Ich will vom Beſſeren und Schlechteren hier aber nicht ſprechen. Der Herr Abgeordnete hat die Worte der Thronrede angeführt, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete, und in der die Thatſache zitiert worden iſt, daß der damals eingeleiteten Politik praktiſche Erfolge nicht zur Seite ſtehen, ich glaube, milder kann man ſich nicht ausdrücken. Die Thatſache, daß ihr ſolche nicht zur Seite ſtehen, kann von andern Gründen herrühren, eine Thatſache iſt es aber. In allem, was ich gleich ſagen werde, fällt es mir nicht ein, meine Verantwortlichkeit auch da, wo ſie formell ganz und voll eintritt, voll zu übernehmen, und wenn der Weg, auf dem ich, wenn ich ganz allein, die Politik geführt hätte, ein irrtümlicher war, würde ich dieſen Irrtum bekennen und bitten, mir zu helfen, ihn gut zu machen. Aber der Herr Abgeordnete Richter hat ſorgfältig das Datum des franzöſiſchen Handelsvertrages verſchwiegen. Er hat das Datum meines erſten Erſcheinens ganz genau genannt, er wird gewiß einen Blick in die Geſetzſammlung geworfen haben, wo der franzöſiſche Handelsvertrag unter dem Datum des 2. Auguſt 1862 als vollſtändig abgeſchloſſen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernſtorff, dem Fürſten Latour, dem Freiherrn von Pommer-Eſche und dem Herrn Leclerc — von franzöſiſcher Seite vollſtändig fertig vor meiner Zeit vorlag. Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Geſandter, ſondern in Petersburg. Mit dieſem Datum, 2. Auguſt 1862, befindet ſich der Vertrag in der Geſetzſammlung und ich bin erſt Ende September überhaupt Miniſter geworden, und nach den Einrichtungen des preußiſchen Miniſteriums iſt es nicht Beruf des auswärtigen Miniſters überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hauſe aus ſich mit Handelsverträgen zu beſchäftigen und Einfluß auf Tarifpoſitionen zu üben.

Ich ſelbſt habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienſt im Jahre 1862 Ende September eine lediglich politiſche Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Poſitionen eines Tarifs zu bekümmern. Wenn ich aber nach dem Maßſtabe dieſer Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrage erwäge, ſo finde ich, daß ich, als ich Miniſter wurde, die Erbſchaft übernahm des Kampfes mit Öſter-

reich um die Hegemonie in Deutſchland auf zivilem und friedlichem Gebiete; daneben eine mäßige Verſtimmung mit Rußland, und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnismäßig gut ſtanden, war Frankreich. In bezug auf Rußland brachte ich meinerſeits perſönlich beſſere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einſam — ich kann wohl ſagen, einer Welt von Zorn und Haß gegenüberſtand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, ſondern zuerſt die Beziehungen zu Rußland befeſtigt durch den Vertrag gegen den polniſchen Aufruhr, den die Herren Geſinnungsgenoſſen des Abg. Richter damals unter dem Namen „Seeſchlange“ auf das Heftigſte bekämpften, wie ſie überhaupt durch Parteinahme für die polniſche Revolution, mit der ſie wohl jetzt nicht mehr in derſelben Beziehung ſtehen, mir das Leben nach Möglichkeit ſchwer machten

Eine zweite Frage war für mich, im Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Miniſterialdienſt vollſtändig klar war, die Auseinanderſetzung mit Öſterreich um die Hegemonie in Deutſchland, war die Beziehung zu Frankreich; die war günſtig infolge dieſes Handelsvertrages. Es war vorauszuſehen, daß wir zur Verfallzeit einen ſtarken Kampf zu beſtehen haben würden über die Frage, ob der ſogenannte großdeutſche Zollverein eingeführt werden, ob es Öſterreich gelingen ſollte, unſern preußiſchen Zollverein zu ſprengen oder nicht, und zur Verteidigung unſerer Intereſſen in dieſer Frage fand ich dieſen Handelsvertrag als eines der weſentlichſten Werkzeuge und Waffen vor. Geſetzten Falls, ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen iſt, Tarifpoſitionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in bezug auf die Handels- und Wirtſchaftspolitik und ich wäre zu der Überzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieſer Weg nicht richtig ſei, — war damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politiſche Aufgabe im erſten Entſtehen töten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? — denn anders konnte ich dieſen Vertrag nicht ändern. Gewiß nicht! ich hatte allen Grund, dieſes gute Einvernehmen zu erhalten. Es iſt mir das gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Geſandter war, perſönlich, ſondern auch in den recht ſchwierigen Zeiten durch die polniſche Kriſis hindurch, in der Frankreich uns gegenüber ſtand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigſten an der Hand dieſes Handelsvertrages ſo zu pflegen, daß wir ſchon in der däniſchen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich

uns zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu laſſen, von Hauſe aus den Boden entzog. Ja, noch mehr, in dem weiteren Kampfe, der 1865 mit Öſterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgeſetzt worden, bis zu dem ſie ſich in der That glücklicher Weiſe für uns fortgeſetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weiſe gepflegt hätte; dadurch entſtand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiſer Napoleon, der ſeinerſeits lieber mit Preußen Verträge hatte, wie mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geſchlagen würden und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt ſchützen würde. Aber es iſt meiner Anſicht nach politiſch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuſchung über die gegenſeitige militäriſche Stärke uns wohlgeſinnt und mir perſönlich namentlich wohlgeſinnt blieb.

Nun hat der Herr Abg. Richter nachzuweiſen geſucht, ungefähr, wenn ich es in einem ſeiner Tonart mich annähernden Jargon ausdrücken wollte, daß ich ſo dumm, wie ich mich damals ſtellte, doch nicht geweſen wäre, denn ich hätte gleich im Anfang eine Rede gehalten, im Herrenhaus anfangs Oktober 1862, die offenbar zeigte, daß ich wirtſchaftliche Tendenzen ſchon damals in dieſem Sinne verfolgte. Meine Herren, ich würde ſtolz darauf ſein, wenn ich damals ſchon wirtſchaftliche Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß zu meiner Schande eingeſtehen, daß ich ſie noch nicht hatte. ..... Ich will nur die Thatſache klarſtellen, daß der Herr Abg. Richter aus allem, was ich etwa bis zur Herſtellung des Norddeutſchen Bundes gethan habe, bis ich Bundeskanzler wurde, daß er daraus gar keine Verantwortlichkeit für das Syſtem, von dem ich annehme, daß es ſich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann.

Die weitere Zeit — da bin ich weit entfernt, zu beſtreiten, daß die formale Verantwortung auf mir laſtet und auf mir ganz ausſchließlich. Ich wäre ja berechtigt geweſen, die Politik, die der damalige Herr Präſident des Reichskanzleramts (Delbrück) trieb, zu durchſchneiden, wenn ich wirklich überzeugt geweſen wäre, daß ſie nachteilig für unſer wirtſchaftliches Leben wäre. Es hätte das wahrſcheinlich zu einem vorzeitigen Ausſcheiden des Herrn Präſidenten aus dem Reichskanzleramt geführt, aber

meine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Konſolidierung des Deutſchen Reiches in ſeinen erſten Anfängen oder des Norddeutſchen Bundes als Vorakt zum Deutſchen Reiche, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in ſeinem Gebiete, wie Herr Delbrück es iſt, mich bewarb und ſie erhielt, ſo liegt doch ganz klar und wir brauchen uns darüber in kein Silbenſtechen einzulaſſen, ich bin auch nicht unbeſcheiden genug, um das zu beſtreiten, daß ich damit nicht die Prätenſion verbinden konnte, daß der Herr Präſident Delbrück die wirtſchaftlichen Geſchäfte, in denen er die erſte Autorität in ganz Deutſchland war, nach meiner Leitung und meiner Anweiſung führen ſollte, ſondern es war natürlich cum grano salis gegeben, daß ich, wie es in der That der Fall war, vertrauensvoll mich ſeiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt zu ſagen, daß ich dieſes Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der erſten Einrichtung des Reichs gewährt hat, war durch nichts anderes zu erſetzen. Wir hatten keinen Mann von ſeiner Bedeutung. Ich habe meinerſeits mich damals in eine Beurteilung wirtſchaftlicher Fragen nicht eingelaſſen, ſondern ich habe die bedeutendſten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben geſucht, um dieſes Werk, was ich übernommen hatte, mit mir in Gemeinſchaft durchzuführen. Es iſt ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtſchaftlichen Fragen nicht der Anſicht des damaligen Herrn Präſidenten geweſen bin, und wenn mir die Verſtändigung darüber nicht gelungen iſt, ich weiß nicht, wie die Fälle ſich erledigt haben, ich vermute, daß in den meiſten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politiſch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um dieſe ſo ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten.

Daß meine Meinung, wenn ich ſchließlich ganz auf mich ſelbſt geſtellt bin, eine andere iſt wie die, der ich bis dahin gefolgt war, ja das ſchäme ich mich in keiner Weiſe zu bekennen. Ich habe früher die Anſicht nicht ganz geteilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Anſicht durchſetzen zu müſſen in allen Dingen, die ich nicht verſtehe. — Ich weiß nicht, wie weit, wenn die Verhandlungen über unſere Tarifreform kommen, meine Meinungen und die des Herrn Delbrück auseinandergehen; aber ſie mögen ſo weit auseinandergehen

ſachlich, wie ſie wollen, die Differenzen werden niemals hindern, daß ich mich der großen Aufgaben, an denen wir gemeinſam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterſtützung, die dabei Deutſchland dem Herrn Abg. Delbrück zu danken hat, jederzeit mit Achtung und Wohlwollen erinnere.

Ich bin, als Kanzler allein gelaſſen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln; ich bin genötigt geweſen, den Sachen näher zu treten, über die wir verhandeln, ich habe meine Überzeugung inzwiſchen vollſtändig feſtgeſtellt und werde darnach handeln, auch wenn ich einen ſofortigen Erfolg nicht finden ſollte; ich werde dann denſelben Weg von neuem verſuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Herr Abg. Richter mir vorgehalten hat, es ſei mein Ideal geweſen, den Zolltarif auf wenige Finanzzölle zurückzuführen, — ja ſo iſt das ganz richtig, das iſt das ſogenannte engliſche Syſtem. Ich habe es befürwortet, aber ſagen Sie ſelbſt, meine Herren, habe ich darin bei irgend jemand Gegenliebe gefunden, iſt mir darin irgend jemand nur einen Finger breit entgegengekommen? Iſt nicht der erſte Verſuch mit dem Tabak . . . . . (Zuruf: Monopol!) — ja, meine Herren, ich bin heute noch für das Monopol! — mit dem Tabak dieſes Syſtem einzuleiten, iſt er nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen, die mir ganz neu war, in den Fraktionen, mit denen ich früher in Beziehung geſtanden habe? Der Miniſter Camphauſen iſt darüber zurückgetreten, wie er mir perſönlich geſagt hat, ich berufe mich auf ſein Zeugnis wegen der „Abſchlachtung“ — es war ſein Ausdruck — die hier öffentlich von der Partei der Nationalliberalen und des Fortſchritts mit ihm vorgenommen ſei.

Ich muß ſagen, daß dieſer Verſuch von mir ganz ehrlich gemacht worden iſt, und daß mein ganzes Beſtreben rein auf ſachlichem Gebiet eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politiſchen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirtſchaftlichen Gebiete ſo mit den politiſchen kombiniert.

Ich habe in dieſen Sachen im Hauſe und außer dem Hauſe erleben müſſen, daß ein großer Teil der Angriffe, die der Sache gelten ſollten, ſich gegen meine Perſon zuſpitzten. Es iſt das Bedürfnis, mich als einen dilettantiſchen, wie ſie ſich ausdrücken, genialen — — — nun, ich verſtehe den Ausdruck, auf der

Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen genial nennt. — Nun, meine Herren, ein Vierteljahrhundert lang habe ich an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reichs gearbeitet und 17 Jahre sehen Sie mich nun als Minister vor der Öffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurteilt worden in bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurteilt werde in bezug auf mein Recht, ich möchte sagen meine Pflicht, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. — — — Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: wie kann man nur „diesem Menschen" — und nun folgt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich mich aus der Versehung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade 17 Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Öffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenübergestanden hat — ob die zur Zufriedenheit erfüllt worden ist, ob in dem absprechenden und wegwerfenden Urteile über mich der Abg. Richter Recht bekommt vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der Gesamtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirtschaftliche Fragen habe, darüber erwarte ich getrost das Urteil meiner Mitbürger, — ich will von Nachwelt nicht sprechen, das ist mir zu pathetisch. —

Ich sehe voraus, daß über diese Fragen große tiefgreifende Kämpfe der wirtschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seestädte, wie der Herr Vorredner sie vertritt, um berechtigte Interessen gegenüber der Industrie, vielleicht auch gegenüber der Landwirtschaft stattfinden werden. Das ist ganz unvermeidlich. Ein Kampf kündet sich im Militär an durch Artillerie. Um jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art, wie ich prozediert habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf. Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen, aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Wohlfahrt unseres Vaterlandes führen.

Über die Strafgewalt im Reichstage.

Rede gehalten am 4. März 1879.

Ich betrachte es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstages, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz; Sie sind ja voll berechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann nur sagen: beneficia non obtruduntur. Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen.

Ich muß aber doch dem Herrn Vorredner, ohne tiefer auf die Sache einzugehen, auf einige Sätze erwidern, und namentlich inbezug auf den letzten Accent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich daß durch eine Annahme dieser Vorlage die Gleichheit zwischen den beiden Körperschaften gestört würde, — meine Herren, diese Gleichheit existiert gar nicht; wir gehören ja gar nicht zu der privilegierten Klasse, zu den Vierhundert, wir gehören zur misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht. Jedermann kann gegen uns klagen, wir sind durch kein Privilegium geschützt. Der Buchdrucker, der Preßagent, der unsere Reden hier abdrucken läßt, ist durch den Art. 22 der Verfassung geschützt, wir nicht, wir sind durch Art. 30 nicht geschützt, Art. 30 bezieht sich ausdrücklich nur auf Reichstagsabgeordnete. Ich habe im Anfang diesem populären Irrtum mich auch wohl früher hingegeben, seit ich aber vor den praktischen Geschäften Muße bekommen habe, den Sachen theoretisch etwas näher zu treten, habe ich gefunden, daß wir vom Bundesrate nicht geschützt sind gegen jede Klage auf Grund des gemeinen Rechts, und seitdem bin ich sehr viel vorsichtiger in meinen Äußerungen.

Der Zweck der Vorlage ist ein dreifacher: die Würde des Reichstages, der Schutz gegen Beleidigungen und die Abschneidung von Agitationen, die auf dem Privilegium des Artikel 22, der unanfechtbaren Veröffentlichung beruhen.

Was die Würde des Reichstages betrifft, so halten wir uns gar nicht für die Richter darüber, sondern wir haben Ihnen eben

zur Auswahl geſtellt aus dem Arſenal der Geſetzgebung, was Sie davon haben wollen, um damit die Stellung des Herrn Präſidenten und den Rückhalt, den er an der geſamten Körperſchaft des Reichstags hat, zu ſtärken. Wenn ich an der Vorlage oder inbezug auf die Vorlage vom erſten Anfang an eine Meinungsverſchiedenheit hegte, die ich aber beſſeren Sachkundigen gegenüber nicht durchzuſetzen geſucht habe, ſo war es die Einſetzung einer Kommiſſion. Mir hätte es beſſer gefallen, wenn jederzeit das Plenum des Reichstags die erkennende Behörde wäre; indeſſen dergleichen läßt ſich ja, wenn nicht bei dieſer Vorlage, die Sie ja wohl ablehnen, aber doch vielleicht ſpäter durch Amendements ſehr leicht einflechten.

Das Zweite aber iſt doch ſchon etwas, worüber die Regierungen auch eine Anſicht haben mögen, nämlich der Schutz der Mitbürger gegen einen Mißbrauch des Privilegiums; der Ordnungsruf des Präſidenten iſt ja eine ſehr erfreuliche Genugthuung für denjenigen, zu deſſen Gunſten er eingelegt wird, und jedenfalls erfreulicher, als ein Erkenntnis eines Gerichtshofes auf 15 Mark Strafe für ſchwere öffentliche Beleidigung eines Miniſters. Aber iſt der Herr Präſident in der Lage, ſich ſo in die Seele jedes Gekränkten hineinzuverſetzen, daß er bei der ſchweren Aufgabe, die ihm obliegt, auch das genaue richterliche Gefühl und die Vorkenntnis, die Information über den Fall haben kann, der gerade die Beleidigung konſtituiert? Ich glaube, daß das von dem Präſidenten gar nicht zu erwarten und zu verlangen iſt. Die Regierungen ſind alſo der Meinung, daß ſie gegen ſolche Exzeſſe, die durch Mißbrauch des Privilegiums auf Koſten einzelner Privatleute vorkommen, ganz abgeſehen von der Möglichkeit einer Majeſtätsbeleidigung, daß ſie da dem Beleidigten Schutz ſchuldig ſind, einen Schutz, den ſie aber nicht gewähren können ohne Zuſtimmung des Reichstages. Der gute Wille im Reichstag, in dieſer Beziehung Abhilfe zu ſchaffen, iſt vielleicht bei der Mehrheit vorhanden; aber durch die Rede des Herrn Abg. Lasker bin ich auch daran zweifelhaft geworden.

Ein weiterer Grund, der uns zur Vorlage beſtimmt hat, iſt die Verhinderung derjenigen Agitationen, die durch den ſtraffreien Abdruck von Reden, welche ausdrücklich zu dieſem Behuf, um ſtraffrei gedruckt und verbreitet zu werden, gehalten ſind, im Lande hervorgerufen werden. In dieſer Beziehung glaube ich nicht, daß der gegenwärtige Zuſtand ausreicht. Der Herr Abgeordnete ſprach von einem Falle, wo der Herr Ab-

geordnete Haſſelmann durch einen Ordnungsruf des Herrn Präſidenten ganz genügend zur Befriedigung des Hauſes zur Ruhe gebracht worden ſei. Ich will die Rede des Herrn Abg. Haſſelmann nicht wiederholen, welche der Präſident mit dem milden Ausdruck charakteriſierte, daß ſie grenzte an direkte Provokation zum Aufruhr. Ich glaube, ſie war es ſchon vollſtändig, und es iſt richtig, daß der Abgeordnete Haſſelmann darüber zur Ordnung gerufen wurde. Welches war nun der Eindruck, den das auf den Abgeordneten Haſſelmann machte? Er nahm noch einmal das Wort:

Nicht ich bin es, der provoziert, ich habe genügend erklärt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe, ich ziehe ihn vor, ich bin aber auch bereit, mein Leben zu laſſen. Noch einmal ſage ich, und Fürſt Bismarck möge einmal an den 18. März 1848 denken!

Iſt das nicht eine Fortſetzung derſelben Tendenz, die der Herr Präſident milde als eine an den Aufruf zum Aufruhr ſtreifende bezeichnet hat? Nun, hier in dieſen Mauern wird zwar kein Aufruhr entſtehen, aber die Sozialdemokratie iſt geſchickt genug, um das Maß dazu zu finden, in welchem der Bericht als „vollſtändig“ gilt, ſie ſcheut auch die Koſten nicht, um ihn in dieſer Vollſtändigkeit mit ſtarkem und fettem Druck der Teile, die den Aufruf zum Aufruhr enthalten, in weiteren Kreiſen zu verbreiten. Meine Herren, gegen dieſe Gefahr, gegen die Strafloſigkeit der Verbreitung von Reden, die ausdrücklich zu Agitationen hier gehalten werden, hatten wir von dieſem oder einem ähnlichen von Ihnen zu amendierenden Geſetze einige Abhilfe gehofft. Es iſt doch noch etwas ganz anderes, wenn es in hunderttauſend Exemplaren in die Kreiſe der Analphabeten getragen wird, das, was hier von privilegierter Stelle ausgeſprochen wird. Das iſt die Gefahr, die ich fürchte, und der gegenüber ich Abhilfe gehofft habe.

Freilich die Temperatur, die ich hier für die ſozialdemokratiſche Frage jetzt vorgefunden habe, iſt, wenn wir zurückdenken an die Zeit der ſchweren Attentate, immerhin eine weſentlich abgekühlte, gewiß nur äußerlich. Das Maß von Entſchiedenheit, auf welches wir von ſeiten der Regierung in bezug auf den Beiſtand des Parlaments im Herbſte glaubten rechnen zu können in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der ja mit dem Geſetze von zwei Jahren Geltung nicht abgethan iſt, liegt nicht vor, ich geſtehe, und ich habe das aus den jüngſten Abſtimmungen ſchon

erſehen, darin hat eine Täuſchung bei den verbündeten Regierungen ſtattgefunden. Wir hatten auf energiſchen und entſchiedeneren Beiſtand gerechnet, wir ſind nicht der Meinung, daß dieſer Kampf erledigt ſei. Ich brauche bloß auf die Wahl in Breslau hinzublicken und auf andere Wahlen. Die Organiſation iſt dieſelbe geblieben. Bei der äußerſt milden Ausführung des § 28 des Sozialiſtengeſetzes von ſeiten der Regierungen ſind die Verbindungen der Führer mit den Maſſen nirgends durchſchnitten, außer verſuchsweiſe in Berlin. Daß die üblichen Führer der lokalen Agitation außer Verbindung mit den von ihnen geleiteten Maſſen geſetzt werden könnten, war einer der Zwecke des Geſetzes. Das war erreicht in bezug auf Berlin. Wir konnten es ja ohne die Zuſtimmung des Reichstags nicht fortſetzen. Nach dem Votum des Reichstags aber iſt die Wiederherſtellung dieſer Verbindung eine Notwendigkeit geworden. Nach der milden Praxis, die das Geſetz bei den Regierungen gefunden hat, hat ſich die Einführung des ſogenannten kleinen Belagerungszuſtandes auf Berlin beſchränkt. Ich hatte nicht bezweifelt, daß, ſobald das Geſetz publiziert würde, auch überall da, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, wo alſo, wenn wir das Geſetz nicht ganz unnötig gemacht haben, und wenn es überhaupt nicht eine voreilige und übertriebene Ängſtlichkeit von uns war, eine Gefahr vorhanden war, die Berechtigung der Regierung herzuſtellen wäre, unter möglichſter Schonung der perſönlichen Verhältniſſe die Fäden, welche die Leiter der Bewegung mit den geleiteten Maſſen verknüpfen, zu durchſchneiden. Der erſte Anfang, der in dieſer Beziehung — ich muß ſagen ſchüchtern — gemacht iſt, iſt von Ihnen mißbilligt worden. Die Hoffnungen, die ich an die weitere Durchführung des Sozialiſtengeſetzes knüpfte, haben dadurch allerdings einen ſchweren Stoß erlitten, und ich bin ziemlich entmutigt, eine Sache fortzuführen, die ich ohne Beiſtand der parlamentariſchen Majorität ja nicht durchſetzen kann.

Wir haben Ihnen die Hand dazu geboten, und wenn Sie dieſe Vorlage vollſtändig von der Hand weiſen, ſo muß ich konſtatieren, daß die von den Regierungen gebotene Hand nicht angenommen worden iſt. Können Sie aus eigener Machtvollkommenheit etwas ſchaffen, was beſſer iſt, was den Wünſchen entſpricht, die, wie ich glaube, in der Bevölkerung vorherrſchen, das iſt, Ruhe vor ſozialiſtiſchen Agitationen und Schutz gegen Mißbrauch des Privilegs zu Kränkung einzelner, können Sie dem

in befriedigender Weiſe entgegenkommen, ſo werde ich mit dankbarem Beifall Ihren Bemühungen zuſchauen, Ihnen behilflich ſein, wo ich Ihnen behilflich ſein kann, aber ich habe weſentliche Zweifel an dem Erfolge, auch dann, wenn die Herren in voller Majorität auch über die Wege einig wären, die zu betreten ſind. Wir hätten gedacht, wir könnten die Iniative unſererſeits erſparen, wenn beiſpielsweiſe, nach den für den Herrn Präſidenten, ich glaube, für die große Majorität höchſt peinlichen Erſcheinungen, die im Herbſte vorigen Jahres und vorher vorgekommen ſind, aus der Mitte des Hauſes von irgend einer Seite ein Verſuch zur Abhilfe gekommen wäre. Es iſt ja eine unpopuläre Aufgabe, und deshalb, meine ich, liegt es der Regierung ob, ſie zu erfüllen, denn die Regierung iſt dazu da, um unpopoläre Beurteilungen unter Umſtänden zu ertragen, während es für die Abgeordneten nicht immer annehmbar iſt.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat noch geſagt, ich hätte 1870 dem Strafgeſetze zugeſtimmt. Ja, meine Herren, damals habe ich in dem Bedürfnis, die junge und zarte Pflanze der deutſchen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, manchem zugeſtimmt, was weit entfernt von meiner politiſchen Überzeugung lag. Meine Aufgabe war es damals eben ſo wenig wie jetzt über wirtſchaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Vergleich zur Konſolidierung des Deutſchen Reiches kleinliche Fragen ängſtlich zu ſein. Jetzt können wir in Ruhe darüber diskutieren; hätten wir damals das Deutſche Reich nicht befeſtigt, da hülfe jetzt kein Diskutieren. Ich habe dieſe Fragen im Verhältnis zu der größeren Aufgabe, die mir oblag, als Kleinigkeiten behandelt und noch andere Konzeſſionen gemacht im Strafrecht und in anderen Dingen, die mir, wie Sie mir wohl glauben können, nach meiner ganzen ſonſtigen Überzeugung ſehr gegen den Strich gingen, aber in meiner Lage iſt Eigenſinn unter Umſtänden ein Verbrechen — in einer Lage, wo keine Verantwortlichkeit iſt, kann man ſich den Luxus erlauben.

Ich möchte Sie nur bitten, meine Herren, daß Sie dieſe unſere Vorlage nicht als eine ausſchließlich parlamentariſche anſehen, gegen Unordnungen gerichtet, die im allgemeinen in unſerem und in jedem Parlament vorkommen, — das im großen und ganzen können wir aushalten; aber die ſozialiſtiſche Agitation iſt ganz etwas anderes, eine Agitation, die ſich an die urteilsloſen Maſſen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Not-

ſtand und unerfüllbare Verſprechungen angeregt iſt. Dazu das Mittel, das geſetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuſchneiden, war Hauptzweck dieſes Geſetzes und der Gedanke iſt uns deshalb auch nicht früher, ſondern erſt nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir ſie in dieſem vergangenen Jahre noch ſtärker als im vorvergangenen gehabt haben, als eine Notwehr der Geſellſchaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, iſt uns der Gedanke der Vorlage gekommen, und unſere Frage an Sie iſt: wollen Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beſchränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen — nicht gegen die ungefährlichen, ſondern gegen die gefährlichen Tendenzen — des Sozialismus ferner mit der Energie beiſtehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder iſt die Gefahr durch das augenblickliche wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialiſten Ihnen anſcheinend ſchon ſo ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beiſtand nach dieſer Richtung hin im Stiche laſſen zu können. Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welches ſie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerſeits bemeſſen, und wir können ohne den Beiſtand des Reichstags nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben ſollen, die Frage mit dieſer einzelnen Ablehnung für uns erledigt ſei. Wir müſſen auf dieſem Wege weiterzukommen ſuchen. Wir ſind berechtigt, als Mitglieder der Regierung darüber unſere eigene Überzeugung zu haben, ſo gut wie irgend ein Abgeordneter, und wir wären ſchlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Überzeugung handeln wollten.

Über die Milde des Strafrechts.

Rede gehalten am 8. März 1879.

Ich bin dem Herrn Vorredner (Abg. v. Bethmann-Hollweg) für ſeine ſachliche Kritik der Geſetzgebung, wie ſie heute liegt, ſehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir ſoeben gehört haben, bei der Neubearbeitung des Seuchengeſetzes und

bei der damit zu verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrate und im Reichstage gelangen wird, sachkundige Vertreter der Landwirtschaft, namentlich aus solchen Bezirken, in welchen Seuchenfälle vorgekommen sind und die daher aus eigener Erfahrung beurteilen können, wo dieser noch wenig probierte Schuh drückt oder nicht, daß die hinzugezogen werden mit ihrem gutachtlichen Urteile. Ich glaube, daß aus der Darlegung des Herrn Vorredners aber doch hervorgeht, daß es für die Behandlung der Seuchen, wenn sie einmal unsere Grenze überschritten haben, an Sorgfalt nicht fehlt, im Gegenteil die Sorgfalt vielleicht eine zu weit getriebene ist und daher eine Minderung stattzufinden hat. Auf der andern Seite kann ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind; ich möchte aber bitten, dafür das Reich nicht als verantwortlich anzusehen und die Mängel, die dabei hervortreten, nicht einem Mangel an Sorgfalt von seiten des Reichs zur Last zu legen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu üben und zu fördern. Ja, selbst die Zollbeamten, die bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus anderen Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehes an den verbotenen Strecken dieselbe Sorgfalt widmen, die sie sonst dem Schmuggel angedeihen lassen, selbst die Zollbeamten unterliegen in dieser Beziehung nicht der Instruktion des Reiches, sondern der einzelnen Staaten. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der mir manchen Zweifel angeregt hat, wenn ich gesehen habe und aus den Untersuchungen über die einzelnen Einschleppungsfälle entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehrere Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldpfaden und Furten die verbotene Einfuhr des Viehes stattgefunden hat, und es scheint mir doch fast unmöglich, daß die patrouillierenden Grenzbeamten und der in seinem Kreise umherfahrende Landrat gar nicht auf den Verdacht kommen sollten, daß dort eine Umgehung der Verbotsgesetze, eine Übertretung der Strafgesetze stattfinden sollte. Ist nun vielleicht die Abneigung gegen irgend eine Art von Denunziation größer als die Furcht vor der Gefahr der Verseuchung eds eigenen Landes, ich weiß nicht, woran es liegt, es scheint mir aber absolut unmöglich, daß unser Verkehr, wie ich das

angedeutet habe, ſich ſo lange Zeit, wie es der Fall geweſen zu ſein ſcheint, der Kenntnis der zur Beobachtung der Geſetzesüberſchreitung angeſtellten Beamten habe entziehen können. Die neueſten Unterſuchungen in Oſtpreußen haben ja zur Genüge dargethan, daß Beamte auch ſelbſt von nicht ganz niedrigſter Stellung mit falſchen Atteſten bei dieſen Einſchleppungen, die uns ſo gefährlich geweſen ſind, die unſeren ganzen Viehhandel nach England zerſtört haben — vor der Hand, — daß ſie dabei mit Ausſtellung von falſchen Atteſten thätig geweſen ſind. Welches wird nun die Beſtrafung ſein dieſer Übertretungen, man kann wohl ſagen angeſichts der Kalamität, die dadurch über unſer Land herbeigezogen iſt, dieſer Verbrechen, daß jemand leichtſinnig, um einen Gewinn zu ſuchen, das ganze Land der Gefahr der Seuche ausſetzt? Nun, meine Herren, ich erlaube mir daran zu erinnern, wie das Geſetz wegen Beſtrafung fahrläſſiger oder verbrecheriſcher Einſchleppung von Seuchen vorgebracht wurde, wie außerordentlich von der Seite, die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher wie für den ehrlichen Mann bei Stellung der Strafſätze ſich zu intereſſieren — Partei nehmen will ich nicht ſagen, — aber die mehr Angſt haben, daß dem Verbrecher zu viel geſchehe, als davor, daß die Geſellſchaft unzulänglich geſchützt ſei. Es ſind dieſe Strafſätze ganz außerordentlich gemildert worden, ſo daß ſie in ihren Konſequenzen kaum noch den nötigen abſchreckenden Charakter haben, und ich glaube, wir werden durch die Erfahrung dazu gezwungen — ich thue es ja ſehr ungern, einen gefaßten Beſchluß des Reichstags nochmals vorzubringen — ihn zu ändern, und ich weiß, einen wie ſchwierigen Stand ich damit haben würde, aber ich mache darauf aufmerkſam, daß die Strafgeſetzgebung gegen die verbrecheriſche Einſchleppung verdächtigen Viehes eine zu milde iſt und daß wir da ſpäterhin, — ich will nicht wünſchen, daß wir ſehr ſchwere Erfahrungen machen. Aber wenn ſich dies häufiger wiederholt, ſo glaube ich, wird die Mehrheit unter Ihnen ſich doch der Pflicht, den Geſchädigten zu helfen, nicht entziehen können, und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden. Einſtweilen aber möchte ich nur bitten, das Reich nicht als verantwortlich anzuſehen für dieſe Einſchleppungen, für die Mißbräuche, die an der Grenze jedenfalls ſtattfinden müſſen, um dergleichen zu ermöglichen, ſondern lieber in den einzelnen Staaten durch die Landtage der Grenzſtaaten ihre verantwortliche Verwaltung darüber zu interpellieren, wie dergleichen mög-

lich ist. Wir im Reich haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben.

Nach dem Abg. Dr. Lasker.

Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abg. Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, ich habe auch niemanden persönlich genannt, ich habe namentlich den Herrn Abg. Lasker nicht genannt, — ich glaube nicht, daß ich einen Namen genannt habe. Wenn der Herr Abg. Lasker sich zu der Bezeichnung derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuieren als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür. Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis giebt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe an der Hand unserer Gesetzgebung und im Interesse der Scherheit unserer Viehzüchter, und ich möchte den Vorwurf dem Herrn Abg. Lasker geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er eine ganz allgemein sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben gethan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber benutzt, um mir zu beweisen, daß ich irgend jemanden allgemein oder besonders verdächtigt hätte. Ich habe an den Abg. Lasker in dem Augenblick, wo ich sprach gar nicht gedacht, und es wird mir jetzt erst vollständig gegenwärtig, daß er einer der Redner war, der, wenn ich nicht irre, den Begriff hineinbrachte, es solle demjenigen, der Vieh schmuggelt, die gewinnsüchtige Absicht erst nachgewiesen werden. Ich glaube, es steht darin, ich will es nicht fest behaupten, aber es schwebt mir so vor. Ich bin auf diese Spezialien nicht vorbereitet, da ich an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abg. Lasker heute nicht im entferntesten gedacht hatte. Er hat gesagt, er habe nur das Minimum heruntergesetzt. Das ist aber für unsere Richter überhaupt ein regelmäßiges Herunterſetzen des Durchschnitts der Strafe. Wann wird ein Richter je zum Maximum greifen, ehe die Spannung nicht so hoch getrieben ist in dem öffentlichen Gefühl, wie vielleicht durch die schweren Verbrechen des vorigen Jahres sie getrieben worden war. Aber in

den gewöhnlichen Eigentums- und eigennützigen Verbrechen iſt es mir noch nie vorgekommen, daß der Richter ſofort zum Maximum greift. Das Maximum heruntersetzen heißt alſo die Strafe heruntersetzen. Ich glaube auch nicht, daß in einer ſolchen Geſetzgebung, die recht ſehr praktiſcher Natur iſt zum Schutz unſerer materiellen Intereſſen, die Herren Juriſten das Hauptwort mitreden ſollten, ſondern die Intereſſenten.

Nach dem Abg. Dr. Lasker.

Ich glaube, die Diskuſſion wird überall den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete zuletzt fixierte, nicht verlaſſen worden wäre, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergriffen hätte; erſt von dem Augenblicke hat ſie meines Erachtens die Grenze, die der Herr Abgeordnete ſelbſt bezeichnete, verlaſſen. Ich habe mich vollſtändig in ſachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt ſich an den einen Ausdruck, mit dem ich diejenigen bezeichnet habe, die ſtets für die mildeſten Strafbeſtimmungen, für die Herabſetzung der Strafbeſtimmungen ſind, daran hängt er ſich, um mich zu kennzeichnen, wie jemanden, der ganzen Kategorien unüberlegte Vorwürfe macht. Ich halte das nicht für unüberlegt, ſondern halte es für notwendig, die Ausdrücke ſo ſcharf und prägnant zu brauchen, daß ſie auch im Publikum einen Eindruck machen, um klarzuſtellen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen Leute Anſpruch machen, bei der jetzigen Lage der Geſetzgebung uns nicht überall gewährt wird, daß unſere Geſetzgebung in ihren Strafbeſtimmungen zum großen Teil zu milde iſt. Ich bin außerdem vollſtändig berechtigt, wenn ich davon ſpreche, Verſuche der Geſetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Geſetze in ihrer Wirkung zu ſehr abgeſtumpft hat, damit die Herren ihrerſeits ſich der Folgen deſſen, was ſie gethan haben, durch dieſe ihre Abminderung, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande und wenn ich in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche. Ich habe niemanden perſönlich genannt, niemanden perſönlich gekränkt, der Herr Abgeordnete hat ſehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und

Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber laſſen Sie mich ſelbſt urteilen. Ich weiß ſehr gut, wohin ich ſtrebe, und was ich mit dieſem Angriff gegen die zu milden Strafbeſtimmungen bezwecke, iſt mir vollſtändig klar und wird auch ſeine Wirkung thun.

Über die Urſachen der Auswanderung.

Rede gehalten am 8. März 1879.

Der Herr Abgeordnete hat den Wunſch ausgeſprochen, über das Herkommen der Auswanderung je nach den Provinzen, aus denen ſie hervorgehe, nähere ſtatiſtiſche Auskunft zu erhalten. Ich halte dieſen Wunſch für einen vollkommen berechtigten und werde für ſeine Erfüllung meinerſeits veranlaſſen, was notwendig iſt. Ich lege um ſo mehr Wert darauf, als ſich aus dieſer Statiſtik zugleich die Frage des Herrn Abgeordneten nach den Gründen, die einen Deutſchen veranlaſſen könnten, ſein Vaterland zu verlaſſen, bis zu einem gewiſſen Grade beantworten wird. Es wird nämlich aus der Statiſtik, ſoweit ſie mir bekannt iſt, und zwar auch wenn man Jahre in derſelben zurückgreift, der merkwürdige Umſtand ſich ergeben, daß die meiſten Auswanderer aus den am wenigſten bevölkerten Gegenden kommen, und daß diejenigen faſt übervölkerten Länder, die vermöge der Entwicklung ihrer Induſtrie 10,000 und mehr Menſchen auf der Quadratmeile nähren, ein ſehr dürftiges Kontingent bilden. Ich glaube, der Herr Vorredner wird aus ſeiner fabrik- und induſtriereichen Heimat nicht den Eindruck mitbringen, daß dort ſehr viele Anweſen von Auswanderern zum Verkauf kamen und die Auswanderer ſehr zahlreich waren. Wenn er hingegen in den hauptſächlich auf den Betrieb der Landwirtſchaft angewieſenen Provinzen wohnte, ſo würde dieſe Wahrnehmung häufiger vorkommen. Bei weitem die meiſten der Auswanderer in den letzten Jahren ſind aus Mecklenburg, Pommern, Weſtpreußen, Poſen, Hanz und gut aus Gegenden, die in vielen Fällen die Zahl von 2000 Menſchen auf die Quadratmeile nicht erheblich überſteigen, ja, in den mir bekannten Landſtrichen meiner Var-

ziner Heimat kaum 1200 überſteigen, und da gerade war die Auswanderung außerordentlich zahlreich. Was iſt nun die Urſache davon? Die Urſachen werden uns vielleicht eingehender beſchäftigen in einigen Monaten, wenn wir die Tarifſragen prüfen, wenn wir die Verteilung der Laſten prüfen zwiſchen der Landwirtſchaft und zwiſchen den übrigen Teilen der Bevölkerung, zwiſchen der Bevölkerung, die von der Landwirtſchaft lebt, und zwiſchen der, die nicht davon lebt. Ich will auf die Details jetzt nicht näher eingehen, ich will den Herren und auch dem Herrn Vorredner in bezug auf ſeine Anfragen Rendezvous geben bei den Verhandlungen über die wirtſchaftlichen Fragen, da werde ich ihm angeben, warum die Bevölkerung der rein wirtſchaftlichen Provinzen bei uns in höherem Maße auswandere, als die der übervölkerten Fabrikgegenden. Ich werde daraus zu dem Schluß kommen, daß einerſeits das landwirtſchaftliche Gewerbe bei uns durch unſer Abgaben- und Steuerweſen und verſchiedene andere Einrichtungen ungleich beſchwert iſt. Ich werde ferner zu dem Schluß kommen, daß es für die rein landwirtſchaftlichen Gegenden ein Segen ſein würde, wenn ſie in ihrem Umfange eine entwickeltere Induſtrie fänden, welche ſich weiter bilden könnte, ſo daß beide ſich gegenſeitig unterſtützen. In den vorwiegend induſtriellen Gegenden iſt dem Arbeiter die Karriere nicht verſchloſſen, die Karriere zu den höchſten Vorbildern, die ſeine Phantaſie ihm ſtellen kann. Der Marſchallſtab, den angeblich der franzöſiſche Soldat in ſeinem Torniſter trägt, befindet ſich dort in der That in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp, wie Diergardt, wie Borſig, ich könnte viele andere nennen, Marſchälle der Induſtrie nennen darf. Die Karriere iſt dort nicht verſchloſſen, der Arbeiter in der Induſtrie hat die Möglichkeit, aufzuſteigen, er ſteigt zuerſt auf zu dem höheren Tagelohn als beſſerer Arbeiter, zu dem höheren Wochenlohn, er bekommt eine beſſere Anſtellung als Contremaitre, als Werkführer, und die Beiſpiele ſind nicht ſo ſehr ſelten, daß ſie nicht die Hoffnung eines jeden ſchmeicheln ſollten, daß einer unter ihnen ſich zum leitenden Beamten, zum Aſſocié, ja zum Herrn einer großen Induſtrie, eines großen Vermögens aufgeſchwungen hat. Die Hoffnung, deren der Menſch bedarf, daß in dem gewöhnlichen Einerlei des Arbeiterlebens, wenn nicht für ihn, doch für ſeine Kinder etwas beſſer werden könne, die verläßt den induſtriellen Arbeiter nicht. Anders iſt es in der Landwirtſchaft: Der ländliche Arbeiter, wenn er in dem Alter iſt

daß er heiratet und nachdenkt über seine Zukunft, so findet er in rein landwirtschaftlichen Gegenden, daß die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation eine unübersteigliche ist, daß es eine arbeitsame, glückliche, insofern, als er durch Krankheiten nicht zurückgebracht und gestört wird, eine in ihrem Erwerb glückliche Generation erfordert, um den Arbeiter eine Stufe vorwärts zu bringen und ihm zu einem kleinen Eigentümer eines Anwesens mit einer Dachtraufe, aber was ihm selbst gehört, zu einem kleinen Stück eigenen Landes zu verhelfen. Er sieht vor sich, daß sein Nachbar, der 60 Jahre lang das Gewerbe eines ländlichen Arbeiters getrieben hat, eben in diesem Verhältnis geblieben ist. Eine große Schädigung der Entwicklung der ländlichen Verhältnisse hat in dieser Hinsicht die gesetzliche Aufhebung der Erbpacht gebracht, die ein Mittel war, jemandem leicht zu Land zu verhelfen und zu einem unantastbaren Grundbesitz und ein viel leichteres Mittel als die Teilung von Domänen, die man vorgenommen hat, und wo man die Teilstelle viel zu hoch gegriffen hat, nach dem Urteil eines jeden, der die ländlichen Verhältnisse kennt. Wenn man in unseren ausschließlich landwirtschaftlichen Provinzen den Erwerb von Grundeigentum durch das System der Erbpacht, das keine Kapitalanlage erforderte, erleichterte, wenn es unserer Gesetzgebung später gelingt, Industrie, die nicht eine Konkurrentin der Landwirtschaft ist, in jenen Gegenden zu fördern, so daß Produzenten und Abnehmer für verschiedene Artikel dicht neben einander wohnen, dann, glaube ich, wird der Herr Vorredner nicht mehr über die hohen Ziffern der Auswanderung klagen. Sie sind ja in den letzten Jahren sehr viel vermindert; das hat aber meines Erachtens keine dauernden Gründe, sie würden unter gewissen Verhältnissen, die einseitig auch in Amerika eintreten könnten, ebenso gut wieder einen Aufschwung nehmen. Ich erlaube mir also dem Herrn Vorredner zu versprechen, daß die statistischen Nachrichten, die ihm fehlen, nachgeliefert werden sollen, und die Absicht auszusprechen, auf diese Statistik und die Wirkung unserer bisherigen Gesetzgebung auf die Auswanderung zurückzukommen, wenn wir die wirtschaftlichen Fragen hier behandeln werden.

Zur weiteren Entwicklung der elſaß-lothringiſchen Einrichtungen.

Rede gehalten am 21. März 1879.

Ich glaube, es wird die Diskuſſion erleichtern und klären, wenn ich jetzt ſchon das Wort ergreife, nachdem wir ein Für und nicht ein volles Dawider aus dem Reichslande gehört haben.

Ich kann nicht leugnen, daß die ganze Entwicklung des erſten Herrn Redners überwiegend wohlthuend auf mich gewirkt hat und es noch mehr gethan haben würde, wenn er es hätte unterlaſſen können, am Schluſſe ſeiner Rede einen gewiſſen Appell nach Paris hin zu richten, der hier kein Echo finden kann, wenn er es hätte unterlaſſen können, in dieſem Teil ſeiner Rede ſeine Heimat als ein künftig neutrales Land darzuſtellen, auf dem die franzöſiſchen Sympathien gleichberechtigt mit den deutſchen ſein würden. Dieſe geteilte Liebe, meine Herren, können wir nicht annehmen.

Der Herr Vorredner hat an die mehrfachen Äußerungen erinnert, mit denen ich im Jahre 1871 den autonomen Wünſchen, die ſich jetzt kundgeben, entgegengekommen bin, in der Hoffnung damals, daß ſie ſich früher ſchon zum Ausdruck bringen würden in dieſer Verſammlung. Ich kann ſagen, ſie kommen ſpät, aber ſie kommen, und mir perſönlich ſind ſie willkommen. Ich bin ja nicht berechtigt, in meiner Eigenſchaft als Reichskanzler hier zu ſprechen, ich ſpreche in der eines Miniſters von Elſaß-Lothringen, aber ich ſpreche doch im prinzipiellen Einverſtändnis mit Sr. Majeſtät dem Kaiſer, ſoweit es Elſaß-Lothringen anbelangt, und würde mich nicht ſpeziell in der Sache äußern können, wenn ich mich davon nicht vergewiſſert hätte. Dieſes Einverſtändnis Sr. Majeſtät, in dieſem Falle meines territorialen Landesherrn, genügt aber nicht, um dem, was ich ſpäterhin über die Zukunft, über die minimalen Bedingungen, die der erſte Herr Redner formuliert hat, ſagen werde, volle authentiſche Kraft zu gewähren. Dazu iſt erforderlich eine gemeinſame Thätigkeit der geſetzgebenden Faktoren, und zwar vor allem der verbündeten Regierungen im Bundesrate. Ich kann nur das hier ſagen, was ich bei Sr. Majeſtät dem Kaiſer, wie ich glaube, mit Erfolg und bei den verbündeten Regierungen mit Hoffnung, befürworten will; ich glaube, daß der erſte Herr Redner darin ein weites Entgegenkommen

finden wird. Wenn ich nicht mehr ganz auf dem Punkte, ich könnte ſagen, meiner erſten Jugendliebe zu den Reichslanden ſtehe, nicht mehr ganz auf dem für mein damaliges Alter ſchon kaum anwendbaren Ausdruck einer begeiſterten Hoffnung, die ich daran knüpfte, in der glücklichen Empfindung, dieſe alten Reichslande wiedergewonnen zu ſehen, ſo iſt das doch wohl erklärlich nach den Zeiten, die wir inzwiſchen erlebt haben. Ich kann hier auf alle Elemente, die zu meiner Entmutigung mitgewirkt haben, nicht eingehen, der Herr Vorredner hat ſie, zum Teil, in übertriebener Form erwähnt; ich will nur das eine nennen. Der erſte Mehltau, der auf meine Hoffnungen fiel, das waren die erſten Wahlen in Elſaß-Lothringen, die Erinnerung an den Proteſt, den wir hier im Namen, angeblich im Namen der ganzen Bevölkerung, aus dem Munde des Herrn Teutſch und unter Zuſtimmung ſeiner ſämtlichen damaligen Kollegen hören mußten. Es war das dieſelbe Tonart, wie wir ſie noch heute aus dem Munde der geiſtlichen Vertreter dieſes Landes, der Herren Winterer, Simonis und Guerber zu hören bekommen, und die doch unter ihren Wählern zahlreich vertreten ſein muß, wir können annehmen, daß dieſe geiſtlichen Herren uns die Stimmung, welche ſie zu verteten haben, doch geläutert durch chriſtliche Milde, die dem Geiſtlichen eigen iſt, hier vorgetragen haben. Wir müſſen alſo befürchten, daß die Wähler den laienhaften Zorn, der dem Geiſtlichen notwendig fehlt, den Prieſtern der Verſöhnung und des Friedens, in dieſem Hauſe ſchärfer zum Ausdruck bringen würden, als die Geiſtlichen, die prieſterlichen Vertreter, es ihres Kleides und der Würde und ihrer chriſtlichen Miſſion angemeſſen finden. Wenn ich darauf zurückgehe, wenn ich mir dieſe Stimmung vergegenwärtige, wenn ich mir vergegenwärtige, daß ſie im Lande vorhanden ſein muß und noch immer vorhanden ſein muß, ſonſt hätten die Herren nicht gewählt werden können, deren Abneigung gegen jede Annäherung doch die Grenze, die ſich der zweite Herr Redner zog, und die für ſeinen Standpunkt ſchon ein erhebliches Entgegenkommen bildet, weit hinter ſich zurückläßt, wir werden daher doch immer alles, was wir dieſem Lande an Autonomie konzedieren, alles, was ich im Jahre 1871 nach Ausweis meiner damaligen öffentlichen Rede bereit war zu konzedieren, immer unter dem Geſichtspunkt betrachten müſſen, ob es mit der Sicherheit der Reichslande, ob es mit der Sicherheit des Reichs auch in weniger friedlichen Zeiten, wie ſie im Augenblick vorhanden und in den nächſten Jahren zu hoffen ſind, ver-

träglich sein wird. Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir den Reichslanden das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, was mit der militärischen Sicherheit des Reichs auf dieser Seite verträglich ist. Das ist ein orakelhaftes Wort, was in sich selbst seine Grenzen verändern kann, was aber doch das Prinzip ausdrückt, nach dem wir allein handeln können und handeln müssen — unsere Urteile über das Maß dessen, was wir geben wollen, können ja sehr verschieden sein. Ich habe damals unter dem Eindruck der Abkühlung, die ich durch das Auftreten des vorhin bezeichneten Protestabgeordneten erfuhr, mich weiter von den Geschäften des Elsaß zurückgezogen und bin mir selbst bedenklich geworden, ob es richtig war, daß ich als Reichskanzler zu den andern Aufgaben, die ich hatte, zu den allgemeinen auch die eines alleinigen und regierenden Ministers eines Landes von anderthalb Millionen Einwohnern übernahm, und zwar eines Landes, das, wie der erste Herr Redner richtig bemerkte, dadurch die Verwaltung erschwert, daß es so weit von dem Sitze des Souveräns und des Reichskanzlers abliegt. Wir haben uns zuerst geholfen durch Abbürdung eines Teiles der ministeriellen Befugnisse auf den Ober-Präsidenten, aber der Mangel ist allerdings der, daß die Leitung und die Hauptleitung der dortigen Politik einem Beamten anheimfällt, der nicht selbständig der verantwortliche Vertreter seiner Handlungen ist, auf dem die ministerielle Verantwortlichkeit nicht ruht, sondern der Reichskanzler trägt sie für ihn und die Schwierigkeiten, die ein solches dualistisches Verhältnis bietet, hat ja der erste Herr Redner drastischer vielleicht, als für den Zweck der Annäherung nötig war, geschildert. Ich bin nicht berufen, hier öffentlich in die Einzelheiten seiner Kritik einzugehen, vielleicht wird das mein Kollege neben mir in einem späteren Stadium der Beratung thun, ich will mich hier nicht mit der Vergangenheit, nicht mit der Widerlegung von Rekriminationen, sondern mehr mit der Zukunft beschäftigen.

Nach dem entmutigenden Gefühle, mit dem ich dieser ganzen Aufgabe, für mich als Reichskanzler doch notwendig Nebenaufgabe, gegenüberstand, habe ich mich gefreut, auf dem Wege des Stellvertretungsgesetzes die Verantwortlichkeit von mir abbürden zu können, und ich möchte in diesem Punkte den ersten Herrn Redner berichtigen — es steht in Gestalt des mich vertretenden Ressortchefs kein unverantwortlicher, sondern ein verantwortlicher Minister gegenüber, die Verantwortlichkeit geht mit der Stell-

vertretung auf die Herren über, die mich vertreten, ſonſt würde es keine Vertretung ſein. Aber es bleibt ja richtig, daß die 200 Stunden, wie der Herr Vorredner ſagt, die zwiſchen der hieſigen Verwaltung und Elſaß-Lothringen liegen, die Teilung, die zwiſchen der Miniſterialbefugnis und der Ober-Präſidialbefugnis ſo gemacht iſt, daß die Hauptaccente der Geſchäfte doch ſchon jetzt mehr in Straßburg liegen, als hier in Berlin, — ſo gemacht iſt, daß nach den mir aus den Akten gewordenen Mitteilungen kaum einige 100 Nummern aus der ganzen Verwaltung jährlich überhaupt hier zur Entſcheidung gelangen. Daß dieſe Teilung keine richtige iſt, und daß derjenige, der die Verantwortlichkeit trägt, auch den Geſchäften näher ſtehen ſollte: damit konzediere ich ſchon eins der hauptſächlichſten Prinzipien für meine Perſon, die der Herr Vorredner angeregt hat. Für mich, für meine Stellung als Reichskanzler, werde ich ja nachher die Frage richten: wird die Trennung eine vollſtändige, oder bleibe ich bis zu einem gewiſſen Maße noch verantwortlich? Mir wäre es erwünſcht, wenn ſie vollſtändig wäre; denn ich kann eine Verantwortung für Dinge, die ich nicht kontrolieren kann, und für Perſonen, die ich doch nicht ad notum revozieren kann in ihrer Ernennung, auf die Dauer nicht tragen. Die Geſchäfte haben mitunter eine Wendung genommen, die ich nicht ändern konnte, obſchon ich ſie nicht billige, und deshalb wäre es mir am liebſten, ich würde von jeder Beziehung zu dieſem mit meinen ſonſtigen Reichsgeſchäften eigentlich nicht notwendig in Verbindung ſtehenden Nebenamt befreit. Es ſollte dieſes Amt eben kein Nebenamt ſein. Wer Miniſter dieſes Landes ſein will, der muß es meines Erachtens als Hauptamt und als einziges Amt haben.

Ich bitte die Herren um Verzeihung, wenn ich mit etwas Erkältung ſpreche. Wie ſo viele von Ihnen, bin auch ich ſehr unter Erkältung leidend, und wenn es mir dieſe Sache gerade nicht zum Zwang gemacht hätte, ſo würde ich vorgezogen haben, heute nicht unter Ihnen zu erſcheinen. Deshalb bitte ich um Nachſicht, wenn ich nicht mit voller Geläufigkeit mein Thema beherrſche. Ich komme zu dem, was der Herr Vorredner die Minimalbedingung nannte, und ich habe ſchon erwähnt, daß ich mit dem als elſäſſiſcher Miniſter in der Hauptſache und prinzipiell einverſtanden zu erklären berechtigt bin und es auch thue. Ich habe den verbündeten Regierungen die Fragen, die ſich daran knüpfen, vorgelegt. Die Zeit iſt aber zu kurz, ſeitdem dies ge-

ſchehen iſt, als daß ſchon eine Verſtändigung darüber erfolgt ſein könnte. Ich hatte mir vorgenommen, überhaupt dieſen Fragen nicht näher zu treten, als bis ſie aus dem Lande ſelbſt angeregt würden. Das iſt jetzt geſchehen; und ich habe ſeitdem erſt den verbündeten Regierungen meine Anſicht mit Genehmigung Sr. Majeſtät des Kaiſers mitgeteilt. Die Beſchlüſſe ſind zu erwarten, und ich werde dafür thätig ſein, daß ſie im Sinne des Planes ausfallen, den ich im Skelett darlege. — Es iſt zunächſt der Frage näher getreten, ob es richtig geweſen iſt und ob es nützlich iſt, dabei zu verharren, daß Elſaß und Lothringen ein Land und eine gemeinſame Verwaltung bilde. Ich ſehe dieſe Frage als eine offene an. — Es iſt die Homogenität der Landſchaft weſentlich vermindert dadurch, daß ſie beide verſchmolzen ſind. Es iſt möglich, daß Elſaß an ſich und geſondert ſchneller und feſter ſich konſolidieren könnte, als wenn es mit dem heterogenen Elemente Lothringen gekuppelt bleibt, und es iſt ja die Möglichkeit nicht ausgeſchloſſen, für jeden dieſer beiden Landesteile eine geſonderte Regierung einzurichten. Ich muß indeſſen geſtehen, daß ich zu dieſer Frage, die ſorgfältige politiſche und militäriſche Erwägungen erfordert, eine Stellung nicht zu nehmen beabſichtige in dieſem Augenblicke und namentlich nicht, bevor ich weiß, wie die verbündeten Regierungen ſich darüber ausſprechen. Anders liegt es mit den anderweiten Wünſchen, die der Verlegung der Regierung in der Hauptſache nach Straßburg, der Initiative des Landtages, der Verſtärkung desſelben und der konſultativen Stellung im Bundesrate. Was zunächſt eine Verlegung der Regierung von Berlin nach Straßburg betrifft, der Regierung, die heutzutage in der vermöge des Stellvertretungsgeſetzes ſelbſtändigen verantwortlichen Abteilung des Reichskanzleramts, die den Namen nach Elſaß-Lothringen führt, beſteht, ſo iſt ſie thatſächlich leicht möglich. Dieſe vollſtändig getrennte, in ihrer Verantwortlichkeit unabhängige Behörde kann einfach nach Straßburg verſetzt werden. Ich bevorworte, daß unter dem, was ich anführen werde, nach der Lage der Geſetzgebung für die Reichslande kaum eine einzige Maßregel ſein wird, die ohne einen Akt der Reichsgeſetzgebung vollzogen werden könnte. Die Geſetzgebung iſt eine ſo mannigfaltige und beruht ſo ſehr auf den einzelnen Vorausſetzungen, die jetzt exiſtent ſind, daß wahrſcheinlich für die Kaiſerliche Verordnung in allen den Fragen, die ich erwähnen werde, kein Spielraum ſein wird, ſondern das Ganze wird ein Akt der Geſetzgebung ſein müſſen.

Also die Verlegung der durch die Stellvertretung selbständigen Abteilung für Elsaß-Lothringen wäre gesetzlich leicht zu machen. Ich glaube aber aus Gründen, die wir in der weiteren Verhandlung der Gesetzgebung prüfen werden, nicht, daß es thunlich ist, die sozusagen kahle Abteilung dahin zu schicken. Ich glaube, wir müssen ihr eine Spitze von größerem Gewichte geben, wir müssen einen Statthalter dort einrichten, worunter ich nicht eine selbständige fürstliche Existenz verstehe, auf den aber ein Teil auch der Rechte, die nach französischem Gesetz dem Landesherrn zustehen, übertragen werden kann.

Das französische Recht erfordert bekanntlich das persönliche Einschreiten des Landsherrn, seine eigene Unterschrift in sehr viel weiterer Ausdehnung wie irgend eine analoge deutsche Einrichtung, und ich glaube, daß ein großer Teil der monarchischen Rechte, so wie sie nach französischem Rechte liegen, in der Ausübung ohne Schaden einem Statthalter übertragen werden kann. Ich halte es auch für dringend notwendig, daß die Landesteile, mag man das Elsaß allein oder Elsaß und Lothringen meinen, einen bestimmten, festen sozialen und politischen Mittelpunkt haben, und eine Behörde mit mehr Machtvollkommenheit als der Ober-Präsident, die unter Umständen mehr zu geben und zu nehmen imstande, im Lande sei und im direkten Verkehr von Mann zu Mann mit den Einwohnern stehe und rede — mit andern Worten: ich stimme für die Herstellung einer Statthalterei mit einem verantwortlichen Ministerium, das 3 bis 4 Abteilungen haben kann, ohne daß es gerade 3 bis 4 Beamte mit Ministerrang zu haben braucht, sondern ähnlich wie ein Großherzogtum mit analoger Größe, mit Ministerial-Direktoren, die dort wohnen. Die schwierige Aufgabe ist die Verbindung dieser Organisation mit dem Landesherrn, der seine Residenz dahin nicht verlegen kann, wenigstens nur sehr vorübergehend. Da wird es also unabweislich sein, daß bei dem Landesherrn sich mindestens ein Kabinetts-Rat befindet, der den Vortrag hat und die Unterschriften herbeiführt, soweit Kaiserliche Unterschriften erforderlich sind. Die Frage ist nun: soll dieser Kabinetts-Rat in irgend eine Beziehung zu dem Reichskanzler treten oder nicht? Ich kann darin eine Meinung nicht bestimmt äußern, sondern nur sagen, daß der Wunsch Sr. Majestät des Kaisers sein würde, den Reichskanzler nicht absolut ausgeschlossen zu sehen, sondern sich die Möglichkeit zu wahren, über die Zweckmäßigkeit Allerhöchster Vollziehungen mit dem Reichskanzler

in Verbindung zu treten. Indeſſen, es kann das ja auch eine rein perſönliche Beziehung ſein, und ich habe meinerſeits nichts dawider, ſo weit Se. Majeſtät der Kaiſer es befehlen würde, aus der Stellung eines Reichskanzlers in die eines Kabinetts-Rats oder eines Adjutanten zurückzutreten. Eine amtliche Klarlegung dieſes Punktes wäre kaum erforderlich und für mich kaum erwünſcht, weil dann doch die Verantwortlichkeit ſchließlich immer wieder ſchwerer auf mich anrücken würde, und ich möchte mich ſo weit davon abſtellen, wie ich will — es würde immer bleiben, daß post equitem sedet atra cura, ſie würde mir folgen. Die zweite Frage iſt die, die der erſte Herr Redner geſtellt hat, die der Initiative des Landesausſchuſſes, eine Frage, die ich unbedenklich zu bejahen bereit bin, ebenſo wie die der Verſtärkung des Ausſchuſſes. Es iſt nur die Frage, wie dieſe Verſtärkung zu gewinnen ſein wird, ob durch Zuſammenziehung der zwei oder drei Bezirksvertretungen oder ob durch eine Ergänzung aus einem andern Wahlmodus, ſei es aus den Kreistagen oder wie ſonſt. Aber im Prinzip, um deſſen Klarlegung es ſich heute doch nur handelt, habe ich kein Bedenken an dieſen beiden Punkten der Initiative und der Verſtärkung. Ehe wir den Details näher treten, würden ja formulierte Paragraphen, gefaßte geſetzgeberiſche Vorlagen an den Bundesrat treten müſſen.

Eine der ſchwierigſten Fragen iſt die Stellung des Reichslandes zum Bundesrat. Jede Berechtigung für das Reichsland, Mitglieder des Bundesrats zu ernennen, wenn ſie ebenſo ausgeübt werden ſoll wie für die übrigen Beſtandteile des Reichsgebiets, würde in letzter Inſtanz nichts weiter ſein als eine Vermehrung der preußiſchen Stimmen von 17 auf 19 oder 20, je nachdem man 2 oder 3 nimmt, denn Se. Majeſtät der Kaiſer kann unmöglich die bundesrätliche Vertretung für die Reichslande perſönlich anders konſtruieren wollen, als die für das Königreich Preußen, und für beide beruht die Beſtimmung ſchließlich auf dem perſönlichen Willen und der perſönlichen Entſcheidung des Monarchen, ſie mag durch miniſterielle Verantwortlichkeit gedeckt oder getragen ſein, wie ſie wolle. Die preußiſchen und die elſäſſiſchen Vertreter im Bundesrate würden nicht gegen einander ſtimmen können. Eine Verſchiebung der jetzigen Stimmverhältniſſe im Bundesrat wäre eine weſentliche Verfaſſungsänderung und ich mag für deren Initiative die Verantwortung nicht auf mich nehmen, ich glaube, ſie würde auch wenig Ausſicht auf Erfolg

haben, und von den preußiſchen 17 Stimmen einige an die Reichslande abzutreten, würde eben ja nur rein Formſache ſein, da ſie doch nicht anders inſtruiert werden können, als die übrigen 15 oder 14 Stimmen, und ſchon jetzt der Kaiſer inſtruiert, und dabei in ſeiner Eigenſchaft als Inhaber der landesherrlichen Rechte des Elſaß doch auch den Beruf in ſich fühlen wird, die Intereſſen der Elſäſſer wahrzunehmen. Stimmberechtigte Mitglieder des Bundesrats aber von ſeiten des Landesausſchuſſes zur Vertretung der Landesintereſſen ernennen zu laſſen, würde in den Bundesrat ein neues Element hineinbringen, zu dem ich 1871 vielleicht noch Glauben und Vertrauen gehabt hätte, dem aber, angeſichts der Vertreter, die wir heute in der Mehrheit noch haben und die ich vorher namentlich genannt habe, ich nicht den Mut haben würde, ein Gewicht im Senat der deutſchen Bundesgenoſſen einzuräumen. Etwas anderes iſt aber die Frage der Möglichkeit, die Intereſſen des Landes im Schoße des Bundesrats geltend zu machen, mit anderen Worten, es beſchäftigt mich die Frage ſehr lebhaft, ob und unter welchen Formen es möglich ſein wird, dem Reichslande, alſo der Landesvertretung das Recht zu geben, daß ſie hier eine konſultative Vertretung im Bundesrate ausübt. Daß es in der Möglichkeit liegt, die Wünſche des Landes auch bei der Vorberatung der Geſetze im Stadium des Bundesrats mit der Autorität der öffentlichen Meinung, oder der Stimmung der Landesvertretung im Bundesrate geltend zu machen; — ſo weit ich überhaupt in der Lage bin, mich über die Frage, die uns beſchäftigt, zu äußern, erkläre ich, daß ich auch dieſem Anſpruche zuſtimmen würde; ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, obſchon das eine große verfaſſungsmäßige Neuerung iſt, daß er auch im Bundesrat bei den verbündeten Regierungen Anklang finden würde, denn im grunde liegt darin eine Teilung der Macht, die bisher der Kaiſer landesherrlich allein ausübte mit dem Bundesrat. Es liegt darin die Zulaſſung eines Einfluſſes der übrigen verbündeten Staaten auch in den vorberatenden Stadien der Verwaltung und Geſetzgebung, es liegt darin die Herſtellung einer, wenn man will, Beſchwerdeinſtanz gegen die Landesregierung, denn die Vertreter des Elſäſſer Landesausſchuſſes würden in dem Falle ſein, jederzeit eine Anregung jeder Frage im Bundesrat wenigſtens herbeizuführen, es würde eine ſehr wirkſame Beſchwerdeinſtanz ſein, bei der die Beſchwerde ſofort an eine große und amtliche Glocke gehängt werden kann. Außerdem

wäre es vielleicht nützlich, daß die Landesvertretung einen — ich könnte sagen diplomatischen Vertreter beim Kaiser hier hätte, mag es zusammenfallend mit dem Bundesrat sein, mögen es zwei sein, aber ich meine, die beiden müßten sich teilen oder müßten gemeinschaftlich ausüben das Recht des Appells, der Beschwerde, der Initiative, des Antrags bei dem Kaiser als Landesherrn und bei dem Repräsentanten der Gesamtsouveränetät, dem Bundesrat. In welcher Weise die Mitgliedschaft für dieses beratende oder diese beiden beratenden Mitglieder im Bundesrate konstatiert wird, amtlich und kalendermäßig, das ist eine Frage der Form, über die man leicht hinwegkommen wird. Wenn es überhaupt gelingt, dieses Programm, wie ich es hier sehr zusammenhängend und schlecht stilisiert augenblicklich skizziere, aber doch verständlich — wenn es gelingt, die Zustimmung der Regierung und dieses hohen Hauses zu gewinnen, so glaube ich, daß darin ein erhebliches Entgegenkommen liegen wird. Ich würde diese Konzession meinerseits ohne Besorgnis für die Sicherheit des Reiches machen, weil die militärischen Verhältnisse in der Hand des Reiches und des obersten Kriegsherrn bleiben und auch die übrigen staatlichen Attributionen, und weil ich, wenn die Sache sich nicht bewährt, die Konzession nicht als eine unwiderrufliche betrachte; auf demselben Wege der Gesetzgebung, auf dem sie geschaffen wird, kann sie, wenn sie sich nicht bewähren sollte, wieder aufgehoben, und wenn sie sich bewährt, vervollständigt und erweitert werden, und ich hoffe, daß das letztere in dem Maße der Fall sein wird, in welchem sich in Elsaß der gesunde Sinn der Bevölkerung von unten herauf durcharbeitet und sich der Herrschaft bemächtigt im Gegensatz zu einer großen Anzahl von Parisern, möchte ich sagen, die im Elsaß geblieben sind — nicht Franzosen, denn zwischen Franzosen und Parisern unterscheide ich erfahrungsmäßig sehr scharf — der Elemente, die dort in den gebildeten Klassen — zu Hause sind, oder doch in diesen allein ihren Ausgangspunkt und ihren Halt haben. Alle meine Nachrichten stimmen darin überein, daß in der Massenbevölkerung, namentlich aber in der ländlichen, die für uns Vertrauen erweckende Gestaltung der Dinge wesentlich im Wachsen und im Zunehmen begriffen ist, auch namentlich durch die beginnende und werdende Wirkung, welche die allgemeine Wehrpflicht ausübt auf diejenigen, welche ihren Militärdienst durchgemacht haben und in ihre Heimat zurückkehren, und ich bin überzeugt, daß unser guter Wille, der ja unvermindert

iſt, wenn auch bei mir wenigſtens der Mut und die Hoffnung auf die Zukunft nicht derſelbe iſt, wie 1871 — daß unſer unverminderter guter Wille mit der Zeit die Sprödigkeit der Kreiſe, die uns bisher widerſtreben, überwinden wird, wenn wir ſie ruhig bei ihrer Arbeit laſſen. Ich möchte, daß wir es über uns gewinnen, ſie nicht zu ſehr zu ſtören, weder durch Einwirkung unſerer geſetzgebenden Körperſchaften, noch durch Einwirkung unſerer Büreaukratie. Ich habe noch heute Vertrauen zu dem deutſchen Keim, der ungeſtört, wenn auch überwuchert von dem glänzenden Firniß der franzöſiſchen hundertjährigen Angehörigkeit, doch unzerſtört vorhanden iſt, und glaube, daß die früher franzöſiſch gezogene, von uns friſch geſtützte deutſche Eiche kräftig wieder ausſchlagen wird, wenn wir Ruhe und Geduld haben, und wenn es uns gelingt, die Fehler unſeres eigenen Charakters — am Zuvielregieren, möchte ich ſagen, zurückzuhalten und zu mäßigen und uns der ruhigen Beobachtung des Wachstums mehr hinzugeben als dem Bedürfnis, an der Pflanze zu modeln und zu ſchneiden. Ich werde es dankbar erkennen, wenn von den verſchiedenen Standpunkten aus, die im Reichstage vertreten ſind, den erſten Ideen, die ich hiermit Ihrer Kritik unterbreite, beleuchtend näher getreten wird, und werde ſehr gern bereit ſein, da, wo ich zu unvollſtändig, lückenhaft und unzuſammenhängend geweſen bin, nähere Auskunft zu geben.

Über die Holzzölle.

Rede gehalten am 27. März 1879.

Ich würde in ſo vorgerückter Stunde nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Redner nicht wiederholt auf meine Perſon und meine Äußerungen Bezug genommen hätte, obſchon ich in dieſer Debatte meinerſeits noch gar nicht das Wort ergriffen und gar nicht geſprochen habe.

Der Herr Redner hat zurückgegriffen in die Debatte über die Getreidezölle und meine Äußerungen von damals; ich will ihm auf dieſes Gebiet nicht folgen, ſondern mich lediglich an das Holz halten, bei dem wir uns augenblicklich befinden, und da der Reihe nach, wie ich ſie mir notiert habe, einige der Ein-

wendungen und Angaben beantworten, die der Herr Vorredner gegen die Vorlage gemacht hat, und einiges, was ich für unrichtig darin halte, richtig zu stellen suchen.

Was zunächst seine Beschwerde darüber anbelangt, daß die weichen und die harten Hölzer gleich hoch verzollt würden, so hatten wir geglaubt, daß die Holzhändler in dem Herunterſetzen des Zolles auf harte Hölzer die Konzeſſion wohl erkennen würden, die wir damit machen wollten. Wir haben den mittleren Durchſchnitt zwiſchen weichen und harten Hölzern von früher gewählt, um grade die Zählung, die Abfertigung zu erleichtern. Was ſie an den weichen Hölzern mehr zu verzollen haben, haben ſie an dem harten weniger, und nach den Auseinanderſetzungen des Herrn Vorredners, welcher ſachkundig iſt, muß man ja annehmen, daß die harten Hölzer beim Fluß- und Seeverkehr und dem Export nach England ihnen die Hauptſache bilden und die weichen Hölzer bloß zur Verkoppelung, um der mangelnden Schwimmkraft der harten aufzuhelfen, benutzt werden. Es iſt hiermit eine Konzeſſion beabſichtigt. Sollten die Herren wünſchen, daß auf die weichen Hölzer ein niedrigerer Zoll wie der vorgeſchlagene geſetzt würde, ſo müßte die Regierung ſich vorbehalten, den auf die harten Hölzer urſprünglich beſtandenen auch wieder herzuſtellen. Wir glaubten aber, daß das im Intereſſe der Abfertigung gerade günſtiger iſt, daß nicht unterſucht wird, was weich, was hartes Holz iſt, wie ja z. B. nach dem alten preußiſchen Zollgebrauch die Buche zum weichen Holze gerechnet wurde, während ſie ſonſt nach der Forſtterminologie gewöhnlich zum harten zählt. Indeſſen kommt das ja hier nicht in betracht, weil das Buchenholz zu wenig importiert wird.

Der Herr Vorredner hat dann mit beſonderer Emphaſe die deutſche Nationalität des Holzhandels, die deutſche Nationalität betont, er ſprach von dem deutſchen Holzhandel, von deutſchen Holzhändlern, und ich möchte da den Schlüſſen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob dieſe Herren deutſches Holz verführen und verkauften, und als ob das deutſche Holz durch ihre Vermittlung einen Abſatz fände, als ob die 8 Proz., mit denen ſie am Londoner Markt beteiligt ſind, aus deutſchem Holze beſtänden. Nach dieſer Richtung hin ſind die Herren eher ruſſiſche Holzhändler als deutſche, ſie ſind in ihrer Eigenſchaft als Landsleute uns ja immer willkommen, und wir freuen uns, wenn ſie am ruſſiſchen Holze etwas verdienen; aber deutſche Holzhändler in dem Sinne, daß ſie deutſche Produkte exportie-

ren —, den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugeſtehen. Dieſe nationale Seite der Sache ſollten ſie lieber nicht berühren, denn ſie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen ſehen, wie unſere einheimiſchen Eiſenbahnen, die zum großen Teil mit dem Gelde der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Gelde der Deutſchen gebaut ſind, Verkehrsanſtalten des Auslandes geworden ſind, die hauptſächlich zum Nutzen unſerer ausländiſchen Nachbarn, viel weniger zum Nutzen der inländiſchen, deutſchen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, daß wir ja geographiſch nicht ändern können, daß unſere deutſchen Seeſtädte, vermöge der Wendung, die das Geſchäft genommen hat, weſentlich zu Emporien des öſtlichen Auslandes geworden ſind und mit den Produkten unſerer ausländiſchen Nachbarn, welche ſo glücklich geweſen ſind, ihre Aufmerkſamkeit auf ſich zu ziehen, bei uns durchfahren und für die Produzenten der gleichartigen deutſchen Produkte nur einen Blick kühlen Mitleids haben gegenüber dem Vorteil, den ſie an dem ausländiſchen Holz machen.

Wenn der Herr Vorredner davon geſprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der ſonſtigen Behandlung des Holzes ihr Brot fänden, ſo glaube ich, wird das immer auch bei Annahme des Zolls der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statiſtik darüber anzuſtellen, welche Maſſe von Arbeitern in den inländiſchen Wäldern brotlos geworden iſt dadurch, daß dieſe inländiſchen Wälder nicht mehr rentabel ſind und den früheren Abſatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schleſien im Sinne, wo durch die ſchleſiſchen Wälder der Länge nach die öſterreichiſchen geſchnittenen Hölzer durchfahren vor den Augen der brotloſen Arbeiter, die früher in den ſchleſiſchen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beſchäftigung fanden, zum größten Teil als Holzhauer und als Beaufſichtiger der ganzen Entwicklung, die mit der Verwertung des Holzes verbunden iſt, als Sägemüller, aber zum ebenſo großen Teil auch als Unternehmer im Kleinen für den Transport, der innerhalb unſerer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin ſtattfindet. Alle dieſe kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beſchäftigen, im Winter aber gar keine Beſchäftigung für das Pferd haben, die verdienten erhebliches Geld den ganzen Winter hindurch mit den Holzfuhren, die in geſchäftsfreie Zeit fielen, und dieſe Leute haben ihre Pferde abſchaffen müſſen, weil ſie

ſie im Winter nicht mehr ernähren können. Und dieſe ſchleſiſchen Wälder, die ſonſt von Arbeitern wie ein Ameiſenhaufen wimmelten, ſind tot und ſtill, nicht bloß zum Kummer des leitenden Oberförſters oder des Privatbeſitzers, ſondern namentlich zur drückenden Sorge für die Armenpflege und für die Arbeiter, die früher zu Hunderttauſenden in allen jetzt ertragloſen inländiſchen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders ins Gewicht fällt, als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Teil, wir kennen ja alle die Fliſſacken, Ausländer ſind und an der Spitze gewöhnlich einen Regimenter haben, der unſerer Nationalität angehört.

Der Herr Vorredner ſagte, es ſei nicht richtig, daß das ruſſiſche Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durch muß. Er hat dabei Angaben gemacht, die ich ja in ihrer Rückſicht nicht alle prüfen kann; aber die eine, die er machte in bezug auf den Abſatz, den Dnieper entlang über Cherſon, da wird er doch nur Anklang finden bei Leuten, die den Dnieper nicht kennen. Es iſt möglich, daß kleine Quantitäten Brennholz den Dnieper über die Waſſerfälle weg hinabgeflößt werden können, aber wie die künſtlich verbundenen Flöße von großen Nutzhölzern dieſe Waſſerfälle und Stromſchnellen heruntergebracht werden ſollen, das weiß ich nicht, die würden in Trümmern ankommen, und da würde von einem irgendwie rentablen Handel mit Nutzholz nicht mehr die Rede ſein können. Alſo mit ſolchen Ausſichten darf der Herr Vorredner uns nicht zu ängſtigen verſuchen; der Dnieper hat für den großen Holzhandel und für die großen Flöße keine andere Mündung als nach Norden ſeinem Strom entgegen durch die Sümpfe und Kanäle, die ihn verbinden nicht bloß mit dem Niemen, ſondern auch nach der Weichſelſeite mit dem Bug. Was zum Dünagebiet gehört, das geht ſchon jetzt die Düna herunter, und was da zu flößen iſt — denn es wäre ja ſehr wunderbar, wenn man Holz, was im Dünagebiet liegt, nun auf das Niemengebiet oder auf das Weichſelgebiet im Landwege übertragen wollte, um es anderwärts zu flößen — alſo das fällt ganz außerhalb unſerer Berechnungen.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner nicht das alte Schreckbild für den Holzhandel wieder aufgewärmt hat, von dem Umweg aus dem Niemen heraus über Kowno mit der Libauer Bahn, ſondern daß er es bloß auf Faßdauben und Stabhölzer beſchränkt hat, die aber doch auf den großen Flößen

bequemer schwimmen, aber die großen Hölzer lassen sich ja gar nicht herausnehmen aus dem Strome, und wer die Ufer von Kowno kennt, wo die Hölzer 100—150 Fuß heraufzuschaffen sein würden, wird zugeben, daß die Flöße durch diese Arbeit selbst schon entwertet werden würden. Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern sind auf den Wassertransport absolut angewiesen, und deshalb haben sie eine Zwangsroute, notwendig nach unseren Häfen hin und können diese Bahn nur insoweit verlassen, als sie nach ihrer geographischen Verteilung überhaupt zum Dünagebiet und nicht zum oberen Dnieper-, Bug- oder Memelgebiet hin gravitieren, und selbst die sehr waldreichen Gegenden der Wilia werden doch auch dem Strom folgen aus der Memel herunter und werden nicht nach der Düna, in deren nächsten Nähe sie entspringt, übergehen können.

Der Herr Vorredner hat dann den dringenden Wunsch ausgesprochen, wir möchten mit mehr Einigkeit und weniger Schärfe diskutieren; ja, meine Herren, die Schärfe kommt daher, daß Behauptungen aufgestellt und vor der Öffentlichkeit accentuiert werden als ganz sichere, die der andern Seite unbegründet erscheinen, und denen der Andere dann aus seiner Überzeugung als unbegründet widerspricht. Im übrigen sachlich ist das ja eine Angelegenheit, die uns politisch nicht erregen sollte, aber es ist ein altes Sprichwort, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört, und daß hier eine Geldfrage für den einen oder den andern Teil der Unterthanen vorliegt, wo die Geldlast und die Geldvorteile nach Ansicht ddr verbündeten Regierungen etwas gleicher verteilt werden sollen, als sie in den letzten fünfzig Jahren verteilt gewesen sind. Auch das finanzielle Interesse habe ich ja oft hervorgehoben, aber mögen Sie daraus, daß ich es oft hervorhebe, doch nicht schließen, daß dabei das Reich in erster Linie interessiert sei. Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch sein Geld; für das Reich ist es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen, also aus der Grund- und Klassensteuer der Einzelstaaten, kommen oder aus den Zöllen des Reichs, das sieht man dem Thaler nicht mehr an, wenn er in die Reichskasse kommt; es ist vielmehr nur im Interesse der einzelnen Staaten und der Regierungen, daß ich die Finanzfrage so oft accentuiere, daß ich die Finanzfrage so hervorhebe. Deshalb kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß ich in der dritten

Leſung eine feſtere und entſchloſſenere Unterſtützung von ſeiten der Finanzminiſter der einzelnen Staaten in dieſer Frage haben werde, denn ich als Reichskanzler bin zu leicht zu desintereſſieren, wie ich ſchon bemerkt habe, da das Reich durch die Verfaſſung ſo glücklich ſituiert iſt, daß die anderen ſich bemühen müſſen, die Herren Finanzminiſter der einzelnen Staaten, wo ſie das Geld auftreiben, das als Matrikularbeitrag abzuführen iſt, und meine Bemühungen ſind ja durch mäßige und abgenutzte Kräfte begrenzt, und es wird der Moment kommen, wo ich meinerſeits den Karren nicht weiter hinaufſchieben kann, wenn ich nicht entſchloſſenen Beiſtand habe.

Der Herr Vorredner hat geſagt, die ruſſiſchen Waldbeſitzer würden, wenn man dieſen Zoll, ſo minim er auch iſt — er beträgt ja, wenn ich den Feſtmeter weiches Holz zu 20 Mark Wert rechne, und den Feſtmeter hartes Holz zu 30 Mark, was ungefähr 6 bis 10 Sgr. auf den Kubikfuß Nutzholz von beiden Sorten ſein würde, nur 2 bis 3 pCt. des Wertes. Aber daß der ruſſiſche Waldbeſitzer unter Umſtänden auch dieſes Opfer noch bringen wird, das geht mir daraus hervor, daß die Preiſe, die unſere Holzhändler dort für Wälder von gleichartigem Beſtande zahlen, je nach Verlegenheit des Beſitzers, je nach dem Leichtſinn des Beſitzers, je nach ſeinem Geldbedürfnis außerordentlich verſchieden ſind; es werden Quadratmeilen zu 100 000 Rubel ausgeholzt, es werden Quadratmeilen zu 50 000 Rubel ausgehandelt und zu 10 000 Rubel, und es haben Holzhändler, mit denen ich darüber ſprach, und die ich nach dem Preiſe der Schwelle oder anderer einzelner Hölzer fragte, mir geſagt: das können wir im einzelnen nicht berechnen, das erfahren wir, wenn wir im folgenden Jahre oder in zwei Jahren die Rechnung aufmachen, da kommen wir dahinter, wie das abgewickelte Geſchäft war, aber im Augenblick kann ich keine Auskunft darüber geben, welchen Bruchteil eines Pfennigs eine Schwelle auf die Quadratmeile Wald koſtet. Alſo im einzelnen auf die Schwelle wird der ruſſiſche Beſitzer nichts nachlaſſen, aber auf die Quadratmeile kann er ſtatt 100 000 Rubel 50 000 Rubel nehmen oder 30 000 oder 5000; das werden die Herren mit der Geſchicklichkeit, die ſie in den Verhandlungen mit den dortigen Waldbeſitzern gezeigt haben, ſehr bald ermitteln.

Der Holzzoll, gerade weil das Holz gebunden iſt an dieſen Waſſerweg, eignet ſich Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll, und ich bitte den Herrn Vorredner doch zu

glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und die Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte, wie er sagt, aus dem Walde so herausschreien, als wie man hineinschreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie. Unsere Nachbaren, Rußland und Österreich, haben alle Repressalien längst vorweg genommen; was bleibt ihnen übrig? Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweg genommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht thunlich; es ist gerade so, wie jener sagte beim Schrotverkauf: dieses schießt noch töter! So ist es auch bei den bestehenden Prohibitivzöllen anwendbar: wir sind ausgeschlossen, können noch ausgeschlossener nicht werden. Der Herr Vorredner sagte ferner, daß er wohl zugeben wolle, daß vorübergehend einige Quantitäten Holz in Deutschland geblieben wären, die Hauptsache wäre aber der Transit. Ja, von dem Standpunkt des Vertreters des Seehandels mag ihm der ganze Verkehr im Binnenlande entgangen sein. Was in Stettin und Danzig ausgeht, das mag ja wesentlich Transit sein, denn die schönen Zeiten, wo man in Stettin die inländischen Hölzer, die im Odergebiet wuchsen, exportiert hat, sind vorbei, sie sind den Leuten zu teuer, sie kaufen anderswo wohlfeiler. Auch bis nach Stettin, bis Hamburg erstreckt sich die Eigenschaft unserer Hauptseestädte, Emporien für das Ausland, für Österreich und Rußland geworden zu sein und ihr ganzes Geschick und ihren Handel immer mehr von den dortigen Zuständen abhängig zu fühlen als von den deutschen, und wir können ja nicht erwarten, daß sie freiwillig unser Holz kaufen, wenn sie doch, wie Herr v. Frankenberg sehr richtig bemerkte, das grobe Holz im Gegensatz zu dem feinen Holz, das heißt zu dem, was kleinere Jahrringe hat, — wenn sie das wohlfeiler kaufen, so ist das eben auch für den Käufer eine Überraschung, ich will auch hier nicht sagen Täuschung, wo er später dahinter kommt, daß es sich nicht so lange hält, wie die heimische gute Kiefer, die ja überhaupt das beste Nutzholz ist, was es giebt. Und wenn namentlich bei unsern Behörden häufig Wert darauf gelegt wird, amerikanisches Holz Pitsch Pine wäre besser, dauerhafter, so begreife ich nicht, wo sie das erprobt haben. Wir haben von unsern Eichen und Kiefern in den

Dächern alter Häuser, Kirchen und Rathäuser den Beweis von 200, 300, 500, 600 Jahren in den alten Kirchendächern, wie sich unser heimisches deutsches Holz hält, aber von Pitsch Pine weiß niemand, ob es 10 Jahre dauert oder nicht, ob es namentlich bei seinem Harzreichtum bei allen Trockenbauten nicht eine sehr gefährliche Qualität hat, nämlich die, daß kein Firniß diesen Harzreichtum abhält, unter der Sonne, in der Wärme auszuschwitzen und auf diese Weise den Schutz illusorisch zu machen, den der Firniß bilden soll.

Viele Sachen sind sehr leicht einem einzureden. Jemand, der eine große Menge Pitsch Pine gekauft hat, weiß einen Baubeamten zu finden, der sagt, dies ist das beste, und der Baubeamte weiß einen Verwaltungsbeamten zu finden, der auf das Urteil hört, und die Behörde stellt ein Attest aus, ohne geprüft zu haben, Pitsch Pine sei besser. Und dies ist bei dem geringen Verbrauch der Behörden noch lange nicht so übel in der Wirkung, als das Beispiel ist. Alle Unternehmer glauben dann, die Behörden finden es, und es muß feiner, besser, jedenfalls ausländischer sein, als unser Holz.

Diese „vorübergehenden" Quantitäten, die in Deutschland bleiben — ich verstehe das nicht recht, wenn sie vorübergehen, so bleiben sie eben nicht, aber ganz sicher ist, daß sie zum meisten Teil bleiben; sie gehen durch den Thorner Grenzpaß nach dem Bromberger Kanal hinauf und gelangen durch den Genthiner Kanal bis nach Magdeburg, und dort ist ein Hauptemporium, gegen welches z. B. die Harzhölzer — eine unserer waldreichsten Provinzen — nicht mehr aufkommen können, namentlich weil auch dort die Behörden Zeugnisse ausstellen, das ausländische Holz sei besser, das böhmische sei besser, was eine bare Unwahrheit ist, denn das böhmische wächst auch auf besserem Boden, wie die märkische Kiefer. Jedermann weiß, daß es kein besseres und zäheres Bauholz — und auch früher war im ganzen Holzhandel darüber kein Zweifel — giebt als die Kiefer aus dem Oder- und Elbegebiet, da kommt keine Fichte und keine Tanne dagegen.

Also ich muß bestreiten, daß das meist Transit ist, denn das Hauptquantum bleibt im Lande und drückt entweder den Absatz Nord- und Süddeutschlands nach Frankreich und Belgien, oder drückt den Absatz im Inlande, und die Waldverwüstung, die daraus schließlich bei uns entstehen muß, wenn der Wald

keinen Ertrag mehr giebt, hat Graf von Frankenberg ſchon vorher nachgewieſen.

Ich will nur noch hinzufügen, wie es kommen wird: Der Waldbeſitzer wird ſein Holz zwar noch verkaufen, er wird aber keine Schonung mehr anlegen, weil er ſich ſagt, dies iſt keine rentable Anlage mehr, und der Wald wird einen Umtrieb noch haben, und wenn der zu Ende iſt, wird er eine Wüſte und Sandfläche ſein, die dem Lande ſchadet, anſtatt ein Vorteil für das Land zu ſein. Ich glaube, ein Forſtbeſitzer, welcher genau rechnen wollte, der wird überhaupt keinen Wald mehr anlegen, wenn er kein beſonderes pretium affectionis dafür hat; es giebt ja Gott ſei Dank noch ſolche Holznarren in Deutſchland, und zu denen gehöre ich ſelbſt, die Freude haben am Wachstum des Waldes, ohne ſich die Koſten Zins auf Zins zu berechnen, aber wenn es nicht mehr lohnt, Holz zu ziehen, ſo wird und muß der Wald verfallen, ſie haben keinen Zwang auf die menſchliche Natur, um den Wiederaufbau des abgeholzten Waldes zu erzwingen.

Dann ſagte der Herr Vorredner in bezug auf die Zollabfertigung, daß die „Regiſter“ ſchwer verwendbar wären. Ja bei unſerer ganzen Zoll- und Steuerverwaltung da iſt ja bisher allerdings die Vorausſetzung, daß jeder, mit dem der Fiskus zu thun hat, ein Dieb iſt, bis er das Gegenteil beweiſt, und bevor der Beweis nicht geführt wird, iſt es beſſer, ihn von Hauſe aus als ſolchen zu behandeln, damit man durch Vorſicht jede Schädigung des Fiskus verhindert. Dieſer alte fiskaliſche Zug zieht ſich ſeit Jahrhunderten durch unſere ganze Zollgeſetzgebung. Auf die Exiſtenz ehrlicher Leute im Lande rechnet die Zollgeſetzgebung überhaupt nicht. Ich halte dieſe Vorausſetzung für nicht zutreffend, nämlich wenn man falſche Konoſſements und Regiſter unter Strafe ſtellt als Betrug, ſobald ſich dies beim Ausladen ausweiſt, ſo glaube ich, kann man das Hauptgewicht auf die Regiſter legen, die jeden Transport begleiten müſſen, wo die Stücke numeriert ſein müſſen, und der Kaufmann weiß genau, wie viel abgefertigt ſind. Das iſt alſo ſo außerordentlich ſchwierig nicht, und es iſt doch in früheren Zeiten der Zoll erhoben worden, ohne den Handel erheblich beläſtigt zu haben. Und was der Herr Vorredner ſagte von der Benutzung des Augenblicks, die an der Zollſtätte ſo wichtig wäre, daß man nicht ſchnell genug mit der Abfertigung vorgehen könnte, weil inzwiſchen Hochwaſſer kommen oder das Waſſer ſich verlaufen

könnte, meine Herren, ehe das Waſſer der Weichſel bei Thorn abläuft, können Sie vollkommen alles Holz der Welt verzollt haben. Es ſind das doch keine Bäche und Kanäle, wie im oberen Flußgebiet in Rußland; da mag die Waſſernot oder Hochwaſſer aufhalten und unangenehm berühren, aber ſind ſie bei Schmaleninken oder Fordon angekommen, an den großen Zollpäſſen der Memel und der Weichſel oder auch nur an der Warthe, dann — will ich zwar nicht ſagen, daß die Sache Zeit hätte, im Gegenteil, ich glaube, der Handel muß ſchnell gefördert werden, und es werden ſich Mittel finden laſſen, den Holzzoll ſchnell zu erheben, aber das Waſſer läuft nicht ab, und wenn der Tranſit in ſeiner Beobachtung größere Schwierigkeiten hat, — ja, meine Herren, über zwei Prozent des Geſchäfts können dieſe Schwierigkeiten ſich nicht belaufen, und ſie werden vorziehen, den Zoll zu bezahlen, dann ſind ſie aller Plackereien überhoben, und können mit dem Holz manipulieren, wie ſie wollen. Und ſie ſollten doch auch vom Holz dem Kaiſer geben, was des Kaiſers iſt, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben!

Weitere Äußerungen zur Vertretung von Elſaß-Lothringen im Bundesrat.

Rede gehalten am 27. März 1879.

Ich bin den Herren, die heut geſprochen haben, ſehr dankbar, daß ſie meine Bitte erfüllt haben, mir im Namen der verſchiedenen Fraktionen mitzuteilen und öffentlich mitzuteilen, wie ſie die oberflächliche Skizze, die ich von den Abſichten der Reichsregierung bei der erſten Verhandlung über dieſen Gegenſtand geben konnte, aufgefaßt haben. Der Zweck meiner Anweſenheit bei dieſer Sitzung mußte ein weſentlich informatoriſcher ſein, und den habe ich ja zu meiner großen Genugthuung erreicht und mich darüber gefreut, daß wir hier über eine Frage verhandeln, in bezug auf welche die Meinungen der verſchiedenen hier vertretenen Richtungen ſich weniger kampfbereit gegenüberſtehen, als in bezug auf manche andere. Ich habe eine ſehr weſentliche Abweichung von der Skizze, die ich mir zu geben erlaubte, eine ſo große Abweichung, daß ich heute ſchon erklären

möchte, ich verzweifelte daran, die Kluft, die mich von ihr trennte, übersteigen zu können, habe ich nicht wahrgenommen, wenn ich die von den Herren Abg. Windthorst und von Schorlemer vertretetenen Anträge, sofort auf eine, den übrigen Bundesstaaten gleichbedeutende konstitutionelle Verfassung einzugehen, wenn ich die nicht als dringliche Anträge ansehe. Im übrigen aber habe ich auch in der Fraktion, der diese beiden genannten Herren angehören, eine Bekämpfung dessen, was in Arbeit ist, nicht aus ihren Reden entnommen und verzweifle nicht daran, daß wir zu einem Ergebnis werden kommen können, welches im Reichstag einer großen Majorität sich erfreuen wird. Ich kann mich darüber bestimmter erst aussprechen, wenn ich die Ansichten der verbündeten Regierungen in weiterem Umfange erst kenne, als es bisher der Fall war. Ich habe bisher nur Gelegenheit gehabt, in vertraulichen Besprechungen, zum Teil mit den Landsleuten selbst, Äußerungen darüber zu vernehmen, und noch keine, die nicht im Prinzip zustimmend gewesen wäre, aber die Majorität hat sich erst im Bundesrat festzustellen; dort wird sich auch feststellen, inwieweit die Wünsche des Herrn Abg. Hänel erfüllbar sein werden, daß der Bundesrat zu einer Vereinfachung der Landesregierung die Hand biete, so daß die Landesregierung sich mehr als bisher zwischem dem Träger der landesherrlichen Rechte, Sr. Majestät dem Kaiser, und der Landesvertretung von Elsaß-Lothringen abspinnt und daß die Mitwirkung des Bundesrats parallel mit der des Reichstages da eintrete, wo die Reichsgesetzgebung angerufen werden muß, was ja ebensowohl von seiten des Landes und seiner Vertreter, wie von seiten der Bundesregierungen und des Reichskanzlers der Fall sein kann. Es liegt auch in meiner Ansicht nicht, daß diese höchste Kompetenz der Reichsgesetzgebung aufgegeben werde, sondern nur, daß das Reich aus der Verwaltung und den gewöhnlichen Regierungsgeschäften, auch aus der laufenden Gesetzgebung sich mehr zurückziehe, daß aber die Reichsgesetzgebung in ihrem Zusammenwirken von Reichstag und Bundesrat doch die Instanz bleibe, an die von beiden Seiten appelliert werden kann, sowohl vom Lande wie von der Regierung, wenn beide Teile unter sich sich nicht vereinbaren können.

Daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ihre Vertretung im Bundesrat finde, halte ich nicht für eine republikanische Einrichtung, sondern im Gegenteil für einen genauen Ausdruck des wirklich stattfindenden Verhältnisses, indem dort die Vertreter

der Bevölkerung sich — und es ist, glaube ich, der einzige direkte Berührungspunkt — mit dem wirklichen Souverän in seiner Gesamtvertretung im Bunde, in unmittelbarer Berührung finden, nicht gleichberechtigt mit ihm, sondern, in Achtung des monarchischen Prinzips an dieser Stelle, wo die Souveränetät in ihrer korporativen Vertretung ihr Wort zu sprechen hat, nur mit konsultativer Stimme, während sie ihren, immer nicht republikanischen Ausdruck hier im Reichstag durch volles Votum findet. Ich glaube, daß die Einrichtung und der Vorschlag die Charakterisierung eines republikanischen nicht verdient hat und diese Andeutung sie nicht mit Recht trifft.

Ich lege hauptsächlich aus zwei Gründen Wert auf die Beteiligung der Bevölkerung am Bundesrat. Einmal ist es, wie mir die Herren aus den Reichslanden wiederholt versichert haben, im ganzen Lande als eine, wie sie sich französisch ausdrücken, question de dignité empfunden, also als eine der Imponderabilien in der Politik, die oft viel mächtiger wirken, als die Fragen des materiellen und direkten Interesses, und die man nicht mißachten soll in ihrer Bedeutung; wenn es bei uns nicht bloß, sondern in der ganzen Welt noch, ich glaube, eine Majorität von Staatsbürgern giebt, die nicht absolut abgestumpft sind gegen eine Ordensverleihung, so ist das doch ein imponderabile im höchsten Maße. Eine Empfindung, die dadurch befriedigt wird, und wenn sie — eine äußere Auszeichnung kann man es nicht nennen, sondern die äußere Gleichstellung eines der hervorragendsten Volksstämme im Deutschen Reich mit den übrigen wäre, so würde ich das schon für einen Fortschritt ansehen. Ich glaube aber nicht, daß bloß die Form beteiligt ist, ich halte es im Gegenteil nach der jetzigen Zusammensetzung des Bundesrats für einen Mangel, daß die Vertretung des Reichslandes in bezug auf die allgemeine Reichsgesetzgebung, ganz unabhängig von der Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, lediglich durch die zentralen Reichsbehörden stattfinde, die doch das eigentliche Landesinteresse bis in seine lokale Verzweigung hinein nicht mit der Kenntnis vertreten können, wie es in den übrigen Bundesländern durch deren Landes-Ministerien, die im Lande wohnen, der Fall ist. Ich erinnere bloß an die uns bevorstehenden Verhandlungen über die Zolltarifgesetzgebung. Da wäre es sehr erwünscht, auch eine Stimme des Elsässer Landes — mit wenigen Ausnahmen des industriereichsten, das wir im Reiche haben — schon im Stadium des Bundesrats hören zu können, und nicht ausschließ-

lich auf die Eindrücke der Reichs-Zentralbeamten in dieser Beziehung beschränkt zu sein. Jedenfalls wird das Land dort ein sehr wichtiges Recht in seiner Beteiligung an der gesamten Reichsgesetzgebung, wie sie in Artikel 4 der Verfassung aufgezählt ist, zu üben berufen sein.

Ich unterschätze durchaus nicht die Bedeutung, die der Herr Abg. Windthorst dem konsultativen Votum beilegte. Ich glaube, daß ohne wirkliches Abstimmungsrecht ein konsultatives Votum sich durch das Gewicht seiner Gründe, durch die Bedeutung und das Ansehen dessen, der es ausspricht, sehr wohl im Bundesrat Geltung zu verschaffen im stande sein wird. Ich halte das nicht für einen Fehler, sondern für einen Gewinn, wenn es der Fall sein wird, und glaube nicht, daß deshalb, weil ein konsultatives Votum schon an sich Bedeutung hat, das Bedürfnis, das konsultative in ein dezisives zu verwandeln, so dringend sein wird, daß man ihm nicht widerstehen könnte, und wenn es noch so dringend wäre, wird man ihm widerstehen.

Ich habe in bezug auf die im Laufe der Rede ausgesprochenen kritischen Bemerkungen nur noch eine kurze Erwiderung.

Der Hr. Abg. Dr. Hänel motivierte die weitere volle Beteiligung des Reichskanzlers an den Angelegenheiten mit dem Bedürfnis, daß hier im Reichstage eine verantwortliche Persönlichkeit erscheine, welche die im Reichslande befolgte Politik vertrete. Ich weiß nicht, ob das gerade notwendig der Reichskanzler sein muß. Der Weg von Straßburg hierher ist nicht so weit, daß der dortige leitende Minister oder ein verantwortlicher Vertreter des dortigen Ministers nicht während der Reichstagssitzung hier sein könnte und nicht während der Bundesratssitzungen hier sein könnte. Denn es wird doch immer die bisherige Vertretung der Reichslande im Bundesrat durch den Vorsitzenden des Reichskanzleramts für Elsaß-Lothringen nicht ausfallen können, und es wird einer der Minister in Straßburg gerade so gut die Reise nach Berlin machen müssen, wie die Herren Minister in Stuttgart und München, was ja zu wichtigen Verhandlungen des Bundesrats nicht zu vermeiden, und wird daher ein verantwortlicher Minister immer, auch wenn es nicht der Reichskanzler ist, hier die Verwaltung zu vertreten haben. Die Stellung des Reichskanzlers zu dieser Sache als verantwortlicher Minister ist sehr schwierig: Ich habe bisher schon Eindrücke gehabt, daß meine Verantwortlichkeit weiter reicht, als mein Einfluß; beide decken sich nicht, und es würde

das in noch höherem Maße der Fall ſein, wenn ich den Dingen ſo weit fern träte, wie bisher beabſichtigt iſt.

Ich will mich noch einer Anſicht des letzten Herrn Redners anſchließen, das iſt in bezug auf die Anwendung von Äußerungen gereizter Stimmung aus der Vergangenheit auf die Gegenwart. Ich möchte anheimgeben, daß wir da nicht zu genau in den Archiven und den Bibliotheken nachſuchen, um irgend jemand zu beweiſen, daß er vielleicht vor 8 Jahren unter anderen Verhältniſſen, unter anderen Hoffnungen und Ausſichten eine Äußerung gethan hätte, die er heute nicht wiederholen würde. Ich ſtelle mich zu ſolchen der Vergangenheit angehörigen Erſcheinungen bei einem Lande, das 200 Jahre und wohl darüber einer anderen Herrſchaft angehört hat, nicht anders als gegenüber einem hannoverſchen Offizier, der ſich bei Langenſalza tapfer geſchlagen hat. Er hat dafür meine Achtung, aber ich bin weit entfernt, ihn daran zu erinnern, daß ſeine damalige Anſicht mit ſeiner jetzigen Stellung vielleicht nicht vereinbar wäre. Es iſt nur zu wünſchen, daß dergleichen Äußerungen, die einer vorübergegangenen Periode der erſten Erregung angehören, ſich nicht zu ſpäter Periode und bei den jüngſten Wahlen noch wiederholten, und darin ſtehen die angeführten Äußerungen ſich nicht vollkommen gleich.

Ich wollte dann noch den von einem Herrn Redner mir gemachten Vorwurf beantworten, daß ich nicht früher, wenn ich Mißſtände erkannt hätte, zu ihrer Abhilfe nicht eingeſchritten bin. Ich beziehe mich nur auf das zurück, was ich in der vorigen Sitzung über dieſen Gegenſtand geſagt habe, daß ich mich entſchloſſen hätte, abzuwarten, bis aus dem Lande Anregungen zu neuen Einrichtungen kommen, und daß ich der Anſicht geweſen wäre, es ſei nicht ferner nützlich, dem Lande Wohlthaten oktroyiren zu wollen, die vielleicht von niemandem im Lande als ſolche betrachtet würden. Dieſes Moment iſt eingetreten, es iſt aus dem Lande eine Anregung gekommen, und darin iſt, glaube ich, die Lage verändert, und in dem Maße verändert, daß ich die Zurückhaltung, in der ich mich ſeit mehreren Jahren — Sie erinnern ſich, daß ich vor länger als zwei Jahren um meinen Abſchied gebeten habe, daß ich Jahr und Tag allen Geſchäften fremd geblieben bin, und ich kann hinzufügen, daß ich den elſaß-lothringiſchen länger als dieſe beiden Jahre fremd geblieben bin — es iſt die Anregung aus dem Lande der Grund, warum ich aus dieſer Zurückhaltung heraus der Sache näher getreten

bin, weil ich das in meinem Gewiſſen geboten fand, gegenüber einer Anregung, die doch immerhin von einem Viertel der Geſamtvertretung beider Länder und faſt der Hälfte der Volksvertretung, von Elſaß allein gerechnet, ausgeht.

Im übrigen werden die Herren es natürlich finden, daß ich, in Übereinſtimmung mit den Äußerungen des Hrn. Abg. Windthorſt am Anfang ſeiner Rede, auf das Detail erſt dann eingehe, wenn uns ein Geſetzentwurf ausgearbeitet vorliegt. Ich kann mich über den Inhalt desſelben hier nicht in verbindlicherer Weiſe ausſprechen, als ich in der übrigen Sitzung es gethan habe. Ich habe da nach einer vulgären Redensart meinen Sack vollſtändig vor Ihnen ausgeſchüttet von allem dem, was ich bisher darinnen hatte. Daß die Formulierung deſſen, was hier alle im Prinzip übereinſtimmend oder mit mäßigen Modifikationen anerkennen, immer noch eine außerordentlich ſchwierige ſein wird, daß die Schwierigkeiten des Weges, der vor uns liegt, erſt dann ſich vollſtändig fühlbar machen werden, wenn es darauf ankommt, eine in der Sprache der Geſetzgebung giltige und annehmbare Form für die Empfindungen und Willensregungen, die uns beſeelen, zu finden, das brauche ich nicht zu ſagen; ich hoffe aber, wenn ich Ihnen Rendezvous gebe zu der Zeit, wo die Vorlage, die wir ſchon in Arbeit haben, dem Bundesrat vorgelegt und von ihm modifiziert oder gebilligt ſein wird, ſo daß wir Ihnen die amtliche Vorlage bringen können, und daß wir dann dieſelbe ſachliche, wohlwollende und verſöhnliche Stimmung bei allen Fraktionen wiederfinden werden, die ich in der heutigen Debatte mit Freuden erkannt habe.

Rede bei der erſten Leſung der wirtſchaftlichen Vorlagen.

Gehalten am 2. Mai 1879.

Wenn die verbündeten Regierungen durch ihre Vorlagen und durch die Motive dazu die Debatte eröffnet, das erſte Wort geſprochen haben und die Erwiderung darauf erwarten dürfen, ſo iſt es mir doch nach der Stellung, welche ich zu dieſen Vorlagen von Hauſe aus genommen habe, ein Bedürfnis, auch dieſe Stellung perſönlich mit wenigen einleitenden Worten zu recht-

fertigen und meine Auffaſſung der Geſamtvorlagen, ihrer Motivierung und ihrer Notwendigkeit in kurzem vor Ihnen darzulegen.

Das Bedürfnis einer Finanzreform in Deutſchland iſt ja ein altes und nicht bloß ſeit der Zeit vorhandenes und lebendiges, ſeit wir mit dem Worte Deutſchland wieder einen ſtaatlichen Begriff verbinden, ſondern es war meines Erachtens lange vor 1866, es war ſeit 1848 vielleicht in allen Landesteilen, namentlich aber in dem größten Bundesſtaat, in Preußen, lebhaft empfunden.

Unſere Finanzgeſetzgebung, ich ſpreche nicht von der wirtſchaftlichen, hat ſeit den Jahren 1818 und 1824, in Preußen wenigſtens — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihrer Beziehung zur Reichsfinanz ſpreche, hier nur über meine engere Heimat mit Sicherheit urteilen — in Preußen alſo, ſage ich, hat dieſe Geſetzgebung, vom finanziellen Standpunkt beurteilt, geruht; die Geſetze, die ſeit 1824 mit Ausnahme der untergeordneten in Preußen erſchienen ſind, waren mehr von politiſcher als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommenſteuer, die im Jahre 1851 eingeführt wurde, und die einem, wie ich gern zugeſtehe, berechtigten Verlangen entſprach, die größeren Vermögen in höherem Maße als bei der alten Klaſſenſteuer heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grundſteuer und die Gebäudeſteuer, im übrigen aber iſt meines Wiſſens vom preußiſchen Finanzminiſterium eine Initiative zu irgend einer finanziellen Reform der ſeit 1824 giltigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungene. Es erklärt ſich das ja durch das Verhältnis, in welchem die Staaten zum Zollverein ſtanden, und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Teils dieſer Epoche, wenigſtens bis zum Anfang der fünfziger Jahre; der Zollverein, der den Schlüſſel zu den indirekten Steuern beſaß, war eine lösbare Schöpfung, die ſich auf dauernde Steuerverfaſſungen nicht wohl einrichten konnte, da alle zwölf Jahre ihre Exiſtenz in Frage geſtellt wurde, und dieſer mehr äußerliche Umſtand rechtfertigt logiſch die Thatſache, daß die Ausbildung unſeres indirekten Steuerweſens im Vergleich mit anderen europäiſchen Ländern in dieſer Zeit weſentlich zurückgeblieben iſt.

Ich bitte die wirtſchaftliche Seite der Sache und die finanzielle hierbei nicht zu konfundieren, ich habe zunächſt nur die finanzielle in Ausſicht.

Eine Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie es in anderen Staaten geschieht, trat erst ein mit der Schöpfung des Norddeutschen Bundes, des Zollvereinsparlaments, resp. des Deutschen Reichs.

Wenn ich für meine Person nicht damals der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in politischen Geschäften und auch zum teil in der mangelnden Gesundheit lagen, dafür anführen, daß ich es nicht als eine Aufgabe betrachtete, die in erster Linie dem Reichskanzler obläge, eine finanzielle Reform anzubahnen; es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Auffassung bewegt, indem Sie sich erinnern, daß der erste Versuch einer finanziellen Reform, bei dessen Anregung ich beteiligt war, sich entwickelte in dem sogenannten Steuerbouket des königlich preußischen Finanzministers Frhrn. v. d. Heydt, der selbst und persönlich für die Sache eintrat; seine Vorlage wurde abgelehnt hauptsächlich mit der Motivierung, daß einzelne Finanzmaßregeln dem Lande nicht nützlich wären, sondern daß es notwendig sei, eine volle durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern in den Finanzen vorzunehmen. Ähnlich sind demnächst einzelne Vorlagen des Nachfolgers des Ministers v. d. Heydt, des Ministers Camphausen, mit ähnlichen Gründen bekämpft worden. Für mich war, wenn ich der Sache persönlich nahe treten sollte, eine Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren, Bundesstaaten und namentlich mit dem Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befände, da ich nicht vorgehen wollte auf die Gefahr hin, die Stimmen meiner preußischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahr nicht vollständig der Fall, und soweit es prinzipiell der Fall war, war doch eine Einigung in concreto nicht zu erreichen. Nachdem diese für mich unerläßliche Vorbedingung hergestellt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem andere noch mehr, wie ich, überzeugt waren, daß es mir persönlich eigentlich nicht oblag. Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineinarbeitete, von der Notwendigkeit der Reform nur um so voller überzeugt und namentlich von ihrer Dringlichkeit.

Der heutige Zustand der deutschen Gesamtfinanzen, worunter ich nicht bloß die Reichsfinanzen, sondern die Gesamtheit der Finanzen des Reiches und der einzelnen Länder verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht

getrennt behandeln und betrachten —, ist derart, daß er meines Erachtens auf das Dringlichste zu einer baldigen und schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nötigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfnis der finanziellen Selbständigkeit des Reichs. Dieses Bedürfnis ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für denjenigen, der in dieser beschäftigten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen nachzulesen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht so weit wie er in seinen Bezeichnungen; er nannte damals die Matrikularumlagen — die Umlagen, wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in ganz Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind.

Diesem Zustand muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrikularumlage ist ungerecht in ihrer Verteilung, wie damals Herr Miquel sagte; 30- oder, wie er sagte, 100,000 Bewohner von Thüringen oder Waldeck können nicht ebensoviel bezahlen an Matrikularbeiträgen wie 30- oder 100,000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Konsolidation des Reichs, der wir ja alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrikularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden; sie würden auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unbequemen Weise zu geben hätten.

Ein zweites Motiv, weshalb mir der gegenwärtige Zustand der Änderung notwendig bedürftig erscheint, liegt in der Frage: ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse notwendig aufgebracht werden muß, in derjenigen Form aufgelegt, in welcher

ſie am leichteſten zu tragen wäre, oder iſt ſie es nicht. Dieſe Frage muß ich nach meiner Überzeugung und wie Sie aus der Vorlage erſehen werden, wird ſie von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit abſolut verneint. Wir ſtreben überhaupt nicht einen höheren Ertrag an, eine höhere finanzielle Einnahme, inſoweit nicht der Reichstag und die Landtage die Notwendigkeit mit uns erkennen und Ausgaben votieren, zu deren Deckung die Mittel beſchafft werden müſſen. An ſich wüßte ich nicht, was das Reich mit einem Überſchuß an Geldern anfangen ſollte, wir haben es gehabt an den Milliarden und ſind bei der Verwendung derſelben in eine gewiſſe Verlegenheit geraten.

Dieſen Zuſtand aber künſtlich auf Koſten der Steuerpflichtigen zu erzeugen, indem wir in jedem Jahre mehr einnehmen wie ausgeben, kann einer vernünftigen Staatsverwaltung an ſich nicht zugemutet werden. Der Verdacht, der in dieſer Beziehung ſtellenweiſe in der Preſſe ausgeſprochen wird, iſt ungerecht und ich kann ſagen abſurd. Wir verlangen nicht mehr, als wir jetzt haben, und als wir nach Ihrem und der Landtage Votum mehr haben ſollen, wir wünſchen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Votum notwendig aufgebracht werden muß, in der Form aufgebracht werde, in welcher es für die Kontribualen am leichteſten zu tragen iſt. Die verbündeten Regierungen ſind der Überzeugung, daß in dieſer Beziehung die bei uns vermöge der Verhältniſſe, die ich vorhin nannte, im Zollverein ſo lange vernachläſſigte Quelle der indirekten Steuern diejenige iſt, welche das Tragen der Laſt, der wir uns in irgend einer Weiſe unterziehen müſſen, am meiſten erleichtern kann. Ich werfe alſo dem jetzigen Zuſtande vor, daß er zuviel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich ſtrebe danach, direkte Steuern abzuſchaffen und das Einkommen, was ſie gewähren, durch indirekte Steuern zu erſetzen. Wenn ich auch hier nur mein näheres Heimatland, Preußen, in das Auge faſſen kann, zweifle ich doch nicht, daß in den meiſten, vielleicht in allen Bundesſtaaten ähnliche Verhältniſſe ſtattfinden werden. Die Belaſtung der direkten Steuern hat meines Erachtens in Preußen eine Höhe erreicht, mit Hilfe der Zuſchläge, die für die Provinz, den Kreis, die Gemeinde erfordert werden, daß dieſe Höhe nicht fortbeſtehen kann, und daß, wo irgendwie wegen Ausdehnung der Selbſtverwaltung oder aus anderen Gründen größere Koſten erforderlich ſind, dieſe nach jetzigem Syſtem nicht aufgebracht werden können. Ich kann ja über das, was ich in

Preußen erstrebe, kein bestimmtes Programm aufstellen, ich kann nur sagen, für welches Programm ich meinen Einfluß in Preußen, soweit er reicht — und er ist geringer, als die meisten annehmen — geltend machen werde. Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer bisher etwa 40 Millionen Mark, an Gebäudesteuer in diesem Augenblick — es pflegt ja bei ihr von Zeit zu Zeit eine Erhöhung einzutreten, ich weiß nicht, ob wir 21 Millionen jetzt schon bezahlen oder bezahlen sollen. Die Erhöhung dieser Gebäudesteuer schwebt über den Besitzern der städtischen und ländlichen Gebäude fortschreitend, sowie früher, vor der Kontingentierung, die Klassensteuer; diese beiden Posten, schon zusammen etwa 60 Millionen, wären meines Erachtens der Provinz, dem Kreis und der Gemeinde zu überweisen und diese dadurch von der Notwendigkeit zu entbinden, in der sie sich befinden, gerade zu dieser Steuer und anderen ähnlichen Zuschläge zu zahlen, die in den einzelnen Gemeinden mehrere hundert Prozent betragen. Ich will nicht von Berechnungen sprechen, die mir vorliegen, nach welchen die städtischen Budgets einzelner Städte, und zwar der 170 größten Städte, zusammen von 100 pCt. resp. bis über 2000 pCt. der direkten Steuern aufzubringen haben. Ich vermute, daß darin manche Lasten sein werden, wie der Ankauf von Gas- und Wasserleitungen, die eigentlich nicht zu den Steuern gehören; immer aber ist gewiß, daß die Zuschlagsteuern in einzelnen Gemeinden 4 bis 500 pCt. betragen, in städtischen Gemeinden. Da ist eine Erleichterung meines Erachtens ganz unabweislich, und wenn man die genannten beiden Staatssteuern, zu denen sie Zuschläge zahlen, überweist, so würde man ungefähr 60 Millionen Mark überweisen, während die Zuschläge, die sie bisher bezahlen, 58 betragen, was sie aber nicht hindert, daß sie außerdem noch Kommunalsteuern im Gesamtbetrage, zu diesen zugerechnet, von 139 Millionen aufbringen, und daß dabei, wie ich glaube, die 26 Millionen, die für Kreis- und Provinzsteuern in den östlichen Provinzen gezahlt werden, noch nicht mit eingerechnet sind, daß also noch lange nicht eine Kostenfreistellung der Gemeinde stattfindet, aber doch eine wesentliche Sublevation.

Dann glaube ich, daß, immer nur von Preußen und denjenigen, die gleiche Steuern mit Preußen haben, gesprochen, daß die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen soll, soweit sie vom Staate erhoben wird. Wollen einzelne Gemeinden sie für sich erheben, so ist das ihre Sache; aber ich

könnte unter Umständen sogar für ein Gesetz stimmen, welches den Gemeinden das untersagt; denn ich halte diese direkte Steuer, auf Klassen gelegt, welche überhaupt mit der Not des Lebens nach ihrer Vermögenslage zu kämpfen haben, Klassen bis zu 1000 Thaler Einkommen, wobei diese 1000 Thaler Einkommen nicht der Arbeiter hat, der in Kleidung und Wohnung nicht geniert ist, sondern es muß dafür Steuer zahlen, der mit diesen 1000 Thaler Einkommen seine Stellung schon schwer aufrecht erhalten kann, diese Art direkter Steuer, die nach mehr oder weniger Willkür des Veranlagenden von jemand erhoben wird, die er bezahlen muß, nicht nach seiner Bequemlichkeit, sondern zu einem bestimmten Termin, wo die Exekution, wo die ganze Schmach der Exekution vor den Nachbarn vor seinen Augen steht, wenn er sie nicht zahlt, eine Steuer, die mehr als irgend eine andere denjenigen, die die Erregung der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sich zu ihrer Aufgabe stellten, zum Mittel und Hebel diente, diese Steuer sollte meines Erachtens vollständig wegfallen, am allermeisten in großen Städten wegfallen, wo man sie für die vielvermißte Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt hat.

Ich stimme, wobei ich von Hause aus erklären muß, daß ich für dieses Detail der Zustimmung der preußischen Kollegen nicht sicher bin und auch nicht sage, ich stehe und falle mit diesem Programm, sondern ich sage, es ist ein Ziel, nach dem ich strebe, und für das ich die Zustimmung meiner preußischen Kollegen zu gewinnen suchen werde.

Mir ist in den westlichen europäischen Staaten eine ähnliche Steuer wie die Klassensteuer, eine direkte Steuer auf diese vermögenslosen und zum Teil mit den Schwierigkeiten der Zeit in übler Lage kämpfenden Klassen der Staatsbürger nicht bekannt; nur in Rußland ist mir in Erinnerung die Kopfsteuer, die, wie mir vorschwebt, 112 oder 118 Millionen Rubel jährlich beträgt, also nächst der Branntweinsteuer der stärkste Posten des russischen Einnahmebudgets, eine Steuer, die pro Kopf zwischen 1 Rubel 18 Kopeken und 2 Rubel variiert, diese Steuer, die einzige, die mir in ähnlicher Weise bekannt ist, und wo die Sicherheit, mit der sie eingeht, doch nur dadurch verbürgt ist, daß jede Gemeinde solidarisch verantwortlich ist für die Steuerquote, die auf sie fällt, wie auf die gesammten der Gemeinde angehörigen Individuen, und daß die Gemeinde ausgepfändet wird vom Staate, wenn die Steuer nicht bezahlt wird, daher

ist die Steuer eine verhältnismäßig sicher eingehende; nichtsdestoweniger habe ich, ich weiß nicht, ob aus Zeitungen, aber jedenfalls aus den mir zugänglichen Berichten die Nachricht, daß die russischen Finanzmänner diese direkte Steuer für hart halten, die einzige, die sie haben, und damit umgehen, sie durch indirekte Steuern zu ersetzen. Ein Staat, wie Rußland, der augenblicklich nach den schweren Kriegen, die er geführt hat, in keiner glänzenden Finanzlage sein kann, trägt doch seinerseits dem Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern soweit Rechnung, daß er es sich zur Aufgabe stellt, die einzige große direkte Steuer, die er noch heute hat, und die auf dem Volke lastet, zu beseitigen. Ich halte die Klassensteuer für eine Steuer, die abgeschafft werden sollte. Die Einkommensteuer, die mit ihr in Verbindung steht, sollte meines Erachtens in der Weise revidiert werden, daß sie einen geringeren Ertrag giebt wie jetzt. Sie giebt jetzt, soviel ich mich erinnere, circa 31 Millionen Mk., und die Richtung, in der ich ihren Ertrag herabsetzen möchte, ist folgende:

Von dem Einkommen, welches aufhört klassensteuerpflichtig zu sein, von 1000 bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern, — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich der Kürze und Verständlichkeit wegen noch in Thalern, noch nicht in Mark rede — also zwischen 1 und 2000 Thaler Einkommen sollte meines Erachtens nur fundiertes Einkommen eine Steuer bezahlen. Ich nenne fundiertes Einkommen dasjenige, was erblich übertragbar ist, dasjenige, was aus dem Besitz von zinstragenden Papieren oder Kapitalien oder aus Landgütern und Grundbesitz hervorgeht, und ich möchte dann noch einen Unterschied zwischen verpachtetem und selbst bewirtschaftetem Grundbesitz machen, der das Einkommen von Pacht bezieht und nebenher noch ein Geschäft betreiben kann, also günstiger gestellt ist, als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts paterna rura bearbeitet. Für die beizubehaltenden Kategorien der Einkommensteuer über 2000 Thaler ist meines Erachtens derselbe Unterschied festzuhalten, aber nicht so, daß das täglich zu erwerbende und zu gewinnende Einkommen ganz steuerfrei bleibt, sobald es über 2000 Thaler beträgt, daß es aber jedenfalls einen geringeren Satz bezahlt, als den jetzigen, und jedenfalls einen geringeren Satz als das fundierte Einkommen. Wer als Kaufmann, als Industrieller als Handwerker sich ein Einkommen durch tägliche Arbeit verdient, der Gefahr laufen kann, daß es ihm morgen verringer,

wird, welches ſich nicht auf ſeine Kinder übertragen läßt, iſt ungerecht beſteuert, wenn grade ſo viel vom Manne bezahlt werden ſoll, wie von dem, der bloß die Scheere zu nehmen und die Kupons abzuſchneiden oder bloß eine Quittung zu ſchreiben braucht für den Pächter, der ihm das Pachtgeld bezahlt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Steuer für das nicht fundierte Einkommen heruntergeſetzt werden ſollte, ich bin ferner der Anſicht, daß ein Staatsbeamter eine ſtaatliche Einkommenſteuer nicht bezahlen darf. Es iſt eine unlogiſche Auflage, die mir als ſolche ſchon erſchien, wie ich mich erinnere, in der Zeit, wie ſie gemacht wurde. Ich kann ſie nur identifizieren mit der direkten Steuer, die der Staat etwa auf die Kupons ſeiner eigenen Schulden legen würde. Er ſchuldet dem Beamten das Gehalt, zieht ihm aber unter dem Vorwande der Staatsſteuer — ich ſpreche nicht von der Gemeindeſteuer, es iſt der Beamte in einer anderen Lage einer Gemeinde gegenüber; aber vom Staate finde ich es als ein unrichtiges Verfahren, daß er dem Beamten einen Teil des Gehalts als Steuer für den Finanzminiſter wieder abzieht. Entweder der Beamte iſt ausreichend bezahlt, was ich von den wenigſten bei uns ſagen kann, oder er iſt nicht in dem Fall, oder er iſt zu hoch bezahlt. In dem Fall, daß er zu hoch bezahlt iſt, mag man ihm einen Teil des Gehalts entziehen, iſt er ausreichend bezahlt, ſo iſt es gut, iſt er aber nicht ausreichend bezahlt, ſo iſt es eine außerordentliche Härte, ihm durch die Steuer noch einen Teil des Gehalts zu verkürzen.

Ich bin in dieſem Teile meines Vortrages etwas weitläufiger geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß über die Abſichten der Reichsregierungen — ich bin ja nicht die Regierung, es giebt nur Reichsregierungen — der Reichsregierungen nach dieſer Richtung, nach der Richtung der Verwendung deſſen, was einkommen könnte, deſſen, was durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge flüſſig werden würde, daß darüber die verſchiedenſten und wunderlichſten Meinungen beſtehen. Es wird jedem Staate überlaſſen ſein können, mit ſeinem Landtage darüber ſich zu einigen, was er mit den disponibel werdenden Einnahmepoſitionen zu machen hat, in dem Falle, daß er keine Matrikularbeiträge mehr bezahlt, in dem noch günſtigeren von mir erhofften und erſtrebten Falle, daß das Reich in der Lage ſein wird, aus ſeinen indirekten Einnahmequellen noch an die einzelnen Staaten herauszuzahlen; alſo was der einzelne Staat mit ſeiner Quote anfängt, wird er mit ſeinem Landtage abzu-

machen haben. Ich habe beispielsweise dargelegt, was mir, da ich zugleich preußischer Minister bin, in bezug auf Preußen vorschwebt. Ich will nicht sagen, daß es sofort und glatt zu geschehen hätte, aber worauf ich meine Bestrebungen in Preußen richten werde, ohne daß meine Wünsche gerade absolut, schnell und vollständig befriedigt werden müssen, ich arbeite nach der Seite hin.

Ich komme dann auf einen anderen Mangel, an dem meines Erachtens die Erhebung unseres Einkommens leidet, und ich muß mich leider auch da mehr auf die preußischen Verhältnisse einschränken, da die Verhältnisse im ganzen Reich so ungleichartig sind, indessen das, was für Preußen giltig sein wird, hat mutatis mutandis auch in allen nördlichen Staaten Geltung, die der preußischen Gesetzgebung seit längerer Zeit parallel gegangen sind, vielleicht auch den südlichen. Es ist das die ungleiche Verteilung der Last, wie sie jetzt vorhanden ist, zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen; der ländliche und der städtische Grundbesitz sind durch die Art, wie heutzutage die finanziellen Bedürfnisse in Preußen erhoben werden, wesentlich prägraviert im Vergleich mit dem beweglichen Besitz. Die Steuern, die ich vorher anführte als neueingeführt, zu denen die Grundsteuer kaum gehört, denn die Grundsteuer hat seit dem Jahre 1861 für den Staat kaum eine Erhöhung erlitten, sie ist anders verteilt worden, die Erhöhung ist wenigstens verhältnismäßig geringfügig, diese Steuern treffen ja mit ihrem Hauptgewicht den Grundbesitz.

In den Reden, die wir avant la lettre hier über die Fragen gehört haben, die uns heute beschäftigen, und in den Artikeln der Zeitungen ist ja sehr viel von der Notwendigkeit wohlfeilen Getreides und wohlfeiler Nahrungsmittel die Rede. Ich weiß nun nicht, ob es gerade ein Mittel gewesen ist, diese Wohlfeilheit herbeizuführen, wenn man den inländischen Getreideproduzenten mit einer Grundsteuer belegte, die 10 pCt. des Reinertrages nominell — ich will sagen: in Wirklichkeit nur 5 pCt. des damaligen höheren Reinertrages, aber da, wo eine Verschuldung auch nur bis zur Hälfte ist, ein Fall, der leider bei uns sehr häufig ist in großen und kleinen Besitzungen, doch 10 pCt. beträgt.

Derselbe Landwirt, der diese Grundsteuer bezahlt und sie abrechnen muß von dem Ertrage des von ihm zu Markte gebrachten Getreides, der hat außerdem nun noch für die land-

wirtſchaftlichen Gebäude, die er braucht, eine Gebäudeſteuer zu zahlen, in der eine gewiſſe Schraube liegt, die alle Jahre wächſt, und ich weiß nicht, wie hoch noch wachſen wird, wenn ſie nicht kontingentiert wird, und wo meiner Erfahrung nach unter Vorwänden, die ich mir nicht aneignen möchte, Zunahme der Nutzung bei Zurückgang der ganzen Landwirtſchaft, faſt in jedem Jahre Erhöhungen vorgekommen.

Dieſelbe Gebäudeſteuer ſchlägt alſo nochmals denſelben Rohproduzenten, der durch die Grundſteuer betroffen iſt. Dann kommt die Einkommenſteuer, die ohne Rückſicht darauf, daß ſein Einkommen aus Grund und Boden durch die Grundſteuer ſchon einmal, durch die Gebäudeſteuer zum zweiten Mal beſteuert worden iſt, ihn noch durch die Einkommenſteuer für dasſelbe Einkommen aus den Gebäuden belaſtet, die weſentlich nur das Handwerkszeug zur Benutzung des Grundes und Bodens ſind, für den er auch bereits ſteuert. Es iſt dies nicht nur eine doppelte Steuer, es iſt eine dreifache Beſteuerung desſelben Einkommens.

Die Beſteuerung, ſoweit ſie in der Grundſteuer liegt, beläuft ſich alſo auf 5 pCt. bei einem ſchuldenfreien Gute, auf 10 pCt. bei einem Gute, was zur Hälfte verſchuldet iſt. Die Gebäudeſteuer beträgt etwas über die Hälfte der Grundſteuer; ſie iſt auf 21,000,000 Mark gewachſen. Man kann alſo annehmen, daß auch ſie, wenn nicht ganz den halben Betrag der Grundſteuer, doch mindeſtens 2 bis 5 pCt. auch von dem Ertrage des Getreidebaues vorweg nimmt, ſoweit ſie auf landwirtſchaftlichen Gebäuden beruht. Die Einkommenſteuer nimmt ſicher ihre 3 pCt. davon. Sie haben alſo, wenn Sie das addieren, in der Minimalpoſition, die ich angenommen habe, eine Belaſtung der inländiſchen Getreideproduktion von 5, von 2 und von 3, macht 10, für den unverſchuldeten Grundbeſitz. Iſt er zur Hälfte verſchuldet, ſo ſteigt dieſe Belaſtung auf gegen 20 pCt., und die Verſchuldungen, die vorhanden ſind, wollen Sie doch den Leuten nicht ſo hoch anrechnen und nicht als Ergebnis von Verſchwendung! Sie können zurückgehen auf die Entſtehung der meiſten Schulden. Wenn ſie nicht aus Güterteilung entſtanden ſind, ſowohl bei den Bauern-, wie bei den Rittergütern, ſo haben ſie zum größten Teil ihren Urſprung in den Verwüſtungen, denen Norddeutſchland und namentlich das nordöſtliche Deutſchland in den franzöſiſchen Kriegen im Anfang

dieſes Jahrhunderts ausgeſetzt geweſen iſt, und in der allgemeinen Ratloſigkeit und Not, die über die Beſitzer der öſtlichen Landesteile gerieten, als ihnen durch die Ablöſungsgeſetze, jene vernünftigen Geſetze, aber für den Augenblick ſchwer drückenden, die vorhandenen Arbeitskräfte entzogen wurden, ſie neue nicht bekamen und kein Kapital hatten! Alſo man kann die vorhandene Verſchuldung mehr dem politiſchen Gange zurechnen, den Beſtrebungen, die Preußen für die Stellung, die es hat, und die ſchließlich zur Konſolidierung des geſamten Deutſchlands geführt hat und dem geſamten Deutſchland zu gute gekommen iſt, verfolgt hat. Für dieſe ſelbe Aufgabe iſt der an und für ſich kümmerliche Grundbeſitz der öſtlichen Provinzen vielfach im Feuer der Verſchuldung geweſen. Ich überlaſſe das den Statiſtikern — ich bin kein Freund von ſtatiſtiſchen Zahlen, weil ich den Glauben an ſie bei näherem Studium verloren habe — aber ich überlaſſe es den Statiſtikern, zu erwägen, wie es ſich auf den Scheffel Roggen ausrechnen läßt, dieſe zirka 10 bis 20 pCt. an Staatsſteuern, die der Grundbeſitz vorweg zu tragen hat im Vergleich mit dem beweglichen Einkommen, welches ſeinerſeits nur drei Prozent Einkommenſteuer bezahlt. Rechnen Sie zu beiden noch dazu die kommunalen, Kreis- und provinzialen Zuſchläge, Sie werden mir zugeben, daß 100 pCt. Zuſchlag günſtige Verhältniſſe ſind, und daß dieſe Zuſchläge in den ackerbautreibenden Provinzen vorzugsweiſe auf der Landwirtſchaft ruhen, ſo haben Sie für die einheimiſche Landwirtſchaft eine Beſteuerung der Getreideproduktion, die zwiſchen 20, 30, ja ſelbſt mehr Prozent variiert, und dem gegenüber findet die Einfuhr alles ausländiſchen Getreides unverzollt ſtatt. Wenn es wirklich ein Glück einer Nation iſt, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben, und wenn es rechtzeitig erkannt wäre, etwa im Jahre 1861, wie die Grundſteuer eingeführt wurde, ſo ſollte man annehmen, daß man damals anſtatt der Grundſteuer eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gezahlt hätte, und wenn man keine Prämie zahlte, es doch im höchſten Intereſſe der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländiſche Getreidebau mindeſtens ſteuerfrei wäre, damit er recht wohlfeil den Konſumenten verſorgen könne. Statt deſſen iſt kein Gewerbe im ganzen Lande ſo hoch beſteuert, wie die Landwirtſchaft. Bringen Sie die Landwirtſchaft heute herunter auf die Gewerbeſteuer, auf die durchſchnittliche Steuer jedes andern Gewerbes, und Sie werden ſie um mindeſtens $^3/_4$ deſſen,

was sie heute trägt, erleichtern müssen, vielleicht um sehr viel mehr.

In allen anderen Produktionen ist die erste Aufgabe des Gesetzgebers auch schon früher immer gewesen, den inländischen Produzenten etwas besser zu behandeln als den fremden. In den landwirtschaftlichen Produkten ist es gerade umgekehrt. Es ist vielleicht der Glaube an die Unerschöpflichkeit der Bodenrente, daß der Boden immer noch etwas bringt, weil nur ein Mann, der ihn selbst im Schweiße seines Angesichts bebaut hat, die Grenzen kennt, in denen der Boden noch rentiert. Es ist vielleicht auch das Gefühl, daß die Repräsentanten und Interessenten der Landwirtschaft hauptsächlich die wenigen Besitzer von Latifundien seien, die man hier in Berlin unter Umständen, sei es im Reichstage, sei es bei Borchardt oder sonst zu sehen bekommt und die, weil sie reiche Leute sind, auch noch reiche Leute im allgemeinen Notstande bleiben, daß das die Repräsentanten der Landwirtschaft wären.

Meine Herren, es giebt in ganz Preußen nur 15 000 Rittergüter, und wenn ich annehme, daß davon 3—4000 wohlhabenden Leuten gehören, so ist das nicht viel. Es giebt aber in Preußen allein und im Reiche noch mehrere Millionen von Grundeigentümern. Die statistischen Nachrichten sind so widersprechend, so ungenau und, wie mir scheint, so absichtlich und tendenziös gruppiert, daß es sehr schwer wäre, die Zahl der Grundeigentümer genau herauszufinden, aber auf 3—4 Millionen belaufen sie sich ganz sicher. Diese Grundeigentümer haben ihre Angehörigen, und das Wohl und Wehe dieser Masse der Bevölkerung, mögen Sie sie auf $^2/_5$ oder $^3/_5$ der Nation veranschlagen, auch darüber hat die Statistik keine Sicherheit, ist es, die meines Erachtens vom Gesetzgeber Gerechtigkeit und gleiche Behandlung mit den übrigen Gewerben verlangt.

Es ist ferner ein vierter Vorwurf, den ich der augenblicklichen Gesetzgebung mache, und das ist ja einer der gewichtigsten, der uns vielleicht in unseren Diskussionen mehr beschäftigen wird, wie die rein finanzielle Seite der Sache; das ist derjenige, daß die jetzige Veranlagung unserer indirekten Steuern der einheimischen, vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz gewährt, was ihr gewährt werden kann, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden.

Ich lasse mich hier auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Bisher sind wir noch alle

Schutzzöllner gewesen, auch die größten Freihändler, die unter uns sind, denn keiner hat bisher noch weiter heruntergehen wollen, als der heute zu Recht bestehende Tarif, und dieser Tarif ist noch immer ein mäßig schutzzöllnerischer und mäßig schutzzöllnerisch ist auch die Vorlage, die wir Ihnen machen. Einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit verlangen wir. Wir sind weit entfernt von irgend einem System der Prohibition, wie es in den meisten Nachbarländern stattfindet, wie es in unserem früheren Hauptabnehmer Amerika stattfindet, Zölle von 60—80 pCt. ad valorem im Durchschnitt. Alles das, was wir Ihnen geben als Schutzzoll, bleibt innerhalb der Grenze der finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme desjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachteile für zahlreiche Klassen unserer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzzoll, was wir im Jahre 1864 besaßen. Die vergleichenden Übersichten der Tarife von 1864 und von heute sind in Ihren Händen, und sie werden wahrscheinlich gleich mir überrascht sein beim ersten Anblick, wenn Sie die Höhe des Abhanges sehen, den wir allmälig herabgegangen sind. Daß wir das gethan haben, und daß ich es mitgethan habe, obschon die Neigung, mich nun in specie für die Gesetzgebung verantwortlich zu machen auf diesem Gebiete, eine stark tendenziöse ist, die ich vollständig ablehnen könnte, — ich bin aber nicht schüchtern genug, um irgend eine Verantwortlichkeit, die mir nach dem Buchstaben des Gesetzes obliegt, abzulehnen. Ich glaube auch, daß die Strömung für minderen Schutz, ich will nicht sagen für Freihandel, denn so weit ist noch keiner von uns gegangen und kein Staat, vollen Freihandel, lediglich Finanz- und Konsumtionszölle ohne jeglichen Schutz der Industrie, so weit ist noch niemand gegangen; aber die Strömung für allmälige Verringerung der Schutzzölle war um die 60er Jahre höher unter der Führung des damals leitenden Staates in Europa, unter Führung Frankreichs, war eine so starke, daß man wohl glauben konnte, sie werde sich konsolidieren und werde außer England und Frankreich noch andere Staaten mit in ihren Strom ziehen, daß man wohl Bedenken haben konnte, dieser Strömung zu widerstreben, die einem Ziel näher führt, das an sich, wenn es erreichbar wäre, in seiner Idealistik ja ein sehr hohes wäre, daß jedem Lande die Entfal-

tung der Kräfte, die ihm eigentümlich sind, überlassen werden könnte, und alle Grenzen offen sein müßten denjenigen Produkten, die anderswo brauchbarer und besser hergestellt werden könnten, wie bei uns. Das ist ein Ideal, was deutscher, ehrlicher Schwärmerei ganz würdig ist. Es mag auch erreichbar sein in zukünftigen Zeiten, und ich verstehe deshalb vollkommen, daß man Bedenken hatte, einer Strömung, die dem entgegen führte, Opposition zu machen. Ich kann noch weiter hinzufügen, daß die Überzeugung von der Zukunft, welche diesen Bestrebungen blühte, meiner Erinnerung nach in den sechziger Jahren eine so starke war, daß jeder Versuch der Regierung damals, ihr entgegen zu treten, mißlungen wäre. Wir wären in keinem Parlament, in keinem Reichstag, so lange wir ihn hatten, in keinem Landtag damit durchgekommen, wenn wir im Jahre 1861 eine Schutzzollpolitik, eine mehr schützende Politik, als die damalige, hätten betreiben wollen, und ich erinnere Sie, mit welcher Freudigkeit von großen Majoritäten damals die Herabminderungen der Zölle aufgenommen sind. Sie können den Regierungen daraus, wenn sie den Versuch gemacht haben, ob die Ideale sich verwirklichen, ob man ihnen näher kommen könne, keinen Vorwurf machen. Keine deutsche Regierung konnte darauf rechnen, daß alle übrigen in kurzer Zeit hinter ihr abschwenken würden. Die einzige ist noch England, und das wird auch nicht lange dauern, aber Frankreich, Amerika haben diese Linie vollständig verlassen, Österreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe gethan, nicht bloß durch die Goldwährung, sondern auch in anderer Beziehung. Also allein die Düpe einer ehrlichen Überzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuten. Wir sind bisher durch die weit geöffneten Thore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Überproduktion des Auslandes geworden. Bei uns können sie einstweilen alles deponieren, und es hat, wenn es erst in Deutschland ist, immer einen etwas höheren Wert als im Ursprungslande, wenigstens so denken die Leute, und die Masse der Überführung Deutschlands mit der Überproduktion anderer Länder ist es, was unsere Preise und den Entwicklungsgang unserer Industrie, die Belebung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse meines Erachtens am allermeisten drückt. Schließen wir unsere Thüren einmal, errichten wir die etwas höhere Barrière, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf dem

die deutſche Gutmütigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet, wird der deutſchen Induſtrie erhalten.

Die Frage eines großen Exporthandels iſt immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken giebt es nicht mehr, der Erdball iſt umſchifft, und wir können kanffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportieren können, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge iſt ja unter Umſtänden ein ſehr günſtiger, es fragt ſich nur bei jedem Vertrage: qui trompe-t-on ici? — wer wird übervorteilt? Einer in der Regel, und man kommt erſt nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich iſt. Ich erinnere nicht an unſere Verträge, ſondern nur an die, die zwiſchen Frankreich und England beſtehen, wo beide ſich auch gegenſeitige Täuſchung vorwarfen, aber ich erinnere daran, daß unſere Staatsmaſchine in ſteuerlicher Beziehung viel weniger in der Hand der Regierung liegt, um die Intentionen des Landes gegen den Vertrag und trotz des Vertrages ſo zu fördern, wie es in den meiſten unſerer Nachbarländer der Fall iſt. Unſere ganze Steuerhebung und Verwaltung iſt publici juris, und es kann eine erlaubte oder unerlaubte Abweichung von den Vertragsbeſtimmungen bei uns niemals ſtattfinden; während bei unſeren Nachbarn die Thätigkeit des Beamten — Frankreich nicht ausgenommen, und Frankreich ſteht doch unſeren Verhältniſſen am nächſten an — eine ſolche bleibt, daß dort die Vorteile des Vertrages durch die adminiſtrative Einwirkung mehr erſchwert werden können, als es bei uns je der Fall ſein wird, dem andern Kontrahenten die Ausbeutung des Vertrages zu erſchweren. Aber jeder Handelsvertrag iſt ja immer ein erfreuliches Zeichen der Freundſchaft; in der Völkerwirtſchaft kommt es bloß darauf an, was darin ſteht. Handelsverträge an ſich ſind garnichts, ſie können ſo übel ſein wie möglich, es kommt darauf an, was darin ſteht, und können wir es erreichen, daß uns ein Staat mehr abkauft als wir ihm, ſo werde ich, wenn das nicht ein großes Derangement in unſere inneren Angelegenheiten und unſere jetzige Produktionslage bringt, einem ſolchen Vertrage gewiß nicht entgegentreten. Ob wir bei den Verträgen Vorteile gehabt haben, oder nicht, iſt eine Sache, die ſich jeder ſicheren Berechnung entzieht. Thatſache iſt, daß wir uns in leidenden Zuſtänden befinden, und zwar meiner Überzeugung nach mehr, wie irgend eins unſerer ſchutzzöllneriſchen Nachbarländer. Wenn die Gefahr des Schutzzolles ſo groß wäre, wie ſie von

den begeiſterten Freihandelanhängern geſchildert wird, müßte Frankreich längſt ſeit Colbert ein ruiniertes, ein verarmtes Land ſein, vermöge der Theorien, nach denen es lebt. Nichtsdeſtoweniger ſehen wir, daß Frankreich dieſelbe drückende Lage, in der ſich die ziviliſierte Welt befindet, mit mehr Leichtigkeit erträgt, daß es, wenn wir ſein Budget anſehen, was um $1^1/_2$ Milliarden ſeit 1871 gewachſen iſt, nicht bloß durch Schulden, daß es leiſtungsfähiger geblieben iſt als Deutſchland, und die Klagen über das Darniederliegen der Geſchäfte ſind weniger groß.

Wir ſehen dasſelbe bei unſeren öſtlichen Nachbarn, Öſterreich und Rußland, wir ſehen namentlich Rußland proſperieren, hauptſächlich, glaube ich, vom deutſchen Gelde.

Nach den amtlichen Nachrichten, die mir vorliegen, iſt in dem weſtlichen Rußland, was hauptſächlich beim Korn- und Holzverkauf nach Deutſchland intereſſiert iſt, die Proſperität nie in dem Maße vorhanden geweſen wie heute, wo das übrige Europa leidet. Ich habe Verwandte und Bekannte dort viele, mir ſind Beiſpiele genannt worden von dem ungeheuerlichen Steigen des Bodenwerts, ſodaß in manchen Fällen der frühere Kaufpreis von vor 20 Jahren die jetzigen Revenüen ungefähr bildet, ſobald ein mäßiger Holzbeſtand iſt, oder ſobald große fruchtbare Steppen in der Nähe ſind, die ausgebeutet werden können durch den Eiſenbahntransport. Die Einlagen in den Sparkaſſen, die Einlagen in der Bank im weſtlichen Rußland, die Abſchlüſſe der dortigen Fabriken, — mir ſind von großen Fabriken Abſchlüſſe bekannt mit 35 pCt. und 10 pCt. Reſervezurücklage, von ruſſiſchen Induſtrieen, — ja, das iſt eine geſchützte Induſtrie, die Valuta iſt niedrig und doch leiſtungsfähig in dem Lande, wo ſie iſt, und das deutſche Geld für Korn und Holz fließt in einem Maße zu, wie es nie geahnt worden iſt, — kurz und gut, das ſonſt verrufene Polen, das Rußland, welches einen ſchweren und koſtſpieligen Krieg geführt hat und in ſeinen Finanzen nicht vollſtändig geordnet iſt, ſchreitet fort in der Wohlhabenheit — ich glaube auf Koſten des deutſchen Produzenten und in Wirkung unſerer Geſetzgebung — ich glaube es. In allen dieſen Fragen halte ich von der Wiſſenſchaft gerade ſo wenig, wie in irgend einer anderen Beurteilung organiſcher Bildungen. Unſere Chirurgie hat ſeit 2000 Jahren glänzende Fortſchritte gemacht, die ärztliche Wiſſenſchaft in bezug auf die inneren Verhältniſſe des Körpers, in die das menſchliche Auge nicht hineinſehen kann, hat keine gemacht, wir ſtehen demſelben Rätſel heute gegenüber,

wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit, — auch dieses geht zum Schutzzoll allmälig zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich nicht eximiere — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten worden ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor 5 Jahren soweit gekommen wäre wie heute. Angesichts dieser Sachlage, wie ich sie beurteile, es liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeit in eine Sache einzumischen, die wir, wenn wir ehrlich sein wollen, alle nicht beherrschen; so wenig wie die Frage des menschlichen inneren Körpers, von der ich sprach, so wenig, behaupte ich, giebt es einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirtschaftlichen Maßregel. — Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite; die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Frage; wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemeinen deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten, und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat qui cito dat, und qui non cito dat, der schädigt unsere ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade. Ich glaube, daß diese Überzeugung die Verhandlungen des hohen Hauses beherrschen sollte, daß das deutsche Volk vor allen Dingen Gewißheit über seine wirtschaftliche Zukunft verlangt und daß selbst eine schnelle Ablehnung dessen, was Sie nicht wollen, immer, auch in der Meinung der Regierung, noch günstiger ist, als ein Hinziehen der Ungewißheit, in der niemand weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird.

Zur finanziellen Seite der Zollreform.

Rede gehalten am 8. Mai 1879.

Ich möchte doch auch bitten, die finanzielle Seite der Sache etwas mehr in Betracht zu ziehen. Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und persönlich eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Reform, um den verbündeten Regierungen und dem Reiche selbst die Mittel zu geben, die ihnen fehlen, um Finanzquellen eröffnen, um drückende direkte Steuern durch weniger drückende indirekte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel dazu herkommen, wenn nicht nur die Hauptsteuervorlagen, die gerade, die das Geld bringen sollen, um die Klassensteuer zu ermäßigen, in meinem Sinne, um sie ganz zu beseitigen, insbesondere um die Grundsteuer und die Grundsteuerbeischläge für die Landwirtschaft zu vermindern, um die Landwirtschaft im Innern zu entlasten, wo sollen denn die Beiträge dazu herkommen, wenn die wichtigsten Finanzartikel, wie Bier, Tabak, ein so eifriges Entgegenkommen finden, wie bisher, so daß wir fürchten müssen, daß wir mit denen in dieser Session wenigstens den Finanzministern keine weitere Quelle eröffnen können. Wo sollen denn die Mittel dazu herkommen, um unsere Steuern zu erleichtern, wenn die ertragreichsten kein Entgegenkommen finden, und wenn bei diesen, wo wir bisher noch Hoffnung auf ihr Durchgehen hatten, die finanzielle Wirkung, der finanzielle Ertrag dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Teil der Einfuhr in die Lage gesetzt wird, daß der Zoll, der dafür erhoben wird, wieder vergütet werden muß, und daß sie dem Finanzminister nur eine geringe Einnahme geben, und daß namentlich auf diese Weise die steuerliche Belastung unseres Kornbedarfs nicht gerechter verteilt wird zwischen dem Auslande und dem Inlande, sondern daß der Teil, der auf das Ausland gelegt wird, möglichst geschmälert und verkleinert wird, daß wir also um so viel weniger Mittel haben, um die Landwirtschaft im Innern zu erleichtern; der ganze Reformplan der verbündeten Regierungen liegt ja offen vor und liegt auch in der ganzen Öffentlichkeit jedermann zur Prüfung vor, und ich glaube, daß er im Lande im Durchschnitt eine günstigere Aufnahme gefunden hat, als hier in diesem Hause. Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu verwirklichen, werden

die Regierungen ſich ſagen können, daß ſie das ihrige, um die beſtehenden Steuern zu erleichtern, um neue Quellen zu eröffnen, gethan haben. Ohne Ihre Unterſtützung aber, meine Herren, würden wir natürlich nicht zu unſerem Ziele gelangen.

Zur finanziellen Seite der Zollreform

(gegen den Abgeordneten Dr. Lasker).

Rede gehalten am 8. Mai 1879.

Ich hatte heute früh noch nicht die Abſicht, in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Überzeugung, und ich glaube, auch die der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen ſeitdem angeführt worden ſind, nicht erſchüttert war; die meiſten derſelben beſtanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonſtrationen gegen meine Perſon (ah! ah!), und es iſt mir das ja ziemlich gleichgültig. Ja, meine Herren, an dieſer Stelle, von welcher dies „ah“ ausgeht, ſind dieſe Demonſtrationen zu Hauſe, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die ſachlichen Diskuſſionen mit oratoriſchen Ausſchmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verſtändigung zu fördern nicht geeignet ſind, es iſt das gerade in der Gegend der Fall, wo dieſe Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich ſage alſo, ich hätte darauf ſo ſehr viel Wert nicht gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung beſſer ſelbſt überlaſſe, ob ſie über meinen Verſtand und meinen Charakter günſtiger denken will oder nicht, und ob ſie ihr Urteil über mich von meinen politiſchen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wiſſen, leider in der Preſſe, und zwar von verſchiedenen Parteien, einem ſolchen Maße von groben Ehrenkränkungen, von lügenhaften Verleumdungen ausgeſetzt geweſen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier im Reichstag, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich, die mildere wohlwollende

Kritik, der ich hier unterzogen werde, im Vergleich zu der Preſſe, gegen die bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde alſo auch darauf nicht reagiert haben, wenn ich nicht heute, ohne die Abſicht herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abg. Lasker über mich verſchiedene Bemerkungen gemacht hat mit der Geſinnung für mich, die ich kenne und zu ſchätzen weiß, die aber doch ein Maß von Verſtimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann ſonſt nach dem Maß der Verſtimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker ſpricht, immer einen günſtigen Barometerſtand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube im Namen des Reichs verfolgen zu ſollen, entnehmen, und inſofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine perſönliche Vorliebe für einen ſo langjährigen Gegner, von dem ich ſchließlich ſagen kann nach jenem franzöſiſchen alten Lied: on se rapelle avec plaisir des coups de poing qu'on s'est donnés, mich das Bedürfnis empfinden ließe, ſeine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu ſtellen.

Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig ſind, geſagt: mein Schriftwechſel mit dem Baron Thüngen habe alles überholt, was bisher an agrariſchen Extravaganzen geleiſtet ſei. Liegt darin nicht eine kleine rhetoriſche Extravaganz, eher als die agrariſche, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich zu dem Schreiben nicht bloß berechtigt, ſondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wiſſen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntnis hiervon eine möglichſt öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgeſprochen gegenüber den ſehr ſcharf accentuierten Klagen des Baron Thüngen über die Vernachläſſigung der landwirtſchaftlichen Intereſſen in der Tariffrage, um ihm nachzuweiſen, daß ich unter Umſtänden eine höhere Verzollung der landwirtſchaftlichen Produkte gewünſcht hätte, in bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meiſten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, ſoll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, ſondern ein Finanzzoll ſein, und er wird gerade ſo gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten ſich beſchweren, daß ſie jetzt für ihren Import in Spanien einen Zoll bezahlen müſſen, von dem ſie früher frei geweſen ſind, und beim Getreide noch viel mehr, weil wir eine

ſo außerordentliche Konkurrenz für den Import von wohlfeilem Getreide nach Deutſchland haben. Indeſſen, das gehört ja in die Spezialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Korreſpondenten, der zu mir im Namen von 11,000 kleinen Grundbeſitzern ſpricht, Rede ſtehe und ihm Auskunft gebe über die Motive, die mich geleitet haben, ſo iſt dergleichen früher doch von niemandem angefochten worden, und ich glaube, der Herr Abg. Lasker als Juriſt ſollte doch auch wiſſen, daß man kein Urteil ohne Gründe giebt. Früher hat man es immer am Miniſter zu ſchätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und ſeine Meinung offen ausſprach in betreff der Intereſſen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er irgend einen Einfluß haben könnte, und ich ſollte meinen, man ſollte das an mir ſchätzen, anſtatt es als eine „agrariſche Extravaganz“ zu bezeichnen, als einen „Krieg“ zwiſchen Landwirtſchaft und Induſtrie, zwiſchen Land und Stadt. Ja, das ſieht doch noch anders aus! Man nennt gern jeden Kampf Krieg, der einem unangenehm iſt. Es handelt ſich hier um eine Rivalität der Intereſſen und um ein Ringen der Intereſſen mit einander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwiſchen Landsleuten, und der Bürgerkrieg, der der Phantaſie des Herr Lasker vorſchwebt, iſt nicht da.

Wenn ich es nun mir zur Aufgabe ſtelle, in dieſem Kampf der Intereſſen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirtſchaft und des Grundbeſitzes — ich bitte das Herrn Lasker wohl zu erwägen, ich habe neulich faſt nie von der Landwirtſchaft, ich habe vorwiegend von ſtädtiſchem und ländlichem Grundbeſitz geſprochen, und der ſtädtiſche Häuſerbeſitz leidet unter den Kalamitäten der Steuer, auf die ich nachher zurückkomme, ebenſo wie der ländliche — wenn ſich da ein Miniſter findet, der ſeinerſeits für den Teil, der bisher in dieſem Kampfe zurückgedrängt wird, der unterlegen hat, der Ambos geweſen iſt ſeit 50 Jahren und ſich nun einmal gegen die Hämmer ſträubt, wenn für den ein Miniſter eintritt, ſollte man das dankend anerkennen und nicht ſagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Beſitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abg. Lasker eben ſo gut ſagen, er treibt die Finanzpolitik eines Beſitzloſen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herſtellung unſerer Geſetze in allen Stadien der Geſetzmachung die Majorität bilden, von denen die Schrift ſagt: ſie ſäen nicht, ſie ernten nicht, ſie weben nicht, ſie ſpinnen nicht, und doch ſind ſie gekleidet — ich will nicht ſagen wie, aber jedenfalls ſind ſie gekleidet.

Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie das das ganze Jahr lang thun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera contribuens plebs gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun — wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, was er wahrnimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden vielleicht im eigenen Interesse triebe.

Ich habe in der Beziehung in der Presse ziemlich grobe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückzukommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirte in den ministeriellen Stadien notwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze vom Hause aus die Farbe der Theorie und des Bureaus in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben bei dem, der sie macht, damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derselben, die vom Gehalt, vom Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abg. Lasker und denjenigen, welche neben ihm durch ihre überlegene Beredtsamkeit, durch den Einfluß auf ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind, und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr hindurch teils in der Presse, teils in parlamentarischen Leistungen zum Danke des Vaterlandes widmen, denen möchte ich doch ans Herz legen, daß noblesse oblige. Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fraktionen gewesen ist, der muß auch an den denken, der dem Amboß dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt, und das vermisse ich bei dem Herrn Abg. Lasker, wenn er sagt, ich

hätte einen Krieg zwischen der „Landwirtschaft und Industrie“ eröffnet. Daß der besteht, ist hoffentlich nicht mehr wahr, ich hoffe, beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammenzugehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, so viel ich kann, so viel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei den Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen wäre, zu erwägen bitte — so viel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, ist der Kampf für Reformen.

Der Herr Abg. Lasker hat dann nach meinen Notizen gesagt: größere Übertreibungen, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen gemacht hat, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört. Der Herr Abg. Lasker übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Übertreibungen gewesen, die meinen sollen aber noch größer sein, als alle, die er gehört. Nun, wenn sie so groß sind, daß kein anderer heranreicht, dann müßte doch irgend eine Zahl, irgend ein Satz mir nachgewiesen sein, in dem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiete der Ziffern bewegt und derjenigen Ziffern, die für jeden zugänglich sind, die in dem Gesetze liegen, ich habe gesagt: die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 Proz. Ist das eine Übertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes. Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit, da wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 Proz. herabsetzen. Ist das eine Übertreibung? Im Gegenteil, es ist eine sehr schüchterne bescheidene Veranschlagung, und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt, auf die ich nachher komme' ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlichtes Additionsexempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir leiht, nämlich auf 40 Proz. Steuern gekommen, sondern ich habe gesagt 20 bis 30 Proz. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchteil einer Zahl invalidiern, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchteil übertrieben. Er kann das nicht, und ich kann ihm also sagen, ich habe nie ähnliche Übertreibungen wie die seine aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Ich verlasse diesen Gegenstand lieber, um innerhalb der parlamentarischen Grenzen zu bleiben.

Er fragt, ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bestehen kann bei einer Besteuerung von 40 Proz. Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 Proz. seiner Revenüen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein klein wenig innerhalb der Thore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so, glaube ich, würde er diejenigen, die 60 Proz. ihrer Einnahmen und noch mehr an Zinsen bezahlen und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unseres Landes dazu, zu sagen: bei 40 Proz. ist es gar nicht möglich, zu bestehen. Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen, die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu der Ziffer geführt haben, daß in Frankreich das ländliche Grundeigentum 44 Proz. seines Einkommens zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß das städtische Grundeigentum mit 14 Proz. besteuert sei, und daß das bewegliche Eigentum keine 4 Proz. zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht überall. Aber wenn der Herr Abg. Lasker sagt, bei 40 Proz. Belastung könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, wenigstens dieses nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 Proz. gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder Gedächtnis; er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 Proz. gesprochen und kann das um so eher behaupten, als ich das Rechenexempel hier wiederholen könnte. Wenn man so etwas öffentlich hier vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von seiten eines Abgeordneten, der öffentlich zum Volke spricht und mit der weitschallenden Stimme, die dem Herrn Abg. Lasker in seiner Stellung eigen ist, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reichs und des Staats in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als Einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Übertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis.

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kennte die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kennte die Gesetzgebung meines Landes nicht, so

weiß ja jeder Menſch, daß ich nicht jedes Geſetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen ſich der Abg. Lasker ſo oft gezeigt hat, indem er ſein Cenſorenamt dem Miniſterium gegenüber geübt hat, — dieſer öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Geſetze nicht, das heißt doch: er weiß nicht ſo viel von den Geſetzen, wie er ſeiner Stellung nach wiſſen müßte. Das iſt doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewiſſenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebenſo viel Gerechtigkeit noch übrig hätte, nicht, wie für ſich ſelbſt, aber für ſeine Fraktionsgenoſſen, dann nicht verſuchen würde. Ich halte es nicht für nützlich, die höchſte Behörde auf dieſe Weiſe und in einem ſo ſchonungsloſen Tone, ſelbſt dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewiſſermaßen öffentlich an den Pranger zu ſtellen und ſeinen ganzen Triumpf darin zu ſuchen, jemanden, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar, wie er ſein mag, die Geſchäfte des Landes trägt, und den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, jetzt zu beſeitigen oder durch einen Beſſeren zu erſetzen, den auf dieſe Weiſe — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — — — ſonſt würde ich ihm ſagen: Ich halte es nicht für richtig, auf dieſe Weiſe in der öffentlichen Meinung ein ſchlechteres Urteil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für ſich bei einer ruhigen und rechtlichen Prüfung ſich verteidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abg. Lasker gegen jede Meinungsverſchiedenheit ſogar jederzeit hat, — ſchaudernd habe ich es erlebt. Ich möchte ihn auch bitten, etwas mehr die Empfindlichkeit anderer zu ſchonen — ich ſehe ja von meiner amtlichen Stellung vollſtändig ab und ſtelle diejenige des Herrn Abg. Lasker vollkommen ebenſo hoch und mit Vergnügen höher als die meinige. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, ſobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieſer Sitte dispenſieren dürfen, und daß das die Sache fördert oder die perſönlichen Beziehungen unter uns oder ſelbſt das Anſehen deſſen, der es thut. Der Herr Abgeordnete ſagt alſo, „ich kennte die Geſetze des Landes nicht; landwirtſchaftliche Gebäude ſind frei.“ Darauf ſage ich, daß für ihn

kein geringerer Vorwurf ist als der Mangel an Gesetzeskenntnis, er kennt die Landwirtschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirtschaftliches Gebäude ist. Ich habe eine Liste hier meiner Gebäudesteuer auf einem pommerschen Gut. Da sind 149 Positionen besteuerter landwirtschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern zusammen um etwa 20 Proz. erhöht worden sind in diesem Jahre, und deshalb wird mir die Liste eingereicht.

Ich will, da wir doch weiter mit dem Herrn Abgeordneten zu diskutieren haben, in dieser Sache ihm mitteilen, was ungefähr ein landwirtschaftliches Gebäude ist, beispielsweise das Wohnhaus eines Rieselmeisters. Er wird mir zugeben, das gehört zur Landwirtschaft, oder z. B. ein Zieglerwohnhaus (Rufe: Wohnhaus! das gehört nicht dazu.) Gut, dann will ich es streichen, bleiben immer noch 148. Dann z. B. ein Tagelöhnerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus!) Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie sich dann aussprechen wollen. — Und wäre es mir sehr interessant zu wissen, was Sie sagten, aber es war nicht artikuliert genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht. Es kommen dann 10 bis 12 landwirtschaftliche Tagelöhnerhäuser und andere, das sind bei weitem die meisten der 148, es kommen Gebäude mit Stall, die höher zahlen als die anderen, aber alle für landwirtschaftliche Arbeiter und Pächter. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht ermüden, die Liste steht zu jedermanns Ansicht. Ich frage, ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, die man notwendig zum Begriff der Landwirtschaft braucht, ein landwirtschaftliches Gebäude oder nicht, ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn solche Gebäude, sobald ein Stall ist, höher besteuert werden; ist es eine Besteuerung der Landwirtschaft, wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur für den technischen Betrieb der Landwirtschaft gewählt wird, und auf dem eine Menge Sachen vorgeht. Also ich glaube, die Beschuldigung der Unwissenheit inbezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Herr Abg. Lasker inbetreff der Unwissenheit auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Lage der Landwirtschaft, über die er mit Sicherheit spricht, sich ebenso ausweisen kann, so soll es mir lieb sein. Er hat ferner gesagt, kein Bauer zahle eine Einkommensteuer. Das trifft meine Rede nicht. Ich habe die Einkommensteuer, weil sie von Reichen bezahlt wird, beibehalten wollen, ich will nur die Klassensteuer abschaffen, in dem Maße,

in welchem wir Erſatz durch die indirekten Steuern bekommen werden. Ich hoffe, mich darüber auch ſpäter, wenn der Zeitpunkt gekommen ſein wird und ich noch Miniſter ſein ſollte, mit meinem preußiſchen Kollegen zu verſtändigen. Ich bin und bleibe der Uberzeugung, daß die Klaſſenſteuer gar nicht beſtehen ſollte, daß ſie abgeſchafft werden ſollte im ganzen Umfange, und daß wir uns bemühen ſollten, indirekte Steuern zu dem hohen Belauf zu finden, daß wir imſtande ſind, die Klaſſenſteuer zu erlaſſen. Der Herr Abgeordnete ſagt nun, die Klaſſenſteuer betrage nicht 3 pCt., das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommenſteuer geſprochen. Ob ſie in ihren höchſten Poſitionen ſo ſehr viel darunter iſt, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liſte nicht im Kopfe, wie viel jemand Klaſſenſteuer bezahlt, der 1000 Thaler Einkommen hat, alſo die höchſte Klaſſenſteuer. (Ruf: 24 Thaler!) Wenn es 24 Thaler ſind, ſo ſind 24 Thaler von Tauſend nach meiner Rechnung faſt $2^1/_2$ pCt.; das iſt alſo doch ſo ſehr weit von 3 pCt., die ich nannte, nicht entfernt, weiter aber von 1 bis 2 pCt., die der Abg. Lasker anführte, um dieſe Steuerbelaſtung herunterzudrücken und nachzuweiſen, daß ſie eine Belaſtung nicht iſt. Auch hier ſchützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Übertreibung.

„Die ganze Rechnung des Reichskanzlers iſt irrig und unzuverläſſig.“ Meine Herren, dieſe Behauptung iſt einfach eine unrichtige, eine falſche, die der Herr Abgeordnete macht. Meine Darſtellung iſt nicht irrig. Ich bitte, mir den Irrtum nachzuweiſen. Und „unzuverläſſig“, das bedaure ich, daß das hier ſo hingegangen iſt. Wenn jemand hier vom Regierungstiſche einen Abgeordneten unzuverläſſig nennen wollte, ich glaube, es würde ſofort die vielbeſtrittene Frage der präſidialen Disziplin entgegentreten.

Ich muß dagegen proteſtieren, daß mir der Vorwurf der Unzuverläſſigkeit gemacht wird. Es iſt das ein gradezu beleidigender Vorwurf. Unzuverläſſig, d. h. man kann auf ſeine Angaben kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen dieſen Vorwurf und werde meinerſeits dieſes Wort nicht als in den parlamentariſchen Sprachgebrauch übergegangen anſehen und nicht gegen andere damit operieren.

Der Reichstag dürfe alſo nach der Meinung des Herrn Abg. Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf ſo ſchwacher Baſis ſteht, wie er es von meiner Zuverläſſigkeit ſcheint an

zunehmen. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen.

Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu benützen, um einem Vorurteil zu widersprechen, welches namentlich hier aus dem Munde eines sachlich sonst sehr wohlinformierten und gewiß zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Oechelhäuser, zu Tage trat. Die Herren werden sich erinnern — ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkt ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm gleich die Bemerkung gemacht haben, daß er inbezug auf den geschichtlichen Teil seines Rückblicks sich im Irrtum befindet. Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er sagte, er wolle der Fahne von 1818 folgen, und sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins, von hervorragendem Namen sind. Der Herr Abgeordnete befindet sich ohne Zweifel im Irrtum inbezug auf die Jahreszahl. Ich kann aber eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen von dem Gedanken, daß der Ruhm unserer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, sich losreißen. Es ist das nicht der Fall. Im Jahre 1818 war preußischer Finanzminister ein Ehrenmann, glaube ich, aber kein berühmter Gesetzgeber auf dem Gebiete der Finanzen, es war Herr v. Klewitz, und wie die Zölle im Jahre 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, was dem Hrn. Abg. Oechelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm dahin doch nicht folgen, er geht mir im Schutzzoll zu weit.

Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedaure, daß sie nicht mehr gelesen wird, und ich will, um Sie nicht zu ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist, und daß ich auch meinen Anteil tragen muß; aber hier also von 1818 bis 1821 waren beispielsweise die vier letzten Baumwollenpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 125 Mark betragen, 142, 183, 183, 183, es war ferner das Blei mit $3^1/_2$ pCt. besteuert, und es ist jetzt frei, Bleiwaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt, feine Bürstenwaren, welche jetzt und künftig mit zwölf Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das Meiste und ziehe nur die interessantesten Positionen

heraus. Es waren die letzten und höchſten Poſitionen Eiſenwaren, jetzt und künftig 30, und 1818 waren es 73 Mark; feine Stahl- und Eiſenwaren jetzt 12 Mark, 1818 73 Mark, geſchliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 19 Mark und grobe Eiſen- und Stahlwaren ebenſo 19 Mark pro Zentner, Hohlglas jetzt 1,50, damals 3,25, wobei ich zu dem Beiſpiele meines geehrten perſönlichen, und wie ich überzeugt bin, auch in der Hauptſache politiſchen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer Flaſchen und gefüllter Flaſchen doch nicht in einem großen Gegenſatz ſteht, wenn man die leeren Flaſchen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken und nachher den Kork bezahlen will, das iſt eine ziemlich teure Manipulation, und die gefüllten Flaſchen wieder entkorken und ſpülen wollte, es würde dann mehr herauskommen, als der Zoll beträgt. Auf weißes Glas, rohes und geſchliffenes, betrug die Steuer 1818 16,75 und jetzt 12 Mark, dann Brennholz, was jetzt ſteuerfrei iſt, zahlte damals 25 Pf., Seide und Floretſeide jetzt 450 und 220, damals 513, 35, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handſchuhe jetzt 50, damals 238 Mark, Wein und Moſt jetzt 12, damals 47,70. Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden, ein jeder kann ja den Tarif nachleſen, ich will bloß den hiſtoriſchen Irrtum bekämpfen, als wollten wir jetzt höhere Sätze erſtreben, als früher ſtattgefunden haben. Das Jahr 1818 iſt meiner Überzeugung nach auch in den Augen des Herrn Ochelhäuſer entlarvt, ich glaube nicht, daß man es in freihändleriſcher Beziehung anziehen kann.

Wenn ich nun aber weitergehe, das eigentliche wirkſame Ziel des Zollvereins, unter welchem wir uns 40 Jahre einer ziemlich ungetrübten Proſperität, trotz ſchwerer innerer Wirren im Jahre 1848, doch im großen und ganzen erfreut haben, ſo waren auch damals die Zölle bei weitem höhere, als die wir Ihnen jetzt vorſchlagen. Für die höheren Zölle ſtand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner ein, und meines Wiſſens auch die einzigen, die wir ſeit langer Zeit gehabt haben. Es waren das, in erſter Linie will ich den älteſten, ich glaube, er hielt auch am längſten aus, von ihnen nennen. Es war Rother, dann Maßen und Motz, die beiden M, 1817 war es von Klewitz, 1825, 1830, 1834 waren es Herr von Motz und Maßen und Graf Alvensleben.

Zwiſchen und mit ihnen war Rother thätig, der großen Einfluß auf die Geſtaltung gehabt hat, und eben auch kein

Fachmann war. Sie kennen sein Herkommen, er war Regimentsschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Kantonalpflicht, und es war kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Motz war Landrat und auch kein Fachmann. Dann aber von 1842 an ist eine Zahl von Namen, bei der, glaube ich, ein finanzieller Reformer sein Herz bei keinem wird erwärmen können. Es ist zuerst Bodelschwingh, dann ein Finanzmann, der ein sehr ausgezeichneter Oberpräsident und Minister war, der in Finanzgesetzen keine feste Spur hinterlassen hat, wenn auch in vielen Dingen, Herr v. Flottwell, dann Duesberg, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geist, Kühne, der aber schon anfing, die Finanzwirtschaft politisch zu betreiben. Meiner Überzeugung nach trieb er sie nicht mehr sachlich, sondern es war schon eine Politik nach einer bestimmten Richtung darin, der ordnete er die Finanzen bis zu einem gewissen Grade unter. Dann kommen die Herren Rabe, v. Bodelschwingh, v. d. Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, meine Herren, wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an die Fahne des freien Verkehrs sich anknüpfen soll, weiß ich nicht, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Zollvereinsstifter von 1824 meinen, und die Schutzzölle dieser Zollvereinsstifter reichen ja bis zum Jahre 1864: sie haben sich von 1822—64 immer auf schützender Höhe erhalten; in Baumwollen-Waren 138 auf 150 in der höchsten Position, und jetzt waren wir in der bei 78 angekommen und streben auf 125, also lange nicht so hoch wie in der Hauptzeit des Prosperierens des Zollvereins. Die Erinnerung an den Zollverein spricht also für unsere Reform. Wir wollen die alte Zollvereinspolitik, die ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik, wieder in ihre alten Rechte einsetzen, und ich hoffe von ihr denselben Segen, den das Land lange Jahre hindurch von ihr gehabt hat. Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebietes vermißt, ohne welches der Zolltarif doch keine Selbständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie liegt ja nicht hier in diesem Gesetze; sie schwebt auf einem anderen Gebiete, aber sie sollte womöglich auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich, eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnpolitik zu treiben. So lange die Tendenz unserer Eisenbahnen gewesen ist, uns alles, was Einfuhr ist, wohlfeiler hereinzufahren, als sie das, was Ausfuhr ist, herausfahren, so lange ist sie ein Gegenzoll gegen unsern Zolltarif,

ſteht uns als Einfuhrprämie gegenüber, die beiſpielsweiſe im Getreide, wie ich mich — der Herr Abg. Dr. Lasker wird ſich daran erinnern — in dem Briefe des Herrn v. Thüngen geäußert habe, ſehr häufig das Doppelte, manchmal das Drei- und Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir dieſen Krebsſchaden unſerer Produktion haben, daß jede Ausfuhr von uns nach höheren Tarifen gefahren wird als die Einfuhr, daß jedes deutſche, einheimiſche, nationale Gut teurer gefahren wird als das ausländiſche, ſo lange wir davon nicht erlöſt werden, kann in Maſſengütern kein Grenztarif helfen, werden wir ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Geſellſchaften oder in die Hand einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt iſt und gelegt war. Zu meiner großen Freude hat in Preußen in der Eiſenbahnpolitik eine Umkehr ſeit Jahr und Tag ſchon ſtattgefunden, in den übrigen Staatsbahnen der verbündeten Staaten hoffe ich, daß dieſe bald geſchehen wird, wenn auch bisher der Thaler, der aus Eiſenbahnrevenüen kommt, noch einen höheren Wert zu haben ſcheint wie derjenige, der aus anderen Finanzquellen herrührt. Vielleicht ſind die Eiſenbahnminiſter in den Einzelſtaaten mächtiger als die Finanzminiſter, ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieſer Länder fahren zum Schaden, namentlich in den Forſten fahren ſie ertraglos und ſind genötigt, darnach den in den Staatsforſten ausfallenden Betrag durch, wie es jetzt liegt, direkte Steuer von den Unterthanen wieder einzuziehen.

Mir iſt neuerlich ſchon die Klage vorgekommen, daß eine ſächſiſche Papierfabrik eine Lieferung für ein engliſches Journal an Papier hat. Das Journal iſt, wenn ich nicht irre, der „Globe“, eines der großen Maſſenjournale, und das Quantum iſt täglich ſo groß, daß dieſe Fabrik eines eiſenbahnbeſitzenden Landes nun in der Lage iſt, ſich darüber zu beſchweren, daß ſie jedes ausländiſche Produkt wohlfeiler ins Land hineingefahren bekommen könnte als ihr auszuführendes Papier nach der Seegrenze; und ich glaube, wenn dieſe Beſchwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu teuer gefahren wird, allgemeiner verlauten, werden wir Abhilfe finden; ich habe mich deshalb abſichtlich bemüht, den Beſchwerden ſo viel Öffentlichkeit wie möglich zu geben.

Ich kann meine Auseinanderſetzung damit ſchließen, daß ich an dem ganzen Programm feſthalte, wenn ich auch einzelne Poſitionen anders gewünſcht hätte, und davon iſt ja auch in

meiner Korreſpondenz mit Herrn v. Thüngen die Rede. Aber wir haben zu einer Vorlage nur dadurch kommen können, daß wir kompromittierten, der eine in dieſem, der andere in jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelheiten; mir liegt es an der Geſamtheit, und dieſelbe Erwägung, denſelben Geſichtspunkt möchte ich auch den Herren Abgeordneten empfehlen, die vielleicht mit $^3/_4$ der Vorlage einverſtanden ſind, dann aber etwas haben, wo ſie perſönlich anderer Meinung ſind, mitunter vielleicht ganz iſoliert in ihrer Fraktion ſtehen.

Die Möglichkeit, daß jeder einzelne ſich eine Vorlage genau nach ſeiner perſönlichen Einſicht über das, was nach ſeiner Überzeugung das beſte wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten, und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage ſtimmt, weil ſie ihm zu ein achtel nicht gefällt, geht gerade ſo gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie die, welche dagegen ſtimmen, weil ihnen das ganze Syſtem und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen.

Ich möchte deshalb auch in dieſer Richtung zur Einigkeit ermahnen und möge der einzelne, der mit dem größten Teil der Vorlagen einverſtanden iſt, es doch machen wie ich, und dem übrigen nicht ſo genau ins Geſicht ſehen und ſich ſagen: „Das Beſte iſt des Guten Feind.“

Ich kann auch nicht alles haben, was ich erſtrebe, ich frage nur, iſt das, was gebracht wird, in ſeiner Geſamtheit, in ſeiner Geſamtwirkung beſſer, als das Beſtehende?

Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesrats in mir trüge, würde ich vielleicht manches anders gemacht haben; aber ich muß es eben ſo nehmen, wie es vorliegt.

Ich kann alſo damit ſchließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weiſe, namentlich nicht durch mich perſönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten ſachlichen erſchüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken feſthalte, die ich aufſtellte: das Reich ſelbſtändiger zu ſtellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch beſteuerten Grundbeſitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu dieſem Behufe die Abſchaffung der Klaſſenſteuer, ich wiederhole es, in ihrem vollen Umfange, zu erſtreben. Und demnächſt als den

letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt, und in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen.

Über die Getreidezölle.

Rede gehalten am 21. Mai 1879.

(Nach dem Abgeordneten Dr. Delbrück.)

Ich will im Laufe meiner Ausführung auf die Details nicht zurückkommen, und deshalb in betreff der letzten Worte des Herrn Vorredners gleich darauf aufmerksam machen, daß in dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten in ihrem Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen ins Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerfabrikation haben und daß nur dadurch, durch die ungewöhnlich günstige Konjunktur, durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, welcher ihm zu teil geworden ist, erschwungen hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im übrigen liegt die vorletzte Periode, die der Herr Vorredner anführt, ja in der Zeit, wo die Getreidepreise höher waren wie heute, wo die Eisenbahnentwicklung der großen östlichen Getreideländer noch nicht die Wirkung auf unsern Markt erreicht hatte wie jetzt. Im allgemeinen hat der Herr Vorredner in seinem ganzen Plaidoyer gegen unsere Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide teurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Nun dabei drängt sich die Frage auf: sind niedrige Getreidepreise in wirtschaftlicher Beziehung an sich als Glück anzusehen? Wir alle erinnern uns und auch der Herr Vorredner, daß vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höhere bei uns waren, als heute, weil die große Konkurrenz des Auslandes, von der ich eben sprach, uns noch nicht überkommen war und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, vielleicht gerade infolge der höheren Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsierte, als am heutigen Tage, wo bei niedri-

gen Kornpreisen alles darniederliegt. Wenn wir als richtig annehmen, daß niedrige Kornpreise ein Glück sind, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basiert, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Teil des europäischen Rußlands in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftig entwickeltsten Länder in Europa sein. Wir müßten auch innerhalb des Deutschen Reiches einen erheblichen Unterschied empfinden im wirtschaftlichen Wohlbehagen, in unserer Vermögens-Entwicklung. Denn was auch der Herr Vorredner über den verschiedenen „Standart" der einen und der andern Orte gesagt hat, so ist die Wahrnehmung nicht bloß heute, sondern in allen statistischen Darlegungen seit 30 Jahren kann man sie sehen, das ist ganz unzweifelhaft, daß wir den höchsten Getreidepreis im Westen des Deutschen Reiches haben und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Es müßten deshalb, wenn der Satz richtig wäre, daß wohlfeile Preise an und für sich glücklich für eine Nation sind, auch die Wohlhabenheit und das wirtschaftliche Behagen nach Osten hin allmälig steigen und Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 pCt. bis 30 pCt. glücklicher sein müssen als das Elsaß und der Breisgau.

Es ist außerdem eine Erscheinung, die gegen diese Ansicht des Herrn Vorredners spricht, daß die höchsten Kornpreise in Europa gerade in den Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existieren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenteil die besseren Einnahmen des Landwirtes wahrscheinlich die Grundlagen sind einer Belebung der Thätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens, und ich bin überzeugt, wenn unsere Landwirte ihr Korn, ich will nicht sagen, teurer, aber sicherer verkaufen — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück — daß der Absatz gesicherter ist, daß wir dann auch sofort infolge dieses Tarifes überhaupt, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung der geschäftlichen Thätigkeit schon antizipiert, schon jetzt fühlbar macht, daß wir dann auch bei uns zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Wenn diese Überzeugung, daß wohlfeile Getreidepreise an und für sich ein wirtschaftliches Glück sind. wenn

die den Herren, die auf dieſer Baſis plaidieren, vielleicht aus wirtſchaftlicher Überzeugung, vielleicht aus politiſchen oder aus anderen Gründen, kurz und gut, die dieſes Argument geltend machen, wenn es damit ſo vollſtändig Ernſt wäre, dann hätte man meines Erachtens doch damit anfangen müſſen, daß man die Belaſtung, unter welcher wir im Inlande zu unſerem Bedarf an Getreide gelangen, im allgemeinen und inbetreff des viel größeren Quantums Getreide verminderte, welches im Innern unſeres Landes entſteht. Kurz, wenn wohlfeiles Getreide vor allem das Ziel iſt, nach welchem wir zu ſtreben haben, dann hätten wir längſt die Grundſteuer abſchaffen müſſen, denn ſie laſtet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt, und welches 400 Millionen Centner erzeugt im Vergleich zu den 27 bis 30 Millionen, die wir einführen. Daran hat aber niemand gedacht, im Gegenteil, man hat in Zeiten, wo die Theorie ſchon dieſelbe war wie jetzt, die Grundſteuer in ganz Deutſchland, ſo viel ich weiß, allmälig geſteigert, in Preußen im Jahr 1861 um 30 pCt. geſteigert, indem ſie von 30 Millionen auf 40 Millionen erhöht wurde, alſo ein ſehr viel erheblicherer Zuſchlag, als hier als Zoll auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden ſoll, und es ſind ſeitdem eine Anzahl anderer direkter Steuern, welche unſere landwirtſchaftliche Produktion notwendig verteuern müſſen, dazu gekommen, namentlich iſt klar, daß die in neueſter Zeit erſt lebhaft entwickelte Gemeindefinanz in ihren weſentlichſten Teilen auf den Grundbeſitz, auf die Kornproduktion gelegt worden iſt. Ich habe mir über dieſe Frage aus einer Provinz, von der ich entfernt wohne und wo ich weniger bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zuſammenſtellung kommen laſſen, wie hoch ſich ungefähr die Laſten belaufen, unter deren Druck unſer Getreide dort produziert wird, und deren Baarzahlung doch von dem Preiſe, zu dem der deutſche Landmann ſein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß, wenn er nicht andere Hilfsquellen hat, die er aus der Taſche hinzuſchießen kann, um dieſe Baarzahlung zu leiſten. Ich habe da z. B. hier ſechs Güter aus dem Kreiſe Solingen, deren direkte Abgaben (ſie beſtehen in wirklich erhobenen Staats-Grund- und Gebäudeſteuern, welche in Staats-Einkommenſteuer und in Kommunal-Grund- und Gebäudeſteuer, in Kommunal-Einkommenſteuer, in Einkommenſteuer hier zuſammengeſtellt ſind), ſie belaufen ſich in Prozentſätzen von jenem Einkommen, welches der Berechnung der Einkommenſteuer zu 3 pCt. zu Grunde gelegt

iſt, alſo nicht etwa von fingiertem Einkommen, ſondern von wirklichem Einkommen, wie die Gemeinde die Einkommenſteuerkraft ihrer Mitglieder ſehr wohl zu erkennen weiß, berechnet, indem die Einkommenſteuer mit rund 3 pCt. figuriert. Es beläuft ſich beim erſten Gute die wirklich erhobene Staats-Grundſteuer auf 7,33 pCt. des Einkommens, des wirklich zur Erhebung der Einkommenſteuer von 3 pCt. berechneten Einkommens. Dann 3 pCt. Einkommenſteuer, wie ſich von ſelbſt ergiebt, beide ſtaatliche Steuern, bei der Grund- und Gebäudeſteuer eingerechnet, von den ländlichen Gebäuden, betragen 10,33 pCt. Dazu kommt Kommunal-Grund- und Gebäudeſteuer mit 9,23 pCt., dann Kommunal-Einkommenſteuer mit 6 pCt., die Kirchen-Einkommenſteuer mit 1 pCt., zuſammen 27,50 pCt. von dem wirklichen Einkommen, wie es der Einkommenſteuer-Berechnung zu Grunde liegt.

Das zweite Gut in Solingen hat 21,51 pCt., das dritte 22,15 pCt., das vierte 22,16 pCt., das fünfte 19,82 pCt., das ſechste 20,61 pCt. Wenn ich nun dieſe Liſte weiter durchgehe, im Kreiſe Mühlheim, im Kreiſe Köln, Jülich, Cleve, ſo ſtoße ich auf Prozentſätze von dem wirklichen der Einkommenſteuer zu Grunde liegenden Einkommen von 16 pCt., 21,64, 24,13, 18,53, 18,94, 25,42 — das iſt der Kreis Neuß — von 21,60 im Kreis Düſſeldorf, von 23,15 im Kreis Düſſeldorf, von 18,44 Kreis Mettmann, von 24,13 im Kreiſe Mettmann nochmals, von 24,66 u. ſ. w. Im Kreiſe Bonn 25,28. Ich kann alſo mit einiger Sicherheit wohl annehmen, daß man die durchſchnittliche Belaſtung, mit welcher bei uns das landwirtſchaftliche Gewerbe betrieben wird, an Staats- und Kommunalſteuern auf 20 pCt. desjenigen Einkommenſatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommenſteuer zu Grunde gelegt wird, abſchätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Beſteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßſtab zu gewinnen, diejenige Belaſtung unſeres Getreidekonſums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländiſche Getreide gelegt werden ſoll, verallgemeinert auch auf das inländiſche Getreide, was im Inlande zu Markte gebracht wird; denken Sie ſich, daß der Landwirt von jeder anderen auf der Getreideproduktion laſtenden Steuer befreit würde, und daß dafür ihm als Äquivalent der Vorzug würde, mit dem Auslande gleichgeſtellt zu werden, und auch nur für jeden Scheffel Getreide, den er zu Markte bringt und verkauft, 25 Pfg. für Roggen, oder 50 Pfg. für den Weizen

zu zählen hätte, denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwert von 1500 Thalern, 5 Thlr. pro Morgen, in der Rheinprovinz kein ungewöhnlicher, bei dem eine Grundsteuerbelastung von 1 Mark auf den Morgen wahrscheinlich sein wird, bis zu 25 Silbergroschen und höher, in einigen Fällen auf 1 Thaler pro Morgen, das ist also keine hohe Rechnung. Dieses Gut von 300 Morgen mit 1500 Thaler Pachtwert wird also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Abgaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis, die auf der landwirtschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Thaler würde er schon 3600 Ztr. Roggen, oder 1800 Ztr. Weizen zu Markte bringen können, und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Zentner Roggen sind 4500 Scheffel, 1800 Ztr. Weizen 2000 und jedermann, der von der Landwirtschaft auch nur annähernd eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gut von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel Roggen gebaut, geschweige denn verkauft werden können. Wenn der Mann sehr geschickt und sehr sparsam wirtschaftet, so wird er zwischen 6 und 900 Scheffel in der einen oder anderen Getreidegattung zu Markte bringen können. 1000 ist schon recht gut; er hat also das vier- oder fünffache nach den jetzigen Steuerlasten auf der inländischen Produktion und dabei bringt die inländische, wie die Statistik angiebt, 400 000 000 Ctr., also 13 mal mehr wie die ausländische.

Wenn nun das Verhältnis in dieser Ungerechtigkeit zum Nachteil der inländischen Kornproduktion sich darstellt, so möchte ich weniger an Ihr finanzielles Reformbedürfnis, als an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appellieren. Soll die Gesamtlast, die für unsere Finanzen auf unsern Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Übermaß allein auf der inländischen Produktion liegen und soll die ausländische zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Wenn man auf irgend ein anderes Gewerbe, dem nicht 20,000,000 Menschen ihre Existenz verdanken, sondern sehr wenige verhältnismäßig, ich will einmal sagen auf Leder, dieselbe Theorie anwendete, daß die inländische Lederfabrikation mit einer Höhe von 20 pCt. des Reinertrags des Gewerbes besteuert würde, das ausländische aber nicht nur frei eingeht, sondern nach Möglichkeit prämiiert, gefördert, rasch und wohlfeil gefahren würde, ja würde man da nicht eine ge-

waltige Ungerechtigkeit gegen die inländische Lederfabrikation finden, und hat der inländische Landwirt, weil er sehr zahlreich ist, weil er vielleicht sehr viel geduldiger ist, nicht ebenso viel Anspruch auf eine gerechte und gleichmäßige Behandlung?

Sie müssen bei diesem Tarif doch nicht allein die Einzelheiten dieser Tarifvorlage im Auge behalten, sondern die gesamte Zoll- und Steuerreform, die wir damit erstreben und wovon dieser Tarif einen Teil bildet. Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: legt den Plan einer gesamten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, die wir machen, und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen und mehr Entgegenkommen aufgenommen werden wie damals und daß meine Hoffnungen, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setzte, sich erheblich haben herabmindern müssen; aber ich bitte Sie doch, diesem Tarif die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß Sie ihn unter dem Gesichtspunkt der gesamten Zoll- und Steuerreform und nicht bloß an sich betrachten.

Es ist ja in der gesamten Finanzreform bisher nicht unsere Absicht, dem Getreidebedarf in seiner Gesamtheit eine höhere finanzielle Leistung abzufordern, als bisher. Wir beabsichtigen nur einen Teil der direkten Steuern, die jetzt, wie ich vorhin nachwies, auf dem Landwirt lasten, in Form, wenn Sie wollen, eines Konsumtionszolles, an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, so daß in der Gesamtheit der Belastung des Kornbedarfs eine Erhöhung nicht notwendig eintritt, sondern nur ein sehr schwacher Versuch einer ausgleichenden Gerechtigkeit angesichts der Nachteile, unter denen die Produktion von Getreide im Inlande bisher leidet gegenüber den Privilegien der Steuerfreiheit und anderen, deren sich die ausländische Getreideproduktion bei uns erfreut. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, und während der Herr Vorredner das als ein Glück betrachten würde, an das er nicht glauben mag, sehe ich mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirtschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist, weil das Getreide

auf einen Preis gedrückt wird, zu welchem es in Deutſchland nach den Verhältniſſen der Abgaben, den Koſten des Lebens, der Verſchuldung nicht mehr produziert werden kann. Ja, meine Herren, wenn das eintritt, ſo geht dabei nicht bloß die Landwirtſchaft zu Grunde, dabei geht der preußiſche Staat, das Deutſche Reich zu Grunde, ganz einfach. Sobald die Landwirtſchaft nicht mehr beſtehen kann, fängt zuerſt an der Kredit — und alle die Herren, die ihre Forderungen in Hypotheken und Pfandbriefen haben, werden zuerſt von dem Ruin der Landwirtſchaft leiden — es wird die landwirtſchaftliche Thätigkeit in Verfall geraten, ich will kein ſchwarzes Bild von Wüſten u. dgl. machen, aber allmählig ſchränkt ſich die Thätigkeit ein. Ich kann Ihnen ein Beiſpiel aus meiner eigenen Erfahrung angeben.

Wie in Preußen die gutsherrlichen, bäuerlichen Ablöſungen ſtattfanden, ſo war namentlich in Hinterpommern, aber auch in anderen öſtlichen Provinzen, ein Notſtand an Arbeitshand und Kapital, um ſich Arbeit zu verſchaffen. Infolge deſſen trat die Thatſache ein, daß große Flächen von früherem Acker, die in allen alten Karten noch vor 60 Jahren und noch nach der Ablöſung in den erſten Zeiten als Acker ſtehen, heutzutage Wald ſind, es iſt angeflogener Wald, man ſieht noch heute, wie der Anflug zunächſt die Ackerfurchen, dann allmälig die höheren Böden erfaßt hat, denn es ſteht jetzt 60- bis 80jähriger Wald darauf, der bisher einen Ertrag nicht gehabt hat, auch keinen giebt, der frühere Acker war aber doch immer Acker. Nun, ich brauche die Formen ja nicht zu ſchildern, in denen die Landwirtſchaft und mit ihr unſere ganz ſtaatliche und nationale Exiſtenz zu Grunde gehen könnten, denn es wird nicht geſchehen. 20 Millionen deutſche Landwirte laſſen ſich eben nicht zu Grunde richten, es kommt bloß darauf an, daß ſie zu dem Bewußtſein kommen, was ihnen bevorſteht, und ſie werden ſich mit den geſetzlichen und verfaſſungsmäßigen Mitteln dagegen zu wehren ſuchen.

Wenn ich alſo behaupte, daß dieſe Zölle, in deren niedrigen Anſätzen, wie ſie jetzt ſind, die Preiſe nicht ſteigen werden, ſo fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich darüber bei den Landwirten zu entſchuldigen, als es den Übrigen, Nicht-Landwirten, zu beweiſen gilt, warum ſie nicht ſteigen werden.

Ich kann der Anſicht des Herrn Vorredners nicht folgen, ich vermute, daß die Preiſe nicht ſteigen werden, wenigſtens nicht weſentlich, weil der Preis des Getreides bei uns garnicht abhängt von dem Zoll, den man auflegt, ſondern von der Ernte,

vor allen Dingen in den großen Kornländern des östlichen Europas und Amerikas, einigermaßen auch von der Ernte in Deutschland, aber doch lange nicht in dem Maße, wie von diesen großen Ernten in Rußland, Ungarn, Amerika. Auf diese Ernten bleibt aber unser Zoll ohne jeden Einfluß, denn das Getreide wächst dort, wir mögen einen Zoll erheben an der Grenze oder nicht, es läßt sich dadurch vom Wachsen weder abhalten noch befördern. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird es eben nicht kommen, ist eine gute Regelernte, so wird es uns trotz Zoll doch kommen müssen, und darin divergiere ich von dem Herrn Vorredner. Er sagt, diese Getreideproduzenten könnten mit größter Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machen. Das ist vollkommen irrtümlich und mir nur erklärlich, weil der Herr Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. Wir sind heute im ganzen in der Lage in der Welt, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im ganzen größer ist, als der Verzehr. Der Verzehr ist beschränkt, der Mensch kann im Brot nicht mehr thun, als sich satt essen, er kann das nicht zweimal im Tage leisten.

Die Produktion in den fruchtbaren Ländern des europäischen Ostens und des amerikanischen Westens ist noch eine ganz unbeschränkte und kann sich beliebig steigern, und wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden gerade so viel Getreide liefern, als bisher, denn bis über 1 Mark hätten sie vollständig Spielraum, dem Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf letzterem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt soviel weniger, für ihn aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Das ist die Ansicht der Kornhändler, mit denen ich seit Monaten, seit Jahr und Tag darüber gesprochen habe, von denen ich manche persönlich kenne, sowohl russische wie deutsche. Die deutschen sagen mir, wir geben dem Petersburger Zwischenhändler soviel weniger, und auch der verliert es nicht einmal, der giebt dem russischen Bauer und dem russischen Produzenten, der ihm das Getreide meist auf dem Halm verkauft, schon im Juni in dieser Jahreszeit, um rascher Geld zu bekommen, so viel weniger. Aber ich könnte beinahe sagen, ich fürchte, der Zoll wird ganz einfach den Produzenten abgezogen, und wir werden dieselben Massen Getreide, bis auf wenige Modifikationen, auf die ich nachher komme, doch bekommen. Es

iſt aber damit nicht, wie der Herr Vorredner annahm, der Landwirtſchaft noch gar kein Dienſt erwieſen. Ihr iſt ſchon ein ganz erheblicher Dienſt erwieſen, auch wenn der Preis nicht ſteigt und ſie den geringen Gewinn, die geringe Lebensfähigkeit, die ſie bei jetzigen Preiſen hat, nur geſichert hat, wenn ihr überhaupt nur der deutſche Markt geſichert wird, wenn die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutſchen Markt um eine Kleinigkeit erſchwert wird. Dies iſt eine Kleinigkeit im Verhältnis zu den Schwankungen der Kornpreiſe, wie wir ſie in den Jahren geſehen haben, wir haben ſie ſchon öfter noch einmal ſo hoch wie jetzt gehabt, ohne daß unſer Brot teurer geworden iſt. Wenn da dem inländiſchen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den inländiſchen Markt zu demſelben jetzigen Preiſe für ſich ſicher hat, ſo würde er auch dafür ſchon dankbar ſein. Wir ſind jetzt auf dem Lande ja in der Lage, daß die Müller auf unſeren eigenen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, ſondern, da ſie zugleich Bäcker in der Regel ſind, uns das aus ruſſiſchem Roggen gebackene Brot ins Haus auf dem Lande verkaufen. Ich ſelbſt eſſe in Friedrichsruh ruſſiſches Brot und beſchwere mich weiter nicht darüber, denn ich bin dort ſehr wenig Landwirt, mein Ackerbau, den ich beſitze in der Gegend, iſt ſehr gering, aber die Thatſache liegt ſo und die Konſumenten reißen ſich nicht etwa um das Korn, ſondern es wächſt mehr, als gebraucht wird, die Produzenten ſuchen nach Abſatz. Wenn wir mehr äßen, als wächſt, ſo würde man freilich ſehr hinterher ſein, das letzte Korn, was in der Welt noch exiſtiert, für ſich zu bekommen, das liegt aber eben, wie ich auch ſpeziell für Deutſchland nachzuweiſen verſuchen werde, nicht vor, ſondern es iſt Überführung des Marktes mit Getreide in regelmäßigen Jahren in der ganzen Welt vorhanden, in England, Frankreich und Deutſchland, und nun gar in den Produktionsländern erſt recht, wenn die Leute da alles verzehren wollten, was ſie bei ſich bauen, ſo müßte ihre Bevölkerung ſich verzehnfachen. Der Herr Vorredner ſagte und führte gegen dieſe Vermutung das an, es wären die Vorräte, die hier lagerten, außerordentlich gering, er gab ein paar tauſend Wiſpel an, die am Ende des Jahres hier gelagert hätten; — da möchte ich darauf aufmerkſam machen einmal, daß das Ende des Jahres nicht der Termin iſt, wo die Hauptzufuhr herankommt, denn auf den Kanälen, zu Waſſer kommt das Getreide lange nicht in dem Maße wie auf den Eiſenbahnen und da iſt es namentlich der Winter, wo alle Frachten billiger

ſind und wo man in Rußland das Getreide gedroſchen hat, da wird das Getreide verfahren, und ich bin überzeugt, daß zwiſchen Januar und April die größten Vorräte herankommen. Es kommt aber dabei auf die Roggenvorräte gar nicht an, ſondern wir müſſen gleichzeitig ins Auge faſſen die Roggenvorräte und Mehlvorräte, denn diejenige Form der Korneinfuhr, welche unſere Landwirtſchaft augenblicklich am meiſten beläſtigt, iſt meines Erachtens die Einfuhr zur Verwandlung in Mehl im Inlande, wie ſie teils zu Schiff von Petersburg via Riga und Libau nach Kiel, Lübeck und Stettin ſtattfindet, meines Wiſſens aber die größere Quantität auf den Eiſenbahnen aus dem Innern von Rußland, den Gegenden des Mittelpunkts, die ſich von Kursk-Arjol und bis an die untere Wolga, Samara, bis Niſchnej hinauf nördlich und öſtlich von Moskau erſtrecken — aus dieſen kommen mit den Eiſenbahnen zu ganz außerordentlich wohlfeilen Frachten die Getreidemaſſen hier an, gehen zum Teil ſchon über Alexandrowo, die wohlfeilſten gehen, ſo viel ich gehört habe, über Breslau, aus der Gegend, die ſich von Kiew bis Niſchnej nach Deutſchland erſtreckt, hier werden ſie in rieſigen Dampfmühlen in Mehl verwandelt. Hier in Berlin iſt mir geſagt worden, daß die tägliche Verarbeitung von Roggen in Mehl auf den Mühlen, die teils dem Weichbildbezirk von Berlin, teils dem nächſten Eiſenbahn- und Kanalrayon angehören, zwiſchen 4 bis 500 Wiſpel, alſo 8 bis 10,000 Zentner täglich beträgt. Dieſe Mehlmaſſe geht dann mit der Eiſenbahn über das Land und tötet, wie ich aus perſönlicher Bekanntſchaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, ſoweit er von der Eiſenbahn erreichbar iſt. Wieviel Vorräte nun in dieſem Mehl ſtecken, das weiß ich nicht und das entzieht ſich auch der Berechnung; ich glaube, jedenfalls aber mehr als was überhaupt in der Zeit bis zum Nachſchub hier gemahlen wird. Inſofern halte ich alſo die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebenſo wenig wenn er geſagt hat, daß die Anſicht, daß der Bäcker nicht den Hauptaufſchlag macht, in Roggen will ich es nicht behaupten, in Weizen iſt jedenfalls der Verdienſt größer, inwieweit den Bäcker die Schuld trifft, weiß ich nicht, aber ich gönne ihm ſeinen Gewinn, aber die Meinung des Herrn Vorredners, daß in den Zwiſchenſtationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr als nötig hängen bleibt, iſt doch nur teilweiſe richtig. Es giebt z. B. Brotfabriken, die mit Rieſenmühlen identiſch ſind, direkt ihren Roggen aus Rußland importieren und Kornhandel, Mehlfabrikation und Brot-

fabrikation an einer Hand betreiben und bei denen ich glaube, daß doch ein sehr großer Gewinnst stattfindet. Außerdem wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt das darin, weil ihrer so viele sind. Wo heutzutage eine Stelle ist, an der man sieht, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich ja gleich hunderte von Konkurrenten heran, bis der Verdienst so verkleinert und zerteilt ist, daß für den einzelnen in der That nicht viel übrig bleibt. Die meisten oder wenigstens hier die Kinder der städtischen Bevölkerung ziehen ein kaufmännisches Leben, wenn es auch gering nährt, wenn es aber zu keiner anstrengenden körperlichen Thätigkeit zwingt, einem Gewerbebetrieb mit täglicher Arbeit vor.

Sie alle werden Bekanntschaft haben nach der unteren Volksklasse hin, wenigstens ich habe sie und habe dort immer gefunden, daß das Ideal eines Mannes von der Volksklasse, eines Dieners, der sich etwas erspart hat, nicht etwa ist, ein kleines Gut in seiner Heimat zu kaufen, sondern in Berlin einen Viktualienhandel anzulegen — darauf spart er — und dann mit seinen Gästen zu reden und mitzutrinken und ihnen das Bier zu bringen. Das ist heutzutage viel eher das Ideal, als sich, wie es früher war, einen kleinen eigenen Hof zu kaufen und dort das Land zu bearbeiten und Korn zu bauen. Diese Tendenz bewirkt also, daß, wo durch den Zwischenhandel etwas zu verdienen ist, und jemand einen schönen Verdienst hat, gleich zehn bereit sind, ihn darin zu beschränken und mit ihm zu teilen.

Wenn nun ich schon zugebe — vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das Allerbestimmteste, daß die Kornpreise und die Brotpreise in irgend einem nachweisbaren Zusammenhange stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnot zwingend einwirkt, daß durch den Überfluß und Wohlfeilheit des Korns kein Wachsen des Brotgewichtes und kein merkliches Sinken der Brotpreise eintritt. Die Brotpreise sind heute bei diesen niedrigen Kornpreisen selben, das heißt, das Gewicht des Brotes ist dasselbe, wie es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so teuer war, als heut, das heißt, im Laufe der fünfziger und sechsziger Jahre, und die Herren, die daran zweifeln wollen — — ich will nicht von den Brötchen sprechen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben, es kann ja jeder, wenn er nach Hause kommt, das erste beste Brot abwiegen und das Gewicht vergleichen mit den Preisen, das kann ja jeder sich be-

rechnen, damit will ich Sie nicht aufhalten. Meine Erkundigungen über die Brotpreise stammen aus direkter Quelle, nicht aus den Kreisen, in denen wir leben, sondern aus den Kreisen der Handwerker, der Diener, der kleinen Leute, und ich kann jedem, der näheres darüber zu wissen wünscht, vollständig Rede stehen. Ich glaube deshalb, daß, wenn der Preis des Getreides durch diesen außerordentlich niedrigen Zoll auf Korn, der unter fünf Prozent des Wertes bleibt, nicht affiziert wird, daß auch unser Handel in keiner Weise davon beeinträchtigt werden kann, wenigstens in keinem höheren Maße, als er es der Gerechtigkeit im Ausgleich der gleichen Verteilung der Lasten schuldig ist. Etwas wird der Handel dem Kaiser und seinem Finanzminister doch auch wohl von seinem Verdienst abgeben können. Es ist ja für uns alle erfreulich, wenn unsere Kornhändler reich werden, aber wir können darüber das Prinzip der verteilenden Gerechtigkeit in den öffentlichen Lasten nicht opfern. Ich glaube auch, daß ihnen ihr Verdienst ungeschmälert bleibt, und wenn die beiden Hauptbeschwerden gewogen werden, die Erschwerung der Mischung des russischen Getreides mit deutschem in unseren Ostseestädten und die Erschwerung des Transits, wo man wieder unterscheiden muß zwischen dem Ostseetransit und zwischen dem südwestlichen Transit, der hauptsächlich durch Süddeutschland, durch Baiern auf Mannheim geht, — wenn man die näher ins Auge faßt, so glaube ich, daß die Herren künftig den verzollten Roggen gerade so gut werden mischen können, wie bisher den unverzollten, und ich glaube nicht einmal, daß sie 25 Pfg. weniger am Zentner verdienen werden, sondern daß der Zoll, wie ich schon vorhin sagte, von dem, der sein Korn notwendig los sein muß und der keinen anderen Abnehmer hat, wird bezahlt werden müssen.

Die Veränderung der Absatzwege aus Rußland — also ich will einmal sagen von Danzig nach Libau, wovon jetzt viel die Rede ist, damit kann man Leute bange machen, die das Geschäft und die Geographie nicht kennen.

Es sollen heute zum Beispiel einige Königsberger Firmen sagen: sie können sich nur halten dadurch, daß sie Kommanditen in Libau errichten. Darüber würde ich mich freuen, wenn unsere Landsleute auch in Libau Geld verdienten, gleichviel ob in Libau oder in Königsberg, ich gönne es ihnen in beiden Fällen. Aber man muß Libau kennen und sich doch klar machen, daß das Ausgraben eines Hafenbassins an der Westküste von Kurland,

und das Anlegen einer Eisenbahn dahin noch keinen Handelsplatz und noch keinen Absatzhafen schafft.

Was ist es denn, was den russischen und namentlich westrussischen und polnischen Kornverkehr nach unseren Ostseestädten zieht? Es ist keineswegs, daß sie in Rußland keine guten Häfen hätten; sie haben in Riga, in Petersburg Häfen und es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde oder Rügenwalde, wer das kennt, aber das genügt nicht zum Handel und meines Erachtens kann Rußland viel Geld auf Libau verwenden, aber keinen Handelsplatz daraus machen. Was sie nach Danzig und Königsberg hinzieht, das ist der große Handelsplatz, die große Kaufmannschaft, das große Kapital. Wer hat denn Kapital zum Kornhandel in Libau? Das Kapital kommt aus den deutschen Ostseehäfen, und deshalb hat Danzig, hat Königsberg, weil sie das Geld hergeben, mit dem den russischen Bauern das Korn abgekauft wird, und einen Vorschuß machen, deshalb hat Danzig und Königsberg diesen Handel und wird ihn deshalb auch behalten, denn einen Handelsplatz können selbst die gewaltigen Kräfte des russischen Reichs nirgends improvisieren, am allerwenigsten in Libau oder Windau, wenn sie auch die Eisenbahn nach Windau legen, was mitunter etwas früher eisfrei wird, aber selten, weil es nördlicher liegt. Aber sie haben ja einen guten Hafen in Riga und es geht auch Getreide von dort nach Lübeck, um hier gemischt zu werden, oder nach Danzig oder Stettin, aber es ist doch unbedeutend. Die Rigaer Kaufmannschaft kann sich an Kräften mit der Königsberger, Danziger, Hamburger nicht messen, sie braucht das Kapital der deutschen Häfen und die kaufmännischen Verbindungen derselben notwendig, um ihr Korn zu verwerten, und wo soll denn, wenn Sie die Karte ansehen, das Korn aus dem Königreich Polen, aus der oberen Weichsel, aus Galizien, anders hin, als daß es durch Deutschland geht, und ebenso aus Westrußland, abgesehen davon, daß das russische Korn in seiner natürlichen Gestalt immer einen erheblich minderen Wert gegen das deutsche haben wird, mit Ausnahme des Südens, wo die Gunst des Klimas eine andere Gattung Korn herzustellen möglich macht, als im Norden, das geht aber größtenteils über Odessa weg und kommt nicht zu uns.

Das russische Korn, das zu uns kommt, wird fast immer der Mischung bedürfen, oder es wird sich mit einem sehr viel niedrigeren Preise, als das deutsche, auf den englischen und

deutſchen Märkten begnügen müſſen. Wenn Sie die Preisliſten anſehen, ſo werden Sie da, wo ruſſiſcher Roggen ehrlich angeboten wird, denſelben 10 bis 15 Mark auf die Tonne wohlfeiler angeboten finden als den deutſchen; der deutſche iſt an und für ſich mehr wert, nicht weil der Roggen Rußlands, wenn man ihm die volle Reife läßt, ſchlechter iſt — in Polen namentlich iſt z. B. der Weizen von Sandomir, der „hochbunte“ polniſche, iſt ein ſehr viel beſſeres Produkt als der deutſche, und der ungariſche iſt noch beſſer — aber der ruſſiſche Roggen kommt nicht trocken in die Scheune oder in den Handel. Dieſe Ungunſt des ruſſiſchen Klimas muß das ruſſiſche Getreide tragen, wir nehmen ſie ihm ab durch die Miſchung; das ruſſiſche Getreide wird nicht vollkommen reif, oder doch nicht trocken in den nördlichen Bezirken von Rußland; wo ſich die deutſchen und ſkandinaviſchen Einflüſſe hin erſtreckt haben, da ergänzt man dieſe Ungunſt des Klimas durch das Darren des Getreides in heizbaren Scheunen, wo, bevor das Getreide zum Dreſchen kommt — ich glaube, ſie nennen es Riegen — die Bündel auf einen mäßig erwärmten gewölbten Raum geworfen werden, und dann ſich das Korn mit mehr Leichtigkeit vom Halme löſt, welches unreif oder feucht eingekommen iſt. Wo dieſe Behandlung nicht herrſcht, da kommt ein großer Teil des ruſſiſchen und polniſchen Getreides an und für ſich unreif, jedenfalls unvollkommen trocken in den Verkehr. Dieſe unvollkommene Trockenheit äußert einmal die Wirkung, daß das Getreide, wenn es nachher getrocknet iſt, nicht den vollen Wert hat, den es vorher hatte, namentlich aber auch auf den Wittinnen ankommt und wie ſie die dortigen Fahrzeuge nennen; wer geſehen hat, wie die Getreidemaſſen auf den Strömen herunter geflößt werden, der glaubt ein grünes Feld zu ſehen, das Korn grünt aus, dann wird es, um von den Kornkeimen befreit zu werden, im Freien ausgeſchüttet, und es wird ſo behandelt, daß die Keime abgeſtoßen werden, Getreide aber, was aufgekeimt iſt, kann den Nahrungswert nicht mehr haben, als wenn es noch nicht gekeimt hatte, und der Keim noch nicht abgeſtoßen war: nachher wird dem ruſſiſchen Getreide ein höherer Wert wieder dadurch verliehen, daß es mit deutſchem vermiſcht wird, und dieſes vermiſchte Produkt wird dann fälſchlich als deutſches Korn mit Lokalnamen „Stettiner Miſchung, Danziger Miſchung“ im Auslande verkauft und drückt den Standartwert unſeres deutſchen Getreides, die Reputation desſelben weſentlich herunter, indem man dieſe halbe Miſchung —

ich will nicht ſagen Fälſchung, aber es erinnert dies doch an die übeln deutſchen Lieferungen, über die in Oſtaſien geklagt wurde, daß die Waren nicht durchgängig von gleicher Qualität waren. Iſt das ein nationaler Vorteil für uns? Ich will es unentſchieden laſſen, ich glaube, es wird den Herren in den Seeſtädten nicht benommen werden, denn die Ruſſen können in Libau ihr Getreide nicht miſchen und dazu nicht deutſches Getreide dorthin fahren, was ſcheunentrocken iſt, um es mit dem ruſſiſchen zu miſchen. Ich glaube alſo, das ruſſiſche Getreide, wenn es überhaupt wächſt, hat einen Zwangskurs, eine gebundene Marſchroute, die es notwendig auf die Wege der deutſchen baltiſchen Häfen weiſt. Es iſt deshalb hier das Mittel gegeben, wo die Kampfzölle zur Eröffnung der ruſſiſchen Grenze unter Umſtänden wirkſam werden könnten. Der Herr Abg. v. Treitſchke hat geſtern angeführt, daß dieſes Syſtem verſucht wurde und nicht zum Ziele geführt hat. Ich vermute, er hat angeſpielt auf eine Epiſode, die in den Jahren zwiſchen 1823 und 1825 ſpielte, wo Preußen von Rußland auf Grund der polniſchen Teilungsverträge verlangt hatte, daß vollkommen freier Verkehr in den ehemals polniſchen Ländern ſtattfinden ſollte, alſo daß eine ruſſiſche Grenzſperre innerhalb des alten polniſchen Reichs nicht zuläſſig wäre, und wo Rußland die Verpflichtung hierzu ablehnte, und wo man in Preußen empfindlich wurde, und nun einen Zoll von fünf Silbergroſchen — nicht auf den Zentner, ſondern auf den Scheffel, der vier Fünftel bei Roggen und $^9/_{10}$ bei Weizen iſt, legte. Nicht etwa, weil der Danziger Handel darunter gelitten hätte, und weil die Ruſſen nun ihr Getreide anderswo exportiert hatten, hat dieſes Verhältnis aufgehört; wohin ſollten ſie es denn bringen? es gab keine Eiſenbahnen, es gab keine Chauſſeen. Der einzige Weg, auf dem das ruſſiſche Getreide aus dem dortigen Gebiet des Niemen, der Weichſel und des obern Dnieper durch die Kanäle heraus konnte, war allein der Niemen, die Weichſel und die Warthe, der Waſſerweg, und es wurde nicht etwa, weil man in Preußen den Handel leidend fand, ſondern weil Kaiſer Alexander ſich perſönlich an König Friedrich Wilhelm III. wandte, und hierein eine Abweichung von der Tradition in der politiſchen Freundſchaft zwiſchen Preußen und Rußland fand, auf dieſem Wege wurde es durchgeſetzt, mit einer leiſen, faſt unmerklichen Wendung, daß beim Transport „zu Waſſer“ dieſe Zölle nicht Anwendung finden ſollten, und ſo wurde die ganze Sache totgemacht; denn anders als wie zu Waſſer, auf dem Niemen, der

Weichsel und der Warthe war kein Transit möglich. Denken Sie sich das ganze Land mit seinen sandigen bergigen Wegen ohne Chausseen, ohne Eisenbahnen; es war kein Handel als auf dem Wasserwege möglich, und er wurde wieder gestattet, nicht aber, weil wir es wirtschaftlich nicht hätten durchführen können, sondern weil wir es unserer Politik nicht entsprechend fanden, den Kaiser Alexander I. zu verstimmen.

Diese Transitfahrt in Westpreußen berührt die deutsche Landwirtschaft nicht in dem Maße, wie der Transit, der sich in der Richtung auf die Nordsee und die französische Grenze und namentlich durch Baiern bewegt. Aber die Amendements, die darauf gerichtet sind, im Interesse dieses baltischen Transits und dieser Mischungen gesetzliche Bestimmungen in den Tarif hineinzubringen, halte ich doch hier nicht angebracht. Sie bezwecken nicht eine Tarifposition, sondern eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869. Nach dem Zollgesetz von 1869 ist, wenn ich nicht irre, im 6. Artikel bestimmt, daß der Transit frei sein soll, und dann ist gesetzlich bestimmt, in welcher Art der Transit ausgeführt werden kann, mit anderen Worten, was Transit sei und wie es zu verstehen sei. Wenn Sie darin etwas wollen, müssen Sie einen Antrag auf Änderung des Zollgesetzes von 1869 bringen. Hier im Tarif hat eine solche gesetzliche beiläufige Bestimmung oder Resolution oder Empfehlung an den Bundesrat meines Erachtens keinen Platz; denn das Zollgesetz von 1869 giebt dem Bundesrat schon die nötigen Machtvollkommenheiten, um den Handel zu erleichtern, seine gesetzlichen Bestimmungen können auf dem beiläufigen Wege nicht geändert werden.

Sollen sie geändert werden, so ist die Frage, soll der Transit überhaupt frei bleiben, soll die Freiheit nicht lokalisiert werden, denn der Transit in ostwestlicher Richtung schädigt die deutschen und namentlich die süddeutschen Interessen in großer Erheblichkeit. Wir liegen in Deutschland inmitten zwischen dem Korn und Holz produzierenden Osten Europas und zwischen dem Korn und Holz kaufenden Westen Europas. Wir sind dabei leistungsfähig nach beiden Richtungen; wir könnten dem Osten Industrieware liefern, wenn er sich nicht gegen uns verschlösse, und wir haben früher dem Westen landwirtschaftliche Produkte geliefert, haben uns aber selbst diesen Handel tot gemacht, indem wir dem Konkurrenten durch Abschaffung des Transithandels, also durch Gewährung der Transitfreiheit, die Konkurrenz erleichterten und ihm außerdem schnell und wohlfeil bis an die Grenzen

des kaufenden Staates hinfuhren, damit er dort durch wohlfeile Produktion konkurriere und dem deutschen Verkäufer in Mannheim u. s. w. den Absatz ruiniere. Ich appelliere an die Herren, die aus Baiern hier sind, welchen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten Süddeutschland in früherer Zeit mit Vieh sowohl, wie mit Korn nach Frankreich hatte — vom Holzabsatz kann ich heute nicht sprechen, aber da werden namentlich die bairischen Herren noch mehr davon zu sagen wissen, wie die norddeutschen — dieser ganze Absatz ist uns durch das, meines Erachtens in dieser abstrakten Allgemeinheit nicht richtige Prinzip der Transitfreiheit verdorben. Wir haben dem Konkurrenten mit der dem deutschen Charakter eigenen wissenschaftlichen Großmut die Konkurrenz erleichtert. Das ist mehr kosmopolitisch als national. Ich will über die Transitfrage noch nicht entscheiden, nur würde ich dringend bitten, alle Amendements, die dahin gerichtet sind, gesetzliche Änderungen des bestehenden Zolles von 1869 bei dieser Gelegenheit durchzubringen, abzulehnen, und möchte ich empfehlen, daß um diese beiden Verhältnisse, Zollausführungsgesetz und Tarif, nicht in große Verwirrung zu bringen, wir uns der Änderung des Gesetzes durch Tarif enthalten; die verbündeten Regierungen müssen den höchsten Wert darauf legen, daß diese Amendements, die irgend eine Änderung des Zollgesetzes bezwecken, abgelehnt werden.

Ich hatte mir noch einige Notizen über die Rede des Herrn Vorredners gemacht, aber ich glaube, ich kann über sie hinweggehen bis auf das Eine, was eine Entkräftung des Beispiels mit der Maut von 10 verschiedenen Rittergütern betrifft. Es ist nicht mein Beispiel und ich kann es in allen seinen Konsequenzen nicht durchführen, aber die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß das Gut, was sich durch einen Chausseezoll belastet findet, eben auch einen anderweiten Verkauf wählen könnte, trifft hier nicht ganz zu. Ich würde lieber gegen das Beispiel anführen, daß derjenige, der den Chausseezoll zahlt, 2- bis 3mal mehr aufladen kann, als derjenige, der ohne Chaussee fährt, und daß die Rechnung sich dadurch ausgleicht. Aber die Möglichkeit, sich einen anderen Abnehmer zu wählen, findet bei Rußland, Galizien, Ungarn in dem Maße gar nicht statt. Wir thun also wenigstens gut, unsere Grenzen gegen Überführung zu verschließen.

Ich komme nun zu einer anderen Frage, mich den landwirtschaftlichen Interessenten gegenüber darüber zu rechtfertigen,

warum wir denn eine ſolche Vorlage gemacht haben; wenn ſie die Preiſe nicht ſteigert, nützt ſie dann den Landwirten gar nichts? Ich habe ſchon erwähnt, daß ſie ihnen ſofort nützen kann, auch ohne die Preiſe zu ſteigern, wenn ſie ihnen den deutſchen Markt in ausgedehnterem Maße als bisher ſichert, daß nicht, wie wir das jetzt erlebt haben, die Kornverkäufer herumfahren müſſen in den verſchiedenen Marktſtädten, um ihren Roggen abzuſetzen, und daß ſie ihn vom Markte wieder mit nach Hauſe nehmen müſſen, oder, wenn ſie ihn einem Kaufmann anbieten, mit freundlichem Hohnlächeln ein Gegenangebot zu einem geringeren Preiſe bekommen. Das wäre ſchon ein ſehr erheblicher Gewinn. Aber, wie ſchon anfangs geſagt, haben die verbündeten Regierungen bei dieſer Vorlage einen einheitlichen Schutzzoll nicht erſtrebt. Ich wenigſtens bin von Hauſe aus davon ausgegangen, daß die Vorurteile zu ungeklärt und die öffentliche Meinung und die alles übertönende Stimme der großſtädtiſchen Preſſe zu laut gegen dieſe Zölle ſein würde, als daß ſie verſtanden und überlegt werden würden, und ich habe mir gedacht, man muß durch die That überzeugen, daß ſie dieſen Einfluß nicht haben können. Ich habe deshalb der Kommiſſion von Hauſe aus empfohlen, man möchte für Getreide nur den Finanzzoll, d. h. die diſtributive Gerechtigkeit, die Verteilung eines Teiles der Laſten der inländiſchen Landwirtſchaft nach Maßgabe des geſamten Steuerreformplanes auf das Ausland erſtreben, einen eigentlichen Schutz aber nur für die Viehprodukte erſtreben. Auch das iſt mir in vollkommenem Maße nicht gelungen. Ich halte die Viehzölle, und namentlich bei den beſſeren Rindviehſorten und beim Fettvieh, für die doch die Notlage, der Notſtand und der arme Mann nicht ſo geläufig ins Feld geführt werden kann, für weſentlich zu niedrig. (Rufe: Schmalz!)

Wie befehlen die Herren? Rinderſchmalz? Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgeſprächen zu beläſtigen, ſie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten.

Die Viehzölle halte ich nicht für völlig ausreichend, aber da geſtehe ich zu, ſie ſollen einen Schutz gewähren, und ſie ſind höher wie die Kornzölle. Von den Kornzöllen aber erwarte ich doch Eines: einmal, daß das Gefühl der Ungerechtigkeit in der ungleichen Belaſtung der Beſteuerung ſich mildert, wenn die Geſamtreform der Finanzen zur Durchführung kommt, und daß die Landwirtſchaft um ſo viel, als die Kornzölle bringen, min-

beſtens ſpäter, wenn andere Finanzzölle durchgehen, und ſie mehr in der Grundſteuer dadurch entlaſtet werde, daß die Gemeindezulage nicht mehr zur Staatsgrundſteuer geſchlagen wird, ſondern direkt aus der Staatsſteuer genommen werde. Das würde für die Landwirtſchaft, wenn ſich das durchführen läßt, eine Entlaſtung ihres Betriebes von durchſchnittlich der einen Hälfte der 20 pCt. ſein, mit denen ſie bisher belaſtet iſt. Soviel wird dieſer Kornzoll, wenn es auch bei ſeinem Ertrage weſentlich auf die Frage ankommt, wie man den Tranſit behandelt, doch nicht bringen können, ſondern es werden da andere Steuerreformen mit hinzutreten müſſen. Aber es iſt doch immer der gute Wille der Geſetzgebung ſichtbar, daß das landwirtſchaftliche Gewerbe mit der gleichen Gerechtigkeit, wie die übrigen, behandelt werden ſoll. Dann aber ſehe ich in dieſen Kornzöllen, wenn ich ſo ſagen darf, einen Ordnungszoll, der etwas Ordnung in die Einfuhr bringt. Bisher, wo die Einfuhr ganz abſolut frei iſt, da werden beliebige Maſſen fremden Kornes zu uns hereingefahren, weil jeder Centner Korn, der in Deutſchland liegt, ſchon einen höheren Wert hat, als wenn er in Ungarn, Rußland oder Galizien liegt, und die Ausſicht, ihn vielleicht verkaufen zu können, iſt hier größer. Ich muß auch dem Herrn Vorredner widerſprechen, der ſagte, daß es nicht Konſignationsgeſchäft wäre, ich gebe es nach dem Wortlaut zu, aber wir wollen über den kaufmänniſchen Ausdruck nicht rechten, ich will lieber mich ſo ausdrücken: es ſind zum großen Teil Hoffnungsgeſchäfte, d. h. Einfuhr des Roggens auf Anlaß und Beſtellung der deutſchen Kornhändler reſp. der Großmüller. Sie werden angelockt zu dieſer Maſſeneinfuhr, zu dieſer Übereinfuhr durch die Beſchaffenheit der Eiſenbahntarife. Wer 100 000 Ctr. gleichzeitig anmeldet, erhält den wohlfeilſten Tarif, d. h. in Maſſen wird die Fracht billiger gelaſſen von den Eiſenbahnen, um möglichſt viele Maſſen in den Eiſenbahnverkehr hineinzuziehen.

Die Verſuchung iſt außerordentlich groß, daß einer, der vielleicht nur 3000 Wiſpel unterbringen kann, ſich 5000 beſtellt, um den erheblich niedrigeren Tarif, den die 5000 Wiſpel-Männer für ihre Mühlen und Kornhandlungen haben, zu gewinnen, ja bei der wagehalſigen Spekulation, mit der der Berliner Kornhandel vertraut iſt, iſt es möglich, daß, wer nur 1000 Wiſpel oder garnichts ſicher unterbringen kann, 5000 beſtellt in dem Glauben, wenn es einmal im Lande iſt, wird er es ſchon los werden. Ich glaube, daß wir auf dieſe Weiſe

unter einer Überführung mit Getreide leiden, die notwendig ſich etwas mildern, ſich einſchränken muß, wenn dieſe Herren, die dieſe 5000 Wiſpel kontrahieren, dafür einen Zoll von 25,000 Mk. erlegen müſſen, und erſt dann ihre Chance abwarten können. Ich glaube, daß das, was ich ohne die Herren, die ihren Gewinn dabei ſuchen, zu beleidigen, eine leichtſinnige Einfuhr von Getreide nennen möchte, erheblich vermindert wird durch den Zoll. Ob das auf die Erhöhung der Preiſe wirken wird, iſt mir ſehr zweifelhaft, aber es wird vielleicht einem weiteren Herunterdrücken vorbeugen, denn durch die fortgeſetzte Mehreinfuhr, von mehr als wir konſumieren und brauchen überhaupt, müſſen die Preiſe viel mehr gedrückt werden, als durch irgend welche andere Umſtände. Es iſt ein bekannter Grundſatz, daß 1 pCt. Waare über den Bedarf am Markte um 2 pCt. drückt, und ein fehlendes Prozent, wieder 5 bis 10 pCt. ſteigert. Aber dieſer Druck von den überſchießenden Prozenten findet bei uns meiner Überzeugung nach ganz zweifellos ſtatt, und die jährliche Einfuhr überſteigt unſeren Bedarf, ich will nicht behaupten um das ganze Quantum der Einfuhr in jedem Jahre, aber ſie überſteigt ihn. Ich habe hier in einer Schrift, die mir von freihändleriſcher Seite zugeſchickt worden iſt, eine Darſtellung dieſer Verhältniſſe, die ſie zu erklären und zu entſchuldigen ſucht, aus der ich entnehme, daß beiſpielsweiſe die Einfuhr von Getreide, oder, ich will ſagen, der Überſchuß der Einfuhr über die Ausfuhr vom Jahre 1872 ſich bloß bei Weizen und Roggen, von allen anderen Getreideſorten ſehe ich vollſtändig ab, um 17 Millionen Ctr. geſteigert hat. In dem erſten Jahre 1872, wie ich mich noch erinnere, war ein Überſchuß der Ausfuhr an Weizen von 200,000 vorhanden, nachher, im letzten Jahre, ein Überſchuß der Einfuhr auch in Weizen von einem ſehr viel größeren Quantum. Im ganzen beträgt die Zunahme des Überſchuſſes der Einfuhr von Weizen und Roggen über die Ausfuhr 17 Millionen Ztr. Dabei iſt nun geſagt, dies erkläre ſich aus der großen Zunahme der Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung iſt angegeben auf 1,660,000 Köpfe in der Zeit, wir wollen in runden Summen ſagen 1,700,000. Dieſe Bevölkerung von 1,7 Millionen iſt meiner Überzeugung nach vollſtändig geſättigt mit 6,000,000 Ztr. Roggen und Weizen. Die Anſätze, die heutzutage in der politiſch ſehr tendenziöſen Statiſtik, wie ſie in Preußen gemacht wird, angenommen werden, von 9 Ztr. pro Kopf, ſind geradezu unſinnig, die von 5 Ztr., die der Herr

Vorredner angab, halte ich für zu hoch gegriffen. Die Konsumtion der Städte, die immerhin etwas weniger Brot essen mögen, weil sie mehr Fleisch essen, hat nach den Untersuchungen der Mahl- und Schlachtsteuer nur 125 Kilogr. = 250 Pfund, also gerade die Hälfte von dem, was der Herr Vorredner sagte, pro Kopf ergeben. Ich richte mich da auch nach meinen eigenen ländlichen Erfahrungen und da weiß ich ganz genau, daß in den Deputaten, die ich zu geben habe, und bei so gutem und kräftigem Essen, wie der pommersche Arbeiter, der Kopf, Mann, Frau, Kind mit 4 Scheffel Roggen berechnet wird, und daß das reichlich ist, wird mir jeder zugeben, der auf dem Lande wirtschaftet, und auf dem Lande wird mehr Brot gegessen als in den Städten.

Indessen, ich will auch noch höher gehen, selbst über den Satz, den dieser freihändlerische Herr hier anführt, mit 345 Pfd. Getreide pro Kopf. Ich will also annehmen bloß für Weizen und Roggen 345, und dies auch noch nach oben abrunden auf 350 Pfund. 4 Scheffel sind, wie bekannt, 320 Pfund Roggen. Ich gehe also 30 Pfund höher, auf $3^1/_2$ Ctr., dann habe ich die Konsumtion der Mehrgeborenen, der Vermehrung der Bevölkerung auf 5—6 Millionen Ctr., und es bleibt nur eine weitere Mehreinfuhr von 11 Millionen Ctrn. übrig, für die der Konsument wenigstens sich nicht in dem Zuwachs der Bevölkerung findet, wenn man nicht allen neugeborenen Kindern den Magen mit Brot überfüllt. 11 Millionen Ctr. sind es, wenn man die Konsumtion von $3^1/_2$ rechnet zwischen 3 und 4 Millionen Jahresportionen eines Kopfes der Bevölkerung. Wenn also in jedem Jahre uns auch nur diese 3 bis 4 Millionen Jahresportionen zuviel zugeführt werden, sich ein bis drei Jahre herumtreiben bei uns im Lande und ganz unabsetzbar auch zu Schleuderpreisen sind, dann wieder in der Mehrausfuhr nach anderen Gegenden hin bei uns figurieren, so muß das eine Überfüllung von Getreide bei uns veranlassen.

Ich will noch eine andere Rechnung anstellen, mit der ich auf dasselbe Resultat komme. Ich fordere jeden auf, mir aus der Erfahrung, namentlich aus der der Landwirte oder aus der Statistik der mahlsteuerpflichtigen Städte zu widerlegen, daß die Konsumtion von Weizen und Roggen — wohlverstanden, ich spreche von keinen anderen Gattungen, als von denen, die hauptsächlich zur menschlichen Nahrung dienen — $3^1/_2$ Ctr. pro Kopf übersteigt. Bis zum Gegenbeweis bleibe ich bei

meiner Behauptung. Da finde ich, daß die 40 Millionen Deutſche, wenn ſie recht hungrig ſind, 140 Millionen Ztr. Weizen und Roggen im Jahre eſſen können; aber rechnen wir die Neugeborenen noch hinzu, ſo kommen wir auf einen Verbrauch von etwa 146 bis 150 Millionen Ctr. Roggen und Weizen.

Nun, wieviel bauen wir von dieſen beiden Brotfrüchten? — Daß das, was wir bauen, vollſtändig im Lande bleibt, geht daraus hervor, daß in beiden Fruchtgattungen die Ausfuhr von der Einfuhr erheblich überſtiegen wird.

Alſo wir bauen auf einer verhältnismäßig geringen Ackerfläche für die 54 Millionen Hektaren, die das Deutſche Reich enthält, mit Winterkorn, Weizen und Roggen, nur etwa 8 200 009 Hektaren. Davon befinden ſich in Preußen — und ich muß das ſondieren, weil mir nur über Preußen die weiteren ſtatiſtiſchen Data genau zugänglich geworden ſind — 1 Million Hektaren Weizen und $4^1/_2$ Millionen Hektaren Roggen; alſo im Ganzen $^9/_{11}$ Roggenbau und $^2/_{11}$ Weizenbau in Preußen. In Süddeutſchland iſt das Verhältnis anders. Die Fläche, die mit Roggen und Weizen bebaut wird, iſt mir bekannt; es ſind 1 200 000 Hektaren, die mit Weizen beſtellt werden, und 1 500 000, die mit Roggen beſtellt werden, zuſammen etwa 2 700 000 Hektaren, alſo ziemlich genau die Hälfte von den $5^1/_2$ Millionen, die in Preußen damit beſtellt werden. Dieſe Weizen- und Roggenbeſtellung in Preußen liefert nun nach den Tabellen des ſtatiſtiſchen Büreaus einen jährlichen Ernteertrag im Durchſchnitt des ganzen Staates in Roggen und Weizen ziemlich genau von derſelben Millionenzahl wie das deutſche Volk bei $3^1/_2$ Ctr. Konſum pro Kopf verzehren kann, d. h. von 146 000 000, worunter 34 000 000 und einige Weizen und etwas über 111 000 000 Ctr. an Roggen. Wenn ich nun, da ich vorhin fand, daß das, was in Süddeutſchland an Roggen und Weizen beſtellt wird, ungefähr die Hälfte von dem preußiſchen, oder das außerpreußiſche reichlich die Hälfte von dem preußiſchen betrug, ſo kann ich bei den beſſeren Bodenſorten, den beſſeren Ernten und zum Teil der beſſeren Wirtſchaft doch annehmen, daß ſie mindeſtens ebenſo viel bringen verhältnismäßig, daß ſie alſo die Hälfte von den 146, ſagen wir der Rundung wegen — es kommt auf eine handvoll Noten nicht an — 150 000, ich will es bei der Halbierung abrechnen, daß ſie 70 Millionen Ctr. Roggen und Weizen aufbringen. So haben wir alſo das Geſamtprodukt der eigenen Ernte mit 220 000 000 Scheffel derjenigen

Korngattungen, welche zur menſchlichen Nahrung verwendet werden. Wir müſſen dazu zurechnen die Übereinfuhr, die Sie auf 30000000 angegeben haben in dieſen beiden Getreidegattungen ganz allein ohne die andern, das macht 250000000. Es iſt noch ein kleines Item von zwei Früchten, die vorzugsweiſe zur menſchlichen Nahrung dienen, das iſt Buchweizen und Hülſenfrüchte, die beide zuſammen noch 15000000 Ctr. ergeben. Ich komme alſo dabei auf 265 Millionen Ctr., die zur menſchlichen Nahrung dienen und die in Deutſchland zur Konſumtion gelangen. Nun muß ich abrechnen die Saat von 8 Millionen Hektaren, die wahrſcheinlich der Statiſtiker nicht abgerechnet hat. Das wird ungefähr mit 25 Millionen Ctr. gedeckt ſein und es bleiben mir immer noch 42 Millionen Ctr. Dahinter ſteht eine Produktion von 500 Millionen Ctr. Kartoffeln, die ja zum großen Teile zur Brennerei, zur Fütterung, aber doch auch einen ſehr beträchtlichen Teil menſchlicher Nahrung liefert.

Ich will nun zugeben, daß auch von dieſem Roggen noch ein Teil zur Brennerei u. dgl. verbraucht wird, aber lange nicht in dem Maße, wie man glaubt. Die Kornbrennerei iſt immer mehr eingeſchränkt worden bei uns. Ich habe ganz ſichere ſtatiſtiſche Daten darüber nicht finden können. Eins, was mir nicht ganz glaubwürdig war, beſchränkte es auf 5 Millionen Centner, ich halte es für etwas zu niedrig, es kommt ſehr viel nicht darauf an. Jedenfalls wird in vielen Gegenden an nicht berechneten Getreidegattungen, Hafer, Gerſte mindeſtens ebenſoviel zur menſchlichen Nahrung verwendet, ſei es in Brot, ſei es auch nur in Geſtalt von Grützen und Suppen, die auf dem Lande ja ſehr viel genoſſen werden. Ich behalte aber immer meiner Rechnung nach 240—250 Millionen Centner, die die deutſche Bevölkerung eſſen ſoll, während ſie meines Erachtens nicht mehr als 140 Millionen Centner von dieſen Getreidegattungen eſſen kann. Ich überlaſſe dieſes Problem den Statiſtikern zur Löſung, nur müſſen ſie es ſich nicht ſo bequem machen, daß ſie ganz einfach ihren aus der Luft gegriffenen Konſumtionsſatz von 9 Centner pro Kopf anführen. Damit iſt man dann leicht fertig. Es wird dann beſtimmt noch Konſumtionen zu geben, die ich nicht habe anführen können und die ich im Augenblick übergehe, aber dafür iſt der Spielraum, den ich ihnen laſſe, auf ca. 100 Millionen Centner, deren Verwendung Sie mir nachweiſen ſollen, ehe Sie behaupten, daß wir Hunger leiden würden, wenn heute die fremde Einfuhr ganz geſtrichen würde. Wir würden ſie nicht brauchen,

wir würden keinen Hunger, keine Not leiden, wenn sie fehlte, aber unser Handel würde einigermaßen leiden, und es ist das ja nicht beantragt.

Es ist in diesem freihändlerischen Werk, was mir hier vorliegt, jener außerordentliche Zuwachs der Ausfuhr, der zu dem Zuwachs der Bevölkerung in keinem Verhältnis steht, damit erklärt, daß der Verbrauch von Korn für andere Verwendung, also beispielsweise für Bier, Branntwein, zugenommen hätte, daß weniger Getreide im Inlande gebaut sei wegen des Rüben- und und Kartoffelbaus. Nun, das ist alles so hingeredet, um auf jemand, der das in der Stadt liest, Eindruck zu machen, aber das Bier wird doch überwiegend und ziemlich ausschließlich von der Gerste gebraut, und die Gerste ist in dieser Rechnung von Weizen und Roggen nicht mit einbegriffen, und der Branntwein wird wesentlich von Kartoffeln gebrannt, und von Kartoffeln mit dem gewaltigen Zuschuß von 500 Millionen Centner habe ich gar nicht gesprochen. Was aber die Bezugnahme auf die Abnahme des Körnerbaus wegen des Rüben- und Kartoffelbaus betrifft, so zeigt das wieder die Unbekanntschaft mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen. Jeder, der Rübenzucker kennt, weiß, daß von dem Augenblick an, wo volle Rübenkultur eingeführt wird, auf demselben Gut mehr Getreide wächst, als vorher, weil stärkere Kornernten gemacht werden, Ernten, wie man sie vorher sich nicht hat träumen lassen, wegen der tieferen Kultur. Ebenso ist bekannt, daß Leute, die von der Brennerei keinen Gewinn haben und suchen, lediglich zur Kultivierung ihres Gutes, also um mehr Körner darauf zu bauen, eine Brennerei anlegen. Der Rüben- und Kartoffelbau verhindert den Getreidebau nicht, und ich bleibe bei der Behauptung, daß wir unter einer Überführung mit Korn, vielleicht schon durch unsere eigene Kornproduktion, aber nur deshalb leiden, weil der deutsche Markt zum großen Teil von dem ausländischen Import absolviert wird.

Ich kann bei der Erwägung dieser Frage die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesamten Gesetzgebung der letzten 20 Jahre, und aus anderen Gründen auch in der weiter zurückliegenden Zeit die landwirtschaftliche Produktion, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen ist und stiefmütterlich behandelt worden ist.

Daß das in den alten Zeiten der Fall war, aus denen unsere ersten Steuergesetzgebungen im Jahre 1824 und vorher stammen, das war ja erklärlich, weil damals die Landwirtschaft

faſt vorwiegend das exportierende Gewerbe war. Es war das etwas, was wir aus den Zuſtänden des landwirtſchaftlichen Staates ſo zu ſagen mit herübergenommen hatten, und ich bin dabei genötigt, durch die Rede des Herrn Abg. v. Treitſchke von geſtern, nochmals dem Irrtum zu widerſprechen, als hätten wir im Jahre 1818 eine ganz beſonders freigebige und freihändleriſche Geſetzgebung gehabt. Ich will Ihnen nicht den Tarif nochmals vorleſen, er iſt in vielen Poſitionen noch einmal ſo hoch wie der, den wir Ihnen vorſchlagen, jedenfalls viel höher als der, der bis 1864 noch galt, und der iſt wieder noch höher als der, den wir Ihnen jetzt vorſchlagen.

Das Getreide war an der Grenze mit Ausnahme der kurzen Zeit, die aber doch auch in der Zeit von 1818 — dieſe Anſpannung gegen Rußland von 1823 war ja ſehr verwandt mit den Traditionen von 1818 — aber das Getreide — vor einer Verteuerung fürchtete man ſich nicht, denn bekanntlich zahlte der Roggen bei der Einfuhr in die hauptſächlich konſumierenden Städte 50 Pfg., ich weiß nicht pro Centner oder gar pro Scheffel, und der Weizen zahlte 20 Sgr., alſo das Vierfache von dem, was wir Ihnen vorſchlagen, alſo auch bei dem Getreide war die damalige Geſetzgebung, um wohlfeilere Preiſe herzuſtellen, nicht ſo ſehr beſorgt, aber die Art, wie die Landwirtſchaft in unſere neue Steuergeſetzgebung eingeführt iſt, rührt ſchon aus den Zeitverhältniſſen her, die jetzt nicht mehr ſtattfinden und von deren Konſequenz man ſich losmachen ſollte, wenn man wirklich die Produktion des Getreides im Inlande billiger machen will. Es iſt die Grundſteuer aber nicht das einzige Gravamen, es iſt die Doppelbeſteuerung, daß das Einkommen aus dem Grundbeſitz einmal mit 3 pCt. beſteuert wird und vorher ſchon mit der Grundſteuer mit durchſchnittlich dem Doppelten von der Einkommenſteuer von 6—7 pCt. ohne Rückſicht auf die Schuld. Es liegt aber die Ungunſt der Verhältniſſe für die Landwirtſchaft auch auf einem anderen Gebiete, in der Stempel- und Sportelgeſetzgebung. Nehmen Sie an, wenn Sie ein Gut verkaufen, wie hoch iſt der Stempel im Vergleich zu anderen Geſchäften! Wenn Sie ein Gut verpachten — ſo iſt es wenigſtens in Preußen, und das iſt die größte fiskaliſche Ungerechtigkeit, von der ich je gehört habe — wenn Sie ein Gut auf 30 Jahre verpachten, ſo müſſen Sie die ganze Pachtſumme, die bis zum dreißigſten Jahre fällig iſt, an dem Tage, wo Sie die Pacht abſchließen, verſtempeln ohne jede Diskontierung, als ob die

ganze Summe Ihnen heute ſchon zuginge — unter vielen anderen Sporteln und unter dem ganzen Hypothekenweſen, aber auch unter der Ungunſt der ſonſtigen Geſetzgebung. Ich will nur von den Eiſenbahntarifen ſprechen, die uns die Einfuhr der landwirtſchaftlichen Produkte wohlfeiler beſorgen als die Ausfuhr, aber auf der andern Seite die Armenpflege in Verbindung mit den jetzigen Beſtimmungen des Freizügigkeitsgeſetzes — das hat zur Folge, daß die ſchwerſten Teile der Armenpflege weſentlich auf die landwirtſchaftlichen Gemeinden abgelaſtet werden. Auf dem Lande wachſen die Arbeiter auf, werden in ihrer Kindheit erzogen, mit erheblichen Koſten in der Schule unterrichtet, ihre Mütter, wenn ſie Witwen ſind, unterhalten, und von dem Augenblick an, wo ſie zum Militärdienſt ausgehoben werden, gehen ſie in die großen Städte, da gefällt es ihnen beſſer und die Landgemeinde hört meiſt erſt dann wieder von ihnen, wenn bei irgend einem Unglücksfall oder bei einer böſen Krankheit eine Charitérechnung von 100 oder 200 Thalern mit dem Manne wieder ankommt, dann kommt er wieder, er muß auf dem Lande verpflegt werden nach Maßgabe des Unterſtützungswohnſitzes, und ſobald er geſund iſt, geht er, und ſucht in derſelben Stadt ſein Brot immer mit der ſichern Aſſekuranz, daß die Angehörigkeitsgemeinde ihn im Alter pflegen muß. Nun haben die Landwirte im ganzen den Vorzug, eine geduldige und ſtaatlich treue, konſervativ erhaltend geſinnte Bevölkerung zu ſein — ich will nicht ſagen, daß ſie nicht auch weſentlich liberal ſein könnten, ich mache in dieſer Beziehung zwiſchen den Liberalen und Konſervativen nicht den Unterſchied, daß die Liberalen notwendig zerſtörend wirken müßten, ſondern ich will den Ausdruck „konſervativ“, weil er eine Fraktionsbezeichnung iſt, zurücknehmen und ſagen, ſie haben eine erhaltende Tendenz und geben dem Staate Sicherheit; ſie geben dem Staate die Sicherheit der Steuerkraft, ſie ſind in Gefahren, die eintreten, die zuverläſſige Quelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß, mag es in Kriegslieferungen ſein, mag es in Pferdeſtällen ſein. Der Grundbeſitz liegt immer vor Gottes Sonne offen da, und die Hand des Fiskus greift in Gefahren zu, wo ſie findet, was ſie braucht, da ſind ſie auch die Exponierten. Sie trägt das alles geduldig, die landwirtſchaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zuſammenhang der Dinge und der Übel, unter denen ſie leidet, nicht vollſtändig zum Bewußtſein gekommen iſt. Was ich dazu thun kann,

es zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen.

Wir wollen alle mit gleichen Schultern tragen und die Gerechtigkeit in Verteilung der Lasten soll sein für alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirtschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben.

Über die Münzreform auf eine Interpellation des Abgeordneten Delbrück.*)

Rede gehalten am 19. Juni 1879.

Wenn ich mich an den Text der Interpellation halte, so kann ich zunächst zweifelhaft darüber sein, wer der darin bezeichnete Adressat sei, an den sie gerichtet ist. Die Interpellation sagt: „Beabsichtigt die Regierung, die Münzgesetze zu ändern?“ Der Ausdruck „die Regierung“ in bezug auf Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er im außeramtlichen Gespräch gebraucht wird, so kann man darunter je nach den verschiedenen Funktionen des Reiches, um die es sich handelt, verschiedene Organe des Reiches verstehen. Wenn es sich um eine Initiative in der Gesetzgebung handelt, so kann aber darunter keinesfalls der Reichskanzler verstanden werden, da die Initiative in der Gesetzgebung bekanntlich einer jeden Regierung zusteht und innerhalb dieser Regierung die Anregung einer solchen Initiative wiederum jedem Mitgliede.

Wenn ich über die Absichten der Reichsregierung, worunter ich hier also verstehen würde: die verbündeten Regierungen, Auskunft geben sollte, so müßte ich sie alle darüber befragen, da sie mir Mitteilungen nicht gemacht haben. Es könnte mir dann leicht erwidert werden, daß ich doch abwarten möchte, bis solche etwa vorhandene Absichten sich verkörperten in Gestalt von

---

*) „Beabsichtigt die Regierung, eine Abänderung der bestehenden Münzgesetze herbeizuführen?“

Worten, wenigstens von Bemerkungen oder von Anträgen, daß sie es aber ablehnten, sich über ihre Gedanken katechisieren zu lassen.

Ich könnte dieselbe Antwort ja meinerseits auch hier geben, ich will indessen nur sagen, daß ich es nicht nützlich für das Reich halte, einen so schwierigen und für unsern Kredit, Geschäfts- und wirtschaftliches Leben so wichtigen Gegenstand, ohne geschäftlichen Anlaß beiläufig, gewissermaßen akademisch öffentlich zu besprechen und die Regierung en demeure zu setzen, daß sie sich amtlich ausspreche.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht gewesen, eine solche Interpellation zu stellen. Man habe davon Abstand genommen in der Meinung, daß man durch Herbeiführung einer öffentlichen Diskussion über diese Frage der Reichs-Finanzverwaltung Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich konnte diese Äußerungen des Herrn Vorredners nur mit dem Gedanken begleiten, daß diese Erwägung eine sehr weise war. Warum sie nun seitdem verlassen worden ist, — was hat sich denn geändert? Daß in einem ausländischen Parlament die Sache besprochen ist in einer Weise, bei der niemand behauptet hat, amtliche Nachrichten zu haben; macht das nun die Stellung dieser Interpellation, die Stellung dieser Frage für die Regierung weniger unbequem, weniger schwieriger? Der Herr Vorredner selbst teilte, wie er sagt, die Besorgnis nicht, die der Stellung der Interpellation zu Grunde lag, die ihr den Ursprung gegeben hat. Muß aber nicht die ganze Welt glauben, wenn sein Name unterzeichnet steht, wenn ein so bedeutender Staatsmann, der der Regierung so nahe steht und zu ihrer Beobachtung so leichte Mittel hat, dem es so leicht gewesen wäre, privatim bei mir Erkundigungen einzuziehen, wenn er die Zweifel an den Absichten der Regierung bis zu dem Maße teilt, daß er eine öffentliche amtliche Befragung der Regierung für notwendig hält, muß die Welt nicht glauben, daß doch sehr viel mehr daran sein müßte, als er selbst hier zugegeben hat, als es wahrscheinlich der Fall sein könnte? Ich halte die Interpellation im Sinn und Zweck der Herren Interpellanten für nicht wohl überlegt.

Was in den Zeitungen steht, das vergeht bald. Zeitungen haben ein Bedürfnis einmal mir gegenüber, dann als Material für ihre sittliche Entrüstung, — dazu brauchen sie Stoff, und die Herren, die eben ein so sonores Gelächter erschallen ließen,

werden mir das bestätigen; sie brauchen auch sonst Stoff in dieser ereignislosen Zeit, wo kaum irgendwo in der Welt ein mäßiger Krieg im Gange ist, in Europa Gott sei Dank gar keiner — werfen sie sich begierig auf jeden Stoff, das liest man und vergißt es wieder. Wenn aber 58 Herren von der Bedeutung wie diejenigen, die dieser Interpellation durch ihre Namensunterschrift Nachdruck gegeben haben, durch Stellung derselben bekennen, daß auch sie zweifelhaft sind an den Absichten der Regierung, dann muß doch im Publikum die Meinung Platz greifen: diese Herren sind eingeweiht, das sind Sachkundige, die wissen mehr wie wir, da muß doch Grund sein, an den Intentionen der Regierungen zu zweifeln, sonst würden so bedeutende Finanz- und Staatsmänner, die ja jeden Tag zu vertraulichen Erörterungen Zugang zu jedem Minister gehabt haben würden, um ihrerseits alle Besorgnisse zu zerstreuen, die würden nicht eine öffentliche Interpellation gestellt haben, die würden die Zweifel, die sie bekämpfen wollen, nicht sanktionieren, ja zum Teil durch ihre Unterschriften, durch ihre Interpellation erst schaffen.

Mir stellen Sie nun die Aufgabe, die Zweifel zu beseitigen, die Sie selbst schaffen, und zugleich mit der Verschärfung, daß diese Zweifel nachteilig auf unsere wirtschaftlichen Interessen wirken, was ich ja gar nicht bestreite. Aber wenn Sie davon überzeugt sind, dann hätten Sie diesen Zweifeln nicht in Form einer so zahlreich unterzeichneten Interpellation Ausdruck geben sollen. Sie erwarten nun von mir, Sie schieben mir die Aufgabe zu, diese von Ihnen angeregten Zweifel aus dem Wege zu schaffen. Wenn ich auch sage, ich habe die Absicht nicht, kann ein anderer sie nicht haben? Wenn ich sage, ich bin nicht überzeugt von der Nützlichkeit einer Änderung in unserer Münzverfassung, könnte ich nicht beim näheren Studium der Frage, beim Anhören von Sachverständigen, bei Prüfung der Auffassung derjenigen Regierungen, die anderer Meinung darüber sind als die unsrige, könnte ich nicht zu der andern Überzeugung gelangen? Ist meine einfache Verneinung, daß ich jetzt keiner Absicht mir bewußt bin, auch keine kenne, ist sie eine hinreichende Entkräftung eines so stark accentuierten Zweifels in einem so wichtigen und ansehnlichen Zeugnisse, wie das der 58 Unterzeichner hier repräsentiert?

Sie schaffen da einen Zweifel, den ich durch meine einfache Verneinung mich außer stande fühle, vollständig wieder

aus der Welt zu ſchaffen; es wird immer aliquid härieren von dieſem Zweifel, und wenn Sie nachher die Schuld davon der mangelhaften Beantwortung der Miniſter zuſchieben, dann, meine Herren, ſetzen Sie die Miniſter doch einigermaßen in die Lage, wie ein ſehr hübſches Chamiſſo'ſches Gedicht von dem Lemberger Juden ſagt, der dem Steinwurfe eines Studenten auswich; der zertrümmerte eine Scheibe und der Jude wurde angehalten, die Scheibe zu bezahlen, denn hätte er ſich nicht gebückt, ſo wäre die Scheibe nicht zertrümmert worden. Ebenſo geht es auch dem Miniſter; es wird durch die Stellung der Interpellation eine nachteilige Wirkung erzielt; wenn der Herr Miniſter nicht geſchickt, entſchloſſen oder nicht Willens iſt, dieſe Wirkung wieder zu zerſtören durch ſeine Äußerung, ſo trifft ihn die Schuld. Ich bin ja an dieſe Argumentationen ſonſt vielfach gewöhnt, und von welcher Seite her ſie nachher kommen werden, weiß ich nicht, aber kommen werden ſie gewiß.

Ich kann dieſer Interpellation gegenüber ja nur über die Thatſachen Auskunft geben. Über die geſchäftliche Lage, wie ſie zu meiner Kenntnis kommt, kann ich verſichern, daß von keiner Seite, weder im Bundesrat, noch im preußiſchen Miniſterium, ein Antrag auf eine Veränderung unſerer Münzgeſetzgebung geſtellt worden iſt, daß die Frage, ob einer zu ſtellen wäre, von keiner Seite auch nur zur Sprache gekommen und von keiner Seite mit einem Worte berührt worden iſt. Die einzige thatſächliche Anknüpfung, der Kryſtalliſationspunkt, an dem ſich dieſe ganze Legende, einſchließlich der Interpellation, gebildet hat, beſteht in meinem an das Bank-Präſidium gerichteten Erſuchen, mit den Silberverkäufen einſtweilen aufzuhören, indem ich für die Fortſetzung, ja für die Vergrößerung der Verluſte, welche wie gegenwärtig bei dem fortwährenden Sinken des Silberpreiſes bis auf 47, während 61 der normale Wert ſein würde, erlitten, — weil ich dafür die Verantwortlichkeit für meine Perſon nicht mehr tragen wollte.

Ich hatte dabei im Sinne, die Verantwortlichkeit für die Siſtierung perſönlich zu tragen bis zur nächſten Seſſion, weil ich Sie in dieſer mit einer ſo neuen und ſchwierigen Frage nicht beläſtigen wollte, und dann in der nächſten Seſſion die Thatſachen offen Ihnen vor Augen zu legen, um zu gewärtigen, ob die Legislative beabſichtigt, dem Leiter der Exekutive andere Aufträge zu geben als bisher, oder ob ſie die Fortdauer der Siſtirung ſanktioniert. Daß ich in der jetzigen Sitzung dergleichen

nicht zur Sprache gebracht, glaubte ich, würden Sie mir Dank wissen, weil wir meiner Meinung nach genug andere Geschäfte und auch genug dringliche Geschäfte haben. Nachdem mir aber die Sache gegen meinen Wunsch gebracht wird, so bin ich genötigt, das, was ich ein Jahr später hier vorlegen wollte, ein Jahr früher vorzulegen, und wenn die Herren eine Diskussion jetzt daran knüpfen wollen, so haben wir ja den ganzen Sommer vor uns, und ich bin auch nicht abgeneigt, auf jede weitere Erörterung der Frage einzugehen, — meine dienstliche Stellung nötigt mich dazu.

Was sich nun an diese Inhibierung des Silberverkaufs geknüpft hat, das ist zunächst ein großes Mißvergnügen derjenigen Bankhäuser und anderer Geschäftstreibenden, die Gewinn von diesen Silberverkäufen hatten.

Daß dieses Mißvergnügen in Verbindung mit den andern vielen mißvergnüglichen Eindrücken, die ich das Unglück habe, in der Presse zu erregen, nun auch sich dahin verkörpert, daß man mir allerhand abenteuerliche Pläne von Reaktion auf diesem oder jenem Gebiete andichtet, daran bin ich ja gewöhnt; aber ich dachte, die Herren wären auch daran gewöhnt und stießen sich an solche Insinuationen und Verdächtigungen meiner Absichten nicht weiter und ließen sie ruhig passieren. Wenn das nicht ist, so schenken Sie den Verdächtigungen der Presse, die mich betreffen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit, zu der ich durch rotes und blaues Anstreichen veranlaßt werde. Von diesen Herren Finanziers, wie sie in dem Schreiben des englischen Herrn Botschafters genannt werden, oder Finanzmännern, und zwar, meiner Erinnerung nach, nicht Finanzmänner in Deutschland allgemein, sondern in dieser Hauptstadt der Meinung wären, — also es hat in dieser Hauptstadt Finanzmänner gegeben, die sich dem englischen Herrn Botschafter gegenüber das Ansehen gegeben haben, als ob sie über die Absichten der Reichsregierung mehr wüßten, wie andere Leute — mein verehrter Freund und diplomatischer Mitarbeiter Lord Odo Russell hat diese zu seinen Ohren gekommenen Gerüchte pflichtmäßig nach England gemeldet, wie ja auch uns die Vertreter der Regierung im Auslande sehr häufig Gerüchte, die in der City von London oder in Paris über die Absichten der englischen oder französischen Regierung zirkulieren, als solche melden: dabei ist ja gar nichts außerordentliches. Etwas verwunderlicher ist mir die Thatsache, daß ein nicht stärker verbürgtes Gerücht Gegenstand einer amtlich

akkreditierten öffentlichen Mitteilung wird; ich habe meinerseits in solchen Fällen, wenn ich Andeutungen von Stadtgerüchten über die Absichten einer fremden und namentlich einer uns so nahe befreundeten Regierung, wie der englischen, erhielt, doch dieser Mitteilung nicht eher einen amtlichen und öffentlichen Charakter verliehen, als bis sie mir auf anderem, sicherem Wege bestätigt wurde. Indessen ist es ja nicht meine Aufgabe, Gründe zu ermitteln, welche die englische Regierung dabei hat, von diesem vermutlich in einem „Privatbriefe“ von Lord Russel gemeldeten Gerücht einen so stark accentuierten Gebrauch zu machen; daß aber die Thatsache, daß die englische Regierung darin ein abweichendes Verfahren von dem unsrigen im einzelnen Falle beobachtet, nun die Natur und die Wirkung der Interpellation für die Reichsregierung wesentlich geändert haben sollte, das kann ich denn doch nicht zugeben, und mir wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn die Interpellation überhaupt nicht gestellt worden wäre oder wenn man mich doch vorher, was ja doch bei vielen meiner verehrtesten Bekannten, die jeden Tag Zutritt zu mir haben können, leicht gewesen wäre, wenn man mich vorher gefragt hätte: was werden Sie denn ungefähr antworten, werden Sie ein kategorisches „Nein“ geben: nie und unter keinen Umständen! — Ja, auch das hat seine Unbequemlichkeiten. Wir wünschen, daß die Silberpreise stiegen. Wenn ich das „Nein“ aussprach, so wird man sagen: gut, wir wollen nur warten, kommen müssen sie uns doch mit dem wohlfeilen Silber, da sie die Absicht haben, es später jedenfalls zu verkaufen; passen wir nur auf, daß wir den Preis nicht hoch gehen lassen, und machen wir ein großes Geschrei bei jedem Unter-der-Hand-Verkauf, der von der deutschen Bank oder der deutschen Regierung etwa kommen kann, dann werden wir den Silberpreis rasch wieder herunterwerfen, sowie sie nur eine Kiste von dem eingeschmolzenen Silber, was sie noch hat, verkaufen will.

Das also ist die Unbequemlichkeit, die mir die Herren verursachen, und ich wäre sehr dankbar, wenn sie diese Interpellation unterlassen hätten. In dem gesamten Bundesrat und in dem preußischen Ministerium sind die Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung, die durch die Interpellation ihren Ausdruck finden, niemandem beigekommen. Im übrigen erlaube ich mir aber doch, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß ja irgend eine Veränderung des Gesetzes gar nicht ohne Zustimmung des Reichstags erfolgen kann, jede gesetzgeberische Vor-

lage bedarf ja Ihrer Bestätigung, unsere heutigen Münzzustände beruhen auf Gesetz, und wenn wir ein neues Gesetz einbringen wollten, so würde es Ihnen auch an Zeit nicht fehlen zur Abwehr und an den Mitteln, alle Vorbereitungen zu treffen, denn die Öffentlichkeit würde doch rasch in Kenntnis gesetzt werden, wenn die erste Anregung vom Bundesrat in dieser Richtung erfolgte, oder auch nur, was der vertrauteste Weg wäre, durch ein Zirkular an die verschiedenen Regierungen ihre Meinung sondiert würde. Ich kann indeß versichern, daß ich bisher die Meinung nicht einer einzigen deutschen Regierung über die Sache sondiert habe, nicht einmal die der preußischen, und daß ich, weil ich auf die Zweifel, die laut wurden, auf die Zeitungsgerüchte meinerseits gar kein Gewicht lege, daß ich nicht einmal meinen preußischen Kollegen und Finanz-Minister um seine Ansicht in dieser Sache zu fragen Gelegenheit gehabt habe. (Hört!)

Ich möchte also . . . Die Herren schreien „hört", dadurch wollen sie wiederum insinuieren, — ich bin ja in Beziehung auf Insinuationen mir gegenüber heutzutage sehr hellhörig — mir gegenüber insinuieren, ich verführe also, ohne den preußischen Finanzminister zu fragen. Ich muß meine Gedanken daher richtig stellen. Ich habe damit sagen wollen, das erste, wenn ich solche Gedanken hätte, wäre doch wohl, daß ich mit dem preußischen Finanzminister spräche, da ich ohne die 17 preußischen Stimmen im Bundesrat wenig machen kann und in dieser Beziehung ja wesentlich von dem preußischen Finanzminister abhängen würde. Also da bitte ich, dieses insinuante „Hört! hört!" richtig zu stellen dadurch, daß gerade der preußische Finanzminister die wichtigste Person ist, sehr viel wichtiger, als irgend eine andere.

Ich bitte Sie also, meine Herren, das Nichtvorhandensein der Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung dadurch anzuerkennen, daß Sie über diese Interpellation, — ich sage nicht zur Tagesordnung übergehen, aber eine weitere Diskussion der Frage daran nicht knüpfen. Wünschen Sie es aber, so bin ich bereit, Rede zu stehen, jedenfalls aber bitte ich, damit Sie beurteilen können, ob ich mit Recht dieser Meinung nach die Silberverkäufe sistiert habe, zunächst um das Wort für den Herrn Bankpräsidenten, um die Thatsachen vorzutragen, welche mich bestimmt haben, diese Anordnung zu treffen.

(Nach dem Abgeordneten Bamberger.)

Ich nehme allerdings das Wort, aber keineswegs zu dem Zweck, den Herrn Vorredner auszulachen, dazu ist mir die Sache doch zu ernsthaft, sondern um meine Betrübnis darüber auszusprechen, daß er durch seine jetzige Rede eben den Eindruck, als ob gewichtige Finanzmänner und Kenner unserer Regierungsverhältnisse in der That Zweifel an der Stetigkeit unserer Gesetzgebung hätten, wesentlich gesteigert hat. Er hat zwar mehrmals die Interpellation unter gewissen Bedingungen als lächerlich bezeichnet, eine Andeutung, die ich mir niemals erlauben würde, aber er selbst hat sie gemacht. Aber ich frage: ist nicht die ganze letzte halbe Stunde seiner Rede ein Plaidoyer gewesen, wie es nur dann platzgreifen könnte, wenn hier von dieser Stelle bereits der Antrag zur Rückkehr auf die Doppelwährung vorläge? Er hat in der ganzen Hälfte seiner Rede die Doppelwährung oder die Veränderungen bekämpft mit der ihm eigentümlichen Beredsamkeit und mit dem vielen Material, was er hierzu gesammelt zu haben scheint, so daß jeder, der diese Rede liest, den Eindruck haben muß: mein Gott, der Herr muß doch sehr überzeugt sein von der Tendenz der Regierung, daß er so dringlich sie abmahnt und hier eine Rede zu gunsten der Goldwährung mit Zitierung aller Staaten hält, die der Goldwährung anhängen, mit Darlegung einer Anzahl von bedeutenden Autoritäten für die Goldwährung, als ob von hier aus eine Vorlage dagegen schon gemacht wäre, als ob ich den Interpellanten schon geantwortet hätte, ja, es ist allerdings die Absicht. Dann wäre die Rede des Hrn. Abg. Bamberger allerdings ganz am Platze gewesen, aber da das nicht vorliegt, so bestärkt sie nur den falschen Eindruck, den meiner Befürchtung nach die Interpellation überhaupt machen wird.

Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede, der viel weniger wohllautend und sehr viel schärfer war als das Ende — er hat ja überhaupt die Gewohnheit, durch weichen, wohlwollenden Ton am Schluß einer sehr langen Rede den mitunter sehr verletzenden Anfang wieder in Vergessenheit zu bringen, und ich würde es kaum behalten haben, wenn ich es mir nicht aufgeschrieben hätte — sich mit einer Äußerung von mir beschäftigt. Ich habe gesagt: die Herren hätten meines Erachtens wohlgethan, wenn sie mich vor Einbringung der Interpellation gefragt hätten über die Art, wie ich sie beantworten würde, —

nicht darüber, ob sie mir genehm ist, denn das war wieder eine Andeutung eines diktatorischen Regiments und dergleichen — ich habe mich vorsichtig ausgedrückt und habe gesagt: ich hätte gewünscht, daß sie sich vorher bei mir erkundigt hätten, wie ich sie beantworten würde. Da sagt der Herr Vorredner: das ist den Thatsachen widersprechend, denn vor 3 Monaten habe ich dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts etwas gesagt und habe von dem das und das gehört; — ganz andere Dinge, die gar nicht zur Sache gehören und die mit der Interpellation, die vor drei Monaten niemand voraussehen konnte, nichts zu thun haben. Schon scheinbar näher kommt er der Widerlegung meines Vorwurfs, wenn er sagt, vor einigen Tagen, in der vorigen Woche, sei der Herr Präsident des Reichskanzleramts beauftragt worden, mir mitzuteilen, daß man beabsichtige, diese Interpellation zu stellen. Das geschah, und darauf habe ich damals unter vier Augen zu dem hier gegenwärtigen Herrn Präsidenten zuerst gesagt: ich kann mir das doch kaum denken, namentlich, daß die Herren dergleichen thun sollten, — ich kann es kaum glauben. Darauf habe ich wiederholt die Bestätigung erhalten: ja, es ist die Absicht. Gut, — sage ich, — ich habe noch nie einen Handschuh liegen lassen, den mir einer hingeworfen hat; ich habe dem Sinne nach, wie der Herr Vorredner ausführt, gesagt, die Interpellation wäre mir unangenehm, aber ich würde sie beantworten. Ich habe mich aber dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gegenüber unter vier Augen sehr viel stärker ausgedrückt; natürlich war der zu höflich, diese meine Worte den Herren so wiederzugeben, und sie sind auch nicht von der Art, daß sie sich von diesem Platze wiederholen ließen. Aber, habe ich gesagt, wenn die Herren die Interpellation stellen wollen, nun, dann — wie wir in Reihe und Glied sagten — dann „raus davor!“ — Eine Interpellation ist an und für sich, da wo die Privaterkundigung ausreicht, eine Demonstration, die mir einen feindseligen Eindruck macht. Ich habe bei Lesung der Unterschriften viele gefunden, auf deren Beistand und Freundschaft ich einen sehr hohen Wert lege; aber in der Hauptsache und auch namentlich in den anderen Fraktionen, auf die der Hr. Vorredner sich vorher bezog, außer der seinigen, sind es doch hauptsächlich diejenigen Herren, die wir bei den Abstimmungen über die Tariffragen stets in der Opposition zu sehen pflegen, ich will sie Ihnen nicht namentlich zitieren. Ich habe also den Eindruck gehabt, daß vielleicht die Diskussion, die sich hierüber entspinnt,

eine kleine Diversion zur Erholung vom Tarifkampf sein könnte, und in diesem Sinne habe ich den Herren anzudeuten gesucht, glauben Sie nicht, daß Sie mich ermüden können, — ich stehe im Dienst und da werde ich nicht müde, und ich bin bereit — wir haben den Sommer ja vor uns — hier weiter auch über diese Sachen zu diskutieren, wenn das Ihnen recht ist; — das habe ich damit andeuten wollen, daß auch diese Berechnung, die etwa der der Sache zu Grunde liegen könnte — ich will nicht sagen, zu Grunde liegt — mich immer auf dem Posten finden und mich nicht davon verdrängen wird. Aber was ich erwartet hätte: — ist denn der Weg zu mir weiter, als zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts? Ich habe namentlich mit dem Herrn an der Spitze der Interpellation jahrelang in den intimsten amtlichen Verhältnissen gestanden, wo wir alles mit einander besprochen haben; ich schmeichle mir noch heutzutage, in persönlich freundschaftlichem Verhältnis mit ihm zu stehen, es wäre also doch eine große Leichtigkeit gewesen, mich über die Sache zu befragen. Ich würde in vier Wänden mich vollständig unumwunden ausgesprochen haben, und unumwundener, als ich glaube, es vor der Öffentlichkeit thun zu sollen. Den Vorwurf habe ich gemacht, daß Sie dies unterlassen haben, und daß Sie das unterlassen haben, hat der Hr. Abg. Bamberger in keiner Weise widerlegt, obschon er sich vorher das Ansehen gegeben hat, als hätte er diesen Vorwurf als einen unrechtmäßigen zurückgewiesen. Denn wenn er dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts angekündigt hat, Sie würden die Interpellation stellen, wenn ich nicht vorher freiwillig eine Erklärung gebe, was mir übrigens nicht gemeldet worden ist, so ist es doch himmelweit verschieden davon, daß Sie mich fragen, was ich Ihnen antworten würde. Der Herr Vorredner hat mein Beispiel von dem Lemberger Juden sehr viel schneller verwirklicht, als ich glaubte, daß es möglich wäre: ich bin schuld, daß die Interpellation gestellt ist, ich habe sie durch freiwillige Beantwortung und Beschwichtigung nicht verhindert; ja, es fehlt nur noch, daß er sagt: erst infolge der Antwort, die ich auf die Interpellation gegeben habe, sei sie gestellt worden. So ungefähr dreht sich die Sache herum. Ich kann nicht alle, und namentlich ganz unmotivierte — ich will nicht den Ausdruck frivol gebrauchen, den der Herr Vorredner gebraucht hat — aber ganz unmotivierte Befürchtungen beschwichtigen — wie ich über die nachdenken soll und Zeitungen lesen und mir den Kopf zerbrechen, wie ich die

beſchwichtigen ſoll, das fällt mir nicht im Traum ein, und Hr. Bamberger mag fürchten, was er will, ich werde ihn nicht beruhigen. Ich thue meinen Dienſt nach allen Richtungen hin und weiter nichts. Alſo deshalb zu ſagen: wir haben die Interpellation ſtellen müſſen, — ich glaube, er ſagte, ſie hätten alles gethan, um die Interpellation zu vermeiden, nun, doch nicht alles, Sie konnten ſie einfach nicht ſtellen, dann wäre ſie vermieden.

Zeitungsberichte, Zeitungen, — wer hat denn dieſe Artikel in den Zeitungen geſchrieben? Ich will das nicht unterſuchen, jede Zeitung nimmt ſie, wenn ſie geſchickt und von ſachkundiger Feder geſchrieben ſind. Der Herr Vorredner ſagt, er hätte die Silberverkäufe gar nicht berühren wollen, aber ſeine ganze Argumentation knüpft er an die Gerüchte, die infolge der Siſtierung der Silberverkäufe entſtanden ſind und die allerdings für jeden redlichen Deutſchen ein viel größeres Gewicht bekommen haben, ſeit ſie in engliſcher Sprache herüberſchallen, als wenn ſie in unſerer eigenen zum Ausdruck gelangen.

Der Herr Vorredner hat von meiner Andeutung, daß zunächſt durch die Siſtierung der Silberverkäufe diejenigen, welche gewohnt waren, den Verkauf zu beſorgen, empfindlich berührt waren, geſagt, er wolle das nicht als Inſinuation bezeichnen, Ich habe damit in der That eine Inſinuation nicht verbunden. ſondern ich habe nur erklären wollen, wie auf ganz natürlichem Wege ſolche Redereien entſtehen. Wenn der Herr Vorredner dagegen ſeinerſeits inſinuiert, daß der mutmaßliche Urheber dieſer Gerüchte der britiſche Generalkonſul, das Bankhaus Bleichröder ſei, wenn durch ſkandalöſe und ſchnöde Prozeſſe weltbekannt iſt, daß dieſes ſelbe Bankhaus mein Bankier und Geſchäftsführer in Privatangelegenheiten iſt, ſo iſt mir dabei doch etwas die Empfindung geworden, als höre ich die Reichsglocke klingeln — nicht die des Herr Präſidenten, ſondern eine andere — und ich möchte dem Herrn Vorredner doch empfehlen, mich auf dieſes Gebiet nicht herauszuforden; ich habe nicht geglaubt, das ſolche Anklänge hier in dieſer Verſammlung auch nur in der vorſichtigſten Andeutung möglich wären.

Mir iſt bekannt, daß der Bankier Bleichröder ein Gegner der Goldwährung iſt und immer geweſen iſt, das wird auch wahrſcheinlich dem Botſchafter derſelben Macht, für die Herr Bleichröder Konſul iſt, bekannt ſein, und alſo wird er darauf weiter kein Gewicht legen. Wenn Herr von Bleichröder nach

wie vor nach ſeinem finanziellen Urteil die Doppelwährung für richtig hält, ſo wird das für den Botſchafter nichts neues geweſen ſein. Es müſſen doch alſo noch andere Leute mit dieſer Inſinuation gekommen ſein, auf die er bezug nimmt, und ich kann das wiederholen, daß alle die Aktenſtücke, die der Vorredner nachher noch angeführt, von belgiſchen Zeitungen, belgiſchen Miniſtern, von engliſchen Korreſpondenten — er hat einmal, wenn ich recht verſtanden habe, engliſch vorgeleſen, aber das kann uns nicht den mindeſten Eindruck machen. Ich beſtreite abſolut, daß die Aufregung und die Befürchtung vor unüberlegten Schritten der Reichsregierung in dem Maße vorhanden geweſen iſt, daß ſie irgend einer Beruhigung bedurft hätte, und wenn die Interpellation keinen anderen Zweck gehabt hat, als dieſe Beruhigung für das Publikum herbeizuführen und die angeblich vorhandene Unruhe zu bekämpfen, dann ſage ich nur: ſie iſt ein verfehlter Schritt geweſen.

Rede über die Überweiſung der Zollüberſchüſſe an die Einzelſtaaten.

Gehalten am 9. Juli 1879.

Wenn man jahrelang nur an praktiſche Geſchäfte gewöhnt iſt, ſo wird es einem ſchwer, ſich vorher eine Vorſtellung zu machen von den Schwierigkeiten, mit denen jemand der deutſchen Preſſe und dem deutſchen Parlamente gegenüber zu kämpfen hat, wenn er eine einfache, praktiſche, wirtſchaftliche Maßregel vorſchlägt, deren Notwendigkeit teils in ihrem geſamten Umfange, teils in ihren weſentlichſten Abſchnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung abſolut anerkannt iſt. Ich habe mir in dem heutigen Stadium meines dauernden und ſeit 18 Jahren niemals unterbrochenen Strebens, die deutſche Einheit herzuſtellen und zu konſolidieren, die Aufgabe geſtellt, ſo viel an mir iſt, dazu mitzuarbeiten, daß die deutſchen Finanzen in einen Zuſtand gelangen, der ſowohl das Reich, als auch die Einzelſtaaten in die Lage bringt, den notwendigen Anforderungen unſerer Budgets zu genügen. Dieſe Lage war bisher nicht vorhanden; Sie haben die Vorlagen darüber aus allen bedeutenden Bundesſtaaten bekommen, Sie kennen den Finanzzuſtand unſeres Reiches, Sie

kennen den Zustand der gesamten deutschen Finanzen, der außer Zusammenhang, in Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten, ja gar nicht zu behandeln ist.

Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir — allerdings liegt mir alle Theorie in dem langjährigen praktischen Leben, das ich geführt habe, ziemlich fern — macht mir ungefähr den Eindruck, wie das bekannte Wort bonnet blanc oder blanc bonnet, oder ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuch, weiter finde ich einen Unterschied nicht; jeder weitere Unterschied, den Sie hineinlegen, ist eingebildet, widerspricht der Sachlage und widerspricht unserer Verfassung. Nach der Art, wie die Erregung bei uns durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation gesteigert worden ist, wenn in dem Publikum und in den Lesern, die nichts wie ein einzelnes Hetzblatt lesen, falsche Ansichten darüber entstanden sind — will ich mich bemühen, nicht diese Ansichten zu widerlegen, das ist ja gar nicht möglich, wer Recht behalten will, der wird nicht überzeugt werden — sondern nur meinen Ideengang, und wie ich zu demselben gekommen bin, Ihnen klar darzulegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt von der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo die Glieder sich beklagten und den Magen nicht mehr ernähren wollten, da er seinerseits nichts thäte: hier verweigert der Magen bisher seine Schuldigkeit, den Gliedern die Nahrung, die sie zu ihrem Bestehen notwendig haben, zufließen zu lassen. Das Reich hat alle Haupt-Finanzquellen in Beschlag und hat die Schlüssel davon, und haben sich bisher wenigstens die Organe des Reichs, von denen unsere Bewilligungen abhängig sind, nicht darüber einigen können, auf welchem Wege diese Quellen flüssig gemacht werden können. Ich arbeite an der Reform unserer Steuer in meiner Stellung, die viele Leute für eine einflußreiche halten, für eine einflußreichere gewiß, als sie ist, mit großer Mühe und gegen die Schwierigkeiten, die mir mein eigener Gesundheitszustand schafft, gegen die größeren Schwierigkeiten, die mir die Friktionen der mitwirkenden Kräfte geschaffen haben, um den finanziellen Übelständen, unter denen wir ganz zweifellos leiden, abzuhelfen. Aber seit der Zeit des Ministers von der Heydt und seit seinen Vorlagen werden Sie sich erinnern, daß jeder Versuch dazu mißlungen ist, und ohne meine Anregung ist ein solcher Versuch bisher überhaupt niemals in Scene gesetzt worden, und wenn meine Anregung jetzt nicht stattgefunden hätte,

ſo wären wir überhaupt nicht dazu gekommen, über dieſe brennende Lebensfrage ſchon zu verhandeln. Alſo ich habe hier nicht leichtfertig und plötzlich etwa aus irgend welchen Hintergedanken, die ich nicht eingeſtände, Vorſchläge gemacht, ſondern ich habe rein praktiſche, materiell hausbackene, lange erwogene Vorſchläge darüber gemacht, wie wir unſere Finanzeinrichtungen auf einen beſſeren Fuß bringen können. Ich habe mich dabei gegen jede Änderung, ſofern ſie nur den Charakter einer Mitwirkung zum gemeinen Ziele hat, offen und empfänglich gezeigt. Ich habe im Anfang auch geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen, als dies der Fall geweſen iſt, es würde früher eine Verſtändigung ſtattfinden. Zu dieſer iſt aber von liberaler Seite nicht in dem Maße, wie ich erwartete, die Hand geboten, und es fehlt uns heute in unſerer entſcheidenden Verhandlung an jeder Vorlage von liberaler Seite, wie die Herren ſich etwa denken, daß dieſe Finanzfrage gelöſt werden könnte. So viel ich weiß, liegt gar kein Vorſchlag, als die reine Negation vor, die reine Negation deſſen, was von anderen allenfalls gemacht werden könnte. Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitgliede der Fortſchrittspartei allerdings als Programm offen proklamieren hören, und in meiner Erfahrung hat die Fortſchrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer poſitiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgeſprochen hatte, der ſie widerſprechen konnte. Poſitive Pläne und Vorſchläge über das aber, was zu geſchehen hätte, ſind nie vorgekommen, und wenn neulich ein hervorragender Redner dieſer Partei ſagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir, und wenn ich nur erſt beſeitigt wäre, würde alles paradieſiſch vortrefflich gehen, ſo könnte ich das, wenn ich überhaupt perſönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlichen, ruhigen Zuſtänden zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortſchrittspartei und denen, die mit ihr ſympathiſieren in den anderen Fraktionen, und das zu behaupten, bin ich in viel höherem Maße berechtigt, als jene Inſinuation gegen meine Perſon es war.

Die Stellung zum Franckenſteinſchen Antrage wird hier als Probierſtein behandelt in bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Meine Herren, zur Stellung von dieſem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch zurück auf meine Vergangenheit. Ich werde den Franckenſteinſchen Antrag befürworten, — zuzuſtimmen habe ich ja in dieſer Verſammlung

nicht, — und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntage bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesamtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolls auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nötigen mich, zu Rat zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reichs. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu, und ich habe daraus die Überzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu bei so geschulten Parlamentariern, daß sie in die Minorität kommen gegen ihr Erwarten — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja dann schwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können, in der Weise, daß die Regierung anderer Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung notwendig verbunden ist — ein anderes Verhältnis kann keine Fraktion von den existierenden erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittieren mit den anderen.

Die Behauptung, daß die Finanzhoheit des Reichs durch den Franckensteinschen Antrag verloren ginge, muß ich für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halten. Die Finanzhoheit des Reichs ist in der Verfassung begründet, in verschiedenen Paragraphen; keiner dieser Paragraphen erleidet durch die Annahme des Franckensteinschen Antrages auch nur die mindeste Änderung. Auf die Erhaltung der Matrikular-Umlagen ist ja bisher von liberaler Seite ein sehr hoher Wert gelegt

worden, und es ist gesagt worden, wir müssen für dieselben einen Ersatz haben; wenn auch die Verfassung uns ein Einnahmebewilligungsrecht nicht giebt, so haben wir es bisher vermöge der Verfassung doch faktisch genossen, und wir wollen es nicht aufgeben, wenn wir nicht einen Ersatz dafür haben. Auf die Matrikular-Umlagen und ihre eventuelle Beibehaltung wird also von liberaler Seite ein außerordentlich hoher Wert gelegt. Ich war deshalb wohl darauf gefaßt, da ich mir die verschiedenen Mittel durchdacht hatte, in welchen man konstitutionelle Garantien finden könnte, so war ich auch auf dieses wie auf andere gekommen, und erwartete einen Antrag, wie den Franckensteinschen, wohl von der nationalliberalen Seite. Um die konstitutionelle Wirkung der Matrikular-Umlagen beizubehalten, was mir im Ganzen nicht erwünscht war, gab es kein einfacheres Mittel, als daß man sie in ihrem ganzen bisherigen Umfange bestehen ließ und dem Reich dafür in sein Ausgabebudget gesetzlich einen Posten schrieb, der zur Erleichterung der notleidenden Einzelstaaten bestimmt war und denen die Mittel gab, diese Mehrumlagen zu leisten. Dann bleibt eben das Heft der Finanzverwaltung in den Händen des Reichstages.

Ich bin ja seit lange gewohnt, daß man, wenn die Gründe aus der Gegenwart nicht reichen, mit der Verdächtigung meiner Absichten für die Zukunft mich bekämpft. Ich erinnere Sie daran, daß lange Jahre stets gesagt worden ist, ich strebte nach Krieg zu irgend welchen Zwecken. Es hat das erst ein Ende genommen, seitdem die Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage, seitdem die Stellung Deutschlands auf dem Kongreß zu Berlin, der gerade vor einem Jahre uns auch zu einer Sommersitzung, mich wenigstens nötigte, — seitdem die den unwiderleglichen Beweis geliefert haben, daß alle jene Insinuationen Lügen und Verleumdungen waren, die zum geringsten Teil in Deutschland ihren Ursprung hatten. Seitdem ist es Sitte geworden, seit ungefähr Jahr und Tag, Reaktion zu schreien und auf diese Weise den Teufel an die Wand zu malen. Durch das Verdächtigen der Reaktion, durch das Anschuldigen können Sie unter Umständen einen Minister, der schüchterner ist, als ich bin, veranlassen, daß er gerade, um sich der Feindschaft zu erwehren, in die ihn der Verdacht der Reaktion bringt, bewußt oder unbewußt, zu den Mitteln der Reaktion greift und Anlehnung da sucht, wo er für den Augenblick weniger Feindschaft findet. In der Lage bin ich nicht. Ich bin dem Ende meiner Laufbahn

zu nahe, um zu Gunſten irgend einer Zukunft noch meine Gegenwart zu verderben.

Seit einem Jahre, ſeit etwas länger als einem Jahre habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zuteil wurde, eine merkliche Abkühlung gefunden. Sie gab ſich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch Reſerve, durch eine kühle Hoheit, die andeutete, ich müßte Ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß ſie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leiſten könnte. Eine Fraktion kann ſehr wohl die Regierung unterſtützen und dafür einen Einfluß auf ſie gewinnen, aber wenn ſie die Regierung regieren will, dann zwingt ſie die Regierung, ihrerſeits dagegen zu reagieren. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen, ſo doch verlaſſen und iſoliert gefühlt, ich habe das noch mehr gefühlt bei der erſten ſozialdemokratiſchen Vorlage, und ich habe damals gehofft, daß die ſehr verſchiedenartigen Elemente, die in einer großen und dem Namen nach die Regierung unterſtützenden Fraktion vereinigt waren, ſich ſondern würden. Es iſt das nicht gelungen, und ſo lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen, immer vorſichtig in ihrer Anlehnung finden und nicht ſo vertrauensvoll, als dies früher der Fall geweſen iſt.

Ich habe, ſeit ich Miniſter bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin nacheinander von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es iſt das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerſt im Jahre 1862 das preußiſche Miniſter-Präſidium übernahm, da iſt in aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl ſagen — vaterlandsfeindlichen Höhe ſich der Haß mir gegenüber verkörperte und bis zu gewiſſem Maße auch gegen die höheren Einflüſſe, die mich auf dem Poſten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren laſſen und habe auch nie verſucht, mich dafür zu rächen, ich habe von Anfang meiner Karrière an nur den einen Leitſtern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutſchland zu einer Einigung bringen, und, ſoweit dies erreicht iſt, wie kann ich dieſe Einigung befeſtigen, fördern und ſo geſtalten, daß ſie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu dieſen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierungen, und halte es für Deutſchland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug im Vergleich mit anderen Ländern unitariſcher Verfaſſung, daß das dynaſtiſche Element auch

außerhalb Preußens noch eine Gewalt hat, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß, und die wir, wenn wir deren Band unitariſch zerreißen wollten, durch keine andere gleich ſtarke Bindekraft würde erſetzen können.

Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreiſe einflußreicher wie heute, einnahm, ſehr leicht geweſen, ja, ich habe ſogar mit Mühe mich deſſen zu erwehren gehabt, zu ſagen: jetzt iſt Preußen größer geworden, die Verfaſſung iſt dafür nicht berechnet, wir müſſen ſie neu vereinbaren, kurz, die kühnſte und einſchneidendſte Reaktionspolitik mit dem Erfolg, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wiſſen, daß ich das Gegenteil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerſt die Abneigung eines großen Teils meiner älteſten politiſchen Freunde zugezogen habe, und es hat mich ſchwere Kämpfe gekoſtet, das Gegenteil, die Indemnität, das Fortſetzen des konſtitutionellen Syſtems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konſtitutionellen Syſtem gethan? Meine Herren, ich will mich nicht beſſer machen, als ich bin, ich muß das ganz beſtimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konſtitutionellen Syſtems, im Gegenteil, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Abſolutismus in Preußen der Förderung des deutſchen Einigungswerkes nützlicher geweſen wäre, ſo würde ich ganz unbedingt zum Abſolutismus geraten haben. Aber ich habe mich nach ſorgfältigem Nachdenken — und ich habe ſchwere und mir teure, naheſtehende Einflüſſe zu bekämpfen gehabt — dafür entſchieden: nein, wir müſſen auf der Bahn des Verfaſſungsrechts weiter gehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Überzeugung von der Geſamtmöglichkeit unſerer Politik entſpricht.

Es entſtand dann für mich, thatſächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polniſchen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieſer Kampf beraubte mich der natürlichen Unterſtützung der konſervativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfaſſung des Deutſchen Reiches auszubauen und in Wirkſamkeit zu ſetzen, um ihr durch praktiſche Belebung eine Bürgſchaft der Dauer zu gewähren — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrſcheinlich andere geworden, wenn die konſervative Partei mich nicht damals im Stich gelaſſen hätte. Es kam dazu der ſchwere

Kampf, den ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage, die in unserer Geschichte seit 1000 Jahren jederzeit gelegen hat, zeitweise ist sie lebhafter geworden, zeitweise stiller. Ich habe in diesem Konflikt gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe, eigentümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt — ja, so liegt es doch wahrscheinlich nicht in meiner Berechtigung als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraktion gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reichs und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt und habe das in der Sozialistendebatte noch entwickelt, wir würden, vom rechten Flügel ab gezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt, marschieren und doch vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß, daß die mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und anerkanntesten Presse, in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen sind, die mich vollständig degoutieren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen — öffentlich, wie ein Mitglied einer befreundeten Fraktion

wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion gethan haben würde.

Alles das ſind Gründe, die mich gegenüber dieſen meinen früheren — ich hoffe, auch wieder zukünftigen — Kampfgenoſſen in dieſelbe Stimmung ſetzen, die ſie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgeſprochen haben, kühl bis ans Herz hinan. Ich kann — die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, ſondern ſie muß ihre eigenen Wege gehen, die ſie für richtig erkennt; in dieſen Wegen wird ſie berichtigt werden durch die Beſchlüſſe des Reichstags, ſie wird der Unterſtützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrſchaft einer Fraktion wird ſie ſich niemals unterwerfen können!

Unter dieſen Umſtänden bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausſcheiden meines Herrn Kollegen Delbrück im Reichskanzleramt ließ, mich nötigte, mich enger, näher als bisher mit den wirtſchaftlichen Fragen zu befaſſen — bin ich zu Überzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick, wo ſie bei mir feſtſtanden, die ganze Kraft des Einfluſſes, der mir amtlich vertraut iſt, geſetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorn anfangen muß — ja ſo lange ich Miniſter bleibe, werde ich in dieſen Beſtrebungen nicht nachlaſſen, mein Vorbild iſt darin Robert Bruce in ſeiner Geſchichte mit der Spinne, an deren ſtetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er ſich ermutigte, um ſeinerſeits das, was er für Recht und ſeinem Vaterlande für nützlich hielt, auch bei den übelſten Ausſichten nicht aufzugeben; für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Ausſichten nicht einmal übel und entmutigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrat an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete, und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen ſolcher Quisquilien, meiner Anſicht nach, wie ſie die eine Theorie von der anderen unterſcheiden, das Ziel ſollte unerreicht laſſen in dem Augenblick, wo ich die Hand danach ausſtrecken konnte.

Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete von Bennigſen darauf aufmerkſam gemacht, daß ich in einer früheren Rede die Matrikularumlagen als nachteilig bekämpft. Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge ſo zu machen, wie ich ſie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterſtützung, ohne Anhalt, ohne beſtimmte

annehmbare Vorſchläge bleibe, ſo muß ich den von anderer Seite kommenden Vorſchlag prüfen, was giebt er denn? Nun, er giebt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpft habe, die volle Abſtellung derſelben und der Übelſtände, die ich gerügt habe. Ich habe geſagt, bisher ſei das Reich ein läſtiger Koſtgänger bei den einzelnen Staaten, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Verſorger der einzelnen Staaten ſein müßte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüſſel durch die Verfaſſung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden iſt. Meine Herren, dieſer „freigebige Verſorger“ wird das Reich durch die Annahme des Franckenſteinſchen Antrages, der ſich von dem früher in der Kommiſſion vorgelegten Bennigſenſchen bezüglich der Verſorgung der Staaten nur dadurch unterſcheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Selbſtbeſtimmung in der Verwendung deſſen, was ihnen zugeſtanden wird, beläßt. Das Reich iſt nicht mehr ein läſtiger Koſtgänger, ſondern ein Koſtgänger, der ein gutes Koſtgeld bezahlt und darüber hinaus ſich freigebig erweiſt, es iſt ein Koſtgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich ſteht in voller Berechtigung ſeiner Finanzhoheit da, wenn es ſich der Pflicht unterzieht, durch Flüſſigmachung der Quellen, die unter ſeinem Verſchluß liegen, der Finanznot der einzelnen Staaten aufzuhelfen. Das Syſtem der bisherigen Matrikularbeiträge hatte das Ergebnis, daß das Reich die Einzelſtaaten durch Verſagung der Zuflüſſe, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte und dabei doch in jedem Jahre als mahnender Gläubiger die Matrikularumlagen verlangte; — durch die heute in Ausſicht genommene Reichshilfe aber ſchwindet die Finanznot der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Begründung meines ganzen Vorgehens in dieſer Frage gebildet hat; die Finanznot wird zum teil gehoben, und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Erleichterung der notleidenden Gemeinden ſofort ausgeführt werden können, die mir vorſchweben, ſo doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Teil davon ſchon bald, ſobald nur die Ertragsloſigkeit der Tabakſteuer überwunden ſein wird, die an dem Mangel der Nachſteuer liegt, dieſes Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Wie nun dadurch die Finanzhoheit des Reichs geſchädigt werden ſollte, dafür ſuche ich vergeblich nach irgend einem Ver-

faſſungsparagraphen. Der beruht meines Erachtens auf ganz unberechtigten Behauptungen. Können Sie den Verdacht haben, daß Preußen ſich gegen das Reich auflehnt, vielleicht in Verbindung mit noch einigen anderen mächtigen Partikularſtaaten? Ja, dann wollen wir überhaupt nur das letzte Geläut auf dem Dome anſagen für das Reich. Das iſt aber eine Vorausſetzung, die doch unmöglich Ihren Deduktionen zu Grunde liegen kann.

Das Reich wird vermöge eines Geſetzes, welches es ſich ſelbſt giebt, eine ſtändige Ausgabe in ſein Budget aufzunehmen haben, deren Betrag den einzelnen Staaten zur freien Verwendung zufließt. Es bedarf daher auch nicht der Art. 70 der Verfaſſung einer Änderung, welcher verlangt, daß zunächſt die Überſchüſſe zur Verwendung kommen ſollen, da die Überſchüſſe ſich erſt dann ergeben, wenn alle Ausgaben beſtritten ſind, und wenn das Reich ſich eine Ausgabe geſetzlich auferlegt, mag ſie für das germaniſche Muſeum, mag ſie für die Geſamtheit der Einzelſtaaten votiert werden, ſo muß immer dieſe Ausgabe erſt geleiſtet werden, ehe Überſchüſſe entſtehen können.

Ich möchte auch hier wiederum für die Herren die Ermahnung anknüpfen, doch bei ſo einfachen und die kühlſte Überlegung fordernden Fragen, wie Zölle, Wirtſchaftsangelegenheiten, Finanz- und Budgetſachen, den zornigen Kampf der Fraktionen nicht ſo weit zu treiben, daß die Intereſſen des Reichs darunter leiden, und daß, wenn die Regierungen ſich dadurch einſchüchtern ließen, auch in dieſem Jahre wiederum der erſte Schritt zu einer finanziellen Verbeſſerung nicht zu ſtande käme. Von ſeiten der Regierungen kann ich ganz beſtimmt verſichern, daß ſie ſich durch die meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den ſie betreten haben und über den ſie ſich am vergangenen Sonntag vorläufig verſtändigt haben, nicht werden irre machen laſſen, und ich für meinen Teil werde den Weg, den ich im Intereſſe des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt; — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das iſt mir gleichgiltig.

Rede bei der zweiten Beratung über die Zustände des Reichs.

Gehalten am 8. Mai 1880.

Ich erlaube mir zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß es mir aus Gesundheitsrücksichten nicht vergönnt gewesen ist, den Verhandlungen des Reichstages früher und andauernd beizuwohnen. Wenn ich heute von der mir vorgeschriebenen Zurückhaltung eine Ausnahme gemacht habe, so bewegt mich dazu nicht die ungewöhnliche Bedeutung der Vorlage, die uns beschäftigt, und über die wir das Referat soeben gehört haben.

Die revidierte Elbschiffahrtsakte ist seit 6 Jahren, seit 1874 in Vorbereitung, in Verhandlung, in Superrevision, sie ist ursprünglich, soviel ich weiß, entworfen von dem Herrn Abgeordneten, der soeben die Tribüne verläßt, in der Zeit, wie er Minister war, in ihrem ganzen ausnahmslosen Inhalt. Wir haben diese 6 Jahre hindurch über die Frage, ob sie ins Leben zu führen sei, beraten, wir können auch noch 6 Jahre darüber beraten, es kommt dadurch nichts aus der Lage in Deutschland und in unseren Beziehungen zu Österreich. Die alte Elbschiffahrtsakte von 1821, die nunmehr 60 Jahre in Wirksamkeit gewesen ist, mit den Modifikationen, die sie durch die Herstellung des Deutschen Reiches, durch Verminderung der Elbuferstaaten von 10 auf etwa 2, nämlich Österreich und Deutschland, erlitten hat, durch die Reichsgesetzgebung, welche die entgegenstehende Landesgesetzgebung seitdem aufgehoben hat, ist ein modus vivendi geworden, mit dem wir bisher ohne Schwierigkeiten gelebt haben. Es ist eben für uns keine Lebensfrage. — Wenn ich sage, für uns, so muß ich erwähnen, daß ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers spreche; es handelt sich nicht um eine Gesetzesvorlage, die Ihnen auf Grund von Bundesratsbeschlüssen gemacht wird, sondern um das Recht des Kaisers, Verträge zu schließen, und um die Herbeiführung der Genehmigung des Reichstages, die zur Gültigkeit eines solchen Vertrages erforderlich ist, nachdem die Zustimmung des Bundesrats zu demselben durch frühere Verhandlungen gesichert ist. Ich kann also hier ausnahmsweise sagen, die Reichsregierung würde ohne Bewilligung dieser Elbschiffahrtsakte ihre Funktion ungestört fortsetzen können und be-

findet ſich durchaus nicht in einer Notwendigkeit, ſich bei Gelegenheit der Annahme derſelben Bedingungen auferlegen zu laſſen, die das Verfaſſungsrecht ihr nicht ohnehin ſchon auferlegt. Auch der Vorbehalt, von welchem die Mehrheit Ihrer Kommiſſion die Annahme abhängig gemacht, hat für mich nicht die Bedeutung, auf ſeine Annahme oder Ablehnung erhebliches Gewicht zu legen. Entweder haben die Herren Recht, die behaupten, der Antrag beanſpruche nur gültiges Recht, dann iſt er überflüſſig, oder er hat die Tendenz, neues Recht zu machen, dann, meine Herren, überſchreitet dieſe Abſicht die Machtvollkommenheit, die dem Reichstag durch die Reichsverfaſſung beigelegt iſt. Der Reichstag kann allein für ſich nicht neues Recht machen, am allerwenigſten ſollte er es meines Erachtens verſuchen im Wege von Bedingungen, die er der Reichsregierung ſtellt in dem Augenblick, wo ſie von ihm die Genehmigung eines an und für ſich, wie der Herr Vorredner anerkannt hat, unbedenklichen Vertrages verlangt. Das iſt eine Art Preſſion, die auf die Regierung geübt werden ſoll, damit ſie in die Anerkennung einer Auslegung des Verfaſſungsrechts willige, eine Preſſion, welche erhebliche Zweifel an der Sicherheit, mit welcher die Auslegung von anderer Seite für richtig gehalten wird, aufkommen läßt, eine Preſſion, der ſich die Reichsregierung in keinem Falle fügt. Ich bitte alſo, wenn dieſer Vorbehalt angenommen wird, nicht zu glauben, daß damit in unſerer Verfaſſung etwas geändert würde, die Reichsgeſetze ſind vollkommen klar und laſſen keinen Zweifel übrig.

Der Herr Vorredner hat einen längeren Teil ſeiner Rede darauf verwendet, um das angebliche Vorhandenſein von Landesgeſetzen zu beweiſen. Wenn es Landesgeſetze überhaupt gäbe, welche den Reichsgeſetzen entgegenſtehen, ſo tritt die bekannte Wirkung der Reichsgeſetze ein, daß ſie den Landesgeſetzen derogieren, am allermeiſten aber (die Wirkung) der Reichsverfaſſung, die ſich in ihrem Artikel 33 ganz unzweideutig darüber ausſpricht, daß das Zollgebiet des Reiches mit ſeinen äußeren Grenzen zuſammenfallen ſoll, und damit den Einwohnern des Deutſchen Reiches eines der weſentlichſten Grundrechte giebt, die ſie überhaupt gegeben hat, das Recht des freien Verkehrs untereinander. Das angebliche Landesgeſetz, ſoweit die praktiſchen Nachwirkungen ſeiner Beſtimmungen überhaupt noch in Gültigkeit ſind, beſteht nur vermöge der Duldung von ſeiten des Bundesrats, welcher mit Bezug auf dieſen Zollausſchluß von

der ihm zweifellos beiliegenden Berechtigung bisher noch keinen Gebrauch gemacht hat, aber wie ich hoffe, Gebrauch machen wird.

Was das Vertragsrecht anbelangt, so will ich in die Frage inwieweit es durch die Reichsverfassung, durch die dazwischenliegenden Verhandlungen mit Österreich, durch die Zustimmung Österreichs, die hier vorliegt, alteriert sei, nicht eingehen, sondern abwarten, ob die österreichische Regierung reklamiert und uns Anlaß zu ähnlichen Reklamationen in bezug auf die Elbschiffahrt jenseits der böhmischen Grenze geben wird. Jedenfalls glaube ich, daß es im Reichsinteresse liegt, hier nicht österreichisch-ungarischer zu sein, als die Regierung, und das Reichsverfassungsrecht, namentlich da, wo es die nationale Einheit anstrebt, nicht zu beugen durch Argumentationen, die ich für künstliche halte. Es tritt hier auch der nicht immer vorliegende Fall ein, daß es sich um ein Verfassungsrecht handelt, dessen Übung bisher vollständig außer Zweifel war. Der Besitzstand des Bundesrats in der Ausübung seines Rechts kann nicht angefochten werden, einmal wird er von neuem bestätigt durch das Zollgesetz von 1869, indem im Anschluß an die Verfassung wiederholt gesagt wird, daß die Zollinie mit der Landesgrenze zusammenfallen soll und da, wo letztere an das Meer stößt, das Meer die Zollinie bilden soll, während die Landeshoheit bekanntlich etwas in das Meer hineinreicht. Dieses Reichsgesetz, das Reichszollgesetz in seiner Wirksamkeit zu entkräften zu gunsten einer künstlichen Konstruktion, künstlich wegen ihrer sorgfältigen und berechneten Vermischung des Duanenzolles mit dem alten Elbzoll, das, glaube ich, wird den Gegnern unserer Auffassung nicht glücken.

Der Herr Vorredner hat vom Zoll ab und zu mit doppelter Tragweite gesprochen, wo er nach seiner genauen Sachkunde ausschließlich den alten abgeschafften Elbzoll gemeint haben kann, und die Bestimmungen, die dessen Aufhebung betreffen, in discrimine anzuwenden gesucht; ob er dabei in seinem for interieur alle die logischen Schlüsse gemacht hat, die er dadurch in seinen Zuhörern hervorrufen wollte, stelle ich ihm anheim. Aber wenn wir diese beiden Zölle trennen, so fallen diese beiden Zölle, der Elbzoll und der Grenzzoll auf der Elbe oberhalb Hamburgs, gerade so wenig zusammen, wie der Sundzoll und der Stader Schiffahrtszoll mit dem Zollvereins-Zoll. Der Elbzoll hat mit dem, was wir hier beraten, absolut nichts zu thun, wie auch die schon von dem Herrn Vorredner angeführten Artikel de-

Wiener Schlußakte, die vielleicht jedem, der sie nicht nachliest, Sand in die Augen streuen können, hierauf gar keinen Bezug haben; sie erwähnen nur in einem einzigen Artikel die Frage der Duanen; sie sind französisch gefaßt und dort zu gunsten der Duanen, daß die nicht geniert werden sollen.

Aber auch die Ausübung des Besitzstandes! — Herr Vorredner hat vergebens versucht, einen rechtlichen Unterschied zwischen der Oberelbe und der Unterelbe, vom Hamburger Standpunkt gerechnet, nachzuweisen. Das Recht für die ganze Elbe, soweit es vermöge der Elbschiffahrtsakte besteht, ist ein einheitliches, gleiches und identisches; kein Fuß breit des Elbspiegels kann sich den Wirkungen entziehen, welche die Elbschifffahrtsakte von 1821 heutzutage noch wirklich für sich haben kann.

Wenn es richtig wäre, was der Herr Vorredner angeführt hat, daß früher es die Unbequemlichkeit war, die die Schiffer wegen des Elbzolles hatten, die Anlaß gab, Duanenzölle an gewissen Orten zu erheben, so würde diese Bequemlichkeitsfrage noch immer kein Verfassungsrecht bei uns ändern und der Reichsverfassung nicht im Wege stehen, ebensowenig wie die Frage, ob das Anhalten unterhalb Hamburg für den Seehandel bequem oder unbequem ist, unser Verfassungsrecht ändert; das steht damit in keiner Beziehung, das sind Zweckmäßigkeitsfragen, die der Bundesrat zu erwägen haben wird und beachten wird.

Ich erwähne dabei, daß der Schiffahrtsverkehr in der Themse doppelt, vielleicht viermal so groß ist, als der auf der Unterelbe, und daß man doch genötigt ist — und der freie Engländer, in der Hingebung für die Interessen seines Vaterlandes, fügt sich dem bereitwillig — daß man doch genötigt ist, auf der unteren Themse viermal anzuhalten, um Zollbeamte aufzunehmen und sich der Kontrolle zu unterziehen. Also diese Bedenken kann ich mit dem nationalen Standpunkte, den zu alten Zeiten der Herr Vorredner mit mir gemeinsam vertreten hat, als er mir beistand, die jetzige Verfassung ins Leben zu rufen, nicht vereinigen. Aber dafür, daß bisher das Recht des Bundesrats, die Elbe mit einer Zollinie zu durchschneiden, niemals bezweifelt worden ist, kann ich das Zeugnis aller höheren Beamten aller deutschen Staaten anführen, die mit der Sache zu thun gehabt haben, namentlich auch das Zeugnis desjenigen höheren Beamten, der augenblicklich als Abgeordneter die Tribüne verließ. Er ist damals über die Berechtigung des Bundesrats in keiner Weise zweifelhaft gewesen, und bei seiner Gewissen-

haſtigkeit würde er es nicht übernommen haben, dem Reichstage dieſe Thatſache zu verſchweigen — wie er es vorher darſtellte, als wenn gewiſſermaßen heimlich, ſchüchtern, daß der Reichstag es noch nicht erführe, dieſe Sache gemacht worden wäre und nur deshalb der Reichstag nicht angerufen wäre.

Kann heute die Unterelbe nicht von der Duanenlinie gekreuzt werden, ſo konnte es auch damals die Oberelbe nicht, ſo iſt trotz der ganzen künſtlichen Argumentation, die wir gehört haben, die Einbeziehung der Elbſtrecke von Wittenberge bis Hamburg bisher nichtig und ungeſetzlich und die Zölle können zurückgefordert werden. Das war damals die Meinung des Herrn Vorredners nicht; er hat der Bundesratsſitzung präſidiert, in welcher die Einverleibung jener Elbſtrecke in das Zollgebiet beſchloſſen wurde, alſo die Verlegung der Zollreviſion von Wittenberge, wo ſie nach ſeiner Theorie auch ſchon unberechtigt geweſen wäre und doch ein halbes Jahrhundert beſtanden hat — ſeit 1821 —; er hat die Verlegung von Wittenberge nach Bergedorf reſp. Hamburg ſelbſt ſanktioniert an der Spitze des Bundesratsbeſchluſſes. Ja, noch mehr, er hat den Antrag, welchen Preußen auf dieſe Verlegung damals geſtellt hat, unter ſeiner Leitung konzipieren laſſen. Der Antrag liegt mir vor im Konzept. Er iſt, wenn ich nicht irre, von der Hand des damaligen Rates Herrn Jungmann geſchrieben, vielfach durchkorrigiert von der Hand des damaligen Miniſters Delbrück. Das Konzept fängt an:

Die Beſtimmung im Artikel 6 des Vertrages vom 8. Juli v. J., nach welchem die Hanſeſtadt Hamburg mit einem dem Zwecke entſprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes — und nun iſt im urſprünglichen Kontexte fortgefahren: Freihafen außerhalb der Zollgrenze bleiben ſoll.

Darauf iſt von der Hand des Miniſters Delbrück hineinkorrigiert: vorläufig außerhalb der gemeinſchaftlichen Zollgrenze, alſo die Anerkennung des Proviſoriums, und ich lade jetzt den Herrn Abgeordneten ein, ſeine eigene Handſchrift zu rekognoszieren, nach der er dieſes „vorläufig“ für notwendig gehalten hat, um dem proviſoriſchen Charakter des Zollausſchluſſes Ausdruck zu geben, in ſeiner damaligen Eigenſchaft als Miniſter. Seitdem iſt nichts geſchehen, was das Recht in ſeinem Sinne hätte ändern können; nur in meinem Sinne hat es ſich geändert. Ich hoffe alſo, er wird ſeine damalige Rechtsauffaſſung nicht diffitieren wollen, denn dieſes „vorläufig“ iſt nachher auch in

die amtliche Eingabe übergegangen, die Miniſter Delbrück hat abfaſſen laſſen, es iſt auch in den Ausſchußbericht übergegangen vom 16. Juli 1868 nach Art. 6 des Vertrages. Es beginnt dieſer Bericht vom 8. Juli 1868:

Es ſoll die freie Hanſeſtadt Hamburg mit einem dem Zwecke entſprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets vorläufig außerhalb der gemeinſchaftlichen Zollgrenze bleiben.

Dieſer Ausſchußbericht iſt unterſchrieben von den Herren Pommereſche, v. Thümmel, Philipsborn und Liebe. Dieſe Herren haben ſich daher zur Anerkennung des proviſoriſchen Charakters dieſes Zollausſchluſſes verſtanden. Dieſer Ausſchußbericht hat den Beſchlüſſen des Bundesrats unterlegen und iſt verbotenus zum Beſchluß erhoben worden mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Wortlaut, alſo einſchließlich des Wortes „vorläufig“, und der Beſchluß lautete damals:

Es wurde beſchloſſen: a) die Hereinziehung der in der Vorlage Nr. 58 näher bezeichneten Hamburgiſchen Gebietsteile und der dort liegenden preußiſchen Enklave in den Zollverein zu verfügen.

Daß aber die Grenze, welche der Freihafen zu dieſem Zwecke haben muß, der Beſtimmung des Bundesrats unterliegt, das hat nie einem Zweifel unterlegen, und es iſt auch damals, wie der jetzige Grenzbezirk geſchaffen wurde, zweifellos gehandhabt worden, ja, es iſt damals von dem Hamburger Senat 1868 in einer amtlichen Publikation anerkannt worden, der, nachdem eine Beſchwerde der Bürgerſchaft über die Trennung Bergedorfs und einiger anderen Diſtrikte — ſogar Geeſtehacht — vom Freihafenbezirk erhoben worden, dieſer Beſchwerde gegenüber ganz unzweideutig erklärte: wir können uns auf die Beſchwerde der Bürgerſchaft nicht einlaſſen, da nicht der Senat, ſondern der Bundesrat beſchließt, wo die Grenze des Freihafens gehen ſoll.

Dieſe damalige Auffaſſung des Hamburger Senats iſt, ſoviel ich weiß, in mehreren Blättern gedruckt, ich brauche ſie wohl nicht zu verleſen, ſie liegt mir vor, aber ſie wird den Herren bekannt ſein, ich wünſche, daß davon doch auch Akt genommen wird, weil es mir überhaupt darauf ankommt, die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtſeins und der Rechtsvertretung nachzuweiſen, die in allen Behörden erkennbar iſt, ſeit die Begeiſterung für die Einheit, für die deutſche Einheit und für die Herſtellung des neuen Reichs etwas matter geworden

iſt. Ja, matter geworden, meine Herren, ich ſtehe auf der Stelle, wo jedermann das am deutlichſten fühlt; der Geiſt des Partikularismus iſt gewachſen, die Kämpfe der Parteien, und das wirkt auf die Haltbarkeit des Verfaſſungsbodens als Tummelplatz für dergleichen Kämpfe. Entweder man hält den Boden für unzerſtörbar, oder man macht ſich nicht viel daraus, ihn zu zerſtören, und ich bin vollſtändig berechtigt, von meinem Standpunkte her ein vollwichtiges Zeugnis abzulegen, ich bin kompetenter Zeuge dafür.

Deshalb alſo, wenn Sie mich fragen, warum ich den Beſchlüſſen, die heute gefaßt werden können, eine praktiſche Tragweite nicht beilege und dennoch mich an der Debatte unter perſönlichen Schwierigkeiten beteilige, ſo kann ich nur darauf erwidern, daß es mir ein Bedürfnis geweſen iſt, doch noch einmal in meinem Leben von dieſer Stelle aus die Perſpektive auf den Reichstag zu haben und zu ihm zu reden und auch noch einmal, wie ich es eben ſchon gethan habe, von hier aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Beſtrebungen und Zeugnis abzulegen gegen die partikulariſtiſchen und Parteibeſtrebungen, die der Entwicklung des Reichs im Wege ſtehen, und wenn ich nicht in der Lage ſein werde, dieſes Zeugnis von dieſer Stelle her zu wiederholen, ſo glaube ich, wenn Gott mir das Leben giebt, doch vielleicht in der Lage zu ſein, von denſelben Sitzen, wo Sie ſitzen, hernach auch dem großen Gedanken der Nationalität, der uns vor 10 Jahren noch beinahe alle begeiſterte, auch dann als Reichstagsmitglied Ausdruck geben zu können, auch gegen eine partikulariſtiſche Handhabung der Reichsverfaſſung, die etwa dann von hier aus vertreten werden könnte. Es iſt alſo weſentlich meine Sorge für die weitere Entwicklung unſerer Reichsverfaſſung und mein Bedürfnis, ſie, ſoweit es an mir — ein einzelner Mann kann da nicht viel thun — liegt, ſie vor Stillſtand, ja vor Rückläufigkeit zu bewahren, die mich herführt, und ich muß ſagen, wenn ich ſehe, daß mein thätigſter und bedeutendſter Mitarbeiter, den ich bei der Herſtellung der Reichsverfaſſung gehabt habe, heut zu Tage Arm in Arm mit dem Zentrum und mit den Parteien, die damals gegen die Reichsverfaſſung waren, mir gegenüber tritt, ſo habe ich das Gefühl, daß die rückläufige Bewegung, die Minderung der Begeiſterung für die nationale Entwicklung, die damals uns alle, alle beherrſchte, einen ganz außerordentlich weiten Weg ſchon zurückgelegt hat, ich kann ihn nicht aufhalten, aber ich kann wenigſtens meine Stimme als

Warner von einer Stelle her, wo ich sicher bin, gehört zu werden, gegen diese Wege erheben. Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und partikularistischen Strebungen zu dienen, welche heut zu Tage auf demselben ausgefochten werden sollen. Es ist meines Wissens das erste mal, daß wir uns vor einer Verfassungsfrage zwischen Bundesrat und Reichstag befinden, wo der Reichstag im Begriffe ist, wenigstens hat die Majorität Ihrer Kommission sich dafür entschieden, dem Bundesrat ein Recht zu bestreiten, welches im Verfassungsrechte ganz zweifellos feststeht und für welches die preußische Regierung auf jede Gefahr hin einzutreten entschlossen ist. Es ist das erste mal, es ist auch das erste mal, daß im Bundesrat der Antrag, Verfassungsstreitigkeiten durch Majoritätsbeschluß zu entscheiden, soweit getrieben worden ist, daß nur die Machtvollkommenheit, die mir nach der Verfassung in bezug auf die Leitung der Geschäfte beiwohnt, mich in den Stand gesetzt hat, weitergehende Abstimmungen darüber zu verhindern.

Ich komme auf die Gefahr, die darin liegt, zwischen den Bundesregierungen Zwietracht zu säen, nachher zurück; ich will mich hier nur einstweilen zu der Konstellation wenden, die uns — ich meine, den Vertretern der Reichspolitik — in dieser Session entgegengetreten ist. Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen. Das Zentrum hat seit 6 Monaten in allen Fragen des preußischen Landtages und in allen Fragen des Reiches ausnahmslos mit wenig Diskussion und wenig Aufwand von Argumenten geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Das ist ein Gegner, der an und für sich so stark, so diszipliniert ist, daß er von seinen über 100 Mann ja an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Präsenzzahl, die augenblicklich in diesem Jahre üblich war, zu stellen im stande ist. Es ist das eine sehr gewichtige Thatsache, mit der gerechnet werden muß. Bei der Abstimmung über Samoa war genau die Hälfte der Majorität dieser Versammlung vom Zentrum gestellt, 64 von 128. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken, und was sie dabei erreichen. Mein Gravamen, worauf ich nachher zurückkomme, wendet sich mehr gegen die appendices des Zentrums, die diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenüber steht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen be-

laſtet iſt, dieſes tote Gewicht benutzen, um hinaufzuſpringen, und von dieſem Turme — damit ich bei dem Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung einſetzen, und geſtützt auf die Bundesgenoſſenſchaft des Zentrums die Regierung angreifen und gegen ſie ſtimmen. Früher war es ja üblich, daß allen dieſen Beſtrebungen des Zentrums — Zentrum, Polen, Fortſchritt war die Firma, gegen die wir zu kämpfen hatten, neuerdings iſt denen nun noch die Firma des Freihandels hinzugetreten, und wir können in Sachen wie Samoa und andern ſagen: wir haben gegen uns Zentrum, Fortſchritt, Freihandel — der Freihandel reicht ja bis in die konſervativen Parteien hinein, Gott ſei Dank, nur in ſehr geringem Maße — von allen dieſen iſt die Regierung ſtets ſicher, daß alle ihre Vorlagen abfällig beurteilt und bekämpft werden. Zunächſt alſo wende ich mich gegen dieſe Parteigruppierung und ihre Einwirkung auf die Entwicklung unſeres Verfaſſungslebens. Das Zentrum wird ja ſelbſt wiſſen, worum es ſich handelt, und ich kann es mir wohl denken; ich kann nur Rechenſchaft davon geben, welchen Eindruck das Verfahren der Zentrumspartei mir ſeit dem vorigen Herbſte gemacht hat oder vielmehr, wie es auf meine praktiſche Thätigkeit zurückgewirkt hat. Im vorigen Jahr verließ ich den Reichstag mit der aufrichtigen Überzeugung, daß die Herren vom Zentrum beabſichtigten, ſich der Regierung zu nähern und zu einem Kompromiß mit derſelben nicht bloß über Schutzzollfragen, ſondern auch über Fragen, die hier nicht vorliegen, mit denen Sie ja in 14 Tagen, hoffe ich, im preußiſchen Landtage ſich beſchäftigen werden, ſich zu verſtändigen. Durch dieſe Wahrnehmung fühlte ich mich ermutigt, mit Vertrauen an die Verhandlungen mit der römiſchen Kurie zu gehen, denn ich verſprach mir damals wirklich ein Ergebnis davon. Dieſes mein Vertrauen zu Ergebniſſen dieſer Verhandlungen iſt durch das inzwiſchen ausnahmslos im Landtage und Reichstage vom Zentrum beobachtete Verhalten erſchüttert worden. Für mich liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutſche, reſpektive preußiſche Regierung eine Interpretation für die Intentionen des römiſchen Stuhles, ein Barometer für das, was wir von Rom ſchließlich zu erwarten haben.

Meine Herren, viele unter Ihnen ſind Prieſter, andere, ich glaube die meiſten von Ihnen, ſind unter prieſterlichem Einfluß gewählt worden und werden unter demſelben wieder gewählt werden, alſo Ihr „oh“ iſt nicht ganz gerechtfertigt. Ich glaube,

Sie sind doch alle in der Lage, auf die Meinung des Papstes Rücksicht zu nehmen, und wenn diejenigen Intentionen vorhanden wären, auf die wir rechnen müssen, um Frieden zu machen, so hätten Sie die Rolle nicht spielen können, die Sie im Landtage und Reichstage seit dem vorigen Herbst gespielt haben, sondern Sie würden diejenige fortgesetzt haben, die zu meiner Freude und zur Belebung meiner Friedenshoffnungen im vorigen Sommer von Ihnen bekundet wurde. Indessen das ist Ihre Sache, Sie werden ja Ihre Politik treiben, wie Sie sie verstehen, und wir müssen schließlich unsere Rechnung machen, so wie die Dinge liegen.

Dann komme ich nun zu den anderen Fraktionen, die ich vorhin appendices des Zentrums nannte, die das Zentrum für geschaffen halten, um unter seiner Deckung gelegentlich gegen die Regierung Ausfälle zu machen. Es ist danach bei der großen Macht des Zentrums, bei der Gewißheit seiner Opposition und bei dem unregelmäßigen Besuch des Reichstags eine ziemlich kleine Anzahl von Gegnern der Regierung in einer bestimmten Sache hinreichend, um die Majorität gegen die Regierung zu sichern. Die Bereitwilligkeit, von dieser immer bereiten Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, gewissermaßen auf die Schultern des Zentrums zu springen, um von dort aus die Regierung zu bekämpfen, hat doch ihr sehr Bedenkliches, meine Herren. Alle diejenigen Parteien, die das Reich haben bilden und bisher vertreten helfen, haben die wirklich dabei zu gewinnen, in diesem Kampf die Bundesgenossenschaft eines mächtigen Elements zu suchen, was seinen Frieden mit uns, wie ich mit Bedauern wahrgenommen habe, noch nicht zu machen an der Zeit hält? Haben Sie sich nicht überlegt, was für Folgen und Rückwirkungen das auf die Reichsverfassung und auf ihre fernere Entwicklung, auf die Auffassungen der Regierung, auf die Hoffnungen haben muß, mit denen die Regierung in die Zukunft sehen muß?

Ich erwähnte schon vorhin, ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit der deutschen Neigung der Regierung Opposition zu machen, mit dieser Sicherheit sich dieser Neigung hinzugeben. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für jemand, der

etwas gegen die Reichsregierung hat aus besonderen Gründen, aus Überzeugung oder aus Fraktionsgründen. Ich wende meine Klage gegen keine Fraktion insbesondere, jede hat geglaubt, ab und zu am Zentrum eine feste Anlehnung nehmen zu können, und hat sich gewundert, aber nach kurzer Zeit gewundert, wenn die Wand, an die sie sich zu lehnen glaubte, eine Schwankung machte. Jeder greife da in seinen eigenen Busen, aber die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der ja zu meinem Bedauern ein prinzipieller Zwiespalt herrscht, als einen willkommenen Kryſtallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benützen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich im Sinne der Liberalen, noch mehr wie im Sinne der Konservativen. Ich werde Ihnen nachher sagen, warum — aber ich richte besonders an die liberale Partei die Frage: Ist es nützlich, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum äußersten zu verfolgen, den Punkt auf das i zu setzen im Streit zwischen Reichstag und Bundesrat? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Er ist stark genug ohne Sie, meine Herren! Die Haltung der Majorität der Kommission, wie sie vorliegt, appelliert an den Partikularismus und ganz zweifellos nicht ohne Erfolg.

Es giebt Regierungen, die aus partikulariſtischen Bedürfnissen sagen: Jedes Sonderrecht wollen wir bereitwillig schützen, denn wir haben auch Sonderrechte und deshalb wollen wir es hier mit dem Buchstaben der Bundesverfassung nicht so genau nehmen, wir sind also bereit, vorhandene Opposition im Reichstage zu stützen — mag sie ausgehen, von wem sie will — für sie mit einzutreten, das Hemd ist uns näher als der Rock, es geht uns der Partikularismus über die Reichsinteressen. Es finden sich auch andere Regierungen, die sich durch den Reichstag einschüchtern lassen — die Furcht vor parlamentarischen Unannehmlichkeiten ist ja bei den meisten Politikern und auch bei denjenigen, die ihr ganzes Leben darunter zugebracht haben, vielleicht viel größer, als sie bei mir ist.

Ich habe in meinem Leben Gelegenheit gehabt, meine Probe dahin zu machen, daß ich mich nicht überlaufen lasse, ich habe mich weder von parlamentarischen noch partikulariſtischen Bestrebungen überlaufen lassen, und ich hoffe, Gott wird mir auch für mein jetziges Alter, obschon ich körperlich geschwächt bin, die geistige Energie nicht verkümmern, daß ich jedem solchen Versuche des Überlaufens dauernd und fest entgegentrete.

Vor allem möchte ich warnen vor dem Versuch — also ich

ſpreche von den Einſchüchterungsverſuchen gegen einzelne Regierungen — vor allem möchte ich warnen vor der Tendenz bei dieſen Einſchüchterungen, zwiſchen den Regierungen Unfrieden zu ſäen. Meine Herren, der Friede der Regierungen, der feſte vertrauensvolle Friede der Regierungen unter einander, iſt der unentbehrliche Hort der Sicherheit unſerer Verfaſſung. Glauben Sie nicht, daß irgend ein Reichstagsrecht feſter ſteht als ein Regierungsrecht, als die Bundesrechte, als die Rechte des Präſidiums; alles beruht auf derſelben Baſis des Vertrags, den die Regierungen unter einander geſchloſſen haben, des Bundesvertrags, und jeder Zweifel bei einer Regierung, und namentlich bei einer mächtigen Regierung, ob ihr Bundesvertrag gehalten wird, hat ſeine ſehr bedenklichen Nachwirkungen. Der König von Preußen hat ſeine Zollrechte den Händen der Majoritätsbeſchlüſſe des Bundesrats anvertraut, den Händen der Reichsgeſetzgebung hat er ſie nicht anvertraut. Man kann ja auf ein anderes Syſtem kommen; ich habe es mir bisher zur Aufgabe gemacht, die Rechte der Regierungen ſorgfältig zu vertreten; dieſes mein Beſtreben beruht aber auf der Vorausſetzung der vollſten Gegenſeitigkeit in genauer Beobachtung der Verfaſſung. Wenn ich mich darin täuſche, ſo bin ich ja gar nicht abgeneigt, in der Notwendigkeit vor allen Dingen für die Erhaltung der Reichsinſtitution eine feſte Baſis zu ſuchen, auch den Weg zu gehen, den die Majorität Ihrer Kommiſſion vorſchlägt, nämlich alles auf die Zentraliſation der Geſetzgebung durch den Reichstag hinauszudrängen; nur kann ich das nicht in meiner Stellung als Reichskanzler, es würde mich aber freuen, falls mir Grund zu dieſer Art Kriegführung gegeben wird, als Mitglied der Verſammlung, die ich vor mir zu ſehen die Ehre habe, einen feſten Kampf auch für zentraliſtiſche Politik zu kämpfen, wenn ich finde, daß die Regierungen die verfaſſungstreue zuverläſſige Stütze für unſere Einheit nicht bilden, deren wir bedürfen. Deshalb ſage ich: Sie ſpielen ein für das Ganze bedenkliches Spiel, wenn Sie darauf ſpekulieren, Unfrieden zwiſchen die Regierungen zu ſäen, wenn Sie daran Freude haben, daß die Regierungen gegen einander ſtimmen. In Utilitätsfragen mögen die Regierungen gegeneinander ſtimmen, ſo viel ſie wollen — in einer Frage über Verfaſſungsrechte Preußen in die Minorität zu bringen, meine Herren, das iſt nicht unbedenklich. Ich ſage das in vollem Bewußtſein der ganzen Geſchichte, die ich ſeit dreißig Jahren durchlebt habe. Aber wenn ich ſage: nicht unbedenklich, ſo

nehmen Sie nicht an, daß ich mich vor Bedenklichem ſcheue und davor zurücktrete, jetzt ſo wenig wie früher.

Ich wollte noch darauf zurückkommen, warum ich dieſes Benutzen des Zentrums von ſeiten ſolcher Parteien, die nach ihren politiſchen Überzeugungen garnichts mit dem Zentrum gemeinſam haben, für bedenklich in ihrem eigenen Intereſſe halte. Ich habe nunmehr den Kampf für die deutſche Einheit ſeit 30 Jahren geführt, es ſind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerſt dafür eingetreten bin, es ſind 18 Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem franzöſiſchen Hiſtoriker, den ich vor einiger Zeit in einer ſchlafloſen Nacht las, wohl ſagen kann — er ſpricht von einem Staatsmann, dem man mehr Verdienſt zuſchrieb, als ich für mich in Anſpruch nehme —: „Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir.“ (Er mußte den Gewichten des unerſättlichen Haſſes unterliegen, die ſich über dem Haupt jedes Miniſters häufen, der zu lange im Amt bleibt.) Ich fürchte, daß ich nach 18 Jahren längſt in der Lage war, ich hatte alle Parteien wechſelnd zu bekämpfen, gegen jede hatte ich heftigen Strauß zu kämpfen, davon kommen „les haines inassouvies“, von denen der franzöſiſche Hiſtoriker ſpricht. Nun, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt, gefochten auch und habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das einzige, was mich in meiner Stellung hält, iſt der Wille des Kaiſers, den ich in ſeinem hohen Alter gegen ſeinen Willen nicht habe verlaſſen können; verſucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen ſagen, ich bin müde, totmüde, und namentlich wenn ich erwäge, gegen was für Hinderniſſe ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutſche Reich, für die deutſche Nation, für ihre Einigkeit eintreten will. Ich will das nicht charakteriſieren, ich würde den Gleichmut verlieren, aber ich möchte die Parteien darauf aufmerkſam machen. Ich muß, wenn ich dem Kaiſer vorſchlage, die Laſt, die ich nicht zu tragen vermag, in andere Hände zu geben, doch Vorſchläge machen; ich bin auch überzeugt, daß Seine Majeſtät nach dem langen Vertrauen, was mir geſchenkt worden iſt, auf dieſe Vorſchläge einige Rückſicht nehmen wird. Nun, wenn ich ſehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich iſt, daß die Zerriſſenheit aller übrigen Deutſchen die gleiche bleibt, ſo muß ich in meinem Intereſſe für den inneren Frieden, wenn ich zurücktrete, Sr. Majeſtät vorſchlagen, das Kabinett, das mir

nachfolgen wird, in einer Sphäre zu ſuchen, der es möglich ſein wird, die Wünſche des Zentrums und der konſervativen Parteien mit einander zu vereinen. Wenn ich die Hoffnung, daß, weil ich mich dem Syſtem, wie es das Zentrum vertritt, nicht unterwerfen kann, und auch glaube, daß mit den Anſprüchen, die die Herren vertreten, der Friede in Preußen dauernd nicht zu finden ſein wird, wenn ſie die Anſprüche nicht modifizieren — ich will es ihnen wünſchen, mir iſt es ziemlich einerlei, ob nach mir „Fortſchritt und Freihandel“ meinen Nachfolger auf dem Wege nach Kanoſſa drängen, ich kann es aushalten, ſo gut wie andere — der andere Weg iſt nur dann möglich, wenn alle diejenigen, die mit den Beſtrebungen der Zentrumspartei nicht einverſtanden ſind, ihrerſeits geringere Streitigkeiten, die die Erhaltung und Fortbildung des Reichs betreffen, ſo lange ruhen laſſen — kurz, wenn die ganzen liberalen Parteien ſich dazu entſchließen können, dem Zentrum die Heeresfolge abſolut und für immer zu verſagen. Können ſie das nicht, dann ſind meine Vorausſichten trübe, können ſie das, ſo will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen, aber ich kann (außer dem Amte) jeden Mißerfolg ſo ruhig mit anſehen, wie irgend einer von Ihnen ..... ſo ruhig (als Kanzler) zuſehen, daß das Deutſche Reich, was ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht. In meinem Alter wird man aber ruhiger und ſtiller; ich habe das Bedürfnis nach beſchaulicher Einſamkeit. Dann richten Sie ſich das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder ſich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reichs in frage zu ſtellen.

Die Eröffnung des Volkswirtſchaftsrats.

Rede gehalten am 27. Januar 1881.

Indem ich Ihnen, meine Herren, für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie dem Rufe Sr. Majeſtät zum Eintritt in den Volkswirtſchaftsrat gefolgt ſind, den verbindlichen Dank der Staatsregierung ausſpreche, empfinde ich das Bedürfnis, mit einigen Worten den Gedanken Ausdruck zu geben, welche

bei der Schaffung der neuen wichtigen Institution leitend gewesen sind.

Bei der Diskussion über den bedauerlichen Rückgang, in dem sich unser volkswirtschaftliches Leben einige Jahre hindurch bewegte, und bei den Verhandlungen über die Reformen, welche Se. Majestät der König in Gemeinschaft mit den übrigen Bundesfürsten erstrebte, haben sich wesentliche Meinungsverschiedenheiten darüber ergeben, welchen Ursachen dieser nicht minder auf landwirtschaftlichem, wie auf gewerblichem Gebiete hervorgetretene Rückgang zuzuschreiben sei. Eine ebenso verschiedene Auffassung haben die Erscheinungen gefunden, welche in neuester Zeit auf die allmähliche Rückkehr regelmäßigerer Verhältnisse auf dem wirtschaftlichen Gebiete hindeuten.

In dieser Wahrnehmung lag der letzte entscheidende Grund, dem schon lange gefühlten Bedürfnis entsprechend, Sr. Majestät eine Einrichtung vorzuschlagen, welche ich heute zu meiner Freude verwirklicht sehe — eine Einrichtung, welche die Garantie bietet, daß diejenigen unserer Mitbürger, auf welche die wirtschaftliche Gesetzgebung in erster Linie zu wirken bestimmt ist, über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zu erlassenden Gesetze gehört werden. Es fehlte bisher an einer Stelle, wo die einschlagenden Gesetzesvorlagen einer Kritik durch Sachverständige aus den zunächst beteiligten Kreisen unterzogen werden konnten, und die Staatsregierung war außer stande, für ihre Überzeugung von der Angemessenheit der Vorlagen das Maß von Sicherheit zu gewinnen, welches nötig ist, um der von ihr zu übernehmenden Verantwortlichkeit als Grundlage zu dienen.

Sie, meine Herren, werden uns die Sachkunde aus dem praktischen Leben entgegenbringen, Sie sind berufen, ein einheitliches Zentralorgan zu bilden, welches durch ausgleichendes Zusammenwirken die gemeinsamen und besonderen Interessen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft durch freie Meinungsäußerung wahrzunehmen hat.

Es ist nicht Zufall, sondern Folge Ihrer an den heimatlichen Herd gebundenen Thätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft und noch mehr die Vertreter von Handel und Gewerbe nicht in gleichem Maße, als die gelehrten Berufsstände, an der parlamentarischen Thätigkeit teil nehmen können, und daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, obschon sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Innerhalb der Regierungskreise, in welchen die Vorbereitung der Gesetzesvorlagen

erfolgt, muß der Natur der Sache nach der Stand der Beamten und Gelehrten überwiegen. Es erscheint daher als ein Bedürfnis, nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Parlamente selbst, daß auch diejenigen an geeigneter Stelle zu Worte kommen, welche die Wirkung der Gesetze am meisten zu empfinden haben.

Wie bei anderen Einrichtungen, so handelt es sich auch hier zunächst, den richtigen Weg im Vorgehen zu suchen; nicht in dem Sinne, daß die neugeschaffene Institution etwa wieder aufgegeben werden könnte, sondern um zu ermitteln, welche Änderungen und Zusätze sich im Laufe der Zeit auf dem Grunde praktischer Erfahrung als notwendig oder nützlich erweisen werden. Schon heute darf in einer erheblichen Beziehung die Bildung des Volkswirtschaftsrats als abgeschlossen nicht angesehen werden. Die Gemeinschaft des deutschen Wirtschaftsgebietes und der deutschen Wirtschafts-Interessen, wie die Bestimmungen der Reichsverfassung, wonach die wirtschaftliche Gesetzgebung der Hauptsache nach dem Reiche zusteht, führen von selbst dahin, die Errichtung auch eines Volkswirtschaftsrats für das Deutsche Reich ins Auge zu fassen. Es würde dies von vornherein geschehen sein, wenn nicht zur Erreichung dieses Zieles eine längere Vorbereitung nötig gewesen wäre, für welche die Zeit bis zur nächsten Reichstagssitzung nicht ausgereicht hätte. Damit wäre die Möglichkeit ausgeschlossen gewesen, die wichtigen Vorlagen, welche gerade in nächster Zeit die Gesetzgebung beschäftigen werden, dem sachverständigen Urteil der Beteiligten rechtzeitig zu unterbreiten. Der preußische Volkswirtschaftsrat wird sicherlich nicht zu einer partikularistischen Institution werden, die Einrichtung desselben erscheint vielmehr als der kürzeste Weg, um zur Herstellung einer entsprechenden Reichsinstitution zu gelangen. Daß dieses Ziel alsbald erreichbar sein werde, dafür habe ich begründete Hoffnung.

Über die Annahme des dauernden Steuererlasses im Abgeordnetenhause.

Rede gehalten am 16. und 17. Februar 1881.

Meine Herren! Die Vorlage, wie sie aus dem anderen Hause gekommen, ist ein Teil des mühsamen Weges, den wir und den namentlich ich seit länger als fünf Jahren zurücklegen nach dem Ziele der Steuerreform. Es hat zuerst große Schwierigkeiten gemacht, innerhalb des preußischen Staatsministeriums Übereinstimmung dahin zu erzielen, daß derartige Reformen überhaupt zu erstreben seien, daß nach dem Beispiele anderer großen Staaten und Finanzbudgets unsere indirekte Steuerverfassung einer aufmerksameren Pflege bedürfe und nicht alles mit Härte und Nachlässigkeit, weil es das einfachste ist, auf die direkten Steuerzahler geworfen werden könne, nicht bloß in den Staatssteuern, sondern auch in den Zuschlägen, die in den Gemeinden darauf angebracht worden. Nachdem im Staatsministerium die Einheit prinzipiell hergestellt war über das zu erstrebende Ziel, ist noch immer eine große Verschiedenheit der Meinungen über die Mittel geblieben und die Wege, auf denen man dem Ziele näher kommen dürfe. Nachdem auch diese Schwierigkeit gut oder schlecht überwunden war, hat sich die andere eines vitiösen Zirkels ergeben zwischen dem Reichstage und den preußischen parlamentarischen Körpern. Der Ursprung der Taktik, der wir uns gegenüber befanden, lag, wie ich mit Bedauern den Eindruck habe, nicht so sehr im Interesse für das Gemeinwohl, als in der Besorgnis der Schädigung der einzelnen Auffassungen, der Parteiauffassungen, Schwierigkeiten, die nach unseren verwickelten Parteiverhältnissen ihre Fäden außerordentlich kreuzen, verwirren. Kurz, wir befanden uns im Reichstage jederzeit bei unseren Gegnern dem Einwand gegenüber, daß man neue Steuern nicht bewilligen könne, ehe man nicht wisse, ob sie wirklich zur Abbürdung der alten verwendet würden. Im Abgeordnetenhause befanden wir uns, ich will nicht sagen denselben Leuten, so doch aber denselben Richtungen, denselben Fraktionen gegenüber, die dort wieder sagten, es sei unmöglich, die Einnahmen des Staats zu vermindern, bevor man nicht die Sicherheit habe, daß die Lücken, die dadurch entständen, auch im Reich gedeckt werden würden. Ich finde diesen Weg ja

nicht unnatürlich und begreife, daß Finanzmänner, die keine Verantwortung für die politische Gesamtleitung des Staats fühlen, sich einfach an das Ressortverhältnis kehren und sagen: ich gehe keinen Schritt, ehe ich nicht die Deckung habe für die Kosten, die in meinem Ressort daraus entstehen. Das ist für einen Ressortminister außerordentlich bequem, für den Ministerpräsidenten, für den leitenden Minister eines großen Staatswesens aber unmöglich. Wenn ich mir die Aufgabe gestellt habe, nicht nachzulassen, so glaube ich, daß ich darin die Zähigkeit der Willenskraft gezeigt habe, die vorhin an mir gerühmt wurde. Aber es giebt nichts Lähmenderes für eine solche Willenskraft, als das Gefühl, unnötigen Schwierigkeiten und Hindernissen zu begegnen. Gegen alle, die in der Natur der Sache liegen, kämpft man mit Leichtigkeit; alle, die von den Seiten ausgehen, von denen man Unterstützung erwartet und vielleicht auch zu erwarten das Recht hatte, wirken lähmend, — so ist meine Erfahrung — entmutigend, und in dem Eindruck muß ich wiederholen, daß eine Ablehnung dieser Vorlage, wie sie jetzt liegt, durch das Herrenhaus die bedauerlichste Rückwirkung auf das Gedeihen unseres finanziellen Reformwerkes haben würde, namentlich aber auf mein Vertrauen und meinen Mut, mit dem ich den weiteren Aufgaben dazu entgegengehen würde.

Um jenen Zirkel zu durchbrechen, hat das Staatsministerium zuerst den Beschluß gefaßt, der zu dem Gesetze vom Jahre 1880 führte, hat dann aber gefunden, daß das nicht genügte, die uns an Willenskraft vollständig gleiche Entschlossenheit der Gegner zu entwaffnen, daß wir deutlicher sprechen müssen. Man ist also dann dazu übergegangen, daß man entschlossen mit einem Steuererlasse in Preußen anfängt, und zwar, nach längerer Überlegung auf dem vorsichtigen Wege des einmaligen Erlasses, aber der hätte gar keinen Sinn, wenn man nicht damit den Entschluß verbunden hätte, diesen Erlaß zu wiederholen, im nächsten Jahre und so oft zu wiederholen, wie sich die Mittel böten, und wenn man nicht das Vertrauen gehegt hätte, daß diese Mittel sich dauernd bieten würden. Die erste durch die finanzielle Vorsicht eingegebene Vorlage beabsichtigte, ein Vakuum zu schaffen und die Wahrscheinlichkeit, daß das Vakuum ein dauerndes sein werde und dadurch den Reichstag vielleicht milder zu stimmen und den Gegnern den Einwand zu entreißen: wir wissen nicht, was mit dem Gelde wird, welches wir etwa bewilligen. Darauf wurde uns von der Seite der Gegner gerade der An-

trag gebracht, den ich nach meinem lebhafteren Temperament von Hauſe aus gewünſcht haben würde, nämlich der Richterſche Antrag, den Erlaß dauernd zu machen. Damit war von ſeiten der Antragſteller wohl nur der Zweck verbunden, dem Lande, und namentlich dem ſpäter bewilligen ſollenden Reichstage den Beweis zu liefern, daß es der Regierung mit dem Steuererlaß überhaupt nicht Ernſt wäre; ſobald man ſie öffentlich beim Wort faßte und ſie daran feſthalten wolle, zöge ſie ſich zurück und ſagte: „Ja, einmal wollen wir ſchon erlaſſen, aber dauernd, das iſt zu viel“, und es gehörte dann kaum eine fortſchrittliche Logik dazu, um daraus zu folgern, und im Reichstage geltend zu machen, ſondern nur eine ganz gewöhnliche, um zu folgern, daß es der Regierung überhaupt mit Nachlaſſen nicht Ernſt wäre, daß ſie das Trinkgeld eines einmaligen Steuererlaſſes ſehr gern geben wollte, um dann eine doppelte Steuergarnitur zu bekommen, aber durchaus nicht dauernd auf eine derſelben verzichten und ſich mit einer einfachen nicht begnügen wolle, ein Thema, was ja zu einer Wahlrede wohl geeignet und fruchtbar iſt, indem es den Nutzen hat, die Abſichten, die Aufrichtigkeit der Regierung nach Möglichkeit in Zweifel zu ziehen. In dieſer Lage bin ich keinen Augenblick zweifelhaft geweſen, daß wir den fortſchrittlichen Antrag, der gegen uns geſtellt war, für uns aufnehmen müßten, und habe dafür auch die Zuſtimmung meiner Kollegen im Miniſterium gefunden, er lag in derſelben Richtung wie unſer einmaliger; er war nur radikaler und zeigte ein größeres und feſteres Vertrauen auf die Bewilligung indirekter Steuern im Reichstage. Es wäre gewiſſermaßen die Annahme dieſes Antrages eine Handlung, als wenn ein Feldherr in alten Zeiten ſeinen Marſchallſtab über die Mauer warf, und damit den feſten Entſchluß bekundete, ihn wieder zu holen; wenn aber das Hohe Haus den Schritt vorwärts verſagt, ſo wird es uns damit, ſoweit es am Herrenhauſe liegt, das Wiederholen des Stabes verboten und in dieſem Augenblick unſern Weg zur Steuerreform mit einem entſchloſſenen Veto gekreuzt haben. Ich verliere den Mut, die Reformbeſtrebungen fortzuſetzen, wenn ich durch ein Veto des Herrenhauſes angehalten werde, welches nicht bloß die vorliegende Frage trifft, ſondern uns im Weg zur Reform auf dem Punkte hemmt, bis zu dem wir mühſam gelangt ſind. Wird man dann, im Hinblick auf die dankenswerte Unterſtützung, die die Regierung in ihrer Politik gewöhnlich von dem Herrenhauſe erhalten hat,

überall an die Aufrichtigkeit der Regierung bei dieſem Spiele glauben, wird man die Regierung bei einem ablehnenden Votum des Hauſes überall in der Reihe unſerer Gegner für unbeteiligt halten? Ich fürchte, meine Herren, wir werden dann unverdienten Verdächtigungen ausgeſetzt ſein, und deshalb kann ich nicht umhin, meine Auffaſſung um ſo beſtimmter öffentlich zu betonen, und bin heute hergekommen, um vor Ihnen Zeugnis dafür abzulegen, daß Sie die ganze Reform unſerer Finanzen aufs ſchwerſte ſchädigen, wenn Sie uns zur Umkehr nötigen, wenn Sie heute dieſes Votum ablehnen, welches nicht das Abgeordnetenhaus, ſondern die Regierung mit dem Abgeordnetenhauſe Ihnen vorlegt. Ich glaube nicht, daß das in der Abſicht Ihrer Mehrheit dieſes Hauſes liegen kann, und hoffe deshalb mit vollem Vertrauen auf eine Annahme der Vorlage durch Ihre Mehrheit.

Eine der Hauptaufgaben, einer der Hauptvorzüge, die mich für die Steuerreform und für den Gedanken gewonnen haben, iſt die Möglichkeit, gerade den großen Städten zu helfen in der ſchwierigen Lage, in die ſie zum Teil nicht ohne Verſchulden ihrer damaligen Verwaltungen gekommen ſind, indem in der damaligen Städteverwaltung vielleicht politiſche Parteirückſichten und politiſche Fraktionszwecke in manchen großen Städten mehr Gewicht hatten, als das reine hausbackene einfache Intereſſe für das Wohl der verwalteten Stadt. Um dieſe Beſtrebungen mit Popularität zu decken, ſind die ſehr verſtändigen Einrichtungen, die früher den Städten ihre großen Budgets leicht machten und in Frankreich noch heutzutage leicht machen, die indirekten Einnahmen als Opfer gefallen und Sie haben ſtatt ihrer die Klaſſenſteuer mit ihren Auspfändungen. In den Städten, wo der Arme von der 100 000 Kopf großen Bevölkerung, die ihn umgiebt, niemand kennt, von denen er nur die kalten Mauern und das Steinpflaſter kennt, iſt ſein Schickſal häufig ſehr viel übler, als auf dem Lande, wo man ſich von Geſicht zu Geſicht faſt jedermann kennt, und deshalb die — Hartherzigkeit will ich nicht ſagen — aber die Gleichgültigkeit und die Unwiſſenheit über die Leiden des ärmeren Mannes nicht die gleiche iſt, wie dies in einer ganz großen Stadt ſein muß. Wer von uns hat nicht in ſeinem Leben den Eindruck gehabt, daß man nirgends einſamer iſt, als in einer Stadt von ein paarmal hunderttauſend Einwohnern, von denen man keinen Menſchen kennt — man iſt im einſamſten Walde nicht ſo ein-

ſam — und ſo geht es auch dem Armen der großen Stadt; ich möchte daher die Überzeugung ausſprechen, daß gerade die Vertreter der großen Städte, die in unſerer Mitte ſitzen, ihren Gemeinden gegenüber allen Grund haben, die Regierung in ihren Reformbeſtrebungen nicht erlahmen zu laſſen, ſondern ſie zu fördern, denn gerade das Schickſal der großen Städte mit ihren, ich kann wohl ſagen zum Teil ungeheuerlichen Budgets, iſt mit die dringendſte Mahnung für uns und für mich perſönlich geweſen, auf dem Wege der Steuerreform vorzugehen, und zwar derart vorzugehen, daß wir den Städten einen Teil der direkten Staatsſteuern unmittelbar zuweiſen können, damit ſie nicht mehr Zuſchläge zu denſelben zu erheben haben, damit ſie der Ungerechtigkeit überhoben werden, zur Gebäudeſteuer, die auf einem verſchuldeten Hauſe laſtet, noch Zuſchläge zu erheben, die den ganzen Steuerbetrag und nicht bloß den auf dem reinen Vermögen treffen. Die Abſicht des Königlichen Staatsminiſteriums iſt, wenn ſpäter ein erläuterndes Reformgeſetz kommt oder die nötige Ergänzung des Verwendungsgeſetzes über das, was die Kreiſe mit den Mitteln thun ſollen, die ihnen zugewieſen werden, ſo wird darunter die Abſchaffung des Schulgeldes, der Schullaſt, die Übernahme der Lehrergehälter auf dieſe aus dem Staatsſäckel fließende Quellen einen Hauptpunkt neben der Herabminderung der Kreisabgaben und Laſten bilden. Ich habe geglaubt, daß, wenn ich für meine Beſtrebungen, für die Reform, irgend einen gerechten Dank verdiene, ſo würde es gerade bei der Bevölkerung der großen Städte ſein, die mit direkten Auflagen nicht beſtehen können. Wenn Sie uns auf dem Wege, auf den das Reformwerk durch ſeine fünfjährige Geſchichte gedrängt iſt, wenn Sie uns auf dieſem Wege das Weitergehen abſchneiden und das ganze Reformwerk aufhalten, dann ſind wir auch nicht mehr verpflichtet, Klagen über Zuſtände anzuhören, für deren Abhilfe man uns die Mittel verweigert. Es iſt das ein ſehr bequemer Standpunkt jeder Oppoſitionspartei, über Notſtände zu klagen, von denen das Leben in allen Staaten unzertrennbar iſt, die Mittel zur Abhilfe aber der Regierung zu verſagen, damit man die volle Berechtigung zum Klagen und der Schuldgebung an die Regierung nicht verlieren möge. Das iſt aber eine Auffaſſung, die in dieſem Hauſe doch wohl keinen Anklang finden wird. Wenn ich mich in anderen Ländern umſehe, ſo muß ich doch finden, daß das Lamentieren bei uns von wenig chriſtlicher Geduld und Demut zeugt. Es geht uns, ich

will nicht ſagen beſſer, doch aber auch nicht ſchlechter, als anderen Völkern. Sehen wir doch von dem äußerſten Weſten bis zum äußerſten Oſten Europas die Lage der uns gleichſtehenden Nationen an, von der Spitze von Morea bis zur nordweſtlichſten bewohnten Inſel dieſes Weltteils, von Gibraltar bis zur Newa: finden Sie da in irgend einem Lande Zuſtände, die uns Deutſche zum Ausrufe veranlaſſen könnten: da laßt uns hinziehen, dem übeln und gefährlichen Zuſtande, der über Deutſchland wie eine düſtere Wolke hängt, entrinnen — und wie die Zeitungsphraſen noch lauten — und endlich in den Hafen der Befriedigung einlaufen — ich will als auswärtiger Miniſter keinen beſonders nennen, aber Sie können jeden ſich denken, — wer, um den unerträglichen Zuſtänden in der Heimat zu entgehen, im Auslande beſſere aufſuchen will. Grund zur Klage iſt überall. Wenn mir als Mitglied dieſes, als Mitglied von ſeinem erſten Entſtehen an und als langjährigem Kampfgenoſſen in ſchweren Zeiten, wo die Herren Schulter an Schulter mit mir in bedenklichen Kämpfen geſtanden haben, die Unterſtützung des Herrenhauſes auf dem Wege zum Beſſern verſagt wird, dann muß ich auf mein Streben zur Abhilfe verzichten und den Herren, die mir Beiſtand verſagen, es überlaſſen, Reformen auszuführen. Ich bin dazu allein nicht im ſtande und nicht notwendig berufen. Darum bitte ich dringend, geben Sie mir bei dieſer Vorlage, die die Entwicklung der letzten fünf Jahre zu einem integrierenden Teil der Reform gemacht hat, und deren Durchführung jetzt in Ihre Hand gelegt iſt, geben Sie mir jetzt keinen Korb.

Über die Finanzreform.

Rede gehalten am 17. Februar 1881.

Nach der erſchöpfenden Äußerung meines Herrn Kollegen (des Staatsminiſters Bitter) über die ſachliche Seite würde ich für den Gegenſtand, der uns beſchäftigt, kaum etwas hinzuzufügen haben, wenn nicht der erſte Herr Vorredner durch ſeine Darſtellung eine politiſche Färbung in die Situation hineingebracht hätte, die mich als politiſchen Miniſter zu einer Ant-

wort nötigt. Ich hoffe, daß, wenn ich jemals in die Lage komme, unter Ihnen zu ſitzen und mir gegenüber meine Nachfolger und früheren Kollegen zu haben, ein günſtiges Geſchick mich davor bewahren werde, daß ich in die Verſuchung gerate, meinen Kollegen oder Nachfolgern, deren ſchwierige Arbeiten ich aus Erfahrung kenne und lange mitgemacht habe, meinerſeits die Geſchäfte zu erſchweren, die ich mich außer ſtande erklärt habe, mit ihnen weiter zu führen. Ich muß bedauern, daß ich dieſer unwillkommenen Erfahrung von ſeiten früherer Kollegen hier mehrfach ausgeſetzt geweſen bin, von Kollegen, die ihrerſeits wiſſen, wie dornenvoll die Aufgabe der Miniſter iſt, und daß wir nicht zu unſerem perſönlichen Vergnügen und aus Parteianſchauungen unſer Geſchäft betreiben, ſondern daß wir ehrlich, wie wir es mit ihnen zuſammen früher gethan haben, das Beſte des Landes erſtreben. Irren können wir alle darin, irren thun wir heute, geirrt haben wir mit ihnen und ſie mit uns, als ſie noch unſere Kollegen waren. Der Vergleich aber, den der Herr Kollege Camphauſen zwiſchen der jetzigen Finanzwirtſchaft und der früheren hier anſtellte, alſo zwiſchen der Thätigkeit des jetzigen verantwortlichen Miniſteriums, an deſſen Spitze ich ſtehe, und zwiſchen der desjenigen, deſſen Mitglied er, und zwar deſſen maßgebendes Mitglied er in Finanzſachen war, nötigt mich gegen meinen Wunſch, pro domo einiges zu meiner und meiner Kollegen Verteidigung zu ſagen.

Ich muß geſtehen, ich habe noch nie einen ſchärferen und beredteren Angriff gegen die Finanzleitung des Herren Camphauſen gehört, als wie heut von der Tribüne in ſeiner eigenen Rede. Es geht ja in der Finanzwirtſchaft ſo wie in der Landwirtſchaft. Ein heruntergewirtſchaftetes Gut kann man nicht zwingen, in den erſten Jahren nicht wieder zwingen, glänzende Ernten zu geben, wenn eine verfehlte Verwaltung abgeht, die das Gut ausgepovert hat, die für die Zukunft keine Meliorationen, keine Beſſerung vorgeſehen hat, dann iſt das Gut verarmt und muß durch ſchonende langwierige Pflege wieder rentabel gemacht werden. Das üble Licht, welches durch dieſen Vergleich auf uns, auf das heutige Miniſterium geworfen wird, zur Verherrlichung der Zeit, wo mein Kollege im Herrenhauſe noch mein Kollege im Miniſterium war, nötigt mich zu Äußerungen der Abwehr, obſchon ich meinerſeits derartige Streitigkeiten, auch wenn ich dort ſitze, nicht ſuchen werde, aber ich kann mir auch nicht gefallen laſſen, daß die Fiktionen, die über

die Aera Camphausen in der Welt existieren, gegen uns jetzige Minister ausgebeutet werden. Das damalige Finanzministerium hat 7 Jahre gehabt, wie die fetten Kühe Pharaos, aber keinen Joseph, der ihm zur rechten Zeit gesagt hätte, daß die 7 mageren nachher kommen werden. Die Josephs, die nachher sprachen, haben meinen damaligen Kollegen einfach bewogen, sich, gegen meine Bitte, aus dem Dienste zurückzuziehen, uns das abgewirtschaftete Finanzministerium zu übergeben und uns die Besserung zu überlassen. Es hat mir große Schwierigkeiten gemacht, einen Nachfolger für Herrn Camphausen zu finden, der diese Erbschaft sine beneficio inventarii zu übernehmen bereit war. Der erste Nachfolger ermüdete an der Aufgabe. Wenn der jetzige mit Tapferkeit und Hingebung daran arbeitet, alte Schäden zu bessern, der Schäden, die während der 7, ja 14 Jahre hindurch, in denen so gut wie keine Finanzgesetzgebung stattgefunden hat, bekämpft und wieder gut zu machen sucht, dann glaube ich, hat er das Recht, auf die Unterstützung aller Wohlgesinnten zu rechnen, namentlich derjenigen Wohlgesinnten, die aus eigener Erfahrung so sehr genau wissen, wie schwierig diese Aufgaben sind. Hätte der erste Herr Vorredner einfach mit sachlicher Zusammenstellung gegen uns gekämpft, so wollte ich noch nicht so viel sagen, aber Ihnen allen wird nicht entgangen sein, wie er mit Zahlen, über die er selbst noch zweifelhaft war, ob sie zutreffen werden, dann sofort auf der damit supponierten Basis, als ob sie zuträfen, scharfe Angriffe gegen meinen Herrn Nachbar richtete, wodurch sich in dem Sinne des Hörers und des Lesers sehr leicht die Meinung erzeugt, namentlich bei den mangelhaften Auszügen, welche die Zeitungen geben, daß dies alles, was auf Supposition gegründet war, auf Thatsachen sich gründete.

Ich muß meinen verehrten Kollegen daran erinnern, daß ich im Staatsministerium lange vor seinem Abgange die Frage der Reform vielfach angeregt habe, daß ich viele amtliche Korrespondenzen geführt habe, von denen neulich nur ein sehr geringer Teil veröffentlicht worden ist, ich habe viele genauere darüber, die das beweisen. Es war im Jahre 1876 für mich kein Zweifel, daß wir schon damals mit einem verborgenen Defizit wirtschafteten, welches durch sachkundige Gruppierung einigermaßen gedeckt worden ist, und ich habe damals schon in meinen Korrespondenzen gesagt, das muß anders werden und ich muß vom preußischen Finanzminister erwarten, daß er mir nicht die Aufgabe, Finanzsysteme zu erfinden, überläßt, welche den voraus-

zuſehenden Schäden ein Ende machen, ſondern daß er ſich ſelbſt daran macht und ſowohl der Not, an der wir wirtſchaftlich leiden, in unſerer Zollvereinsgeſetzgebung, der uns mehr und mehr in Blutleere verſetzenden Handelspolitik ein Ende mache, als auch Reformen dafür ſchafft, um die Zukunft unſerer Finanzen ſicher zu ſtellen. Herr Camphauſen iſt mir ein tapferer Kollege geweſen, und ich habe ihm das Zeugnis auch noch, als er zurücktrat, gegeben, ich habe ſeine guten Eigenſchaften ſo ſehr geſchätzt, daß ſie für mich überwogen und ich mich nur ungern von ihm getrennt habe, bis er freiwillig und entſchloſſen ſein Abſchiedsgeſuch erneuerte und durchſetzte. Das Kaſſenſyſtem war ja natürlich in ausgezeichneter Ordnung, die ganze Geldwirtſchaft ausgezeichnet, aber von Finanzgeſetzgebung, von einer Vorausſicht der Zukunft kann ich das nicht ſagen. Damals war die Zeit des Aufſchwunges, wie der Herr Finanzminiſter ſchon geſagt hat, alle Quellen floſſen, wie nach naſſem Wetter ſelbſt die Hungerquellen im Lande fließen, und der damalige Herr Finanzminiſter war in der Lage, im Segen der Milliarden, mit vollen Händen im Golde zu ſtecken. Da war es ſehr leicht zu wirtſchaften, aber da war es Zeit zu überlegen, kann dies namentlich bei der Art, wie die Milliarden verausgabt wurden, kann das für immer ſo dauern, giebt die Zukunft die Bürgſchaft? Auf mir, als dem Miniſterpräſidenten, ruhen vielleicht auch für die einzelnen Reſſorts, aber nicht mehr, wie auf ihnen ſelbſt, die Pflichten der Vorausſicht für die Zukunft. Aber ich habe ſchon damals — und ich kann aktenmäßige Zeugen dafür bringen — darauf gedrungen, daß fruchtbare Reformen einträten.

Ich habe es zuletzt durchgeſetzt, daß mein damaliger Kollege mit den Forderungen der Erhöhung, namentlich der Abgabe auf Tabak, und mit dem ganzen damaligen Programm mit mir vor die Öffentlichkeit getreten iſt, ob mit vieler Überzeugung von der Richtigkeit des Programms von Hauſe aus, das laſſe ich dahingeſtellt ſein; er hat mir nicht ſehr raſch ſeine Hand dazu gegeben, aber nachdem er ſie mir gegeben, bin ich überzeugt, würde er es ehrlich und entſchloſſen mit mir durchgeführt haben, wenn er nicht beim erſten Angriffe von der liberalen Seite, unter dem Drucke der Reden der Herren Bamberger und Lasker, ſofort ſeinen Poſten aufgegeben und uns allein überlaſſen hätte, ſeine Erbſchaft weiter zu führen. Es war damals meines Erachtens der Feldzug für ihn noch nicht verloren. Gerade mit der Parole, die ſeine letzte war, die er im Reichstage ausgab, konnte er die

Verſäumnis von 7 Jahren ſeines Miniſteriums wieder gut machen, und ich bedauere, daß er damals dabei beharrte, zurückzutreten. Jetzt muß ich ihn aber ermahnen, daß, wenn er in der amtlichen Stellung das Portefeuille des Finanzminiſters nicht hat beibehalten wollen, er es nicht von hier, vom Herrenhauſe aus, zu führen unternimmt und von den Bänken einer Oppoſition, die in ſeinem Munde etwas künſtlich iſt, und mir nach unſeren beiderſeitigen Vorgängen etwas Überraſchendes und Unnatürliches hat, und die mich zu dieſer mir abgedrungenen Erklärung, die ich ſchon vorher pro domo benannte, gegen meinen Willen nötigt.

Daß der Herr Kollege Camphauſen in der Spezialfrage gegen uns iſt, daran zweifle ich gar nicht; in der Konſequenz meiner geſtrigen Rede zweifle ich nicht daran, weil die ſpezielle Vorlage einen ganz integrierenden Teil in der Kette der von uns zum Teil nicht gewollten, zum Teil uns aufgedrungenen Maßregeln und Wege bildet, die zur Steuerreformpolitik führen. Der Herr Kollege Camphauſen hat Reformen derart urſprünglich, wie er noch im Miniſterium war, nicht gewollt, hat mir dann nach langen und ſchwierigen Debatten und Majoritätsbeſchlüſſen im Miniſterium die Hand dazu geboten und zieht jetzt dieſe Hand wieder zurück, nachdem er ſich von der miniſteriellen Feſſel und Verantwortlichkeit für unſere gemeinſamen Handlungen frei fühlt. Da er alſo die Reform überhaupt nicht will, wie er als Miniſter von Hauſe aus nichts gewollt hat, ſondern im Gegenteil mir lange Zeit erſchwert hat, zu Reformen irgend welcher Art zu gelangen, ſo bin ich überzeugt, er will ſie auch heute prinzipiell nicht und muß alſo konſequent die Vorlage verwerfen. Er hat auch lange Zeit die Reformen, deren Einträglichkeit er jetzt rühmt, im Eiſenbahnweſen, mir gegenüber bekämpft. Die Verſtaatlichung, die zuerſt auf dem Reichswege geſucht wurde, iſt nur ſehr ſchwer und nach ſchweren Kämpfen im Staats-Miniſterium, ich glaube nicht durch Einſtimmigkeit, ſchließlich zur Annahme gebracht worden. Es wurde dann die Ausführung irgend welchen Nähertretens an das Reich durch die Ungeheuerlichkeit der Anſchläge unmöglich gemacht, faktiſch der Summe nach, die wir dem Reiche abfordern ſollten, wenn wir ihm die preußiſchen Eiſenbahnen anböten. Darauf habe ich ſofort geſagt: ſolches Angebot iſt kein ernſtliches, ich lehne ab, es dem Reiche zu machen. Es gehört dies auch in die Taktik des Bekämpfens derjenigen Reformen, die unſeren Finanzen aufhelfen konnent,

wenn auch auf andern Wegen, als die Finanzpolitik des Herrn Camphauſen vertreten hatte. Mein Herr Kollege iſt damals der Überzeugung geweſen, daß, wenn nicht in der ganzen Welt, doch wenigſtens im preußiſchen Finanzminiſterium und ſeiner Verfaſſung alles auf das Beſte und Vortrefflichſte beſtellt wäre und nicht beſſer beſtellt ſein könnte, und iſt deshalb dem Glauben unzugänglich geweſen, daß in dem alten ehrwürdigen Gebäude manche Schraube nietlos und manches Rad bocklos geworden war. Ich habe in der feſten, ſichern und ehrlichen Überzeugung gefunden, mit der Gott an dem ſechſten Tag der Schöpfung auf das Geſchaffene zurückblickte, mit derſelben Befriedigung hat er auf ſechs Jahre ſeines Miniſteriums zurückgeblickt und gefunden, daß alles gut ſei, und mich vielleicht für einen mauvais coucheur als Kollegen gehalten, weil ich nicht auch alles ſo vortrefflich fand und auf Reformen drängte. Ich bin dadurch auch zu anderen meiner Kollegen in ſchwierige Verhältniſſe geraten, und gerade das Bedürfnis, darüber in der Öffentlichkeit keine Zweifel zu laſſen, veranlaßt mich, dieſe Gelegenheit wahrzunehmen und dieſe Äußerung öffentlich zu thun. Wenn dies nicht vollſtändig genügend ſein ſollte, und wenn Angriffe und Vergleiche der Art, die ein nachteiliges Licht auf die jetzige Verwaltung werfen, weiter fortgehen, ſo werde ich Se. Majeſtät um die Erlaubnis bitten, diejenigen Papiere amtlich zu veröffentlichen, die darüber volle Klarheit geben.

Die Unzulänglichkeit der heutigen Einnahmen, die der Herr Kollege Camphauſen auf dieſer Tribüne ſeinem jetzigen Nachfolger im Finanzminiſterium vorwarf, iſt ganz allein von dem Finanzminiſter Camphauſen zu verantworten und iſt das Ergebnis der damaligen 7 Jahre Paſſivität in der Steuerpolitik, die nicht rechtzeitig die Reformen ergriff, die notwendig waren. Meine Aufgabe als Miniſterpräſident iſt es eigentlich gar nicht, die Finanzpolitik zu betreiben, und ich habe damals ſchon erklärt: nicht ich habe mir Finanzprojekte auszudenken und ſie dem Finanzminiſter zur Superreviſion und Kritik vorzulegen, und wenn er dann Nein! ſagt, mich zu beruhigen und zu verſuchen, weiterzuarbeiten, ſondern ich habe als Miniſterpräſident vom Finanzminiſter Projekte abzuwarten, daran meine Kritik zu üben und nur dafür zu ſorgen, daß ein ſachkundiger Finanzminiſter vorhanden ſei. Nachdem aber der zweifellos ſachkundige Kollege anderer Anſicht war wie ich, ſo habe ich ſchließlich ſelbſt der Sache näher treten müſſen, und habe neben meinen anderen

Geſchäften — bekanntlich iſt in der auswärtigen Politik in den meiſten anderen Staaten ein einzelner Menſch genügend beſchäftigt —, aber ich habe mich um dieſe Dinge bekümmern müſſen, wenn ich länger als Miniſterpräſident die Verantwortung tragen ſollte — denn ein Teil der Verantwortlichkeit fällt immer von den Reſſorts auf den zurück, der an der Spitze ſteht. Ich habe aus einem gewiſſen Aberglauben und kameradſchaftlichen Gefühl gethan, was ich thun konnte, um den Miniſter Camphauſen am Rücktritt zu hindern, aber wenn ich klar zurückblicke, ſo kann ich ihm dankbar ſein, daß er nicht auf meine Bitte eingegangen iſt. Es iſt damals nach dem Prinzip gewirtſchaftet worden: Après nous le déluge, weil man ſich in einer Flut von Geld befand, hat man nicht daran gedacht, daß dies je anders werden könne, und weil man fand, nicht bloß an der Stelle, von welcher ich ſpreche, ſondern auch an anderen, daß das Syſtem ſchwach würde, ſo iſt mir ſchließlich die Erbſchaft hinterblieben, mit anderen Amtsgenoſſen, die ich etwa gewinnen konnte, die Sache weiter zu führen. Die Geſetzgebung hat Jahre lang ſtagniert, weil momentan ein Geldbedürfnis nicht vorhanden war. Das Verdienſt des Staatsmannes beſteht aber nicht im Abmachen der Nummern, die vorkommen, ſondern in der Vorausſicht der Zukunft und in der rechtzeitigen Anregung der Reformen und Maßregeln, die für die Zukunft erforderlich ſind; und weil ich der Überzeugung bin, daß dieſe Finanzreform erforderlich iſt, wenn wir nicht wirklich der Armut verfallen wollen, die Herr Camphauſen ſeinem heutigen Nachfolger vorwarf, kann ich nur nochmals die Bitte ausſprechen: nehmen Sie dieſes Geſetz an, Sie halten uns ſonſt auf in den notwendigen Reformen. Dieſe Reformen ſind ein Bedürfnis des Landes.

(Später:) Ich erlaube mir an die letzten Worte, die den Vorwurf der Undankbarkeit enthalten, in der Art anzuknüpfen, daß ich denſelben leicht zurückgeben könnte. Hat in den ſieben Jahren, daß wir zuſammen gewirtſchaftet haben, der Miniſter Camphauſen mich getragen, hat er mich im Amte gehalten oder ich ihn gegen die Angriffe von nicht zu unterſchätzender Bedeutung? Es iſt anzunehmen, daß die ſtärkere Tragkraft auf meiner Seite war. Es iſt ſelten ein halbes Jahr vergangen, wo er nicht ſeine Stellung erſchüttert fühlte und mich bat, ihm zu ſagen, ob er bleiben ſollte oder nicht. Ich habe ihn ſtets gebeten, zu bleiben, auch gegen Angriffe, die von gewichtiger Seite kamen. Ich will kein Saldo der Dankbarkeit zwiſchen

uns aufstellen; aber durch seine heutige Rede, durch den Angriff auf frühere Kollegen in dieser schwierigen Lage durch die Zusammenstellung des Sonnenscheins auf der einen Seite und des Schattens auf unserer Seite hat er sich im Punkte der Dankbarkeit vollständig bezahlt gemacht. Oder hat er geglaubt, für die Unterstützung, die ich ihm im Amte geleistet habe, dadurch zu danken, daß er mit seinem Gewicht an der Spitze des jetzigen Angriffs steht gegen die Regierung in einer Frage, welche dieselbe als Kabinettsfrage behandelt? Seine pathetische Berufung auf Dankbarkeit könnte ich ihm mit denselben oder mit noch viel schärferen Worten zurückgeben, denn ich habe den Herrn wegen der Eigenschaft, die ich an ihm schätzte, als einen tapferen Kämpfer, aber nicht als Finanzgesetzgeber im Amt gehalten, nicht er mich. Wenn der frühere Herr Finanzminister von einer Zeit siebenjähriger Thätigkeit, die voll von Neubildungen war, nichts weiter anführen kann von Versuchen, die er aus eigener Initiative zur Verbesserung künftiger Verhältnisse ergriffen hat, die aber nicht an das Tageslicht getreten sind, als eine mir augenblicklich nicht gegenwärtige Äußerung über eine nicht gemachte Vorlage bezüglich des Tabaks, so ist das für die siebenjährige Thätigkeit zu wenig. Diese Vorlage, die bestreitbar scheint, hat das Licht nicht gesehen, sondern ist ein totgeborenes Kind geblieben.

Der Herr Vorredner stand an der Spitze der Zollverwaltung des Reichs, in welcher der preußische Finanz-Minister derjenige ist, der sie leitet, er hatte das ganze Feld der Bearbeitung der Zölle in Händen, und wenn er nichts weiter anführen kann, als einen von ihm mühsam provozierten, von mir aber angebrachtermaßen nicht acceptierten Versuch über Tabaksteuer, so bestätigt er nur, was ich sagte: daß seine Amtsführung unfruchtbar war. Herr von Bülow hat keinen Anlaß gehabt, die Briefe, die veröffentlicht worden sind, dem Herrn Vorredner mitzuteilen, wohl aber im Sinne derselben mit ihm zu sprechen. Er hat mir geschrieben, daß er es gethan hätte; es existieren darüber genaue Angaben von Herrn von Bülow, und diese Unterredung kann mich veranlassen, auch diese noch zu veröffentlichen, da ich annehmen muß, daß Herr von Bülow, der wie immer auch hier ein genauer Diplomat war, genau im Sinne der Briefe mit dem Herrn gesprochen hat. Auf Zeitungsartikel kann ich kein Gewicht legen; wenn man diese anführt, so entfernt man sich von der Schwerkraft der geschichtlichen Verhält-

niſſe. Eine ernſthafte Initiative zu Verbeſſerungen konnte nicht im Tadel beſtehender Verhältniſſe, ſie konnte nur in Anträgen am Reiche beſtehen, und vom Reiche hat ſich nach den Klagen, die ich Herrn von Bülow damals ausgeſprochen habe, der damalige preußiſche Finanz-Miniſter weſentlich zurückgehalten. Ich weiß auch den Tag noch, von dem das datierte; es war bei einer Abſtimmung, wo der Vorſitzende des Bundesrats, Miniſter Delbrück, in Gegenwart des preußiſchen Finanz-Miniſters in einer preußiſchen Finanzfrage gegen dieſen abſtimmte, was ich allerdings nicht billige. Von dem Augenblick aber hat das preußiſche Finanz-Miniſterium die Reichsentwicklung durch direktes Eingreifen nicht gefördert, ſondern ſich, wie der Ausdruck in einer damaligen Äußerung des Herrn Finanz-Miniſters Camphauſen lautete, auf die angenehme und unabhängige Stellung eines preußiſchen Staats-Miniſters zurückgezogen. Meine weiteren Briefe an Herrn von Bülow ſind nur Klagen, daß man mir allein das Erfinden von Finanzprojekten überließe und ich jede Unterſtützung von dem preußiſchen Finanz-Miniſter dabei vermißte.

Der damals Ende 1876, anfangs 1877 zwiſchen uns vorhandene Zwieſpalt löſte ſich ſpäter ſo weit, daß um die Zeit vor dem Rücktritt des Herrn Camphauſen wir in die Lage gekommen waren, gemeinſchaftliche Anträge einzubringen, aber wohlverſtanden nur infolge der vollen Preſſion, die ich als Miniſter-Präſident und durch die Kabinettsfrage zu üben imſtande war, nicht aus der freiwilligen Initiative des Finanz-Miniſters, von der ich nochmals erklären muß, ich habe ſie ſieben Jahre lang vermißt.

Über die Stellung des Königs, des Staatsminiſteriums und der einzelnen Miniſter zu den Vorlagen für den Landtag.

Rede gehalten am 21. Februar 1881.

Ich habe meine Zuſtimmung zu der Vorlage, wie ſie heute wiederum vor uns liegt, bereits Sonnabend in perſönlicher Verhinderung durch einen Vertreter ausſprechen laſſen. Ich hätte

deshalb keinen Grund, in die ſachliche Diskuſſion von neuem einzutreten, und wenn ich dennoch das Wort ergreife, ſo geſchieht es, unrichtigen Auslegungen der hier in meinem Namen verleſenen, von mir aber nicht zum Verleſen, ſondern zur Inſtruktion des Herrn Kommiſſars beſtimmten Auslaſſung entgegenzutreten.

Ich war durch Zufall verhindert, dieſe Inſtruktion mündlich zu erteilen, und mußte ſie deshalb ſchriftlich geben, aber ſie war nicht darauf berechnet, daß ſie buchſtäblich verleſen werden würde.

Die irrtümlichen Eindrücke, die ſich daran geknüpft haben, denen die Preſſe auch ſchon Ausdruck gegeben hat, beruhen weſentlich auf einer ungenauen Unterſcheidung der Natur der Vorlagen, die eine parlamentariſche Verſammlung beſchäftigen. Die urſprüngliche Vorlage der Regierung, ſo wie ſie in bezug auf dieſe Frage noch heut beſteht, in anderer Geſtalt, als die uns gegenwärtig beſchäftigende, aber bisher die alleinige mit der königlichen Sanktion bekleidete — die urſprüngliche Vorlage der Regierung geht aus einem Beſchluß des Staatsminiſteriums hervor. Es wird angenommen, daß jedes Mitglied des Staatsminiſteriums die Einwendungen, die es dagegen haben kann, in dem Kreiſe des Staatsminiſteriums erledigt. Meinungsverſchiedenheiten finden ja über die meiſten Vorlagen ſtatt, ſonſt gäbe es keine Abſtimmung mit Majorität und Minorität. Die Verſchiedenheit der Auffaſſung, auch die Verſchiedenheit der Motive verſchwindet aber, ſobald die Vorlage mit der königlichen Unterſchrift bekleidet wird und dadurch die Allerhöchſte Sanktion erhält. Ein Staatsminiſter in Preußen iſt ein Diener des Königs und kann gegen eine mit der königlichen Unterſchrift bekleidete Vorlage an ſich nicht anders auftreten, als wenn er die Allerhöchſte Genehmigung dazu hat oder berechtigt iſt, ſie vorauszuſetzen, wenn er hinreichende Gründe dafür beibringt. Alſo, es iſt ganz richtig, daß in der Regel über Vorlagen, die nomine Regis an die Landesvertretung gebracht werden, zwiſchen Miniſtern eine Meinungsverſchiedenheit nicht mehr das Recht hat, zum Ausdruck zu gelangen, weil die königliche Unterſchrift das Band bildet, welches durch dieſen Ausdruck zerriſſen werden würde. Beſtehen können ſolche Meinungsverſchiedenheiten ja dennoch, aber es iſt notwendig, ſie zu verſchweigen. Nun hat ſich, von dieſer richtigen Vorausſetzung ausgehend, das Vorurteil verbreitet, daß alle Vorlagen gleicher Natur wären. Das

kann ich aber von einer Vorlage, die von seiten des Abgeordnetenhauses in das Herrenhaus gebracht wird, so unbedingt doch nicht zugeben.

Als königliche Vorlage besteht noch heute die ursprüngliche; sie ist noch nicht geändert und sie stimmt mit der Vorlage des Abgeordnetenhauses nicht überein. Nun muß aber auch in bezug auf die Vorlagen, die aus dem Abgeordnetenhause kommen, im Ministerium eine Einigung beschafft werden; die Art des Geschäftsbetriebes zwischen den beiden hohen Häusern erschwert das indessen außerordentlich, wenn das Abgeordnetenhaus eine Vorlage 3 Monate lang diskutiert, und nachher in 3 Tagen das Herrenhaus einschließlich des Staatsministeriums sich schlüssig und einig machen soll darüber, wie es diese Vorlage aufnimmt. Es ist dann menschlich, natürlich, daß über die Novationen, die vom Abgeordnetenhause kommen, auch selbst unter dem Staatsministerium Meinungsverschiedenheiten obwalten können, die in 3 Tagen vielleicht erledigt werden können, wenn alle Staatsminister weiter gar nichts zu thun hätten, als sich damit zu beschäftigen. Die Zeit aber, die dazu notwendig ist, müssen manche, deren Ressorts sie hierauf nicht gerade anweisen, mit Mühe von anderen für ihr Ressort gerade dringlichen Arbeiten ersparen. Es kann also dann nicht nur eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Ministern bestehen, sondern es können namentlich, wie hier der Fall anscheinend vorliegt, die Motive, aus denen jeder dennoch der Vorlage des Abgeordnetenhauses abweichend von der des Königs zustimmt, sehr verschieden sein. Der eine thut es vielleicht aus der Überzeugung, daß das Amendement des Abgeordnetenhauses, wenn nicht besser, so doch ebenso gut sei. Der andere thut es, um das Gesetz zu stande zu bringen, indem ihm an sonst etwas mehr liegt; der dritte thut es, um eine ministerielle Krisis zu verhindern; der vierte thut es, wie ich, in der Hoffnung, daß die Zustimmung ihn nicht ewig bindet, in der Hoffnung auf eine Revision, die früher oder später einmal wird eintreten können.

Zu diesem Behufe habe ich aus keinem anderen wie sachlichen Beweggrunde das Bedürfnis gefühlt, bei meiner Zustimmung so zu sagen den Haken einzuschlagen, an dem zukünftig die Revision dieser selben Bestimmuug angeknüpft werden kann, sobald sie aus der ziemlich unschädlichen Wirksamkeit, in der sie sich in den fünf alten Provinzen befindet, zu der schwierigen auch auf die anderen Provinzen übergeführt und erweitert

werden ſoll. Das war, was ich mit meiner Erklärung zum Ausdruck bringen wollte. In welchem Stadium die Abgabe derſelben in die Diskuſſion eingreifen, daß ſie verleſen werden, was kurz vorher geſprochen ſein würde, — das alles konnte ich nicht vorherſehen, und ich hatte in der That nicht erwartet, daß die Diskuſſion gerade die Wendung nehmen könnte, die ich nachher aus den Sitzungsberichten erſah, und die eine anſcheinende Meinungsverſchiedenheit zwiſchen zwei Miniſtern zum öffentlichen Ausdruck brachte. Ich ſage anſcheinend, denn zwiſchen den Voten beider Miniſterien iſt kein Unterſchied. Beide ſtimmen der Vorlage zu, ſo wie ſie uns damals hier beſchäftigte, und ſo wie ſie heute wieder vorliegt. Auch in der Motivierung ſehe ich einen ſehr weſentlichen Unterſchied zwiſchen beiden nicht, nur eine Nüance, eine andere Schattierung.

Der Herr Miniſter des Innern iſt der Anſicht, daß die jetzige Einrichtung doch ſehr ſchlimm nicht ſein könnte, denn es ſeien keine Klagen aus den alten Provinzen, in denen ſie bisher gilt, eingegangen. Der Herr Miniſter des Innern ſtimmt zu, weil die Sache ſo ſchlimm, wie man annimmt, doch nicht ſei nach ihrer jetzigen Wirkſamkeit. Der Miniſterpräſident ſtimmt zu, weil er hofft, ſie werde zukünftig beſſer werden. Beide ſind der gleichen Meinung, daß das tolerari posse beſtehe, vielleicht in einer Abſtufung in bezug auf das Urteil über das Maß des Unerwünſchten, was mit dem tolerari verbunden iſt; aber Beide ſind in der Sache gleicher Meinung; ob der Herr Miniſter des Innern über die Wirkungen mit mir gleicher Meinung ſei, die eine Ausdehnung auf Provinzen haben könnte, wo die politiſche Erregbarkeit oder Spannung der Meinungsverſchiedenheiten der Parteien ſchärfer iſt als bei uns auf dem Lande — darüber hat er ſich nicht ausgeſprochen. Ich halte alſo die Folgerung, die von manchem gezogen iſt, als ob innerhalb der königlichen Staatsregierung eine prinzipielle Meinungsverſchiedenheit obwalte, die eine Änderung im Perſonalbeſtande notwendig mache, für unrichtig; wenigſtens aus den Erſcheinungen, die am Sonnabend zu Tage getreten ſind, kann meines Erachtens dies, wie ich glaube, nachgewieſen zu haben, logiſch nicht gefolgert werden. Ich kenne keine ſolche Meinungsverſchiedenheit, keine ſolche Diſſenſe, die im Schooße des Staatsminiſteriums die Veränderungen in deſſen Perſonalbeſtande notwendig machten. Ich muß mich auf den Kreis meines Wiſſens beſchränken. Ob ſie dennoch exiſtieren, das weiß ich nicht. Ich erſtrebe weder eine Änderung, noch

wünſche ich ſie; erfolgt ſie, ſo wird Se. Majeſtät der König das Weitere zu entſcheiden haben. Ich habe nur meine Stellung zur Sache, die durch eine Kette von Zufälligkeiten, die ich nicht vorherſehen, noch berechnen konnte, vielleicht im irrtümlichen Lichte erſcheinen könnte, hier darſtellen, und zugleich die Gelegenheit wahrnehmen wollen, auf den wichtigen ſtaatsrechtlichen Unterſchied aufmerkſam zu machen, der zwiſchen königlich ſanktionierten Vorlagen, durch die jeder Miniſter gebunden iſt durch die Unterſchrift ſeines Monarchen, und den zwiſchen den Häuſern des Landtages hin- und hergeſchobenen Voten des Einen oder des Anderen exiſtiert. Wenn bezüglich der letztern nicht eine gewiſſe Latitüde der Anſichten, eine gewiſſe Zeit zur Verſtändigung geſtattet wird, dann entziehen Sie die Entſcheidung über die Unterſchiede, die dabei obwalten, der eigentlich allein dafür kompetenten Hand des unter der Leitung Sr. Majeſtät des Königs beſchließenden Staatsminiſteriums, dann legen Sie ſie in die Hände einzelner Miniſter, ja ſogar des Kommiſſars derſelben, der ihn im Ausſchuß vertritt. Das kann weder in der Verfaſſung noch im Willen Sr. Majeſtät des Königs, noch in dem des Staatsminiſteriums liegen und ich glaube auch nicht, daß darüber zwiſchen zwei Miniſtern des Staatsminiſteriums eine Meinungsverſchiedenheit beſteht, denn dieſe Folgerung fließt ganz unmittelbar aus den Grundgeſetzen unſeres Staates. Soll das Staatsminiſteriumin der geſchloſſenen Einheit auftreten, mit welcher es vor Sie tritt mit einer Vorlage, über die es ſich im Sommer und vielleicht länger zu verſtändigen Zeit hat, ſo muß ihm mehr Zeit, als wir heut dafür haben, gelaſſen werden zur Erwägung und Verſtändigung, oder das Maß kann nicht ſo ſcharf im einzelnen angelegt werden, wie es hier von der öffentlichen Meinung angelegt wird; man muß geſtatten, daß die nötige Verſtändigung ſich auch öffentlich erkennbar vollziehe; denn die Miniſter ſind keine Maſchinen und kein Bataillon, welches kommandiert werden kann; jeder will ſeine Überzeugung bezüglich der von dem Abgeordnetenhauſe gewollten Änderung der königlichen Vorlage in ſelbſtändiger Erwägung in ſich bilden und für den Ausdruck fertig machen. Es muß, wenn dies ſtattfinden ſoll, eine andere Einrichtung in der Konkurrenz der beiden Häuſer ſtattfinden, daß die Zeit, die eine Landtagsſeſſion dauert, alſo in der Regel 4—5 Monate, billiger verteilt wird zwiſchen dieſem Hauſe und dem anderen. Es kann nicht verlangt werden, daß in den letzten acht Tagen einer Seſſion alle die wichtigen Sachen, die

das Abgeordnetenhaus den ganzen Winter über beſchäftigt haben, in der kürzeſten Zeit zwiſchen dem Herrenhaus, zwiſchen dem Miniſterium und wiederum dem Abgeordnetenhaus noch zum Abſchluß gebracht werden. Durch ſolches Verfahren, nicht durch die Stellung der Regierung zur Verhandlung, in der ich neulich hier geſprochen habe — durch ein ſolches Verfahren wird meines Erachtens die Würde dieſes Hauſes nicht genügend anerkannt und geſchont, wie ſie es verdient und wie ſie das Recht hat, und ich werde dankbar ſein und als Mitglied des Hauſes, dem ich die Ehre habe anzugehören, jede Wünſche unterſtützen, die zu dieſem für die Fortbildung unſeres ganzen Verfaſſungslebens ſchädlichen, aber eingeriſſenen Gebrauch eine Stellung nehmen. Ich muß aber leider geſtehen, daß mir bisher ſchriftlich oder in amtlicher Form ein Ausdruck der Unzufriedenheit dieſes Hauſes nicht vorgelegen hat. Es liegt ja hierin eine wohlwollende Schonung der Schwierigkeit, in welcher ſich die Regierung dem anderen Hauſe gegenüber befindet; aber ich verbinde mit meiner Äußerung bei dieſer Gelegenheit ausdrücklich die Zuſage, daß ich als Mitglied des Hauſes ſowohl, wie des Staatsminiſteriums den Schritten, die auf Änderung, auf Abſtellung dieſes Übelſtandes gerichtet ſind, meine volle Unterſtützung leihen werde.

(Und ſpäter): Ich bin während der Rede des Herrn Vorredners Gr. Brühl vielfach zweifelhaft geweſen, ob er für oder gegen die heutige Vorlage, für oder gegen den entgegenſtehenden Antrag plaidierte; ich habe aber das Gefühl gehabt, daß die Rede gegen mich, den Miniſterpräſidenten, in ihrem Prinzip und ihrer Tendenz gerichtet war, und will deshalb nur zwei Wendungen richtig ſtellen, die der Herr Vorredner gebrauchte, und die ich für formell ungerechtfertigt halte.

Die eine iſt die Wiederholung der Behauptung, daß zwiſchen dem Herrn Miniſter des Innern und mir eine Meinungsverſchiedenheit beſtände. Dieſe Meinungsverſchiedenheit beſteht über unſer Votum nicht, und über weiteres bin ich weder dem Herrn Vorredner noch der Öffentlichkeit Rechenſchaft ſchuldig; über Motive wird nicht abgeſtimmt; aus welchen Motiven ich mit dem Miniſter des Innern einig bin, gehört nicht zur Sache, und nachdem ich hier ausdrücklich betont habe, und das mit ein Hauptzweck meiner Erklärung war, daß materiell zwiſchen dem Miniſter des Innern und mir keine Meinungsverſchiedenheit

heute beſteht, kann ich den Herrn Vorredner nicht für berechtigt halten, ausdrücklich zu erklären, ſie beſtände doch.

Nachher hat der Herr Vorredner unſern politiſchen Sprachgebrauch um ein geflügeltes Wort zu bereichern geſucht, indem er ſich des Ausdruckes „Kanzlerbotſchaft“ bediente. Meine Herren, hier iſt kein Kanzler, ſondern der Miniſterpräſident, der Diener des Königs von Preußen vor Ihnen. Der Ausdruck „Botſchaft“ iſt im parlamentariſchen Sprachgebrauch nur für Eröffnungen Namens Sr. Majeſtät des Königs üblich, und wenn man mir die Anmaßung beilegt, daß ich Botſchaften an eines der beiden Häuſer des Landtages richten wolle, und obenan in der Eigenſchaft als Kanzler, ſo hat das einen Anklang an die Tendenzen, die ich in der Preſſe der Oppoſition, und namentlich des Zentrums, vielfach gefunden habe, die Tendenz, zu inſinuieren, daß ich mich in meiner Stellung überhöbe und Rechte in Anſpruch nähme, die mir nicht zuſtehen. Die Stelle, wohin dieſe Inſinuationen in der Hauptſache gerichtet ſind, iſt zum Glück vollſtändig unzugänglich dafür und gepanzert gegen ſolche Inſinuationen. Niemand weiß genauer, als Se. Majeſtät der König, daß er nicht nur keinen treueren, ſondern auch keinen unterthänigeren Diener haben kann als mich, nicht bloß in meiner Eigenſchaft als Beamter, Staats- und Reichsbeamter, ſondern auch von Geburt ab in meiner Eigenſchaft als Kurbrandenburgiſcher Vaſall und obendrein Altmärker, als Mitglied einer Familie, die dem regierenden Hauſe ſo lange treu gedient hat, als wir überhaupt das Glück haben, dasſelbe als Landesherrſchaft zu beſitzen. Wenn der Herr Vorredner das Glück haben wird, das von ſich ſagen zu können, dann wird er auch gegen ſolche Inſinuationen empfindlich ſein.

Des Kanzlers Verantwortlichkeit für die geſamte Reichsverwaltung.

Rede bei Gelegenheit der erſten Beratung des Reichshaushalts-Etats gegen den Abgeordneten Richter.

Gehalten am 24. Februar 1881.

Die Verfaſſung des Deutſchen Reichs kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten, wie den Reichskanzler. Es kann aber

jedermann doch nur für seine eigenen Entschließungen und Handlungen Verantwortlichkeit auferlegt werden — und auch die Reichsverfassung hat das nicht thun wollen — für Handlungen, welche von seinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Gebiets seiner Verantwortlichkeit einer vollständigen Unabhängigkeit und Freiheit genießen, sonst hört die Verantwortlichkeit auf, und wer sie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, sie schwindet gänzlich. Herr Richter hat nun dem Wunsch Ausdruck gegeben, diese verfassungsmäßige Selbständigkeit des Kanzlers nach mehreren Seiten hin einzuschränken; einmal nach einer Seite hin, wo sie ja schon eine beschränkte ist, wo er sie aber vollständig verschwinden lassen will: das ist gegenüber den Beschlüssen des Bundesrats und des Reichstags die Verantwortlichkeit für die Thätigkeit, die die Verfassung dem Kaiser in unserem Staatsleben beilegt. Es steht in der Verfassung, daß die Anordnung des Kaisers ihre Giltigkeit durch die Unterzeichnung des Reichskanzlers erlangt, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt. Zu diesen Anordnungen des Kaisers sind doch ohne Zweifel auch die Akte zu rechnen, von denen die Verfassung sagt, daß sie im Namen des Kaisers zu geschehen haben, also beispielsweise die Vorlage des bundesrätlichen Beschlusses vor dem Reichstag, wie Herr Richter eine Thatsache ganz richtig angeführt hat, über die Unfallstatistik, über welche Beschlüsse vorlagen, die weiter zu befördern, im Namen des Kaisers, ich mit meiner Verantwortlichkeit nicht verträglich gefunden habe. Ich habe deshalb diese Handlung unterlassen. Man kann nun das Verfassungsrecht fragen: war ich berechtigt, diese Handlung zu unterlassen? War der Kaiser berechtigt, die Handlung zu unterlassen? Oder war Seine Majestät der Kaiser verfassungsmäßig verpflichtet, den Beschluß des Bundesrats vorzulegen?

Ich komme auf mein Zusammenwirken mit dem Reichstage. Das Ideal des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, vorsichtiger Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: kann ich hier anstoßen, wenn ich dieses thue, kann ich da anstoßen. Ich würde Ihnen wirklich raten, einen solchen ängstlich und besorgt nach jedem Wink hinhörenden Kanzler, wenn es dem Herrn Richter möglich ist, sich einen solchen zu verschaffen, auf dieser Stelle möglichst kurze Zeit zu dulden. Denn wenn ein leitender Minister — und ein solcher ist er im Reich — keine eigene

Meinung hat und sie erst von anderen hören muß, was er glauben und thun soll, dann brauchen Sie ihn garnicht. Was Herr Richter dabei vorschlägt, ist die Regierung des Landes durch den Reichstag, die Regierung des Landes durch sich selbst, wie man das in Frankreich genannt hat, und durch seine gewählten Vertreter. Ein Kanzler, ein Minister, der nicht wagt, etwas einzubringen, wovon er nicht sicher weiß, daß er es durchbringt, der ist eben kein Minister, der könnte ebensogut mit dem weißen Zeichen hier unter uns herumgehen und sich erkundigen, ob Sie erlauben, daß er dieses oder jenes einbringen will. Dazu bin ich nicht gemacht.

Dann hat Herr Richter bei mir noch nach einer dritten Richtung hin zu viel Selbständigkeit gefunden: gegenüber den Chefs der Reichsämter. Er hat, wenn ich recht gehört habe, sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß das Stellvertretungsgesetz mir eine willkommene Gelegenheit gäbe, mich auf einen mehr ornamentalen (bloß der Ausschmückung dienenden) Standpunkt, wie er sich ausdrückte, zurückzuziehen und die Geschäfte und Thätigkeit denen zu überlassen, die mich vertreten, und das Arcanum (Geheimmittel) der Majoritätsabstimmung auch in die Reichsregierung einzuführen. Auch da muß ich sagen, muß Herr Richter, ehe ich mich den höchsten Reichsbeamten unterordnen darf, doch die Verfassung ändern. Die Herren Chefs der Reichsämter sind nicht für mich verantwortlich, außer insoweit sie vermöge des Stellvertretungsgesetzes substituiert sind, sondern ich bin für ihre Handlungen verantwortlich; ich habe dafür aufzukommen, daß es Politiker sind, die sich mit der Gesamtrichtung der Reichspolitik, so wie ich sie verantworten will, im Einverständnis halten, und wenn ich dieses Einverständnis dauernd und prinzipiell bei einem von ihnen vermisse, so ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, ihm zu sagen: wir können beide zusammen nicht im Amte bleiben. Das ist auch eine Aufgabe, der ich mich, wenn sie an mich herantrat, niemals entzogen habe, es ist einfach meine Pflicht. Ich habe dazu nie so künstliche Maschinerien und Feuerwerke gebraucht, wie man mir zuschreibt, daß ich sie in der vorigen Woche absichtlich und berechnet ins Werk gesetzt hätte.

Sie müssen nicht glauben, daß Minister heutzutage an ihrem Posten so kleben, wie mancher andere hochgestellte Beamte, bei dem auch der stärkste Wink nicht hinreicht, um ihn zur Einsicht zu bringen, daß es Zeit wäre. Ich habe noch keinen Minister

heutzutage gefunden, bei dem es nicht notwendig wäre, ihm ab und zu zuzureden, daß er auf seinem Posten doch noch länger aushalten möge, daß er sich nicht daran stoßen möge, daß die harte und aufreibende Arbeit, die eine konkurrierende Friktion mit mindestens drei parlamentarischen Körpern, einem Abgeordnetenhaus, einem Herrenhaus und einem Reichstag giebt, wo einer den anderen ablöst, ja nicht einmal auf die Ablösung wartet, sondern gleichzeitig fungieren, und wenn der Kampf beendigt ist, und wenn die Abgeordneten zufrieden in ihre Heimat zurückkehren, dann kommt den andern Tag ein Rat zum Minister und sagt: jetzt ist es Zeit, die Vorlagen für die nächste Sitzung zu bearbeiten. Dabei ist das ganze Geschäft vielleicht ein sehr ehrenvolles, aber kein sehr vergnügliches. Wer ist überhaupt in der Lage wie ein deutscher Minister, sich so öffentlich mit einer solchen Schärfe und in einer solchen Tonart kritisieren zu lassen, gegen wen gilt es außerdem noch unter gebildeten Leuten, daß die Gewohnheit des gesellschaftlichen Lebens ihm gegenüber außer Geltung tritt. Man sagt einem Minister ohne das mindeste Bedenken öffentlich Dinge, die man, wenn er nicht Minister wäre, sich genieren würde, ihm auch nur privatim zu sagen, wenn man ihm etwa in einem Salon begegnet. Ich würde das im Reichstage nicht sagen, wenn derselbe nicht auch auf diesem Gebiet, wie in allem übrigen, eine Ausnahmestellung in Deutschland einnähme — ich habe hier so scharfe Dinge wie in anderen Versammlungen meines Wissens kaum zu hören gehabt, ich habe wenigstens ein versöhnliches Gedächtnis bis jetzt für Sie gehabt, aber im ganzen werden Sie mir doch Recht geben, daß in unseren politischen öffentlichen Debatten die Tonart nicht auf der Höhe steht, wie in unserem gewöhnlichen gesellschaftlichen Verkehr und namentlich den Ministern gegenüber. Auch unter einander kommt es mitunter vor, aber darüber steht mir keine Kritik zu. Auch die ministerielle Seite kritisiere ich nicht, ich bin dagegen abgehärtet durch langjährige Erfahrung und kann es aushalten; aber ich schildere hier nur die Gründe, die es machen, daß kein Minister an seinem Posten klebt, und daß man mir Unrecht thut, wenn man glaubt, es gehörte irgend eine künstliche Anstrengung dazu, um einen Minister zu bewegen, daß er aus dem Posten weicht. Nicht jeder war gewohnt an die Behandlung, daß öffentlich in der Presse der unwissendste Korrespondent einen alten erfahrenen Minister herunterreißt wie einen dummen Jungen. Das lesen wir in jeder Zeitung alle Tage, und das mag man

ſich ja gefallen laſſen. Das Geſchäft iſt ein ſehr mühſames und freudeloſes, nicht bloß Verdrießlichkeiten ausgeſetztes, ſondern ein aufreibendes und anſtrengendes. Das bringt die Herren Miniſter in die Stimmung, daß ſie mit großer Leichtigkeit ihre Poſten aufgeben, ſobald ſie ein anderes Motiv dafür finden können, als das einfache: ich will nicht mehr, ich mag nicht mehr, es iſt mir über. Übrigens iſt bei uns, was ich Herrn Richter gegenüber als Zeugnis für meine kollegialiſche Liebenswürdigkeit anrufen darf, der Wechſel nicht ſo raſch und ſo häufig geweſen, wie in allen anderen Ländern. Zählen Sie doch die Zahl der Miniſter, die ſeit meinem Antritt, ſeit 1862, über die Bühne gegangen ſind, und addieren Sie die Rücktritte, die aus anderen als parlamentariſchen Gründen erfolgt ſind, und Sie werden im Vergleich mit allen anderen Ländern für die Verträglichkeit der Miniſter in Deutſchland ein außerordentlich günſtiges Fazit finden. Ich halte alſo dieſe Anſpielungen, die auf meine Unverträglichkeit und auf meine wechſelnde Überzeugung gemacht worden ſind, für völlig unzutreffend.

Ich erlaube mir bei dieſer Gelegenheit, auf die in der Preſſe und auch hier ſo oft vorkommenden Vorwürfe noch mit einem Worte zurückzukommen, als hätte ich meine Anſichten über dieſe oder jene Sachen häufig und ſchroff gewechſelt. Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben oder heute glauben, ſie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir einer ſagt: vor zwanzig Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieſelbe Meinung noch, und Sie haben eine entgegengeſetzte, ſo antworte ich ihm darauf: ja, ſo klug, wie Sie heute ſind, war ich vor zwanzig Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den zwanzig Jahren. Aber ich will mich auf dieſen berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Menſch, der nicht lernt, nicht fortſchreitet mit ſeiner Zeit und alſo auch der Zeit nicht gewachſen bleibt; der bleibt zurück, wer feſtſteht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit garnicht entſchuldigen, für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarſtern, nach dem ich ſteure, beſtanden: das Wohl des Staates. Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft raſch und unbeſonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was iſt für mein Vaterland, was iſt — ſo lange ich allein in Preußen war — für meine Dynaſtie, und heutzutage, was iſt für die

deutſche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht geweſen, alle Syſteme, durch die die Parteien ſich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erſter Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbſtändigkeit, unſere Organiſation in der Weiſe, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konſervative Verfaſſung — meine Herren, ich geſtehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das iſt ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit iſt, nachdem das Haus feſtgebaut daſteht. In dieſen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerſt einen feſten, nach außen geſicherten, im Innern feſtgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weiſe mit mehr oder weniger liberalen Verfaſſungseinrichtungen das Haus zu möblieren ſei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorſchläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beiſtimmt, ſo werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten weſentlich nicht finden. Man kann es ſo machen oder ſo, es giebt viele Wege, die nach Rom führen. Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatoriſch regieren muß; es wechſelt alles, hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutſchen Reiches, von der Einigkeit der deutſchen Nation, da verlange ich, daß ſie feſt und ſturmfrei daſtehe und nicht bloß eine vorübergehende Feldbefeſtigung nach einigen Seiten hin habe. Seiner Schöpfung und Konſolidation habe ich meine ganze politiſche Thätigkeit vom erſten Augenblick, wo ſie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieſer Richtung der Magnetnadel geſteuert habe, ſo können Sie mir vielleicht nachweiſen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweiſen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe.

Über die Zollerhöhung in Rußland.

Rede gehalten am 4. März 1881.

Ich habe das Wort ergriffen, um zu erklären, daß der Herr Redner (Abg. Karſten) vollſtändig im ſachlichen Irrtum iſt, wenn er annimmt, daß die ruſſiſche Zollerhöhung eine Repreſſalie gegen die unſerige geweſen iſt. Er iſt mit der Entſtehungsgeſchichte dieſer Zollerhöhung ganz unbekannt, und ich widerſpreche dieſer Behauptung mit ſicherer Kenntnis der Akten und der Entſtehungsgeſchichte dieſer ruſſiſchen Zollerhöhung. Dieſelbe hat einen rein finanziellen Urſprung, iſt rein eine ruſſiſche Finanzmaßregel, und ich kann im Gegenteil verſichern, daß ſie nach der Ausſage mir bekannter und nahe bekannter ruſſiſcher Staatsmänner eine zeitlang zurückgehalten worden iſt, und Bedenken dagegen laut geworden ſind aus Sorge, daß dieſe Erhöhung deutſche Repreſſalien hervorrufen könnte, und wenn man auf ſolche hätte gefaßt ſein können, wenn man nicht die Abneigung unſerer parlamentariſchen Verſammlungen in früheren Verhandlungen, der Regierung dazu die Ermächtigung zu geben, kannte, dann wäre wahrſcheinlich die ruſſiſche Zollerhöhungsſorge um deutſche Repreſſalien gegen ruſſiſche Produkte zu verhüten ganz unterblieben, und Sie hätten darüber nicht zu klagen. Alſo gerade umgekehrt, als der Herr Redner angedeutet hat, liegt die Sache.

Der Reichskanzler, ſeine Politik und ſeine Perſon.

Rede gehalten am 4. März 1881.

Der Herr Vorredner hat ſich weſentlich mit der Kritik meiner Perſon beſchäftigt. Die Geſamtzahl, in welcher das Wort „Reichskanzler“ in ſeiner Rede vorkommt zur Geſamtzahl der Worte ſeiner Rede überhaupt, wird das Reſultat meiner Anſicht hinreichend rechtfertigen. Nun, ich weiß nicht zu wel-

chem Zwecke dieſe Kritik dient, wenn nicht zu meiner Belehrung, zu meiner Erziehung — ich bin im 66. Jahre und im 20. Jahre meiner Amtsthätigkeit — recht viel zu beſſern iſt an mir nicht mehr, man wird mich verbrauchen müſſen wie ich bin oder man wird mich beſeitigen müſſen. Ich habe meinerſeits nie den Verſuch gemacht, den Herrn Abg. Richter zu erziehen, ich würde mich dazu nicht berufen halten, ich habe auch nicht das Beſtreben, ihn aus der Thätigkeit, in der er ſich befindet, zu verdrängen — mir würden die Mittel dazu fehlen, ich habe auch keine Neigung dazu, aber mich aus der meinigen zu verdrängen, dazu, glaube ich, werden ihm auch die Mittel fehlen. Ob er mich nun in der Weiſe wird einengen und zurechtdrücken können, wie er das am Schluß ſeiner Rede für wünſchenswert erklärte, wenn ich noch länger erhalten werden ſollte, weiß ich nicht, bin aber für die Beſorgtheit, mit der er meiner Geſundheit dabei gedacht hat, aufrichtig dankbar. Ich kann mich aber leider, wenn ich meine Pflicht thun will, nicht in dem Maße ſchonen, wie es der Fürſorge des Herrn Richter wünſchenswert erſcheint, ich muß meine Geſundheit einſetzen.

Wenn derſelbe geſagt hat, daß alle Übel, die uns plagen, auch der Diskontoſatz, und ich weiß nicht was ſonſt noch, in der Unſicherheit unſerer Zuſtände ihren Grund hätten, wenn er das Wort eines anderen Kollegen zitiert hat von einer heilloſen Verwirrung bei uns, — nun, meine Herren, dann muß ich wiederholen, was ich an einer anderen Stelle geſagt habe und in Gegenwart des Herrn Abg. Richter: ſehen Sie ſich doch vergleichend in anderen Ländern um! Wenn der Zuſtand, der bei uns herrſcht, die geordnete Thätigkeit, die Sicherheit der Zukunft nach innen und nach außen, wenn das eine heilloſe Verwirrung iſt, ja, wie ſollen wir dann die Zuſtände in manchen anderen Ländern charakteriſieren? Ich ſehe in keinem europäiſchen Lande einen gleichen Zuſtand von Sicherheit und von Beruhigung, mit der man in die Zukunft blicken kann, wie im Deutſchen Reich. Ich habe damals ſchon geſagt: meine Stellung als auswärtiger Miniſter hindert mich an Exemplifikationen; aber jeder, der mit der Karte und mit der Zeitgeſchichte der letzten 20 Jahre in der Hand meiner Bemerkung nachſpüren will, der wird mir Recht geben müſſen, und ich weiß nicht, wozu dieſe Übertreibung von „heilloſer Verwirrung“ und „Ungewißheit und Unſicherheit der Zukunft“; es glaubt im Lande niemand daran, und das iſt doch die Hauptſache.

Die Leute im Lande wiſſen ſehr gut, wie es ihnen geht, und jeder, dem es nicht nach Wunſch geht, iſt ja gern bereit, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, und wenn ein Kandidat zur Wahl kommt und ſagt ihm: an dem allen iſt die Regierung oder — um mit dem Herrn Vorredner zu ſprechen — der Reichskanzler ſchuld, ſo mag er viele Gläubige finden; er wird in der Mehrheit aber Leute finden, die ſagen: gewiß hat er ſeine üblen Eigenſchaften und Kehrſeiten, aber daß ich an allen dieſen Übeln ſchuld ſei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen. Es geht mir freilich, wie vor 12 Jahren und länger dem Kaiſer Napoleon, der auch, nicht in ſeinem Lande, aber in Europa als die Urſache alles Übels angeklagt wurde von der Tartarei bis nach Spanien hin und der bei weitem keine ſo böſe Natur war, wie man ihm ſchuld gab, — und ich möchte dieſes Benefizium auch bei Hrn. Richter in Anſpruch nehmen: ich bin auch ſo ſchlimm nicht, wie er mich ſchildert. Sein Angriff richtet ſich in der Hauptſache, wenn er es recht überlegt, auch nicht ſo ſehr gegen mich, gegen meine Perſon, gegen diejenige Thätigkeit von mir, in welcher ich freien Willen habe, er richtet ſich in der Hauptſache gegen die Verfaſſung des Deutſchen Reichs. Die Verfaſſung des Deutſchen Reichs kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten wie den Reichskanzler. Ich könnte behaupten, daß meine verfaſſungsmäßige Verantwortlichkeit lange nicht ſo weit geht wie diejenige, die mir faktiſch aufgelegt wird, ich könnte mich vielmehr zurückziehen und ſagen: die Reichspolitik geht mich in inneren Beziehungen gar nichts an, ich bin nur des Kaiſers Exekutivbeamter. Ich will das aber nicht thun, ich habe die Verantwortlichkeit von Anfang an übernommen, ich habe die Verpflichtung übernommen, die Beſchlüſſe des Bundesrats, obſchon ich in ihm in der Minorität ſein kann, zu vertreten, nur muß ich das mit meiner Verantwortlichkeit verträglich finden. Ich will ſie annehmen, wie ſie liegt in der öffentlichen Meinung. Es kann aber jedermann doch nur für ſeine eigenen Entſchließungen und Handlungen verantwortlich ſein, es kann niemand eine Verantwortlichkeit auferlegt werden — und auch die Reichsverfaſſung hat das nicht thun wollen — für Handlungen, welche von ſeinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Rayons ſeiner Verantwortlichkeit einer vollſtändigen Unabhängigkeit und Freiheit genießen, ſonſt hört die Verantwortlichkeit auf, und

wer ſie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, ſie ſchwindet gänzlich.

So lange alſo Herr Richter die Reichsverfaſſung nicht ändert, müſſen Sie ſelbſt darauf beſtehen, daß Sie einen in ſeinen Entſchließungen vollſtändig freien und ſelbſtändigen Kanzler haben, denn für alles das, worin er nicht frei und ſelbſtändig ſich hat entſchließen können, kann ihn kein Menſch verantwortlich machen.

Ich habe dieſe Frage einmal bei Herſtellung der Verfaſſung mit einem ſehr ſcharfen Juriſten erörtert, der lange in einer hohen juriſtiſchen Stellung bei uns war und noch iſt, Herrn Pape. Der ſagte mir: der Kaiſer hat kein Veto; ich ſage, verfaſſungsmäßig hat er es nicht, aber denken Sie ſich den Fall, daß dem Kaiſer eine Maßregel zugemutet wird, die er nicht glaubt erfüllen zu können, oder eine ſolche, die er glaubt erfüllen zu können, ſein zeitiger Kanzler warnt ihn aber und ſagt: hierzu kann ich nicht raten, das kontraſigniere ich nicht.

Gut nun, iſt der Kaiſer denn dann in dieſem Falle verpflichtet, einen anderen Kanzler zu ſuchen, ſeinen Widerſtreber zu entlaſſen? Iſt er verpflichtet, einen jeden zum Kanzler zu nehmen, der ihm etwa von anderer Seite vorgeſchlagen wird? Wird er ſich den zweiten, dritten ſuchen, die beide ſagen: die Verantwortlichkeit hierfür, für dieſen Geſetzentwurf können wir nicht durch die Vorlage im Reichstage übernehmen? Darauf hat mir Herr Pape geantwortet: Sie haben Recht, der Kaiſer hat ein indirektes und faktiſches Veto.

Ich gehe ſo weit nicht einmal, ſondern alle dieſe Sachen werden nicht ſo haarſcharf durchgedrückt. Nehmen Sie alſo einen konkreten Fall, an dem ſich ſolche Sachen am beſten erläutern, nehmen Sie an, daß die Majorität des Bundesrats mit Zuſtimmung Preußens dieſes Geſetz beſchloſſen hat, und wobei in Preußen der Formfehler gemacht worden iſt, daß der zur Inſtruktion der Vertretung im Bundesrate berufene preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten nicht zugezogen worden iſt, um die Inſtruktion zur Zuſtimmung zu erteilen; aber ich nehme an, Preußen hat zugeſtimmt, dieſer Miniſter wäre zugezogen und wäre auch im preußiſchen Miniſterium in der Minorität geblieben, und der Kaiſer trägt ihm auf, nun dieſe Beſchlüſſe dem Bundesrat und dem Reichstage vorzulegen, der Kanzler ſagt: das glaube ich nicht verantworten, nicht verant-

wortlich vollziehen zu können, dann ist die erste Möglichkeit, daß Se. Majestät der Kaiser sagt: dann muß Ich mir einen anderen Kanzler suchen, — die ist nicht eingetreten, die zweite ist eingetreten, daß die Vorlage unterblieben ist. Dadurch ist nun die Situation geschaffen, in der, wenn es einen Klageberechtigten giebt, ein solcher nur in der Majorität der Regierungen, im Bundesrat, die diesen Beschluß gefaßt haben, gesucht werden kann.

Es ist nun der weitere Weg gegeben, ich glaube auch, daß solcher Wege in schweren Fragen bis ans Ende gegangen werden würde, aber wenn man jetzt die thatsächliche Probe machen wollte, was schließlich rechtens wird, dann müßte in diesem vorliegenden Falle die Majorität des Bundesrats Sr. Majestät dem Kaiser erklären: hier haben wir Beschlüsse gefaßt, unser verfassungsmäßiges Recht ist, daß der Kaiser sie dem Reichstage vorlegt, und wir fordern das. Der Kaiser könnte darauf antworten: ich will den Rechtspunkt nicht untersuchen, ob ich dazu verpflichtet bin, ich will annehmen, ich wäre es, ich weigere mich nicht, aber ich habe augenblicklich keinen Kanzler, der bereit ist, das zu unterschreiben, — kann dann dem Kanzler befohlen werden: Du sollst und mußt das unterschreiben!? kann er mit Gefängnis, wie bei Zeugenzwang, bedroht werden? Wo bliebe da die Verantwortung? Bleibt also der Kanzler bei seiner Weigerung, so kann die Majorität des Bundesrats dem Kaiser sagen: du mußt dir einen Kanzler schaffen, diesen entlassen, wir verlangen, daß unser Beschluß vor den Reichstag gebracht werde, und die Verfassung ist gebrochen, wenn das nicht geschieht. Nun, meine Herren, warten wir doch ab, ob der Fall eintritt, ob der Klageberechtigte diesen Weg verfolgen will, und wenn er ihn verfolgt, ob Se. Majestät der Kaiser dann nicht doch bereit ist zu sagen: gut, ich werde suchen einen Kanzler zu bekommen, der bereit ist, den Beschluß weiter zu befördern. — Ich will hier natürlich in eine Kritik der Gründe nicht eingehen, die mich im konkreten Fall abgehalten haben, es waren eben Gründe, die sich nicht am grünen Tisch, sondern im grünen Lande draußen finden, die mich veranlaßt haben, die Durchführung dieses Gesetzes für unthunlich zu halten, ich hatte nicht die Sicherheit, daß diese Unmöglichkeit der Durchführung auch von der Majorität dieses Hauses angenommen würde, wollte aber das Land der Gefahr nicht aussetzen, — Gefahr war es meines Erachtens — dieses Gesetz zu bekommen; der Moment, wo ich

dieſe Gefahr verhüten konnte, war einzig und allein der der Vorlage im Namen des Kaiſers; das verfaſſungsmäßige Remedium gegen dieſe Benutzung liegt im Wechſel, in der Perſon des Kanzlers, ein anderes ſehe ich nicht.

Ich komme dabei, da ich eben den Reichstag berührte, auf mein Zuſammenwirken mit dem Reichstage. Das Ideal des Herrn Richter ſcheint zu ſein ein ſchüchterner, vorſichtiger Kanzler, der ſorgfältig hinhorcht: kann ich hier anſtoßen, wenn ich dieſes thue, kann ich da anſtoßen, der einen ablehnenden Beſchluß des Reichstags nicht abwartet, ſondern, wie ich häufig bei Kollegen erlebt habe, aufgeregt nach Hauſe kommt und ſagt: mein Gott, das Geſetz iſt verloren, der und der iſt dagegen, und nach 3 Wochen iſt es durchgegangen. Auf ſolche Konjekturalpolitik, auf ſolche Indizienberichte über das, was im Reichstag etwa beſchloſſen werden kann, weil die Stellung von denen, die am lauteſten ſprechen, aber nicht immer das entſcheidende Gewicht haben, dagegen iſt, auf die kann ich mich nicht einlaſſen, und ich würde Ihnen wirklich raten, einen ſolchen ängſtlich und beſorgt nach jedem Wink hinhörenden Kanzler, wenn es dem Herrn Richter möglich iſt, ſich einen ſolchen zu verſchaffen, auf dieſer Stelle möglichſt kurze Zeit zu dulden. Denn wenn ein leitender Miniſter — und ein ſolcher iſt er im Reich — keine eigene Meinung hat und ſie erſt von anderen hören muß, was er glauben und thun ſoll, dann brauchen Sie ihn garnicht. Was Herr Richter dabei vorſchlägt, iſt die Regierung des Landes durch den Reichstag, die Regierung des Landes durch ſich ſelbſt, wie man das in Frankreich genannt hat, und durch ſeine gewählten Vertreter. Ein Kanzler, ein Miniſter, der nicht wagt, etwas einzubringen, wovon er ſicher weiß, daß er es durchbringt, der iſt eben kein Miniſter, der könnte ebenſo gut mit dem weißen Zeichen hier unter uns herumgehen und ſich erkundigen, ob Sie erlauben, daß er dieſes oder jenes einbringen will. Dazu bin ich nicht gemacht.

In wie weit ich die Unterordnung unter den Bundesrat annehme, das habe ich vorher auseinanderzuſetzen verſucht, ich habe aber zugleich damit geſchloſſen, daß noch sub judice lis est, der Prozeß iſt nicht geſchloſſen. Ob ich nach meiner verfaſſungsmäßigen Überzeugung der Mehrheit des Bundesrats mich fügen würde, wenn ſie es verlangte, darüber habe ich mich nicht auszuſprechen, das iſt eine Frage, die bisher nicht vorliegt; die

Mehrheit hat es nicht verlangt. Ob ich bei Durchſetzung der Forderung berechtigt bin, meinen Widerſpruch aufrechtzuerhalten — darüber ſage ich: non liquet, wir werden es künftig ſehen. Dergleichen entſcheidet ſich ſchließlich durch das uralte Recht, was ſchon die Römer bei den Deutſchen zu ihrem Erſtaunen fanden, wovon ſie ſagten: „Herkommen vocant.“ Dieſes Herkommen hat ſich bezüglich der Handhabung der Verfaſſung noch nicht ausgebildet.

Inhaltsverzeichnis.

Politische Reden.

Seite

Über Königtum und Priestertum. 10./3. 1873 5
Über die Notwehr des Staates gegen Priesterherrschaft. 24./4. 1873 13
Über die Diktatur in Elsaß-Lothringen. 16./5. 1873 17
Über die Gesandtschaft des Deutschen Reiches beim Papste. 9./6. 1873 22
Über die Regierung und die Volksrechte. 16./6. 1873 24
Über die Pflicht der Regierung in bezug auf die Preßfreiheit. 16./6. 1873 25
Über die beste Sessionszeit für den Reichstag. 16./6. 1873 . . 26
Über die Zivilehe. 17./12. 1873 29
Über die Lamarmoraschen Enthüllungen. 16./1. 1874 34
Über die Verleumdungen Lamarmoras. 16./1. 1874 38
Rede bei der Beratung des Antrages der Elsaß-Lothringer auf Beseitigung der bisherigen Beschränkungen der dortigen Presse. 3./3. 1874 41
Dankesworte 13./7. 1874 45
Über das deutsche Reichsinteresse in Elsaß-Lothringen. 30./11. 1874 46
Über die Einsetzung eines Reichs-Justizamtes. 1./12. 1874. . . 51
Über die auswärtige Politik und die Ultramontanen. 4./12. 1874 54
Erklärung über die Einziehung der deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle. 5./12. 1874 61
Rede über den Gehorsam gegen Gott und den König. 16./3. 1875 63
Erklärungen über Bildung einer mächtigen staatlich-monarchischen Partei. 18./3. 1875 65
Über die Stellung der Evangelisch-Konservativen im Kampfe gegen Rom. 15./4. 1875 68
Über die Veränderung der römischen Kirchenverfassung und die entsprechende Veränderung der preußischen Verfassung. 16./4. 1875 71
Erster Versuch zur Steuerreform. 22./11. 1875 77
Über das Strafgesetz und das Staatswohl. 3./12. 1875 . . . 84

Seite

Über Mißbräuche und Gefahren auf dem Gebiete der Presse. 9./2. 1876 90
Über das Ziel und die Bedeutung der Eisenbahnvorlage. 26./4. 1876 101
Deutschlands Stellung zu Rußland und zur orientalischen Frage. 5./12. 1876 105
Über Reichsfinanzen und Reichsministerien. 10./3. 1877 . . . 114
Über dasselbe. 13./3. 1877 120
Antwort auf die Interpellation der vereinigten konservativen und liberalen Parteien des Reichstages. 19./2. 1878 . . . 121
Über Deutschlands Verhältnis zu Rußland und Österreich. 19./2. 1878 134
Erwiderung auf eine Äußerung des polnischen Abgeordneten von Komierowski über Polen und Sozialdemokraten. 19./2. 1878 140
Über das Reichseisenbahnamt. 25./2. 1878 141
Über das Gehalt der Botschafter. 25./2. 1878 144
Über die Grenzsperre Rußlands. 25./2. 1878 148
Über das Tabaksmonopol. 26./2. 1878 150
Über die Stellvertretungsvorlage. 5./3. 1878 154
Über die Stellvertretungsvorlage. 8./3. 1878 175
Über den Amtssitz des Stellvertreters des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen in Straßburg. 8./3. 1878 180
Über das Eisenbahn-Ministerium und unsere Eisenbahn-Politik. 22./3. 1878 183
Rede bei der ersten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage. 17./9. 1878 188
Rede bei der zweiten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage. 9./10. 1878 203
Bei der zweiten Lesung des Sozialisten-Gesetzes im Reichstage. 9./10. 1878 222
Schluß der Reichstags-Session. 19./10. 1878 224
Über den Handelsvertrag mit Österreich. 21./2. 1879 225
Über die Strafgewalt im Reichstage. 4./3. 1879 232
Über die Milde des Strafrechts. 8./3. 1879 237
Über die Ursachen der Auswanderung. 8./3. 1879 242
Zur weiteren Entwicklung der elsaß-lothringischen Einrichtungen. 21./3. 1879 245
Über die Holzzölle. 27./3. 1879 254
Weitere Äußerungen zur Vertretung von Elsaß-Lothringen im Bundesrat. 27./3. 1879 263

Seite

Rede bei der erſten Leſung der wirtſchaftlichen Vorlagen. 2./5. 1879 268
Zur finanziellen Seite der Zollreform. 8./5. 1879 286
„ „ „ „ „ 8./5. 1879 287
Über die Getreidezölle. 21./5. 1879 301
Über die Münzreform auf eine Interpellation des Abgeordneten Delbrück. 19./6. 1879 327
Rede über die Überweiſung der Zollüberſchüſſe an die Einzelſtaaten. 9./7. 1879 338
Rede bei der zweiten Beratung über die Zuſtände des Reiches. 8./5. 1880 349
Die Eröffnung des Volkswirtſchaftsrats. 27./1. 1881 362
Über die Annahme des dauernden Steuererlaſſes im Abgeordnetenhauſe. 16. und 17./2. 1881 365
Über die Finanzreform. 17./2. 1881 370
Über die Stellung des Königs, des Staatsminiſteriums und der einzelnen Miniſter zu den Vorlagen für den Landtag. 21./2. 1881 378
Des Kanzlers Verantwortlichkeit für die geſamte Reichsverwaltung. 24./2. 1881 384
Über die Zollerhöhung in Rußland. 4./3. 1881 390
Der Reichskanzler, ſeine Politik und ſeine Perſon. 4./3. 1881 . 390

Fürſt Bismarck's

geſammelte Reden.

* * *

Fürst Bismarck's gesammelte Reden

Band III

Berlin W. 9
Globus Verlag
G. m. b. H.

Bei der 3. Lesung des Gesetzentwurfs über die Küstenschiffahrt.

Rede gehalten am 4. März 1881.

Ich wende mich, indem ich die sachliche Vertretung dem sachkundigen Herrn Kommissar überlasse, zunächst zu den politischen Einwendungen, die der Herr Vorredner (Abg. Schlutow) gegen die diesjährige Wiederholung der Vorlage gemacht hat. Ich habe schon neulich Gelegenheit gehabt, über das Verhältnis des Bundesrats selbst zu abgelehnten Vorlagen zu sprechen und muß heute auf die Sache zurückkommen. Selbst wenn diese Gesetzesvorlage im vorigen Jahre im Reichstag vollständig durchberaten worden wäre und zu einem Beschluß in dritter Lesung geführt hätte, so blieben die verbündeten Regierungen auch dann noch berechtigt, bei ihrer eigenen Ansicht zu beharren. Es heißt das die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Faktoren des Reichs in Zweifel ziehen, wenn man sagt, daß eine vom Reichstag abgelehnte Sache, wenn sich die verbündeten Regierungen von der Unrichtigkeit ihrer Auffassung nicht überzeugen können, nicht wieder in derselben Form vorgelegt werden dürfe. Aber so liegt die Frage hier ja gar nicht einmal, sondern es wird auch hier wieder verlangt, daß die verbündeten Regierungen schon bei der ersten Anfühlung des Reichstags über die Annehmlichkeit oder Inpopularität ihrer Vorlagen — gewissermaßen, wie ein Kammerherr seinem Fürsten gegenüber den Blick verstehen soll, auf dieses unliebsame Thema nicht wieder zurückkommen sollen. Ja, meine Herren, da regiert dann der Reichstag allein und dann können Sie die verbündeten Regierungen von der nicht gerade leichten Teilnahme an der Gesetzgebung ganz dispensieren, wenn sie gar nichts mehr vorbringen können, dessen Ablehnung wahrscheinlich ist. Die verbündeten Regierungen

bleiben, der Reichstag wechſelt, und die Regierungen haben es nicht bloß mit dem Reichstag, ſondern mit der Nation zu thun.

Es kann ja ſein, daß bei fortgeſetzter Diskuſſion bis zur vollen Klarſtellung der Sache ſich die Nation und in specie der Wähler überzeugt, daß die Regierung ſo ganz Unrecht nicht gehabt hat. Die Regierungen ſind vollſtändig berechtigt, ihre Politik nicht bloß auf eine Reichstagsſeſſion, nicht bloß auf eine Wahlperiode einzurichten, ſondern ſie ſind verpflichtet, ſie auf ein Menſchenleben einzurichten und zu berechnen und auch Gedanken anzuregen, die ſich vielleicht erſt mühſam Bahn brechen, wenn ſie zu wiederholten Malen diskutiert und dadurch zu beſſerem Verſtändnis gebracht worden ſind. Wenn der Reichstag im vorigen Jahre einen definitiven Beſchluß gefaßt hätte, ſo hätte man ja, nachdem man die Stärke der Majorität, die dabei auftritt, die mehr oder weniger ſachkundige oder unter dem Druck der politiſchen Stellung handelnde Zuſammenſetzung der Majorität erwogen hätte, darüber von ſeiten der verbündeten Regierungen verhandeln können. Wenn aber die Gewohnheit weiter einreißt, daß Vorlagen, die viele Arbeit und viele Erkundigungen auch bei anderen Sachverſtändigen, als hier zum Worte kommen, veranlaßt haben, nur halb oder gar nicht durchberaten oder in eine Kommiſſion verwieſen werden und da liegen bleiben — ja, meine Herren, das iſt wenigſtens kein wohlwollendes Mittel, um den verbündeten Regierungen die abweichende Anſicht zu erkennen zu geben, indem man die Sache dilatoriſch behandelt und ſie liegen läßt. Die vorliegende Sache gehört zu den, ich glaube, nicht ganz wenigen, die in der vorigen Legislatur nicht zum Abſchluß gelangten. Das iſt der politiſche Teil der Sache, in dem ich nur die Rechte der verbündeten Regierungen verwahren will und mich dabei darauf berufe, daß der Reichstag doch auch nicht gerade erſchrocken iſt, wenn er Reſolutionen faßt und findet, daß die verbündeten Regierungen ganz anderer Anſicht zu ſein ſcheinen. In dem Falle zieht er ſich nicht ſchüchtern zurück, ſondern beharrt feſt auf der Reſolution und wiederholt ſie im nächſten Jahre. Wir ſtehen, glaube ich, zu gleichen Rechten nach der Verfaſſung, alſo wenn Sie eine ſchüchterne demütige Ängſtlichkeit gegenüber Ihren Andeutungen von den Regierungen verlangen wollten, ſo müßten Sie wenigſtens eine billige äquivalente Rückſichtnahme auf die Anſichten der Regierungen — ſie können ja irrig ſein ſie können es alle ſein — verwenden. Es geſchieht aber im Gegenteil, daß hier im Reichstag ſogar die Minorität, die in

gesetzgebenden Akten überstimmt ist, sich keinen Augenblick darüber bedenkt, die Beschlüsse, welche die Majorität des Reichstags in Übereinstimmung mit den Bundesregierungen gefaßt und zum Gesetz erhoben hat, anzufeinden und — ich will sagen — für vollständiges Fiasko zu erklären und zu behaupten, Zustände, die dadurch herbeigeführt wurden, müßten sofort aufhören; so wenig ist da eine Gegenseitigkeit vorhanden. Eine Minorität im Bundesrat würde sich nie erlauben, gegen ein Gesetz in dieser Weise aufzutreten und zu seiner Beseitigung dieses Gesetz in den Augen derer, die danach leben, und jahrelang leben sollen, herabzusetzen. Bei uns haben dieselben Herren, die mir früher den Vorwurf gemacht haben, daß in der Wiederholung einer Vorlage eine Mißachtung des Reichstages liege, vom freihändlerischen Standpunkt die Gesetze, die in Übereinstimmung zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat beschlossen worden sind und als Reichsgesetze gelten, mit den schärfsten Worten anzugreifen und die Anträge auf Abänderung zwar nicht in formulierter Weise vorzulegen, aber bei jeder Diskussion implicite anzugreifen versucht. Soviel über die politische Seite der Frage.

Was die materielle, die sachliche Seite der Frage anlangt, so bin ich sowohl wie der Herr Kommissar neben mir verpflichtet, Beschlüsse der verbündeten Regierungen zu vertreten. Aber lassen wir doch erst mal den Reichstag bis zu Ende uns einen vollgiltig gemachten Beschluß vorlegen, dann werden wir uns auch handeln lassen. Wir sind nicht, wenn ich von den Vertretern der verbündeten Regierungen spreche, gesonnen, mit dem Kopf durch die Wand zu geben und nun zehn Jahre hinter einander ohne Aussicht auf Annahme dasselbe vorzulegen, aber daß wir gleich auf den ersten blinden Schuß davonlaufen, das können Sie von uns auch nicht verlangen. Beschließen Sie doch mal erst definitiv, und dann bin ich gern bereit, zu unterhandeln. Ich bin in einer Sache, in der ich mich selbst für einen Sachkundigen nicht halte, nicht so eigensinnig, daß ich guten Gründen nicht zugänglich wäre; wenn ein Reichstagsbeschluß vorliegt, dann wollen wir die Sachkundigen, auch andere als den Herrn Vorredner, gern hören, und dann sind wir vollständig bereit, über die Sache zu unterhandeln. Ich bin auch in keiner Weise abgeneigt und bin dankbar für die Anregung, dann eine Kommission von Sachverständigen zu berufen und mit denen die Sache zu beraten. Aber erst bitte ich im Namen der Regierungen um einen fertigen Reichstagsbeschluß und muß, nicht im Namen

der Regierungen, aber in meinem eigenen die Ansicht aussprechen: so lange wir mit den Verweisungen in Kommissionen und halben Beschlüssen und Liegenlassen abgespeist werden, halte ich es für eine berechtigte Taktik der Regierungen, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, und jedes Jahr dieselbe Vorlage zu wiederholen, bis sie ein responsum des Reichstags mit ja oder nein bekommen; darauf haben wir, glaube ich, ein Recht.

Über die städtischen Steuern und die städtische Verwaltung auf Anlaß des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Dienstwohnungen.

Rede gehalten am 4. März 1881.

Ich stehe den meisten der Wünsche, die der Herr Vorredner (Abg. Reichensperger [Krefeld]) ausgesprochen hat, meinerseits nicht feindlich gegenüber, ich hatte nur gehofft, daß, wenn er weiter nichts gegen das Gesetz auszusetzen hätte, als diejenigen Stellen, die er amendiert wünscht, er sich dann mit etwas mehr Sympathie für den Hauptkern des Gesetzes, nämlich die Unabhängigkeit der Reichsbeamten von der Gemeinde, in der sie wohnen, wenigstens von jeder Willkür, die an sie ergehen kann, — daß er sich für dieses Hauptprinzip mit mehr Teilnahme an dem Gesetz eingesetzt hätte mit seinem Einfluß.

Ich bin zuerst darin mit ihm vollständig einverstanden, daß ich möglichste Beschränkung der Dienstwohnungen auf die Fälle, für die sie unentbehrlich sind, wünsche, also z. B. für große Zentralbehörden, die mit ihren Akten und ganzen Einrichtungen nicht der Kündigung von dem Hauswirt und dem Umziehen ausgesetzt sein können, sei es hier in Berlin, sei es, daß es die Botschaften im Auslande betrifft, namentlich aber bin ich seiner Meinung über die vielen Inkonvenienzen, die mit den Dienstwohnungen verbunden sind, besonders nach den Traditionen unserer Baubehörden in den letzten Jahrzehnten. Ich kenne diese Dienstwohnungen alle ziemlich genau und ich benutze diese Gelegenheit, um die Verantwortlichkeit für ihre Gestaltung von mir abzulehnen. Ich bin nicht hinreichend Sachkundiger, um selbst

einen Bau der Art zu leiten, ich bin also notwendigerweise an die amtliche Technik gewiesen; in dieser bin ich aber nicht berechtigt, eine Personalveränderung vorzunehmen. Der Beamte, der die Sache leitet, gehört nicht zu denen, deren Dispositionsstellung ich beantragen kann, wenn er mir nicht zu Danke baut. Ich bin also gezwungen, mit dem Beamten zu wirtschaften, den ich habe. Ich bin mit den Leistungen, die daraus hervorgegangen sind, aus ähnlichen Gründen wie der Herr Vorredner, nicht einverstanden. Die Herren brachen zum Teil in Heiterkeit aus über das Wort „Façade", aber damit traf der Herr Vorredner gerade den richtigen Punkt; es wird hier, wie er sagt, von außen hineingebaut auf das Aussehen. Und nächst der Façade ist es die kolossale Treppe, lebensgefährlich und ohne Geländer; ich erinnere nur an das Bankgebäude, an das auswärtige Amt, wo die Treppe einen kolossal großen Raum einnimmt und den Wohnraum außerordentlich einschränkt. Das dritte Erfordernis für Baubeamte sind die Prunksäle, die für Vermögen und Gehälter berechnet sind, die wir bei uns garnicht haben, Säle, die im Gebäude einen großen Teil der häuslichen Bequemlichkeit und des Büreauraums wegnehmen. Ich erinnere namentlich an das Gebäude in der Voßstraße für das Reichsjustizamt und an unser jetziges Handelsministerium. Ja, die Säle, die da sind, sind ohne jedes Judizium in bezug auf die Gehaltsbeirätigkeit der Bewohner angelegt, sie stehen leer und der Nutznießer ist in Verlegenheit, wie er sie möblieren und benutzen soll, er giebt sie zu Wohlthätigkeitsausstellungen her; deshalb werden sie aber doch nach ihrem objektiven Wert zur Mietssteuer angesetzt; ob er diese riesigen Korridore und Prunksäle benutzen kann, danach wird von seiten der Stadtbehörde nicht gefragt. Wie viel nutzloser Raum, wie viel toter Raum in dem Hause ist, das wissen die Herren nicht, sie kommen ja nicht in die Häuser hinein, wenn sie taxieren. Das sind wirkliche Inkonvenienzen bei den Bauten für die Dienstwohnungen. Im auswärtigen Ministerium wird das Beziehen der Dienstwohnung verweigert wegen der mephitischen Dünste darin; die Leitung der Kloakenverbindung ist derart auch in dem Hause, welches ich bewohne, daß ich fortwährend zu Änderungen genötigt bin, weil die Kloakenröhren ohne Sachkunde angelegt sind in das einfache poröse Mauerwerk hinein, wo die Dünste durchdringen und durch die Dielen herauskommen. Das sind Schäden

der Dienstwohnungen, ganz unabhängig von denjenigen, die uns heut beschäftigen.

Wenn der Herr Vorredner dann sagt, 10 Prozent ist zu niedrig, so ist das ziemlich gleichgiltig. Die allgemeine Präsumtion ist dafür, daß ein Beamter in einer Stadt wie Berlin im Großen und Ganzen 20 Prozent, den fünften Teil seines Einkommens für seine Unterkunft zu verwenden hat. Es trifft das auch nicht immer zu, namentlich bei ärmeren Leuten steigt es auf ein Viertel, ja, wenn die Leute Kinder haben, selbst auf ein Drittel ihres Gehalts. Zum Beispiel Kanzleidiener — es entschlüpft mir da immer wieder die Thalerrechnung — die 400 oder 500 Thaler Einkommen haben, sind, wenn sie verheiratet und kinderlos sind, genötigt, 140 bis 150 Thaler für ihre Wohnung zu geben, wenn ihnen ihr Dienst nicht die Möglichkeit gewährt, weit außerhalb der Stadt zu wohnen und auf einer Omnibuslinie das Hereinkommen zu benutzen, dann allerdings können sie billiger wohnen; aber haben sie Kinder, dann wird es ihnen schwer, unter 200 Thalern in der engeren Stadt ein Unterkommen zu finden, sie sind notwendig gezwungen, zur Vorstadt ihre Zuflucht zu nehmen. Aber damit wäre ich vollständig einverstanden, wenn der Herr Vorredner ein Amendement stellte, die Grenze, bis zu welcher die Kommune eine Dienstwohnung einschätzen kann, auf 20 pCt. des Diensteinkommens zu setzen anstatt 10 pCt., das würde ich akzeptieren; mir ist der finanzielle Betrag so außerordentlich wichtig nicht, sondern nur die Stellung der Reichsbeamten zu den Gemeinden, die Unabhängigkeit von willkürlichen Einschätzungen.

Der Herr Vorredner hat uns gesagt, zu welchem Preise in Köln ein Beamter eine „anständige, seiner sozialen Stellung entsprechende“ Wohnung in der Regel finden könnte, und ist auch da auf den Satz von etwa 20 Prozent, $^1/_5$ des Einkommens gekommen. Ich glaube, man kann ihn auch hier festhalten; ich würde z. B. für einen preußischen Minister in Berlin, der 12000 Thaler Gehalt hat, der Meinung sein, daß nach der Gegend, wo er wohnen will, für höchstens 3000 Thaler eine anständige, „seinen sozialen Verhältnissen entsprechende“ Wohnung beschafft werden kann, soweit es für seinen Privatgebrauch erforderlich ist. Auch ich würde dafür wohnen können, und wenn ich frei wäre, würde ich überhaupt nicht in Berlin wohnen, ich habe Häuser genug, die ich lieber bewohne, und Orte, die angenehmer sind zum Aufenthalt.

Ich wiederhole, mir ist die Finanzfrage vollständig gleichgiltig; wenn ich auch nur in einem einzigen Jahre meine Ausgabe in dem Hause, das ich bewohne, von dem dreifachen auf das doppelte meines Gehalts herunterſetzen will, ſo erſpare ich die Summe, um die es ſich handelt, auf 100 Jahre; das könnte ich ja ſehr leicht thun, das hat für mich keinen Wert, es iſt rein die Frage der Würde und Unabhängigkeit der Reichsbeamten gegenüber den Kommunalbehörden, die für mich vorliegt.

Alſo ich könnte nach meinem Geſchmack gut und behaglich für 3000 Thaler wohnen, — ich bin eingeſchätzt auf 8000 Thaler, der Wert meiner Privatwohnung, und wenn Sie ſie vermieten wollten, glaube ich nicht, daß Sie 3000 Thaler bekämen. Sie ſehen alſo, — es iſt das aber ganz gleichgiltig.

Ich gehe aber nach einer anderen Richtung weiter wie der Herr Vorredner. Nämlich meines Erachtens muß jeder politiſche Miniſter dahin wirken, daß die Mietsſteuer überhaupt ganz abgeſchafft werde. Die Mietsſteuer iſt eine der unvollkommenſten, drückendſten Steuern, eine der unbilligſten, die überhaupt gefunden werden kann. Sie beſteht deshalb auch nur in außerordentlich wenigen Städten, außer in Berlin nur in Frankfurt am Main, Danzig, Halle, Emden, Ottenſen u. ſ. w., im ganzen überhaupt nur in neun preußiſchen Städten; in den anderen Städten außer Berlin beſteht ſie aber zu einem ſo mäßigen Satze, daß die Unbilden davon allenfalls getragen werden können. Von der geſamten Mietsſteuer, die in dieſen 9 Ständten aufkommt, kommen auf Berlin 98 Prozent und auf die anderen 8 Städte nur 2 Prozent. Es iſt ferner bemerkenswert, daß der Berliner Magiſtrat in einer mir hier vorliegenden Eingabe vom 16. Februar 1869 ſelbſt weit entfernt iſt von der Überzeugung, daß dies eine gerechte Steuer ſei; nichtsdeſtoweniger aber erhebt er nach dieſer Steuer 48 Prozent, alſo nahezu die Hälfte ſeiner geſamten ſtädtiſchen Beſteuerung. In dieſer Eingabe heißt es, — es iſt eine Erwiderung, nämlich auf eine miniſterielle Anſicht, daß die Mietsſteuer eine Art von Einkommenſteuer wäre, — es erwidert der hieſige Magiſtrat:

> Es wird keinem Zweifel unterliegen können, daß die erſte Bedingung und Vorausſetzung, um der Mietsſteuer den Charakter einer Einkommenſteuer beizulegen, die ſein müßte, daß die Mietsſteuer die verſchiedenen Einwohner und Einwohnerklaſſen auch nur in ungefährem Verhältnis zu ihrem Einkommen belaſtet, daß ſie ſich

mit anderen Worten in ihrer Höhe nach dem Einkommen reguliert; gerade das Gegenteil trifft aber bei der Mietssteuer in zahlreichen Fällen zu, und ihr Hauptvorwurf ist wesentlich stets aus ihrer Unverhältnislosigkeit zu der Höhe des Einkommens herzuleiten gesucht. Und nach dieser Steuer erhebt der Berliner Magistrat 48 Prozent seines Steuereinkommens überhaupt.

Wir dürfen nur auf die Gewerbetreibenden hinweisen, welche häufig einer sehr hohen Mietssteuer unterliegen und ein verhältnismäßig sehr geringes Einkommen beziehen; wir dürfen nur auf die überaus große Anzahl sehr wohlhabender und reicher Einwohner hinweisen, welche oft zur Befriedigung ihres Wohnungsbedürfnisses eine verhältnismäßig sehr unbedeutende Ausgabe machen und infolgedessen einer unbedeutenden Steuer unterworfen sind.

Das ist die Charakteristik, die der Berliner Magistrat selbst der Mietssteuer giebt, die er erhebt; nichtsdestoweniger sind Versuche, sie abzuschaffen, sie zu ändern, nach keiner Seite hin jemals gemacht worden, im Gegenteil, als in der Erwiderung auf diese Petition die beteiligten Ministerien der Stadt den Gedanken nahe gelegt haben, die Mietssteuer abzuschaffen und statt dessen andere einzuführen, ist die Stadt auf diese Beschwerde, nämlich die Absicht, noch schärfere Heranziehung der Beamten, nicht wieder zurückgekommen und hat sie fahren lassen. Die Stadt ist also entschlossen, diese, wie sie selbst sagt, „mit dem Einkommen in gar keiner Beziehung stehende" Steuer, von der sie aber dennoch die Hälfte ihres Aufkommens an Steuern bezieht, beizubehalten. Ich halte diese Steuer umsomehr für reformbedürftig, als sie, wie ich schon erwähnte, den Armen ganz unverhältnismäßig höher betrifft, als den Reichen, und unter den Armen den kinderreichen wieder höher als den kinderlosen, und es liegen in dieser Steuer ganz andere Härten, als in den so viel und auf ganz unbegründeten Voraussetzungen behaupteten Belastungen des armen Mannes durch die Korn- und Petroleumzölle.

Die Stadt Berlin erhebt an Mietssteuer — mir stehen nur die Daten von 1876 zu Gebote, die anderen sind mir noch nicht zugegangen — beinahe 10 Millionen Mark, sie hatte damals Einwohner nicht ganz 1 Million; man kann also sagen, sie nahm etwas über 10 Mark auf den Kopf. Denken Sie sich

dieſe Steuer im ganzen deutſchen Reiche ausgebreitet, ſo haben Sie eine Beſteuerung von 450 Millionen Mark direkter Steuern. In dieſem Maßſtabe beſteuert alſo die Stadt Berlin ihre Eingeſeſſenen, und namentlich die ärmeren, wie ich vorhin ſchon berührt habe, ſchärfer als die wohlhabenden. Es iſt meines Erachtens eine der dringendſten Aufgaben der preußiſchen Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieſer reformbedürftige Zuſtand in der Hauptſtadt des Deutſchen Reichs aufhöre, und ich glaube, ſie wird damit auch weſentlich zur Befriedigung namentlich der großen Maſſen armer und mitunter erwerbsloſer Leute beitragen, wenn ſie dieſe bis in das kleinſte hinein treffende Steuer beſeitigt. Der Schlafburſche muß ſeine Mietsſteuer zahlen, nur iſt der Hauptmieter, deſſen Aftermieter er iſt, genötigt, ſie auszulegen. Daher iſt die Sicherheit des Eingangs, da dieſen Hauptmieter ſofort die Exekution trifft, wenn er nicht auslegt. Alſo der Mann, der nichts weiter hat als die Schlafſtelle, die er mietet, der in der ganzen übrigen preußiſchen Monarchie ſonſt ſteuerfrei iſt, wird in Berlin, wenn er überhaupt ein Unterkommen haben will, zu dieſer Steuer herangezogen; denn natürlich wird ſie auf die Miete aufgeſchlagen.

Ich muß überhaupt bei dieſer Gelegenheit bemerken — und da wir genötigt ſind, hier in Berlin zu tagen und zu wohnen, ſo iſt die Bemerkung auch nicht unberechtigt — daß mir das Finanzſyſtem dieſer Stadt, die wir zu bewohnen gezwungen ſind, im allerhöchſten Grade reformbedürftig ſcheint und den Aufgaben, die einer ſo großen Verwaltung geſtellt werden müſſen, in keiner Weiſe entſpricht. Es hängt das ja zuſammen mit den Steuer- und Zollreformen, die ich überhaupt erſtrebe, die die Mittel dazu geben können. Es liegt das zum Teil darin, daß die Verwaltungen unſerer großen Städte nicht ohne Einwirkung der Theorie und der Politik geführt werden, daß nicht die wirtſchaftlichen Intereſſen allein maßgebend ſind, ſondern daß diejenigen politiſchen Theoreme, die im Staatsleben die beteiligte Stadtverwaltung über Steuern überhaupt hat, ſchon aus prinzipiellen Gründen auf die Stadt — zu deren Schaden — übertragen werden. Sonſt iſt es mir ganz unverſtändlich, wie eine Stadt wie Berlin auf die letzten Reſiduen ihrer indirekten Einnahmen hat verzichten können und einen ſo ungeheuerlichen Bedarf, wie ihn eine ſo große Stadt nötig hat, mit direkten Steuern aufzubringen unternommen hat.

Dieſer Verſuch zeugt meines Erachtens bei den Herren, die

ihn gemacht haben, von einer Unbekanntſchaft mit den Traditionen des Steuerweſens überhaupt und von einem nicht ſehr nachdenklichen Experimentieren mit dem Schickſal der großen und beſitzloſen Maſſen, die in den großen Städten wohnen. Durch Abſchaffung der Mahl- und Schlachtſteuer iſt der ganze Fremdenverkehr in Berlin ſteuerfrei geworden. Wie groß der iſt, das kann ungefähr daraus geſchloſſen werden, daß im Jahre 1877 die mit der Eiſenbahn in Berlin angekommenen Perſonen im Laufe des Jahres 4491000 betrugen, im Jahre 1878 4714000. Wenn auch mancher Berliner mit dabei iſt, wenn auch Leute dabei ſind, die nichts oder wenig verzehren, ſo ſind doch ganz gewiß darunter mehrere Hunderttauſende, wenn nicht Millionen wohlhabender Leute, die teils zu ihrem Vergnügen herkommen, teils hier durchreiſen und früher ein ſehr hübſches Item der Berliner Steuern tragen halfen. Es muß alſo, was früher der reiche Fremde zahlte, jetzt der arme Mann in Berlin und der kleine Beamte mit kümmerlichem Gehalt im Wege der Mietsſteuer zum großen Teil aufbringen, lediglich wegen des Mangels an Geſchick und Umſicht und des Mangels an Aufſicht ſeitens der Regierung über eine für das Geſamtwohl des Staates ſo erſtaunlich wichtige Verwaltung, wie die finanzielle Verwaltung von Berlin iſt. Wenn ein Abgeordneter neulich ſagte, daß die Zollgeſetzgebung, die der Reichstag und die verbündeten Regierungen votiert haben, „ein gewaltiges Fiasko“ gemacht hat, ſo muß ich ſagen, gegen das Fiasko, was die zwanzigjährige Berliner Finanzwirtſchaft gemacht hat, iſt jene Staatsfinanzwirtſchaft noch ein glänzender Erfolg. Und dergleichen verſchwenderiſche Experimente geſchehen in einer Stadt, die keineswegs in dem Maße wohlhabend und in ihren Verhältniſſen rangiert iſt, wie andere Städte von derſelben Größe.

Ich habe ſchon bei einer anderen Gelegenheit erwähnt, daß mir aus ſtatiſtiſchen Daten zugekommen iſt, daß der Feuerkaſſenwert der Berliner Häuſer etwas über 1900 Millionen beträgt, die Hypotheken aber, die darauf eingetragen ſind, über 2 Milliarden, der Wert unter 2 Milliarden, die Schulden über 2 Milliarden. Wenn man in ſolchen Verhältniſſen lebt, ſollte man doch dem Berliner Bürger und Einwohner die Rückſicht ſchulden, daß man nicht eine ſo harte und nach dem Bekenntnis des Magiſtrats ſelbſt ſo ungleiche Steuer, wie die Mietsſteuer iſt, 20 bis 30 Jahre unverändert beibehält und nicht nachdenkt über Reform und keinen Verſuch dazu macht, es liegt bei der Regierung kein

Antrag vor der Art. War es die Überzeugung, daß in der Stadtverwaltung alles wie bei Candide auf das Vortrefflichste in der Welt bestellt ist? Ich möchte den regierenden Häuptern der Stadt ans Herz legen, etwas mehr Fürsorge für die Armen zu haben und aus diesem Grunde eine Änderung in dem Steuersysteme vorzunehmen, die dem Tragen des gewaltigen Bedarfs einer so großen Stadt etwas mehr Rechnung trägt. Ich möchte sie auch bitten, mit Rücksicht auf den ärmeren Teil ihrer Bevölkerung die Bestrebungen zu unterstützen, von denen die Reichsregierung im Bunde mit der preußischen geleitet ist, aus den Staatsrevenüen abgeben zu können an die Gemeinden, um ihnen tragen zu helfen einen großen Teil der Lasten, die ihrem Ursprung nach Staatslasten sind und die der Staat per fas et nefas auf die Gemeinden abgewälzt hat und für deren Leistung der Staat wenigstens die moralische Verpflichtung hat, erhebliche Zuschüsse zu machen. Um diese Zuschüsse machen zu können, müssen aber höhere indirekte Steuern erhoben werden, denn Sie wollen doch nicht die Mietssteuer verdoppeln oder verallgemeinern im Reich, so daß 450 Millionen im Reich durch Mietssteuer aufgebracht werden. Also Sie werden indirekte Steuern bewilligen müssen, wenn Sie dem Armen helfen wollen, wenn Sie den Regierungen helfen wollen, den Gemeinden einen Teil der Schullast abzunehmen, soweit es sich um den Elementarunterricht handelt. Das ist eine Staatslast, denn der Staat fordert den Unterricht, daß jedes Kind so viel lernen soll, der Gemeinde ist es gleichgiltig. Der Staat ist zu Beiträgen verpflichtet. Ebenso die Armenlast zum großen Teil. Es ist unbillig, daß die gesamte Armenlast dem Ort zur Last falle, wo der Anlaß dazu entsteht. Es liegt hier auch wiederum nicht in der Geschichte und in dem Naturrecht, daß die Pflicht zur Armenpflege existiert, sondern es ist die Gesetzgebung des Staates, der das Gesetz geschaffen hat, daß niemand verhungern soll. Vor Erlaß des preußischen Landrechts konnte jeder das besorgen, wie er wollte, und es giebt noch heut Länder ohne Armenrecht. Kurz und gut, die Armenpflege ist eine Staatslast. Dann ist die erhebliche Polizeilast, die man Berlin aufgebürdet hat, eine Staatslast. Wenn ich die Ehre hätte, Mitglied des Magistrats zu sein, würde ich seit Jahren nicht geruht haben, in meinem öffentlichen Auftreten und in der Vertretung im Parlamente von Berlin dafür zu sorgen, daß diese meines Erachtens vom Staate zu tragenden Lasten auch vom Staate wenigstens teilweise übernommen wer-

den, und daß den Gemeinden Sublevationen gewährt werden. Um dieſe Sublevationen zahlen zu können, um die Gemeinde Berlin in den Stand zu ſetzen, daß eine ſo ungerechte, von ihr ſelbſt für ungleich erachtete Steuer, wie die Mietsſteuer, abgeſchafft werde, bedarf es der Bewilligung indirekter Steuern auf Tabak, Branntwein und andere Luxusgegenſtände. Wenn Sie uns das verſagen, und werfen uns vor, durch die Zölle nehmen wir den Armen das Brot, ſo verhindern Sie den Staat, die Armenlaſt zu erleichtern. Die Gemeindeverwaltung und die Oppoſition gegen die Vermehrung der indirekten Steuern ſind es, die dem armen Manne mehr auflegen, und nicht die Zölle ſind es. Die direkten Abgaben, wie ſie beſtehen, ſind die härteren; ſie treffen das Recht zu exiſtieren, jede direkte Steuer trifft nicht das Brot des Armen, ſie trifft ſein Recht zu atmen. Der Exekutor iſt da, wenn er nicht zu rechter Zeit zahlt, und der ganze Haushalt einer Familie wird umgeworfen und zurückgeſtürzt in die unterſte Stufe ſeiner Mitbürger, durch eine einzige Steuerexekution, durch ſie wird eine Kalamität über eine Familie gebracht, die ſich ſchwer wieder verwinden läßt, namentlich bei der Schnelligkeit der neuen Juſtizeinrichtungen, wo nicht einmal das Mobiliar zum Werte verkauft wird. Ich führe beiſpielsweiſe an, daß die direkte Beſteuerung in Paris auf den Kopf 12 Franks, alſo ungefähr 9 bis 10 Mark beträgt; in Berlin aber 21 Mark nach dem mir vorliegenden ſtatiſtiſchen Material, alſo in Berlin mehr als das doppelte auf den Kopf. Nun ſagen Sie mir: ja Paris erhebt dafür ſo und ſoviel indirekte Abgabe an Oktroi an den Thoren, die das Leben verteuern. Ich frage jeden, der in Paris geweſen iſt, ob das Leben dort in der That teurer iſt. (Rufe: ja! ſehr!) Es kommt ſehr darauf an, welche Vergnügungen man aufſucht.

Wenn jemand in Paris längere Zeit gewohnt hat, wenn er andere oktroipflichtige Städte in Frankreich in der Provinz bewohnt hat, ſo muß er geradezu erklären, es lebt ſich dort wohlfeiler. Wenn ich mich in Paris in einem eigenen Quartier oder ſelbſt in einem chambre garnie bürgerlich einmieten und leben will, und da appelliere ich an diejenigen unſerer Handwerker, die etwa in Paris gelebt haben, ob ſie nicht dort für ihr Geld mehr haben, jedenfalls beſſer leben wie in Berlin. Wir lebten auch in Berlin beſſer zur Zeit der Mahl- und Schlachtſteuer. Die Preiſe waren wohlfeiler; es mag ſein, daß inzwiſchen höhere Viehpreiſe beſtehen, aber man war früher ſicher, immer gutes

Fleiſch zu haben. Es gab damals weniger Metzger, aber das Leben war beſſer und wohlfeiler und durch die, wie ich glaube, nicht geſchickte Abſchaffung der indirekten Steuern iſt hier das Leben teurer und ſchlechter geworden; alſo halb Reuleaux, aber die ſchlechtere Hälfte davon. Der Geheimrat Reuleaux nannte unſere Produktion billig und ſchlecht, ich nenne dieſe Steuerart teuer und ſchlecht.

Ich widerhole alſo, daß mein erſtes Beſtreben dahin geht, eine ſo ungleiche und ungleich treffende Steuer abzuſchaffen. Die Mietsſteuer beträgt für Nichtbeamte $6^2/_3$ Prozent von der bezahlten Miete, es iſt dies ein außerordentlich hoher Anſatz; für die Beamten nur $3^1/_3$ Prozent. Aber auch ſelbſt für dieſe, wenn man zugiebt, daß die Mietstaxe bis zur Höhe von 87, 84, bei einigen 60 Prozent des Dienſteinkommens geht, da kommt man in einzelnen Fällen mit der bloßen Mietsſteuer ſchon ſoweit, daß das Maximum, was die Gemeinden von den Geldern erheben ſollen, nämlich 2 Prozent von dem wirklichen Gehalt, allein ſchon aus der Mietsſteuer gedeckt wird. Nun können Sie prozentualiſch ſehr leicht wahrnehmen, wieviel mehr als 2 Prozent bei $3^1/_3$ Prozent von 80 Prozent Zuſchlag zur Erhebung kommen. Iſt das eine gerechte Verteilung der Laſten im Sinne des Geſetzes? Die natürliche in der Mietsſteuer nach den Erklärungen des Magiſtrats ſelbſt liegende unverbeſſerliche Ungleichheit und „Unverhältnismäßigkeit zum Einkommen“, wie der Magiſtrat ſich ausdrückt, wird nun außerordentlich noch geſteigert durch die Art, in welcher dieſes Prinzip auf die Reichsbeamten, und ich vermute auch auf die preußiſchen — das weiß ich nicht — in Berlin angewendet wird. Dieſe Beamten, deren Gehälter bis zu 600 Mark und ſelbſt noch weiter heruntergehen — ich finde hier welche, die bei 600 Mark Gehalt 10 Mark Mietsſteuer zu zahlen haben, ich weiß nicht, welche Stufe der Klaſſenſteuer das an und für ſich ſein würde mit 10 Mark, mit $3^1/_3$ Thalern, ich habe das nicht genau in Erinnerung, aber es iſt jedenfalls eine ungewöhnlich hohe Beſteuerung für jemanden, der in der Wahl ſeines Aufenthalts durch ſein Amt beſchränkt iſt und dieſen Druck garnicht empfindet. Ich habe das Gefühl, daß der Beamte in der Gemeinde, die ihn beſteuert, nicht das Maß von Schutz beſitzt, auf das er Recht hat. In die Stadtverordnetenverſammlung wird er nicht gewählt, er hat nicht die Zeit, nicht den Einfluß, nicht das Vertrauen dazu, weil er dort eben nicht als rechter Bürger, als

Angehöriger der Stadt betrachtet wird, er ist eine Art Zugvogel, der keine Schonzeit hat. Was man ihm abnehmen kann, ist für den Stadtsäckel, und ich kann nicht behaupten, daß die Beamten mit dem billigen Wohlwollen und mit Gleichheit behandelt würden. Es widerspricht diese Stellung der Beamten dem alten oder dem neuen Satz in unserem Recht, daß man keine Steuern zahlen soll, bei deren Bewilligung man nicht beteiligt ist. Nun ist der Beamte notwendig unbeteiligt bei der Bewilligung der städtischen Abgaben, er hat garnicht die Möglichkeit, darauf Einfluß auszuüben und auch nur eine Wahl anzunehmen, man könnte ja sonst einen resoluten und streitbaren Beamten wählen, dann wäre die Ungleichheit beseitigt. So aber wie es liegt, bin ich der einzige Vertreter der Sache und wohl der einzige, der den Druck, unter dem die Beamten in Berlin leben, an die große Glocke hängen und geltend machen kann und zugleich den stark reformbedürftigen Zustand des städtischen Steuerwesens der Residenz öffentlich als solchen kennzeichne.

Dies zwingt mich noch auf das Thema zurückzukommen, was ich gestern nicht zur Freude aller meiner Zuhörer effloriert habe. Wir sprachen von der politischen Parteinahme der Staatsbeamten, der Richter. Ich erlaube mir zu sagen, daß ich vom Richter die höchste Unparteilichkeit verlange und das mindeste Maß der politischen Parteinahme, vom Staatsbeamten schon ein gewisses Zugeständnis der Parteinahme, aber der städtische Beamte, der gar keine Schranken in dieser Beziehung hat, die der Kritik anheimfallen könnten, kann meines Erachtens, so wie sein Gewissen es ihm immer erlaubt — und Gewissen sind ja von verschiedener Qualität — sich jedem Parteieindruck hingeben und ihn überall anbringen, wo er Gelegenheit dazu hat.

Ich komme auf die Frage der Würde und Unabhängigkeit der Beamten. Wenn auf die Wahl eines Abgeordneten oder auf seine Abstimmung der leiseste Druck von Einfluß geübt worden ist, so wird, wie wir das gestern erlebt haben, eine große Empfindlichkeit darüber laut. Darf nun ein Mitbürger, der in sehr viel einflußreicherer Stellung wie der einzelne Abgeordnete sich befindet, von dessen Entschließung und Stimmung sehr viel mehr für die Entwicklung unseres Ganzen abhängt, ich meine, ein Minister, darf er solchen Maßregelungen ausgesetzt sein? Ich will dabei ganz unparteiisch verfahren, ich will nur zuerst ein Erlebnis erwähnen, was ja einen Anklang

hat an die Organiſationsfragen, die uns kurz vorher in Preußen beſchäftigt haben. Ich habe mit meinem Gute Varzin früher dem Kreiſe Schlawe angehört. Der Kreisausſchuß befand ſich unter der Leitung ganz feſter politiſcher Gegner von mir von der äußerſten Rechten und ich habe denn doch als Miniſter in meinem Privatleben für meine amtlichen miniſteriellen Sünden zu büßen gehabt, bis ich ſah, daß ich ſchließlich der ſchwächere war, und die Flucht ergriff. Mir war die Thür offen. Ich hatte die Klinke zur Geſetzgebung und bewirkte, daß ich aus dem Kreiſe Schlawe ausgeſchieden und in den duldſameren Rummelsburger Kreis übergeführt wurde.

Wenn, meine Herren, auf dieſe Weiſe in unſeren Einrichtungen ein Miniſterpräſident, wie Sie ſagen, „ein ſo mächtiger Mann im Lande, der alles kann“, nicht einmal einem Kreisausſchuß gegenüber zu dem Gefühl kommen kann, unparteiiſch behandelt zu werden, wie ſoll in ſo großen mächtigen Verhältniſſen, in einer an der Politik ſo anteilnehmenden Stadt wie Berlin nicht ähnliches der Fall ſein? Ich könnte mich ja damit irren, aber ich habe den Eindruck, daß bei dieſen Einſchätzungen manche Menſchlichkeiten doch mit untergehen. Mir iſt von einem Bürger hier geſagt worden: der uns einſchätzende Mann iſt zum Beiſpiel ein Spezereihändler und wir haben das Gefühl, daß er die Kunden, die von ihm nehmen, milder behandelt, als die, welche nicht von ihm nehmen. Allerdings können Empfindlichkeit, Neid bei ſolchen Einſchätzungen ſehr leicht Irrtümer veranlaſſen. Ich bin nicht der Einzige, aber auch ich habe gegenüber der Stadtverwaltung ungefähr das Gefühl gehabt, was ein Abgeordneter haben würde, der nach einer Seſſion, wo er die Regierung heftig und ſcharf angegriffen hat, plötzlich in ſeiner Einkommenſteuer oder ſonſtigen Steuer zur Strafe um 50 Prozent erhöht wird.

Ich hatte früher meine alte, mich ſehr befriedigende und behagliche Wohnung, in der ich gern war, und wie ich überging in die jetzige, ſo wurde ich in der Einſchätzung von 9000 Mk. auf 15000 Mark erhöht. Mir war das unerwünſcht und ich war dagegen, da ſchon die 9000 Mark ganz ſicher 50 Prozent mehr waren als das, wofür man mein altes Haus, ſoweit ich es privatim bewohnte, überhaupt je hätte vermieten können. Ich habe nie in meinem Leben ſeit meiner Studentenzeit ſo beſchränkt gewohnt, wie in meinem alten Hauſe, weil ich früher entweder immer auf dem Lande oder doch in großen auswärtigen Quar-

tieren gewohnt habe, aber ich habe dazu geschwiegen. Wie ich nun übersiedelte, so wurde ich plötzlich auf 15000 Mark in meinem neuen Hause eingeschätzt. Ich weiß nicht, wer die Wohnung kennt, und wenn ich auf diese Sache eingehe, so bin ich dabei wirklich, wie ich schon vorhin sagte, finanziell nicht interessiert. Wenn Sie immer wohlhabende Reichskanzler haben, können Sie das thun; einer, der sein Geld nicht zu rate hält, wird gleichgiltig darüber sein, aber es ist doch zur Kritik unserer öffentlichen Einrichtungen zu erwähnen.

Ich wurde also für einen Mietwert, wo ich unparteiisch auffordern will, auch nur 3000 Thaler Miete dafür zu erlangen, für meine Privatwohnung wurde ich auf 15 000 Mark eingeschätzt. Dagegen hatte ich reklamiert, und was war die Folge? Ich wurde sofort — ich kann es nicht anders als in Beziehung mit meiner Dreistigkeit bringen, daß ich mich zu beschweren gewagt und daß ich dieses Gesetz eingebracht hatte — so wurde ich sofort auf 23 000 Mark in die Höhe geschnellt, und nach diesem fingierten Maßstab neu besteuert. Durch diese Erhöhung, die ja wirklich — ich will keinen harten Ausdruck brauchen — aber verwunderlich sein muß für jeden, dem ich das Wertobjekt einmal zeigen könnte, für 8000 Thaler, wer sich das ansehen möchte. Diese Schraube hat ja gar kein Ende. Man hat mich damit — ich bezahle es ja mit Vergnügen — auch zugleich in eine höhere städtische Einkommensteuerklasse künstlich gebracht. Dadurch, daß man den Wert meiner Wohnung von 15 000 auf nahezu 24 000 Mark setzte, überschritt mein putativ fingiertes Einkommen nun die Klassengrenze, aber ich habe ja keine Revenüen aus diesem Hause, ich überschritt indeß nun die Grenze der nächsten Einkommensteuerklasse und deshalb wurde erklärt, ich wäre aus Mißverständnis so niedrig wie im vorigen Jahre abgeschätzt worden. Ja, meine Herren, wenn ich nun unter allen den Eröffnungen, die ich darüber bekommen, die Namen „Runge, Hagen“ lese, so kann ich mich nicht erwehren, ich fühle mich fortschrittlich angeweht. Das sind sehr bekannte Leute, Parteiführer, die eben ihren Namen gegeben haben. Ich kann nicht voraussetzen, daß die Herren besondere Liebe und persönliches Wohlwollen für mich besitzen, aber gerade deshalb sollten sie in ihrer amtlichen Eigenschaft den politischen Gegner mit Schonung behandeln, in dem unbeschränkten Mandat-, welches die regierenden Stadtherren haben. Die Tendenz dieses Gesetzes ist ja nur, solchen Bedenken, die in einem poli-

tisch nicht sehr mißtrauischen Menschen, wie ich bin, vielleicht auftauchen können, die Spitze abzubrechen. Setzen Sie uns mit den Stadtverwaltungen auseinander, indem Sie uns einen festen Satz einführen, meinetwegen 20 Prozent, wir wollen nur nicht der Willkür unterliegen; wir wollen auch nicht entfernt zu dem Verdacht gegen einen Mitbürger Anlaß haben, daß er sich durch Parteirücksichten leiten lasse. Auch der finanzielle Betrag kann ja für eine so ungeheuer reiche Stadt wie Berlin nicht in Betracht kommen gegenüber den Beamten von 600 Mark Gehalt.

(Nach dem Abgeordneten von Forckenbeck.)

Ich knüpfe zunächst an die letzte Bemerkung des Herrn Vorredners an. Er sagt, die Beamten wären daran schuld, daß die Stadt 900 000 Mark mehr ausgebe wie sonst. (Zuruf links: Nein!) Ich glaube, er hat sich wohl uneigentlich ausgedrückt, er hat wohl sagen wollen, daß sie 900 000 Mark weniger einnimmt, als sie einnehmen würde, wenn die Beamten — was eine große Ungerechtigkeit wäre — in ihrem Zwangsaufenthalt ebenso besteuert würden, als ob sie vollbürtige Bürger der Stadt wären. Dieser Ausfall wird wohl reichlich entschädigt durch den Zwang, der auf die Beamten gelegt wird, überhaupt hier zu wohnen und ihr Domizil hier zu haben, und wenn z. B. der Stadt Berlin damit gedient wäre, von dieser Beamtenlast befreit zu werden — ich habe mich immer dem Gedanken nicht verschließen können, daß der Reichstag und die Zentralbehörden besser in einer anderen, weniger bevölkerten und der Unruhe weniger ausgesetzten Stadt wie Berlin ihre Sitzungen hielten, — so würden wir ja dann sehen, ob Berlin eine große Erleichterung von dem Weggang der Beamten und der Verlegung der Reichsresidenz nach einem andern Ort verspürt, wo es für uns vielleicht doch aus manchen Gründen angenehmer sein würde zu leben.

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß jene Behauptung, daß ein politischer Einfluß stattfände, unbegründet wäre wegen der Mannigfaltigkeit der Instanzen. Ja, ich glaube, es ist eine weltbekannte Sache, daß in Berlin der Fortschritt regiert, ein fortschrittlicher Ring die Stadt beherrscht, der gar nicht zu durchbrechen ist. Wie kommt da irgend eine andere Partei auf? Sehen Sie bei den Wahlen, bei den Anstellungen, bei den Stadtverordneten

— alle Instanzen gehören in ihrer Majorität der gleichen Fortschrittspartei an, einer Partei, die bei allen ihren ausgezeichneten Eigenschaften ich doch für eine der lebhaftesten in ihrer politischen Thätigkeit halte, die wir überhaupt haben, und die gerade mit am meisten geneigt ist, die politischen Empfindlichkeiten auf das Privatleben zu übertragen. Nehmen Sie (nach links) das nicht übel, das ist eine naturgeschichtliche Beobachtung, die ich habe machen können. Also z. B. die lebhaftesten Ausdrücke der Entrüstung, die vorher von dieser Seite kamen, das lebhafte „Hört! hört!“ aus kurzer Entfernung ist mir von keiner andern Partei vorgekommen. Die Empfindungen in der Fortschrittspartei sind entschieden lebhafter wie in allen anderen. Ich will nicht sagen, daß die Fähigkeit, sich zu beherrschen, geringer wäre, aber es ist eben die Lebhaftigkeit der Empfindung, die Überzeugungstreue vielleicht stärker als bei anderen. Deshalb bricht sie auch bei der Berliner Stadtverwaltung durch zum Schaden derer, die ihr nicht angehören.

Die Herren sagen: wir trüben kein Wasser und üben keinen Einfluß. Wir Beteiligte haben andere Eindrücke: die Ihrigen sind gewiß berechtigt; aber die in der Stadt Regierenden haben nicht immer eine ganz genaue Kontrole von den Eindrücken der Regierten. Die Steuerausschreibenden kennen nicht immer die Eindrücke der Steuerzahlenden. Ich freue mich, daß mir die Herren hier beistimmen, und ich hoffe, Sie werden mir in meinen Reklamationen gegen die allmächtige und für mich gänzlich inappellable Stadtverwaltung beistehen. Ich bin verwiesen worden in meiner Appellation auf den Staat. Ich habe nicht so viel Zeit, um mich um meine Privatangelegenheiten zu bekümmern, daß ich das zur rechten Zeit hier erfahre. Ich habe auch keine Anzeige bekommen, es ist ein Irrtum. Wenn es Vorschrift ist, daß die Beteiligten benachrichtigt werden, so ist sie mir gegenüber nicht innegehalten worden. Ich bestreite das, und es wäre mir sehr lieb gewesen, ich würde bestimmt reklamiert haben, wenn ich irgend eine Instanz kannte. Ich habe mich an das Ministerium des Innern gewendet; es hat sich für inkompetent mir gegenüber erklärt und hat erklärt, es könne mir nicht helfen, und ich habe dann den Weg der Gesetzgebung betreten.

Wenn der Herr Vorredner einige Data angeführt hat von benachbarten Häusern, so hat mich ganz außerordentlich überrascht, daß ihm entfallen ist, daß ich nicht die Mietsteuer von

dem ganzen Hauſe zahlen kann, ſondern nur von meiner Privatwohnung, die nicht ein viertel des ganzen Hauſes in ſich begreift. Das ganze Erdgeſchoß iſt von amtlichen Lokalen eingenommen, es ſind teils Büreaus darin, teils die notwendigen amtlichen Portiers und Kanzleidiener, teils diejenigen Zimmer, worin die Sitzungen der Miniſter ſtattfinden und ich die fremden Geſandten empfange, und ich habe nur ein einziges Ankleidezimmer unten. Oben habe ich fünf Zimmer; darauf beſchränkt ſich mein ganzer Privatanteil. Außerdem ſtehen drei oder vier Zimmer leer, abgeſehen von den nicht zu beſteuernden rieſigen Korridors und Treppen. Wenn man das Gebäude von außen abſchätzt oder nach dem Kaufwert, da muß ich ſagen, dieſe Abſchätzung iſt nicht gründlich und richtig. Ich bewohne viel weniger als ein Viertel des Hauſes, welches ſo verbaut iſt, daß die Treppen einen ſehr unbilligen Raum einnehmen. Die Flügel nur eine nur einfache Kette ſchmaler Zimmer, und ich glaube deshalb, daß es ſich mit dem Palais des Fürſten von Pleß, Bleichröder und anderen nicht vergleichen läßt. Im Gegenteil, wenn das Grundſtück des Fürſten von Pleß nur zu 65 000 Mark Mietwert abgeſchätzt iſt, was im Privatbeſitz berechtigt ſein mag, zum vollen Wert abgeſchätzt zu werden, ſo kann ich immer behaupten, daß ich mit den 15 000 Mark ſchon zu hoch abgeſchätzt war, denn ich bewohne kaum $^1/_4$ des Grundſtücks und es iſt ganz außerordentlich ungerechtfertigt, wenn die Schraube noch um 50 Prozent mehr angezogen wird. Aber ich bin darauf gefaßt, daß ich das nächſte Jahr auf 30 000 eingeſchätzt werde. Ich habe keine weitere Möglichkeit, mich dagegen zu wehren, wir ſind ganz wehrlos gegenüber der ſtädtiſchen Verwaltung. Alſo die Einſchätzungen ſind in keiner Weiſe niedrig, ſondern ſie ſind ungerecht hoch und ich fordere jeden Mietverſtändigen heraus, ob die Zimmer, die ich perſönlich bewohne, und die geräumiger ſind, als ich ſie mir ſonſt mieten würde, auch nur um 3000 Thaler zu vermieten ſein würden, da rufe ich jede Taxe heraus. Ich habe Wohnungen für Verwandte geſucht und unter Umſtänden auch für mich angeſehen und weiß, daß ich ſelbſt „Unter den Linden“, wo die Wohnungen noch teurer ſind, für 3000 Thaler das mieten kann, was ich brauche. Alſo meine Behauptung von der Unrichtigkeit der Einſchätzung iſt durch das, was der Herr Vorredner ſagte, nicht widerlegt, er kann es auch nicht widerlegen, denn Fakta ſchlagen, und er iſt nur unbekannt mit den Faktis. Wie kann

er auch in dem weiten Bereiche der Millionen, die er regiert, alles einzelne wiſſen, er hat ja mehr zu thun im Reichstag und in der Politik. Die Werte, die er angegeben hat, exiſtieren gar nicht, ſie ſind nicht vorhanden.

Wenn der Herr Vorredner zu gunſten der Mietsſteuer angeführt hat, ſie beſtände ſeit 1815, ja dann iſt man ganz erſchreckt, daß dieſe ungeheuere Summe von Ungerechtigkeit, die darin liegt, ſchon ſo lange dauert, und über die Geduld des ärmeren Volkes. Ich will nicht noch einmal verleſen, was ich vorhin verleſen habe, die außerordentlich ſcharfe Kritik über die Unverhältnismäßigkeit dieſer Steuer zum Einkommen. Wenn das der Berliner ſeit 1815 ganz ruhig ertragen und nie eine Forderung geſtellt hat, ſo muß ich annehmen, daß die Herren Stadtverordneten mit ganz anderen Fragen als mit den wirtſchaftlichen Fragen ihrer Stadt beſchäftigt geweſen ſind und ſich um das finanzielle Wohl der Einwohner der Stadt ſehr wenig bekümmert haben ſeit 1815; — jetzt gewiß werden ſie ſehr thätig ſein; und ich habe meinerſeits zur Verbeſſerung ſchon die Hand geboten, was zeigt, daß ich keine Ranküne hege über ſchlechte Behandlung, die ich glaube in Berlin zu erfahren, indem ich als Handelsminiſter in Preußen für eine kleine Herſtellung der Schlachtſteuer, vielleicht eine recht große, eingetreten bin und ich glaube, daß das den finanziellen Verhältniſſen der großen Städte ſchon recht viel mehr Vertrauen zuwendet, ich meine die Schlachthäuſer und das Recht, die Benutzung der Schlachthäuſer unter Steuer zu legen und ſie zu erzwingen und außerhalb der Schlachthäuſer nicht ſchlachten zu laſſen. Da glaube ich, wird mir die Stadt Berlin dankbar ſein müſſen und die anderen großen Städte, daß ich da mit Entſchiedenheit im Staatsminiſterium dafür eingetreten bin, und in dieſer Beziehung habe ich mich ja, trotz aller entgegengeſetzten Prinzipien, des Beiſtandes der Vertreter der großen Städte erfreut. Ich gebe alſo auch die Hoffnung noch nicht auf, daß ich für weitere Fortſchritte auf dieſer Bahn der Erleichterung der direkten Steuern, die auf den beſitzloſen Klaſſen laſten, auch ferner die Unterſtützung finden werde.

Nach dem Abgeordneten Löwe-Berlin.

Der Vorredner hat wieder den alten national-ökonomiſchen Irrtum vorgebracht, der ſchon ſo oft widerlegt worden iſt, daß dieſe Pariſer indirekte Steuer, das Oktroi, von den Pariſern

an und für ſich bis auf den letzten Pfennig gezahlt würde. Es iſt das nochmals dieſelbe Geſchichte, wie mit dem ruſſiſchen Zoll, als wenn der Ruſſe den Zoll trägt, den wir an der Grenze um 10 Prozent höher oder früher in Gold bezahlen müſſen. Sie, meine Herren, bedürfen dieſer Fiktion, daß der Konſument den Zoll bezahle, Sie halten ſie alſo hartnäckig aufrecht und keine Thatſache und kein Räſonnement wird Sie widerlegen können. Es iſt der Ausſpruch im „Fauſt“ ja überall zutreffend, du haſt Recht, und wer Recht behalten will und hat nur eine Zunge, der behält es auch, und wer ſie zu gebrauchen weiß. Ich würde außerordentlich überraſcht ſein, wenn der Abgeordnete Löwe mir in irgend einer Weiſe zuſtimmte, er ſpricht natürlich pro domo, ich gewiſſermaßen auch, im recht eigentlichen Sinne — und es war wohl zu erwarten, daß er in längerer Rede den Vorwürfen der Kritik, die ich über die Berliner Finanzverwaltung ausgeſprochen habe, widerſprechen würde, da gerade ſein Name auf das Engſte mit dieſer Finanzverwaltung verbunden iſt, und meine Kritik iſt recht eigentlich an ſeine Adreſſe mit, ich hatte ihn vorzugsweiſe nebſt anderen Mitgliedern ſeiner Partei gemeint, er ſagt ſelbſt, er ſtände mitten in der Fortſchrittspartei; das habe ich bisher nicht gewußt, ich dachte, er ſtände auf der linken Grenze der Fortſchrittspartei, vielleicht unter Umſtänden in einer anderen nahe verwandten, indeſſen ich akzeptiere das Bekenntnis des Vorredners, dadurch rückt er in meinen Augen viel weiter rechts, als ich ihn bisher aufgefaßt habe.

Er hat ferner eine irrtümliche Anſicht zu gunſten der Berliner Finanzverwaltung angeführt, daß Berlin im Vergleich zu den weſtlichen Städten der Monarchie mit 100 Prozent Einkommenſteuer auskäme. Ja, da vergißt er ganz den Gegenſtand, von dem wir ſprechen, die Mietsſteuer hat ja keine jener Städte. Die Mietsſteuer beträgt ja gerade ſo viel wie die Einkommenſteuer zur Zeit, zwiſchen 9 und 10 Millionen, 1876 betrug die Mietsſteuer gerade ſo viel wie die Einkommenſteuer und Klaſſenſteuer zuſammen genommen, nämlich die Einkommenſteuer 6 und die Klaſſenſteuer 3 Millionen. Alſo wenn er die Güte haben will, dieſe äußerſt drückende und ungerechte Steuer zu den 100 Prozent zuzurechnen, dann zahlt Berlin eben 200 Prozent, und das muß ich doch zur Rechtfertigung der weſtlichen Städte Berlin gegenüber anführen. Außerdem haben die unter Umſtänden mehr nutzbringende gemeinſame nützliche Einrichtungen. Alſo Berlin zahlt 200 Prozent zur Einkommenſteuer, 100 Prozent

in der richtigen Form der Einkommensteuer und 100 Prozent in der außerordentlich drückenden Form der Mietssteuer. Es zahlt gegen 10 Mark Mietssteuer pro Kopf, was ich immer wiederholen muß, auch nachdem die Bevölkerung gestiegen und ihre Wohlhabenheit gesunken ist; indem die Mieten zurückgegangen sind und die Mietssteuer infolgedessen auch zurückgegangen ist, stimmt das Exempel mit 10 Mark nicht mehr ganz, aber da suche ich die Schuld wesentlich in dem irrtümlichen und nach meiner Auffassung fehlerhaften Finanzsystem, nach dem die Stadt regiert wird. Dieses mein Urteil wiederhole ich. Ich erkenne ja vollständig an, daß die Herren, die ich angreife, ein Recht haben, von der Richtigkeit ihrer Sache überzeugt zu sein, ich habe aber auch ein Recht auf eine Ansicht und ein Recht auf ein Urteil über die Sache, und ich halte es für mein Recht und für meine Pflicht in der Stellung gerade, in der ich bin, wie der Herr Vorredner sagte, in der hochgestellten Stellung, von wo aus ein Wort ein weit greifendes Echo hat, da halte ich es für meine Pflicht, der Katze die Schelle anzuhängen, die Sache offen zu besprechen, so wie ich sie auffasse, namentlich solche Dinge, die außer mir niemand eigentlich in die Lage kommt, mit öffentlicher Wirksamkeit zu sagen, weil gegen die Korporation, gegen die Farbe, die Berlin beherrscht, nicht so leicht einer aufkommt, und die Farbe in sich hält fest zusammen.

Ich habe gesagt „der Ring", und der Vorredner hat für den Ausdruck, um mir eine Beleidigung imputieren zu können, den übelsten Ursprung zurückgesucht, auf welchem Wege dieser Ausdruck zu uns gekommen wäre, nämlich von einem New-Yorker Verbrecherring. An den habe ich nicht gedacht, der Ausdruck ist bei uns geläufig, es ist ein guter, richtiger Ausdruck, wir hatten früher in Köln einen spezifischen Ausdruck, den die meisten Leute nicht verstehen, und der etwas ähnliches bedeutet, — ich will ihn nicht wiederholen. Bedenkt der Herr Vorredner nicht, welche Beleidigung er für alle männlichen und weiblichen Besucher des Skating-Rinks ausspricht, wenn er unter „Ring" immer einen Verbrecherring versteht? Er kann also womöglich der Wahrheit gemäß geglaubt haben, daß ich damit eine Insinuation habe ausdrücken wollen, ich habe damit bezeichnen wollen ein festes Konglomerat von Parteien, die unter sich gegen die ganze übrige Welt zusammenhalten, und im Besitz der Stadtverwaltung sind und fest entschlossen sind, sich in dem Besitz zu erhalten. Dazu ist kein Verbrechen nötig und keine gerichtliche Unter-

ſuchung, es iſt nur eine, wie ich glaube, nicht richtige Ausbildung des Parteiweſens, daß eine Stadt in dieſer Schärfe ſo rettungslos einer einzelnen Partei verfallen kann. Man kann ja darüber Bücher ſchreiben, wie das gekommen iſt; einem Großſtädter paſſiert ſo etwas viel leichter als einem Kleinſtädter, daß er auf ſolche Sachen verfällt; er kennt die Dinge aus ſeiner großen Stadt, vielleicht aus großen Städten in ganz Europa, aber was hinter dem Mauerſtein und dem Steinpflaſter der Stadt liegt, nicht, da iſt mir das Urteil von Provinziellen unter Umſtänden glaubwürdiger. Ich kann dieſen Verſuch alſo, meinen Angriff auf eine Verwaltung, die ich für unrichtig halte als Miniſter in Preußen und als Reichskanzler, als etwas zu bezeichnen, was unerhört iſt, und eine Verläumdung und Verdächtigung einzelner Herren wäre, als vollſtändig mißlungen bezeichnen. Ich bin vollſtändig in meinem Recht; daß die Herren, die ſich durch die Kritik, wie ich ſie im Intereſſe des Staates und des Reichs gegenüber einer Finanz übe, von der ich glaube, daß ſie auf Mißbräuchen beruht, daß die mit mir nicht einverſtanden ſind, daß die das empfindlich berührt, iſt klar, iſt nicht zu verwundern. Es iſt aber mein Recht und meine Pflicht, dergleichen, wo ich es zu ſehen glaube und wo ich in meiner Eigenſchaft als Miniſter glaube, hier iſt Remedur zu ſchaffen, ganz offen und hart anzufaſſen, und Sie werden mich auch nicht darin irre machen.

Der Herr Vorredner hat mir Unkenntnis der Sachen und Perſonen zugeſchoben. Ja worin liegt die eigentlich? So etwas iſt leicht hingeworfen: es macht den Eindruck, als wäre wirklich etwas Wahres daran, wenn der Herr auch nicht verſucht hat, mir einen einzigen Irrtum vorzuführen; Verdächtigung nenne ich das nicht, wenn ich ſage, der und der iſt ein ſchlechter Finanzier. Wie oft haben die Herren uns, den Miniſtern, das im Landtag und im Reichstag geſagt, daß unſere Finanzgeſetze ſchlecht ſind; daß wir ein ſchlechtes Geſetz vorgelegt — leſen Sie doch Ihre eigenen Reden nach — es hieß oft: das Geſetz taugt nichts, es iſt fehlerhaft. Sollte ich nicht auch darüber urteilen dürfen, wenn ich etwas für ſchlecht halte? Soviel Reſpekt habe ich vor den Großen dieſer Stadt nicht, daß ich, wenn ich als Miniſter etwas ſehe, was ich nicht für gut halte, ich nicht Remedur zu ſchaffen ſuche. Ich beſtreite bloß den ſtädtiſchen Behörden, die ſeit 1815 die Mietsſteuer beibehalten, ſowie Savigny unſerer Zeit den Beruf zur Geſetzgebung beſtritt, den Beruf zur

finanziellen Reglementierung der Stadtverhältniſſe. Sie haben das meines Erachtens nicht verſtanden; dasſelbe haben Sie hundertmal von uns geſagt, und Sie haben die Geſetze, die wir vorlegten, mit viel ſchärferen Ausdrücken, auch für „erbärmlich“ erklärt, als wir je gebraucht haben, ohne daß wir über Verdächtigungen geklagt haben; dergleichen Ausdrücke ſind ſehr leicht zu finden und hinzuwerfen. Dann möchte ich den Herren gegenüber auf den Ausdruck zurückkommen, daß wir uns hier, und zwar ſo lange, mit Kleinigkeiten beſchäftigen. Meine Herren, wenn das wirklich Kleinigkeiten wären, ſo glaube ich nicht, daß das Haus dieſer Debatte ſo lange mit Intereſſe zugehört hätte, und ich muß ſagen, daß ich ſchon über viel kleinere Kleinigkeiten hier zweiſtündige Reden als geduldiger Miniſter mit angehört habe, ohne daß von irgend einer Seite Zeichen der Ungeduld gekommen wären, aber ſo wie es ſich um eine Kritik dieſer hier vor mir ſitzenden Seite handelt (links), iſt alles Kleinigkeit und unbedeutend und ſollte unterbleiben, ſowie es auf der anderen Seite etwas zu kritiſieren giebt, geht es ins Ungeheure, wie einer der Abgeordneten geſtern ſagte: was auf jener Seite und der Regierungsſeite tadelnswertes paſſiert, das iſt immer das Kameel, und was hier paſſiert, iſt die Mücke, um die nur ein ganz empfindlicher nervöſer Miniſter ſich überhaupt kümmern kann.

Aber ich möchte dem Herrn Vorredner gerade bei dem außerordentlichen Einfluß, den er in der Stadtverwaltung hat, und bei der hohen Verantwortlichkeit, die er perſönlich für die, wie ich glaube, unzulänglichen Ergebniſſe dieſer finanziellen Stadtregierung hat, nur zu Gemüte führen, daß das Schickſal des armen Mannes, die ungerechte und ungleiche Beſteuerung desſelben niemals Kleinigkeiten ſind, für mich wenigſtens ganz gewiß nicht. Und vier Millionen, zehn Prozent vom Stadthaushalt — wenn je ein Finanzminiſter davon ſprechen wollte, als ob zehn Prozent vom preußiſchen oder deutſchen Staatshaushalt eine Kleinigkeit wäre, wie würde der Miniſter von den Zeitungen zugedeckt werden! Aber die Zeitungen ſind eben nicht auf unſerer Seite, ſie haben aber auch den Ring.

Rede in der allgemeinen Beratung über die Verſuche der Steuerreform.

Gehalten am 28. März 1881.

Ich bin leider noch Rekonvaleszent und deshalb nicht im ſtande, alles das zu ſagen, was ich ſagen möchte, und auf die Rede des Abg. Lasker, die wir ſoeben gehört haben, in derſelben ausführlichen Weiſe zu erwidern. Ich werde mir vielleicht einige Worte nachher ſparen, wenn ich gleich auf den Punkt antworte, mit dem der Herr Vorredner ſchloß, nämlich den, wie ich mir dächte, daß der Staat den Gemeinden in ihren Armenlaſten und ſonſtigen Laſten zu Hilfe komme. Er hat darüber ein Zerrbild hingeſtellt von einem Finanzminiſter, der beliebig den Sack über die Armenpflege in den Gemeinden ausſchütte, und ich will nur mit einem Worte den Gedanken eine andere Richtung geben. Mir ſchwebt als Ziel vor, den Gemeinden einen großen Teil ihrer Armenlaſten dadurch abzunehmen, daß mit ſtaatlicher Unterſtützung eine Alters- und Invalidenverſorgungsanſtalt im ganzen Reiche eingerichtet wird, wie jetzt die Unfallverſicherung, und daß dies nicht ohne ſtaatliche und Reichszuſchüſſe thunlich ſein wird, daß die Ziele, wenn man ſie erreicht, die man damit verfolgt, aber dieſer Zuſchüſſe wert ſein werden. Man kann darüber ſtreiten, der Vorredner ſelbſt hat daran erinnert, daß ich geſagt habe, die Ziele, die ich mir ſtelle, haben vielleicht ein Menſchenalter nötig, um zu unterſcheiden, ob ſie überhaupt erreicht werden ſollen, oder ob ſie verworfen werden, und nun glaube ich, daß die Gemeinden und beſonders die mit Armen vorzugsweiſe belaſteten, eine erhebliche Erleichterung dadurch empfinden würden, auch die Kreiſe unter Umſtänden, wenn die Armenlaſt auch im Lande richtiger auf größere Verbände verteilt wird, wie bisher, daß ſie eine erhebliche Erleichterung ohne direkten baren Zuſchuß dadurch haben werden, wenn ihnen alle diejenigen auf natürlichem Wege durch Invalidität oder Alter unterſtützungsbedürftig werdenden durch eine vom Staate zu errichtende Verſicherungsanſtalt abgenommen werden. Ich meine, dadurch iſt die Sache, die der Herr Abgeordnete durch ſcherzhafte Bilder ad absurdum führen wollte, wieder auf ein ernſtes Gebiet gebracht. Den Gemeinden die Schullaſten abzunehmen, iſt leichter; nach meinem Erachten ſoll die Schule, wenigſtens der Elementarunterricht,

Staatsanstalt sein. Meine Absicht ist keineswegs, in die Selbstverwaltung der Gemeinden einzugreifen, und der Herr Abgeordnete hat eine Behauptung ausgesprochen, die mit allen Thatsachen im Widerspruch steht, wenn er sagt, daß meine Trennung vom Grafen von Eulenburg meine Abneigung gegen die kommunale Verwaltung, gegen die Selbstverwaltung, zum Grunde hätte. Ich bin nur mit einem meiner früheren Kollegen verschiedener Ansicht über die Ausdehnung, das Maß und die Form derselben; aber die Diskussion hierüber gehört nicht hierher. Wenn der Herr Abgeordnete von der Omnipotenz des Staates gesprochen hat, so erwidere ich ihm mit derselben Übertreibung, die darin liegt, ich widerstrebe meinerseits einer Dekomposition des Staatsverbandes in kommunale Republiken, ich erstrebe eine Staatsautorität, die über demselben schwebt und nicht nach Majoritäten beschließende Organe, die keine Verantwortlichkeit mehr leisten, und von denen niemand mehr weiß, wer im einzelnen die Schuld und die Verantwortung trägt.

Bei dem Worte „Anonymität" erlaube ich mir zu der Frage zurückzukehren, mit der ich ursprünglich meine Erklärung beginnen wollte. Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede Zweifel darüber ausgesprochen, von wem die „Denkschrift" herrühren könnte, und er hat dann im Laufe seiner Rede wohl die Zweifel selbst als gelöst angesehen. Sie konnten meines Erachtens garnicht existieren, wenn hier ganz offen gesagt ist, daß ich im Namen Sr. Majestät des Kaisers Entwürfe überreiche und zugleich eine Denkschrift anschließe. Es ist damit ja offen ausgesprochen, daß diese Denkschrift die Stelle vertritt, die früher in einem Geschäftsgang, den ich generell zu beseitigen bestrebt gewesen bin, die mehr oder weniger lange, obschon selten zwei Stunden lange Rede ersetzte, die der verantwortliche Minister, der einen Gesetzentwurf einzubringen hatte, bei dessen Einbringung zu halten pflegte. Ich hätte Ihnen ja alles dieses mündlich ebensogut zusagen können, wenn ich die Sache mündlich vorgelegt hätte. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für den vollen Inhalt der Denkschrift. Ich habe sie vorgelegt, ebenso wie das Ganze, im Namen Sr. Majestät des Kaisers, was also ausdrückt, daß hier entweder, wenn Sie wollen, eine kanzleriſche Äußerung vorliegt, die von Sr. Majestät dem Kaiser und König von Preußen gutgeheißen ist und dadurch einen gewissen Vorsprung vor anderen hat, oder daß eine kaiserliche Meinungsäußerung vorliegt, für welche der Kanzler verfassungsmäßig die Verant-

wortlichkeit übernimmt, wie Sie sich das konstitutionell zurechtlegen wollen. Der Reichstag, und noch mehr die ganze Nation, hat ein Recht darauf, zu wissen, wo die Regierung mit ihren Bestrebungen eigentlich hinwill, und der Fehler, daß man das nicht wisse, ist uns ja oft genug vorgeworfen worden. Ich habe deshalb geglaubt, es würde mit großem Danke aufgenommen werden, daß, soweit die Reichsverfassung es erlaubt, ich den Versuch gemacht habe, hier die Intentionen eines der wichtigsten Faktoren der Reichsregierung oder des Reichsverfassungslebens offen klar zu legen; ich habe aber leider bisher wenig Dank für dieses Entgegenkommen geerntet, wie ich ja immer erfahren habe, daß, wenn etwas lange gewünscht ist und man erfüllt den Wunsch, dann erhält man den neuen Vorwurf über die Art, wie man sich ausgesprochen hat, man giebt neues Material für die Kritik ohne Gegenvorschlag. Indessen, wenn man so lange wie ich daran gewöhnt ist, jedes positive Material für die Gesetzgebung selbst bringen zu müssen und auf der anderen Seite nur der Kritik zu begegnen, so faßt man sich auch darüber leicht. Ich glaube also, daß die Bevölkerung, namentlich die Wähler bei der nächsten Wahl, der wir entgegengehen, ein Recht darauf haben, zu wissen, wo die Regierung hinauswill. Der Bundesrat ist nicht in der Lage, über Zukunftsprogramme zu beschließen, man kann über die nicht abstimmen in einer Majoritätsversammlung. Ich glaube aber mit der Mehrzahl der Bundesregierungen einig zu sein oder mich in diesem Sinne einigen zu können; ich bin gewiß, mit meinen preußischen Kollegen in der Richtung einig zu sein, und vor allen Dingen bin ich gewiß, daß ich den Intentionen meines Herrn des Kaisers und Königs von Preußen entspreche, wenn ich diese Vorlage mache, und ich will die Allerhöchsten Wünsche und Bestrebungen nicht weiter in die konstitutionelle Diskussion einführen als genügt, um mich zu legitimieren, wenn ich einen gewissen Accent auf diese Dinge lege.

Wir werden für dieses Programm einstehen, so weit wir können. Es wird durch die Beschlüsse des Bundesrats ausgeprägt, vielleicht modifiziert werden; es kann durch die Beschlüsse des Reichstags — in seinen Hauptteilen wird es ja den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen, — des künftigen Reichstags wesentlich geändert, es kann verworfen werden, es kann an den zweiten, dritten Reichstag kommen, die Diskussion über diese Fragen wird sobald nicht von der Tagesordnung verschwinden,

und wenn sie schließlich zu keinem Resultate führen sollte, so kann ich mich damit trösten: in magnis voluisse sat est.

Wir nehmen die Initiative, die bin ich fest entschlossen so weit durchzuführen, wie meine Kräfte und amtlichen Attributionen dazu reichen.

Der Plan ist ja in dem Aktenstück, was hier vor mir liegt, nur unvollkommen skizziert, und ich habe darauf gerechnet, daß die Diskussion sowohl über diese Gesetze, als auch später über das Unfallversicherungsgesetz, die Gelegenheit geben werde, diese Skizze weiter auszuführen. Material für die Kritik ist ja, wie ich das eben gesehen habe, schon hinreichend vorhanden.

Wenn ich mich des Ausdrucks „Reichsregierung" wiederholentlich bediene, so muß man sich darüber verständigen, was der zu bedeuten hat. Eine Reichsregierung im Sinne der Landesregierung haben wir nicht; ich verstehe und ich akzeptiere den Ausdruck nicht seiner logischen Richtigkeit wegen, sondern seiner Kürze wegen; unter „Reichsregierung" nenne ich den „Stab" des Präsidiums, also die Beamten des Kaisers, den Kanzler mit allem, was zu seinem Ressort gehört, aber ich begreife darunter nicht den Bundesrat. Wenn ich von dessen Beschlüssen spreche, so würde ich mich des Ausdrucks „verbündete Regierungen" bedienen, die in höherer Potenz die Reichsregierung bilden, namentlich soweit es sich um die Legislative handelt.

Ich habe von der Rede des Herrn Abgeordneten den Eindruck, daß er eigentlich in den wesentlichsten Zwecken, die ich verfolge und die die Denkschrfft als Ziel aufstellt, mit mir einverstanden ist, und wenn die Denkschrift von einer anderen Seite käme, so würde sie vielleicht eine mildere Beurteilung erfahren. Es scheint mir, daß sein Urteil über die Sache beeinflußt ist durch den Umstand, daß so zweckmäßige und richtige Ziele von einer Seite aufgestellt werden, mit der er politisch zufällig nicht im Einklang geblieben ist; ich möchte sagen: er gönnt uns das nicht. Wir werden uns aber dadurch nicht irre machen lassen, wir werden es ruhig weiter führen.

Der Herr Vorredner hat nun zunächst, um die Denkschrift zu kritisieren, weniger ihren Inhalt angegriffen, er hat uns zugegeben, daß die untersten direkten Steuern abgeschafft werden müßten, er hat uns zugegeben, daß gewisse indirekte Steuern wünschenswert wären, er hat — worin ich ihm gern Recht gebe — den Tabak und die Getränke als hauptsächlich geeignete Gegenstände zur indirekten Besteuerung hingestellt — also in

dem allen ſind wir ja einig und er hat etwas künſtlich die Momente herausgeſucht, die uns trennen. Wenn er bei den Getränken nur den Branntwein und nicht in gleicher Höhe das Bier accentuiert hat, ſo kann ich darin nicht mit ihm gehen. Bisher iſt das Bier in der Beſteuerung weſentlich im Rückſtande gegen Branntwein, und meines Erachtens ſollte das Bier verhältnismäßig höher beſteuert ſein als der Branntwein, denn es iſt vergleichsweiſe das Getränk einer ſchon mehr wohlhabenden Klaſſe, der Branntwein aber iſt das Getränk des berühmten armen Mannes, den der Herr Vorredner weit ins Feld geführt hat, und es iſt der Branntwein ein Getränk, welches der Arbeiter nicht immer entbehren kann. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner Gelegenheit gehabt hat, öfter unter harter körperlicher Anſtrengung bei ſchlechtem Wetter mehrere Stunden lang im Freien ſich energiſch zu bewegen, und wenn harte Winde über die Erde ſtreichen, ich glaube dann würde er mir zugeben, daß der Branntwein von demjenigen, der auf ſolcher harten Arbeit geweſen iſt, weniger leicht entbehrt werden kann als das Bier. Ich habe nie gefunden, daß der Arbeiter bei der Arbeit, wenn ſie ſchwer wurde, mit bayeriſchem Bier ſich erholte, einmal weil er es nicht hatte — es iſt das Getränk des Wohlhabenden im Vergleich mit ihm — und zweitens hilft es ihm nicht nach Bedarf. Auch wenn der Herr Vorredner es je perſönlich verſucht hätte, bei heißem Wetter ein Schwadt auf einer Wieſe auch nur einmal zehn Schritte lang zu mähen, dann würde er, glaube ich, auch einen tüchtigen Schluck Branntwein, wie der Arbeiter ihn nimmt, wenn er dieſelbe Leiſtung hundertfach in einem Tage macht, nicht verachten. Dort hilft das bayeriſche Bier nicht, das Bier macht im Gegenteil träge, anſtatt die Nerven anzureizen; es hat außerdem den Fehler, vom nationalökonomiſchen Standpunkt: es iſt ein Zeittöter; es wird bei uns Deutſchen mit wenig ſoviel Zeit totgeſchlagen, wie mit Biertrinken. Wer beim Frühſchoppen ſitzt oder beim Abendſchoppen, und gar noch dazu raucht und Zeitungen lieſt, hält ſich voll ausreichend beſchäftigt und geht mit gutem Gewiſſen nach Haus, in dem Bewußtſein, das ſeinige geleiſtet zu haben.

Branntwein hat in keiner Weiſe dieſe Wirkung, und laſſen Sie den arbeitenden Mann wählen zwiſchen Wein, Bier und Branntwein, ſo wird er den Wein von Haus aus zurückſchieben, er iſt an dieſes Getränk hier zu Lande nicht gewöhnt. Das Bier, wenn es nicht zu bitter iſt, namentlich das etwas mouſſierende,

dünne, durſtlöſchende, wie es unter verſchiedenen Namen geht, wird bei körperlicher Arbeit mit großer Dankbarkeit angenommen und getrunken werden. Das angebliche bayeriſche Bier aber macht ihn müde, ſchwer, namentlich in der Geſtalt, in der es faſt überall da zu Tage kommt, wo die Surrogate nicht, wie in der ausgezeichneten bayeriſchen Geſetzgebung, abſolut und bei Strafe verboten ſind.

Wenn ich ſo viel für den Branntwein anführe, ſo bin ich doch vollſtändig bereit, beide Gegenſtände ſteuerlich feſter in Angriff zu nehmen, und viel feſter als bisher. Aber ob das beim Branntwein gerade in Geſtalt einer höheren Brennſteuer oder Maiſchſteuer geſchehen ſoll, das weiß ich nicht. Die hohen Einnahmen aus den Getränkeſteuern in Frankreich, die noch auffallender ſein würden, wenn der Herr Vorredner ſpezifiziert hätte, wie viel davon auf Branntwein kommt — ich weiß im Augenblick nicht, 180 oder 280 Millionen Franken, es iſt aber ungefähr eine dieſer beiden Ziffern, was bloß der Branntwein an indirekten Steuern in Frankreich einbringt, und dabei zahlt er nicht einen Groſchen Brennſteuer, ſondern das alles wird durch eine Steuer erreicht, die erſt, nachdem das Fabrikat fertig iſt, von ihm erhoben wird, hauptſächlich in ähnlicher Art, wie in Amerika der Tabak beſteuert wird, ſo daß das Produkt von dem Augenblick ſeines Entſtehens bis zur Konſumtion von der Steuerbehörde nicht aus dem Auge verloren wird — es iſt das eine unbequeme Sache, aber ſehr ergiebig.

Der Herr Vorredner hat alſo ſehr unrecht, die Regierung anzuklagen, daß ſie den Branntwein etwa verſchonen wollte, er hat auch, glaube ich, ſehr unrecht gehabt, durch das Organ ſeiner Rede hier die Meinung verbreiten zu wollen, als ginge die Tendenz der Geſetzgebung dahin, den armen Mann zu belaſten und den reichen zu entlaſten. Er hat auch — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die irrtümliche Angabe gemacht, als würde die Branntwein- und Erbſchaftsſteuer von der Regierung abſichtlich nicht in Angriff genommen. Nun erinnere ich daran, daß wir die Branntweinſteuer in Form der Licenzabgabe an den Bundesrat zu bringen verſucht haben, daß wir dort aber auf Widerſtand geſtoßen ſind und auf den Wunſch, es lieber in Form der Landesgeſetzgebung als Gewerbeabgabe zu thun. Das Bedürfnis der Übereinſtimmung mit den verbündeten Regierungen hat uns dieſen Ausweg annehmen laſſen. Wir haben demnächſt die entſprechende Steuervorlage in den preußiſchen Landtag ge-

bracht, von dem ja sehr viele Herren hier sitzen. Sie werden also wissen, welches Schicksal dieser Vorlage geworden ist. Ich kann mich im Augenblick nicht besinnen, ist sie tot gelagert worden, ist sie in dem Ausschußkeller begraben oder ist sie abgelehnt worden, jedenfalls aber kam nichts dabei heraus. Ich führe das nur an zum Beweise, wie ungerecht die Behauptung ist, als wenn wir uns fürchteten, den Branntwein anzufassen, wie ungerecht die Deduktion ist, als ob wir dieses Getränk des armen Mannes höher zu besteuern uns scheuten; denn bei Branntwein wird wahrscheinlich bei der verbotähnlichen Verzollung der Einfuhr die Preiserhöhung den armen Mann als Konsumenten treffen. In Rußland kostete zu meiner Zeit das Quart, ich weiß nicht, Branntwein oder Spiritus, etwas wie 25 Silbergroschen nach unserem Geld, ungerechnet die Kursdifferenz. Das wäre für den armen Mann ein hoher Preis, da er des Branntweins, wie gesagt, bedarf, im mäßigen Grade zwar, aber doch zur Ernährung bedarf, ein kleines tägliches Quantum, da seine Mittel ihm bayerisches Bier und Wein nicht gewähren.

Ferner hat der Herr Vorredner angeführt, daß wir die Erbschaftssteuer nicht in Angriff genommen hätten. Ja, meine Herren, ich bin nicht Finanz-Minister, ich habe seit vielen Jahren die Entwicklung der Stempelsteuergesetzgebung befürwortet und der Herr Vorredner hat auch darin sich in einem Irrtum befunden. Ich möchte ihn überhaupt bitten, da er doch sonst ein so scharfer Jurist ist, nicht so viel auf den Indizienbeweis einzugehen; er würde gegen keinen Schurken von Verbrecher so viel Indizienbeweis anwenden, als einem Minister gegenüber. Das geringste Indizium reicht hin, um einen Minister im bedenklichen Licht erscheinen zu lassen, was er einem halb überführten Verbrecher gegenüber aus richterlicher Unparteilichkeit ignorieren würde. Also die Anregung meines früheren Herrn Kollegen Camphausen über die Stempelsteuer — er ist leider in dieser Versammlung nicht anwesend, aber wenn er anwesend wäre, würde ich auch sein eigenes Zeugnis provozieren und das Ergebnis davon würde sein, daß jede Anregung einer Revision der Stempelsteuer, so lange ich Minister bin, auch unter dem Ministerium Bodelschwingh entweder von mir ausgegangen ist oder meine lebendigste Unterstützung gefunden hat. Ich kann die einzelnen Vorträge — ehe der Herr Vorredner seine Rede hielt, hat er die Akten durchgesehen, ich aber nicht — nicht in meinem etwas

überlasteten Gedächtnis behalten, ich bin aber ganz gewiß, weil ich meiner eigenen Überzeugung sicher bin, daß ich jederzeit auch die leiseste Anregung, der Stempelsteuer näher zu treten, stets grundsätzlich geschont, gepflegt und gefördert habe, und daß die Anregungen dazu meistens auf meine Initiative und auf meine Einwirkung auf den Finanz-Minister zurückzuführen sind. Auch da hat der Herr Vorredner mich wieder in ein übles Licht versetzt, ohne daß ich es verdiene, und ich hoffe, seine Gerechtigkeitsliebe, da er ja doch Jurist ist, wird ihn bewegen, das zurück- und von mir abzunehmen und selbst einzugestehen, daß er wieder etwas durch seine weittragende Stimme in die Öffentlichkeit gebracht hat, was mit der Wahrheit nicht übereinstimmt.

Der Herr Vorredner hat die Frage aufgeworfen, wozu wir die neuen Steuern überhaupt wollten. Ich habe sie in einem Punkte, indem ich das Zerrbild beleuchte, mit dem er schloß, schon beantwortet: für Zwecke, die diesem Reichstag noch nicht vorliegen, für die wir uns aber bei Zeiten die öffentliche Meinung sicher stellen wollen, und wir haben auch die Absicht, den Wählern damit zu sagen, wer für diese Zwecke, die wir hier angeführt haben, den Gemeinden die Schullasten, die Armen-, die Polizeilasten und die Standeslasten zu erleichtern, wer für den Zweck der Alters- und Invalidenversorgung wirken will, wird wohl thun, jemand zu wählen, von dem er erwartet, daß er die Bestrebungen der Regierung unterstützt, und wer von den Wählern das nicht will, der wird allerdings wohl thun, wenn er jemand wählt, der den Widerstand der Fortschrittspartei gegen die Regierung unterstützt. Daß wir darüber den Wählern Klarheit geben, ehe die Wahlen kommen, und recht häufig und recht oft, das halte ich nicht nur für das Recht der Regierung, sondern für die Pflicht der Regierung; der Wähler hat ein Recht zu wissen, wohin die Regierung hinaus will, und deshalb wollen wir das, wie man sagt, recht breit treten, damit für jedermann verständlich und klar wird, wie wir denken. Wer einen Bedarf an mit der Regierung unzufriedenen Wählern hat, wie neulich ein großes süddeutsches Blatt sich ausdrückte, wird im großen an den direkten Steuern festhalten wollen, wer dahin strebt, daß in der Bevölkerung Zufriedenheit herrsche, der wird mehr für die indirekten Steuern sein. Es stellt sich das praktisch und in der Erfahrung heraus und ich brauche die psychologischen Gründe nicht zu entwickeln; wer Opposition macht, der braucht Unzufriedenheit in der Bevölkerung und wird Mittel finden, sie zu erregen,

indem er die Regierung als unfähig, als übelwollend und vielleicht nur als ungeschickt darstellt, und es ist dies in allen konstitutionellen Staaten der Fall, aber man sollte es der Regierung nur nicht verdenken, wenn sie den entgegenstehenden Einwirkungen gegenüber auch ihrerseits der Bevölkerung Klarheit zu verschaffen sucht.

Ich komme noch auf den Vorwurf des Widerspruchs zurück, den mir der Herr Abgeordnete gemacht hat, wenn er sagte, daß die Denkschrift den Vorlagen widerspreche, indem die Denkschrift alle direkten Steuern verurteilt. Das ist nicht richtig, er selbst hat die Stellen angeführt, worin gesagt ist, daß es nicht die Absicht sei, plötzlich alle direkten Steuern abzuschaffen. Ich darf mich auch darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit, einer der ersten, wo die Steuerfrage hier zur Sprache kam, ein etwas weitgehendes Zukunftsprogramm, was angeblich von anderer Seite als Zukunftsmusik bezeichnet worden ist, vorgetragen habe, indem ich immer mir vorbehielt, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfnis für die wohlhabenden Klassen in irgend einer Form beizubehalten und nur dabei einen Unterschied zu machen in Zukunft zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit, Unternehmungsgeist täglich erworben werden muß, und zwischen demjenigen Einkommen, welches die Natur einer Rente hat und entweder aus nicht selbst bewirtschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt oder lediglich die Mühe des Kouponabschneidens bedingt, und namentlich die letztere Klasse des Einkommens ist bei uns in dem Maße niedrig besteuert, daß darauf die Klagen des Herrn Vorredners, daß die Lasten den Reichen erspart und dem gemeinen Manne aufgewälzt würden, im höchsten Maße Anwendung finden, denn alle diejenigen Arten der Besteuerung des Einkommens, die gerade die reichsten Klassen, die Koupon schneidenden Klassen treffen, sind in der Regel, meines Erachtens, zu niedrig veranlagt, und da erwarte ich noch eine Fundgrube, sobald es gelingt, das System der Selbsteinschätzung mit eventuellen Konventionalstrafen einzuführen, die ich kaum für notwendig halte, denn so sehr häufig, wie die meisten Finanzminister annehmen, sind bei uns die gebildeten Leute nicht, die für Geld lügen.

In den Hansestädten fungiert dieses System mit großer Anerkennung und wird, wie man sagt, mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt, und ich glaube, daß wir unseren hanseatischen Landsleuten in dieser Gewissenhaftigkeit keinen Vorsprung

laſſen würden, wenn es gelänge dahin zu kommen. Dann aber bin ich überzeugt, daß die Einkommenſteuer noch neue Quellen flüſſig machen wird, die bisher unbekannt geblieben ſind. Alſo wenn der Herr Abgeordnete dafür mit mir thätig ſein will, daß das Einkommen aus Koupons höher beſteuert wird als bisher und dadurch der arme Mann erleichtert, dann will ich ſehr gern Hand in Hand mit ihm gehen. Der Widerſpruch iſt daher nicht vorhanden, der darin läge, wenn ich alle direkten Steuern abſchaffen wollte. Mir ſchweben überhaupt ſo gewaltthätige Entſchließungen, als ob nächſten Dienstag alles anders ſein ſolle, durchaus nicht vor. Das Programm, welches ich habe, iſt ja nichts neues, es iſt 5 oder 6 Jahre, ſeitdem ich für dieſes Programm öffentlich aufgetreten bin, und Sie können daraus ſehen, was es mit der Allmacht, die man mir in miniſteriellen Dingen zuſchreibt, auf ſich hat. Fünf Jahre habe ich gekämpft, habe mitunter die Anerkennung im Prinzip bekommen, aber angebrachtermaßen iſt nachher die Sache, die man überhaupt nicht wollte, abgelehnt worden und in irgend einer Weiſe zu Falle gekommen. Was ich hauptſächlich an den direkten Steuern drückend finde, das iſt beiſpielsweiſe vor allen Dingen die Mietsſteuer in Berlin, die müßte meines Erachtens abgeſchafft und die Gemeinde in den Stand geſetzt werden, dieſe durch ihre Gemeindemitglieder ſelbſt und durch ihre berechtigten Organe als ungleich wirkend anerkannte Steuer durch eine andere Steuer zu erſetzen, und in dieſer Beziehung ſchrecke ich auch vor dem Aushilfsmittel der Staatshilfe nicht zurück, nur denke ich mir das auch nicht ſo kindlich, wie der Herr Vorredner es ſchildert, daß die Stadtverwaltung von Berlin in den offenen Seckel des Finanzminiſters hineingreife, ſondern ich denke mir, daß im Budget ſpezialiſiert derartige Fälle vorkommen, daß die Gemeinden, die vermöge ihrer beſonderen Verhältniſſe Anſpruch darauf haben, ſo und ſo viel Zuſchuß von der Staatskaſſe haben, ohne ihre Selbſtverwaltung und ihr Verfügungsrecht in bezug auf dieſe Zuſchüſſe anzufechten. Eine Stadt wie Berlin leiſtet mehr wie andere auf ſtaatlichem Gebiete, Leiſtungen, die ihrer Natur nach nicht kommunale Leiſtungen ſind, die aus einer gewiſſen finanziellen Plusmacherei früher den Gemeinden in dieſer Ausdehnung aufgebürdet ſind und die dem Staate zur Laſt fallen ſollten. Es ſind dieſe ſtaatlichen gerade diejenigen Laſten, die zur Überlaſtung der Gemeinden geführt haben, und ich glaube, daß viele von den Städten deshalb auf einen Staatszuſchuß Anſpruch haben, und das könnte

geſchehen durch ein Pauſchquantum aus den zu überweiſenden Steuern. — Ich habe niemals für Verminderung der Grundſteuer geſtimmt, nicht um einen Heller. Ich bin von der Überzeugung ausgegangen, die ja vielleicht irrtümlich iſt, daß die Ungerechtigkeit, die bei der Veranlagung der Grundſteuer vorgegangen iſt, die heutige Generation nur wenig, manche gar nicht, in verkauften Gütern u. ſ. w., berührt, die Grundſteuer iſt eine Belaſtung des inländiſchen Getreides und Brotkornes, ihrer Natur nach. Das Anbauen des inländiſchen Kornes wird durch ſie verteuert, während das ausländiſche nicht beſteuert werden ſoll, das iſt ſo die Logik der Herren, die die Zölle bekämpfen, aber die Grundſteuer völlig aufrecht erhalten; dennoch gehöre ich zu denen, die die Grundſteuer nicht vermindern wollen, und dieſe Überzeugung iſt in regierenden Kreiſen allgemein; wenn ich ſie teile, ſo kommt das nicht daher, weil ich ſie objektiv für richtig halte, aber daher, weil ich gerade den Entſtellungen, die ſich an ſolche Dinge knüpfen, keinen Raum geben will, weil ich die Möglichkeit abſchneiden will, daß ſogar ſo ſcharfſichtige Leute wie der Herr Abg. Lasker in den Irrtum verfallen, es beſtehe bei uns ein Raſſen- und Klaſſenkampf, den gemeinen Mann in Steuerfragen unter die Füße zu treten und von ſeinem Schweiß die reichen Leute, namentlich die ſo verhaßten großen Grundbeſitzer, reich zu machen. Dieſe Entſtellungen ſind es, die ich befürchte, und weil ich die Neigung zu ſolchen Inſinuationen gerade gegen den Grundbeſitz in einem großen Teil unſerer politiſchen Welt, in den meiſten derjenigen, die keinen großen Grundbeſitz haben, gefunden habe, habe ich aus politiſcher Vorſicht, nicht aus Überzeugung, im Staatsminiſterium ſtets erklärt: ich willige in keine Verminderung der beſtehenden Grundſteuer, aber ich verlange, daß ſie wegen der Unverhältnismäßigkeit, in der ſie zur Leiſtungsunfähigkeit des Zahlers ſteht, aufhört, Maßſtab für Zuſchläge zu ſein. Der Grundbeſitzer iſt im ganzen, wenn Sie auf unſere deutſche Geſchichte zurückdenken, ein Stand von gutem und ehrbarem Ruf geweſen und er hat ſeine Schuldigkeit ebenſo gut gethan, wie die Literaten, wenn ich eine Klaſſe unter dieſem allgemeinen Ausdruck begreifen kann, er hat in keiner Leiſtung zurückgeſtanden, er hat in Krieg und Frieden vorzugsweiſe die Laſten getragen, er beſteht nicht bloß aus reichen Bauern, er beſteht auch aus armen verſchuldeten Bauern, er beſteht auch aus den kleinen Beſitzern, von denen ich wünſchte, wir hätten ihrer viel mehr als wir haben und die mit einer

anerkennenswerten Zähigkeit an dem Hause und dem Grundbesitz hängen, den sie haben, und die, wenn sie auch nur minimale Beträge zahlen, doch mit Grund- und Häusersteuer ohne Rücksicht auf Schulden belastet sind, worin sie, glaube ich, sollten erleichtert werden. Also, um diese Möglichkeit zu haben, nicht aber zur Verminderung der Grundsteuer der großen Besitzer, sondern zur Überweisung eines Teils derselben an die Gemeinden und Verbände, darum wünsche ich die Einnahmequellen des Reichs und infolge dessen die Herauszahlungen des Reichs an die einzelnen Staaten zu vermehren.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß die Wehrsteuer mit der Vorliebe in der Denkschrift für die indirekten Steuern im Widerspruch stände, so gebe ich das zu, es ist auch in der Denkschrift empfunden, aber zugleich gesagt, daß ebensowenig wie die Einkommensteuer der höheren Stände abzuschaffen ist, der Grundsatz nicht überall anwendbar ist: „keine direkten Steuern!“ zu behalten. Wir wissen nicht, wie eine Ausgleichung zwischen dem, der im Heere dienen muß, und dem, der nicht zu dienen braucht, anders zu schaffen ist, und der Unterschied ist doch in der Belästigung zu gunsten des Staates ein großer. Halten Sie diese distributive Gerechtigkeit für nicht angebracht oder nicht erforderlich, nun gut, dann werden Sie sie ablehnen, sie hat mit der Theorie der Steuern nichts zu thun, sie ist nur die Ausgleichung einer Last, für die ich einen anderen Weg nicht finden kann. Finden Sie einen anderen oder wollen Sie gar nicht ausgleichen, dann ist es ja auch gut, dann werden wir uns darein finden müssen.

Ich frage: soll das, was wir brauchen, durch direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden? und ich bin nach den Argumentationen, die in der Denkschrift enthalten sind, in keiner Weise zweifelhaft, daß es nur durch indirekte möglich ist. Der Herr Vorredner hat bestritten, daß die indirekten Steuern sich ins Niveau setzen, sich verteilen, mit andern Worten, daß sie abbürden, direkt, oder auch auf dem umgekehrten Wege, so daß jeder das, was ihm am notwendigen Lebensbedarf verteuert wird, auf die Ware aufschlägt, die er selbst herstellt, verkauft, oder auf die Arbeit, die er selbst leistet; ehe er überhaupt bezahlte Arbeit annimmt, wird er sehen, daß er dabei zu leben hat, und wird seine Arbeit nicht wohlfeiler hergeben, als er dabei bestehen kann; ich muß die üblichen Einwände, die wir aus Erfahrungen sammeln können, machen, wie auch der Herr

Vorredner, was mich freute und überraſchte, ſagte, daß die Wiſſenſchaft hierbei vollſtändig im Stich läßt. Es handelt ſich nicht um exakte Wiſſenſchaft, ſondern um Behandlung von Organiſationen, um lebendige Körperſchaften, deren Weſen ebenſo wenig von den Menſchen ſeziert und ergründet worden iſt, wie das des einzelnen menſchlichen Körpers von den gelehrteſten Ärzten; ſoweit das Auge hinreicht, ſoweit die Chirurgie thätig iſt, haben wir ganz außerordentliche Leiſtungen, in der Behandlung innerer Krankheiten aber ſind zu unſerem und der Ärzte Bedauern die Fortſchritte der Wiſſenſchaft ſeit der Zeit, die uns die Geſchichte zugänglich gemacht hat, nur gering geweſen, und deswegen ſind auch die Ärzte mir die liebſten, die Erfahrung haben und zu rate ziehen, wenn Sie wollen Empiriker: wenn man ſie beleidigen will, wenn man ſie braucht: erfahrene alte Herren. Und ſo iſt es auch in der Politik, in der Nationalökonomie, in der Statiſtik; die Wiſſenſchaft iſt da mitunter auf einem ſehr hohen Pferde, aber ſie ſieht den Boden nicht, auf dem ſie reitet, und erkennt ihn nicht.

Sie ſehen, daß ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache und den Mut meiner Meinung habe, was ebenſo unpopulär iſt, wie das Tabaksmonopol. Aber vor allen Dingen glaube ich mich dabei auf dem richtigen Wege zu befinden, um für die Regierung und für die verbündeten Regierungen und deren Geſetzgebung, wie es meine Pflicht iſt, die Zufriedenheit des beſteuerten Volkes zu erſtreben. Ich finde es ja natürlich, daß die Förderung dieſer Zufriedenheit von den Gegnern der Regierung nach Möglichkeit verhindert und bekämpft wird; ich kann mich aber dadurch nicht aufhalten laſſen und werde unbeirrt den Weg gehen, der durch das Programm der Denkſchrift, für welches ich die Verantwortlichkeit übernehme, gekennzeichnet iſt. Ich werde für möglichſte Verbreitung und Kenntnisnahme und Ausarbeitung dieſes Programms nach allen Richtungen in der Preſſe und auch ſonſt Sorge tragen, und werde dafür ſo viel Anhänger werben, wie ich im Lande irgend finden kann. Das halte ich für mein Recht und meine Pflicht.

Rede bei der Beratung des Reichshaushalts mit Bezug auf das vorgelegte Unfallverſicherungsgeſetz.

Gehalten am 2. April 1881.

(Nach dem Abg. Richter.)

Der Herr Vorredner hat damit geſchloſſen, daß mein Preſtige im Schwinden wäre. Ja, wenn er Recht hätte, möchte ich ſagen: Gott ſei Dank! denn Preſtige iſt etwas furchtbar Läſtiges, etwas, an dem man ſchwer zu tragen hat und das man leicht ſatt wird. Mir iſt es vollkommen gleichgiltig. Ich habe, wie ich ſehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Herrn Vorredners, als vielleicht noch mehr Ehrgeiz in mir ſteckte, jahrelang ohne jedes Preſtige, im Gegenteil als Gegenſtand der Abneigung, wenn nicht des Haſſes der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und geſünder befunden als in den Zeiten, wo ich am populärſten geweſen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung; ich thue meine Pflicht nnd warte ab, was daraus folgt.

Der Herr Vorredner hat das hauptſächlich damit begründet, daß die Arbeiter den Beiſtand ablehnen, den ihnen die Reichsregierung zu bringen ſucht. Darüber kann der Herr Vorredner noch gar keine Nachricht haben; was die Maſſe der Arbeiter denkt, das weiß der Herr Vorredner gar nicht; er weiß, was die eloquenten Streber, die an der Spitze der Arbeiterbewegungen ſtehen, was die gewerbsmäßigen Publiziſten, die die Arbeiter als ihr Gefolge brauchen und die unzufriedenen Arbeiter als Gefolge brauchen, was die darüber denken, darüber wird der Herr Vorredner ganz gewiß genau unterrichtet ſein. Aber was der Arbeiter im allgemeinen denkt, das wollen wir abwarten. Ich weiß nicht, ob dieſe Frage in ihrer Bedeutung überhaupt ſchon bis zu ihrer Erwägung außerhalb der gelehrten Arbeiterklubs, außerhalb der leitenden Streber und Redner vollſtändig durchgedrungen iſt.

Das Feld der Geſetzgebung, welches mit dieſem Geſetz betreten wird, und von dem der Herr Vorredner ganz mit Recht urteilt, daß es noch eine ſehr weite Perſpektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milder in ihrem Urteil über die Regierung ſtimmen kann — dieſes Feld, welches hiermit betreten wird, berührt eine Frage, die wahrſcheinlich von der

Tagesordnung ſobald nicht abkommen wird. Seit 50 Jahren ſprechen wir von einer ſozialen Frage. Seit dem Sozialiſtengeſetz iſt immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher, hochſtehender Seite und aus dem Volke: es ſei damals verſprochen, es müſſe auch poſitiv etwas geſchehen, um die Urſachen des Sozialismus, inſoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beſeitigen; die Mahnung iſt bis zu dieſem Augenblick an mich toto die herangetreten und ich glaube nicht, daß mit der ſozialen Frage, die ſeit 50 Jahren vor uns ſchwebt, unſere Söhne oder Enkel vollſtändig ins Reine kommen werden. Keine politiſche Frage kommt überhaupt zu einem vollſtändigen mathematiſchen Abſchluß, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; ſie ſtehen auf, haben ihre Zeiten und verſchwinden ſchließlich unter andern Fragen der Geſchichte, das iſt der Weg einer organiſchen Entwicklung. Ich halte es für meinen Beruf, dieſe Fragen ohne Parteileidenſchaft, ohne Aufregung — ich bedauere, daß die Parteifragen ſo hineinſpielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer ſie mit Erfolg in Angriff nehmen ſoll, wenn es die Reichsregierung nicht thut.

Der Herr Vorredner hat, was ich nur beiläufig erwähnen will, weil es vor einigen Tagen auch in einer anderen Rede vorkam, angeſpielt auf einen angeblich lebhaften Telegrammwechſel zwiſchen „gewiſſen Kreiſen“ und „einer hochſtehenden Perſon“, unter welcher Bezeichnung ich mich in dieſem Falle verſtehen muß. Meine Herren, es iſt dies eine ſehr einfache Sache; ich bekomme tauſende von Telegrammen — ich bin ein höflicher Mann und ich würde ſogar wahrſcheinlich auf ein Telegramm von Herrn Richter antworten, wenn er mich mit einem freundlichen Telegramm beehren wollte; ich kann auf ein freundliches Telegramm zur Begrüßung nur freundlich antworten, keine polizeiliche Recherche darüber anſtellen, welcher politiſchen Richtung dieſe Abſender etwa ſind. Ich bin auch nicht ſo ängſtlich in meinen Anſchauungen, daß ich beſondere Katechiſationen über die politiſche Partei der Abſender anſtellte. Macht es jemand Vergnügen, mich als Mitglied der antiſemitiſchen Verbindungen darzuſtellen, ſo gönne ich ihm das. Ich habe mich, wie es mir meine amtliche Stellung gebietet, von allen dieſen Bewegungen, die mir nicht erwünſcht ſind, ferngehalten, ich möchte nur wünſchen, daß auch die übrigen Herren und namentlich diejenigen, welche die Regierung und mich in Perſon mit ihrem Wohlwollen beehren, ſich von Aufhetzungen der Klaſſen gegeneinander,

von Wendungen der Rede, die den Klaſſenhaß ſchüren, mehr als bisher entfernt halten möchten. Wenn wir neulich von dem Herrn Abgeordneten Lasker die Bezeichnung hörten, die wirtſchaftliche Politik, welche die Regierung treibe, ſei eine „ariſtokratiſche“ Politik, und damit alles, was zur Ariſtokratie gehört, als des Eigennutzes verdächtig dem armen Manne, auf deſſen Koſten ſie angeblich lebten, denunziert wird; wie ſollen nicht, wenn ſolche Äußerungen auf antiſemitiſchen Boden fallen, dort die richtigen Repreſſalien für ein ſolches Wort gefunden werden? ſo daß man die Politik, die uns entgegenſteht, mit einem anderen Epitheton, was ich gar nicht ausſprechen will, was jeder ſelbſt finden wird, bezeichnete? Wenn nachher eine Zeitung, wie die Tribüne, von der geſagt wird, daß ſie Eigentum des Herrn Bamberger ſei, dieſen Ausdruck des Herrn Lasker noch durch ihr Sprachrohr weiter giebt und weiter verfolgt, daß dies die richtige Bezeichnung, daß dies eine Kolumbusentdeckung ſei, dieſes Wort gefunden zu haben, daß Fürſorge für den armen Mann und Ariſtokratie nicht in derſelben Gedankenordnung neben einander ſtehen können, ja, dann denken Sie ſich das umgekehrt im Munde des Antiſemiten, was für ein Element der ſtatt Ariſtokraten ſetzen wird, ob er ganz dasſelbe ſetzen wird, in alle den Wendungen, mit welchen das Organ des Herrn Bamberger der Ariſtokratie egoiſtiſche Ungerechtigkeiten unterſchiebt.

Der Herr Abgeordnete Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates, für das, was er thut, auf dem Gebiet, welches er heute betritt, aufmerkſam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für ſeine Unterlaſſungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laisser faire, laisser aller“, „das reine Mancheſtertum in der Politik“, „jeder ſehe, wie er's treibe, jeder ſehe, wo er bleibe“, „wer nicht ſtark genug iſt zu ſtehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten“, „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“ — daß das im Staat, namentlich in dem monarchiſchen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf dieſe Weiſe die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren perhorreszieren, ihrerſeits ſich dem Verdacht ausſetzen, daß ſie die Stärke, die ihnen, ſei es kapitaliſtiſch, ſei es rhetoriſch, ſei es ſonſtwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der Anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrſchaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden,

ſobald ihnen dieſes Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung geſtört wird.

Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konſequenz dieſer Geſetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, ſo werden wir ſeinen Erwartungen und ſeinen Wünſchen in dieſer Beziehung vielleicht ſpäter entſprechen können, nur nicht zu ſchnell und nur nicht alles auf einmal. Solche Geſetze entſtehen ja nicht auf der Baſis einer theoretiſchen Willkür, die darüber grübelt, was wäre jetzt wohl für ein Geſetz zu machen, ſondern ſie haben ihre Geneſis, ihre Vorgeſchichte, aus der ſie entſtehen. Daß wir bis heute nur mit einem Unfallverſicherungsgeſetz kommen, hat ſeinen Grund darin, daß gerade dieſe Seite der Fürſorge für den Armen und Schwachen ſchon früher beſonders lebhaft betrieben iſt in Zeiten, wo ich dieſen Dingen überhaupt noch nicht näher getreten bin. Ich habe Anforderungen, Andeutungen, Anfänge zu dieſem Geſetz ſchon vorgefunden, es war das Geſetz, was nach Lage der Akten am meiſten urgierte und am meiſten dringend erſchien, und wie ich ihm zuerſt näher getreten bin, habe auch ich anfangs das Gefühl gehabt, daß das Geſetz ſeiner Theorie nach nicht umfaſſend genug ſei, mir iſt die Verſuchung nahe getreten, in dem erſten Paragraphen, in dem, glaube ich, der Satz vorkommt: „alle Arbeiter, die“ und „müſſen ſo und ſo entſchädigt werden“, anſtatt deſſen zu ſagen: „jeder Deutſche“. Wenn man dieſem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, wenn man namentlich auch die ſelbſtſtändigen Arbeiter, die in niemandes Auftrage verunglücken, umfaſſen will, dann hat die Sache auf dem Wege der Verſicherung ihre noch größeren Schwierigkeiten und das erſte, was uns da beſchäftigt hat, und ſehr viel ernſter beſchäftigt als irgend eine zweiſtündige Rede irgend eines Abgeordneten thun kann, das war die Frage: wie weit läßt ſich das Geſetz ausdehnen, ohne daß wir in den Beginn dieſer Geſetzgebung gleich im Anfang eine nachteilige Lage, einen zu weitgehenden Griff, alſo einen Mißgriff bringen? Mir lag als Landwirt wohl die Frage ſehr nahe: läßt es ſich beiſpielsweiſe auf die Landwirtſchaft, der bei weitem die größte Anzahl der Arbeiter, wenigſtens in den Provinzen angehören, ausdehnen? Ich will die Hoffnung, daß dies möglich ſei, nicht aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, die uns für den erſten Augenblick abgehalten haben, einige Worte ſagen. Daß die landwirtſchaftlichen Gewerbe, ſoweit ſie ſich der Maſchinen- und elementaren Kräfte bedienen, nicht ausge-

ſchloſſen ſind, verſteht ſich von ſelbſt. Dann iſt aber auch die übrige größere Maſſe der landwirtſchaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maſchinen, die nicht von elementaren Kräften, ſondern von Pferden, mitunter auch von Menſchenhänden geleitet werden, und dieſe Berührung iſt vielfach eine lebens- und geſundheitsgefährliche; es iſt aber außerordentlich ſchwer, den Prozentſatz dieſer Bevölkerung, das Beitragsverhältnis, welches daraus hervorgeht, zu fixieren. Der Herr Abgeordnete hatte ja ſeinerſeits ſchon fertige Erfahrung, wieviel in jedem Zweige der menſchlichen Beſchäftigung der Prozentſatz beträgt, und er hat ſie mit großer Sicherheit angeführt; ich würde ihm dankbar ſein, wenn er dieſen Schatz und die Quelle, aus der er ihn gezogen hat, uns mitteilen wollte. Wir haben verſucht uns zu helfen, die Vorarbeiten waren ſorgfältig nach Daten — notabene nach ſicheren, nicht nach beliebigen ſtatiſtiſchen, auf Konjekturen begründeten Ziffern, ſondern ſicher begründeten Ziffern ausgeſucht, und wenn wir die gefunden hätten, die der Herr Abgeordnete mit ſeinem ſchärferen Blick ja ſofort entdeckt zu haben ſcheint, wenn ſie uns zugänglich geweſen wären, und wenn wir ſie für richtig gehalten hätten, würden wir in dieſer Vorlage weiter gegangen ſein.

Wenn ich ſage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirtſchaft auch ſchließlich hineingezogen wird, ſo ſchwebt mir dabei eine Organiſation vor, die ſo raſch in einer Seſſion nicht hergeſtellt werden kann, mit der das Kind, wenn es überhaupt zur Welt kommt, überhaupt nicht geboren werden kann, ſondern in die muß es erſt allmählich hineinwachſen, nämlich eine Organiſation, nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter verſichert haben, in ſich korporative Genoſſenſchaften bilden, welche ihren wirklichen Bedarf an Entſchädigungen durch Prämien in ſich aufbringen, und welche zugleich die genügende Kontrole über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall ſo ſind, daß der Genoſſenſchaft mit denſelben wenig Laſten erwachſen, mit anderen Worten, daß man das Intereſſe der mitzahlenden Mitgenoſſen zum Wächter der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es, im Wege der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirtſchaftende Landwirtſchaft wahrſcheinlich den richtigen Prozentſatz im Wege der Erfahrung finden. Der Mangel an Erfahrungen auf dieſem Gebiete hat uns auch beſtimmt, in der Frage, wie die Beitrags-

pflicht verteilt werden soll, vor der Hand sehr vorsichtig zu sein, und ich muß sagen, ich würde meinerseits nicht den Mut haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Gesetz mit sich bringt, ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollen. Wenn die Staatshilfe, sei es in Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in Form des Staats, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Mut haben, für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen. Es ist möglich und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurteilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitieren, oder wie man das will, aber ohne jedes schon gemachte Experiment, ohne jede praktische Ermittelung dessen, was uns da bevorsteht, habe ich nicht den Mut, die Industrie mit den vollen Kosten dieser staatlichen Einrichtungen zu belasten, sie im höheren Maße zu belasten wie bisher, um ihr dasjenige aufzuerlegen, was die Lokalarmenverbände bisher an Fürsorge für den verunglückten Fabrikarbeiter zu tragen gehabt haben und was künftig in einem höheren, vollkommeneren und würdigeren Maß durch die Versicherer getragen werden soll in Gemeinschaft mit dem Staat. Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Übertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vorteil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht, nur nicht um dieses volle Dritteil, welches dem Staat zugemutet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für verunglückte Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Loses des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staate anrechnen, und es fragt sich da, ist diese Differenz des damit erstrebten Zieles wert, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist, und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zuschuß hat, der dabei vom Staate gefordert wird, ist der gleichwertig mit dem Vorteile, der erreicht wird? Ich glaube dies im allerhöchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll niemand verhungern, ob es nicht

dennoch geſchieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf ſein Alter und ſeine Zukunft blicken zu laſſen, und es liegt in dieſem Geſetze auch die Tendenz, das Gefühl menſchlicher Würde, welches auch der ärmſte Deutſche meinem Willen nach behalten ſoll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almoſenempfänger daſteht, ſondern daß er ein Peculium an ſich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, über das er als Armer ſelbſtändig verfügen kann und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm ſonſt verſchloſſen wird, und ihm in dem Hauſe, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine beſſere Behandlung ſichert, wenn er den Zuſchuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hauſe auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältniſſen in großen Städten ſelbſtprüfend näher getreten iſt, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgeſpürt hat, und ſelbſt auf den beſtverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich ſchwach und verkrüppelt iſt, unter Umſtänden behandelt wird im Hauſe von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von ſehr nahen Verwandten mitunter, der muß eingeſtehen, daß jeder geſunde Arbeiter, der dies mit anſieht, ſich ſagt: es iſt doch fürchterlich, daß ein Menſch auf dieſe Weiſe durch die Behandlung in dem Hauſe, was er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund ſeines Nachfolgers es nicht ſchlimmer hat. Das kommt vor. Welche Waffe hat ein ſchwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke geſtoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine. Hat er aber auch nur 100 oder 200 Mark für ſich, ſo beſinnt ſich das Haus ſchon ſehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden ſehen können, wenn nur ſechs oder fünf Thaler monatlich gegeben werden, das iſt für einen Armenhaushalt auf dem Lande ſchon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau ſich ſehr beſinnt, daß ſie den Koſtgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Alſo ſage ich, wir haben das Bedürfnis, in dieſem Geſetze auf eine menſchenwürdige Behandlung zunächſt dieſer Sorte von Armen zu wirken, und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konſequenzen im nächſten Jahre — mag dieſes Geſetz abgelehnt werden oder nicht — vollſtändig befriedigen inbezug auf die Maſſe und Ausdehnung der ſtaatlichen Fürſorge für eine beſſere und würdigere Behandlung der Erwerbloſen. Aber zunächſt iſt dieſes Geſetz gewiſſermaßen eine Probe, die

wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Waſſer finanziell iſt, in das wir Staat und Land vorſchlagen hineinzutreten. Man kann gegen dieſe Dinge ſich nicht in der Weiſe decken, daß man eine geläufige, glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgeſetzes empfiehlt ohne nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man ſich dieſe Ausbildung denkt. Damit kann man dieſe Sache nicht erledigen, damit ſpielt man den Strauß, der den Kopf verſteckt, um die Gefahr nicht zu ſehen. Die Aufgabe der Regierung iſt es, den Gefahren, wie ſie uns vor einigen Tagen von dieſer Stelle hier aus beredtem Munde mit überzeugenden Belegen geſchildert wurden, ruhig und furchtlos ins Auge zu ſehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Maſſen benutzt werden, die ſie für verbrecheriſche Lehren erſt gelehrig machen, ſo viel an uns iſt, zu beſeitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es iſt mir das ziemlich gleichgiltig. Wenn Sie es Sozialismus nennen, ſo liegt natürlich der wunderliche Hintergedanke dabei, die Regierung des Kaiſers dieſer Vorlage der verbündeten Regierungen gegenüber gewiſſermaßen in die Schußlinie der Kritik zu ſtellen, die Herr von Puttkamer uns hier über die Beſtrebungen der Sozialiſten darlegte, man ſollte daran glauben, daß von dieſer Vorlage bis zu der Mörderbande von Haſſelmann und den Brandſchriften von Moſt und bis zu den Umſturzverſchwörungen, die uns vom Wydener Kongreſſe enthüllt wurden, daß uns davon nur ein ganz kleiner Raum noch trennt, der allmählich auch überſchritten wird. Nun, meine Herren, im Gegenteil, das ſind mehr oratoriſche Ornamente, mit welchen man kämpft, die keinen Hinterhalt haben, man bedient ſich dabei der Vielſeitigkeit des Wortes „Sozialismus“. Nach dem, wie die Sozialiſten es in ihrem Programme getrieben haben, iſt das eine Bezeichnung, die mit „verbrecheriſch“ in der öffentlichen Meinung beinahe gleichbedeutend iſt. Nun, dieſe Beſtrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft beſſer und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, ſeinen noch geſunden Genoſſen nicht das Beiſpiel eines, ſo zu ſagen auf dem Kehricht langſam verhungernden Greiſes zu gewähren, das kann man doch nicht in dem Sinne als ſozialiſtiſch bezeichnen, wie dieſe Mörderbande uns neulich dargeſtellt worden iſt, und das iſt ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man „ſozialiſtiſch“ darüber ruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger, der ja an dem Worte „chriſtlich“ keinen Anſtoß nahm, für unſere Beſtrebungen

einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen.

Aber umsonst ist der Tod. Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, dann werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden, das weiß ich nicht, ob sie das tragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei einigen ginge es allerdings; es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesamtproduktionskosten ist. Ich nenne als solche Produktionszweige chemische Fabriken, oder Mühlen, die in der Lage sind, mit einigen 20 Arbeitern bei einem Umsatz von einer oder mehreren Millionen ihr Geschäft zu machen; aber die große Masse der Arbeiter steckt eben nicht in solchen, ich möchte sagen, aristokratischen Betrieben, womit ich aber keinen Klassenhaß erregen will, sondern sie steckt in denen, wo der Arbeitslohn bis zu 80 und 90 Prozent der Kosten beträgt, und ob die dabei bestehen können, weiß ich nicht. Ob man den Betrag auf die Arbeiter oder die Unternehmer legt, das halte ich für ganz gleichgiltig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen und was der Arbeiter beiträgt, das ist doch notwendig schließlich zu Lasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im ganzen keinen Überschuß und keine Ersparnis gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohn noch eine Last auferlegen, ja dann muß der Unternehmer diese Mittel zulegen, damit der Arbeiter die Last tragen kann, oder der Arbeiter geht zum anderen Geschäft über. Der Herr Vorredner sagte, gerade das sei ein Mangel des Gesetzes, daß der Grundsatz der Freiheit des Arbeiters von Beiträgen nicht vollständig durchgeführt sei. Er that so, als wenn er garnicht eingeführt wäre, er gilt allerdings nicht für die Arbeiter, die über 750 Mark Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht eben auf der Genesis des Gesetzes, daß es so gekommen ist; es stand ursprünglich im ersten Entwurf, daß $^1/_3$ der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkt der vom Staate auferlegten Armenpflege zur Last fallen würde, und es ist kein Grund, diesen Gemeinden resp. der gesamten Armenpflege, denen bisher die 80 Prozent der vom

Haftpflichtgesetz nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk damit zu machen, und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entsprechend der Satz angenommen, daß der Armenverband, dem im anderen Falle die Verunglückten zur Last fallen würden, $^1/_3$ tragen solle. Dieses Raisonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne so hoch stehen, daß sie, wenn sie verunglückten, dem Armenverbande schwerlich zur Last fallen würden, nach ihrer ganzen Wohlhabenheit nicht mit derselben Sicherheit Anwendung. Ich bin sehr gern bereit, diese Beschränkung fallen zu lassen. Es ist schon oft davon die Rede gewesen. Nachdem die Gesamtheit des Reichstags aber sich bisher gegen einen Staatszuschuß überhaupt zu meinem Bedauern ausgesprochen hat, würde ich damit dem Gesetz auch nicht mehr Stimmen zuführen. Ich erkläre indessen, daß diese Grenze von 750 gegenüber der ganzen Theorie, die dem Gesetz zugrunde liegt, kein wesentlicher Punkt ist. Das ist ein Billigkeitsgefühl gegen die Armenverbände ursprünglich gewesen, denen man keine höheren Lasten auferlegen würde, als man ihnen Ersparnisse durch dieses Gesetz ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es stellte sich nachher heraus, daß aus vielen praktischen Beispielen den einzelnen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Verteilung, die in unserer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Last steht, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt stattfindet. Nach der geographischen Lage sind kleine impotente Gemeinden sehr häufig mit Armenpflege überlastet und große reiche Gemeinden haben darin sehr wenig und es hätte das eine zu ungleiche Verteilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem Ortsarmenverbande stehen blieb. In dieser Überzeugung schlug ich vor, statt Ortsarmenverband zu sagen Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang sein Leben gefristet, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirtschafsrats diese Bezeichnung fallen gelassen und statt dessen dem Einzelstaat überlassen bleiben sollte, wie er entweder selbst eintreten wollte als Landarmenverband oder wie er seine Landarmenverbände heranziehen wollte. So ist die Grenze von 750 Mark entstanden, daß wir zuletzt auf reine Staatshilfe in dieser Form, die immer noch das Moderamen der Staatsgesetzgebung im Wege der Verteilung auf die Landarmenverbände oder die Kreisarmenverbände ist, hinausgekommen sind, — wir werden ja doch einer Revision unserer Armengesetze

überhaupt bedürfen, wie man das nachher wenden will, iſt gleichgiltig.

Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, ſo tief in unſer Leben eingreifenden und ſo wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenſtand die Meinungen ſehr weit auseinandergehen und ich bin vollſtändig darauf gefaßt, daß wir wegen dieſer Divergenz der Meinungen in dieſer Seſſion einen annehmbaren Geſetzentwurf nicht zu ſtande bringen. Mein Intereſſe an der ganzen Bearbeitung der Sache wird ſehr abgeſchwächt, ſobald ich erkennen ſollte, daß das Prinzip der Unterlaſſung des Staatszuſchuſſes definitiv zur Annahme käme, daß die Stimmung der Landesgeſetzgebung gegen den Staatszuſchuß ſich ausſpräche. Dann würde damit die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs, ſozuſagen, gewieſen werden; man würde dann die Verſicherer der Privatinduſtrie vielleicht beſſer überlaſſen, als daß man eine ſtaatliche Einrichtung ohne Zwang übt. Denn ich würde nicht den Mut haben, den Zwang auszuſprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuſchuß anbietet. Würde der Zwang ausgeſprochen, ſo iſt es notwendig, daß das Geſetz zugleich ein Verſicherungsinſtitut beſchafft, was wohlfeiler und ſicherer iſt wie jedes andere. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konkurſe ausſetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinſung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja geſtern ſeinen Angriff auf das Geſetz weſentlich mit der Klage über den Ruin der Verſicherungsgeſellſchaften — er hat ſich ſtark ausgedrückt: daß die zerdrückt, zermalmt werden würden, und hat geſagt, daß dieſe Verſicherungsgeſellſchaften ſich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, ſie bewürben ſich um das Geld ihrer Mitbürger.

Wenn ſie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, ſo iſt das eine geſchickte Operation. Daß ſie aber als edle Seelen ſich für die Arbeiterintereſſen bei der Einrichtung ihrer Verſicherungsgeſellſchaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch ſchwer davon überzeugen.

Und für ſolche Privatverſicherungsgeſellſchaften, die in Konkurs geraten können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, durch große Unglücksfälle, die genötigt ſind, ihre Beiträge ſo einzurichten, daß noch für den, der ſein Kapital dazu

hergiebt, Dividende übrig bleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und auch die Hoffnung auf Dividende, zu solchen Versicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl niemand zwingen und da möchte ich meinen Beistand dazu versagen. Das Korrelat für den Zwang bildet meines Erachtens auch die Übernahme der Versicherung durch den Staat in der Form des Reichs oder in der Form des Einzelstaats, — ohne das kein Zwang. Ich habe auch nicht, wie ich schon erwähnte, den Mut, den Zwang auszuüben, wenn ich nicht etwas dafür zu bieten habe. Dieser Drittelbeitrag des Staates ist ja viel geringer, wie ich schon vorher gesagt habe, als er aussieht, weil dafür den Verbänden, auf die der Staat seine ihm obliegende Armenpflege abgebürdet hat, doch auch sehr wesentliche Leistungen abgenommen werden. Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner sagte, nicht Sozialismus, so ist das mir wiederum gleichgiltig, ich nenne es immer wieder praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung, — aber ist es Kommunismus, dann ist der Kommunismus ja längst in den Gemeinden im höchsten Maß getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang. Der Herr Vorredner sagte, daß auf unsere Weise die unteren Klassen durch indirekte Steuern belastet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, meine Herren, was geschieht denn aber in den großen Städten, in dem nach seiner Meinung vom fortschrittlichen Ringe so glänzend verwalteten Berlin? Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende, der morgen sein gleich armer Bruder sein wird, wenn er wegen der Mietssteuer ausgepfändet ist, durch Mietssteuer den Beitrag aufbringen muß, um den schon Armen zu verpflegen. Das ist viel härter, als wenn das aus der Tabaksteuer oder Branntweinsteuer käme.

Der Herr Vorredner hat gesagt, ich hätte eine Rede gegen die Branntweinsteuer gehalten. Das ist mir wirklich nicht erinnerlich und ich wäre sehr dankbar, wenn er mir das aus irgend einem Worte nachwiese. Ich habe immer den Tabak und den Branntwein als die Gegenstände zu stärkerer Belastung genannt, ich habe nur in Zweifel gezogen, ob es nützlich ist, den Branntwein im Fabrikationsstadium zu besteuern, welches manche andere Staaten wie Frankreich ganz frei läßt, oder in einem anderen Stadium zu treffen. Der Herr Abgeordnete hat also — gewiß unfreiwillig — einen Irrtum begangen. Indessen der Irrtum macht sich, indem er später in vielen Blättern, auf die der Herr

Abgeordnete Einfluß hat, ohne Widerlegung gedruckt erſchein immer nicht übel im Eindruck.

Auf die Fehler des Haftpflichtgeſetzes will ich nicht weiter zurückgehen, ſie werden von ſachkundigen und mehrbeteiligten Herren beſprochen werden. Es war dies eines der Motive, die mich neben den Verſprechungen, die beim Erlaß des Sozialiſtengeſetzes gegeben worden ſind, deren Sie ſich alle erinnern werden und an deren Erfüllung ich oft gemahnt worden bin — die unerwartet nachteilige Wirkung der jetzigen Haftpflichtgeſetzgebung war einer der Hauptmomente, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entſtehenden Prozeſſe einen ganz ungewiſſen und oft unverhältnismäßigen Ausgang haben, wenn ſie gelingen, und einen ebenſo unverhältnismäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo ſie verloren gehn, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten verſichert worden iſt, daß, ſtatt daß das Verhältnis zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbeſſert wurde, an vielen Orten, wo die Prozeſſe häufig ſind, beſonders wo Winkeladvokaten, denen an Erregung der Unzufriedenheit in Hinſicht auf die Wahlen liegt, ſchüren, daß dort die Erbitterung zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegenſatz zu der wohlmeinenden Abſicht, welche das Geſetz gehabt hat, nur geſteigert worden iſt, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Geſetzes ſich geſchädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntnis ſchwerlich je überzeugt wird, daß er Unrecht hat, namentlich wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegenteil ſagt: und wenn es vier oder fünf Inſtanzen gäbe, er würde ſeine Sache ſo weit bringen.

Deshalb war ich der Anſicht, ein leichter fungierendes Syſtem einzuführen, wo von Prozeſſen nicht die Rede iſt, und die Frage, ob irgend ein Verſchulden vorliegt, nicht unterſucht wird. Für den Betroffenen iſt es ja gleichgültig, er bleibt unglücklich, er bleibt verſtümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden iſt, und ſeine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag doloſe oder culpa lata, oder auf die unſchuldigſte Weiſe gekommen ſein. Wir haben es daher nicht mit der ſtrafenden und diſtributiven Gerechtigkeit zu thun, ſondern mit dem Schutz eines ohne das Geſetz ziemlich wehrloſen Teils der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigene peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen.

Ich gehe auf den Vorwurf des Kommunismus nicht weiter ein, ich möchte nur bitten, daß man ſich in Fragen, wie dieſe, wo wir wirklich alle unſeren Weg noch nicht ſicher vor uns liegen ſehen, ſondern ihn eben mit Stab und Sonde mühſam erforſchen, daß man da noch nicht alles aus dem Geſichtspunkt der Parteitaktik, aus dem Geſichtspunkt der Fraktionstaktik, aus dem Gefühl „fort mit Bismarck“ und dergleichen betreiben möge. Ich wünſche ja, ſo ſchnell wie möglich an meiner Stelle einen anderen, wenn er nur dies fortſetzen wollte, ich würde gern ſagen: „Sohn, hier haſt du meinen Speer“, wenn er auch nicht mein eigener Sohn wäre.

Dieſe unerwünſchte Art der Diskuſſionen hat ſich ſchon neuerlich gezeigt. Da hat man ſich um den „armen Mann“ geriſſen wie um die Leiche des Patroklus. Herr Lasker hat ihn an dem einen Ende gefaßt, ich ſuchte ihn ihm nach Möglichkeit zu entreißen. Und wohin kommen wir denn mit dieſen Unterſchiebungen von Motiven und mit dieſer Zuhilfenahme des Klaſſenhaſſes, der Verſtimmung des Elends und des Leidens? Darin liegt ſchon eher Sozialismus, getrieben in der Art, wie Herr von Puttkamer ihn neulich hier brandmarkte.

Das Almoſen iſt das erſte Stadium chriſtlicher Mildthätigkeit, wie ſie z. B. in Frankreich in weiter Verzweigung exiſtieren muß.

In Frankreich hat man kein Armenpflichtgeſetz, jeder Arme hat dort das Recht zu verhungern, wenn nicht mildthätige Leute ihn davon abhalten.

Das iſt die erſte Pflicht, die geſetzliche Hilfe des Armenverbandes iſt die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung „chriſtlicher Staat“ perhorreszieren — doch in ſeiner großen Mehrheit aus Chriſten beſteht, die Grundſätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in bezug auf die Hilfe, die man dem Nächſten leiſtet, in bezug auf das Mitgefühl mit dem Schickſal, dem alte leidende Leute entgegengehen, ſich einigermaßen durchdringen läßt.

Wie erheblich die Laſten ſind, die unter Umſtänden dem „Gemeindekommunismus“ in Geſtalt der Armenpflege abgenommen werden und auf den Staatskommunismus in dieſer Geſtalt übergehen würden, darauf wirft eine vereinzelte Thatſache einen Lichtblick. Es hat mir nicht gelingen wollen, die Zahl der überhaupt in Armenunterſtützung ſich befindenden Perſonen im Reich oder in der Monarchie zu ermitteln, noch weniger

den Betrag, der dafür verwendet wird, weil auf dem Lande und in sehr vielen anderen Verhältnissen die Privatwohlthätigkeit und die gesetzliche Armenpflege so ineinanderfließen, daß die Grenze nicht zu ziehen ist, auch nicht Buch darüber geführt wird. Nur von den 170 Städten über 10000 Einwohner steht fest, daß dieselben für ihre Armenpflege im Durchschnitt einen Aufwand von 4 Mark pro Kopf machen. Es wechselt dieser Aufwand zwischen 0,63 Mark und 12,84 Mark, — also sehr verschieden.

Am allerauffallendsten ist das Ergebnis aber da, wo die Mehrzahl der arbeitenden Klassen sich in Knappschaften und ähnlichen Verbänden befinden. Man sollte glauben, daß stark bevölkerte Fabrikorte wie Oberneuenkirchen und Duttweiler in dieser Berechnung einen außerordentlich starken Appoint haben müßten. Berlin, was nur teilweise ein industrieller Ort ist, teils auch nicht, also gewissermaßen, wenn es richtig und geschickt in seinen Finanzen verwaltet wäre, eine Art von Durchschnittspunkt geben könnte, zahlt weit über den Durchschnitt für seine Armenpflege, ohne daß die Armen, wie jeder, der sich Privatwohlthätigkeit und das Aufsuchen der Armen in ihren Wohnungen etwas zur Aufgabe stellt, sich leicht überzeugen kann, was für beklagenswerte Zustände der Armut in Berlin mitunter vorhanden sind, — also ohne daß die Armen brillant verpflegt werden. Welche gewaltige Last in einer Stadt von 10000 Einwohnern wird mit einem solchen Gesetz dem Armenverbande abgenommen! Warum sollte also nicht für ähnliche Interessen eine Leistung den Armenverbänden angesonnen werden? nur kann es nicht der Lokalverband sein, es muß ein größerer Armenverband sein, und der größte ist der Staat, und deshalb halte ich unbedingt fest an dieser Staatshilfe und würde, wenn diese den verbündeten Regierungen nicht gewährt wird, auch ruhig und sine ira einer weiteren Verhandlung, einer weiteren Legislaturperiode entgegensehen. Ich betrachte dies als integrierenden Teil des Gesetzes, ohne welchen es nicht mehr denselben Wert für mich haben würde, den ich ihm bisher beilege und der mich veranlaßt, mich dafür einzusetzen.

Der Herr Vorredner hat, wie ja auch der Herr Abgeordnete Bamberger, einige scheele Seitenblicke auf den Volkswirtschaftsrat geworfen. Ja, meine Herren, ich finde ja das ganz erklärlich; die Konkurrenz in der Beredtsamkeit wird ebenso gescheut wie in der Industrie, und es sind unter diesen volkswirtschaftlichen Mitgliedern des Wirtschaftsrats nicht nur überragende

Sachkenner, ſondern ſogar ſehr gute Redner, die, wenn das Inſtitut beſſer entwickelt ſein wird, vielleicht eben ſo lange und noch ſachkundigere Reden halten werden, als wie dies hier von den Herren, die ſich vorzugsweiſe als ſachkundige Vertreter der Arbeiter ausgeben, geſchieht. Mit ſolcher Geringſchätzung von den Männern zu ſprechen, die hier auf den Ruf ihres Königs gekommen ſind, um Zeugnis von ihrer Meinung abzulegen, halte ich wirklich kaum für höflich, aber auch ſtaatlich nicht nützlich. Aus den meiſten Wäldern ruft es ſo heraus, wie man hineinſchreit, und warum will der Herr Abgeordnete Richter ſich unnötig noch mehr Feinde machen, als er hat? Er teilt das mit mir, daß die Zahl im wachſen und ſchon nicht ganz gering iſt; ſein Ohr iſt nur nicht ſo geſchärft für die Exiſtenz der Gegner wie das meinige, und ich warte da ruhig ab, wer von uns zuletzt das richtige getroffen haben wird; vielleicht entſcheidet ſich das in unſerem Leben gar nicht. Auch das würde ich mir gefallen laſſen.

Über den Vorwurf des inländiſchen Sozialismus äußerte ich mich bereits: der Herr Vorredner geht aber ſo weit, daß er mich, weil ich die Verantwortung und die intellektuelle Urheberſchaft für dieſes Geſetz gern übernehme, mit Ausländern identifiziert, die in ihrer Art gewiß ausgezeichnet ſind, die aber Ausländer ſind und mit unſeren Intereſſen nichts zu thun haben, nämlich mit der Kategorie Nadeau, Clemenceau, Spuller, Lacroix, und anderen. Es ſoll dies, wie ich glaube, ein komplizierter Vorwurf des Sozialismus und des Kommunismus ſein, aber immer noch dieſelbe Melodie. Dann kommt auch die „Unerſchrockenheit", welche die Regierung kennzeichnet. Meine Herren, unſere Unerſchrockenheit beruht auf dem guten Gewiſſen, auf der Überzeugung, daß das, was wir bringen, das Ergebnis ſorgfältiger pflichtmäßiger Überlegung iſt und nicht die mindeſte Färbung von Parteipolitik hat, und dadurch ſind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von ihrem Urſprung, von dem Boden der Parteikämpfe, der an ihren Schuhen klebt, ſich niemals werden freimachen können.

Ob der Pöbel für den Herrn Vorredner etwas ſüßes hat, weiß ich nicht, für uns iſt es ein angenehmes Gefühl, für die weniger vom Glück begünſtigten Klaſſen, die der Herr Vorredner mit dem Namen Pöbel bezeichnet, auf dem Wege der Geſetzgebung ſorgen zu können, wenn Sie uns die Mittel dazu geben, und ſie auf dieſem Wege, ſo weit es möglich iſt und an uns

liegt, dem verderblichen Einfluß einer ihrer Intelligenz überlegenen Beredtſamkeit der eloquenten Streber, die die Maſſen auszubeuten ſuchen, zu entreißen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner gefragt, woher nehmen Sie denn die Mittel, die dazu nötig ſind?

Wie ich ſchon bemerkte, dieſes Geſetz erfordert im ganzen wenig neue Ausgaben, die Regierung verlangt nur die Erlaubnis, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu laſſen und dann eine kleine mäßige Zulage für den Erwerbsunfähigen, die aber von deſſen Willen abſolut abhängig bleibt und ihm anklebt, ohne daß ſie von ihm getrennt werden kann, ihm alſo eine gewiſſe Unabhängigkeit auch in ſeiner Stellung als Invalide im Leben läßt; nur ein mäßiger Zuſchuß zu dem bisherigen — ich weiß nicht, iſt er auf die Hälfte des Drittteils, auf $^1/_6$ zu veranſchlagen, oder geringer, aber das ſollte meines Erachtens ein Staat, der ſich im Kampf mit dieſen infernalen Elementen befindet, die Ihnen dieſer Tage hier näher charakteriſiert wurden, — ein Staat, der ſeiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des chriſtlichen Glaubens beſteht, der ſollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert iſt, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächſten Jahre von Ihnen fordern zu können, das ſollte ein Staat, der praktiſches Chriſtentum treiben will, ſich nicht verſagen und dem armen Mann nicht.

Rede bei der zweiten Leſung über die ſtädtiſchen Steuern und die ſtädtiſche Verwaltung.

Die Verlegung des Parlaments aus Berlin.

Gehalten am 29. April 1881.

Ich will mir nur wenige Worte geſtatten, um die prinzipiellen Grundlagen der Geſetzesvorlage gegenüber den vielen ausweichenden Deduktionen, die ſich an dieſelbe geknüpft haben, wieder in den Vordergrund zu ſtellen. Ich will nicht darauf eingehen, obſchon das wohl dazu gehören könnte, die Frage, ob

die Mietssteuer eine harte und ungerechte sei und in wie weit, nochmals zu erörtern; das Schärfste, was darüber gesagt werden kann, habe ich mir erlaubt, bei der ersten Diskussion zu verlesen in Gestalt einer Eingabe des Magistrats von Berlin an den Minister des Innern, in der gerade als eine besondere Eigenschaft dieser Steuer hervorgehoben wurde, daß sie mit der Leistungsfähigkeit und dem Vermögen des Besteuerten in gar keinem Zusammenhange stände, sondern im Wesentlichen ungleich wäre. Ich will auch nicht auf die allgemeine Frage der Stellung der Beamten zu den Gemeinden eingehen und der Schädigung, welche die Gemeinden und ihre Finanzen durch die sogenannten Beamtenprivilegien erleiden könnten. Es wird sich ja dazu Gelegenheit finden, wenn die von dem Herrn Vorredner nur obenhin berührte Frage der Verlegung der Reichsregierung, vielleicht auch der preußischen, nach einem andern Ort wie Berlin uns amtlich beschäftigen wird; ich hoffe, daß das bereits in der nächsten Session der Fall sein wird. Die politischen Nachteile, die mit dem Tagen des Reichstags in Berlin verknüpft sind, auseinander zu setzen, dazu würde ich von der Sache noch weiter abweichen müssen, wie die Vorredner. Sie bestehen, kann ich hier nur sagen, nicht bloß in der äußerlichen Gefährdung der höchsten Behörden und des Reichstags, sondern noch mehr in dem Einfluß, welchen das Tagen an einem Ort von mehr als 1 Million Bevölkerung schließlich durch die Bequemlichkeit, hier zu wohnen, auf die Wahlen, also auf die Zusammensetzung des Reichstags übt, welche aufhört, die Zusammensetzung des Volkes richtig wiederzugeben, — ich berühre dies nur obiter — wir haben jetzt zu viel Berliner im Reichstage, und es ist ja auch natürlich, denn sie brauchen keine Reisen zu machen, und brauchen sich ihrer sonstigen Beschäftigung nicht zu entziehen, und dabei wird sich ja finden, welchen Wert die Stadt Berlin darauf legt, daß Beamte hier wohnen. Wenn in der That dieses Privilegium ein so lästiges ist, so hoffe ich, daß alle Abgeordnete, die der Stadt angehören, mit dafür stimmen werden, daß eine andere Residenz für diese für die Gemeinde unnützen Brotesser, die Beamten, aufgefunden wird.

Der Hauptgrundsatz, den ich bei diesem Gesetz im Vordergrunde zu halten wünschte, ist der, daß die Bemessung der Besteuerung einer Dienstwohnung nach dem Werte des Objekts an sich eine Ungerechtigkeit ist. Es handelt sich hier nicht um eine Finanzfrage, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit, und die

Verletzung in Fragen der Gerechtigkeit, die Herunterdrückung auf eine der Ungerechtigkeit ausgesetzte Position durch eine lokale Übermacht, die Herunterdrückung in das Gefühl eines gewissen Helotismus unter den Stadtbewohnern muß verhindert werden, und das ist die Absicht dieses Gesetzes. Namentlich für die höchsten Behörden des Landes ist es nützlich, ihnen die Freiheit des Gemüts dadurch zu verkümmern, daß man sie dergleichen Einwirkungen, wie sie hierbei stattfinden, aussetzt, sie haben mehr zu thun, als sich mit dergleichen herumzuzanken, aber gerade deren Freiheit zu erkämpfen, wenn auch nur für meinen Nachfolger, ist meine Absicht gewesen, indem ich die Vorlage dieses Gesetzes wiederholt urgiert habe, und es liegt im Interesse des ganzen Reichs und des ganzen Landes, daß seine höchsten Beamten von lokalen Eindrücken und Einflüssen möglichst unabhängig gehalten werden; schon die Würde des Reichs erfordert es, aber namentlich da, wo sie Ungerechtigkeiten ausgesetzt sind, die notwendig, auch ohne einen so scharfen Parteigegensatz, wie wir ihn hier bei uns haben, erbitternd auf das Gemüt des Einzelnen wirken müssen.

Die Besteuerung des Beamten nach dem Wert der Dienstwohnung zu bemessen, die ihm angewiesen wird, ist um deswillen ungerecht, weil er gar keine Wahl hat in bezug auf seine Wohnung; in der Regel wird sie ihm als eine zu große angewiesen, und wenn sie gegen eine frühere kleinere gewechselt wird, wachsen nicht bloß seine Unbequemlichkeiten, sondern auch seine Kosten. Ich weiß, daß mehrere meiner Vorgänger im preußischen Ministerium sich gegen Übertragung desselben, des auswärtigen Amts, nach größeren Lokalien, wie z. B. die des jetzigen königlichen Hausministeriums es sind und demnächst auch gegen andere, gewehrt haben, weil sie erklärten, mit ihren Gehältern den vermehrten Kosten, die die Bewohnung eines größeren Hauses macht, nicht stand halten zu können. Lediglich die Bewohnung größerer Räume führt mit sich eine Veränderung in den Ausgaben des Hausstandes, die nicht nur auf Tausende von Mark, sondern auf Tausende von Thalern sich berechnen. Also je teurer der Mann mit der Dienstwohnung bedacht wird, um so teurer ist das Bewohnen derselben für seinen Haushalt, und doch hat er desto mehr Steuern zu zahlen bei demselben Gehalt; und wenn Sie ihn nun nachher nach dem objektiven Werte der ihm aufgedrungenen, mit seinem Amte zusammenhängenden Dienstwohnung auch sonst noch höher besteuern wollen,

ſo begehen Sie eine doppelte Ungerechtigkeit, die gar keine Grenze hat, auch dann nicht, wenn der Wert der Wohnung ganz gerecht beurteilt wird und ohne Abneigung und Vorliebe gegen die Perſon, die ſie bewohnt. Es wäre, wenn ich beiſpielsweiſe mein Haus etwas anders bewohnte, als jetzt meine Einteilung iſt, eine Kleinigkeit, mir das ganze Haus für meinen Privatgebrauch anzurechnen. Das ſachkundige Urteil eines „Kaſtellans“, von dem, wie ich höre, die Herren dabei geleitet worden ſind, wird unmöglich dafür maßgebend ſein können, was zu den Amtslokalitäten eines Miniſters, was zu den Repräſentationszimmern, und was zu ſeinem perſönlichen Gebrauch gehört. Wenn Sie dafür keine weitere Autorität anführen können, als die eines Subalternbeamten, der, wie ich höre, die Herren herumgeführt hat, ſo muß ich die doch ſehr in Zweifel ziehen; es iſt das eine Frage, die über ſeinen Horizont hinausgeht, und nach dem man ganz beſtimmt nicht aburteilen kann. Meines Erachtens iſt es für die Abſchätzung und den Wert einer Dienſtwohnung ganz gleichgiltig, wie groß dieſelbe iſt, welchen Wert ſie objektiv hat und wie teuer ſie etwa vermietet werden könnte. Das bauliche Objekt der Wohnung iſt garnicht das, was einzuſchätzen iſt; was einzuſchätzen iſt, iſt das Recht, frei zu wohnen, für den Beamten, und dieſes Recht, frei zu wohnen, kann nur danach beurteilt werden, welche Wohnung, zu welchem Werte der Beamte wahrſcheinlich ſie nehmen würde, wenn er freie Wahl hätte. Dazu giebt, ſo lange Sie nicht auf ſein Privatvermögen für ſtaatliche Leiſtungen rekurrieren wollen, allein das Gehalt des Beamten den einzigen ſicheren Anhaltspunkt. Es iſt geſagt worden, gewöhnlich verwendeten Leute 20 Prozent ihres Einkommens für ihre Wohnung. Deshalb habe ich auch früher ſchon geſagt: ſetzen wir es auf 20 oder auf 15 Prozent, darauf kommt es nicht an, wenn wir nur das vernünftige Prinzip an Stelle des unvernünftigen ſetzen; das vernünftige, wie es das Recht, frei zu wohnen, mit ſich bringt, nach Maßgabe des Gehalts und der mit dem Gehalt durchſchnittlich verbundenen Lebenshaltung, ohne Rückſicht auf Privatvermögen. Infolgedeſſen finde ich die Angabe der Kommiſſion durchaus billig und verſtändig, und würde meinerſeits mich auch nicht gewundert haben, wenn ſie höher gegangen wäre. Aber beiſpielsweiſe, mein Haus könnte, wenn ich es anders bewohnte, und wenn der Kaſtellan anderer Meinung wäre in bezug auf die Einteilung (Heiterkeit), dann könnte es ſehr leicht auf dieſelbe Höhe gebracht werden,

wie das benachbarte Haus des Fürſten Pleß, welches bekanntlich auf 65,000 Mark Mietswert eingeſchätzt iſt, obwohl es in ganz Berlin keinen Menſchen giebt, der ſo thöricht iſt, die Annehmlichkeit, hier zu wohnen, mit 65,000 Mark zu bezahlen, eine ſolche Miete zahlt kein Menſch in Berlin; möglicherweiſe könnte ſich jemand ein eigenes Haus bauen, welches ſoviel wert wäre, wenn es gerade eine augenblicklich wohnungsloſe fremde Botſchaft gäbe, die ein Haus haben muß, dann könnte man vielleicht einen ſolchen Kontrakt augenblicklich machen. Dieſe Botſchaften ohne Unterkommen ſind aber leider nicht ſo häufig, wie es für die Hausbeſitzer zu wünſchen wäre.

Es wäre alſo eine Kleinigkeit — und ich würde auch das nach den geltenden Prinzipien garnicht ſo überraſchend finden — wenn die Dienſtwohnung des Reichskanzlers, ſowie ſie einmal iſt, ebenſo hoch, vielleicht noch höher taxiert würde, wie Fürſt Pleß. Denn es iſt ja noch ein großes Gartengrundſtück dabei, was das Pleß'ſche Haus nicht hat, und die Annehmlichkeit, im Garten zu ſpazieren mitten in Berlin, iſt eine ſehr große, die auch ihren Mietswert hat; wenn man gegen Eintrittskarten das Recht vermieten wollte, im Garten zu ſpazieren, ich glaube, es würde das ganz erhebliche Revenüen geben.

Alſo iſt es noch eine außerordentliche Nachſicht, daß die Berliner Stadtbehörden die Wohnung des Reichskanzlers nur zu 20 000 oder 21 000 Mark oder, wenn mir durch einen Schreibfehler mit der Unterſchrift „Hagen" — was ich gegen Herrn Richter anführe — zuerſt mitgeteilt worden war, 23 000 Mark eingeſchätzt haben. Sie hätten ſie ebenſo gut auf das Dreifache einſchätzen können, und ich würde geſetzlich auch nichts dagegen machen können. Aber ich komme darauf zurück, es iſt ganz einerlei, ob ſie mehr oder weniger wert iſt. Ich verlange auch keine Opfer für einen Beamten dafür; wenn er etwa 10 000 Thaler Gehalt hat und alſo nach dem Prinzip des Kommiſſionsantrages ſeine Wohnung 1500 Thaler wert ſein ſollte, ſo will ich ihm nicht das Recht einräumen, zu ſagen: dieſe Wohnung hat den Mietswert nicht, ich ſollte eine größere und beſſere haben. Aber wenn er zufällig in eine für ihn ganz unerſchwingliche Wohnung gebracht wird, ſo bitte ich dringend darum, doch dieſes Gefühl der ungerechten Behandlung von uns zu nehmen, was darin liegt, wenn man nach einem Objekt, deſſen Wert einen gar nichts angeht, eingeſchätzt wird. Es muß

bei ſolcher Einſchätzung ja notwendig Willkür eintreten, denn beſtimmte Prinzipien ſind für ſie gar nicht möglich, und wenn ſie angewendet werden, ſo geben ſie falſche, rein theoretiſche Reſultate, wie die Einſchätzung des Pleßſchen Hauſes. Einen ſolchen Mietswert wie 65 000 Mark giebt es in Berlin nicht, weil ſie keiner bezahlt. Man muß alſo die Willkür zulaſſen, ſie tritt ein, aber ich halte es nicht für nützlich, daß leitende Miniſter in ihren perſönlichen Verhältniſſen der Willkür von irgend jemandem, die nicht geſetzlich geregelt iſt, unterliegen, am allerwenigſten wie hier, derjenigen ihrer politiſchen Gegner. Es mögen ja ſehr tugendhafte Leute ſein, die ihre Gegnerſchaft nach Möglichkeit in den Hintergrund treten laſſen. Aber ich mag nicht in den Händen meiner Gegner ſein; dieſes Gefühl verdirbt mir jedes Gefallen an und jedes Behagen in meiner Stellung, wenn ich mich für irgend etwas in den Händen meiner politiſchen Gegner finde, die bei mir Hausſuchung halten können in Begleitung meiner Dienerſchaft, während meiner Abweſenheit, meine Sachen perluſtrieren, ſich dann ein Bild zu machen, als hätte ich 30 Privatzimmer, während ich das, was ich für meinen Privatgebrauch neulich wie auch heute auf 7 Zimmer angebe, und vielleicht noch einige leere, die ich nach Belieben ab und zu benutze, um Gäſte darin unterzubringen. Aber allerdings, ich habe vielleicht in dem Hauſe über 20 Dienerſchaftszimmer vorgefunden, von denen ſtehen noch 5 bis 6 leer. Ich habe meiſtens verheiratete Leute, und gerade dieſe leeren Räume ſind für die Leute die Verführung geweſen zu heiraten, was für mich neue Beläſtigungen mit ſich bringt.

Aber ich habe nicht daran gedacht, dieſe Wohnungen dabei mitzurechnen, wenn ich ſage, ſo viel habe ich zu meinem Privatgebrauch — und ich hätte jedenfalls eine viel weniger zahlreiche Dienerſchaft, wie ſie durch das Bewohnen eines ſo großen Hauſes bedingt wird. Ich bin genötigt, dieſes anzuführen, ſonſt klingt es ſo, wenn man die wohlwollende Darſtellung des Herrn Abg. Richter gehört hat, als hätte ich über Sachen, die ich wiſſen muß, Falſches angeführt, und der Kaſtellan ſcheint die Herren nicht ſachkundig aufgeklärt zu haben und von ſelbſt ſcheinen ſie nicht gewußt zu haben, daß die Sache ſo liegt. Ich bitte alſo dringend, ändern Sie das Prinzip dieſer Einrichtung und ändern Sie das Prinzip dahin, daß das Gehalt die Grundlage der Beſteuerung der Miete iſt und nicht der unberechenbare, unermeßliche, jeder Schätzung ſich entziehende, der willkürlichen Schätzung

unterworfene Wert einer Dienſtwohnung. Ich kann darauf wohl verzichten und ich würde auch die Zeit und die Kraft nicht haben, der Rede des Abg. Richter in allen Teilen zu folgen. Es wird mir ja recht oft das Vergnügen zuteil, eine Probe ſeiner Eloquenz mit anzuhören, und da habe ich nachgerade dasſelbe Gefühl wie bei einer Vorſtellung der Jungfrau von Orleans, wo einen der endloſe Triumphzug im Anfange überraſcht, bis man beim dritten Vorbeimarſch bemerkt, mein Gott, das ſind ja immer dieſelben Leute, die nochmals über die Bühne ziehen in demſelben Koſtüme. So ſind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten, mit derſelben Eleganz vorgetragen, ſtets wiederkehren. Wir kennen ſie meiſt ſchon vorher aus den Blättern, an welchen der Herr Abgeordnete beteiligt iſt, wenn wir Muße haben, ſie zu leſen, ich bin deshalb wahrſcheinlich auch ſchon öfter in der Lage geweſen, auf die meiſten dieſer Gründe zu antworten, und ich kann heute wohl darauf verzichten. Eins will ich aber noch erwähnen, und das hat mich frappiert, er hat ſich der Unverhältnismäßigkeit zwiſchen der Schätzung der Wohnung und den dienſtlichen Einnahmen der Stelle nicht ganz entziehen können, und er hat da an meine Großmut dem Staate gegenüber in Geldſachen appelliert und mir klar gemacht, daß ich eigentlich nicht meine, ſondern die Mietsſteuer meines Nachfolgers zahle, der viel mehr Gehalt haben würde, wie ich, und alſo ſachgemäß zu einer höheren Schätzung des Wertes ſeiner Wohnung berechtigt, und auf einem höheren Kothurn überhaupt zu erſcheinen berufen ſein würde. Er hat dann auch geſagt, es wäre das mit Berückſichtigung meiner Privatverhältniſſe geſchehen. Nun, meine Herren, ich bin durch meine Lage ohnehin ſchon genötigt, aus meinen Privatmitteln, die der Herr Abgeordnete in ungeheuerlich übertriebener Weiſe geſchildert hat, erhebliche Zuſchüſſe für den Staat zu leiſten und Staatskoſten aus eigenen Mitteln zu zahlen; ich bin ſehr viel mehr Verluſten in meinem Beſitz durch meine Abweſenheit ausgeſetzt als der Staat mir Gehalt giebt; aber ich würde darüber nicht weiter reden, wenn es nicht gerade die Wohnung beträfe. Es iſt mir das gerade peinlich, weil ich ſehr viel lieber beſſere und angenehmere Häuſer wie das in Berlin beſitze, wo ich ſehr viel lieber wohnen würde, und die ich mir ſelbſt nach meinem Geſchmack ausgebaut und eingerichtet habe und für die ich Steuer zahle, und daß ich nun hier noch in meiner Berliner Wohnung, wo ich ungern bin, wo ich nur auf Wunſch des Kaiſers mich auf-

halte, daß ich da noch für meinen Nachfolger vorweg ſchon jetzt die Mietsſteuer bezahlen ſoll, die für ihn gerecht ſein wird, weil er ſehr viel mehr erhalten werde wie ich; das geht mir doch etwas über das Maß, welches ich mir pekuniär zumuten laſſe. Mein Privatvermögen hat hiermit nichts zu thun, ich fechte auch nicht für mich, ich fechte für die Zukunft und für den Fall, mögen es 25 Mark oder 25 000 ſein, das iſt mir vollſtändig gleichgültig. Ich verlange nur, daß ich von dem willkürlichen Befinden der hieſigen Stadtregierung unabhängig geſtellt werde, wie hoch oder wie niedrig iſt mir einerlei. Und dann, was er ſagte, daß die Stadtregierung über alles ſo außerordentlich wohl unterrichtet wäre. Dann habe ich noch eine kleine Sache erlebt. Es exiſtiert nämlich hier eine Art von Pferdeſteuer, und die wird nach einem beſtimmten Kalendertage berechnet, wie viel Pferde an dieſem Tage im Stalle ſind. Wenn ich nicht irre, geſchieht es im November, und da habe ich einmal plötzlich die Mitteilung bekommen, daß in meinem Stalle 10 oder 11 Pferde geweſen ſind — es war mir das ſehr angenehm, aber ich wußte nichts davon. Ich habe mich weiter erkundigt und habe erfahren, daß die Wiſſenſchaft des Magiſtrats auch hier auf dem Zeugniſſe jenes Kaſtellans beruhte, wie gewöhnlich. Es war aber zufällig an dieſem Tage gar kein Pferd im Stalle und auch mehrere Monate vorher und einige Monate nachher befand ſich auch nicht ein einziges Pferd in demſelben. Es iſt das zwar nur eine Kleinigkeit, es zeigt das aber doch, wie richtig meine Meinung iſt, daß der Herr Oberbürgermeiſter nicht alles überſehen kann. Ich halte denſelben überhaupt nicht für ſo einflußreich in der Stadt Berlin, daß man ihn dafür verantwortlich machen könnte, ich glaube, daß auch er gegen den beſtehenden Ring in keiner Weiſe aufkommen kann. Die Herrſcher in den Verſammlungen und die Herrſcher der Stadtverordneten ſind einmal diejenigen Leute, welche die herrſchenden Zeitungen in ihren Händen haben. Mir fiel heute gerade ein intereſſantes Preßerzeugnis in die Hand — es iſt zwar aus Königsberg, aber es paßt auch anderswo — da ſchreibt Einer:

> Geehrter Herr Redakteur! Der Umſtand, daß die hieſigen liberalen Zeitungen im Beſitz der Führer der liberalen Parteien ſind und infolge deſſen über nichts berichten, was den Herren nicht paßt, ſo bitte ich Sie, als Vertreter der einzigen noch unabhängigen Zeitung, folgenden Artikel aufzunehmen.

und darin wird nun geſagt, wie die Dinge zugehen und gemacht

werden. Die Herrscher der Stadtverwaltung sind meines Erachtens weniger der legitime aber sehr konstitutionelle Ober-Bürgermeister, sondern es sind diejenigen Herren, welche die Berliner Blätter beherrschen und die durch die Schärfe der Rede, von der wir heute wieder eine Probe gehabt haben und auch neulich schon, die dadurch, daß sie die eloquentesten sind, die durch ihre Beredtsamkeit die Versammlung beherrschen, nicht dadurch, daß sie die Stadtverordneten überzeugen, sondern kein Parteigenosse getraut sich gegen den Redner den Mund aufzuthun; jeder sagt, ich möchte mich nicht einer öffentlichen Zurechtweisung aussetzen, wenn ich mich unterstehen wollte, gegen „ihn" aufzutreten. „Metuentes verbera linguae", wie es im Horaz heißt. Das ist die Stimmung, die in Fraktionen ja auch so häufig vorkommt; ich appelliere da an Ihre Erfahrung; auch Sie werden das Gefühl gehabt haben, daß Sie manches besser wissen wie der beste Redner unter Ihnen. Sie haben vielleicht auch den festen Entschluß gefaßt, es ihm heute zu sagen; vor der Ausführung fährt er gerade mit einem anderen gewaltig ab, und Sie denken: lieber heut noch nicht. So geht es auch anderswo; der stärkste Ringer, auch im Felde der Rede, schüchtert die anderen ein. Es ist aber der Redner nicht immer der beste Beurteiler der Politik. Um ein guter Redner zu sein, gehört ein Stück vom Dichter, eine glänzende Improvisationsgabe dazu, wie wir das wohl früher selbst erlebt haben; bei öffentlichen Vorstellungen, wo Musik mit rednerischen Improvisationen abwechselt, daß ein Thema gegeben wurde, irgend ein Gegenstand, der dem Improvisator unbekannt war, über den er aber Reden hielt, mitunter wirklich brillant, und die mich für den Augenblick, wenn mich die Umgebung nicht enttäuscht hätte, fast überzeugt haben würden. Ich will damit nur sagen, daß man den meisten in der bloßen Beredtsamkeit so wenig wie solchen Improvisatoren den leitenden Einfluß auf große Gemeinwesen einräumen darf, wenigstens nicht mit offenen Augen, noch viel weniger soll man den Rednern die leitende Stelle als Fraktionschef oder als Minister geben. Ich führe das nur an, um zu beweisen, daß die Beredtsamkeit eine Gabe ist, die heutzutage über ihren Wert Einfluß übt und überschätzt wird über ihren wahren Wert; ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen. Er muß anstacheln, erregend, leicht entzündlich sein, um zündend zu wirken; aber ich denke mir, daß ein guter Redner selten ein guter Whist-

ſpieler, ſelten ein guter Schachſpieler, noch ſeltener ein ſicherer Staatsmann ſein wird. Das gemütliche Element muß bei ihm vorherrſchen, nicht der Verſtand, und ich glaube, daß ſchon vermöge der phyſiſchen Konſtitution des Menſchen es nicht vereint gefunden wird, daß einer zugleich ein guter Redner und ein kühler Richter wäre. Ich erinnere an die Aufzählung all der Eigenſchaften von Mephiſto: des Löwen Mut, des Hirſches Schnelligkeit, es findet ſich das nie alles in einem Körper vereinigt, und ſo findet ſich Beredtſamkeit ſehr häufig in einem den Verſtand überwiegend und gefährlich beherrſchenden Maße vor, hinreichend für die urteilsloſe Menge, die der Herr Abg. Richter vorhin ſo richtig zitierte, aber einer dann von kühler Beſonnenheit und ſicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer, wichtiger Geſchäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner ſein. Ob man bei unſerer heutigen Kulturentwicklung gegen dieſes Übel der Beredtſamkeit Remedur finden kann, weiß ich nicht, aber es iſt ſchon eine halbe Remedur, wenn man das Übel erkennt, und wenn man ſich ſtets vergegenwärtigt das bekannte Beiſpiel von dem König Friedrich Wilhelm I., der zwei Advokaten hinter einander hörte und hinter jedes Ausführungen ausrief: „der Kerl“, wie er ſich unehrbietig ausdrückte, „hat Recht“, und dann ſo in Zorn geriet gegen die Wirkung der Beredtſamkeit, daß nach der damaligen monarchiſchen Verfaſſung beide Redner, vermöge der Übertretung ihrer Gabe zu überzeugen, in ſehr üble Lagen gekommen ſind. Ich ſehe kein geſetzliches Mittel dagegen, aber das Übel erkennen heißt ſchon, ihm teilweiſe abhelfen, und ich möchte Sie deshalb darauf aufmerkſam machen, daß Sie ſich das Beiſpiel des alten Königs immer gegenwärtig halten, wenn einer mit einer Eloquenz ſpricht, die ſo ausgebildet iſt, daß er eigentlich für andere Geſchäfte wenig Zeit haben kann, und obſchon er das, was er vorträgt, vollſtändig beherrſcht und ſo beherrſchen muß, wie es nur einer beherrſchen kann, der mehrere Wochen ſtets hindurch über dasſelbe Thema öffentlich geſprochen und in Zeitungen geſchrieben hat. Dann bildet ſich eine Sicherheit in ihm aus, daß er keinen Soffleur braucht; er beherrſcht ſeinen Stoff, ihm fällt in der einen Woche noch eine beſſere Redewendung ein wie in der vorigen, kurz es tritt das Beiſpiel ein, was mich in meiner parlamentariſchen Jugend in Erfurt ſo frappierte, daß ich die Rede eines Heidelberger Profeſſors bewunderte, und ein Landsmann und Fraktionsfreund von ihm ſagte mir: ach die Rede

hätten Sie im vorigen Jahre von ihm hören ſollen, da hielt er ſie ganz anders, da war er noch friſch dabei.

So möchte ich die Ermahnung an Sie richten, in unſerem parlamentariſchen Leben, wo wir der Zeit nach uns ſehr enge gedrängt finden, doch auch mit dieſer Schauſtellung der Beredtſamkeit weniger Zeit zu verlieren als wie bisher. Dagegen gäbe es vielleicht Mittel, aber ich bin nicht Mitglied und habe kein Recht, ſie vorzuſchlagen. Ich will hier noch eine einzige Notiz machen, für die ich dem Herrn Abg. Richter noch eine Berichtigung ſchulde. Er iſt der Meinung geweſen, ich hätte, — der Herr Regierungskommiſſar hat ſchon die Zeitfrage berichtigt, in der der Abgeordnete ſich irrte, aber meine Erhöhung in der Mietsſteuer nach ihrer ganzen Entſtehungsweiſe war wohl nicht die Folge dieſes Geſetzentwurfs, ich weiß auch nicht, ob ich dies gerade geſagt habe, ich habe in ihr vielmehr eine Strafe dafür erkannt, daß ich mich beſchwerte. Nun iſt das bei Staatsbehörden doch eigentlich neu, auch ſelbſt in der abſolutiſtiſchſten Zeit, ſo zornig — ich habe noch unter ihnen gelebt — waren wir damals doch nicht, daß eine ſchüchterne Beſchwerde ſofort mit einer Erhöhung von 50 pCt. beantwortet wurde. Die Erhöhung hatte hier noch eine Eigentümlichkeit, ich hatte auch in der Einkommenſteuer reklamiert; dadurch, daß der Mietswert meiner Wohnung nun ſo von 15,000 auf 21,000 Mark heraufgeſchoben wurde, gelang es gerade auch, meine ſtädtiſche Einkommenſteuer um 1 oder 2 Stufen höher zu ſchrauben — der Betrag iſt ja für eine ſo reiche Stadt, wie es Berlin nach ihren gewaltigen Ausgaben ſein muß, kein bedeutender, und ich habe auch da keinen üblen Willen weiter empfunden, als nur ein gewiſſes Gefühl des Zornes über unbotmäßige Miniſter gegen die regierenden Stadthäupter, die ſich ſagten: dem wollen wir doch keine Luſt zum Wiederkommen machen. Und wenn man hier von dieſen Bagatellen redet, ſo lange reden muß zu einem Reichstag, der wirklich mehr zu thun hätte, wie ſich damit zu beſchäftigen, ſo möchte ich Sie doch immer an meine erſte Bitte erinnern, das Gefühl jedes Einzelnen für Gerechtigkeit nicht zu unterſchätzen, und wenn die Rechtskränkung ſich um einen Pfennig handelte. Der Herr ſprach vorher von Sammlungen, ich weiß nicht, ob das zu meinen Gunſten wäre, da wird er mich, wenn es darauf ankommt, ſehr freigebig finden, es wird im Lande, ſagt man, für fortſchrittliche Fonds jetzt geſammelt, ich bin bereit zuzuſchießen, ſo viel wie die Herren für die Mietsſteuer der Beamten zu-

ſammenbringen, da ſoll es mir gar nicht darauf ankommen, da wollen wir uns gegenſeitig keine Kargheit vorwerfen, und ich bin bereit, ſo viel einem der Diätenfonds einer gegneriſchen Partei zu geben, für den von ihr geſammelt wird für die Miets-ſteuer. Aber das ändert ja in der Frage der Gerechtigkeit gar nichts. Wenn es auf die Gerechtigkeit ankommt, ſo will ich nicht um einen Pfennig prinzipiell verkürzt werden, und ich will nicht von der Willkür meiner politiſchen Gegner abhängig ſein. Ich glaube, ich habe ein Recht darauf in meiner arbeitſamen Thätigkeit für das Gemeinwohl, daß mir dieſer ungerechte privative Dorn herausgezogen wird, nicht nur mir, ſondern allen, die unter derſelben Ungerechtigkeit und unter derſelben lokalen Willkür leiden.

(Der Geſetzentwurf wurde mit einigen Modifikationen angenommen.)

Über das zweijährige Budget.

Rede gehalten am 5. Mai 1881.

Ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit ſeiner letzten, mit erhobener Stimme geſprochenen Verſicherung, daß er und die Seinigen beabſichtigten, das Reich vor Schaden zu wahren, nicht hat ausdrücken wollen, daß uns und namentlich denjenigen, die berufen ſind, einen amtlichen Einfluß auszuüben, dieſes Bedürfnis, dieſes Beſtreben auch nur um ein Haar breit ferner läge als dem Herrn Vorredner und ſeinen Genoſſen. Es kommt nur darauf an, wie der Schaden abgewehrt werden ſoll und wodurch der Schaden dem Reiche gethan wird, über den der Herr Vorredner klagte.

Ich will zunächſt einige Fragen, einige Teile des Gebietes, auf dem wir uns in der Diskuſſion befinden, mit kurzen Worten bei Seite ſchieben. Zunächſt habe ich dabei den Vorwurf im Auge, daß die Diskuſſion von ſeiten der Regierung mit Rückſicht auf die zukünftigen Wahlen und die Wähler geleitet, auch die Vorlagen zum Teil darauf berechnet wären. Dem muß ich entgegenſtellen, daß die Reichsregierung und die verbündeten Regierungen meines Erachtens gar nicht das Recht haben, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu laſſen, was ſie

beabsichtigen, namentlich wenn diese Absicht durch parlamentarische Reden und durch eine monopolisierte Presse in den Augen des Wählers verdunkelt zu werden Gefahr läuft. Allerdings ist ein wesentlicher Teil meines Bestrebens und der Ausübung meiner Pflicht gegen die Nation und ihre Wähler, sie darüber vollständig ins Klare zu setzen, wo die Reichsregierung hinauswill. Ob es mir gelingt, sie auch darüber ins Klare zu setzen, wo die einzelnen Parteien hinauswollen und was die Motive ihres Verhaltens und ihrer Fraktionspolitik sind, das weiß ich nicht. Ich will mich nach Kräften dazu bemühen, bei den Wahlen und durch Vorlagen und bei allen Diskussionen, und ich will die Publizität und das Tribünenrecht, was mir meine Stellung hier dazu giebt, jeden Tag dazu benutzen, die Nation darüber aufzuklären, wo jeder von uns hin will. Ich fürchte nicht, daß ich irgend wie meine Wege, die offen daliegen, daß ich die Beleuchtung meiner vergangenen Wege im Dienste des Reiches zu scheuen habe. Ich habe an dem, was wir besitzen, gearbeitet, unter Beihilfe der Fraktionen, bald von der einen unterstützt, bald von der anderen, was sie „unterstützen" nennen. Sie haben mit mir gemeinsam gearbeitet, das heißt sie haben die Heckenscheere angelegt und das, was beantragt war, verkürzt, vielleicht verstümmelt, vielleicht verbessert, vielleicht in eine mehr künstlerische, den allgemeinen politischen Grundsätzen entsprechendere Form gebracht. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzung des Erreichbaren angenommen, demgegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen, und wenn wir noch weiter gekommen sind, so mache ich den Fraktionen den Vorwurf, auch auf die Gefahr hin, daß von der äußersten Linken noch einmal der Ausdruck des Verdrusses darüber laut wird, daß ihre Kämpfe unter einander hauptsächlich schuld daran sind, daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, sich mit hoher Politik und mit Fraktionspolitik zu befassen. Es will seine praktischen Interessen wahrgenommen sehen, die Streitigkeiten der Fraktionen halten es davon ab und sind ihm langweilig, und das werden Sie finden bei dem Ausgang der Wahlen, und wenn nicht bei diesen, dann bei den folgenden.

Der Herr Vorredner hat ferner gegen den Schluß seiner Rede darüber geklagt, daß die parlamentarischen Körperschaften

mit Arbeiten überlastet und mit Gesetzesvorlagen überschüttet würden, auch mit solchen, die schon einmal vorgelegt wären. Ja, da komme ich auf das eben erwähnte Argument zurück. Wir wiederholen die Gesetzvorlagen, in denen die Überzeugung der Regierung sich ausdrückt, um den Wählern dadurch zu sagen: wir haben die Überzeugung, daß unsere Vorlagen richtig waren, keineswegs deshalb aufgegeben, weil wir an der Majorität von 103 gegen 101 damit gescheitert sind, wir halten vielmehr an unserer Überzeugung fest, wir haben sie nicht frivol gefaßt, sondern nach sorgfältigem Nachdenken, und halten daran fest, so lange der einzelne von uns lebt und strebt. Das haben wir sagen wollen mit der Wiederholung unserer Vorlage. Auch sie ist eine Sprache zu den Wählern, zu der ich uns berechtigt und verpflichtet halte, um dieselben aufzuklären über die Ziele der Regierungen. Gerade die Hast und die Überlastung der Geschäfte, über die der Herr Vorredner klagt, wollen wir ja vermindern dadurch, daß wir Ihnen die Möglichkeit geben zu längeren Sitzungen, indem Sie nicht eingeengt sind durch die Notwendigkeit, in jedem Jahre zwei große Körperschaften, groß oder klein, den Reichstag und die Landtage, nebeneinander fungieren zu lassen, und die Zeit, die die eine dieser Versammlungen braucht, der anderen zu verkümmern, wenn wir dahin kämen, und allerdings ist, wenn die Annahme des Systems, welches die Vorlage zum Ausdruck bringt, sich auf das Reich beschränkt, das Werk nur halb gethan, es muß auf sämtliche Landtage übergehen, es muß die Gesetzgebung des Reichs ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen; ein Jahr sollen die Landtage haben, ein Jahr soll der Reichstag haben für seine Geschäfte. Daneben sind ja Berufungen nicht ausgeschlossen. Die Hauptarbeit liegt eben in dem Budget und in dem Zwang der Termine. Die dringende Hast, über die der Herr Vorredner klagt, liegt hauptsächlich in dem Zwang zum Fertigwerden des Budgets, welches in jedem Jahr neu geschaffen werden muß. Man hat mit berechtigtem parlamentarischen Egoismus bisher nur von den Schwierigkeiten gesprochen, die Ihnen aus dem Landtage nur die eine oder andere Entwicklung der Sache bringt. Eine leise Anwandlung von Mitgefühl mit der Lage der Minister oder des Bundesrats habe ich in keiner der Reden bisher finden können, und doch sind diese gerade die Gehetzten bei dem bisherigen System, und es giebt keine Ministernatur, die ledern und interesselos genug wäre, um das auf die Dauer aushalten zu

können. Wollen Sie andere Minister und Leute, so hetzen Sie die tot, die gegenwärtig am Ruder sind, aber jeder geht bei dieser Überarbeit der Geschäfte zu Grunde, und nicht bloß die leitenden Minister, auch alle gouvernementalen Kräfte nutzen sich ab. Ich habe erlebt, daß im preußischen Landtage bei der Budgetberatung die Blüte der Geheimräte, 15 vielleicht, weil am Budget ihre Aufgabe herankommen konnte, am Montage erschienen sind, am Dienstag und so an jedem Wochentag bis Sonnabend — ich kann das Beispiel thatsächlich mit Daten belegen — und am folgenden Montag ist endlich der Gegenstand der Etatberatung herangekommen, für den diese außerhalb der Minister zirka ein Dutzend der höchstgestellten und am meisten beschäftigten Beamten eine Woche lang im Landtage gesessen und Reden, die für diese kein Interesse hatten, stundenlange Reden angehört haben, und die ganze Sache ist für alle fünfzehn am nächsten Montage ohne ein Wort der Diskussion vorübergegangen, sie konnten am nächsten Montag Abend, ohne gebraucht zu sein, nach Hause gehen. Das ist ein Zeittotschlagen, welches von dem System vielleicht nicht ganz zu trennen, aber doch etwas zu vermindern ist. Auch den Ministern ist es so gegangen, den Leitern der Ressorts im Reich, die gerade in dieser Zeit viel zu thun haben, daß sie hier im Reichstag drei, vier Tage hintereinander erschienen sind auf die Gefahr hin, ob der zweite Gegenstand der Tagesordnung daran kommen werde oder nicht, und daß sie nachher nach Hause gegangen sind und soviel Arbeitstage verloren haben. Man kann arbeiten, auch wenn man hier sitzt und zuhört, aber doch nicht jede Arbeit machen, namentlich die ernsteren nicht.

Ich möchte deshalb all die Argumente, die der Herr Vorredner vorhin gegen das neue System „der Hast" anbrachte, wegen der Art der Vorlagen der Regierung in engere Schranken führen; und sie fallen mit erheblichem Gewicht in die parlamentarische Wagschale. Wir werden beiderseits Zeit haben, wenn der Reichstag oder der Landtag in dem Jahre, wo er sich versammelt, sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann, daß es kein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie wirklich die Vorlagen rechtzeitig feststellen können. Das ist sehr leicht gesagt, daß die Säumigkeit der Minister, die die Vorlagen nicht rechtzeitig bringen, schuld an Zeitmangel ist, wie ein Diener, der nicht rasch genug die Treppe heraufgekommen ist. Aber die Herren sollten

doch einmal sehen, wie sie im stande wären, in dieser kurzen Zwischenzeit, die bleibt, die Dinge früher fertig zu stellen. Das Budget ist kaum votiert, so habe ich drei Tage darauf schon die Vorlagen für das neue zur Arbeit bekommen, die bereits in vorrätiger Arbeit waren. So geht es in Preußen, so geht es im Reich. Die Herren, wenn sie hier mit ihren parlamentarischen Geschäften auseinander sind, dann mag es für einige unangenehm sein, in ihre Büreaus wieder zurückzukehren, für sie hören die Ferien dann auf, allerdings für die anderen aber, die wirklich nur hierher gekommen sind, um den Beruf eines Volksvertreters zu erfüllen, die diesen Beruf nicht mit dem eines Redakteurs einer Zeitung verbinden, kombinieren und so das ganze Jahr für denselben Beruf beschäftigt sind, für diese fangen dann ihre eigentlichen und regelmäßigen Geschäfte erst wieder an. Für die Minister ist in beiden Zeiten die Arbeit gleich schwer, gleich ermüdend, gleich aufreibend, und das ist, glaube ich, nicht nützlich, die Minister zu nötigen, daß sie ihre Arbeiten flüchtig und mit mehr Gleichgiltigkeit machen sollen. Sie würden, wenn Sie immer solche Minister gehabt hätten, gar nicht so weit gekommen sein, wie wir uns hier bei einander sehen, und es ist nicht nützlich, die Träger der Staatsarbeit auf diese Weise zu ermüden und ihnen die Zeit zur Besinnung nicht zu lassen. Diese Rücksichtslosigkeit auf die ministerielle Menschenklasse liegt auch in dem Antrag, daß der Reichstag im Oktober zusammentreten solle. Es ist ja klar, daß der Bundesrat in diesem Falle 3 bis 4 Monate früher zusammentritt; wir können das auf 3 Monate abkürzen, aber unter 3 Monat vorher wird der Bundesrat seine Arbeit nicht erledigen können. Wenn Sie also den Reichstag im Oktober hier haben wollen, dann müssen Sie von dem Bundesrat verlangen, daß er Ende Juli etwa zusammentritt. Alle die bundesstaatlichen Minister, welche eben noch im Gefechte mit ihren Landtagen waren, kommen nicht her, um sich an dem Bundesrat zu beteiligen. Dann wird der Bundesrat schließlich etwas, was dem alten Frankfurter Bundestage mehr und mehr ähnlich sein wird. Die Hauptsache, daß dieses Zentrum der Regierungsautorität im Reich in Ansehen und wirksamer Thätigkeit bleibt, ist die, daß die dirigierenden Minister selbst im Bundesrat erscheinen. Wir haben deshalb in unserer Geschäftsordnung im Bundesrat die Änderung getroffen, daß alle wichtigen, entscheidenden Beschlüsse auf eine kürzere Zeit der Sitzung konzentriert werden.

Ich wage nicht, dem Reichstage etwas ähnliches vorzuſchlagen, denn dieſer — wie ich glaube — furchtbare Gedanke würde dadurch unannehmbar werden, daß er von miniſterieller Seite zuerſt gebracht wäre: aber im Bundesrate ſpüren wir ſeitdem eine große Erleichterung und die Möglichkeit, daß auch diejenigen Herren, die zu Hauſe notwendig ſind, ſich an wichtigen Beſchlüſſen perſönlich beteiligen können, und wir haben dort noch eine zweckmäßigere Einrichtung, wir haben gar keine Grenze der Beſchlußfähigkeit — und ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er die nicht hätte, ſodaß diejenigen, die ein Vergnügen daran haben, Reden zu hören, jederzeit erſcheinen können, ohne ausgezählt zu werden, daß aber eine höhere Beſchlußfähigkeit wie die jetzige geſetzt wird, wenn ſolche Beſchlüſſe gefaßt werden ſollen, welche die Zukunft des Reiches durch Geſetze binden. Das Reich hat ein Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der im Land gewählten Abgeordneten bei einem ſolchen Beſchluſſe anweſend ſei, der auf die Geſchicke der Nation einen weſentlichen, dauernden und ſchwer wieder zu beſeitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstages iſt nicht mehr der Reichstag, ſo wie die Verfaſſung ihn kennt, er hat auch nicht das Anſehen im Publikum und in der öffentlichen Meinung. Die Abſpannung, von der der Herr Vorredner ſo viel ſprach und die er, wie es ſchien, der miniſteriellen Politik zuſchrieb, geht vorzugsweiſe von dem Beiſpiel aus, welches eine große Zahl der Herren Abgeordneten giebt und davon, daß es eine reichliche Zahl dieſer Herren nicht der Mühe wert hält, den Sitzungen beizuwohnen; bei einer der letzten Abſtimmungen iſt mir geſagt worden, daß ohne Angabe des Grundes, ich glaube, 111 Mitglieder des Reichstages gefehlt haben. Wie wollen Sie da annehmen, daß die Bevölkerung noch mit demſelben Eifer, wie früher, an den Geſchäften des Reiches teilnehme, wenn ihre gewählten Vertreter ihr ein ſolches Beiſpiel geben?

Der frühere Eifer hatte auch wohl darin ſeinen Grund, daß das Deutſche Reich anfangs etwas neues war, man hatte eine gewiſſe Weihnachtsfreude daran, es zu beſitzen, und nahm mit Vergnügen teil daran. Aber das „beati possidentes“ findet hier keine Anwendung, was man hat, verliert den Wert — der Beſitz macht gleichgültig — was man hat, das will man nicht, und was man nicht hat, das will man, und ſo geht es mit dem Deutſchen Reich. Seitdem es als wohl beſeſſen erſcheint, hat man nicht mehr dieſelbe lebendige Teilnahme, es iſt nichts

neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer ſo geweſen wäre, namentlich denjenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben, und als ob es immer ſo bleiben müßte. Ich möchte doch darum ſehr inſtändig bitten, daß man ſich dieſem Wahn nicht hingiebt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotiſche und ſelbſtloſe Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren ſich jetzt die deutſche nach langer Entbehrung erfreut, ſich auf die Dauer bewahren könnte.

Ich wollte ferner noch eine Frage womöglich aus der Diskuſſion ausſcheiden, das iſt die Frage von der Prärogative des Kaiſers. Wenn der Kaiſer es den Intereſſen des Reiches entſprechend findet, Seine Prärogative zu beſchränken, ſo wird die Frage der Prärogative Seine Majeſtät nicht aufhalten, dem Land dieſes Opfer an Machtvollkommenheit zu bringen; aber wohl kann es Ihn empfindlich berühren, daß man über Seine Rechte aburteilt, ehe Er Seine Meinung geäußert hat, und Beſchlüſſe faßt, ob Er ſie aufgeben ſoll oder nicht. Der Kaiſer hat bisher Seine perſönlichen Rechte noch nicht zur Diskuſſion und Beſchlußfaſſung durch den Reichstag geſtellt.

Die Frage der Priorität des Reichs, die durch den Oktober erreicht werden ſoll und die der Herr Abgeordnete Rickert durch ſeinen Antrag ganz allgemein erreichen will, wäre ganz einfach dadurch zu erreichen, daß man den Anfang des Budgets noch um 3 Monate verſchiebt, und dann würde bei jährlichem Budget für die Landtage der Zeitraum nach der Reichstagsſitzung von Oſtern bis Johanni ein vollkommen geeigneter ſein zur Beratung. Daß der Reichstag und der Bundesrat im allgemeinen auf eine für ſie unbequeme Zeit abgeſchoben werden ſollen, damit kann ich als Reichskanzler mich nicht einverſtanden erklären, und ſchon dieſe Zurückſetzung des Reichstages und des Bundesrates würde mich zu einem Gegner ſolcher Beſtimmung machen, welche die angenehmere Sitzungszeit den Landtagen zuwieſe. Das Deutſche Reich iſt uns noch lange nicht, bei unſerem angeborenen Partikularismus, nicht nur ſtaatlichen, ſondern auch provinziellen und Reſſortspartikularismus, noch nicht ſo in Fleiſch und Blut eingedrungen, daß wir nicht wohlthäten, es ſtets vor aller Augen auf den erſten Platz zu ſchieben und ihm den Ehrenplatz zu laſſen, und ich werde, ſo lange ich irgend mitzureden habe, für den Reichstag oder den Bundesrat die günſtigſte Zeit, den Winter, nicht aufgeben, das heißt natürlich für die Regel

— es kann ja notwendig werden, auch im Sommer Reichstage und Landtage zu berufen — wir waren früher darin nicht verwöhnt — ich erinnere an die Jahre 1848 bis 1852 und 1853, da haben wir im Monat Juni, Juli, Auguſt, ja das ganze Jahr hindurch hier und auch in Erfurt getagt, hier auch in den heißeſten Sommertagen, wo Berlin von allen denen, die nicht hier bleiben müſſen, ſorgfältig gemieden wird. Da bitte ich nun alſo die Herren, deren Intereſſe ſich mehr den Landtagen als dem Reich zuwendet, ihr Wohlwollen für jene nicht ſo weit zu treiben, daß die Landtage im Januar und Februar in der Stadt bleiben wollen, und nachher die Sommerzeit für den Reichstag reſp. für den Bundesrat übrig bleibt. Wann müßten denn die Mitglieder des Bundesrates mit ihren Arbeiten beginnen, um im Oktober mit der Pünktlichkeit, die Herr Abgeordneter von Bennigſen verlangt und gegenwärtig vermißt, als fertige Arbeit abzuliefern, ſowohl das Budget als auch die übrigen Vorlagen? Hoch im Sommer!

Der Herr Vorredner hat geſagt, es ſei früher Großes geſchehen und jetzt nicht — ſo verſtand ich ihn — nun, wir haben auch jetzt, glaube ich, große Aufgaben vor uns und ich habe die Hoffnung, daß auch weiter großes geſchehen werde. Es iſt z. B. vor $1\frac{1}{2}$ Jahren großes geſchehen dadurch, daß wir in der Zollgeſetzgebung aus dem Wege, auf welchem das Land der langſamen Aushungerung unterzogen wurde, wieder in eine verſtändige Bahn eingelenkt ſind, in die alte gute Geſetzgebung des Zollvereins, wir hatten damals, als wir proſperierten, einen viel höheren Schutzzoll als heute und als wir ihn jetzt erſtreben, namentlich aber, als wir ihn bisher erreicht haben. Aber dieſes Herausrücken des Staatswagens und des Reichswagens aus der fehlerhaften freihändleriſchen Richtung, bei der das Land von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr ausgehungert wurde, und ohne den gleichzeitigen Zuſchuß der Milliarden viel früher an Verblutung und Entkräftung zu grunde gegangen wäre, — das Ausbiegen aus der falſchen Bahn war eine große Leiſtung, für die ich Anerkennung erwarte, ſoweit ich dabei mitgewirkt habe, wenn auch nicht von denen, denen dadurch ihre politiſchen Zirkel geſtört worden ſind. Das Intereſſe an theoretiſchen Prinzipien und großen Grund-, Rechts- und Verfaſſungsfragen und parlamentariſchen Gleichgewichtsfragen im Staate iſt eben, nachdem man den erſten Durſt an der parlamentariſchen Quelle dreißig Jahre lang geſtillt hat, im Lande ſehr vermindert, und

man ſieht ſich jetzt um und fragt, was erfordert unſer praktiſches Intereſſe? Die praktiſchen Intereſſen leichter zur Vertretung zu bringen, iſt der Zweck der Vorlage, und würde ich erfreut ſein, wenn nicht in dieſer Seſſion, worauf ich nach der Lage der Dinge wenig Ausſicht habe, aber in der nächſten dieſer Zweck erreicht würde; wo ich, wenn ich lebe, wiederum und zum vierten oder fünften Male, wenn es ſein muß, dieſelben Vorlagen mache, — ich muß nach meiner Überzeugung handeln, wenn ich ein ehrlicher Mann bleiben will. Wenn ich die Vorlage immer wieder vorbringe, ſo verbinde ich damit allerdings das Intereſſe, denjenigen, die im Volk eine produktive Beſchäftigung haben, der ſie für die Dauer ihrer Teilnahme an den parlamentariſchen Debatten entſagen müſſen, wenn ſie den ehrenvollen Auftrag ihrer Mitbürger annehmen, denen die Teilnahme am Parlament dadurch etwas zu erleichtern, daß ſie nicht genötigt ſind, in jedem Jahre an zwei Parlamenten teilzunehmen. Wenn wir das nicht thun, machen wir den Leuten, die im praktiſchen Leben ſtehen, ich meine, die irgend etwas materiell produzieren, Handwerker, Kaufleute, Advokaten und Ärzte mit wirklicher Praxis, Landwirte, Fabrikbeſitzer, Induſtrielle, Leute, deren praktiſche Erfahrungen uns von hohem Werte ſind und die ein Recht haben, ihre Intereſſen hier vertreten zu ſehen und deshalb von den Wählern hierhergeſchickt werden, — denen machen wir es bisher ja beinahe unmöglich, daß ſie an den parlamentariſchen Sitzungen auf die Dauer teilnehmen. Einer nach dem anderen wird es müde, hierherzukommen und — verzeihen Sie, ich will niemand perſönlich verletzen, ich ſelbſt verfalle in den Fehler, zu lang zu reden — bei der ungeheuerlichen Länge der einzelnen Reden und bei den ſehr geringen Bezirken politiſch betrachtet, bei dem ſehr geringen Bruchteil der politiſchen Elemente des Reichstages, von dem die Redner geſtellt werden, — das ermüdet zuletzt außerordentlich; namentlich da man viele von den Reden vorher zu Hauſe gedruckt geleſen hat, lieber als daß man ſie hier anhört, wo man dazu die Natürlichkeit des Redners vor ſich hat. Wir bekommen auf dieſe Weiſe ſchließlich zwei verſchieden veranlagte Kategorien von Abgeordneten. Die einen, die die Zeit des Schluſſes gar nicht abwarten können, um ihre Geſchäfte, worin ſie ſchwer vermißt werden, wieder aufzunehmen; die anderen, die bedauern und ſeufzen, wenn ſie der liebgewordenen Gewohnheit, hier öffentlich zu ſprechen und den Fraktionen und Kommiſſionen beizuwohnen und den ganzen öffent-

lichen und kameradſchaftlichen Beziehungen entſagen zu müſſen, weil ſie in Gottes weiter Welt Beſchäftigungen eigentlich nicht haben, wenigſtens keine ſolchen, die ſie lieben. Wenn ich mir einen Beamten in guten oder geringen Verhältniſſen denke, der nach einer Reichstagsſitzung bei gutem Sommerwetter in warmen Tagen wieder ſeine ſtaubigen Büreaux beſuchen und ſeinen ſtrengen Dienſt thun ſoll und demſelben Vorgeſetzten wiederum eine gewiſſe Anerkennung zollen ſoll, auf den er bis dahin von ſeinem kuruliſchen Seſſel mit einer gewiſſen Geringſchätzung herabgeblickt hat, von der Höhe des Abgeordneten, ſo begreife ich, daß den, wenn er an die Annehmlichkeit des vergangenen parlamentariſchen Lebens zurückdenkt, ein gewiſſes Heimweh beſchleicht und er wegen Ermüdung durch die parlamentariſchen Arbeiten einen berechtigten Badeurlaub anſtrebt. Aber dabei läuft ein ſolcher Abgeordneter, der mit dem Lande nicht die Fühlung hat, welche gemeinſame Arbeit, gemeinſames Schaffen und Erwerben mit den Wählern geben, auch ſehr leicht Gefahr, jede Fühlung und jede Möglichkeit der richtigen Beurteilung der Intereſſen und der Wünſche des Kreiſes, der ihn gewählt hat, zu verlieren. Es iſt ja ſchwierig und langdauernd, bis der Wähler in ſeiner Provinz ſich über dieſen *Mangel* vollſtändig klar wird, denn es giebt immer ſehr viele Mittel, ihn darüber zu einer unerwünſchten Anſicht nicht kommen zu laſſen. Ich habe ja ſelbſt früher Wahlreden zu halten gehabt — ſtenographiert werden ſie in der Regel nicht — und ich habe ſehr oft das Gefühl gehabt, wenn der Wähler mich vollſtändig und meine ganze Thätigkeit kannte, würde er mich nicht wählen; ich habe aber von andern das Gefühl, wenn er mich kannte und wüßte, was ich erſtrebe, ſo würde er mich wählen. Alſo iſt es nicht leicht, eine vollſtändig klare Anſicht über ſeine Vertreter zu gewinnen. Aber ich halte es im Intereſſe des Reichs für eine große Gefahr, wenn es dahin kommen ſollte, daß die Mehrheit unter die Herrſchaft derjenigen Abgeordneten fallen ſollte, die eine andere, eine bürgerliche Beſchäftigung eben nicht haben, die gewerbsmäßig Volksvertreter und deshalb im Reden die geübteſten ſind, und die die Stoffe, über die geſprochen wird, auf Monate und Wochen vorher ſorgfältig durchgearbeitet haben, weil ſie dieſelben auch in der Publiziſtik vertreten und ihnen Anklang zu verſchaffen ſuchen, — ihre Zeit erlaubt es ja, ſie ſind darauf ausſchließlich angewieſen. Und ſie ſtehen dann, ſowie es auf die Geſchicklichkeit, auf die rhetoriſche Menſur ankommt, ja, vermöge der größeren

Menſurpraxis, die ſie haben, außerordentlich im Vordergrunde. In den Volksverſammlungen kennen wir ja die Typen, die ſich bis zu rhetoriſchen Klopffechtern ausbilden, — die es natürlich hier nicht giebt; aber doch ſieht man, wie die jeden Widerſtand ſofort niederrennen und ſcharf im Zaune halten. Aber ich wiederhole, wie ich das ſchon neulich bemerkt habe, daß im Reichstage die Reden zwar zur Orientierung dienen, aber daß ſie keine Herrſchaft üben dürfen; der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredtſamkeit weder beeinflußten noch eingeſchüchterten Vertreter.

Die finanzielle Schwierigkeit, die der Herr Vorredner in der Vorlage fand, kann ich doch in dem Maße, wie er ſie ſchilderte, nicht anerkennen. Schwierig ſind beide Wege. Aber wir haben früher manches ſchwierigere überwunden, es giebt in einzelnen Bundesſtaaten ſchon längſt mehrjährige Budgets, und ich habe nicht gehört, daß deren Finanzen ſchlechter verwaltet werden wie die anderen, vielleicht im Gegenteil.

Wenn man durch die Übertreibung und Häufung der parlamentariſchen Sitzungen und durch die Übertreibung der Dauer der einzelnen denen, die auch noch andere Geſchäfte haben, denen, die nicht bloß fruges consumere nati ſind, die nicht bloß von Gehalt, Honorar und Kapital leben, wenn man denen die Beteiligung am Reichstag ſchwer macht, dann wird man mit der Zeit dahin kommen, daß die Volksvertretung nur eine neue Spezies, oder ich will lieber ſagen Gattung der „Bureaukratie“ werden wird, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, ſo auch erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Hauſe aus ihr Studium darauf richten und die, wie der volkstümliche Mund ſich ausdrückt, ſagen: „Ich will Abgeordneter lernen“, und wenn man findet, daß dieſes Gewerbe doch auch ſeinen Mann nährt und zuweilen einen recht gut in die Höhe bringt — meine Karrière iſt ja auch lediglich eine parlamentariſche, von mir hätte niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des vereinigten Landtages von 1847 geweſen wäre, alſo ich rechne mich immer ein, wenn ich von Parlamentariern rede.

Aber die Bureaukratie weiter hinaus und auf das parlamentoriſche Leben auszudehner., und auch dieſes zu einem Zweig der Reichs- und Landesbeamtenverwaltung werden zu laſſen, der mit der misera contribuens plebs, die da ſchafft und arbeitet, wagt und wettet, erwirbt, gewinnt oder verliert, wenig Be-

rührungspunkte und namentlich nicht gemeinsame Interessen und Denkungsweise hat, halte ich für schädlich; denn der beste Beamte, dessen Großvater und Vater Beamte waren, dessen ganze Erziehung darauf gerichtet war, weiß bestimmt nicht, wie seinem Wähler, der nie Beamter gewesen ist, der auch in seiner Familie nicht einen Beamten gehabt hat, in seinem Hause, seinem Streben, seinem Wesen zu Mute ist. Wir haben früher auf dem Lande gesehen: wenn die Herren Regierungsräte auf das Land kamen, um praktische Dinge zu untersuchen, so hatte man leicht den Eindruck: na, recht viel versteht er nicht davon, aber man hatte bei dieser Bureaukratie doch noch die Beruhigung, daß sie kein anderes Bestreben kannte, als zu finden was rechtens war. Letzteres ist jetzt leider mehr in den Hintergrund gedrängt durch manche neuere Einrichtungen; die ehrliche, rechtliche Überzeugung, der dringende Wunsch, zu finden, wer Recht hat, war unserer Verwaltungsbureaukratie vollständig treu geblieben und ist bei ihnen durch politisches Parteiwesen noch heute nicht so beeinflußt wie andere Kategorien.

Nun weiß ich nicht, ob ich die mannigfach und mir im Mund des Herrn Vorredners nach ihrer Schärfe unerwarteten Ausstellungen, die er an der Vorlage und an der Tendenz derselben machte in der ganzen Politik der Regierung, indem er sie als die Ursache des Zurückgehens im öffentlichen Interesse am Deutschen Reich anführte, ob ich die werde alle beleuchten können, es ist mir ja nicht möglich; obschon ja der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit klar und verständlich sprach, so würde ich doch darauf nicht eingehen können, indem ich mich physisch nicht beherrsche. Aber ich möchte ihn bitten, sich persönlich und mit den Freunden, die ihm anhängen, doch nicht dieser traurigen pessimistischen Auffassung hinzugeben, die ich im Namen der Fraktion, welcher er angehört, zuerst ankündigen hörte von seiten der „Nationalzeitung", etwa vom Ende 1877 an, wo alle unsere Zustände geflissentlich in den düstersten Farben gemalt wurden, es gehe zurück, die Reaktion sei im Anzug, die Reaktion jeder Art, die schließlich doch nur darauf sich konzentrierte, daß auch die Schutzzölle zur Reaktion gerechnet wurden, ohne zu bedenken, daß die beiden freiesten Republiken, die wir augenblicklich haben, Amerika und Frankreich, recht tüchtige Schutzzölle uns gegenüber stellen. Also diese Klagen über Befürchtung der Reaktion, die düstere Mißstimmung — ich verweise jeden auf den Styl der Leitartikel in der „Nationalzeitung", mir ist er nicht geläufig.

weil er zu beladen und ſchwer iſt in den Schilderungen der Wolken, die über uns herabhängen. Die „Nationalzeitung“ betrachte ich jetzt nicht mehr als Blatt der Fraktion, aber ſie war es damals.

Ich möchte dringend den Herrn Vorredner bitten, der mir unter ſeinen Fraktionsgenoſſen der Mitkämpfer geweſen iſt, dem ich wirklichen Beiſtand verdanke, und dem das Deutſche Reich für ſeine Herſtellung, für ſeine Konſolidierung ſo viel ſchuldig iſt, für ſeine Politik von langen Jahren her — an ihn möchte ich perſönlich doch die Bitte richten, ſich durch Beſtrebungen und Einflüſſe, die ich für ſachliche nicht halten kann, nicht der Reichspolitik, wie ſie jetzt getrieben wird, weil ich, ſo lange ich die Leitung in den Händen habe, keine andere gegen meine Überzeugung treiben kann — und ſich nicht der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich es befürchten muß, wenn ich die Richtung und Tonart ſeiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verluſt für unſere parlamentariſche Entwicklung auf der Baſis der Verſtändigung zwiſchen Parlament und Reichsregierung und allen Seiten hin, und mir perſönlich ſehr ſchmerzlich, nicht bloß wegen meiner perſönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, ſondern auch wegen der Pläne, die ich an die Möglichkeit geknüpft hatte, daß zwiſchen den Herren, die der Führung des Herrn Vorredners folgen, und denen, die ſich rechts an ihn anſchließen, eine Verſchmelzung eher möglich ſein würde, als zwiſchen denen, die ſich links an ihn anſchließen, und deren äußerſter linker Flügel überhaupt im Ende gar nicht abzuſehen iſt. Nachdem wir bei mehreren Wahlen geſehen haben, daß die Sozialdemokraten einſtimmig für fortſchrittliche Kandidaten ſtimmen, müſſen wir befürchten, daß zwiſchen dieſen Verbindungen eine Art Kartellverhältnis für die Wahlen doch eingetreten iſt; nachdem wir geſehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraktion nach links hin ausgeſchieden ſind, ihre Fühlung bei der Fortſchrittspartei nehmen, ſo kann ich wohl ſagen, daß auf dieſe Weiſe, wenn die jetzige nationalliberale Fraktion die Anlehnung nach links feſter nimmt, die Kontinuität der gegenſeitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Sozialdemokratie hinein, wenigſtens in dem praktiſchen Zuſammengehen, wie weit ſie in der Theorie auch von einander entfernt ſein mögen, nicht ausgeſchloſſen iſt, ſondern zu meinen Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zu-

rufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverschem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit voller Herzlichkeit bitte: Laß nicht vom Linken Dich umgarnen!

Reden bei der Beratung des Reichshaushaltsetats über die Fortschrittspartei und die Monarchie.

Gehalten im November 1881.

(Nach dem Abg. Rickert.)

Ich ergreife nur nochmals das Wort, um den Herrn Vorredner (Abg. Rickert) und den Reichstag darauf aufmerksam zu machen, daß selbst diese kurze inzidentielle Debatte nicht vorübergehen kann, ohne daß sie benutzt wird, um gegen mich persönlich und gegen meinen politischen Charakter Insinuationen zu richten. Sie haben eben gehört, der Herr Vorredner hat mir vorgehalten, er gehöre im Vergleich mit mir nicht zu den Leuten, die ihre Überzeugung rasch wechseln. Er hat gesagt, ich sei früher Freihändler gewesen; er macht mir den Vorwurf, daß ich meine Überzeugung mit leichtfertiger Schnelligkeit wechselte; ist das etwa kein persönlicher Vorwurf? Weshalb also diese unartikulierten Töne, mit denen Sie meine Beschwerden darüber soeben begrüßten? Der Vorwurf ist höchst persönlich und sachlich vollständig überflüssig. Es kommt nicht darauf an, was für eine Sorte Mensch ich bin, ob ich leichtfertig oder zuverlässig bin: es kommt darauf an, ob meine Vorlagen gute und richtige sind; die haben Sie zu prüfen. Ich muß aber seit zwanzig Jahren immer hören: „Der Herr Minister-Präsident hat gesagt." — Nun, mag er Unsinn geredet haben, es fragt sich immer nur, ob seine Vorlage gut ist; sachliche Diskussion ist beinahe nie gewesen. Es ist immer bei der Kritik meiner Person verblieben, bei dem Versuch, mich in Widerspruch zu bringen mit meiner Vergangenheit. Ich könnte dem Herrn Vorredner darauf antworten: delicta juventutis meae ne memineris! denn es ist schon lange her. Aber ich will lieber wiederholen — was

ich in bezug auf dieſen Punkt ſchon öfter geſagt habe, und was damit endlich abgethan ſein könnte, ſo daß ich bitten darf, doch der Verſuchung zu widerſtehen, die Debatte immer wieder auf das perſönliche Gebiet zu lenken und an mir ſelbſt herumzumäkeln und herumzunörgeln. Ich habe ſchon geſtern wiederholt, ich habe ſchon oft geſagt: ich bin die erſten 15 Jahre meiner miniſteriellen Thätigkeit von der auswärtigen Politik abſorbiert geweſen und habe es garnicht für meinen Beruf gehalten, mich um die innere Politik des Reichs weſentlich zu bekümmern, auch nicht die Zeit dazu gehabt; ich habe angenommen, daß das Innere in guten Händen wäre. Nachher bin ich, da mir die Hände, die ich für gut hielt, abhanden kamen, genötigt geweſen, mir die Sache ſelbſt anzuſehen, und habe gefunden, daß, wenn ich bis dahin in verba magistri geſchworen hatte, die thatſächlichen Reſultate den Vorausſetzungen nicht entſprachen, die unſerer Geſetzgebung zu grunde gelegen hatten. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem ſeit 1865 eingeführten Freihandelsſyſtem der Auszehrung verfielen, die durch den Blutzufluß der 5 Milliarden-Kontribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es notwendig ſei, hier eine Remedur eintreten zu laſſen. Meine Herren, ich will Ihnen wünſchen — Sie werden vielleicht einmal eine fortſchrittliche Regierung haben — daß Sie dann Staatsmänner finden, die nie mit ſich ſelbſt in Widerſpruch getreten ſind, auch wenn Sie zwanzig Jahre weit zurückgreifen, und die mit einer übermenſchlichen Sicherheit und Weisheit von Haus aus vor zwanzig Jahren ſchon erkannt haben, wie ſie nach zwanzig Jahren über die Dinge, wie ſie dann liegen, denken würden. Das würden aber eben Leute ſein, die mit ihrer Zeit nicht fortgeſchritten ſind, die aus ihrer Zeit nichts gelernt haben, wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß die Fortſchrittspartei — und die ihr nahe verwandte, für die ich immer die richtige Bezeichnung vergeſſe — ihren Namen des Fortſchritts mit Unrecht trägt; die Reichspolitik ſchreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortſchrittspartei würde eher den Namen Hemmſchuhpartei verdienen, ſie negiert, was die Regierung bringt, und bringt ihrerſeits nichts, weil ſie nichts weiß.

(Dann nach dem Abg. Richter.)

Ich möchte zuvörderſt, um auf meine Beſchwerde von vorher zurückzukommen, an den Reichstag appelliren, ob in der eben

gehörten Rede (des Abg. Richter) vom Anfang bis zum Ende — mit Ausnahme des Schluſſes allenfalls — etwas anderes als eine Kritik meiner Perſon und ausdrückliche Abſehung von dem Sachlichen, von dem wir reden, vorhanden war. Ich weiß wirklich garnicht, wovon Sie reden werden, wenn ich plötzlich in einer Verſenkung verſchwinde, dann bietet die Diskuſſion kein Objekt; der Kugelfang, zu dem ich gewiſſermaßen diene, an dem jeder ſeine üble Laune ablagert in perſönlicher Kritik gegen mich, fällt dann fort, und die Herren werden dann genötigt ſein, auf einander Feuer zu geben, wenn niemand mehr zwiſchen ihnen ſteht, während ſie ſich jetzt an die Perſon des Reichskanzlers halten dafür, daß er nicht gerade bei der Fraktion des Redners Dienſte nimmt. Die Vertretung ſachlicher Vorlagen, die ſachliche Vertretung der eigenen Anſicht, der eigenen Pläne, der eigenen Ziele, kommt dabei ganz zu kurz. Man hat über die poſitiven Ziele, zu denen die Fortſchrittspartei ſchließlich hinauskommen will, bei dieſer Art zu verfahren niemals etwas erfahren; ſie hat von Hauſe aus, wie es ſcheint, über keine Sache eine feſte poſitive Meinung, über kein Ziel, das ſie verfolgt, ſondern ſie bildet ſich eine Meinung erſt im Widerſpruch gegen die der Regierung, es iſt immer die entgegengeſetzte; wenn die Regierung ihre Meinung verſchweigt, dann werden die Herren in einiger Verlegenheit ſein, was für eine Meinung ſie ihrerſeits haben. Ich will nur konſtatieren, daß auch dieſe Rede wieder von Anfang bis zum Ende ſich mit meiner Perſon und nicht mit der Sache beſchäftigt, und werde Gelegenheit nehmen, das noch öfter zu konſtatieren, wo ich es wieder finde, daß die Aufgabe der Redner hier darin beſteht, bloß weiter zu verfahren auf der Baſis, die mir ſeit 18 Jahren in der Stimme des Hrn. Profeſſor Virchow vor den Ohren gegenwärtig iſt: „Der Herr Miniſter-Präſident hat geſagt!“ Darauf baſiert dann die ganze Rede. Nun gut! Sie werden unter Umſtänden einen Miniſter-Präſidenten oder einen Reichskanzler haben, der garnichts ſagt, und das wird vielleicht günſtig ſein, damit Sie ſich weniger mit der Perſon beſchäftigen.

Ich habe ausdrücklich geſagt: 15 Jahre hat mich die auswärtige Politik abſorbiert; die Ziffer des Jahres 1877, die ich genannt habe, habe ich aus Gründen, die mir bekannt ſind, ausdrücklich als eine entſcheidende, einen Abſchnitt bildende betrachtet für meine diplomatiſchen Aufgaben, aber zugleich als eine ſolche, wo mir die Not des Landes, das Ausblaſen aller Hochöfen, das

Zurückgehen des Lebensſtandes, der Induſtrie, der Arbeiter, das Darniederliegen aller Geſchäfte ausſchließlich ſo nahe trat, daß ich mich um dieſe Dinge bekümmern mußte. Wenn der Herr Vorredner meint, daß ich ſeit der Zeit, alſo in 4 Jahren, darüber nicht ſo ſehr viel gelernt haben könnte, ſo muß ich ja in meiner Beſcheidenheit das zugeben, ihm gegenüber ebenſo gut wie geſtern dem Herrn Abg. Lasker gegenüber, daß ich nicht die angeborene Sicherheit habe, alles von Hauſe aus zu wiſſen; aber mit vieljähriger ehrlicher Arbeit kann man, wenn man an der Spitze der Geſchäfte ſteht, ſich immer einige zutreffende Anſichten bilden, namentlich wenn man vorher faſt lebenslang auch in der Mitte des praktiſchen Lebens geſtanden hat, was von den Herren nicht geſagt werden kann, deren Lebensaufgabe es iſt, ihre Meinung in Schrift und in der Preſſe und auf der Tribüne zwar zu vertreten, aber ſie nicht dadurch zu berichtigen, daß ſie ſelbſt im Volke leben, — ich verſtehe darunter, daß ſie ſelbſt produzierend mitzuwirken, daß ſie die Leiden und Freuden des arbeitenden und produzierenden Volkes an ſich ſelbſt mitempfunden haben — dabei erkennt man mehr als aus der bloßen Büchergelehrſamkeit, was dem Volke fehlt.

Der Herr Vorredner hat ferner den Wunſch ausgeſprochen, die Wahlziffer der Freikonſervativen zu kennen. Ich werde dieſen Wunſch ſofort erfüllen, berichtige aber doch zuerſt die Tendenz meiner ganzen geſtrigen Äußerung. Daß die Deutſchkonſervativen gewonnen haben, das war ja nur eine beiläufige Bemerkung von mir; meine Hauptanſicht war nur, dem Selbſtgefühl, welches bei den Liberalen den Ausdruck fand in der Rede des Hrn. Abg. Lasker: wir ſprechen hier im Namen der Nation, wir vertreten die Nation, wir wiſſen, was die Nation will, ihr Übrigen habt ſtille zu ſein, die Nation will dies und das — einen kleinen Dämpfer aufzuſetzen, indem ich den Liberalen nachwies, daß ſie 54 000 Stimmen verloren haben. Das werden auch die amtlichen Unterſuchungen beſtätigen in der Geſamtheit der Ziffern der Wahlen am 27. Oktober. Daß daneben die Freikonſervativen ebenfalls verloren haben, thut mir außerordentlich leid, ändert aber nichts daran, daß die Liberalen in ihrer Geſamtheit auch verloren haben. Die deutſche Reichspartei hat in der Wahl von 1878 gehabt 785 000 Stimmen und in der Wahl vom 27. Oktober 347 000; ſie iſt alſo von 14 pCt. der Wählerzahl von 1878 auf 7 pCt. der Wählerzahl von 1881 zurückgegangen.

Ja, meine Herren, das zeigt Ihnen nur, daß im parlamen-

tariſchen Leben die Mittelparteien auf der Defenſive ſtehen, deshalb im Nachteil ſind. Ja, im Feſtungskrieg — denn was iſt das parlamentariſche Leben anders als die Belagerung dieſer Feſtung hier? — ſind die defenſiven Parteien immer zuletzt im Verluſt, wie bei jeder Feſtung von dem Ingenieur berechnet wird, wann ſie kapitulieren wird müſſen, — daß wir werden kapitulieren müſſen, — das iſt nun glücklicherweiſe nicht der Fall! — wegen der Fehler in der Belagerung, aber daß die Mittelparteien verlieren und die extremen gewinnen, lehrt die Geſchichte überall. Die Leitung der liberalen Partei gleitet immer und überall mehr und mehr nach links hinüber und wird auch bei uns noch mehr nach links gleiten; es wird ſich immer noch Einer finden, der Hrn. Richter noch überrichtert, und der dann die Führung haben wird, weil er ſozuſagen auf der Bank noch einen höheren Sprung ausführt, und ſo werden Sie allmählich dem ſehr nahe kommen, was Sie mit ſo vieler Entrüſtung von ſich weiſen: der Löſung der ganzen Entwicklung, die wir in Frankreich ja ſchon mehr als einmal erlebt haben, und der Sie, wie ich geſtern aus Ihrer Entrüſtung erſehen habe, unbewußt entgegengehen, aber meines Erachtens unaufhaltſam zugleiten, der Löſung, die in Frankreich ſtattgefunden hat, weil die Mittelparteien allmählich ausgemerzt werden. Wenn z. B. die ganze parlamentariſche Situation mehr nach rechts hinüberglitte, ſo wäre die größte Gefahr meines Erachtens, daß ſchließlich die Führung den extremen Rechten anheim fallen würde, wie wir das zu Zeiten auch ſchon gehabt haben, alſo etwa denjenigen „Konſervativen“, die ich auch, wie ich geſtern ſagte, in die Liasformation verweiſen muß, die in einem mir früher nicht bekannt geweſenen Blatte — ich glaube, es heißt Konſervative Monatsſchrift — unter der Leitung eines Verwandten des früheren Kreuzzeitungs-Redakteurs Nathuſius ihr Weiſen treibt. Auch die würde, wenn die Konſervativen in einer kämpfenden Oppoſition wären, allmählich die Führung erlangen als die extremſte Partei. Es iſt ein großer Schaden für die Zukunft des Reiches, für die Befeſtigung desſelben, daß die beiden Mittelparteien, die freikonſervative und die nationalliberale, ſo viel an ihrem Beſtande verloren haben, ſo viel weiter links hin abgegeben haben, das kann ich als Reichskanzler und als Patriot nur bedauern. Daß der Herr Vorredner angeführt hat, in der Zahl der Konſervativen ſei eine erhebliche Anzahl von Zentrumsſtimmen mit einbegriffen, weil viele Geſinnungsgenoſſen

des Zentrums für die Deutschkonservativen gestimmt hätten, das mag ja der Fall sein. Aber ich möchte fragen, — ich kenne die Transaktion so genau nicht —: hat denn nicht auch eine erhebliche Anzahl Deutschkonservativer für den Zentrumskandidaten gestimmt? Es sind Transaktionen gemacht, die wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Ich weiß nicht, wer besser dabei weggekommen ist, aber wahrscheinlich hätten die Transaktionen von einer Seite nicht stattgefunden, wenn diese Seite gefürchtet hätte, dabei zu kurz zu kommen. Es wird erlaubt sein, dies anzunehmen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß in den Stichwahlen manche Konservative für die Sozialdemokraten gestimmt hätten, so ist nach meinen statistischen Nachrichten von diesem Vorwurf jede Fraktion betroffen, keine ist ausgenommen, sie haben alle unter Umständen für Sozialdemokraten gestimmt, respektive deren Stimmen für sich in Empfang genommen. Ich habe darüber noch Aktenstücke, die ich noch vervollständigen werde, über die Natur der Geschäfte, die dabei gemacht sind in bestimmten Lokalen. Wir werden darüber weiter sprechen können. Also die Wirkung meiner gestrigen Ausführungen in bezug auf die Zifferangabe ist auch durch den Herrn Vorredner nicht mit Recht in Zweifel gestellt, wohl aber nehme ich Akt davon und werde jede weitere Rede darüber wiederum kontrolieren, daß er sich auch in dieser Rede lediglich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt hat.

Nach dem Abg. Dr. Hänel.

Der Herr Vorredner Abg. Hänel hat damit begonnen, mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Ansicht, daß die Fortschrittspartei unbewußt republikanischen Zielen entgegengleite, dieselbe irrtümliche Prophezeihung ausgesprochen hätte, wie sie zu jeder Zeit, wo sich das, was er „wahres konstitutionelles Leben" nennt, entwickelt hatte, von seiten der Reaktion, des Absolutismus, ausgesprochen worden sei. Ich bin weder Reaktionär noch Absolutist, ich halte den Absolutismus für eine unmögliche Sache; aber ich halte mich an unsere geschriebenen Verfassungen, die wir in Deutschland und in Preußen besitzen, die mir genügen, die aber von dem parlamentarischen System, wie es dem Herrn Vorredner vorschwebt, nichts enthalten.

Die preußiſche Verfaſſung behandelt die drei Faktoren der Geſetzgebung auf gleichem Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuſer, ſondern den König und die beiden Häuſer, und die Reichsverfaſſung giebt nicht der Reichsregierung, von der immer die Rede iſt, ſondern dem Kaiſer ganz beſtimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, iſt von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber ſie bleibt deshalb doch die Politik des Kaiſers; ich vertrete die Politik des Kaiſers, bin verantwortlich für dieſelbe, und der ſachliche Kampf gegen die Politik des Kaiſers wird mich immer bereit finden, dieſe Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaiſers zu übernehmen. Ihr Prinzip aber iſt inſofern nicht das monarchiſche, als dem, was der Herr Vorredner unter „wahrem Konſtitutionalismus“ verſteht, zur erſten Grundlage das kluge Wort dient, welches die engliſche Ariſtokratie nach der großen Revolution, um ihre Herrſchaft zu befeſtigen, erfunden hat: the king can do no wrong; dann kann der König aber gar nichts thun, wenn er kein Unrecht thun kann; den König mundtot zu machen, den König als eine Waffe für die Erhaltung der Herrſchaft der engliſchen Ariſtokratie zu ihrer Verfügung zu behalten, ihn zu ſequeſtrieren, das iſt der Sinn davon; ſeine Beziehungen zum Volk in ihrer Gewalt zu haben, ſie nicht zu ſtark und zu mächtig werden zu laſſen, ſich möglichſt zwiſchen König und Volk zu ſchieben, über ſeine Unterſchrift zu disponieren, denn die braucht das engliſche Volk, um zu gehorchen, noch heute glaubt es nicht, wenn nicht „Viktoria“ darunter ſteht; die Unterſchrift iſt unentbehrlich. Das war vom Standpunkte der herrſchſüchtigen Ariſtokratie eine weiſe Einrichtung, daß ſie den König obſolet werden ließ, ſeine Unterſchrift aber zur Verfügung behielt. In England hat ſich dieſe Tradition entwickeln können, bei uns aber iſt es nicht möglich, wir unterſcheiden uns von England dadurch, daß wir eine geſchriebene Verfaſſung haben, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaiſers in Deutſchland und Preußen, in Baiern und Sachſen, in Württemberg und in allen übrigen Staaten definiert, und daran allein habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkte durchaus nicht ſtehe, als ob der Kaiſer im Deutſchen Reiche nicht zu ſeinem Volke ſprechen dürfte, nicht zur Nation. Daß ich mich mit meiner Namensunterſchrift als verantwortlich einſtelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die der Kaiſer ausſpricht, zu vertreten, das ändert an der That-

ſache garnichts, daß dies die berechtigte, verfaſſungsmäßige Äußerung des Kaiſers iſt. Es heißt in der Verfaſſung: der Kaiſer macht Anordnungen und Verfügungen, und in ſolchen beſteht eben die Kaiſerliche Politik im ganzen, und für dieſe habe ich die Verantwortlichkeit zu tragen und trage ſie gern, weil meine Überzeugungen mit denen meines hohen Herrn durch langjähriges Zuſammenleben und von Hauſe aus, ſchon von dem vereinigten Landtag von 1847, weſentlich zuſammenfielen. Es bedurfte für mich nicht einmal des Gefühls des Unterthanen gegenüber ſeinem hundertjährig angeſtammten Herrſcher, um mich dem Kaiſerlichen Gedanken zu beugen. Das Verhältnis iſt durch die Verfaſſung das, daß die Politik des Kaiſers nicht ins Leben treten kann, wenn der Kanzler nicht durch ſeine Kontraſignatur die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, alſo entweder ſein Einverſtändnis oder ſeine Bereitwilligkeit, ſie zu vertreten, aus anderen Gründen, weil er es nicht für tanti hält, um deshalb dem Kaiſerlichen Willen zu widerſprechen, dadurch dokumentiert. Wenn der Kaiſer einen Kanzler hat, der das, was die Kaiſerliche Politik iſt, nicht kontraſignieren will, ſo kann er ihn jeden Tag entlaſſen. Der Kaiſer hat eine viel freiere Verfügung als der Kanzler, der von dem Willen des Kaiſers abhängig iſt. Der Kanzler kann ohne die Kaiſerliche Genehmigung keinen Schritt thun, und wenn er einen Schritt thäte, ſo würde er nach unſeren dienſtlichen Begriffen eine Art Prävarikation treiben, eine Art Mißbrauch des Amts, indem er der Kenntnis des Kaiſers etwas entzieht, um eine von der Kaiſerlichen unabhängige Politik zu üben. Das würde bei uns auch dienſtlich bis zu dem Grade gemißbilligt werden, daß es bei den ſtrengen Anſichten des Kaiſers vielleicht die Entlaſſung des Kanzlers nach ſich ziehen würde. Alſo während der Kaiſer eine freie Bewegung in der Politik hat, indem er den Kanzler wechſeln kann und die monarchiſche Autorität ihm gegenüber eintreten laſſen kann, namentlich wenn ein Kanzler etwa lebhaft an ſeinem Poſten hängen ſollte, kann der Kanzler ſeinerſeits auch nicht einen einzigen Schritt thun, kann ich hier keine Meinung vertreten, für die ich nicht des Einverſtändniſſes Sr. Majeſtät ſicher bin oder es vorher eingeholt habe. Ich kann keinen Antrag einbringen, für den ich nicht die Kaiſerliche Unterſchrift habe; und wenn Sie glauben, daß dieſe Unterſchrift immer leicht zu haben iſt, ſo ſind Sie in einem großen Irrtum. Ich vertrete die Kaiſerliche Politik, und ich bin bei den vielen Äußerungen,

die über die Kaiſerliche Botſchaft gefallen ſind, nicht zum Wort gekommen, deshalb konſtatiere ich erſt hier meine Überzeugung: es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiſer Wilhelm im Deutſchen Reich zu verbieten, daß er zu ſeinem Volke ſpricht, den Kaiſer Wilhelm nach 20 Jahren unſerer Geſchichte mundtot zu machen, — das iſt ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf ſeine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abſchneiden, eine eigene Überzeugung zu haben und, wenn er ſie hat, ſie auszuſprechen; wie wollen Sie dem Könige verbieten, über die Geſchicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und ſie zu äußern? Wenn die andere Anſicht richtig wäre, ſo wäre es gleichgiltig, wer regierte. Wo kommt es denn in Preußen her, daß die Regierung des Hochſeligen Königs nach ganz anderen Prinzipien geleitet wurde, als die des jetzigen, wenn nicht eine Königliche, eine monarchiſche Politik der ganzen Sache erſt den Trieb und Stempel aufdrückte. In demſelben Sinne will ich gleich eine meiner Notizen antizipieren, die ich mir gemacht habe erſt am Ende der Rede des Herrn Vorredners. Er ſagt, der Monarch iſt der feſte Punkt. Nun, meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen diene. Ich diene dem Kaiſer. dem feſten Punkte, den Sie anerkennen; das iſt das Motiv, welches mich 1862 unter ſehr ſchwierigen Verhältniſſen, unter großen Bedrohungen meiner perſönlichen Sicherheit, meines Vermögens — ich meine geſetzlichen Bedrohungen — in den Dienſt gezogen hat, daß ich ſah, mein angeſtammter Herr brauchte einen Diener und fand ihn nicht; da habe ich geſagt: hier bin ich. Ich fand keinen, der es mir vormachen wollte, und ſehr wenige, die es mit mir haben verſuchen wollen. Es iſt daſſelbe Prinzip der angeborenen Unterthanen- und Vaſallentreue und Dienſtbereitſchaft, die mich vor 20 Jahren bewogen, alle übrigen Rückſichten beiſeite zu laſſen und dem Könige mich zu Dienſten zu ſtellen. Das iſt auch noch heute die Baſis meiner Politik. Dieſe Geſinnung — ich hoffe nicht, daß ſie mit mir ausſtirbt, aber ſo lange ich lebe, wird es einen Royaliſten und einen ſicheren Diener des Kaiſers geben.

Der Herr Vorredner ſagt, ich hätte dem Volk das Ohr des Kaiſers verſchloſſen. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiſer ein Mann iſt, der ſich die Ohren zuhalten läßt von einem andern; der Kaiſer kennt vollkommen die Situation, kennt vollkommen die Gefahren, die ihm von der extremen Entwicklung des Liberalis-

mus drohen, er hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens die Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß sie das Ohr des Kaisers finden könnten, mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie daran nach Möglichkeit zu verhindern. Ich wüßte aber nicht, wie ich es anstellen könnte; sollte ich Sr. Majestät die Zeitung vorenthalten? Außerdem, meine Herren, haben Sie ja das große Sprachrohr hier; warum — wie der Herr Abg. Windthorst mit Recht sagte —, anstatt meine Person zu kritisieren, stellen die Herren denn nicht Anträge öffentlich? Sie könnten eine Adresse an Se. Majestät beantragen, Sie könnten einen Antrag hier einbringen, der Kaiser möge diesen unheilvollen Kanzler, der seine, des Kaisers Ohren dem Volke verschließt, entlassen. Ich will den Antrag mit Vergnügen befördern, will einer der Herren eine Adresse einreichen, ich will sein Introdukteur sein, Sie sollen meiner Unterstützung nicht entbehren, wenn Sie glauben, daß der Kaiser die Wahrheit nicht erfährt. Ja, in der öffentlichen Presse da macht sich das ganz schön, „das Ohr des Kaisers dem Volke verschließen". Ich habe allerlei Reminiszenzen aus der Zeit der ersten revolutionären Bewegungen im Jahre 1830 und 1848: da schwirrte es mir vor den Ohren, daß die Minister angeklagt wurden, daß sie dem Volke „das Ohr des Monarchen verschlossen". Das sind Dinge, die ich als Student erlebte; ich habe sie auch in späterer Zeit 1848 gehört. Meine Herren, das gehört in unsere Zeit wirklich nicht mehr hinein, das sind unpraktische Worte, die keinen Wert mehr haben, so lange Sie nicht entsprechende Anträge hier, wo Sie dazu berechtigt sind, ausdrücklich stellen, die Ihrer Meinung Ausdruck geben. Der Kaiser liest die Verhandlungen, — da reden Sie doch nicht davon, daß ich dem Kaiser das Ohr verschließe; so weit reicht meine Macht nicht.

Der Herr Vorredner erklärte jene Prophezeiungen bezüglich des nach Linksgreifens in immer beschleunigterem Tempo, die früher wohl ausgesprochen sind, für falsch. Ja, dem Herrn Vorredner kann doch nach seiner Stellung zur Universität und zur Wissenschaft unmöglich unbekannt sein, wo diese Prophezeiungen sich auf das glänzendste bewahrheitet haben; es sind stets die Girondins gewesen, die den Staatswagen bis an den Rand des Abgrundes schoben, sie haben überall die konstitutionelle Entwicklung fördern wollen in demjenigen liberalen humanen Sinne, wie er dem Herrn Vorredner vorschweben mag, sind aber

ſchließlich immer über ihr Ziel hinausgeraten. Es ſind immer Leute geweſen, die ſich beiſpielsweiſe auf einen Potsdamer Zug geſetzt haben, während ſie nur bis Kohlhaſenbrück wollten, und denen der Schaffner ſagt: der Zug hält da niemals, ſo meinen ſie: er hat bisher da zwar nie angehalten, wird aber vielleicht heute da halten. So werden ſie nicht nach Kohlhaſenbrück gelangen, ſondern darüber hinaus nach Potsdam. So iſt es auch in der Politik, der Liberalismus gerät immer weiter als ſeine Träger wollen. Sie können die Wucht von 40 Millionen, einmal in Bewegung, nicht anhalten, wo ſie wollen. So iſt es in Frankreich gegangen. Iſt denn nicht in Frankreich eine erbliche tauſendjährige, ſolid erbaute Monarchie mit manchmal ſehr verſtändigen Verfaſſungen, die das Ergebnis von 1789 und ſpäter waren, vorhanden geweſen mit allen möglichen Sorten der Monarchie mit dem Kaiſertum, mit der Reſtauration? Iſt der Weg aber nicht unaufhaltſam an der Hand der äußerſten konſtitutionellen Linken in die republikaniſche Bahn geglitten? Und haben Sie irgend welche Vorausſicht, daß in nächſter Zeit eine Monarchie dort wieder möglich ſein werde? und halten Sie das Untergehen einer erblichen angeſtammten Monarchie für das franzöſiſche Land und das franzöſiſche Volk nicht für ein Unglück? Ich weiß nicht, ob Sie es thun, ich halte es dafür.

In anderen Ländern außer Frankreich haben wir allerdings das gleiche geſchichtliche Experiment, ich möchte ſagen die konſtante Praxis der Vorſehung, nicht in gleichem Maße ſich verwirklichen ſehen, weil nicht alle Länder ſo ſelbſtändig und unbeeinflußt ſich entwickeln, wie Frankreich. Nehmen Sie unſere beiden kleineren Nachbarſtaaten Belgien und Holland. Ja, wenn dieſe von der Größe Frankreichs wären, von gleicher Selbſtändigkeit in ihrer politiſchen Entwicklung, dann weiß ich nicht, ob ſie noch innerhalb des Stadiums der Monarchie ſich befinden würden. Nehmen Sie Italien: haben wir da nicht die Republik vorübergehend teilweiſe — ich weiß nicht, ob im Einverſtändnis der Geſamtheit — ſchon gehabt? Jedenfalls ſpukt ſie in vielen Köpfen und man iſt dort dem deutſchen Fortſchritt ſchon voraus. Können Sie irgend welche Garantie für die Zukunft übernehmen, namentlich wenn Gott die Dynaſtie, die auf wenigen Augen ſteht, nicht im Leben erhielte? Sind Sie gewiß, daß die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner für falſch erklärt, dann ſich dort nicht verwirklichen könnten? Das iſt unmöglich vorherzuſagen. Iſt der Weg, den Italien ſeit 20 Jahren gegen dieſes

Ziel hin zurückgelegt hat, nicht erkennbar, und ist nicht der Endpunkt — ich will nicht behaupten, daß es ihn erreicht — ist dieser Endpunkt nicht erkennbar? Ist dort nicht von Ministerium zu Ministerium der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten, so daß er, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gleiten kann? Haben Sie nicht in Spanien temporär die Republik gehabt, ja sogar verschiedener Arten von Republiken, die sich untereinander bekämpften? Haben Sie denn nicht in Deutschland, in Baden, sobald der Fortschritt sich selbst überlassen war, und solange der preußische Militarismus dem nicht einen Damm entgegensetzte, haben Sie nicht in Baden zur Zeit von Struve und Hecker dieselbe Bereitwilligkeit gesehen, die liberalste Monarchie über Bord zu werfen und die Republik zu proklamieren?

Also so ganz windig und unberechtigt sind die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner in seinem Ton der sichersten Überzeugung als frivol und unhaltbar hinstellte, doch nicht. Die Geschichte spricht für mich. Die Doktrinäre der Wissenschaft haben sich durch den Mund des Vorredners gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte. Und, meine Herren, über diese Dinge — ich kann Ihnen ja das nicht beweisen, ich bin auch nicht hier, um in die Beweisführung einzutreten, sondern um Zeugnis zu geben; ich lege Zeugnis für meine Meinung ab. Ich bin in einer Stellung, wo ich beobachten kann, ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik, wie Sie mir zugestanden haben, zwanzig Jahre lang den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegenführen kann. Also mit dem Gewichte meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß meiner Überzeugung nach die Politik der Fortschrittspartei uns der Republik langsam näher führt, — nicht die jetzigen Herren, ich bin weit entfernt, die Herren dessen zu beschuldigen, ich glaube, sie bleiben der Monarchie treu, aber die Stellung, die Sie sich für die Minister denken, ist nicht die Art Stellung, die die Monarchie von ihren Ministern verlangt und verlangen muß, wenn sie bestehen will. Darum zweifle ich ihren aufrichtigen Willen, die konstitutionelle Monarchie in ihren äußersten liberalen Grenzen zu verwirklichen, noch in keiner Weise an, ich glaube nur, Sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, Sie drücken die Augen denselben gegenüber zu, Sie werden nicht imstande sein, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da an-

gekommen iſt, wohin Sie ſie geleitet haben, der Weg wird abſchüſſig und Sie ſind nicht imſtande, der gewaltigen Laſt von 45 Millionen auf Kommando Halt zu gebieten, das können Sie nicht, es wird Sie überwältigen und fortreißen. Es wird, wie ich hoffe, ſo nicht kommen, es könnte aber ſein; ich ſpreche nur das Ergebnis meiner politiſchen Erfahrung und Beobachtung aus, dazu bin ich berechtigt, es kann ein irrtümliches ſein, aber es iſt meine Überzeugung.

Dann hat der Herr Vorredner auch wieder Worte der Kritik meiner Perſönlichkeit und meiner Beſtrebungen geſprochen — es iſt alſo, wenn ich nicht irre, die Rede Numero 4, die ich in meine Sammlung aufnehmen kann —, indem er mich anklagte, daß ich eine Diktatur anſtrebte oder übte. Ich habe geſtern ſchon geſagt, für Sie, meine Herren, iſt Nichtherrſchen immer ſchon Unterdrückung durch eine Diktatur, und wenn ich mich darauf beſchränke, Vorlagen zu machen, die Ihnen nicht gefallen, heißt es Diktatur. Wenn ich von meiner Zunge denſelben Gebrauch mache wie Sie, und meine Meinung auch verteidige, welche der Ihrigen widerſpricht, ſo heißt es Diktator. Das heißt doch mit anderen Worten: wer nicht will, was wir wollen, iſt ein Diktator, der alle freie Überzeugung unterdrückt, denn wir allein beſitzen das Monopol der freien Überzeugung, und unſere Überzeugung nicht anerkennen, ſich unſerer Herrſchaft nicht unterwerfen, das iſt: Diktatur. Ja, womit ſoll ich mich denn beſchäftigen, wenn ich Ihnen keine Vorlagen mache? Müſſen die immer gerade ſo beſchaffen ſein, wie es Ihnen gefällt? Ich habe neulich noch im kleineren Kreiſe eine Reminiszenz aus meinem Leben erzählt, daß ein witziger alter Herr, der Baron Rotſchild in Paris, von einem Geſchäftsfreunde gefragt wurde: Herr Baron, was denken Sie über amerikaniſche Häute? Rothſchild drehte ſich um und ſagte über die Schulter: Herr Meyer, was iſt meine Meinung über amerikaniſche Häute? Soll ich nun vielleicht auch, wenn ich Steuervorlagen mache, fragen: Herr Bamberger, was iſt meine Anſicht über Zölle? Das können Sie nicht von mir verlangen, ich kann nur meiner Meinung Ausdruck geben, und wenn Sie einen Kanzler brauchen, der gar keine hat —, ja, meine Herren, Sie können ja die Entwicklung der Geſchäfte zur vollſtändigen Stagnation bringen, Sie brauchen nur zu allem Nein zu ſagen; gut, dann wird die Regierung ſich auf die Vorlage des Budgets beſchränken können, und wenn wir das Budget vereinbart haben, werden wir nicht weiter zuſammen kommen und

laſſen dem Reichstag Ruhe bis zum Februar 1883. Dann wird eben Ruhe, Sie werden gar keinen Streit haben, Sie werden nicht den Verdruß haben, daß ich vor Ihnen hier abweichende Meinungen entwickle, es wird eben eine Stagnation in den Reichsgeſchäften eintreten. Ob das für die Entwicklung des Reichs nützlich iſt, das überlaſſe ich Ihnen, — meiner Geſundheit wird es jedenfalls nützlich ſein.

Der Herr Vorredner hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich nicht die Parteien zu nützen wüßte, zum Heil des ganzen, ich glaube, er ſagte, die großen Strömungen in der öffentlichen Meinung oder in den Fraktionen nicht zu pflegen wüßte, in der Nation die großen Strömungen. Ja, meine Herren ich ſehe von dieſen großen Strömungen nichts, ich ſehe nur eine Maſſe von kleineren, eine große kann ich nur eine ſolche nennen, die das Maß einer Majorität überſchreitet; ich ſehe, glaube ich, 8 oder 10 große und kleinere Fraktionen: Sie haben da die Konſervativen, die Freikonſervativen, Sie haben das Zentrum, Sie haben die Nationalliberalen, Sie haben die Partei, die der Herr Abg. Windthorſt nicht liberal nennen wollte, Sie haben den Fortſchritt, dies ſind ſechs, Sie haben dann eine recht beträchtliche Zugabe noch, die bei dieſen ſchwankenden Majoritäten die Zunge der Wage in der Hand halten; da ſind die Polen, das ſind ſieben; da ſind die Elſäſſer — das ſind acht. Wir haben das aufgehende Geſtirn der Volkspartei noch nicht erwähnt — die könnte man ſehr wohl als die neunte anſehen —, und die Sozialdemokratie, die recht ſtark iſt und jeder einzelnen liberalen Fraktion die Wage hält, das wäre die zehnte. — Wie ſoll ich denn nun dieſe großen Strömungen pflegen? Ja, der Anſpruch ſteht mir wohl gegenüber, und ich bin ja nicht kurzſichtig genug, um den nicht zu erkennen. Die ſtärkeren Fraktionen ſtellen an mich den Anſpruch, ich ſoll ihnen nicht nur meine Perſon, ſondern das kaiſerliche Gewicht zur Verfügung ſtellen für ihre Fraktionszwecke, dann würden ſie wohl aufkommen können und mit mir zuſammen wirtſchaften. Ja, wenn das meine Überzeugung wäre, wenn meine Überzeugung mit einer dieſer Fraktionen vollſtändig übereinſtimmte, ſo würde ich mich gern der Fraktion anſchließen und würde aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, vorausgeſetzt, daß ich vorausſähe, mit dieſer Fraktion kann ich mein Jahrhundert in die Schranken fordern, und die iſt ſtark genug, um das Deutſche Reich mit ihrer Hilfe zu feſtigen, auszubilden, zu regieren. Wo iſt denn aber die Fraktion,

an deren Spitze, oder, wie Sie sagen würden, in deren Gefolge ich dies leisten könnte? Zeigen Sie mir die, und dann will ich sie als große Strömung behandeln, ich würde sie studieren und mit ihr in Beziehung treten. Jetzt ist mir aber die schwierige Aufgabe zu teil geworden, zwischen allen Parteien, die sich gegenseitig, ohne Sieg bekämpfen bis aufs Blut, zu balanzieren und zu lavieren, und die Regierung in solcher Lage, ohne besondere Krisen, so lange zu führen, wie ich sie geführt habe, das ist eine Leistung, der Sie Anerkennung zollen sollten. Ich habe schon vor recht langer Zeit, im Jahre 1847, auf dem vereinigten Landtage einmal meine Überzeugung ausgesprochen, daß das englische System der Majoritätsregierung ein ganz zweckmäßiges sei, so lange es nur Whigs und Tories, so lange es nur zwei Fraktionen in der Hauptsache gegeben habe, die untereinander abzählen, wer die Majorität hat, und, sobald abgezählt ist, heißt es „Ablösung vor", und das Ministerium geht ab und das andere tritt vor. Das spielt sich leicht ab und ist, was die Franzosen nennen: „le jeu de nos institutions". Ich habe schon gesagt im Jahre 1847, warten wir ab, bis wir verschiedene Parteien in England haben. Schon wenn Sie drei Parteien haben, ist das Rezept nicht mehr durchführbar, wenn Sie aber fünf haben, wie sie eine Zeit lang bestanden haben, so wird es ganz unmöglich; ich sagte damals, dann sind nur Koalitionsministerien möglich, solchen sind dann weite Gebiete der Politik, die der Regelung bedürfen, zu betreten verboten, weil auf ihnen die Koalition sich löst. Solche Koalitionsregierungen sind also notwendig schwache, bei uns aber liegt eine Notwendigkeit dafür nicht vor, weil es ganz unmöglich ist, eine Majorität zu bilden, auch die Koalition würde dazu nicht führen. Sie glauben vielleicht durch Neuwahlen, wenn also ein liberales Ministerium jetzt ans Ruder käme und auflöste und mit dem ganzen Hochdruck des Einflusses der Wahltechnik, deren Geheimnis die Herren besitzen, nun auf die Wahlen wirkte, daß sie dann eine volle und große liberale Majorität haben würden. Es ist ja möglich. Sie haben den Beweis aber noch nicht geliefert, und ich glaube, Sie überschätzen den Regierungseinfluß. Die Herren sind darin im Irrtum: wenn einige aus Ihrer Mitte Minister würden, so würden sie zunächst den Widerstand derjenigen ihrer eigenen Fraktion, die nicht Minister geworden sind, zu bekämpfen haben. Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß Sie die Majorität, wenn Sie dieselbe überhaupt erreichen, was ich nicht glaube — die Maschine ist dazu nicht stark genug —,

wenn Sie eine volle Majorität erreichten, so würden Sie dieſelbe doch nur ſo lange beſitzen, wie Sie in der Oppoſition ſind. Sie würden mit derſelben das Miniſterium, ſo lange es ſich dazu hergiebt, bedrücken und beeinfluſſen können, das iſt ja wohl möglich. Aber ſobald Sie Miniſter werden, würden diejenigen von Ihnen, die Miniſter geworden ſind, ſofort mit der nota levis oder mehr behaftet werden, die nach dem Begriffe eines deutſchen Liberalen jedem Miniſter anklebt. Ihre bisherigen Genoſſen würden es für Schmach halten, eine miniſterielle Partei zu ſein; ſie würden von der Unmöglichkeit, die eigene Überzeugung aufzugeben, reden, von Byzantinismus, Adulation, was iſt da alles zu hören geweſen, das würde ſofort in der eigenen Partei ihren alten Führern der Bruder dem Bruder vorwerfen.

Die Meinung, daß ein Parteiführer glaubt, er könne ſeine Fraktion als Miniſter mit in die Regierung nehmen und ſie werde ihn auch da unterſtützen, iſt eine ganz irrtümliche, und wer das glaubt, der kennt die Deutſchen nicht, mag er 80 Jahre alt ſein. Ich habe darüber meine Erfahrung, da ich mit allen Fraktionen über das Thema in Kampf geweſen bin. Wenn ich mit 10 Fraktionen und in den ſchwierigſten Verhältniſſen, häufig mit Sturm und Wind ſo lange zu kämpfen gehabt habe, und wenn ich da die Regierung zwiſchen zehn Fraktionen im Kampf habe führen können, ohne daß es zu weiteren Zwiſtigkeiten, als zum Auswechſeln böſer Worte gekommen iſt, ja, meine Herren, das hat man mir wenig gedankt. Es war das eine angreifende Arbeit. Dieſe hätte ich aber nicht leiſten können, wenn ich mich einer Fraktion ſo zu Dienſten hätte geben wollen, wie es ab und zu von der einen wie von der anderen beanſprucht worden iſt. Denn der Anſchluß an die eine Fraktion involviert den Bruch mit der andern, und die Schmach, miniſteriell zu ſein, wird jedem vorgeworfen, der mit dem Miniſter ſtimmt, dieſes Vorurteil findet ja auch an meinen beſten und nächſten Freunden in der konſervativen Partei, der mein eigner Bruder angehört und meine nächſten Verwandten angehören, vollen Anklang. Sie ſagen mir, glaube doch nicht, daß wir miniſteriell ſeien, eine ſolch demütigende Meinung von uns muß man nicht haben, wir ſind unabhängige Leute, die eine eigene Meinung haben. Wo es für eine Schande gilt, miniſteriell zu ſein, da iſt eine konſtitutionelle Regierung eine vollſtändige Unmöglichkeit. Ich habe oft Engländer geſprochen, die dem Parlamente angehörten, und die mir ſagten in bezug auf irgend eine beſtimmte Maß-

regel, ich halte dieſe Maßregel für thöricht, für gefährlich und für unglücklich, aber der Miniſter, der die Partei führt, der Führer der Partei hat es gewollt, er muß die Verantwortung dafür übernehmen, ich glaube, er begeht eine Thorheit. Ja, meine Herren, zu dieſer Entſagung werden Sie den deutſchen Partikularismus, der ſich in dynaſtiſche Länder, in Reichsdörfer, wie in Reichsſtädte, in Häuſer, in Farben, in Fraktionen verkörpert oder Dorf gegen Dorf abſchachtelt und jeder in ſeiner ſtolzen Unabhängigkeit von allem die Meinung ſich nach ſeinem Kopf bildet, dazu werden Sie es bei uns nie bringen, und deshalb glaube ich, daß wir nicht zu der Regierungsform, die Hrn. Abg. Hänel vorſchwebt, befähigt ſind.

Ich habe in allen dieſen Kämpfen nur eine einzige Magnetnadel gehabt, die mich leitete. Das war das: was ich in jedem Falle für das Reichsintereſſe erkannte, das habe ich vertreten, mochte die Fraktion, die ich dabei bekämpfen mußte, mir nahe ſtehen oder nicht; eine andere Aufgabe kann ich mir auch künftig nicht ſtellen. Daß ich dabei meine Poſition habe wechſeln müſſen, war natürlich; das lag aber nicht an einem Wechſel meiner Überzeugung, ſondern an der Notwendigkeit, zu thun, was unter ſo oder ſo veränderten Umſtänden für das Reich zu thun war. Die Verſatilität lag auf der Seite der Fraktionen, nicht bei mir; ſie ſind allmählich weiter nach links geglitten, ſo daß ſie mit dem, womit ſie im Jahre 1866 noch zufrieden waren, heute nicht mehr zufrieden ſind, ſie verlangen heute mehr. Seitdem haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Sie haben jede einzeln den Punkt, bis zu dem ich mit ihnen gehen konnte, überſchritten, und jetzt ſuche ich zu hemmen und zu halten. Es liegt alſo die Verſatilität nicht an mir, ſondern an den Fraktionen. Denken Sie zurück, was war früher Liberalismus? Zu den Zeiten, wo wir alle ſchon im Parlamente waren, da waren Fraktionen wie Camphauſen und Beſeler, die ſogenannten Altliberalen, ſchon der ſchärfſte Ausdruck der Oppoſition, vor deren Blick jeder Miniſter, der zu den Höflingen der Majorität gehörte, den ſeinigen niederſchlug. Wo iſt die Herrlichkeit geblieben? Jetzt gelten die Altliberalen für Reaktionäre, für einen überwundenen Standpunkt der großen liberalen Partei gegenüber, und ſo werden hinter dieſer immer wieder neue Größen auftauchen, die das, was Sie, meine Herren, ſchließlich als Äußerſtes erreicht haben, als Ausgangspunkt für neue Forderungen und Beſtrebungen betrachten. Da können Sie nicht ändern, und

deshalb ſeien Sie doch mit dem Vorwurf, daß ich veränderlich in meiner Überzeugung wäre, etwas ſparſamer. Es kommt mir das gerade ſo vor, als wenn man meinem verehrten Freunde, dem Grafen von Moltke, hier vorwerfen wollte: warum haben Sie nicht in der Schlacht von Sedan dasſelbe Manöver, wie in der Schlacht von Mars la Tours ausgeführt? Das iſt auch eine Inkonſequenz, die man von einem ſo einſichtigen Strategiker nicht erwartete. Er wird ſagen: der Fall lag eben anders, der Feind ſtand anders, er ſchoß mit anderem Material. So iſt es auch bei mir. Verlangen Sie von mir keine Konſequenzmacherei, ſondern ich führe die Regierung nach meiner Überzeugung, die immer auf ſeiten des Reichs und nie auf der Seite einer Fraktion ſtehen wird.

Über die Stellung Preußens zum Vatikan; der Kulturkampf und der Frieden.

Rede gehalten am 30. November 1881.

In dem Budget, über das wir diskutieren, befindet ſich eine Poſition, welche zu einer Interpellation über Beziehungen des Reiches zum Papſt Anlaß geben könnte, nicht. Ich kann jedoch deſſenungeachtet die Anfrage des Herrn Vorredners dahin beantworten, daß Verhandlungen des Deutſchen Reiches mit dem römiſchen Stuhl überhaupt nicht ſtattfinden. Ich kann ſeine Anſicht nicht teilen, daß es dem Lande oder dem Reiche nützlich wäre, die Beziehungen, in denen beiſpielsweiſe das Königreich Preußen, auch andere Bundesſtaaten zu Rom ſtehen, hier zum Gegenſtand der Diskuſſion zu machen. Die konfeſſionellen Fragen gehören nicht zu den unter Art. 4 der Reichsverfaſſung aufgeführten, und ich halte es für nützlich, den Streit darüber auf diejenigen Grenzen zu beſchränken, in die er möglicherweiſe eingegrenzt werden kann. Die Beziehungen, die dem Herrn Vorredner vorſchweben, ſind wohl nicht die des Reiches, ſondern die Preußens, und ich wäre gern bereit, näher auf die Frage einzugehen, wenn er mir im preußiſchen Landtage eine ähnliche Anfrage vorlegte, dann würde ich über die Abſichten der preußiſchen Regierung dort Auskunft geben. Der König von Preußen ſowohl, wie andere Mitglieder des Reiches — ich meine wie

andere Bundesstaaten — haben ein wesentliches Interesse oder fühlen die Pflicht, können sie fühlen, und der König von Preußen fühlt sie jedenfalls, die Interessen ihrer katholischen Unterthanen in Rom auch vom Standpunkte der weltlichen Gewalt wahrzunehmen, und deshalb ist die Absicht, demnächst in das preußische Budget eine Position einzufügen, die den Zweck hat, direkte Beziehungen und Verhandlungen über die vielen Personal- und anderen Fragen, die vorkommen, über viele Lokalfragen, auch über wichtigere und prinzipiellere Fragen, wieder direkt möglich zu machen. Die Aufhebung derjenigen Gesandtschaft, die von Preußen auf den Norddeutschen Bund und dann noch auf das Deutsche Reich übergegangen war, die früher in Rom bestand, hat an und für sich prinzipielle Gründe, die mit dem, was man Kulturkampf in Preußen nennt, in einem logischen Zusammenhange ständen, nicht. Sie werden sich aus den Verhandlungen erinnern, daß wir damals empfindlich berührt wurden durch die Tonart der Sprache, die von Rom aus in bezug auf die preußische Regierung, respektive den Kaiser, der ja gleichzeitig König von Preußen ist, geführt wurde, und daß das der Grund war, warum wir zuerst die Verhandlungen abbrachen und demnächst die Gesandtschaft nicht wieder in Ansatz brachten. Dieses Motiv der Verstimmung unsererseits ist seitdem weggefallen. Wir stehen in den höflichsten und freundlichsten Beziehungen mit dem jetzigen Inhaber des römischen Stuhles, und es liegt kein Grund mehr vor, die Interessen der katholischen Unterthanen der einzelnen Staaten nicht wahrzunehmen. Wenn diese Aufgabe nach meiner Auffassung zunächst durch den preußischen Staat mehr, als durch das Deutsche Reich zu erfüllen ist, so leitet mich dabei kein prinzipielles Bedenken, sondern nur die Logik der geschäftlichen Lage. Das Reich hat die konfessionellen Fragen und den Schutz der Eingesessenen der einzelnen Länder, die Vertretung und Befürwortung ihrer Interessen in Rom, die ja von evangelischen und katholischen Staaten seit Jahrhunderten immer stattgefunden hat, in einer eingestandenen oder offiziösen Form — das Reich hat sie unter seinen Attributionen in der Verfassung nicht aufgezählt. Es würde das an sich kein Hindernis sein, da auch andere Landesinteressen, die mehreren Bundesstaaten gemeinsam sind, wie diese, unter Umständen durch Beamte des Reichs wahrgenommen werden, und das Interesse, mit dem höchsten Priester der katholischen Kirche, welcher ein so wesentlicher Teil der deutschen Unterthanen angehört, direkt zu verhandeln, ist geschäftlich

nicht nur in Preußen vorhanden, es ist in allen deutschen Staaten vorhanden, welche katholische Unterthanen haben. Von Bayern wird es durch einen eigenen bayerischen ständigen Gesandten wahrgenommen, und logisch zunächst lag mir die Sache in der Form nahe, daß der König von Preußen die Interessen seiner Unterthanen selbst wahrzunehmen habe. Das würde nicht hindern, wenn beispielsweise, was bisher nicht der Fall gewesen ist, in Sachsen, in Württemberg, in Baden, in Hessen die gleiche Auffassung der Dinge bestände, daß dieselbe Vertretung auch von seiten des Reiches stattfinden könnte, nicht als eine Vertretung bei einer auswärtigen Macht, sondern als eine Vertretung bei dem Haupte einer Kirche. Ich habe mir dabei die Frage vorgelegt: kann ich die katholische Kirche in Deutschland als eine ausländische Institution betrachten, die dem rein diplomatischen Verkehr unterworfen ist? Ich habe geglaubt, diese Frage verneinen zu sollen. Ich rechne die Bekenner der katholischen Kirche zu unseren gleichgestellten Landsleuten und die Institution der katholischen Kirche in Deutschland mitsamt der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört, für eine einheimische Institution der deutschen Bundesstaaten, respektive des Deutschen Reiches, und insofern komme ich infolge der Logik der Thatsachen, nicht durch ein Prinzip, immer nur dahin, daß ich die Einzelvertretung zunächst indiziert halte, daß ich aber die Gesamtvertretung derjenigen Bundesstaaten, die hierin ein gleiches Interesse haben, durch das Reich nicht ausgeschlossen finde. Die schwebenden Verhandlungen haben bisher keine Tragweite, die selbst den Herrn Vorredner beunruhigen könnte. Wir wünschen, daß nicht bloß im Reiche, welches keinen Kulturkampf hat, sondern auch in den einzelnen Bundesstaaten wir dem Frieden näher und näher kommen und so nahe kommen, wie es irgend mit der traditionellen und seit Jahrhunderten den Gegenstand des Kampfes bildenden staatlichen Unabhängigkeit, auf die der Staat bestehen muß, verträglich ist. Diese Quadratur des Zirkels wird sich in Vollkommenheit niemals lösen lassen und hat sich nie lösen lassen, aber wir hoffen, daß ein für beide Teile annehmbarer modus vivendi durch eine direkte Vertretung bei Rom möglich und nützlich ist. Wir haben bisher diese Vertretung im Sinne und im Namen des Einzelstaates Preußen ins Auge gefaßt, wir könnten aber von dort, wenn es der Wunsch der übrigen Regierungen notabene ist, die darüber doch zuerst zu befinden haben, wie sie ihre Interessen vertreten zu

ſehen wünſchen, — wir könnten aus dieſer Situation, wie wir ſie erſtreben, in jedem Jahre und an jedem Tage leicht in die der Reichsvertretung übergehen.

Über den materiellen Stand der Verhandlungen mit dem römiſchen Stuhle hier Ausdruck zu geben, beabſichtige ich nicht, ich teile, wie geſagt, die Anſicht des Herrn Vorredners nicht, daß es dem Reiche oder dem Lande nützlich wäre, wenn ich es thäte.

Dann:

Derr Herr Vorredner hat ja vollſtändig Recht, wenn er ſagt, daß dieſer Kampf, den er ſelbſt Kulturkampf genannt hat, ſeine weſentlich politiſche Seite hat. Die römiſche Kirche iſt von jeher nicht bloß eine geiſtliche und kirchliche, ſondern auch eine politiſche Macht geweſen, und der Herr Vorredner hat uns darüber nichts neues geſagt, die wir unſere deutſche Geſchichte tauſend Jahre rückwärts kennen. Das Papſttum iſt, wie jede Kirche gelegentlich, eine ſehr ſtarke politiſche Macht geweſen. Rein konfeſſionelle Kämpfe würde ich überhaupt nicht führen; wenn der politiſche Beiſatz, die Machtfrage nicht wäre, eine Machtfrage, die auch in der vorchriſtlichen Zeit ſich zwiſchen Königen und Prieſtern kenntlich gemacht hat, — wenn die nicht da wäre, würde ich ja mit einer ſolchen Entſchiedenheit in dieſen Kampf nicht eingetreten ſein, da ich konfeſſionelle Stellungen nicht bekämpfe.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen und hat auch darin wieder den üblichen Mangel an Konſequenz bei mir entdeckt, daß ich dieſen Kampf nicht fortgeſetzt hätte, daß ich ihn eine Zeit hindurch mit Lebhaftigkeit betrieben und nachher fallen gelaſſen hätte. Nun jeder Kampf hat ſeine Höhe und ſeine Hitze, aber kein Kampf im Innern zwiſchen Parteien und der Regierung, kein Konflikt, kann von mir als eine dauernde und nützliche Inſtitution behandelt werden. Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zweck, den Frieden zu erlangen; dieſe Kämpfe können ſehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab — aber mein Endziel iſt dabei immer doch der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit dieſem Frieden mit mehr Wahrſcheinlichkeit näher zu kommen, als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, ſo iſt es ja an ſich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerkſamkeit zuzuwenden und nicht weiter zu fechten, bloß um zu fechten, gleich einem politiſchen Raufbold, ſondern ich fechte, um den Frieden zu er-

langen. Kann ich ihn haben, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, erlangen durch einen annehmbaren modus vivendi, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich diesen Frieden nicht acceptieren wollte. Aber selbst wenn ich händelsüchtiger wäre und den Kampf fortsetzen wollte, so würde ich das haben aufgeben müssen, nachdem die Bundesgenossen, mit denen ich in Gemeinschaft damals gefochten habe, mich verlassen haben, oder für ihre weitere Unterstützung Preise gefordert haben, die ich im Rückblick auf das Reich und das Land Preußen nicht gewähren konnte. Es berührt das ja dieselben Fragen, über die wir gestern reichlich diskutiert haben. Wenn ich zuletzt durch die Bewegungen und Verschiebungen, welche innerhalb der liberalen Parteien vorgehen, die mir damals beistanden, jetzt aber nicht mehr, in die Alternative gestellt werde, zwischen einer Annäherung an das Zentrum und einer Annäherung an den Fortschritt zu optieren, so wähle ich aus staatsmännischen Gründen das Zentrum. Das Zentrum kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich, wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann, — wenigstens in den deutschen Provinzen nicht, in Polen ist es anders. Da wähle ich als Politiker, der zu einem Urteile, zu einer Meinung ververpflichtet ist, notwendig das kleinere Übel, wenn es eins ist — ich will damit keine unhöfliche Bezeichnung verbinden — was mir das kleinere erscheint. Ich will sagen, ich wähle die Seite, durch welche meiner Ansicht nach das Staatsschiff weniger periklitiert, sondern nur in seiner Steuerung einigermaßen geniert und gehemmt wird, ohne geradezu Gefahr zu laufen. — Sie sehen, ich lege auch hierin meine Ansicht offen dar, und ich bitte, Sie an das gestrige Bild erinnern zu dürfen, daß, wenn ich im Kampf gegen die Parteien und gegen die ununterbrochen sich drehenden Strömungen und Wirbel der Parteien am Steuerruder des Staates stehe, ich nicht alle Jahre, alle Tage und in jedem wechselnden Moment wie ein theoretischer Narr dasselbe thun kann, was ich vor fünfzehn Jahren etwa gethan habe, während eine vollständig veränderte Situation da ist, und wenn der Kampf, den ich pflichtmäßig vielleicht, ich weiß nicht wieviel Jahre und, ich gestehe gern ein, mit der mir eigenen Lebhaftigkeit geführt habe, jetzt meines Erachtens nicht mehr am Platze, nicht mehr notwendig ist. Ich ordne diese meine Lebhaftigkeit, wie ich glaube, immer, vielleicht nach meinem gestern getadelten

Temperament nicht ſchnell genug, doch dem mich beherrſchenden Geſetz der salus publica bereitwillig unter.

Über die Stellung zum Kulturkampf, insbeſondere zur Zivilehe.

Rede gehalten am 30. November 1881.

Ich will nur eine faktiſche Angabe meines verehrten Freundes, der ſoeben die Tribüne verläßt, richtig ſtellen.

Die Zivilehe, ſagte er, ſei mir durch eine Fraktion aufgedrängt worden. So hängt es faktiſch nicht zuſammen, und der Herr Vorredner würde den richtigen Zuſammenhang erfahren haben, wenn nicht eben damals — wie er ſchon darauf anſpielte — die diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen uns abgebrochen geweſen wären. Ich bin nicht durch eine Fraktion, ſondern durch meine damaligen Kollegen im preußiſchen Miniſterium zu dieſen Konzeſſionen bewogen worden, — die mir erklärten, ſie würden zurücktreten, wenn ich die Unterzeichnung verweigerte. Da ich in Varzin krank lag, zum teil krank an Gemütsbewegung über den damaligen Konflikt, den ich mit der konſervativen Partei hatte, und nicht imſtande war, Sr. Majeſtät dem König von dort aus ein anderes Miniſterium zu bilden, ſo mußte ich ſagen: in dieſem Augenblicke halte ich das Übel eines Miniſterwechſels für ein größeres, und habe ſo, nachgebend, meine von Berlin aus wiederholt urgierte Zuſtimmung erteilt.

Über das Zentrum und die Fortſchrittspartei in ihrer Haltung gegen die Regierung.

Rede gehalten am 30. November 1881.

Ich muß mich von neuem gegen den ungerechten Vorwurf eines willkürlichen oder ſchnellen Wechſels meiner Überzeugungen verwahren, der in keiner Rede von jener Seite geſtern und heute

mir erſpart geblieben iſt, und den ich in keiner Rede vorübergehen laſſen werde, ohne ihn zu berichtigen. Der Herr Vorredner hat geſagt, meine Stellung zu den Parteien ſei von mir weſentlich verändert worden. Er hat das mit bezug auf meine Äußerung geſagt, daß ich von den Bundesgenoſſen, die ich gehabt hätte, verlaſſen worden ſei. Zu dieſen Bundesgenoſſen habe ich nun die Fortſchrittspartei niemals zählen können. Der Herr Vorredner wird nicht von mir behaupten können, daß in meinem ganzen politiſchen Leben ein Moment exiſtierte, wo ich mich in irgend einer Intimität mit der Fortſchrittspartei befunden hätte, die ich hätte aufgeben können. In allen meinen Beſtrebungen, und zum teil erfolgreichen, im preußiſchen Landtag und im Deutſchen Reichstag, habe ich immer und unwandelbar die Fortſchrittspartei zu Gegner gehabt. Sie hat immer verſucht, das zu verhindern, was ich erſtrebt habe; ich habe ſie immer auf der gegneriſchen Seite gefunden. Ich kann mich alſo in der Beziehung nicht geändert haben; Sie haben mich die Farbe der Unterſtützung, die ich aufgegeben haben ſoll, nie kennen lernen laſſen. Der Herr Vorredner hat alſo Unrecht, zu ſagen, ich hätte erklärt oder es läge überhaupt vor, daß ich, zwiſchen der Unterſtützung der Fortſchrittspartei und der Unterſtützung des Zentrums wählen ſollend, die des Zentrums vorzöge. Ich darf garnicht ſehr wähleriſch ſein in den Unterſtützungen, ich bin verpflichtet, wenn ich das Wohl des Reiches erſtrebe oder zu erſtreben glaube, die Unterſtützungen anzunehmen, die mir gewährt werden. Ich ſage nur, wenn ich mich in einem gewiſſen Maße zu einer Heerfolge mit einer Fraktion engagieren ſoll, daß ich dann die Wege des Zentums für weniger reichsgefährlich halte, als die der Fortſchrittspartei, weniger gefährlich für unſere monarchiſche Ordnung. Die Unterſtützung des Zentrums habe ich ſelten gehabt, aber doch in einer ſehr wichtigen Frage, in der Zollfrage, und von da ab wurde die Änderung in der Haltung der liberalen Fraktionen zu mir definitiver, die im Frühjahr 1878 begann, wo man mich für die Unfolgſamkeit ſtrafte und mir Sukkurs entzog, mich politiſch auszuhungern bemüht war, um mich folgſam zu machen. Das wurde dadurch beſiegelt, daß im Jahre 1879 mit den Liberalen über dieſe Zollſache nicht zu verhandeln war, ohne, wie ich vorher ſagte, einen Preis dafür zu zahlen, den ich nicht geben wollte, während das Zentrum aus bloß ſachlichem Grunde ſeine Unterſtützung anbot, ohne andere Bedingungen, als formelle zu ſtellen.

Ja, meine Herren, man gewinnt auf eine Regierung nicht Einfluß dadurch, daß man sie bekämpft, reizt, beschimpft, sondern man gewinnt Einfluß dadurch, daß man sie unterstützt. Diejenigen Regierungen, die für den Druck, für Grobheit, möchte ich sagen, empfänglicher sind, als für Unterstützungen, taugen überhaupt nicht viel. Das sind, wie ich sie gestern nannte, die Höflinge der Majorität, die Registratoren der Majorität. Solche Leute können Sie in untergeordneten Schichten finden, die bloß fragen: wie fällt die Majorität aus, der werden wir gehorsam sein ohne Kopfzerbrechen; es wird abgezählt: 150 gegen 140 — was nun dem Staate nützlich ist, darüber bildet man sich kein Urteil, das hängt allein von der Majoritätsfrage ab. Es wird abgezählt, das ist so ungemein bequem, dazu brauchen Sie keine Männer von Fähigkeit, von Diensteifer oder von derjenigen Sachkenntnis, die auch an mir von Ihnen so sehr vermißt wird, dazu brauchen Sie mich nicht, dazu brauchen Sie einfache Protokollführer der Majorität, denn der Byzantinismus ist in unseren Zeiten nie so weit getrieben worden, als in der Anbetung der Majoritäten, und die Leute, die der Majorität unter Umständen fest ins Auge sehen und ihr nicht weichen, wenn sie glauben im Rechte zu sein, die finden Sie nicht sehr häufig, aber es ist immerhin nützlich, wenn der Staat einige davon im Vorrat hat. Wenn ich vorher von der Unterstützung gesprochen habe, die ich früher hatte, und die ich verloren habe, so habe ich damit garnicht die Fortschrittspartei gemeint, sondern die nationalliberale Partei. Allmälig ist in ihr der linke Flügel der stärkere geworden, vielleicht ist er auch der beredtsamere, und die Beredtsamkeit hat ja ein viel größeres Gewicht, als sie eigentlich in politischen Dingen verdient; denn es ist nicht immer geschrieben, daß der beste Redner auch der beste politische Urteiler wäre. Ich habe das schon im vorigen Jahre zu sagen Gelegenheit gehabt, und ein Ministerium, zusammengesetzt aus lauter Leuten, die auch nur soviel sprechen, wie ich, würde schon dadurch unbrauchbar sein. Ich fühle, daß ich darin sündige; ich verlasse keine Sitzung ohne eine gewisse Beschämung, daß ich eine erhebliche Zeit meiner und anderer mit Reden, die die Sache selbst weiter nicht fördern, verbracht habe. Aber, meine Herren, Sie können von einem Minister doch nicht verlangen, daß ich hier dabei sitze — und hier bleiben muß, weil mein Etat zur Beratung steht — und nun ruhig mit anhöre, daß der Redner seine sachlichen Darlegungen mit einigen Hieben gegen den

Reichskanzler, ſeine Vergangenheit, das, was er geſagt, das, was von ihm zu erwarten iſt, verbindet, und ich ſoll mich ruhig ſchlagen laſſen! Das bin ich nicht gewohnt, ich ſchlage wieder, wenn ich geſchlagen werde. Dann heißt es in den Blättern, der Reichskanzler allein habe — darüber iſt alles einig — die Debatte von dem ſachlichen Gebiete auf das perſönliche geführt. Ich muß dagegen ſagen, dazu habe ich mich nicht vermietet, daß ich mich injurieren laſſe, ſondern ich wehre mich und antworte; aber dann ſuchen Sie die Urſache, warum die Sachlichkeit aufhört, in den Spitzen und Hieben, die gegen mich eingeflochten werden in den ſachlichſten Debatten. Leſen Sie doch den Urſprung unſerer dreitägigen Debatte hier nach! Wie bin ich denn hereingezogen? Immer durch die Spitzen, die gegen mich geſchleudert werden; ehe ich wußte, was die Tagesordnung war, habe ich ſchon ſolche Angriffe abzuwehren gehabt. Das werde ich immer thun. Sie können mich bis zu einem gewiſſen Grade ermüden und aufreiben, aber ſo lange meine Kräfte reichen, fechte ich, und ich bitte Sie doch auch, daß Sie nicht bloß die Leiſtungen der Abwehr und der Verteidigung zählen und öffentlich beſprechen, ſondern auch die Angriffe. Das iſt ja bei den Kämpfern unter erwachſenen Leuten zwar ſeltener als unter den anderen Teilen unſerer Familien der Fall, daß jeder ſich nur der Schläge erinnert, die er empfängt, aber nie derer, die er gegeben hat.

Rede für die im Reichshaushalts-Etat angeſetzte Summe von 85 000 Mark.

Gehalten am 1. Dezember 1881.

Ich möchte doch davor warnen, daß die Herren nicht hinter einfachen Beſtrebungen, die Geſchäfte zu erleichtern, ſtets politiſche Motive wittern. Der Gedanke, damit das parlamentariſche Gewicht zu ſchwächen, hat uns außerordentlich fern gelegen, als wir in Preußen die analoge Einrichtung ins Leben zu rufen ſuchten; wir haben einfach gefühlt, daß wir für unſere Vorlagen nicht überall die hinreichende ſachliche und vielſeitige Vorbereitung gehabt hatten. Es iſt uns das ja auch ſehr lebhaft hier

zu Gemüte geführt worden, daß unsere Vorlagen unvollkommen, unvollständig sind; man hat sie, wie die Lehrer eine Schularbeit kritisieren, hier von Hause aus so bezeichnet: die Arbeit sei schlecht, sie müsse neu gemacht werden. Nun, die Regierung glaubt ja nicht alles zu verstehen. Wenn man so lange, wie ich, in ihr thätig gewesen ist, so drängt sich einem notwendig mit der Zeit die Überzeugung auf, daß die Art, wie Gesetzentwürfe entstehen, eine mangelhafte ist, weil den Regierungsorganen und Ministerien bei der Überlastung mit Arbeiten, die aus der alljährlichen Konkurrenz der parlamentarischen und der administrativen Aufgaben entstehen, die Zeit zu genauer Selbstprüfung nicht übrig bleibt, — und außerdem, wenn sie die Zeit dazu hätten, so haben sie nicht immer alle Kenntnisse. Es hat das zur Folge, daß die Gesetzesvorlagen sehr häufig nichts anderes sind, als das Ergebnis der Überzeugung eines einzelnen vortragenden Rates, der gerade das Departement unter sich hat, es vorzugsweise pflegt, es wahrscheinlich auch versteht, aber doch einseitig, vom grünen Tisch aus auffaßt, weil er mit den Arbeiten des praktischen Lebens als Ministerialrat nicht die notwendigen Beziehungen hat. Viele von diesen Herren haben, wenn sie in diese Stellung kommen, irgend ein Lieblingsprojekt in ihrem Fache liegen, und ihr Chef verweigert ihnen, vielleicht mehrere Jahre hindurch, die Gefälligkeit, diesen Lieblings-Gesetzentwurf sich anzueignen und in die Öffentlichkeit zu lanzieren; schließlich wird er weich, und der Verfasser hat die Freude, sein Wort in die Öffentlichkeit gehen zu sehen. Er ist Spezialist, er hat das Werk mit Sachkunde, aber doch vom einseitigen und theoretischen Standpunkte ausgearbeitet; sein Chef ist nicht einmal Spezialist. Nun wird das Werk beispielsweise in das preußische Staatsministerium eingebracht. Ja, da ist im allgemeinen in Fachsachen doch bei den Ministern dasjenige kollegialische Vertrauen vorhanden, daß man glaubt, der Ressortkollege wird die Sache hinreichend sorgfältig geprüft haben; die anderen Herren — ich spreche rein aus Erfahrung — haben große Pakete von Unterschriften daneben, manche haben ja hunderte von Unterschriften täglich zu leisten, das eine Paket schwindet, das andere wächst auf der anderen Seite; während dessen ist in ununterbrochen gleichem Tone der Vortrag des beteiligten Ministerialrats hörbar; der Vorsitzende ist vermöge seiner Pflicht, die Debatte zu leiten, genötigt, zuzuhören, kann aber den 120 Paragraphen in ihren Einzelheiten nicht folgen. Im Ganzen wird

der Geſetzentwurf im Miniſterium angenommen im Vertrauen auf die Sachkunde und die ſorgfältige Prüfung des Reſſortminiſters, während dieſer wieder überzeugt iſt von der Sachkunde ſeines tüchtigen Rats, der ſich jahrelang damit beſchäftigt hat. Die Arbeit mag vielleicht vom Standpunkt des Einzelnen eine ganz gute ſein, aber ſie leidet an ihrer Einſeitigkeit. Wir glauben im Staatsminiſterium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urteils angeboren iſt; wir haben das Bedürfnis, uns zu informieren, und ich möchte doch glauben, die parlamentariſchen Verſammlungen ſollten dieſes Bedürfnis auch einigermaßen haben; ſie ſind ja natürlich von Hauſe aus, da ſie von der Nation gewählt werden, viel erleuchteter, als die Miniſter, die nur von dem Monarchen gewählt werden, aber auch Sie können unmöglich in der Kürze der Zeit, in dem Drange der Geſchäfte, in dem Überwuchern der anderweiten ſachlichen Geſchäfte, mitunter auch in den Friktionen und Kämpfen mehr politiſcher Art, wie ſie vorkommen, — es kann unmöglich jeder einzeln von den vier Hunderten in jede Sache ſo eindringen, daß ein kleiner Fingerzeig von wirklich ſachkundiger Seite nicht auch ihm erwünſcht ſein ſollte. Mir ſcheint dies ſo natürlich, daß ich in die Notwendigkeit gerate, politiſche Motive unterzuſchieben und an die Befürchtung zu glauben, als wenn durch die Konkurrenz Sachkundiger die parlamentariſche Autorität gefährdet wäre, als ob eine Rivalität eintreten könnte, während wir nur ein Hilfsorgan für alle Faktoren der Geſetzgebung damit anſtreben, was ihnen in gleichem Maße dienſtbar ſein ſoll. Sie könnten und ſollten unter Umſtänden beſchließen, die Sache pro informatione an eine ſolche Enquete durch Sachkundige zu verweiſen. Daß Sie dazu eine ſtändige Inſtitution haben, halte ich um deswillen für nützlich, weil nur diejenigen Erwählten oder Ausgeſuchten aus den wirtſchaftlichen Verhältniſſen, welche ſich eingearbeitet haben in ſolche Sachen, nur die, welche auch durch ihre Annahme des Mandats zu erkennen gegeben haben, daß ſie Zeit und Luſt dazu haben, — weil nur diejenigen überhaupt ſich damit ſo befaſſen, daß in der oft kurzen Zeit eine geſchäftlich hinreichend geformte Äußerung ohne viel Diskuſſion abgegeben wird. Sind das eine zeitlang hintereinander immer dieſelben Leute, ſo werden ſie eine gewiſſe Praxis in der Behandlnng dieſer Sachen und dadurch eine Abkürzung ihrer Diskuſſionen haben, die man vermiſſen wird, wenn man eine einmalige allgemeine Enquete veranlaßt, wo man

ſich beliebig ohne den mindeſten Fingerzeig jedesmal die Sachkundigen ausſuchen und einberufen ſoll, von denen man garnicht weiß, ob ſie bereit und geneigt ſind, dergleichen anzunehmen.

Es iſt der Regierungen Wunſch, der Ihnen heute wieder von uns entgegengebracht und der ſo dringend auf unſeren Miniſtern laſtet, daß er in jeder Seſſion Ihnen wieder entgegentreten wird. Daß Sie uns die Mittel verſagen, Ihnen ſorgfältig allſeitig geprüfte Vorlagen zu bringen, iſt in der That eine außerordentliche Härte und eine Hemmung der Staatsmaſchine und des einen Gliedes der Geſetzgebung, welches mit Ihnen zuſammen arbeiten ſoll. Sie ſollten uns helfen, uns aufzuklären, Sie ſollten mit Freuden das Bekenntnis der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwiſſend iſt und nicht in büreaukratiſcher Allmacht vom beſchränkten Unterthanenverſtand — wie dies früher geſchehen ſein ſoll — ſpricht, ſondern ſich an dieſen Unterthanenverſtand vertrauensvoll wendet. Dieſes Vertrauen fehlt Ihnen, meine Herren; darum liegt eine Verachtung des Volkes und des praktiſchen Lebens in Ihrer Weigerung. Sie ſollten uns doch dieſes Hilfsmittel nicht verſagen. Wenn Sie es uns verſagen, erwarte ich auch, daß Sie künftig die Kritik über unvollkommen ausgearbeitete Vorlagen aufgeben. Sie ſollten uns doch entgegenkommen und überhaupt die wirtſchaftlichen Ziele mit uns gemeinſam feſtzuſtellen ſuchen, und die Wege, die zu dieſen Zielen führen, mit uns gemeinſam erwägen, und uns helfen, dieſe Wege zu ebnen, und ſie mit uns wandeln. Thun Sie es nicht, ſo iſt das eine Erſchwerung, eine Hemmung des öffentlichen Dienſtes, über deren wirkliche, vor dem Volke offen zu rechtfertigende Gründe ich mir nicht klar werden kann, und deshalb wiederhole ich: wir können nicht anders, wir müſſen Ihnen mit dieſer Forderung wieder kommen, wir brauchen dieſe Inſtitution ganz notwendig. Wollen Sie uns das, was wir erbitten, wollen Sie uns die Mittel, die die Regierung zu ihrer Amtsführung bedarf, verſagen, um die Regierung gewiſſermaßen lahm zu legen, um ſie ohnmächtig, unwiſſend zu machen und ſie nachher deſto ſchärfer angreifen zu können, wenn ſie unvollkommene Werke vorlegt? — Ja, meine Herren, daß wir uns gegen ein ſolches Syſtem wehren durch jedesmalige Wiederholung der Vorlage, können Sie uns nicht verdenken. Sie könnten ſonſt ſagen, daß die einmalige Einbringung eine mutwillige Forderung von uns geweſen wäre, und das Bedürfnis erledigt ſei. Es iſt nicht erledigt, es iſt

ein offenbares Bedürfnis, auf deſſen Erfüllung und Abhilfe die Regierung ebenſo gut beſtehen muß, wie auf der Beſoldung der notwendigen Zahl von Beamten und auf ſonſt notwendigen ſachlichen Ausgaben. Wenn Sie uns die verſagen wollen, ja dann hört das Geſchäft auf.

Wir ſind in Preußen genötigt geweſen und haben dort unter großem Entgegenkommen der Beteiligten und unter Opfern, materiellen, und an die Zeit, die Möglichkeit gefunden, uns dieſe Belehrung zu verſchaffen. Für uns iſt dieſe Belehrung, der wir bedürftig ſind, eine erwünſchte und nützliche geweſen. Ich erlaube mir, Sie an ein altes Sprichwort zu erinnern; es iſt noch länger, ich will bloß den Schluß davon anführen, der da heißt: „Wer nicht weiß und weiß, daß er nicht weiß, der kommt immer noch ſehr viel weiter als der, der nicht weiß und nicht weiß, daß er nicht weiß.“ Zu den erſteren gehören wir. Wir wiſſen manches nicht und ſind uns deſſen bewußt, daß wir es nicht wiſſen, und erkundigen uns deshalb und ſuchen uns zu belehren. Zur zweiten Kategorie gehören alle diejenigen, die glauben, alles zu wiſſen und jede Belehrung ſich verſagen, wenn ſie von Bauern oder von ſachkundigen Arbeitern kommen kann. Wir haben in Preußen dieſes Inſtitut, und da habe ich das Gefühl, daß es eine für den nationalen einheitlichen Geſichtspunkt unerwünſchte Situation iſt, wenn da über die Vorlage, die der König von Preußen in ſeiner Eigenſchaft als deutſcher Kaiſer macht, nur preußiſche Sachkundige gehört werden können, und wir haben das Bedürfnis, unſere ſüddeutſchen reſp. ſächſiſchen Landsleute dabei in gleichem u. ſ. w. Maße vertreten zu ſehen. Alle Regierungen haben dasſelbe Bedürfnis. Sind denn alle 25 Regierungen ſo wenig zurechnungsfähig über das, was ſie bedürfen, daß ſie in einem ſolchen Verlangen einig ſind und ſich dennoch ſo dabei irren, daß ſie etwas ganz Überflüſſiges dabei fordern? Das Bedürfnis bei den Regierungen iſt ſo ſtark, daß, wenn Sie uns die Mittel verſagen, wir an die Opferfreudigkeit des Volkes gegenüber der Verſagung des Reichstages werden appellieren müſſen und mit den Regierungen uns verſtändigen, ob ſie ihrerſeits bereit ſind — und ich glaube, ſie ſind dazu bereit — den preußiſchen Wirtſchaftsrat, den wir demnächſt grade für die uns zunächſt vorliegenden Aufgaben berufen wollen, durch Beſchickung von ſeiten der übrigen bundesſtaatlichen Regierungen zu vervollſtändigen. Dann müſſen wir einen vom Reichstage unbewilligten, aber faktiſch doch herzu-

ſtellenden Volkswirtſchaftsrat haben, bei dem wir uns Rat holen, um Ihnen etwas beſſer informiert gegenüber treten zu können, als es ſonſt der Fall ſein würde. Gerade die Aufgaben, die die Regierung ſich zunächſt geſtellt hat, die ſozialen Reformen und die finanziellen erfordern eine ununterbrochene Wechſelwirkung mit den praktiſchen Erfahrungen, die darüber in den wirtſchaftlichen Kreiſen des Volkes vorhanden ſind, weil ſie auf die Entdeckung einer für die Regierung und für die bureaukratiſche Welt ſo gut wie neuen terra incognita ausgehen, und weil man dieſe Aufgaben, die ich mir allerdings nicht von Hauſe aus gleich ſo weitgreifend denke, wie ſie geſchildert werden, ſondern die allmählich und empiriſch vielleicht nie vollſtändig ſich erfüllen werden, aber doch der Erfüllung in jeder Sitzung näher gebracht werden können.

Auf dieſem Gebiete, das wir neu betreten wollen, neu betreten müſſen — wenn es von uns nicht geſchieht, ſo wird das Bedürfnis ſpäter darauf dringen — auf dieſem Gebiete bedürfen wir mehr denn je des Stabes, der Fühlung, nicht wie ein Blinder ſie braucht, aber doch wie einer, der eine Reiſe in eine bisher unentdeckte Gegend unternimmt. Denn die Wiſſenſchaft, die nach einigen Seiten ſehr weit eindringt, iſt in die Verhältniſſe, welche man zur praktiſchen Löſung der Aufgaben, die ſich das kaiſerliche Programm geſtellt hat, kennen und erwägen muß bisher nicht ſo tief eingedrungen, daß ſie uns hinreichend Belehrung gäbe, und wer wie ich von ſeiner Kindheit her das Innere der Arbeiterhäuſer und ihr Familienleben kennen gelernt hat, wird darin oft Eindrücke und Wahrnehmungen erhalten haben, die er in keinem noch ſo gelehrten wiſſenſchaftlichen Buche richtig wiedergegeben findet. Ich glaube, daß gerade dieſe Fragen ſich von den praktiſchen Induſtriellen, Landwirten, Kaufleuten beſſer beantworten laſſen, als von den wiſſenſchaftlich gebildeten und bei uns hauptſächlich das Wort führenden Mitgliedern des Reichstages, und ſelbſt beſſer, als es von ſeiten derer möglich iſt, die im Reichstage denſelben praktiſchen Kreiſen angehören, aber hier immer in einer ziemlich kurzen Zeit und ohne auf die anderen Aufgaben zu verzichten, genötigt werden, ſich ein ſicheres Urteil zur Abſtimmung über eine, ich kann wohl ſagen, rieſenhaft ausgedehnte Aufgabe zu bilden. Ich glaube, Sie können uns auf die Dauer dieſe Beihilfe, die wir zu unſerer Information fordern, gar nicht verſagen, und wie der Tropfen den Stein höhlt, und wie ſchließlich es ſchon in der

Schrift gesagt ist, daß unablässiges Bitten den Versager doch endlich ermüdet, werde ich in jeder Sitzung wieder kommen und, wenn Sie es uns diesmal abschlagen sollten, was ich nicht hoffe, immer von neuem bitten: geben Sie uns diese Unterstützung zu unserer Information!

Nach dem Abg. Bamberger.

Bevor ich auf die Sache eingehe, will ich dem Herrn Vorredner die Erklärung geben, daß es mir, wenn ich ihn gestern oder vorgestern persönlich erwähnte, nicht eingefallen ist, ihn, wie er meinte, damit lächerlich zu machen, es würde mir auch schwerlich gelungen sein, sondern ich habe ihn gerade als einen der hervorragendsten meiner Gegner zitiert, um dadurch zu zeigen, wie es für mich doch nicht möglich wäre, meine Vorlagen nach den Wünschen einzurichten, die hier im Reichstage mir gegenübertreten. Dann muß ich aber auch auf seine Äußerungen, was ich leider in der Ausdehnung, in der er gesprochen hat, nicht vermögen werde, doch noch einiges erwidern, weil der Herr Vorredner die Bedeutung, die Tragweite der ganzen Vorlage, wie wir sie bringen, wesentlich verschoben hat, vielleicht unabsichtlich, vielleicht mißversteht er selbst, was wir erstreben. Er hat wiederholt den Accent darauf gelegt, er wolle Zeugen zulassen, aber sie brauchten keine Richter. Nun, meine Herren, weiter wie Zeugen über Sachverhältnisse, suchen wir ja auch gar nichts. Richter! Mein Gott, worüber sollten denn diese richten! Ein Nebenparlament, das liegt uns ja ganz und gar fern. Ich möchte sagen, da kommt bei Ihnen das Mißtrauen des argwöhnischen Alleinherrschers zum Vorschein, der keine andere Größe neben sich dulden will; — uns liegt das aber sehr fern. Der Herr Vorredner hat gesagt, dieser Wirtschaftsrat würde nicht unparteiisch sein. Das soll er auch gar nicht. Die Regierung setzt ihn zusammen, das ist ja ganz natürlich. Die Regierung sucht dabei keinen Richter weder über sich noch über den Reichstag, sie sucht ein Hilfsorgan, um ihren eigenen Schwächen, ihrem Mangel an Kenntnis zu Hülfe zu kommen, oder, wie der Herr Vorredner schärfer gesagt hat, sie sucht Zeugen über die wirklichen Thatbestände, die durch die Vorlagen der Regierung berührt werden können. Sie beabsichtigt auch nicht, sich die Meinung machen zu lassen von dem Volksrat, sondern sie will nur ihre Meinung nicht eher feststellen, als bis sie diese Sachkundigen über den Thatbestand, über die Be-

dürfnisse, über die Leiden der betreffenden Industrien gehört haben wird.

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich nach so kurzer Zeit, 5 oder 6 Monate, nachdem Herr v. Bennigsen zu meinem großen Bedauern diese Vorlage, die gar keinen politischen Charakter hat, was ich schon damals sagte, bekämpft hat, sie wieder einbringe. Ja, meine Herren, wenn wir das nicht thäten, so würden Sie glauben, daß das Bedürfnis, eine solche Institution zu haben, bei uns nicht fortbestehe. Wir müssen Sie mahnen, diesem Bedürfnis abzuhelfen, wir sagen Ihnen, wir, die Regierung, wir bedürfen der Informationen. Darauf sagt Herr Bamberger: da irren Sie sich, Sie bedürfen deren gar nicht; — je weniger informiert Sie vor uns kommen, desto leichter ist unser Spiel (Widerspruch links). — Mag der Gedanke zu grunde liegen — ich weiß nicht, aber auf mich macht es den Eindruck und im Lande macht es den Eindruck: Sie brauchen diese Informationen nicht, Sie sollen Ihre Informationen allein hier im Reichstage suchen. Meine Herren, der Reichstag kann alles, alles ablehnen, alles amendieren, aber die Vorlagen kann er für die Regierung nicht arbeiten. Darauf kommt es aber an, und das liegt in der ganzen Motivierung, die wir voriges Jahr gebracht haben, und die wir immer wieder bringen. Zur Herstellung unserer Vorlagen brauchen wir den Wirtschafsrat; da ist von Richten, von Beschränkung der Kompetenz des Reichstages nicht die Rede, wenn man nicht außerordentlich argwöhnisch und mißtrauisch in dieser Richtung ist, wie ich das zu meinem Bedauern von einem so angesehenen Parlamentarier, wie der Herr Vorredner ist, heute vernommen habe. — Ich glaubte, Sie wären Ihrer Stellung und Herrschaft sicherer, als daß Sie sich vor dem Wirtschaftsrat fürchteten! (Heiterkeit rechts.) Unser Bedürfnis besteht fort, und davon haben wir Ihnen von neuem Kenntnis geben müssen. Außerdem hat der Herr Vorredner darauf doch zu wenig Gewicht gelegt, daß dies ein ganz neuer Reichstag ist. Wenn wir dem unser Bedürfnis nicht wieder anmeldeten, so würde man mit Recht annehmen: Sie sind still, also Sie sind zufrieden, daraus sieht man, es ist eine Quängelei und ein plötzlicher Einfall, einer von den vielen „schenialen" Einfällen, wie ein Herr sich gestern ausdrückte — ich würde „genialen" sagen — (Heiterkeit) die in dem Gehirn des Reichskanzlers entstehen und wieder vergehen, je nachdem es phosphoresziert. Den Vor-

wurf würde man wiederum gemacht haben; ich aber, ich habe die Absicht, an diesem einmal erkannten Bedürfnis, so lange ich lebe, zu beweisen, daß die Meinungswechsel bei mir nicht so häufig sind. Der Volkswirtschaftsrat soll gar nicht, wie der Herr Vorredner sagte, zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat stehen, er soll einfach hinter dem Bundesrat stehen, hinter den Regierungen, namentlich hinter der eigentlichen Präsidialinitiative, von der die meisten Vorlagen ausgehen, damit diese durch die Zeugenvernehmung dieser Sachkundigen sich informieren kann, bevor sie mit ihrer Weisheit an das Licht des Tages tritt. Ich erstrebe nicht eine Einrichtung nach Maßgabe der wiederum nicht passenden Berufung des Redners auf die gleichmäßige französische Institution. In Frankreich ist nie irgend ein Parlament — und die französischen Parlamente, ich meine die heutigen, nicht die alten — waren sehr viel wechselnder und gefährdeter in ihrer Stellung wie unsere — so kleinmütig gewesen, daß es sich vor dem französischen Volkswirtschaftsrat gefürchtet hätte. Daß er Turgot, dem Minister einer absoluten Monarchie, unter Umständen unbequem gekommen ist, das mag sein, mir ist auch nicht alles lieb gewesen, was aus unserm Wirtschaftsrat herausgekommen ist, aber belehrend sind seine Äußerungen doch immer, und ich möchte Sie bitten, namentlich von Ihrer Seite sich nicht dem Verdachte des Absolutismus, der keinen anderen Einfluß neben sich duldet, auszusetzen, sondern es uns zu gönnen, wenn wir unsere Lernbedürftigkeit eingestehen, uns belehren zu lassen. Es ist das sonst eine außerordentlich geringschätzige Behandlung der Regierungen, wenn sie alle 25 darüber einig sind, sie bedürfen dessen, und hier wird uns gesagt: nein, sie irren sich alle 25, Sie bedürfen dessen nicht, sie sind für unsere Bedürfnisse klug genug, sie sollen sich nicht besser informieren, als wir. Wir werden dafür keinen Groschen bewilligen.

Ich erwähnte schon, daß die Zusammensetzung des Wirtschaftsrates natürlich in den Händen der Regierung liegen muß, sie sucht ihre Information da, wo sie sie zu finden glaubt. An eine Art Richterkollegium dabei sich zu wenden, das fällt ihr nicht im Traume ein, Richter haben wir schon genug in der Welt. (Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat gemeint, wir würden denselben Zweck durch Enqueten ad hoc jedesmal mit weniger Arbeit erreichen. Er hat mir also nicht geglaubt, was ich vorhin schon sagte, die Enqueten ad hoc machen ganz zweifellos mehr Arbeit,

weil man immer homines novi dabei bekommt, von denen jeder einzelne zuerst vielleicht das Bedürfnis hat, den Beweis zu liefern, wie sachkundig er ist, was für ein Mann er ist, was er versteht, was er weiß; diejenigen, die schon eine Position gewonnen haben, bei denen es nicht mehr zweifelhaft ist, welche Bedeutung sie haben, die keine Stellung mehr zu gewinnen haben, mit denen wird leichter zu arbeiten sein. Bei neuen Enqueten findet man sehr häufig unrichtige Vorstellung über das, was für die Gesetzgebung überhaupt erreichbar ist, also was der Herr Vorredner bezeichnete mit dem Monopolbedürfnis eines jeden einzelnen, über das sich der Minister Turgot beklagt hätte. Das findet man bei den plötzlichen Enqueten, bei den Sachkundigen, die noch „grün" sind auf diesem Gebiete, sehr viel häufiger, als bei denen, die schon einigermaßen eingelernt sind.

Es ist wirklich bedauerlich, daß ich vor Ihnen so lebhaft plaidieren muß für die Sorte Information, die wir zu brauchen glauben, und über deren Bedürfnis, ohne den Rechten des Reichstags zu nahe zu treten, meines Erachtens die Regierungen allein urteilen können. Wir können natürlich, soweit es Geld kostet, es nicht ohne Ihre Zustimmung machen; aber daß Sie uns den Brotkorb so hoch hängen, daß Sie uns die Information nicht gönnen, die wir zu brauchen glauben, das halte ich nicht der parlamentarischen Billigkeit und dem Entgegenkommen entsprechend, welches die gesetzgebenden Körper einander leisten sollen.

Der Herr Vorredner meint, daß man in dem Wirtschaftsrate die objektive Wahrheit nicht finden würde. Ja, da möchte ich nur mit Pilatus fragen: was ist Wahrheit auf diesem Gebiete? Ich weiß nicht, ob wir darüber jemals vielleicht in einzelnen Fragen klar würden, ob wir jemals darüber einig würden, was objektive Wahrheit ist. Die suchen wir auch in dem Sinne, wie der Herr Vorredner es meinte, nicht. Wir suchen Kenntnis über dasjenige, was dem büreaukratischen Blicke vermöge der Stellung, von der er allein ausgehen kann, entgeht. Wir suchen Belehrung, und ich wiederhole, wir glauben sie zu bedürfen, ohne unwissender zu sein wie andere.

Einer der Herren Redner hat mir gestern die Fähigkeit abgesprochen, in 4 Jahren überhaupt etwas zu lernen. Nun, ich habe schon gesagt, daß ich meine Lernfähigkeit nicht über den Durchschnitt der Menschen stelle, aber ein Triennium, 3 Jahre,

ſind doch das äußerſte, was die meiſten von den Herren hier, die etwas hierüber gelernt zu haben glauben, für ſich anführen können. Ein Jahr mehr noch, namentlich wenn man durch eine fünfzigjährige bewußte Erfahrung im Leben für die Dinge, die man lernen ſoll, vorbereitet iſt, kann mich wirklich dahin bringen, daß ich — vielleicht irre ich mich — von den Dingen doch ebenſo viel verſtehe, wie der Durchſchnitt von Ihnen, meine Herren, der Herr Redner ſelbſt eingerechnet. Von der Allgemeinheit — in einzelnen techniſchen Richtungen vielleicht nicht —, aber in der Geſamtheit glaube ich darüber ebenſo viel Urteil zu haben, wie jeder von Ihnen. Die Herren müſſen doch nicht glauben, daß ihnen die Wahl ihrer Mitbürger zugleich durch eine gewiſſe myſtiſche Weihe alle die Intelligenz, die geſamte (Heiterkeit. — Oh! links), überträgt, daß Sie die Klugheit der zehntauſend Wähler, die hinter Ihnen ſtehen, mitbringen. Meine Herren, Sie verſtehen von der Sache nicht mehr wie ich. Seien wir alſo beide beſcheiden, und räumen wir beide ein, daß wir der Belehrung bedürfen, und ſetzen Sie ſich nicht auf das hohe Pferd, daß Sie uns ſagen: wir — nämlich die Fraktion, der der Herr Vorredner angehört — wir wiſſen genug für beide, für Regierung und Reichstag, die Regierung braucht nichts von Sachkundigen zu lernen.

Der Herr Vorredner ſagte noch ganz beiläufig: „ſeidem ich mich von Herrn Miniſter Delbrück getrennt habe“ — es iſt das wieder einer der hiſtoriſchen Irrtümer, die einreißen —, der Herr Miniſter Delbrück hat ſich von mir getrennt, und zwar einfach unter Berufung auf ſeine Geſundheit. Ich will die ärztlichen Details hier nicht erwähnen, die er mir anführte, und ich habe mich vergeblich bemüht, irgend ein anderes Motiv, ein ſachliches von ihm herauszubringen unter dem Erbieten, ihm entgegenzukommen, in dem, worüber er etwa klagen könnte. Er iſt einfach dabei beharrt, ſowohl Sr. Majeſtät dem Kaiſer gegenüber wie mir, ſich auf ſeinen Geſundheitszuſtand zu berufen, und ich habe nicht den entfernteſten Grund anzunehmen, daß er mir, der ich mit ihm ſeit dem Jahre 1851 pari passu in wirtſchaftlichen Dingen, er in Zollvereinsgeſchäften und ich in Bundesgeſchäften in Frankfurt zuſammen arbeitete, daß er jemandem, mit dem er ſo lange bekannt und vertraut war, irgendwie nicht die volle Wahrheit bekannt hätte; es liegt das überhaupt nicht in ſeinem Charakter, nicht die Wahrheit zu ſagen. Wenn ich damals geſagt habe: Davon verſtehe ich nichts, fragen Sie

Delbrück, so muß das doch gegenüber einem Manne wie Delbrück nicht so buchstäblich genommen werden; ich habe damit sagen wollen, Delbrück versteht davon mehr wie ich, er hat das Ressort in Händen, ich greife ihm nicht leicht ein, ohne Besprechung mit ihm.

Da ist doch der Herr Vorredner mit den üblichen Formen, die zwischen Leuten wie dem Minister Delbrück und ihm und mir bestehen, vertraut genug, um aus dieser meiner Äußerung nicht gleich ein öffentliches parlamentarisches Argument für meine Unwissenheit machen zu dürfen. Ich habe schon öfters gesagt, ich habe mich in dieses Ressort nicht gemischt, so lang es in der Hand Delbrücks war, der eine große Autorität hatte, der seinerseits auch die Verantwortung und die Vertretung davon übernahm. Sie haben auch aus dem, was ich eben anführte, entnehmen können, daß über seine Geschäftsführung kein Meinungsstreit zwischen uns bestand, und daß meine Anerkennung seiner Autorität so groß war, daß die wesentlichen Zweifel, die bei mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Überlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht verzichten wollte. Ich habe damals solchen Wirtschaftspolitikern gegenüber, die sich darüber beschwerten, daß nicht alles gut ginge — und ich glaube, ich kann Zeugen dafür aufrufen — gesagt: es ist möglich, daß wir stellenweise auf einem irrtümlichen Wege sind und daß nicht alles richtig ist, was Minister Delbrück unternimmt; aber ich weiß nicht, wie ich die Lücke decken sollte, die entstehen würde, wenn er ausscheidet. Ich kann sein Anteil neben allem, was ich sonst zu thun habe, nicht übernehmen und weiß keinen Ersatz. Ich muß mir, wie es so häufig im Leben ist, eine tüchtige Kraft mit ihrem Können und Leisten und mit ihren Irrtümern, wenn welche da sind, erhalten, und kann da nicht einen Mann von der Bedeutung wie Delbrück behandeln einfach wie einen vortragenden Rat, dem ich sage: ich habe Sie bitten lassen, nicht um Ihre Meinung zu hören, sondern um Ihnen die meinige zu sagen; so geht das nicht, sondern ich habe mit Kollegen doch nur den Gesamtdurchschnitt und das Fazit zu ziehen und abzuwägen, ob ich, unerachtet einzelner Verschiedenheiten, mit ihnen weiter arbeiten kann und muß oder nicht, und kann nicht in Einzelheiten sagen: das verstehe ich besser.

Der Herr Vorredner hat nachher wieder auf eine rein preußische Frage, auf die Antwort, die ich in meiner Stellung als

Handelsminiſter der Handelskammer zu Grünberg in Schleſien erteilt habe, Bezug genommen. Es iſt vorauszuſehen, daß darüber in Zukunft Verhandlungen im preußiſchen Landtage ſtattfinden werden, da werde ich als Handelsminiſter Rede ſtehen. Hier will ich zur Erläuterung bloß anführen, daß die Berichte der Handelskammern geſetzlich vorgeſchrieben, amtliche Aktenſtücke ſind. Wenn ich in dieſen amtlichen Aktenſtücken aber ſolche Widerſprüche in den Ziffern, ſolche Widerſprüche der Schlußziehung mit den Ziffern finde, wie darin, ſo müßten die Herren Berichterſtatter ſelbſt und die ganze Welt annehmen, daß ein Handelsminiſter, der ſich ruhig ſolche Berichte einreichen läßt, ohne darauf zu reagieren, ſie gar nicht geleſen hat, und daß er ſeine Schuldigkeit nicht thut. In einem amtlichen Berichte verlange ich vor allen Dingen Wahrheit; die habe ich darin nicht gefunden, und das habe ich offen geſagt und bin es bereit zu vertreten, und wenn Zeit wäre, ſo würde ich es beweiſen, indem ich alle dieſe Ziffern, die hier zur Hand liegen, Ihrem Sitzungsprotokoll einverleibte. Ich will Sie aber nicht damit langweilen, und Sie werden heute gewiß mit mir gern darauf verzichten.

Rede über die Sozialpolitik der Regierung.

Gehalten am 9. Januar 1882.

Die Antwort, welche der Herr Interpellant als die ihm liebſte bezeichnet hat, (daß nämlich die Regierung in der Anregung der Sache eine Unterſtützung ſehe), kann ich ihm nach meiner Überzeugung vorweg geben. Ich glaube, daß die Anregung eine für den Augenblick unnötige war. Ich will nicht ſagen, daß ſie nicht eine dankenswerte Unterſtützung der Beſtrebungen der Regierung geweſen wäre, aber als ſolche halte ich ſie weſentlich verfrüht. Der Herr Interpellant ſelbſt iſt ſich darüber klar geweſen, daß die verbündeten Regierungen verwandte Anträge zu den ſeinigen noch in dieſem Jahre vorausſichtlich einbringen werden, er hat aber geglaubt, daß einige der von ihm angeregten Punkte unabhängig und vorweg erledigt werden könnten. Ich glaube im Gegenteil, daß ſie nur in Verbindung mit den für das Frühjahr in Ausſicht ſtehenden Vorlagen der

verbündeten Regierungen ſachgemäß erledigt werden können. Ich glaube, daß die meiſten der Ziele, die der Herr Vorredner uns ſtellt, nur auf der Baſis korporativer Aſſoziationen mit annähernder Sicherheit, ich will nicht ſagen, erreicht werden können, aber daß es nur auf dieſer Baſis möglich ſein wird, ihnen ſoweit näher zu treten, wie es nach menſchlicher Unvollkommenheit thunlich iſt. Um dieſe Baſis zu ſchaffen, ſteht uns noch mindeſtens ein arbeitsvolles Jahr, vielleicht mehr wie das, bevor. Die Vorlage über die Berufsſtatiſtik, welche Ihnen dieſe Seſſion gebracht hat, iſt die erſte Grundlage davon, und es wäre mir lieber geweſen, dieſe Vorlage gefördert zu ſehen, als eine Interpellation geſtellt zu ſehen, deren Beantwortung mir der Herr Vorredner dadurch erſchwert hat, daß er ſie ſelbſt beantwortet hat, und zwar ſo, daß ich ſeiner Beantwortung ſo ſehr viel kaum hinzuzufügen haben werde.

Der Herr Vorredner hat die Schwierigkeiten und Schäden, von denen unſere Induſtrie und die Mitwirkung der Arbeiter an denſelben begleitet iſt, lebhaft und draſtiſch geſchildert; er hat dadurch das Intereſſe der Regierung, die Sorgfalt, mit der die Regierung bemüht iſt, dieſen Schäden abzuhelfen, nicht ſteigern können, wenigſtens die meinige nicht. Es iſt, wie ich ſchon häufig wiederholt habe, die einzige Aufgabe, die mir die Notwendigkeit, im Dienſte zu bleiben, willkommen macht, und der Herr Vorredner kann in dieſer Richtung meinen Eifer nicht ſtärker beleben. Ob durch die akademiſche Diskuſſion, in die wir nach der erheblichen Rednerliſte, die ich vor mir liegen habe, eingehen werden, dieſe unſere Aufgabe gefördert werden wird — ich glaube es und hoffe es, denn dieſe Aufgabe gehört zu denen, die, je mehr ſie diskutiert werden, je mehr ſie von den Schlacken und den Vorurteilen befreit werden, von den Irrtümern, die abſichtlich oder unabſichtlich darüber verbreitet werden, umſomehr gewinnen und umſomehr Hoffnung auf die Löſung bieten werden. Ich bin alſo in dieſer Beziehung dem Herrn Vorredner dankbar, daß er über die Fragen, die wir bearbeiten, eine öffentliche Diskuſſion angeregt hat.

Wenn ich vor dem Feſte den Wunſch geäußert hatte, dieſe Interpellation ſelbſt beantworten zu können, ſo bin ich dazu nicht veranlaßt worden durch das Bewußtſein, daß ich mehr darüber zu ſagen hätte, als irgend ein Anderer ſagen könnte, ſondern gerade durch die Empfindung, daß ſich in dem jetzigen Stadium über dieſe Fragen nur wenig ſagen läßt und daß das

wenige wesentlich in der Kundgebung meiner persönlichen Ansichten besteht. Die verbündeten Regierungen sind bisher nicht in der Lage gewesen, sich schlüssig zu machen; sie warten dazu das Material ab, an dessen Vorbereitung wir gegenwärtig arbeiten. Ich bin nicht einmal in dem Falle, wie sonst wohl, im Namen des Kaisers bestimmte, schon Gestalt habende Ziele zu bezeichnen, da Se. Majestät der Kaiser in Fragen von der Wichtigkeit wie diese die definitiven Entschließungen nicht faßt, bevor das Für und Wider sorgfältig und funditus erwogen ist. Die Ziele, welche der kaiserlichen Politik vorschweben, sind durch die kaiserliche Botschaft gekennzeichnet. Es handelt sich nun aber um die Wege, auf welchen sie zu erreichen sind, und die Wahl dieser Wege ist gleich wichtig wie die Festlegung des Zieles überhaupt, denn jeder Weg kann ein richtiger Weg sein, er kann auch ein Irrweg sein. Ich muß sagen: ich selbst bin meiner Überlegung über die Wahl der Wege — über die Ziele bin ich mir ganz klar — aber der Wahl der Wege bin ich so unbedingt sicher nicht, daß ich Ihnen heute mit Bestimmtheit amtliche Andeutungen über das machen könnte, was ich hoffe etwa im Monat April dem Reichstage vorlegen zu können auf diesem Gebiete. Ich bin teils mit mir noch nicht darüber einig, teils nicht mehr in dem Maße, wie ich es früher war; noch nicht, weil ich der Belehrung bedarf.

Ich bin nicht durch die Weihe der öffentlichen Wahl gegangen und bin deshalb auch nicht in der Lage, über alle Dinge der Welt eine feste, unabänderliche Meinung rasch inpromptu zu haben, sondern ich überlege mir die Dinge selbst, und wie ich in manchem Konzept über wichtige Sachen viel streiche, viel ändere, sie kassiere und neu arbeite, so ist es auch in diesen Fällen. Ich glaube nicht, es schon erreicht zu haben; ich glaube nicht, diese Dinge, die sich der menschlichen Beherrschung in demselben Maße entziehen, wie der Organismus des menschlichen Körpers der ärztlichen, so zu durchschauen, daß meine Meinung nicht der Belehrung und Änderung unterworfen wäre. Ich sage dies in der Erinnerung daran, daß ich über die Unfall-Versicherung erst seit der Vorlage des vorigen Jahres die Überzeugung gewonnen habe, daß ohne korporative Unterlagen die Sache faktisch nicht ins Leben zu führen sein wird. Die bei der Vorlage vom vorigen Jahr uns vorschwebende, auf den ersten Anblick gewählte — ich möchte sie bureaukratische Einrichtung nennen, hat mich als Geschäftsmann überführt, daß die Masse der Ge-

ſchäftsnummern, die entſtehen würden, für keine Zentralbehörde zu bewältigen ſein würde. Es iſt alſo notwendig eine Arbeitsteilung geboten, und zwar eine ſolche, die den Intereſſenten mit heranzieht, und welche den ſchließlichen Erſatz des Schadens kombiniert mit der Aufgabe, den Schaden durch Aufſicht zu verhindern und einzuſchränken — ich meine alſo, eine Beziehung der Fabrik-Inſpektoren — um dieſe obiter zu berühren — zu den Korporationen — die Korporationen ſollen weſentlich aus den gleichartigen Gefahrenklaſſen beſtehen — ſo daß den Korporationen, welche die Schäden zu tragen haben, daß derjenige, der die Schäden zu bezahlen hat, auf den die Beiträge umgelegt werden, der alſo zugleich das Intereſſe hat, ſie zu verhindern, gerade wie eine Brandaſſekuration feuergefährliche Einrichtungen zu verhindern ſucht, daß der auch zugleich die Aufgabe habe, bei ſeinen Genoſſen darüber zu wachen, daß ſie nicht leichtfertig Unfälle herbeiführen: das Korporations-Intereſſe ſoll die Fabrikinſpektion unterſtützen, die ja immer in ihrem ſtaatlichen Charakter beſtehen kann, aber meines Erachtens nicht iſoliert bureaukratiſch, ſondern getragen von irgend einer kollegialiſch oder unter öffentlicher Kontrolle arbeitenden Korrektur, ſonſt kommen wir in perſönliche Willkür, die ſelten, aber doch auch in dieſem Falle vorkommt. Wenn ich ſagte, ich bin nicht mehr ſo feſt in meinen Überzeugungen, wie ich es war, ſo habe ich eine Urſache davon ſchon erwähnt, die, daß ich mich überzeugt habe, daß die korporative Organiſation, die wir in der früheren Unfallverſicherungsvorlage nur fakultativ ermöglicht hatten, zwangsweiſe eingeführt werden muß. Ich glaube, es giebt keinen andern Weg, welcher zu praktiſchen Erfolgen zu führen verſpricht. Eine andere Einwirkung, die mich einigermaßen irre gemacht hat in meinem Glauben an Erfolg, liegt im Ausfall der Wahlen.

Ich kann mich der Thatſache nicht verſchließen, daß gerade in den induſtriellen und Arbeiterkreiſen vorzugsweiſe Gegner der Regierung gewählt worden ſind, nicht überall, aber doch vorwiegend nach der Majorität. Ich muß alſo daraus ſchließen, daß die Arbeiter im ganzen mit den ihnen doch kaum unbekannten Intentionen der geſetzgebenden Initiative nicht einverſtanden ſind, daß die Arbeiter alſo von den Herren, die eben „ſehr wahr!“ rufen, von den Herren, welche die freie Konkurrenz aller Kräfte, der Schwachen wie der Starken, in allen Beziehungen vertreten, alſo von den Herren des Freihandels, des

Gehenlaſſens, wie der Herr Vorredner ſagte, des laisser faire, mit einem Wort von der fortſchrittlichen und ſezeſſioniſtiſchen Politik mehr erwarten, als von den Reformverſuchen der Regierung. Das liegt unzweifelhaft in den Wahlergebniſſen eines großen Teiles unſerer Wahlkreiſe, und das iſt es, was mir in den Ergebniſſen der letzten Wahlen am meiſten zu Herzen gegangen iſt. Ob die politiſchen Parteien ſich etwas verſchieben, ob etwas mehr von den Mittelparteien nach den extremen hin abgehen oder umgekehrt, das muß ich mir gefallen laſſen, und das macht mich nicht irre; aber dieſe Wahrnehmung, daß die Maſſen der Arbeiter ſelbſt den Verſuchen der Regierung, ihre Lage zu verbeſſern, in dem Maße mißtrauiſch gegenüberſtehen, daß ſie lieber Vertreter der Richtung wählen, welche auf dem Gebiete der Wirtſchaftlichkeit das Recht des Stärkeren befürworten und welche den Schwachen in ſeinem Kampfe gegen die Macht des Kapitals, gegen all die Gefahren, die der Herr Interpellant, beredter als ich es vermag, geſchildert hat, im Stiche laſſen, ihm jeden Beiſtand verſagen und ihn dafür auf ſeine eigene Menſchenwürde, auf die freie Konkurrenz und die Privataſſekuranz und auf ich weiß nicht was noch für Worte hinweiſen, kurz, die ihm jede Staatshilfe verſagen.

Ich habe als das Syſtem, welches ich nach dem Willen Sr. Majeſtät des Kaiſers zu vertreten habe, bei früheren Gelegenheiten aufgeſtellt: wir wollen dahin ſtreben, daß es im Staate womöglich niemanden oder doch ſo wenig wie möglich gebe, die ſich ſagen, wir ſind nur dazu da, um die Laſten des Staates zu tragen, wir haben aber kein Gefühl davon, daß der Staat um unſer Wohl und Weh ſich irgendwie bekümmert, daß die Zahl dieſer nach Möglichkeit vermindert werde. Es gehört zu den Traditionen der Dynaſtie, der ich diene, ſich des Schwachen im wirtſchaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große ſagte ſchon: Je serai le roi des gueux, und er hat es nach ſeiner Art durchgeführt in ſtrenger Gerechtigkeit gegen Hoch und Gering nach der Art, wie ſeine Zeit es mit ſich brachte. Friedrich Wilhelm III. hat dem damals hörigen Bauernſtande eine freie Stellung verſchafft, in der es ihm gegeben geweſen iſt, bis zu einer rückläufigen Bewegung, die vor etwa 15 Jahren anfing, zu proſperieren und ſtark und unabhängig zu werden. Unſer oder mein jetziger Herr iſt von dem edlen Ehrgeiz beſeelt, in ſeinem hohen Alter wenigſtens noch die Hand angelegt und den Anſtoß gegeben zu haben, daß für die heutzutage ſchwächſte

Klaſſe unſerer Mitbürger, wenn auch nicht die gleichen Fortſchritte und Ziele wie für den Bauernſtand vor 70 Jahren, aber doch eine weſentliche Beſſerung der Geſamtſituation, des Vertrauens, mit dem dieſer ärmere Mitbürger in die Zukunft und auf den Staat, dem er angehört, ſehen kann, — daß noch zu Lebzeiten Sr. Majeſtät hieran Hand angelegt wird, und daß die Bewegung, die damit angeregt wird, vielleicht in einem weiſeren Menſchenalter ihre Ziele erreicht, wenn ſie vielleicht auch wieder erſterben mag unter dem Drange der Zeit und der Gewalt anderer Kräfte. Er hat es ſich als Ziel geſetzt, nach einem früher oder ſpäter erreichbaren analogen Zuſtand der Arbeiter zu ſtreben, wie ſein hochſeliger Vater in der ewig denkwürdigen Emanzipation der Bauern, die an die Namen Stein, Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. ſich knüpft. Mit dieſer Tendenz iſt ja das Gehenlaſſen, das Anweiſen des Schwachen auf ſeine eigenen Kräfte und auf Privathilfe im diametralen Widerſpruch. Nichtsdeſtoweniger und bei der vielbewährten Treue, mit welcher der gemeine Mann bei uns an ſeiner Dynaſtie und an ſeinem Königtum hängt, ſind die Verheißungen, die Anerbietungen, die Anfänge einer emanzipierenden Geſetzgebung in den großen Zentren der Induſtrie von dem Arbeiter mit weniger Vertrauen aufgenommen worden, als die Anerbietungen der Herren, die kühl und legal ſagen: Helft Euch ſelbſt, ihr ſeid dazu imſtande, ihr ſeid ſtark genug, eure Unabhängigkeit erfordert das, vom Staate habt ihr nichts zu erwarten, kurz: die Niederlage, welche die Regierung oder die ich perſönlich mit meinen Reformbeſtrebungen in den großen Zentren der Induſtrie bei den Arbeitern in der Wahl erlitten habe, hat mich bis zu einem gewiſſen Grade entmutigt; allein dieſe Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu thun, ſolange ich im Dienſte bin, und wenn ich auch ganz ſicher bin, einer ausnahmsloſen Oppoſition gegen das, was ich den Herren vorlege, entgegen zu gehen, — ich ſehe den Korb, den ich bekommen werde, ſchon vor mir, ich muß ihn aber bekommen, und zwar öffentlich bekommen, um das Bewußtſein zu haben, meine Schuldigkeit gethan zu haben. Ich kann alſo auch nicht einmal meiner eigenen Überzeugung, meiner Entmutigung, unter der ich ſpreche, im Hinblick auf die Arbeiterwahlen, einen vollen und unbegrenzten Ausdruck geben, ſondern muß meinen Dienſt weiter thun. Ich muß wiederholen und bin gewiß viel zu wortreich, um zu entwickeln, daß ich eigentlich

wenig zu ſagen habe, und will daher lieber ohne weiteres dem Wortlaut der Interpellation näher treten.

Wenn ich ſie in der Allgemeinheit beantworten könnte, wie die Frage geſtellt iſt, dann brauchte ich die verbündeten Regierungen nicht zu fragen. Unter ihnen iſt keine ſo übelwollend, daß ſie nicht dem Arbeiter ſeine Sonntagsruhe und die Möglichkeit, ſeinem Gottesdienſt zu folgen, daß ſie nicht dem Arbeiter und ſeiner Frau die Möglichkeit gönnte, mit der kürzeſten Arbeitszeit die notwendige Einnahme ſich zu ſichern, deren er das Jahr hindurch bedarf, um zu exiſtieren. Ich glaube aber, eine ſo kurze Antwort iſt wohl nicht die Abſicht der Herren Interpellanten geweſen, mit denen ich ſonſt weſentlich in ihren Beſtrebungen auf dieſem Gebiete, nicht überall, auch nicht vollſtändig, aber in der Hauptſache mich einverſtanden erkläre; ſondern ſie haben gewiß beabſichtigt, daß ich zu der akademiſchen Diskuſſion, die uns bevorſtehen wird, auch meinerſeits mein Scherflein beitrage und Material der Kritik entgegenbringe, und das wird ja auch geſchehen. Die Anſprüche des Herrn Vorredners — ich bitte um Verzeihung, wenn ich unter Schwierigkeiten ſpreche, ich bin noch nicht ganz hergeſtellt, wollte mich aber heute der geſtellten Aufgabe nicht entziehen — die Anforderungen des Herrn Vorredners könnte ich um ſo ſicherer mit einem einfachen Ja beantworten und mich dann wieder hinſetzen, weil ich mich dabei ganz innerhalb des Gebietes befände, was ich mir erlaubte, bei einer früheren Gelegenheit praktiſches Chriſtentum zu nennen, das heißt Bethätigung unſerer chriſtlichen Sittenlehre auf dem Gebiet der Nächſtenliebe. Ich habe gefunden, daß in der Preſſe mehr als im Parlament dieſe Bezeichnung manchen Anſtoß gegeben und manche Gegner geſchaffen hat, denen das Wort „chriſtlich“ unangenehm iſt, es ſo ſcharf accentuiert zu ſehen, ich meine nicht von konfeſſionellen Unterſchieden, ich meine nur von dem Unterſchiede in dem Grade des Glaubens oder Nichtglaubens. Aber auch diejenigen, die an die Offenbarungen des Chriſtentums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß doch die ganzen Begriffe von Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen ſie ihre anderen Handlungen in dieſer Welt einrichten, weſentlich nur die foſſilen Überreſte des Chriſtentums ihrer Väter ſind, die unſere ſittliche Richtung, unſer Rechts- und Ehrgefühl noch heute, manchem Ungläubigen unbewußt, beſtimmen, wenn er auch die Quelle ſelbſt vergeſſen hat, aus der unſere heutigen Begriffe von Civiliſation und Pflicht gefloſſen

ſind. Ich glaube alſo, auch ihnen und ſelbſt denen, die einer anderen Konfeſſion angehören, iſt doch das Gebot der Nächſtenliebe, das Gebot der Wohlthätigkeit, auch in ihrer Konfeſſion ein vorherrſchendes. Ich ſehe daher nicht ein, mit welchem Rechte wir für unſere geſamten Privathandlungen die Gebote des Chriſtentums, lebendig oder foſſil, anerkennen, und ſie gerade bei den wichtigſten Handlungen, bei der Bethätigung unſerer Pflichten, bei der Teilnahme an der Geſetzgebung eines Landes von 45 Millionen, in den Hintergrund ſchieben wollen und ſagen: hier haben wir uns daran nicht zu kehren. Ich meinerſeits bekenne mich offen dazu, daß dieſer mein Glaube an die Ausflüſſe unſerer offenbarten Religion in Geſtalt der Sittenlehre vorzugsweiſe beſtimmend für mich iſt und jedenfalls auch für die Stellung des Kaiſers zu der Sache, und daß damit die Frage von dem chriſtlichen oder nichtchriſtlichen Staate garnichts zu thun hat. Ich, der Miniſter dieſes Staates, bin Chriſt und entſchloſſen, als ſolcher zu handeln, wie ich glaube es vor Gott rechtfertigen zu können.

Wenn ich alſo von dieſem Standpunkte die Anſprüche, — deren lebhafte Schilderung der Interpellant uns nach den Bedürfniſſen und der Lage der Arbeiter gemacht hat — die Anſprüche, die er darauf gründete, ohne ſeinerſeits etwas zur poſitiven Löſung der Frage beizutragen, — wenn ich die als vollſtändig gerechtfertigt anerkenne, ſo bin ich doch als Miniſter in einer anderen Lage, wie ein einfacher parlamentariſcher Redner, der von dem, was er ſagt, eine unmittelbar praktiſche Form, für die er ſelbſt eine Verantwortlichkeit fühlte, nicht erwartet, und ich kann deshalb ſo dreiſt und entſchloſſen der Sache nicht näher treten, wie das in der Interpellation geſchehen iſt. Es liegt in all den Aufgaben, die aus der Interpellation für unſere Geſetzgebung hervorgehen, die Frage: wo iſt die Grenzlinie, bis an welche man die Induſtrie belaſten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu ſchlachten, die ihm die Eier legt. Wenn man an die Induſtrie Anforderungen ſtellt zur Erfüllung ſtaatlicher Zwecke — und ein ſtaatlicher Zweck iſt die Herſtellung eines höheren Maßes von Zufriedenheit bei allen Angehörigen, die der Induſtrie an ſich ziemlich gleichgiltig ſein kann — wenn man die Anforderungen zur Herſtellung ſtaatlicher Zwecke an die Induſtrie ſtellt, ſo muß man ſich die Grenze der Tragfähigkeit dieſer Induſtrie doch ſehr genau vergegenwärtigen; das kann man wiederum, meines Erachtens, wie der Herr Vorredner auch bemerkte,

nicht en bloc und im ganzen, das wird man mit einzelnen Berufsklassen vielleicht können, unter deren Zustimmung und mit deren Mitwirkung. Aber wenn man, ohne diese Grenze zu respektieren, ohne sie auch nur zu ermitteln — und gerade dazu, meine Herren, nehme ich Ihre und die Hilfe des von Ihnen verkannten Wirtschaftsrats in Anspruch, um diese Grenze richtig zu finden, — wenn man hineingeht, ohne die Grenze zu suchen, ohne sie zu respektieren, so läuft man Gefahr, die Industrie mit Anforderungen zu belasten, zu deren Erfüllung sie gar nicht imstande ist. Mit Schaden betreibt niemand eine Industrie, oder auch selbst für geringen Gewinn betreibt sie niemand; wer mit 5 Prozent seines Kapitals zufrieden ist, hat es bequemer, wenn er sich rein auf die Kuponscheere verläßt, die brennt nicht ab, die versagt auch nicht, es ist ein reinliches Geschäft. Wer ein Risiko übernimmt durch Anlage großer Kapitalien in Unternehmungen, deren Verlauf niemand vorhersehen kann, der thut es für den Gewinn, den er dabei zu machen hofft, zur Vermehrung seines Vermögens, zur Versorgung seiner Familie. Schwindet dieser Gewinn, so tritt das Unglück für den Arbeiter ein, welches meines Erachtens viel größer ist wie die lange Dauer der Arbeitszeit, nämlich die Gefahr der Brotlosigkeit mit dem Übergangsstadium der Lohnverringerung. Das ist das Erste, worin sich das Übel fühlbar macht, daß es die Löhne verringert, wenn der Bedarf an Arbeit sich so ändert, daß, anstatt daß jetzt geklagt wird, es wird zuviel Arbeit verlangt, dann zu wenig verlangt wird, und daß dann für sechs Tage nur für drei Arbeit geboten wird, ja, daß schließlich die Industrie, an die der Arbeiter nach seinem Wohnort, nach dem, was er gelernt hat, nach dem, was er gewohnt ist, angewiesen ist, ganz eingeht und die schwierige Frage der vollständigen Brotlosigkeit in drohender Form erscheint. Man kann sich darüber nicht täuschen, daß jede von den Verbesserungen, die wir für den Arbeiter erstreben, mit einer Belastung der Industrie verbunden ist. Seit wir, wenn auch selbst ohne es zu wollen, die Grenze berühren, wo die Belastung für die Industrie für diese nicht erträglich ist, sondern die Folgen eintreten, die ich erwähnt — sind wir dann entschlossen, der Industrie, deren Opfer wir für Erfüllung der Staatszwecke in Anspruch nehmen, staatliche Zuschüsse zu geben? Die Fraktion, der der Herr Interpellant angehört, hat sich bisher dem versagt. Ich schrecke vor der Frage nicht zurück. Ich bin sehr weit entfernt davon, einem Teil der Staatsbürger sein Gewerbe zu er-

leichtern durch Zuschüsse von seiten der anderen; ich fasse die Sache nur so auf: wenn man von einem Teil der Staatsbürger zur Erfüllung von Staatszwecken verlangt, daß er über das hinausgeht, was sein Gewerbe an sich von ihm fordert, nämlich den Arbeiter zu nutzen, wenn er Nutzen davon hat, ihn laufen zu lassen, wenn er keinen hat, — wenn man ihm die Pflicht auflegt, eine kürzere Arbeitszeit mit demselben Tageslohn einzusetzen, so muß man auch darauf gefaßt sein, daß die Industrie, um nicht zu grunde zu gehen, durch künstliche Zuschüsse zu halten sein wird. Das ist die Frage, vor der man steht, und die Herren, welche die Grenze, bei der sie beginnt, nicht überschreiten wollen, erlaube ich mir auf die Resultate der Erfüllung aller der in der Interpellation gestellten Forderungen kurz hinzuweisen.

Der Herr Vorredner hat von Arbeitszeiten gesprochen, die mir ganz unbekannt sind. Ich habe Fabriken in meiner Nachbarschaft, da ist die eigentliche Arbeitszeit eine neunstündige, mitunter eine zehnstündige, die Schicht eine zwölfstündige mit drei Stunden Ruhe; es sind das auch Industrien, die 24 Stunden die ganze Woche durcharbeiten und wo die Leute auch zwölf Stunden in der Fabrik oder in ihrer Wohnung, danebenliegend in der Nähe der Fabrik, anwesend sind und von diesen zwölf Stunden in bestimmter Einteilung in mehreren Abschnitten 3 Stunden ruhen und 9 Stunden in der Fabrik sich aufhalten. Wenn in irgend einer Industrie eine 16stündige Arbeitszeit gefordert wird, so bedauere ich die Lage dieser Industrie, denn ich halte das für eine Last, die auf die Dauer nicht zu tragen ist. Wenn man sich aber vergegenwärtigt — ich will nicht von 16 Stunden sprechen, ich halte das für eine Ausnahme — den Unterschied zwischen einer 14stündigen und einer 10stündigen Arbeitszeit, wenn für die Herstellung eines Quantums verkäuflicher Ware 100 Arbeitsstunden erforderlich sind: welches ist der Unterschied, der sich für den Unternehmer herausstellt, wenn er für diese 100 Stunden 7 Arbeitstage zu 14 Stunden oder 10 Arbeitstage zu 10 Stunden zu bezahlen hat? Es macht das auf das gesamte Lohnkonto eines solchen Unternehmers einen Unterschied von $^3/_7$, also sagen wir 40%. Wenn Sie nun ein mäßiges industrielles Unternehmen ins Auge fassen, welches 100 Arbeiter nach dieser Rechnung hat, und jeder Arbeiter hat einen Jahresverdienst, wie das gewöhnlich angenommen wird, von 750 Mark, so ist das ein Gesamtaufwand des Unternehmers

von 75 000 Mark. Nehmen Sie davon 40%, 4/10, als Zuſchlag wegen der verkürzten Arbeitszeit ohne Reduktion des Lohnes, ſo haben Sie einen Zuſchlag von 30 000 Mark Arbeitslohn und ſteigern die Koſten der Fabrik von 75 000 auf 105 000 Mark. Es wird mich freuen, wenn die Induſtrie das tragen kann. Kann ſie es aber nicht tragen, dann ſchädigen wir den Arbeiter in viel höherem Maße, als wir ihn erleichtern, indem wir ihm die Induſtrie ſtören, auf die ſein ganzer Lebensunterhalt baſiert iſt, wir kommen dann zu troſtloſen Zuſtänden bei einem großen Teil der Bevölkerung, für die der Geſetzgeber die Verantwortung hat, weil ſein Eingriff — ich möchte ſagen roh, gewaltthätig und ohne ſorgfältige Prüfung der Situation erfolgt iſt, und dem Arbeiter iſt damit am allerwenigſten gedient.

Wenn man nun dieſe drei Punkte, die in der Interpellation voranſtehen, die Sonntagsarbeit, die Frauenarbeit und die Ausdehnung der Zeit der Männerarbeit — ſie haben das mit einander gemein, daß ſie die Zeitfrage betreffen — wenn man ſie kumuliert, die Beſeitigung der Sonntagsarbeit in denjenigen Geſchäften, wo ſie bisher üblich iſt, — ich will es ja nicht rechtfertigen, aber ich rechne mit den gegebenen Verhältniſſen, wie wir ſie thatſächlich haben, es repräſentiert immer ſowohl für das Einkommen des Arbeiters wie für den Unternehmer ein Item von 1/7 des Lohnes. Kann der Arbeiter nun das Siebentel Lohn, alſo 14 oder 15% ſeines wöchentlichen oder jährlichen Einkommens, etwa auf die andern Wochentage ſchlagen, ſo iſt es gut, dann bleibt ſeine Jahreseinnahme dieſelbe; kann er das nicht, ſo vermindert ſein Budget ſich um 1/7, alſo bei einem Durchſchnittseinkommen von 750 Mark etwas über 100 Mark. Mir liegt — ich will nachher darauf kommen, es betrifft die Arbeitszeit der Männer — eine Jahresrechnung vor, die Arbeiter in einer Petition aufſtellten, wobei ich ſagen muß, daß 100 oder gar 107 Mark bei dieſer Rechnung in keiner Weiſe zu erübrigen ſind in dem Budget eines Arbeiters, aber man muß ſich doch klar machen, wo ſoll das Ergebnis der Sonntagsarbeit in dem Budget des Arbeiters oder in den 14%, die etwa noch auf der Lohnausgabe des Unternehmers aufzuſchlagen ſind, im Zuſatz zu der Rechnung von 4%, die wir vorhin hatten, herkommen? Ich weiß es nicht. Kann die Induſtrie ſolche Auflage tragen? Wir müſſen uns die Ziele nicht zu hoch ſtellen; wie hoch wir ſie ſtellen dürfen, werden wir meines Erachtens erſt beurteilen können, wenn wir zu korporativen Bildungen gelangt

sein werden, wo wir dann mit jeder einzelnen verhandeln können, und wissen, wie weit sie in Konzessionen den Staatszwecken gegenüber gehen kann ohne Zuschuß. Das werden wir aber frühestens im nächsten Frühjahr auf Grund der Ihnen dann zu machenden Vorlagen in Angriff nehmen können, bis jetzt bin ich außer stande, darüber ein Urteil zu geben. Eine Verminderung des Arbeitstages von 14 auf 12 Stunden, von 12 auf 10, beträgt immer noch etwas wie 20%, können wir die auferlegen? und wenn ich den Sonntag noch abziehe und 14% noch weitere Reduktion zuschlage, können wir, kann die Industrie die decken?

Dasselbe findet auf die Frauenarbeit Anwendung. Ich halte es im höchsten Maße wünschenswert, wenn die Fabrikarbeiter auf den Fuß gelangen könnten, auf dem die ländlichen Tagelöhner fast überall stehen, daß die Frau in der Regel nicht mit auf Arbeit geht, sondern den ganzen Tag zu Hause bleibt, mit alleiniger Ausnahme der Zeit, wo in der Landwirtschaft Not an Mann ist, also der verschiedenen Ernteprozeduren. Ob das bei den Fabrikarbeitern erreichbar ist, das weiß ich nicht, aber das, was die Frau bisher verdient, mag es die Hälfte, $^1/_3$ oder $^2/_3$ von dem Verdienst des Mannes sein — es ist zum Budget von 750 Mark immer ein Zuschuß, der bisher nicht entbehrt werden kann. Ich erinnere mich aus meinen eignen Erlebnissen, als zuerst die Einrichtung zum Schutz der jugendlichen Arbeiter bei uns erfolgte, daß die Mütter auf dem Lande zu mir gekommen sind, mir Vorwürfe gemacht und verlangt haben, ich sollte ihnen angeben, was sie mit diesen unbeschäftigten und ihnen zur Last liegenden Jungen zu Hause machen sollen; früher habe er etwas verdient, jetzt verfalle er dem Müßiggange und anderen schlimmeren Lastern mit den übrigen Kameraden. Es hat ja diese sehr humane und vortreffliche Einrichtung, die Jugend und die zartere Konstitution schützen zu wollen, auch ihre Kehrseite, wie sich hier jeder vergegenwärtigen kann, der weiß, was für Neigungen in einem Jungen, der sich in den sogenannten Flegeljahren befindet, von 12—16 Jahren auftauchen, wenn er zum Müßiggang gesetzlich verurteilt wird.

Dann, was die Arbeitszeit der Männer betrifft, so findet auf diese, da diese drei Fragen sehr verwandt sind, die Sonntags-, die Frauen- und die Männerarbeit, dasselbe Anwendung. Im Gegensatz zu dem Herrn Interpellanten darf ich aus den Petitionen schließen, die mir zugehen, daß die Hauptklage über

die zu lange Arbeitszeit der Männer geführt wird; mir ist noch nie eine Petition gegen die Arbeit der Frauen oder Kinder zugegangen, vielleicht deshalb, weil die Schreiber der Petitionen eben die Männer sind, aber die Klagen über die zu lange Arbeitszeit der Männer, namentlich infolge der jüngsten Aufbesserung der Geschäfte, besonders in den Bergwerken, die Klage über die Überschichten, die ist eine sehr allgemeine.

Eine Gesellschaft von Petenten begleitet die mir vorliegende Anforderung auf Verminderung der Arbeitszeit mit der Darstellung des Budgets eines Arbeiters, aus welchem folgt, daß dieses Budget einen Ausfall durch Kürzung der Arbeitszeit nicht verträgt, falls nicht der Unternehmer in der Lage ist, den Schaden einzubüßen; da wird aufgestellt bei einem Budget von 750 Mk. ein Jahr, d. h. 300 Arbeitstage zu 2 Mk. 50 Pf., ein Bedarf an Hausmiete von 100 Mk., Feuerungsbedarf an Kohlen 30 Mk., Seife 15 Mk., Öl 36 Mk., Steuern 29 Mk.; — nun vermute ich, daß diese Steuern hauptsächlich in Kommunalzuschlägen bestehen, denn es ist ja dies eine der größten und am meisten belasteten rheinischen Städte, denn an Staatssteuern kann ein Arbeiter mit 750 Mk. Einkommen unmöglich 29 Mk. bezahlen, und ich hoffe, wenn die Herren uns das Tabakmonopol bewilligt haben werden (Heiterkeit), daß diese Klasse im Staate ganz steuerfrei gestellt und die Klassensteuer als ein Übel vollständig aus der Welt geschafft werden kann, aber wie es scheint, dauert dies noch lange — also 29 Mk. Steuern, Kleidungsstücke für die Familie 150 Mk., das macht also ohne leibliche Pflege 350 Mk. Diese abgerechnet von 750 Mk., bleiben 400 Mk., und davon kann nach der Erklärung der Bittsteller eine Familie von 5 bis 6 Gliedern nicht leben. Nun vermute ich, daß in der Familie von 5 bis 6 Personen Frau und Kinder auch etwas verdienen, und daß das hinzutritt, — und Ziffern sind ja bekanntlich unzuverlässig, vielleicht auch diese, aber die Nennung von Ziffern führt meines Erachtens die Diskussion auf das praktische Gebiet, wo im Raume die Dinge sich hart aneinander stoßen, während die Gedanken den Zusammenstoß leicht überfliegen, und deshalb möchte ich das vorgetragene Budget zu beherzigen bitten. Soll es nicht durch Verminderung der Arbeitszeit noch verkürzt werden, so fragt es sich: kann man den Unternehmer zu einem Zuschuß nötigen, ohne daß er zur Geschäftsauflösung schreitet, ohne daß infolge dessen der Arbeiter brotlos wird? denn mit Schaden arbeitet kein Unternehmer.

Es ſind das alles Fragen von großer Schwierigkeit, deren Löſung wir bisher nicht näher getreten ſind, auch nicht durch Mittel, die uns die Interpellation angegeben hätte. Ich bin indeſſen ſehr geſpannt, ob nicht in der Diskuſſion die Herren, die das Wort ergreifen werden, der Regierung zu Hilfe kommen werden mit praktiſchen Vorſchlägen, die den Übelſtänden abhelfen, ohne die Schäden, die ich befürchte und die mich ängſtlich machen. Die Rednerliſte, die vorliegt, beſteht ja aus den Herren, die ſich am meiſten und mit dem größten Erfolg mit ſolchen wirtſchaftlichen Dingen beſchäftigt haben; ich hoffe alſo noch, in dieſen Reden einigen Erſatz zu finden für die Verſagung des Wirtſchaftsrats, der wir uns gegenüberſehen.

Ich erlaube mir noch in bezug auf die allgemeine Beſchränkung einer Arbeitszeit, die der Herr Vorredner ſchon ſelbſt abgelehnt hat, einiges zu bemerken. Auch in dem einzelnen Geſchäft kann man doch genau und diktatoriſch die Arbeitszeit nicht für alle Fälle beſchränken. Jedes Geſchäft hat ſeine Ebbe und Flut. Wir brauchen bloß an die Zeit der Feſttage hinter uns zu erinnern. Welches Berliner Geſchäft hat nicht ſeine Flut gehabt im Monat Dezember vor Weihnachten? — und ſo iſt bei anderen Geſchäften in anderen Jahreszeiten in regelmäßiger Wiederkehr Ebbe und Flut. Wollte man dieſelbe Arbeitszeit oder ein Maximum der Arbeitszeit anſetzen, was nicht überſchritten werden darf, in einer Weihnachtszeit, wo die Leute, um zu verdienen, mit Vergnügen die Nächte daran ſetzen, um zu arbeiten, ſo würde man hart und ſtörend in ihre freie Erwerbsthätigkeit eingreifen. Aber auch in anderen Geſchäften, unabhängig von Feſten und von ſolchen Zeiten, kommen nach der Natur des Verkehrs doch Ebbe und Flut vor. Wenn dieſe nun zu Zeiten, wo großer Begehr nach einem beſtimmten Produkt iſt — wir wollen ſagen: nach den Kohlen — die Kräfte nicht mehr angeſpannt werden können und dürfen, wie in denjenigen Zeiten, wo man die Kohlen umſonſt anbietet und kann ſie nicht los werden, und wo die Schichten ſo reduziert werden müſſen, daß nur drei dem Einzelnen in der Woche bewilligt werden, dann kommt die geſamte Bergwerksinduſtrie, die auf dem Jahresverkehr beruht, zu kurz. Es muß eine Freiheit der Bewegung ſein, bei ſtärkerem Verkehr die Arbeitskräfte ſtärker heranzuziehen, als es bei ſchwächerem Verkehr der Fall iſt.

Es tritt ferner bei der Normierung eines Arbeitstages noch eine Gefahr ein, das iſt diejenige, daß das Maximum, welches

damit bestimmt wird, an vielen Orten die bestehende Arbeitszeit übersteigt, denn man kann das Maximum nicht zu niedrig halten. Wenn man also da, wo zu meiner Verwunderung 16- oder 14stündige Arbeitszeit üblich ist, eine 12stündige einführt, so werden alle die Geschäfte, die bisher eine 10stündige haben, sich sagen: warum sollen wir nicht 12 Stunden annehmen? und man würde dann diese Arbeiter schädigen, wenn man nicht abwartet, bis die Berufsklassen sich gebildet haben, die in sich eine Korporation herstellen können, die ungefähr gleichartige Interessen vertritt, mit der man nachher verhandeln könnte und von der man erwarten kann, daß sie auch ihre eigenen Interessen dabei wahrnehmen wird.

Ich erlaube mir noch, auf die Fabrikinspektoren in bestimmterer Weise wie vorher zurückzukommen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Bildung dieser Institution von den Regierungen keineswegs aus den Augen verloren ist, sondern daß wir nun eine Pause gemacht haben, um wo möglich die korporativen Grundlagen auch hierfür zu gewinnen, so daß demnächst der Fabrikinspektor unter der Kontrolle der Korporation ebensowohl wie des Staates steht. Als ich zuerst praktisch mit diesen Fabrikinspektoren in Berührung gekommen bin, habe ich sofort das Bedürfnis empfunden: Hier muß die Kontrolle der Öffentlichkeit und ein Apell an irgend eine der Sache fremdstehende kollegiale Entscheidung sein. Es kann von einer einzelnen Person und ihrem Dafürhalten nicht definitiv abhängen, was geschehen muß. Unter diesen Herren sind ja ganz ausgezeichnete Beamte, welche die Hoffnung der Zukunft auf Vervollkommnung der Einrichtung bilden. Es sind aber auch andere, die mit weniger Sicherheit und weniger zweckmäßig sich bewegen, und bei solchen isoliert stehenden büreaukratischen Beamten kommt häufig das Selbstgefühl und die Vorliebe für eigene Erfindungen und Theorien in einer Weise mit in Frage, daß da der Gewerbetreibende mit geringen Rechten, die er dem Beamten gegenüber hat, fürchtet, sich diesen zum Feinde zu machen, und lieber in Schädigung und in einen Zustand von Bedrückung und Verstimmung gerät. Deshalb glaube ich, daß auch diese Einrichtung, wenn sie weiter ausgebildet wird, wofür ich durchaus stimme, der Kontrolle und der Mitwirkung der Korporation der Beteiligten unterzogen werden sollte. Es kann das um so wirksamer sein, wenn die Körperschaft der Beteiligten zugleich auch diejenige ist, welche unter fehlerhaften Einrichtungen durch Deckung der Unfälle, die

daraus hervorgehen, zu leiden hat. Dieſelbe Solidarität der Intereſſen, die wir in den Korporationen erſtreben, kann zugleich dahin wirken, daß die Kräfte, die der Arbeitgeber zu verwenden hat, mehr als bisher geſchont werden: namentlich, wenn wir dahin gelangen ſollten, was im weiten Felde ſteht, auch zur Altersverſorgung zu kommen, dann liegt es im Intereſſe der geſamten Korporationen, die Behandlung des Arbeiters bei allen ſeinen Kollegen in der Korporation, bei allen Mitgliedern ſo eingerichtet zu ſehen, daß das Bedürfnis der Altersverſorgung nicht zu früh eintritt.

Ich hatte mir noch gewiſſe Einzelheiten notiert, ich glaube aber, ich habe ſie im Laufe meiner Äußerungen ſchon berührt und kann alſo mit der Verſicherung ſchließen, daß mich die ganze Darlegung des Herrn Vorredners ſympathiſch berührt hat, daß ich aber auch ihn und ſeine Geſinnungsgenoſſen bitte, die Schwierigkeiten, die einer praktiſchen Ausführbarkeit des Wünſchenswerten — die Wünſche teilen wir ja — entgegenſtehen, auch ihrerſeits zu würdigen und nicht zu große Hoffnungen, nicht unerfüllbare Hoffnungen zu erregen, und daß ich Sie bitte, mit Geduld den Zeitpunkt abzuwarten oder den Zeitraum, ich hoffe, er wird im April dieſes Jahres beginnen, wo die verbündeten Regierungen in der Lage ſein werden, nach den Intentionen des Kaiſers das Beſtreben zu bethätigen, daß auch bei den bisher Schutzloſen im Staate die Überzeugung aus der Praxis allmählich ſich einbürgert, daß der Staat nicht bloß ſich ihrer erinnert, wenn es gilt, Rekruten zu ſtellen, oder wenn es gilt, Klaſſenſteuer zu zahlen — ich hoffe, daß wir über dieſen Fehler unſerer ſteuerlichen Einrichtungen mit der Zeit ganz hinwegkommen können — ſondern daß er auch an ſie denkt, wenn es gilt, ſie zu ſchützen und zu ſtützen, damit ſie mit ihren ſchwachen Kräften auf der großen Heerſtraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden.

Rede im Reichstage bei der Reichshaushalts-Beratung.

Gehalten am 24. Januar 1882.

Der Herr Vorredner iſt, wie ich höre, im Anfang ſeiner Rede zweifelhaft geweſen über ſeine Legitimation, hier im Reichstage einen Erlaß des Königs von Preußen, an Seine Miniſter gerichtet, zu beſprechen. Ich muß ihm überlaſſen, ſich mit ſeiner Legitimation als Reichstagsabgeordneter abzufinden. Ich beſtreite ſie nicht. Die meinige iſt mir ganz zweifellos. Wenn ich hier als Reichskanzler und nur als ſolcher exiſtierte, ſo wäre ich vielleicht zweifelhaft, aber ich muß da eine Fiktion — der Verfaſſung gegenüber iſt es eine Fiktion — berichtigen: der Reichskanzler, ſo oft er hier genannt wird, iſt eigentlich hier gar nicht anweſend. Nach Artikel 9 der Verfaſſung haben die Mitglieder des Bundesrats und nur dieſe, reſp. die vom Bundesrat ernannten Kommiſſarien das Recht, hier zu erſcheinen und jeder Zeit gehört zu werden, um die Anſichten ihrer Regierung — ſo ſteht es in der Verfaſſung — zu vertreten. Ich bin alſo vollſtändig berechtigt, wenn ich die Anſichten meiner Regierung über den von mir kontraſignierten und verantwortlich vertretenen Erlaß hier nach Artikel 9 der Verfaſſung vertrete.

Nach Artikel 6 der Verfaſſung werden die Mitglieder des Bundesrats, die alſo allein berechtigt ſind, hier zu erſcheinen, von den „Bundesgliedern“ ernannt, der Reichskanzler aber wird von Sr. Majeſtät dem Kaiſer ernannt, und der Kaiſer gehört nicht zu den bei der Einteilung der Ernennung der Bundesratsmitglieder aufgeführten Bundesgliedern. Der Kaiſer als ſolcher iſt im Bundesrat nicht ſtimmführend vertreten. Der Reichskanzler hat den Vorſitz, aber wenn es Se. Majeſtät der Kaiſer nicht für gut findet, einen der preußiſchen Bevollmächtigten im Bundesrat zum Reichskanzler zu ernennen, weil vielleicht keiner derſelben ihm dazu geeignet ſcheint, dann iſt es ſehr fraglich, ob der Reichskanzler hier das Vergnügen haben kann, wenn es eins iſt, vor Ihnen zu reden. Ich bin alſo hier und ſpreche hier in meiner Eigenſchaft als königlich preußiſcher Bevollmächtigter. Als ſolcher iſt meine Legitimation nicht zweifelhaft; im Gegenteil, ich ergreife mit Vergnügen die Gelegenheit, die Anſichten meiner Regierung hier auszuſprechen.

Ich würde nicht den Mut gehabt haben, meinerseits hier die Initiative dazu zu ergreifen, nachdem sie aber ergriffen ist, so bin ich dafür dankbar.

Der Erlaß hat in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, steht auch in keiner Verbindung mit irgend welchen Aussichten auf Konflikt. Wenn der Herr Vorredner von dem hochseligen Könige von Baiern sprach, der Frieden mit seinem Volke haben wollte, so hat den der jetzt regierende König von Preußen im vollsten Maße. Er hat nur mit einigen Fraktionen des Landtags nicht den vollen Frieden, wie er es wünschte, aber doch auch keinen Konflikt; und einen Konflikt — meine Herren, das sind fromme Wünsche — einen Konflikt, den werden Sie nicht haben.

Und wenn der Herr Vorredner das an Wiener Blätter — und an was für Wiener Blätter! an solche, die in französischem Solde stehen — anknüpft, so sollte man solche Autoritäten in diesen Räumen doch überhaupt nicht zitieren; gegen den Konflikt übernehme ich die Garantie, meine Herren! — ja, auch selbst, wenn er von anderer Seite gesucht werden sollte! — Sie werden ihn nicht finden!

Aber wenn der Erlaß kein neues Recht hat schaffen wollen, so hat er den Zweck, wie aus seinem Inhalt ja hervorgeht, die Verdunkelung des bestehenden Rechtes zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der preußischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preußischen geschriebenen Rechte, als ob die zufällig in anderen Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgend welche Gültigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten. Das Ergebnis dieser Legendenbildung, die wir ja im vollsten Umfange in wucherischer Üppigkeit in der Rede des Herrn Vorredners hier vor uns haben entstehen sehen, geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere, im Sinne des französischen régner — wir, nach richtigen preußischen Traditionen, unterscheiden beides nicht —, aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Bethätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist, nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des preußischen Landtags.

Wie man ſich nach franzöſiſchen Begriffen eine ſolche Regierung denkt, finde ich in dem ausgezeichneten Werke von Taine über l'origine de la France contemporaine geſagt, nach welchem der König der Girondins „serait une espèce de président honoraire de la république, auquel ils donneraient un conseil exécutif nommé par l'Assemblée, c'est à dire par eux-mêmes".

Das iſt ungefähr das konſtitutionelle Ideal der miniſteriellen Regierung, die dem ſelbſtregierenden König von Preußen gegenüber geſtellt werden könnte, und die dann allerdings, geſtützt auf eine ſichere und wohlgeſchulte Majorität, ſehr wohl im ſtande wäre, das Ideal zu realiſieren, was beiſpielsweiſe der Abg. Mommſen in ſeinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den miniſteriellen Abſolutismus, neben welchem unſer Königtum verſchwinden würde zu der Rolle ſchattenhafter Erbkönige, die, wenn man einen neuen Miniſter braucht, aus den Kuliſſen vorgeführt werden und unterſchreiben und dann wieder verſchwinden, nachdem ſie auf dieſe Weiſe der landtäglichen Oppoſition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Feſtung zur Belagerung, ein neues Miniſterium — mit anderen Worten — angewieſen haben. Alſo die konſtitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommſen mit einer für einen ſo angeſehenen Geſchichtsſchreiber ungewöhnlichen Feindſchaft gegen die Wahrheit mir vorwirft; — ich kann nur annehmen, daß die Vertiefung in die Zeiten, die zwei tauſend Jahre hinter uns liegen, dieſem ausgezeichneten Gelehrten den Blick für die ſonnenbeſchienene Gegenwart vollſtändig getrübt hat, — ſonſt hätte er unmöglich in Reden, die er gehalten hat, mir Schuld geben können, „daß die „Reaktivierung des abſoluten Regiments" erſtrebt werde", in der Rede: „Es gilt um die Zukunft des deutſchen Verfaſſungsſtaates! — Rettet, was noch gerettet werden kann! Es gilt die Reaktivierung des abſoluten Regiments". Es iſt wirklich eine nationale Beſchämung für mich, wenn ich einen ſo ausgezeichneten Gelehrten, der unſeren Ruhm dem Ausland gegenüber als Hiſtoriker vertreten ſoll, bezüglich der Gegenwart ſo reden höre. Alſo dieſes Miniſterregiment, dieſe Kanzlerdiktatur iſt etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Miniſterregiment an die Stelle des königlichen Regiments ſetzen, wenn es Ihnen gelingt — es wird Ihnen aber nicht gelingen, denn Sie haben gar keine Unterlage hinter ſich, die preußiſche Verfaſſungsurkunde weiß davon gar nichts. Es iſt das eine Urkunde, die, fürchte ich, viel zu wenig

gelesen wird; viele Leute haben sie auf ihrem Tische liegen, sehen sie aber niemals an. Ich will nur den Titel von dem Könige lesen; von den Ministern ist nur ganz kurz in der Verfassung die Rede, wo gesagt wird, daß sie verantwortlich sein sollen, und wie sie angefaßt werden sollen, wenn sie das Mißfallen der Majoritäten sich zugezogen haben.

Es heißt in Tit. 3 vom Könige Art. 43:

„Die Person des Königs ist unverletzlich."

Nun, das ist sie, Gott sei Dank, in Preußen immer gewesen, und es hat außer einigen Verbrechern, die dem Strafgesetz verfallen, noch nicht jemand über sich gebracht, die Person des Königs zu berühren, zu schädigen, kurz, seine Unverletzlichkeit zu mißachten. Zu derselben rechne ich auch, daß das königliche Ansehen, die königliche Würde, die Ehre des Königs in Worten geschont wird überall, wo der König erwähnt wird. Dieser Paragraph sagt meines Erachtens: in allen Diskussionen, wo vom Könige die Rede ist, — wenn ich etwa, wie Luther die zehn Gebote in seinem Katechismus weiter ausspinnt, hier die feineren Konsequenzen ausführen soll, so heißt dies nach der Verfassung: Ihr sollt vom Könige nicht anders als in Ehrerbietung sprechen und nicht in so unehrerbietiger Weise, wie es hier in diesem Jahre vorgekommen ist. Meine Herren, ich meine die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Virchow.

Die Minister des Königs sind verantwortlich. Nun, gut! Gewiß sind wir das, und ich schrecke vor dieser Verantwortlichkeit nicht zurück. Mein Name steht auch unter diesem Erlaß, und ich bin, obschon im Krankenrecht, heute erschienen, weil mein Name darunter steht. Die Minister sind verantwortlich: ich kann mich verantwortlich machen für meine eigenen Handlungen und kann mich auch verantwortlich gemacht haben durch eine Bürgschaft, die ich übernehme für Handlungen eines Andern, und ich habe mich verantwortlich gemacht auch für alle Handlungen meines Königs, die ich gegenzeichne, und auch für die, welche ich nicht gegenzeichne, werde ich am letzten Ort die Verantwortlichkeit gern übernehmen. Das ändert also gar nichts am Königsrecht; die Regierungsakte, welche zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, sie bleiben doch Regierungsakte des Königs. Sie werden ja als solche hier in der Verfassung ausdrücklich bezeichnet:

„Regierungsakte „des Königs" bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung."

Sind sie gegengezeichnet, so werden sie dadurch etwa „ministerielle“ Akte? Ist der König dabei Nebensache und der Minister die Hauptsache? Die ministerielle Unterschrift, die tief unten in der Ecke steht? Ja, meine Herren, wie Sie das mit der weitgetriebenen Verehrung, die der Herr Vorredner für die königliche Stellung hat, zusammenbringen wollen, daß Sie den Hauptaccent von den beiden Unterschriften, die unter einander stehen, wie unter diesem Erlaß, auf die Ministerunterschrift legen, verstehe ich nicht. Es ist ganz erklärlich, wenn man denkt, daß in Ihrer Verehrung der König so hoch steht, und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Mensch mehr merkt und kein Mensch mehr spürt, vor lauter Verehrung; nicht aus Herrschsucht stellen Sie ihn so hoch, nein, aus lauter Verehrung für das Königtum, so daß er zuletzt, wie früher der geistliche Kaiser in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird von unten auf einem Gitter gehend, so daß man nur seine Sohlen sehen kann. Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr, als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand; bei uns aber regiert der König selbst; die Minister redigieren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. „Dem König allein“, sagt die Verfassung, „steht die vollziehende Gewalt zu“, — von den Ministern ist gar nicht die Rede; der König besetzt alle Stellen in allen Zweigen des Staatsdienstes“, auch da ist von Ministern nicht die Rede. „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt.“ Ja, das preußische Volk hat die beiden Kammern acceptiert, so daß die früher dem König allein zustehende gesetzgebende Gewalt geteilt wurde; der König hat den Kammern zwei Drittel der Legislative abgetreten, das ist bei uns geschriebenes Recht; aber wenn dieses letztes Drittel noch auf ein Ministerium, das der König ernennen kann, etwa, wie ich früher einen Justitiar ernennen konnte und noch unter Umständen einen Pfarrer ernennen kann; — ist er aber einmal ernannt, steht er mir gegenüber unabsetzbar, und unabsetzbar ist ein Minister, wenn er eine starke Majorität in einer Kammer oder gar in beiden Kammern oder im Reichstage hat und diese Majorität befriedigt mit Rechten und Konzessionen, die er dem König abgewinnt. Ein solcher Minister kann sich dem König gegenüber in der Lage befinden, wie ein Pfarrer, den ich voziert habe, und der mir, nachdem ich ihn voziert habe, das Leben so sauer macht wie möglich.

Die Verfaſſung ſagt: „Die Übereinſtimmung des Königs und beider Kammern iſt zu jedem Geſetze erforderlich. Dem Könige ſowie jeder Kammer ſteht das Recht zu, Geſetze vorzuſchlagen. Geſetze, die vom Könige einmal verworfen worden ſind, können . . . nicht wieder eingebracht werden.“ Der Miniſter iſt alſo ein in der Verfaſſung kaum genannter Lückenbüßer; ob das nun in die konſtitutionelle Theorie paßt oder nicht, iſt mir vollſtändig gleichgültig, es ſteht das in der preußiſchen Verfaſſung, und ich kenne kein anderes Grundgeſetz, nach dem in Preußen zu regieren und zu leben iſt; Se. Majeſtät der König von Preußen hat aber den Eindruck gehabt, daß dieſe ſeine zweifellosen verfaſſungsmäßigen Berechtigungen einigermaßen verkannt zu werden anfingen, namentlich auch aus den letzten Diskuſſionen hier, und er hat das Bedürfnis gehabt, das geltende Verfaſſungsrecht ſo, wie wir alles beſchworen haben, auch der König, neu in Erinnerung bringen in ſeiner ganzen nüchternen Nacktheit, frei von den Zuthaten legendärer Gebilde, die der Herr Vorredner uns vorgetragen hat, und daran ändert weder die Unverletzlichkeit, noch die Verantwortlichkeit das Geringſte.

Die preußiſchen Traditionen entſprechen auch vollſtändig den Beſtimmungen der Verfaſſung, es iſt von den preußiſchen Königen ihre Stellung niemals in erſter Linie aus dem Geſichtspunkt der Rechte, ſondern in erſter Linie aus dem Geſichtspunkte der Pflichten aufgefaßt worden. Unſere Könige, bis zu den Kurfürſten zurück, haben nie geglaubt, daß ſie „fruges consumere nati“ wären und zu ihrem Vergnügen an der Spitze des Staates ſtänden, ſondern ſie haben das ſtreng dienſtliche Gefühl der Regentenpflicht gehabt, wie Friedrich der Große es in ſeinem Ausſpruch bethätigt, daß er ſich ſelbſt für den erſten Diener des preußiſchen Staates erklärte. Dieſe Tradition iſt in unſeren Regenten, wie wir ja alle wiſſen, — ich erzähle ja nichts Neues — wir wiſſen, wie unſer jetziger Herrſcher lebt und ſeine Zeit ausfüllt vom Morgen bis zum Abend —, iſt in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Miniſteriums der König befiehlt und die Miniſter gehorchen, ſo lange ſie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Könnten ſie das nicht mehr, ſo iſt der Wechſel eines Miniſters ſo ſehr ſchwierig nicht: wir haben ja von Politikern jeder Art ſehr reichliche Auswahl auf Lager, und der König, wenn er nicht ganz etwas exzentriſches will, würde für alles, was ſeine gegenwärtigen Miniſter nicht kontraſignieren wollen, leicht andere

Miniſter finden, welche bereit ſind, die Verantwortung dafür zu tragen. Es wird uns aber nichts exzentriſches angeſonnen, ſondern in den feſten, tiefen Geleiſen, die die Politik Preußens im Deutſchen Reich allein gehen kann, beſtimmt Se. Majeſtät der König im Prinzip. Er beſtimmt, was geſchehen ſoll, wie die preußiſchen Vertreter am Bundesrat danach inſtruiert werden ſollen, beſtimmt, daß danach die Vorlagen im Landtag und im Reichstag gemacht werden ſollen, nach der eigenen Überzeugung, und die Ausarbeitung, das Formale in der Sache iſt Sache der Miniſter. Nun können ja Miniſter abweichender Meinung ſein, dann findet ein Kompromiß ſtatt, wie ich ſchon früher ſagte, das konſtitutionelle Leben beſteht aus Kompromiſſen, und ein König, der einen Miniſter nicht ohne weiteres entlaſſen will, konzediert ihm wohl etwas, was er eigentlich lieber nicht gewollt hätte. Noch häufiger aber kommt es vor, daß die Miniſter für eine Arbeit oder eine Schrift, die ihrer Meinung nach aus einem Guß und richtig war, die königliche Zuſtimmung nicht gewinnen können und ſich dann fragen müſſen: ſoll ich nun die ganze Sache fallen laſſen? ſoll ich ſie zu einer Kabinettsfrage machen, zurücktreten, oder es für das Vaterland und für den Dienſt nützlicher finden, dem königlichen Willen Konzeſſionen zu machen? Der königliche Wille iſt und bleibt der allein entſcheidende. Der wirkliche, faktiſche Miniſterpräſident in Preußen iſt und bleibt Se. Majeſtät der König. Ich, der vor Ihnen ſteht, habe meinen Kollegen gar nichts zu befehlen, ich habe ſie nur zu bitten und ihnen Briefe zu ſchreiben, die ſie nicht immer überzeugen; das iſt ſehr angreifend, und ich thue es deshalb nicht immer, ſondern wenn ich glaube, daß etwas geſchehen muß, und kann ich es nicht durchſetzen, dann wende ich mich an den wirklichen Miniſterpräſidenten, an Se. Majeſtät den König; finde ich da keinen Anklang, ſo laſſe ich die Sache fallen; finde ich ihn, ſo kommt ein königlicher Befehl, es ſo und ſo zu machen und dann geſchiehts, oder es folgt eine Kabinettskriſis, die ſich dann ruhig vollzieht.

Dieſe Regentenpflicht, die Freude an der Arbeit, wenn überhaupt eine Freude bei dem regieren iſt, wird nun von dem Könige von Preußen innerhalb der Schranken, welche die Verfaſſung gezogen hat, mit derſelben Hingebung geübt und erfordert vielleicht noch eine größere Arbeit, weil die Schranken die Bewegung erſchweren und der Raum, auf dem man ſich bewegt, ein ſehr viel engerer iſt. Die Könige von Preußen waren im

Vollbeſitz der Macht, der geſetzgebenden wie jeder anderen, zu der Zeit, wo die Verfaſſung erlaſſen wurde. Die Herren, die mit mir, es werden wenige ſein, in den Jahren 1849, 1850 und 1851 an der Verfaſſung gearbeitet haben, und die noch parlamentariſch thätig ſind, die mit mir 1851 die Verfaſſung beſchworen haben, wiſſen, wie fern uns damals die konſtitutionelle Theorie der Majoritätsregierungen lag, und wie ſtark die Vorbehalte waren, die der hochſelige König bei der Beeidigung machte über die „Möglichkeit“, mit dieſer Verfaſſung zu regieren. Es waren, wenn Sie es vom Geſichtspunkt des contrat social betrachten wollen, wie dieſer Vertrag geſchloſſen wurde, die Anſprüche der parlamentariſchen Einflüſſe hinter dem heute vom Herrn Abg. Dr. Hänel uns ſkizzierten Ideal damals noch ſehr weit zurück.

Daß es ſo in Preußen iſt, iſt doch ein großes Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, dann wären wir ja gar nicht hier, ich hätte gar nicht den Vorzug, zu Ihnen hier in dieſem Saale zu reden, wir hätten gar keinen Deutſchen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 ab Se. Majeſtät, unſer konſtitutioneller König, die Konſtitution nach den Hänelſchen Grundſätzen ausgelegt hätte und bis zur Entlaſſung der Miniſter die miniſterielle Politik, alſo beiſpielsweiſe die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger zur Ausführung gebracht, ſich ihr gefügt hätte, und daß Se. Majeſtät die Miniſter ſo gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags es damals angezeigt erſcheinen ließ, daß alſo der König ſeine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänel'ſche Legende ins praktiſche Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächſt keine reorganiſierte Armee gehabt, das iſt doch klar, denn die Herren im Parlament verſtanden die politiſchen Möglichkeiten in Europa ſo wenig, daß ſie ſich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutſche Einheit wollte, das erſte, was man dazu brauchte, eine ſtarke preußiſche Armee war und die Unterſchrift des Königs von Preußen.

Statt deſſen wurde dieſer König von Preußen in ſeinem Verſuch, dieſe Armee ſo ſtark zu bilden, daß er die deutſche Einheit nicht herſtellen, ſondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs Äußerſte bekämpft, und wir hätten zunächſt die Armeereorganiſation gar nicht, wir hätten die Armeeorganiſationen behalten, die den tapferſten Soldaten — das war der damalige Kriegsminiſter

zur Olmützer Zeit — doch veranlaßten, mir, als ich als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu ſagen: wir können uns gar nicht ſchlagen, wir ſind gar nicht in der Lage, wir haben erſt in 14 Tagen 70 000 Mann zwiſchen Oder und Elbe, wir können die Öſterreicher gar nicht hindern, Berlin zu beſetzen, wir müſſen mobiliſieren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müſſen wir unſer Land und Hauptſtadt wieder erobern; alſo, ich „muß Sie bitten", wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben, Sie haben Urlaub von Ihrem Regiment, wiegeln Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht ſchlagen, wir haben Kadres von 150 000 Mann in Baden ſtehen und haben ſie nicht zuſammen. In derſelben Verfaſſung wären wir militäriſch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlament ging.

Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage geweſen wäre, ſeine eigene Politik durchzuſetzen, ſondern die parlamentariſche, miniſterielle, legendare Politik, war, daß wir 1863 unter der Leitung des damaligen Vizepräſidenten des Abgeordnetenhauſes, Herrn Behrend aus Danzig, für die polniſche Inſurrektion Partei nahmen gegen Rußland, daß wir die polniſche Inſurrektion ermutigten — ich erinnere Sie an den Antrag Donalies aus Oſtpreußen und dergleichen, ich habe das im Gedächtnis, die ſogenannte Seeſchlange — kurz die königliche Politik war, Rußland zu ſchonen für künftige Kriege, für große Zeiten. Die parlamentariſche Politik war: mein Gott, da iſt Lärm, da iſt Aufſtand, da iſt Inſurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unſere Sympathie, und ohne weitere Überlegung wurde parlamentariſch Jeszcze Polska geſungen und damit vorwärts. Das war die Politik, die man dem Könige aufgezwungen haben würde, wenn er nicht ſeine eigene befolgt hätte.

Es würde weiter im Jahre 1864 in bezug auf die Elbherzogtümer Preußen ſich, wenn es nach der Mehrheit des Parlaments damals ging, in den Dienſt der Frankfurter Majorität geſtellt haben. Das war ja die damals im Abgeordnetenhauſe populäre Politik. Wir würden alſo im Dienſte dieſer Frankfurter Majorität wahrſcheinlich eine Bundesexekution auf Grund der Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollzogen haben. Leſen Sie doch die damaligen Verhandlungen, wie bin ich vilipendiert worden, weil es mir neben der Bundesexekution ge-

lungen war, Öſterreich für gemeinſame Operationen zu gewinnen. Wir hätten alſo Öſterreich den Kauf aufſagen, auf den gemeinſchaftlichen Feldzug verzichten müſſen und dafür die Bundesexekution vollziehen müſſen, um dann ein gutes Zeugnis des Bundespräſidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn gethan hätten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Öſterreich viel wahrſcheinlicher durch Europa, von dem europäiſchen Seniorenkonvent gemaßregelt worden ſein und uns bundesprotokollariſch gefügt haben; wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben.

Das wären die Folgen geweſen, wenn damals parlamentariſche Politik und nicht königliche Politik getrieben wäre, wir würden dann wahrſcheinlich, meine Herren, noch heute in der Eſchenheimer Gaſſe feſtſitzen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgeſandter ſein würde, ſo wäre ein anderer dort und würde meinen Inſtruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beſchließen und Sie alle wären hier gar nicht vorhanden. Statt deſſen hat der König an ſeiner eigenen Politik feſtgehalten, und hat, trotzdem die königliche Minorität in der Kammer auf 11 Stimmen reduziert war — es waren 11 Konſervative — feſtgehalten an dem, was die Traditionen der preußiſchen Dynaſtie, die Traditionen ſeiner Vorfahren ihm als Politik vorzeichneten, was ſein deutſches Herz, ſein deutſches Gefühl ihm als Ideal vorzeichneten. Seine Majeſtät hat damals in den holſteiniſchen Sachen, als ich nicht raſch genug im deutſchen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort geſagt: Sind Sie denn nicht auch ein Deutſcher? So waren die Geſinnungen Seiner Majeſtät in nationaler Richtung engagiert, und ſo genau war die Politik, für deren Gelingen man der Armee danken kann, für deren Beginn und Durchführung aber der Dank bei mir an eine falſche Adreſſe gerichtet iſt, — er gebührt für die politiſche Konzeption einzig Seiner Majeſtät dem Könige, — und dadurch, daß der König ſeine Miniſter gewechſelt hat, bis er ein Miniſterium fand, welches bereit war, dem Könige den Willen zu thun, und was man ſagt flott mitzugehen, losgeſagt von der Ängſtlichkeit der drei Vorgänger, die ich im auswärtigen Dienſt gehabt habe, eine nationale Politik auf die Spitze des Schwertes geſtellt durchzuführen, dadurch, daß der König eben keine miniſterielle Hausmeierei ſich bilden ließ, geſtützt auf erdrückende Majoritäten, die der Krone entgegenſtanden; und leſen Sie die Verhandlungen von damals durch, noch heute laſſen an

Lebhaftigkeit die Redner nichts zu wünſchen übrig, aber es iſt doch ſeit 20 Jahren einiger Fortſchritt in der Höflichkeit parlamentariſcher Diskuſſion zu bemerken gegen damals.

Nichtsdeſtoweniger hielt der König ſeine Politik feſt, ſetzte ſie durch, und was wir haben, danken wir nicht der parlamentariſchen ſondern der königlichen Aktion. Deshalb, meine Herren, ſollten wir, glaube ich, die königliche Aktion, die lebendige Wechſelbeziehung zwiſchen dem Könige und dem Volke, wie ſie in Preußen immer geweſen iſt und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren. Der Herr Vorredner hat keine preußiſchen Jugendeindrücke, wenn er glaubt, daß der direkte Verkehr mit dem Volke und ſeiner Vertretung dem Anſehen der Monarchie ſchaden könnte; unſre Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntſchaft, und je mehr ſie heraustreten und mit dem Volk in engere Beziehungen treten, wie dies früher ohne jede miniſterielle Vermittlung der Fall war, wie unſer König, und noch Anno 1847 bei den Vorlagen für den vereinigten Landtag, ohne verantwortliche Miniſter im konſtitutionellen Sinne direkt der parlamentariſchen Diskuſſion, die auch mitunter die Roheit des Neulings hatte, gegenüberſtand, hat dem Königtum bei uns nichts geſchadet, im Gegenteil, auf dieſem Boden der Wechſelbeziehungen zwiſchen Volk und König iſt das Königtum ſo ſtark und ſo groß geworden, daß Sie, meine Herren, nicht in direkte Beziehung mit ihm zu kommen wünſchen, ſondern Sie wünſchen das Königtum durch einen Vorhang verdeckt.

Aber wenn wir ſehen, was das Königtum bei uns geleiſtet hat, ſo ſollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben, und nicht dahin wirken, daß es gewiſſermaßen durch Nichtgebrauch obſolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank ſtellt und nicht benutzt, das verliert an ſeiner Anwendbarkeit und ſeiner Brauchbarkeit, und ſo iſt es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchiſchen Element, welches in unſerem ſtark monarchiſch geſinnten Volke herrſcht. Nehmen Sie uns das, was können die Herrn dann an deſſen Stelle ſetzen? „Was kannſt du armer Teufel geben“ — womit ich aber niemanden in dieſem Saale meine — wenn Sie uns dieſen ſtarken, in unſerer hundertjährigen ruhmvollen Geſchichte tiefwurzelnden König zerſetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, ſo hoch, daß wir es garnicht mehr erblicken. Sie bringen uns damit den Chaos, und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie

an deſſen Stelle ſetzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbackene direkte perſönliche Beziehung zum Königtum nehmen, und weil ich das weiß aus meinen eigenen Erlebniſſen — ich bin alt genug, ich habe im Volke in allen Provinzen gelebt — weil ich das weiß aus der preußiſchen Geſchichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir garnichts haben an deſſen Stelle, darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterſchrift für den lebendigen König, der entſchloſſen iſt, ſein Recht zu vindizieren, und welcher ſagt: ich habe das Recht und laſſe es mir nicht nehmen, durch keine Reden und falſche Auslegungen der Verfaſſung, durch keine Legenden, die ſich an die Verfaſſung knüpfen, und die nicht drin ſtehen. Laſſen Sie das Königtum durch Nichtgebrauch ſchwach werden, was ſind dann die Vorteile davon? Ja, die Belagerung dieſer kleinen Miniſter-Zitadelle hier wird allerdings weſentlich erleichtert; wenn dem Königtum die Verpflichtung auferlegt wird, ſtets incognito zu bleiben, es darf nicht genannt werden, es darf ſeinen Namen nicht laut nennen, es darf nur mit einer miniſteriellen Maske vor Ihnen erſcheinen, da iſt jeder Angriff außerordentlich viel leichter. In ſolchem monarchiſch geſinnten Volk wie das unſrige kann man bei den Wahlen das leicht erwähnen, daß das Volk ſich die Miniſter getrennt und iſoliert von dem Könige denkt und dahinter den König, der zwar unterſchrieben hat, weil er gerade keinen Miniſterwechſel wollte, aber doch mit ſeinem Herzen, mit ſeiner Überzeugung, mit ſeinen Traditionen nicht bei der Sache iſt. Wenn das geglaubt wird, ſo iſt es ſehr leicht, dem Volk zu ſagen: was hat das Volk an mir und meinen Kollegen, es ſind unbekannte Leute! Man ſieht auch recht gern einen Wechſel, zwanzig Jahre derſelbe Miniſter, iſt ſehr langweilig — aber ſobald von dem Könige die Rede iſt, müſſen die Herren ſchon ganz andere Glacéhandſchuhe anziehen, wenn ſie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geſchehen iſt. Die politiſche Brunnenvergiftung, möchte ich ſagen, wie ſie bei den Wahlen ſtattgefunden hat, iſt garnicht möglich, wenn all die Verdächtigungen, deren die Regierung geziehen wird, nicht den unglücklichen Reichskanzler, ſondern den König von Preußen, den Deutſchen Kaiſer treffen, da würde man ja garnicht den Mut haben, dieſen Unſinn in die Welt zu ſchicken. Auch der Beamteneid fällt ja dem Miniſter gegenüber garnicht ins Gewicht — ich komme nachher auf die Sache und finde mich da zu meiner Freude mit dem Herrn

Vorredner faſt weſentlich einverſtanden, wir ſind darin gar keiner verſchiedenen Meinung, er hat auch ſo viel gouvernementales Gefühl für zukünftige Möglichkeiten, daß er ſo ganz die Sache des Erlaſſes nicht wegwerfen will, und ich habe einzelne Äußerungen von liberalen Abgeordneten gehört, daß ſie für den Fall, daß ihnen angeſonnen würde, ein Miniſterium anzunehmen, doch in einer für die Beamten erſchreckenden Weiſe aufräumen würden, ſie würden ſo gelinde, ſo milde, wie wir jetzt, von der Dispoſitionsbefugnis ganz ſicher nicht Gebrauch machen, und ſie würden wohl daran thun; denn wir ſind darin bisher viel zu milde geweſen.

Ich komme auf den Vorwurf, den auch der Herr Vorredner wiederholt heute ausgeſprochen hat, und der in allen Zeitungsblättern toto die zu leſen iſt, als ob die Miniſter, wenn ſie den Namen des Königs nennen, damit einen Akt niedriger Feigheit begingen, indem ſie ſich mit dem Könige als mit einem Schilde gegen die Angriffe des Parlaments decken wollten. Meine Herren, ſo gefährlich ſind Ihre Angriffe nicht, bilden Sie ſich das doch nicht ein. Daß die Miniſter dafür eine andere Deckung brauchen als die der eigenen Bruſt; da überſchätzen Sie ſich, wenn Sie meinen, daß ich deshalb, um gegenüber einer Parlamentsrede, wie ich ſie tauſende in meinem Leben gehört habe, daß ich deshalb meine Ehrerbietung vor dem Könige, meine, ich hätte faſt geſagt ſoldatiſche — meine Pflicht eines Unterthanen, wie ich ſie meinem Könige gegenüber erkenne, meinen König auch nur der leiſeſten Unannehmlichkeit ausſetzen ſollte, um mich Ihnen gegenüber zu decken. Jemand, der mir das ſagt, muß die Geſchichte der letzten 20 Jahre garnicht geleſen haben. Habe ich nicht ſeit 1862 kämpfend auf der Breſche geſtanden? habe ich das Königtum nicht gedeckt, nicht bloß mit meinen körperlichen, ſondern auch mit meinen geiſtigen Leiſtungen, die ich zur Verfügung habe? Aber im Jahre 1862, wie ſah denn da die Situation aus? Da waren ſehr wenige, die bereit waren, dieſe Deckung des Königtums, die ich damals leiſtete, zu übernehmen. Leſen Sie die Zeitungen Ihrer eigenen Partei, da werden Sie finden — ich habe das ſchon einmal geſagt, aber Sie vergeſſen es ſo raſch — daß die Wohlwollenden bezüglich meiner damals von Strafford und Polignac ſprachen, die gemeineren aber von Wollekrempeln im Zuchthauſe, was mein natürliches und berechtigtes Ende ſein würde. Ich ſelbſt habe wenigſtens geglaubt, daß man mir unter Umſtänden, wenn

Gegner ans Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruinieren würde, und hatte für meine Kinder damals in Sicherheit gebracht, was ich von meinem Vermögen in Sicherheit bringen konnte. Als bonus pater familias werden Sie mir das nicht verargen. Ich führe das nur an, um zu beweisen, was es damals hieß, auf die Bresche zu treten: auf der einen Seite Strafford's Schaffot, auf der anderen Zuchthaus, auf der dritten Vermögenskonfiskation — ich weiß nicht, wieviel Millionen ich hätte herauszahlen müssen, und es waren damals sehr wenig Leute geneigt, mit mir dieses Risiko zu übernehmen. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre, die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen.

Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König! (Große Unruhe links.) Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören. — Die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen. Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist, den Sie mir gemacht haben.

Die Herren haben mich unterbrochen und haben mich angegriffen in dem Augenblick, wo ich sagte, der Vorwurf der Feigheit trifft mich nicht.

Meine Herren, was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Dienstreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? viel Vergnügen ist dabei nicht. Ich habe in früheren Zeiten meinen Dienst gerne und mit Passion gethan und mit Hoffnungen gethan; die Hoffnungen haben sich zum großen Teil nicht verwirklicht. Ich war damals gesund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Ist es denn ein Vergnügen, hier zu stehen wie der „Auff" vor der Krähenhütte, nach dem die Vögel stoßen und stechen und der außer stande ist, sich frei zu wehren, sich ganz gegen persönliche

Injurien und Verhöhnungen auszuſetzen, die in wohlverklauſulierten zweiſtündigen Reden eingeflochten ſind, gegen unartikulierte Unterbrechungen ſich zu verteidigen? Ein Vergnügen iſt das wahrhaftig nicht. Wenn ich im Dienſte des Königs nicht wäre, und wenn mich der König heute in Gnaden entlaſſen würde, ſo würde ich von Ihnen, meine Herren, mit Vergnügen und auf Nimmerwiederſehen Abſchied nehmen.

Wir haben, wie ich ſchon erwähnte, vor der Verfaſſung und ſeitdem die Erfahrung gemacht, wie werbend das Königtum bei uns wirkt. Und, meine Herren, wirklich, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, ſollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfeſt iſt, was feſtſteht, was wie eine Burg ausſieht, das ſollten wir doch ſchonen und pflegen. Und alſo, laſſen Sie dem König doch ſeinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem miniſteriellen Inkognito heraustritt und direkt zu dem Volke ſpricht. Im Elſaß machen wir wenig Fortſchritte — zu meinem Bedauern —, aus dem Grunde, weil wir uns dort an die Pariſer und nicht an die früheren Franzoſen wenden. Das ſind zwei Nationen, die in Frankreich getrennt leben. Die Pariſer im Elſaß werden wir nie gewinnen, die Bevölkerung werden wir gewinnen. Aber was hat denn am meiſten dort bisher gewonnen und geworben? Nächſt dem Militärdienſt die Perſönlichkeit des Kaiſers. Wenn Sie dieſen Kaiſer ſequeſtrieren, ſo hoch über die Wolken, daß ihn kein Menſch ſieht, wären ſolche Erfolge gar nicht möglich, kein Miniſter kann das; ich führe das nur an als Beleg für meine Politik, daß die richtig iſt, wenn ſie dahin geht, alles, was wir Aktives und an Realitäten haben, das ſollten wir ſchonen, pflegen und verwerten, aber nicht zinslos zurückſchieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch wertlos werden laſſen. Und ſo iſt für Preußen das monarchiſche Prinzip und das Königtum das Wertvollſte.

Wenn auch in der Verfaſſung etwas anderes ſtände, als dieſe ganz klaren und der freien Thätigkeit des Königs günſtigen Beſtimmungen, ſo würden, meine Herren, die artikulierten Beſtimmungen eines Staatsgrundgeſetzes doch allein nicht entſcheidend ſein für das Maß, was jedesmal ein Parlament, ein König, ein Miniſter an Gewicht übt. Es liegt zwar in der Tradition der Zeit, anzunehmen, daß alle Perſonen gleich ſchwer wiegen, ein Wähler iſt ein Wähler und eine Stimme iſt eine Stimme; ſie wird voll gezählt, ein Unterſchied iſt nicht. Aber das iſt

auch wieder eine von den Legenden und den Fiktionen. Es macht einen ganz außerordentlichen Unterschied, ob Sie an der Spitze eines Staates einen König wie Friedrich den Großen, oder auch nur Friedrich Wilhelm I. haben, oder ob Sie — ich will niemanden nennen — aber einen König an der Spitze haben, der seinerseits weniger begabt ist, als die meisten Regenten aus unserem Hause gewesen sind. Es macht ferner einen gewaltigen Unterschied, was für ein Parlament Sie haben; wenn Sie ein Parlament haben, was eine fest gesicherte Majorität hätte, homogen organisiert, unter einer Führung, wie sie in England die beiden Pitt oder Canning, oder selbst noch Palmerston, Peel geleistet haben, — ja, das ist ein Schwergewicht, eine Masse, wo schon ein sehr starker König wie Wilhelm von Oranien, ein sehr geschickter König wie Leopold I. von Belgien gegenüberstehen kann, aber doch nur mit Mühe seinen Willen zur Geltung bringt; aber er bringt ihn auch zur Geltung. Immerhin wird ein solches Parlament eine gewaltige Macht sein, welcher unter Umständen das Oberhaus und die Krone auf einen sehr kleinen Raum und geringe Bewegung beschränkt. Wenn wir das haben, meine Herren, dann kommen Sie wieder, dann wollen wir einmal über die Sache sprechen. Aber ein Parlament, welches aus einer erheblichen Anzahl Fraktionen, acht bis zehn, besteht, welches keine konstante Majorität, keine einheitliche, anerkannte Führung hat, das sollte froh sein, wenn neben ihm der Ballast einer königlichen Regierung, eines königlichen Willens im Staatsschiffe besteht. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde eben alles zu grunde gehen, — das Chaos eintreten.

Ich komme auf den zweiten Teil des Erlasses, wie der Herr Vorredner ihn nannte, was die Beamten anlangt. Auch die Frage würde, wie ich schon sagte, sehr viel einfacher liegen, wenn man nicht die Figur des Königs aus der Bildfläche zu verdrängen bemüht wäre und ihr die Fiktion unterzuschieben, als wenn das Ministerium Bismarck-Puttkamer u. s. w. einzig die Regierung von Preußen führe, eine unwahre Fiktion diese Legende, die darauf berechnet ist, die königliche Gewalt abzuschwächen — vielleicht nicht mit der weiteren Aussicht berechnet, aber sie hat diese Wirkung. Wenn das nicht wäre, wenn die Beamten sich immer bewußt wären, daß sie dem König gegenüberstehen, dem sie den Eid geschworen haben, wenn sie sich klar machen, daß der König, dem sie den Eid der Treue und des Gehorsams

geleiſtet haben, an der Spitze der Politik ſteht, dann würde auch deren Haltung manchmal eine andere ſein. Der König hat den Eindruck gehabt, daß er den Beamten gegenüber zu ſehr in den Hintergrund, ſozuſagen, in das Hintertreffen geſchoben wird, und hat das Bedürfnis gefühlt, den Beamten den Eid, den ſie geleiſtet haben, in Erinnerung zu bringen. Hat er dazu nicht das Recht? Er thut das in der ſchonendſten Weiſe, ſo daß ſelbſt dem Herrn Vorredner eigentlich ein Objekt ſeines Zornes mangelte. Er ſagte, es ſei das unklar geſagt, und wahrſcheinlich ſeien dabei zwei Federn thätig geweſen, wobei er mir vielleicht den unklaren Teil zuſchreibt oder den klaren, ich weiß es nicht. Aber ſoviel kann ich ſagen, der ganze Erlaß iſt vom erſten bis zum letzten Buchſtaben aus einem Guſſe, nach dem Willen des Königs. Die Anſprüche, die der König den Beamten gegenüber ſtellt, gehen nicht zu weit, und durchaus nicht ſo weit, wie in dem Eulenburgſchen Erlaſſe vom Jahre 1863. Ich weiß nicht, ob ich den, ſo wie er da ſteht, gegengezeichnet haben würde. Damals in heißſpornigem Kampfeszorn war er möglich, heutzutage nicht, er geht mir zu weit.

Daß ein Beamter in ſeiner eigenen Wahl ſich ſeines Eides erinnern ſollte, das wird gar nicht verlangt; ſeine eigene Wahl, die Ausübung ſeines Wahlrechtes iſt vollſtändig frei, ſie wird nicht berührt, ſondern es iſt ja ausdrücklich im Erlaß geſagt: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen.“ Der Erlaß bezieht ſich ja — und ich begreife nicht, wie der Herr Vorredner darin Klarheit vermiſſen konnte, der Erlaß iſt ihm vielleicht nicht übel, nicht bös genug, aber klar iſt er vollſtändig — der Erlaß wendet ſich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eigenen Wahl thätig zu ſein, und unterſcheidet da zwiſchen zwei Kategorieen der Beamten, den politiſchen und den unpolitiſchen. Beiden ſoll die Freiheit zu wählen, wie ſie wollen, gar nicht beſchränkt werden. Aber von den politiſchen Beamten ſpricht Se. Majeſtät die Meinung aus, daß ihr Eid der Treue ſie verpflichtet: „die Politik Meiner Regierung zu vertreten“, nachdem vorher geſagt iſt in bezug auf die Miniſter, daß „gegen Zweifel, Verdunkelung und Entſtellung die Vertretung der königlichen Rechte erwartet wird“.

Der Herr Vorredner fragte, was unter dieſer „Vertretung“ verſtanden würde. Da ich den Erlaß gegengezeichnet habe, ſo wird meine Auslegung auch wohl die authentiſche ſein. Ich verſtehe darunter, daß ein politiſcher Beamter bei aller Freiheit

der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin „politische Brunnenvergiftung“ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen; und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Übertreibung. Das ist es, was ich vom politischen Beamten erwarte, und wenn er das nicht einmal leistet, daß er einer notorischen Lüge und Entstellung, wie sie bei den Wahlen so oft vorkommt, entgegentritt, daß er der Wahrheit nicht die Ehre giebt, daß er die Intentionen der Regierung nicht gegen Entstellung, Irrtum und Verläumdung schützt, wenn sie ihm besser bekannt sind, — also ein Oberpräsident zum Beispiel, der in dieser Beziehung fehlte, der wäre viel zu lange Oberpräsident gewesen, der sich nicht angelegen sein ließe, dergleichen Verläumdungen der Regierung zu widerlegen, er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Votum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt, das erfahren wir auch nicht, denn ein Mann von Bildung wird immer so geschickt sein, das zu verbergen. Das wird also niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eignen Wahlrechtes, gegen einen Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon genieren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei, und ich würde dazu nie die Hand bieten. Aber von diesen politischen Beamten wird erwartet, daß sie die Wahrheit, so weit sie ihnen bekannt ist, der Unwahrheit gegenüber vertreten. Ist das zu viel? Sollen sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? Sollen sie in bestimmten Wahlkreisen zusehen ganz ruhig, wie den Anwohnern der königlichen Forsten gesagt wird, der König habe mit den liberalen Abgeordneten einen Vertrag geschlossen, wonach Ihr freie Weide in der Forst bekommt, wenn Ihr liberal wählt? Soll der Beamte dies ruhig anhören und nicht sagen: Kinder, das ist eine Lüge! Meine Herren, das Gegenteil ist doch gewiß nicht zu viel verlangt, und von den unpolitischen Beamten verlangt eigentlich Se. Majestät nichts. Der Erlaß erwartet, daß sie sich der Agitation, feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten werden. Meine Herren, das ist eine Forderung, ich möchte sagen des Anstandes. Der Erlaß schreibt ja nichts vor, er befiehlt nicht, er droht nicht, er stellt keine Nachteile in Aussicht,

er ſagt bloß, welche Tragweite der König, dem ſie geſchworen haben, dem Eide beilegt, er bringt dieſen Eid in Erinnerung und überläßt es nun dem Takte und Gewiſſen des beteiligten Beamten, ſeinen Weg danach zu finden. Wenn z. B. ein ſolcher Beamter, königlicher oder kaiſerlicher Beamter, einen Arbeiter, der zur Wahl geht, anhält und ſagt: was haſt Du für einen Zettel, und er findet, daß der Zettel für einen regierungsfreundlichen Kandidaten iſt, er reißt ihm denſelben aus der Hand und giebt ihm einen entgegengeſetzten und bedroht ihn mit Ungnade, wenn er nicht dieſen abgebe — meine Herren, das iſt doch eine verwerfliche Agitation gegen die Regierung! — Ich werde ſehr gern bereit ſein, die Namen, den Ort und die Zeugen ſeiner Zeit zu nennen, denn ich habe gegen einen ſolchen Beamten die Disziplinarunterſuchung angeordnet.

Meine Herren, etwas weiteres als Enthaltung von Agitation wird nicht einmal erwartet von den Beamten, namentlich aber keine Amtshandlungen, die beeinflußt werden könnten durch die Art, wie ein Dritter ſeine Stimme abgegeben hat, oder die einen Zwang irgendwie zur Wahl enthalten. Meine Herren, ein ſolcher Beamter würde ſtrafbar werden, und ich glaube, nicht bloß disziplinariſch, und wenn der Herr Vorredner ſagte, er finde zwiſchen dieſem Erlaß und meinen früheren Äußerungen einen „diametralen“ Widerſpruch, ſo kann ich doch bei ſeiner ſonſtigen Schärfe in der Logik ihm darin nicht recht nachkommen. Er bezieht ſich vermutlich darauf, daß ich mich beſchwerte, daß ein ſachſen-meiningiſcher Landrat eine Einwirkung auf die Wahlen im Herzogtum Meiningen ausgeübt und ſeine amtliche Autorität gegen die Regierung ins Gewicht geworfen hat. Meine Herren, das war gerade eine ſolche feindliche Agitation gegen ſeine ihm vorgeſetzte herzoglich meiningiſche Regierung, die ihrerſeits mit den Geſetzen und der Politik, die vom Reiche betrieben und von Seiner Hoheit dem Herzoge von Meiningen mit beſchloſſen war, vollſtändig einverſtanden war. Ich bin alſo der Meinung, daß ein ſolcher politiſcher Beamter, der in Meiningen, wie ich damals hörte, fehlerhafterweiſe nicht abſetzbar iſt — über ſolche Kleinigkeiten können Sie immer lachen, über Meiningen reicht der Fehler nicht hinaus —, wenn ein Beamter in ſeiner Stellung gegen ſeine eigene Regierung, gegen die Reichsregierung, gegen die von ſeiner Regierung gebilligte Reichspolitik ſeine amtliche Autorität in die Wagſchale legt, — ich weiß nicht, ob er gelobt worden wäre, wenn er für die Regie-

rung etwas gethan hätte, aber dagegen, das fällt unter den Erlaß, wenn es in Preußen vorkommt, und wird jedenfalls danach gehandelt werden.

Ich kann mich also dahin resumieren, daß Se. Majestät der König vollständig berechtigt war nach der Verfassung und nach den preußischen Gesetzen, sich in der Weise, wie geschehen, zu äußern, daß ich vollständig im stande bin, die Verantwortlichkeit, die ich durch die Kontrasignatur übernommen habe, der Verfassung und dem Gesetze gegenüber zu tragen, daß ich als Reichskanzler ebenso berechtigt war, den Reichsbeamten das mitzuteilen, was ich für sie von Interesse oder Nutzen zu lesen halte. Sie haben keine Weisung bekommen, irgend etwas zu thun. Ich habe es bloß für zweckmäßig gehalten, daß sie wissen, wie ihr Kaiser, dem sie ihrerseits Treue und Gehorsam geschworen haben, als König von Preußen über die Tragweite eines solchen Eides denkt. Es ist vielfach doch der eine oder andere darunter feinfühlig genug, um sich zu sagen: ist es eigentlich, wenn ich so evident mit der Agitation heraustrete, daß ich einem Arbeiter seine Zettel wegreiße und ihm andere gebe, ihn bedrohe, ist das eigentlich mit meinem Eide ganz übereinstimmend? Das Nachdenken darüber hat Se. Majestät anregen wollen; kein Befehl, keine Drohung ist da.

Die Verfassung also, meine Herren, ist klar; Sie haben selbst nichts beibringen können, was dem widerspricht, und ich habe hier als preußischer Bevollmächtigter im Namen des Königs zu erklären, daß Se. Majestät der König sich seine verfassungsmäßigen Rechte weder nehmen noch verkümmern, noch sich selbst so hoch in die Wolken schrauben läßt, daß er sie nicht ausüben könnte, sondern daß der König entschlossen ist, in dem durch seine Vorfahren überkommenen und gewohnten, durch die Regentenpflicht ihm vorgeschriebenen Wechselverkehr mit seinem Volke zu bleiben, und daß ich als Minister entschlossen bin, dem Könige auch dabei kämpfend zu dienen, aber als Diener und nicht als Vormund.

(Nach nochmaliger Äußerung des Abg. Hänel.)

Meine Herren, ich bin zu wenig Rhetoriker und ich lege zu wenig Gewicht auf rhetorische Effekte, um dergleichen Vorwand zu einer Äußerung zu brauchen. Der Herr Vorredner ist viel geschulter in der Rhetorik, und ich habe mich etwas geschämt, in meinem hausbackenen Deutsch nach seiner wohlgeschul-

ten Rede ſprechen zu müſſen. Ich kann es aber nicht anders geben, als es mir gewachſen iſt. Aber das laſſe ich mir denn doch nicht aufreden, daß der Herr Vorredner nun mit ſo ſtarker Tonart und mit ſolcher Unterſtreichung und bloß durch den rhetoriſchen Accent, den er auf ſeine Sache legte, nun die Wirkung deſſen, was er und vor ihm andere geſagt haben, abſchwächen oder gar vollſtändig verleugnen wollte. (Ruf links: Gewiß!) Wenn man jemanden beſchuldigt, daß er ſeinen dienſtlichen Pflichten, ſich mit dem Herrn, der für ihn auf dieſer Welt der höchſtſtehende und am meiſten zu ſchätzende und zu ehrende iſt, alſo mit meinem angeſtammten König und Herrn, — daß ich mich mit deſſen Perſon — und das hat doch der Herr geſagt — mit deſſen Namen mich decken wollte, um einer geſetzlichen Verantwortlichkeit zu entgehen, die ſonſt auf mir laſtet, wenn das nicht einen Vorwurf der Feigheit im Dienſte enthält, dann ſind wir über die Logik der Worte nicht einig.

Der Herr Vorredner hat mich zweifellos beleidigt durch ſeine Worte. Ich bin aber an Beleidigungen hier vollſtändig gewöhnt und bin zu alt, um mit Fleiſch und Blut darüber zu Rate zu gehen, aber ich bitte den Herrn Vorredner, ſich doch darüber keine Illuſionen zu machen, daß er eine unprovozierte Beleidigung gegen einen Ehrenmann, der in ſeinem Dienſte ſeine Schuldigkeit thut, ausgeſprochen hat, die er nicht dadurch gut machen ſollte nach meiner Idee, daß er ſie einfach ableugnet. Sie haben es geſagt und Ihre Ableugnung iſt unrichtig!

Reden zum Tabakmonopol.

Gehalten am 12. Juni 1882.

Das Tabakmonopol iſt in unſerer amtlichen Geſchäftsverhandlung, abgeſehen von früheren gelegentlichen Erwähnungen, zuerſt offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchſte Botſchaft vom 17. November vorigen Jahres, doch nicht als eine Inſtitution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenſchaften an ſich zu erſtreben wäre, ſondern als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beſchaffung der Mittel, welche notwendig ſind, um Steuererleichterungen einzuführen. Der Text der Botſchaft ſagt darüber:

„Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen."

Darnach, meine Herren, hat also die Regierung das Tabakmonopol nicht an sich vorgeschlagen, sondern ihr Hauptvorschlag geht auf die Gewährung von Mitteln zur Bestreitung von Steuererleichterungen, und als nächstliegendes Mittel ist dazu das Tabakmonopol Ihrer Entscheidung und der des Bundesrats unterbreitet. Dieser Gesichtspunkt ist einigermaßen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen anderen drückenden Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Übel ist, und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Übel giebt, im Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvorteilhaftes, ich möchte sagen ungerechtes Licht, was sie nicht ertragen kann. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung und — ich kann sagen — der verbündeten Regierungen bilden, sind dadurch besonders erschwert, daß die Verwendung der Beschlußfassung der Landtage unterliegt, die Beschaffung der Mittel der Beschlußnahme des Reichstages. Es entsteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwickmühle, hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu sagen: wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewiesen und sichergestellt ist — und im preußischen Landtage oder in anderen Landtagen, zu sagen:

Wir können nicht über die Verwendung von Mitteln verfügen, ſo lange die Mittel nicht bewilligt ſind. Daß man ſo von Pontius zu Pilatus geſchickt wird und mit der Reform nicht vorwärts kommt, das liegt auf der Hand, und dieſe Schwierigkeit iſt von den Gegnern der Regierung redlich ausgebeutet worden. Um ihr zu entgehen und den Widerſtand, auf den wir bei der Durchführung der Reform ſtoßen, einigermaßen zu paralyſieren, iſt die Gemeinſchaftlichkeit der kaiſerlichen und der königlich preußiſchen Regierungsquelle benutzt worden, um gleichzeitig in einer Saiſon eine Vorlage in dem preußiſchen Landtage — einem Landtage, der immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräſentiert — die Bedürfnisfrage erörtern zu laſſen und in derſelben Seſſion nach Erörterung der Bedürfnisfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgend eine Bewilligung anzugehen. Dieſe Vorlage mußte notwendig eine konkrete Form haben, wir konnten nur irgend eine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Der primus inter pares unter dieſen iſt uns immer erſchienen: das Tabakmonopol für das Reich, als dasjenige, welches die zweckmäßigſte, wie die Botſchaft ſich ausdrückt, glaube ich, die wirkſamſte Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Notwendigkeit, Ihnen zunächſt das beſte unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen, und erſt nach deſſen Ablehnung können wir zu minderwertigen Surrogaten behufs Beſchaffung neuer Einnahmequellen ſchreiten. Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unſere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken. Die Verantwortlichkeit, es nicht vorgeſchlagen zu haben, wollen wir nicht auf uns ruhen laſſen, die wollen wir auf die Majorität dieſes Reichstages abſchieben, und dann werden wir in Ruhe ſagen: darum keine Feindſchaft; aber wir brauchen Ihre Ablehnung, bevor wir zu minder guten Vorlagen ſchreiten.

Bei der Klarſtellung des Bedürfniſſes hat nun der preußiſche Landtag ſeine Landesregierung vollſtändig im Stich gelaſſen, er hat ſich der Erörterung entzogen, er hat gewiſſermaßen Strike gemacht, mit Rückſicht auf die Jahreszeit, mit Rückſicht auf die Parallelſitzungen der verſchiedenen Landtage, kurz und gut, ſachlich iſt kein Grund zu erſehen, warum dieſe Körperſchaft eine für das preußiſche Land ſo tiefgreifende, ſo wichtige Frage, wie diejenige, ob unſer direktes Steuerſyſtem der Reform bedürftig iſt oder nicht, der Erörterung nicht hat unterziehen wollen, ſondern in wenigen kurzen Sitzungen und mit einer faſt ſtürmiſchen

Forderung auf Schluß ſich der weiteren Diskuſſion entzogen hat und die Kaiſerliche Regierung dadurch in die ſchwierige Situation gebracht hat, hier das Monopol an ſich, ohne den vorgängigen Nachweis des Bedürfniſſes, auf den gerechnet war, zu vertreten. Wenn ich hier anweſend geweſen wäre und wenn ich überhaupt nach meinem Geſundheitszuſtande imſtande geweſen wäre, die Geſchäfte, die ich herbeiführe, zu vertreten, würde ich Seiner Majeſtät die Auflöſung des preußiſchen Landtages geraten haben, da wir die Feſtſtellung der Bedürfnisfrage vor allem brauchten. Iſt kein Bedürfnis vorhanden, ſo brauchen wir keine neuen Steuern.

Es handelt ſich alſo zunächſt um die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden iſt. Wird die bejaht, ſo werden wir weitere Anträge zu ſtellen haben; wird ſie verneint, ſo iſt ja alles in dieſer beſten der Welten ganz vortrefflich, wir brauchen uns nicht weiter zu bemühen, und ich bin der für mich ſehr unbequemen weiteren Siſyphusarbeit gegenüber dem paſſiven Widerſtand oder der dilatoriſchen Behandlung durch die Fraktionen überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Geſundheitszuſtand mit Dank anzunehmen iſt. Aber ich bin durch die Verſagung der Klarlegung von ſeiten des preußiſchen Landtages leider in der Notwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König von Preußen nötigen, im Intereſſe ſeiner notleidenden Unterthanen vom Reich die Eröffnung der Steuerquelle, die er ſeiner Zeit an das Reich abgetreten hat, zu verlangen, zu fordern, zu erbitten — ich bin in der Notwendigkeit, die Motive dafür kurz auseinanderzuſetzen. Dieſelben liegen erſtens in dem Vorhandenſein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Reſt früherer Zeiten, des Feudalſtaates, bezeichne, der Klaſſenſteuer, des Kopfgeldes, der Beſteuerung der Perſon, des Lebens, des Atmens, der Beſteuerung der Exiſtenz ohne Rückſicht auf irgend ein Objekt, an welches die Leiſtungskraft ſich heftet, und ohne eine beſtimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden iſt. Eine ähnliche — ich kann wohl ſagen barbariſche — Einrichtung in ſteuerpolitiſcher Beziehung exiſtiert außer in Preußen und einigen ihm anliegenden norddeutſchen Staaten meines Wiſſens nur noch in Rußland in Geſtalt des Kopfgeldes und in der Türkei; aber auch dort nur für die unterworfenen Völkerſchaften dafür, daß ſie überhaupt noch am Leben gelaſſen ſind. In Rußland ſcheint man doch durch die Thatſache, daß die civiliſierten Nationen in dem Fortſchritt der Civiliſation dieſen Reſt verſchollener Zeiten von

ſich längſt abgeſtreift haben, jetzt auch zu der Überzeugung gekommen zu ſein. — Sie werden mit mir die telegraphiſche Nachricht geleſen haben, daß die ruſſiſche Regierung den Kaiſerlichen Befehl erlaſſen hat, betreffend die Aufhebung der Kopfſteuer. Und doch war ſie in Rußland lange nicht ſo drückend wie bei uns, allerdings zu einem hohen Satze, aber durch Vermittelung der Gemeinden; die Gemeinden waren die Steuerzahler, die Gemeinden hatten ihrerſeits die Übervorteilung und waren in der Lage, ſchonend zu handeln, und die Steuerexekutionen zu vermeiden. Die Klaſſenſteuer, an der wir allein unter den civiliſierten Nationen hiernach noch feſthalten, trägt meines Erachtens in ſich die Unmöglichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Steuer zu bewirken. Sie haben heutzutage doch noch ca. 5 Millionen beſteuerte Poſitionen in Preußen — und können in dieſen Maſſen, in den unteren wirtſchaftlichen Stufen ganz unmöglich die Verhältniſſe des einzelnen Haushaltes, des einzelnen Mannes, ſeine Erwerbsverhältniſſe richtig beurteilen, ſeine Geſundheitsverhältniſſe, Familienverhältniſſe, die lokalen Ausgaben, zu denen er wegen ſeiner beſonderen Stellung genötigt iſt, das alles entzieht ſich dem Urteil der Behörde, letztere hat nur Kriterien, die nach allgemeiner Schablone auf jeden angewendet werden, die aber nicht immer paſſen und ſehr häufig drücken. Eine gerechte gleichmäßige Verteilung der Steuern, ſowie die indirekten Steuern ſich von ſelbſt verteilen, wenn ſie eine Zeit lang beſtanden haben, und ſich waſſergleich in das richtige Niveau ſetzen, iſt bei der Kopfſteuer gar nicht möglich, kein Steuerrat kann die Verhältniſſe der Reklamanten mit Richtigkeit beurteilen, ſchon das ſpricht dagegen.

Ein noch viel ſtärkerer Grund aber dagegen iſt die Notwendigkeit der Exekution der Steuer, wenn ſie nicht bezahlt wird, die Notwendigkeit, die Thatſache, daß mitunter für einen rückſtändigen Betrag von 50 Pf. — Mobiliarwerte von 20 bis 30 Mark abgepfändet werden, und daß der Steuerpflichtige bei der Unmöglichkeit, dieſe abgepfändeten Sachen im Wege der Exekution zu dem vollen Werte zu verkaufen, den ſie für ihn haben, um den Staat, den reichen Staat, den Fiskus um 50 Pf. zu bereichern, ſeinerſeits um 15 oder 20 Mark geſchädigt, in ſeiner bürgerlichen Exiſtenz für eine Zeitlang erſchüttert wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieſer Art, die die Klaſſenſteuer mit ſich führt, öffentlich hinreichend bekannt iſt. Sie könnte es ſein, denn die Durchſchnittsrechnungen davon ſind

in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welche der preußische Landtag zu beraten keine Zeit hatte, den Abgeordneten in 500 Exemplaren gedruckt zu Händen gegeben, sind aber dort tot geschwiegen. In der damaligen Verhandlung und in der jetzigen über das Monopol habe ich auch keine Silbe gehört über die Übel, über die Leiden, die durch das mindere Übel des Monopols geheilt werden sollen. Ich erlaube mir deshalb, da es in Preußen im Landtage totgeschwiegen worden ist, Ihnen aus der gedruckten Begründung des Verwendungsgesetzes nachstende Ziffern mitzuteilen. In dem Jahre 1879/80 — ich weiß nicht, warum vom 1. Oktober zum 1. Oktober datiert — sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuern und Haushaltungen in Preußen 5,087,470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückständen vollzogenen Pfändungen 436,973, und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die weiter nichts wie ihrer Hände Arbeit haben, von der sie leben, 254,166, in der zweituntersten Stufe 102,584, in der dritten noch immer 28,516.

Dann beträgt ferner die Zahl der fruchtlos versuchten Pfändungen außerdem 565,766 in der preußischen Monarchie, davon in der untersten arbeitenden Klasse 386,017, in der zweiten 135,635, in der dritten 22,774, in den acht obersten immer noch 21,340 — also ein Zeichen, wie unvollkommen die Möglichkeit der Veranlagung dieser Steuer ist, daß in der vierten bis zwölften Klasse noch 21,000 Positionen inexigibel sein können. Es kommt danach auf drei Jahre 3,300,000, durchschnittlich auf jedes Jahr 1,100,000 Pfändungen. Zu diesen starken Klassensteuerleiden kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Es ist nicht ersichtlich, warum wegen der Kommunalzuschläge weniger Auspfändungen stattfinden sollten, als wegen der Staatsklassensteuer. Im Gegenteil glaube ich, der Staat kommt früher zu seinem Rechte, und vielleicht wird er noch eher bezahlt.

Über die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Data nicht vor, wenigstens habe ich sie nicht ermitteln können; ich habe nur einige Angaben in bezug auf die Berliner Ergebnisse der Steuer in den Jahren 1876 und 1877 vorliegen. Darnach sind in der Stadt Berlin im Jahre 1876 im ganzen zur Klassensteuer veranlagt 355 992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen 393 837 in der Stadt Berlin, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal zur Exekution kommen kann, daß also die Zahl der vor-

gekommenen Vollſtreckungen die der veranlagten Steuerpoſitionen überſchreitet. Von dieſen 393 837 Fällen ſind erledigt durch Stellung zur Exekution 276 902, durch Vollſtreckung der Exekution, durch Verſiegelung und Pfändung 25 280, durch fruchtloſe Vollſtreckung der Exekution 91 655. Auf 100 Klaſſenſteuer-Veranlagte überhaupt, beziehungsweiſe in den betreffenden Steuerſtufen vorkommende Fälle treffen danach in der unterſten Steuerſtufe 101,9 Exekutionen, in der zweiten 135,8, in der dritten 131,9, in der vierten Stufe von unten 114,6 auf 100 Steuerpoſitionen und in der fünften bis zwölften immer noch 64,7 Prozent, die zur Exekution geſtellt werden. Sie werden daraus erſehen, wie ich vermute, daß die Zahl derjenigen, welche wegen der direkten Steuern in Preußen in Stadt und Gemeinde ausgepfändet werden, eine recht große iſt.

Wenn Sie ſich nun die Wirkung einer ſolchen Exekution vergegenwärtigen — es iſt anzunehmen, daß ehe es jemand dazu kommen läßt, er ſeinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erſchöpft haben wird, denn die ſind noch nachſichtiger, als der Steuerexekutor — nun erſcheint der Exekutor, ſofort geht der Kredit verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit iſt, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinſen vorzuſtrecken, und ſich in den Beſitz deſſen zu ſetzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat, was von ihm noch herausgedrückt werden kann, oder er verfällt vor den Augen des Nachbarn der Thatſache, daß der Exekutor zu ihm kommt, das Wenige an Hausrat, Wäſche und Mobilien, was ſich ein junger Hausvater angeſchafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverkaufe geſtellt, — vielleicht zu einem geringen Ertrage — eine Kommode, die für 15 Mark gekauft wurde, geht vielleicht für 3 Mark weg — daß das Alles den Mann, der auf dieſe Weiſe in ſeinem Aufſtreben auf der ſozialen und wirtſchaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, ſchwer kränkt, ihn mitunter zur Verzweiflung, manchmal zum Selbſtmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt, wenn der ſeiner Meinung nach überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen ſo ungeheuren Schaden an ſeinem häuslichen Beſitztum, an ſeinem geſellſchaftlichen Anſehen und an ſeinen aufſtrebenden Hoffnungen zufügt, daß das den Mann mit Unzufriedenheit erfüllt, darüber, meine Herren, wird kein Zweifel ſein, und ich ſchreibe einen großen Teil unſerer Auswanderungen der Thatſache zu, daß die Auswanderer das Bedürfnis haben,

ſich der direkten Steuerſchraube und Exekution zu entziehen und nach einem Lande hinzugehen, wo die Klaſſenſteuer nicht exiſtiert und wo ſie außerdem die Annehmlichkeit haben, die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz beſchützt zu wiſſen. Die amerikaniſchen Schutzzölle und die preußiſche Klaſſenſteuer halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung. —

Nun finde ich es ganz erklärlich, daß eine Oppoſition, welche die Abſicht hat, die beſtehende Regierung zu ſtürzen oder bei den Wahlen zu diskreditieren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und gar keinen Grund, da wo ſie vorhanden iſt, die Hand zu bieten, daß ſie gemildert werde, ſo lange dieſe mißliebige Regierung beſteht. Die Oppoſition behält ſich vielleicht vor, wenn ſie ſelbſt ans Ruder gelangt, ſich dann das Verdienſt zu erwerben, dieſe Leiden zu mildern. Es iſt ja außerordentlich leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unſerer kleinen Preſſe iſt es ja außerordentlich leicht, den Wählern einzureden, daß eigentlich doch die Regierung an dieſem allem Schuld iſt, obſchon ſie ſich ſeit Jahren ehrlich und aufrichtig bemüht, dieſe Übelſtände abzuſchaffen, obſchon Sr. Majeſtät dem König die Leiden ſeiner Unterthanen ſchwer am Herzen liegen, und der König thut, was er kann, aber der König hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben, er hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben, das Reich verſagt ſie ihm, Se. Majeſtät der König kann tiefen Schmerz empfinden, kann ſich dabei aber verfaſſungsmäßig nicht helfen. Nun, dieſe Unzufriedenheit alſo auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzuklagen, das iſt ja der Preſſe gar nicht ſchwer. Das Motiv, weshalb wir mit unſeren Reformen nicht vorwärts kommen, iſt, daß es ſo ſehr viel Leute giebt, die gar kein Bedürfnis und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbeſſerung zu helfen. Es iſt eine alte Whiſtregel: „dem Feinde kein Stich!“ das heißt für Sie: der Regierung kein Erfolg, denn „der Feind“ bei uns iſt die Regierung. Wie bereitwillig acceptiert der deutſche Wähler ſtets die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu ſein berechtigt iſt; es iſt ihm ſogar nicht unlieb, wenn er eine ſolche wirklich hat, denn er hat noch ſo viel Gewiſſen, daß er ſich doch zu Zeiten ſchämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu ſchimpfen. Hat er eine, auf die er mit Recht ſchimpfen kann, ſo iſt es ihm eine angenehme Satisfaktion. Das war das Erzeugnis der Politik in früheren Zeiten, wo die Regierungen im

ganzen, ich will nicht ſagen ſchlechter und ungeſchickter waren, aber ſich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten, da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutſchen Bedürfnis, beim Biere von der Regierung ſchlecht zu reden, und wer den Ton anſchlägt, der hat noch heut Wähler, von dem ſagt man: das iſt unſer Mann, für den ſtimmen wir, das iſt kein Regierungsmenſch, der iſt nicht ſervil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen".

Meine Herren, das iſt ja wirklich eine traurige Satisfaktion, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt iſt, vielleicht zum Nutzen des Landes iſt. Das will doch erſt geprüft ſein; es kann ſein — es läßt ſich ohne Sie ja nichts machen, und wenn Sie nichts bewilligen wollen, ſo iſt es Ihr Recht und iſt ja gut; aber daß der Kaiſer als König von Preußen es ſchwer empfindet, daß er ſeinen Unterthanen nicht helfen kann, daß er ſich fragt: waren die Gründe, die mein Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., derzeit gegen die Reichsverfaſſung hatte, die ihn abhielten, die Kaiſerkrone anzunehmen, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? habe ich wohlgethan, mich der Möglichkeit zu berauben, meinen Unterthanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden könnte, aus den Händen gegeben und von anderen abhängig gemacht habe? Daß eine parlamentariſche Körperſchaft, auch ſelbſt die des preußiſchen Landtages, wenn die heißen Tage eintreten, dieſelben ernſten Mitempfindungen für ſolche Notſtände haben ſoll, wie der König von Preußen, das iſt ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat ſie nicht — ein König hat ein Herz für ſich, was Leiden mitempfindet.

Das Bedürfnis des Königs von Preußen, Abhilfe zu ſchaffen, beſchränkt ſich nicht auf die Klaſſenſteuer allein, es iſt außerdem allgemein bekannt, daß unſere Gemeinden zum teil trotz aller Klaſſenſteuer-Exekutionen, die ich vorhin vortrug, doch in einer großen Notlage in bezug auf ihre Finanzen ſind, und daß die Regierung ſehr geneigt iſt, ihnen zu helfen. Sie kann dies aber nur, wenn ihr Mittel dazu bewilligt werden. Ich habe hier eine Angabe über Gemeindebeſteuerungen mitgebracht; danach zahlt in der Stadt Witten jemand, der 6 Mark Klaſſenſteuer entrichtet, 350 Prozent Zuſchlag als Kommunalſteuer, worin die die Schullaſt mit enthalten iſt, da dieſelbe auf den Kommunal-Etat übernommen iſt. In der Stadt Wattenſcheid ſtellt ſich die-

ſelbe Rechnung von 6 Mk. durch denſelben Zuſchlag von Kommunalſteuer und evangeliſcher Schulſteuer auf 39 Mk. 20 Pf., in der Stadt Hattingen von 6 Mk. auf 34 Mk. 8 Pf., in der Gemeinde Königſteele von 6 Mk. auf 42 Mk. 60 Pf., in anderen wieder auf 39 Mk. ꝛc. Alſo Sie ſehen, daß das eine ſehr ſtarke Belaſtung unſerer Gemeinden iſt, und es iſt zu vermuten, daß bei dieſen Kommunalſteuern im ganzen nicht weniger Exekutionen ſtattfinden werden, als in den Staatsſteuern, daß auch dort die Unzufriedenheit mit den beſtehenden Verhältniſſen künſtlich genährt wird, namentlich in der Art, wie die Zuſchläge zum teil aufgebracht werden zur Häuſerſteuer, wobei die Schulden, die auf dem Hauſe laſten, vom Steuerobjekt nicht abgezogen werden. Rheiniſche und auch hannoverſche Gemeinden ſind, wie aus den öffentlichen Blättern bekannt iſt, bei der Regierung eingekommen, man möchte ihnen geſondert geſtatten, daß ſie indirekte Steuern erheben. Sie ſind alſo ihrerſeits auch vollſtändig zu der Überzeugung gelangt, die die Staatsregierung leitet, daß indirekte Steuern leichter zu tragen und leichter aufzubringen ſind, als die direkten. Aber, weit entfernt, für die Geſamtheit ihrer Mitbürger dieſe Erleichterung zu erſtreben, durch ihre Abgeordneten die Regierung in dieſer Richtung zu unterſtützen, verlangen ſie für ſich das Privilegium, nur auf ihrem engeren Bezirk die Wohlthat der indirekten Steuern einzuführen. Die Regierung aber hält an dem Prinzip feſt, „gleiche Gerechtigkeit für alle“ und iſt entſchloſſen, Privilegien in dieſer Beziehung nicht zu geben. Daß die großen Städte ihrerſeits, weil ſie in noch höherem Maße als die Kreiſe und Landgemeinden eigentliche Staatslaſten übernommen haben, bei einer Verteilung und bei einer Zuwendung von Erträgen indirekter Steuern, die wir vom Reich erſtreben, ſtärker bedacht werden müſſen, als die gleiche Kopfanzahl der ſonſtigen Bevölkerung, daß ſie mit dem, was für ſie in Ausſicht genommen iſt, Zuweiſung der halben Gebäude- und Grundſteuer, nicht auskommen, iſt ganz klar; es iſt aber dann Sache der Prüfung und Bewilligung in den Verhandlungen des Landtages, wie der Hauptſache nach die Verteilung von Mitteln, ſobald wir deren haben, ſtattfinden ſoll. Wir ſind nicht bereit, einzelnen Klaſſen unſerer Mitbürger vor anderen ein Privilegium zu geben, ſondern die Erleichterung gleichmäßig zu ſchaffen für alle.

Die Unausführbarkeit der Abhilfe wird Sr. Majeſtät dem Kaiſer als König von Preußen ſehr ſchmerzlich ſein, daß er ſeinen Unterthanen nicht helfen kann. Ich werde aber, ſoviel

nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu ſuchen, um dieſen Leiden meiner Mitbürger Abhülfe zu ſchaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebenſowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol. Ich befinde mich in meinem Bemühungen, ich möchte ſagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich vorausſehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos ſein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zuſtimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur „do ut des“, was die Regierung in dem Maße nicht leiſten kann. Wir würden die Unterſtützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienſt begeben, wenn wir dem Kaiſer zureden wollten, irgend ein Kanoſſa zu machen, — ich meine nicht ein klerikales, ich meine ein liberales Kanoſſa. Kaiſer Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwiſchen vielen Gegnern, und ich erinnere daran, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurteilt, in der Notwendigkeit war, mit einem ſeiner Gegner Frieden zu machen, um gegen den anderen freie Hand zu bekommen. Er unterwarf ſich dem Papſte, als dem bedeutendſten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Chriſtlichkeit, in ihm ſteckte das germaniſche Arianerblut, und die Art, wie er ſich benahm, nachdem er aus dem Bann gethan war, giebt darüber vollſtändige Klarheit; aber er war politiſch in der Notwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche ihm gegenüberſtanden, zu verſöhnen. Hätte er ſich gebeugt vor den Großen des Reiches, dann würde der Klang, den der Name Kanoſſa in den deutſchen Reminiszenzen hat, vielleicht Harzburg oder Mainz, oder einen anderen Namen tragen. Kurz und gut, die deutſche Reichsgewalt iſt ſchon öfter in die Lage gekommen, ſich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktieren, um gegen die anderen freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn ſie überhaupt dazu kommt, ſie darin treffen will. Es wird in dieſe Verlegenheit immer nur eine Parteiregierung kommen. Wir haben ſtatt ihrer die Zerſetzung in 25 ſouveräne Staaten, deren Grenzen wiederum durchſchnitten ſind von den viel tiefer einſchneidenden Grenzen von 8 bis 10 Fraktionen, ſo daß wir zu 200 bis 250 Partikeln des Deutſchen Reiches kommen, und der Partikularismus der Dynaſtien und der Regierungen iſt ſehr rückgängig geworden. Sie werden dies ja auch in ihren Fraktionen fühlen, daß er

bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzterer Zeit. Diesem Fraktionspartikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen überhaupt dilatorisch behandelt zu sehen, es giebt da viele Leute, die denken, „Zeit gewonnen, alles gewonnen, interim fit aliquid und dann wird alles anders und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei schaffen.“ Es ist ja alles möglich, ich kann in die Zukunft nicht sehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Aussicht genommen werden und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieser Welt. Nun, ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nichts helfen, wenn irgend eine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es ist in Deutschland und in Preußen keine stark genug, um die Regierung zu führen und auch nicht, wenn sie alle Unterstützung hätte, die sie dabei nur wünschen könnte, dann ist weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkte überhaupt zu regieren, das liegt in unseren Fraktionsverhältnissen und die Fraktionskrankheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Prinzip überhaupt in allen Ländern schwer leidet und in manchen zu grunde gehen kann. Die Fraktion ist etwas, was sich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweist. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gesamtheit des Reiches persönlich gegenüber zu treten, der findet eine ansprechende Vermittlung in dem Eintritt in eine Fraktion. Auf der anderen Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner, durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt, „Fraktion geht vor Reich“, „das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit“. Man hat mir einmal eine ähnliche Äußerung schuld gegeben: „Gewalt geht vor Recht.“ Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwandt werden sollten zu Steuerentlastungen. Nun, meine Herren, die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwandt, sondern wir haben uns verständigt mit den parlamentarischen Körperschaften, mit

dieſer und dem preußiſchen Landtag, über deren Verwendung. Dieſe parlamentariſchen Körperſchaften haben in ihrer Majorität diejenigen Beſchlüſſe gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird; ſie haben die Ausgaben, die ſie beſchloſſen haben, jenen vorgezogen, die ſonſt gemacht werden konnten. Wer alſo dieſe Ausgaben angreift, greift das parlamentariſche Syſtem und die Majorität an, der iſt ein Reaktionär, indem er laudator temporis acti die Beſchlüſſe des Reichstags umſtürzen will. Er will Reaktion für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefaßten Beſchlüſſe der Reichsgeſetzgebung ſucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich dieſe Verwendungen gemacht hätte, während ſie geprüft und eingehend beraten ſind, von Ihnen beſchloſſen. Die Herren ſind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier davon garnicht zu ſprechen, daß es ſich um Parlamentsbeſchlüſſe handelt. Die von Ihnen ſonſt verehrte Majorität — ſobald Sie ſie haben iſt der Glauz der Majorität garnicht hoch genug zu preiſen, ſobald Sie ſie nicht haben, dann ſchieben Sie die Vertretung der Regierung zu, als ob ſie durch willkürliche Akte Unheil angerichtet und ihre Verſprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein abſolutes Syſtem in Händen hätten, von dem wir jederzeit Gebrauch machen könnten, und nicht an Parlamentsbeſchlüſſe gebunden wären. Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich iſt für die Konſolidation des Reichs, auf dieſe Weiſe dem leichtgläubigen Leſer die Regierung ſtets als übelwollend, unfähig toto die darzuſtellen. Alle dieſe Äußerungen des Herrn Abg. Richter würden wahrſcheinlich unbeſprochen ins Publikum gegangen ſein, wenn mir nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühſtück das Erſte geweſen wäre dieſe Rede, und bei dem Intereſſe, was ich für den Herrn Abg. Richter habe, ſchon in ſtiliſtiſcher Beziehung, und um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter ſprachlich gehen kann und die er nicht überſchreiten ſollte, habe ich ſie zuerſt geleſen und dann eben Zeit gefunden, auch noch meine Äußerungen dazu zu machen.

Er ſagt weiter: „Um dieſe Ausgaben alle zu decken, reichen fünf Monopole nicht aus.“ Da muß ich wiederholt daran erinnern, daß ich ausdrücklich ſelbſt geſagt habe: ſie können nicht auf einmal gedeckt werden. Es iſt mir bloß darauf angekommen, die große Not zu ſchildern, um dadurch, wenn auch nicht den Herren hier, aber doch im Lande Klarheit über die Verhältniſſe

zu verbreiten, die Klarheit, die zu ſchaffen durch den Strike des preußiſchen Landtags verhindert wurde. Der Herr Abgeordnete kommt nachher nochmals zurück auf die Verſprechen, die an die Kommunen gemacht, aber nicht erfüllt worden wären. „Der Reichskanzler exemplifiziert auf 350 Prozent Klaſſenſteuer.“ Iſt das etwa unrichtig? Die amtlichen Angaben, will er ſie widerlegen? Die 350 Prozent ſind wirklich bezahlt und den Kommunen iſt nicht ein Verſprechen gegeben worden, ſondern ich bin beim Reichstage als Bittſteller im Intereſſe der Kommunen aufgetreten, und haben Sie dann die Mittel, der Not der Kommune abzuhelfen, verſagt, ſo haben ſie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob ich ein Wort von „Verſprechung“ geſagt und nicht gehalten hätte.

Ich bitte um Entſchuldigung, wenn ich lang werde und wiederum heute zu viel rede, aber der Herr Abgeordnete Richter iſt auch lang geweſen, und ich kann die einzelnen Angriffe nicht in das Land laufen laſſen. Ich habe zwar nicht die Mittel, an demſelben Tage noch die Antwort auf den Herrn Abgeord. Richter an die Provinzialpreſſe zu telegraphieren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinziale Preſſe, nicht einmal auf die konſervativen Blätter. (Lachen auf der Linken.) Meine Herren! Iſt dieſes Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich eine Sache ſage, gegen die Sie nichts einwenden können, ſo lacht einer der Chorführer laut, und dann lachen alle mit. Das iſt das Signal, darauf folgt ein unartikulierter Ton, der ſoviel heißen ſoll: Der Kanzler ſagt etwas Lächerliches, ich gebe das Signal — Tambourmajor! Meine Herren! der Herr Abg. Richter ſagt, der Wähler würde es lieber ſehen, ohne neue Steuern entlaſtet zu werden. Das glaube ich auch; aber hat der Herr Abg. Richter das Geheimnis dazu erfunden? Wo will er entlaſten, wo will er die Ausgaben ſparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Verſuch, den die Regierung macht, neue Quellen zu öffnen, nicht etwa als Anknüpfung zu Gegenvorſchlägen benützt wird, wenn er jederzeit an und für ſich angebrachtermaßen abgewieſen wird, weil er nicht gefällt, ſo kann der Herr Abgeordnete Entlaſtung nur durch Verminderung der Ausgaben meinen. Nun hat er einen Luxus zitiert, das iſt der bauliche Luxus. Meine Herren, darauf habe ich wenig Einfluß, das müſſen Sie an einer anderen Stelle vorbringen. Ich billige Luxusbauten auch nicht; ich bin für das haushälteriſche Syſtem, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in

Preußen eingeführt hat, um meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der strengsten spartanischen Einfachheit. Sie können sich da mit dem Herrn Abg. Reichensperger auseinandersetzen, ob er die ornamentale Baukunst in den Hintergrund schieben will. Ich habe dafür kein Interesse, mein Sinn ist auf das rein Praktische gerichtet, ich bin für das Ästhetische ein schlechter Beurteiler. Im Hintergrunde steht bei Ersparungen schließlich immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns in der Regierung Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es den anderen Ländern, die an uns grenzen und von denen unsere beiden großen Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder an sich mehr Truppen unterhält als das Deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht, oder was sie für Zwecke damit verbinden. Das habe ich nicht zu untersuchen, sondern nur die Thatsache, daß diese Millionen Bajonette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum Europas stehen und schon infolge unserer geographischen Lage, außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind.

Unsere Schwäche hat früher diese Koalition gefühlt, die Koalition der drei größten Kontinentalmächte der Zeit, Rußland, Frankreich, Österreich und das Deutsche Reich gegen Friedrich den Großen — die Kaunitzische Politik ist Ihnen ja bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder erzeugen? Wir haben die Objekte, die Gegenstände der Begehrlichkeit für jeden unserer Nachbarn sein können, nach den verschiedensten Seiten, und wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre daran vollständig gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den leider heute nicht anwesenden Marschall hier, und ohne den Respekt, den wir einflößen, ohne die Abneigung, die man hat, mit unseren wohlgeschulten, intelligenten und wohlgeführten Bajonnetten anzubinden.

Thun Sie diesen Respekt aus der Welt, und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, so daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Teilung sein würde, was fruchtbare Grenzprovinzen enthält, die jedermann

brauchen kann, und bei dem wenig ausgebildeten nationalen Sinn der Deutschen giebt auch keine fremde Macht die Hoffnung auf, daß es mit anderen deutschen Landschaften gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutschsprechende, deutschabstammende Leute so zu assimilieren, daß sie lieber die Livree Frankreichs tragen mögen, als den Rock des freien deutschen Bauern.

Also an die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemütlichkeit auf. Probieren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt.

Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung ohne neue Mittel eigentlich suchen will. Daß der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlte, und doch gut regiert und sicher beschützt und vor Fremdherrschaft behütet werden will, das glaube ich gerne, aber wenn man einer solchen Theorie das Wort redet, dann sollte man überhaupt nicht Politik treiben.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner inbezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe wie ich, seine Februarrede im Abgeordnetenhause habe zuerst die Forderung der Aufhebung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an." Ich glaube, in unserem weiteren Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für die Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe dafür gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten, die der Herr Abgeordnete so als theoretisch wünschenswert hingestellt hat. Er kann dann später sagen: Ich habe davon geredet, damit war alles geschehen. Es ist gerade wie mit der Herstellung des Deutschen Reiches, alle die Herren, die jemals dafür geredet haben, die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen heut: wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück und es ist ja möglich, daß nachher, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen, und den Armen von den Schulkosten zu entlasten, daß dann ebenso wie jetzt die Herren, die in der Konfliktszeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: wir haben das Deutsche Reich gemacht, denn wir haben es in unserem Herzen getragen, daß ebenso der Abg. Richter sagt: ich habe den Lehrern dies ver-

ſchafft, denn ich habe ſchon damals im Jahre 1878 das hingeſchrieben: ſo muß es kommen; ohne meine Anregung wäre das nicht geſchehen; der Kanzler hat ſich Jahre hindurch die Lunge aus dem Leibe geſprochen und ſich bemüht darum, das hat aber nichts geholfen; meine Rede war die Hauptſache.

Der Herr Abgeordnete ſpricht ferner von einem Steuerzuſchlag auf die Kapitalrente. Da überraſcht mich nur das Hört! Hört! daneben. Es iſt ganz natürlich, daß wir darauf zurückkommen können, und in Ermangelung anderer Mittel zurückkommen müſſen, denn das iſt die einzige direkte Steuer, die wir überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundierte Einkommen, welches bloß durch Kuponſchneiden erworben wird, höher beſteuern, wie das mit der Arbeit des Geiſtes, der Hände und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Riſiko mühſam verdiente und unſichere. Alſo verſtehe ich nur das Hört! nicht.

Der Herr Abgeordnete ſagt ferner, unſer ganzes gegenwärtiges Finanzſyſtem ſei eine Folge des großen Staatseiſenbahnſyſtems und der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staatseiſenbahnſyſtem damit zu thun hat. Einzig und allein doch vielleicht das, daß wir ſeitdem in dem preußiſchen Budget einen Einnahmetitel haben, den wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe, mit der Sicherheit; daß wir eine große Vereinfachung unſeres Eiſenbahnſyſtems überall haben, und ſo viel ich höre, nach Anerkennung aller beteiligten Intereſſen und des Publikums eine wohlgeſchultere und höflichere Verwaltung als früher. Das iſt freilich zum großen Teile das Verdienſt der ausgezeichneten Perſönlichkeit, die an der Spitze der preußiſchen Eiſenbahnverwaltung ſteht und die wir nicht immer zu haben rechnen dürfen, die wir aber deshalb ſchonen und deren Verbrauch durch Arbeit wir nicht ſteigern ſollten dadurch, daß die empfindliche Ehrliebe, die jeder Mann von Verdienſt hat, bei jeder Gelegenheit in irgend einer Form gekränkt wird.

Die Verſtaatlichung der Eiſenbahnen iſt eine der richtigſten Maßregeln geweſen, die wir überhaupt ergriffen haben. Es war eine — der Herr Abgeordnete hat das Thema angeſchlagen, ich muß alſo auch darauf eingehen — es war das früher eine Einrichtung, urſprünglich hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen den Wert der Eiſenbahnen, welches mir noch erinnerlich iſt aus den Zeiten des Miniſters v. Bodelſchwingh, ich meine

nicht des letzten, Ihnen bekannten Finanzministers, sondern des älteren Bodelschwingh. Wie die Anhalter Bahn gebaut werden sollte, da waren gleichzeitig drei Projekte, eins nach Magdeburg, eins auf Leipzig, eins auf Dresden vorliegend, und die damalige preußische Regierung erklärte: wir haben die sichersten Beweise durch unsere Kenntnis des Güterverkehrs, daß kaum eine einzige Bahn in diesen drei Richtungen überhaupt notdürftig das Leben haben wird und die wird auch Bankerott machen, wenn der Herzog von Anhalt nicht die Elbbrücke baut. Wir zwangen also diese drei Linien, sich in diesem unförmlichen Ding, was damals in Roßlau mündete, zu fusionieren, und wir sind lange Zeit auf demselben Anhalter Bahnhof nach Magdeburg und nach Leipzig und auf dem ungeheuerlichen Umwege nach Dresden gefahren. Infolge solcher Anschauungen hat Preußen damals das ebenfalls dem absoluten, ja dem französischen Feudalstaate angehörige System, die Eisenbahn-Privatmonopole aufkommen lassen. Jede Eisenbahn ist in ihrem Bezirke, sobald sie praktisch eingerichtet, ein Monopol, es kann niemand gegen sie aufkommen, jede andere Verkehrsanstalt muß eingehen, dann ist sie Generalpächterin der ganzen Verkehrsinteressen der ganzen Landschaft, um die es sich handelt, eine gerade so schlimme Institution, wie sie unter dem alten französischen Regime stattfand, daß den Generalpächtern, die eine gehörige Pacht dafür gezahlt hatten — während unsere Bahnen die Ausbeutung gratis privilegiert erhielten — daß denen die Ausbeutung einer Provinz mit dem Gesetze in der Hand überlassen wurde, und je nach ihren Privatinteressen ihnen die Berechtigung zuerkannt wurde, ihre Dividende so hoch als möglich zu schrauben ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Verkehr. Das war das System der Privatbahnen, und durch die Verstaatlichung haben wir dem Staat wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, in Anknüpfung an das, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privataktiengesellschaften in der Politik dazu bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des Deutschen Reiches wieder verstaatlicht wird. Der Abgeordnete hat nachher, wie der Abg. Bamberger in seiner vorgestrigen Rede, schließlich gegen das Monopol, namentlich unter dem Druck der Autorität seines Freundes und Gesinnungsgenossen Leroy-Beaulieu, eine gewisse Weichheit gegen das Monopol dokumentiert; es sagt auch der Abg. Richter: Auf ewige Zeiten verwahrt sich der Abgeordnete nicht gegen neue Steuern,

und das iſt nur wieder ein anderer Ausdruck für das Wort: „Dieſem Miniſterium keinen Erfolg, oder: dieſem Miniſterium bewilligen wir kein Geld — wenn wir daran kommen werden, und darauf rechnen doch die Herren, würden wir neue Steuern einführen, wir wollen uns das nicht entgegenhalten laſſen, wir hätten dies auf ewige Zeiten abgeſagt. Wir wollen das abwarten.“ Es thut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchſten Autorität in dieſem Lande bekleidet zu ſein, hätte ich Sie ſchon vor drei Jahren zur Regierung berufen, um Sie operieren zu ſehen. Alſo: „nicht auf ewige Zeiten“ — das iſt doch ſchon etwas. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächſten Jahre, das weiß ich nicht.

Was die ſonſtigen Einwendungen gegen das Monopol betrifft, ſo will ich zuerſt eine Frage berühren, die, ſoviel ich habe ſehen können, in dem Bericht gar nicht berührt iſt. Es iſt das die Arbeiterfrage. Die hat früher eine große Rolle geſpielt. Ich habe behaupten hören, es würden 400 000 Arbeiter brotlos, dann waren 40 000, und ich weiß nicht, welche phantaſtiſchen Ziffern den Wählern darüber beigebracht ſind. Die Zahl aller der im Tabakhandel beſchäftigten Individuen — und in ihnen liegt der Hauptwiderſtand — iſt angegeben auf 8525 Köpfe im ganzen Deutſchen Reich. Die regieren ihrerſeits die heutige Bewegung und haben ja einen erheblichen Einfluß, und jeder, der Oppoſition gegen die Regierung treibt, ſteht ihnen ja bereitwillig bei. Aber dieſe 110 000 Arbeiter mitſamt den 8000 im Handel beſchäftigten, alſo ſagen wir 120 000 Leute, würde die Regie doch mit Leichtigkeit abſorbieren und unterbringen, und es werden da keine Arbeiter brotlos. Wenn Sie jeden, der ab und zu als Kellner oder ſonſt mit Zigarren handelt, oder jeden, der in dem Materialladen zwiſchen Heringsfäſſern und Petroleum auch ein paar Zigarren ſtecken hat, dazu rechnen wollen, dann freilich werden Sie höher kommen. Aber die Enquete liegt vor; ſie iſt amtlich, hier iſt ſie gedruckt.

Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialiſtiſch ſind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird ſich der Staat bei unſerem Reiche überhaupt angewöhnen müſſen. Wir werden den Bedürfniſſen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müſſen, wenn wir dieſelbe Weisheit beobachten

wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergſche Geſetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben, ein ſehr viel ſtärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es ſo gekommen iſt, daß man dieſen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen ſehr wohlhabenden, freien Bauernſtand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen, — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerſtande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wiſſen. — Aber Sie werden genötigt ſein, dem Staate ein paar Tropfen ſozialen Öls im Rezepte beizuſetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachläſſigung der Pflichten der Geſetzgebung, wenn ſie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erſtreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie ſie ſofort bis zum Ende durchberaten. Sozialiſtiſch war Herſtellung der Freiheit des Bauernſtandes, ſozialiſtiſch iſt jede Expropriation zu gunſten der Eiſenbahnen, ſozialiſtiſch im höchſten Grade iſt z. B. die Kommaſſation, die Zuſammenlegung der Grundſtücke, die dem einen genommen werden — in vielen Provinzen iſt das Geſetz — und den anderen gegeben, bloß weil der andere ſie bequemer bewirtſchaften kann, ſozialiſtiſch iſt die Expropriation nach der Waſſergeſetzgebung, wegen der Berieſelung u. ſ. w., wo dem einen ſein Grundſtück genommen werden kann, weil es ein anderer beſſer bewirtſchaften kann, ſozialiſtiſch iſt die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegbau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundſtücken einen Weg für die Durchreiſenden unterhalten muß. Das iſt alles ſozialiſtiſch. Ich könnte das Regiſter noch weiter vervollſtändigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können oder zu zitieren, ſo ſtehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längſt überwunden habe und deſſen Überwindung für die ganze Reichsgeſetzgebung durchaus notwendig iſt.

Nun, wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, ſo will ich damit nur motivieren, warum wir gerade dieſen Weg, trotz ſeiner Unpopularität zuerſt vorgeſchlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwiſchen den Wegen eine Auswahl zu treffen; die Frage liegt auf Ihrem Ge-

biete und in Ihrer Attribution, und ich kann nur mit einer alten Berliner Redensart sagen: Darum keine Feindschaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur mögen Sie es uns auch nicht übel nehmen, daß wir es vorgeschlagen haben, und ich begreife gar nicht, wo der Zorn herkommt, als wären wir mit Landesverrat und Verkennung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch zu Werk gegangen, wenn wir Ihnen einfach eine Vorlage darüber bringen, ob Sie das Geld, das gebraucht wird, auf diesem Wege aufbringen oder auf einem anderen Wege, — Ihre Berechtigung zur Ablehnung in Zweifel zu ziehen, wird niemand einfallen, — so verstehe ich nicht, warum der zornige Eifer über diese reine Utilitätsfrage überhaupt entstanden ist. Ich kann ihn nur auf demselben Gebiete suchen, auf dem ich die Ursachen der Abneigung suche, diese Fragen überhaupt zu diskutieren. Ich habe den Eindruck von dem Verhalten des preußischen Landtags und der da führenden und herrschenden Parteien und von dem Verhalten des Reichstags dem jetzigen Monopolgesetze gegenüber, daß die Gegner der Regierung die Diskussion scheuen. Sie suchen sie zu verhüten, und soweit das nicht gelingt, die Sache so rasch und flüchtig wie möglich abzumachen, ohne gründliche Prüfung der Fragen für und wider. Das ist ein sehr brillantes Zeugnis für die Richtigkeit der Vorlage. Sie scheuen die gründliche Diskussion derselben, wir aber nicht, und wenn Sie uns nötigen, sie einstweilen vom Brette abzuschieben durch eine ganz bestimmte Weigerung, so werden Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen vor dem Volke. Wir lehnen die Last dieser Verantwortung von jetzt an ab, wir bedauern, daß Sie sich so bestimmt dagegen erklären, aber in der Thatsache, daß Sie die Diskussion scheuen, finde ich zugleich die Begründung der Überzeugung, daß der Gedanke sich schließlich doch durchschlagen wird, wie Goethe von dem braven Reiter und dem guten Regen sagt: Er findet seinen Weg überall. Ein Minister kann ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden, und wäre er unrichtig, so mag er meinethalben in die Brüche gehen. Ich halte ihn für richtig und glaube, er wird sich mit Erfolg schlagen und er wird noch von anderen Leuten in Zukunft mit Überzeugung vertreten werden. Ich habe kein Bedürfnis, ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also immerhin das Monopol ab; die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die

Reformfrage aus der Welt ſchaffen, weder die Reformfrage noch die Frage, ob der Tabak höher beſteuert werden könnte. Sie kann aufgeſchoben werden, wird aber immer wieder kommen, und mit der einfachen Ablehnung ſchaffen Sie auch den Steuerexekutor nicht aus der Welt, und der muß doch aus unſerer Steuererhebung beſeitigt werden, wenn wir in ſteuerlicher Beziehung die reine Wäſche einer civiliſierten Nation uns erwerben wollen. Alſo ich habe genug gethan und ſage mit dem kurzen franzöſiſchen Ausdruck, was das Monopol anbelangt: J'en ai fait mon deuil. Ich bin die Verantwortung los.

Nun, meine Herren, wenn ich ſo wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir ſo viel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine ſo bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, ſo können Sie mich ja fragen, was veranlaßt denn dieſen matten Greis, ſeine Siſyphusarbeit fortzuſetzen, wenn er ſelbſt die Überzeugung hat, er kommt zu nichts. Meine Herren, wir haben, in Preußen wenigſtens, eine eigentümliche militäriſche Tradition, das iſt die des Dienſt- und des Pflichtgefühls. Sie wiſſen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zuſtimmung meines Herrn, des Kaiſers, den Abſchied verſchaffen können, ſo bin ich außerordentlich dankbar. Intereſſe am Geſchäfte iſt es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus perſönlichen Gründen, aus den Rückſichten, die ich Sr. Majeſtät ſchulde, verhindert bin, der Abſicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Geſundheit meiner Thätigkeit ein Ziel ſetze, wenn ich daran verhindert bin, ſo bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, ſo lange ich das Amt trage, verpflichtet, dieſes Amt zu warten, und ich muß meinen Dienſt thun, es mag mir ſauer werden, es mag mir wider den Strich ſein. Ich lebte viel lieber auf dem Lande als unter Ihnen, ſo liebenswürdig Sie auch ſind. Wenn ich es dennoch thue, ſo iſt es nur das Gefühl deſſen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ benennt, ſo lange ich den Titel des Kanzlers trage.

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt geweſen zu gehen, im Jahre 1877. Es iſt mir damals die Erlaubnis dazu verſagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobiling'ſchen Attentat in ſeinem Blute habe liegen ſehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der ſeinerſeits ſeiner

Stellung und Pflicht vor Gott und den Menſchen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen ſeinen Willen nicht aus dem Dienſte gehen kann. Das habe ich mir ſtillſchweigend gelobt, und das iſt der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch ſehen, das einzige Fleiſch und Blut meines alten Herrn, dem ich geſchworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. Sonſt im Übrigen würde ich die Geſchäfte gern einem Anderen übergeben. Außer dieſem Grunde des Pflichtgefühls iſt es ein anderes, ſehr natürliches, daß ich mit einer gewiſſen Sorge der Zukunft der Einrichtungen entgegenſehe, deren Herſtellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine beſten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Beſorgnis erfüllt, wenn ſie rückgängig werden, ſich abnützen, ſich nicht bewähren ſollten, das iſt ein natürliches Intereſſe, über das ich mich aber auch beſcheiden muß.

Ich kann mich mitunter in ſchlafloſen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unſere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tiſch des Frankfurter Bundestages ſitzen könnten. Die Art, wie die Geſchäfte gehen, ſchließt die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Anſehen, deſſen wir uns heutzutage im Auslande erfreuen, erſt einmal einen Stoß erlitten haben ſollten. Wir haben eine große Autorität gewonnen, ſie iſt aber leicht zu erſchüttern. Ich habe, als unſere Verfaſſung geſchaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt, die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unſere Einheit liege in den Dynaſtien, der Anker der Rettung und der Kitt für unſere Einheit liegt im Reichstage, deshalb muß man dem Reichstage möglichſt viele Rechte geben und ihn möglichſt ſtark hinſtellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundestäglichen Verhältniſſe, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Beſorgnis beherrſcht war, der nationalen Einheit und damit der Unabhängigkeit von Fremden einen möglichſt prägnanten, ſcharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugeſtimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu ſetzen, daß er ſeinerſeits das Reich nicht nur fördern, ſondern allerdings auch weſentlich ſchädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorſehung in die Ökonomie des Deutſchen Reichs eingefügt ſind, nicht vollſtändig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe dieſen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unſere Einheit auch in Zukunft geſichert ſei, beruht heutzutage auf

den Dynastien. Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammen zu stehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reichs belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später, sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte, in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Darin, meine Herren, habe ich Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen!

Rede zum Tabakmonopol.

Gehalten am 14. Juni 1882.

(Nach dem Abgeordneten Bamberger.)

Der Herr Abgeordnete hat meine Politik im allgemeinen angegriffen, wie bei anderen Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch ſeine Rede dazu beigetragen, die nachteilige Meinung, die er von meinen politiſchen Abſichten und Leiſtungen in der inneren Politik hat, in möglichſt weiten Kreiſen zu verbreiten, ohne ſich dabei ſehr an die Vorlage des Tabakmonopols zu binden. Ich muß mir das gefallen laſſen, ich bin daran gewöhnt und habe darauf auch weiter nichts zu erwidern. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenbergſchen Berichte Kenntnis von der Rede des Herrn Abgeordneten Richter erhalten, die eingehend die Frage ſelbſt behandelt, die uns beſchäftigt. Ich vermeide in der Regel, ſo viel ich kann, mit dem Herrn Abgeordneten Richter direkt in Diskuſſion zu treten, es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich ſehe in der Art, wie jemand hier öffentlich ſpricht, eine Art von Selbſteinſchätzung, keine finanzielle, aber doch in bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches jemand dadurch in Anſpruch nimmt, daß er es anderen gewährt. In bezug auf dieſe Einſchätzung treffe ich mit der ſeinigen und der Abgeordnete Richter mit der meinigen nicht vollſtändig zuſammen, und es iſt ſchwer auf Vorwürfe gewiſſer Art und auf Argumente gewiſſer Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten. Ich werde indeſſen doch eine ſachliche Kritik verſuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich ſein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten.

Der Herr Abgeordnete hat mir zunächſt — ich kann nur nach dem Oldenberg'ſchen Berichte urteilen, etwas anderes liegt mir nicht vor — zunächſt vorgeworfen, die geſtrige Rede des Herrn Reichskanzlers ſei eine neue Auflage ſeiner bereits vor dem Reichstag von 1879 vor der Zollbewilligung gehaltenen Rede. Ja, ich glaube, der Abgeordnete Richter ſowohl wie ich kommen, wenn wir beſtimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage, dieſelben Argumente in mäßig veränderter Form öfter wie einmal vorbringen zu müſſen, und der Abgeordnete Richter,

der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb dieses Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal ihm gegenüber mit dem Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Abgeordnete Richter, und sage nicht so häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche, dann aber auch glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns: das, was ich wiederhole, ist wahr, das, was der Herr Abgeordnete Richter wiederholt, halte ich nicht immer für wahr, ja, in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt, in der Regel nicht! Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen, was man sagt, einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann schwächt sich der Zweifel immer etwas ab und findet Leute, die selbst nicht denken, aber annehmen, mit so viel Sicherheit und Beharrlichkeit könne Unwahres nicht behauptet und gedruckt werden.

Der Herr Abgeordnete hat erwähnt, es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution, der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, gehe jetzt immer noch um, wie damals. Meine Herren, das ist es ja eben, wogegen ich kämpfe und was ich bedauere, daß alle Anstrengungen, die im Namen des Königs von seiten der Regierung gemacht werden, um diese Anomalie der Kopfsteuer, die in allen anderen Staaten verschwunden ist, aus dem preußischen Staatsleben auch zu entfernen, daß die fruchtlos sind. Ein Übel wird dadurch nicht erträglicher, daß es länger dauert, und wenn es vor drei Jahren bestand, noch früher bestand und noch immer fortbesteht, so werden Sie erleben, daß, wenn ich zum Reden imstande bleibe und genötigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, daß ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalte, und zwar so lange, bis einer von uns beiden tot ist, entweder der Exekutor oder ich.

Der Herr Abgeordnete sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren". Ja, meine Herren, trifft das bloß mich? Sehen Sie nach England, ist es dort etwa leichter ge-

worden in dieſem Muſterſtaat, mit dem Parlament zu regieren? Sehen Sie, was mein verehrter Kollege Herr Gladſtone für Schwierigkeiten hat, und ſehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentariſchen Schwierigkeiten ſich in Mordthaten, in Gewehr- und Piſtolenſchüſſe und Verſtümmelungen von Pächtern überſetzen. So ſchwierig iſt es bei uns noch nicht geworden, wir leben noch in Ruhe und Frieden, und ich glaube, wir können, wenn wir die Verhältniſſe rundum in Europa vergleichen mit dem, was die deutſche und preußiſche Regierung, der ich ſeit zwanzig Jahren angehöre, geleiſtet hat, immer noch zufrieden ſein.

Sehen Sie nach Frankreich! Iſt es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren, als es früher war? Früher war das in England kinderleicht, ſo lange nur zwei Parteien dort waren, die Whigs und die Tories, beide intereſſiert an der Erhaltung der Maſchine, die ſtimmten und zählten unter einander ab; wer die Majorität hatte, regierte.

Ich habe ſchon auf dem vereinigten Landtag im Jahre 1847 das Gefühl gehabt, daß dieſe Einrichtung ſchwierig werden würde, ſobald es mehr als zwei Parteien, wenn es auch nur drei Parteien ſind.

Jetzt ſind es vier Parteien in England, es wird alſo notwendig ſein, ein Koalitionsminiſterium zu bilden, das zu einer einheitlichen Politik aus dem Grunde niemals imſtande ſein wird, ſondern die Parteien, die in demſelben vertreten ſind, werden ſich gegenſeitig Konzeſſionen machen müſſen.

Die Torypolitik hatte die Majorität nicht mehr, die Whigs hatten ſie an ſich auch nicht, wie ſie dieſelbe ſonſt den Tories gegenüber früher öfter gehabt hatten, ohne Zuſtimmung der dritten Partei, der Radikalen, und der vierten Partei, der iriſchen Katholiken. Ich weiß nicht, ob dieſe Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken ſind — ich habe nicht unter ihnen gelebt — ich glaube aber das erſtere, daß ſie eben aus nationalen Gründen widerſtreben. Jetzt iſt eine Regierung in England ſchwer zu führen, die nicht die über 100 Köpfe zählenden iriſchen Deputierten für ſich hat; infolgedeſſen iſt der parlamentariſche Mechanismus in England auch nicht mehr imſtande, in ſeiner urſprünglichen Reinheit — le jeu de nos institutions (das Spiel unſerer Inſtitutionen), wie der Franzoſe mit Stolz ſagt — zu fungieren.

Von Frankreich will ich nicht ſprechen, da ich keinen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben; in England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine Geſinnung für

England, und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre.

Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Österreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten „Herbstzeitlosen" unter den Deutschen in Österreich haben die Möglichkeit der Regierung, mit den Deutschen zu gehen, ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteiregierung bei uns unmöglich ist: einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindruck der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet notwendig in der Richtung ihres Extrems statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert, es wird sich immer einer finden, der noch in konservativer Richtung weitergehende Theorien aufstellt und für die er, wie für alle Extreme, leicht die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den anderen überbieten in Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es in England gegangen seit der Reform — und der Überbotene wird immer Unrecht bekommen und die Neuwahlen brauchen gar nicht mit Kaukus bearbeitet zu werden, wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der Frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Österreich, in Cisleithanien ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die in Österreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen mußte.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstschen Partei in Österreich — der „Herbstzeitlosen" nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet,

nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruiniert hat. Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als andern eigentümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruinieren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden.

Also so viel über die Schwierigkeiten, mit einem Parlament zu regieren. Der Vorwurf trifft mich einigermaßen ungerecht. Wo haben Sie denn einen Minister, der 20 Jahre lang am Ruder geblieben ist? Bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich überhaupt mit einem Parlament nicht regieren und leben könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre — ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, als ich in den Dienst eintrat — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraitable kann ich also nicht sein; und ich glaube auch hier durch das einfache Faktum, daß ich so lange an der Spitze der Geschäfte des Vaterlandes gestanden habe, nachgewiesen zu haben, daß der Abg. Richter mir Unrecht gethan hat, indem er sagte, ich könnte mit einem Parlament nicht regieren. Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abg. Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. „Auch die Spur einer Selbständigkeit, einer selbständigen geschäftlichen Behandlung verträgt er nicht!“ Vertrage ich nicht jede Ablehnung? Wie viel Ablehnungen habe ich mir schon geholt? Der Abg. Bamberger hat gesagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt, — gegen wen spricht das? Es ist die Frage: waren die Vorlagen vernünftig, so ist es eine Niederlage für denjenigen der sie abgelehnt hat, waren sie unvernünftig, so ist es gut, daß durch die Ablehnung der unrichtige Weg, auf dem die Staatsregierung gegangen ist, mit einem Schlagbaum geschlossen ist, Darüber sollten Sie doch schweigen. Es ist das natürliche Ergebnis konstitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor, Sie haben die Initiative der Gesetzgebung, warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Die Fälle sind gegenüber den 1000 Vorlagen der Regierung zu zählen. Es ist aber außerordentlich bequem, die Regierung immer sozusagen

herauskommen zu laſſen, ſich in die Hinterhand zu ſetzen und alles anzugreifen, herunterzureißen und zu bekritteln mit Weglaſſung von notwendigen Argumenten, die für die Regierung ſprechen, von dem, was die Regierung irgend vorgebracht hat, nach dem Prinzip: ich habe keine Meinung, ſo lange die Regierung keine ausſpricht; ſobald ſie ſich ausſpricht, werde ich eine haben und werde ihr dann widerſprechen. Wozu haben Sie die Initiative? Wie können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative niemals Gebrauch machen, ſondern ſich bloß aufs Abwarten, aufs Vigilieren, auf die Hinterhand legen, um zu warten, welche Farbe die Regierung ausſpielt, um dann das Gegenſpiel zu ergreifen. Damit können Sie eine Regierung ermüden und dadurch würde jemand, der weniger von der Hingabe für vaterländiſche Zwecke getragen wird wie die jetzige Regierung, ermüdet werden, zunächſt ſchon einfach mit dieſer Zwickmühle, die der Abgeordnete Richter wieder angeführt hat: „niemand ſollte Verwendungszwecke feſtſetzen, ehe die zu verwendenden Summen vorhanden ſeien“, und auf der anderen Seite: „man hat ſich geweigert, das Fell des Bären zu teilen, der noch nicht geſchoſſen iſt, und wir weigern uns, im Reichstage den Bären zu ſchießen.“ Ja, dann mögen Sie doch ein anderes Jagdobjekt vorſchlagen, oder Sie beſtreiten, daß wir überhaupt eine Vorlage brauchen. Das iſt alſo die Frage, die uns künftig beſchäftigen wird, die Frage des Bedürfniſſes, und auf dem Felde erwarte ich Sie; es wird immer das dem Herrn Abgeordneten Richter ſo unangenehme Geſpenſt des preußiſchen Exekutors ſein, welches uns auf dieſem Felde immer wieder begegnen wird. Aber ich mache nur darauf aufmerkſam: wäre es nicht wirklich des preußiſchen Landtags und des Reichstags würdig, daß, wenn Sie der jetzigen Regierung, die ſich abquält, Ihnen Vorlagen zu machen, jede Konzeſſion verweigern, Sie endlich Ihrerſeits einmal eine Andeutung machen, wohin Sie wollen? geben Sie uns in dieſer Richtung etwas, daß wir es thun, oder daß Sie ſich vor dem Lande mit der Erklärung von der Verantwortlichkeit hinſtellen: wir halten die jetzigen Zuſtände ſo vortrefflich, wie Candide die Zuſtände der Welt hielt, und wollen ſie in Ewigkeit beibehalten und werden dieſem Miniſterium, ſo lange es regiert, nicht geſtatten, daß es auf der erſtrebten Bahn einen Schritt vorwärts kommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klar ſtellen. Der Wähler iſt ja bisher über die Frage, wen er wählt und wofür, vollſtändig im Dunkel,

er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird; er lieſt nur ſeine Preſſe, und da giebt jeder nur das, was ſeine Partei geſprochen hat, da herrſcht die Agitation der Fraktionen, deren Intereſſen ſtehen voran, die Gründe der Regierung bleiben unerwähnt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir eine Intention untergeſchoben, die ich nicht habe und auch nicht kundgegeben, nämlich den Mißbrauch der Auflöſung. Er hat geſagt, ich würde ſo lange auflöſen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht. Meine Forderung an den Landtag iſt viel konſtitutioneller; ich ſage: der König hat das Recht und wird von dieſem Rechte ſo lange Gebrauch machen, ihn aufzulöſen, bis der Landtag auf die Frage, die vom Könige vorliegt, eine Antwort mit ja oder nein giebt. Fällt dieſe Antwort mit nein aus, ſo wird der König ſich vor der Verfaſſung beugen und ſagen: Sie haben das Recht abzulehnen und die Verantwortung für Ihre Ablehnung. Sie haben das Recht abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedauere Ihre Ablehnung; aber wegen ſolcher wird man nicht wiederholt auflöſen. Aber den Landtag, der Strike macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung dauernd auflöſen und die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes durch deſſen Vertreter zu erfahren, und eine parlamentariſche Verſammlung, die aus Parteirückſichten, weil ihr die Beſprechung der Sache unangenehm iſt, weil ſie fühlt, daß ihre Sache, die ſie dabei vertritt, eine ſchwache iſt, die deshalb die Diskuſſion totſchweigen und verhindern will, die wird fünfzigmal aufgelöſt werden können, ohne daß man konſtitutionelle Prinzipien verletzt. Ein Recht auf Äußerung, auf „ja“ oder „nein“ haben wir, wir verlangen nur, daß geprüft wird. Sobald der preußiſche Landtag ſeinerſeits auch ablehnt, das habe ich ja ſchon geſagt, dann iſt die Sache fertig, dann haben wir weiter nichts zu thun, und ich habe noch hinzuzufügen, daß mir perſönlich das nicht unangenehm ſein wird.

Der Abgeordnete hat ferner geſagt:

> Woraus iſt denn in Preußen der Konflikt entſtanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganiſation nicht eine direkte Antwort gegeben hat.

Das beſtreite ich; der Konflikt iſt entſtanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauſes ſich ihrerſeits in Konflikt ſetzte mit dem Geiſt und Beruf der preußiſchen und deutſchen

Nation. Die Thatsache war, daß der König mit seinen Vorlagen die nationale Sache vertrat, der König mit seiner Armee-Organisation, und daß der König lediglich aus parlamentarischer Machtlust, aus Parteitaktik bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie wären von Anfang an für das Deutsche Reich thätig gewesen, und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zu stande gekommen, und sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das letztere, die Priorität, ist einmal nicht da. Wer hat 1813 und 1815, in der ganzen Zeit seither, das Deutsche Reich nicht gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißsporn, wie mir kaum einer bekannt ist; denn selbst ich, ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikaden von 1848 beeinflußt wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat. Diejenigen Herren, die jetzt behaupten, sie hätten die bestehende gemacht, die haben stets fromme Wünsche in ihrem Herzen gehabt, ich habe mich praktisch ans Werk gelegt, diesem Wunsche Folge und Erfüllung zu bieten; Sie haben gerade das Gegenteil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf notwendig war, gethan, um die Neubildung des Deutschen Reiches herbeizuführen. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der mußte sich sagen, daß ohne die preußische Armee, und eine starke preußische Armee, der deutschnationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich aneignete; und die Aufgabe lag nicht darin, Reden auf der Tribüne zu halten und zu überzeugten Leuten zu sprechen, sondern sie lag darin, die Zustimmung des Königs von Preußen zu den allein praktischen und durchschlagenden Maßregeln zu gewinnen und dem König von Preußen eine hinreichend starke Armee in die Hand zu geben, daß er sich zum Vollstrecker der nationalen Bedürfnisse machen konnte. Auf diesen Gedanken, meine Herren, ist keiner von Ihnen gekommen; jeder von Ihnen hätte 1862 an meiner Stelle Minister werden und beim Könige vielleicht noch bessere Aufnahme finden können, wie ich, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen sofort in die Hand zu geben. Aber wer von Ihnen hat überhaupt irgend nur einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat nur den Wunsch ausgesprochen, Preußen soll eine starke Armee haben? Sie haben gesucht, diese Armee zu zerbröckeln, zu untergraben, zu einer Miliz zu machen, mit einer zweijährigen Dienst-

zeit und einer noch kürzeren; wenn wir forſchen in den damaligen Reden, werden wir die Berufung auf amerikaniſche Zuſtände finden, auf die Miliz. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit das hätte machen können? Sie ſind damit auf dem Holzwege geweſen und haben gerade am unrechten Ende die Sache angefangen; das, was Ihnen helfen konnte, die preußiſche Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt, Sie haben den Offizier gehaßt und angefeindet. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Putzki und dergleichen Erſcheinungen, wie die Preſſe dergleichen Sachen eifrig aufnahm, wie ſie die Vergehen einzelner dem Staate zur Laſt legte. Leſen Sie die Preſſe von damals; wie iſt die Armee verhöhnt worden, die allein der Träger des nationalen Gedankens ſchließlich geworden und geblieben iſt. Es war damals immer die Rede vom Profeſſor und Preſſe auf der einen Seite und Armee auf der anderen Seite, und das erſte, was man bei meinem erſten Auftreten als Miniſter von mir ſagte, war etwas, was mir ſehr ſchmeichelhaft war, man ſagte mir: dem ſieht man auf den erſten Blick an, der iſt nichts, wie ein preußiſcher Offizier in Zivil. Ich habe das Anerkenntnis dankend angenommen und das Gefühl als preußiſcher Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Beſtrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgend eine parlamentariſche Attribution, die ich hier ausübe.

Ich muß nach der Reihenfolge des Leitfadens gehen, den ich hier habe.

Da wird geſagt: „Der Reichskanzler war nicht immer gegen die Fraktionen.“ Ja, meine Herren, das kommt ſehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortſchrittsfraktion, das Zeugnis muß mir doch der Herr Abgeordnete geben, bin ich ſeit 20 Jahren ſo ſtetig, wie eine Magnetnadel immer geweſen, und die Gefahr, die uns von ſeiten der Fortſchrittspartei, von ſeiten dieſer in ihrem Herzen ſtreng royaliſtiſch-republikaniſchen, unbewußt republikaniſchen . . . Ja, meine Herren, Sie kennen ſich ſelbſt nicht, das iſt aber doch die erſte politiſche Regel.

Sie kommen notwendig dahin. Die Leute zur Zeit Mirabeaus haben auch nicht geglaubt, zur Republik zu kommen, und ich weiß noch mehr fremde Staaten, wo die Machthaber und Radikalen es heute noch nicht glauben und den Gedanken mit Entrüſtung zurückweiſen; Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in anderen Ländern das noch vorkommt. Was die

geſchichtliche Entwicklung und Beobachtung anlangt, können Sie meinem Urteile immer einigen Glauben ſchenken, wenn ich auch hier in Deutſchland nie auf das Maß von Vertrauen Anſpruch machen werde, was man mir im Auslande ſchenkt.

Alſo es kommt immer auf die Fraktionen an. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas anderes ſei, wie das Inſtrument und der Weg, ſein patriotiſches Intereſſe für die Geſamtheit zu bethätigen, und daß die Fraktion jemals Selbſtzweck wird, und ich habe die Befürchtung ausgeſprochen, daß wir auf dem Wege ſind, daß der Fraktionsgedanke den Reichsgedanken verdunkelt, daß wir die allgemeinen Geſichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptſächlich wegen der deutſchen Eigenſchaft: der Korpsgeiſt, wie wir ihn auf den Univerſitäten haben, daß der Kampfeszorn zwiſchen den verſchiedenen rivaliſierenden Parteien zu heftig geworden iſt. Gerade ſo, wie wir in Deutſchland ſehr viel Schwierigkeiten haben, Zwiſtigkeiten zwiſchen den Regimentern einer Garniſon zu verhindern, die verſchiedene Uniform oder nur verſchiedenes Lederzeug tragen — wer Soldat geweſen iſt, weiß, daß der Deutſche ſofort bereit iſt, bande à part zu machen und mit großer Erbitterung gegen den Partei zu nehmen, der nicht dieſelben Knöpfe an der Uniform trägt, der dem Vaterlande auf eine andere Weiſe zu dienen glaubt, wie er ſelbſt. Die Zwecke der Fraktion bekämpfe ich ja garnicht, nur die zornigen Auslaſſungen, die es nicht zulaſſen, eine Verſtändigung untereinander herzuſtellen — ich kann eine Verſtändigung nicht zuſtande bringen.

Der Herr Vorredner ſagt ferner:

> Wir ſind feſt und einig, weil unſere Wähler es ſind; die Mehrheit in den Fraktionen iſt nicht beſtimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt.

Ja, meine Herren, wie denkt der Wahlkreis? Das iſt ſehr ſchwer zu beſtimmen, dann wüßte der ganze Kaukus — dieſe ganze Kaukuserfindung iſt es ja, was jetzt die engliſchen Wahlen beherrſcht und in unſeren Wahlen mehr und mehr herrſchend wird — da bildet ſich eine Aſſoziation, die die Fäden der Preſſe, des Vereinsweſens und der Korreſpondenz dergeſtalt in den Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen giebt, die von demſelben Hauptzentrum bedient und geleitet werden, und wo ſofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann, und wenn in irgend einer Stadt — ich will jetzt einmal von England ſprechen

— alſo von 30—40 Kaukusaſſoziierten eine Parole, ein Name ausgegeben wird und jeder für einen Einfaltspinſel und Feind gehalten wird, der etwas anderes will, dann ſind 40 Menſchen, wo außer ihnen ſich keine drei gegenſeitig verſtändigt haben, ein ganz kompaktes Bataillon, die ergreifen nun Beſitz von der Poſition, mehren ſich ſchnell, und man getraut ſich ſchwer, gegen ſie aufzukommen, es iſt gewiſſermaßen eine Beſatzungstruppe, die in jeder Wahlfeſtung von einer beſtimmten Partei unterhalten wird, und mit der man durch Telegraphen und Preſſe in Verbindung ſteht, und die ſofort imſtande iſt, ſobald der Wahl-Kriegszuſtand in dieſen Wahlorten erklärt wird, 40 oder 100 Mann ſtark geſchloſſen, nach einem beſtimmten Befehl laut und ſicher aufzutreten. Mit dieſen Kaukus-Stimmen, wer das kennt, der lacht darüber, wenn er nachher von dem Willen der Nation, von den Stimmungen in den Wahlkreiſen hört, nur ein Kaukus-Aſſozié wird unter Umſtänden den anderen aus dem Sattel heben, und dieſes aus dem Sattelheben des Gemäßigten durch den Weitergehenden liegt in der natürlichen Entwicklung der Zukunft.

Alſo wenn der Herr Abg. Bamberger z. B. hier im Namen der Nation ſprach, wenn der Herr Abgeordnete Richter ſagte, das Volk ſelber ſchließt ſich immer mehr zuſammen zu einem Ring, ſo möchte ich doch die Frage ſtellen, was hat denn Herr Abgeordnete Bamberger für ein Recht, im Namen der deutſchen Nation zu ſprechen, und was hat der Herr Abgeordnete Richter mehr Recht wie ich, im Namen der deutſchen Nation zu ſprechen? Den Herrn Abgeordneten Bamberger möchte ich bitten, einmal einen Rückblick auf unſere Vergangenheit zu werfen. Wir ſind beide, ich im Jahre 1847 und er im Jahre 1848 in die Öffentlichkeit der Politik getreten. Ich will die Thür, durch die wir eintraten, hier ganz außer Betracht laſſen, ich rechte mit der Vergangenheit nicht. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Teil ſeiner Vergangenheit in Paris zugebracht. Soviel ich weiß, liegt ſeine Auffaſſungsweiſe noch mehr domiliziert in jener großen Hauptſtadt an der Seine, wie bei uns; der Herr Abg. Bamberger würde, wenn das in Frankreich zuläſſig wäre, jedenfalls sujet mixte ſein. Und was hat der Herr Abg. Bamberger in der Zeit praktiſch zur Förderung unſeres Nationallebens überhaupt gethan? Blicken wir auf die 30 Jahre zurück, was der Herr Abg. Bamberger ſeitdem geſprochen und geſchrieben hat, und was ich ſeitdem geleiſtet habe, und dann

glaube ich, werden Sie finden, ich bin berechtigt zu der Behauptung, daß ich, der deutſche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaiſers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutſchen Nation zu ſprechen, als Herr Bamberger. Wenn ich nicht durch meine Eigenſchaft als Mitglied des Bundesrats behindert wäre, ſo zweifle ich nicht, daß mir ein Wahlkreis in dieſem Lande eröffnet würde, und ich dann gerade im Namen der deutſchen Nation und des Wahlkreiſes ſprechen könnte.

Jetzt, wo ich bloß den Kaiſer, meinen Herrn, und die verbündeten Regierungen und, wie ich glaube, eine gewiſſe Sympathie, deren Teilnehmerzahl nach Köpfen doch ſtärker iſt, als die Majorität, die der Herr Abgeordnete Bamberger bei der Wahl gehabt hat — wenn wir alle die auszählen könnten, die ich für mich hätte, ſo glaube ich doch, daß ich mehr Anſpruch darauf habe, mich für einen Vertreter, ich will nicht ſagen, für den Vertreter der deutſchen Nation zu halten, als jemand, der mit einer ſchwachen Majorität aus irgend einem Wahlkreis hervorgegangen iſt. Wenn ich der deutſchen Nation widerſtrebte, dann wäre ich nicht ſo lange in dieſer Stellung, es würde mich wie der Sturmwind hinweggeweht haben. Alſo dieſen meinen Anhalt am deutſchen Volke wird mir der Herr Abgeordnete Bamberger nicht nehmen, und ſein Baum auf dem Boden wächſt nicht an die erſte Zweigteilung des meinigen heran.

Der Herr Abg. Richter hat ferner geſagt: „uns feſſelt wahrlich nicht Ehrgeiz an dieſen Platz; es giebt viele, die in ihrem Berufe ſchwere Opfer bringen.“ Findet das nun Anwendung auf alle diejenigen, deren Beruf hauptſächlich in der Thätigkeit in der Preſſe beſteht? Von denen beſtreite ich, daß ſie irgend ein Opfer bringen; im Gegenteil, je länger die Sitzung dauert, und je lebhafter ſie daran beteiligt ſind, deſto mehr ſind ſie in der Lage, ſich zugleich mit ihrem Beruf zu befaſſen und ihn mit mehr Erfolg, mit verdoppelten Kräften und verſtärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns, für alle diejenigen, die auch dann noch, wenn ſie aufhören, Abgeordnete zu ſein, Geſchäfte haben, die ihnen am Herzen liegen, die zur Erhaltung ihres Lebensſtandes erforderlich ſind — für die iſt es außerordentlich hart, es iſt ein großes Opfer, und ich bedaure, daß wir genötigt ſind, das zu fordern. Wir würden es in viel geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr —

ich will nicht ſagen — Entgegenkommen, ſondern etwas mehr Offenheit, Aufrichtigkeit und Schnelligkeit im Arbeiten fänden, daß man einfach Ja oder Nein ſagt, zu früherer Zeit, daß man uns nicht hinhalten möge, durch die Thatſache, daß man ſtatt der Vorlagen immer das Miniſterium perſönlich bekämpft, ohne es vor einer großen Anzahl der Wähler offen eingeſtehen zu wollen. Es wird keine Rede gehalten, auch ſelbſt von dem Herrn Abg. Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienſte; das glaubt er ſeinen Wählern ſchuldig zu ſein. Aber dann kann er um ſo ſchärfer und mit um ſo giftigeren Pfeilen mich angreifen; denn er iſt ja mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geſchrieben, im Jahre 1867, auf das ich ſtolz bin. Alſo er iſt vielmehr in der Lage, von dieſer Stellung aus mich herabzuſetzen in der Öffentlichkeit, indem er immer ſagen kann: ich erkenne ja ſeine Verdienſte an.

Der Herr Abg. Richter hat ferner geſagt, ich hätte die Sprache des Abſolutismus geſprochen. Ja, meine Herren, das iſt nicht zutreffend; aber ich würde, wie ich ſchon bei früheren Gelegenheiten geſagt habe, keinen Augenblick anſtehen, die Sprache des Abſolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin — daß Abſolutismus und Patriotismus übereinſtimmend ſind, daß die deutſche Nationalität, die deutſche Unabhängigkeit nach außen und nach innen Schutz und Würdigung nur bei den Dynaſtien findet, und namentlich bei meinem Herrn, dem Könige von Preußen — kurz und gut, wenn ich optieren müßte zwiſchen meinem Vaterlande und der parlamentariſchen Majorität, ſo kann meine Wahl niemals zweifelhaft ſein. Ganz abgeſehen davon — ſo weit wie ich es hier ausſpreche, glaube ich es jedem zum Muſter empfehlen zu können, daß er zwiſchen Patriotismus und Liberalismus nie zweifelhaft ſein ſollte in der Wahl — wenn ich in meinem innerſten Gefühl unter Umſtänden noch weiter gehe und wenn ich entſchloſſen bin, ſelbſt mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mein angeſtammter Herr iſt, auch dann zu grunde zu gehen, wenn er im Unrecht iſt — das iſt meine ganz perſönliche Liebhaberei, die will ich niemand empfehlen. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur ſo weit, daß ich ſage, es iſt traurig genug, wenn in der Überzeugung eines Mannes, der ſo in Geſchäften ſteckt wie ich, und der wie ich glaube, ein ruhiges Urteil darüber ſich bewahrt hat, ſchließlich die Worte

„Abſolutismus“ und „Patriotismus“ näher verwandt werden, als verfaſſungsmäßig wünſchenswert iſt.

Der Herr Abgeordnete ſagte ſchließlich: „Da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen Seite zumeiſt, die im Widerſpruch mit den Dynaſtien den deutſchen Gedanken lebendig erhielten“. Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber geſungen, Schützen- und Turnfeſte gehalten, ſo war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für den Gedanken gewirkt und gearbeitet, wer hat den Entſchluß gehabt ſo wie ich — ich habe es ſchon einmal auf dieſer Stelle geſagt — ſo wie ich es im Jahre 1862 gethan habe, daß ich meine ganze Lebensexiſtenz und nach den Behauptungen der damaligen fortſchrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Strafford und Polignac — einſetzte, um die Möglichkeit zu haben, die Zuſtimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutſchen Politik zu gewinnen? Und auf der anderen Seite wollte ich meinem Herrn, der ſagte: ich weiß niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen, meine Dienſte nicht verſagen. Ich habe damals Mitwirkung geſucht, ich habe Vertreter geſucht, ich fand keine. Warum haben die Herren, die den deutſchen Gedanken ſo tief im Herzen trugen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskieren, warum ſind ſie damals nicht hervorgetreten? Was haben ſie riskiert? Das war wohl nicht für den nationalen Gedanken, das wird wohl andere Gründe gehabt haben. Ich will niemand Unrecht thun, ich weiß ſolche, die wirklich für den nationalen Gedanken gelitten haben, man braucht nur an die Burſchenſchaft zu denken, und einige, die in irrtümlicher Auffaſſung der Mittel, weil ihnen das Verſtändnis für die politiſche Situation fehlte, anſtatt zu ſuchen, eine hinreichende Armee in Deutſchland zu ſchaffen, dieſes Mittel in ihrer ſchwachen Fauſt und auf der Barrikade ſuchten. Das kann jedem paſſieren, und für die habe ich keine Ranküne, die habe ich nicht nennen wollen, ich bedauere, daß ihnen das Unglück paſſiert iſt. Aber ich habe eine ſehr angenehme Stellung vollſtändig aufs Spiel geſetzt, und wenn beiſpielsweiſe die innere Kampagne gegenüber der Fortſchrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugeſichert, daß von meinem Vermögen nichts übrig bleiben würde, man hatte

ſogar mit Zuchthausſtrafe gedroht. Das iſt die Ausſicht, die mir in fortſchrittlichen Blättern geſtellt wurde. Aber nehmen Sie bloß an, wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten; außer mir hat niemand riskiert, einen Krieg zu fördern, aus dem er nicht kommen durfte, wenn der Krieg fehlſchlug, und das hing nicht von mir ab, ob er fehlſchlug. Ich bin ſehr ſelten geneigt geweſen, eine oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr Abgeordnete Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdienſten für Schaffung des Deutſchen Reichs und des nationalen Gedankens auftreten will, da muß auch ich in dem Sinne ſprechen und ihm einfach ſagen: da kommen Sie nicht mit mir mit.

Rede über die Verlängerung der Geltung des Sozialiſtengeſetzes von 1878.

Gehalten am 9. Mai 1884.

Es iſt in der Kommiſſion und auch hier von verſchiedenen Vorrednern ein beſonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß der Herr Abg. Windthorſt bereits am 1. April 1881 einen Antrag geſtellt hatte, der ſein Intereſſe für die Sicherheit des erhabenen Souveräns bekundete bald nach dem ruſſiſchen Attentat:

> den Herrn Reichskanzler zu erſuchen, auf eine Vereinigung mit den Regierungen anderer Staaten hinzuwirken, wodurch jeder ſolcher Vereinbarung beitretende Staat ſich verpflichtet, den Mord oder den Verſuch des Mordes, welche an dem Oberhaupte eines der Vertragsſtaaten verübt worden ſind, u. ſ. w., gemeinſam zu beſtrafen.

Es ſieht aus, als hätte es der Anregung des Herrn Abg. Windthorſt und ſeiner Mitunterzeichner damals bedurft, um die verbündeten Regierungen auf dieſen Gedanken zu bringen. Ich halte deshalb für nützlich, Ihnen mitzuteilen, daß Se. Majeſtät der Kaiſer bereits vor der Anregung durch den Herrn Abg. Windthorſt ſchon im März des Jahres 1881 den analogen Befehl an ſein Staatsminiſterium und an ſeinen Reichskanzler gegeben hat, und daß Sie deshalb vorausſetzen können, es wird infolge dieſes Kaiſerlichen Befehls mit oder ohne die dazugetre-

tene parlamentariſche Anregung geſchehen ſein, was geſchehen konnte, und daß ein Vorwurf, als ob die deutſchen Regierungen dabei ſich in mora befunden hätten, ſie nicht treffen kann. Ich erlaube mir, das eigenhändige Handſchreiben, das Seine Majeſtät der Kaiſer im März 1881 an mich gerichtet, da es von geſchichtlichem Intereſſe iſt, zu verleſen:

> Das große Verbrechen vom 13. drängt Mir von neuem die Überzeugung auf, daß die Zeit gekommen iſt, der über ganz Europa verbreiteten Anregung zu Mordverſuchen aus politiſchen Gründen gegen Souveräne und Perſonen aller Stände Einhalt zu thun. Dies kann Meiner Anſicht nach nur durch gemeinſames Handeln der Großmächte geſchehen. Die Einlagen —

es ſind amtliche Anträge —

> entamieren, ſo viel ich weiß, dieſe Frage amtlich und öffentlich zum erſtenmal. Die Hauptſache iſt, England, die Schweiz und auch Frankreich, die bisher den Verbrechern für politiſchen Mord Aſyl gaben, für Herſtellung von Geſetzen zu gewinnen, die dieſem Unweſen ſteuern können. Die Aufgabe iſt daher keine leichte, da dieſe Länder ſolche Geſetze bisher nicht gehabt haben. — England iſt indeſſen durch die Vorgänge in ſeinem eigenen Lande jetzt veranlaßt, ſeine Geſetzgebung auf dieſem Gebiete zu ändern, um ſchärfer einſchreiten zu können. Dies würde alſo ein günſtiges Moment ſein, um die engliſche Regierung für das Eingehen auf den intendirten Vorſchlag zu gewinnen. Schwieriger wird es in Frankreich und in der Schweiz ſein,

Sie wiſſen, wie ich über Attentate denke und daß Polizeimaßregeln gegen dieſelben nicht ſchützen können, — aber doch etwas vorbauen, damit ſie ſeltener verſucht werden,

> aber das allgemeine Wohl der Staaten und ihre Ruhe ſteht auf dem Spiel, wenn dieſem Treiben nicht gemeinſam von den Mächten entgegengetreten wird.

Sie finden alſo hier denſelben Gedanken, den der Abg Windthorſt damals angeregt, und worauf er ſich mehrmals bezogen hat, bereits unmittelbar nach dem Attentat von Sr. Majeſtät dem Kaiſer auf das beſtimmteſte angeregt, auch getragen von der Überzeugung, ebenſo wie die Windhorſtſche Anregung, daß ohne gemeinſame Verſtändigung der Großmächte, wenigſtens der Zentralmächte in Europa, die Aufſichtsbeſtimmungen, die

der einzelne Staat für Dynamit geben könnte, uns nicht sehr weit führen könnten, namentlich bei der Leichtigkeit, mit der die Sprengstoffe aus einfachen und allgemein zugänglichen Bestandteilen zusammengesetzt werden können. Wir waren also zunächst durch den Kaiserlichen Befehl und durch die Natur der Sache darauf angewiesen, mit den fremden Mächten darüber in Verhandlungen zu treten. Wir haben dies auf dem Wege thun zu sollen geglaubt, daß wir zunächst Rußland als der im damaligen Augenblick am schwersten betroffenen Macht die Initiative davon zuschoben, indem wir die russische Regierung baten, ihrerseits einen Vorschlag zur Berufung einer Konferenz der Großmächte an sämtliche übrige zu richten, und unsererseits zusagten, die Beschickung der Konferenz sowohl wie die Verständigung auf derselben nach unseren Kräften mit allem Einfluß, der uns zu Gebote steht, zu befördern. Die Kaiserlich russische Regierung nahm diese unsere Anregung bereitwillig entgegen und lud zu einer Konferenz ein, die in Brüssel stattfinden sollte. Rußland, Deutschland und Österreich waren von Hause aus bereit, diese Konferenz zu beschicken, Frankreich erklärte, seine Entschließung von der Englands abhängig machen zu wollen, England lehnte die Beschickung ab, infolge dessen Frankreich auch, und die Beteiligung der beiden westlichen Mächte hat nachher nicht wieder erreicht werden können. Auch in der Schweiz und selbst in anderen Staaten hat man uns darauf verwiesen, daß man des Vorganges der großen westeuropäischen Mächte bedürfe, wenn man sich einem solchen Verfahren anschließen sollte. Wir haben darauf die Verhandlungen längere Zeit fortgesetzt und versucht, wenigstens zwischen den drei Kaiserhöfen Österreich, Rußland und Deutschland ein Abkommen der Art zustande zu bringen, auf verschiedenen Basen begründet, und im Ganzen war für alles maßgebend die Bestimmung de maintenir la communauté d'action aussi complète que possible (die Gemeinsamkeit des Vorgehens so vollständig wie möglich festzuhalten), und für die Grundsätze war maßgebend, zu erklären: „dans aucun cas l'assassinat ne pourra être eximé du droit commun" (in keinem Falle kann der Mord vom gemeinen Recht ausgeschlossen sein). Also hier war nach dem gemeinen Recht, das so vielen der Herren Abgeordneten vorschwebt, ein dringendes Verlangen, um das Privilegium der politischen Mörder einigermaßen abzumindern und um die Praxis zum gemeinen Recht zurückzuführen, um die Fiktion zu beseitigen, als ob ein Mord an sich dadurch, daß er

aus politischen Motiven erfolgt, entschuldbar und gerechtfertigt sein könnte, — daß beispielsweise die Vergiftung eines Souveräns, um ein anderes System ans Ruder zu bringen, entschuldbar, weil nur ein politisches Verbrechen, sei. Wir können auf dieselbe Weise auch „politischen Diebstahl" und „politische Falschmünzerei" konstruieren, wie sie in so ausgedehntem Maße in russischen Assignaten vorgekommen ist, ja kurz, es giebt keine Gattung Verbrechen, die nicht schließlich unter politische Motive subsumiert werden könnte, und diesen Bann, als ob ein Verbrechen dadurch aufhörte ein Verbrechen zu sein, von den europäischen Völkern zu nehmen, — die ihm nicht sowohl im Schoße der Regierungen als im Schoße ihrer Parlamente unterworfen sind. Diese Parlamente, in denen fast überall die Parteikämpfe so viel Staub aufwirbeln, daß er den freien Blick auf das Ganze blendet und hindert, die Parlamente sind es, die die Regierungen in ihren Entschließungen zur Repression der Verbrechen hindern, und die Furcht vor den Wahlen, und ich weiß nicht, ob — überall, ich will auf Motive nicht eingehen, ich will nur thatsächlich konstatieren, daß auch die Kaiserlich österreichisch-ungarische Regierung schließlich sich außer Stande gesehen hat, über diese Frage mit uns erfolgreich zu verhandeln, so daß schließlich die beiden Mächte, die zuerst die Initiative ergriffen haben, Deutschland und Rußland, allein noch in der Verhandlung über dieses Thema sind, über die Grundsätze, nach denen die Auslieferungen erfolgen können und sollen, und über die Mittel, die den Verkehr mit Sprengstoffen und andere Gefahren beschränken sollen. Ich hoffe, Sie werden daraus entnehmen, daß die Regierung ihrerseits nicht gesäumt hat, von Hause aus diese Bahn zu gehen, soweit sie konnte.

Ich muß dann noch eine andere Frage berühren, die auf dem auswärtigen Gebiete liegt, und die mir zeigt, wie ununterrichtet unsere Politiker im allgemeinen über die Zustände unserer nächsten Nachbarländer sind. Mehrere Herren Redner haben Vergleiche gezogen zwischen den deutschen und russischen Zuständen, zwischen den Wirkungen der deutschen Gesetzgebung, des uns vorliegenden Gesetzes, und zwischen den Wirkungen, welche die russische unbeschränkte Regierung gegenüber den gleichen Erscheinungen geübt hat. Meine Herren, gleiche Erscheinungen sind aber ja gar nicht vorhanden, die Erscheinungen in Deutschland und in Rußland sind himmelweit verschieden. Um die sozialistische Frage, um die Arbeiterfrage handelt es sich in Rußland gar nicht; der Arbeiter in Rußland ist gut kaiserlich und schlägt

den Nihiliſten tot, wenn es ihm erlaubt wird, — die Nihiliſten beſtehen aus ganz anderen Leuten als aus Arbeitern, und die Lieblingsredensart renommiſtiſcher Demokraten, die vom Maſſenſchritt der Arbeiterbataillone reden, iſt dort nicht glaublich; wenn die Arbeiterbataillone in Rußland auftreten, iſt es mit den Nihiliſten vorbei. Die Nihiliſten beſtehen aus dem Abiturientenproletariat, aus halbgebildeten Leuten, aus dem Überſchuß, welchen die gelehrte Bildung der Gymnaſien dem bürgerlichen Leben zuführt, ohne daß dieſes die Verdauungskraft für dieſen Überſchuß hätte, ſie vermag ihn nicht aufzunehmen, und Sie finden, daß univerſitätsreife Abiturienten, die ſich als Primaner eine Zukunft an der Spitze des Gemeinweſens, als Gouverneure und hohe Würdenträger träumten, bald nachdem ihre Stipendien ausgegangen waren, froh ſind, wenn ſie einen Nachtwächterdienſt oder etwas derartiges finden. Es iſt die Überproduktion an halbgebildeten Leuten, die in Rußland die nihiliſtiſche Wirkung hat. Und die Prozeſſe haben ja öffentlich ſtattgefunden: ſehen Sie den Perſonalbeſtand der ruſſiſchen Nihiliſten an. Es iſt kein einziger Arbeiter darunter, es ſind zum Teil feingebildete Leute, viel halbgebildete Leute, es ſind verdorbene Studenten, auch unverdorbene Phantaſten, es ſind Offiziere, die mit ihrer Lage nicht zufrieden ſind, entweder weil ſie mit den Traditionen des Standes gebrochen haben, oder weil ſie ihrer Meinung nach nicht genug vorwärts kommen, es ſind Bankiersſöhne, recht reiche, — der letzte ruſſiſche Nihiliſt, mit dem wir hier amtlich Berührung gehabt haben und der durch eine unaufgeklärte Konnivenz ſchließlich nach der Schweiz hat entfliehen können und für den ſich hier ſehr hochſtehende Leute verwandt haben, war der Sohn eines reichen Warſchauer Bankiers; der Name Mendelsſohn hat nichts Armes und nichts Kommuniſtiſches. So himmelweit ſind die Verhältniſſe dort verſchieden, der ruſſiſche Nihilismus iſt mehr eine klimatiſche Abart des Fortſchritts als des Sozialismus. Dem gebildeten Führer wird es leicht, den Halbgebildeten mit ſich fortzuziehen, — ob auch ſchließlich den Arbeiter, das weiß ich nicht; die Ruſſen ſind ſoweit noch nicht, der Arbeiterſtand iſt dort noch intakt, er hat noch keine Sorge für ſeine Zukunft; nach dem ruſſiſchen Gemeindeeigentum iſt ihm die Altersverſorgung immer ſicher und zwar unter Umſtänden auch eine ziemlich arbeitsloſe. Ich darf als bekannt vorausſetzen, daß das ländliche Eigentum in Rußland nicht dem Einzelnen, ſondern der Gemeinde gehört und von

Zeit zu Zeit neu eingeteilt wird, alle drei Jahre ungefähr, und jeder, der besitzlos ist, das Recht hat auf einen bestimmten Anteil daran; also der Arbeiter ist da ziemlich sorgenfrei gestellt und beteiligt sich bisher nicht bei diesen revolutionären Bestrebungen. Es ist ja möglich, daß die russischen Verhältnisse sich dahin ausbilden, daß auch dort der verdorbene Student, wie ich im allgemeinen ihn bezeichnen will, und der fortschrittliche Malkontente, Herrschsüchtige vielleicht, allmählich den Zunder in die Massen werfen kann. Ja dann ist dort die Anarchie eingeleitet. So weit sind die Russen aber noch nicht.

Den russischen Nihilismus und die Schichten, in denen er seine Wurzeln hat, finden Sie am prägnantesten ausgedrückt in dem ersten Auftreten bei dem Prozesse gegen Wera Sassulitsch, wo bei der Freisprechung einer determinierten Mörderin die höchsten Staatsbeamten Rußlands, die unter den Zuhörern saßen, Beifall klatschten. In dieser Art der Auffassung der Zivilisation von Seiten hochstehender Persönlichkeiten hat die erste Quelle des Verderbens der russischen öffentlichen Meinung zu gunsten der nihilistischen Mörder gelegen. Die öffentliche Meinung ist jetzt davon geheilt, sie hat gesehen, daß auf dem Wege der Richter über Wera Sassulitsch das Glück Rußlands nicht gefördert wird, — oder sie wird mit der Zeit soweit kommen. Wir aber sind schon einen Schritt über das Stadium Sassulitsch hinaus. Auf dem Standpunkt des russischen Nihilismus befanden wir uns schon früher.

Vorgestern waren es gerade 18 Jahre, als das Attentat von Blind stattfand; der war in keiner Weise dem Arbeiterstande angehörig, er war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, ein Student, und er war das Gefäß, in dem die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister, wie er heute vor Ihnen steht, und der damals Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihm kein Heller bewilligt werden sollte, — diese Theorie der fortschrittlichen preußischen Landtagspartei vor 1866 hatte sich bei Blind abgelagert und kristallisiert, und Sie können daraus sehen — wer die Zeit damals miterlebt, und mit so viel Interesse studiert hat, wie mir der damalige Vorgang einflößte, wird gesehen haben, wie die sämtlichen fortschrittlichen Blätter damals nach dem Attentate für Blind Partei nahmen und vor sittlicher Entrüstung darüber, daß ich mich nicht hätte von dem Manne erschießen lassen, sich nicht fassen konnten. Sie warfen mir vor, ich trage ein

Stahlhemd, ich wollte, ich wäre ſtark genug dazu, und die höhniſchen Karrikaturen über den Mordanfall wurden überall an den Schaufenſtern von der Polizei geduldet. Wenn man die fortſchrittlichen Blätter, die Karrikaturblätter, die heute noch exiſtieren, von damals lieſt, die damals in den Schaufenſtern ausgeſtellt wurden, ſo mußte jeder denſelben Eindruck bekommen, wie ich ihn damals bekommen habe, daß die Maſſe der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, viel mehr auf Blinds Seite ſtand, als auf meiner.

Nun alſo, bekannt iſt der Kultus, der mit der Leiche Blinds im Polizei-Präſidium damals getrieben wurde. Namhafte Frauen, die in der wiſſenſchaftlichen Welt, wenigſtens ihre Männer, einen gewiſſen Ruf hatten, bekränzten ſie mit Lorbeer und Blumen, das alles iſt geduldet worden damals von der Polizei — ohne deren Zulaſſung konnte man nicht zu der Leiche dringen — und das allgemeine Ergebnis war für mich in dieſen Kreiſen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte. Nun, das war dasſelbe Beifallklatſchen für Blind, wie bei Vera Saſſulitſch, wo auch die höheren Beamtenkreiſe ſo dachten, daß ſich leicht auf ihre Autorität noch mehrere finden, die ſchließlich zum Meſſer greifen, wenn die Argumente nicht mehr ausreichen. Rußland iſt noch nicht ſo weit wie wir; der Arbeiter iſt noch unbeteiligt, und ſteht auf Seite des Kaiſers. Sie werden alſo ohne weitere Argumentation von meiner Seite entnehmen, wie hinfällig die Beweiſe ſind, die die Herren Abgg. Frhr. von Stauffenberg und Windthorſt aus Rußland entnommen haben. In beiden Ländern ſind himmelweit verſchiedene Zuſtände. Die Ruſſen haben es mit der Gefahr, daß die Maſſen Partei für die Nihiliſten gegen die Regierung ergreifen könnten, noch gar nicht zu thun. Da iſt nur der Dolch und der Revolver der einzelnen Mörder die feindliche Macht. Bei uns iſt es die öffentliche Meinung, die geſchädigt und vergiftet wird. Und wenn Sie ſagen, es iſt nützlich, daß die Krankheitserſcheinungen in die öffentliche Meinung treten, und wenn man ſie daran hindert, ſo werden ſie ſich auf das Innere werfen, ſo iſt das auch nur ein ſpeziöſes Argument, welches nur auf den erſten Anblick Eindruck macht; aber es wäre ganz ebenſogut, wenn Sie anſtatt der ſittlichen Brandſtiftung, die hier vorliegt, die natürliche Brandſtiftung nehmen und ſagen: hüten wir uns, gegen die Brandleger zu ſcharf aufzutreten, ſonſt werden ſie ihr Gewerbe künftig heimlich treiben und ſie werden dadurch nur noch viel gefährlicher.

Die Welt der freien Thätigkeit der Verbrechen — denn dieſe werden nach dem Wydener Programm geplant — Sie nennen es Revolution, eine gewaltſame Revolution iſt an und für ſich ein Verbrechen, ich glaube auch nicht an gute Revolutionäre, wie mancher der Herren Kollegen —, alſo wenn Sie gegen Verbrecher offen nicht einſchreiten dürfen deshalb, weil ſie ſonſt ihre Verbrechen geheimer betreiben werden, ſo werden Sie damit außerhalb des Parteikampfes kaum irgend jemand überzeugen, der ſeine geſunden fünf Sinne hat. Die geheimen Umtriebe auf dem Gebiete, das dem Strafrecht heute öffentlich noch verfallen würde, die werden Sie doch nicht faſſen, die werden ſo thöricht nicht ſein, zu früh an die Öffentlichkeit zu treten; dazu ſind die Herren zu vorſichtig, zu gut geſchult und berechnend. Die Frage iſt nur die: wollen Sie die heimliche Agitation allein oder die heimliche und öffentliche Agitation gleichzeitig in den Kauf nehmen? Wir wollen die öffentliche als die gefährlichere, weil ſie das Zündmaterial in größerer Maſſe gleichzeitig entzünden kann, einſtweilen — nicht beſeitigen — aber nach Möglichkeit vermindern. Zu dieſem Zwecke haben Sie vor ſechs Jahren das Geſetz bewilligt, zu dieſem Zwecke verlangen wir die Verlängerung desſelben.

Sie haben nun die Frage aufgeworfen: ſoll dieſes Geſetz von ewiger Dauer ſein? Ich habe ſchon bei der erſten Leſung darauf geantwortet — die Hoffnung, auf dem Wege der Reform, die wir erſtreben, zwar nicht alle Beteiligten zu bekehren, aber doch den Zulauf, die Rekrutierung für die revolutionären Pläne weſentlich zu beſchränken, wenn wir dem Arbeiter das geben, was die Kaiſerliche Botſchaft und was die daran geknüpften Reformvorſchläge verheißen haben. Ich habe ſchon vor einigen Wochen mich darüber ausgeſprochen, wen es intereſſiert, wird es nachleſen können, daß die Herren es jetzt intereſſieren wird, nehme ich nicht an. Ich will mich dahin reſumieren: geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, ſo lange er geſund iſt, geben Sie ihm Arbeit, ſo lange er geſund iſt, ſichern Sie ihm Pflege, wenn er krank iſt, ſichern Sie ihm Verſorgung, wenn er alt iſt, — wenn Sie das thun, und die Opfer nicht ſcheuen und nicht über Staatsſozialismus ſchreien, ſobald jemand das Wort „Altersverſorgung“ ausſpricht, wenn der Staat etwas mehr chriſtliche Fürſorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blaſen werden, daß der Zulauf zu ihnen ſich ſehr vermindern wird, ſobald

die Arbeiter ſehen, daß es den Regierungen und den geſetzgebenden Körperſchaften mit der Sorge für ihr Wohl Ernſt iſt. Ich glaube, daß Sie bei der Regierung nicht an dem Ernſt zweifeln, aber in betreff der geſetzgebenden Körperſchaften iſt bisher die Überzeugung, daß es den Herren ernſt darum zu thun wäre, etwas für die Arbeiter zu ſchaffen, noch nicht ſehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langſam, ſie werden angebrachtermaßen abgelehnt nach einem Obſtruktionsſyſtem, nach Verzögerungsprinzipien, die ſehr kunſtreich berechnet ſind. Der Reichstag iſt jetzt neun Wochen verſammelt, er iſt zum 6. März zuſammenberufen worden. Die Hauptaufgabe, für welche wir die Zeit frei gehalten haben, iſt die Unfallverſicherungs-Geſetzgebung; das Geſetz hat, glaube ich, 170 Paragraphen; die Kommiſſionsverhandlungen ſind jetzt nach 9 Wochen bei der Klippe des Art. 43 angelangt und die Frage der Berechtigung der Arbeiterausſchüſſe iſt meines Erachtens eine ſo wichtige, eine ſo prinzipielle Frage, über die ſich viel reden läßt; es ſteht alſo zu befürchten, daß die Sache ſich ſo langſam wie bisher weiter entwickelt. Ich mache der Kommiſſion keinen Vorwurf daraus, ich bin überzeugt, ſie arbeitet fleißig, aber der Mangel an Glauben, daß die Sache nützlich ſei, der Mangel an ernſtem Willen, etwas zu ſtande bringen, verlangſamt die Arbeiten unwillkürlich. Wenn es ſich um manche andere Dinge, die politiſch mehr Intereſſe haben, handelt, da abe ich die Herren ſchon ſehr raſch arbeiten ſehen, aber hier ommt die Sache nicht vorwärts. Wir, die Regierung, können die Verhandlungen über dieſe Dinge nicht abbrechen, und wenn wir bis zum Auguſt oder bis zum natürlichen Ablauf Ihres Mandats hier ſitzen ſollen; die Regierung kann nicht vom Platz weichen, wir müſſen Ihre Antwort auf das Unfallverſicherungsgeſetz haben. Ja oder nein, und ich möchte bitten, auf dieſe Arbeiten für das Wohl einer zahlreichen und zum Teil nicht glücklichen Klaſſe doch ohne alle Schachzüge — ich will nicht ſagen Winkelzüge — aber Schachzüge, wie wir das bei dieſem Geſetz dilatoriſch erlebt haben, nicht auf dieſe Art einzuwirken. Sobald wir auf dieſem Gebiete der Verbeſſerung des Looſes der Arbeiter im allgemeinen etwas von Gewicht erreicht haben werken, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen ſein, wo die Redierung ſelbſt die Aufhebung jedes Ausnahmegeſetzes beantragt, gnd wo wir abwarten werden, ob auch nach Erfüllung deſſen, nach Erfüllung aller Begehrlichkeiten, welche in den Regierungshukreiſenwenigſtens allgemein für verſtändlich und berechtigt ge-

halten werden, ein solches Ausnahmegesetz noch notwendig sein wird. Von dieser Erfüllung sind wir aber weit entfernt. Vor 6 Jahren sind die Versprechungen gemacht, sie sind verwirklicht. Ich mache niemand daraus einen Vorwurf, ich kann nur zu meiner Entschuldigung anführen: wäre ich immer so gesund gewesen, wie vor 10 Jahren, nun, so würde ich die Sache mehr betrieben haben; aber können Sie, die Mehrheit von Ihnen, wirklich ehrlich sagen, daß Sie in entgegenkommender Weise auf dem Gebiete der Leistungen zu gunsten der Arbeiter die Regierung unterstützt hätten? Ich glaube, wenn Sie die Hand aufs Herz legen, können Sie das nur zu Wahlzwecken aussprechen, aber nicht behaupten und nicht nachweisen. Sie betrachten das als eine lästige Sache, um die Sie herumkommen und die Schuld der Regierung zuschieben möchten, aber Sie arbeiten nicht mit dem Eifer, den die Sache verdient. — Dann also will ich mich gern mit dem Zurückziehen aller Ausnahmegesetze einverstanden erklären.

Wie die Sache aber jetzt liegt, möchte ich die Herren bitten, das grausame Spiel einigermaßen abzukürzen. Warum wollen Sie nicht den Mut Ihrer Meinung haben? Sagen Sie offen Nein, wenn Sie glauben, daß das Gesetz nicht möglich ist. Wir werden Ihnen dann sofort die Gelegenheit geben — und die verbündeten Regierungen sind darüber einig — mit Ihren Wählern darüber Rücksprache zu nehmen, ob die Wähler mit diesem Nein einverstanden sind. Ich will Ihnen das gar nicht verschweigen: der Ablehnung der Verlängerung dieses Gesetzes wird die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgen. Darüber sind die Regierungen einig, das sind sie sich und dem Lande schuldig. Wir verlieren aber auch gar nichts, denn die Verzögerungsgefahr tritt ja nicht ein; wenn wir heute infolge der Auflösung auseinandergehen, so haben wir die erfreuliche Aussicht, uns und diejenigen, die wieder gewählt werden, am 10. August wieder zusammen zu finden zu einer schönen Jahreszeit, wo wir die Diskussion von heute fortsetzen können.

Ich würde an Ihrer Stelle doch das dringende Bedürfnis fühlen, in dieser offenbar sehr zwiespältigen Frage — keine Fraktion ist in sich einig, jede ist gern der Entscheidung überhoben, sucht sie von heute auf morgen aufzuschieben, „morgen, morgen, nur nicht heute“ — allen diesen Kreuz- und Querzügen ein Ende zu machen durch ein einfaches Nein; es muß Ihnen doch daran liegen, sich aus dieser Ungewißheit zu ziehen

und ſich zu vergewiſſern, wie Ihre Wähler darüber denken. Wenn ſie anders darüber denken ſollten, wenn wir dann im Herbſte dieſes Jahres eine Majorität, groß oder klein, für die Verlängerung dieſes Geſetzes erhalten, dann, glaube ich, werden Sie unparteiiſch und vaterlandsliebend genug ſein, um mit Freuden auf das Werk Ihrer Nachfolger zu blicken.

Wenn es anders kommen ſollte, wenn im Falle einer Ablehnung auch der neu zu wählende Reichstag wiederum dasſelbe Geſetz nochmals ablehnen ſollte, ja, meine Herren, dann iſt ja der Fall gekommen, wo die Regierung das Ihrige gethan hat und wo ſie den Ereigniſſen dann ſagen kann, daß ſie nun auch das Ihrige thun mögen; dann iſt die Regierung exkulpiert, und kann ihrerſeits mit Ruhe, wenigſtens mit ruhigem Gewiſſen anſehen, wie auf der von Innen und Ihren Nachfolgern dann geſchaffenen freien Bahn des gemeinen Rechts — wie jetzt das Schlagwort lautet — ſich die ſozialdemokratiſche Revolution „ganz herrlich offenbaren wird“, um das Wort des Dichters nicht weiter zu zitieren.

Sie müſſen doch nicht glauben, daß wir, wir Regierungsleute, die wir die Annahme des Geſetzes betreiben, von der ſozialdemokratiſchen Revolution mehr zu fürchten haben als Sie alle. Wir ſprechen und handeln im Intereſſe des Landes, im Intereſſe der ruhigen Bürger, im Intereſſe der Wähler, der Maſſe des Volkes. Lehnen Sie das ab, hindern Sie uns, das Nötige zu thun, dann brauchen wir noch garnicht zu ſagen: si fractus illabatur orbis; zuſammenbrechen wird wohl etwas — aber wir können das ebenſogut aushalten wie Sie. Ob der ruhige Bürger es aushalten kann, daß man der Sozialdemokratie freie Bahn läßt in ihrer Entwicklung, wo ſie 1878 aufhörte — es iſt ja doch ſo ſehr lange nicht her, Sie werden ſich erinnern, welchen Aufſchwung die Entwicklung damals nahm: außerordentlich triumphierend, faſt berechtigend zu der Sprache, die der Herr Abg. Frohme geſtern geführt hat, ſo trat ſie damals mit fliegendem Banner und fliegender Fahne auf — wollen Sie das, glauben Sie, daß der deutſche Bürger im allgemeinen das mit Beruhigung und ſorgenfrei betrachtet? — Ich habe garnichts gegen den Verſuch; erwarten Sie nicht, daß die Regierung immer wieder den Pferden in die Zügel fallen werde. Der Wähler hat ja ſchließlich darüber zu beſtimmen und zu beſchließen, und deshalb iſt es wohl nützlicher, wenn man ihn häufiger fragt, damit er auch häufiger zu Worte kommt.

Wenn nur der Wähler nicht dabei in den Irrtum verfällt, daß er glaubt, gegen die Gefahren der Sozialdemokratie sich dadurch zu schützen, daß er fortschrittliche Abgeordnete wählt. Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie, für die Untergrabung zunächst und dann den Umsturz unserer geordneten gesellschaftlichen Verhältnisse, weil die Argumentation der Fortschrittspartei und die Mitteilungen, welche sie uns über ihre Zukunftspläne geben kann, im ganzen bisher unverdächtiger und für denjenigen, der nicht weiter sieht, annehmbarer, glaubhafter, wahrscheinlicher sind. Die meisten Wähler glauben heut noch, daß mit der Herrschaft der Fortschrittspartei monarchische Einrichtungen verträglich sind, daß sie nicht notwendig in die reine Wahlherrschaft, in das souveräne Wahlreich hinübergleiten müsse, ähnlich wie Sie das heutzutage in Norwegen sehen, in einem Lande, welches eine konservative achtbare Bevölkerung hat. Aber auf dem Wege kommt man schließlich zu nichts anderem, als zur Zersetzung einer jeden monarchischen Einrichtung. Nachdem so etwas an dem grünen Holze des achtbaren norwegischen Volkes geschehen konnte, glauben Sie doch nicht, daß bei uns mit unseren großen Städten, mit unseren Massen von hochgebildeten Leuten, die auf die Wahlen einen Einfluß üben, mit der Geldmacht, die sich allmählich bei den Wahlen wirksam gezeigt, glauben Sie nicht, daß wir zu einem anderen Ziele gelangen werden, wenn wir den Weg einschlagen.

Ich kann also nur — wenn, wie ja die Möglichkeit hier nahe tritt, die Neuwahlen uns nahe bevorstehen — mit dem dringenden Wunsch an die Wähler schließen: Wollen Sie die sozialistische Gefahr los sein, wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten.

Über die Diäten der Reichstagsabgeordneten und die freie Eisenbahnfahrt derselben.

Rede gehalten am 26. November 1884.

Das Herunterdrücken der Würde des Reichstags durch die Beschränkung der Zirkulationsfreiheit auf den Eisenbahnen ist nicht von dem Herrn Vorredner zuerst behauptet worden, sondern, wenn ich nicht irre, von dem Herrn Abgeordneten von Stauffenberg, der die Diskussion eröffnet hat. Ich bin nun nicht der Ansicht, daß die Entziehung der Freiheit, nach Belieben, ohne Bezahlung auf privaten und öffentlichen Eisenbahnen hin und her zu fahren, die Würde des Reichstags irgendwie berühren, irgendwie beeinträchtigen sollte; ich bin vielmehr der Meinung, daß das, was der Herr Vorredner Gebrauch, was ich aber Mißbrauch dieser Karten nenne, dazu beitragen kann, den Reichstag in dem öffentlichen Ansehen, wenigstens in Gestalt einzelner Mitglieder, die diesen Mißbrauch treiben, herunterzudrücken. Der Herr Vorredner hat gemeint, wo kein Gebrauch vorgeschrieben wäre, da fände auch kein Mißbrauch statt. Nun, der Gebrauch war nicht ausdrücklich vorgeschrieben, es war auch keine Strafbestimmung inbezug auf die unrechtmäßige Benutzung dieser Karten gegeben, aber es waren die Karten doch nur in dem Vertrauen ausgestellt, daß sie wesentlich zur Ausgleichung der Ungleichheiten benutzt werden würden, die die Entfernung des Wohnsitzes des Abgeordneten vom Sitz des Parlaments mit sich bringe. Es war ausdrücklich darauf gerechnet, und ich glaube mich auch aus den früheren Diskussionen, die darüber gepflogen sind, zu erinnern, daß diese Karten es den Abgeordneten möglich machen sollten, jederzeit kostenfrei und ohne große Schwierigkeiten in ihre Heimat zu gelangen. Ob nun die Gebrauchsvorschriften in den jedermann bekannten vertrauensvollen Voraussetzungen liegen oder unter Strafandrohung erlassen sind, das, glaube ich, macht keinen Unterschied. Ein Mißbrauch, welcher zu einer Kritik, die auf den Reichstag und die Institution zurückfallen

kann, im Volke Anlaß giebt, iſt es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Giltigkeitszeit von acht Monaten mit dieſer Freikarte über 17 000 Kilometer auf den deutſchen Eiſenbahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat —; wenn andere Abgeordnete dem nahe gekommen ſind mit 10- bis über 12 000 Kilometer — in der Zeit von acht Monaten. Ich glaube doch nicht, daß Sie behaupten wollen, daß das mit der Intention, in welcher die Karten verliehen wurden, im Einklang ſtände, und daß hier ein Mißbrauch nicht vorläge. Ich ſelbſt gehöre zu den urſprünglichen Anregern dieſer Freikarte, allerdings nur in dem Sinne, wie ſie heute noch beſteht, daß ſie freie Hin- und Rückfahrt, ſo oft dies der Abgeordnete für nützlich hält, gewähren ſoll. Damals iſt durch meinen Kollegen, den Miniſter Delbrück, die Sache bei mir angeregt worden, und ich habe mein Einverſtändnis ſoweit dazu gegeben. Die weitere Ausdehnung hat nie meiner Anſicht entſprochen, und ich würde ſie eine Ungerechtigkeit, eine Verkürzung des Blöderen zu gunſten desjenigen nennen, dem die landesübliche Blödigkeit vollſtändig fehlt.

Über das Recht der Regierung, dieſe Sache aufzuheben, und den gänzlichen Mangel an Begründung in der Behauptung, daß damit das Budgetrecht verletzt würde, darf ich in einer Verſammlung, worin ſo viele juriſtiſche und budgetkundige Leute ſitzen, kaum ein Wort verlieren. Der Regierung iſt die Berechtigung, die Befugnis erteilt worden, bis zu einem gewiſſen Maximalbetrage Gelder für die freie Fahrt der Reichstagsmitglieder auszugeben; aber es iſt keineswegs feſtgeſtellt und ihr die Verpflichtung auferlegt, noch hat ſie eine ſolche eingegangen, von dieſem Recht in einem beſtimmten Umfange für jeden einzelnen Gebrauch zu machen. Wenn das der Fall wäre, wenn hier das budgetmäßige Recht vorläge, ſo wären die Herren vollſtändig berechtigt, dieſes Recht vor dem Richter einzuklagen, und jeder Richter würde die Klage annehmen; indeſſen ich ſehe der Klage mit Ruhe entgegen und werde abwarten, ob Sie irgend ein obſiegendes Erkenntnis erwirken.

Alſo eine Verpflichtung der Regierung liegt nicht vor. Wenn Sie ſagen: kleine Geſchenke erhalten die Freundſchaft, — ja, das iſt ein anderes Gebiet, dazu muß die Freundſchaft erſt vorhanden ſein.

Dann komme ich auf die Diäten, und darin bin ich mit meinem politiſchen Freunde, dem Redner von der konſervativen

Seite nicht einverſtanden. Ich würde von dem Grundſatz ausgehen, daß die Budget- und Defizitfrage auf dieſem Gebiet gar keine Rolle ſpielt. Wenn es überhaupt nützlich und gerecht wäre, Diäten zu geben, ſo würden die Summen, die hierfür oder für die freie Fahrt erforderlich ſind, kein Hindernis ſein, auch wenn unſere Finanzen noch ſchlechter lägen, wie ſie heute liegen; dann würde man ſagen: was recht und billig iſt, das zu bezahlen iſt die deutſche Nation noch reich genug. Der Gedanke hat mir vollſtändig fern gelegen bei der Freikarten- und ebenſo bei der Diätenfrage, die uns eigentlich beſchäftigt; die erſtere habe ich nur incidenter berührt, weil ich die Verantwortlichkeit dafür zu tragen habe, daß die Karten nicht mehr in dem Umfange bewilligt werden wie früher.

Was die Diätenfrage ſelbſt anbelangt, ſo hat mich zuerſt überraſcht, daß der Antrag, der uns hier beſchäftigt, von ſo ſehr viel Berlinern unterzeichnet iſt. Es ſind unter einigen 50 Antragſtellern 24 Berliner. Es ſind das die Herren Dr. Bamberger, Beiſert, Bröhmel, Bunſen — ich nenne Berliner ſolche, die ihren üblichen Wohnſitz in Berlin haben — Greve, Hermes, Hinze, Hoffmann, Meibauer, Meyer, Munckel, Pariſius, Richter, Rickert, Schenck, Siemens, Struve, Witt. Ich verleſe die Namen, um, falls ich mich geirrt habe in der Ziffer, und jemand unter den Verleſenen ſeinen Wohnſitz nicht in Berlin hat, dieſem Gelegenheit zu geben, zu reklamieren. Ich möchte glauben, daß gerade die Berliner am wenigſten der Diäten bedürftig ſein ſollten. Dieſelben haben keine Reiſen zu machen, ihre Wohnung auch nicht aufzugeben, ihre Familien nicht zu verlaſſen, ſie ſind nicht genötigt, ununterbrochen auf den Betrieb ihrer Geſchäfte zu verzichten; ſie können aus ihrem Redaktionsbüreau oder aus ihrem induſtriellen Etabliſſement oder von ihrem Katheder einfach hierher, in die Leipzigerſtraße gehen, ſie können ſich zu den Abſtimmungen oder zu den häuslichen Geſchäften abrufen laſſen. Kurz, das Abgeordneterſein iſt für ſie in keiner Weiſe ein Opfer von irgend einem Zeit- oder Geldwert, ſondern einzig eine Abwechſelung in ihrem Leben, eine der vielen Annehmlichkeiten, deren ſich die Berliner vor den Bewohnern der Provinzen überhaupt erfreuen.

Alſo, wenn überhaupt Diäten bewilligt werden ſollten — und ich ſtehe gar nicht der Frage ſo verſchloſſen gegenüber, wie Sie glauben mögen —, ſo würde die erſte Bedingung ſein, daß

derjenige, der in Berlin wohnt, keine Diäten bezieht und noch viel weniger freie Fahrkarten erhält.

Zu welchem Zweck die freien Fahrkarten benutzt werden, darüber hat der Abgeordnete Bamberger in einem von ihm herausgegebenen Buch „Deutschland und der Sozialismus“ eine ganz richtige Ansicht ausgesprochen. Er sagte da: „So ist es gar keine Frage, daß die Einführung der freien Eisenbahnfahrkarten zu gunsten der Abgeordneten mit Erfolg verwandt wird zur Verkündigung der sozialistischen Lehren und vielleicht dazu beigetragen hat, die Zahl ihrer Abgeordneten zu vergrößern“. Der Herr Vorredner war nicht der Meinung; das mag er mit dem Herrn Abgeordneten Bamberger abmachen.

Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der sozialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet. Bisher sind sie damit im Rückstand geblieben. Was besteht, ist alles schlecht, das unterliegt ihrer Kritik, wird alles verworfen. — Es ist gar leicht zu sagen: alle menschlichen Einrichtungen sind unvollkommen im höchsten Maße und am allermeisten die staatlichen Einrichtungen. Ja, weil soviel Leute dabei mitzuarbeiten haben, so kommen auch die Unvollkommenheiten der vielen Urheber dabei mit zur Geltung. Also die Kritik ist außerordentlich leicht; aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Sozialdemokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben; wenn sie aber 36 sind, erwarte ich mit Sicherheit, daß sie ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen; sonst glaube ich, sie können nichts. Bisher liegt uns nichts vor. Stellen Sie Anträge, wie die Verfassung sein soll, legen Sie Ihr Eldorado doch auf den Tisch des Hauses hin, damit jeder andere ein Urteil darüber bekommt. Ich bin überzeugt, es wird vieles darunter sein, von dem ich sagen kann, es steckt Richtiges darin, und worüber ich mit Ihnen verhandeln kann, aber nicht alles. Namentlich wenn Sie genötigt sind, Ihre Pläne erst vor Ihren Wählern vollständig klarzulegen, wird sich deren Urteil klären; dann werden Sie dahinter kommen, daß nicht alle Leute, die sozialdemokratisch gewählt haben, dieserhalb alle Pläne der Führer billigen. Man unterschreibt

manches, was man nicht kennt; ich bin oft in der Lage. Die Leute, die jetzt für Sie stimmen, das ist die Summe derer, die mit irgend etwas unzufrieden sind, die das Bedürfnis haben, ihre Lage zu verbessern, und die von den Zukunftspolitikern, deren Pläne sie noch nicht übersehen können, die Aufbesserung alles irdischen Elends hoffen. Den Plänen des Altliberalismus, der liberalen Partei, der Fortschrittspartei, haben sie schon auf den Grund gesehen, von denen erwarten sie nicht mehr viel; aber die Sozialdemokraten haben noch immer den Schleier des Propheten, den ich schon öfters zitiert habe, der ein so häßliches Gesicht hatte, daß er sich niemand zeigte, — den haben sie noch vor dem Gesicht, den hüten sie sich zu lüften; dort ist noch eine dunkle Hoffnung, die Leute könnten ein Geheimnis haben, was mich von all meinem Elend, meiner Qual und Armut befreit, — kurz die Zahl ihrer Wähler zeigt: wir sind materiell unzufrieden, wir sind solche Leute, die nicht bloß eine Verbesserung ihrer Lage wünschen — wer thut das nicht —, sondern auch von den politischen Maßregeln, von der Gesetzgebung eine solche erwarten. Man muß aber doch schon sehr kindisch und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung der persönlichen Lage zu hoffen; alle diese kindlich Vertrauenden, diese Unzufriedenen stimmen mit ihnen, ohne eine Ahnung von dem zu haben, wohin sie wollen; es sind zum Teil sehr königstreue Leute, die mögen ja auch unter den Sozialdemokraten sein, aber ich möchte zur Beruhigung auch aller derer — zu denen ich nicht gehöre —, die die Sozialdemokratie als das größte Schreckbild der Zukunft betrachten — ich möchte zur Beruhigung aller dieser sagen: wenn die Herren erst mit positiven Plänen herauskommen, werden sie viel zahmer werden, als sie sind, auch in ihrer Kritik, und die Zahl ihrer Anhänger wird sich ganz außerordentlich lichten. Ich wollte, wir könnten ihnen eine Provinz einräumen und ihnen in Entreprise geben; ich möchte sehen, wie sie wirtschaften; dann würde die Zahl ihrer Anhänger sich lichten, vielleicht über den Bedarf hinaus; denn die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Besseren angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen

Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sehen Sie, in etwas sind wir doch einverstanden. (Heiterkeit.)

Der Grund, warum ich die Diäten bekämpfe, liegt mehr darin, weil sie weit entfernt sind, eine Gleichheit herzustellen, weil sie erst recht eine Ungleichheit unter dem Schein der Gleichheit schaffen. Für den Berliner, wie gesagt, sind die Diäten eine reine bare Zulage, ein Taschengeld, was ihm dafür, daß er sich in seiner äußeren Würde und Annehmlichkeit seiner Beschäftigung als Reichstagsabgeordneter gehoben fühlt, noch zufließt. Für die übrigen, die nicht in Berlin wohnen, sind es ja zum großen Teil doch nicht die Kosten des Aufenthalts in Berlin, die ihnen das größte Opfer auferlegen, sondern die Abwesenheit aus ihrem eigenen Beruf; sie verlieren zu Hause viel mehr, sie haben ihre Wohnung, ihre Familie zu verlassen; ein Advokat ohne Praxis kann das mit Leichtigkeit, ein Arzt ohne Praxis mit noch größerer; für einen Arzt, der Praxis hat, ist es schon eine schwere Aufgabe, sich drei vier Monate von seinem Domizil zu entfernen; ein Privatmann, der industrielle oder landwirtschaftliche Geschäfte hat, verliert vielleicht das zehnfache der Diäten, die er bekommen kann, aber er wird als abgefunden angesehen, weil er hier vier oder fünf Thaler Diäten bezieht. Das ist kein Vorteil.

Die alleinigen Kosten des Aufenthalts in Berlin sind so teuer nicht; das zeigen die Herren, die Parteidiäten, ich möchte sagen, die verschämte Diäten beziehen, denn es hat sich noch keiner dazu bekannt, das Faktum, daß es geschieht, wird allgemein zugegeben; ich würde es für einen erfreulichen Beweis von Offenheit halten, wenn die Herren, die in der Lage sind, es offen erklärten, und wenn die Herren Spender das auch sagten, damit man ungefähr beurteilen kann: wird dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis eines Abgeordneten vom anderen geschaffen? Wird dadurch eine Nötigung geschaffen, so zu stimmen, wie der zahlende Abgeordnete es will? Ja, meine Herren, dann, glaube ich, möchte doch, wenn die Sache klargestellt wird, die Beziehung der Situation zum Strafrecht zweifelhaft werden; jedenfalls glaube ich, daß der Abgeordnete, der Diäten aus irgend einer Quelle bezieht, wenn es amtlich konstatiert wird, die Eigen-

ſchaft als Abgeordneter dadurch ipso jure, auf Grund der Verfaſſung verliert, und wenn es bei der Wahlprüfung konſtatiert wird, daß er Diäten bezogen hat, meines Erachtens die Wahl für nichtig erklärt werden muß, weil der Abgeordnete die Bedingung, welche die Verfaſſung in bezug auf ſeine Stellung im Leben von ihm fordert, nicht erfüllt.

Iſt es denn überhaupt in unſerem Deutſchen Reich und im preußiſchen Staat ſo unerhört, daß jemand gratis etwas leiſten muß, ohne Diäten dafür zu beziehen? Welch ungeheure Beläſtigung liegt in der Funktion als Geſchworener, namentlich in dem übertriebenen Maße, in dem die Geſchworenen zitiert werden! In dreimal ſo großer Anzahl wie erforderlich werden ſie geladen und müſſen wochenlang, fern von ihrem bürgerlichen Beruf, in dem Gerichtsort ihre Rekuſation oder Zitation abwarten, ſind dem ſchärfſten richterlichen Verfahren ausgeſetzt, wenn ſie irgendwie ohne Urlaub ſich entfernen. Wie nun, wenn ſie Urlaub nicht bekommen, wenn ſie in dem Gaſthof einer kleinen Stadt zu bleiben gezwungen ſind, die Heimat am Abend nicht mehr erreichen können, wochenlang ſtill liegen müſſen, ohne einen Groſchen zu beziehen! Und da hängt es nicht von jemand ab, ob er Geſchworener werden will, wie beim Abgeordneten; wir haben ja Abgeordnete, die zwei Mandate haben und doch nicht genug beſchäftigt ſind. Ebenſo ſteht es mit den unbeſoldeten Ehrenämtern, auf denen unſere Provinzialverfaſſung beruht; das ſind ungeheure Aufgaben, während hier die meiſten Herren, die nicht gerade Referate übernehmen, doch ein ſorgenfreies Leben, otium cum dignitate genießen. Was aber den Geſchworenen recht iſt, warum ſoll das nicht den Abgeordneten billig ſein?

Was ich hier vertrete, iſt ausſchließlich die Reichsverfaſſung und ihre Giltigkeit. Es iſt ſchon mehrfach erwähnt, daß die Verfaſſung in dieſem Punkte kompromißmäßig zu ſtande gekommen iſt, und daß die Diätenloſigkeit ein Äquivalent für die weit ausgedehnte Wahlbefugnis, die unſer Wahlgeſetz verleiht, geben ſollte. In wie weit das erreicht wird, das iſt eine andere Frage, über die ich hier nicht zu entſcheiden habe; es iſt eine Frage der Erfahrung. Thatſache iſt, daß die Verhandlungen über die Verfaſſung die Beabſichtigung des Äquivalents ergeben. Nun ſind Sie ſeit Jahren bemüht, einen von dieſen Steinen, aus denen das Gewölbe der Verfaſſung künſtlich und nicht ohne Mühe gefügt iſt, herauszukratzen aus der Wand. Sind Sie

ſicher, daß nichts nachfällt? Sind Sie ſicher, daß von der anderen Seite, wo man vielleicht nicht mehr die Furcht vor der Bewegung von 1848, nicht mehr die Furcht vor einem in Waffen ſtehenden Preußen wie Anno 1866, nicht mehr das erhebende Nationalgefühl von 1871 nach den Siegen in Frankreich hat, — ſind Sie ganz ſicher, daß da überall noch die Bereitwilligkeit vorhanden iſt, das Kompromiß, das man damals ſchloß, als das Eiſen heiß genug war, um es zu ſchmieden, auch heute noch wieder einzugehen, wenn nicht von allen Seiten die Bedingungen gehalten werden, unter denen es zu ſtande gekommen iſt?

An der Verfaſſung zu rütteln, zu zerren, einzelne Stücke herauszureißen nach dem Bedürfnis der einzelnen Abgeordneten, iſt für die Verfaſſung nicht ohne Gefahr, und ich glaube, es iſt nicht Sache des Parlaments, gerade mit dem Beiſpiel voranzugehen, alle Jahre einen Sturm auf gewiſſe Verfaſſungsparagraphen zu erneuern. Was würden Sie ſagen, wenn der Bundesrat alle Jahre mit einer Vorlage wiederkäme, die Sie im vorigen Jahre abgelehnt hätten, etwa z. B. die Redefreiheit einzuſchränken oder das Wahlgeſetz zu ändern! Würden Sie da ſchließlich nicht in eine gewiſſe Verſtimmung geraten und ſagen: wir haben das abgelehnt, und wenn man alle Jahre damit kommt, ſo ſieht das aus, als wollte man uns vergewaltigen oder ermüden oder ſchließlich durch irgend eine unausgeſprochene Drohung im Hintergrund etwas von uns erzwingen, von dem wir ſchon längſt geſagt haben, daß wir es freiwillig nicht geben.

Bemühen Sie ſich doch nicht, die Verfaſſung in irgend einer Weiſe ins Wackeln zu bringen! Denken Sie doch mal 20, 30 Jahre zurück Wo war damals die deutſche Verfaſſung? Wir ſind ziemlich neu in dieſem Genuß, ſehr alt fundamentiert iſt das Gebäude nicht. Früher habe ich ſehr angeſehene Politiker der erſten jungfräulichen konſtitutionellen Tradition gekannt, die ſprachen das Wort „Verfaſſung“ faſt nicht aus, ohne den Hut abzunehmen oder ſonſt ein Zeichen von Ehrerbietung zu geben und bei einer Änderung der Verfaſſung bekreuzten und ſegneten ſie ſich — für die war das Wort Verfaſſung ein Heiligtum. Das geht zu weit, die Verfaſſung kann geändert werden, namentlich da, wo die Geſetzgebung die eines einheitlichen oder national geſchloſſenen Staates iſt; wo ſie auf dem Bundesprinzip beruht, und wo die nationale Einheit doch ſehr in den Parlamenten zerriſſen iſt und durch Parlamente gelockert wird — abſichtlich

oder unabsichtlich, will ich hier nicht erörtern —, da möchte ich doch etwas mehr Achtung vor den Verfassungsbestimmungen haben und nicht empfehlen, daß Verfassungsänderungen toto die mit Leichtigkeit beantragt und durchgesetzt werden können; die Regierungen würden sonst auch auf den Gedanken kommen, daß Ihnen manches in der Verfassung nicht gefällt. Jedenfalls halte ich das Wahlgesetz mit der Diätenfrage für völlig solidarisch.

Ich stehe der Diätenfrage, wie gesagt, abgesehen vielleicht von den in Berlin wohnenden Abgeordneten, nicht feindlich gegenüber, aber nur nicht so unabhängig und an und für sich betrachtet. Wollen Sie eine Revision des Wahlgesetzes überhaupt, ja, dann wird vielleicht einer der Herren ein Amendement darauf stellen, — ich will überhaupt keine — aber wenn einer das will: darauf läßt sich handeln, ich gehöre zu dem kompromittierenden Teil der anderen Seite. Es giebt Konzessionen, für die wir die Diäten unter Umständen geben; ich brauche sie nicht zu bezeichnen, ich will mein Pulver nicht vor der Zeit verschießen, aber das müssen Sie sich klar machen, daß die Regierungen in eine Zahlung von Diäten nur willigen, wenn sie mit einer organischen Revision des Wahlgesetzes verbunden ist, und da können wir uns leicht verständigen; wir werden nichts fordern, was in anderen deutschen Staaten nicht längst existierte.

Ich möchte der Überschätzung der Wirkungen der Diäten entgegentreten, die mir von verschiedenen Seiten begegnet ist. Von der konservativen Seite legt man der Diätenlosigkeit eine größere Wirkung bei, als sich bisher erfahrungsmäßig erwiesen hat, und von der anderen Seite muß ich annehmen, daß man diese politische Wirkung hochschätzt, da ich andere Motive für den Wunsch doch nicht annehmen kann. Ich sehe aber nach den bisherigen Ergebnissen nicht, daß die Frage, ob Diäten gezahlt werden oder nicht, in einer Zusammensetzung von Versammlungen einen erheblichen Unterschied macht. Ich habe in öffentlichen Blättern gesehen, daß man auf Frankreich provozierte, daß dort die Bourbonen durch eine diätenlose Kammer gestürzt worden wären. Das ist richtig. Indessen die Orleans und Napoleon wurden durch eine gut mit Diäten versehene Kammer gestürzt, — das ist eben dort die Sitte. In England hat das diätenlose Parlament bisher noch niemand vom Throne verdrängt. Aber der Vergleich liegt viel näher. Nehmen wir den preußischen Landtag: er tagt in demselben Orte wie wir, und die Zusammensetzung ist doch im großen und ganzen ziemlich dieselbe, nament-

lich sehe ich nicht, daß dort durch die Diäten die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie, die für dieses Gesetz besonders eintreten, gewonnen haben. Mir sind die Ziffern nicht gegenwärtig; aber wenn ich nicht irre, so sind im Landtag verhältnismäßig weniger Vertreter der Fortschrittspartei, und, ich glaube, keiner von der Sozialdemokratie; gerade die Herren Antragsteller würden nach diesem Beispiele ihrem Ziele, ihre Zahl zu vermehren, nicht näher kommen.

Aber auch von der gemäßigten liberalen und konservativen Seite habe ich dieselben Motive ins Feld führen hören. Der Herr Vorredner sagte, es würden manche tüchtige Elemente, welche ohne Diäten fern bleiben, durch Diäten der Versammlung zugeführt werden. Meine Herren, ohne Ihnen zu schmeicheln, ich kann den mit Diäten versehenen preußischen Landtag in seiner Begabung und Vorbildung unmöglich im Durchschnitt höher anschlagen, wie diesen diätenlosen Reichstag. Ich will meine Landsleute im Landtag nicht zurücksetzen; ich enthalte mich also, das Fazit der Vergleichung zu ziehen, die ich im Innern anstelle. Ich finde die Intelligenz in dieser diätenlosen Versammlung, ohne daß sie gerade mit irdischen Gütern überschüttet wurde, im Durchschnitt solchen, die mit Diäten ausgestattet sind, gleich; man überschätzt die Folgen der Verfassungsänderung nach der einen oder nach der anderen Seite. Ich bin der Meinung, daß man Verfassungsänderungen — und die Verfassung ist ja das einzige Band, welches uns die deutsche Einheit, die wir seit einem halben Menschenalter genießen, sichert, — daß man Änderungen der Verfassung nicht ohne zwingenden Grund vornehmen soll.

Wenn es an Kandidaten für den Reichstag fehlen sollte, so weiß ich nicht, ob das ein zwingender Grund ist. Aber weit entfernt davon, haben wir nicht vielfach drei bis fünf Kandidaten für einen Wahlkreis und Stichwahlen zu hunderten gehabt? ein Beweis, daß im Gegenteil ein übermäßiger Andrang von Kandidaten stattfindet.

Es liegt also kein Bedürfnis vor, meine Herren, und ohne Bedürfnis sollte die Verfassung ein noli me tangere sein. Dazu rate ich aufs dringendste, nicht bloß, weil ich bei ihrer Entstehung beteiligt bin, sondern, weil ich die Gefahr klar vor meinem politischen Auge sehe, wenn Sie anfangen, an der Verfassung zu rütteln; aber die gesetzgebenden Körper sollen sich dieses Rüttelns enthalten. Es werden sich leider schon andere genugsam finden,

die es beſorgen; aber ich bitte, lehnen Sie dieſen Antrag ab ſowie jede andere Verfaſſungsänderung, für die nicht ein zwingendes Bedürfnis vorliegt. Hegen Sie dieſe Achtung vor der Verfaſſung! (Bravo!)

Bei der zweiten Leſung nach dem Abgeordneten Dr. Hänel:

Mit der letzten Äußerung des Herrn Vorredners (Dr. Hänel), daß es der Würde des Reichstages, wenigſtens der ſeinigen, nicht entſpräche, anders als auf Grund des Geſetzes irgend eine Freikarte oder ſonſt etwas anzunehmen, kann ich die Thatſache nicht ganz in Einklang bringen, daß früher niemand dieſe Karte zurückgeſandt hat, auch der Herr Vorredner nicht; er hat die Karte ganz ruhig benutzt. Ich kann doch nicht denken, daß er jahrelang unter dieſer Benutzung das Gefühl ſeiner eigenen Würde hat leiden laſſen. Ich muß alſo annehmen, daß ihm der Gedanke, dieſe Würde ſei dadurch verletzt, erſt heute ſeit der Beſchränkung der Karte gekommen iſt. Vorher kann dieſes Gefühl nicht vorhanden geweſen ſein — logiſcherweiſe und nach der Überzeugung, die ich von dem Herrn Vorredner habe.

Ich habe mich dann gefreut, wenigſtens in einem Punkt mit ihm einverſtanden zu ſein, in demjenigen nämlich, daß, wenn wir überhaupt dahin kommen, Diäten zu bewilligen, die Abgeordneten, die hier in Berlin ihr Domizil haben, keinen Anſpruch darauf haben. Ich würde daraus weiter ſchließen, daß die in Berlin wohnenden Abgeordneten auch an den Landtagsdiäten zu Unrecht beteiligt ſind; indeſſen iſt es hier nicht der Ort, davon zu reden, ich nehme nur einſtweilen Akt von dem Einverſtändnis mit dem Herrn Vorredner. Unrichtig iſt, wenn er ſeiner Verſion die Theorie unterlegt, daß zwar keine Entſchädigung, aber doch Erſatz der baren Auslagen ſtattfinden ſollte, und daß das bei allen ſonſtigen kommunalen und konſtitutionellen Einrichtungen beſtände. Es iſt das nicht der Fall; ich glaube nicht, daß den Geſchworenen, von denen ich vorhin ſprach, irgend welche Barauslagen erſetzt werden. Dem Herrn Vorredner wird wohl auch bekannt ſein, daß die Kreistagsmitglieder weder auf Erſatz der Barauslagen, der Reiſekoſten, noch auf Diäten Anſpruch haben; ich will von Mitgliedern der Handelskammern gar nicht ſprechen, aber der Fall kommt toto die vor.

Nach dem Abgeordneten Richter:

Der Herr Vorredner schloß damit, dagegen zu protestieren, daß ich eine Kritik über den Reichstag, seine Zusammensetzung und Parteien übe. Meine Herren, in verfassungsmäßigen Staaten beruhen alle Beziehungen auf Gegenseitigkeit. Wollen Sie denn darauf verzichten, eine Kritik an meinen Ansichten und an meinen Überzeugungen zu üben, die ich hier offen zu Tage bringe? Ich glaube es kaum, und würde es auch nicht wünschen; denn meine eigenen Ansichten können ja durch Kritik geläutert werden. Der Herr Vorredner nimmt das von den Ansichten seiner Partei nicht an; er glaubt nicht, daß diese durch Kritik geläutert werden können, er nimmt für sie Unfehlbarkeit in Anspruch, vor der ich mich neigen soll, ohne meine Meinung darüber zu äußern. Meine Herren, das kann ich nicht acceptieren; ich werde fortfahren, mir die Freiheit des Worts in keiner Weise verschränken zu lassen, und ich hoffe, stets in Ausdrücken, die nicht persönlich verletzen, meine Meinung über die Bestrebungen der einzelnen Parteien unumwunden auszusprechen. Ich glaube das dem deutschen Volke schuldig zu sein, daß ich ein Urteil darüber habe, und dieses Urteil gebe ich ab; ich lasse mir den Mund nicht verbieten.

Der Herr Vorredner hat, um meine Worte einer Kritik zu unterziehen, seinerseits doch eine leise Verschiebung derselben für notwendig gehalten. Er legte mir in den Mund, ich hätte drei Millionen Wählern die Treue für Kaiser und Reich abgesprochen. Das habe ich nicht gesagt, und ich erlaube mir, das richtig zu stellen. Ich habe gesagt, es giebt etwa 157 Abgeordnete von drei verschiedenen Fraktionen, die für die Herrschaft von Kaiser und Reich kämpfen, nachdem ich vorausgeschickt hatte, jeder kämpfe hier für irgend eine Herrschaft. Bei der Partei des Herrn Vorredners scheint augenblicklich unterschieden zu werden zwischen den früheren Parteien der Fortschrittspartei und den Sezessionisten. Ich glaube, das ist ein Begriff; ich halte mich für berechtigt, das anzunehmen; denn ich glaube nicht, daß die eine Unterfraktion vor der anderen eine unabhängige Stellung hat. Inwieweit überhaupt die ganze Fraktion sich eine unabhängige Stellung nach dem Wahlvorgange noch bewahrt hat, inwieweit sie sui juris aus den Wahlen hervorgegangen ist, das will ich dahingestellt sein lassen. Sie (nach links gewendet)

exiſtieren nur noch mit Unterſtützung anderer Fraktionen, Sie haben keine ſelbſtändige Stellung.

Der Herr Vorredner weiſt es nun als einen faſt beleidigenden Vorwurf zurück — nicht geradezu beleidigend —, daß ich behaupte, die Herren ſtrebten nach der Herrſchaft; er hat das für eine Fabel erklärt, daß er je ſelbſt genannt worden wäre in einer Kombination mit dem Miniſterium Stoſch. Ja, meine Herren, iſt er genannt worden? mir ſind noch mehrere genannt worden, nicht bloß Herr von Stoſch, ſondern auch Leute, die damals meine Kollegen waren. Es iſt ein on dit, auf das ich weiter kein Gewicht lege; aber daß die Partei des Herrn Vorredners nicht nach der Herrſchaft ſtreben ſollte, ſteht mit ihrem eigenen Programm im vollſtändigen Widerſpruch. Sie ſtreben doch nach der parlamentariſchen Regierung; das iſt ihr offenes Programm, das iſt in vielen Zeitungen von Ihnen kundgegeben bei den Wahlen. Sie ſtreben danach, daß die königliche und kaiſerliche Regierung ſich der Majorität unterordnen ſoll. Die Majorität fällt natürlich den beſten Rednern zu, und dazu rechne ich den Herrn Vorredner unter anderen; er iſt ein ausgezeichneter Redner, ich mache ihm mein Kompliment und beneide ihn darum.

Nun frage ich: iſt das ein Streben nach Herrſchaft oder nicht, wenn Sie die parlamentariſche Regierung erſtreben? Sie wollen natürlich eine parlamentariſche Regierung für Ihre Partei oder ab und zu für Ihre Partei, Sie wollen gelegentlich herankommen; es iſt unangenehm, wenn durch kaiſerlichen Willen ein und dieſelbe Regierung über 20 Jahre am Ruder bleibt; es iſt billig, daß auch andere einmal hereingelaſſen werden. — Ja, meine Herren, niemand wünſcht das mehr als ich, und ich habe Seiner Majeſtät ſeit Jahren vergebens darin Vorſchläge gemacht, es doch einmal mit einer anderen Partei zu probieren, bloß damit wir ſehen — hic Rhodus, hic salta —, wie die Herren regieren werden; Seine Majeſtät haben kein Bedürfnis empfunden, dieſen Verſuch zu machen.

Der Herr Vorredner fand es wichtig genug, der Verſammlung hier mitzuteilen, daß eine Äußerung, die ich heute gethan habe, in der ich die Partei eine demokratiſche nannte, früher in der Norddeutſchen Zeitung geſtanden habe. Der Herr ſagte, er läſe ſie nur gelegentlich. Ich, meine Herren, leſe ſie alle Tage, leſe ſie mit Vergnügen, und ich habe das vor einigen Wochen darin geleſen. Ich habe lange nach einer kürzeren Bezeichnung

für die neue Partei gesucht. „Deutsch-freisinnig“ — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal ausspreche, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch, noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das deutsche Reich und für unduldsam, für den Gegensatz von freisinnig.

Also Sie werden mir die implizite Unwahrheit, die darin liegt, nicht aufzwingen. Auf der anderen Seite möchte ich Ihnen gern den Willen thun. Jeder hat das Recht, sich einen Namen zu geben, und ich glaube, die Bezeichnung „demokratisch“ hat nichts verfängliches; ich glaube, Sie sind stolz darauf, Demokraten zu sein — ich habe das in mehreren Blättern gelesen — nur nicht „sozial“; Sie sind Antisozialdemokraten, aber Demokraten. Und was nun ein Republikaner ist, das ist eigentlich eine rein wissenschaftliche Definition. Ich habe mir darüber im Laufe meines Lebens und meiner langjährigen Thätigkeit auch eine Nomenklatur und eine Ansicht gebildet. Was ist denn das unterscheidende Kennzeichen zwischen Republik und Monarchie? Doch durchaus nicht die Erblichkeit des Präsidenten. Die polnische Republik hatte einen König, er hieß König und war unter Umständen erblich. Die englische aristokratische Republik hat einen erblichen Präsidenten, der König oder Königin ist; aber in den Begriff einer Monarchie nach deutscher Definition paßt die ganze englische Verfassung nicht. Ich unterscheide zwischen Monarchie und Republik auf der Linie, wo der König durch das Parlament gezwungen werden kann ad faciendum, irgend etwas zu thun, was er aus freiem Antriebe nicht thut. Ich rechne eine Verfassung diesseits der Scheidelinie noch zu den monarchischen, wo, wie bei uns, die Zustimmung des Königs zu den Gesetzen erforderlich ist, wo der König das Veto hat und das Parlament ebenfalls.

Das Parlament hat das Recht, zu verhindern, daß Gesetze, die ihm nicht gefallen, die schädlich, oder die leichtfertig gemacht sind, zu stande kommen; aber die monarchische Einrichtung hört auf, diesen Namen zu führen, wenn der Monarch gezwungen werden kann, durch die Majorität des Parlaments sein Ministerium zu entlassen, wenn ihm Einrichtungen aufgezwungen werden können durch die Majorität des Parlaments, die er freiwillig nicht unterschreiben würde, denen gegenüber sein Veto also machtlos bleibt. In der preußischen Verfassung ist die Übereinstimmung des Königs und der beiden Häuser des Landtags not-

wendig, um ein Gesetz zu stande zu bringen, d. h. um den Rechtszustand des Landes zu ändern. Das nenne ich eine monarchische Verfassung. Da ist der König in der Exekutive, in der vollziehenden Gewalt vollständig frei; er kann inbetreff der gesetzgebenden Gewalt nicht gezwungen werden, er kann nicht gezwungen werden, Gesetze zu unterschreiben, die er für schädlich hält. Wo er gezwungen werden kann von seiten einer abstimmenden Majorität, da ist die Verfassung republikanisch, mag der Präsident ernannt sein oder nicht. Das ist meine persönliche Auffassung. Ob sie in eine wissenschaftliche Theorie paßt, ist mir gleich; sie paßt in meine staatsrechtliche Auffassung, und ich werde in meiner Auffassung über den König, die vollziehende Gewalt und erbliche Monarchie dieser die Freiheit zu bewahren wissen, daß sie nicht wider Willen etwas zu thun gezwungen wird. In diesem Sinne lasse ich mir von der Majorität nicht imponieren und werde diese Auffassung vertreten, solange ich auf diesem Platze stehe.

Der Herr Vorredner hat mir eine gewisse Undankbarkeit vorgeworfen für das Entgegenkommen, welches das Parlament mir gezeigt hätte. Ja, meine Herren, in Worten ganz außerordentlich! Namentlich meine politischen Gegner haben sehr häufig, um den Angriffen, den Ablehnungen mehr Nachdruck zu geben, dies damit eingeleitet, daß sie eine Anerkennung mir gegenüber aussprachen, die ich nur auf eine Überschätzung meiner Person zurückführen kann. Damit ist mir aber nicht geholfen. Sie haben mich in meiner Politik anhaltend und nachhaltig nicht unterstützt, wie jede Partei mich vorübergehend unterstützt und im Stich gelassen hat. Der Gedanke, die Behauptung, daß ich überhaupt keine unabhängige Meinung neben mir dulden könnte, ist vollständig unrichtig. Jede der vorhandenen Parteien habe ich schon als Gegner gehabt, und jeder Partei habe ich die Hand gegeben, wenn ich gefunden habe, daß sie ihrerseits dem zustimmte, was ich im Interesse des Landes, der Nation, des Kaisers und Königs für richtig halte. Das ist meine Grenze. Finde ich dafür keine Unterstützung, dann natürlich lasse ich mich nicht zwingen. Ich wäre verdammenswert wie eine Schildwache, die auf ihrem Posten nicht ihre Schuldigkeit thut, wenn ich dem nicht entgegenträte. Aber jeder, dem ich entgegentrete, sagt, es liege nicht daran, daß seine Meinung unrichtig sei, sondern an der Herrschsucht des Kanzlers, der keinen Widerspruch ertragen kann. Wenn ich keinen Widerspruch ertrüge — 23 Jahre stehe

ich auf dieſer Stelle —, müßte ich längſt tot ſein. Ich habe im Widerſpruche, im Kampf von Anfang bis zu Ende gelebt, und wenn ich mich jedesmal der Majorität des Landtags und des Reichstags hätte fügen wollen, wo wären wir?!

Der Herr Vorredner ſagte, er wolle nur, daß liberal regiert werde. Aber durch wen ſoll regiert werden? Doch durch die Liberalen! Ich glaube, daß ich mich ſehr liberal, viel liberaler, als es häufig den konſervativen Parteien angenehm geweſen iſt, in vielen Richtungen bethätigt habe. Was der Herr Vorredner verſteht unter „liberal regiert“, heißt doch nur „durch die liberale Partei regiert“. Anders kann ich es nicht auslegen. Und, meine Herren, mit dieſer Behauptung ſteht in Widerſpruch, wenn er ſagt, daß er nicht nach Herrſchaft ſtrebe. Ich habe kaum geglaubt, daß gegen dieſe einfache Behauptung von dem Hauptverfechter der parlamentariſchen Regierung, von dem Herrn Abgeordneten Rickert, eine Ableugnung ſtattfinden würde. Ich habe nicht geglaubt, daß er auf dem Boden des si fecisti nega ſtände; ich glaubte, er würde ſich kühn dazu bekennen: „Ja, ich ſtrebe nach der Herrſchaft, nach der Spitze, da will ich das Land regieren, auch dann, wenn der König nicht mit mir einverſtanden iſt, und die Wahl wäre, mich zu entlaſſen oder mir Folge zu leiſten; ich werde mich ſo einrichten oder einzurichten wünſchen, daß er mich entlaſſen kann, daß er mir alſo Folge leiſten muß“. Das nenne ich nach der Herrſchaft ſtreben, und wenn der Abgeordnete Rickert in ſeinen Buſen greift, wird das wohl das Ideal ſein, was ihm vorſchwebt.

Ich möchte doch davon abmahnen, manchen Beſchuldigungen mir gegenüber durch ſtarke Stimme, durch Unterſtreichen, vielleicht durch fetten Druck beſonderen Nachdruck zu geben. Der Herr Abgeordnete hat z. B. mit einer ſolchen Stimme, die ich mit fetter Schrift gleichbedeutend finde, geſagt: wir laſſen uns keine Vorſchriften machen. Wo befinde ich mich denn nun in der Lage, dem Herrn Abgeordneten Vorſchriften zu machen? Er hat mir gerade Vorſchriften machen wollen, ich ſolle die Hand bieten zu einer Verfaſſungsänderung. Gerade umgekehrt wäre ich im Recht, wenn ich ſagte: ich laſſe mir von dem Abgeordneten Rickert nicht Vorſchriften machen; da wird aber der Spieß umgedreht, und mit dem Tone ſittlicher Entrüſtung behauptet: wir laſſen uns von dem Herrn Reichskanzler keine Vorſchriften machen. Wird das angewandt auf den Fall, wo der Reichskanzler ſich mit Mühe und Not gegen die Majorität wehrt, die

ihm als civium prava iubentium in meinem Sinne eine Verfassungsänderung abfordert, — wo bleibe ich da als einer, der dem Abgeordneten Rickert Vorschriften macht, und wo bleibt die Berechtigung, mit dem Tone sittlicher Entrüstung es mir gegenüber zu sagen? Das ist etwas, was der Staatsanwalt dem Verbrecher gegenüber beobachten kann, aber nicht ein Abgeordneter gegenüber dem Reichskanzler.

Der Abgeordnete hat ferner meine Worte einigermaßen verschoben, indem er gesagt hat, ich hätte behauptet, die Majorität wäre republikanisch. Das ist ein Irrtum, ein Gedächtnisfehler, das ist unrichtig; ich habe das nicht gesagt, ich habe von der Majorität überhaupt nicht gesprochen, ich habe von der Art der Zusammensetzung gesprochen, aber ich habe der Majorität einen einheitlichen Charakter überhaupt nicht beigelegt. Das ist ja das Unglück; hätte sie einen einheitlichen Charakter, dann würde ja heute die Koalition der Parteien, der die beiden Herren Vorredner aus dem Zentrum und aus dem Fortschritt angehören, berufen sein, den Reichskanzler und Minister bei uns zu stellen, und wenn sie homogen wäre, eine dauernde Majorität, wäre ich der erste, der dazu riete; die Parteien sind zwar bei den Wahlen zusammengegangen, aber ob sie im Ministerium zusammengehen würden, ist mir noch zweifelhaft. Wenn ich darüber einige Sicherheit hätte, mache ich mich anheischig, Seiner Majestät den Vorschlag zu machen, Seine konstitutionelle Auffassung dadurch zu bethätigen, daß die Minorität von der Majorität abgelöst wird. Ich befinde mich in der Minorität einer negativen Majorität gegenüber, die nur in der Negation einig ist, aber nicht in dem ersten Schritt zu einem Vorschlage nach vorwärts. Das ist die Hoffnungslosigkeit, über die ich klage, mit der ich mich aber auch abfinden werde. Es sind nicht wir, die darunter leiden, und wenn das Land darunter leidet, so sind wir nicht schuld daran.

Der Abgeordnete hat gesagt, es sei meine Verpflichtung und die Verpflichtung des Ministers, sich in Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu setzen, und ich hätte das früher gesagt. Ja, meine Herren, ich werde das nur gesagt haben in derselben Richtung, in der ich gesagt habe: das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen. Es ist allerdings meine Verpflichtung, mich nach Möglichkeit im Einklang mit den gesetzgebenden Körpern zu halten, es ist aber auch die Verpflichtung der gesetzgebenden Körper, sich nach Möglichkeit in Einklang mit der Krone zu

ſetzen, und die Verpflichtung des Reichstags, ſich nach Möglichkeit in Einklang mit dem Bundesrat zu ſetzen. Nur durch Übereinſtimmung kann ein Fortſchritt in unſerer Geſetzgebung entſtehen. Der Abgeordnete Rickert iſt alſo im Unrecht, wenn er mir bloß dieſe Lehre giebt; ich gebe ſie ihm vollſtändig zurück, und in der Art, wie er dieſe Forderung ſeinerſeits vorbringt, ſehe ich immer wieder den Ausdruck eines Irrtums über die Gleichberechtigung der beiden Faktoren. Der Bundesrat repräſentiert die geſamten deutſchen Regierungen. Meine Herren, ſchätzen Sie dieſen Faktor nicht gering! er iſt ſehr mächtig, und ich rate Ihnen dringend: ſuchen Sie ebenſo, wie ich die Übereinſtimmung mit dem Parlament und ſeiner Mehrheit ſuche, die Übereinſtimmung mit der Mehrheit des Bundesrats und der deutſchen Regierungen; wir werden uns dann beiderſeits finden und auf dem Wege der Geſetzgebung fortſchreiten können. Wenn aber einer dem anderen — was der Bundesrat noch niemals gethan hat — ſeinen Willen als Geſetz auferlegt, weil die Majorität da iſt, dann werden wir nicht vorwärts kommen, ſondern werden die Geſetzgebung des Deutſchen Reiches lahmlegen; und das möchte ich verhütet ſehen.

Es wird aber folgen, wenn die Theorien, die der Abgeordnete Rickert eben über unſere inländiſche Verfaſſung entwickelte, jemals praktiſch zur Wahrheit werden ſollten. Zur Herrſchaft werden ſie nicht gelangen, davor iſt mir nicht bange; aber laſſen Sie nicht eine Überzeugung in die Wähler eindringen, als ob den Wählern an ihrem Rechte eine gewiſſe Verkürzung geſchähe, wenn der Reichstag nicht die allein herrſchende Körperſchaft in dieſem Lande iſt; — das iſt er nicht und wird er nicht werden.

Rede über die Vorlage überſeeiſcher Poſtdampferverbindungen.

Gehalten am 1. Dezember 1884.

Ich will die wenigen Minuten, die mir bleiben, nur benutzen, um einige Vorausſetzungen, die der Herr Vorredner ausgeſprochen hat, richtig zu ſtellen.

Einmal hat er mit Vergnügen konstatiert, daß in der jetzigen Vorlage ein Zusammenhang mit der Kolonialpolitik nicht ausgesprochen sei. Soviel ich mich erinnere, war ein solcher Zusammenhang auch in der vorjährigen Vorlage nicht ausgesprochen. Der Zusammenhang ist nur hergestellt worden durch meine Erklärung in der Kommission, daß ich zu einer Kolonialpolitik nicht den Mut haben würde, wenn die Sonde, die mit der damaligen Vorlage angelegt wurde, den Beweis lieferte, daß ebensowenig Stimmung für überseeische Unternehmungen im Reichstag vorhanden sei, wie zur Zeit der Samoavorlage. Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muß jede Regierung in ihrem Parlament, soweit sie von ihm abhängig ist, soweit sie eine konstitutionelle Regierung ist, eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität, eine Majorität, die nicht durch Parteien zerrissen und beeinträchtigt ist, die nicht von der augenblicklichen Verstimmung einzelner Parteien abhängt, hinter sich haben. Ohne eine solche Reserve im Hintergrunde können wir keine Kolonialpolitik und keine überseeische Politik treiben. Die nationale Energie, wenn sie von Parteikämpfen neutralisiert wird, ist gerade in unserem Volke nicht stark genug, um der Regierung den Mut zu machen, solche Wege zu betreten, wie wir sie bei Samoa zuerst versuchten. Ich bin durch die Niederlage der Regierung in der Samoafrage lange Zeit abgehalten worden, etwas ähnliches wieder vorzubringen. Vestigia terrent. Ich habe jetzt den Moment für gekommen und geeignet geglaubt, teils nach den Symptomen, teils auf Grund der Thatsachen, die sich mir aufdrängten, und die den überseeischen Schutz nicht von sich weisen ließen.

Wenn aber diese Frage der überseeischen nationalen Entwicklung nach dem Maßstabe aufgefaßt wird, wie der Herr Vorredner sie eben auffaßte, so erinnert mich das lebhaft an meine frühesten Beziehungen, die ich zu der preußischen Politik in meinen provinziellen Verhältnissen gehabt habe. Als der Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Magdeburg projektiert wurde, — es lag damals das nachherige Berlin-Anhalter Projekt vor und gleichzeitig ein Berlin-Leipziger und Berlin-Magdeburger, — da erklärte die damalige preußische Regierung, unter dem Einfluß des älteren Ministers von Bodelschwingh, sie hätte ganz genau den gesamten Verkehr, den Post und Fracht zwischen Berlin und Magdeburg und Berlin und Leipzig bisher lieferte, festgestellt und hätte sich überzeugt, daß das Quantum von Verkehr,

wie er überhaupt zwiſchen Berlin und den genannten Städten beſtände, nicht eine einzige Eiſenbahnlinie ernähren könnte; ſie müßte das Almoſen, das von dem Herzog von Anhalt durch den Bau der Roßlauer Brücke gewährt worden ſei, dankbar annehmen und daher einen Umweg von 5 Meilen machen, um nicht das Unternehmen mit dieſem Brückenbau zu belaſten. Infolgedeſſen ſind wir, die älteren Herren werden das alles noch wiſſen, jahrelang von Berlin nach Dresden über Wittenberg, Roßlau, Köthen, Halle, Leipzig gefahren, den dreifachen Weg — wir ſind nach Magdeburg, der Hauptſtadt meiner heimatlichen Provinz, über Wittenberg, Roßlau, Köthen gefahren. Und doch iſt die Berechnung, die der Miniſter von Bodelſchwingh damals anſtellte, ganz gewiß ebenſo korrekt und vielleicht umfänglicher und genauer geweſen als diejenige, die der Herr Abgeordnete Bamberger uns vorhin aufgeſtellt hat.

Die Rentabilität des genannten Eiſenbahnprojekts, die Geſchichte und die Entwicklung unſeres Eiſenbahnweſens haben dem ſehr patriotiſch geſinnten und gewiß das Beſte des preußiſchen Staates wollenden damaligen preußiſchen Miniſter Unrecht gegeben. So bin ich auch überzeugt, daß, wenn Sie die Vorlage bewilligen, die Geſchichte den Vorausſetzungen des Herrn Abg. Bamberger Un echt geben werde.

Der Herr Abgeordnete hat ferner unter der Rubrik „Bemerkungen“, deren Unrichtigkeit ich glaube gleich auf friſcher That feſtſtellen zu müſſen, angegeben, daß die Verwendungen, die für die Gotthardbahn gemacht worden ſind, wenn ich recht verſtanden habe, aus militäriſchen Rückſichten geſchehen ſind. — Ich muß dabei hervorheben, daß das Organ des Herrn Abg., obgleich ich nicht zu den Schwerhörigen gehöre, mir nicht leicht verſtändlich iſt, aber ich glaube, verſtanden zu haben, „militäriſche Rückſichten“.

Dem Herrn Abgeordneten wird die Neutralität der Schweiz und der Gotthardterritorien unzweifelhaft im Gedächtnis ſein, und ich halte es ſchon aus Rückſichten auf unſere Schweizer Nachbarn für notwendig, zu erklären, daß der Herr Abgeordnete nicht im Geheimnis der Regierungspolitik ſich befindet, wenn er militäriſche Rückſichten bei der Gotthardbahn vorausſetzt. Wir ſind feſt entſchloſſen, die Neutralität der Schweiz zu achten und auch die der Gotthardbahn, und nicht die leiſeſte Spur von militäriſchen Rückſichten iſt bei der fraglichen Subvention maßgebend geweſen, ſondern man hat geglaubt, die wirtſchaftliche

Bedeutung der deutſchen Nation nach außen hin zum Ausdruck zu bringen; man hat namentlich geglaubt — und das wird wahrſcheinlich die Motivierung der damaligen Vorlage, deren Diskuſſion mir nicht erinnerlich iſt, beſtätigen — man hat namentlich geglaubt, dem deutſchen Handel nach und von Italien eine außerordentliche Erleichterung durch dieſe Linie zu gewähren. Militäriſche Rückſichten kann man nur auf Umwegen, vielleicht inſofern anführen, daß uns in einem etwaigen Kriege mit anderen Staaten andere Linien geſperrt ſein könnten, und wir während des Krieges unſeren Handel auf der Gotthardbahn durch das neutrale Schweizer Gebiet führen können. Dieſer Handel mit Italien während des Krieges hat indeß nicht große Bedeutung, und um den Krieg hätten wir ganz gewiß nicht damals 20 Millionen Mark geopfert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner von der augenblicklichen Hypertrophie und krankhaften Lage der Geſchäfte geſprochen; es wäre jetzt nicht der Moment, mit ſolchen Vorſchlägen vorzugehen. Ich habe einmal dagegen einzuwenden, daß, wenn Sie heute die Vorlage ablehnen, Sie geraume Zeit, glaube ich, zu warten haben werden, ehe eine Regierung wieder eine ähnliche zu machen den Mut haben wird. Es iſt auch ein erheblich abkühlender, erkältender Einfluß auf unſere ganzen überſeeiſchen Beziehungen, einſchließlich der Kolonialpolitik, davon zu gewärtigen. Im übrigen aber ſchien mir aus den Äußerungen des Herrn Abg. nach dieſer Richtung hin eine Art peſſimiſtiſcher Auffaſſung hervorzuleuchten, die ich nicht teilen kann. Er ſchien, ich will nicht ſagen, nach dem Satze, alles beſtehende wird ruiniert werden, aber er ſchien doch zu vermuten, daß vieles zu grunde gehen könne, daß aus den Ruinen neues Leben erſt erblühen werde, und daß man ſich erſt bei dieſem neuen Leben beteiligen ſolle. Ich hoffe, meine Herren, dieſe Zeit des neuen Lebens wird nicht ſo weit liegen, daß wir gar keinen Grund hätten, erſt abzuwarten bis die verſchiedenen Kriſen und Zuſammenbrüche überſtanden wären, welche niedrige Zuckerpreiſe und andere Kolonialkalamitäten etwa haben könnten; und wenn wir dann erſt wider mit der Vorlage kommen würden, dann würde der Herr Abgeordnete Bamberger wahrſcheinlich wieder andere Gründe haben, die wir heute noch nicht kennen, um unſerer Sache zu widerſprechen.

Ich kann überhaupt hier nicht die Abſicht haben, jemanden zu meiner Meinung und der der Regierung zu überreden, ich

würde es nicht wagen, in dieſer Beziehung den Fraktionsbeſchlüſſen vorgreifen zu wollen, die uns nachher mit Macht, ich möchte ſagen felſenartig, entgegentreten, in Form der kurzen Mitteilung „die Fraktion hat beſchloſſen“ — damit iſt die Sache abgethan. Wir ſind dann ja hier vollſtändig überflüſſig; was können wir gegen den Fels der Fraktionsbeſchlüſſe anders, als wie kraftloſe Wellen abprallen? Das iſt kaum würdig. Wozu die Diskuſſion? zählen wir ab und ohne Diskuſſion: wozu ſollen wir dem Lande noch unſere Zeit vergeuden? Es wird ſich auch gewiß etwas anderes im Sinne der Fraktionstaktik finden, um der Regierung einen Korb zu geben, wenn ſie mit einer anderen Vorlage kommt; und ich muß ſagen, ich würde den Mut nicht haben, dieſe Vorlage zu erneuern, ich würde das anderen überlaſſen.

Wenn der Herr Abgeordnete ferner das Defizit, in dem wir uns augenblicklich befinden, als Motiv für ſeine Stellungnahme angeführt hat, ſo muß ich ſagen, daß ein Defizit im Reichshaushalt nicht vorhanden iſt, und daß ich gegen dieſen unbeſtimmten, unberechtigten, ungeſetzlichen Ausdruck proteſtiere. Der Reichshaushalt kennt kein Defizit, es treten die Umlagen ein, und da iſt ein Defizit nicht möglich. Ein Defizit iſt, was durch Anleihen gedeckt werden muß; ein ſolches Defizit iſt in den einzelnen Staaten möglich, aber der Reichshaushalt kennt kein Defizit, er kennt nur höhere Matrikularbeiträge. Im übrigen hoffe ich, daß das, was Herr Bamberger Defizit nennt, jedenfalls nur eine vorübergehende Situation iſt, die ich ganz ausſchließlich der Obſtruktionspolitik der Oppoſitionspartei in den Finanzen zuſchreibe. Die Mittel, die die Regierungen vorſchlagen konnten und vorſchlugen, ſind ſchon vom Hauſe aus vom Parteiſtandpunkte, vom Fraktionsſtandpunkt aus durch die Wahlreden verurteilt und abſolut abgeſchnitten, — die Regierung mag kommen mit was ſie will, es wird abgelehnt. Wenn das Defizit ein Produkt der Armut der deutſchen Nation wäre, wäre es etwas anderes, aber keiner von Ihnen wird in nachweislicher Weiſe beſtreiten können, daß, ſeitdem die neue Wirtſchaftspolitik, die Schutzpolitik die Nation von ihrer Blutarmut befreit hat, was 1879 ſeinen Anfang nahm, die Wohlhabenheit der Nation, Handel und Wirtſchaft, das Wachſen von Privatvermögen in erfreulicher und ſteigender Zunahme begriffen ſind: überall ſehen wir vermehrten Import, vermehrten Export, vermehrte Schiffahrt in allen Häfen, wir ſehen trotz der gedrückten Verhältniſſe,

in denen ſich die bei der Landwirtſchaft beteiligte Bevölkerung befindet, ſteigenden Luxus und Verbrauch, ſteigenden Verkehr und Export. Alſo die Gründe, aus denen ein Defizit ein Hindernis abgeben könnte, um für das Wohl des Landes nützliche Maßregeln zu verwerfen, liegen hier nicht vor, das Defizit — ich gebrauche den Ausdruck, den ich verurteile — das Bedürfnis nach größeren Matrikularbeiträgen iſt das Ergebnis der Obſtruktionspolitik der Oppoſitionspartei, die der Regierung überall gegenübertritt. Verzichten Sie darauf, ſo werden wir ein Defizit nicht mehr haben, halten Sie dieſelbe aufrecht, nun, dann entſteht zwiſchen uns die Frage, wer die Kalamitäten, die Unfähigkeit, die Impotenz des Landes am längſten aushält. Wer aber die Schuld daran trägt, das wird bei den Wählern nicht zweifelhaft ſein.

Über den Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe.

Rede gehalten am 15. Januar 1885.

Ich hatte nicht geglaubt, daß bei dieſer Gelegenheit die Frage der Getreidezölle von dem Herrn Vorredner in die Diskuſſion gezogen und in der Art und Weiſe gekennzeichnet werden würde, wie es am Schluß ſeiner Rede geſchehen iſt. Ich habe ihm darauf nur in kurzem zu erwidern, daß die verbündeten Regierungen, wenn ſie Ihnen Vorlagen wegen Erhöhung der Getreidezölle machen, dabei eben von den arbeiterfreundlichen Geſinnungen, von denen ſie beſeelt ſind, geleitet werden. Dieſe Vorlagen ſind gemacht, einmal im Intereſſe der Arbeiter, die bei der Landwirtſchaft thätig und die vom Gedeihen derſelben abhängig ſind — ich glaube, daß in keinem einzigen Gewerbe mehr Arbeiter beteiligt ſind, als in der Landwirtſchaft —, dann aber auch im Intereſſe aller Geſchäfte, die überhaupt Arbeit und Brot geben; ſie alle werden gedeihen. Es iſt ein altes Sprichwort: Hat der Bauer Geld, ſo hat's die ganze Welt. Retten Sie die Landwirtſchaft vor Dürftigkeit, vor der Notwendigkeit, ihre Intenſität, ihre Arbeiterzahl zu vermindern und immer mehr Arbeiter nach den Städten hineinzuwerfen, die auf dem Lande ihr Brot nicht finden können, weil es nicht mehr lohnt, die Landwirtſchaft in dem Umfange zu betreiben, wie bis-

her; erhalten Sie den Landwirten und dem großen Grundbesitz, also der Majorität — ich meine nicht den Großgrundbesitz, sondern die große Masse des Grundbesitzes, den bäuerlichen sowohl wie den ausgedehnten — die Kauffähigkeit, von der allein die übrigen Arbeiter leben, und Sie werden die ganze Industrie und die ganze Arbeiterbevölkerung dadurch unterstützen und ihr Gelegenheit zu dauerndem Verdienste geben. Thun Sie das Gegenteil — wie der Herr Vorredner es zu meinem Bedauern am Schlusse seiner Rede gethan hat, die sonst viel Ansprechendes für mich hatte —, fassen Sie es von der Seite auf, so kommen Sie dahin, durch Verarmung der Landwirtschaft die Industrie zu schädigen, weil ihr die Abnehmer fehlen. Wird die Industrie geschädigt, so ist der erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Es giebt keine größere Kalamität für die Arbeiter, als der Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein, auf welche Weise man will.

Ich bin mit dem Herrn Vorredner über die Unmöglichkeit eines Normalarbeitstages ganz einverstanden. Ich will darauf nicht eingehen, weil ich wiederholen müßte, was der Herr Abg. Dr. Buhl gestern gesagt hat.

Was der Herr Vorredner, ehe er auf die Irrtümer seiner Partei über Getreidezölle geriet, auch seinerseits gesagt hat, das will ich nicht wiederholen, sondern nur in kurzen Sätzen zusammenfassen.

Ein Maximalarbeitstag hat die Gefahr, daß nun ein jeder Arbeitgeber sich berechtigt hält, bis auf das Maximum heraufzugehen, auch der, welcher es früher nicht gethan. Wenn es heißt: „14 Stunden — was ich für einen ungeheuerlichen Arbeitstag und für unzulässig halte — dürften nicht überüberschritten werden", so wird auch der Arbeitgeber, der bisher nur 10 oder 12 Stunden arbeiten ließ, sich sagen: bis 14 Stunden kann ich gesetzlich gehen! Darin liegt die Gefahr für eine Maximalbestimmung.

Ein Normalarbeitstag, wenn er sich erreichen ließe, wäre ja außerordentlich wünschenswert. Wer empfindet nicht das Bedürfnis zu helfen, wenn er den Arbeiter gegen den Schluß des Arbeitstages müde und ruhebedürftig nach Hause kommen sieht, wenn er ihn mißmutig, unter der Zumutung von Überstunden erbittert darüber findet, daß ihm die Ruhe nicht gestattet ist, die ihm lieber wäre als das Geld, was er für die Überstunden

noch verdient, — der müßte kein Herz im Leibe haben, der nicht den dringenden Wunsch hätte, dem Arbeiter aus dieser Notlage herauszuhelfen. Wie dies aber gemacht werden soll, — ja, da hoffe ich, daß, wenn es dahin kommt, daß die Regierung sich mit den Arbeitern beschäftigt, die Herren, welche den Antrag auf Normalarbeitstag gestellt haben, auch ihrerseits die Leitung der Thätigkeit der Regierung dabei übernehmen werden; denn die Herren, welche diesen Antrag gestellt haben, wissen offenbar ein Mittel, wie es zu machen sei, sonst würden sie den Antrag doch nicht gestellt haben. Sie würden der Regierung einen außerordentlichen Gefallen thun, wenn sie über die Art, wie das zu machen ist, sich näher aussprechen und die Weisheit, in deren Besitz sie bisher sind und in deren Besitz sie den Antrag gestellt haben, der Regierung mitteilen wollten, damit wir uns danach richten könnten. Wir würden sehr dankbar sein.

Bisher stoßen wir uns immer an dem ersten Satz. Den will ich kurz nur reassumieren, und zwar dahin, daß ein Normalarbeitstag notwendig einen Normallohnsatz bedingt; sonst laufen wir Gefahr, daß, wenn Sie den Arbeitstag um durchschnittlich 20 pCt. herunterſetzen, der Lohnsatz unaufhaltsam, ohne daß die Regierung es hindern kann, allmälig oder schnell ebenfalls um 20 pCt. fällt. Wer soll nun diesen Ausfall tragen? wer ersetzt das? Wollen Sie das aus Staatsmitteln dem Arbeiter ersetzen, was er durch Lohnverminderung erleidet? Der Arbeiter hat in den meisten Fällen jetzt gerade so viel, wie er bei seinen Bedürfnissen braucht; sinkt der Lohn, so hat er weniger. Also das muß ihm auf irgend eine Weise ersetzt werden. Wollen Sie es dem Arbeiter auferlegen, wie ich aus dem Tenor der Rede des Herrn v. Hertling schließe, so ist es möglich, daß eine Anzahl Industrieller es tragen können; ob sie es tragen wollen, ob sie sich nicht zurückziehen, ob nicht dadurch, wie ich vorhin sagte, der Tod der eierlegenden Henne eintritt, die Arbeit absolut aufhört, und der Arbeiter gar keine Arbeit mehr findet, — das ist eine Frage, die kann durch Enqueten ermittelt werden, und ich bin gegen Enquete. Vergegenwärtigen Sie sich doch, daß sich im Augenblick in der Umgebung von Paris Zeitungsnachrichten nach 300000 brotlose Arbeiter konzentrieren, weil die französische Industrie sich nicht mehr in der Lage befindet, sie zu beschäftigen. Könnte es mit irgendwelchem Gewinn geschehen, — daß sich irgend ein Fabrikant aufopfert und mit Verlust arbeitet, das erwarten Sie doch wohl selber nicht —,

könnte also die Industrie in Paris und in Frankreich mit Gewinn betrieben werden, so würden diese 300000 Leute Arbeit haben, sie würden vielleicht kümmerlich und im Schweiße ihres Angesichts Brot haben und es vielleicht mit einer gewissen Verbitterung genießen, aber sie würden überhaupt Brot haben. Was jetzt daraus werden soll, das weiß ich noch nicht. Also auch nach der Seite liegt ein Extrem, dem man nicht zu nahe treten muß. Die Konkurrenz im Inlande kann durch allgemeine Bestimmungen beschränkt werden; aber die Spitze unserer Industrie ist die Exportindustrie; lassen Sie die Exportindustrie konkurrenzunfähig werden mit dem Auslande und unsere ganze Industrie wird darunter leiden; die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, wird sofort erheblich zurückgehen, wenn die Exportindustrie geschädigt und nicht mehr mit dem bisherigen Erfolge zu arbeiten imstande ist. Das sind Klippen, Scylla und Charybdis auf der einen und auf der anderen Seite; ein allgemeines Rezept, bei jedem Sturm, bei jedem Wetter zwischen Scylla und Charybdis richtig durchzufahren, wird keiner geben können. Es ist ganz unmöglich, das in genereller Weise zu reglementieren. Es ist überhaupt, wie ich schon vor einigen Wochen oder Monaten von dieser Stelle bemerkt habe, eine ganz außerordentlich gefährliche — und ich glaube — undankbare Aufgabe, die Illusion zu nähren, daß sich ein allgemeiner Normalarbeitstag überhaupt festlegen läßt. Die Fiktion, die der Herr Vorredner auch schon berührte, daß Arbeit Arbeit sei, gleichviel, wieviel wert sie ist, welchen Ertrag, welchen Lohn sie bringt, daß da gleiche Bezahlung, gleicher Lohn, gleiche Arbeitszeit notwendig sein sollen, das ist ein Irrtum, und es würde in der Praxis sofort sich mit dem größten Schaden für unsere Wohlfahrt bestrafen, wenn wir uns diesem Irrtum hingeben wollten. Ich bedauere, daß der Antrag Hertling in dieser Richtung überhaupt gestellt ist; er macht den Eindruck, als ob er darauf berechnet wäre, den Arbeitern zu sagen: wir alle, die ihn unterzeichnen, haben die Überzeugung, daß hier zu helfen ist, und die Regierung soll es machen, in zwei Monaten soll sie ein Gesetz derart vorlegen; sie kann es, sonst würden wir es ihr nicht zumuten; es liegt also bloß an ihrem bösen Willen — wie einer der polnischen Herren schon gestern sagte: „Cherchez le chancelier!“, der ist allein schuldig, daß den Arbeitern diese Wohlthat, die ihnen zu gewähren in der Hand der Regierung lag, nicht längst gewährt ist. Durch Ihren Antrag kündigen Sie öffentlich an: Die Regierung kann

das leiſten! Das iſt Ihre Überzeugung. Können Sie dieſe Überzeugung rechtfertigen, dann iſt es wirklich eine Härte gegen die Regierung und eine Liebloſigkeit gegen Ihr Vaterland, daß Sie das Rezept, mit deſſen Kenntnis Sie der Regierung dieſe Zumutung ſtellen, nicht offenkundig hergeben. Sie haben ja das Recht der Initiative der Geſetzgebung; ſo ſchlagen Sie uns durch ein Geſetz vor, wie das ungefähr zu machen ſei. Mein Latein iſt dabei zu Ende, ich geſtehe aufrichtig, daß ich nicht weiß, wie dieſe Schwierigkeiten, die Sie in wenigen Monaten, in dieſer Seſſion für überwindbar halten und deren Löſung Sie von der Regierung verlangen — wie die gelöſt werden ſollen; ich bitte Sie auf das Dringendſte darum, unterrichten Sie mich, wie das zu machen iſt, und wenn Sie das nicht vollſtändig in den Wind geredet haben wollen, ſo legen Sie in dieſen acht Tagen noch einen Geſetzentwurf hier vor, der das verwirklicht, was Sie von der Regierung wollen, wenigſtens in der Skizze oberflächlich andeutet, wie dieſe Schwierigkeiten, die ich anführe, zu umgehen ſein würden.

So kommt mir die Sache vor, wie ich wohl von Souveränen gehört habe, die ſagten: „Mein Wille iſt, daß jeder in meinem Staate glücklich, zufrieden, frei und gehorſam ſei; wie das zu machen iſt, das iſt Sache der Schreiber von Miniſtern; darum habe ich mich als Fürſt nicht zu bekümmern.“ Das iſt ungefähr die Stellung, die das Zentrum mit dieſem Antrage einnimmt. Wir Schreiber von Miniſtern ſollen uns etwas ausdenken, was Sie ſelbſt nicht wiſſen.

Wenn Sie es wiſſen, ſo wiederhole ich meine dringende Bitte: Sagen Sie, wie das zu machen iſt. Behalten Sie Ihre Weisheit nicht für ſich als ein Patent, was geheim gehalten werden ſoll. Können Sie die Möglichkeit ſchaffen, daß ein Normalarbeitstag in einer für alle annehmbaren Länge – ſagen wir 10 Stunden — geſchaffen werde, ohne daß der Arbeiter an Lohn verliert und daß eine Induſtrie leiſtungsunfähig wird: dann thun Sie es.

Aber wenn Sie dieſe Aufgabe für Deutſchland allein erfüllt haben, dann haben Sie noch das Wenigſte gethan; es ſei denn, daß Sie Deutſchland mit einer chineſiſchen Mauer umgeben könnten, und daß wir uns in Konſumtion und Produktion gegenſeitig vollſtändig genügten, die Nation in allen ihren Ständen und Abteilungen. Das iſt aber nicht der Fall. Die ganze Sache wäre nur dann ausführbar, wenn wir durch ein Ab-

kommen mit der ganzen Welt so, wie der General-Postmeister einen Weltpostverein gestiftet hat, einen Weltarbeitstagverein herstellen könnten zugleich mit einem Weltlohnsatzverein, der Amerika, England und alle, die Industrien haben, kurz alle Welt umfaßte, und daß auch keiner sich unterstände, seinen Beamten und seinen Aufsichtsbeamten — oder diese ihren Arbeitern — zu gestatten, im Interesse der Konkurrenz von diesem Satze im mindesten abzuweichen. Daß das nicht möglich ist in der Welt, in der wir leben, das werden Sie selbst mir zugeben.

Wenn wir aber allein auf diese Bahn uns begeben werden, dann haben wir auch allein die Folgen unseres Experiments zu tragen, und ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird, auch nur einen einzigen unserer Nachbarn zur Nachfolge zu bewegen. Diejenigen, die es gethan haben, haben es nur anscheinend möglich machen können. Nicht überall wird das Befolgen des Gesetzes so genau überwacht wie bei uns, und infolgedessen ist nicht überall dieselbe Gewissenhaftigkeit vorhanden. Der Arbeitstag ist thatsächlich nirgends durchgeführt, angeblich noch am Genauesten in der Schweiz. Daß er auch dort umgangen wird und toto die umgangen wird, daß von den kontrolierenden Beamten überall die Unmöglichkeit eingesehen wird, das gegebene Versprechen zu halten, das ist Ihnen allen bekannt und ist hier von den Rednern auch schon gesagt worden.

Wir, die verbündeten Regierungen, wollen aber keine Versprechungen geben, die wir nicht glauben halten zu können; je mehr wir von dem dringenden Wunsch beseelt sind, für die arbeitenden Klassen nicht bloß, sondern für alle Notleidende und den unteren Steuerklassen Angehörige durch den Staat zu thun, was irgend in den Kräften und der Möglichkeit des Staates ist: um so weniger werden wir uns dazu hergeben, nach Popularität zu haschen dadurch, daß wir Dinge versprechen, die wir nicht für realisierbar halten.

Über die Erhöhung der Getreidezölle und Holzzölle.

Rede gehalten am 10. Februar 1885.

(Nach dem Abg. Holtzmann.)

Der Herr Vorredner hat die Beſorgnis ausgeſprochen, daß ſchwediſche Bretter, deren wir notwendig bedürften, bei uns nicht mehr eingeführt werden könnten. Ja, meine Herren, es iſt allerdings mit der Zweck der Vorlage, die Einfuhr ſchwediſcher Bretter zu vermindern; wir wünſchen, daß die Schweden ihr Holz in rohem Zuſtande einführen und dem Deutſchen wenigſtens die Verarbeitung überlaſſen. Überhaupt hat der Herr Vorredner die Holzzölle in ſeiner Deduktion aus einem Geſichtspunkte aufgefaßt, der nicht der der Regierung iſt, wenigſtens nicht der meinige. Der Herr Vorredner ſchien als den ausſchließlichen Zweck der Holzzölle anzuſehen, die Forſten und die Holzzucht an ſich zu ſchützen. Ja, das iſt einer der Zwecke, aber der am nächſten liegende iſt doch auch hier der Zweck, die Arbeit zu ſchützen, welche am Holz und im Walde ſtattfindet. Von der jetzigen Zollgeſetzgebung habe ich beiſpielsweiſe aus Schleſien von Augenzeugen vielfach die Klage gehört, daß die Arbeiter, die der ſchleſiſche Wald ſonſt zu nähren, und die Spannkräfte, die er ſonſt zu beſchäftigen pflegte, feierten, daß die Fuhrleute und die Arbeiter mit trübem Blick an der Eiſenbahn ſtänden und die verarbeiteten galiziſchen Hölzer durchfahren ſähen durch die Wälder, welche ihnen ſonſt vollauf Beſchäftigung gewährt hatten.

Es iſt ganz unzweifelhaft, daß ein Wald, der in gutem Beſtande iſt, und in vollem Betriebe und ſeinen Abſatz hat und ausgebeutet wird, namentlich, wenn man dahin gelangt, daß man auch die Veredelung des Waldproduktes im Walde oder in deſſen Nähe ſelbſt betreibt, beinahe ſoviel Hände beſchäftigt wie der Ackerbau. Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen ſagen, daß etwa 50 Hektaren gut beſtandener und gut betriebener Wald eine Familie beſchäftigen. Die Anzahl der Waldarbeiter, die ich thätig ſehe, entſpricht ungefähr dieſem Verhältnis. Wenn die Wälder, in welchen die Familie beſchäftigt iſt, in welchen dieſe Pferde, Fuhrleute und Pferdehalter arbeiten, wenn die plötzlich, wie das damals in Schleſien die Klage war, tot und leer ſtänden und die Leute unbeſchäftigt wären, dann entſtänden Kalamitäten

und Gefahren derart, wie der Herr Vorredner sie befürchtet hat von dem Steigen der Holz- und Kornpreise; dann entsteht die Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Waldarbeiter und die landwirtschaftlichen Arbeiter sind auch Arbeiter. Es handelt sich nicht um Fabrikarbeiter in den sächsischen Fabrikbezirken, es handelt sich um den gesamten Arbeiterstand in ganz Deutschland, und von dem bilden die landwirtschaftlichen und Forstarbeiter bei weitem die Mehrzahl; für diese zu sorgen ist unsere Aufgabe. Wenn wir einen so wesentlichen Teil der nationalen Arbeit, wie denjenigen, der an dem in Deutschland gekauften und verbrauchten Holz stattfindet, rein dem deutschen Arbeiter sichern können, so ist das einer der Hauptvorteile, die ich mir von einem Holzzoll verspreche. Daß nebenher die Möglichkeit, Wald zu halten, Wald zu pflegen, aus Wald eine Rente zu ziehen, gefördert wird, ist ein Nebenvorteil, immer einer, der sowohl für die Staatsrevenüen wie für den Privatwohlstand und die klimatischen Verhältnisse hoch genug anzuschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat auch das unbegründete Bedenken wieder vorgebracht, daß hohe Holzpreise die Waldverwüstung befördern würden. Einmal sind die meisten Wälder in sicheren Händen, im Staats- und im Kommunalbesitz; der Privatbesitz aber von Wald wird gewiß dadurch nicht gefördert, und es werden keine wüsten Wälder, die heruntergehauen sind, aufgeforstet werden, wenn man das Holz möglichst wohlfeil macht; eine Prämie auf den Waldbesitz, auf die Holzzucht kann doch nur darin bestehen, daß man teure Holzpreise schafft; dann wird sich der Wald von selbst wieder anbauen; jetzt ist es nicht rentabel, Wald anzulegen, nicht einmal rentabel, heruntergeschlagenen Wald wieder aufzuforsten, und es gehört besondere Liebhaberei und Interesse des Privatbesitzers dazu, wenn er überhaupt Wald, nachdem er ihn verkauft hat, wieder aufforstet; er kann sich mit Hilfe der Zins auf Zins-Rechnung vollständig klar machen, daß ein Sparkassenbuch dem Walde, den er anlegen will, schon in den ersten 50 Jahren vorausläuft und bei 100 Jahren ganz unerreichbar wird. Rentabel ist die Sache bisher nicht, sie wird indessen dennoch gepflegt. Der Herr Vorredner ist also im Irrtum, wenn er unserer Vorlage hauptsächlich die Tendenz zuschreibt, die Holzpreise zu steigern. Die Skala der Verzollung weist nach, daß die Höhe genau mit dem Maße der Arbeit, das in dem Holze steckt, steigt, und meines Erachtens noch nicht in dem ausreichenden Maße.

Alſo wir wünſchen in der That, daß ſchwediſche Bretter zu uns nicht hereinkommen, daß aber ſchwediſches Holz zur Nährung der Holzinduſtrieen, die längſt der Oſtſeeküſte, in Holſtein und längſt der Nordſeeküſte vorhanden ſind, ſoviel wie möglich und noch mehr als bisher hereinkommt; wie wollen nur dem Inlande die Arbeit ſichern, die an dieſem Holze zu verrichten iſt, von der erſten roheſten Arbeit des Behauens und des zum Brett-Schneidens bis zum Behobeln. Das iſt die Tendenz. Es wird uns nicht ganz gelingen, denn ſelbſt die jetzigen hohen Zölle decken uns noch nicht einmal am Oberrhein vollſtändig.

Der Herr Vorredner hat ferner darüber geklagt, daß manche Holzinduſtrieen durch die Steigerung des Holzzolles weſentlich leiden würden. Das glaube ich nicht; ich glaube, wenn nur das Zerkleinern diesſeits der Grenze übertragen und das Rohholz nach wie vor eingeführt wird, ſo wird das in geringem Maße der Fall ſein. Er hat zum Belege angeführt, daß die Zelluloſefabriken, mit denen er genauer bekannt iſt, das Holz zu — ich glaube 12 oder 13 Mk. führte er an — den Raummeter bezahlen müſſen. Das iſt ein außerordentlich hoher Preis. Ich kenne dieſes Geſchäft auch ziemlich genau aus eigener Erfahrung; ich verkaufe meinem Mühlenpächter das Holz zur Bereitung von Zelluloſe für 3 Mk. weniger 25 Pf. das Raummeter — (Zuruf links: Feſtmeter!), es wird nach Raummeter gehandelt; Sie haben Feſtmeter genommen, dann kommt der Raummeter ſtatt auf 13 auf etwa 10 Mk. in Sachſen. Sie haben ferner gefürchtet, daß dadurch viel mehr Nutzholz Brennholz wird. Die Holzqualität iſt bei uns noch gar keine verſchiedene. Meine Kontrakte, nach denen ich der Zelluloſefabrik Holz zu liefern habe, beſagen nach dem techniſchen Ausdrucke: „Klobenbrennholz habe ich zu liefern", alſo der Begriff wird ziemlich identiſch ſein und die Qualität des Nutzholzes wird dadurch nicht vermindert werden. Sie können meines Erachtens, wenn Sie nicht Knüppelbrennholz unter 3 Zoll Durchmeſſer nehmen, jedes Brennholz zur Zelluloſefabrikation verbrauchen, Kiefer ſowohl wie Fichte, und ich kann dem Herrn Vorredner nur vorſchlagen, wenn ihm das Holz in Sachſen zu teuer iſt, ſo bitte ich ihn, nach Pommern zu kommen. Ich werde ihm billigeres Holz nachweiſen und ihm mit 3 Mk. das Raummeter verſchaffen. Die Induſtrie iſt dort nur am unrechten Platze. Warum ſiedelt ſie ſich gerade da an, wo das Holz am teuerſten iſt? Sachſen iſt alſo nicht der rechte Platz

für eine ſolche Induſtrie. Sie werfen der Forſtverwaltung vor, daß ſie ihr Geſchäft nicht richtig betreibt. Dieſen Vorwurf gebe ich dem Herrn Vorredner zurück. Er würde ſein Geſchäft richtiger betreiben, wenn er dahin ginge, wo die Waſſerkräfte reichlich vorhanden ſind — ich weiß wirklich nicht, was dieſe Induſtrie nach Sachſen zieht —, aber wo das Holz doch nur den vierten Teil des Preiſes hat wie in Sachſen.

Ich komme nun auf eine weitere, ſehr wichtige Wirkung der Waldinduſtrie. Der Wald ſteht ja ruhig fort, auch wenn das Holz unverkäuflich iſt; aber wenn kein Holzverkauf in einer Gegend iſt, ſo ſtehen die Pferde, die ſonſt mit der Abfuhr beſchäftigt ſind, unbeſchäftigt im Stalle, der Bauer iſt nicht mehr imſtande, Pferde zu halten. Der Bauernſtand in der Umgegend eines großen Waldes, der thätig ausgebeutet wird, hat den außerordentlichen Vorteil für ſeine Pferde, namentlich im Winter, aber auch im Sommer, während der unbeſchäftigten Zeit volle Beſchäftigung zu haben. Der Fehler der kleinen bäuerlichen Wirtſchaften iſt der, daß ſie nicht groß genug ſind, um zwei Pferde, ja ſelbſt kaum ein Pferd dauernd das ganze Jahr hindurch zu beſchäftigen. Die kleinen Wirtſchaften proſperieren deshalb nach meiner Erfahrung nur da, wo ſie für ihr Zugvieh Nebenbeſchäftigung haben während der Zeit, wo ſie das eine oder beide Pferde auf dem Acker nicht brauchen und bei dem heutigen Mangel an Naturweide teuer füttern müſſen. Seitdem ich in Varzin eine Waldinduſtrie von einiger Erheblichkeit angelegt habe, hat ſich der Bauernſtand in der ganzen Umgegend gehoben, er iſt zahlreicher geworden in ſeinen Anſiedlungen. Und was nährt die Leute? Das Frachtfuhrwerk. Auf zwei Meilen weit fahren ſie zu den dortigen Schleifmühlen etwas wie 17- oder 18,000 Raummeter im Jahre heran. Nun, ein Raummeter iſt auf unchauſſierten und zum Teil ſchlechten Wegen reichlich eine Pferdeleiſtung. Es ſind alſo ca. 17,000 Pferdetage, die auf dieſe Weiſe von der Waldinduſtrie beſchäftigt werden. Dieſelben fallen fort und mit ihnen die Beſchäftigung aller der Menſchen, die dazu gehören und die ihr vergnügtes Brot haben, ſobald die Waldinduſtrie ausgedehnt wird. Ich führe das Beiſpiel nur an, um zu zeigen, daß der Herr Vorredner im Irrtum iſt, wenn er meint, nur die Forſtbeſitzer ſollten geſchützt werden. Der Forſtbeſitzer iſt aber nicht imſtande, die Tauſende von Arbeitern, die um den Forſt herumleben, zu beſchäftigen,

wenn es ihm nicht möglich gemacht wird, in den Waldprodukten mit dem Auslande zu konkurrieren.

Ich komme dann zu der Frage von den Kornzöllen. Der Herr Vorredner hat die Befürchtung ausgesprochen, daß infolge des gesteigerten Zolles die Kornpreise bei uns erheblich in die Höhe gehen, und daß dadurch soziale Gefahren entstehen würden. Auf diese Warnung ist er noch am Schlusse seiner Rede bedeutsam zurückgekommen. Nun, meine Herren, Sie wollen sich erinnern, daß vor sechs Jahren in diesem selben Saale dieselben Prophezeiungen uns zum teil von denselben Rednern, die heute gesprochen haben oder sprechen werden, gemacht worden sind: die Preise werden eine Höhe erreichen, sie werden den Arbeiter in seinem Erwerb und in seinem Brote beschränken müssen, und beschränken wollen. Alle diese Prophezeiungen sind falsch gewesen, es hat sich nichts davon bestätigt. Die damalige Zollgesetzgebung hat wohlthätig überall gewirkt; nur in der einen Richtung war sie unwirksam, die von ihr vielleicht damals erwartet worden ist — von mir nicht —, im Gegenteil, ich habe es bestritten, daß sie kommen würde: eine Verbesserung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, — diese Wirkung hat sie nicht gehabt. Im Gegenteil, das Korn ist wohlfeiler, als es seit sehr langen Zeiten war, und nach dem Verhältnis des jetzigen Geldwertes wohlfeiler, als es jemals in diesem Jahrhundert gewesen ist. Diese Folge also, die die Herren vorhergesagt haben, ist in keiner Weise eingetroffen. Ob sie eintreffen würde, wenn der Zoll nunmehr verdreifacht wird, ja, meine Herren, das will ich nicht mit derselben Sicherheit vorhersagen; es ist mir kaum wahrscheinlich. Es kann aber sein; wenn sie eintritt, gut, so wird eine Preisverbesserung dem Landwirt zu gute kommen; wenn sie nicht eintritt, so wird der Zoll sicher vom Ausland bezahlt sein, und warum soll der Finanzminister des Deutschen Reiches die Zölle nicht annehmen, die das Ausland, wie Amerika und Rußland, ihm zu zahlen bereit ist?

Also den Vorteil hätten wir doch jedenfalls sicher. Wäre daneben noch der andere Vorteil, daß die landwirtschaftlichen Preise sich etwas heben, so würde ich den sehr hoch anschlagen. Denn, meine Herren, die Idee, daß niedrige Kornpreise überhaupt glücklich machen und zur Basis eines glücklichen Lebens erforderlich sind, habe ich vor 5 oder 6 Jahren — heute habe ich es

nachgeleſen, um dasſelbe nicht zu wiederholen —, mit einer Breite hier bekämpft, die mich davon entbindet, das heute nochmals zu thun. Denn die meiſten von den Herren ſind noch heute hier. Ich habe mich darauf berufen, daß in dem Falle der Littauer, der die wohlfeilſten Preiſe bei uns hat, ſehr viel glücklicher ſein müßte als der Rheinländer, daß der Südruſſe und der Rumänier mehr proſperieren müßten in ihren ganzen wirtſchaftlichen Verhältniſſen, als der Franzoſe und der Belgier. Das alles iſt ja eine wunderliche Behauptung, daß der Zweck des wirtſchaftlichen Lebens und der wirtſchaftlichen Geſetzgebung ſei, wohlfeiles Korn herzuſtellen. Warum wollen Sie denn einen ſolchen Zweck gerade auf das Korn beſchränken? Warum wollen Sie denn dann nicht weiter gehen? Alſo beiſpielsweiſe Kleidung, Stiefel, Wohnung ſind ja ebenſo unentbehrliche Bedürfniſſe für den Arbeiter wie Brot; warum wollen Sie denn nicht darauf hinausgehen, die Fabrikation von den Gegenſtänden der Bekleidung, kurz aller Bedürfniſſe, die der Arbeiter irgend haben kann, ſo wohlfeil herunterzudrücken, wie irgend möglich, indem Sie alle Schranken der Einfuhr öffnen, indem Sie dieſen unentbehrlichen Bedürfniſſen des gewöhnlichen Lebens jeden Schutz verſagen? Was hilft dem Arbeiter wohlfeiles Brot, wenn er unendlich teure Kleidung hat und dafür bezahlen muß? Alſo iſt die Billigkeit für die Kleidung gerade ſo nötig. Was geht Sie der deutſche Schneider an, wenn der Arbeiter ſich von dem amerikaniſchen Schneider in fertigen Kleidern wohlfeiler kleiden laſſen kann? Was geht Sie der deutſche Schuhmacher an, die deutſche Lederarbeit? Ja, meine Herren, noch weiter, wenn wir dies Syſtem verfolgen, es wäre für alle diejenigen, die von ihrem Gelde, von Honorar oder Gehalt leben, kurz und gut für die ganzen unproduktiven Klaſſen der Gelehrten und Ungelehrten (Heiterkeit) außerordentlich angenehm, wenn alle Gegenſtände des menſchlichen Lebensbedürfniſſes auf einen Preis herabgedrückt würden, für den ſie im Inland gar nicht erzeugt werden könnten, wie ſie ſo wohlfeil werden könnten, daß ſie womöglich gar nichts koſteten. Ja dann würde vielleicht denen, die ich im allgemeinen als Rentiers bezeichnen will, ich meine ſolche, die nicht produzieren, die bei Preisverhältniſſen nicht intereſſiert ſind, die doch bei uns die maßgebende Majorität in den geſetzgebenden Verhältniſſen bilden, — denen würde zuerſt der Zuſtand ſehr behaglich ſein. Das erinnert mich an einen ſehr trivialen Vorgang. Es giebt Köchinnen, die grauſam genug ſind, die Krebſe kalt an

das Feuer zu ſetzen; wenn dann das Waſſer zuerſt warm wird, dann geben die Tierchen alle Zeichen des Behagens von ſich, es iſt ihnen ſehr wohl, aber das Ende iſt ſehr übel. (Heiterkeit.)

So würde es auch hier ſein; der ganze Staat, das ganze Volk würde zu grunde gehen. Ziehen Sie doch Ihre Konſequenzen bis zum Extrem: wenn es Ihnen gelingt, den Preis des Zentners Roggen auf 5 Silbergroſchen herabzudrücken, ſo iſt das vielleicht für Sie der Gipfel der Glückſeligkeit; nichtsdeſtoweniger werden Sie mir zugeben, daß unter ſolchen Umſtänden das Deutſche Reich und ſeine ganzen wirtſchaftlichen Verhältniſſe einen Zuſammenbruch erleiden würden, von dem es ſich nie wieder erholen könnte. Wenn es aber ein Glück iſt, für Getreide und Brotfrüchte niedrige Preiſe zu haben, warum wollen Sie dann nicht das Eiſen, das Leder — das ſind auch ziemlich unentbehrliche Bedürfniſſe —, Glas, Gewebe, Garn, alles auf die möglich geringſten Preiſe drücken? dann müſſen Sie alle Schutzzölle abſchaffen. Wenn irgend ein Gewerbe ein Recht auf Schutz hat, ſo iſt es doch in unſeren konſtitutionellen Verhältniſſen, wo die Majorität entſcheidet, dasjenige, an dem die Majorität hängt, das der Landwirtſchaft.

Für 25 bis 27 Millionen von den 45 Millionen des Deutſchen Reiches hängt das Gedeihen von dem Gedeihen der Landwirtſchaft gerade ſo gut ab, wie das Gedeihen der Arbeiter der Textilinduſtrie von der Möglichkeit des Abſatzes der Gewebe. Nehmen Sie nicht bloß den Grundbeſitzer, am allerwenigſten bloß den Großgrundbeſitzer zum Gegenſtand Ihrer Erwägungen, ſondern ſämtliche Arbeiter, die bei der Landwirtſchaft mit beſchäftigt ſind; ſie werden möglicherweiſe nicht das ganze Jahr hindurch beſchäftigt, weniger beſchäftigt, wenn die Landwirtſchaft keinen Betrieb hat; es werden einige von ihnen überflüſſig, es werden einige von ihnen entlaſſen oder man iſt auch genötigt, die Löhne herunterzuſetzen, weil man ſie nicht mehr zahlen kann. Ich habe Verhandlungen der ſtädtiſchen Abgeordneten geleſen, daß die Getreidezölle lediglich im Intereſſe der gegenwärtigen Großgrundbeſitzer lägen. Es iſt alſo da ſchon vorausgeſehen, daß eine Bewegung vielleicht nützlich ſein werde, die die gegenwärtigen Grundbeſitzer mit einer Welle wegſchwemmt und ſtatt ihrer wohlfeile Ankäufer derſelben Güter bringt, die dann vielleicht mit weniger auskommen können. Ja, meine Herren, die werden auch nicht mit weniger auskommen, ſie werden eben ihre Zinſen nicht bezahlen können. Das Experiment iſt ja ge-

macht worden zur Zeit der ersten Einführung der Hardenbergschen Gesetzgebung, die vorhin, wie ich höre, der Herr Abgeordnete Rickert im Gegensatz zu uns unwürdigen Schächern gerühmt hat, worauf ich dem Abg. Rickert nur erwidere, daß die Hardenbergsche Gesetzgebung den Bauer von dem Druck der damaligen Gesetzgebung befreite; wir bestreben uns, ihn von dem Druck der jetzigen Gesetzgebung zu befreien.

Also das ist ganz dieselbe Geschichte. Damals wurde schon der Versuch gemacht — es war unter dem Oberpräsidenten v. Schön — die zeitigen Besitzer der großen Güter als eine unhaltbare Rasse zu betrachten, und der Grundsatz aufgestellt, es müßten diese Güter wohlfeil in andere Hände gebracht werden, damit die Besitzer wieder leben könnten. Infolgedessen wurden von der väterlichen damaligen Regierung 800 Rittergüter in der Provinz Ostpreußen auf einen Tag und eine Stunde zur Subhastation angesetzt von der damaligen landschaftlichen Verwaltung, an deren Spitze der Oberpräsident stand, mit der Anordnung, auf jedes Gebot zuzuschlagen. Es kauften Schäfer — das sind gewöhnlich die Bankiers auf dem Dorfe —, ehemalige Gastwirte und Bauern, die das Ihrige zurückgehalten hatten, Viehhändler, in Ostpreußen besonders Pferdehändler — die kauften damals Güter; nun sind Beispiele genannt worden, daß für 60 Thaler ein Gut zugeschlagen wurde, welches heute weit über 100,000 und 200,000 Thaler wert sein mag. Was hat denn das gefruchtet? Ich habe noch in Pommern, wo nicht ganz so streng, aber doch ähnlich verfahren worden ist, in meinen Kinderjahren ähnliche Erwerber großer Güter gesehen. Ich erinnere mich, daß mein Vater Nachbarn hatte, die früher eben in einer der Eigenschaften, die ich vorher bezeichnete, bekannt gewesen waren, die ich selbst gesehen habe, daß sie in Holzpantoffeln und in bäuerlichen Kostümen ihrer großen Wirtschaft vorstanden. Das ist ja kein Unrecht und kein Übel, aber auf einen grünen Zweig kamen sie nicht; sie hatten kein Betriebskapital, um die Arbeitskräfte zu bezahlen, die von der Gesetzgebung beseitigt waren, und sie sind zum großen Teil wieder eingegangen; es sind wenige von den damaligen Erwerbern im Besitz geblieben. Diejenigen, die im Besitz geblieben sind, haben die ganze Zeit hindurch nach ihrer früheren Eigenschaft bäuerlich gelebt, was durchaus achtbar ist, aber verdient hat von ihnen auch keiner etwas. Sie haben keinem Handarbeiter in der Nachbarschaft etwas zu verdienen gegeben und keinen Luxus ge-

trieben — das brauchten ſie ja nicht, aber der Luxus ernährt manchen Verkäufer —, und ſie haben ſo wenig wie möglich Arbeiter beſchäftigt und dieſelben hart behandelt; das iſt ja eine natürliche Folge von ſolchen Zuſtänden, und jeder, der auf dem Lande gelebt hat, weiß es.

Aber es handelt ſich nicht bloß um die Arbeiter; nehmen Sie die Handwerker auf dem Lande! Es heißt ja im alten Liede: es iſt kein Dörfchen ſo klein, ein Hammerſchmied muß darinnen ſein. Aber es iſt nicht bloß der Hammerſchmied, es iſt der Stellmacher, der Rademacher, es iſt ein Schneider und Schuhmacher jedenfalls in jedem Dorf, wenn es auch nur ein Schuhflicker iſt. Ich will auf die übrigen Handwerker gar nicht eingehen, die im Dorfe ſind; ſie ſind in der Statiſtik nicht unter der Rubrik Landwirtſchaft verzeichnet, aber all ihr Gedeihen hängt unbedingt von dem Gedeihen der Landwirtſchaft ab. Der Bauer läßt ſich keinen neuen Rock machen, wenn er nichts übrig hat; der Bauer hat den großen Vorzug vor dem Großgrundbeſitzer, daß er ſich immer nach der Decke ſtreckt; wenn ſein Überſchuß an barem Geld das kalte Fleiſch zum Frühſtück nicht mehr abwirft, ſo läßt er es weg und nimmt Käſe, und wirft er nicht mehr Käſe ab, ſo nimmt er Butter, und wenn er die nicht hat, ſo ißt er ſein Brot trocken, und er bleibt — ich will nicht ſagen, ebenſo vergnügt, aber ebenſo ruhig in ſeinem Geleiſe und drückt und wintert ſich durch. Es hat das aber die Folge, daß der Handwerker auch etwas von dem Bauer verdient, wenn er Geld hat. Iſt der Bauer in der Lage, daß er weder Käſe noch Fleiſch zu ſeinem Brote ißt, ſo läßt er ſich weder einen neuen Rock machen, noch ſetzt er den Schmied in Nahrung, ſondern hilft ſich mit ſeinem alten Zeuge und läßt ſich auch keine Stiefeln anmeſſen, und ſo zieht ſich das Sprüchwort, das ich neulich anführte: „hat der Bauer Geld, ſo hat die ganze Welt“ — durch alle Zweige hindurch.

Alſo ich verlange nur Schutz für einen Erwerbszweig der großen Majorität der Mitbürger; — Sie haben ja, wenigſtens die meiſten Herren, eine ſo große Achtung vor der Majorität, Ihnen imponiert die Majorität: warum imponiert ſie Ihnen in der Landwirtſchaft nicht, in den landwirtſchaftlichen Arbeitern? Das iſt mir unverſtändlich. Iſt das nicht eine Geringſchätzung der „Majeſtät des Volkes“, wie mir neulich vorgeworfen iſt, weil ich mir von einer Majorität, die nicht aus dem gleichen Gedanken der Völker hervorgegangen iſt, ſondern aus einer zu-

fälligen Übereinstimmung in der Negation — weil ich mir von der nicht imponieren lassen wollte? Es ist mir in der ungerechtesten Weise von der Welt vorgeworfen, daß ich mir — von der Majestät des Volkes will ich nicht reden — aber von dem Volk nicht imponieren lassen könne. Majestät hat für mich der Kaiser, sonst niemand.

Der Herr Vorredner hat also über neue Belastung gesprochen. Da will ich die Erfolge abwarten. Ich sage, wir gehen versuchend vor. Theoretisch, mit sicheren, schlagenden Schlußfolgerungen ist auf diesem Gebiete kein Mensch imstande zu operieren; das ist wie ein ärztliches Gutachten über innere Krankheiten, dasselbe wird immer seinen Irrtümern unterworfen sein, und da traue ich meinem eigenen Urteil nicht, und einem andern Urteil etwas mehr. Jedenfalls, wenn das Gesetz den Erfolg hätte, daß es die Preise etwas steigerte, so würde ich mich darüber freuen; denn eine Verbesserung der Lage der Landwirte würde der ganzen Bevölkerung eben zu gute kommen und weit entfernt sein, anderen zu schaden.

Der Herr Vorredner hat nachher eine Anzahl sehr künstlicher Berechnungen über die Zukunft und die Möglichkeit der Zukunft in bezug auf Rentabilität und hohen Bodenwert angeführt. Da will ihm nicht folgen. Ich habe mich von Konjekturen niemals leiten lassen, sondern uns steht die nackte Realität des Rückganges, des möglichen Zusammenbruches eines großen Teiles unserer Landwirtschaft gegenüber. Da kann ich mich mit Konjekturen weder abschrecken noch trösten lassen.

Der Herr Vorredner hat ferner auf die Möglichkeit verwiesen, daß die Preise wieder steigen könnten. Ja, meine Herren, er hat geglaubt, die gegenwärtige würde eine vorübergehende Konjektur sein. Ich fürchte, das wird nicht der Fall sein; denn die auswärtige Produktion ist weder in ihren alten Hilfsquellen erschöpft, noch ist sie verlegen um Aufsuchung von neuen. Nach den neuesten Nachrichten, die wir haben, ist die indische Weizenproduktion sogar der amerikanischen gefährlich, und zwar infolge der Wohlfeilheit der Arbeit und der Entwicklungsfähigkeit nach Maßgabe des Bodens in gewissen Bezirken Indiens. Die Schutzzölle auf Korneinfuhr in Amerika, die der Herr Abg. Richter mir vor Jahren bestritt, und die ich an dieser Stelle genötigt war aus dem amerikanischen Tarif als bestehend nachzuweisen, — werden also doch praktische Wirksamkeit haben, damit der amerikanische Raubbau in den Steppen Schutz gegen den indischen

Weizen findet. Ich kann mich darin irren, ich habe ſchon geſagt, daß ich nicht prophezeien will, denn ich habe mit zuviel falſchen Propheten in parlamentariſchen Verhältniſſen zu thun gehabt; ich will nicht prophezeien, aber ich fürchte im Intereſſe unſerer Landwirtſchaft, daß die auswärtige Konkurrenz eher ſteigen als fallen wird. Es iſt ja möglich, daß Mißernten kommen, viel leichter im Auslande als bei uns. In einem Lande von alter Kultur wie Deutſchland, von der Beſchaffenheit der Oberfläche, die zwiſchen Wald, Wieſen, Berg und Thal in einer Weiſe wechſelt, daß die Niederſchläge immer noch ziemlich regelmäßig fallen, ſind die Mißernten nicht ſo häufig wie in großen Ebenen, zum Teil waldloſen Ebenen in den Ländern, die unſere Hauptkonkurrenten in der Erzeugung von Getreide ſind. Im ſüdlichen Rußland, in den Steppen dieſes Landes und in denen von Amerika, ja ſelbſt noch an der unteren Donau und in Ungarn — dieſe Länder leiden unter Umſtänden, da können große Mißernten vorkommen. Es kann ja auch ſein, daß das Getreide einmal ſehr teuer wird; dann, meine Herren, glauben Sie nur nicht, daß der Nachlaß von Zoll, der in dem Falle vielleicht eintreten wird — das will ich nicht beſtreiten —, daß der etwas an der Teuerung ändern wird, denn die Teuerung beſteht nicht darin, daß der Zoll zu hoch iſt; der Zoll liegt ja innerhalb der Preisſchwankung von za. 60 bis 80 Mark, indem ſich unſere Preiſe bewegen. Wenn der ganze Zoll auf Roggen ſelbſt nach dem weitgehendſten Vorſchlage bewilligt würde, ſo würde er etwa 30 Mark für die Laſt, die Tonne, den Wiſpel ſein; und die Schwankungen finden ja in einem Jahre von 130 bis 200 Mark gelegentlich ſtatt. Alſo der Zoll macht da nichts; und kein Zollnachlaß kann Roggen oder Weizen aus der Erde rufen, der in dem Jahre nicht gewachſen iſt. Die Urſache wird eben eine ganz unabänderliche ſein. Es iſt aber eine Hungersnot nicht wahrſcheinlich, weil die Getreideerzeugungsländer unter zu verſchiedene Himmelsſtriche und Klimate verteilt ſind. In der Regel aber — und mit der Regel allein können wir rechnen — wird Deutſchland das Quantum Getreide, das es braucht, annähernd ſelbſt bauen. Der erſte Herr Redner, den ich hörte, Herr Frege, meinte, die Zölle wären noch lange nicht hoch genug. Ja, ich will einmal ſagen, Sie verbieten die auswärtige Getreideeinfuhr abſolut — ein Fall, welcher nicht in der Abſicht liegt, aber ich will ihn einmal ſupponieren —, ſo bin ich überzeugt, daß Deutſchland im zweiten Jahre, ja ſchon in demſelben Jahre

die za. 30 bis 40 Millionen Zentner Getreide, die wir durchſchnittlich einführen, ſelbſt gebaut haben würde. Wir können noch mehr Getreide bauen, als wir jetzt bauen, ſobald es lohnt; wir bauen außerdem ſehr viel mehr Getreide, als wir eſſen, wir verzehren durch menſchliche Nahrung bei weitem nicht die Hälfte des Getreides, das wir bauen, und eine Not wird immer zuerſt nur den Erfolg haben, daß das Tier, das gefüttert wird mit Getreide, Not leidet, daß die Verwendung des Getreides zu Fabrikzwecken, zu Brennereien nachläßt. Kurz und gut, nicht der eſſende Menſch wird der Entbehrende ſein, wenn uns einmal ein paar Millionen Zentner fehlen ſollten, ſondern die übrigen Verwendungen des Getreides werden verkürzt oder vermindert werden.

Ich fürchte alſo auch die zu hohen Preiſe nicht, aber wenn ſie eintreten, ſo erinnere ich daran, daß eine Zollermäßigung nicht mehr Roggen ſchaffen kann, als in der Welt gewachſen iſt.

Der Herr Vorredner hat ferner einen Irrtum — in der Allgemeinheit iſt es ein Irrtum — behauptet, indem er ſagte, daß das auswärtige Getreide höher im Wert wäre als das inländiſche. Er mag dabei gewiſſe böhmiſche Getreidegattungen im Verhältnis zu gewiſſem Getreide aus dem ſächſiſchen Erzgebirge im Auge haben; er mag an mähriſche Gerſte, wie die Brauereien ſie gern haben, gedacht haben; aber in der Regel iſt unſer deutſches Getreide hochwertiger, und der Vorredner wird ſich von jedem freihändleriſchen Geſinnungsgenoſſen der Oſtſeehäfen Aufklärung darüber verſchaffen können, daß der ruſſiſche Roggen im ganzen ſtets 5—10 Mark wohlfeiler iſt als der deutſche, und daß der deutſche benutzt wird, den ſchlechteren ruſſiſchen aufzubeſſern, um nachher das Produkt als ruſſiſchen Roggen — nicht zur Reputation unſeres Roggens zu verkaufen. Ich glaube alſo, da iſt der Herr Vorredner im Irrtum.

Ich möchte noch gleich einen anderen Irrtum berichtigen. Der Herr Vorredner nahm an, daß Amerika nicht zu den meiſtbegünſtigten Staaten gehöre. Faktiſch gehört es dazu, nicht in folge von Reichsverträgen, aber in folge von Verträgen mit Preußen und mit mehreren deutſchen Staaten, die ſich aus dem Reich nicht ausſondern laſſen. Praktiſch behandeln wir uns mit Amerika gegenſeitig als meiſtbegünſtigt, was für uns z. B. den Anlaß bildet, wenn der Vertrag, den Spanien für Kuba und Portorico mit Amerika geſchloſſen hat, ſich verwirklicht, für uns, für Deutſchland, in Amerika dieſelben Vorteile — beiſpielsweiſe

für die Zuckereinfuhr — zu beanſpruchen, die der ſpaniſchen Kolonie gewährt werden. Der ſpaniſche Vertrag iſt ja unbedingt eine Unbequemlichkeit für die Steigerung des Roggenzolls, denn durch den Vertrag iſt er auf vier Jahre gebunden. Wir werden alſo bis dahin genötigt ſein, dem ſpaniſchen Roggen, was blutwenig iſt, aber auch dem Roggen derjenigen Staaten, die mit uns Meiſtbegünſtigungsverträge haben, die Einfuhr zum alten Zoll gegen Urſprungszeugniſſe zu geſtatten. Daß mit dieſen Urſprungszeugniſſen die Verſchiebung betrieben werden kann, auf die der Herr Vorredner aufmerkſam macht, daß man dafür ruſſiſchen Roggen einführt, das können wir nicht verhindern; aber dieſe koſtſpielige Verſchiebung — es wird das etwas ſehr Bedeutſames nicht ſein, und wo Holz gehauen wird, da fallen eben Spähne —, kann man nicht ändern. Das ganze dauert ja übrigens nur noch über das Jahr 1886 hinaus, und dann werden wir unter dieſer Bedingung den ſpaniſchen Handelsvertrag ſicher nicht erneuern. Ich würde dieſe Bedingung überhaupt nicht eingegangen ſein, obſchon ich bei Annahme derſelben nicht den Gedanken hatte, daß wir einer Steigerung der Kornzölle ſo nahe ſtänden, wie es in der That geweſen iſt. Die Kalamität der Landwirtſchaft iſt reißender, iſt ſchneller und ſtärker hereingebrochen, als ich es damals befürchtet habe. Aber ich weiß nicht, aus welchem Grunde die ſpaniſche Regierung mit einer Hartnäckigkeit, die mit der Geringfügigkeit des ſpaniſchen Roggenimports — der ein einziges mal in einem Jahre ein ganz geringes Quantum betragen hatte — kaum verträglich war, daran feſthielt, ſo daß ich nur die Wahl hatte, den ganzen Vertrag, der in vielen anderen Beziehungen für unſern Handel nützlich war, wegen dieſer Roggenklauſel fallen zu laſſen oder ihn mit derſelben abzuſchließen. Dieſe Unbequemlichkeit muß aber überwunden werden; ſie hat für unſere wirtſchaftlichen Einrichtungen keine weitere Tragweite, da ſie in kurzer Zeit ihr Ende erreicht.

Der Herr Vorredner hat befürchtet, daß das Angebot einmal geringer ſein könne als die Nachfrage. Ich habe ſchon vorhin erwähnt, daß ich das nicht glaube; einſtweilen iſt das Angebot noch immer ſo viel größer, daß wir durchaus die Auswahl haben. Es liegt gegenwärtig in Rußland noch außerordentlich viel unverkauftes Getreide der beiden letzten Vorjahre; auch in Amerika ſind Sendungen rückſtändig, und man kann ſagen, daß die letzten Jahre wohl die fetten Kühe im joſephiniſchen Traum bedeuten, und daß ſie immer noch Deckung, wenn die ſieben

mageren nachher eintreten ſollten, reichlich gewähren werden; — mit Sicherheit kann man in der Politik ja überhaupt nicht entſcheiden, aber es iſt nicht wahrſcheinlich.

Ich bin für heute nicht imſtande, auf prinzipielle Erörterungen der Getreide- und Holzzölle noch näher einzugehen; ich will mir bloß erlauben, noch eine Anführung zu kritiſieren, die der mit mir ſonſt vollſtändig einverſtandene Herr Dr. Frege machte. Er führte das Beiſpiel eines Gutes von 5 Hektaren an und nahm an, daß dasſelbe 22 Zentner Korn zum Verkauf übrig haben werde und $17\frac{1}{2}$ Zentner, ſagen wir 18, ſagen wir 16, ſelbſt konſumiere. Ja, meine Herren, auch bei dieſer Selbſtkonſumtion iſt der Roggenpreis für den Bauer nicht gleichgiltig; ich meine damit nicht bloß im techniſchen preußiſchen Sinne den ſpannfähigen Bauer; ſondern der kleinſte Beſitzer — nehmen wir den von 3 Morgen — auch der verkauft Korn. Denn der Bauer ißt ja ſeinen Roggen nicht in natura, er verzehrt ihn nicht; er verkauft ihn ganz ſicher, er verkauft ihn in dem gewöhnlichen alten Betrieb an den Müller; der giebt ihm Mehl dafür, und da wird ihm der Müller ja gewiß die Höhe oder Niedrigkeit des Wertes ſeines Korns zum Ausdruck zu bringen wiſſen. Aber ſelbſt das iſt ſchon überwundener Standpunkt. Das Selbſtbacken bei dem kleinen Beſitzer kommt mehr und mehr in Abnahme; dieſe mitunter recht maleriſchen kleinen Backöfen mit alten Bäumen darüber verſchwinden auf dem Lande mehr und mehr; das übliche iſt, daß derjenige, der Roggen baut, ſeinen ſämtlichen Roggen verkauft, und nicht Mehl, ſondern fertiges Brot kauft.

Das Gewerbe des Bäckers iſt heutzutage meiſtenteils mit dem des Müllers in Verbindung getreten oder mit dem des Gaſtwirts, und die Bäcker ſchicken Wagen, die expreß dazu eingerichtet ſind, auf den Dörfern umher, und die Leute haben allmählich gefunden, daß ſie auf dieſe Weiſe, wenn für 300 Einwohner eines Dorfes eine oder zwei Bäckereien vorhanden ſind, wohlfeiler zu ihrem Brot kommen, und im ganzen, da nicht jede Frau eine geſchickte Bäckerin iſt, auch beſſer, als wenn ſie ſelbſt fünfzig oder wie viel Backöfen, ſo viel als Familien ſind, jeden appart heizen und kohlenverbranntes Brot haben. Die Behauptung, daß nur der große Beſitzer intereſſiert wäre, während der kleine unter den Kornpreiſen litte, die iſt vollſtändig unrichtig; auch der allerkleinſte Beſitzer wird den Roggen, den Weizen, den er baut, zunächſt verkaufen und ſich dafür, ſoweit

er es braucht, Brot anſchaffen; ſoweit er es nicht braucht, ſchafft er ſich andere Dinge für den Erlös des verkauften Kornes an, denn er kann doch den Roggen nicht in natura verzehren, ſondern dieſer muß immer durch einen Zwiſchenhandel durchgehen.

Deshalb ſind alle dieſe Behauptungen in der Preſſe und in Reden, die davon ausgehen, als ob dieſe ganze Zollgeſetzgebung in bezug auf Getreide und Holz das Mittel wäre, den Großgrundbeſitz zu erleichtern auf Koſten des armen Mannes, einmal verlogene Entſtellungen der Wahrheit, dann in zweiter Linie ungerechte Aufhetzungen der beſitzloſen Klaſſen, in weit höherem Maße ſozial gefährlich und unmoraliſch wie alles andere, weil die Leute, die das leſen, und denen das mit der Autorität der Gewohnheitsredner, deren Reden durch die Preſſe in beſonderen kleinen Abdrücken verbreitet werden, beigebracht wird, die können ja nicht mit der Sicherheit, wie wir hier, unterſcheiden, daß das alles nur zur Schädigung der Regierung und aus Parteipolitik und aus Taktik ſo dargeſtellt wird, daß es aber von Grund aus erfunden und unwahr iſt. — Ja, meine Herren, ziſchen Sie — es bleibt doch wahr! Sie beſtätigen nur durch Ihr Ziſchen, daß Sie ſich getroffen fühlen. Sehen Sie, das Geſchöpf Gottes, von dem das Ziſchen herkommt, ziſcht ja nicht, wenn es ſich nicht beunruhigt fühlt.

Meine Herren, ich ſchließe für heute, indem ich mir vorbehalte, bei der Spezialdiskuſſion auf das von mir nicht erſchöpfte Thema zurückzukommen, ich ſchließe für heute von neuem mit dem Proteſt gegen die Unwahrheit, als wenn durch dieſe Geſetzesvorlage irgend etwas anderes bezweckt würde, als Schutz der nationalen Arbeit, Schutz des nationalen Geſamtvermögens des Armen ſo gut wie des Reichen.

Über Landwirtſchaft und Induſtrie, und ihren gleichmäßigen Anſpruch auf den Schutz des Staates.

Rede gehalten am 16. Februar 1885.

Meine Herren, ich bedaure, daß ich nochmals in der Notwendigkeit bin, Ihre vielgeprüfte Geduld, mit anderen Worten, Ihre Zeit in Anſpruch zu nehmen zu einer Erwiderung. Aber

wenn Sie dem Herrn Vorredner (Abg. Rickert) es nachgesehen haben, ohne Zeichen von Ungeduld, daß er in dieser an Rednern und an langen Reden reichen Debatte zweimal das Wort ergriffen hat, daß er uns in der zweiten Rede die erste in einer anderen Form, etwas anders zusammengesetzt und vielleicht auch in etwas anderer Betonung widergegeben hat, ohne den Inhalt wesentlich zu ändern, daß er Ihnen nicht nur seine, sondern auch meine Rede noch einmal gehalten hat, um sie recht im einzelnen, in der Weise, wie er sie sich denkt und wie er sie auslegt, durchzuhecheln und zu zerpflücken, — ja, meine Herren, wenn Sie das ruhig mit angehört haben, ohne einen Augenblick, wie es in alten parlamentarischen Zeiten üblich war bei Sachen, die man oft genug gehört hatte, „Schluß" zu rufen, dann, hoffe ich, werden Sie auch mich in Ruhe anhören.

Der Herr Vorredner hat an die Wahrheiten der Geschichte appelliert; sie sollen bestätigen, was er hier angeführt hat von den verderblichen Wirkungen der Verteuerung der Kornzölle. Ich weiß nicht, welchen Historiker er dabei im Sinne gehabt hat, ganz sicher nicht den Herrn Professor Mommsen, einen der anerkanntesten unter uns. Jedenfalls muß ich die Geschichte, an die der Herr Vorredner mit einer solchen Feierlichkeit appelliert, als eine tendenziöse, unwahre Entstellung der Weltgeschichte bezeichnen.

Und das hat gerade so viel Autorität und Berechtigung in meinem Munde wie das Gegenteil im Munde des Herrn Vorredners. — Ich hebe absichtlich auch die Stimme etwas, weil ich fand, daß es bei dem Herrn Vorredner immer einen günstigen Eindruck auf Sie machte, wenn er lauter sprach; durch das Lautersprechen wird aber eine Sache nicht wahrer, als sie an sich ist und als sie sich liest, wenn sie gedruckt ist.

Der Herr Vorredner hat ferner, indem er mit scharfen Waffen den Vorwurf der Verhetzung des Armen gegen den Reichen von seiner Darstellung abzuwehren suchte, mir vorgeworfen, ich hätte ja auch den Bauer aufgehetzt, ich hätte daran erinnert, daß die Gesetzgebung bisher aus der Haut des Bauern Riemen geschnitten hätte, um sich andere Klassen zu verbinden; und er hat damit meine Behauptung in Vergleich gestellt, daß in den Reden der Opposition die besitzlosen Arbeiter gegen den Grundbesitz aufgehetzt worden seien. Ja, meine Herren, das ist ganz etwas anderes. Der Bauer gehört nicht zu den Besitzlosen; der Bauer ist der Ruhe und Ordnung in keiner Weise

gefährlich; der Bauer gehört zu der Klaſſe der Beſitzenden. Ja, wenn Sie nach der Kopfzahl rechnen, ſo zählt er weitaus zu der reicheren Klaſſe. Auf dem Lande kommt noch lange nicht auf jeden Kopf oder Familie ein Bauernhof, noch nicht der zehnte Teil davon. Alſo wenn ich den Bauer darauf aufmerkſam mache, daß ſeine Intereſſen in den Händen und dem Munde der Städter ſchlecht gewahrt ſind, ſo liegt darin für den Staat keine Gefahr. Wenn Sie aber die Millionen von beſitzloſen Arbeitern, die in der That in noch viel ſchlimmerer Lage ſind als der Bauer in Notjahren, wenn Sie mit Worten wie Brotzoll, wie Blutzoll aufhetzen gegen die Regierung, ja, meine Herren, dann ſäen Sie eine Saat, die Sie nicht beherrſchen können. Der Arbeiter hat nicht viel zu verlieren, der Bauer hat aber etwas zu verlieren. Und wir haben noch nicht bei uns im Lande geſehen, daß der Bauer ſich gegen die Obrigkeit zuſammenrottet aus freien Stücken. Das letzte Mal, wo wir erlebt haben, daß der Bauer freiwillig aufſtand, das war zur Zeit, wo die Schweden im Lande waren und wo die Bauern zuſammentraten unter der Fahne: Wir ſind Bauern von geringem Gut und dienen unſerem Kurfürſten mit unſerem Blut! Es waren aber immer Bauern von Gut, der Bauer iſt Gutsbeſitzer. Ich habe, als ich vorgeſtern meine Rede ſchloß in dem Bedürfnis, ſowohl meine Kräfte als Ihre Geduld nicht zu weit zu ermüden, den Gedanken, der mir vorſchwebte, kurz und undeutlich ausgeſprochen. Was Sie kränkt und was Ihnen unbequem iſt und war Sie veranlaßt, hauptſächlich den Großgrundbeſitz ausſondern zu wollen aus der Menge, damit Sie eine geringe Kopfzahl ſich gegenüber haben, die Sie bei allgemeinen Wahlen überſtimmen können, was Sie bekümmert, das iſt die Thatſache, daß Bauer und Großgrundbeſitzer immer mehr und mehr erkennen, daß ſie ein und derſelbe Stand, der Stand der Grundbeſitzer, ſind und ein und dasſelbe Gewerbe der Landwirtſchaft betreiben.

Ich habe vorgeſtern darauf aufmerkſam machen wollen, daß der Begriff der Großgrundbeſitzer heutzutage gar nicht mehr paßt, und habe beim Leſen meiner Rede gefunden, daß ich das nur ſehr unvollkommen gethan habe. Sehen Sie ſich die Liſten durch von der neuen preußiſchen Kreisordnung, und ſehen Sie, welches da die Wähler vom Großgrundbeſitze ſind. Sie werden, glaube ich, wenigſtens in allen mittleren Provinzen viel mehr Bauern als Rittergutsbeſitzer finden. Mir ſind Bauernhöfe be-

kannt — selbst in den mittleren, in den gesegneten Provinzen von Deutschland — die bis zu 2000 Morgen groß sind, und ich glaube, daß es in Ostpreußen und in einigen Gegenden Pommerns mit schlechtem Boden noch größere giebt; dagegen giebt es eine Menge Rittergüter, die wenig über 100 Morgen groß sind. Die Grundbesitzer sind im ganzen eine Stütze der Monarchie und der bestehenden Regierung nach ihrer ganzen Gesinnung — und in der Tendenz, Zwietracht unter sie zu säen, da geniert es Sie, daß diese Verschmelzung allmählich und unaufhaltsam vor sich geht. Es sind das die heilsamen Folgen der Gesetzgebung, die im Anfange von vielen der Bevorrechtigten peinlich empfunden wurde, die Abschaffung aller rechtlichen und prinzipiellen Prärogative des größten Grundbesitzes und namentlich der früheren Ritterschaft. Wir größeren Grundbesitzer sind heutzutage in unserem Gewerbe nichts weiter als die größten Bauern, und der Bauer ist nichts weiter als der kleinere Gutsbesitzer. Auch die meisten Bauern nennen sich Gutsbesitzer, einige nennen sich Ackerleute, andere nennen sich Landleute. Ich habe mit Mitleid gesehen, wie Sie aus zwei oder drei von den vielen bäuerlichen Petitionen Ihre Wolle herauszupflücken suchen; ich kann sie Ihnen zu mehreren Tausenden und zentnerweise geben; unter den Unterzeichnern sind sehr viele Bauern und die bezeichnen sich vielfach als „Gutsbesitzer", so daß sich in einem Dorfe 20—30 Gutsbesitzer fanden. Ich glaube diese Einigung, dieses Verständnis aller derer, die das landwirtschaftliche Gewerbe treiben, daß sie zusammengehören und gemeinsame Interessen der bisherigen Ausbeutung gegenüber zu verfechten haben, den Fortschritt dieser Einigung werden Sie nicht erschüttern, obschon ich begreife, daß es Ihnen außerordentlich unbequem ist, die Gesamtheit der Landwirte und der Grundbesitzer in ansehbarer Zahl geschlossen und unbeeinflußbar für politische Hetzereien und für all dergleichen Bangemachen mit Reaktion, und was die sonstigen Phrasen sind, unzugänglich zu sehen und gewärtigen zu müssen, daß all Ihre Agitation und selbst die berühmte Wahlmache, wie sie jetzt üblich ist, an der Masse der ländlichen Besitzer ablaufen werde, wie das Wasser am Entenflügel. Der Herr Vorredner wird diese Wahrheit nicht gleich mir erkennen, denn er hat über das, was auf dem Lande vorgeht, doch nur sehr dürftige Vorstellungen; ich habe eigentlich geglaubt, er wäre auf dem Lande geboren, aber er muß seit lange davon weg sein; wenn er sagt: „hat der Städter Geld, so hat es auch der

Bauer", ſo hat er ſicher lange nicht auf dem Lande gelebt, ſonſt würde er wahrgenommen haben, daß eben ein Städter nichts abgiebt. Ich gönne dem Städter das ſeinige; aber Herr Rickert verwechſelt Stadt und Induſtrie und thut als ob beides dasſelbe wäre; das zeigt eben, daß wir mit dem Worte verſchiedene Begriffe verbinden. Die Induſtrie iſt nicht einmal innerhalb der Städte bequem heimiſch; es giebt ja Induſtrieſtädte, aber dort wird ſie ſich doch immerhin mehr in die Vorſtädte ziehen, wo ſie freiere Bewegung hat; ihr natürlicher Sitz würde eigentlich auf dem Lande ſein. Sie hat außerdem mit der Landwirtſchaft das gemeinſam, daß ſie produziert, und daß ſie ausländiſche Konkurrenten hat. Parlamentariſche Gelehrte, die in der Preſſe, Fraktion und Parlament mit Reden thätig ſind, die produzieren nichts, bei dem ſie die Konkurrenz des Auslandes zu fürchten hätten und können es mit philoſophiſcher Ruhe anſehen, wenn der Produzent zurückgeht, wenn er keinen Abſatz mehr findet, wenn ſeine Preiſe ſo wohlfeil werden, daß er ſein Gewerbe nicht mehr betreiben kann, ja, ſie können ſogar, wie der Herr Abg. Rickert, wenn dieſer Produzent wie der getretene Wurm ſich krümmt und ſich einmal aufbäumt, mit einer ſittlichen Entrüſtung von der Tribüne herab uns den Text leſen; das iſt alles menſchlich thunlich, aber Herr Rickert verwechſelt Induſtrie und Städte, und das punctum saliens, das die Verwandtſchaft zwiſchen Landwirtſchaft und Induſtrie bildet, und das ihr Bündnis für Schutzzölle zu einem natürlichen macht, das hat Herr Rickert denn doch nicht durchſchaut in dieſen letzten 6 Jahren. Sie produzieren beide und verlangen beide für ihre Produkte Schutz, welchen der Städter im engeren Sinne, ſowie wir ihn verſtehen, nicht braucht, oder doch nur ſoweit er Gewerbe treibt; ich komme gleich darauf zurück. Ich will nur einige Irrtümer erſt berichtigen.

Herr Rickert giebt alſo zu, daß der Dreſcher ein Intereſſe hat, daß das Korn, das er in natura als Lohn empfängt, teuer ſei; er tröſtet ſich aber damit, daß die wenigſten Leute, nur ein ganz kleiner Teil der ländlichen Arbeiter, Dreſcher wären. Nun, da iſt er wieder in vollſtändigem Irrtum und weiß auf dem Lande in ſeiner eigenen Provinz, in Weſtpreußen und dem benachbarten Pommern, nicht Beſcheid. Die Dreſcher ſind bei weitem die Mehrzahl, und die Minderzahl, diejenigen, die am Dreſchen, alſo an der Kornlohnung in natura, nicht teilnehmen, das ſind eben Deputanten, die auch wieder ihr Korn in natura

geliefert bekommen und einen wesentlichen Teil davon verkaufen, weil dieses Deputat meist reichlich bemessen ist. Das sind Leute wie der Schmied, der Stellmacher, der Rieselmeister und der Müller, wenn eine Mühle da ist; die dreschen nicht immer. Sonst dreschen die, welche das ganze Jahr auf dem Lande arbeiten, alle ohne Ausnahme, und es wäre eine schwere Zurücksetzung für jemand, wenn er nicht zum Dreschen zugelassen würde, denn es ist das mit die gewinnreichste Thätigkeit, die der ländliche Arbeiter überhaupt hat. Es geht das so weit, daß in denjenigen Arbeitsstellen, die augenblicklich von Witwen besetzt sind, und so lange übergehalten werden, bis die Witwe entweder einen anderen Mann oder einen erwachsenen Sohn hat, für die Witwe durch die Nachbarn gedroschen wird. So allgemein ist es, und es ist gewissermaßen ein Grundrecht jedes ländlichen Arbeiters, der auf einem Gute Jahr aus, Jahr ein, Winter und Sommer lebt, daß er zum Dreschen zugelassen wird; er würde seinen Posten sehr bald kündigen und wo anders hinziehen, wenn er vom Dreschlohn ausgeschlossen wird.

Also auch hier findet sich wieder beim Herrn Abg. Rickert die Wahrheit bestätigt, die der Herr Abg. Möller neulich mit so vielem Nachdrucke verkündete: „Es reicht hin, eine Behauptung mit Sicherheit auszusprechen, um sie für Wahrheit ausgeben zu dürfen.“ So ist es auch mit seiner Behauptung über die Dreschерlöhne.

Der Herr Vorredner hat dann meine Gleichstellung der Landwirtschaft in der Berechtigung mit den andern Gewerben, welche der ärmeren Klasse und den Arbeitern im allgemeinen die sonstigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse liefern, bemängelt, indem er dabei in einer vollständigen Verschiebung aller Begriffe die Rohstoffe hineinzog. Um die handelt es sich garnicht; ich habe nur die gleiche Gerechtigkeit für die Landwirtschaft wie für jedes andere Gewerbe verlangt, wie für das Gewerbe der Schuhmacher und der Schneider. Wenn Sie glauben, die Landwirtschaft mit ihren Produkten schutzlos lassen zu dürfen, im Fall sie Not leidet, so nehmen Sie zugleich das Recht in Anspruch, den Schuhmacher, Schneider und den Weber schutzlos zu lassen, im Falle, daß sie Not leiden. Das ist es, was ich gesagt habe; von Rohstoffen ist garnicht die Rede gewesen. Wie kann der Herr Abgeordnete Rickert meine Worte so entstellen, nur um das Vergnügen zu haben, es so darzustellen, als hätte ich eine Thorheit hier gesprochen! Die Thorheit liegt nicht

auf meiner Seite. Beide ſind Gewerbe und brauchen wohlfeiles Rohmaterial; die Landwirtſchaft iſt ebenſo gut ein Gewerbe.

Es iſt vorgeſtern hier ſchon von den Produktionskoſten geſprochen worden, aber dem Herrn Abg. Rickert iſt es entgangen; ich darf es alſo wohl wiederholen, wenn auch nur für ihn; die Verſammlung hat ſolange auf ihn gewartet, vielleicht gönnt ſie ihm auch dieſe Wiederholung. Es wurde, glaube ich, geſtern oder vorgeſtern hier von — wenn ich nicht irre — dem Herrn aus Süddeutſchland, der von dem Zoll ſprach, näher nachgewieſen, wieviel deutſche Arbeit an jedem Scheffel Korn klebt; ich glaube, ſie wurde auf 5 bis 6 Mark pro Zentner ausgebracht — ich erinnere mich nur noch, daß ſie etwas höher war, als ich ſie ſelbſt einſchätzte — aber 5 Mark Arbeitskraft kleben höchſt wahrſcheinlich an jedem Zentner Korn. Soll denn dieſe Arbeit nun nicht geſchützt werden? Was iſt denn deren Rohmaterial? Da hat der Herr Abgeordnete Rickert ein Wort in die Welt geworfen, das ſich eben bereitwillig eingeſtellt hat, wo der Gedanke fehlte, um mich zu widerlegen: Das Gewerbe der Landwirtſchaft, der Ernährung, und das Gewerbe der Bekleidung, das eine zu 60%, das andere, wie er ſagte, zu 40% ſtehen dem Arbeiter gegenüber ganz gleich notwendig da. Es handelt ſich bei beiden um die Befriedigung von Bedürfniſſen. Der Arbeiter kann eher noch einen Tag mal hungern als einen Tag unbekleidet über die Straßen gehen oder eines der notwendigſten Kleidungsſtücke auf ſeinem Leibe dauernd entbehren. Kleidung und Ernährung ſind alſo gleich notwendig. Ob dem Abeiter zum Erſcheinen im Arbeitsſaal nur die 40% fehlen oder die ganzen 60 — das iſt gleichgiltig; er muß immer gekleidet ſein. Alſo auch hier hat der Herr Abg. Rickert garnichts bewieſen. Wir wollen nicht nur, wie der Herr Abg. Rickert ſagte, dem Landmann höhere Preiſe ſichern, obſchon das auch nebenher geht — ich beſtreite das ja garnicht — ſondern dem ländlichen Arbeiter ſeine Arbeit und namentlich auch dem kleinſten Produzenten den unverkürzten Ertrag der Produktion ſeines Ackerbaues ſichern.

Ich habe in dem Bericht über die vorgeſtrige Sitzung geleſen, daß einer der Herrn Abgeordneten, den ich hier nicht verſtehen konnte, weshalb, wie mir ſchien, der Herr Abgeordnete Richter mich dort wiederum nicht verſtehen wollte — daß der geſagt hat, mit einer Klaſſe der Landwirte und Grundbeſitzer

habe er Mitleid, das ſeien die unter 10 Morgen. Meine Herren, auf die Bauern war er nach dem, was ich geleſen habe, nicht ſo gut zu ſprechen. Er vertritt bekanntlich die Gegend von Zeitz, wo der reiche altenburgiſche Bauernſtand noch zuhauſe iſt; der iſt ihm, wie es ſcheint, zu wohlhabend, aber die Leute von 10 Morgen und darunter haben ſein Wohlwollen. Vielleicht gehört die Mehrzahl ſeiner Wähler gerade dieſer Kategorie an. Es iſt zu vermuten, daß die unter 10 Morgen zahlreich ſind, und um die Mehrzahl — Zeitz bleibt immer ein landwirtſchaftlicher Kreis — nicht ganz zu verlieren, ſo hat er die herausgeſchnitten; er will ſie zu Freunden behalten. Es iſt im einzelnen dasſelbe Manöver, wie es im allgemeinen uns gegenüber immer probiert wird. Es heißt immer: der Großgrundbeſitzer macht alles, und wenn wir ihn, den Gegenſtand der beſonderen politiſchen und perſönlichen Abneigung der Oppoſition, nur ausſondern könnten, ſo wollten wir ihn ſchon kurz kriegen, und er ſollte einmal erleben, wenn wir den Kleinen in der Maſſe auf unſere Seite bringen, wie wir ihn in der Geſetzgebung verarbeiten würden.

Der Herr Abg. Rickert hat die Klaſſe der Großgrundbeſitzer, die er heute der öffentlichen Abneigung zu überliefern ſuchte, noch enger definiert; er hat von denen geſprochen, die Quadratmeilen beſitzen. Nun, meine Herren, das ſind allerdings noch weniger, aber ſelbſt dieſe Wenigen haben Anſpruch auf gleiche Gerechtigkeit mit allen und auf gleiche Behandlung, und es iſt nicht die Aufgabe einer beſonnenen Zukunftspolitik, wie ich ſie vor einem Jahre noch dem Herrn Abgeordneten Rickert zugemutet habe, gerade dieſe Leute, die Quadratmeilen beſitzen, mit: Hic niger est der öffentlichen Abneigung auf dieſe Weiſe zu denunzieren. Ich halte das für ein ganz gewöhnliches ſozialiſtiſches Hetzmanöver gegen die reichen und reichſten Klaſſen; die Armen gegen die Reichen, die kleinen Beſitzer gegen die großen — kurz: divide et impera. Jede herrſchſüchtige Minorität ſtrebt dahin, die Majorität zu ſprengen und zu teilen, und dem Herrn Abgeordneten Rickert ſchweben offenbar die verſchiedenſten Richtungen vor, wie bei den phonetiſchen Figuren auf einer Glasſcheibe, nach denen er die jetzige Majorität zu zerſchneiden, zu zerlegen wünſcht, was die Stützen der jetzigen monarchiſchen Regierung erſchüttern hieße; aber ich hoffe, daß die Phalangen ſich auf der anderen Seite infolgedeſſen um ſo feſter ſchließen werden; denn wir verlangen nur gleiche Gerechtig-

keit für alle. Wir haben noch nie ſo verfahren, wie Herr Rickert; wenigſtens erinnere ich mich nicht, daß wir die reichen Kornhändler ganz beſonders bezeichnet und denunziert hätten, ſo daß ſie jedermann erkennen kann als diejenigen, die von dem Schweiße der Landwirtſchaft ſich mäſteten, oder die reichen Holzhändler. Sie ſind mir ſehr gut bekannt, und ich könnte Ihnen eine Liſte vorführen — der Herr Abgeordnete Rickert weiß ſie auch. — Auf die zeigt er aber nicht ſo mit Fingern hin! Der Herr Abgeordnete Rickert hat ſeine Rede noch nicht vollendet. Ich würde die Fortſetzung davon gern anhören, wenn er die Güte haben wollte, ſie mir zu wiederholen; ich bin überzeugt, er giebt mir noch breiteren Stoff zu Widerlegungen, als er mir ſchon gegeben hat.

Der Herr Redner hat eine Konzeſſion im Namen des Kornhandels gemacht; ich weiß nicht, ob er dazu Vollmacht und Ermächtigung beſitzt, und ich überſehe auch im Augenblick nicht vollſtändig das Reſultat davon. Er hat geſagt: Der Import iſt uns ganz gleichgiltig, wir gönnen der Landwirtſchaft die Preiſe; der Tranſit iſt die Hauptſache! Nun, ich weiß nicht, ob dem Kornhandel damit gedient wäre, wenn der Tranſit vollſtändig freigegeben würde, ſo daß er verſchloſſen von dem einen Ende zum anderen durchgehen könnte ohne Kontrole irgend welcher Art als diejenige, welche notwendig iſt für die Sicherheit, daß es aus dem Lande hinausgeht, und wenn auf der anderen Seite der Import ganz verboten oder ſo hoch beſteuert würde, daß er überhaupt unmöglich wäre. Für die Landwirtſchaft iſt das ja fraglich; ſie würde jedenfalls die 40 Millionen Zentner fremdes Korn, die den deutſchen Markt überſchwemmen, dadurch los werden. So ganz unſchädlich für die deutſche Landwirtſchaft iſt der Tranſit aber doch nicht! Unſere Oſtſeehäfen ſind hauptſächlich die Exporteure Rußlands geworden. Das ruſſiſche Getreide — auf dem beruht der Handel, und den gönnen wir den Seeſtädten! Früher führten unſere Oſtſeeprovinzen von ihrem eigenen Getreide mehr aus wie jetzt, jetzt können ſie mit Rußland nicht mehr konkurrieren. Namentlich aber iſt der Tranſit quer durch Deutſchland mit dem ruſſiſchen wie mit dem öſterreichiſchen Getreide ſehr nachteilig geweſen für den Abſatz, den unſere Landwirtſchaft früher nach Weſten, nach Belgien, Frankreich und Holland hin, hatte. Ich fürchte, das iſt eine von den utopiſchen Anweiſungen, die uns der Herr Vor-

redner auf die Zukunft gegeben hat, hinter der aber auch weiter nichts ſteckt.

Der Herr Abgeordnete hat dann angeführt, daß ſeit 1857 das jetzige Jahr in den Roggenpreiſen erſt das 17. an Wohlfeilheit wäre und in den Weizenpreiſen das dritte. Nun iſt daran ſoviel richtig, daß der Weizen noch mehr Not leidet als der Roggen und die Weizenproduzenten mehr als die Roggenproduzenten; aber der Herr Abgeordnete hat dabei ganz überſehen, daß ſeit 1857 faſt alle anderen Punkte unſerer Gewerbthätigkeit und der fremden um das Doppelte und Dreifache im Preiſe geſtiegen ſind, — namentlich alle diejenigen, deren der Landwirt bedarf, um ſein Gewerbe zu betreiben, insbeſondere iſt auch die Arbeit, deren der Landwirt bedarf, im Preiſe geſtiegen. Wenn es dem Herrn Abgeordneten Rickert ſeine litterariſchen Mittel erlauben, die üblichen Arbeitslöhne von damals und heute zu vergleichen, wenn er ſeine eigenen Schuhmacher- und Schneiderrechnungen vielleicht nachſehen will und feſtſtellen, was er 1857 für ein paar Stiefel gezahlt hat, und was er jetzt zahlt — und der Landwirt chauſſirt ſich eben auch, — dann wird er zugeben, daß nach dieſem Verhältnis, nach dem Sinken des Geldwerts, nach dem Reicherwerden auch die jetzigen Preiſe, wenn nicht die Landwirtſchaft ſtiefmütterlich behandelt worden wäre, mindeſtens das Doppelte von denen im Jahre 1857 im Durchſchnitt ſein mußten. Alſo auch dieſe Deduktion iſt hinfällig.

Der Herr Abgeordnete iſt ferner auf die fable convenue wieder zurückgekommen, als wenn ich mich ganz beſonders vor allen Menſchen dadurch auszeichnete, daß ich alle zwei Jahre meine Anſichten diametral wechſelte. Das können wir Catonen von der Oppoſition nicht; was wir einmal geſagt haben, das iſt unumſtößlich, das glauben wir bis ans jüngſte Gericht, bis ans Ende, davon gehen wir nicht ab. Selbſt wenn uns hundertmal nachgewieſen wird, daß es nicht wahr iſt, unſere Ehre erfordert, daß wir dabei bleiben. Ein Abgeordneter kann ſich den Luxus des einen einzigen Gedankens erlauben, ein Miniſter würde verräteriſch an ſeinem Lande handeln, wenn er ebenſo ſich der beſſeren Einſicht verſchließen wollte. Ich bin mir darin ſtets gleich geblieben, daß ich immer darüber nachgedacht habe, was im Dienſte meines Königs und im Dienſte meines Vaterlandes augenblicklich das Nützlichſte und Zweckmäßigſte wäre. Das iſt nicht in jedem Jahre dasſelbe geweſen; es giebt eine

Menge Sachen, die heutzutage ſehr annehmbar ſind, mit denen man aber vor 20 Jahren nicht hätte kommen dürfen, und es giebt andere, die vor 20 Jahren ſehr leicht waren und nützlich, die damals verſäumt wurden, und die heute kein Menſch mehr annehmen würde. Alſo das iſt eine tote Abſtraktion, wenn man ſich, zufrieden mit der eigenen Anerkennung, mit dem Gefühle der eigenen Unwandelbarkeit, gegen die Bedürfniſſe und den Nutzen ſeiner Mitbürger abſolut verſchließt. „Pereat mundus, aber ich bleibe konſequent; das iſt meine innere Überzeugung, ob mein Vaterland darüber Schaden hat oder zu Grunde geht, iſt mir ganz einerlei, aber ich bin nicht wie der Kanzler ein Menſch, der alle Jahre ſeine Meinung wechſelt.“

Der Herr Abgeordnete iſt ja inſofern noch gütig gegen mich geweſen, als er mir auf dem Gebiete der deutſchen Einheit einige Verdienſte zuerkannt hat. Wenn er „nebenher“ ſagte, ſo war das ein lapsus linguae, will ich annehmen. Ich glaube nicht, unbeſcheiden zu ſein, und bitte mir den Ruhm zu geſtatten, daß ich das nie in meinem Leben geweſen bin; ich bin im Innerſten meines Herzens bei allem Erfolge vor Gott und Menſchen ſtets demütig geblieben und habe mir denſelben nicht zugeſchrieben. Aber geſteht der Herr Abgeordnete mir gar keinen Anteil an der Thatſache zu, daß wir jetzt ſeit ſechs Jahren einen mäßigen Schutzzoll haben? Ich halte es für eins meiner größten Verdienſte, dazu mitgewirkt zu haben; ich habe es ja nicht allein machen können, aber die Initiative kann ich mir ganz allein vindizieren. Den Dank des Herrn Abgeordneten werde ich allerdings dadurch nicht erworben haben, dazu müßte er erſt zu der Erkenntnis kommen, daß ſeine Freihandelsüberzeugungen totgeboren und irrtümliche ſind, das wird er ja nie, ſo lange er lebt. Ich glaube, daß ich auf dem Gebiete der inneren Politik das Verdienſt in Anſpruch nehmen kann, die Kur angeregt zu haben, durch die Deutſchland vor Entkräftung, vor Anämie, vor wirtſchaftlichem Untergang geſchützt worden iſt. Hätten wir dieſe Schutzzölle vor ſechs Jahren nicht eingeführt, ſo würden wir nicht nur den wirtſchaftlichen Zuſammenbruch der Landwirtſchaft, wie er jetzt gekommen iſt, weil die Schutzzölle unzulänglich geweſen ſind, ſondern zuerſt den der Eiſeninduſtrie und all der Induſtrien, die wir in Schutz genommen haben, erlebt haben. Hätten wir nicht die große franzöſiſche Kontribution, die Milliarden gehabt, ſo würde der Zuſammenbruch durch Blutleere ein paar Jahre früher gekommen ſein; die Milliarden ſind ein

Palliativmittel geweſen, das uns noch eine zeitlang vorwärts geholfen hat. Alſo dieſes Verdienſt möchte ich den Herrn Abgeordneten Rickert bitten, mir auch in mein Guthaben zu ſchreiben, wenn er wieder von mir ſpricht.

Er wird nun wahrſcheinlich nicht zugeben, daß unſere wirtſchaftlichen Verhältniſſe ſeit 1879 im allgemeinen beſſer geworden ſind, indeſſen die Zeugniſſe dafür liegen außerhalb der fortſchrittlichen Partei mit einer ſolchen Allgemeinheit und Einſtimmigkeit vor, daß ich hier auf die Zuſtimmung der Herren, die nun abſolut einmal wollen, daß ich Unrecht gehabt haben muß, und daß von mir nichts Gutes kommen kann, verzichten kann. Es gehen heutzutage im ganzen faſt alle Geſchäfte ihren guten Gang, die Arbeiterzahl iſt geſtiegen, und der Verdienſt des einzelnen Arbeiters iſt geſtiegen, ich will Sie nicht wieder mit ſtatiſtiſchen Nachweiſungen langweilen, aber ſie ſtehen jedermanns Einſicht offen und wenn einer meinen Behauptungen widerſpricht, ſo werde ich noch heute nochmals für eine Weile ums Wort bitten, um Ihnen einige Seiten ſtatiſtiſcher Zahlen darüber vorzuleſen; ich glaube, wir ſchenken das uns beiden. Es iſt ganz unzweifelhaft, daß ſeit 1879 Fortſchritte gemacht ſind, und am allermeiſten hat trotz aller Ableugnung des Herrn Abg. Rickert der Handel von Danzig Fortſchritte gemacht, der hat ſich ganz beſonders der Wohlthaten der neueren Geſetzgebung erfreut.

Die Zahlen ſind unumſtößlich dieſelben. Die Zufuhr iſt geſtiegen von 332,000 auf 340,000 und der Export von 227,000 auf 245,000 und der Mehlexport iſt geſtiegen von 3,735,000 auf 7,711,000. Der Export von Kleie und Malzkeimen iſt geſtiegen von 1,528,000 auf 4,428,000. Das ſind die amtlichen Ziffern, und gegen die wird der Herr Abg. Rickert mit keiner Behauptung und mit keiner Beſtreitung, mit keiner — wie iſt doch der Kunſtausdruck des Herrn Möller? — „mit Dreiſtigkeit“ ausgeſprochenen Behauptung aufzukommen vermögen.

An Sprit, habe ich auch ſchon angegeben, ſtieg die Zufuhr von 40,680 Hektolitern auf 131,800 und von 36,000 die Ausfuhr auf 121,000. Alſo Steigen in allen Verhältniſſen! ich würde in Herrn Rickerts Stelle, wenn ich mit einer Behauptung ſo ſchlagend und amtlich und ziffermäßig abgeführt worden wäre, doch die geſchickte Taktik gehabt haben, darauf nicht zurückzukommen, und würde den Reichskanzler nicht in die Lage geſetzt haben, noch einmal in dieſelbe Kerbe die Axt einzuſetzen.

Wäre ſelbſt ſeine Behauptung richtig, daß im Jahre 1884 mit einemmale alles anders geworden ſei, ſo muß ich dagegen anführen: wenn ein ganz konſtanter, regelmäßiger Fortſchritt fünf Jahre hindurch ſtattgefunden hat unter der Wirkung desſelben Zollgeſetzes, und dann mit einemmale für das Jahr 1884 wirklich die unerwieſene Behauptung des Herrn Abg. Rickert ausnahmsweiſe richtig wäre, ſo könnte das nur die Folge ganz beſonderer einmaliger Zufälle, gewiſſermaßen ein Extraordinarium, ſein, aber niemals die Wirkung des Zolles, welcher hinter einander 5 fette Jahre gemacht hat. Wie ſollte die günſtige Wirkung desſelben nach Verlauf von 5 Jahren plötzlich in das Gegenteil umſchlagen?

Daß Herr Rickert die Zuckerkalamität auf die Zollgeſetzgebung ſchiebt, — ja die iſt überall gleich. Hat denn Danzig in Zucker beſonders mehr gelitten wie Magdeburg? Das wüßte ich nicht. Ebenſo iſt es bei der Rhederei mit den Folgen des allgemeinen Übergangs vom Segelſchiff auf Dampfſchiff, auf den ich vorgeſtern ſchon aufmerkſam machte, — die ſchiebt er auch den unſchuldigen Zollgeſetzen in die Schuhe.

Der Herr Abgeordnete hat geſagt, wir ſollten doch lieber die Landwirtſchaft in Notſtand erklären, ſo wie einzelne Provinzen, denen früher geholfen iſt. Einmal möchte das eine recht ſchwierige Aufgabe ſein für die Minorität, einer im Notſtande befindlichen Majorität durch extraordinäre Staatsmittel auszuhelfen, dann aber wollen wir ja gerade dieſen Notſtand verhüten; ein Notſtand von 25 oder 27 Millionen Einwohnern unter 45 iſt eine Kalamität; meine Herren, eine Regierung, die es dazu mit offenen Augen kommen läßt, während ſie vielleicht die Möglichkeit gehabt hat zu helfen, die verdient viel Tadel; wir werden es ganz beſtimmt nicht dazu kommen laſſen, wir bauen zur rechten Zeit vor.

Der Herr Abgeordnete hat ferner behauptet, in den Schiffsliſten, die ich hier angeführt habe, wären auch die Schiffe in Ballaſt und die Nothafen ſuchenden aufgeführt. Das iſt aber in allen 30 Jahren der Fall, die hier vorhanden ſind, das wird immer derſelbe Prozentſatz geweſen ſein; ich beſtreite, daß die Zahl geſtiegen iſt. Wenn der Herr Abg. Rickert behauptet, die Zahl der Schiffe in Ballaſt ſei geſtiegen, dann bin ich des Beweiſes gewärtig; aber mir einfach darin zu widerſprechen oder von der Tribüne herunter zu behaupten, das iſt ſo, dazu iſt der Herr Abg. Rickert nach den Angaben, die er uns vorher

gemacht hat und nach dem Widerſpruch, in dem ſie mit den amtlichen Liſten ſtehen, für mich keine ausreichende Autorität mehr, und ich fürchte, der Majorität des Reichstags auch nicht.

Der Herr Abg. Rickert iſt über die Zuſtände des Handels in Danzig in großem Irrtum geweſen, er beharrt bei dieſem Irrtum trotz amtlicher Widerlegung; wir müſſen ihn dabei belaſſen und uns darüber tröſten.

Rede über die engliſche Politik in Ägypten.

Gehalten am 13. März 1885.

Der Herr Redner hat in der Hauptſache nicht gerade gegen unſere Vorlage, die Dampferſubvention, ſondern gegen die Kolonialpolitik im allgemeinen geſprochen. Er nötigt mich deshalb auch, mehr, als in meiner Abſicht war, von der Vorlage und deren Thema abzuweichen und auf die von ihm in den Vordergrund geſtellte Kolonialfrage einzugehen. Daß beides im engen Zuſammenhang ſteht, habe ich ſchon im vorigen Jahre geſagt in der Budgetkommiſſion, indem ich darauf hinwies, daß die Ablehnung dieſer Vorlage eine Entmutigung für die Regierung auf dem Wege der Kolonialpolitik notwendig ſein müſſe.

Der Herr Vorredner hat dieſe Entmutigung uns ſehr viel direkter zu teil werden laſſen. Er hat nicht nötig, noch gegen dieſe Vorlage zu ſtimmen; er hat uns durch ſeine Rede an und für ſich ſchon zu verſtehen gegeben, daß er mit der Kolonialpolitik des Deutſchen Reiches nicht einverſtanden iſt. Er hat zwar damit begonnen, daß er und ſeine politiſchen Freunde im allgemeinen für Kolonialpolitik geſtimmt wären, vielleicht in Berückſichtigung des lebhaften Intereſſes, das ſich in unſerer öffentlichen Meinung und auch bei den Wählern dafür geltend macht. Er hat dann aber zu dem gewöhnlichen Mittel gegriffen, Vorlagen der Regierung abzulehnen, die man im Prinzip nicht bekämpfen mag, indem er ſie angebrachtermaßen ablehnte. Er ſagt: ja, Kolonieen wollen wir wohl, aber gerade dieſe nicht, und dann hat er gegen ſie Motive angeführt, die in bezug auf dieſe Kolonieen gerade am allerwenigſten zutreffen. Ich werde darauf nachher zurückkommen.

Einſtweilen nehme ich davon Akt, daß der Herr Vorredner die Verbindung der heutigen Vorlage mit der Kolonialpolitik ſeinerſeits auf das ſchärfſte, viel ſchärfer als ich accentuiert hat. Ich möchte aber bitten, unter der Abneigung gegen die Kolonialpolitik doch dieſe Vorlage nicht unbedingt leiden zu laſſen. Der Herr Vorredner hat ſo geſprochen, als wenn wir gar keine Dampferverbindung mit den öſtlichen Meeren brauchten, wenn wir nicht dieſe Kolonieen in Beſitz genommen hätten oder zu nehmen beabſichtigten, daß ohne Kolonialpolitik keine Dampferſubvention nötig wäre. Meine Poſition iſt umgekehrt. Ich ſage: ohne Dampferſubvention habe ich keine Ausſicht auf Kolonialpolitik. Der Herr Vorredner hat das umgedreht und hat ſo geſprochen, als wenn das Bedürfnis der Dampferſubvention erſt durch die Kolonialpolitik entſtanden wäre. Ich mache den Herrn Vorredner darauf aufmerkſam, daß die wichtigſte der Linien, die, wie es ſcheint, auch er und ſeine Freunde bewilligen wollen, die nach Oſtaſien, mit unſerer Kolonialpolitik in gar keiner Verbindung ſteht. Seine ganze Rede ſchwebt alſo in bezug auf dieſe Hauptlinie der heutigen Vorlage vollſtändig in der Luft. Auch die Linie nach Auſtralien, die ſchon mehr Beifall hat als die afrikaniſche Linie, als die Kolonialllinien, aber mehr Anfechtungen als die von Oſtaſien, hat mit den beſtehenden Kolonieen einſtweilen noch keine Beziehung. In Samoa haben wir keine Kolonieen, ſondern nur Handelsverbindungen. Der Herr Vorredner wird mir alſo zugeben, daß ſeine Rede an dem Ziele, das er im Auge hatte, weit vorbeigeſchoſſen und dasſelbe gar nicht getroffen hat. Er hat lediglich gegen die Kolonialpolitik geſprochen, aber in einer Weiſe, die zur Ablehnung der uns heute beſchäftigenden Vorlage nicht um eines Strohhalms Breite Material geliefert hat. Unſere Kolonialpolitik hat mit der Linie nach Oſtaſien nicht entfernt etwas zu thun; mit der nach Samoa auch nicht, mit der nach Neuholland auch nicht.

Nun, die afrikaniſche Linie, hat nicht viel Chancen, und, meine Herren, wenn Sie dieſe Linie ablehnen, und wenn Sie auch noch eine und die andere ablehnen, ſo iſt dies ein Fall, in dem wir von ſeiten der Regierung durchaus nicht berechtigt ſind zu ſagen: ganz oder gar nicht! Wir ſind in der Verpflichtung, auch kümmerliche Abſchlagszahlungen auf dieſem Gebiete, auf dem wir für die öffentliche Wohlfahrt gegen parlamentariſche Oppoſition zu kämpfen haben, zu acceptieren, wir dürfen ſie nicht ablehnen. Alſo wenn Sie uns nur eine Linie bewilligen,

ſo werden wir ſie dankbar annehmen. Wenn Sie uns zwei Linien bewilligen, ſo glauben wir, daß die öffentliche Wohlfahrt noch mehr Grund hat, ſich bei den Abgeordneten zu bedanken. Aber die Ablehnung einer von den vier Linien oder mehrerer iſt nicht für dieſes Geſetz, wie man ſagt, eine Kabinettsfrage. Wir müſſen eben nehmen was wir bekommen. Ich ſagte ſchon geſtern, daß dieſe Einrichtung ja nicht vollſtändig fertig ins Leben ſpringen und nach allen Seiten jeder Kritik gerecht werden könnte, ſondern immer durch die Erfahrung korrigiert, richtig geſtellt und vervollſtändigt werden müſſe. Wenn Sie uns eine von dieſen Linien bewilligen, ſo, glaube ich, werden die Erfahrungen, welche auf dieſer Linie geſammelt werden, ſehr bald das Bedürfnis, daß auf dieſem Wege unſerem Export und unſerer Schiffahrt noch weiter geholfen werde, klarer als bisher zur Erkenntnis aller bringen. Sie werden dann, hoffe ich, ſelbſt einſehen, daß wir auf dem richtigen Wege waren, und werden dann uns ſelbſt zureden, auf dieſem Wege weiter zu gehen. Wir verlangen ja nicht, daß Sie gegen Ihre Überzeugung uns irgend etwas bewilligen ſollen. Haben Sie die Überzeugung noch nicht, teilen Sie die der Regierung noch nicht bezüglich deſſen, was unſerem wirtſchaftlichen Verkehr und unſerer Entwicklung im Handel und Schiffahrt über See nützlich iſt, teilen Sie dieſe Überzeugung noch nicht, nun natürlich, dann werden Sie ablehnen und werden gegen uns ſtimmen. Ich ſchmeichle mir nicht, daß wir Sie zu alledem, was wir wünſchen, heute werden überreden können; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Umſtände, die Geſchichte, die nationale Entwicklung Sie übers Jahr im Reichstag werden weiter gebracht haben.

Alſo ich werde darum jede Teilzahlung, die Sie uns bewilligen, als einen Schritt vorwärts auf dieſem Wege betrachten; aber damit Sie dabei doch nicht zu ängſtlich werden, ſo möchte ich verſuchen, einige der Bedenken, die der Herr Vorredner gerade gegen dieſe Kolonieen als beſonders ſchlimme und übel gewählte geltend gemacht hat, zu widerlegen.

Dem Herrn Vorredner ſchienen als Kolonieen vorzugsweiſe ſolche Länder vorzuſchweben, nach denen hin der Deutſche aus allen Ständen auswandert, namentlich ſchien ihm derjenige Deutſche dazu prädeſtiniert, der im Vaterlande ſein Fortkommen nicht gefunden hat: er deutete an, daß auch der Auswurf der Nation dahin gehen werde, — wo dieſe in Maſſe ſich etablieren könnten und in ihrem Geſchick in ihren Nebenmenſchen nach-

ſichtigere Richter finden würden, als ſie zu Hauſe gefunden haben. Das paßt auf keine der bisherigen Kolonieen; die bedeutendſten und zukunftreichſten derſelben liegen unter dem Äquator oder faſt unmittelbar am Äquator; auch ſchon Angra Pequena, die ich hier ausnehme, liegt in einem ſehr heißen Klima und iſt eine Kolonie, die erſt Wert bekommen kann, wenn ſich die nach dem Urteil Sachkundiger begründete Hoffnung beſtätigt, daß ſich dort eine Montaninduſtrie entwickeln wird. Hauptſächlich ſind die Hoffnungen auf Kupfer gerichtet. Ob von dem Herrn Vorredner eine beſondere Konkurrenz mit unſeren Kupferwerken im Lande befürchtet wird, das laſſe ich dahingeſtellt ſein, das iſt eine Nebenſache; aber auf die anderen Kolonieen paſſen weder die Argumente des Herrn Vorredners in bezug auf die mangelnden Konſumenten dort, noch in bezug auf den von dort zu befürchtenden konkurrierenden Import nach Deutſchland. Die Bevölkerungen dieſer Kolonie ſelbſt werden keine Konſumenten ſein, welche deutſche Erzeugniſſe in ſehr umfangreichem Maße verbrauchen; die dort etablierten kaufmänniſchen Filialen — mir fällt die richtige Bezeichnung nicht ein — ſind eben die Spediteure des diesſeitigen Handels für die Vermittelung des deutſchen Abſatzes nach dem Innern von Afrika. Daß er ſich bloß auf Branntwein beſchränken wird, wie der Herr Vorredner ſich ausdrückte, iſt mir neu. Wenn die Engländer auf ihre dortigen Kolonieen einen ſo ſtarken Wert legen, wenn ſie — nicht die Regierung, aber viele von ihren Unterthanen — uns das Leben dort ſo ſchwer gemacht haben, wenn ſie mit großer Zähigkeit an den Stellungen, die ſie dort gewonnen haben, feſthalten und ſich mit einer nachahmenswerten Energie auszudehnen und zu verbreitern ſuchen, — ſollte das ein bloßes Phantaſiegebilde von den Engländern ſein, ſollte es nur auf irgend eine phantaſtiſche Schützenfeſtlaune hinauslaufen? Sollten da nicht ſolide engliſche Intereſſen dahinterſtecken, die Hoffnung, engliſche Manufakte in großer Maſſe durch ihre Faktoreien an der Küſte und nach dem Innern von Afrika an die hunderte von Millionen abzuſetzen, die dieſe Länder bewohnen, und die allmälig an einen größeren Verbrauch von europäiſchen Waren ſich gewöhnen? Sie ſpotten über das bunte Papier, von dem hier die Rede geweſen iſt, aber von der Fabrikation dieſes bunten Papiers leben in unſern Gebirgsdörfern eine rechte Maſſe achtbarer Arbeiter, über deren Bedürfniſſe Sie doch ſonſt, bei den Wahlen, zu lachen nicht ſo ſehr geneigt ſind. Ich möchte den Herren, die heute darüber

ſpotten, empfehlen, in den thüringiſchen und anderen Dörfern, wo dieſes bunte Papier und Glasperlen gemacht werden, die höhniſchen Bemerkungen darüber zu wiederholen, die ſie hier gemacht haben, dann werden ſie wohl die richtige Antwort darauf bekommen. Aber es beſchränkt ſich nicht auf dieſe Kleinigkeiten, Zieraten und Schmuckſachen. Der Abg. Woermann hat ſchriftlich und mündlich uns Verzeichniſſe geliefert von den Hunderten von Artikeln, die die deutſche Induſtrie nach jenen Gegenden hin liefert, und wenn nicht jeder hier bloß für ſeine Fraktion und ſeinen Wahlkreis zu ſprechen und zu hören gewohnt wäre, ſo würde dieſe ſehr lehrreiche Darlegung des Abg. Woermann die Herren abgehalten haben von Spöttereien über die Unbedeutendheit der Ausfuhr. Selbſt die Portugieſen — warum halten ſie denn ihre Kolonieen ſo feſt und ſind eiferſüchtig auf jedes Stückchen davon? Und den Engländern mögen Sie vorwerfen, was Sie wollen, aber dumm in Handesſachen ſind ſie nicht; man läuft Gefahr, ſelbſt dem Vorwurf zu verfallen, wenn man ihn den Engländern macht.

Ich halte für die ausſichtsreichſten Kolonieen diejenigen, die hier als „Gründungen“ qualifiziert werden, weil die Namen Hanſemann, Bleichröder darunter ſtehen, die in Neu-Guinea ſehr geachtet ſind. Nach allem, was ich von dort gehört habe, giebt es große fruchtbare und der Kultur leicht zugängliche Gegenden, die jetzt mit ſteppenartigem, mannshohem Graſe bewachſen ſind, unter dem Äquator liegen, ſich alſo für Kultur von Kaffee, Baumwolle und dergleichen tropiſchen Produkten vorzüglich eignen.

Nun ſagt der Herr Vorredner: Das kommt doch nur einigen reichen Geſchäftshäuſern zu gute, die ohnehin reich genug ſind. Ja, meine Herren, dieſe reichen Kaufleute ſind doch ſozuſagen auch Menſchen, ja ſogar Deutſche, die auf unſeren Schutz für ihren Reichtum und nach Maßgabe ihrer Unternehmungen denſelben Anſpruch haben, den der reiche Engländer von ſeiner Regierung beanſprucht. Wenn es in England nicht eine erheblich größere Anzahl Millionäre gäbe als bei uns, ſo würde es dort auch nicht einen erheblich reicheren Mittelſtand geben als bei uns. Das hängt eng zuſammen. Schaffen Sie uns nur viele! Wir haben jetzt wenig reiche Häuſer, das iſt wahr; aber ich hoffe, wünſche und ſtrebe auf jede Weiſe, durch die es zu erreichen iſt, daß wir mehr ſolche reichen Häuſer ins Land bekommen.

Sie erinnern oft an altpreußiſche Maximen; die Herren

namentlich, die die altpreußiſche Zollgeſchichte gar nicht kennen, haben mir die wunderlichſten Belehrungen darüber erteilt. Aber ich erinnere Sie daran, wie viel Friedrich dem Großen, wie viel Friedrich Wilhelm I., dem großen Hausvater ſeines Landes, daran lag, reiche Leute ins Land zu ziehen, im Lande zu erhalten, reiche Leute zu machen. Ich wollte, wir könnten ſofort ein paar hundert Millionäre im Lande mehr ſchaffen; ſie würden ihr Geld im Lande ausgeben, und dieſe Ausgaben würden befruchtend auf den Arbeitsverkehr wirken nach allen Seiten hin. Die Leute können ja doch ihr Geld nicht ſelbſt eſſen, ſondern ſie müſſen die Zinſen davon an andere wieder ausgeben; alſo freuen Sie ſich doch, wenn Leute bei uns reich werden: da fällt immer für die Geſamtheit etwas ab und nicht bloß für den Steuerfiskus.

So kleinliche Auffaſſungen, wie der Herr Vorredner in der Beziehung uns zumutet, muß ich von den Regierungen weit fortweiſen. Wir wirtſchaften und ſtreben für die Hebung des wirtſchaftlichen Geſamtvermögens der deutſchen Nation; dazu gehören die reichen Leute ſo gut wie die armen; und wenn wir dabei zugleich eine Verbeſſerung des fiskaliſchen Einkommens des Deutſchen Reiches erreichen, dann freuen Sie ſich mit uns, dann werden Sie weniger Mühe haben mit den Ihnen ſo unbequemen Bewilligungen von Mitteln.

Die Kolonieen, wie Kuba, wie Portoriko, wie die weſtindiſchen und alle die äquatorialen Kolonien, ſind vom Mutterlande ſtets in ihrem Geldwert ſehr hoch geſchätzt. Deshalb iſt dahin aber noch keine große Auswanderung gegangen; man hat nicht darauf gerechnet, daß dort Weizen oder Wolle produziert werde, welche nachher zum Schrecken des Herrn Vorredners zollfrei bei uns eingelaſſen werden ſollten; ſondern es ſind eben tropiſche Produkte, die bei uns nicht wachſen. Das iſt gerade die Hauptſache, dort Plantagen anzulegen, Deutſche des gebildeten und halbgebildeten Standes auf dieſen Plantagen zu beſchäftigen. Wer wie ich in der Nähe von Hamburg wohnt, der weiß, daß unter den gebildeten Hamburger Familien kaum eine iſt, die nicht ein Mitglied zählte, welches einmal über See, „drüben“, geweſen iſt, wie ſie ſagen, und dort den beſten Teil ſeiner Jugend zugebracht, dort Vermögen erworben hat und wiedergekommen iſt. Das iſt dort auf fremdem Gebiet erworben. Nehmen Sie an, wenn ein Teil der Baumwolle, des Kaffees, den wir bei uns importieren, auf deutſchem Grund und Boden über See wüchſe,

wäre denn das nicht eine Vermehrung des deutſchen Nationalreichtums? Wir kaufen jetzt die ſämtliche Baumwolle von Amerika und ſind auf ein gewiſſes Monopol der Amerikaner angewieſen, weil die indiſche und ägyptiſche Baumwolle nicht in der Vollkommenheit bearbeitet und vorbereitet wird, daß ſie ſofort leicht in Verbrauch zu nehmen iſt, wie die amerikaniſche. Wenn wir dem gegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden, wie Neu-Guinea, wie Kamerun, wie die afrikaniſchen äquatorialen Gegenden, Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, ſondern von deutſchen überſeeiſchen Beſitzern kaufen würden, — ſo wäre das ein Vorteil für unſer Nationalvermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Kopra und alle ſolche äquatoriale Produkte ausgeben, rein à fonds perdu herausgeht aus unſerem Vermögen. Ich kann mir doch nicht denken, daß dieſe Vorteile dem Herrn Vorredner ſo ganz entgangen ſein ſollten, daß er nicht darüber nachgedacht hat, was denn eigentlich andere Nationen davon haben, daß ſie an ihren Kolonieen feſthalten.

Er hat auf die Schwierigkeiten der Franzoſen in Hinterindien hingewieſen. Ja, die liefern mir doch nur den Beweis, daß eine kluge und richtig rechnende Nation, wie die Franzoſen, auf den Beſitz ſolcher Kolonieen einen außerordentlich hohen Wert legt und Opfer, die wir niemand zumuten, nicht ſcheut, um ſolche Kolonieen zu erwerben. Ich bin auch weit entfernt, der franzöſiſchen Politik auf dieſem Pfade zu folgen, wir folgen überhaupt keinem fremden Beiſpiele, ſondern wir folgen unſeren Kaufleuten mit unſerem Schutz. Das iſt das Prinzip, das wir von hauſe aus beobachtet haben, und woran Sie uns irre machen können, wenn Sie uns die Mittel dazu nicht bewilligen. Aber dann, meine Herren, wiederhole ich immer, muß ich auch fordern, daß Sie vor dem Volke die Thatſache klar ſtellen, daß nicht die Regierungen es ſind, die Mittel nicht hergeben wollen für dieſen Schutz, ſondern daß die Abgeordneten des Volkes es ſind, die die Mittel dazu verweigert haben. Die Klarheit darf ich verlangen. Sie dürfen nicht die Thatſache, daß Sie uns die Mittel dazu verweigern, bedecken, bemänteln durch allerhand andere Gründe: wir würden ſie bewilligen, wenn das nicht wäre, wenn die Herren in der Kommiſſion kulanter geweſen wären, wenn wir dies und jenes gewußt hätten, dann würden wir vielleicht haben — damit kommen Sie nicht durch. Wir werden jedes

Mittel anwenden, um Sie dahin zu bringen, das Sie carte sur table ſpielen und Farbe bekennen müſſen vor Ihren Wählern und dem Publikum, ob Sie Kolonialpolitik wollen, oder nicht wollen, ob Sie Kolonieen wollen oder nicht wollen. Wir werden von Ihnen das Frageſtellen lernen, wie es in der Kommiſſion geſchehen iſt, und wir werden Sie mit Vorlagen und Fragen ſo in die Enge treiben, daß Sie Farbe bekennen müſſen.

Ich habe über die Qualität unſerer Kolonieen geſprochen und, glaube ich, die Bedenken des Herrn Vorredners bezüglich der Gefahren, die von ihnen drohen, widerlegt und ausgeführt, daß ſie diejenigen Anſprüche, die der Herr Vorredner an die Kolonieen zu machen ſchien, zu realiſieren überhaupt nicht beſtimmt ſind. Nach meiner Überzeugung iſt, wie geſagt, auf die tropiſchen Kolonieen hauptſächlich Wert zu legen; auf Angra Pequena inſoweit, als die Unterſuchungen, die über den dortigen Metallreichtum angeſtellt waren, ein Reſultat liefern; nach allem, was wir hören, iſt das des Verſuches immer wert, und doch macht es Ihnen eine gewiſſe Freude, wenn Sie recht geringſchätzig von dieſer Sandbüchſe ſprechen können. Sie ſollten, glaube ich, lieber mit uns die Hoffnung teilen, daß die deutſchen Bergleute einmal dort ihren lohnenden Erwerb werden finden können, und uns die Hand dazu bieten, zu ermitteln, ob das nicht der Fall ſein könnte. Die Kamerunkolonie ſind wir in der Hoffnung zu konſolidieren durch Verhandlungen, die zwiſchen uns und der engliſchen Regierung ſchweben, und die bisher einen erfreulichen Fortgang nehmen über gewiſſe Austauſche und gegenſeitige Anerkenntniſſe; ebenſo glaube ich, daß wir über die Abgrenzung unſeres Gebietes auf Neu-Guinea mit England zu einer Einigung gelangt ſind.

Schließlich möchte ich auf eine Äußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang ſeiner Rede that. Ich habe mir neulich geſtattet, eine Analogie aus der altgermaniſchen Mythologie zu zitieren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling“ gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu ſein wünſchte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte, aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologiſche Anſpielungen weit auszuſpinnen. Es war nur etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, dieſe Analogie unſerer deutſchen Geſchichte mit unſerer deutſchen Götterſage. Ich habe

unter dem Begriff „Völkerfrühling“ mehr verſtanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffaſſung — ich will nicht ſagen, ſo niedrig — aber ſo kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutſchen geblüht hat, die ganze Zeit verſtanden, in der ſich — ich kann wohl ſagen — Gottes Segen über Deutſchlands Politik ſeit 1866 ausgeſchüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der zur Löſung eines verſchürzten gordiſchen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überſtanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeiſterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden ſo groß, daß die Überzeugung, daß dieſe — ich möchte ſagen „chirurgiſche Operation“ zur Heilung der alten deutſchen Erbkrankheiten notwendig war; — ſobald ſie ſich Bahn brach, war auch der Groll vergeſſen, und wir konnten ſchon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieſes Bürgerkrieges nicht geſtört war, und daß wir alle als „ein einig Volk von Brüdern“ den Angriffen des Auslandes entgegen treten konnten.

Das ſchwebte mir als „Völkerfrühling“ vor, daß wir darauf die alten deutſchen Grenzländer wieder gewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutſchen Reichstag um uns verſammelt ſahen, den Deutſchen Kaiſer wieder erſtehen ſahen, das alles ſchwebte mir als „Völkerfrühling“ vor, nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Epiſode bildet im Rückgange, den wir ſeitdem gemacht haben. Dieſer Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach den großen Siegen vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardenſegen ſchon erſtickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kamen, was ich unter dem Begriff „Loki“ verſtand. Der alte deutſche Erbfeind des Parteihaders, der in dynaſtiſchen und in konfeſſionellen, in Stammesverſchiedenheiten und in den Fraktionskämpfen ſeine Nahrung findet — der übertrug ſich auf unſer öffentliches Leben, auf unſere Parlamente, und wir ſind angekommen in einem Zuſtand unſeres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zuſammenhalten, im Deutſchen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin geſucht und gehofft hatte, nicht zu finden iſt, ſondern der Parteigeiſt überwuchert uns, und der Parteigeiſt, wenn der mit ſeiner Lokiſtimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite

der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erſchlage, der iſt es, den ich anklage vor Gott und der Geſchichte, wenn das ganze herrliche Werk unſerer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät, durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geſchaffen wurde. (Lebhaftes Bravo! rechts. Ziſchen links. Erneuter lebhafter Beifall rechts. — Beifallklatſchen auf den Tribünen. — Glocke des Präſidenten.)

Rede zur Dampfer-Subvention.

Gehalten am 14. März 1885.

(Nach dem Abg. Richter.)

Ich war vollſtändig darauf gefaßt, daß der Abgeordnete den „Hödur“ geſchimpften Urwähler mir vorführen würde. Er hat ſofort die Seinigen ausgenommen; ich kann ihm aber darauf erwidern, daß ich nur die fortſchrittlichen Urwähler gemeint habe. Das ſind gerade diejenigen, die vorzugsweiſe getäuſcht ſind von den Rednern und von der Preſſe über das, was ſie thaten. „Hödur“ wußte eben auch nicht, was er that, und die Wähler, die Sie gewählt haben, haben wahrhaftig in der Mehrheit auch nicht gewußt, was ſie thaten. Der Herr Abgeordnete hat ſich ferner an meinen Schlußworten geſtoßen, daß die Feder verdürbe, was das Schwert gewonnen hätte. Er iſt dabei ſofort wieder auf altpreußiſche Quellen zurückgegangen und hat das Wort Blücher in den Mund gelegt. Ich glaube nicht, daß es von Blücher ſtammt, ich glaube, es ſtammt von Gneiſenau. Aber das iſt einerlei: Blücher nannte ja Gneiſenau ſeinen Kopf; das hat aber mit meiner Zitation gar nichts zu thun. Wenn damals die Federfuchſer, die ich in den Geſamtbegriff „Loki“ zuſammenfaſſe, Diplomaten waren, ſo ſitzen die Herren heute wo anders und ich hätte vielleicht heute nicht von der Feder ſprechen ſollen, ſondern von der Rede, der Agitation, der Preſſe, der ganzen Täuſchung dem unglücklichen Urwähler gegenüber; denn er erfährt ja kaum, wo ſeine Abgeordneten hier hinauswollen. Wo ſoll er das erfahren? Die Preſſe giebt es ihm

nicht. Der einzelne Abgeordnete, wenn er einmal Rechenſchaft giebt, ſagt wohl, was für ausgezeichnete Dinge er gethan hat, aber was den Urwähler kränken könnte in ſeiner Thätigkeit, weiß er ſorgfältig zu verſchweigen und zu bemänteln. Wir haben ja hier volle Öffentlichkeit, aber trotz der Öffentlichkeit weiß der Urwähler blutwenig; er erfährt es nicht, was die Herren hier thun. Wenn die Urwähler, die nicht im Intereſſe des Abgeordnetenkaukus ſind, mit Aufmerkſamkeit hier zuhörten und Glauben fänden bei ihren Mitwählern, dann würde die Wahrheit ſich bald einen breiteren Weg ſchaffen, als bisher, und wir würden weniger Abgeordnete von der Farbe ſehr bald hier haben. Wenn man dem Herrn Abgeordneten (Richter) glauben ſollte, dann bliebe mir, um den Beifall — oder ich will ſagen, die Anerkennung meiner Mitbürger zu verdienen, eigentlich nichts anderes übrig als zu ſagen: ich habe mich in meinem ganzen Leben geirrt; die einſichtigſten und gewiſſenhafteſten patriotiſchen Politiker waren ja von Anfang an die Herren vom Fortſchritt; die allein wußten, was dem Vaterlande frommte. Ich muß geſtehen — wie heißt es: laudabiliter me subjicio — ich bin entſchloſſen, in Zukunft die fortſchrittlichen Blätter zu bewundern und mich der abſoluten Diktatur des Chefs derſelben, des Abg. Richter, in allen politiſchen Fragen zu fügen. Dann glaube, dann hoffe ich doch, würden Sie anerkennen, daß ich endlich Ihrer beſſeren Überzeugung meine ſchlechtere geopfert habe; aber — ich will es mir noch etwas überlegen.

Wie der Herr Abgeordnete über nationale Dinge denkt, das kam in einer Weiſe heraus, über die ich — weil ſie mir ein ſo klares Schlaglicht auf ſeine Denkungsweiſe wirft — eine gewiſſe Befriedigung nicht unterdrücken konnte. Er ſagte: je öfter die nationale Frage aufgeworfen wird —. Ja, für den Herrn Vorredner iſt alſo unſere nationale Sache eine Sache, die wohl gelegentlich mal aufgeworfen und dann beſprochen wird; dann fängt man an, ſich ſeiner Nationalität zu erinnern, und dann wird man national. Für mich, meine Herren, iſt es eine Frage, die an jedem Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen entgegentritt, die mir den Schlaf, die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das bischen Atem zu ſetzen, das mir noch übrig bleibt. Das iſt eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande, die ſich bei dem

Herrn Abg. Richter ab und zu einzustellen pflegt; sie stößt ihm ab und zu auf, und dann geht er darauf ein.

Alle diese Herren (Rintelen, Windthorst und Richter) sprachen hier in der Dampfersubventionsvorlage hauptsächlich gegen Kolonialpolitik, gegen die Brauchbarkeit unserer Kolonieen, gegen unseren Beruf für Kolonieen; als wenn wir überhaupt in einer Debatte über die Gründung von Kolonieen ständen. Die Dampfschiffahrt ist ein großes Unternehmen an sich, aber in keiner Weise motiviert durch unsere kolonialen Bestrebungen. Ich habe schon gestern gesagt, daß es gerade umgekehrt der Fall ist; die Dampfersubventionen ebensogut wie unsere Kolonialbestrebungen sind Hilfsmittel für die Entwicklung der deutschen Schiffahrt und des deutschen Exports; und die Erwerbung und Anlage von Kolonieen ist ja auch nichts weiter als ein weiteres Hilfsmittel zur Entwicklung der deutschen Rhederei, der deutschen Schiffahrt, des deutschen wirtschaftlichen Lebens. Sie thun aber hier, als wenn die Kolonieen, unsere kleinen Kolonialanfänge, die alleinige Unterlage dieser großartigen Vorlagen für Dampfersubventionen seien. Unsere Dampfervorlage ist ja von den Kolonieen in der Hauptsache ganz unabhängig, nur die an vierter Stelle stehende, die afrikanische hat Beziehung zu unseren auswärtigen Kolonieen, und es scheint ja in der Majorität bereits vollständiges Einverständnis darüber vorhanden zu sein, daß wir die auf keinen Fall bekommen. Nun, dann scheidet also die Kolonialfrage bei der Frage der Dampfersubvention vollständig aus. Ich habe früher gesagt, daß ich für die Kolonialfrage entmutigt sein würde, wenn die Herren die Dampfersubvention a limine ablehnten. Das ist ganz richtig, denn die Dampfersubvention ist das Näherliegende, die Gründung neuer Kolonieen das erst entfernt liegende. Wenn in unserer öffentlichen Meinung für überseeischen Handel und Schiffahrt so wenig Interesse besteht, daß nicht einmal die gegenwärtigen Verbindungen mit Indien, mit Australien und mit den Südseeinseln gefördert werden sollen, dann kann ich noch viel weniger darauf rechnen, daß in neu auf wüstem Gebiet zu gründenden Kolonieen etwas Gedeihliches mit allgemeiner Zustimmung geschaffen werden kann. Ich mache hier nur aufmerksam auf die eigentümliche Taktik und zwar auch das Publikum draußen, daß es sich nicht dadurch irreleiten lasse, als hätte die Dampfersubvention gar keine andere Bestimmung, als etwa die Verbindung mit Angra Pequena oder mit Kamerun oder mit Neu-Guinea aufrecht zu erhalten. Das sind ja alles

erſt — ich will nicht ſagen: Zukunftsmuſik, aber Hoffnungen der Zukunft, auf die wir jetzt allerdings noch keine ergiebige Dampferverbindung baſieren können. Es handelt ſich hier aber nicht um die Kolonialfrage, ſondern es handelt ſich darum: ſoll unſere Handelsverbindung nach Oſtindien, nach Samoa, nach Neu-Holland durch Subſidien unterſtützt werden, eventuell auch die nach Afrika?

Der Abgeordnete Richter hat ferner ſeine Freude darüber ausgeſprochen, daß über die Kolonialfragen in England eine Verſtändigung eingeleitet — ich kann wohl ſagen angebahnt und wahrſcheinlich wäre. Ich kann ihm darauf nur ſagen, daß dieſe Verſtändigung vielleicht noch leichter geweſen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffaſſung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unſere Stellung England gegenüber einigermaßen ſchwächte. Die Engländer waren berechtigt zu glauben, daß die Äußerung des Herrn Abg. Windthorſt, daß, ſobald es ſich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ſtänden, doch auf den Herrn Abg. Richter und die Fortſchrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf eine Rede, die die Stellung der deutſchen Regierung in den Verhandlungen mit London notwendig ſchwächen mußte und geſchwächt hat. (Hört! hört! — Zurufe links.) Wir würden ſchneller und vielleicht beſſer zum Ziele gekommen ſein, wenn Herr Richter (Zurufe links) dieſe von mir ſehr geteilte wohlwollende Parteinahme für England .... (Wiederholte Zurufe links) — meine Herren, ſchreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme iſt ja ohnehin ſchwach, und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verſtehen; namentlich der Herr Abg. Richter iſt ja darin ſehr empfindlich. Alſo die Verſtändigung wäre mir leichter und vielleicht von beſſerer Tragweite geworden, wenn der Herr Abg. Richter ſeine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen teile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatiſch angemeſſene Moment, ſie zum Ausdruck zu bringen. — Ungern gehe ich noch auf einige Seiten der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorſt näher ein; aber der Herr Abgeordnete hat mit ſeinen Äußerungen in einer Weiſe in das auswärtige Gebiet eingegriffen, die ich doch nicht ſo unwiderſprochen laſſen kann, ohne zu Mißdeutungen Anlaß zu geben. Er hat gewarnt, daß wir Geld und Mannſchaften für die Kolonieen zu geben haben würden, und die Kolonieen uns dort in Verwicklungen führen könnten, die nicht gering zu ver-

anſchlagen ſeien. Nun, ich habe ſchon früher geſagt, daß dergleichen Konflikte ſich eben nicht in den Kolonieen ausfechten, ſondern in Europa, diplomatiſch oder auf einem andern Wege. Dies Argument iſt alſo ein hinfälliges, wenn auch ein öfter vorgebrachtes. Der Herr Abgeordnete Windthorſt hat ferner geſagt — und das iſt namentlich, was mich zu einer Erwiderung zwingt: „Als ich früher darauf hinwies, hat der Herr Reichskanzler mir gegenüber hervorgehoben, wie friedlich unſere Beziehungen namentlich zu England ſeien, und heute ſteht alles in hellen Flammen.“ Ich bin über dieſe Äußerung wahrhaft beſtürzt geweſen; ich habe weder Flammen noch Rauch wahrgenommen und weiß nicht, was der Herr Abgeordnete hat brennen ſehen. Ich glaube nicht, daß er irgend etwas ohne einen beſtimmten Zweck anführe; was für einen Zweck kann er nun haben, unſer Verhältnis zu England ſo darzuſtellen, wie es nach ſeiner Äußerung ſein müßte: es ſteht alles in hellen Flammen? Ich habe hier gerade die heutigen Zeitungsausſchnitte. Nun, welchen Eindruck hat die geſtrige Rede in London gemacht? Die „Times“ erblickt in der geſtrigen Reichstagsrede des Fürſten Bismarck ein Zeichen dafür, daß „das jüngſte Mißverſtändnis zwiſchen Deutſchland und England ſowohl in Berlin wie in London als beendigt betrachtet wäre; im Verein mit den Erklärungen des Miniſters Gladſtone werden ſich alle Spuren des jüngſten Mißverſtändniſſes ſicherlich verwiſchen“. Wie iſt es nur möglich, daß eine Rede, die jenſeits des Kanals einen ſo friedlichen Eindruck gemacht hat, hier bei einem Herrn Abgeordneten, der zehn Schritte von mir ſitzt, den Eindruck macht, als ſtände zwiſchen uns und England „alles vollſtändig in Flammen“? Das iſt mir vollſtändig unverſtändlich! Die Worte von Herrn Gladſtone, auf die hier Bezug genommen wird, und die ich gern wiederhole, betonen die Freundſchaft zwiſchen England und Deutſchland, an der der Herr Abgeordnete Windthorſt im Widerſpruch mit meiner früheren Zuſicherung hier Zweifel erhebt; ſie betonen ausdrücklich, was Deutſchland betreffe, ſo wünſche Herr Gladſtone, in ſeiner Zuneigung für dieſes Land hinter niemand zurückzuſtehen. Er ſagt: Würde Deutſchland eine koloniſierende Macht, ſo rufe er ihm Gottes Segen für ſeine Beſtrebungen zu, Deutſchland werde Englands Bundesfreund und Genoſſe ſein zum Segen der Menſchheit. „Ich — fährt er fort — begrüße ſeinen Eintritt in dieſe Thätigkeit und werde es erfreulich finden, daß es unſer Genoſſe in der Ver-

breitung des Lichts und der Zivilisation in weniger zivilisierten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werk unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermutigung finden, die in unserer Macht steht. — Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das Deutsche Reich übrig, als der Herr Abgeordnete Windthorst? Das kann ich mir doch nicht denken! Aber jedenfalls hat er mehr Verständnis für unsere Kolonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Äußerungen gezeigt hat.

Meine Herren! Es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, doch sicher ihre Bedenken! Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das ja in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen, ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens, die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich, — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewissermaßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch thatsächlich zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische

chauviniſtiſche Blätter, daß namentlich polniſche Blätter darauf ausgehen, und, ſo deutſch die welfiſche Fraktion ſein mag, ihr Ideal, die Herſtellung des Königreichs Hannover, zu dem ſie ſich offen bekennt bei allen ihren Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutſchland, Preußen, in einem unglücklichen Kriege der Ausſchlachtung, der fremden Willkür preisgegeben ſind. Es iſt alſo nicht ſo ganz obenhin zu nehmen, wenn angeſehene politiſche Perſönlichkeiten die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Windthorſt ſich über die Tragweite ſeiner Worte und Friedenszweifel getäuſcht hat; aber ich gebe ihm doch zu bedenken — ihm ſind ja dieſe Fraktionen, von denen ich ſpreche, in allen ihren Beſtrebungen noch durchſichtiger als mir — ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die ſich an unſeren Untergang, muß ich geradezu ſagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unſere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir ſie ſorgfältig pflegen, ſich als zweifelhaft darſtellen. — Der Herr Abgeordnete Windthorſt ſagt: „Wir ſtehen nicht vor einem Kriege, der geſunde Inſtinkt beider Nationen“ — — — ja, wenn der nicht alle Dummheiten der Diplomatie wieder gut machte, wie weit wären wir ſchon gekommen. Der Inſtinkt der Nation hat uns ja ſo herrlich weit gebracht, wie wir ſind. Alſo Herr Windthorſt ſagt: „Der Inſtinkt allein hat uns vor ſolchem Unglücke bewahrt, ich hoffe auch, daß wir bald wieder auf friedlichen Fuß gelangen werden mit anderen Nationen.“ — Meine Herren, wir ſind es und ſind nie davon heruntergekommen, wie ich wiederhole. Glauben Sie denn, daß ich meinen Sohn nach England geſchickt haben würde, um dort Händel zu ſuchen? (Heiterkeit. Abgeordneter Windthorſt: Um die Händel zu beſeitigen!) Zu dem Behufe würde ich ihn nicht einmal zu meinem verehrten Gegenüber ſchicken.

Der Herr Abgeordnete Windthorſt tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir ſind hier der Einigkeit wegen“. Nun, es iſt mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete deſſen verſichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt; ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verſchiedenheit unſerer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geſchädigt haben; ich glaube, ich habe es in einer ſehr ſchonenden und für niemand kränkenden Weiſe gethan, und der Herr Abgeordnete kann mir

daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können". Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegenteil. Wenn noch der 66er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde — oder Bruderkrieg, wie Sie wollen —; aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Österreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den 30jährigen Krieg, Sie haben den schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne feste Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwicklung. Aber daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866 — allerdings blutig — anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Kriege von 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark, da fing es an. Meine Herren! Ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn wir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Hrn. v. Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja heute schon mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr 1/4 Jahrhundert hinter uns. Das ist ja noch nicht so sehr lange, aber nichtsdestoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben; keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück

von einer erfreulichen Höhe, die wir erſtiegen haben, auf ein wüſtes Land und verſtehen kaum, wie wir in unſerer politiſchen Kindheit uns ſo über Lappalien haben ſtreiten können, die wir vergeſſen haben. Nun, meine Herren, ſollte es denn gar nicht möglich ſein, daß, wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, ſowie dieſer Bundestag einen Poſchinger gefunden hat, ein „Reichstags-Poſchinger“ einmal auf unſere jetzigen Fraktionsſtreitigkeiten zurückblickte, man doch auch den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß man in den 25 Jahren erheblich Fortſchritte zum beſſeren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die „Poſchingerleſer“ von 1912 mit demſelben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn ſie einmal zuſammengeſtellt wird, zurückblicken und ſagen werden: Nun, wir ſind doch beſſere Leute, als die damals lebten, — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen ſein wird. Was mich dazu ermutigt, das ſind die Zeichen an unſerer heranwachſenden Generation. (Sehr richtig! Bravo! rechts.)

In unſerer Jugend iſt ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffaſſung des politiſchen Lebens als in allen meinen Altersgenoſſen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteiſtempel notwendig hindurchgegangen ſind und den nicht von ihrer Haut abwaſchen können. Laſſen Sie uns mal erſt alle ſterben, dann ſollen Sie ſehen, wie Deutſchland in Flor kommen wird. Wir ſind augenblicklich das Hindernis ſeiner nationalen Entwicklung, nicht ich allein, wie der Herr Abg. Richter das annimmt, ich glaube ſogar, der Herr Abg. Richter in noch viel höherem Maße als ich, aber ich nehme mich nicht aus. Wir ſind alle noch viel zu ſehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieſer oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlſieg hier oder da, ob bei einer Abſtimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, — das meinige nicht ausgenommen; auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutſchen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt ſtudierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit ſtudiert hat, die unſer Kaiſer an

der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde.

Rede zum Septennat.

Gehalten am 11. Januar 1887.

Die verbündeten Regierungen haben durch ihre Vorlage der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Verteidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Diese Überzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urteil, durch das einstimmige Urteil aller militärischen Autoritäten in Deutschland, Autoritäten, deren Kompetenz in ganz Europa sonst anerkannt wird mit der alleinigen Ausnahme des deutschen Reichstags, wo dem militärischen Urteile dieser Autoritäten, die, ich wiederhole es, sich der Anerkennung Europas erfreuen, dasjenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger entgegengetreten ist. (Zuruf: Ah!) Meine Herren, ist das ein Irrtum, so müßten die Druckberichte, die ich zu Hause gelesen habe über Ihre Verhandlungen, doch unrichtig sein. Ich habe sie hier; aber ich will Ihre Zeit nicht weiter aufhalten durch Bezugnahme darauf. Es handelt sich hier vorwiegend um die militärische Vorlage. Ich kann nun in der That nicht glauben, daß die Herren, die ich eben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urteil in militärischen Fragen über das des Feldmarschalls Grafen Moltke, den wir hier sehen, über das eines kriegserfahrenen Kaisers, über das sämtlicher deutschen Generalstäbe und Kriegsministerien zu stellen. Es ist doch kaum möglich, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Zivilist der Meinung sein könnte. Ich bin also genötigt anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Vorlage noch andere Gründe haben, als die Zweifel an der Autorität des militärischen Urteils derjenigen Stellen, die ich namhaft gemacht habe. Ich fürchte, Sie setzen bei den

Regierungen andere Motive für deren Antrag voraus, als das ausschließliche Bedürfnis unserer defensiven Wehrkraft. Es sind ja in der Presse Äußerungen gefallen, als ob diese ganze Militärvorlage keinen Zweck weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld zu erheben. Das war der Fall in denselben entlegenen Teilen der Preßpolitik, wo die abenteuerlichsten, die kindischsten Gerüchte, wenn sie über Nacht ausgeschrieen werden, sofort Glauben finden. Es ist das ein so absurder Gedanke, daß wir mit einer Forderung von 20 bis 30 Millionen eine Grundlage für neue exorbitante Steuervorschläge gewinnen wollten, daß ich mich weiter gar nicht damit aufhalte. Was den moralischen Wert einer solchen Insinuation betrifft und ihre Bedeutung, so will ich doch nur darauf aufmerksam machen, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würde mit der anderen, wenn wir sagen würden, der Widerstand gegen unsere Vorlage sei eingegeben von dem Wunsche, daß Deutschland im nächsten Kriege nicht glücklich sein möge. Das steht ungefähr auf derselben moralischen Höhe wie ihre Verdächtigungen — nicht Ihre, sondern die Preßverdächtigungen gegen die Absichten der Regierungen. Jene andere Verdächtigung hat doch noch mehr Haltbarkeit, da sich nicht leugnen läßt, daß es viele Einwohner Deutschlands giebt, die das Deutsche Reich und seine Fortexistenz negieren. Ein glaublicheres Motiv, daß die Regierungen und namentlich die Vertreter des Kaisers ihre Pläne nicht eingestehen, könnte in der Richtung gesucht werden, daß eine Verstärkung des deutschen Heeres etwa gewollt werde aus denselben Gründen, aus denen mancher eroberungs- oder kriegslustige Monarch eine starke Armee erstrebt hat, nämlich in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es um bestimmte Zwecke durchzusetzen, sei es um irgend etwas zu erobern, sei es des Prestiges und des Bedürfnisses wegen, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, also z. B. die orientalische Frage von hier aus zu regulieren. Ich glaube aber, auch dies wird als vollständig unbegründet gefunden werden von dem, der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik des Kaisers bisher seit 16 Jahren gewesen ist. Es ist ja wahr, der Kaiser hat sich genötigt gesehen, zwei große Kriege zu führen; aber diese beiden Kriege waren ein uns überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte. Sie werden die Thatsache nicht bestreiten, daß der gordische Knoten, unter dessen Verschluß die nationalen Rechte der Deutschen lagen,

das Recht, als große Nation zu leben und zu atmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte — leider, und daß auch der französische Krieg nur eine Vervollständigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herstellung der deutschen Einheit, das nationale Leben der Deutschen, geschaffen und sichergestellt werden mußte. Also man kann daraus nicht auf kriegerische Gelüste schließen. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten, und außerdem, wenn das der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Thätigkeit — und ich sage das eben so gut nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstag — der kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren.

Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden — als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik, weil wir den Mut gehabt hatten, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen —, daß wir eine Lage geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von 4, 5, vielleicht 3 Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Es ist gelungen, wenn auch nicht ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit 16 Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Die Absicht und das Bedürfnis, dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866, und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Österreich wieder zu gewinnen, die wir vor 1866 nur scheinbar und buchstäblich hatten, die wir jetzt in der Wirklichkeit vollständig besitzen. Wir stehen mit Österreich in einem so sichern und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Es war die Aussöhnung mit Österreich aber nicht allein das Ziel, welches unsere Friedenspolitik erstrebt hat. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa, wenn sie auch manche verdrießliche Folgen für die öffentliche Meinung und andere Staaten gehabt haben mag, doch Europa über 30 Jahre lang den Frieden bewahrt hat, den Frieden in einer Epoche, in der die Quellen entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaftlichen Aufschwung, die gesamte wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung Europas befruchtet und befördert haben. Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in welchem die übelberufene heilige Alliance uns den Frieden erhalten hat. Es wird das jedermann unwiderleglich einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer heutigen wirtschaftlichen Lage von 1886 und zwischen dem Maße von Wohlhabenheit und ziviliſatorischer Entwicklung, das in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland 1816 herrschte. Der Unterschied ist ein so ungeheurer, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in einer gleichen Epoche stattgefunden hat. Der Fortschritt zum Günstigen, zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein gewaltiger gewesen. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wiederum eine Friedensepoche von derselben Länge, d. h. von mehr als 30 Jahren, herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig; vor allem aber brauchen wir dazu ein starkes Heer, ein Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicher zu stellen. In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen Dreikaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik. Wenn ich das so unbefangen ausspreche, so kann ich der Vorlage dadurch möglicherweise die Stimmen der polnischen Abgeordneten entfremden, die sonst ja doch ganz gewiß für die möglichste Stärkung der deutschen Macht gegen russische Angriffe stimmen würden, da sie bei einem russischen Siege nichts zu erwarten haben. Aber ich muß doch der Wahrheit die Ehre geben und sagen: alle die Gründe für die Vorlage, die man aus

unſeren Beziehungen zu Rußland entnommen hat, ſind nach meiner politiſchen Auffaſſung hinfällig. Wir leben mit Rußland in derſelben freundſchaftlichen Beziehung wie unter dem hochſeligen Kaiſer, und dieſe Beziehung wird unſererſeits auf keinen Fall geſtört werden. Was hätten wir denn für eine Intereſſe, Händel mit Rußland zu ſuchen? Ich fordere jeden heraus, mir eins nachzuweiſen. Die bloße Raufluſt kann uns doch unmöglich dazu bringen, mit einem Nachbar, der uns nicht angreift, Händel zu ſuchen. Solchem barbariſchen Inſtinkte ſind die deutſchen Regierungen und die deutſchen politiſchen Auffaſſungen unzugänglich. Alſo unſererſeits wird der Friede mit Rußland nicht geſtört werden, und daß man uns von ruſſiſcher Seite angreifen werde, glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß man von ruſſiſcher Seite nach Bündniſſen ſucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiſer Alexander III. von Rußland hat jederzeit den Mut ſeiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutſchland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabſichtigte, ſo iſt er der erſte, der dies ſagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten. Alle Gründe alſo, die für unſere Vorlage daraus entnommen ſind, daß wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, die aſſumiere ich meinerſeits nicht, und unſere Stärke iſt darauf ja auch nicht zu berechnen. Wir könnten ſie eben ſo gut auf eine Koalition zu dreien, wie ſie im Siebenjährigen Kriege gegen uns ſtattgefunden hat, berechnen wollen, denn die Möglichkeit iſt ja nicht auszuſchließen, daß wir, wie Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege die Errungenſchaften der beiden erſten Schleſiſchen Kriege zu verteidigen hatte, auch unſere Errungenſchaften in einem noch größeren Kriege als in den vorhergehenden zu verteidigen haben würden: — womit ich übrigens nicht auf das Septennat anſpielen will. Ich meine nur die Analogie zwiſchen den beiden erſten ſchleſiſchen Kriegen und dem großen Kampfe, in dem König Friedrich II. ſeine Errungenſchaften gegen große Koalitionen zu verteidigen hatte, iſt hiſtoriſch nicht ganz zu verwerfen; für den Augenblick aber liegt ſie nicht vor, — es müßten große Veränderungen in den Konſtellationen eintreten, ehe dergleichen zu befürchten wäre. Wir werden Händel mit Rußland

nicht haben, wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um ſie dort aufzuſuchen. Es iſt merkwürdig, daß die Preſſe derſelben Partei, die jetzt der Verſtärkung unſerer Armee widerſpricht, vor wenig Monaten alles mögliche gethan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. Dieſe Übereinſtimmung iſt in der That eine auffällige. Damals bin ich ganz erſtaunt geweſen, zu leſen, mit welchen leidenſchaftlichen Gründen ſeitens der oppoſitionellen Preſſe auf einen Bruch mit Rußland hingearbeitet wurde; ich habe ein ganzes Konvolut von Zeitungsausſchnitten aus der Zeit aus dem „Berliner-Tageblatt“, aus der „Freiſinnigen Zeitung“, aus der „Volks-Zeitung“, aus der „Germania“ vor allem; eins überbietet immer das andere an Beſchimpfungen der Regierung, weil ſie nicht für Bulgarien und ſeinen damaligen Fürſten Rußland gegenüber den Handſchuh aufnehmen wollte. Das erſte aus dem „Berliner Tageblatt“ fängt gleich damit an: „Wenn die Grundlagen des europäiſchen Friedens derart erſchüttert ſind, daß derſelbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann iſt doch eine Frage berechtigt, ob nicht ein geſunder Krieg einem ſo krankhaften Frieden vorzuziehen ſei.“ So waren die Herren damals geſtimmt. Die „Germania“ predigt nicht ſo geradezu den Krieg, aber ſie iſt ihrer Natur nach viel ſchärfer und bitterer in den Beſchimpfungen der Regierung über ihre Feigheit. Als ich das geleſen habe, ich muß ſagen, hat es mir zunächſt den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe dieſe ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen ſollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu ſagen pflegte, die Händel zu ſuchen, die wir hier nicht finden können.

Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrats vor Gericht geſtellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf dieſe Dummheit einzulaſſen, und es hat mich damals auch wenig verdroſſen; wir waren ja die Herren, zu thun und zu laſſen, was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen ſolchen Aufwand von Pathos in der deutſchen Preſſe zu finden, um uns womöglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich dieſe Deklamationen zuerſt las, — ſie ſind zum Teil weinerlich, zum Teil pathetiſch, — ſo fiel mir unwillkürlich die Szene aus „Hamlet“ ein, wo der Schauſpieler deklamiert und Thränen vergießt über das Schickſal von Hekuba, — wirkliche Thränen — und Hamlet ſagt —

ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Virchow hier das parlamentariſche Bürgerrecht gewonnen hat, den Ausdruck von „Schuft“ —: „Was bin ich für ein Schuft?“, oder benutzt er ein anderes Beiwort — kurz und gut, er ſagt: „Was iſt ihm Hekuba?“ Das fiel mir damals ſofort ein. Was ſollen dieſe Deklamationen heißen? Was iſt uns denn Bulgarien? Es iſt uns vollſtändig gleichgiltig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird, das wiederhole ich hier; ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerſchen Grenadiers geſagt habe: die ganze orientaliſche Frage iſt für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieſer Frage von niemand das Leitſeil um den Hals werfen laſſen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundſchaft von Rußland iſt uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundſchaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben.

Ich kann alſo wohl ſagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Beſtrebens knüpfte, die drei Kaiſermächte wieder zu einigen, welche ich zuerſt faßte, als erreicht war, die Monarchen hier in Berlin im Jahre 1872 zuſammenzubringen, die hat ſich in ſoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt ſind von der Wahrſcheinlichkeit, mit Öſterreich oder mit Rußland in Händel zu kommen; es liegen gar keine direkten Motive vor, die unſeren Frieden mit dieſen beiden gefährden könnten; aber der Schutz, den der Frieden durch dieſe Verbindung zu dreien, ich möchte ſagen, durch das trianguläre Carré, welches die drei Kaiſerreiche unter ſich formieren, wenn der Ausdruck nicht unſinnig wäre, gewinnt, iſt eben ſtärker zu dreien als zu zweien — und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unſeren Frieden mit Öſterreich oder Rußland zu erhalten, ſondern den Frieden zwiſchen Öſterreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders. Es giebt wirklich rivaliſierende und miteinander konkurrierende Intereſſen, die dieſen beiden, unſeren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter ſich ſchwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen iſt. Es iſt unſere Aufgabe, dieſe Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu ſein gegenüber den Erregungen publiziſtiſcher oder parlamentariſcher Natur. Ich brauche dieſe Erregungen nicht näher zu bezeichnen, — die Preſſe beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon bilden die Gegenſtrömungen und Schwierig-

keiten, mit denen wir bei unſeren Bemühungen, ſie zu überwinden und den Advokaten des Friedens in beiden Kabinetten zu machen, rechnen müſſen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Öſterreich und noch mehr in Ungarn als ruſſiſch bezeichnet und in Rußland für öſterreichiſch gehalten werden. Das müſſen wir uns gefallen laſſen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, ſo wollen wir uns das auch gern gefallen laſſen. Nicht minder aufrichtig und angeſtrengt ſind unſere Bemühungen geweſen, nach dem franzöſiſchen Kriege die Verſöhnung mit Frankreich herbeizuführen; ob ſie ganz ſo glücklich geweſen ſind wie im Oſten, das weiß ich nicht. Wenn wir mit den Verhältniſſen im Oſten allein zu rechnen hätten, ſo würden dieſelben uns nicht zu einer Vorlage dieſer Art beſtimmt haben. Bezüglich Frankreichs liegt es aber anders; ich kann ja nur nach meinem politiſchen Urteile ſprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich ſeit — ich glaube — jetzt 36 Jahren in der großen europäiſchen Politik thätig bin, und daß ich mich auf manche Epochen und Vorgänge berufen kann, in denen mein politiſches Urteil das richtige geweſen iſt, und namentlich richtiger als das der parlamentariſchen Oppoſition, die ich mir gegenüber fand. Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft ſtehen werden, iſt für mich eine minder ſichere. Ich habe nicht das Bedürfnis, alle europäiſchen Mächte durchzugehen; ich ſpreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und ſie für uns gegenſeitig nicht das größte Wohlwollen haben ſollten. Unſere Beziehungen zu den beiden ſind derart, daß ich ſie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unſerer Streitkräfte, — ſie ſind in jeder Hinſicht freundſchaftlich. Zwiſchen uns und Frankreich iſt das Friedenswerk deshalb ſchwer, weil da eben ein langwieriger hiſtoriſcher Prozeß in der Mitte zwiſchen beiden Ländern liegt; das iſt die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und ſtreitig geworden iſt von dem Zeitpunkte an, wo Frankreich ſeine volle innere Einigkeit und königliche Macht, ein abgeſchloſſenes Königtum erreicht hat. Das Infrageſtellen der deutſchen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im hiſtoriſchen, pragmatiſchen Zuſammenhang auffaſſen wollen, mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Das iſt eine vergeſſene Thatſache, und ich erwähne ſie nur des hiſtoriſchen Zuſammenhanges wegen.

Wir beabſichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu er-

obern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen, oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermutung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen Grenzverhältnisse ändern. Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im übrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufriedenzustellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht wert, und namentlich nicht unser zweifelhaftes Garnisonrecht, nachdem der Bund erloschen war. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: das ist vielleicht möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß. Er kann vielleicht nach Gottes Willen, wenn er später geführt wird, unter für uns günstigeren Verhältnissen geführt werden, wie das mit Frankreich der Fall gewesen ist. Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir es 1867 gekonnt hätten; aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre. Also das führe ich nur an, um meine Überzeugung zu begründen und auch anderen im Auslande glaublich zu machen, daß wir

Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzoſen ſo lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir ſie angreifen, wenn wir deſſen ſicher wären, dann wäre der Friede ja für immer geſichert. Was ſollten wir denn von Frankreich erſtreben? Sollten wir noch mehr franzöſiſches Land annektieren? Ich bin ſchon — ich muß das aufrichtig ſagen — 1871 nicht mehr geneigt geweſen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze geweſen. Ich habe mich aber bei den militäriſchen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgiltig entſchloß. Es war, wenn Sie mir dieſe hiſtoriſche Epiſode verſtatten wollen, Thiers, der mir ſagte: eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden ſchließen. Ich war damals ſehr in Sorge vor der Einmiſchung der Neutralen und hatte mich ſchon ſeit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von dieſen bekamen. Ich wünſchte dringend, daß Thiers nicht genötigt werden ſollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unſeren militäriſchen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir ſitzenden Freunde beſprochen: Können wir darauf eingehen, eins von beiden zu miſſen? und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort, ja! Metz iſt 100,000 Mann wert; die Frage iſt die, ob wir 100,000 Mann ſchwächer ſein wollen gegen die Franzoſen, wenn der Krieg wieder ausbricht, oder nicht. Darauf habe ich geſagt: Nehmen wir Metz! Sie ſtehen jetzt vor derſelben Frage, ob Sie, wenn der Krieg mit Frankreich vielleicht in ſieben Jahren wieder ausbricht, 100,000 Mann ſchwächer ſein wollen oder nicht. Mit anderen Worten: es iſt ganz von derſelben ſchweren Bedeutung für unſere zukünftige Sicherheit, ob Sie Metz aufgeben wollen, als ob Sie uns 100,000 Mann verweigern, die durch die jährliche Ausbildung von 16,000 Mann Soldaten geſchaffen werden ſollen bis dahin, wo der Krieg möglicherweiſe ausbricht. Alſo, wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzoſen ſagen: Seid doch gut, wir geben euch Metz, wenn ihr ferner ſtille ſitzen wollt — ſo iſt das ungefähr dasſelbe, als wenn Sie uns jetzt die Verſtärkung der Armee, die wir nach unſerem militäriſchen Urteil zu gebrauchen glauben, verſagen. Alſo ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umſtänden. Es giebt viele Franzoſen, die darauf warten, weil ſie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele giebt, bei denen der

französische Angriff auf Deutschland nicht populär ist. Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir recht geben, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind.

Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche zu unterhalten. Die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours! und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Lage. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen. Nichtsdestoweniger wird damit dem friedliebenden Franzosen Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, vorgeredet, daß der ruchlose Deutsche es ist, der ihm womöglich — ich weiß nicht was abnehmen wollte. Die Franzosen haben ja gar nichts, was für uns irgendwie begehrenswert wäre. Das fortwährende Unterhalten und Schüren dieses feu sacré ist mir im höchsten Grade bedenklich. Ich habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Flourens sind nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; sie haben die Absicht, ehrlich mit uns zu leben. Ebenso war es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry. Alle diese Herren waren freundlich, so lange sie am Ruder waren, und wenn Sie nur deren Regiment auf längere Zeit verbürgen könnten, so würde ich sagen: sparen wir unser Geld, aber sparen wir es nicht für den Fall, daß wir vielleicht feindliche Kontributionen zu zahlen haben. Wie die Sachen liegen, kann mich dieses Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Teiles der französischen Bevölkerung aber nicht bis zu dem Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Überzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von

der Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich iſt. Als die letzte Regierung, die Regierung Freycinet, zum Rücktritt genötigt wurde, hat 24 Stunden vorher jemand eine Ahnung davon gehabt? Ich wenigſtens nicht, und ich glaube, daß ich ziemlich gut unterrichtet war. Hat nachher acht oder vierzehn Tage lang hier irgend jemand gewußt, wer in Frankreich ans Ruder kommen würde? In welcher Verlegenheit die Parteien mit ihrer Parlamentsherrſchaft waren, um zu beſtimmmen, wer nun regieren ſollte, das haben wir alle gewußt, aber was daraus werden würde, das hat keiner vorherſagen können. Es konnte auch noch anders kommen, es konnte auch ein weniger friedliches Kabinett als das des Herrn Goblet aus dieſer Kriſis hervorgehen. Es iſt an jedem Tage möglich, daß eine franzöſiſche Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet iſt, von dem feu sacrée zu leben, was jetzt ſo ſorgfältig unter der Aſche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Verſicherungen, keine Reden und keine Redensarten vollſtändig beruhigen, ebenſowenig wie ich weiß, was ich damit machen ſoll, wenn uns hier im Parlament verſichert wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann ſtehen wir mit Gut und Blut ein. Das ſind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte ſind keine Soldaten und Reden ſind keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und wir leſen ihm dieſe Reden vor, dann lacht er uns aus.

Ich bin alſo der Meinung, daß der hiſtoriſche Prozeß, der ſeit drei Jahrhunderten zwiſchen uns und Frankreich ſchwebt, nicht beendigt iſt, und daß wir darauf vorbereitet ſein müſſen, ihn von franzöſiſcher Seite aus fortgeſetzt zu ſehen. Wir ſind gegenwärtig im Beſitz des ſtreitigen Objekts, wenn ich das Elſaß als ſolches bezeichnen ſoll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach deſſen Wiedererorberung nicht ſtrebt, kann keiner behaupten, der ſich irgendwie um die franzöſiſche Preſſe bekümmert. Hat es ſchon irgend ein franzöſiſches Miniſterium gegeben, welches hat wagen dürfen, öffentlich und bedingungslos zu ſagen: wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elſaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir acceptieren die Situation des Frankfurter Friedens gerade ſo, wie wir die Situation des Pariſer Friedens im Jahre 1815 acceptiert haben, und wir beabſichtigen keinen Krieg wegen Elſaß zu führen? Giebt es in Frankreich ein Miniſterium,

welches den Mut hätte? Nun, warum giebt es das nicht? An Mut fehlt es den Franzoſen doch ſonſt nicht! Es giebt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen iſt, weil ſie gewiſſermaßen einer mit Dampf bis zur Exploſion gefüllten Maſchine gleicht, wo ein Funke, eine ungeſchickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil in die Luft zu ſprengen und, mit anderen Worten, einen Krieg herzuſtellen.

Es wird das Feuer ſo ſorgfältig geſchürt und gepflegt, daß man die Abſicht, es zunächſt nicht und auch nach menſchlichem Gedenken nicht zu benutzen, um es ins Nachbarreich hineinzuwerfen — in keiner Weiſe vorauszuſetzen berechtigt iſt. Nun iſt ja die Frage: iſt die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden, an ſich ein ausreichender Grund, um dieſe Vorlage zu bewilligen? Ich habe bei meiner Motivierung keine Koalitionen, keine Kombinationen und Konjekturen im Auge, ſondern die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenoſſen im freien Felde einander gegenüberſtehen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg — ganz unabhängig von dem Ausgange desſelben — zu ſagen hat! Unſer ganzer Handel zu Lande und zur See, unſere ganzen induſtriellen Unternehmungen würden ſämtlich lahm gelegt ſein — ich brauche das wohl nicht zu ſchildern, Sie haben es ſelbſt erlebt. Dieſe Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erſcheint, wird verhindert, wenn der Krieg ſchwer erſcheint. Je ſtärker wir ſind, deſto unwahrſcheinlicher iſt der Krieg. Die Wahrſcheinlichkeit eines franzöſiſchen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung, wie die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen ſei. Dann glaube ich, iſt der Krieg ganz ſicher. Dieſe Überzeugung kann beruhen auf Bündniſſen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß ſolche Bündniſſe ſtattfinden werden; es iſt eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu ſtreben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündniſſe zu haben, wenn dies eintritt. Ich will bloß das Duell zwiſchen uns und Frankreich ins Auge faſſen. Das kann alſo eintreten, ſobald Frankreich ſtärker iſt, als wir: einmal durch Bündniſſe oder auch durch Überlegenheit ſeiner Bewaffnung. Dieſe rein techniſche Frage überlaſſe ich meinen militäriſchen Kollegen; ungeachtet der Uniform, die ich trage, fällt es mir

nicht ein, habe ich nicht die Unbeſcheidenheit, meine Autorität in dergleichen Sachen über die der Herren zu ſtellen. Aber wenn die Franzoſen glauben, daß entweder ihre Armee zahlreicher iſt, daß die Maſſe ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher iſt, als die der unſerigen, daß ihre Artillerie zahlreicher iſt, oder vielleicht, daß ihr Gewehr beſſer iſt, — wie es 1870 beſſer war, — oder daß ihr Pulver beſſer iſt, weil ſie das richtige Pulver zu einem kleinkalibrigen, ſchnellſchießenden Gewehr früher haben als wir, — das ſind alles Sachen, die unter Umſtänden die Entſchließungen der franzöſiſchen Regierung für den Krieg beſtimmen können; denn ſobald ſie glauben, zu ſiegen, fangen ſie den Krieg an. Das iſt meine feſte, unumſtößliche Überzeugung, und Sie mögen mehr Erfahrungen in der Politik und im Urteil haben, als ich — ich kann nur nach meiner Überzeugung handeln. Ich ſage alſo: wir müſſen auf den Fall eingerichtet ſein, daß wir in einem ſolchen Krieg unterliegen ſollten: ja, ich bin nicht furchtſam genug, das vorauszuſehen, aber die Möglichkeit kann doch niemand beſtreiten. Bis jetzt ſind es nur mutige Ziviliſten, die meinen, keiner Verſtärkung zu bedürfen; diejenigen Generale und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unſeren Souveränen, die perſönlich Fühlung mit der franzöſiſchen Klinge gehabt haben, die ſind durchaus anderer Meinung. Wenn ſo furchtloſe Leute der Meinung ſind: wir brauchen, um den nächſten Krieg mit Frankreich ſicher zu beſtehen, um der franzöſiſchen Armee ebenbürtig zu ſein, die und die Verſtärkung, — dann finde ich es einen traurigen Mut, dem gegenüber zu ſagen: Sie irren ſich, wir brauchen ſie nicht, wir ſind ſo ſtark genug. Ich ſage: einen traurigen Mut, weil dieſes mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der ſagt: wir ſchlagen die Franzoſen auch ſowieſo. Meine Herren, da irren ſie ſich, die parlamentariſchen Strategen! Sie unterſchätzen die Macht von Frankreich; Frankreich iſt ein großes, mächtiges Land, eben ſo mächtig wie wir; Frankreich hat ein kriegeriſches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geſchickte Heerführer gehabt. Es iſt ein Zufall, wenn ſie uns unterlegen ſind. Sie unterſchätzen die Franzoſen in der allerirrtümlichſten Weiſe, und es wäre eine Überhebung, zu ſagen, daß Frankreich an und für ſich als geſchlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenüberſteht. Wenn aber die Sachen ſo zweifelhaft ſind nach dem Urteil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menſchlicher Berechnung vorhan-

den ist, daß wir geschlagen werden können, — ja, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Votum tragen könnte. Es ist viel von ministerieller Verantwortlichkeit die Rede, aber ich habe nie gehört — vielleicht wird es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen —, daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen teilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richter unterliegen. Wenn sie bewußterweise unser Land für den Krieg schwächen, dann halte ich ein solches Gesetz für ein Bedürfnis; ich werde beantragen, daß es eingebracht wird. Wenn wir unterliegen — ich wage diesen Gedanken ja gar nicht auszudenken; aber die Möglichkeit werden Sie mir doch nicht bestreiten, daß eben so gut, wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat und mit der größten Bereitwilligkeit und Hingebung der Regierung jede Kosten bewilligt hat, ohne auch nur je eine Sekunde darüber zu diskutieren. Ich erinnere Sie daran, daß mit gewissem Mitleid die französischen Blätter auf die Vorgänge im deutschen Reichstag, und mit was für Schwierigkeiten die deutsche Regierung zu kämpfen hätte, wenn sie ihr Vaterland stärken wollte, hingedeutet haben.

Frankreich ist also unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir es einmal geschlagen haben, so liegt darin gar keine Bürgschaft, daß wir es wieder schlagen werden; wir müssen diese Bürgschaften, sobald sie nach dem Urteil unserer kompetenten Militärbehörden unzulänglich sind, verstärken. Wenn sie unzulänglich blieben, und wenn wir geschlagen würden, wenn der siegreiche Feind in Berlin stände, wie wir in Paris gestanden haben, wenn wir genötigt wären, seine Bedingungen des Friedens anzunehmen —, ja, meine Herren, was würden dann diese Bedingungen sein? Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, — wie die Franzosen sagen: saigner à blanc, d. h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der nieder-

geworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächſten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, ſich dem Sieger gegenüber zu ſtellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsraiſon und nicht auch die chriſtliche Geſinnung zu Rate zögen, wie das kriegführende Frankreich das gewohnt iſt, 1870 eben ſo gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und ſpäter gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit leſen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbeſitzer über die Leiden der Fremdherrſchaft im Lande angehört hätten, ich glaube, Sie würden auch ängſtlicher ſein vor der entfernteſten Möglichkeit, daß ähnliche Zuſtände wieder eintreten könnten. Aber das Geld iſt ja das wenigſte; man würde dafür ſorgen, daß das Deutſche Reich ſo ſtark nicht bleibt, wie es iſt. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein ſo viel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man ſich mit Elſaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum dazu verlangen, den Rhein abwärts. Auch das würde nicht genügen; man würde vor allen Dingen die Herſtellung des Königreichs Hannover verlangen. Allein auf dieſem Wege und auf keinem anderen iſt das, was mir einer von den Herren Welfen ſagte, die Herſtellung des welfiſchen Staates auf geſetzmäßigem Wege, möglich, denn der Friedensvertrag, den wir mit Frankreich — wenn wir überwunden ſind, mit dem Sieger — abſchließen, kommt ja in die Geſetzſammlung, und dann iſt Hannover auf geſetzmäßigem Wege hergeſtellt.

Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren. Uns in Polen läſtige und erſchwerende Bedingungen aufzuerlegen, iſt ſo lange recht ſchwierig, als man nicht mit Rußland einverſtanden iſt, und dieſes Einverſtändnis, glaube ich, liegt ſehr fern für Frankreich. Aber man könnte doch uns immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Gerant derjenigen Rechte iſt, welche der König von Preußen ſeinen polniſchen Unterthanen zu gewähren hat. Man könnte in dieſer Garantie noch weiter gehen nach anderen Richtungen. Ich will das nicht weiter verfolgen; ich will Ihnen bloß die Möglichkeit ſchildern, der wir in einem unglücklichen Kriege ausgeſetzt ſind. Halten Sie das für übertrieben? Meine Herren, Sie kennen die Zukunft doch nicht; was die Entſchließungen eines ſupponierten franzöſiſchen Siegers ſein würden, das können Sie doch un-

möglich wissen. Wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden, und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer stande zu setzen, uns anzugreifen, und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht, wann — in seinen Wirkungen für Frankreich. Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner à blanc. Nun, ich kann mir danach nicht denken, wer überhaupt sich stark genug fühlt, die Verantwortung für die Möglichkeit des Eintritts solcher Zustände zu übernehmen. Die verbündeten Regierungen sind es ganz sicher nicht; die werden die Verantwortlichkeit dafür nicht tragen. Die verbündeten Regierungen haben, — nach dem Eingang zur Bundesverfassung ist der oberste Zweck des Bundes der Schutz des Bundes und des Bundesgebietes — sie haben dem Volk gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jederzeit vorhanden sei; der kann nicht improvisiert werden je nach dem Belieben einer parlamentarischen Majorität, durch ein Budgetvotum, der muß dauernd vorhanden sein, der ist eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. Und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortung dafür nicht zu tragen, sondern sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität und ihrer verfassungsmäßigen Rechte dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht minder geschützt bleibe, als es seinen Kräften nach sein kann. Das, was einstweilen nach dem militärischen Urteil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesatzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 16 000 Mann; also in der Dauer eines Septennats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um so viel stärker; es ist ein Gewicht, was einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben. Wollen Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen, daß dies Gewicht nicht zur Verfügung sei? Wir wollen es nicht,

und ich bin überzeugt, es wird uns möglich sein, es zur Verfügung zu erhalten, mag Ihr Votum ausfallen heute, wie Sie wollen.

Ob diese Einrichtung nun für längere oder kürzere Zeit getroffen werden soll, das ist eine Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in der jüngsten Zeit ja vorwiegend bewegt hat. Wir haben sie auf 7 Jahre verlangt aus keinem andern Grunde, als weil die Ziffer von 7 Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war, weil wir der Überzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben überhaupt aus einer Reihe von Kompromissen besteht; und weil wir gerne an ein früheres Kompromiß anknüpfen, so haben wir es unverändert aufrecht zu erhalten gesucht. Jede Ziffer ist mehr oder weniger willkürlich. Je länger die Dauer ist, um desto größer ist die Zahl der ausgebildeten Soldaten, die in Aussicht genommen wird, und um so weiter von uns entfernt liegt die innere Gefahr, daß wir in Krisen und Streitigkeiten über diese Frage gelangen. Es kann ja niemand entgehen, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund des Art. 60 der Verfassung ein neues Gesetz über die Präsenzzeit zu machen, sich aller unserer Schichten und Parteien eine gewisse Aufregung bemächtigt, die bedauerlich und unter Umständen auch eine gefährliche ist. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion der Frage eine gewisse Krise — ich will nicht sagen ein Konflikt, aber die Besorgnis vor einem Konflikt. Es entsteht jedesmal die Frage: was ist denn Rechtens, wenn eine Vereinbarung nicht zustande kommt? Nun, ich glaube, der Reichstag wird sich nicht darüber beschweren können, daß der Bundesrat bisher einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht habe von seinem zweifellosen verfassungsmäßigen Rechte, jedem Gesetzentwurfe, der ihm vom Reichstage zugeht, seine Zustimmung zu versagen — auch solchen Gesetzentwürfen, deren Zustandekommen in der Verfassung vorausgesetzt ist. Der Bundesrat hat von diesem zweifellosen Rechte, der voll- und gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung zu sein, von der Thatsache, daß kein Budgetgesetz ohne seine Zustimmung zustande kommen kann, von der Thatsache, daß kein Gesetz über eine Präsenzzahl ohne seine Zustimmung zustande kommen kann, nie einen unbequemen Gebrauch gemacht, er ist, wie der Kaufmann zu sagen pflegt, kulant in dieser Beziehung gewesen. Wir haben Vorlagen recht unerfreulich verkümmert und verändert zurückkommen gesehen, wir haben es ruhig hingenommen, aber es giebt im Interesse des

Vaterlandes Grenzen, über die der Bundesrat dabei nicht hinausgehen kann. Eine ſolche Grenze zu ziehen, iſt die Sorge, die in erſter Linie den verbündeten Regierungen obliegt, wenn die auswärtige Sicherheit des Deutſchen Reiches in Frage ſteht. Sobald die ins Spiel kommt, werden wir haarſcharf in der Benutzung unſerer verfaſſungsmäßigen Rechte gegenüber Ihren Beſchlüſſen ſein. Und ein Beſchluß, der das Deutſche Reich wehrloſer macht, als es nach unſerer Überzeugung ſein könnte, hat nie auf die Zuſtimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. Daß bei den Verhandlungen einer ſo wichtigen Frage, bei der es ſich gewiſſermaßen um Kopf und Kragen für Deutſchland handelt, daß dabei der Bundesrat ſo kulant und entgegenkommend ſein und ein Auge zudrücken wird, und die Punkte auf das i nicht ſetzen wird, das erwarten Sie in einer ſolchen Frage nicht. Warum wollen Sie nun ſolche Kriſen vervielfältigen, indem Sie ſie womöglich alle Jahre herbeiführen oder doch alle drei Jahre? Wir haben eine Abneigung gegen ſolche Kriſen und Konflikte. Wir wünſchen Kompromiſſe und halten an dem Kompromiß von früher feſt, und deshalb haben wir das Septennat vorgeſchlagen. Wenn dasſelbe abläuft, ſo kommt immer die Frage: was iſt denn Rechtens, wenn über das Präſenzgeſetz nach Artikel 60 keine Vereinbarung der beiden Faktoren der Geſetzgebung ſtattfindet; oder was iſt denn Rechtens, wenn über das Budget keine Vereinbarung beider Faktoren herbeigeführt wird?

Die zweite Frage will ich gar nicht berühren, ſie liegt nicht vor, und ich halte es nach meiner diplomatiſchen Gewohnheit nicht für nötig, mich mit Fragen zu beſchäftigen, die augenblicklich nicht brennend ſind. Ich will bloß ſagen: was iſt Rechtens wenn wir über die Präſenzziffer uns nicht einigen? Hört deshalb die Armee auf, zu exiſtieren? Das werden Sie ſelbſt nicht behaupten wollen. Dann treten diejenigen Beſtimmungen der Verfaſſung wieder in volle Kraft, die durch das auf Grund der Zuſage von Artikel 60 gegebene Geſetz beſchränkt ſind. Das Geſetz auf Grund des Artikel 60 zieht die obere Grenze der Zuläſſigkeit der Präſenzziffer. Der Kaiſer kann nicht darüber hinausgehen. Nach dieſem Geſetze dauert ſie noch bis zum nächſten Jahre, 1888; wenn dieſes Geſetz ſchwindet, ein neues nicht zu ſtande kommt, ſind wir dann weit entfernt davon, daß dieſe Grenze ſinkt oder die Armee verſchwindet, ſondern es ſteigt die obere Grenze der berechtigten Präſenzſtärke der Armee bis zu

dem Satze des Artikel 59 der Verfaſſung: „Jeder wehrpflichtige Deutſche hat 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen.“ Das iſt dann unſere Präſenzziffer, die wir erreichen dürfen. Das iſt eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militäriſche Unbequemlichkeit, und deshalb hat die Verfaſſung, ſchon bevor das Verſprechen im Artikel 60 entſtand, durch den vierten Abſatz des Artikels 63 das Moderamen gegeben, daß der Kaiſer den Präſenzſtand der Kontingente des Reichsheeres beſtimmen ſoll. Alſo der Kaiſer iſt dann der Moderator, der allein zu ſagen hat, wie hoch unter dem von Artikel 59 gegebenen Präſenzſtand der letztere ſein ſoll. Wenn wir nach kaiſerlicher Machtvollkommenheit ſtrebten, dann wäre dieſer Zuſtand für uns außerordentlich erwünſcht und wir könnten nur ſagen: ſtellen Sie die Sache ſo kurz als möglich, es iſt zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht ſchon da iſt: dann würden wir wahrſcheinlich uns nicht einigen können über den Inhalt des Geſetzes, welches auf Grund von Art. 60 gemacht werden ſoll, und es würde dann der alte verfaſſungsmäßige Zuſtand wieder eintreten. Es iſt auch dann nicht die Möglichkeit, durch das Budgetrecht im Ausgabeetat dem entgegen zu wirken, denn in der vierten und letzten Alinea des Artikels 62 iſt ausdrücklich geſagt worden: „Bei der Feſtſtellung des Militärausgabe-Etats wird die auf Grund dieſer Verfaſſung geſetzlich feſtſtehende Organiſation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.“ Sie könnten uns alſo, ohne Ihrerſeits ſich vom Boden der Verfaſſung zu entfernen, gar nicht verweigern, wenn eine Präſenzziffer überhaupt nicht nach Artikel 60 der Verfaſſung geſetzlich feſtgelegt iſt, das Ausgabebudget dem entſprechend einzurichten. — Wenn alſo keine Verſtändigung, die für die verbündeten Regierungen annehmbar iſt, im Hinblick auf die äußere Sicherheit des Deutſchen Reiches zu ſtande kommt, ſo liegt durchaus kein Zuſtand vor, in dem die deutſche Armee von der Bildfläche zu verſchwinden hätte, ſondern es tritt ganz einfach die größere kaiſerliche Machtvollkommenheit, die die Verfaſſung ſtipuliert, wieder in Kraft. Um dem Reichstage die Mitwirkung dabei zu bewahren, iſt der Artikel 60 geſchaffen und iſt das Geſetz verſprochen, das die Präſenzſtärke, die der Kaiſer nicht überſchreiten darf, mit Zuſtimmung des Reichstages, das heißt durch ein Geſetz feſtſtellen ſoll. Dieſe Bindung exiſtiert augenblicklich bis 1888 und exiſtiert nur durch dieſes Geſetz. Leſen Sie in allen Ihren geſinnungsbefreundeten Rechtsbüchern darüber nach: Rönne, Laband, leſen Sie andere, Sie werden immer finden, daß die Mit-

wirkung des Reichstages, der Einfluß des Reichstages auf die Höhe des Heeres allein beruht auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund von Artikel 60 gemacht werden, und die dem Kaiser in seiner Machtvollkommenheit eine niedrigere Grenze ziehen, als er nach der Verfassung haben würde.

Da ist doch eigentlich gar kein Grund, warum Sie so lüstern nach Krisen sind und alle drei Jahre, ja sogar jedes Jahr denselben Streit haben wollen, ob das deutsche Heer bestehen solle oder nicht; denn wenn Sie in diesem Streite anderer Meinung blieben als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach dem Inhalte der Verfassung von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittieren sich ganz ohne Not darüber in einer Richtung, in der Ihren Willen durchzusetzen Sie nicht die Macht haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben. Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen, ohne Rücksicht auf den Kaiser und sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht, und demzufolge er befugt ist, in Sachen der Militärgesetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten. Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Angelegenheiten giebt die Stimme des Präsidiums des Bundesrats bei Meinungsverschiedenheiten desselben den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Die bestehende Einrichtung ist doch immer die Präsenzziffer des vorigen Jahres, und würde infolge des ausschlaggebenden Votums des Kaisers immer in Geltung bleiben, selbst wenn, was nicht denkbar ist, die Majorität des Bundes dagegen stimmte. Die verbündeten Regierungen werden aber vollkommen einstimmig sein, und ein solches Gesetz wird nie und in keinem Jahre zustande kommen, welches uns eine unzulängliche Armee durch das Budget oktroyieren wollte. Ich weiß nicht, warum Sie ein Bedürfnis haben, diese Krisen, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzurufen, als sie nach dem Kompromiß alle 7 Jahre stattfinden. Wir haben dieses Bedürfnis nicht; wir wünschen keine Krisen und keine Konflikte; wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten, der da ist. Über dieses hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben, und weichen keinen Nagel breit davon ab.

Das deutſche Heer iſt eine Einrichtung, die von den wechſelnden Majoritäten des Reichstags nicht abhängig ſein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die ſich auf ſo heterogene Weiſe zuſammenſetzt, wie die jetzige, eine dauernde ſein werde? Daß die Fixierung der Präſenzſtärke von der jedesmaligen Konſtellation und Stimmung des Reichstages abhängen ſollte, das iſt eine abſolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach ſolchen Phantaſiegebilden! Ohne unſer deutſches Heer, eine der fundamentalſten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemeinſamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutſche Reich beruht, garnicht zuſtande gekommen. Vergegenwärtigen Sie ſich das immer, wenn Sie dieſe Hauptbedingung ſeiner Exiſtenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geſchützt ſein wollen wir alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf! Der Verſuch, der mit dieſen Anträgen gemacht worden iſt, den Stand des Heeres von den wechſelnden Majoritäten und den Beſchlüſſen des Parlaments abhängig zu machen, alſo mit anderen Worten, aus dem kaiſerlichen Heer, das wir bisher in Deutſchland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für deſſen Beſtand nicht Seine Majeſtät der Kaiſer und die verbündeten Regierungen, ſondern die Herren Windthorſt und Richter zu ſorgen haben, wird nicht gelingen. Mit anderen Worten: dieſes Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeit, und allein die Thatſache, die bei dieſen Verhandlungen zur Kenntnis gekommen, daß es bei uns Leute giebt, die danach ſtreben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein ſchon, über dieſe Frage an das Volk, an die Wähler zu appellieren, ob das wirklich die Meinung der Wähler iſt. (Aha! links.) Ja, meine Herren, aha! haben Sie denn daran gezweifelt, das wäre ja vollkommen wunderlich. Oder daß wir an die Wähler appellieren werden, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler iſt, daß die Verteidigungsfähigkeit Deutſchlands von der jedesmaligen Abſtimmung des Parlamentes in jedem Jahre abhängt, daß die Hälfte der Armee entlaſſen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienſt, auf das, was die Sozialdemokraten noch bewilligen — es iſt ja auch eine ſozialdemokratiſche Majorität in dieſem Hauſe möglich. — Es kann unmöglich der Wille der deutſchen Nation ſein, daß ſie auf dieſe Weiſe in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen

Hauſe abhängig ſein ſoll von den jedes Jahr wechſelnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfaſſung, und die verbündeten Regierungen wünſchen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem ſiebenjährigen, zu keinem kürzeren.

Wir wollen die Kriſen und die Gefahr der Konflikte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen laſſen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einſeitig ohne die Mitwirkung des Bundesrats und des Kaiſers über den Beſtand des deutſchen Heeres zu verfügen. Gegen dieſen Gedanken allein würden wir ſchon an die Wähler appellieren, ob dies der Wille des Volkes iſt; und die verbündeten Regierungen ſind ihrerſeits entſchloſſen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einfluſſes im Reiche und im Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit Deutſchlands und des Heeres einzutreten. Von dem Kaiſer werden Sie doch unmöglich erwarten, daß er in ſeinem 90. Lebensjahre nun das Werk desavouirt und zu ſeiner Zerſetzung mitwirken will, dem er die letzten 30 Jahre ſeines Lebens gewidmet hat, der Schöpfung des deutſchen Heeres und der Schöpfung des Deutſchen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgend durch Ihr Verhalten uns die Überzeugung geben, daß Sie dahin ſtreben; wenn Sie nicht durch eine baldige und vollſtändige Annahme unſerer Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutſchlands beſeitigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage, als den ich hier vor mir ſehe, mit Ausſicht auf mehr Erfolg fortzuſetzen, und dieſer Entſchluß liegt in ſeiner Ausführung ſehr viel näher, als Sie annehmen. Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlaſſen, ſondern die Gefahr, in die wir das deutſche Volk durch Verſchleppung und Verzögerung möglicherweiſe ſetzen können — ich ſage nicht notwendigerweiſe — wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben.

(Nach dem Abg. Hobrecht.)

Ich habe in der Hauptſache nochmal um das Wort gebeten, um eine Vergeſſenheit wieder gut zu machen, die ich vorher bei der Reichhaltigkeit des Stoffes begangen habe. Ich habe die Fälle, in denen wir, meiner Anſicht nach, unter Umſtänden einen Angriff von Frankreich zu erwarten haben, nicht ſo vollſtändig

klargeſtellt, wie ich beabſichtigte; ich habe nur den Fall erwähnt, daß eine franzöſiſche Regierung ans Ruder kommen könnte, die glaubte, uns an Rüſtungen und Kraft ſoweit überlegen zu ſein, daß ſie des Sieges ſicher wäre, — wenigſtens dieſelbe Sicherheit hätte, welche die franzöſiſche Armee im Jahre 1870 hatte, als ſie gegen uns in den Krieg zog; ich habe aber einen anderen Fall, bei dem eine ſolche Siegesſicherheit gar nicht ſo abſolut notwendig iſt, und den ich erwähnen wollte, übergangen, einen Fall, der doch auch ein ziemlich breites Feld in den Konjunkturen einnimmt, die wir machen müſſen, wenn wir auf alles gefaßt ſein wollen: das iſt der Fall, daß, ähnlich wie unter dem dritten Napoleon, die Unternehmungen nach außen hin als ein Sicherheitsventil für die inneren Angelegenheiten dienen ſollten, daß man im Innern gewiſſermaßen nicht mehr weiß, wo aus noch ein, daß man in der Verlegenheit iſt, aus der man ſich dadurch zu entziehen ſucht, daß man auf ſeinen friedliebenden Nachbar einhaut. Es wäre das namentlich ja möglich, wenn in Frankreich eine Regierung von militäriſchen Neigungen ans Ruder käme. Ich will noch gar nicht ſagen: eine militäriſche Diktatur, aber doch eine Regierung, die ſich ſagte: ich weiß nicht, ob wir uns, wenn wir lediglich die inneren Fragen anſehen, hier werden halten können; wenn es uns aber gelingt, einen populären Krieg zu entzünden, ſo haben wir immer noch die Chance, daß wir uns halten, wenn wir ſiegen; werden wir geſchlagen, dann iſt es nicht ſchlimmer, als wenn wir ſo zur Abtretung genötigt werden, und wir haben dann wenigſtens die ganze große Tragfähigkeit des franzöſiſchen Patriotismus, der auch für eine geſchlagene Regierung unter Umſtänden Partei nimmt, und der ſich entzündet, wenn Frankreich im Krieg iſt. In Frankreich iſt eine Redensart: dieſer Regierung keinen Groſchen und wenn der Feind auf dem Kreuzberg ſteht! — ja abſolut unmöglich. Da ſtellt ſich jeder Franzoſe; der päpſtliche Zuave und der Sozialdemokrat dienen alle unter einem Regiment, ſowie das Vaterland in Gefahr iſt. Bei uns — ich kanns nicht finden! (Unruhe im Zentrum und links.) — Doch? glauben Sie? Ich will es abwarten. Alſo dieſe Möglichkeit liegt doch auch vor.

Wenn Napoleon III. den Feldzug 1870 gegen uns, einen großen und ſchweren Krieg, der ihm den Thron koſtete, in keiner Weiſe durch das Ausland genötigt, unternahm, lediglich weil er glaubte, daß das ſeine Regierung im Inlande befeſtigen

würde, — warum ſollte dann nicht z. B. der General Boulanger, wenn er ans Ruder käme, dasſelbe verſuchen? Ich würde ihm gar nicht einmal ein Verbrechen daraus machen, ich würde ihn gar nicht einmal beſchuldigen, daß er dabei perſönlichen Inſtinkten folge; ich würde immer annehmen, was ich von jedem franzöſiſchen Offizier vorausſetze — und auch von jedem deutſchen natürlich —, daß er glaubte, auf dieſe Weiſe ſeinem Vaterlande beſſer zu dienen, als wenn er es unterließe.

Ich würde ihm perſönlich einen Vorwurf nicht machen. Aber das kann uns nicht abhalten, uns auch für den Fall einzurichten, daß Frankreich uns nicht überlegen zu ſein glaubt, aber doch die Chance ausnutzen will, ob eine Regierung ſich nicht durch einen Krieg noch halten kann, wenn ſie durch den Frieden nicht haltbar wäre. Napoleon hat das gemacht; warum ſollten es ſeine Nachfolger nicht machen? wenn wir uns eine Militärdiktatur in Frankreich als möglich denken — und ſie iſt ſo oft dageweſen — warum ſollte es nicht ſein?

Ich möchte dem Vorredner noch auf eine Frage erwidern, die er ſich nicht angeeignet, aber die er doch wiederum geſtellt hat: warum eigentlich das Ende des Septennats nicht abgewartet werde. Nun, es iſt ja das eigentliche Septennat an ſich doch mit der Augmentation, die wir haben wollen, nur eine Berechnung auf eine Zukunft, die wir möglichſt fern wünſchen, der gegenüber wir aber gewappnet ſein müſſen. Aber eins glauben wir gleich vom 1. April 1887 in Ausſicht nehmen zu ſollen: das iſt die Verſtärkung unſerer Grenzbewachungen, die ſtärkere Beſetzung der Vogeſen-, Jura- und anderer Päſſe und namentlich auch der Schwarzwaldpäſſe gegen den möglichen Einbruch über das, was wir die trouée de Belfort nennen. Dieſe Verſtärkung ſchon vom 1. April d. J. ab in Wirkſamkeit treten zu laſſen, das können wir budgetmäßig nicht, wenn wir nicht Ihre Bewilligung haben; die Mittel dafür, um ſo viel Urlauber, Dispoſitionsurlauber heranzuziehen, haben wir nicht. Wenn durch eine Auflöſung, die dazwiſchen träte, die Zeit vergehen ſollte, ſo würde die Regierung vielleicht ſich genötigt ſehen, von den Möglichkeiten, die ihr das Militärgeſetz bietet, momentan, weil ſie fürchtet, die Kriegsgefahr zu verſtärken, Gebrauch zu machen, und nachher die Indemnität dafür zu fordern haben. Ich habe vorher ſchon geſagt, der Ausbruch des Krieges kann zehn Jahre dauern, er kann aber auch in zehn Tagen eintreten. Wenn er nun in zehn Wochen eintritt, dann müßten wir ſchon

die 40 000 Mann zur Verfügung haben, und ſelbſt wenn wir uns mit dieſem Reichstage über das, was wir für unentbehrlich halten für die Sicherheit Deutſchlands, nicht einigen ſollten, würden wir doch gewiſſe Vorkehrungen ſchon treffen müſſen, wenn gegen unſere Überzeugung das gegenwärtige friedlich geſinnte Miniſterium in Frankreich früher abtreten ſollte, als wir wünſchen. Wir wünſchen ihm eine möglichſt lange Dauer, weil wir glauben, daß, ſo lange dies Miniſterium dauert, wir Friedensſtörungen nicht zu befürchten haben. Sie können mir darauf vielleicht mit einigem Recht erwidern: wenn eine ſo wichtige Frage vorliegt, wo die Sicherheit des Reichs auf dem Spiele ſteht, dann hätte man die Bevölkerung ſchon früher darauf vorbereiten müſſen, vielleicht ſchon vor zwei Jahren bei den Wahlen. Wir hatten aber immer noch die Hoffnung, daß es gelingen würde, die Stimmung in Frankreich zu beſänftigen; nachdem wir indes 16 Jahre uns vergeblich bemüht haben, die Revancheideen zu beruhigen, und abgewartet haben, ob nicht endlich eine Regierung ſich fände, die den Mut und die Kraft habe, den status quo, wie er iſt, als einen dauernden zu acceptieren, haben wir uns ſchließlich doch ſagen müſſen, daß es love's labor lost wäre, daß unſere Liebesbemühungen ganz umſonſt geweſen ſind.

Wir haben uns ſchwer dazu entſchloſſen, und dieſe ganze Äußerung, die ich heute ausſpreche, hätte ich lieber zurückgehalten; wenn ſie nicht notwendig geweſen wäre, um die Zuſtimmung des Reichstages zu gewinnen, wäre es mir lieber geweſen. Ich weiß auch nicht, ob ich ſie gewinnen werde. Sie hätten alſo vielleicht verlangen können, wir hätten früher auflöſen ſollen, ad hoc für dieſe Frage, damit die Wähler in der Lage ſeien, zu wiſſen bei den Neuwahlen: es handelt ſich darum, ob die Sicherung gegen auswärtige Angriffe verſtärkt werden ſoll, oder ob ſie nur die gegenwärtige unzulängliche bleiben ſoll. Es iſt ganz richtig, man muß für eine ſo wichtige Frage eigentlich vorher auflöſen und die Neuwahlen ad hoc veranlaſſen. Wir ſind überhaupt viel zu ängſtlich in bezug auf die Auflöſungen. In England löſt man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, mit dem Nachfolger ſich leichter verſtändigen zu können als mit dem gegenwärtigen.

Darauf bin ich jedoch nicht gekommen. Ich rechne auf gemeinſame Arbeit, nicht auf Parteieinflüſſe. Unterblieben iſt die Auflöſung hauptſächlich deshalb, weil wir gar nicht darauf ge-

faßt waren, daß dieſe mäßigen Forderungen für die Verſtärkung der Wehrkraft überhaupt auf Widerſtand ſtoßen würden. Hätten wir das vorher mit einiger Sicherheit wiſſen können, ſo hätten wir allerdings mehr Zeit gewonnen, wenn wir uns in einer kaiſerlichen Proklamation an das Volk gewandt hätten, auf die Bedenken der militäriſchen Autoritäten darin aufmerkſam gemacht und die Wähler klar vor die Frage geſtellt hätten: wollt ihr, daß Deutſchland ſtärker geſchützt werde, als es bisher geweſen iſt, oder wollt ihr es nicht? Das iſt nicht geſchehen. Es wird unzweifelhaft geſchehen müſſen, wenn Sie uns nicht in den Stand ſetzen, dieſen Schutz zu verwirklichen.

Zum Septennat.

Rede gehalten am 12. Januar 1887.

Der Vorredner (Windthorſt) ſagt: Ich bewillige jeden Mann und jeden Groſchen auf 3 Jahre; dann werden wir wieder zuſammenkommen und ſehen, ob das noch nötig iſt, und wenn wir, die Abgeordneten, finden, daß es nicht mehr nötig ſei, ſo werden wir darauf dringen, daß das Heer vermindert werde. Vorredner mutet uns alſo zu, daß wir das Vertrauen nicht nur auf den guten Willen, ſondern auch auf die militäriſche Einſicht desjenigen Reichstages haben ſollen, welcher über drei Jahre hier wiederum verſammelt ſein wird. Weiß denn Vorredner, wie der beſchaffen ſein wird? Iſt denn die Majorität, über die Vorredner jetzt verfügt, ſo gleichartig, ſo ſicher, ſo unanfechtbar, daß er auch nur auf ein gleiches Verhältnis wie jetzt rechnen kann? Dieſe Majorität, das Konſortium, welches die oppoſitionellen Parteien gegen die Regierungen im Reichstage bilden, ſetzt ſich doch aus den verſchiedenartigſten Elementen zuſammen und kann ſehr leicht durch den Abfall von einem dieſer Elemente vollſtändig erſchüttert und verkehrt werden. Wenn z. B. auch nur die 25 Sozialdemokraten unter der Führung des Redners, den wir heute hörten, zu einer andern Seite übergingen oder ſich losſagten von dieſer jetzigen Majorität, wenn die z. B. gouvernemental würden, ſo würde das einen Unterſchied von 50 Stimmen machen, da auf der einen Seite 25 abzuziehen, auf der andern 25 zu zurechnen wären. Wenn auch nur die

Polen und Proteſtler, Leute aus dem Elſaß, dasſelbe Manöver machen, ſo leidet die Majorität auch ſchon Schaden. Ich will von den Welfen gar nicht reden, die ja aber finden könnten, daß es des Kulturkampfes genug wäre, und daß ſie ſich mal mit ihren eigenen Angelegenheiten ohne die Leitung Windthorſts beſchäftigen wollten. Noch größer wäre die Breſche in dieſe Majorität, wenn beiſpielsweiſe die fortſchrittliche Satrapie dem zentralen Sultanat den Gehorſam aufkündigte. Die Majorität beſteht ja nur auf dieſer ganz eigentümlichen Verſchmelzung der heterogenſten und unter einander widerſpruchsvollſten Elemente, zu zufällig in der Negation und in der Abneigung gegen die Perſönlichkeiten der jetzigen Regierung einig ſind: une haine commune vous unit; ſobald dies aufhört, ſobald Sie irgend etwas Poſitives ſchaffen ſollen, ſo ſind Sie ja vollſtändig uneinig, ſo ſind Sie ja keine Majorität. Sie können gar nicht wiſſen, wie dieſe Majorität nach drei Jahren ſein wird, und auf dieſe geben Sie uns eine Inblanko-Anweiſung! Auf die Majorität, die dann vorhanden ſein wird, ſollen wir das Vertrauen haben, welches notwendig iſt, um in die Hände dieſer Majorität die Verfügung zu legen über das Palladium des Reiches, wie der Abgeordnete ſelbſt ſehr würdig und richtig ſagt! Ohne die Armee iſt das Reich, iſt die Ordnung nicht denkbar, ohne dieſe Grundlage des Rechtsſchutzes würde die ganze Verfaſſung nicht zuſtande gekommen ſein, wie ich geſtern ſchon geſagt habe; der Schutz des Bundes iſt unſere erſte Aufgabe. Auf eine ſolche Majorität will uns Vorredner die Anweiſung geben, daß wir auf ſie Vertrauen haben ſollen, und daß wir uns dem ausſetzen ſollten, daß ſie nach drei Jahren ſchon wieder drängt? Vielleicht iſt die Majorität nach ſieben Jahren ebenſo wenig berechenbar; aber weil gerade jedesmal eine ſchwere Kriſis damit verbunden iſt, weil es eine unſichere Rechnung iſt, weil dem Art. 60 der Verfaſſung Genüge geſchehen muß mit irgend einem Termin, und weil wir das Alternat nicht wollen, das eine Feſſel für den Kaiſer wäre, falls er mehr braucht, als bewilligt iſt, während der Ewigkeit, — aus dieſen Gründen haben wir uns an ſieben Jahre gehalten — auch nach dem Grundſatz, daß das konſtitutionelle Leben eine Reihe von Kompromiſſen iſt. Wir haben dieſen Kompromiß einmal gemacht 1874, als er zuerſt zuſtande kam, — ich lag ſchwer krank im Bette, und in meinem Krankenzimmer haben die Verhandlungen ſtattgefunden, ſowohl mit den Miniſtern, wie mit dem Kaiſer, den Abgeord-

neten, die zu mir kamen — es war namentlich Herr Miquel, der Verhandlungen mit mir geführt hat. Wir haben 7 Jahre vorgeschlagen, wir hätten ebenso gut 10 oder 11 Jahre vorschlagen können, oder, wie die Dienstpflicht im Heere es mit sich bringt, 12 Jahre. Ich hatte mich zu entschließen, ich war der einzige, dem im leidenden Zustande die Verantwortlichkeit dafür oblag, ob damals auf eine solche Frage hin aufgelöst werden sollte oder nicht, und im Interesse des Friedens bin ich auf die sieben Jahre, wie sie mir gebracht waren, eingegangen; aber doch nicht in der Absicht, diese Konzession immer wieder als die Basis zu einer neuen Forderung gelten zu lassen. Dann können wir nicht wieder zu Kompromissen kommen. Im Interesse der Kompromisse halte ich an den 7 Jahren unbedingt fest. Wir haben zwei siebenjährige Perioden gehabt; wir sind bereit, diese siebenjährige Periode weiter zu geben, aber auf eine kürzere nicht einzugehen. Vorredner ist seiner Sache mit den künftigen Majoritäten sicherer, als ich glaube, daß er sein könnte. Die Verhältnisse sind weder bei uns, noch in England, noch in Frankreich so, daß bei der Zerfahrenheit der Parteien irgend jemand auf eine feste und klare Majorität in der Zukunft rechnen könnte. Hätten wir bei uns zwei große Parteien, wie es früher in England Whigs und Tories waren, und zwei Parteien, deren jede doch immer den Fall im Auge hatte, wenn sie in der Opposition lebte, daß sie auch mal wieder regieren könnte, — die wären vollkommen vertrauenswürdig eine für die andere. Mit unseren, ich weiß nicht, 9 oder 10 Parteien, aus denen sich das Konsortium der Majorität künstlich aufbaut, ist gar kein Bund und Rechnung auf die Zukunft möglich. Die lange Dauer des Kulturkampfes hat im Zentrum zufällig Elemente von heterogener politischer Richtung lange Zeit vereinigt. Sind Sie gewiß, daß auch nur das Zentrum fortdauern wird, wenn der Kulturkampf vollständig beseitigt ist? Windthorst ist vielleicht der Meinung, daß man, um das Band der Partei, an deren Spitze er steht, zu erhalten, auch etwas Kulturkampf im Feuer behalten muß. (Zuruf Windthorsts: Nein!) Er hat uns auch schon den Kampf wegen der Schule angekündigt, der an Heftigkeit und Bedeutung den bisherigen weit hinter sich lassen würde. Nun, dieses Band, was Sie bisher vereinigt hat, — sind Sie darüber ganz zweifellos, daß das halten wird? Windthorst ist bei den Neuwahlen der Wiederwahl aller bisherigen Fraktionsgenossen sehr sicher. Ich möchte nur auf eine der wichtigsten

Provinzen seines Reiches in der Wahl verweisen, das ist auf Bayern. Der bayrische Wähler ist in seiner großen Mehrheit monarchisch und katholisch gesinnt. So lange er die Überzeugung hat, daß sein König und dessen Rechte und die Rechte des bayrischen Staates überhaupt bedroht sein könnten; sobald er die Überzeugung hat, daß die katholische Kirche bedroht sei, und daß dieselbe Empfindung in Rom beteilt wird, so lange mag er für Sie wählen. Wenn er aber zweifelhaft darüber werden sollte, ob die Dynastie, ob der König, ob der römische Stuhl ferner die Opposition billigt, — ich weiß nicht, ob darüber Zweifel sein können, aber wenn sie entstehen — sind Sie dann Ihrer Wähler ebenso sicher, wie Sie es waren? Ich wundere mich, von Windthorst das sonst so bereite Ja nicht zu hören. Ähnliche Irrungen in der Berechnung können doch auch noch anderswo vorliegen. Wir können die Wahl ja nicht voraussehen. Auf die Haltung der Regierungen können die Wahlen keinen Einfluß haben; die Regierungen haben ihre Überzeugung festgelegt, nicht nach dem Wunsch des Reichstags oder nach dem Ausfall der Wahlen, sondern ausschließlich nach ihrem Pflichtgefühl, nach ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des deutschen Volkes und für seine Unabhängigkeit und die Integrität unseres Landes. Diese Erwägungen werden dieselben bleiben, auch wenn genau derselbe Reichstag, mit derselben Majorität, wieder vor uns steht. Durch ein nochmaliges Urteil des Reichstags kann die Verpflichtung der Regierung, ihrerseits als dauerndes und nicht wechselndes Element für die dauernde Grundeinrichtung unserer Verfassung, das Heer, zu sorgen, nicht erledigt werden; die Verpflichtung bleibt auf den Regierungen lasten. Keine Verfassung kann ohne Kompromiß existieren. Wenn Sie vom Kompromiß abgehen, wie wir denselben wiederum anbieten, so schaffen Sie eine Lage, die immer von neuem auf den Konflikt mit Notwendigkeit hindrängt. Sie verlangen wegen des Ausfalles der Wahlen, wenn dieser nach Ihren Wünschen ausfiele, daß die Regierungen ihre Überzeugungen ändern und dann sagen sollen: alles das, was wir vor einigen Monaten behauptet haben, wir geben zu, daß es Irrtum ist; oder daß wir sagen: wir geben es nicht zu, wir halten es für die volle Wahrheit, wir sind nach wie vor bedroht; aber aus Feigheit vor dem neugewählten Reichstag thun wir unsere Pflicht nicht und wollen das deutsche Volk minder wehrhaft sein lassen, als es sein kann, das können Sie von den Regierungen nicht,

und namentlich nicht von so starken monarchischen Regierungen, wie sie im Bundesrat sitzen, erwarten. Ich wiederhole: Sie kompromittieren sich ganz unnütz für ein Spiel, indem der Trick für Sie gar nicht in den Karten steckt, wo gar nichts zu gewinnen ist.

Windthorst hat vorhin, um den Mangel an zutreffender Schärfe in seiner Ausführung auszugleichen, mit sehr gehobenem Tone seinen Entschluß kundgegeben, für die Verfassung und für die Volksrechte einzutreten. Ja, das sind gerade wir, die hier für die Verfassung und für die Volksrechte eintreten. Die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite; und Vorredner hat auch, um die Schwäche seiner Argumentation zu verdecken, plötzlich die preußische Verfassung herangezogen, und die Thatsache, daß die beschworen wäre. Ja, die wird bestehen bleiben; auch die deutsche Verfassung wird bestehen bleiben. Das sind ja eben Sie, die dagegen ankämpfen, gegen die verfassungsmäßige Einrichtung einer kaiserlichen und dauernden Armee; Sie wollen sie zu einer Parlamentsarmee machen. Ich nenne eine Parlamentsarmee eine solche, deren Bestand von der wechselnden Majorität des Parlaments abhängig ist. Das hat die Verfassung nicht gewollt. Hätten wir das, als die Verfassung gemacht wurde, gewußt, daß wir je einem Reichstag mit einer solchen Majorität uns gegenüber befinden würden, oder daß die Forderung jemals aufgestellt werden würde von einem Reichstag, dessen Majorität für die polnischen Interessen gegen die deutschen gestimmt hat, hätten wir das voraussehen können, dann hätten wir dem Reichstag nicht, als wir die Verfassung machten, — ich habe den ersten Entwurf gemacht — solche Rechte, wie wir ihm gegeben haben, bewilligt, weil wir gefürchtet hätten, das Vaterland in Gefahr zu bringen. Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstages gerechnet, auf eine ganz andere Wirkung der Institution und der erhebenden, begeisternden Thatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten des Leidens endlich einmal einig ist, sicher in ihrer politischen Existenz, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland, sicher, in Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten beraten zu können; wir haben geglaubt, daß das so erhebend wirken werde auf Leute, die die Entbehrung von allen diesen Dingen auf sich haben lasten gefühlt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten, wie sie hier vorliegen, nie gelangen würden. Darin haben wir uns geirrt! Auch das Volk

hat ſich geirrt, wenn es Sie hierher geſchickt hat, um die Rolle zu ſpielen, die Sie jetzt ſpielen. Alſo die Verfaſſung, das Volksrecht, der Volksſchutz iſt auf unſerer Seite. Wir wollen das Blok ſchützen, wir wollen den Frieden ſchützen; Sie wollen es darauf ankommen laſſen, Sie ſagen: J wo, vielleicht wird es doch nicht Krieg, und wenn es Krieg giebt, ſo werden wir ſiegen, ganz gewiß ſiegen; das hat Vorredner geſagt; dabei ſpielt er doch immer wieder den Zivil-Moltke, das iſt doch nicht zu leugnen. Vorredner hat mich kritiſiert, weil ich die Armee eine kaiſerliche nannte, und geſagt, eine kaiſerliche hätten wir gar nicht. Nun, die Anfechtbarkeit dieſes Ausdrucks von jemand, der eine kritiſche Spitze probieren will, iſt mir von Hauſe aus ganz klar geweſen, und ich gebe ihm gern zu, daß, wenn ich kaiſerliche Armee ſage, ich mir ſehr wohl bewußt bin, daß der Ausdruck nicht genau der Verfaſſung entſpricht; ich habe ihn nur der ſprachlichen Kürze wegen gebraucht. Soll ich jedesmal ſagen: die preußiſche, bayeriſche, württembergiſche, ſächſiſche Armee, die vereinigt ſind zu einem Reichsheer? Das würde ja Ihre Zeit unendlich ermüden. Mit dieſen kleinen Erinnerungen gegen ſprachliche Ausdrücke bringen wir wirklich die Sache nicht vorwärts, mögen Sie die Armee kaiſerliche nennen oder wie — ich hätte ſie monarchiſche nennen können; aber das hat auch wieder ſein Bedenken — wir haben Republiken in Deutſchland, die Hanſeſtädte, und außerdem macht das ſo den Eindruck, als ob ich die Armee als rein im Dienſt der Monarchie gegen die Demokratie oder gegen ſonſt jemand gedacht hätte, kurz, ich bleibe dabei: ich werde auch ferner den Ausdruck kaiſerliches Kriegsheer und kaiſerliche Armee gebrauchen. Außerdem wird die Armee doch unter gewiſſen Umſtänden eine rein kaiſerliche; einmal ſobald Krieg iſt, dann namentlich, ſobald von Präſenzziffer die Rede iſt. Nach Art. 63, vierte Alinea, hat der Kaiſer den Präſenzſtand der Kontingente des Reichsheeres zu beſtimmen. Nun, das iſt doch eine kaiſerliche Funktion, die in bezug auf das ganze deutſche Heer geübt wird. Vorredner hat erwähnt, die Marine paſſiere doch in jedem Jahre ganz ruhig die Scylla und Charybdis der Bewilligung. Ich habe ſchon geſagt: das iſt erfreulich. Ich möchte aber doch auch ſagen, wie der franzöſiſche Dachdecker: cela va bien, pourvu que cela dure. Wenn Sie auf den Gedanken kommen ſollten, uns Schiffe auf ein Jahr oder drei Jahre zu bewilligen, die nachher wieder im Aufſtrich zu verkaufen ſind oder wieder abzuſchaffen oder wieder abzu-

lehnen, dann würde auch die Glätte, mit der bisher die Marinebudgetverhandlungen ſich entwickelt haben, doch ſehr bald aufhören. Ich weiß nicht, warum Sie zu Waſſer kulanter und militäriſch einſichtiger ſind als zu Lande. Aber hier ſind wir nun einmal zu Lande, und ich kann mich auf Ihre Liebenswürdigkeit und Urteilsfähigkeit, die Sie zu Waſſer entwickeln, nicht einlaſſen. Die kürzeren Friſten haben alle den Hintergedanken, die Entſcheidung über die Stärke des Heeres nicht nur in die Majorität des Reichstags zu legen, ſondern den Irrtum, die Legende zu erzeugen, als ob ſie bereits in demſelben läge. Sie wollen unvermerkt unter dem Vorwand, daß Sie es immer gehabt hätten, eine Beſitzergreifung vollziehen. Die würde vollzogen ſein, wenn wir uns jetzt von unſerer Vorlage des Septennats durch Sie herunterdrücken ließen auf drei Jahre, und ſchon aus dem Grunde thun wir es unter keinen Umſtänden.

Eine Veränderung des Reichsſtaatsrechts und des Begriffs desſelben in der ganzen Nation iſt es, wenn die Regierungen ſich auf das einlaſſen, was die Majorität uns vorſchlägt, und wenn ſie ſich zurückziehen von dem, wofür die Vorlage urſprünglich eingetreten iſt. Vorredner hat mir vorgeworfen, wie ja öfter, perſönliche Anfechtungen, die ich geſtern ihm gegenüber ausgeübt hätte. Ich habe gar keine Kritik des perſönlichen Verhaltens des Vorredners geſtern ausgeſprochen; ich habe ſeinen Namen meines Wiſſens überhaupt immer nur genannt als Parteiführer. Das iſt auch lediglich ein Bedürfnis ſprachlicher Kürze, wenn ich „Windthorſt“ ſage, die Partei Windthorſt, ſo meine ich immer Herrn Richter mit und das ganze Heergefolge. Ich kann ſie unmöglich immer aufzählen, ich weiß ſie kaum auswendig all die Völkerſchaften, die hinter Windthorſt marſchieren. Alſo bitte ich, mir die ſprachliche Kürze zu geſtatten, daß ich die geſamte heutige Oppoſition, die auch zum Teil aus dem Zentrum beſteht, das Zentrum im engeren Sinne, die Welfen, die Polen, die Elſaß-Lothringer, ſo weit ſie nicht konvertiert ſind, die Sozialdemokraten und die Volkspartei unter dem Namen des Führers der Oppoſition begreife. Herr Windthorſt hat gegen die Thatſache proteſtiert, daß er in Verbindung mit den Sozialdemokraten und mit Grillenberger genannt iſt, und hat geſagt, er verkehre ſehr freundſchaftlich mit dieſen Herren zwar (Windthorſt: Das habe ich nicht geſagt!), aber er wünſchte nicht, immer mit denſelben indentifiziert zu werden. Ich weiß nicht, ich habe ihn ſo verſtanden, als ob er im bürgerlichen Leben doch nicht

mit ihm einig wäre. In den politiſchen Grundſätzen, richtig, das war es, da iſt er nicht einig. In der Theorie mag er nicht einig ſein, aber in der Praxis gehen ſie immer Hand in Hand. Die ganze Fraktion Windthorſt einſchließlich der Sozialdemokraten marſchiert in geſchloſſener Kolonne. Die Politik, die der Führer verfolgt, iſt eben ſo, daß die Sozialdemokraten ſie mit Vergnügen mitmachen können; ſie iſt geeignet, das Beſtehende zu erſchüttern, in Breſche zu legen und in Zweifel zu ſetzen; und das können die Sozialdemokraten immer mitmachen. Es mag geſchehen, aus welchen Gründen es wolle, Thatſache iſt, daß die Sozialdemokraten nie in die Lage kommen, anders zu ſtimmen als das Zentrum. In der polniſchen, in der bulgariſchen Frage waren ſie einig, da hätten die Sozialdemokraken beinahe ſogar die Führung übernommen, aber doch immer geſtützt auf die „Germania“, die doch nicht ganz ohne Fühlung mit dem Zentrum ſein kann, ſonſt wäre die Reputation, deren ſich dies Blatt erfreut, eine ſehr ungerechte. Aber in allen auswärtigen Fragen, wo die Sicherheit und das Anſehen des Reichs am meiſten intereſſiert iſt, da haben die Sozialdemokraten nie Anlaß gehabt, einen anderen Weg zu gehen, als ihnen vom Zentrum vorgezeichnet war. Iſt das nicht richtig? Iſt das nicht jetzt wieder der Fall? Es mag in einzelnen Fällen vorgekommen ſein, daß ſie diſſentiert haben; aber ich kann mich keines Falles erinnern, wo die Oppoſition des Zentrums gegen die Regierung von der Art geweſen wäre, daß die Sozialdemokraten ſie nicht hätten mitmachen können, oder wo das Zentrum der Regierung ſo nahe getreten wäre, ſie zu unterſtützen, daß die Sozialdemokraten einen anderen Weg gegangen wären. Ich behaupte, daß ich perſönliche Anfechtungen gegen Windthorſt geſtern nicht gemacht habe; ich habe ihn nur als Zentrumspartei, als Oppoſition im allgemeinen genannt; ich ſehe in ihm die Negation verkörpert, und das habe ich nur bezeichnen wollen.

Dann hat er mir geſagt, er habe keine Ambition, Miniſter zu ſein. Ja, ich klebe noch immer etwas an den erſten Traditionen, die ich auf der Univerſität eingeſogen habe über die Kriterien eines konſtitutionellen Regiments, das ja hauptſächlich nach engliſchem Muſter ſich richtete, es iſt ſchon lange her; da wurde im allgemeinen der Grundſatz aufgeſtellt: man hat nur inſoweit das Recht, Oppoſition zu machen, als man bereit iſt, wenn die Regierung ſich nicht darauf einläßt oder deshalb zurücktritt, die Regierung ſelbſt zu übernehmen. Das mag ja heute

nicht mehr gelten. Der Herr Abgeordnete sagt, er hat nicht den Ehrgeiz, Minister zu werden, aber er hat vielleicht doch den Ehrgeiz oder die Absicht, denen, die es sind, das Gewerbe möglichst zu erschweren; wenn er dabei sich ganz außer stande fühlt, es seinerseits besser zu machen, und absolut darauf verzichtet, so ist es eigentlich kein gemeinnütziges Gewerbe, nur den öffentlichen Dienst zu erschweren, ohne in sich die Fähigkeit und die Absicht zu verspüren, es jemals besser zu machen. Wenn ich mich darauf berufe: werden Sie doch Minister an meiner Stelle, so habe ich nur sagen wollen: ich werfe Ihnen die unkonstitutionelle Auffassung vor, daß Sie es für erlaubt halten, einem Minister in Lebensfragen, wie diese ist, so das Leben schwer zu machen, ihn vielleicht in die Unmöglichkeit einer Weiterführung der Geschäfte zu versetzen, ohne daß Sie die mindeste Lust verspüren, die Bürde, die Sie dem anderen unerträglich machen, ihm nachher abzunehmen. Dann hat der Abgeordnete eine Bürgschaft übernommen, die ich doch nicht in meiner amtlichen Stellung acceptieren kann: das ist die Bürgschaft für die Friedensliebe Frankreichs. Er hat offen erklärt, daß die uns nicht angreifen werden. Nun, er mag ja die französischen Verhältnisse und Neigungen durch die vielen Quellen, die ihm seine katholischen Beziehungen geben, vielleicht genauer kennen als ich; aber sind diese Quellen auch ihrerseits vollständig gut unterrichtet, so daß sie die Stimmung dort kennen? Ist es nicht vielleicht mehr das geistliche und gläubige Frankreich, mit dem er Beziehungen haben kann; das amtliche Frankreich, wie es augenblicklich beschaffen ist, ist ja auch friedlich gesinnt. Ich habe da mehr mein eigenes Urteil, ich möchte sagen naturwissenschaftliches und historisches Urteil über das Naturell der Franzosen. Ich glaube, daß sie uns angreifen, wenn sie entweder des Sieges sicher zu sein glauben, oder wenn sie finden, daß sie im Inlande nicht mehr aus noch ein wissen, und versuchen wollen, wenn sie mit dem patriotischen Sturm auf das Ausland losgehen, ob das ihnen nicht eine stärkere Haltbarkeit ihrer heimischen Zustände wieder verleiht. Es ist ja schon mancher Krieg gemacht in der Absicht, die inneren Verhältnisse zu befestigen, warum sollten die Franzosen das nicht auch thun? Windthorst ist der Meinung, das sei nicht der Fall. Wenn es nun doch geschieht, was thun wir mit ihm? Sollen wir ihn den Franzosen ausliefern? Jedenfalls ist er dann verantwortlich. Er hat dann trotz aller Proteste wieder in der Frage, ob die Franzosen gefährliche Gegner für

uns wären, es beſſer gewußt als Graf Moltke; er hat wieder geſagt: ſie ſind vollſtändig ungefährlich. Der Herr iſt immer entrüſtet, wenn ich ihm ſage, er glaube die Sache militäriſch beſſer zu verſtehen, in welcher ich mir kein Urteil anmaße. Wenn Graf Moltke mir ſagt, wir ſind wohl ſicher, die Franzoſen zu ſchlagen, ſo beſcheide ich mich; wenn er mir aber ſagt: es iſt doch nützlich, daß wir uns etwas ſtärker machen, wir können nicht wiſſen, es iſt eine ganz ausgezeichnete Armee, hat ſich ſehr gut im Felde geführt, wir müſſen unſere Verſtärkung im Auge haben, ſo glaube ich ihm auch, und ich möchte gern den Herrn Abgeordneten zu demſelben Maße von Beſcheidenheit auf militäriſchem Gebiete herunterdrücken, das ich habe. — Dann hat der Abgeordnete mir vorgeworfen, ich hätte die Karolinenfrage einmal für ſehr wichtig gehalten, und dann hätte ich ſie eine Lumperei genannt.

Der Herr verwechſelt dabei zwei Dinge, die ja heute zuſammengehören, die aber damals nach meiner Meinung nicht zuſammengehörten: das ſind die Karolinen und Spanien. Ich halte die Karolinen noch heute für eine Lumperei; das, was wir dort erwarten und erſtreben konnten, war ein Geſchäft von ungefähr 60 000 Mark jährlich. Die deutſchen Kaufleute, die da waren, ſetzten entweder einer oder alle zuſammen 60 000 Mark oder vielleicht 120 000 Mark um; wieviel dabei reiner Gewinn war, weiß ich nicht. Wegen dieſer Sache mit Spanien Krieg zu führen, wäre mir nie im Traume eingefallen, und hätten wir eine Ahnung haben können, daß Spanien, welches 1877 amtlich zugegeben hatte, auf unſere und die Anfrage Englands amtlich erklärt hatte, daß es keinen Anſpruch auf die Karolinen mache, hätten wir ahnen können, daß Spanien mit ſeinem Anſpruch plötzlich hervortreten würde, ſo hätten wir von dieſem ziemlich wertloſen Beſitz, — es war das Geſchäft zweier Handelshäuſer, — die Finger gelaſſen. Denn ein Krieg mit Spanien iſt zwar nicht gefährlich für unſere innere Sicherheit, wir wohnen zu weit von einander entfernt, aber es wäre doch immer eine ſehr koſtſpielige Sache geweſen, und unſer Handel mit Spanien, der ſehr erheblich iſt, hätte ſehr darunter gelitten. Alſo ich bezeichne die Karolinen noch heute als eine Lumperei, und gerade weil es eine Lumperei iſt, habe ich mit Spanien deshalb Frieden haben und den Krieg nicht herbeiführen wollen. Weil Spanien die Sache aus einem ſehr viel höheren Tone nahm, als wir vorausſetzen konnten, und uns zum Teil durch Verletzungen und Beleidigungen

das Erhalten des Friedens sehr erschwerte, — nach französischen Gewohnheiten hätte man vielleicht einen vollen Kriegsanlaß daraus genommen, — haben wir uns an die Weisheit und Friedensliebe des Papstes gewendet, und der hat uns vertragen und auseinandergesetzt. Dadurch sind wir die Lumperei der Karolinen allerdings wieder los geworden, aber wir sind dadurch der sehr wichtigen Frage der Möglichkeit eines Krieges mit Spanien, in dem wir nichts weiter zu gewinnen hatten, als eben die Interessen der Firma Hernsheim und irgend einer anderen, aus dem Wege gegangen. Das war durchaus eine sehr ernsthafte Sache, für die wir dankbar sein können. Ich weiß nicht, warum Vorredner diese Sache wieder aufgewärmt hat. Er stand da wieder in Sympathie mit einer anderen, sonst nicht reichsfreundlichen Partei, der Volkspartei. Ich glaube, der Abg. Payer war derjenige, der auch von den Karolinen sprach. Also der Führer dieser bunten gesamten Opposition, dieses Konsortiums, hat doch Fühlung mit allen einzelnen Teilen seines Heeres, und so auch mit der Volkspartei hier wieder bei den Karolinen. Herr Windthorst hat ferner gesagt, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern, und hat dadurch einen gewissen sozialistischen Ton angeschlagen, den wir neuerdings in den Zeitungen, besonders in der „Germania", gefunden haben. In der „Germania" geht es ja bis zum Hetzen zum Klassenhaß. Ich hatte den Eindruck, daß der Abgeordnete, als er das sagte, sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrte und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte, daß er die Arbeiterfrage nur einschieben wollte, weil die Arbeiter eine ganze Menge Stimmen haben. Er sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, ich sehe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so giebt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es giebt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand giebt, mich bittet, hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte. Ich kenne deshalb auch die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich

ſie kenne: für die Sicherheit des Reiches einzuſtehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf, jedesmal, wo er ſie ruft, dazu ſind ſie alle bereit, jeden Tag und alle ohne Ausnahme. Sie beurteilen unſere Arbeiter ganz falſch, wenn Sie glauben, daß ſie dieſe Finaſſerien über den Gewinn von parlamentariſchem Übergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber iſt, von der parlamentariſchen Oppoſitionsführung, von Windthorſt und Richter, beherrſcht zu werden als von der Regierung des Königs. Das ſind alles Irrtümer, und das haftet bei den Leuten auch nicht; das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müſſen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurteilen, die von der Beredtſamkeit ihre Stellung herleiten, und die ſich Arbeiter noch nennen, aber längſt nicht mehr ſind; das ſind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben ſie längſt aufgegeben — eigentliche Arbeiter ſind ſie nicht mehr. Nun hat mir Vorredner vorgeworfen, daß ich geſtern die Toten noch beunruhigt hätte — auf eine für die ſiegende Seite wenig chevalereske Weiſe, indem ich den Schatten des Königs Georg zitiert hätte. Er hat gethan, als wenn ich das mutwillig beigebracht hätte, und hat geſagt, er würde das nicht zur Sprache bringen, wenn er nicht angegriffen wäre. Ja, ich habe ihn gar nicht angegriffen. Ich habe nur die Folgen geſchildert, die eine volle Niederwerfung des Deutſchen Reiches durch die Franzoſen haben würde, und habe unter den Folgen die Wiederherſtellung des Königreichs Hannover genannt. Das iſt doch das Wahrſcheinlichſte und Nächſtliegende, was die Franzoſen thun würden, um das Deutſche Reich in ſeinem Zuſammenhange und Preußen als Hauptglied des Reiches zu ſchwächen. Auch Holſtein würden mir wieder abtreten müſſen und einiges andere. Darauf hat der Herr geſagt, ich ſollte ihm irgend einen Hannoveraner nennen, der jemals beabſichtigen könnte, mit den Franzoſen zuſammen gegen Deutſchland zu marſchieren. Da habe ich ihm zugerufen: König Georg V.

Der Herr Abgeordnete hat mich provoziert, er hat das Bedürfnis, jedesmal ſeinerſeits tapfer für ſein Welfentum einzutreten. Er hat geſagt: nennen Sie mich immerhin einen Welfen, ich bin ſtolz darauf. Ich acceptiere die Erlaubnis und werde ihn in Zukunft immer einen Welfen nennen und für einen Welfen halten. Er hat angedeutet, als ob durch meine Äußerung die Verdienſte des 10. Armeekorps irgendwie geſchmälert

würden, die dieſe ausgezeichnete, tapfere Truppe ſich im Kriege erworben hat. Ja, das iſt doch auch wohl nur geſagt, um eine Unzufriedenheit anderer und vielleicht des 10. Armeekorps zu erregen, was nicht gelingen wird. Die Thaten des 10. Armeekorps ſind ja ganz andere; ſie bewegen ſich in einer ganz anderen, reichstreuen Richtung, als die Haltung der Welfenpartei, ſowohl hier im Hauſe als im Lande. Das 10. Armeekorps, die Hannoveraner im ganzen, ſind eine Stütze des Reiches; das kann ich doch von der Welfenpartei hier im Hauſe nicht ſagen, und ich habe Vorwürfe über dieſe, wie ſie der Herr vorgebracht, gar nicht gemacht. Ich habe nur Thatſachen angeführt, und die Thatſachen ſind ganz unwiderlegbar. Die Verteidigung war vielmehr auf meiner Seite. Windthorſt hat die Neigung der Hannoveraner, ich meine das hannoverſche Haus, ſich durch Frankreich wieder in den Beſitz ſetzen zu laſſen, damit entſchuldigt, daß wir die Verhandlungen mit dem König Georg in Nikolsburg und hier in Berlin ſchnöde abgewieſen hätten. Wir haben ſie abgewieſen, das iſt richtig; aber noch viel — ich will nicht ſagen ſchnöder, aber ſchärfer ſind unſere Beſtrebungen abgewieſen worden, im Frühjahr 1866 mit Hannover zu verhandeln. Wir haben dem König Georg damals angeboten: Wir ſehen den Krieg voraus mit Öſterreich, verſprecht uns neutral zu bleiben, dann habt Ihr das Wort des Königs von Preußen, daß Euch nichts geſchieht; wir verlangen nicht Euren Beiſtand, wir verlangen nicht das Verhältnis im ſiebenjährigen Kriege zu wiederholen, — wo die hannoveraniſchen Truppen an unſerer Seite gefochten haben, — wir verlangen nur Euer Wort, daß Ihr ſtill ſitzen wollt, dann werden wir Euer Gebiet ſchonen und Euch als neutrale Macht betrachten, und der Krieg mag ausfallen, wie er will, Ihr werdet ſicher ſein, in Eurem Beſitz zu bleiben. Es wurde darauf eingegangen, und das Verhältnis war eine zeitlang ſogar ſo freundlich, daß eine Verlobung einer hannoverſchen Prinzeſſin mit einem preußiſchen Prinzen im erſten Frühjahr 1866 in Verhandlungen mit dem Grafen Platen, der mich zu dieſem Zwecke beſuchte, geplant wurde und ſo weit zuſtande kam, daß die jungen Herrſchaften ſich bloß noch einmal ſehen ſollten, um zu entſcheiden, ob ſie ſich konvenierten. So vertraut und freundſchaftlich war unſer Verhältnis. Da kamen plötzlich verſchiedene einflußreiche Perſönlichkeiten — ob mit oder ohne Auftrag von Wien, das weiß ich nicht —, die den König Georg umgeſtimmt haben. Er fing an zu rüſten und Truppen

auszuheben (Windthorst: Im Generalstabswerk stehts anders!), in der Absicht, seine Armee zu verstärken, eine Absicht, die mit der Neutralität nicht verträglich war. Wir erkundigten uns nach den Gründen — es war im Frühjahr —, und es wurde uns geantwortet, wegen der möglicherweise bevorstehenden Teuerung der Preise wollte man statt des Herbstmanövers ein Frühjahrsmanöver machen; — Sie kennen die bekannte Phrase: zum Frühjahr wird der alte Fritz ein Herbstmanöver machen, — und so wurde uns auch damals geantwortet. Die Antwort kann ich wohl, ohne zu weit zu gehen, eine schnöde nennen. Inzwischen war ein hoher Herr und Verwandter des hannoverschen Hauses nach Hannover gekommen und hatte dort Anerbietungen gemacht, auf die ich nicht zurückgreifen will, hatte von 800000 Österreichern gesprochen und hatte den König überzeugt, daß der österreichische Sieg ganz sicher sein würde. Er hatte gesagt: wer weiß, wie es ausfällt, wenn die Österreicher siegen, — während wir sagten: wenn Ihr mit Preußen geht, oder auch nur neutral bleibt — denn mehr als das verlangen wir nicht —, so seid Ihr ganz sicher nach dem Ausgange. Einen Bundesgenossen und eben so sehr einen Neutralen, der das Wort des Königs hat, kann Preußen ja gar nicht anfassen und wird es auch nicht; mit dem muß es nachher unterhandeln; unterliegen wir, dann könnt Ihr immer sagen: so, wie wir nach der geographischen Lage von Hannover zwischen Magdeburg und Minden liegen, war es uns ganz unmöglich, wir haben die Neutralität acceptieren müssen. Das konnte dem König von Hannover niemand zum Vorwurf machen. Nichtsdestoweniger hat man Neigung gehabt, über uns herzufallen, und vielleicht in der Absicht — die Zeugen, die ich dafür habe, kann ich nicht nennen, deshalb will ich es nicht sicher behaupten —, eine Gebietsvergrößerung im Falle des Unterliegens Preußens zu gewinnen. In der Absicht hat man sich schließlich auf österreichische Seite gestellt. Nun, das nenne ich in der That eine doch wenigstens unfreundliche Zurückweisung und insbesondere, nachdem die Verhandlungen einmal so weit gediehen waren, daß wir glaubten, der Neutralität sicher zu sein, und nahe daran waren, unsere Freundschaft durch eine Familienverbindung zu befestigen. Gerade wenn man in der geographischen Lage des Königreichs Hannover war, so mußte man Preußen nicht in diese Versuchung führen. Es war ganz ähnlich mit dem Herzog von Nassau, der eine Politik führte, die überall möglich gewesen wäre, nur nicht unte.

den Kanonen von Ehrenbreitſtein. Auch die Politik, wie ſie Hannover führte, eine aktiv gegen Preußen eingreifende Politik, war überall möglich, nur nicht zwiſchen Minden und Magdeburg, in unſerem Rücken, während wir mit Öſterreich zu thun hatten. Es iſt da wenigſtens nicht klug operiert worden.

Ich habe zu all dieſen nachträglichen geſchichtlichen Erinnerungen gar keinen Anlaß, als den ſtarken Ausdruck ſittlicher Entrüſtung, den ich hier vorhin auf der Tribüne gehört habe, und der mich wenig berührt hat. Nun kann ich nach dieſer Abſchweifung, in der ja ſo viele Wiederholungen ſind von dem, was ich geſtern geſagt habe, nur nochmals die dringende Bitte ausſprechen: entſchließen Sie ſich, ſchon in der zweiten Leſung die Vorlage mit dem Septennat anzunehmen. Ich wiederhole, daß wir das, was Abg. Windthorſt „jeden Mann und jeden Thaler“ nennt, auch dann auf drei Jahre nicht annehmen würden, wenn das eine wirkliche Wahrheit wäre, daß wir jeden Mann und jeden Thaler erhalten, und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht das Beiſpiel geben wollen, Kompromiſſe, die einmal beſchloſſen ſind, wieder zu löſen und zu verlaſſen; wir wollen Sie auf dieſem Wege nicht ermutigen, und wir wollen die Anläſſe zu Konflikten und Verſtimmungen nicht häufen. Die Auflöſung eines Reichstags iſt ja ein vollſtändig verfaſſungsmäßiges Mittel. Wenn Windthorſt ſagt, daß ich dabei Leute zu erreichen hoffte, die zu allem Ja ſagen, was ich wünſche, ſo macht er den Wählern ein falſches Bild von meinen Wünſchen. Ich glaube, ich habe mich nie in der Welt als einen unbilligen, und bis zur thörichten Überhebung unbilligen Menſchen gezeigt, und bei jedem, der mich kennt, wird Herr Windthorſt mit dieſer Charakteriſtik von meiner Perſon keinen Glauben finden. Ich habe mit der konſervativen Partei ja manchen Strauß gehabt, und die Galle iſt mir in meinem Leben ſehr viel öfter übergegangen über meine Freunde als über meine Gegner; aber nichts deſtoweniger habe ich mich nicht dazu veranlaßt geſehen, irgend jemandem wegen Meinungsverſchiedenheiten Vorwürfe zu machen. Ich glaube im Gegenteil, die Führer der Oppoſition ſind durch den blinden Gehorſam, den ſie als Herrſcher über gebogenen Knieen in ihren Fraktionen zu finden gewohnt ſind, ihrerſeits ſo verwöhnt, daß ſie auch den Widerſpruch der Regierung nicht mehr vertragen. Ich bin vielleicht der einzige Menſch, der im Laufe des ganzen Jahres es wagt, Windthorſt zu widerſprechen. Iſt hier im Reichstage irgend einer, der die Kurage dazu hat,

außer den Sozialdemokraten? Dieſe haben den Mut, aber von den übrigen ſind alle in der Furcht vor dem Herrn Parteichef, und der iſt ſeinerſeits keinen Widerſpruch gewohnt und gerät in Zorn und ſittliche Entrüſtung, nur weil ich anderer Meinung bin als er über die Auflöſung. Darum keine Feindſchaft! Kommen Sie alle wieder, dann werden wir uns ganz dieſelben Reden über drei Monate hier halten, die wir heute gehalten haben; aber die Überzeugung der verbündeten Regierungen und ihre feſte Entſchloſſenheit in bezug auf die Wehrhaftigkeit des Volkes, die ſie für notwendig halten, nicht um ein Haar breit nachzulaſſen, wird in drei Monaten dieſelbe ſein wie heute.

Zur Heeresverſtärkung.

Rede gehalten am 20. Januar 1887.

Als der Abg. Windthorſt das Wort nahm, ſagte ich mir: das iſt der Führer, dem die Majorität des Reichstags auf jeden Wink gehorcht, der Mann, der im Reiche das Volk ſo zu ſagen vertritt. Er wird mir alſo etwas Gründliches und Sachliches erwidern, das der Höhe der Lage würdig iſt. Statt deſſen mußte ich es erleben, daß er, anſtatt Gründe für ſeine Überzeugung zu geben, zu der bedenklichen Waffe der Gerüchte gegriffen hat. Er fing damit an, es beſtänden Gerüchte, wir wollten das Wahlgeſetz angreifen. Nun, das liegt in derſelben Gegend, wie die Beſchuldigung, die Regierung wolle die Reaktion', ſie wolle Monopole, ſie wolle das Wahlgeſetz ändern; es fehlt nur noch die Leibeigenſchaft, die gehört doch auch mit in dieſe Kategorie. Herr Windthorſt wird das vielleicht der Fortſchrittspartei überlaſſen, das ſchlägt mehr in ihr Fach. Der Abg. hat von mir ein Bekenntnis zu dem beſtehenden Wahlgeſetze verlangt und die Verſicherung, daß ich mich mit Zerſtörungsplänen für dieſes Wahlgeſetz nicht trüge. Wenn ich alſo geſchwiegen hätte, ſo würde der Abg. nachher in ſeinen Wahlreden und ſeinen Zeitungen ſagen: Darauf hat der Reichskanzler ſeinerſeits nicht geantwortet. Er nötigt mich alſo, trotz meines leidenden Zuſtandes, die Verſicherung, die er verlangt hat, noch zu geben. Ich kann ſie mit der Verſicherung einleiten, daß ich

in einem viel logiſcheren und viel wohlwollenderen Verhältnis zu dem Wahlgeſetz ſtehe als der Herr Abg. Er hat geſagt, er habe urſprünglich das Wahlgeſetz nicht gebilligt. Ich habe es urſprünglich gebilligt, ich habe es vorgeſchlagen. Daß ich mir dabei von der Leichtgläubigkeit vieler Wähler, von dem ungeheuren Maße der Verlogenheit der Wahlagitation die richtige Vorſtellung nicht gemacht habe, bringt mich noch nicht auf den Irrtum, daß ich das deutſche Volk überſchätzt hätte. Ich rechne auf den Fortſchritt, auf die Entwicklung, auf die Schärfung des Urteils durch die Schule nach ihrer vollſtändigen Emanzipation. Der Abg. ſagt dann, er hätte dieſes Wahlrecht nicht für vernünftig, er hätte es für gefährlich gehalten, aber gerade deshalb, ſcheint es, gönnt er es dem Deutſchen Reich. Ich muß alſo annehmen, daß ihm das allgemeine Wahlrecht für Parteizwecke nützlicher als wie für Reichszwecke erſcheint. Ich bekenne mich vor der Nation als den ſchuldigen Urheber dieſes Wahlrechts, und ich habe es als mein Kind gewiſſermaßen zu vertreten. Ich gebe deshalb dem Abg. die von ihm verlangte Verſicherung, voll und unumwunden: im Schoße der verbündeten Regierungen iſt von einer Anfechtung des giltigen Wahlgeſetzes in keiner Weiſe die Rede. Nur der Herr Abg. ſpricht davon; er hält es für ſchädlich, er hält es für nachteilig, er ſagt, er würde es nicht gegeben haben; und da ich nun vorausſetzen muß, daß er denſelben Maßſtab an ſich legt, den er auch an den Finanzminiſter legte, von dem er nach dem Grundſatz: vir tenax propositi verlangte, daß er für das, was er einmal öffentlich erklärt, auch kämpfen müßte, ſo verlange ich von ihm, als von einem Ehrenmann, daß auch er gegen das Wahlgeſetz, wie es iſt, dauernd auftrete, und ebenſo dauernd auch für das Königreich Hannover, wie es jetzt nicht mehr iſt, ſondern wie es war. Das verlange ich von ihm, das verlangt die Theorie, die er dem Finanzminiſter gegenüber entwickelt hat. Er hat ſich öffentlich und amtlich noch neulich im Reichstag unumwunden als Welfen bekannt. Alſo ich habe das Recht, ihn nach ſeinem eigenen Ausſpruch und nach ſeiner eigenen Einſchätzung für einen Welfen zu erklären.

Nach dem Maßſtab, den er an den Finanzminiſter legte, muß ich annehmen, daß der Herr Abg. nach wie vor bei ſeiner Bekämpfung des jetzigen Wahlgeſetzes beharren wird, daß er nur wünſcht, es durch andere zu Fall zu bringen, und daß er bei ſeiner Abſicht, das Königreich Hannover herzuſtellen — auf dem

angeblich gesetzmäßigen Wege — gleichfalls bleiben wird. Jeder verfassungsfeindliche Mann sagt, ich will die Verfassung ändern, allerdings auf gesetzlichem Wege. Wir aber wollen sie gar nicht ändern, auch auf gesetzmäßigem Wege nicht, sondern wir wollen sie halten und ausbilden. Der Abg. erklärte ferner die Sicherheit der Dynastie dadurch bedroht, daß die Sozialdemokratie sich verdoppeln und vervierfachen würde. Nun, die Bestrebungen des Zentrums und der Fortschrittspartei bei den Wahlen sind allerdings darauf gerichtet, durch Wahlkompromisse mit den Sozialdemokraten die sozialdemokratische Partei zu vermehren, und durch Erschütterung jeder Autorität im Lande die Feindseligkeit gegen die Regierung, die in der Sozialdemokratie herrscht, nach Kräften vorzubereiten und zu unterstützen. Ich habe früher schon einmal gesagt, der Fortschrittler ist die Vorfrucht der Sozialdemokratie, indem er alle Achtung vor der Obrigkeit und vor der Kaiserlichen Regierung vorher untergräbt und auf diese Weise auch im Gemüte des einfachen Wählers tabula rasa herstellt, die die Sozialdemokraten brauchen. Die Anfechtungen, die wir aus dem Zentrum erfahren, bewegen sich auf einem anderen Boden. Da habe ich hauptsächlich zu klagen über die Unterstützung, die die Sozialdemokratie bei den Kompromißwahlen, bei den Stichwahlen empfängt. Die meisten Sozialdemokraten sind ja erst durch die Unterstützung des Zentrums in den Stichwahlen gewählt worden. Das ist ja auch nicht so auffällig. Es kann ja gar kein Zweifel bestehen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche, in dessen Namen das Zentrum es liebt aufzutreten, diese Praktiken nach zweifellosen und allbekannten Aussprüchen unbedingt verdammen muß, diese Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie, in der das Zentrum sich bei uns bewegt, sowohl bei den Wahlen als auch bei den Abstimmungen. Ich glaube auch, daß Sie (zum Zentrum) für Ihr weiteres Vorgehen in Rom die Billigung nicht finden, die Sie den Wählern einreden, und ich glaube ferner, daß der Wähler noch vor den Wahlen darüber ins klare kommen wird, ob und inwieweit Sie die Stimme der römischen Kurie für das Umsturztreiben, das Sie begünstigen — nicht betreiben —, gegen das Deutsche Reich auf Ihrer Seite haben. Der Papst ist ein Mann des Friedens und des Erhaltens, und ihm ist nicht damit gedient, daß in die bestehenden Autoritäten Bresche gelegt wird. Wenn der Wähler sich erst davon überzeugt, dann, glaube ich, wird er auch unter dem bloßen Vorwande eines Kirchenkonfliktes sich zu einem

Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht hergeben. Dann wurde ferner eine Andeutung gemacht, als ob wir das Etatsrecht beeinträchtigten. Es handelt sich aber bei diesem ganzen Auflösungskonflikt um gar keine Etatsfrage, sondern um eine Frage der Gesetzgebung auf Grund des Artikels 60 der Verfassung. Artikel 60 der Verfassung hat ein Äternat im Sinne. Wir haben uns auf ein Septennat verglichen, und die Gegner der Regierungen fechten diesen Vergleich an; sie suchen, weil ihnen die Existenz des Reiches an sich oder so, wie es ist, nicht paßt, den Spielraum, den dieser Artikel in der Gesetzgebung nach seiner Fassung läßt, zu benutzen, um das Reich in seinen Fugen und Fundamenten zu erschüttern. Der Herr Abg. hat selbst schon zu erkennen gegeben, wie rasch die periodische Bewilligung heruntergeht. Ich habe vorhin gesagt, die Regierung wollte sich dem nicht aussetzen, daß das Septennat als Ausgangspunkt neuer Bewilligungen, neuer Konzessionen von seiten der Opposition benutzt würde; der Kaiser könne das ihm anvertraute Depot der Regierungsrechte nicht auf diese Weise ohne Zustimmung der verbündeten Regierungen weiter zedieren an den Reichstag. Wir sehen jetzt, daß die drei Jahre Windthorst schon nicht mehr genügen; er plaidiert als für etwas ganz Natürliches, daß wir jedes Jahr einen Konflikt haben müssen. Gehäufte Konflikte — je näher sie liegen, desto unsicherer die Existenz des Deutschen Reiches. Ob dem Herrn Abg. damit gedient ist, weiß ich nicht, und was ich innerlich glaube, habe ich keine Verpflichtung hier auszusprechen. Der Herr Abg. hat sich dann, nachdem er das Gebiet der Gerüchte verlassen hatte, auf das Gebiet der Schlagworte geworfen; dahin rechne ich die Redensart: „Ja, wenn die Regierung das nicht will, dann bleibt gar nichts übrig, als die absolute Monarchie.“ Ja, das ist eine Redensart, die wirklich tief unter der Würde eines so angesehenen Herrn, ehemaligen Ministers und großen Staatsmannes steht, wie es Herr Windthorst ist. Das ist ja eine unglaubliche Übertreibung. Was uns übrig bleibt, das betreiben wir eben in diesem Augenblick von beiden Seiten: den Wähler darüber zu belehren, wohin ihn seine Abgeordneten von der Reichstagsmajorität führen, wenn er dieselben wiederwählt, wenn er sich deren Politik mit gebundenen Händen hingiebt und deren Zeitungen glaubt. Es bleibt uns übrig ein anderer Reichstag mit einer anderen Majorität. Hätte der Reichstag eine nationale Majorität anstatt einer reichsfeindlichen — ich werde den Ausdruck, den der Abg. angefochten

hat, gleich nachher erläutern —, dann wäre sehr viel mehr Vertrauen berechtigt; dann wäre das richtig, was der Abg. von hin sagte. Ein „verständiger“ Reichstag — wohlgemerkt, das Wort unterstrichen — ein „verständiger“ Reichstag wird ja nicht die Beibehaltung oder Verstärkung der Armee ablehnen, wenn das Bedürfnis vorhanden ist. Gewiß, ein verständiger Reichstag wird beurteilen, ob das Bedürfnis vorhanden ist, und ist er wirklich verständig, das heißt, ist er wirklich reichsfreundlich, so wird er wahrscheinlich ebenso urteilen wie die Regierungen; denn die haben auch kein Vergnügen daran, noch mehr Soldaten zu haben, noch mehr Steuern zu erheben; Paradezwecke haben sie nicht. Aber wenn nun der Reichstag nicht reichsfreundlich wird — ich meine die Majorität? Der Abg. hat gesagt: wir fechten eine der wesentlichsten Reichseinrichtungen mit Geringschätzung an. Aber alles, was wir sagen, richtet sich doch nur gegen die augenblickliche Majorität, und diese besteht in der Hauptsache aus notorischen Reichsfeinden, die selbst das Zeugnis Windthorsts, daß sie reichstreu seien, nicht annehmen. Es ist ja für die parlamentarischen Einrichtungen ganz nützlich, wenn man ein gewisses stillschweigendes convenio hat: wir wollen uns alle gegenseitig für tugendhaft halten, und ein Schuft, wer das Gegenteil thut! Das heißt: die Geschäftsordnung soll den strafen, der überhaupt sich erlaubt, an der Tugendhaftigkeit und ehrlichen Reichstreue des anderen zu zweifeln. Nun, die Geschäftsordnung mag den Abgeordneten das ja vorschreiben, und sie werden danach handeln; für mich, für die Redefreiheit, die ich im Namen des Königs und der Regierung habe, ist die Geschäftsordnung aber nicht bindend; ich habe nicht die Verpflichtung, jeden für reichstreu und königstreu zu halten, der sich dafür ausgiebt; namentlich die Kryptorepublikaner in der Fortschrittspartei habe ich nicht die Verpflichtung für königstreu zu halten. Ich glaube nicht, daß es auf den Eingeweihten noch irgendwelchen Eindruck macht, wenn die königsfeindlichsten Aufforderungen mit einem: „Es lebe der König und das ganze königliche Haus!“ begleitet werden. In der Provinz, da mag es einen gewaltigen Eindruck auf die Leute machen, weil sie die parlamentarische Thätigkeit dieser Herren nicht kennen und nie kennen lernen, die lassen sich durch solchen Royalismus bethören.

Der gemeine Mann in Preußen — das erwidere ich Herrn Windthorst auf seine Befürchtungen für die Dynastie — läßt sich nur durch Versicherungen im Namen des Königs täuschen

und verführen, und die werden ja allerdings von den Herren reichlich gegeben; sie beteuern ihre Königstreue durch die Hochs, die sie ausbringen, durch ihre Versicherungen, und sagen: Richtet Euch nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken; meine Werke mögen dem Könige und seiner Regierung feindlich sein; aber die Worte werden alles decken und machen alles gerecht. Ich stehe also nicht an, die Zwecke und die letzten Ziele der Fortschrittspartei als unverträglich mit den monarchischen Einrichtungen zu bezeichnen, als antimonarchisch und als kryptorepublikanisch. Wir sind weit entfernt davon, der absoluten Monarchie zuzustreben; ich halte diese überhaupt für eine unmögliche Einrichtung; denn dann regiert entweder der Büreaukrat oder der Generaladjutant oder irgend jemand, der das Geschäft nicht kennt. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Monarchie temperiert werde durch die Freiheit der Presse, durch die Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit der Zustimmung zu jeder Änderung des gesetzlichen status quo, das heißt also, daß die gesetzgebende Gewalt geteilt werde und daß Vertreter des Volks und eine freie Presse imstande seien, ohne Furcht und ohne Rücksicht den König und seine Regierung auf jeden irrtümlichen Weg, den er einschlägt, aufmerksam zu machen. Darüber hinaus liegt ein Bestreben, das mit der preußischen Verfassung nicht übereinstimmt: das ist das Mitregieren, und alle Versuche, die in Preußen und im Reich dem Satz der preußischen Verfassung widersprechen: die vollziehende Gewalt ruht beim König allein.

Ich spreche dieses politische Glaubensbekenntnis aus, um den Gedanken zu bekämpfen, als ob ich ein Freund des Absolutismus und der unbeschränkten Gewalt wäre. Der Absolutismus herrscht in den parlamentarischen Fraktionen; er herrscht auch dann, wenn eine Majorität ihn ausübt, eine Majorität von 1 Stimme. Dann ist er viel gröber, als wenn ein Einzelner ihn ausübt. Ein Einzelner hat immer Rücksicht zu nehmen auf die Meinungen; eine Majorität hat gar keine Rücksichten zu nehmen: stat numerus pro ratione. Es ist ja für den Bundesrat eine außerordentliche Erleichterung, daß er, wenn er die Beschlüsse des Reichstags ablehnen muß, nicht mehr Gründe anzuführen braucht, sondern einfach zu sagen berechtigt ist — er thut es nicht immer, aber er ist doch dazu berechtigt —: dieser Beschluß des Reichstages hat die Majorität im Bundesrat nicht gefunden, und damit ist es gut. Es ist das eine vortreffliche

Einrichtung, um die ich die Parlamente immer beneidet habe. Jetzt haben wir ſie in Deutſchland auch. Der Herr Abg. hat mir wiederum vorgeworfen, ich verhöhnte die Hannoveraner als ein königstreues Volk. Eine ſolche Verhöhnung liegt mir vollſtändig fern. Wenn ich etwas, nicht zu verhöhnen, aber anzugreifen geneigt bin, ſo iſt es das Verfahren derjenigen, die mit den königstreuen Gefühlen dieſer ehrlichen Bevölkerung des Lüneburger Landes für ihre ehrgeizigen Parteibeſtrebungen Geſchäfte zu machen ſuchen. Das tadle ich in der That aufs höchſte, das verhöhne ich, wenn ich es kann. Nun, ich habe dem, was ich ſagte, nichts weiter hinzuzufügen; ich freue mich, dieſe Debatte angeregt zu haben. Wenn der Abg. vorhin geſagt hat, es mache ihm den Eindruck, daß ich mich mit dem Grafen Stirum verabredet hätte, — er ſprach von dem Duett Bismarck-Stirum —, ſo kann ich ihm darin vollſtändig recht geben. Ich habe mich mit dem Grafen Stirum verabredet und möchte den Abg. Windthorſt fragen, ob er eine ſolche Verabredung für verfaſſungswidrig hält. Er trug das vor mit dem Tone der ſittlichen Entrüſtung, den er ſo ſchön anzuſchlagen weiß, als ob er mir damit eine ganz ſchändliche Handlung vorwerfen wollte. Ich gehe noch viel weiter; ich habe erſt in der vergangenen Nacht, ſchlaflos, wie ich war, die Rede Windthorſts geleſen, namentlich die Rede von den Monopolen, ich weiß nicht gerade welche, und da dachte ich mir: das kann ſo nicht hingehen, das kann nicht unwiderſprochen bleiben, das iſt nur zu den Wählern geredet, dagegen muß etwas geſchehen. Darum habe ich den Grafen Stirum gebeten, mir die Ehre ſeines Beſuchs zu ſchenken, und mit ihm verabredet, daß wir da doch einſchreiten müßten. Dazu bin ich doch vollſtändig berechtigt. Hat der Landtag, das Abgeordnetenhaus nicht das Recht, davon unterrichtet zu ſein, welche Politik durch die Geſandten, deren Gehälter es bewilligt, vertreten wird? Und iſt es überhaupt für die Abgeordneten in Preußen ſo ganz gleichgiltig, ob ſie erfahren, was ihr König im Reichstag für eine Politik vertreten läßt? Ich habe mir die Sache in einer zweckmäßigen Weiſe einzurichten geſucht, um mir die Möglichkeit zu gewähren, mich über dieſe Frage auszuſprechen. Daraus mache ich gar kein Geheimnis und proteſtiere dagegen, daß irgend etwas anderes darin gelegen hätte, als die Bereitwilligkeit, meinem Lande in möglichſtem Einverſtändnis mit ſeinen Vertretern diejenigen Dienſte zu erweiſen, die nach meinen ſchwachen Kräften hier möglich ſind. Dazu rechne ich auch die

Klarlegung des Reichstagskonflikts in dem preußiſchen Landtage, der $^3/_5$ der Bevölkerung des Deutſchen Reiches vertritt. Es wäre faſt eine Vernachläſſigung dem gegenüber, wenn ich es unterlaſſen hätte, die ich nur mit meinem Geſundheitszuſtand hätte entſchuldigen können.

(Nach dem Abg. Richter.)

Ich wünſche nur, daß der Abg. Richter als Wahlparole für die Fortſchrittspartei die Gefahr ausgebe, in welche die Krone Preußen durch die Macht des Kanzlers geſetzt worden iſt; da bin ich ihm ſehr dankbar; dann braucht er ſich weiter gar nicht zu bemühen. Ich will ihm nur wünſchen, oder vielmehr ich will dem Abg. Windthorſt nur wünſchen, daß der Abg. Richter ihm eben ſo gehorſam bleibe, wie ich es unter allen Umſtänden dem König von Preußen bin. Ich kann das mit Heiterkeit ſagen; denn es unterliegt keinem Zweifel; der Zweifel daran verfällt notwendig der Lächerlichkeit. Ich habe aber noch einige rebelliſche Gedanken von der Fortſchrittspartei gegen das Zentrum aus der Kritik über die Zollgeſetzgebung aus der Rede Richters hervorleuchten ſehen, und ich möchte Windthorſt empfehlen, bei Zeiten darauf zu ſehen, daß das nicht in die Saat ſchießt; ſonſt wird die Einigkeit zwiſchen den beiden Fraktionen doch ſchließlich in die Brüche gehen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Herr Richter ſich heute gegen Windthorſt einſtweilen nur bedingt und im Rückblick auf die Vergangenheit auflehnt, und das hat mich überraſcht.

Abg. Richter hat es unanſtändig gefunden, den König in unſerer Debatte zu erwähnen. Dann muß er auch die Verfaſſung unanſtändig finden, denn in einzelnen Artikeln ſagt ſie vom König: der König thut dies oder das. Ja, dann leſen Sie doch die Verfaſſung, Sie ſcheinen das nicht zu glauben, ich kann überhaupt die Leſung der Verfaſſung nur ſehr empfehlen, auch hier, wie im Reichstage; die Verfaſſungen ſind viel beſſer wie die parlamentariſchen Theorien. Wer wünſcht, daß vom König nicht die Rede ſein ſoll, der hat das Bedürfnis, die königliche Gewalt in Vergeſſenheit geraten zu laſſen; ja, das ſitzt dahinter, wenn man ſagt, davon darf nicht geſprochen werden. Wir haben ja in oſtaſiatiſchen Ländern ſolche verehrte Perſonen gehabt, die ſo hoch waren, daß ſie nicht geſehen und von ihnen nicht geſprochen werden durfte. Wir haben in England die Theorie, daß vom König nicht geredet werden darf, weil das die Ariſto-

kratie in den Schatten gestellt hätte. Und bei uns stellte es einen Parteichef in den Schatten, wenn vom Könige zu viel geredet wird! Nun, bei uns in Preußen ist der König, Gott sei Dank, ein mächtigerer Mann und eine ansehnlichere Potenz, mit der jeder rechnen muß. Daß hier und da von einer Gefährdung der Krone die Rede sei, daran glauben ja die Herren selbst nicht, sie sind sich dieser Schwäche bewußt und wollen nur, daß von der Stärke des preußischen Königtums möglichst wenig die Rede sei, dann sind sie schon froh. Ich halte das nicht für unanständig, ich halte mich an die Verfassung und werde von dem Könige reden, so oft als ich berufen bin, seinen persönlichen Willen geltend zu machen, der für mich ein wesentlicher Entscheidungsgrund ist. Der Abg. hat für seine Verfassungstheorie sich nicht mit der Verfassung an sich behelfen können, sondern er hat eine Art Abstraktion, ein Destillat daraus gezogen, was er deren „Wesen" nennt. Er sagt, es handle sich nicht um den Wortlaut, aber um das Wesen der Verfassung, die dem gegenübersteht. Er sagt, die Theorie, die ich von der Reichsverfassung entwickelt hätte, stehe mit dem Wesen der Verfassung in Widerspruch. Ich kann mich auf das „Wesen" nicht einlassen, das ist eine fortschrittliche Phantasie, ein fortschrittliches Destillat, das kann man zu Nutz und Frommen der Fraktion zurecht machen, ich halte mich aber an den Wortlaut und an den Inhalt der Verfassung, dem will ich vollständig treu bleiben. Danach ist Art. 59 der Reichsverfassung maßgebend für die Präsenzstärke im Heere, wenn ein Gesetz und so lange dieses Gesetz auf Grund des Art. 60 nicht zustande gekommen ist. Dieses Verhältnis lag vor bis 1874, und deshalb hat man sich damals mit dem Notbehelf genügen lassen auf kurze Zeit, indem man immer hoffte, ein solches Gesetz zustande zu bringen. 1874 ist es zustande gekommen. Der Abgeordnete und viele mit ihm glauben, daß damit diejenige Grenze dargestellt sei, als eine Maximalgrenze, bis zu der der Kaiser nur berechtigt sei zu gehen, während umgekehrt nach der ganzen Genesis der Verfassung es eine Minimalgrenze bildet, bis zu der zu bewilligen der Reichstag nach der Verfassung verpflichtet ist. Das werden Sie in Art. 62 und 63, wo die Anleitungen für die Ausgabenbewilligung des Militäretats enthalten sind, finden, wenn Sie es nachlesen wollen. Das wird modifiziert durch das jetzt geltende Septennat, das 1888 im Frühjahr abläuft und das wir vollständig bereit sind, auf weitere 7 Jahre zu erneuern. Es bildet

dieſe Beſtimmung eine Minimalgrenze, mit der der Kaiſer zufrieden ſein muß, trotz ſeiner außerordentlichen Vorrechte, die die Verfaſſung im erſten Eifer der unitariſchen Beſtrebungen und des überſtandenen Krieges in die Hände des Kaiſes gelegt hatte und die durch das auf Grund des Art. 60 zu gebende Geſetz modifiziert werden ſollten. Die Herren wiſſen wohl, daß dies die Minimalgrenze iſt, bis zu der der Kaiſer das Recht hat, daß ihm bewilligt werde. Das ſchließt nicht aus, daß der Kaiſer unter Umſtänden, wenn gefährliche oder veränderte Zuſtände eintreten, ein Mehr im Reichstag beantragt, das er, ſo lange er an dieſe Minimalgrenze gebunden iſt, mit der er zufrieden ſein muß, ohne Zuſtimmung des Reichstags nicht erreichen kann. Und deshalb iſt der Abgeordnete ſehr im Unrecht und im Irrtum geweſen, wenn er aus den Vorgängen, die mit dieſer Ausführung im Zuſammenhang ſtehen, den Beweis hat herleiten wollen, die Regierung ſelbſt habe das Kompromiß nicht gehalten.

Die Regierung hat das Kompromiß ſehr wohl gehalten; aber das Kompromiß ſchloß gar nicht das Beſtreben der Regierung aus, nach Bedürfnis die Zuſtimmung des anderen Faktors zu einer Erhöhung nachzuſuchen. Das war das beſtehende Geſetz, und iſt das beſtehende Geſetz nur eine Minimalgrenze, mit der der Kaiſer zufrieden ſein muß, ſo lange das Geſetz in Giltigkeit iſt. Iſt die Gültigkeit desſelben abgelaufen, ſo tritt der urſprüngliche Zuſtand ein, der da war, ehe das Geſetz zuſtande gekommen war. Die Verfaſſung wollte urſprünglich die Sicherſtellung des Heeres vor allen Schwankungen. Das war ohne eine gewiſſe kaiſerliche Willkür nicht möglich. Dieſe Willkür wurde zuerſt in die Verfaſſung hineingebracht dadurch, daß die 3jährige Präſenzzeit bei der Fahne aller wehrpflichtigen Deutſchen im Art. 59 beſtimmt wurde. Im Art. 63 wurde ſodann dem Kaiſer das Moderamen in die Hand gelegt, die Präſenzzeit zu beſtimmen; er bekam alſo das Recht, die ungemeſſene und unausführbar hohe Präſenzziffer zu reduzieren. Es handelt ſich bei Art. 63 nur um eine Beſchränkung dieſer ungemeſſenen kaiſerlichen Gewalt nach unten in der Ziffer. Der Antrag der Regierungen bricht alſo in keiner Weiſe das Kompromiß, wie der Abgeordnete mit einigem Pathos, um die Regierung ins Unrecht zu ſetzen, behauptet hat. Aus dem Beginn der Rede des Abgeordneten habe ich mit erneuter Verwunderung entnommen, ein wie wichtiges Element in unſeren Verfaſſungs- und Geſetzgebungsverhältniſſen der Schankwirt iſt. Die Herren bil-

den ſich ein, daß mit der Monopolfrage, die für die Schankwirte ſo wichtig iſt, eine große Maſſe Wähler geängſtigt werden könne, und darum heben ſie dieſelbe immer wieder von neuem hervor und ſagen: die Regierung beabſichtigt das doch u. ſ. w. Sie denken, wenn ſie die Schankwirte auf ihrer Seite haben, dann haben ſie auf ihrer Seite alles, das Deutſche Reich, die Militärvorlage, die Verfaſſung. Das iſt überhaupt ihre Politik, daß ſie die Schankwirte für ſich zu gewinnen ſuchen, indem ſie immer wieder von Monopol und von Monopol ſprechen, damit der Schankwirt geängſtigt werde und bei den Wahlverſammlungen, die in ſeinem Lokale ſtattfinden, für die Schnapspolitik der Wahlunternehmer Partei nehme. Ich halte die Schankwirte für eine achtbare Klaſſe von Menſchen, aber dieſer vorwiegende Accent, der — von ſeiten der Fortſchrittspartei wundert es mich ja nicht — aber auch von ſeiten der Zentrumspartei auf die Monopolfragen gelegt wird, vergegenwärtigt mir doch immer, daß ſehr viel Wert von dieſen beiden Parteien auf den Beiſtand der Schankwirte gelegt wird. Anders kann ich mir dieſes ewige Zurückkommen auf die Monopole nicht erklären, als daß es beſtimmt iſt, vor den Wahlen einzuwirken auf dieſe einflußreiche Menſchenklaſſe, gegen deren Sympathie alle Gründe der auswärtigen Sicherheit des Reiches, der Befeſtigung der Reichsverfaſſung und der Entwicklung von Kompromiſſen nichts gelten; das fällt alles weg, wenn nur der Schankwirt gewonnen wird durch ſeine Furcht vor dem Monopol. Der Herr Abg. hat mir vorgeworfen, daß ich ebenſo wie der heidniſche Gott Saturn meine eigenen Kinder verzehrte, und dies erläutert an dem Beiſpiel der Kirchengeſetze. Nun muß ich die Vaterſchaft für die Kirchengeſetze auf das entſchiedenſte in Abrede ſtellen. In dieſem Hauſe, in Preußen iſt in erſter Linie der Reſſortminiſter für dieſe Geſetze verantwortlich, in zweiter Linie ſeine Kollegen. Ich lehne die Verantwortlichkeit für die Geſetze hier durchaus nicht ab von mir, ich bin dafür eingetreten, aber die Vaterſchaft ſtammt durchaus nicht von mir. Ich wäre gar nicht im ſtande geweſen, ein ſo juriſtiſch fein ausgearbeitetes Geſetz zu ſpinnen. Ich war damals abweſend, ich war nicht einmal Miniſterpräſident. Ich bin einigermaßen verwundert geweſen über die Künſtlichkeit des Geſpinſtes, ich bin nachher, namentlich als die Fortſchrittspartei anfing, des Kulturkampfes ſatt zu werden, und ihrerſeits teils kurtim, teils mit klingenden Fahnen überging in das Lager des Zentrums, zweifelhaft geweſen, ob man wirklich

einem öffentlichen Bedürfnis entſpräche, wenn man die damalige Kirchengeſetzgebung weiter und feſter vertrete. Ich habe damals angefangen die Sache zu ſtudieren und habe gefunden, daß jene Geſetzgebung eine große Menge von Beſtimmungen enthielt, die es gar nicht wert waren, um ihretwegen zu fechten; ich habe außerdem gefunden, daß eine ſolche Reform, die das geiſtige Gebiet übertrat, nur durchzuführen iſt, wenn ſie durch die öffentliche Meinung der Mehrheit der Nation mit zwingender Gewalt getragen wird. Das war nicht der Fall, es ſchien eine Zeitlang zu ſein, aber die Fortſchrittspartei hat ſich die Bekämpfung des Reichskanzlers, nicht die Bekämpfung des Papſtes angelegen ſein laſſen. Infolgedeſſen ging ſie in das andere Lager über, und es bildete ſich eine ſtarke Majorität gegen uns. Abg. Richter hat mir ja jede konſtitutionelle Fakultät für Berückſichtigung der Mehrheit meiner Mitbürger abgeſprochen. Aber ich muß doch ſagen, daß ich den erwähnten Thatſachen gegenüber zu einer Prüfung der Sache, die ganz außerhalb meines Reviers und meiner Aufgaben lag, gekommen bin. Wenn Sie wüßten, quantae molis es geweſen iſt, durch beinahe 25 Jahre die auswärtigen Verhältniſſe, die Beziehungen zum Auslande zu erhalten, ſo würden Sie die Verantwortung für jeden einzelnen Geſetzesparagraphen, der in dieſem Hauſe zur Annahme gekommen iſt, von mir nicht verlangen; es iſt das nur eine der Ungerechtigkeiten, die man gegen einen politiſchen Feind mit Vergnügen übt und deren Ablehnung mir nicht viel hilft. Ich bin darauf gefaßt; aber ich bin durch die dauernde Mißhandlung 25 Jahre hindurch hinreichend abgehärtet, um auch das tragen zu können. Nachdem ich das Bedürfnis der Reviſion der Kirchengeſetze erkannt habe, bin ich ganz offen vorgegangen, und ich geſtehe ganz offen, ich würde es noch weiter thun, wenn ich den Beiſtand aller meiner Kollegen dazu hätte haben können.

Der Herr Abg. hat ferner geſagt, daß andere Einrichtungen meine Ideale ſind. Das muß ich als eine objektive Unwahrheit ganz entſchieden zurückweiſen. Mein Ideal ſind nur andere Wahlen, eine andere Majorität. Mit dieſer Majorität iſt auf die Dauer nicht zu leben; ſo lange ſie da iſt, muß das Reich verkrüppeln und verkommen und von ſeinen Nachbarn nicht mehr mit dem Anſehen betrachtet werden, auf das es Anſpruch hat. Ich werde ſorgfältig nach dem Ziele hinarbeiten, andere Wahlen und andere Majoritäten zu erlangen. Andere Einrichtungen, andere Wahlgeſetze, alles das erſtreben wir nicht; das iſt auf

geſetzmäßigem Wege nicht zu erlangen, und wir ſind geſonnen, auf geſetzmäßigem Wege zu bleiben. Aber wenn Sie, die Oppoſition, glauben, uns gewiſſermaßen auszuhungern durch Geduld, ſo haben Sie doch eine zu geringe Meinung von der Geduld, die unſererſeits vorhanden iſt, und von der Härte des Entſchluſſes, auf die Sie bei uns ſtoßen werden. Ich werde etwas getröſtet in dieſen Betrachtungen, wenn ich auf die Vergangenheit der letzten 25 Jahre zurückblicke, in denen ich von dieſer Stelle oft geſprochen habe. Ich erinnere mich, daß jeder Fortſchritt der preußiſchen Monarchie und des Deutſchen Reichs von den Vertretern der Fortſchrittspartei auf das bitterſte und ſchärfſte bekämpft iſt. Es fing das an, als ich zuerſt herkam; da fand ich die Frage der Militärreorganiſation im vollſten Brand und wurde als eine Art Landesverräter behandelt. Man drohte mir mit dem Schickſal Straffords und mit noch ſchlimmeren Dingen; ſchließlich iſt die Militärreorganiſation doch eine Wirklichkeit geworden. Darauf kam eine ſchwierige auswärtige Frage; es war die polniſche, in der ich ganz entſchloſſen für Rußland Partei nahm. Die ganze mir gegenüberſtehende Fortſchrittspartei, die damals die Majorität hatte, nahm für die Polen Partei. Wir ſind doch ſchließlich mit Rußland Freund geblieben und nicht die Freunde der Polen geworden. Es kam nachher der däniſche Feldzug. Den hat die Fortſchrittspartei mit allen Mitteln der perſönlichen und politiſchen Chikane erſchwert. Er wurde dennoch ohne Bewilligung von irgend welchen Mitteln in Szene geſetzt und die Befreiung Holſteins und Schleswigs von Dänemark, die wir erſtrebt hatten, die die Fortſchrittspartei uns aber nicht gönnte. Ich weiß nicht, ob ſie ſie ihrerſeits wollte; wenn ich an den Abg. Hänel denke, ſo möchte ich glauben, es wäre der Fall geweſen. Jedenfalls ſtanden Sie damals, als wir den Krieg anfingen, mit Ihren Sympathien mehr auf däniſcher Seite und hofften, es würde uns nicht gelingen; Sie hofften nicht auf den preußiſchen Sieg — kann ich wohl ſagen, ohne den Herren zu nahe zu treten. Die Befreiung von Holſtein haben Sie bekämpft. Den Krieg mit Öſterreich, welcher die Vorbereitung zur Herſtellung des Norddeutſchen Bundes war, haben wir contre vent et marée geführt; wir haben den bedauerlichen gordiſchen Knoten, wie ich im anderen Hauſe ihn genannt habe, mit dem Schwerte zerhauen müſſen. Da hat uns die Fortſchrittspartei nicht beigeſtanden; ſie hat bis zum letzten Augenblick uns dieſe Löſung der deutſchen Frage mit dem Schwerte

erſchwert und uns dabei gehindert. Sie hat gegen den Norddeutſchen Bund geſtimmt; ſie hat die Bildung des Norddeutſchen Bundes erſchwert. Sie hat uns bekämpft in jeder möglichen Weiſe in der Rüſtung gegen Frankreich, obwohl jedermann, der überhaupt einen politiſchen Blick hatte, vorausſehen mußte, daß die Schlacht von Sadowa einen Kampf mit Frankreich nach ſich zöge. La revanche pour Sadowa war damals das franzöſiſche Schlagwort, und aus dem Schoße der Fortſchrittspartei wurde 1869 ein Abrüſtungsantrag geſtellt — wie ich gehört habe, aus Anlaß eines Franzoſen von europäiſcher Berühmtheit. Nun, wie man im Scherz ſagt, ſo ein bischen Franzöſiſch, das iſt doch gar zu ſchön; und wenn es ein berühmter Mann, wie Garnier-Pagès iſt, da iſt ein Deutſcher vollſtändig entwaffnet und folgt ihm. So wurde 1869 aus dem Schoße der Fortſchrittspartei ein Abrüſtungsantrag geſtellt. Der Krieg mit Frankreich wurde uns außerdem auch noch erſchwert durch die ſchließlich auf juriſtiſchem Gebiet noch verfolgten landesverräteriſchen Umtriebe von Mitgliedern der Fortſchrittspartei; ſo nenne ich nur den Namen Jacoby, der, während wir mitten im Kriege waren, die Sympathien der deutſchen Fortſchrittspartei für Frankreich laut zu erkennen gab. Was wir weiter von der Fortſchrittspartei für Hemmſchuhe und Hinderniſſe gehabt haben — ich brauche nur die Reichsverfaſſung zu nennen, gegen die die ganze Fortſchrittspartei geſtimmt hat, nachher die Verſtaatlichung der Eiſenbahnen, wo die Fortſchrittspartei bis zuletzt gegen die Staatsintereſſen die der großen Privatkapitaliſten vertreten hat, den Schutz der inländiſchen Arbeit, bezüglich deſſen Herr Richter noch heute ſich ſeines Widerſtandes rühmt. Alſo kurz und gut, alles, was Deutſchland groß, reich und einig gemacht hat, iſt immer von der Fortſchrittspartei bekämpft worden, und iſt doch immer zuſtande gekommen. Deshalb gebe ich auch die Hoffnung nicht auf, daß, weil die Fortſchrittspartei unſer Gegner iſt, doch die Militärvorlage zuſtande kommen wird.

Über dasselbe.

Wenn ich heute das Wort ergreife, so ist es nicht, um die Vorlage, die der Herr Präsident eben erwähnte, Ihrer Annahme zu empfehlen; ich bin nicht in Sorge darüber, daß sie angenommen werden wird, und ich glaube nicht, daß ich irgend etwas dazu beitragen könnte, die Mehrheit, mit der sie angenommen wird, und auf die allerdings im Inlande wie im Auslande ein hoher Wert zu legen ist, zu steigern. Die Herren werden in allen Fraktionen darüber ihren Sinn festgestellt haben, wie sie stimmen werden, und ich habe das volle Vertrauen zum deutschen Reichstag, daß er diese Steigerung unserer Wehrkraft zu einer Höhe, auf die wir im Jahre 1867 bis 1882 allmählich verzichtet haben, daß er die uns wiedergeben wird, nicht in Ansehung der augenblicklichen Lage, in der wir uns befinden, nicht in Ansehung der Befürchtungen, die heutzutage die Börse und die öffentliche Meinung bewegen können, sondern in vorausschtsvoller Beurteilung der Gesamtlage Europas. Ich werde deshalb, wenn ich das Wort ergreife, mehr über die letztere zu reden haben, als über die Vorlage.

Ich thue es nicht gern, denn in dieser Sache kann ein Wort, welches ungeschickt gesprochen wird, viel verderben, und viele Worte können nicht viel nutzen, lediglich die Aufklärung der eigenen Landsleute und auch des Auslandes über die Situation fördern, die ja ohnehin sich finden wird. Ich thue es ungern; aber ich fürchte, daß, wenn ich schweigen würde, dann nach den Erwartungen, welche sich an die heutige Debatte geknüpft haben, die Beunruhigung in der öffentlichen Meinung, die nervöse Stimmung in unserer und der fremden Bevölkerung sich eher steigern als mildern würde. Man würde glauben, daß die Sache so schwierig und so kritisch ist, daß ein auswärtiger Minister gar nicht wagte, die Situation zu berühren. Ich spreche deshalb, aber ich kann sagen, mit Widerstreben.

Ich könnte mich darauf beschränken, auf die Äußerungen zu verweisen, die ich von dieser selben Stelle vor etwas mehr als Jahr und Tag gethan habe. Es hat sich seitdem in der Situation wenig geändert. Mir ist heute ein Zeitungsausschnitt zugegangen, eine Zusammenstellung in der „Freisinnigen Zeitung“,

einem Blatte, welches, glaube ich, meinem politiſchen Freunde, dem Abgeordneten Richter näher ſteht als mir (Heiterkeit); derſelbe könnte einen paſſenden Anknüpfungsgegenſtand bilden, um daran die weitere Lage zu entwickeln. Ich kann nur ganz allgemein darauf Bezug nehmen, auf die Hauptpunkte, die da angeführt ſind mit der Erklärung, daß, wenn die Lage ſeitdem geändert iſt, ſie eher zum guten als zum ſchlimmen geändert iſt.

Wir hatten Sorgen damals hauptſächlich vor einem Anſtoß zum Kriege, der uns von Frankreich her kommen konnte. Seitdem iſt in Frankreich ein friedliebender Präſident von der Regierung abgetreten, ein friedliebender iſt ihm gefolgt. Das iſt ſchon ein günſtiges Symptom, daß die franzöſiſche Regierung bei der Anſtellung eines neuen Staatsoberhauptes nicht in die Pandorabüchſe gegriffen hat, ſondern daß wir darauf rechnen können, daß die friedliche Politik, als deren Vertreter der Präſident Grevy galt, von dem Präſidenten Carnot fortgeſetzt werden wird. Wir haben außerdem in dem franzöſiſchen Miniſterium Änderungen, deren beruhigende Bedeutung noch ſtärker iſt als die des Präſidentenwechſels, der mit anderen Gründen zuſammenhängt. Solche Mitglieder des Miniſteriums, die geneigt ſein könnten, den Frieden ihres Landes und den Frieden Europas ihren perſönlichen Plänen unterzuordnen, ſind ausgeſchieden, und andere, denen gegenüber wir dieſe Befürchtung nicht haben, ſind eingetreten. Ich glaube alſo konſtatieren zu können — und thue es gern, weil ich wünſche, die öffentliche Meinung nicht aufzuregen, ſondern zu beruhigen —, daß die Aſpekten nach Frankreich hin friedlicher, viel weniger exploſiv ausſehen als vor einem Jahre.

Die Befürchtungen, die im Laufe dieſes Jahres aufgetaucht ſind, haben ſich auch viel mehr an Rußland geknüpft als an Frankreich, oder, ich kann ſagen, an den Austauſch von gegenſeitigen Aufregungen, Drohungen, Beſchimpfungen und Herausforderungen, welche zwiſchen der ruſſiſchen Preſſe und der franzöſiſchen Preſſe im Laufe des Sommers ſtattgefunden haben.

Ich glaube aber auch, daß in Rußland die Sache nicht anders liegt, als ſie im vorigen Jahre lag. Die „Freiſinnige Zeitung“ hat mit beſonders fettem Druck hervorgehoben, daß ich im vorigen Jahre geſagt habe:

> Unſere Freundſchaft mit Rußland hat in der Zeit unſerer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und iſt auch heute über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten

von Rußland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik.

Daß dies durch fetten Druck hervorgehoben ist, ist vielleicht in der Absicht geschehen, mir die Anknüpfung daran zu erleichtern (Heiterkeit), vielleicht auch in der Hoffnung, daß ich inzwischen anderer Meinung geworden sein könnte und heute überzeugt wäre, ich hätte mich in diesem Vertrauen zur russischen Politik vor einem Jahr geirrt. Das ist nicht der Fall. Die Gründe, die dazu hätten Anlaß geben können, liegen teils in der russischen Presse, teils in den russischen Truppenaufstellungen.

Was die Presse anbelangt, so kann ich der ein entscheidendes Gewicht an sich nicht beilegen. Man sagt, in Rußland habe sie mehr zu bedeuten als in Frankreich. Ich bin gerade umgekehrt der Meinung: in Frankreich ist die Presse eine Macht, die auf die Entschließungen der Regierung einwirkt; in Rußland ist sie das nicht und kann das nicht sein; in beiden Fällen aber ist die Presse für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Es kann für uns darin eine Herausforderung nicht liegen. Hinter jedem Artikel in der Presse steht doch nur ein einzelner Mensch, der die Feder geführt hat, um diesen Artikel in die Welt zu schicken; — wenn auch in einem russischen Blatt — nehmen wir an, es ist ein unabhängiges russisches Blatt —, das mit den französischen geheimen Fonds in Beziehungen steht, ist das vollständig gleichgiltig. Die Feder, die einen deutschfeindlichen Artikel darin schreibt, hat an sich niemand hinter sich als den, der sie in der Hand führt, den einzelnen Menschen, der in seinem Arbeitskabinett diese Elukubration zustande bringt, und den Protektor, den ein russisches Blatt zu haben pflegt, d. h. den mehr oder weniger in die Parteipolitik verrannten höheren Beamten, der diesem russischen Blatt gerade seine Protektion widmet; — beide wiegen federleicht gegen die Autorität Seiner Majestät des Kaisers von Rußland.

In Rußland hat die Presse nicht denselben Einfluß wie in Frankreich auf die öffentliche Meinung; es ist höchstens der Barometer dafür, was nach Lage der russischen Preßgesetze zugelassen wird, aber ohne die russische Regierung und Seine Majestät den Kaiser von Rußland irgendwie zu engagieren. Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittelbare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst, nachdem ich seit mehreren Jahren vor einigen Monaten wieder die Ehre ge-

habt habe, von dem Zaren in Audienz empfangen zu werden. Ich habe mich auch da wiederum überzeugt, daß der Kaiser von Rußland keine kriegerischen Tendenzen gegen uns hegt, keine Absicht hat, uns anzugreifen, überhaupt Angriffskriege zu führen. Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich absolut. Wenn beide mir gegenüber auf der Wage liegen, so schnellt das Zeugnis der russischen Presse mit ihrem Haß gegen Deutschland federleicht in die Höhe und das Zeugnis des Kaisers Alexander persönlich hat das durchschlagende Gewicht für mich. Ich sage also: die Presse veranlaßt mich nicht, unsere Beziehungen zu Rußland heute schlechter aufzufassen als vor einem Jahre.

Ich komme zu der andern Frage, der Frage der Truppenaufstellungen. Sie haben früher in ausgedehntem Maße stattgefunden, sie sind in der jetzigen bedrohlich erscheinenden Form namentlich seit 1879, nach Beendigung des türkischen Krieges, aufgetreten. Es hat ja sehr leicht den Anschein, als ob die Anhäufung russischer Truppen, die in der Nähe der deutschen und der österreichischen Grenzen stattfindet, in Gegenden, wo ihre Unterhaltung teurer und schwieriger ist als im Innern des Landes, nur von der Absicht eingegeben werden könnte, eins der Nachbarländer — sans dire: gare! — mir fehlt gerade der deutsche Ausdruck — unvorbereitet zu überfallen und anzugreifen. Nun, das glaube ich nicht. Einmal liegt es nicht im Charakter des russischen Monarchen und stände mit seinen Äußerungen in Widerspruch, und dann würde der Zweck davon ganz außerordentlich schwer verständlich sein. Rußland kann keine Absicht haben, preußische Landesteile zu erobern; ich glaube auch nicht, österreichische. Ich glaube, daß Rußland reichlich so viel polnische Unterthanen besitzt, wie es zu haben wünscht, und daß es keine Neigung hat, die Zahl derselben zu vermehren. (Heiterkeit.) Etwas anderes von Österreich zu annektieren, wäre noch schwieriger. Es liegt gar kein Grund vor, kein Vorwand, der einen europäischen Monarchen veranlassen könnte, nun ganz plötzlich über seine Nachbarn herzufallen. Und ich gehe so weit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin, selbst dann, wenn wir durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich, die niemand vorher berechnen kann, und die von der heutigen Regierung in Frankreich sicher nicht beabsichtigt wird — wenn wir uns durch deren Eintreten in einen französischen Krieg verwickelt fänden, daß darauf der russische nicht unmittelbar folgen würde;

umgekehrt, würden wir in einen ruſſiſchen Krieg verwickelt, ſo würde der franzöſiſche ganz ſicher ſein; keine franzöſiſche Regierung würde ſtark genug ſein, ihn zu hindern, auch wenn ſie den guten Willen dazu hätte. Aber Rußland gegenüber erkläre ich noch heute, daß ich keines Überfalls gewärtig bin, und nehme von dem, was ich im vorigen Jahre geſagt habe, nichts zurück.

Wann eine orientaliſche Kriſis nun eintreten kann? — Ja, darüber haben wir keine Sicherheit. Wir haben in dieſem Jahrhundert meines Erachtens vier Kriſen gehabt, wenn ich die kleineren und nicht zur vollen Entwicklung gekommenen abrechne; eine im Jahre 1809, die mit dem Friedensſchluß endigte, der Rußland die Pruthgrenze gab; dann 1828, dann 1854 den Krimkrieg, und 1877, — alſo in Etappen von ungefähr 20 Jahren von einander entfernt und etwas darüber; warum ſollte denn nun gerade die nächſte Kriſis früher als etwa nach dem gleichen Zeitraum, alſo ungefähr 1899, eintreten, auch 22 Jahre ſpäter? Ich möchte wenigſtens mit der Möglichkeit rechnen, daß die Kriſis hintangehalten werden kann und nicht ſofort einzutreten braucht. Außerdem giebt es auch andere europäiſche Ereigniſſe, die in gleichen Perioden einzutreten pflegen. Beiſpielsweiſe polniſche Aufſtände. Früher hatten wir ſchon alle 18 bis 20 Jahre einen ſolchen zu gewärtigen. Vielleicht iſt auch das ein Grund, warum Rußland ſo ſtark ſein will in Polen, um ſolche zu verhindern. Ebenſo Wechſel der Regierungen in Frankreich; ſie pflegen auch alle 18 bis 20 Jahre einzutreten, und niemand kann leugnen, daß ein Wechſel in der Regierung Frankreichs eine Kriſis herbeiführen kann, die es jeder beteiligten Macht wünſchenswert machen muß, mit vollem Gewicht in ſie eingreifen zu können — ich meine, nur auf diplomatiſchem Wege, aber mit einer Diplomatie, hinter der ein ſchlagfertiges und nahe bereites Heeres ſteht.

Wenn das die Abſicht Rußlands iſt, wie ich rein auf Grund des techniſch-diplomatiſchen Urteils, das ich mir nach meiner Erfahrung bilde, viel eher vermute, als daß ſie den ziemlich rüden Drohungen und Renommagen der Zeitungen entſprechen würde, ſo iſt für uns abſolut noch kein Grund, in unſere Zukunft ſchwärzer zu ſehen, als wie wir es ſeit 40 Jahren überhaupt gethan haben. Es iſt ja die wahrſcheinlichſte Kriſis, die eintreten kann, die orientaliſche. Wenn ſie eintritt, ſo ſind wir bei der gerade nicht in erſter Linie beteiligt. Wir ſind da vollkommen, und ohne irgend welcher Verpflichtung zu nahe zu

treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mittelländiſchen Meere, in der Levante, nächſtbeteiligten Mächte zuerſt ihre Entſchließungen treffen und, wenn ſie wollen, ſich mit Rußland vertragen oder ſchlagen. Wir ſind weder zu dem einen noch zu dem anderen in erſter Linie in der orientaliſchen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Intereſſenſphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken ſucht und die Dinge zu leiten ſucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewieſen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Intereſſenpolitik, die wirtſchaftet auf Preſtige hin. Wir werden das nicht thun; wir werden, wenn orientaliſche Kriſen eintreten, bevor wir Stellung dazu nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr intereſſierten Mächte dazu nehmen.

Es iſt alſo kein Grund, unſere Situation im Augenblicke ſo ernſt zu betrachten, als ob gerade die gegenwärtige Lage der Anlaß wäre, weshalb wir die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte, die die Militärvorlage in Vorſchlag bringt, heute verſuchen ſollten. Ich möchte die Frage der Wiedereinrichtung der Landwehr zweiten Aufgebots, kurz, die große Militärvorlage, mit der anderen, der Finanzvorlage, ganz loslöſen von der Frage, wie unſere augenblickliche Situation iſt. Es handelt ſich da nicht um eine momentan vorübergehende Einrichtung, es handelt ſich um eine dauernde, um ein dauerndes Stärkerwerden des Deutſchen Reichs.

Daß es ſich nicht um eine momentane Einrichtung handelt, das, glaube ich, wird einleuchtend gefunden werden, wenn ich Sie bitte, mit mir die Kriegsgefahren durchzugehen, welche wir ſeit 40 Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöſe Unruhe zu irgend einer Zeit geraten zu ſein.

Wir haben im Jahre 1848, wo die Deiche und Schleuſen zerbrachen, die bis dahin vielen Gewäſſern ihren ruhigen Lauf gewieſen hatten, gleich zwei kriegsſchwangere Fragen zu verarbeiten gehabt: es war die polniſche und die ſchleswig-holſteiniſche Frage. Das erſte Geſchrei nach den Märztagen war: Krieg gegen Rußland zur Herſtellung Polens! — Bald darauf war die Gefahr, durch die ſchleswig-holſteiniſche Frage in einen großen europäiſchen Krieg verwickelt zu werden, außerordentlich nahe. Ich brauche nicht hervorzuheben, wie 1850 durch das Abkommen von Olmütz eine große Konflagration, ein Krieg im großen Stile, verhindert wurde. Es folgten darauf vielleicht zwei Jahre ruhigerer Art, aber voller Verſtimmung. Es war damals, als

ich zuerſt in Frankfurt Geſandter war. Im Jahre 1853 ſchon machten ſich die Symptome des Krimkrieges fühlbar, von 1853 bis 1856 dauerte dieſer Krieg; während der ganzen Dauer desſelben befanden wir uns unmittelbar am Rande — des Abgrundes, will ich nicht ſagen, aber des Abhanges, auf dem wir in den Krieg hineingezogen werden ſollten. Ich erinnere mich, daß ich damals von 1853 bis 1855 genötigt worden bin, ich möchte ſagen, wie ein Perpendikel zwiſchen Frankfurt und Berlin hin- und herzugehen, weil der hochſelige König bei dem Vertrauen, das er mir ſchenkte, mich im Grunde als den Anwalt für ſeine unabhängige Politik benutzte, wenn der Andrang der Weſtmächte ihm gegenüber, daß wir auch unſererſeits Rußland den Krieg erklären ſollten, zu ſtark und der Widerſtand ſeines Miniſteriums ihm zu weich wurde. Dann hat — ich weiß nicht wie oft — das Stück ſich abgeſpielt, daß ich her zitiert wurde, daß ich eine mehr ruſſenfreundliche Depeſche für Seine Majeſtät zu entwerfen hatte, daß dieſe Depeſche abging, daß Herr von Manteuffel ſeinen Abſchied verlangte, und daß, nachdem die Depeſche abgegangen war, ich mir von Seiner Majeſtät den Auftrag ausbat, zu Herrn von Manteuffel aufs Land oder ſonſt wohin zu fahren und ihn zu bewegen, daß er ſein Portefeuille wieder übernehme. Jedesmal war aber doch das damalige Preußen dicht am Rande eines großen Krieges: es war der Feindſchaft von ganz Europa außer Rußland ausgeſetzt, wenn es ſich weigerte, auf die weſtmächtliche Politik einzugehen, anderenfalls aber zum Bruch mit Rußland genötigt, vielleicht auf lange Zeit, weil der Abfall Preußens vielleicht am ſchmerzlichſten von Rußland empfunden worden wäre.

Wir waren alſo in ununterbrochener Kriegsgefahr während des Krimkrieges. Derſelbe dauerte bis 1856, wo er ſchließlich im Pariſer Frieden ſeinen Abſchluß fand und uns bei dieſer Gelegenheit eine Art von Canoſſa bereitete im Pariſer Kongreſſe, wofür ich die Verantwortung nicht auf mich genommen haben würde, und von der ich damals vergeblich abgeraten habe. Wir hatten gar keine Notwendigkeit, eine größere Macht zu ſpielen als wir waren, und die damaligen Verträge zu unterzeichnen. Aber wir antichambrierten, um ſchließlich zur Unterſchrift zugelaſſen zu werden. Das wird uns nicht wieder paſſieren. (Heiterkeit.)

Das war 1856. Schon im Jahre 1857 bedrohte uns die Neufchateler Frage mit Krieg; das iſt nicht ſo bekannt geworden.

Ich bin damals von dem hochſeligen Könige im Frühjahr 1857 nach Paris geſchickt worden, um mit dem Kaiſer Napoleon über den Durchmarſch preußiſcher Truppen zum Angriff auf die Schweiz zu verhandeln. Was das zu bedeuten hat, wenn darauf eingegangen wurde, daß das eine weitgreifende Kriegsgefahr werden konnte, daß das uns in Verwicklung mit Frankreich ſowohl als auch mit anderen Mächten führen konnte, wird jeder einſehen, dem ich dies mitteile. Kaiſer Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Meine Unterhandlungen in Paris wurden dadurch abgeſchnitten, daß Seine Majeſtät der König ſich inzwiſchen mit Öſterreich und der Schweiz über die Sache auf gütlichem Wege verſtändigt hatte. Aber die Kriegsgefahr lag doch auch in dem Jahre vor. Ich kann ſagen, daß ſchon, wie ich auf der damaligen Miſſion in Paris mich befand, der italieniſche Krieg in der Luft lag, der ein Jahr und etwas ſpäter ausbrach, und der uns auch wieder um Haaresbreite beinahe in einen großen europäiſchen Koalitionskrieg hineinzog. Wir kamen bis zur Mobilmachung; ja, wir hätten losgeſchlagen ganz unzweifelhaft, wenn der Friede von Villafranca nicht etwas verfrüht für Öſterreich, vielleicht rechtzeitig für uns, geſchloſſen wurde; denn wir hätten den Krieg unter ungünſtigen Umſtänden zu führen gehabt; wir hätten aus dem Kriege, aus einem italieniſchen, der er war, einen preußiſch-franzöſiſchen gemacht, deſſen Abſchluß, Ende und Friedensſchluß nachher nicht mehr von uns abhing, ſondern von den Freunden oder Feinden, die hinter uns ſtanden.

So kamen wir, ohne daß das Kriegsvolk auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelaſſen hätte, bis in die ſechziger Jahre hinein.

Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr, die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und die ihren Eindruck erſt machen wird, wenn dermaleinſt die geheimen Archive der Kabinette der Öffentlichkeit übergeben ſein werden. Sie werden ſich des polniſchen Aufſtandes erinnern, der 1863 ſtattfand, und ich werde es nie vergeſſen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Beſuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem engliſchen Botſchafter, und Talleyrand, dem franzöſiſchen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Feſthalten der preußiſchen Politik an der ruſſiſchen und eine ziemlich drohende Sprache uns gegenüber führten; am Mittag desſelben Tages hatte ich nachher die An-

nehmlichkeit, im preußischen Landtage ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten. (Heiterkeit.) Ich hatte das ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Chikanen von seiten der Westmächte. Sie werden sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projekten und in Mexiko engagiert war, sodaß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intriguen von seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen. Sie werden sich erinnern, daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gährten und der Frankfurter Fürstentag sich in der Vorbereitung befand. Man kann also zugeben, daß die Versuchung für meinen allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stile abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Seine Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hilfe zu lösen, (Bravo!) und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Der Tod des Königs von Dänemark hat nachher alle Beteiligten auf andere Gedanken gebracht. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein, von Seiner Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war 1863 schon vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Utilitätsrücksichten, als Opportunist, um unsere inneren Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volke wie im Auslande hat man eben kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit (Bravo! rechts), welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet. (Allseitiges Bravo.)

Das Jahr 1864 — wir sprachen eben von 1863 — brachte neue dringliche Kriegsgefahr. Von dem Augenblicke an, wo unsere Truppen die Eider überschritten, bin ich in jeder Woche

gefaßt gewesen auf die Einmischung des europäischen Seniorenkonvents (Heiterkeit) in diese dänische Angelegenheit, und Sie werden mir zugeben, daß das im höchsten Grade wahrscheinlich war. Schon damals aber haben wir wahrnehmen können, daß Österreich und Preußen, wenn sie geeinigt sind, obschon der ihnen zur Seite stehende Deutsche Bund damals bei weitem nicht die militärische Bedeutung hatte wie dieselben Länder heute, doch nicht so leicht von Europa angegriffen werden konnten. (Bravo!) Das hat sich schon damals gezeigt; die Kriegsgefahr blieb aber dieselbe.

1865 wechselte sie die Front, und es fing schon damals die Vorbereitung zu dem Kriege von 1866 an, der die Uhr für ein Jahrhundert richtig stellte. Ich erinnere nur an eine Konseilsitzung preußischer Minister, wie sie zur Beschaffung von Geldern im Jahre 1865 in Regensburg stattfand, die durch den Gasteiner Vertrag nachher erledigt wurde. Aber Anno 1866 kam ja der Krieg im vollen zum Ausbruch, und es war die große Gefahr vorhanden, welche nur durch vorsichtige Benutzung der Umstände hintangehalten haben, daß aus diesem Duell zwischen Preußen und Österreich nicht ein großer europäischer Koalitionskrieg wiederum entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte.

Das war 1866, und schon 1867 folgte die Luxemburger Frage, wo es sich doch auch nur einer etwas festeren Antwort von uns — wie wir sie vielleicht gegeben haben würden, wenn wir damals so stark gewesen wären, um mit Sicherheit einen guten Erfolg vorauszusehen — bedurfte, um den großen französischen Krieg schon damals herbeizuführen. Von da ab, 1868, 1869, sind wir bis 1870 ununterbrochen in der Befürchtung vor dem Krieg, vor den Verabredungen geblieben, die zur Zeit des Herrn von Beust in Salzburg und anderen Orten zwischen Frankreich, Italien und Österreich getroffen wurden, und von denen man besorgte, daß sie auf unsere Kosten geschehen waren. Es war damals die Befürchtung vor dem Kriege so groß, daß ich in dieser Zeit als Ministerpräsident den Besuch von Kaufleuten und Industriellen erhalten habe, die mir sagten: Diese Unsicherheit ist ja ganz unerträglich; schlagen Sie doch lieber los! lieber Krieg als länger in diesem Druck auf allen Geschäften zu verharren! Wir haben ruhig abgewartet, bis auf uns losgeschlagen wurde, und ich glaube, wir haben wohl daran gethan

uns so einzurichten, daß wir die Angegriffenen blieben und nicht die Angreifer waren.

Nun, nachdem dieser große Krieg von 1870 geschlagen war, frage ich Sie: ist irgend ein Jahr ohne Kriegsgefahr gewesen? Anfangs der siebziger Jahre — schon gleich, wie wir nach Hause kamen, hieß es: wann ist denn der nächste Krieg? wann wird die Revanche geschlagen werden? in fünf Jahren doch spätestens? Man sagte uns damals: die Frage, ob wir den Krieg führen sollen und mit welchem Erfolg — es war das ein Abgeordneter des Zentrums, der mir das im Reichstag vorhielt —, hängt doch heutzutage nur von Rußland ab; Rußland allein hat das Heft in Händen. — Auf diese Frage komme ich vielleicht später zurück. — Ich will einstweilen nur noch das vierzigjährige Bild durchführen, indem ich erwähne, daß im Jahre 1876 schon wieder die Kriegsunwetter im Süden sich zusammenzogen, im Jahre 1877 der Balkankrieg geführt wurde, der doch nur durch den in Berlin abgehaltenen Kongreß verhindert wurde, eine Konflagration von ganz Europa herbeizuführen, und daß nach dem Kongresse sich plötzlich ein ganz neues Bild uns im Ausblick nach Osten eröffnete, da Rußland uns unser Verhalten auf dem Kongreß übel genommen hatte. — Ich komme vielleicht auch darauf später zurück, wenn meine Kräfte mir das erlauben.

Es trat dann eine gewisse Rückwirkung der intimen Beziehungen der drei Kaiser ein, die uns eine zeitlang mit mehr Ruhe in die Zukunft sehen ließ; aber bei den ersten Symptomen von der Unsicherheit der Beziehungen der drei Kaiser oder von dem Ablauf der Verabredungen, die sie mit einander getroffen hatten, bemächtigte sich unserer öffentlichen Meinung dieselbe nervöse und, wie ich glaube, übertriebene Aufregung, mit der wir heute und die letzten Jahre zu kämpfen haben — namentlich halte ich sie heute für besonders unmotiviert.

Ich bin nun weit entfernt, aus der Thatsache, daß ich sie heute für unmotiviert halte, den Schluß zu ziehen, daß wir einer Verstärkung der Wehrkraft nicht bedürften, sondern umgekehrt. Daher dieses vierzigjährige Tableau, das ich eben, vielleicht nicht zu Ihrer Erheiterung, aufgerollt habe, — und ich bitte um Verzeihung; aber wenn ich ein Jahr hätte fehlen lassen von denen, welche Sie doch alle schaudernd selbst mit erfahren haben, so würde man nicht den Eindruck haben, daß der Zustand der Besorgnis vor großen Kriegen, vor weiteren Verwicklungen, deren Koalitionsergebnisse niemand vorher beurteilen kann, daß dieser

Zuſtand ein permanenter iſt bei uns, und daß wir uns darauf ein für allemal einrichten müſſen; wir müſſen, unabhängig von der augenblicklichen Lage, ſo ſtark ſein, daß wir mit dem Selbſtgefühl einer großen Nation, die unter Umſtänden ſtark genug iſt, ihre Geſchicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition — (Bravo!) mit dem Selbſtvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutſcher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung —, daß wir damit jeder Eventualität entgegenſehen können und mit Ruhe entgegenſehen können. (Bravo!)

Wir müſſen, kurz und gut, in dieſen Zeiten ſo ſtark ſein, wie wir irgend können, und wir haben die Möglichkeit, ſtärker zu ſein als irgend eine Nation von gleicher Kopfſtärke in der Welt; (Bravo!) — ich komme darauf noch zurück —, es wäre ein Vergehen, wenn wir ſie nicht benutzten. Sollten wir unſere Wehrkraft nicht brauchen, ſo brauchen wir ſie ja nicht zu rufen. Es handelt ſich nur um die eine nicht ſehr ſtarke Geldfrage, — nicht ſehr ſtarke, wenn ich beiläufig erwähne — ich habe keine Neigung, auf die finanziellen und militäriſchen Ziffern einzugehen —, daß Frankreich in den letzten Jahren 3 Milliarden auf die Verbeſſerung ſeiner Streitkräfte verwandt hat, wir kaum $1^1/_2$ mit Einſchluß deſſen, was wir Ihnen jetzt zumuten. (Hört, hört! rechts.) Indeſſen ich überlaſſe es dem Herrn Kriegsminiſter und den Vertretern der Finanzabteilung, das auszuführen.

Wenn ich ſage, wir müſſen dauernd beſtrebt ſein, allen Eventualitäten gewachſen zu ſein, ſo erhebe ich damit den Anſpruch, daß wir noch größere Anſtrengungen machen müſſen als andere Mächte zu gleichem Zwecke, wegen unſerer geographiſchen Lage. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben mindeſtens drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur ſeine öſtliche Grenze, Rußland nur ſeine weſtliche Grenze, auf der es angegriffen werden kann. Wir ſind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeſchichte, nach unſerer geographiſchen Lage und nach dem vielleicht minderen Zuſammenhang, den die deutſche Nation bisher in ſich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgeſetzt als irgend ein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation geſetzt, in welcher wir durch unſere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Verſumpfung zu geraten. Er hat uns die kriegeriſchſte

und unruhigſte Nation, die Franzoſen, an die Seite geſetzt, und er hat in Rußland kriegeriſche Neigungen groß werden laſſen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewiſſermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anſtrengung gezwungen, die wir vielleicht ſonſt nicht machen würden. Die Hechte im europäiſchen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden (Heiterkeit), indem ſie uns ihre Stacheln in unſeren beiden Flanken fühlen laſſen; ſie zwingen uns zu einer Anſtrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leiſten würden, ſie zwingen uns auch zu einem Zuſammenhalten unter uns Deutſchen, das unſerer innerſten Natur widerſtrebt (Heiterkeit); ſonſt ſtreben wir lieber auseinander. Aber die franzöſiſch-ruſſiſche Preſſe, zwiſchen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zuſammenhalten und wird unſere Kohäſionsfähigkeit auch durch Zuſammendrücken erheblich ſteigern, ſodaß wir in dieſelbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die faſt allen anderen Nationen eigentümlich iſt, und die uns bis jetzt noch fehlt. (Bravo!) Wir müſſen dieſer Beſtimmung der Vorſehung aber auch entſprechen, indem wir uns ſo ſtark machen, daß die Hechte uns nicht mehr thun als uns ermuntern. (Heiterkeit.)

Wir hatten ja früher in den Zeiten der heiligen Allianze — mir fällt ein altes amerikaniſches Lied dabei ein, welches ich von meinem verſtorbenen Freunde Motley gelernt habe; der ſagt: In good old colonial times, when we lived under a king — nun, das waren eben patriarchaliſche Zeiten, da hatten wir eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten, und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäiſchen Fluten ſchützten. Da war der Deutſche Bund, und die eigentliche Stütze und Fortſetzung und Vollendung des Deutſchen Bundes, zu deren Dienſt er gemacht, war die heilige Allianz. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Öſterreich, und vor allen Dingen: wir hatten die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten, bevor die anderen geſprochen hatten. (Heiterkeit.) Das alles iſt nun abhanden gekommen (ſehr gut! rechts); wir müſſen uns ſelber helfen. Die heilige Allianz hat Schiffbruch erlitten im Krimkriege — nicht durch unſere Schuld. Der Deutſche Bund iſt durch uns zerſtört worden, weil die Exiſtenz, die man uns in ihm machte, weder für uns noch für das deutſche Volk auf die Dauer erträglich war. Beide ſind aus der Welt geſchieden. Nach der Auflöſung des Deutſchen

Bundes, nach dem Kriege von 1866, wäre also für das damalige Preußen oder Norddeutschland eine Isolierung eingetreten, wenn wir darauf hätten rechnen müssen, daß man uns von keiner Seite die neuen Erfolge, die großen Erfolge, die wir errungen hatten, verzeihen würde; gern sind die Erfolge des Nachbarn von der anderen Macht niemals gesehen.

Unsere Beziehungen zu Rußland waren aber durch das Erlebnis von 1866 nicht gestört. Anno 66 war die Erinnerung an die Politik des Grafen Buol, an die Politik Österreichs während des Krimkrieges in Rußland noch zu frisch, um dort den Gedanken aufkommen zu lassen, daß man der österreichischen Monarchie gegen den preußischen Angriff beistehen, daß man den Feldzug erneuern könne, den der Kaiser Nikolaus im Jahre 1849 für Österreich geführt hatte. — Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich einen Augenblick setze; ich kann so lange nicht stehen.

Für uns blieb deshalb die natürlichste Anlehnung immer noch die russische, die, abgesehen vom vorigen, im diesem Jahrhundert ihren sehr berechtigten Ursprung in der Politik des Kaisers Alexander I. genommen hat. Ihm war Preußen in der That Dank schuldig. Er konnte 1813 an der polnischen Grenze ebenso gut umkehren und Frieden schließen; er konnte später Preußen fallen lassen. Damals haben wir in der That die Herstellung auf dem alten Fuß wesentlich dem Wohlwollen des Kaisers Alexander I. oder — wenn Sie skeptisch sein wollen — sagen Sie, der russischen Politik, wie sie Preußen brauchte, zu danken gehabt.

Diese Dankbarkeit hat die Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. beherrscht. Das Saldo, welches Rußland im preußischen Konto hatte, ist durch die Freundschaft, ich kann fast sagen, durch die Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenützt und in Olmütz, kann ich sagen, getilgt worden. In Olmütz nahm der Kaiser Nikolaus nicht für Preußen Partei, schützte uns nicht einmal vor üblen Erfahrungen, vor gewissen Demütigungen, wie der Kaiser Nikolaus überhaupt doch im ganzen mehr Vorliebe für Österreich als für Preußen hatte; der Gedanke, daß wir Rußland während seiner Regierung irgendwelchen Dank schuldig wären, ist eine historische Legende.

Wir haben aber, so lange der Kaiser Nikolaus lebte, unsererseits doch die Tradition Rußland gegenüber nicht gebrochen;

wir haben im Krimkriege, wie ich vorher schon erzählte, unter erheblichen Gefahren und Bedrohungen festgehalten an der russischen Aufgabe. Seine Majestät der hochselige König hatte keine Neigung — was damals, wie ich glaube, möglich gewesen wäre — mit einer starken Truppenaufstellung eine entscheidende Rolle in dem Kriege zu spielen. Wir hatten Verträge geschlossen, nach denen wir verpflichtet waren, zu einer gewissen Zeit 100,000 Mann aufzustellen. Ich schlug Seiner Majestät damals vor: stellen wir nicht 100,000, sondern 200,000 Mann auf, und stellen wir sie à cheval auf, sodaß wir sie nach rechts und links gebrauchen können; so sind Eure Majestät heute der entscheidende Richter des Krimkrieges Ihrerseits. Indessen der hochselige König war für kriegerische Unternehmungen nicht geneigt, und das Volk kann ihm dafür nur dankbar sein. Ich war damals jünger und unerfahrener als ich heutigen Tages bin. Indessen haben wir immerhin für Olmütz keine Ranküne getragen während des Krimkrieges; wir kamen aus dem Krimkriege als Freunde Rußlands heraus, und ich habe in der Zeit, wo ich Gesandter in Petersburg war, die Frucht dieser Freundschaft durch eine sehr wohlwollende Aufnahme am Hof und in der Gesellschaft genießen können. Auch unsere Parteinahme für Österreich im italienischen Kriege war nicht nach dem damaligen Geschmack des russischen Kabinetts, aber sie hatte keine nachteilige Rückwirkung. Unser Krieg 1866 wurde eher mit einer gewissen Genugthuung gesehen; man gönnte den Österreichern das damals in Rußland. Im Jahre 1870 in unserem französischen Kriege hatten wir wenigstens noch die Satisfaktion, gleichzeitig mit unserer Verteidigung und siegreichen Abwehr dem russischen Freund einen Dienst im Schwarzen Meere erweisen zu können. Es wäre die Freigebung des Schwarzen Meeres durch die Kontrahenten keinesfalls wahrscheinlich gewesen, wenn nicht die deutschen Truppen siegreich in der Nähe von Paris gestanden hätten. Wenn sie z. B. geschlagen wären, so, glaube ich, wäre der Abschluß des damaligen Londoner Abkommens zu gunsten Rußlands so leicht nicht gewesen. Also auch der Krieg von Anno 70 hinterließ keine Verstimmung zwischen uns und Rußland.

Ich führe diese Thatsachen an, um Ihnen die Genesis des Vertrags mit Österreich darzulegen, der vor wenig Tagen publiziert worden ist, und um die Politik Seiner Majestät gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie die Kriegsmöglichkeiten

für das Deutſche Reich erweitert hätte durch Hinzufügung derjenigen, welche Öſterreich ohne ſein Verſchulden betreffen könnte. Ich bin deshalb im Begriff, Ihnen zu ſchildern, wie es kam, daß die von mir perſönlich ſtets mit Vorliebe gepflegten traditionellen Beziehungen zwiſchen uns und Rußland ſich ſo geſtalteten, daß wir zum Abſchluß des vorgeſtern publizierten Vertrags veranlaßt wurden.

Die erſten Jahre nach dem franzöſiſchen Kriege vergingen noch im beſten Einverſtändnis; im Jahre 1875 trat zuerſt eine Neigung meines ruſſiſchen Kollegen, des Fürſten Gortſchakow, zutage, ſich mehr um Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewiſſe künſtlich herbeigeführte Konſtellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienſt des Fürſten Gortſchakow, Frankreich aus dieſer Gefahr errettet zu haben. Das war das erſte Befremden, welches zwiſchen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Ausſprache mit meinem früheren Freunde und ſpäteren Kollegen veranlaßte. Demnächſt und gleichzeitig hatten wir immer noch die Aufgabe feſtgehalten, den Frieden zwiſchen den drei Kaiſern feſtzuhalten, die Beziehungen fortzuſetzen, die zuerſt eingeleitet waren durch den Beſuch der Kaiſer von Rußland und von Öſterreich 1872 hier in Berlin und durch die darauf folgenden Gegenbeſuche. Es war uns das auch gelungen. Erſt 1876 vor dem türkiſchen Kriege traten uns gewiſſe Nötigungen zu einer Option zwiſchen Rußland und Öſterreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden. Ich halte nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen; ſie werden mit der Zeit auch einmal bekannt werden. Es hatte unſere Ablehnung zur Folge, daß Rußland ſich ſofort nach Wien wandte, und daß ein Abkommen — ich glaube, es war im Januar 1877 — zwiſchen Öſterreich und Rußland geſchloſſen wurde, welches die Eventualitäten einer orientaliſchen Kriſe betraf, und welches Öſterreich für den Fall einer ſolchen die Beſetzung von Bosnien u. ſ. w. zuſicherte. Dann kam der Krieg, und wir waren recht zufrieden, wie das Unwetter ſich weiter ſüdlich verzog, als es urſprünglich Neigung hatte. Das Ende des Krieges wurde hier in Berlin durch den Kongreß definitiv herbeigeführt, nachdem es vorbereitet war durch den Frieden von San Stefano. Der Friede von San Stefano war meiner Überzeugung nach

nicht viel bedenklicher für die antirussischen Mächte und nicht sehr viel nützlicher für Rußland, als nachher der Kongreßvertrag gewesen ist. Der Friede von San Stefano hat sich ja, kann man sagen, nachher von selber eingefunden, indem das kleine, ich glaube 800 000 Seelen umfassende, Ostrumelien eigenmächtig die Wiederherstellung der — nicht ganz — der alten San Stefano-Grenze auf sich nahm und sich Bulgarien anfügte. Es war also der Schaden, den der Kongreß in den Abmachungen von San Stefano angerichtet hat, nicht so sehr schlimm. Ob diese Abmachungen von San Stefano gerade ein Meisterwerk der Diplomatie waren, das lasse ich dahin gestellt sein. Wir hatten damals sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebenso wenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses notwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich dennoch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und Österreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zu stande.

Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, so weit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß (Heiterkeit): ja ich kann fast sagen, der dritte; denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen.

Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beacons-

field ſchenkte, in den ſchwierigſten, kritiſchſten Momenten des Kongreſſes mitten in der Nacht an deſſen Krankenbett erſchienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe ſtand, deſſen Zuſtimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß ſo verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchſten ruſſiſchen Orden in Brillanten beſitze ich längſt, ſonſt müßte ich den jetzt bekommen. (Heiterkeit.) Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienſt für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es ſelten einem fremden Miniſter vergönnt geweſen iſt.

Welches mußte alſo meine Überraſchung und meine Enttäuſchung ſein, wie allmählich eine Art von Preßkampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutſche Politik angegriffen, ich perſönlich in meinen Abſichten verdächtigt wurde. Dieſe Angriffe ſteigerten ſich während des darauf folgenden Jahres bis 1879 zu ſtarken Forderungen eines Druckes, den wir auf Öſterreich üben ſollten in Sachen, wo wir das öſterreichiſche Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten; denn wenn wir uns Öſterreich entfremdeten, ſo gerieten wir, wenn wir nicht ganz iſoliert ſein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. Wäre eine ſolche Abhängigkeit erträglich geweſen? Ich hatte früher geglaubt, ſie könnte es ſein, indem ich mir ſagte: wir haben gar keine ſtreitigen Intereſſen; es iſt gar kein Grund, warum Rußland je die Freundſchaft uns kündigen ſollte. Ich hatte wenigſtens meinen ruſſiſchen Kollegen, die mir dergleichen auseinanderſetzten, nicht geradezu widerſprochen. Der Vorgang betreffs des Kongreſſes enttäuſchte mich, der ſagte mir, daß ſelbſt ein vollſtändiges Indienſtſtellen unſerer Politik (für gewiſſe Zeit) in die ruſſiſche uns nicht davor ſchützte, gegen unſeren Willen und gegen unſer Beſtreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieſer Streit über Inſtruktionen, die wir an unſere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, ſteigerte ſich bis zu Drohungen, bis zu vollſtändigen Kriegsdrohungen von der kompetenteſten Seite.

Das iſt der Urſprung unſeres öſterreichiſchen Vertrages. Durch dieſe Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir ſeit Jahrzehnten vermiedenen Option zwiſchen unſeren beiden bisherigen Freunden zu ſchreiten. Ich habe damals den Vertrag, der vorgeſtern publiziert worden iſt, in Gaſtein und Wien verhandelt, und er gilt noch heute zwiſchen uns.

Die Publikation ist in den Zeitungen zum Teil, wie ich gestern und vorgestern gelesen habe, irrtümlich aufgefaßt worden; man hat in derselben ein Ultimatum, eine Warnung, eine Drohung finden wollen. Das konnte um so weniger darin liegen, als der Text des Vertrages dem russischen Kabinett seit langem bekannt war, nicht erst seit dem November vorigen Jahres. Wir haben es der Aufrichtigkeit einem loyalen Monarchen gegenüber, wie der Kaiser von Rußland es ist, entsprechend gefunden, schon früher keinen Zweifel darüber zu lassen, wie die Sachen liegen. Ich halte es auch nicht für möglich, diesen Vertrag nicht geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf österreichischer Seite wie auf der unsrigen. (Bravo!) Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes an dem Wortlaut irgend eines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr, — und muß das vor ihrem Volke und vor dem Vertrag schließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an dem Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrags, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — nicht nur der Vertrag, den wir mit Österreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen (hört, hört! rechts), namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben, — sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Österreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Österreich in Frieden und haben mit Österreich das gleiche Bestreben, Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem einen so teuer ist wie dem anderen, gemeinsam zu schützen, die innere Entwicklung, der sie sich widmen wollen, vor Angriffen geschützt zu sehen. Dieses Bestreben und dabei auch das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält, und daß durch die Verträge keiner von dem anderen abhängiger wird, als seine eigenen

Intereſſen es vertragen, — das alles macht dieſe Verträge feſt, haltbar und dauerhaft. (Bravo!)

Wie ſehr unſer Vertrag mit Öſterreich der Ausdruck des beiderſeitigen Intereſſes iſt, das hat ſich ſchon in Nikolsburg und hat ſich 1870 gezeigt. Schon bei den Verhandlungen in Nikolsburg waren wir unter dem Eindruck, daß wir Öſterreich — ein ſtarkes, aufrechtes Öſterreich — auf die Dauer doch nicht miſſen könnten in Europa. 1870, als der Krieg zwiſchen uns mit Frankreich ausbrach, war ja die Verſuchung für manches verletzte Gefühl in Öſterreich außerordentlich naheliegend, dieſe Gelegenheit zu benutzen, um dem Feind von 1866 gegenüber Revanche zu üben; aber die beſonnene und vorausſichtige Politik des öſterreichiſchen Kabinetts mußte ſich fragen: was iſt dann die Folge? in welche Stellung geraten wir, wenn wir jetzt den Franzoſen beiſtehen, um Preußen reſpektive Deutſchland zu beſiegen? Was wäre dann die Folge geweſen, wenn Frankreich mit Hilfe Öſterreichs über uns geſiegt hätte? Öſterreich hätte bei einer ſolchen Politik doch kaum einer anderen Zweck haben können, als wiederum ſeine frühere Stellung in Deutſchland einzunehmen, denn das war eigentlich das Einzige, was es im Jahre 1866 aufgegeben hat; andere Bedingungen waren nicht, die pekuniären Bedingungen waren ganz unbedeutend. Nun, wie wäre die Lage Öſterreichs in dem Deutſchen Bunde als Präſidialmacht geweſen, wenn es ſich ſagen mußte, daß es Deutſchland das linke Rheinufer im Bunde mit Frankreich genommen, daß es die ſüddeutſchen Staaten wiederum in eine Rheinbundsabhängigkeit von Frankreich gebracht, und daß es Preußen unwiderruflich zur Anlehnung an Rußland und zur Abhängigkeit von Rußlands künftiger Politik verurteilt hätte? Ein ſolche Stellung war für öſterreichiſche Politiker, die nicht vollſtändig von Zorn und Rache verblendet waren, unannehmbar.

Dasſelbe iſt aber auch bei uns in Deutſchland der Fall. Denken Sie ſich Öſterreich von der Bildfläche Europas weg, ſo ſind wir zwiſchen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien iſoliert, zwiſchen den beiden ſtärkſten Militärmächten neben Deutſchland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei, mit großer Wahrſcheinlichkeit, oder abhängig abwechſelnd vom einen oder vom anderen. So kommt es aber nicht. Man kann ſich Öſterreich nicht wegdenken: ein Staat wie Öſterreich verſchwindet nicht, ſondern ein Staat wie Öſterreich wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt, wie es in den Villafranca-

feſtſtellungen angenommen wurde, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der ſeinerſeits der Gegner eines unzuverläſſigen Freundes geweſen iſt.

Kurz, wenn wir die Iſolierung, die gerade in unſerer angreifbaren Lage für Deutſchland beſonders gefährlich iſt, verhüten wollen, ſo müſſen wir einen ſicheren Freund haben. Wir haben vermöge der Gleichheit der Intereſſen, vermöge dieſes Vertrages, der Ihnen vorgelegt iſt, zwei zuverläſſige Freunde, — zuverläſſig nicht aus Liebe zu einander, denn Völker führen wohl aus Haß gegen einander Krieg, aber aus Liebe, das iſt noch gar nicht dageweſen, daß ſich das eine für das andere opfert. (Heiterkeit.) Sie führen auch aus Haß nicht immer Krieg. Denn wenn das der Fall wäre, dann müßte Frankreich in ununterbrochenem Kriege nicht nur mit uns, ſondern auch mit England und Italien ſein; es haßt alle ſeine Nachbarn. (Beifall und Zuſtimmung.) Ich glaube auch, daß der künſtlich aufgebauſchte Haß gegen uns in Rußland weiter nicht von Dauer ſein wird. Mit unſeren Bundesgenoſſen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundſchaften, ſondern die zwingendſten Intereſſen des europäiſchen Gleichgewichts und unſerer eigenen Zukunft.

Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Seiner Majeſtät des Kaiſers, die das publizierte Bündnis abgeſchloſſen hat, billigen, (Bravo!) obſchon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verſtärkt wird.

Es iſt ja unzweifelhaft, daß durch die Annahme dieſes neuen Geſetzes das Bündnis, in dem wir ſtehen, außerordentlich an Kraft gewinnt, weil das durch das Deutſche Reich gebildete Mitglied ſeinerſeits außerordentlich verſtärkt wird. Die Vorlage bringt uns einen Zuwachs an waffentüchtigen Truppen, einen möglichen Zuwachs — brauchen wir ihn nicht, ſo brauchen wir ihn nicht zu rufen, dann können wir ihn zuhauſe laſſen; haben wir ihn aber zur Verfügung, haben wir die Waffen für ihn — und das iſt ja durchaus notwendig; ich erinnere mich der von England 1813 für unſere Landwehr gelieferten Karabiner, mit denen ich noch als Jäger ausexerziert worden bin; das war kein Kriegsgewehr. Das können wir ja nicht plötzlich anſchaffen; haben wir aber die Waffen dafür, ſo bildet dieſes neue Geſetz eine Verſtärkung der Friedensbürgſchaften und eine Verſtärkung der Friedensliga, die gerade ſo ſtark iſt, als wenn eine vierte Großmacht mit 700 000 Mann Truppen — was ja früher die

höchſte Stärke war, die es gab — dem Bunde beigetreten wäre. (Bravo!)

Dieſe gewaltige Verſtärkung wird, wie ich glaube, auch beruhigend auf unſere eigenen Landsleute wirken und wird die Nervoſität unſerer öffentlichen Meinung, unſerer Börſe und unſerer Preſſe einigermaßen ermäßigen. Ich hoffe, ſie werden Linderung fühlen (Heiterkeit), wenn ſie ſich das klar machen, daß nach dieſer Verſtärkung und von dem Augenblick an, wo das Geſetz unterzeichnet und publiziert iſt, die Leute da ſind; die Bewaffnung wäre notdürftig auch jetzt vorhanden; aber wir müſſen ſie beſſer anſchaffen, denn wenn wir eine Armee von Triariern bilden, von dem beſten Menſchenmaterial, das wir überhaupt in unſerem Volke haben, von den Familienvätern über 30 Jahre, dann müſſen wir auch für ſie die beſten Waffen haben, die es überhaupt giebt, (Bravo!) wir müſſen ſie nicht mit dem in den Kampf ſchicken, was wir für unſere jungen Linientruppen nicht für gut genug halten, (ſehr gut!) ſondern der feſte Mann, der Familienvater, dieſe Hünengeſtalten, deren wir uns noch erinnern können aus der Zeit, wo ſie die Brücke von Verſailles beſetzt hatten, müſſen auch das beſte Gewehr an der Schulter haben, die vollſte Bewaffnung und die ausgiebigſte Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommniſſe. (Lebhaftes Bravo.) Da dürfen wir nicht ſparen. Aber ich hoffe, es wird unſere Mitbürger beruhigen, wenn ſie ſich nun wirklich den Fall denken, an den ich nicht glaube, daß wir von zwei Seiten gleichzeitig überfallen würden — die Möglichkeit iſt ja, wie ich Ihnen vorhin an dem vierzigjährigen Zeitraum entwickelt habe, für alle möglichen Koalitionen doch immer vorhanden —; wenn das eintritt, ſo können wir an jeder unſerer Grenzen eine Million guter Soldaten in Defenſive haben. Wir können dabei Reſerven von einer halben Million und höher, auch von einer ganzen Million, im Hinterlande behalten und nach Bedürfnis vorſchieben. Man hat mir geſagt: das wird nur die Folge haben, daß die anderen auch noch höher ſteigen. Das können ſie nicht. (Bravo! — Heiterkeit.) Die Ziffer haben ſie längſt erreicht. Wir haben die Ziffer im Jahre 1867 heruntergeſetzt, weil wir glaubten, jetzt haben wir den Norddeutſchen Bund, wir können es uns jetzt leichter machen, da können wir die Leute über 32 Jahr freilaſſen. In der Folge haben unſere Nachbarn eine längere Dienſtzeit adoptiert, viele eine zwanzigjährige Dienſtzeit. — Der Herr Kriegsminiſter, wenn er das Wort ergreifen will, wird

Ihnen das näher auseinanderſetzen können; in der Ziffer ſind ſie ebenſo hoch wie wir, aber in der Qualität können ſie es uns nicht nachmachen. (Sehr richtig!) Die Tapferkeit iſt ja bei allen ziviliſierten Nationen gleich; der Ruſſe, der Franzoſe ſchlagen ſich ſo tapfer wie der Deutſche; aber unſere Leute, unſere 700 000 Mann ſind kriegsgedient, rompus au métier, ausgediente Soldaten, und die noch nichts verlernt haben. Und was uns kein Volk in der Welt nachmachen kann: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um dieſe ungeheure Armee zu kommandieren. (Bravo!) Das iſt, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutſchland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt. Das Maß von Bildung, welches erforderlich iſt, um einen Offizier und Unteroffizier zum Kommando zu befähigen nach den Anſprüchen, die der Soldat an ihn macht, exiſtiert bei uns in ſehr viel breiteren Schichten als in irgend einem anderen Lande. Wir haben mehr Offiziermaterial und Unteroffiziermaterial als irgend ein anderes Land, und wir haben ein Offizierkorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann. (Bravo!)

Darin beſteht unſere Überlegenheit und ebenſo in der Überlegenheit unſeres Unteroffizierkorps, welches ja die Zöglinge unſeres Offizierkorps bilden. Das Maß von Bildung, welches einen Offizier befähigt, nicht nur die ſehr ſtrengen Anforderungen an ſeinen Stand, an Entbehrungen, an Pflege der Kameradſchaft unter ſich, ſondern auch die außerordentlich ſchwierigen ſozialen Aufgaben zu erfüllen, deren Erfüllung notwendig iſt, um die Kameradſchaft, die bei uns, Gott ſei Dank, im höchſten Grade in rührenden Fällen exiſtiert zwiſchen Offizieren und Mannſchaften, um die ohne Schaden der Autorität herzuſtellen, — das können uns die anderen nicht nachmachen, das Verhältnis, wie es in deutſchen Truppen zwiſchen Offizieren und Mannſchaften namentlich im Kriege mit wenigen üblen Ausnahmen beſteht — exceptio firmat regulam; aber im ganzen kann man ſagen: kein deutſcher Offizier läßt ſeinen Soldaten im Feuer im Stich und holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus, und umgekehrt: kein deutſcher Soldat läßt ſeinen Offizier im Stich — das haben wir erfahren. (Bravo!)

Wenn andere Armeen gleiche Truppenmaſſen, wie wir ſie hiermit zu ſchaffen beabſichtigen, mit Offizieren und Unteroffizieren beſetzen ſollen, ſo werden ſie unter Umſtänden genötigt

ſein, Offiziere zu ernennen, denen es nicht gelingen wird, eine Kompagnie durch ein enges Thor herauszuführen (Heiterkeit), und noch viel weniger, die ſchweren Obliegenheiten zu erfüllen, die ein Offizier ſeinen Mannſchaften gegenüber hat, um ſich deren Achtung und deren Liebe zu bewahren; das Maß von Bildung, welches dazu erforderlich iſt, und das Maß von Leiſtung, welches überhaupt bei uns an Kameradſchaft und Ehrgefühl aus dem Offizier herausgedrückt wird, das kann ja kein Reglement und keine Anordnung der Welt im Auslande aus dem Offizierſtande herausdrücken. Darin ſind wir jedermann überlegen, und deshalb können ſie es uns nicht nachmachen. (Bravo!) Ich bin alſo darüber ohne Sorge.

Außerdem aber iſt noch ein Vorteil der Annahme dieſes Geſetzes: gerade die Stärke, die wir erſtreben, ſtimmt uns ſelbſt notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es iſt aber doch ſo.

Mit der gewaltigen Maſchine, zu der wir das deutſche Heerweſen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich heute hier vor Sie treten wollte und Ihnen ſagen — wenn die Verhältniſſe eben anders lägen, als ſie meiner Überzeugung nach liegen —: wir ſind erheblich bedroht von Frankreich und Rußland; es iſt vorauszuſehen, daß wir angegriffen werden; meiner Überzeugung nach glaube ich es als Diplomat nach militäriſchen Nachrichten hierüber, es iſt nützlicher für uns, daß wir als Defenſive den Vorſtoß des Angriffes benutzen, daß wir jetzt gleich ſchlagen; der Angriffskrieg iſt für uns vorteilhafter zu führen, und ich bitte alſo den Reichstag um einen Kredit von einer Milliarde oder einer halben Milliarde, um den Krieg gegen unſere beiden Nachbarn heute zu unternehmen, — ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen. Ich hoffe nicht. (Heiterkeit.)

Aber wenn Sie es thäten, würde es mir nicht genügen. Wenn wir in Deutſchland einen Krieg mit der vollen Wirkung unſerer Nationalkraft führen wollen, ſo muß es ein Krieg ſein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverſtanden iſt; es muß ein Volkskrieg ſein; es muß ein Krieg ſein, der mit dem Enthuſiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es iſt mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und ſo war es von Berlin bis Köln, ſo war es hier in Berlin. Die Wogen der Volkszuſtimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten

wollen mögen oder nicht. So muß es auch ſein, wenn eine Volkskraft wie die unſere zur vollen Geltung kommen ſoll. Es wird aber ſehr ſchwer ſein, den Provinzen, den Bundesſtaaten und ihren Bevölkerungen das klar zu machen: der Krieg iſt unvermeidlich, er muß ſein. Man wird fragen: Ja, ſeid Ihr denn deſſen ſicher? wer weiß? Kurz, wenn wir ſchließlich zum Angriff kommen, ſo wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel ſchwerer wiegen als die materiellen Gewichte, auf der Seite unſerer Gegner ſein, die wir angegriffen haben. Das „heilige Rußland“ wird entrüſtet ſein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen ſtarren. Ganz dasſelbe wird überall geſchehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn ſchließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht ſiegreich geführt werden, wenn man erſt einmal Feuer bekommen und Blut geſehen hat. Aber es wird nicht von Hauſe aus der Elan und das Feuer dahinter ſein wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutſchland von der Memel bis zum Bodenſee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren ſtarren, und es wird kein Feind wagen, mit dieſem furor teutonicus, der ſich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. (Bravo!) Dieſe Überlegenheit dürfen wir uns nicht entgehen laſſen, ſelbſt wenn wir, was viele Militärs, nicht nur die unſerigen, annehmen, jetzt unſeren künftigen Gegnern überlegen ſind. Die unſerigen glauben das alle: natürlich, jeder Soldat glaubt das; er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu ſein, wenn er nicht den Krieg wünſchte und an ſeinen Sieg darin glaubte. Wenn unſere Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange iſt, der uns friedfertig ſtimmt, dann irren ſie ſich ganz gewaltig. (Sehr richtig!) Wir glauben ebenſo feſt an unſeren Sieg in gerechter Sache wie irgend ein ausländiſcher Leutnant in ſeiner Garniſon beim dritten Glaſe Champagner glauben kann (Heiterkeit), und wir vielleicht mit mehr Sicherheit. Alſo es iſt nicht die Furcht, die uns friedfertig ſtimmt, ſondern gerade das Bewußtſein unſerer Stärke, das Bewußtſein, auch dann, wenn wir in einem minder günſtigen Augenblicke angegriffen werden, ſtark genug zu ſein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorſehung es zu überlaſſen, ob ſie nicht in der Zwiſchenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.

Ich bin alſo nicht für irgendwelchen Angriffskrieg, und wenn der Krieg nur durch unſeren Angriff entſtehen könnte — Feuer muß von irgend jemandem angelegt werden, wir werden es nicht anlegen — (Bravo!) nun, weder das Bewußtſein unſerer Stärke, wie ich es eben ſchilderte, noch das Vertrauen auf unſere Bündniſſe wird uns abhalten, unſere bisherigen Beſtrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzuſetzen. Wir laſſen uns da durch keine Verſtimmung leiten und durch keine Abneigung beſtimmen. Es iſt ja unzweifelhaft, daß die Drohungen und die Beſchimpfungen, die Herausforderungen, die an uns gerichtet worden ſind, auch bei uns eine ganz erhebliche und berechtigte Erbitterung erregt haben, (ſehr richtig!) und das iſt beim Deutſchen recht ſchwer, denn er iſt dem Nationalhaß an ſich unzugänglicher als irgend eine andere Nation; wir ſind aber bemüht, ſie zu beſänftigen, und wir wollen nach wie vor den Frieden mit unſeren Nachbarn, namentlich aber mit Rußland ſuchen. Wenn ich ſage: namentlich mit Rußland, ſo bin ich der Meinung, daß Frankreich uns bei dieſen Bemühungen keine Sicherheit auf Erfolg gewährt, wenngleich ich nicht ſagen will, daß es nichts hilft; wir werden nie Händel ſuchen, wir werden Frankreich nie angreifen, wir haben in den vielen kleinen Vorfällen, die die Neigung unſerer Nachbarn, zu ſpionieren und zu beſtechen, verurſacht hat, immer eine ſehr gefällige und freundliche Beilegung herbeigeführt, weil ich es für ruchlos halten würde, um ſolcher Lappalien willen einen großen nationalen Krieg zu entzünden oder auch nur wahrſcheinlich zu machen. Das ſind Fälle, wo es heißt: der Vernünftigere giebt nach. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Ich nenne alſo vorzugsweiſe Rußland, und da habe ich dasſelbe Vertrauen auf das Gelingen, in welchem ich vor einem Jahre geſprochen habe, und welches dieſes freiſinnige Blatt hier ſo fett gedruckt hat, ohne ein Nachlaufen oder, wie ein deutſches Blatt ſich roh ausdrückt, „Wettkriechen“ vor Rußland! — Die Zeit iſt vorbei; um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. (Sehr gut! Lebhaftes Bravo.) Die ruſſiſche Preſſe, die ruſſiſche öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverläſſigen Freunde, der wir waren, die Thür gewieſen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben verſucht, das alte vertraute Verhältnis wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach. (Allſeitiges Bravo.) Das hält uns aber nicht ab, — im Gegenteil, es iſt uns ein Sporn mehr,

die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.

Zu den Vertragsrechten gehören auch ſolche, die nicht von allen unſeren Freunden anerkannt werden: ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß Rußland inbetreff Bulgariens erworben haben, und die bis 1885 ganz unangefochten beſtanden haben. Es iſt gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeſchlüſſe mit vorbereitet und mit unterzeichnet habe, daß wir alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen ſollte, nachdem es ſeinerſeits auf Oſtrumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des ſeinem Einfluſſe anheimfallenden Gebiets um 800 000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuſchrauben. Infolge dieſer Auffaſſung des Kongreſſes hat Rußland bis 1885 zunächſt den Fürſten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiſerhauſes, von dem damals niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas anderes würde ſein wollen als ein getreuer Anhänger der ruſſiſchen Politik. Es hat die Kriegsminiſter, einen großen Teil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrſcht; da iſt gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürſt — ich weiß nicht, wer — ſind nicht damit zufrieden geweſen, es hat ein Staatsſtreich, ein Abfall von Rußland ſtattgefunden. Dadurch iſt ein faktiſches Verhältnis entſtanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remedieren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hauſe gebracht hat, doch theoretiſch nicht alterieren kann. Ob, wenn Rußland die Rechte gewaltſam geltend machen wollte, ſich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht; das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltſame Mittel nicht unterſtützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da iſt, — ich bin ziemlich gewiß, daß ſie nicht vorhanden iſt. Wenn aber Rußland auf diplomatiſchem Wege verſucht, ſei es auch durch eine Anregung auf das Einſchreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es verſucht, das herbeizuführen, ſo halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutſchen Politik, ſich dabei rein an die Beſtimmungen des Berliner Vertrags zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der — mich wenigſtens — die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann. Bulgarien, das Ländchen

zwiſchen Donau und Balkan, iſt überhaupt kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konſequenzen zu knüpfen, um ſeinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordſee bis Palermo hin in einen Krieg zu ſtürzen, deſſen Ausgang kein Menſch vorausſehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wiſſen, warum man ſich geſchlagen hat. (Heiterkeit.)

Alſo das kann ich erklären, daß die Unfreundlichkeiten, die wir in der ruſſiſchen öffentlichen Meinung, in der ruſſiſchen Preſſe namentlich, erfahren haben, uns nicht abhalten werden, ſobald Rußland den Wunſch ausſpricht, die diplomatiſchen Schritte diplomatiſch zu unterſtützen, welche Rußland eben thun kann, um ſeinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen. Ich ſage abſichtlich: ſobald Rußland den Wunſch ausſpricht. Wir ſind früher mitunter bemüht geweſen, ruſſiſche Wünſche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen; wir haben aber erleben müſſen, daß ruſſiſche Blätter ſich fanden, die ſofort nachzuweiſen verſuchten, daß gerade dieſe Schritte der deutſchen Politik die feindſeligſten gegen Rußland geweſen wären, und die uns deshalb angriffen, weil wir den ruſſiſchen Wünſchen vorausgegangen waren in der Erfüllung. Wir haben das auch auf dem Kongreß gethan; es wird uns aber nicht wieder paſſieren. Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herſtellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverän zu unterſtützen, ſo trage ich kein Bedenken, Seiner Majeſtät dem Kaiſer zu raten, daß das geſchieht. Dies erfordern die Verträge von unſerer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung ſein, wie ſie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältnis und große und gemeinſame monarchiſche Intereſſen, ſowie Intereſſen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben, und deſſen Monarch vollſtändiges Verſtändnis hat für dieſe Aufgaben der verbündeten Monarchen. Daß der Kaiſer von Rußland, wenn er findet, daß die Intereſſen ſeines großen Reiches von hundert Millionen Unterthanen ihm gebieten, Krieg zu führen, daß er dann Krieg führen wird, daran zweifle ich gar nicht. Aber die Intereſſen können ihm ganz unmöglich gebieten, dieſen Krieg gerade gegen uns zu führen; ich halte es auch nicht für wahrſcheinlich, daß ein ſolches Intereſſengebot überhaupt nahe liegt.

Ich glaube nicht an eine unmittelbar bevorſtehende Friedensſtörung — wenn ich mich reſümieren ſoll — und bitte, daß

Sie das vorliegende Geſetz unabhängig von dieſem Gedanken und dieſer Befürchtung behandeln, lediglich als eine volle Herſtellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutſche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir ſie brauchen; brauchen wir ſie nicht, dann werden wir ſie nicht rufen; wir ſuchen den Fall zu vermeiden, daß wir ſie brauchen.

Dieſes Beſtreben wird uns noch immer einigermaßen erſchwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptſächlich an das Ausland richten, doch dieſe Drohungen zu unterlaſſen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Preſſe erfahren, iſt eigentlich eine unglaubliche Dummheit (Heiterkeit), wenn man bedenkt, daß man eine große und ſtolze Macht, wie es das Deutſche Reich iſt, durch eine gewiſſe drohende Geſtaltung der Druckerſchwärze, durch Zuſammenſtellung von Worten glaubt einſchüchtern zu können. (Bravo!) Man ſollte das unterlaſſen, dann würde man es uns leichter machen, unſeren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land iſt auf die Dauer doch für die Fenſter, die ſeine Preſſe einſchlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präſentiert in der Verſtimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht beſtochen werden — vielleicht zu leicht —, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! (Bravo!) **Wir Deutſche fürchten Gott, aber ſonſt nichts in der Welt** (lebhaftes Bravo); und die Gottesfurcht iſt es ſchon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird ſich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die geſamte Bevölkerung des damals ſchwachen, kleinen und ausgeſogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutſchen Nation iſt, und daß derjenige, welcher die deutſche Nation irgendwie angreift, ſie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem feſten Glauben im Herzen: Gott wird mit uns ſein! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Über das südwestafrikanische Schutzgebiet.

Rede gehalten am 25. Januar 1887.

Wer patriotischen Sinnes ist, der nimmt nicht gerade öffentlich gegen die Regierung seines Landes Partei in einer Frage, über die sie im Augenblick in entscheidenden Unterhandlungen mit der mitbeteiligten ausländischen Regierung steht. Und Vorredner hat uns in den Verhandlungen, in denen wir augenblicklich mit England über Südwestafrika stehen, auf das erheblichste geschädigt; wenn sie mißlingen, mache ich ihn dafür verantwortlich. Vorredner ist der Meinung gewesen, daß erst bei der ersten Übernahme der erste Muter dieser Konzession, Lüderitz, es im ersten Programm unsrer Kolonialpolitik gelegen hätte, auf die Sache einzugehen und die Bemühungen dieses thätigen Reichsangehörigen zu schützen und zu decken. Nun gut, wie haben sich denn seitdem die Dinge gestaltet? Ich kann darauf hinweisen, daß gerade diese Kolonie und ihre Hoffnungen sich in den letzten Jahren günstig und für die Zukunft versprechend entwickelt haben, und daß wir, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, diesen englischen Einbruch und die englische Rivalität gar nicht zu befürchten gehabt hätten. Um nichts, um eine Sandbüchse, wie das geschildert ist, laufen die Engländer nicht hunderte von Meilen über Land mit Waffen und Pferden, um Verabredungen anzufechten, die wir mit der englischen Regierung früher getroffen haben; daß da etwas dahintersteckt, was des Schutzes des Reiches für unsre Interessen wert ist, das hätte der Herr Abgeordnete schon aus der Expedition von Lewis entnehmen können. Er scheint aber anzunehmen, daß die Engländer und Aventuriers, wie dieser Lewis, dumm genug sind, um dieser Sandbüchse nachzulaufen, vor deren Besitz er das Deutsche Reich warnt und davon abzuschrecken sucht. Das ist ein Mangel an Kombinationsgabe und Überlegung. Der Abgeordnete hat gesagt: mit der Gewalt und mit der Exekution des Gesetzes ist dort nichts zu machen. Das mag richtig sein, obschon ich das doch nicht so unbedingt zugeben möchte. Wenn sich die Aussichten bestätigen, welche diese und andre Gesellschaften dort haben, so weiß ich nicht, warum sie nicht die 17 bewaffneten Leute von Lewis mit 170 bewaffneten Eingebornen duldet. Glaubt der Abgeordnete, daß wir im Auswärtigen Amt so einfältig und so verschwenderisch sind, daß, wenn wir uns über-

zeugt hätten, es sei wirklich nichts andres als die Sandbüchse da, wir dann dem Reichstage zumuten sollten, in dieser Wüste noch einen Beamten festzunageln und dort noch auch nur zehn Mark weiter hinauszuwerfen? Das ist doch eine Geringschätzung unsrer Einsicht und unsrer Ehrlichkeit, die wir nicht verdienen in der mühseligen Arbeit, die wir uns in diesen Kolonialfragen machen. Was hat denn das Auswärtige Amt, was haben wir denn davon, ob dort Kolonien sind oder nicht? 5000 Nummern alle Jahre mehr, die mir allein auf den Leib geschrieben werden, die ich allein zu erledigen habe! Etwas andres habe ich nicht von der Sache, und dann redet man hier in der Voraussetzung, als hätten wir in Leichtfertigkeit und ich weiß nicht aus welchen Gründen gehandelt. Abgeordneter Richter hat den Schnaps berührt. Ich habe mich gefreut, daß er jetzt mit einem male teuern Schnaps für eine Wohlthat für die Bevölkerung hält, allerdings nur für die Neger; warum will er denn diese Wohlthat nicht auf seine eignen Landsleute anwenden? auf den Schnaps des armen Mannes: „den kann er nicht billig genug bekommen.“ Und auch die Unmäßigkeit in Bier, wie sie in unsrer nächsten Umgebung nicht selten ist, verdient die gleiche Aufmerksamkeit, wie die der Neger in Kamerun. Ich begreife nicht, wie man seine Wohlthaten so weit nach Afrika verschleppen kann, wenn man hier unmittelbar vor dem Hallischen Thor die beste Anwendung davon machen könnte. Inbezug auf die Kamaherofrage möchte ich nur mitteilen, daß wir mit England früher durch einen Notenaustausch eine Abmachung getroffen haben, nach welcher England den 20. Längengrad als die Grenze seiner Kapbesitzungen ansah. Wir haben also die Hoffnung, bei dem uns befreundeten England Beistand gegen die Invasion dieses räuberischen Einfalles von Lewis zu finden. Das wird langsam wirken ehe man in London den Einfluß geltend machen kann, ehe er von dort auf die Kapregierung und von der Kapregierung auf Lewis eingewirkt wird, aber mit dem Telephon lassen sich diese Dinge überhaupt nicht abmachen in den entlegenen Kolonieen. Das wird Zeit gebrauchen; wir sind jedoch des festen Vertrauens, daß die englische Regierung das Unternehmen von Lewis nicht billigen und unterstützen werde. Er mag in der Zwischenzeit, die wir nicht abkürzen können, dort wohnen und siedeln, wie er will, es bleibt nominell und rechtlich deutsches Gebiet, auf das wir demnächst doch die Rechte haben werden. Die Sache entscheidet sich aber nicht an Ort und Stelle, weil die Gesellschaft

nicht imſtande iſt, ſie zur Entſcheidung zu bringen, ſondern ſie wird in freundſchaftlichen Verhandlungen zur Entſcheidung gebracht werden müſſen. Wenn aber hier von hervorragenden Abgeordneten im Deutſchen Reichstage unſre ganze Exiſtenz dort als wertlos, die Verträge als ſehr zweifelhaft geſchildert werden, die überhaupt abgeſchloſſen ſind, mit welcher Wirkung ſoll ich denn den engliſchen Unterhändlern gegenübertreten? Die Engländer halten das Land nicht für wertlos, aber ſie werden das Zeugnis Bambergers anführen, daß davon gar nichts zu halten iſt, und daß ſelbſt dieſer deutſche Patriot ſchon zur Sprache gebracht hat, daß der Beſitz ſehr zweifelhafter Natur ſei und auf ſehr anfechtbaren Verträgen ruhe. Wenn Sie dem Vaterlande durch Ihre Reden im Reichstage keine wirkſamere Unterſtützung gewähren, als diejenige, welche ich für die ſchwebenden Unterhandlungen aus den Äußerungen Bambergers ſchöpfen kann, dann würde ich Ihnen wirklich ſehr dankbar ſein, wenn Sie ſich in ſolchen Fragen vorher mit mir beſprächen.

(Nach dem Abg. Bamberger.)

Vorredner hat die Gewohnheit, durch eine kleine Verſchiebung deſſen, was ich geſagt habe, ſich meine Äußerungen ſchußgerecht zu bringen, Dinge zu widerlegen, die ich nicht geſagt habe, und Dinge mit Emphaſe zu behaupten, die ich gar nicht beſtritten habe. Das iſt die gewöhnliche Taktik, auf die ich mich mit ihm bereits ſeit Jahren habe einlaſſen müſſen. Er hat an meine Duldſamkeit als Gießener Doktor der Theologie appelliert und geſagt, ich behauptete, je älter ich würde, deſto beſſer verſtände ich die abweichenden Meinungen. Ja, ich verſtehe auch die des Herrn Abgeordneten, und die Gründe, aus denen er und ſeine Freunde ſo ſprechen, ich verſtehe ſie vollkommen und durchſchaue ſie bis auf den Grund der Seele, daran fehlt es nicht. Soll ich nun gegen Sie duldſam ſein, wenn ich finde, daß Sie die Intereſſen des Landes, zu deſſen Vertretung ich an erſter Stelle berufen bin, hier ſchädigen? Das können Sie nicht verlangen; ſonſt würde ich als Doktor der Theologie mit meiner Ehre und mit meinem Gewiſſen zu kurz kommen. Soweit kann meine Duldſamkeit nicht gehen, daß ich zulaſſe, daß unwiderlegt in einem Augenblicke, wo wir mit dem Auslande verhandeln, die Rechtstitel, auf die wir uns berufen, als zweifelhaft und dürftig von einem Parlamentsredner öffentlich dargeſtellt werden. Wohlgemerkt, von einem deutſchen Parlamentsredner, nicht von

einem engliſchen. Das hat der Abgeordnete in ſeiner Erwiderung vollſtändig verſchwiegen. Er hat eine Maſſe ſarkaſtiſcher und bitterer Bemerkungen über die diplomatiſche Geheimniskrämerei gemacht; da hat er einen Feind an die Wand gemalt, der ich nicht war und der mir nicht ähnlich ſah, er hat auf einen gemalten Grenadier nach der Scheibe geſchoſſen und nicht nach mir, ich habe ja gar keine Geheimniskrämerei gemacht; ich habe nur geſagt, ich bin an dieſer Stelle und heute nicht berechtigt, das große Intereſſe kundzugeben, das die deutſchen Unternehmer an dieſer Sache haben.

Bamberger hat das ganze Objekt als ein wertloſes wiederholt dargeſtellt; dadurch macht er die Geſellſchaft ja kreditlos, und das iſt doch keine nützliche und patriotiſche Beſtrebung, wenn er hier lediglich, um zu zeigen, daß er vor vier Jahren recht gehabt hat, jetzt den Kredit dieſer Geſellſchaft und ihre Hoffnungen, nach allem, was er dazu beitragen kann, gänzlich zu zerſtören und zu vernichten ſucht. Das iſt unpatriotiſch. Ich würde mich durch keine Leidenſchaft des Haſſes gegen irgend einen Miniſter fortreißen laſſen, unter höflichen, honigſüßen Phraſen dergleichen Bosheiten in die Welt zu ſchicken. Mir iſt hier ein Bericht der Südweſtafrikaniſchen Kolonialgeſellſchaft als gedruckt übergeben, von dem ich glaube, er exiſtierte bisher nur in unſeren Akten. Da iſt geſagt: „Das Syndikat hat Ende März l. J. eine unter Führung des Dr. Gürich aus Breslau ſtehende bergmänniſche Expedition nach Südweſtafrika ausgeſandt, welche gleichzeitig mit unſren damals abgereiſten Beamten in Walfiſchbai angelangt iſt und ſich von da in das Innere des Landes begeben hat. Auch von andrer Seite ſind Unternehmungen, welche die Ausbeutung der Mineralſchätze des ſüdafrikaniſchen Schutzgebietes zum Zwecke haben, ins Leben gerufen worden. Das Mitglied unſers Verwaltungsrates, v. Lilienthal, hat, wie uns berichtet wird, von den auſtraliſchen Diggers und Ohlſon in Kapſtadt einige Anteile an dem oben erwähnten Auſtralian-Proſpecting-Syndikate erworben und mehrere Perſonen zur Vertretung ſeiner Intereſſen nach Südafrika geſchickt. Der Bergingenieur Scheidtweiler aus Köln hat ſich ebenfalls nach dem Schutzgebiete begeben und zwar, Zeitungsnachrichten zufolge, als Vertreter eines in Köln angeblich gebildeten Syndikats. Wie durch die Zeitungen ferner bekannt geworden, iſt unter dem Namen „Deutſch-Afrikaniſche Minengeſellſchaft“ ein Unternehmen gegründet worden, welches eine Expedition unter Führung des

Dr. Schwarz nach Südweſtafrika abgeſandt haben ſoll. Wir können nur wünſchen, daß das gleichzeitige Auftreten dieſer verſchiedenen Unternehmungen im ſüdweſtafrikaniſchen Schutzgebiet eine gründliche und möglichſt erfolgreiche Durchforſchung des Bodens nach wertvollen Mineralien zur Folge hat."

Dieſe Durchforſchungen haben ſtattgefunden und haben ſo günſtige Ergebniſſe geliefert, daß der Unternehmungsgeiſt der beteiligten Herren dadurch weſentlich belebt iſt. Das kann ja ein Irrtum ſein, es können Mißſpekulationen eintreten; nehmen Sie aber an, daß die Spekulation richtig iſt: hat das Deutſche Reich, hat Bamberger irgend ein Intereſſe ſachlicher oder politiſcher Natur, die Leute in der Entwicklung ihrer Hoffnungen zu hindern und unſre Stellung bei der Vertretung dieſer Hoffnungen dem Auslande, England gegenüber zu erſchweren durch ſeine Rede, durch die Anfechtungen der Rechtsunterlagen, auf denen ſich das Recht dieſer Leute gründet? Weiter heißt es: „Die Aufnahme in den Weltpoſtverein wird gewünſcht. Die infolge des Berggeſetzes getroffenen neuen Einrichtungen einer Bergbehörde und einer Schutztruppe legen der Geſellſchaft außerordentliche Aufwendungen auf. Die Koſten ſind für die Zeit bis zum 31. März k. J. für die Bergbehörde auf ca. 80000 Mark, für die Schutztruppe auf ca. 70000 Mark veranſchlagt." Alſo für dieſe wertloſe Sandwüſte Bambergers wendet die Geſellſchaft tüchtige Summen Geldes auf, viel erheblichere, als hier vom Reiche dafür gefordert werden. Es ſind kaufmänniſche Unternehmer. Daß die ſo ganz leichtfertig dabei verfahren, kann ich doch nicht annehmen! Keinesfalls iſt es Aufgabe des Reiches, ſie in der Verfolgung ihrer Aufgaben zu ſtören und zu hindern. Ein Urteil darüber, ob dieſe Vorausſetzungen zutreffen, läßt ſich heute mit dieſem Bericht noch nicht gewinnen. Bamberger hat es ſchon gewonnen, die Unternehmer ſelbſt noch nicht. Das wird genügen. Die Hoffnungen, die die Leute haben, ſchneiden wir ihnen vollſtändig ab, wenn bei uns von ſo gewichtiger und amtlicher Seite, wie bei einer Debatte des Reichstags, die Rechtsanſprüche, die die Reichsregierung in London geltend machen will, als hinfällig und zweifelhaft und unbedeutend dargeſtellt werden.

Später nach dem Abg. Bamberger.

Der Herr Abgeordnete hat mir diesmal unterſchoben, ich hätte ihm vorgeworfen, er hätte von England geredet. Ich habe

gar nicht gehört, daß er von England geredet hat, und habe es ihm auch nicht vorgeworfen. Das einzige punctum saliens meiner Äußerungen und Vorwürfe, das ich ſcharf accentuiert hatte, hat er ſorgfältigerweiſe auch diesmal umgangen und iſt ihm ausgewichen; das iſt die Thatſache, daß er die Beſitztitel unſrer Landsleute als wertlos und zweifelhaft behandet und dadurch ihre Beweiskraft in den Verhandlungen, in denen wir mit England ſtehen, abgeſchwächt, wenn nicht vollſtändig vernichtet hat. Sie werden mir in England ſagen: Ihr Landsmann, Ihr Freund, der patriotiſche Abg. Bamberger, hat ja ſelbſt geſagt, das Papier ſei nichts wert; warum wollen Sie das vertreten? Warum iſt der Herr Abgeordnete bei ſeinem dreimaligen Wiederwortergreifen auf dieſen Vorwurf gar nicht zurückgekommen? Das möchte ich ihm doch zu Gemüte führen. Er hat außerdem das ganze Objekt als ein ſo wertloſes behandelt, daß die Engländer ſagen werden: mein Gott, wenn Sie um ſolche Sandbüchſe, wie Bamberger ſie ja kennt, mit uns ſtreiten wollen, dann iſt uns Ihre Freundſchaft auch nicht viel wert; um ſolcher ganz wertloſen Sachen wollen ſie von uns noch Konzeſſionen erpreſſen!

Er hat außerdem in Ausſicht geſtellt, daß unſere ganzen kolonialen Unternehmungen überhaupt ſo gut wie mißlungen wären, daß wir das Fiasko gemacht hätten, das er vorausgeſagt hätte. Ja, ſo leicht eingeſchüchtert iſt, Gott ſei Dank, der deutſche Nationalcharakter im ganzen nicht, daß er durch einzelne Mißgriffe, Irrungen, Opfer in den einmal begonnenen Kolonialbeſtrebungen ſich abſchrecken läßt. Aber es iſt doch nicht nützlich, den Engländern einzureden, daß wir ſo leicht abzuſchrecken wären, und daß wir nun ermüdet und abgeſchreckt wären durch das, was wir ſeit vier Jahren überhaupt unternommen haben.

Ich halte es nicht für nützlich, das in der Öffentlichkeit und namentlich England gegenüber zu behaupten. Denken Sie doch an die Geſchicke der holländiſchen Kolonien! Wie groß ſind die geweſen! Sie haben Oſtindien, ſie haben Braſilien gehabt, und haben es verloren; ſie haben auch heute noch eine Kolonialmacht, die viel ſchwerer wiegt an Einwohnerzahl und an Ausdehnung, als das ganze Königreich der Niederlande. Da ſehen Sie, daß germaniſche Zähigkeit ſchließlich doch zum richtigen Ziele kommt, auch wenn ſie inzwiſchen Ceylon, Oſtindien und Braſilien und die Kapſtadt verloren hat; mancher ehrliche Holländer iſt dabei erſchlagen von den Wilden ſowie von den aus-

ländiſchen Feinden, mit denen ſie zu kämpfen hatten. Setzen nun die Geſinnungsgenoſſen Bambergers bei der oberdeutſchen Nation weniger Tapferkeit, weniger Beharrlichkeit voraus als bei der niederdeutſchen, dann haben ſie ganz recht, wenn ſie nach den vier Jahren — wie heißt es in dem Märchen? — von dem Manne, der über Land gehen wollte und, nachdem er vors Dorf gekommen iſt, findet er es kalt und windig, und er kehrt um und kriecht wieder bei Muttern unter. Das iſt das, was Sie dem deutſchen Volke als Prognoſtikon in ſeinen kolonialen Beſtrebungen aufſtellen. Aber ich kann da nur mit Genugthuung meine Sicherheit ausſprechen, daß die große Majorität des Reichstags vom deutſchen Volk und ſeiner Beharrlichkeit und ſeinen nationalen Beſtrebungen eine höhere und beſſre Meinung hat, als die Minderheit, die uns gegenüberſteht.

Das Heer als Friedensbürgſchaft.

Rede gehalten am 26. Januar 1887.

Sie werden es erklärlich finden, wenn ich als auswärtiger Miniſter bei dieſer Gelegenheit dem Hauſe einige Mitteilungen über die Politik mache, die ich in dieſer Eigenſchaft im Namen des Königs im Reiche zu vertreten habe und namentlich bei den verbündeten Regierungen mit Erfolg vertreten habe. Die Regierungen haben bei Abſchluß des Bundesvertrages, auf dem unſere Verfaſſung beruht, ſehr weſentliche Rechte, die ihnen ganz zweifellos zuſtanden, und zwar nicht nur der König von Preußen an den letzteren in ſeiner Eigenſchaft als deutſcher Kaiſer, abgetreten, für deren Wahrung und Ausübung im Intereſſe des Reiches der König von Preußen als deutſcher Kaiſer verantwortlich bleibt. Der deutſche Kaiſer hat nicht das Recht, dieſes ihm von ſeinen Bundesgenoſſen anvertraute Gut nach Belieben an Dritte zu übertragen, alſo beiſpielsweiſe an eine wechſelnde Reichstagsmajorität, am allerwenigſten, wenn eine ſolche ihm für die Ausübung der anvertrauten Rechte ſo wenig Vertrauen einflößt wie die heutige Reichstagsmajorität. Es ſind das hauptſächlich diejenigen Rechte der verbündeten Regierungen, auf denen ihre Möglichkeit und ihre Pflicht, Deutſchland gegen auswärtige

Feinde zu ſchützen, beruht. Die Verfügung über die Mittel dazu haben ſie nach der Urkunde der Verfaſſung dem Kaiſer, aber nicht der Majorität des Reichstages, am allerwenigſten den einzelnen Führern anvertrauen wollen, welche dieſe Majorität mit einem ſtrengeren Abſolutismus beherrſchen, als es in unſerem Vaterlande jemals geweſen iſt. Das Abtreten der Rechte der Regierungen an den Reichstag in höherem Maße und weiter hinaus, als die Verfaſſung es vorſchreibt, liegt daher ganz außerhalb der Berechtigung, die dem Kaiſer verfaſſungsmäßig den verbündeten Regierungen gegenüber zuſteht. Es iſt ein Fideikommiß, deſſen Se. Majeſtät ſich zu entäußern weder die Abſicht noch die Berechtigung hat. Das, was ich hiermit ausſpreche, dient zugleich zur Beleuchtung der Frage, ob die preußiſche Politik, wie ſie im Bundesrate vertreten wird, eine zu große Hartnäckigkeit gegenüber den Forderungen der Reichstagsmajorität bewieſen hat, eine Hartnäckigkeit, bei der ſie ſich in ausnahmsloſer Übereinſtimmung mit allen ihren Bundesgenoſſen befunden hat. Die Preſſe hat vielfach den Unterſchied zwiſchen drei und ſieben Jahren als einen bedeutungsloſen dargeſtellt. Ganz abgeſehen von der Thatſache, daß uns die drei Jahre nicht bewilligt worden wären, ſind ſie für uns abſolut unannehmbar geweſen, ſchon nach der Art, wie ſie angeboten und begründet wurden, durch Gründe und in Reden, die nur dann eine Berechtigung hätten, wenn man zugeben wollte, daß der Reichstag einſeitig im Wege der Budgetbeſchlüſſe befugt wäre, die Höhe der Streitkräfte, auf denen Deutſchlands äußere Sicherheit beruht, nach ſeinem Belieben einſeitig feſtzulegen, und niemand etwas weiter mitzureden hätte. Schon der Vorſchub, den dieſer große Rechtsirrtum, dieſe verderbliche und gefährliche Auslegung der Verfaſſung damit bekommen hat, würde uns abgehalten haben, auf jenes Anerbieten einzugehen. Vor 12 Jahren, 1874, in der Zeit, als zum erſten male die Präſenzzifferfrage verhandelt wurde, war es den Regierungen in keiner Weiſe zweifelhaft, daß die Verfaſſer der Reichsverfaſſung, welche in ihrem Art. 60 beſtimmt, daß die Höhe der Präſenzzahl im Wege der Geſetzgebung feſt beſtimmt werden ſoll, damit die gewöhnliche Geſetzgebung im Auge gehabt haben, welche Geſetze ſchafft, die ſo lange gelten, bis ſie durch andere Geſetze aufgehoben werden; denn ſonſt würden ſie ausdrücklich geſagt haben: „periodiſch durch Geſetzgebung oder durch Bundesgeſetz feſtgeſtellt“. Bei ehrlichen Auslegern iſt darüber kein Zweifel, daß das die Abſicht geweſen iſt.

Die Regierungen würden also vollkommen in ihrem Rechte gewesen sein, wenn sie 1847 dabei beharrt hätten, daß verfassungsmäßig ein Gesetz gemacht werden müßte von der gewöhnlichen Natur und Dauer der Gesetze, das heißt ein sogenanntes Äternat. Um den Wünschen der damaligen Mehrheit des Reichstages entgegenzukommen — die es, wenn die Regierungen zu einer Auflösung geschritten wären, wahrscheinlich nicht geblieben wäre — zu dem Zweck, um dem Deutschen Reich und seiner Verfassung eine friedliche, stetige Fortentwicklung zu sichern, lediglich deshalb haben die Regierungen sich damals auf Anregung des Kaisers zu einer periodischen Bewilligung auf sieben Jahre verstanden. Damit haben Sie einen Kompromiß zu schaffen beabsichtigt, der demnächst uns einen Anhaltspunkt geben soll für die Verhandlungen, die jedesmal die Grundlagen unseres deutschen Verfassungslebens bis ins Unterste erschüttern. Wenn die Regierungen diese Nachgiebigkeit damals geübt haben, so ist es nicht ihre Absicht gewesen, das damalige Zugeständnis nun zu einem Ausgangspunkte für fortlaufende neue Zugeständnisse zu machen. Die Regierungen sind der Überzeugung, daß dies ein einmaliges grundsätzliches Zugeständnis, ein einmaliger Verzicht auf das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht einer dauernden Armee-Einrichtung gewesen ist, über den hinaus sich nicht drängen zu lassen sie fest entschlossen sind. Darin beruht der große Unterschied für unsere innere Politik zwischen Septennat und Triennat; es ist die Frage: soll unsere Verfassung flüssig und zweifelhaft bleiben, oder soll sie durch feste Überlieferung im Wege der Kompromisse sich einleben und im friedlichen gegenseitigen Einverständnis weitergebildet werden? Mit der Idee, daß Sie im Wege des Budgetrechts alles erzwingen und alles versagen können, da kommen wir nicht weiter; dem steht das vollkommen gleichberechtigte Budgetrecht des Bundesrats gegenüber. Der Bundesrat kann gewissenhafterweise keinem Budget die Zustimmung geben, das seiner Überzeugung nach die Verteidigung des Deutschen Reiches nicht sicher stellt. Also die Regierungen sind es, die diesen in die Gegend der Konflikte führenden Weg scheuen und die dringend gebeten haben, ihn nicht zu beschreiten; sie raten davon ab und werden ihrerseits nicht mitgehen.

Mich dünkt, das ist schon ein hinreichender Unterschied zwischen Septennat und Triennat: die Sicherstellung und ruhige, friedliche Entwicklung unserer Verfassung oder die Gefährdung

der Verfaſſung alle drei Jahre. Wir ſind die Verfaſſungstreuen, wir, die Regierungen; und der Verfaſſung dienen die Geſandten, deren Gehälter wir hier erörtern. Diejenigen, die jenen Augenblick, wo Gefahren für unſeren Frieden nicht ausgeſchloſſen ſind, dazu ausnutzen wollen, um kleine Grenzverrückungen zu machen zwiſchen dem Parlament und den Fürſten, das ſind nicht die wohlwollenden Diener des Vaterlandes. Die Herren erinnern mich durch dieſe Verfaſſungsſtreitigkeiten an den Regensburger Reichstag, in dem, wie mir geſtern beim Leſen einer Zeitung wieder in Erinnerung gebracht wurde, zur Zeit, als die Türken Wien und die Franzoſen Straßburg wegnahmen, Rangſtreitigkeiten zwiſchen den kurfürſtlichen und fürſtlichen Geſandten geführt wurden. Ebenſo klein ſcheint mir das Beſtreben, daß in dieſer Zeit, wo uns äußere Gefahr droht, die Herren dem Kaiſer und den verbündeten Fürſten, die ſich wahrlich doch in dieſen ſechzehn Jahren des Beſtehens der Verfaſſung verfaſſungstreu, ehrlich in der Fortentwicklung und konfliktsſcheu, kann ich ſagen, benommen haben, nach Art der Wucherer etwas abdrücken wollen in einem Moment, wo die Regierungen den Beiſtand des Parlamentes brauchen, wo ſie die Überzeugung haben, daß die Nation dieſen Beiſtand fordert, ſeiner bedarf. Wir halten ſchon aus Gründen der inneren Politik an dem Septennat feſt, damit Sie nicht etwa auf den Gedanken kommen könnten, wir wären dieſer Politik zugänglich und Sie könnten auf weitere Nachgiebigkeit in dieſer Richtung rechnen. Vor dieſem Gedanken zu warnen, iſt hauptſächlich der Grund, aus dem ich nochmals das Wort ergriffen habe. Es giebt aber auch einen Unterſchied nach außen hin zwiſchen Septennat und Triennat, der ſehr ins Gewicht fällt. Die Vorlage iſt dazu beſtimmt, nicht nur heute unſere Präſenzziffer zu erhöhen. Mit Rückſicht auf die Gefahren, die nach der europäiſchen Konſtellation im nächſten halben Menſchenalter Deutſchland bevorſtehen, haben wir den Wunſch, daß die Zahl der wehrfähigen ausgebildeten Deutſchen innerhalb dieſer Jahre um 200,000 Mann vermehrt werde. 12 Jahre dauert die verfaſſungsmäßige Heeresverpflichtung, und 12×16,000 Mann ausgehoben, geben nach Ablauf von 12 Jahren gegen 200,000 Mann mehr, als wir gegenwärtig haben, in der buchmäßigen Rechnung, und bei uns doch auch größtenteils in Wirklichkeit. Das Anwachſen der deutſchen Streitkraft und Wehrhaftigkeit halte ich für ein weſentliches Element des Friedens, weil es den Eindruck auf das Ausland macht, daß wir um ſo

viel, um 100,000 bis 200,000 Mann, ſtärker ſind. Ich will in dieſe Erörterung nicht weiter eintreten, ich habe das ſchon im Reichstag erörtert.

Für das Ausland in ſeiner grundlegenden Einrichtung für die ſpätere Zeit, in dem Aufgeben der übertriebenen Rüſtungen, die gegen uns gemacht werden, macht es doch einen erheblichen Unterſchied, ob wir eine Verſtärkung von nur 48 000 Mann, d. h. eine dreijährige Aushebung von 16 000 Mann für uns in Ausſicht nehmen, oder ob wir, überzeugt von dem Ernſt der Lage, in die wir geraten können, auf ſieben Jahre dieſe ſelbe Verſtärkung der Armee fordern. Es iſt hier in einer Verhandlung neulich angedeutet worden, als könnten wir mit der Auflöſung des Reichstages, die auf Antrag der preußiſchen Regierung und unter ihrer Zuſtimmung beſchloſſen iſt, andere Zwecke als die Verſtärkung des Heeres verbunden haben, etwa diejenigen, die man ja auch in all den auf die Wähler und zwar auf die urteilsloſen Teile der Wähler berechneten Zeitungen findet, als ſollte ein Reichstag geſchaffen werden, der nachher geneigt ſein würde, Monopole zu bewilligen. Ich kenne das Maß von Urteilskraft der fortſchrittlichen Wähler allerdings nicht; aber von denjenigen, die zu den anderen Parteien gehören, bin ich ganz ſicher, daß ſie zwiſchen einem Abgeordneten, der Monopole bewilligen wird, und einem Abgeordneten, der nur die Heeresvermehrung bewilligen wird, ſehr wohl zu unterſcheiden wiſſen. So dumm ſind die Leute nicht, daß ſie nicht im ſtande wären, einen Kandidaten aufzuſtellen und ſich darüber zu vergewiſſern, ob der nicht etwa, nachdem er gewählt iſt und die Militärvorlage bewilligt hat, nachher allerhand reaktionäre Schändlichkeiten mit der Regierung planen wird; ſolche Leute werden ſie eben nicht wählen. Das Wort Reaktion, das ja immer ſich einſtellt, wo Begriffe fehlen, iſt auch bei dieſer Gelegenheit wieder in den Blättern, die mit Reichstagsabgeordneten in naher Beziehung ſtehen, vielfach gehört worden; es iſt eine Verleumdung der Regierung, an die, wie ich hoffe, die ehrlichen Unterthanen des Königs nicht glauben werden. Wir ſind und bleiben verfaſſungstreu. Möglich wird es uns bleiben trotz der Schwierigkeiten, die Sie uns in den Weg legen. Ich wünſche aber, daß Sie uns dabei helfen, daß Sie auf die Dauer uns helfen, nicht nur durch einmalige Mitarbeit. Der Finanzminiſter iſt hier mit der Monopolfrage katechiſiert worden. Ich bedauere nur, daß er Windthorſt nicht gefragt hat, ob derſelbe ſein Wort

an Eidesſtatt hier ablegen könne, daß er nicht die Herſtellung des Königreichs Hannover anſtrebt — das wäre ungefähr dasſelbe. Monopole, ja die werden kommen, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben und infolgedeſſen in unſeren Finanzen und Leiſtungsmitteln ſo erſchöpft ſein würden, daß wir zu jedem Mittel die Zuflucht nehmen müßten. Dann werden nicht nur Monopole, ſondern ſehr viel härtere Steuern kommen, als ſie jetzt überhaupt bekannt ſind, gegen die wir jetzt eine Art Aſſekuranz, eine Verſtärkung der Deiche, im Reichstage vorgeſchlagen haben; dann wird es Zeit ſein, an Monopole zu denken; wenn wir militäriſch ſchwach ſind, ſo werden wir als Geſchlagene ſchließlich die Monopole uns auferlegen müſſen, um die feindlichen Kontributionen zu bezahlen, die uns auferlegt werden. Alſo dieſes iſt die Möglichkeit, die weder ein Finanzminiſter, noch auch die heftigſten Monopolfeinde in Abrede ſtellen können. Dann heißt es: Friß Vogel oder ſtirb! Ich habe vorher geſagt, daß der Kaiſer zu der gegenwärtigen Reichstagsmajorität nicht das gehörige Vertrauen habe, um ihre Rechte in irgend einer Weiſe zu erweitern, und deshalb in ſeiner Eigenſchaft als König von Preußen die Auflöſung beantragt und herbeigeführt habe. Ich glaube, daß dieſes Mißtrauen gegen die Abſichten und Thätigkeit der Reichstagsmajorität bei dem Kaiſer vollſtändig berechtigt iſt, wenn man ſich vergegenwärtigt, daß zu dem Zuſtandekommen dieſer Majorität ganz zweifelloſe — nach eigenem Geſtändnis — zweifelloſe Feinde der Monarchie und des Deutſchen Reiches, unverſöhnliche Gegner des Reiches unentbehrlich ſind. Ziehen Sie die ab; es haben dieſe Unverſöhnlichen ungefähr 70 Stimmen — ich weiß nicht, ob 70 oder 71 — im Reichstag; einige weiß ich auswendig: es ſind 25 Sozialdemokraten, es ſind 15 Polen, und eben ſo viel elſaß-lothringer Französlinge, das macht ſchon 55; dann ſind die Welfen, wenn ich mich nicht irre, 11; endlich die Volksparteiler. Sie werden mir zugeben, da kommen die 70 ſicher heraus. Dieſe 70 ſind aber das entſcheidende Element der Majorität. Ziehen Sie die ab von der Majorität, dann haben Sie die Fortſchrittspartei, wenn ich mich nicht irre, mit 64, und das Zentrum mit 99; das wäre zuſammen 163. Dem gegenüber haben Sie die nationalliberale und die beiden konſervativen Parteien mit etwa 150. Die heben ſich alſo ziemlich und die 70 intranſigenten und die antimonarchiſchen Reichsfeinde entſcheiden über die Majorität. Wie ſoll der Kaiſer zu dieſer Majorität Vertrauen haben, und

wie ſoll er die Zukunft unſerer Wehrkraft in die Hände einer ſolchen Majorität legen? Nun iſt es ja den Führern dieſer Parteien, die die abſoluten Herrſcher über die Abſtimmungen ſind, möglich geweſen, ihre Verhaltungsanweiſungen auszugeben, daß die Fortſchrittspartei in der Lage iſt, für dasſelbe zu ſtimmen, wofür die Sozialdemokraten, wofür die Polen, wofür die Unverſöhnlichen ſtimmen. Und wiederum iſt Windthorſt als Führer des Zentrums in der Lage, ſich jedem Schritte, den die Fortſchrittspartei ihrerſeits thut, anzubequemen, ſo daß er ſchließlich der Führer einer heterogenen Maſſe iſt, die nur durch den gemeinſamen Haß zuſammengehalten wird, einen Haß, der mich daran erinnert, wie Herodes und Pilatus ſich zuſammenfanden. Ich will den Vergleich nicht weiter ausdehnen, aber die beiden liebten ſich bekanntlich auch nicht unter einander, nur um einem anderen Schaden zu thun, fanden ſich die ſchönen Seelen. Nun, ich habe von derſelben Freiheit Gebrauch gemacht, die von der Oppoſition ja ſo häufig benutzt wird, um bei Gelegenheit einer Budgetpoſition in ſehr viel weiter hergeholter Weiſe ihr Herz zu erleichtern und der Regierung diejenigen Unannehmlichkeiten zu ſagen, die ſich dabei anbringen laſſen. Ich habe meinerſeits niemand eine Unannehmlichkeit ſagen wollen. Es würde mir leid thun, wenn es geſchehen wäre — ich habe nur nochmals die volle bona fides, die Vaterlandsliebe und die Verfaſſungstreue feſtſtellen und klarlegen wollen, die die alleinigen, aber auch zwingenden Gründe der Regierung ſind, die uns auf eine Bahn weiſen, auf der für ſie keine Umkehr und kein Nachgeben möglich iſt.

Der Tod Kaiſer Wilhelms.

Mitteilung im Deutſchen Reichstag am 9. März 1888.

Mir liegt die traurige Pflicht ob, Ihnen die amtliche Mitteilung von Dem zu machen, was Sie bereits thatſächlich wiſſen werden: daß Se. Majeſtät der Kaiſer Wilhelm heute Vormittag um $^1/_2$9 Uhr zu Seinen Vätern entſchlafen iſt. Infolge dieſes Ereigniſſes iſt die preußiſche Krone und damit nach Art. 11 der Reichsverfaſſung die deutſche Kaiſerwürde auf Se. Majeſtät Friedrich III., König von Preußen, übergegangen. Nach den mir zugegangenen telegraphiſchen Nachrichten darf ich annehmen, daß

Se. Majeſtät der regierende Kaiſer und König morgen von San Remo abreiſen und in der gegebenen Zeit hier in Berlin eintreffen wird. Ich hatte von dem Hochſeligen Herrn in Seinen letzten Tagen in Bethätigung der Arbeitskraft, die Ihn nur mit dem Leben verlaſſen hat, noch die Unterſchrift erhalten, welche vor mir liegt, und welche mich ermächtigt, den Reichstag in der üblichen Zeit nach Abmachung ſeiner Geſchäfte, das heißt alſo etwa heute oder morgen, zu ſchließen. Ich hatte die Bitte an Seine Majeſtät gerichtet, nur den Anfangsbuchſtaben des Namens noch zu unterzeichnen. Se. Majeſtät aber haben mir darauf erwidert, daß Sie glaubten, den vollen Namen noch unterſchreiben zu können. Infolge deſſen liegt dieſes hiſtoriſche Aktenſtück der letzten Unterſchrift Sr. Majeſtät vor mir. Unter den obwaltenden Umſtänden nehme ich an, daß es den Wünſchen der Mitglieder des Reichstages, ebenſo wie denen der verbündeten Regierungen entſprechen wird, daß der Reichstag noch nicht auseinandergeht, ſondern zuſammenbleibt bis nach Eintreffen Sr. Majeſtät des Kaiſers, und ich mache deshalb von dieſer Allerhöchſten Ermächtigung weiter keinen Gebrauch, als daß ich dieſelbe als hiſtoriſches Dokument zu den Akten gebe und den Herrn Präſidenten bitte, die Entſchlüſſe, welche den Stimmungen und den Überzeugungen des Reichstages entſprechen, in dieſer Richtung herbeizuführen. Es ſteht mir nicht zu, meine Herren, von dieſer amtlichen Stelle aus den perſönlichen Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen mich das Hinſcheiden meines Herrn erfüllt, das Ausſcheiden des erſten Deutſchen Kaiſers aus unſrer Mitte. Es iſt dafür auch kein Bedürfnis, denn die Gefühle, die mich bewegen, ſie leben in dem Herzen eines jeden Deutſchen; es hat deshalb keinen Zweck, ſie auszuſprechen. Aber das eine glaube ich Ihnen doch nicht vorenthalten zu dürfen — nicht von meinen Empfindungen, ſondern von meinen Erlebniſſen —, daß inmitten der ſchweren Schickungen, welche der von uns geſchiedene Herr in Seinem Hauſe noch erlebt hat, es zwei Thatſachen waren, welche Ihn mit Befriedigung und Troſt erfüllten. Die eine war die, daß die Leiden Seines einzigen Sohnes und Nachfolgers, unſeres jetzigen regierenden Herrn, die ganze Welt — nicht nur Deutſchland, ſondern alle Weltteile, kann man ſagen — ich habe noch heute ein Telegramm aus New-York in dieſer Beziehung erhalten —, mit einer Teilnahme erfüllt haben, die beweiſt, welches Vertrauen ſich die Dynaſtie des deutſchen Kaiſerhauſes bei allen Nationen erworben hat.

Es ist dies ein Erbteil, kann ich wohl sagen, welches des Kaisers lange Regierung dem deutschen Volke hinterläßt. Das Vertrauen, das die Dynastie erworben hat, wird sich auf die Nation übertragen trotz allem, was dagegen versucht wird. Die zweite Thatsache, in der Seine Majestät einen Trost in manchen schweren Schickungen empfand, war die, daß der Kaiser auf die Entwicklung Seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität des Volkes, dem Er als deutscher Fürst angehört hatte, — daß der Kaiser auf die Entwicklung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend Seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstages dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen könnte, als Bedürfnis von den verbündeten Regierungen empfunden wurde. Diese Wahrnehmung hat Se. Majestät mit großem Troste erfüllt, und noch in der letzten Beziehung, die ich zu meinem dahingeschiedenen Herrn gehabt habe — es war gestern — hat Er darauf Bezug genommen, wie Ihn dieser Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation, wie er durch die Volksvertretung hier verkündet worden ist, gestärkt und erfreut hat. Ich glaube, meine Herren, es wird für Sie alle erwünscht sein, dieses Zeugnis, das ich aus eigner Wahrnehmung für die letzten Stimmungen unsers dahingeschiedenen Herrn ablegen kann, mit in Ihre Heimat zu nehmen, weil jeder einzelne von Ihnen einen Anteil an dem Verdienste hat, welches dem zugrunde liegt. Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserm dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unsrer Nation sein, welches der aus unsrer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe.

Zur Alters- und Invaliditätsverſicherung.

Rede gehalten am 18. Mai 1889.

Es hat mich in keiner Weiſe überraſcht, daß die ſozialdemokratiſche Partei gegen dieſes Geſetz iſt. Wenn eins der Mitglieder der freiſinnigen Partei geſagt hat: daß wir die Sozialdemokraten mit dieſer Vorlage nicht gewinnen würden, ginge aus deren Auftreten hier klar hervor, ſo möchte ich darauf doch erwidern, daß dieſer Redner zwei Dinge vollſtändig verwechſelt: das ſind die ſozialdemokratiſchen Führer und die ſozialdemokratiſchen Maſſen; die Maſſen, welche mit irgend etwas unzufrieden ſind, mit etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, ſtimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil ſie ihrer Unzufriedenheit durch eine antigouvernementale Abſtimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz andern Boden ſtehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrſchaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Maſſen unzufrieden bleiben. Dieſe lehnen natürlich das Geſetz ab, weil es immer — es wird die Sozialdemokratie in ihrer Geſamtheit nicht verſöhnen — doch ein Schritt auf dem Wege und eine Abfindung mit unſerm eignen Gewiſſen iſt, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die ſich uns bietet und die der Reichstag uns geſtattet, mildern wollen, eine Beruhigung unſers Gewiſſens für den Fall, daß das nicht hilft, ſondern daß wir fechten müſſen. Täuſchen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannſchaftlichen Partei in ruhiger Diskuſſion ſind, ſie lebt mit uns im Kriege, und ſie wird losſchlagen, gerade ſo gut wie die Franzoſen, ſobald ſie ſich ſtark genug dazu fühlt. Und dieſe Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei, ſondern der Führer — iſt ja die ganze Aufgabe ihrer Politik, — und alles, was dieſe Stärke zum Losſchlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herſtellung des Maſſentritts der Arbeiterbataillone ſchädigen kann, hindern kann, hemmen kann, das werden ſie natürlich bekämpfen, alſo wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geſchieht, hinderlich ſein. Das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen ſie. Alſo das war natürlich vorauszuſehen, daß ſie dagegen ſtimmen würden. Ich habe mich auch darüber nicht gewundert, daß die Herren

von der freisinnigen Partei dagegen stimmen. Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, daß ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt, wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsre Wehrverfassung gelegt wurde. Ob Sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung Ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben, oder in der fraktionsmäßigen Notlage Ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen? Kennen Sie außer ihrer teils schweigenden, teils ausdrücklichen Zustimmung zu unsern Wehrvorlagen irgend eine organische Bestimmung, von der Reichsverfassung angefangen bis an die heutige Vorlage, bei der die freisinnige oder, wie sie früher hieß, die Fortschrittspartei der Regierung irgend entgegengekommen wäre, bei der sie das Bestreben gezeigt hätte, sich zu fragen: befestigen wir hierdurch das Reich oder nicht? Sie hat sich vielleicht gefragt; aber wenn sie sich in ihrem innern Forum die Frage beantwortet hätte, — für welche Seite sie sich dann entschieden hat, zur Befestigung oder nicht, das zu unterscheiden überlasse ich dem Urteil der Geschichte. Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus andern Gründen hervor als die Opposition der Fortschrittspartei. Ich sage von der Fortschrittspartei nicht, daß sie das Reich nicht will, aber sie will das Reich angebrachtermaßen nicht mit dieser Verfassung, nicht mit diesen Menschen an der Spitze. Wenn die Herren von der Fortschrittspartei selbst an der Spitze stünden, ich glaube, sie würden recht kräftig eingreifen, um das Reich nach der innern Seite hin stärker zu machen; und ich glaube, sie würden weniger Opposition vertragen, als wir sie vertragen. Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Konsolidation des Deutschen Reiches führen könnte. Daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, um an der Gesetzgebung über das gesamte Reich teil zu nehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen, — daß die dagegen sind, ist ebenso natürlich. Es zeigt uns die Opposition dieser Herren, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich sei. Ich würde bei der Selbstverständlichkeit dieser Opposition und ihrer Voraussichtlichkeit darüber gar nicht gesprochen haben. Aber auch von konservativer Seite wird gegen das Gesetz eine Opposition teils im ganzen,

teils angebrachtermaßen geübt, die ich mit der Aufgabe der konſervativen Partei nicht verträglich finde. Ich möchte jedem Konſervativen, der hier gegen das Geſetz auftritt, mit dem Spruch des Dichters antworten: Es thut mir lang ſchon weh, daß ich dich in der Geſellſchaft ſeh. Es liegt ja ſehr nahe, daß Hyperkonſervative — ich habe das oft in meinem Leben ſchon durchgemacht — ſich unter Umſtänden, wenn ſie zornig werden, im politiſchen Effekt von den Sozialdemokraten nur mäßig unterſcheiden. Ich möchte die Herren zurückrufen zur Erinnerung an den Boden des Vaterlandes und ſelbſt der Partei, auf dem ſie ſtehen: wie können Sie von ſeiten der konſervativen Partei auf dieſe Weiſe dem individuellen Zorn, dem Verdruß, dem lokalen Intereſſe Raum geben gegenüber einer Frage, welche die Geſamtheit des Reiches ſo bis in ihre innerſten Tiefen berührt, wie das hier geſchehen iſt! Ich bin betrübt geweſen, in dem Berichte von der geſtrigen Sitzung aus einem konſervativen Munde unſern Gegnern das Zeugnis geliefert zu ſehen, daß in dergleichen Sachen die Gutsintereſſen, die lokalen, die perſönlichen Intereſſen in erſter Linie maßgebend ſind, von den großen Reichsintereſſen, von den nationalen, den chriſtlichen Intereſſen aber gar nicht mehr die Rede iſt. Das iſt kein konſervatives Gebahren, und wer ſich auf dieſe Seite der Kirchturmspolitik, des Lokalpatriotismus, des Provinzialpatriotismus ſtellt, der erfüllt die Aufgaben, die ein Mandat eines Reichstagsabgeordneten an an ihn ſtellt, doch nur partiell, mit viel Schatten und wenig Licht. Der Abg. Holtz, der einzige der konſervativen Partei, deſſen Rede ich kenne — der Abg. v. Staudy hat heute geſprochen; ich hatte aber noch nicht Zeit, ihn — (Zurnf: Reichspartei!) Nun, ich nenne die Reichspartei eine konſervative Partei. Ich hatte bisher nie einen Unterſchied gemacht und ich muß betonen: ich bedaure, wenn dieſer Unterſchied accentuiert wird.

Es giebt auch in der engeren konſervativen Partei immer noch Abſtufungen, welche mit einander nicht vollſtändig einverſtanden ſind, und ſelbſt wenn man ſie noch enger faßt, ſo wird man nach der Eigentümlichkeit der Deutſchen in der Selbſtſtändigkeit ihrer perſönlichen Meinung finden, daß unter ſechs Konſervativen noch immer zwei andrer Meinung ſind, als die andern vier, und ihre Meinung nicht fallen laſſen. Das iſt gerade ein Zeichen von dem urgermaniſchen Charakter der Konſervativen. Die ganze deutſche Zerriſſenheit iſt entſtanden aus dieſem Überſchuß von Selbſtändigkeit. Liberal zu ſein — ja

da ſchwimmt man eben mit dem Strom, und das geſchieht. Der Franzoſe iſt ja viel regierbarer wie der Germane. Unſer ganzer Liberalismus neigt etwas nach der Seite hin. Im Liberalismus iſt eine Diktatur ja ganz natürlich, wer nicht mitgeht, wird über Bord geworfen oder wird in der Fraktion mit der Peitſche der Rede ſo lange gezüchtigt, bis er ſich fügt. Eine ſolche Tyrannei giebt es nicht in der konſervativen Partei, zu der ich nicht nur die Reichspartei rechne, ſondern auch zwei andre Fraktionen, große Fraktionen in dieſem Hauſe — die nenne ich konſervativ; bei ihnen iſt die Selbſtändigkeit eben germaniſch und deshalb ſchwieriger zu regieren, aber doch auch auf die Dauer der Vernunft zugänglich. Der Abg. Holtz hat die geringen Sympathien für dieſes Geſetz in ſeinem Wahlkreiſe berührt. Mit dem Argumente ſollten wir hier doch nicht kommen. Sympathien im Wahlkreiſe kann jeder für ſich anführen; das wird jeder, der wirklich von der Majorität gewählt iſt, mit Leichtigkeit erzeugen können in dem Wahlkreiſe, wenn er hinkommt und dort eine Rede hält. Außerdem ſind die Abgeordneten hier, um nach ihrer Erwägung deſſen, was für das Gemeinwohl des geſamten Reiches nützlich iſt, zu ſtimmen, aber nicht nach den Stimmungen in ihrem Wahlkreiſe. Holtz hat ferner als einen Hauptgrund ſeiner Abneigung die Beſorgnis gekennzeichnet, daß die weſtlichen Provinzen von dieſem Geſetz mehr Vorteil haben könnten als die öſtlichen. Das beruht nun ſchon auf einer Art von Mißgunſt, welche ich in Behandlung großer Fragen nicht für angebracht halten möchte, ebenſo wie die Mißgunſt zwiſchen Ackerbau und Induſtrie. Beide gehen Hand in Hand, und das geſamte Reich wird unter der Wohlfahrt ſeiner Weſtprovinzen auch keinen Schaden leiden. Ich glaube aber, der Abgeordnete irrt ſich durchaus in ſeiner Befürchtung. Es iſt mehrfach Beſchwerde darüber geführt worden, daß vom Regierungstiſch geäußert ſei, das Geſetz wäre nicht verſtanden. Nun, das will ich ſo nicht ſagen. Die Abgeordneten ſind alle hinreichend juriſtiſch gebildet, um das Geſetz zu verſtehen; aber ſie ſind nicht alle mit dem praktiſchen Leben vertraut genug, um die richtige Folge aus dieſem Geſetz zu ziehen. Holtz hat einen falſchen Schluß gezogen. Der Zug nach den Weſtprovinzen iſt bereits längſt vorhanden und iſt, ſoweit die Oſtprovinzen und deren Bewohner ihm unterſtehen, längſt erfüllt. Sie finden Tauſende von Polen unter den ſtreikenden Arbeitern in Weſtfalen heutzutage. Sie finden ſie bei den Arbeitern in Schleswig; Sie

finden Sachſengänger, die bis an den Rhein aus Schleſien gehen. Das iſt alles ſchon geſchehen, und ich glaube nicht, daß der Deutſche die hypochondriſche Auffaſſung hat, daß er gerade für den Sterbefall, für den Altersfall ſeine Heimat wechſelt. Er geht dahin, wo der Lohn beſſer iſt; er überlegt ſich nicht, daß die Koſten, die Ausgaben, welche er dort zu leiſten hat, ebenfalls größer ſind als zu Hauſe. Er kommt mitunter wieder; im ganzen gebe ich zu, daß er ſich beſſer amüſiert in den Weſtprovinzen; aber er proſperiert doch nicht beſſer. Ich glaube, daß der Abzug der ländlichen arbeitenden Bevölkerung auch noch nicht ſo ſtark nach den Weſtprovinzen iſt, wie nach den großen Zentren, den großen Städten.

Uber die landwirtſchaftlichen Fragen kann ich aus eigner Erfahrung mitſprechen, obſchon mir in den letzten zwanzig Jahren meine ſtaatliche Beſchäftigung faſt nur geſtattet, die trüberen Erfahrungen aus der Landwirtſchaft mir zur vollen Anſchauung zu bringen. Indeſſen nichtsdeſtoweniger kenne ich dieſe Sache ziemlich genau. Ich habe Leute, welche, zuerſt durch das Militärverhältnis veranlaßt, vorzogen, in dem Ort, wo ſie gedient hatten, in Berlin, zu bleiben, und mir nachher mit ſtarken Charitérechnungen nach Hauſe kamen; und das zum zweitenmale, da habe ich gefragt: was iſt denn das, was euch in Berlin ſo anzieht? Wohnung, Behandlung, alles iſt kaum ſo gut wie zuhauſe. Schließlich habe ich ausfindig gemacht: das einzige, was mir die Leute mit einem gewiſſen Erröten als durchſchlagenden Grund ſagten: „ja, ſo einen Ort, wo im Freien Muſik iſt, und man im Freien ſitzen und Bier trinken kann, ja, den hat man in Varzin doch nicht.“ Das iſt alſo ein Anziehungsmittel nach den großen Städten. Ein ruhiger, ordentlicher, ehrlicher Menſch, der aber nicht zuhauſe bleiben wollte, — er ging wieder weg — hat mir dies ſchließlich als Motiv angeführt, und es iſt ja zum Verſtändnis unſrer innern ſtaatlichen Verhältniſſe notwendig, ſolche Sachen ſich zu erklären. Daß ein großer Hang und Drang nach Weſten infolge dieſes Geſetzes ſein wird, halte ich für eine durchaus unrichtige und irrtümliche Anſicht. Eine größere Ungebundenheit des Lebens, ein größerer Reiz zur Geſelligkeit im Leben iſt im Weſten nicht vorhanden; ſie iſt allerdings in Berlin, ſie iſt in allen größern Städten vorhanden. Aber ich glaube, daß die Ungebundenheit des Lebens auf den Dörfern im Weſten mitunter eine viel geringere iſt, als bei uns im Oſten, in den ſogenannten patriarchaliſchen Verhältniſſen. (Redner geht weiter

ausführlich auf Ausführungen des Abg. Holtz ein und bemerkt dann:) Wenn ich heute noch einmal das Wort ergriffen habe, so war es hauptsächlich die Furcht, ich könnte unter Umständen im Wege der Verleumdung unter denen aufgeführt werden, welche, wenn die Vorlage abgelehnt wird, dazu durch ihre Enthaltsamkeit beigetragen haben. Deshalb spreche ich heute noch dafür aus purer Angst, ich könnte unter den, wie ich glaube, bei allen künftigen Wahlen in einer höchst nachteiligen Lage befindlichen Leuten gefunden werden, die dies Gesetz abgelehnt haben. Ich möchte nicht, daß dieses unvollendete Gesetz bei den Wahlen offen blieb.

Da, glaube ich, wird alles, was drin steht, bei der unglaublichen Verlogenheit, mit der bei vielen Wahlen gewirtschaftet wird, herausgerissen und aus dem Zusammenhang herausgezerrt und so dargestellt werden, als hätte sich die Gegenpartei auf das schändlichste benommen. Ist das Gesetz aber bis dahin abgeschlossen, so glaube ich nicht, daß diese Frage nochmals auf die Wahlen Einfluß haben werde. Außerdem müssen wir, wenn später diese Bestimmungen auf die Witwen und Waisen ausgedehnt werden sollten, doch erst mit dem weniger kostspieligen Beschluß einen Versuch machen, wo sich das Ganze gestaltet. Wenn aber das von Haus aus abgelehnt wird, so werden weder die alten Leute in der Armenpflege erleichtert werden, noch die Witwen und Waisen. Ferner erwarte ich von dem ganzen Gesetze noch für das gesamte Reich eine nützliche Wirkung. Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um zu wissen, daß die Anhänglichkeit der meisten Franzosen an die Regierung, die gerade da ist und die jedesmal den großen Vorsprung hat, auch wenn sie schlecht regiert, aber doch schließlich auch die an das Land, wesentlich damit in Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger vom Staate sind in kleinen, oft sehr kleinen Beträgen; von Portiers will ich nicht sprechen, das sind schon reiche Leute gegenüber den armen, die kleine Renten vom Staate haben. Die Leute sagen: wenn der Staat zu Schaden geht, dann verliere ich meine Rente, und wenn es vierzig Franks im Jahre sind, so mag er sie nicht verlieren und er hat Interesse für den Staat. Es ist ja menschlich natürlich. Ich habe Zeiten gehabt, wo ich noch für möglich hielt, in meinem Besitz auswärtige Papiere zu haben. Nachher habe ich aber gefunden, daß mich dieser Besitz unter Umständen beirrte in meiner richtigen Beurteilung der Politik derjenigen Regierung, deren Papiere

ich beſaß, und es iſt ſchon, glaube ich, fünfzehn Jahre her, daß ich mich grundſätzlich jedes ausländiſchen Papieres entäußert habe. Ich will mich nur für mein eigenes Land intereſſieren und nicht für fremde Papiere. Wenn wir 700,000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Renten beziehen, haben, gerade in dieſen Klaſſen, die ſonſt nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß ſie viel gewinnen können, ſo halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn ſie auch nur 115 bis 200 Mark zu verlieren haben, ſo erhält ſie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch ſo gering ſein, es hält ſie aufrecht. Sie werden das nicht leugnen, und ich glaube, daß, wenn Sie uns dieſe Wohlthat von mehr als einer halben Million kleinen Rentnern im Reiche ſchaffen können, ſie ſowohl die Regierung — da iſt es nicht nötig — aber auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohlthätige Einrichtung anzuſehen lehren werden. Deshalb möchte ich die Sache nicht gern vom weſtpreußiſchen Standpunte aus betrachten, ſondern vom allgemein politiſchen.

Den Beſchwerden über den § 139 mit den Geldſtrafen und dergleichen, dem ſchließe ich mich an, daß dieſe Beſtimmungen aus dem Geſetze geſtrichen würden, dafür würde ich, wenn ich Abgeordneter wäre, ſelbſt ſtimmen. Aber wenn wir jetzt die ganze Sache beiſeite legen, dann iſt ſie in die Verſenkung verſchwunden. Wer ſagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holſteiniſchen Kanal bis 1870, ſechs Jahre lang von 1864 an, auf das lebhafteſte intereſſiert. Ich bin von 1870 bis 1880 gar nicht wieder ſoweit zu Atem gekommen, daß ich hätte an den Kanal denken können. Wer ſagt Ihnen denn, daß wir in der Lage ſein werden, uns mit dieſer Frage, zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beſchäftigen? Ich wenigſtens möchte das Vertrauen nicht unbedingt ausſprechen. Ich muß mich an die Konſervativen wenden mit der Bitte um ein entſchloſſenes Zuſammenhalten, daß ſie wirklich als eine einheitliche Partei auftritt, welche ſich hier einmal um den Staat und ihr eigenes Prinzip ſchart, und die nicht eigenwillige Sonderbeſtrebungen verfolgt, deren Motive ich ganz unbeurteilt laſſe. Alſo an die konſervative Partei, als deren, ich möchte ſagen, „alter Herr“ richte ich die Bitte: machen Sie ſolche Sprünge nicht! Ich richte alſo meine Rede heute vorzugsweiſe an die konſervative Partei, zu der ich die „Reichspartei“ und

— die Herren mögen es mir nicht übel nehmen — die Nationalliberalen und das Zentrum rechne — ich halte die ebengenannten Parteien in der Gesamtrichtung ihrer Majorität für konservativ — d. h. für die Parteien, welche den Staat, das Reich, nicht nur überhaupt und generell, sondern auch angebrachtermaßen erhalten und schützen wollen. Nur mit den Herren habe ich mich auseinanderzusetzen, mit den andern habe ich zu fechten; das ist eine andre Sache.

Zum Septennat.

Der Herr Abgeordnete hat die Hoffnung ausgesprochen, daß Gesetz und Recht von den Regierungen vollständig beachtet werden würden. Ich kann ihm darüber nochmals die bündigste Zusicherung geben; wir werden uns innerhalb unserer verfassungsmäßigen Berechtigung bewegen; wir haben dabei aber die Hoffnung, daß auch die Majorität des Reichstags dasselbe thun werde. In seiner Zusammenstellung derjenigen Bestimmungen die die Verfassung über die Armee hat, hat Vorredner vergessen, einen ganz wesentlichen Satz vorzutragen: das ist der vierte Absatz des Verfassungsartikels 62, der da lautet: „Bei der Feststellung des Militärausgabe-Etats wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu grunde gelegt.“ Was ist nun die „auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation“? Das ist Art. 49 und 63 im Absatz 4. Art. 59 bestimmt die Präsenzzeit eines jeden wehrpflichtigen Deutschen bei der Fahne auf 3 Jahre, und Art. 63 enthält die Einschränkung, daß der Kaiser den Präsenzstand bestimmt. Das liegt so einfach und klar wie möglich. Es ist alteriert, so lange das Septennatsgesetz gelten wird, bis 1888. Es wird den Regierungen und dem Kaiser nicht einfallen, vorher unter Ignorierung der Grenze, die durch das Septennatsgesetz gezogen ist, die aber schwindet, wenn das Septennatsgesetz abgelaufen ist, etwa den gesetzlichen Präsenzstand überschreiten zu wollen. Es ist ja möglich, daß, namentlich wenn die Auflösung eintritt, ein Zeitraum verläuft, in dem wir den Reichstag nicht gegenwärtig haben; es ist auch möglich, daß wir

dauernd vom Reichstage die Mittel nicht erhalten können, die zum Schutz unserer Grenzen vorsichtshalber uns notwendig scheinen. Dann, glaube ich, wird dem Kaiser als König von Preußen immer noch die Möglichkeit offen stehen, sich vertrauensvoll an seinen preußischen Landtag zu wenden und zu sehen, ob er von dem die Mittel zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes nicht erlangen kann; ich bin überzeugt: dort werden wir nicht so lange zu bitten und zu unterhandeln brauchen. Der Abgeordnete hat in dürren Worten angedeutet, daß die Regierung, wenn sie die 3 Jahre ablehnte, doch noch Hintergedanken haben müsse, die sie nicht ausspricht. Diese Beschuldigung gebe ich vollständig zurück: wenn Sie die 7 Jahre ablehnen, so müssen Sie durchaus Hintergedanken haben; Sie können eben so gut annehmen, Sie rücken jede Konfliktsmöglichkeit wieder etwas weiter hinaus.

Wenn ich Ihre Hintergedanken ebenso erläutern soll, wie Vorredner unsere angeblichen Hintergedanken erläutert hat, so bezeichne ich sie als eine Absicht, die von der Verfassung gezogenen Grenzen zwischen der parlamentarischen und der Regierungsgewalt verschieben zu wollen in dem Urteil und in der Auffassung der öffentlichen Meinung des Reichs und in der Praxis. Und darauf werden wir uns nicht einlassen.

Die Machtverteilung so, wie sie durch die Verfassung gegeben ist, werden wir festhalten, die werden wir gewissenhaft beobachten; aber ich fürchte, daß Sie nicht zu den saturierten Mächten gehören. Sie wollen erobern, wir wollen behalten den Besitzstand; Sie wollen neue Kompromisse, wir wollen an den alten Überlieferungen festhalten; wir scheuen die Krisen, ihre häufigen Wiederholungen und die Möglichkeit der Konflikte, Sie gehen diesen bereitwillig und frohen Mutes entgegen. Sie verhalten sich einigermaßen zu uns wie die Franzosen gegen Deutschland; wir sind die Konservativen, Friedliebenden, und Sie sind die, die erobern wollen, die uns das uns verfassungsmäßig gebührende Elsaß wieder abnehmen wollen. Vorredner hat damit begonnen, daß er meine Data wegen der Sparkassen teils angezweifelt hat, teils sie in Widerspruch zu bringen gesucht hat mit den finanziellen und wirtschaftlichen Beschwerden, über die im preußischen Landtag so häufig und auch von meiner Seite geklagt wird. Diese Sparkasseneinlagen sind kein Beweis dafür, daß die ganze Nation reich ist; aber daß derjenige Teil der Nation, der in die Sparkassen einzulegen pflegt, in seiner Wohl-

habenheit geſtiegen iſt und in den letzten acht Jahren in erheblichem Fortſchritte, das beweiſen ſie ganz unzweifelhaft. Wir haben ja arm und reich bei uns. Arm iſt bei uns in Preußen vor allen Dingen der Fiskus; die Hauptſteuerobjekte ſind dem Reich übergeben worden, und in Benutzung derſelben ſteht uns eine Obſtruktionspolitik gegenüber, die wir bisher nicht haben überwinden können. Daß die landwirtſchaftlichen Intereſſen, alſo die der großen Mehrheit, von $^3/_5$ bis $^2/_3$ der Bevölkerung, nicht in einem blühenden Zuſtand ſind, das werden Sie aus meiner Statiſtik erſehen. Wenn ich die Durchſchnittsziffer der Spareinlagen ziehe, ſo werden Sie finden, daß am tiefſten unter dem mittleren Durchſchnitt die rein ackerbautreibenden Provinzen ſtehen und am höchſten die induſtrie- und handeltreibenden. Es kommt auf die Geſamtheit im Durchſchnitt auf jeden Kopf, auch das Kind in der Wiege, 80 Mark Sparkaſſeneinlage in der ganzen preußiſchen Monarchie. Die arbeitende Klaſſe, von der die Haupteinlagen im ganzen herrühren, befindet ſich ſeit Einführung der Schutzzölle in einer ununterbrochenen fortſchreitenden Sparkaſſenwohlhabenheit. Ich kann in die Häuſer nicht hineinſehen; aber ich kann mir nicht denken, daß die Arbeiter irgend etwas Unentbehrliches entbehrt haben werden, um dieſe Gelder in die Sparkaſſen zu tragen.

Vorredner hat ferner jeden Zuſammenhang von Reichstagsmitgliedern mit den Zeitungen, die ich zitiert habe, ganz beſtimmt zurückgewieſen. Er hat damit vielleicht einzelne hervorragende Perſönlichkeiten im Auge gehabt, alſo ſeinen ihm nächſtſtehenden Geſchäftsfreund Richter. Der hat ja wohl gewiß keine Beziehungen zur öffentlichen Preſſe, obwohl ich nicht weiß, ob er nicht im Kalender als dieſer Richtung der Thätigkeit angehörig angegeben iſt. Er hat damit jedenfalls zugegeben, daß das, was die „Germania“ ſchreibt, ohne jedes Fundament irgend einer höher ſtehenden Autorität iſt, daß das nur die bedauerliche Tagesleiſtung der Redaktion iſt, daß ſie alſo gar keinen Kredit dafür hat, daß nicht eine auch nur ſo weit in die Politik eingeweihte Autorität hinter ihr ſteht, als es ein Abgeordneter ſein muß. Ich weiß nicht, ob es der „Germania“ ganz lieb ſein wird, wenn das öffentlich bekannt wird, daß ſie ganz auf eigenen Füßen ſteht und von Windthorſt zurückgewieſen wird in ihres Nichts durchbohrendes Gefühl. Der Abgeordnete hat geſagt, daß es mit mir ganz anders ſei: ich ſtände, ich weiß nicht mit wie viel Zeitungen in einer ſolchen Verbindung, daß

ich nicht nur ſchreiben laſſe, ſondern ſelbſt darin ſchriebe; er hat meinen Stil darin wiedererkannt. Es iſt mir ſehr ſchmeichelhaft, wenn man das findet. Die Zeitungen ſchreiben einen ſehr viel beſſeren Stil, als ich. So viel ich mir auch Mühe gebe, ſo kann ich den Schwung der Phraſe, die überhaupt nicht meine Force iſt, nicht herausbringen, wie ich ſie ſo oft in dieſen Zeitungen mit Vergnügen leſe. Es wäre mir alſo ſchmeichelhaft, wenn man mich darin erkannte. Er irrt ſich aber, wenn er glaubt, ich hätte die Zeit dazu. Bedenken Sie, welche Geſchäftslaſt auf mir ruht, und für einen ganz gewiſſenloſen Arbeiter im Dienſt werden mich ſelbſt meine Gegner nicht halten. Dieſe dagegen haben ja gar nichts auf der Welt zu thun, als mir das Leben ſauer zu machen in der Preſſe oder hier im Reichstage. Das iſt ihre ganze Beſchäftigung, und wenn ſie das beſorgt und ihre Uhr aufgezogen haben, ſind ſie fertig mit ihrer Arbeit.

Glauben Sie nicht, daß ich ſoviel Zeit, ein ſolches, ich möchte ſagen unberechtigtes Maß von Zeitüberfluß habe, daß ich mich noch mit der Preſſe ſelbſtthätig beſchäftigen könnte. Ich beſtreite ja gar nicht, daß ich mitunter Auftrag gebe, einen ſolchen Artikel zu ſchreiben, und ihn mir vorleſen laſſe, um zu ſehen, ob er nicht eine Unhöflichkeit gegen den Reichstag enthält oder gegen ſonſt jemand. Diejenigen Artikel, die dergleichen enthalten ſollten, haben ſich ſicherlich meiner Zenſur entzogen; das bitte ich ein für allemal anzunehmen. Aber ich kann doch unmöglich für jeden Inhalt irgend einer Redaktion verantwortlich ſein. Es paſſiert mir, wie ich ſchon früher geſagt habe, vielleicht nur in vierzehn Tagen einmal, daß ich ein derartiges Erleichterungsbedürfnis habe, was ich nicht zurückdrängen könnte. Herr Windthorſt hat zu verſtehen gegeben, er wüßte nicht recht, was in dem öſterreichiſchen Bündnisvertrage ſtehe, und was überhaupt noch darin ſtehen könnte. Ja, da möchte ich ihn nur bitten, ſich mit dem alten Goetheſchen Spruche zu beruhigen: „Allwiſſend bin ich nicht, doch iſt mir viel bewußt.“ Ihm iſt ſehr viel bewußt, aber es muß auch einiges geben, was er nicht weiß. Der Herr Abgeordnete hat ferner — er ſchien es als eine ſehr ſchwere Anklage zu betonen, was ich als eine ſolche gar nicht acceptieren kann, er hat gemeint: die Regierungen wären der Anſicht, daß es mit einem ſo zuſammengeſetzten Reichstage nicht ginge. Das iſt allerdings unſere Meinung; das iſt aber kein Losſagen vom Boden der Verfaſſung, wenn wir durch

eine Auflöſung zu einem andern Beſchluß zu gelangen ſuchen, und wenn wir inzwiſchen nach Material ſuchen, um die Wähler zu überzeugen, daß gerade unſere Anſicht die richtige iſt. Das iſt außerordentlich ſchwierig, da nicht viele Leute mehrere Zeitungen leſen, ſondern nur eine. Aber ſo ſchwierig es auch ſein mag, müde werden wir darin nicht werden, und zuletzt wird es uns doch gelingen; Recht muß doch Recht, und Wahrheit muß doch ſchließlich wahr bleiben, und darauf verlaſſen wir uns. Wir werden auch ſchließlich die Wähler überzeugen, wo wahrer Patriotismus und wo die Sorge für die Sicherheit, für das Gedeihen des Deutſchen Reiches und ſeine Einigkeit zu ſuchen iſt. Ich bezweifle das gar nicht. Vorredner hat ferner wieder den Ton darauf gelegt, daß zwiſchen 3 und 7 Jahren grundſätzlich doch eigentlich gar kein Unterſchied wäre. Nun, grundſätzlich iſt der Unterſchied allerdings nicht ſo groß wie materiell. 4 Jahre gewonnene Ruhe und Frieden iſt doch immer ein ganz erheblicher Gewinn. Hauptſächlich aber wollen wir die Tradition des Kompromiſſes unſererſeits nicht kränken und ſchädigen, wenn es in der That die einzige Möglichkeit iſt, in konſtitutionellen Verfaſſungen dauernd im Frieden zu leben. Es giebt keine Verfaſſung, — und wenn die geſchickteſten Leute ſie redigiert hätten, und je geſchickter, deſto ſeltener giebt es deren vielleicht, außer der engliſchen, die gar nicht geſchrieben iſt; — ſonſt giebt es keine Verfaſſung, die nicht Lücken hätte, wo nicht die Lückentheorie in Fällen Anwendung findet, die immer nur durch Kompromiß überwunden werden können. Wir haben in unſerer Friedensliebe 1874 dieſen Kompromiß auf 7 Jahr lang abgeſchloſſen und ſind bereit, alle 7 Jahre lang wieder in dieſe qualvollen Erörterungen einzutreten, aber nicht öfter. Sie wollen ſich nur von dem Kompromiß losſagen und ſagen: nicht ſieben Jahre, alle drei Jahre ſollen wir das. Wenn Sie drei Jahre haben, werden Sie ſagen; alle zwei Jahre, warum nicht alle ein Jahr, — und wir werden die Unruhe darüber dann gar nicht los. Es giebt ja Herren, die ſo konfliktlüſtern ſind, daß ſie in jedem Jahr das Sicherheitsventil unſerer verfaſſungsmäßigen Zuſtände auf die Proben des Springens ſtellen wollen, und die Probe des Springens nenne ich die Abſchaffung der Armee. Es giebt außerdem noch einen für mich ganz perſönlichen Grund, weshalb ich für ſieben Jahre bin. Ich hoffe in drei Jahren noch zu leben, in ſieben Jahren aber nicht mehr; da hoffe ich all dieſes Elends überhoben zu ſein, und ich wünſche

Herrn Windthorſt, daß er noch zehn Jahre lebt; aber er iſt doch in denſelben Jahren wie ich, und wenn wir beide weg ſind, werden Sie ſich vielleicht vertragen.

Denkſchrift, betr. die Notwendigkeit der Inaugurierung einer ſelbſtändigen preußiſch-deutſchen Politik. 1858.

Bis zum Jahre 1848 wurde der Deutſche Bund, welches auch die theoretiſchen Anſprüche an ihn ſein mochten, thatſächlich doch nur als ein Schutzverein der deutſchen Regierungen gegen Krieg und Revolution behandelt. Öſterreich ließ damals im allgemeinen die preußiſche Politik in Deutſchland gewähren und nahm als Kaufpreis für dieſe Konzeſſion die Unterſtützung Preußens in europäiſchen Fragen entgegen; in Deutſchland begnügte ſich das Wiener Kabinett, nach Möglichkeit dafür zu ſorgen, daß Preußen den ihm überlaſſenen Spielraum nur innerhalb gewiſſer Grenzen nutzbar mache. Zu dieſem Behuf wurde insbeſondere der Geſchäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten beſchränkt, das Widerſpruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen aber mit Schonung gepflegt; Angelegenheiten, über welche Öſterreich und Preußen nicht einverſtanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung. Auch mit kleineren Bundesregierungen, wenn ſie nicht etwa einer Begünſtigung liberaler Beſtrebungen verdächtig waren, wurde lieber jahrelang verhandelt, als daß man ihnen durch Majoritätsbeſchlüſſe Zwang angethan hätte.

Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverſchiedenheiten durch Majoritätsbeſtimmungen am Bunde zur Entſcheidung gebracht werden könnten, lag ſo fern, daß das Wiener Kabinett den Präſidialgeſandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anweſend ſein und die Vertretung der öſterreichiſchen Intereſſen auf Jahr und Tag in den Händen des preußiſchen Geſandten ließ. Es begnügte ſich damit, dem letzteren in der Perſon des noch fungierenden k. ſächſiſchen Geſandten einen Beobachter zur Seite zu ſtellen.

Die Führung des Präſidiums durch Preußen, ſowie die lange Dauer der ungeſtörten Einigkeit beider Kabinette inbetreff der Bundesangelegenheiten haben nicht wenig dazu beigetragen,

die Überlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz anderes Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivierung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die konstituierenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung darbietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Österreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland behufs der Kräftigung des verhältnismäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaat erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Österreich gelang, sich der Majorität am Bunde auf die Dauer zu versichern, demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Majoritätsbeschlüsse zu erweitern, und wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger.

Österreich konnte nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich neu entstehenden Kaisertum Verbindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatz zu Preußen und England hervorriefen.

Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Teil ihrer Souveränetät an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Österreich an. Letzteres konnte die fast ohne Ausnahme noch heut fungierenden Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 hier zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Österreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus sicher sein. Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848 bis 1850 hatte der Besorgnis vor preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundesstaaten im Verhältnis zu Preußen begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das 200jährige Wachsen

des preußiſchen Königshauſes einen großen Teil der andern deutſchen Fürſten erfüllt, wirkt bei dieſen in derſelben Richtung, wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerungen auf ihre Koſten. Zur Erhaltung und Förderung dieſer Stimmungen hat Öſterreich mannigfache, nur ihm zu Gebote ſtehende Mittel.

In erſter Linie ſtehen dabei die Perſonalbeziehungen, in welchen ſich die Mehrzahl der politiſch hervorragenden und einflußreichen Leute in Süd- und zum Teil auch in Norddeutſchland befinden.

Schon aus althergebrachter Gewohnheit geht der Adel der ſüd- und mitteldeutſchen Staaten in öſterreichiſche Dienſte; die Kleinheit ſeiner heimiſchen Verhältniſſe bietet nur zu beſchränkter Laufbahn Ausſicht, und die in Öſterreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anſtrengungen und Kenntniſſe beſchränken ſich auf ein geringeres Maß als in den übrigen Bundesſtaaten. Dieſen Dispoſitionen kommt Öſterreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflußreichen Beamten, eines Miniſters oder Geſandten in dem Alter ſind, daß über die Wahl ihrer Laufbahn entſchieden werden kann, finden ſie ſich von öſterreichiſchen Werbern mit glänzenden Verſprechungen umgeben, und es kommt vor, daß 16jährige junge Leute, welche niemals ein Regiment geſehen haben, Offizierspatente zugeſtellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden iſt.

Einmal in Öſterreich angeſtellt, dienen dieſelben als Geißel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächſt zur Unterhaltung der Beziehungen Öſterreichs zu ihren in Deutſchland bei den Höfen und im Staatsdienſt angeſtellten Verwandten.

Unter den Bundestagsgeſandten hängen die von Sachſen, Darmſtadt, Naſſau-Braunſchweig und der 16. Stimme durch ihre Familienbeziehungen mehr an Öſterreich wie an der eigenen Regierung und dienen erſterem, ſo viel ſie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbeſondere durch parteiiſche Berichterſtattung.

Der bairiſche Bundestagsgeſandte iſt ein gewiſſenhafter Charakter, aber auch ihn bewegen ſeine öſterreichiſchen Familienverbindungen und ſein auf die Politik übertragener Katholizismus in der Richtung, daß er unwillkürlich öſterreichiſchen Sympathieen folgt. In ähnlichen Verhältniſſen ſteht eine große Anzahl der Miniſter und Hofbeamten in den kleineren Staaten, und Öſterreich ſpart keine Mühe, in der Umgebung der Fürſten bei eintretenden Vakanzen ihm ergebene Perſonen anzubringen. Ein

Blick auf den gothaischen Grafen- und Freiherrn-Kalender liefert den Beweis, in welchem Maße die nächsten Angehörigen der deutschen Hof- und Staatsmänner dem kaiserlich königlichen Dienste verpflichtet sind, und selbst in Preußen finden Beziehungen derart statt, welche es für Österreich wenigstens erleichtern, über alle intimen Vorgänge gut unterrichtet zu sein.

In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinett die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponieren.

Wenn keine Aussicht ist, daß Österreich und seine Bundesgenossen sich freiwillig entschließen, ihrer Politik gegen Preußen eine andere Richtung zu geben, so fragt es sich, ob Preußen dem gegenüber in seiner bisherigen Haltung auf die Dauer verharren kann.

Daß die am Bunde dominierenden Elemente auf Zustände hinarbeiten, welche Preußen nicht acceptieren kann, ist gewiß. Preußen kann nicht auf den Anspruch der Gleichstellung mit Österreich verzichten, die Rolle der zweiten deutschen Macht aufrichtig und definitiv übernehmen und sich gleich jedem andern deutschen Bundesstaate der Herrschaft der Majoritätsbeschlüsse, welche der Bund unter Österreichs Führung zu fassen für gut findet, unterordnen.

In einer solchen Stellung würde Preußen als Äquivalent für die Verzichtleistung auf seine Selbständigkeit nicht einmal die Genugthuung haben, den von dem Gesamtorgan des Bundes auf die einzelnen Staaten zu übenden Einfluß mit den übrigen sechzehn von Österreich präsidierten Stimmen gleichmäßig zu teilen, weil auch durch seine Unterwerfung die meisten der Ursachen nicht beseitigt würden, welche ihm eine Stellung in der Minorität, und der Majorität eine antipreußische Haltung zuweisen.

Österreich kann die Beteiligung an einem solchen Bunde einstweilen durchführen, weil es die Majorität desselben beherrscht. Preußen hat diesen Vorteil nicht. Wenn es demnach den ihm feindlichen Prinzipien, welche sich im Schoße des Bundes entwickeln, bisher nicht offen entgegentritt, sondern sogar den Schein bewahrt, ihnen auch seinerseits zu huldigen, so beruht dieses Verhalten ohne Zweifel auf dem Bewußtsein, daß es thatsächlich nicht so ganz leicht sein wird, die Monarchie Friedrichs des Großen unter ein Kollegium von siebenzehn Bundestagsgesandten zu mediatisieren.

Eine näher liegende Gefahr ist aber die, daß Preußen in formelles Zerwürfnis mit der Bundesgewalt gerät, indem die Majorität Beschlüsse faßt, welche Preußen nicht anzuerkennen vermag, ohne Schaden an seiner Selbständigkeit zu leiden. Die bundesfreundlichste Nachgiebigkeit hat ihre Grenzen, und in Verhandlungen mit Österreich ist jede Konzession die Mutter einer neuen Forderung. Wenn die Sachen so weiter gehen, wie in der letzten Zeit, so kann der Moment nicht mehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Überschreitung ihrer Befugnisse, und die Majorität Preußen der Auflehnung gegen giltige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruchs beschuldigen.

Preußen in diese Lage zu versetzen, ist vielleicht das Ziel der Politik seiner Gegner; wie und wann eine solche Situation demnächst von ihnen weiter auszubeuten wäre, das wird von den Konstellationen der europäischen Politik abhängen, je nachdem dieselben es als thunlich erscheinen lassen, gegen Preußen mit mehr oder weniger Dreistigkeit aufzutreten.

Eine solche Situation, zumal wenn der Moment ihres Eintretens nicht zu berechnen ist, kann jedenfalls unbequem genug werden, um zur Anwendung von Vorbeugungsmitteln aufzufordern, insbesondere wenn diese Mittel zugleich dahin führen, Preußens selbständiges Ansehen und seinen Einfluß auf Deutschland zu kräftigen.

Preußen würde dadurch seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Druck losmachen, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastet, daß „Bundestag“ und „Deutschland“ identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gesinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen seien. Seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu bethätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit, wie Preußen, und es vermag dabei zugleich den Beweis zu liefern, daß Preußen für die mittlern und kleinern Staaten mehr Wichtigkeit hat, als eine Mehrheit von neun Stimmen für Preußen. Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen, und es giebt nichts Deutscheres, als gerade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen. Preußen würde aber für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutsch-

land erſt volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathieen der mittelſtaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anſtrengungen, dieſelben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rückſichtnahme auf ihre Wünſche und Empfindlichkeiten iſt für Preußen eine nutzloſe Selbſtbeſchränkung. Die Bundesverträge bedingen in ihrem obligatoriſchen Teile kaum etwas anderes als eine gemeinſame Bürgſchaft für die innere und äußere Sicherheit der 35 Paciscenten. Sie müſſen von Preußen mit Treue gehalten werden, ſolange die andern ſie nicht brechen. Aber was darüber hinausliegt, iſt nicht bloß für Preußen vom Übel, ſondern auch für Deutſchland, und ſogar für die Feſtigkeit des Bundes ſelbſt. Die Kämpfe widerſtreitender Intereſſen, welche von einer weiteren Ausbildung des Bundes unzertrennlich ſind, werden denſelben lockern und früher oder ſpäter ſprengen, und für die Entwicklung Deutſchlands wird weder jetzt, noch ſpäter etwas geleiſtet werden durch ein Organ, deſſen Majoritäten von undeutſchen Intereſſen abhängig ſind. Denn unter die letzte Kategorie fällt ebenſowohl der Partikularismus der Mehrzahl kleinerer Regierungen, als die aus größtenteils außerdeutſchen Beziehungen entſpringenden Tendenzen der öſterreichiſchen Politik.

Die Lage Preußens wäre vielleicht eine beſſere, wenn der Bund gar nicht exiſtierte; diejenigen nähern Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten ſich deshalb doch, und unter Preußens Leitung gebildet. Nachdem er aber beſteht und der Mißbrauch ſeiner Inſtitutionen gegen Preußen mit Ausſicht auf Erfolg verſucht wird, kann Preußens Aufgabe nur ſein, alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden, und zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwicklung der Bundesgewalt auf Koſten der Unabhängigkeit des einzelnen, welche über den ſtrikten Wortlaut der Verträge hinausgeht, abzuſchneiden. Diejenigen, welche unter einem „bundesfreundlichen“ Verhalten Preußens nichts anderes, als deſſen möglichſt weit getriebene Unterwerfung unter den durch das Präſidium und die Majorität ausgedrückten Willen der übrigen Bundesgenoſſen verſtehen, werden allerdings in eine lebhafte Verſtimmung geraten, wenn ſie gewahr werden, daß Preußen ſich ihren Schlingen entzieht und das Maß ſeiner freien Selbſtbeſchränkung fernerhin nur dem wirklichen Inhalte der Bundesverträge entnehmen will. Unabweisliche Intereſſen, die einzige Grundlage haltbarer Beziehungen auch zwiſchen den deutſchen Staaten, werden aber bald bewirken, daß die Ver-

ſtimmten ſich in das Unvermeidliche fügen, und dieſelben Regierungen, welche jetzt bemüht ſind, Preußen zu majoriſieren, werden ſich entſchließen, Preußens Einverſtändnis zu ſuchen, ſobald ſie ſich überzeugt haben, daß die Haltung Preußens nicht auf einer vorübergehenden Verſtimmung, ſondern auf feſten und definitiven Entſchließungen, auf einer wohlüberlegten Erkenntnis der eigenen Intereſſen beruht.

Praktiſch würden ſich die Konſequenzen einer ſolchen Haltung am Bunde dahin geſtalten, daß Preußen ſich auf keine „Vereinbarungen“ und ſonſtige Beſchlüſſe, zu denen Stimmeneinhelligkeit erforderlich iſt, einläßt, und daß es den erſten Verſuch, einen Majoritätsbeſchluß ohne ſtreng verfaſſungsmäßige Kompetenz zu faſſen, offen als ein Attentat gegen die Bundesverfaſſung bezeichnet, und ſich an die letztere auch ſeinerſeits nur inſoweit gebunden erklärt, als ſie von der anderen Seite genau beachtet wird.

Die Frage, wie ſich bei einer ſolchen Modifikation der Bundespolitik Preußen ſein Verhalten gegen Öſterreich zu geſtalten haben würde, iſt zu wichtig, um ihr nicht eine beſondere Erwägung zu widmen.

Man kann verſchiedener Meinung darüber ſein, ob ein engeres Bündnis mit Öſterreich für Preußen ſich empfiehlt oder nicht. Darüber aber läßt die Erfahrung keinen Zweifel zu, daß Nachgiebigkeit und Freundſchaftsverſicherungen für Preußen nicht das Mittel ſind, mit Öſterreich auch nur in erträglichen, geſchweige denn ſicheren Beziehungen zu leben. Wohlwollen, Dankbarkeit für Konzeſſionen, landsmannſchaftliche Sympathieen, Gefühle überhaupt ſind nicht maßgebend für die Politik Öſterreichs. Seine Intereſſen gebieten ihm, Preußens Anſehen und Einfluß in Deutſchland nach Kräften zu bekämpfen und zu ſchmälern, dabei aber in Kriegsfällen und gegen die mannigfaltigen, Öſterreich umgebenden Gefahren auf den Beiſtand der vollen Macht Preußens zählen zu können. In dieſem zwieſpältigen Bedürfnis Öſterreichs liegt das einzige Mittel für Preußen, mit der ſüddeutſchen Großmacht ſich in ein klares und ſicheres Verhältnis zu ſetzen, indem es dem Wiener Kabinett zu verſtehen giebt, daß der Beiſtand Preußens bei eintretender Gefahr der eines ſehr lauen und ſelbſt bedenklichen Bundesgenoſſen ſein werde, wenn Öſterreich ſich in ſeiner deutſchen Politik nicht mäßigt und mit Preußen verſtändigt. Einſtweilen verſichern ſich beide Kabinette faſt wöchentlich ihrer bundesfreundlichen Geſin-

nungen und ihres gegenseitigen Wohlwollens; Österreich räumt niemals ein, etwas anderes als Preußens wahres Wohl zu suchen, es leugnet den ganzen Kampf der Rivalität, weist jede Annahme ehrgeiziger Partikularbestrebungen als unwürdige Verdächtigungen mit Entrüstung zurück und motiviert sein Beharren bei Ansichten, welche Preußen bekämpft, allein aus dem Bedürfnis föderaler Zwecke.

Preußen aber wird durch die hergebrachte Gewohnheit, den Bund stets mit achtungsvoller Phraseologie zu umgeben, abgehalten, den Nimbus einer Fiktion allseitiger Bundesfreundlichkeit zu zerstören und die Thatsache ins Licht zu setzen, daß der Bund, welchem die Beteuerungen Österreichs gelten, nichts weiter ist als die österreichische Majorität im Bundespalais.

Das Resultat derartiger Schriftwechsel ist in der Regel nur ein Zuwachs an Verstimmung und Mißtrauen. Diese Gefühle sind auf beiden Seiten zu einer Höhe gediehen, daß ein von Preußen und Österreich jetzt gemeinschaftlich zu führender Krieg wahrscheinlich eine beklagenswerte und verhängnisvolle Reihe von Beweisen der gegenseitigen Eifersucht und des Mißtrauens sein würde; der Glaube an die Möglichkeit eines einmütigen Handelns beider Mächte ist nirgends tiefer gesunken als gerade in Deutschland; die Mittelstaaten kennen die Sachlage am besten, denn sie sind es, welche die Zwietracht der Großmächte schüren; ihr einfaches Mittel dazu ist die Unterstützung jedes ungerechten Anspruchs von Österreich gegen Preußen. Das Schiedsrichteramt zwischen beiden im Frieden und ein plausibler Vorwand im Kriegsfalle, den Bund bei der Uneinigkeit Preußens und Österreichs als unhaltbar im Stich lassen zu können, sind die Früchte dieser ihrer Politik.

Bisherige Versuche Preußens zur Einleitung besserer Verhältnisse mit dem Wiener Kabinett haben nur Denunziationen über dualistische Bestrebungen Preußens bei den Mittelstaaten zur Folge gehabt. So lange Preußen solche Denunziationen scheut und sich selbst noch mit der falschen Hoffnung schmeichelt, in der Gunst der mittelstaatlichen Regierungen mit Österreich rivalisieren zu können, so lange fehlt auch eine Grundlage der Verständigung mit Österreich. Auf dem bisherigen Kampfplatze stehen keine andern Resultate für Preußen in Aussicht, als daß es, wenn die Einsicht von der Nutzlosigkeit seiner bundesfreundlichen Konzession die nötige Klarheit, wenn das Gefühl, sich umgarnt und überlistet zu sehen, die erforderliche Höhe erreicht hat,

ſich ſchließlich doch zum Bruch genötigt ſieht, und das vielleicht in einem ſehr ungünſtigen Elemente.

Anders würden ſich die Beziehungen der deutſchen Großmächte zu einander geſtalten, wenn Preußen den Entſchluß faßte, ſie frei von der konventionellen Beimiſchung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein ſichern Grundlagen der beiderſeitigen Intereſſen zurückzuführen. Dies würde geſchehen, wenn Preußen an Öſterreich erklärte, daß es ſeine Beteiligung am Bunde, bei deſſen jetziger Verfaſſung und bei der politiſchen Richtung der meiſten Teilnehmer, auf ſtrikte Erfüllung unzweifelhafter Pflichten beſchränke, daß es über dieſe hinaus dem Bunde ſeine Mitwirkung und der Majorität und ihrem Präſidium jedes Zugeſtändnis verſage, daß es beſtimmt ablehne, mit Öſterreich in eine Zolleinigung zu treten, daß es, ſo lange man von anderer Seite die Verträge ebenſo genau beobachte, im Kriege, wenn die deutſche Bundesgrenze angegriffen werden ſollte, Öſterreich mit dem vertragsmäßigen Bundeskontingent zu Hilfe marſchieren werde, daß aber jedes Entgegenkommen über die Grenze dieſer Bundespflichten hinaus von dem Benehmen Öſterreichs gegen Preußen und von dem Maße der Gemeinſchaftlichkeit ihrer politiſchen Ziele abhängen werde. Nur durch ſolche Sprache und dementſprechendes Verhalten dürften ſich ehrliche und haltbare Beziehungen zu Öſterreich und nach Umſtänden ein ſicheres Bündnis mit demſelben begründen laſſen, und nur auf dieſem Wege wird für den Deutſchen Bund die Gefahr gänzlicher Sprengung vermieden werden, welcher er durch die jetzige Überſpannung der antipreußiſchen Bundespolitik entgegengeführt wird.

In demſelben Maße, wie die preußiſche Regierung der öſterreichiſchen zu erkennen gäbe, daß ſie den Bundestag nicht als exkluſives Organ der deutſchen Intereſſen anſieht, daß ſie deshalb entſchloſſen iſt, Preußen nicht in der Majorität der Bundesverſammlung aufgehen zu laſſen, daß ſie durch den Bund nichts weiter als die Erfüllung der vertragsmäßigen Bundespflicht betreiben werde, in demſelben Maße werden ſich auch vor dem Auge Deutſchlands die Umriſſe Preußens wieder in ihrer natürlichen Größe und Bedeutung abzeichnen.

Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf ſo ſichern Grundlagen, daß die Regierung ſich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung ſehr wirkſame Mittel der Aktion auf die deutſchen Verhältniſſe ſchaffen kann. Es iſt

bemerkenswert, welchen Eindruck in ganz Deutschland der Vorgang gemacht, daß die sächsischen Kammern sich in jüngster Zeit mit der Erörterung der Bundespolitik in der Stellung Sachsens zum Bunde beschäftigt haben. Wie viel mächtiger würde dieser Eindruck gewesen sein, wenn im Schoße der preußischen Kammern eine analoge Diskussion stattgefunden hätte! Wenn Preußen seine deutsche Politik, seine Stellung zum Bunde, die Schwierigkeiten, welche es in derselben zu überwinden hat, die Bestrebungen seiner Gegner offen diskutieren ließe, so würden vielleicht weniger Sitzungen des preußischen Landtages hinreichen, um den Anmaßungen der Majoritätsherrschaft am Bunde ein Ende zu machen.

Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Publizität und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen. In der Presse vermag die Wahrheit sich in der Unklarheit, welche durch die Fälschungen der besoldeten Blätter herbeigeführt wird, nicht Bahn zu brechen, so lange nicht der preußischen Presse zur Besprechung der gesamten Bundesverhältnisse das volle Material und der höchstmögliche Grad von Freiheit gewährt wird. Wenn Preußen eine vom Bunde unabhängige Position nimmt, so wird es vermöge der ihm innewohnenden Schwerkraft der natürliche Kristallisationspunkt für solche Verbände, welche seinen Nachbarstaaten ebensosehr Bedürfnis sind, als ihm selbst. In solchen Verbindungen steht ihm das ganze Gewicht seiner Größe und seine Eigenschaft als rein deutscher Staat, die Gleichartigkeit seiner Bedürfnisse und seines Entwicklungsganges mit der übrigen deutschen Bevölkerung unvermindert zur Seite. Die benachbarten Bundesstaaten werden sich deshalb auch herbeilassen, Einigungen mit Preußen auf diesem Wege zu suchen, wenn sie erst fest überzeugt sind, daß Preußen sich am Bunde, von welchem sie bisher noch günstigere Ergebnisse für sich erwarten, auf dergleichen unter keinen Umständen einläßt.

Sie werden dabei um so entgegenkommender und leichter zu behandeln sein, je mehr sie erkennen, daß Preußen entschlossen ist, in allen Beziehungen lieber die Unbequemlichkeiten seiner zerrissenen Lage zu ertragen, als von ihnen sich das Gesetz für sein eigenes Verhalten und seine eigenen Interessen geben zu lassen. Nur Hannover ist, vermöge seiner Lage an der See und zwischen dem Osten und Westen Preußens im Verhältnis zu den übrigen deutschen Staaten mit mehr Elementen für eine

unabhängige Stellung Preußen gegenüber ausgeſtattet, und das Einverſtändnis mit ihm ein zwar nicht ſchlechthin notwendiger, aber doch nicht ohne große Übelſtände zu entbehrender Schlußſtein für das Gebäude einer ſelbſtändigen preußiſch-deutſchen Politik.

Auf allen oben genannten Gebieten kann Preußen die Ausführung jedes Planes, über den es mit Hannover einig iſt, ohne erhebliche eigene Unbequemlichkeiten in Angriff nehmen und den Anſchluß anderer abwarten. Hannover iſt deshalb der einzige unter den deutſchen Mittelſtaaten, in betreff deſſen die deutſche Diplomatie Preußens, ohne ſich durch Schwierigkeiten und Mißerfolge irre machen zu laſſen, unausgeſetzt alle Anſtrengung und Geſchicklichkeit zur Anwendung bringen ſollte, um ſeinen guten Willen für Preußen zu gewinnen und ſein Mißtrauen zu beruhigen.

Aber, ſelbſt wenn dies nicht gelänge, hat Preußen von ſelbſtändiger Benutzung der eigenen Kraft immer noch mehr zu hoffen, als von einer längern Duldung der Bundespolitik ſeiner Gegner.

Bei keinem Teile des deutſchen Volkes und bei wenigen Staaten des Auslandes iſt zugleich die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung, die Bereitwilligkeit, derſelben vertrauensvoll und opferbereit entgegenzukommen, in dem Maße wie in Preußen von dem Gefühle abhängig, daß dem Lande eine ſelbſtändige und angeſehene Stellung nach außen hin gewahrt wird, und die Wahrnehmung, daß Preußen in Deutſchland von Öſterreich überflügelt würde, daß bairiſche und ſächſiſche, heſſiſche und württembergiſche Majoritäten irgend welchen beſtimmenden Einfluß auf Preußen wider deſſen Willen mit Erfolg beanſpruchen könnten, wäre ſelbſt in der heutigen Zeit der materiellen Intereſſen für das preußiſche Volk ein ſchärferer Stachel zu gereizter Verſtimmung, ein wirkſameres Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit, als die Mehrzahl wirklicher oder vermeintlicher Übelſtände im Innern, während umgekehrt der Preuße über jede Erfahrung ſeines Selbſtgefühls gegenüber dem Auslande leicht dasjenige vergißt, was ihn an den inneren Zuſtänden verdrießt.

Inhaltsverzeichnis.

Politische Reden.

Bei der 3. Lesung des Gesetzentwurfs über die Küstenschiffahrt. 4./3. 1881 . . . . . Se
Über die städtischen Steuern und die städtische Verwaltung auf Anlaß des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Dienstwohnungen. 4./3. 1881 2
Rede in der allgemeinen Beratung über die Versuche der Steuerreform. 28./3. 1881 4
Rede bei der Beratung des Reichshaushalts mit bezug auf das vorgelegte Unfallversicherungsgesetz. 2./4. 1881 5
Rede bei der zweiten Lesung über die städtischen Steuern und die städtische Verwaltung. 29./4. 1881 6
Über das zweijährige Budget. 5./5. 1881 8
Reden bei der Beratung des Reichshaushaltsetats über die Fortschrittspartei und die Monarchie. November 1881 9
Über die Stellung Preußens zum Vatikan; der Kulturkampf und der Frieden. 30./11. 1881 10
Über die Stellung zum Kulturkampf, insbesondere zur Zivilehe. 30./11. 1881 10
Über das Zentrum und die Fortschrittspartei in ihrer Haltung gegen die Regierung. 30./11. 1881 10
Rede für die im Reichshaushalts-Etat angesetzte Summe von 85,000 Mark. 1./12. 1881 10
Rede über die Sozialpolitik der Regierung. 9./1. 1882 11
Rede im Reichstag bei der Reichshaushalts-Beratung. 24./1. 1882 13
Reden zum Tabakmonopol. 12./6. und 14./6. 1882 . . . 155 17
Rede über die Verlängerung der Geltung des Sozialistengesetzes von 1878. 9./5. 1884 19
Über die Diäten der Reichstagsabgeordneten und die freie Eisenbahnfahrt derselben. 26./11. 1884 20
Rede über die Vorlage überseeischer Postdampferverbindungen. 1./12. 1884 22
Über den Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe. 15./1. 1885 22
Über die Erhöhung der Getreidezölle und Holzzölle. 10./2. 1885 23
Über Landwirtschaft und Industrie und ihren gleichmäßigen Anspruch auf den Schutz des Staates. 16./2. 1885 24
Rede über die englische Politik in Ägypten. 13./3. 1885 . . . 26
Rede zur Dampfer-Subvention. 14./3. 1885 26
Reden zum Septennat. 11./1. und 12./1. 1887 . . . . 278 30
Zur Heeresverstärkung. 20./1. 1887 31
Über dasselbe. 33
Über das südwestafrikanische Schutzgebiet. 25./1. 1887 36
Das Heer als Friedensbürgschaft. 26./1. 1887 36
Der Tod Kaiser Wilhelms. 9./3. 1888 37
Zur Alters- und Invaliditätsversicherung. 18./5. 1889 37
Zum Septennat 38
Denkschrift, betr. die Inaugurierung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik 1858 38

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD
218
.3
F8
1894

Bismarck, Otto, Furst von
Furst Bismarck's gesammelte
Reden